II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

ENDGÜLTIGE FESTSTELLUNG des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 1996

(96/96/Euratom, EGKS, EG)

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 78 Absatz 7,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 203 Absatz 7, sowie den Text des Protokolls Nr. 16 und der Erklärung Nr. 22 in der Anlage zu diesem Vertrag,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 177 Absatz 7,

gestützt auf den Vertrag zur Änderung bestimmter Finanzvorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, der am 22. Juli 1975 unterzeichnet wurde,

gestützt auf die Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (2), insbesondere ihre Artikel 10, 15 und 17,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (3),

in Kenntnis der aufgrund der Durchführungsbedingungen gemäß Nummer 10 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 erfolgten Anpassung der Finanziellen Vorausschau (4),

in Kenntnis des von der Kommission unterbreiteten Vorentwurfs des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1996,

---

(1) ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1.
(2) ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12.
(3) ABl. Nr. C 331 vom 7. 12. 1993, S. 1.
(4) ABl. Nr. C 126 vom 22. 5. 1995, S. 14.

in Kenntnis des vom Rat am 24. Juli 1995 aufgestellten Entwurfs des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1996,

in Kenntnis der Beratungen des Europäischen Parlaments vom 26. Oktober 1995,

in Kenntnis des vom Rat am 17. November 1995 erstellten Berichtigungsschreibens zum Einzelplan II (Rat) des Entwurfs des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1996,

in Kenntnis des Ergebnisses der Beratungen des Rates vom 17. November 1995 über die vom Europäischen Parlament am 26. Oktober 1995 angenommenen Änderungsvorschläge und Abänderungen,

unter Hinweis auf die Beratungen des Europäischen Parlaments vom 12. und 14. Dezember 1995,

unter Hinweis auf die vom Europäischen Parlament am 14. Dezember 1995 angenommenen Entschließungen,

STELLT FEST,

daß das in Artikel 78 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Artikel 203 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und Artikel 177 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehene Verfahren abgeschlossen und der Gesamthaushaltsplan für die Europäische Union für das Haushaltsjahr 1996 endgültig festgestellt ist.

Geschehen zu Brüssel am 21. Dezember 1995.

Der Präsident

Klaus HÄNSCH

GESAMTHAUSHALTSPLAN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 1996

INHALT

Seite

GESAMTEINNAHMEN

A. Einnahmen ... 7

B. Finanzierung des Gesamthaushaltsplans ... 147

C. Personalbestand ... 155

EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN

Einzelplan I: Parlament ... 181

— Einnahmen ... 183
— Ausgaben ... 188
Anlage: Bürgerbeauftragter ... 259

Einzelplan II: Rat ... 273

— Einnahmen ... 275
— Ausgaben ... 278

Einzelplan III: Kommission ... 313

— Einnahmen ... 315
— Ausgaben ... 371

— Teil A: Verwaltungsmittel ... 379
— Anlage I: Liste der Ausschüsse im Rahmen von Artikel A-2 5 1 ... 521
— Anlage II: Amt für amtliche Veröffentlichungen ... 541

— Teil B: Operationelle Mittel ... 581
— Anlage I: Forschung und technologische Entwicklung ... 1685
— Anlage II: Anleihen und Darlehen mit Garantie aus dem Haushaltsplan ... 1729
— Anlage III: Europäischer Wirtschaftsraum ... 1773

Einzelplan IV: Gerichtshof ... 1777

— Einnahmen ... 1779
— Ausgaben ... 1782

Einzelplan V: Rechnungshof ... 1825

— Einnahmen ... 1827
— Ausgaben ... 1834

Einzelplan VI: Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen 1873

— Teil A: Wirtschafts- und Sozialausschuß 1877

— Einnahmen 1878

— Ausgaben 1880

— Teil B: Ausschuß der Regionen 1915

— Einnahmen 1916

— Ausgaben 1918

— Teil C: Gemeinsame Organisationstruktur 1947

— Einnahmen 1948

— Ausgaben 1951

Die Beträge in diesem Haushaltsdokument sind in Ecu ausgedrückt, sofern nichts anderes angegeben ist.

A. EINNAHMEN

Titel	Art der Einnahmen	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
1	Eigene Mittel	81 320 317 223	70 244 632 418	68 082 069 352,10
3	Verfügbare Überschüsse			
	— Verfügbarer Überschuß aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr	p.m.	6 589 000 000	971 143 201,60
	— Voraussichtlicher Überschuß aus dem Haushaltsjahr 1994			0,—
	— Eigenmittelüberschuß aufgrund der Übertragung nach der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie	p.m.	p.m.	0,—
	— Eigenmittelüberschuß aus der Mehrwertsteuer, den entsprechenden Finanzbeiträgen und zusätzlichen Einnahmen	p.m.	− 1 923 049 782	− 3 893 247 380,81
4	Sonstige von der Gemeinschaft erhobene Abgaben, Abzüge und Gebühren	444 764 168	404 989 266	360 643 808,58
5	Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit der Organe	91 694 100	91 783 750	74 607 414,05
6	Beiträge zu den Gemeinschaftsprogrammen, Erstattungen verauslagter Beträge, Vergütungen für entgeltliche Leistungen und Beiträge im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums	9 253 000	9 441 000	348 934 087,03
7	Verzugszinsen und Geldbußen	p.m.	p.m.	35 367 673,17
8	Anleihen und Darlehen	17 488 000	16 717 000	15 454 276,09
9	Sonstige Einnahmen	4 924 500	4 912 800	7 171 330,95
	GESAMTBETRAG	**81 888 440 991**	**75 438 426 452**	**66 002 143 762,76**

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 0 — ABSCHÖPFUNGEN, PRÄMIEN, ZUSATZ- ODER AUSGLEICHSBETRÄGE, ZUSÄTZLICHE TEILBETRÄGE UND ANDERE ABGABEN AUF DEN WARENVERKEHR MIT NICHTMITGLIEDSTAATEN, DIE VON DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSORGANEN IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINGEFÜHRT WORDEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a))

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Organen der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind (Beschluß 88/376/EWG, Euratom, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a))***			
1 0 0 0	Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Organen der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind (Beschluß 88/376/EWG, Euratom, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a))	864 000 000	946 200 000	922 506 004,84
	Artikel 1 0 0 insgesamt	864 000 000	946 200 000	922 506 004,84
	KAPITEL 1 0 INSGESAMT	864 000 000	946 200 000	922 506 004,84

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 10 — ABSCHÖPFUNGEN, PRÄMIEN, ZUSATZ- ODER AUSGLEICHSBETRÄGE, ZUSÄTZLICHE TEILBETRÄGE UND ANDERE ABGABEN AUF DEN WARENVERKEHR MIT NICHTMITGLIEDSTAATEN, DIE VON DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSORGANEN IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINGEFÜHRT WORDEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a))

Artikel Posten	Erläuterungen
100	
1000	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a). Die Abschöpfungen sind veränderliche Abgaben, die bei der Einfuhr von (einer Marktorganisation unterliegenden) landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Drittländern zum Ausgleich des Unterschieds zwischen den Weltmarktpreisen und dem innerhalb der Gemeinschaft festgelegten Preisniveau erhoben werden.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	47 100 000	54 900 000	46 195 604,20
Dänemark	4 800 000	3 500 000	15 432 044,41
Deutschland	148 500 000	102 400 000	161 910 199,31
Griechenland	8 000 000	13 700 000	10 855 668,91
Spanien	63 000 000	126 300 000	73 226 592,99
Frankreich	49 900 000	49 600 000	67 430 214,78
Irland	2 900 000	1 700 000	2 143 063,24
Italien	83 700 000	164 900 000	136 111 085,69
Luxemburg	100 000	200 000	165 556,57
Niederlande	74 800 000	59 600 000	97 992 890,70
Österreich	12 400 000	5 100 000	
Portugal	106 000 000	112 000 000	102 635 530,27
Finnland	17 300 000	15 300 000	
Schweden	45 500 000	27 000 000	
Vereinigtes Königreich	200 000 000	210 000 000	208 407 553,77
Posten 1000 insgesamt	864 000 000	946 200 000	922 506 004,84

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a))

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Produktionsabgaben für Zucker***	750 540 000	725 000 000	786 008 273,51

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a))

Artikel Posten	Erläuterungen
110	Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 133/94 (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1994, S. 7). Die gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, daß die Zuckerfabriken Produktionsabgaben zahlen, um die Ausgaben für die Stützung des Zuckermarktes zu decken. Die Berechnung der Abgaben gemäß Artikel 28 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 kann jedoch zur Folge haben, daß die Abgaben nicht in vollem Umfang den voraussichtlichen Gesamtverlust decken, der auf das Vorhandensein eines exportierbaren und gemäß den Absätzen 1 und 2 zu berechnenden Überschusses zurückzuführen ist.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	44 550 000	41 500 000	46 291 742,56
Dänemark	27 700 000	26 000 000	28 921 941,23
Deutschland	231 180 000	216 500 000	239 248 481,14
Griechenland	10 140 000	11 500 000	11 717 566,63
Spanien	20 620 000	21 200 000	21 866 010,60
Frankreich	211 530 000	207 300 000	257 274 564,31
Irland	3 080 000	6 400 000	3 497 461,21
Italien	73 300 000	72 700 000	86 826 022,41
Luxemburg	—	—	0,—
Niederlande	53 190 000	49 700 000	55 394 392,43
Österreich	21 950 000	17 100 000	
Portugal	90 000	100 000	44 969,32
Finnland	4 840 000	—	
Schweden	11 880 000	13 400 000	
Vereinigtes Königreich	36 490 000	37 700 000	34 925 121,67
Artikel 1 1 0 insgesamt	750 540 000	725 000 000	786 008 273,51

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
11 1	***Lagerkostenabgaben für Zucker***	431 120 000	500 300 000	532 042 853,11
11 2	***Produktionsabgaben für Isoglukose***	6 800 000	6 300 000	6 400 439,78

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

1 1 1

Um einen regelmäßigen Zuckerabsatz während des gesamten Wirtschaftsjahres zu gewährleisten, wurde ein Ausgleichssystem für die Lagerkosten geschaffen: die Lagerabgaben sollen also auf einer Mehrjahresbasis die Ausgaben für die Lagerkostenvergütung des Postens B1-1 1 1 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" ausgleichen.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	25 870 000	30 400 000	35 186 038,25
Dänemark	13 220 000	15 200 000	17 994 537,36
Deutschland	106 640 000	122 000 000	136 748 430,67
Griechenland	9 320 000	11 200 000	12 464 545,83
Spanien	28 680 000	34 600 000	42 200 154,07
Frankreich	108 440 000	129 600 000	135 611 075,31
Irland	5 730 000	7 200 000	7 937 326,09
Italien	46 580 000	56 100 000	63 019 362,94
Luxemburg	—	—	0,—
Niederlande	27 530 000	31 500 000	35 937 325,83
Österreich	11 380 000	8 800 000	
Portugal	160 000	200 000	205 355,06
Finnland	3 370 000	3 300 000	
Schweden	10 540 000	9 600 000	
Vereinigtes Königreich	33 660 000	40 600 000	44 738 701,70
Artikel 1 1 1 insgesamt	431 120 000	500 300 000	532 042 853,11

1 1 2

Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 133/94 (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1994, S. 7).

Die gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, daß die Isoglukosefabriken Abgaben für die Produktion von Isoglukose zahlen, um die Ausgaben für die Stützung des Marktes zu decken.

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
1 1 2	*(Fortsetzung)*			
1 1 3	***Auf nichtausgeführte C-Zucker- und C-Isoglukose-Mengen erhobene Beträge***	p.m.	p.m.	203 186,79

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

1 1 2 *(Fortsetzung)*

Die Begrenzung der Abgaben gemäß Artikel 28 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 kann jedoch zur Folge haben, daß die Abgaben nicht in vollem Umfang den voraussichtlichen Gesamtverlust decken, der auf das Vorhandensein eines exportierbaren und gemäß den Absätzen 1 und 2 berechneten Überschusses zurückzuführen ist.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	2 100 000	1 800 000	1 993 943,18
Dänemark	—	—	0,—
Deutschland	900 000	800 000	880 657,15
Griechenland	300 000	300 000	306 346,91
Spanien	1 200 000	1 200 000	1 223 065,12
Frankreich	500 000	500 000	593 498,12
Irland	—	—	0,—
Italien	500 000	500 000	538 129,61
Luxemburg	—	—	0,—
Niederlande	100 000	200 000	49 533,53
Österreich	—	—	
Portugal	300 000	100 000	164 406,26
Finnland	200 000	200 000	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	700 000	700 000	650 859,90
Artikel 1 1 2 insgesamt	6 800 000	6 300 000	6 400 439,78

1 1 3 Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 der Kommission vom 14. September 1981 mit Durchführungsvorschriften für die Erzeugung außerhalb von Quoten im Zuckersektor (ABl. Nr. L 262 vom 16. 9. 1981, S. 14), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1754/93 (ABl. Nr. L 161 vom 2. 7. 1993, S. 45).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	203 134,45
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	52,34
Luxemburg	—	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	
Schweden	p.m.	p.m.	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Artikel 1 1 3 insgesamt	p.m.	p.m.	203 186,79

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
114	***Für Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglukose erhobene Beträge***	p.m.	p.m.	570 147,78
115	***Abgaben für die Produktion von Inulin***	4 530 000	4 200 000	0,—

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

11 4 Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 der Kommission vom 14. September 1981 mit Durchführungsvorschriften für die Erzeugung außerhalb von Quoten im Zuckersektor (ABl. Nr. L 262 vom 16. 9. 1981, S. 14), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1754/93 (ABl. Nr. L 161 vom 2. 7. 1993, S. 45).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	570 147,78
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	—	
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	—	
Schweden	p.m.	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Artikel 1 1 4 insgesamt	p.m.	p.m.	570 147,78

11 5 Verordnung (EG) Nr. 133/94 des Rates vom 24. Januar 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1994, S. 7).

Da die bestehende Produktionsregelung für Zucker im Wirtschaftsjahr 1994/95 beibehalten wird, muß eine analoge Regelung für Inulinsirup, direkter Ersatzstoff für Isoglukose und flüssigen Zucker, gelten, damit dieses Erzeugnis nicht zur Störung eines Marktes führt, dessen Überschußsituation bewirken könnte, daß sich die mit den Ausfuhrkosten verbundene Belastung der Zucker- und Isoglukoseerzeuger noch erhöht.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	3 140 000	—	0,—
Dänemark	p.m.	—	0,—
Deutschland	p.m.	—	0,—
Griechenland	p.m.	—	0,—
Spanien	p.m.	—	0,—
Frankreich	310 000	—	0,—
Irland	p.m.	—	0,—
Italien	p.m.	—	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Niederlande	1 080 000	—	0,—
Österreich	p.m.	—	
Portugal	p.m.	—	0,—
Finnland	p.m.	—	
Schweden	p.m.	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	0,—
Artikel 1 1 5 insgesamt	4 530 000	—	0,—

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
116	***Ergänzungsabgabe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1107/88***	124 510 000	p.m.	56 846 161,82
	KAPITEL 11 INSGESAMT	1 317 500 000	1 235 800 000	1 382 071 062,79
	KAPITEL 12			
120	***Zölle und andere Abgaben gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)***	14 281 000 000	14 380 100 000	12 419 982 286,06

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a)) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b)

Artikel Posten	Erläuterungen
116	Verordnung (EWG) Nr. 1107/88 des Rates vom 25. April 1988 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 110 vom 29. 4. 1988, S. 20). Die Ergänzungsabgabe ist dazu bestimmt, den Gesamtverlust im Sinne des Artikels 28 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81, der ab dem Wirtschaftsjahr 1988/89 festgestellt worden ist und der aus dem Aufkommen der für dieses Wirtschaftsjahr fälligen Produktionsabgaben nicht abgedeckt ist, in vollem Umfang auszugleichen.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	8 100 000	p.m.	6 872 276,60
Dänemark	4 530 000	p.m.	4 115 456,07
Deutschland	37 950 000	p.m.	34 168 377,75
Griechenland	1 710 000	p.m.	0,—
Spanien	3 560 000	p.m.	3 271 741,38
Frankreich	34 720 000	p.m.	0,—
Irland	500 000	p.m.	494 967,37
Italien	12 070 000	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Niederlande	8 880 000	p.m.	7 893 491,25
Österreich	3 590 000	p.m.	
Portugal	60 000	p.m.	29 851,40
Finnland	830 000	p.m.	
Schweden	1 940 000	p.m.	
Vereinigtes Königreich	6 070 000	p.m.	0,—
Artikel 116 insgesamt	124 510 000	p.m.	56 846 161,82

120	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b).

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
1 2 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	14 281 000 000	14 380 100 000	12 419 982 286,06

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
1 2 0	*(Fortsetzung)*

Die Verwendung der Zölle als eigene Mittel zur Finanzierung der Ausgaben der Gemeinschaft ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	950 900 000	930 800 000	928 465 979,93
Dänemark	244 000 000	260 000 000	239 913 672,73
Deutschland	3 990 000 000	3 979 500 000	3 729 460 079,17
Griechenland	150 000 000	170 000 000	131 682 923,63
Spanien	606 800 000	572 000 000	516 740 663,08
Frankreich	1 336 700 000	1 827 000 000	1 408 882 722,48
Irland	255 000 000	392 400 000	229 259 003,03
Italien	1 059 600 000	1 033 600 000	996 953 117,72
Luxemburg	16 800 000	16 300 000	19 934 698,19
Niederlande	1 473 100 000	1 487 300 000	1 521 515 012,83
Österreich	402 100 000	328 000 000	
Portugal	149 500 000	151 200 000	122 308 061,96
Finnland	261 100 000	190 000 000	
Schweden	645 400 000	342 000 000	
Vereinigtes Königreich	2 740 000 000	2 700 000 000	2 574 866 351,31
Artikel 1 2 0 insgesamt	14 281 000 000	14 380 100 000	12 419 982 286,06

KAPITEL 1 3 — EIGENE MITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE c)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Eigene Mittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)***	39 792 314 252	39 893 943 409	36 313 474 022,52
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	39 792 314 252	39 893 943 409	36 313 474 022,52

KAPITEL 1 3 — EIGENE MITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE c)

Artikel Posten	Erläuterungen
1 3 0	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c). Unter Berücksichtigung der Begrenzung der MwSt.-Bemessungsgrundlage sowie des Ausgleichs zugunsten des Vereinigten Königreichs werden die eigenen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer beim einheitlichen MwSt.-Satz von 1,24805 % wie folgt veranschlagt:

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	1 135 971 184	1 161 220 436	1 095 905 072,19
Dänemark	677 688 808	664 617 923	611 147 593,44
Deutschland	12 106 043 158	11 963 122 622	10 942 768 166,40
Griechenland	599 061 929	571 571 414	505 916 490,40
Spanien	2 508 571 830	2 576 059 071	3 108 449 829,20
Frankreich	7 126 091 260	7 271 318 853	7 075 554 947,58
Irland	315 892 844	307 272 805	248 675 267,57
Italien	4 460 390 479	4 434 330 785	4 972 426 184,83
Luxemburg	100 629 924	102 716 700	88 213 979,01
Niederlande	1 824 767 598	1 858 138 790	1 712 014 579,50
Österreich	1 086 673 379	1 088 644 159	
Portugal	588 403 619	581 208 374	564 889 643,64
Finnland	521 059 074	519 997 063	
Schweden	875 254 440	905 209 612	
Vereinigtes Königreich	5 865 814 726	5 888 514 802	5 387 512 268,76
Artikel 1 3 0 insgesamt	39 792 314 252	39 893 943 409	36 313 474 022,52

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 14			
140	***Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 6 Absatz 1***			
1400	Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d), mit Ausnahme der der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, der Reserve für Darlehensgarantien und der Reserve für Soforthilfe entsprechenden Eigenmittel	25 559 752 971	14 298 799 009	18 162 614 175,04

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1

Artikel Posten	Erläuterungen
140	
1400	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d). Der für das laufende Haushaltsjahr auf das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anzuwendende Satz beträgt 0,3734 %, Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, Reserve für Darlehensgarantien und Reserve für Soforthilfe nicht eingeschlossen.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	811 465 770	448 785 881	596 288 949,33
Dänemark	505 980 681	281 400 757	371 004 400,00
Deutschland	7 170 424 268	4 014 544 639	5 331 497 157,61
Griechenland	354 694 249	191 559 535	223 739 518,90
Spanien	1 650 261 665	941 607 674	1 488 741 790,45
Frankreich	4 592 357 122	2 595 951 292	3 585 339 564,37
Irland	171 821 362	92 959 788	110 306 573,78
Italien	3 466 184 212	1 929 440 892	2 861 053 322,98
Luxemburg	54 734 923	31 075 066	39 059 335,98
Niederlande	1 163 023 775	644 348 681	863 747 301,36
Österreich	696 320 816	385 950 107	
Portugal	320 046 222	175 834 003	250 337 280,46
Finnland	373 586 385	195 894 562	
Schweden	668 318 638	376 439 589	
Vereinigtes Königreich	3 560 532 883	1 993 006 543	2 441 498 979,82
Posten 1400 insgesamt	25 559 752 971	14 298 799 009	18 162 614 175,04

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
140	*(Fortsetzung)*			
1401	Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 6 Absatz 1, in Höhe der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie	500 000 000	500 000 000	0,—
1402	Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) in Höhe der Reserve für Darlehen und Darlehensgarantien	326 000 000	323 000 000	291 994 494,85

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
140	*(Fortsetzung)*
1401	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 6 Absatz 1. Der vorläufige Betrag entspricht einem auf das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anzuwendenden Satz von 0,0073 %. Die abzuführenden Beträge verteilen sich wie folgt:

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	15 873 897	15 693 132	0,—
Dänemark	9 897 996	9 840 014	0,—
Deutschland	140 267 871	140 380 485	0,—
Griechenland	6 938 530	6 698 448	0,—
Spanien	32 282 426	32 926 111	0,—
Frankreich	89 835 710	90 775 151	0,—
Irland	3 361 170	3 250 615	0,—
Italien	67 805 511	67 468 635	0,—
Luxemburg	1 070 725	1 086 632	0,—
Niederlande	22 751 076	22 531 566	0,—
Österreich	13 621 431	13 495 892	
Portugal	6 260 746	6 148 558	0,—
Finnland	7 308 099	6 850 035	
Schweden	13 073 652	13 163 329	
Vereinigtes Königreich	69 651 160	69 691 397	0,—
Posten 1401 insgesamt	500 000 000	500 000 000	0,—

Der tatsächlich abzuführende Betrag wird auf die Höhe der von Kapitel B1-60 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" zu übertragenden Mittel für die Währungsreserve begrenzt.

1402 Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 7).

Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14).

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
140	*(Fortsetzung)*			
1402	*(Fortsetzung)*			
1403	Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d)	326 000 000	323 000 000	0,—

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
140	*(Fortsetzung)*
1402	*(Fortsetzung)*

Der Betrag entspricht einem auf das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anzuwendenden Satz von 0,0048 %.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	10 349 781	10 137 763	9 705 496,71
Dänemark	6 453 494	6 356 649	6 026 271,74
Deutschland	91 454 651	90 685 793	86 596 403,32
Griechenland	4 523 922	4 327 198	3 514 707,69
Spanien	21 048 142	21 270 267	23 847 078,55
Frankreich	58 572 883	58 640 748	57 986 384,96
Irland	2 191 483	2 099 897	1 776 175,50
Italien	44 209 193	43 584 738	44 788 334,92
Luxemburg	698 113	701 964	635 748,83
Niederlande	14 833 702	14 555 392	14 044 702,48
Österreich	8 881 173	8 718 347	
Portugal	4 082 006	3 971 969	4 065 122,79
Finnland	4 764 880	4 425 123	
Schweden	8 524 021	8 503 510	
Vereinigtes Königreich	45 412 556	45 020 642	39 008 067,36
Posten 1402 insgesamt	326 000 000	323 000 000	291 994 494,85

1403 Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburgh vom 11. und 12. Dezember 1992, die Bildung einer Reserve für Soforthilfe betreffend.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 7).

Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14).

Ist es nach Ansicht der Kommission erforderlich, diese Reserve einzusetzen, beruft sie so rasch wie möglich eine Trilogsitzung ein, um die Zustimmung der beiden Teile der Haushaltsbehörde über die Notwendigkeit des Rückgriffs auf die Reserve und über den erforderlichen Betrag zu erhalten. Die Mobilisierung der Reserve erfolgt sodann durch Übertragung auf die jeweiligen Haushaltslinien.

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 *(Fortsetzung)*

KAPITEL 15 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
140	*(Fortsetzung)*			
1403	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 140 insgesamt	26 711 752 971	15 444 799 009	18 454 608 669,89
	KAPITEL 14 INSGESAMT	26 711 752 971	15 444 799 009	18 454 608 669,89
	KAPITEL 15			
150	***Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom, Artikel 4 und 5***	0	0	61 836 190,44

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS BESCHLUSS 88/376/EWG, EURATOM, ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d) UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 *(Fortsetzung)*

KAPITEL 15 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

Artikel Posten	Erläuterungen
140	*(Fortsetzung)*
1403	*(Fortsetzung)*

Der Betrag entspricht einem auf das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anzuwendenden Satz von 0,0048 %.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	10 349 781	10 137 763	0,—
Dänemark	6 453 494	6 356 649	0,—
Deutschland	91 454 651	90 685 793	0,—
Griechenland	4 523 922	4 327 198	0,—
Spanien	21 048 142	21 270 267	0,—
Frankreich	58 572 883	58 640 748	0,—
Irland	2 191 483	2 099 897	0,—
Italien	44 209 193	43 584 738	0,—
Luxemburg	698 113	701 964	0,—
Niederlande	14 833 702	14 555 392	0,—
Österreich	8 881 173	8 718 347	
Portugal	4 082 006	3 971 969	0,—
Finnland	4 764 880	4 425 123	
Schweden	8 524 021	8 503 510	
Vereinigtes Königreich	45 412 556	45 020 642	0,—
Posten 1 4 0 3 insgesamt	326 000 000	323 000 000	0,—

150 Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 4 und 5.

Die Aufteilung der Korrektur stellt sich wie folgt dar.

KAPITEL 15 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
150	*(Fortsetzung)*			

KAPITEL 15 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
150	*(Fortsetzung)*

Aufteilung der Korrektur bei den MwSt.-Einnahmen

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	138 308 816	61 819 564	99 300 333,35
Dänemark	82 511 192	35 382 077	55 394 991,15
Deutschland	757 484 401	333 409 218	536 387 687,83
Griechenland	65 264 153	27 715 135	39 738 708,06
Spanien	303 650 057	136 233 280	263 185 161,42
Frankreich	844 999 028	375 586 318	633 621 930,95
Irland	31 615 329	13 449 568	19 450 887,98
Italien	543 069 521	236 069 215	453 335 278,04
Luxemburg	10 071 289	4 495 989	6 890 335,17
Niederlande	213 997 721	93 225 381	152 524 156,50
Österreich	128 123 836	55 839 869	
Portugal	58 888 875	25 439 940	44 133 254,03
Finnland	63 440 926	27 682 937	
Schweden	106 565 560	48 190 388	
Vereinigtes Königreich	−3 486 000 000	−1 533 000 000	−2 313 332 510,67
Teilsumme	− 138 009 296	− 58 461 121	− 9 369 786,19

Aufteilung der Korrektur bei den BSP-Einnahmen

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	11 001 825	3 111 484	5 889 133,54
Dänemark	10 589 839	5 331 427	10 082 471,40
Deutschland	0	—	0,—
Griechenland	0	—	0,—
Spanien	0	—	0,—
Frankreich	0	—	0,—
Irland	0	—	0,—
Italien	94 712 388	43 085 330	55 234 371,69
Luxemburg	0	—	0,—
Niederlande	0	—	0,—
Österreich	0	—	
Portugal	0	—	0,—
Finnland	5 299 401	659 396	
Schweden	16 405 843	6 273 484	
Vereinigtes Königreich	0	—	0,—
Teilsumme	138 009 296	58 461 121	71 205 976,63

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
1 5 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 1 5 INSGESAMT	0	0	61 836 190,44

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
1 5 0	*(Fortsetzung)*

Insgesamt

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	149 310 641	64 931 048	105 189 466,89
Dänemark	93 101 031	40 713 504	65 477 462,55
Deutschland	757 484 401	333 409 218	536 387 687,83
Griechenland	65 264 153	27 715 135	39 738 708,06
Spanien	303 650 057	136 233 280	263 185 161,42
Frankreich	844 999 028	375 586 318	633 621 930,95
Irland	31 615 329	13 449 568	19 450 887,98
Italien	637 781 909	279 154 545	508 569 649,73
Luxemburg	10 071 289	4 495 989	6 890 335,17
Niederlande	213 997 721	93 225 381	152 524 156,50
Österreich	128 123 836	55 839 869	
Portugal	58 888 875	25 439 940	44 133 254,03
Finnland	68 740 327	28 342 333	
Schweden	122 971 403	54 463 872	
Vereinigtes Königreich	−3 486 000 000	−1 533 000 000	−2 313 332 510,67
Artikel 1 5 0 insgesamt	0	0	61 836 190,44

KAPITEL 1 9 — DEN MITGLIEDSTAATEN DURCH DIE ERHEBUNG DER EIGENMITTEL ERWACHSENDE KOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 1 9			
1 9 0	***Den Mitgliedstaaten durch die Erhebung der Eigenmittel erwachsende Kosten***	– 1 646 250 000	– 1 656 210 000	– 1 472 408 884,44
	KAPITEL 1 9 INSGESAMT	– 1 646 250 000	– 1 656 210 000	– 1 472 408 884,44
	Titel 1 insgesamt	**81 320 317 223**	**70 244 632 418**	**68 082 069 352,10**

KAPITEL 19 — DEN MITGLIEDSTAATEN DURCH DIE ERHEBUNG DER EIGENMITTEL ERWACHSENDE KOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
190	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 3.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	– 108 176 000	– 106 230 000	– 106 500 558,46
Dänemark	– 29 425 000	– 30 470 000	– 30 648 967,94
Deutschland	– 451 517 000	– 442 120 000	– 430 298 637,29
Griechenland	– 17 947 000	– 20 670 000	– 16 702 705,18
Spanien	– 72 386 000	– 75 530 000	– 65 852 903,63
Frankreich	– 174 210 000	– 221 430 000	– 186 999 547,07
Irland	– 26 721 000	– 40 770 000	– 24 333 182,09
Italien	– 127 575 000	– 132 780 000	– 128 284 092,30
Luxemburg	– 1 690 000	– 1 650 000	– 2 010 025,47
Niederlande	– 163 868 000	– 162 930 000	– 171 880 588,69
Österreich	– 45 142 000	– 35 900 000	
Portugal	– 25 611 000	– 26 360 000	– 22 538 817,43
Finnland	– 28 764 000	– 21 270 000	
Schweden	– 71 526 000	– 39 200 000	
Vereinigtes Königreich	– 301 692 000	– 298 900 000	– 286 358 858,89
Artikel 190 insgesamt	– 1 646 250 000	– 1 656 210 000	– 1 472 408 884,44

Die Kommission legt einen Bericht über die Verwendung der von den Mitgliedstaaten einbehaltenen 10 % zur Deckung der Kosten für die Erhebung der Mehrwertsteuer-Eigenmittel vor.

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 30			
300	***Verfügbarer Überschuß aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr***	p.m.	6 589 000 000	971 143 201,60
301	***Eigenmittelüberschuß aufgrund der Übertragung nach der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie***	p.m.	p.m.	0,—
302	***Voraussichtlicher Überschuß aus dem Haushaltsjahr 1994***			0,—
	KAPITEL 30 INSGESAMT	p.m.	6 589 000 000	971 143 201,60

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Erläuterungen
300	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5). Nach Artikel 32 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuß oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauffolgenden Haushaltsjahres verbucht. Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt; gegebenenfalls wird das Verfahren des Berichtigungsschreibens gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung angewendet. Die Schätzungen werden entsprechend den Richtlinien in Artikel 15 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 vorgenommen. Nach Abschluß der Rechnungen des jeweiligen Haushaltsjahres wird der gegenüber den Schätzungen verzeichnete Unterschiedsbetrag im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans in den Haushaltsplan des darauffolgenden Jahres eingesetzt. Ein Fehlbetrag wird bei Kapitel B0-3 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt. Für das Haushaltsjahr 1994 beläuft sich der Überschuß auf 6 589 Millionen ECU.
301	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 7. Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14), insbesondere Artikel 12.

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 3 1			
3 1 8	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für die Haushaltsjahre 1981 bis 1989***			
3 1 8 1	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1981	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 8	
3 1 8 1	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	—	—	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	—	—	0,—
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 1 8 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 8	*(Fortsetzung)*			
3 1 8 2	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1982	p.m.	p.m.	– 351 619,72
3 1 8 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1983	p.m.	p.m.	– 439 958,95

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 8	*(Fortsetzung)*
3 1 8 2	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	– 6 257,56
Spanien	—	—	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	– 345 362,16
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	—	—	0,—
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 1 8 2 insgesamt	p.m.	p.m.	– 351 619,72

3 1 8 3	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	– 7 445,68
Spanien	—	—	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	– 432 513,27
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	—	—	0,—
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 1 8 3 insgesamt	p.m.	p.m.	– 439 958,95

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 8	*(Fortsetzung)*			
3 1 8 4	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1984	p.m.	p.m.	– 432 449,99
3 1 8 5	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1985	p.m.	p.m.	– 443 332,95

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 8	*(Fortsetzung)*
3 1 8 4	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	– 7 313,32
Spanien	—	—	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	– 425 136,67
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	—	—	0,—
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 1 8 4 insgesamt	p.m.	p.m.	– 432 449,99

3 1 8 5	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	– 7 635,21
Spanien	—	—	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	– 435 697,74
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	—	—	0,—
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 1 8 5 insgesamt	p.m.	p.m.	– 443 332,95

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 8	*(Fortsetzung)*			
3 1 8 6	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1986	p.m.	p.m.	0,—
3 1 8 7	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1987	p.m.	p.m.	3 183 360,99

KAPITEL 31 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
318	*(Fortsetzung)*
3186	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3186 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

3187	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	3 157 130,74
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	26 230,25
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3187 insgesamt	p.m.	p.m.	3 183 360,99

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 8	*(Fortsetzung)*			
3 1 8 8	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1988	p.m.	p.m.	– 3 278 928,53

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 8	*(Fortsetzung)*
3 1 8 8	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	2 507 925,06
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	50 877,48
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	– 1 985 222,69
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	344 424,85
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 4 196 933,23
Posten 3 1 8 8 insgesamt	p.m.	p.m.	– 3 278 928,53

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 8	*(Fortsetzung)*			
3 1 8 9	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1989	p.m.	p.m.	29 003 859,15
	Artikel 3 1 8 insgesamt	p.m.	p.m.	27 240 930,—

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 8	*(Fortsetzung)*
3 1 8 9	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	4 554 223,51
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	3 266 828,28
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	2 001 874,35
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	– 2 332 733,46
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	29 014 607,85
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 7 500 941,38
Posten 3 1 8 9 insgesamt	p.m.	p.m.	29 003 859,15

KAPITEL 31 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
319	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4 bis 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für die Haushaltsjahre 1990 bis 1995***			
3190	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1990	p.m.	p.m.	10 262 194,08
3191	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1991	p.m.	p.m.	20 363 931,33

KAPITEL 31 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
319	
3190	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	5 014 666,31
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	– 6 661 770,84
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	919 260,97
Italien	p.m.	p.m.	962 236,75
Luxemburg	p.m.	p.m.	418 887,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	26 376 356,65
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 16 767 442,76
Posten 3 1 9 0 insgesamt	p.m.	p.m.	10 262 194,08

3191	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	6 155 859,10
Dänemark	p.m.	p.m.	61 487,27
Deutschland	p.m.	p.m.	494 058,57
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	1 995 122,58
Italien	p.m.	p.m.	– 21 020 831,45
Luxemburg	p.m.	p.m.	161 927,74
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	32 516 307,52
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 1 9 1 insgesamt	p.m.	p.m.	20 363 931,33

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 9	*(Fortsetzung)*			
3 1 9 2	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1992	p.m.	p.m.	52 252 946,70
3 1 9 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1993	p.m.	p.m.	– 3 205 726 101,38

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 9	*(Fortsetzung)*
3 1 9 2	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	7 329 690,33
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	347 053,28
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	4 482 819,68
Irland	p.m.	p.m.	2 103 429,99
Italien	p.m.	p.m.	– 26 221 751,13
Luxemburg	p.m.	p.m.	239 060,32
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	63 972 644,23
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 1 9 2 insgesamt	p.m.	p.m.	52 252 946,70

3 1 9 3	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	2 632 235,74
Dänemark	p.m.	p.m.	– 30 922 194,18
Deutschland	p.m.	p.m.	474 045 144,43
Griechenland	p.m.	p.m.	29 349 063,02
Spanien	p.m.	p.m.	– 638 867 576,29
Frankreich	p.m.	p.m.	– 446 595 795,57
Irland	p.m.	p.m.	22 972 676,68
Italien	p.m.	p.m.	– 1 200 427 036,73
Luxemburg	p.m.	p.m.	10 839 173,86
Niederlande	p.m.	p.m.	– 63 473 200,75
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	– 27 674 005,05
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 1 337 604 586,54
Posten 3 1 9 3 insgesamt	p.m.	p.m.	– 3 205 726 101,38

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 9	*(Fortsetzung)*			
3 1 9 4	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1994	p.m.	– 1 677 103 355	

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 9	*(Fortsetzung)*
3 1 9 4	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	– 32 332 089	
Dänemark	p.m.	– 30 077 565	
Deutschland	p.m.	142 189 279	
Griechenland	p.m.	11 835 447	
Spanien	p.m.	– 749 036 134	
Frankreich	p.m.	– 359 724 119	
Irland	p.m.	26 922 179	
Italien	p.m.	– 692 469 520	
Luxemburg	p.m.	5 775 778	
Niederlande	p.m.	15 283 221	
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	– 99 695 632	
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	84 225 800	
Posten 3 1 9 4 insgesamt	p.m.	– 1 677 103 355	

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 1 9	*(Fortsetzung)*			
3 1 9 5	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1995	p.m.		
	Artikel 3 1 9 insgesamt	p.m.	– 1 677 103 355	– 3 122 847 029,27
	KAPITEL 3 1 INSGESAMT	p.m.	– 1 677 103 355	– 3 095 606 099,27

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 9	*(Fortsetzung)*
3 1 9 5	*Neuer Posten* Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.		
Dänemark	p.m.		
Deutschland	p.m.		
Griechenland	p.m.		
Spanien	p.m.		
Frankreich	p.m.		
Irland	p.m.		
Italien	p.m.		
Luxemburg	p.m.		
Niederlande	p.m.		
Österreich	p.m.		
Portugal	p.m.		
Finnland	p.m.		
Schweden	p.m.		
Vereinigtes Königreich	p.m.		
Posten 3 1 9 5 insgesamt	p.m.		

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 3 2			
3 2 8	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für die Haushaltsjahre 1988 und 1989***			
3 2 8 8	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1988	p.m.	p.m.	5 692 778,83

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen
3 2 8	
3 2 8 8	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	151 775,32
Dänemark	p.m.	p.m.	121 164,71
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	– 2 869,48
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	10 537,14
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	–411 155,82
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	6 692 546,06
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	–869 219,10
Posten 3 2 8 8 insgesamt	p.m.	p.m.	5 692 778,83

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 2 8	*(Fortsetzung)*			
3 2 8 9	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1989	p.m.	p.m.	2 671 493,37
	Artikel 3 2 8 insgesamt	p.m.	p.m.	8 364 272,20

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 2 8	*(Fortsetzung)*
3 2 8 9	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	140 416,61
Dänemark	p.m.	p.m.	62 496,31
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	433 407,01
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	192 333,41
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	– 224 121,24
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	2 787 626,69
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 720 665,42
Posten 3 2 8 9 insgesamt	p.m.	p.m.	2 671 493,37

KAPITEL 32 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
329	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 7 bis 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für die Haushaltsjahre 1990 bis 1995***			
3290	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1990	p.m.	p.m.	0,—
3291	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1991	p.m.	p.m.	44 609 184,51

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 2 9	
3 2 9 0	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 2 9 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

3 2 9 1	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	1 397 064,15
Dänemark	p.m.	p.m.	– 1 064 013,10
Deutschland	p.m.	p.m.	28 407 776,31
Griechenland	p.m.	p.m.	1 331 307,73
Spanien	p.m.	p.m.	709 618,07
Frankreich	p.m.	p.m.	4 015 316,38
Irland	p.m.	p.m.	428 553,03
Italien	p.m.	p.m.	2 069 822,17
Luxemburg	p.m.	p.m.	34 782,13
Niederlande	p.m.	p.m.	378 064,64
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	7 006 449,43
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 105 556,47
Posten 3 2 9 1 insgesamt	p.m.	p.m.	44 609 184,51

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 2 9	*(Fortsetzung)*			
3 2 9 2	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1992	p.m.	p.m.	51 460 957,97
3 2 9 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1993	p.m.	p.m.	– 884 532 336,18

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 2 9	*(Fortsetzung)*
3 2 9 2	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	2 093 327,05
Dänemark	p.m.	p.m.	– 883 973,98
Deutschland	p.m.	p.m.	38 165 399,33
Griechenland	p.m.	p.m.	1 343 510,82
Spanien	p.m.	p.m.	2 076 843,56
Frankreich	p.m.	p.m.	– 168 179,72
Irland	p.m.	p.m.	449 541,64
Italien	p.m.	p.m.	– 2 678 573,12
Luxemburg	p.m.	p.m.	– 314 776,93
Niederlande	p.m.	p.m.	– 686 501,84
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	13 672 129,48
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 1 607 788,32
Posten 3 2 9 2 insgesamt	p.m.	p.m.	51 460 957,97

3 2 9 3	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	p.m.	20 948 225,93
Dänemark	p.m.	p.m.	– 1 424 426,76
Deutschland	p.m.	p.m.	107 181 588,—
Griechenland	p.m.	p.m.	29 503 921,47
Spanien	p.m.	p.m.	– 152 174 118,51
Frankreich	p.m.	p.m.	– 94 199 893,42
Irland	p.m.	p.m.	9 478 740,84
Italien	p.m.	p.m.	– 465 673 874,77
Luxemburg	p.m.	p.m.	4 472 344,17
Niederlande	p.m.	p.m.	12 272 358,63
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	p.m.	8 623 745,99
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 363 540 947,75
Posten 3 2 9 3 insgesamt	p.m.	p.m.	– 884 532 336,18

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 2 9	*(Fortsetzung)*			
3 2 9 4	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 7 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1994	p.m.	– 245 946 427	

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 2 9	*(Fortsetzung)*
3 2 9 4	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.	1 293 644	
Dänemark	p.m.	1 913 340	
Deutschland	p.m.	36 230 409	
Griechenland	p.m.	25 991 700	
Spanien	p.m.	– 235 847 836	
Frankreich	p.m.	– 123 423 239	
Irland	p.m.	12 108 192	
Italien	p.m.	– 196 305 662	
Luxemburg	p.m.	2 597 644	
Niederlande	p.m.	1 547 775	
Österreich	—	—	
Portugal	p.m.	– 21 569 391	
Finnland	—	—	
Schweden	—	—	
Vereinigtes Königreich	p.m.	249 516 997	
Posten 3 2 9 4 insgesamt	p.m.	– 245 946 427	

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL 3 3 — ERSTATTUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 2 9	*(Fortsetzung)*			
3 2 9 5	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 7 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1995	p.m.		
	Artikel 3 2 9 insgesamt	p.m.	– 245 946 427	– 788 462 193,70
	KAPITEL 3 2 INSGESAMT	p.m.	– 245 946 427	– 780 097 921,50
	KAPITEL 3 3			
3 3 0	***Erstattungen an Griechenland, Spanien und Portugal***	p.m.	p.m.	– 25 206 037,81

KAPITEL 32 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL 33 — ERSTATTUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Erläuterungen
329	*(Fortsetzung)*
3295	*Neuer Posten* Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.		
Dänemark	p.m.		
Deutschland	p.m.		
Griechenland	p.m.		
Spanien	p.m.		
Frankreich	p.m.		
Irland	p.m.		
Italien	p.m.		
Luxemburg	p.m.		
Niederlande	p.m.		
Österreich	p.m.		
Portugal	p.m.		
Finnland	p.m.		
Schweden	p.m.		
Vereinigtes Königreich	p.m.		
Posten 3295 insgesamt	p.m.		

330	Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassungen der Verträge vom 28. Mai 1979 (ABl. Nr. L 291 vom 19. 11. 1979, S. 17). Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge vom 12. Juni 1985 (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23). Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 9. Nach Artikel 127 der Akte über den Beitritt Griechenlands wird der Republik Griechenland während des Übergangszeitraums von 1981 bis 1985 ein degressiver Anteil der Finanzbeiträge gemäß dem Bruttosozialprodukt bzw. der als Eigenmittel festgestellten Abgaben aus der Mehrwertsteuer, die Griechenland an den Gemeinschaftshaushalt gezahlt hat, erstattet. Anpassungen der von Griechenland in den Haushaltsjahren 1981 bis 1985 gezahlten Finanzbeiträge können ausschließlich aufgrund von Korrekturen der in Kapitel 31 aufgeführten Mehrwertsteuerbeträge für die gleichen Jahre vorgenommen werden.

KAPITEL 3 3 — ERSTATTUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 3 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 3 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	– 25 206 037,81

KAPITEL 33 — ERSTATTUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
330	*(Fortsetzung)*

Gemäß den Artikeln 187 und 374 der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals wird Spanien und Portugal während des Übergangszeitraums von 1986 bis 1991 ein degressiver Anteil der Finanzbeiträge gemäß dem Bruttosozialprodukt bzw. der als Eigenmittel festgestellten Abgaben an der Mehrwertsteuer, die sie an den Gemeinschaftshaushalt gezahlt haben, mit Ausnahme ihres Anteils an der Finanzierung des Abzugs zugunsten des Vereinigten Königreichs, erstattet.

Seit dem Haushaltsjahr 1988 erhalten Spanien und Portugal ebenfalls eine anteilmäßige Erstattung ihrer Zahlungen für die zusätzliche Einnahme sowie ihres Anteils bei der Finanzierung des Abzugs zugunsten des Vereinigten Königreichs.

Zu positiven bzw. negativen Erstattungen an Spanien und Portugal können ausschließlich die Anpassungen der MwSt.- und der BSP-Bemessungsgrundlagen für die Haushaltsjahre 1986 bis 1991 entsprechend Kapitel 31 und 32 führen.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Griechenland	p.m.	p.m.	7 588,67
Spanien	p.m.	p.m.	– 35 480,90
Portugal	p.m.	p.m.	–25 178 145,58
Artikel 330 insgesamt	p.m.	p.m.	–25 206 037,81

KAPITEL 35 — ÜBERSCHUSS DER AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL BEI DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 35			
359	***Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für die Haushaltsjahre 1990 bis 1992***			
3590	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 1990			7 662 677,77
3591	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 1991		0	

KAPITEL 35 — ÜBERSCHUSS DER AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL BEI DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Artikel Posten	Erläuterungen
359	
3590	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 1990.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien			6 121 359,85
Dänemark			861 645,01
Deutschland			– 54 506 588,21
Griechenland			7 106 858,07
Spanien			29 484 103,64
Frankreich			47 844 994,67
Irland			762 239,79
Italien			– 69 423 317,92
Luxemburg			1 575 667,29
Niederlande			8 224 032,99
Österreich			
Portugal			11 177 488,07
Finnland			
Schweden			
Vereinigtes Königreich			18 434 194,52
Posten 3 5 9 0 insgesamt			7 662 677,77

Artikel Posten	Erläuterungen
3591	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 1991.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien		p.m.	
Dänemark		p.m.	
Deutschland		p.m.	
Griechenland		p.m.	
Spanien		p.m.	
Frankreich		p.m.	
Irland		p.m.	
Italien		p.m.	
Luxemburg		p.m.	
Niederlande		p.m.	
Österreich		—	
Portugal		p.m.	
Finnland		—	
Schweden		—	
Vereinigtes Königreich		p.m.	
Posten 3 5 9 1 insgesamt		0	

KAPITEL 3 5 — ÜBERSCHUSS DER AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL BEI DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
3 5 9	*(Fortsetzung)*			
3 5 9 2	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 1992	p.m.		
	Artikel 3 5 9 insgesamt	p.m.	0	7 662 677,77
	KAPITEL 3 5 INSGESAMT	p.m.	0	7 662 677,77
	Titel 3 insgesamt	**p.m.**	**4 665 950 218**	**– 2 922 104 179,21**

KAPITEL 35 — ÜBERSCHUSS DER AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL BEI DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
359	*(Fortsetzung)*
3592	*Neuer Posten* Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 1992.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Belgien	p.m.		
Dänemark	p.m.		
Deutschland	p.m.		
Griechenland	p.m.		
Spanien	p.m.		
Frankreich	p.m.		
Irland	p.m.		
Italien	p.m.		
Luxemburg	p.m.		
Niederlande	p.m.		
Österreich	p.m.		
Portugal	p.m.		
Finnland	p.m.		
Schweden	p.m.		
Vereinigtes Königreich	p.m.		
Posten 3592 insgesamt	p.m.		

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 40			
400	***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger sowie der Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank, des Europäischen Währungsinstituts, des Europäischen Investitionsfonds, ihres Personals und ihrer Ruhegehaltsempfänger***	266 577 430	241 712 952	215 873 596,21

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen		
400	Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 13.		
	Verordnung Nr. 422/67/EWG, 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 1084/92 (ABl. Nr. L 117 vom 1. 5. 1992, S. 1).		
	Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 8), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 3162/94 (ABl. Nr. L 335 vom 23. 12. 1994, S. 5).		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 214 vom 6. 8. 1976, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15).		
	Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 268 vom 20. 10. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 840/95 (ABl. Nr. L 85 vom 19. 4. 1995, S. 10).		
	Parlament:		24 319 000
	— Parlament	(24 153 000)	
	— Bürgerbeauftragter	(166 000)	
	Rat		15 108 000
	Kommission:		195 632 044
	— Verwaltung	(159 693 000)	
	— Forschung und technologische Entwicklung	(31 089 000)	
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	(1 710 233)	
	— Europäische Umweltagentur	(283 898)	
	— Europäische Agentur für die Bewertung von Arzneimitteln	(330 000)	
	— Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	(p.m.)	
	— Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung	(530 600)	
	— Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union	(p.m.)	
	— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	(457 401)	
	— Europäische Stiftung für Berufsbildung	(552 000)	
	— Europäische Drogenbeobachtungsstelle	(82 300)	
	— Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt	(903 612)	
	— Europäisches Sortenamt	(p.m.)	
	Gerichtshof		8 762 400
	Rechnungshof		4 406 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen:		4 349 986
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	(918 897)	
	— Ausschuß der Regionen	(473 852)	
	— Gemeinsame Organisationsstruktur	(2 957 237)	
	Europäische Investitionsbank		12 000 000
	Europäisches Währungsinstitut		2 000 000
	Europäischer Investitionsfonds		p.m.
		Insgesamt	266 577 430

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
401	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	140 343 904	128 693 973	114 611 555,62
402	***Ertrag der besonderen Abgabe auf die Nettobeträge der Dienstbezüge, Ruhegehälter und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger***			– 186,04

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
401	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 509/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1859/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 679/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 1).		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 510/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 15), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15).		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3832/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften hinsichtlich des Versorgungsbeitrags (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1991, S. 9).		
	Parlament:		17 589 000
	— Parlament	(17 589 000)	
	— Bürgerbeauftragter	(p.m.)	
	Rat		10 987 000
	Kommission:		101 695 241
	— Verwaltung	(76 365 000)	
	— Forschung und technologische Entwicklung	(20 573 000)	
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	(1 809 225)	
	— Europäische Umweltagentur	(23 421)	
	— Europäische Agentur für die Bewertung von Arzneimitteln	(490 000)	
	— Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	(p.m.)	
	— Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung	(368 500)	
	— Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union	(p.m.)	
	— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	(308 745)	
	— Europäische Stiftung für Berufsbildung	(459 000)	
	— Europäische Drogenbeobachtungsstelle	(85 600)	
	— Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt	(1 212 750)	
	— Europäisches Sortenamt	(p.m.)	
	Gerichtshof		4 330 100
	Rechnungshof		2 501 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen:		3 241 563
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	(684 770)	
	— Ausschuß der Regionen	(353 119)	
	— Gemeinsame Organisationsstruktur	(2 203 674)	
		Insgesamt	140 343 904
402	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3821/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 1).		
	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1240/70 über die Regelung der Amtsbezüge für die ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 1. Juli 1970 abläuft, der Verordnung Nr. 423/67/EWG, Nr. 6/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder der EWG-Kommission und der EAG-Kommission sowie der Hohen Behörde, die nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt worden sind, und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4).		
	Beschluß 81/1062/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 4. Juni 1973 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 4. Januar 1973 abläuft, und des Beschlusses des Rates vom 14. Oktober 1958 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Gerichtshofes der EGKS (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 11).		

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
4 0 2	*(Fortsetzung)*			
4 0 3	***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amts- beziehungsweise Dienstbezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst***	37 842 834	34 582 341	30 158 842,79
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	444 764 168	404 989 266	360 643 808,58
	Titel 4 insgesamt	**444 764 168**	**404 989 266**	**360 643 808,58**

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
402	*(Fortsetzung)*		
	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3212/87 des Rates vom 20. Oktober 1987 zur Anpassung der in Artikel 66a des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften vorgesehenen besonderen Abgabe (ABl. Nr. L 307 vom 29. 10. 1987, S. 1).		
	Gemäß den genannten Akten wird die besondere Abgabe nach dem 30. Juni 1991 nicht mehr erhoben. Etwaige Einnahmen im Zusammenhang mit rückwirkenden Berichtigungen von Dienstbezügen, Ruhegehältern und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst können bei diesem Artikel eingesetzt werden.		
	Die Einsetzung jedes neuen Betrags bei diesem Artikel setzt die Zustimmung aller Gemeinschaftsinstitutionen gemäß Artikel 22 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), voraus, wonach jede einzelne Institution für die Einstellung und Verwaltung ihres Personals zuständig ist.		
403	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3831/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften hinsichtlich der Einführung einer befristeten Abgabe (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1991, S. 7).		
	Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 1084/92 des Rates vom 28. April 1992 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission, für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 117 vom 1. 5. 1992, S. 1).		
	Parlament:		5 168 000
	— Parlament	(5 168 000)	
	— Bürgerbeauftragter	(p.m.)	
	Rat		2 626 000
	Kommission:		27 169 014
	— Verwaltung	(20 509 484)	
	— Forschung und technologische Entwicklung	(5 743 000)	
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	(365 442)	
	— Europäische Umweltagentur	(14 428)	
	— Europäische Agentur für die Bewertung von Arzneimitteln	(53 000)	
	— Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	(p.m.)	
	— Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung	(97 950)	
	— Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union	(p.m.)	
	— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	(45 740)	
	— Europäische Stiftung für Berufsbildung	(111 000)	
	— Europäische Drogenbeobachtungsstelle	(49 000)	
	— Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt	(179 970)	
	— Europäisches Sortenamt	(p.m.)	
	Gerichtshof		1 358 900
	Rechnungshof		728 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen:		792 920
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	(167 591)	
	— Ausschuß der Regionen	(86 347)	
	— Gemeinsame Organisationsstruktur	(538 982)	
		Insgesamt	37 842 834

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 50			
500	***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen***	1 000	1 000	21 490,59
501	***Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen***	p.m.	p.m.	0,—
502	***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen***	70 000	70 000	58 295,09
503	***Erlös aus der Veräußerung von Beförderungsmitteln***	20 000	20 000	96 696,—
	KAPITEL 50 INSGESAMT	91 000	91 000	176 481,68

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
500	Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden kann.	
	Parlament	p.m.
	Rat	p.m.
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	p.m.
	Rechnungshof	1 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen	p.m.
	Insgesamt	1 000
501	Erlös aus dem Verkauf unbeweglicher Sachen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden kann.	
502	Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Druckschriften und Filmen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden kann.	
	Parlament	p.m.
	Rat	p.m.
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	p.m.
	Rechnungshof	60 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen	10 000
	Insgesamt	70 000
503	Parlament	20 000

KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 5 1			
5 1 0	***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material***	p.m.	p.m.	0,—
5 1 1	***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten***			
5 1 1 0	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden	23 600	10 750	10 533,32
5 1 1 1	Erstattung der Mietnebenkosten	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 5 1 1 insgesamt	23 600	10 750	10 533,32
	KAPITEL 5 1 INSGESAMT	23 600	10 750	10 533,32

KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
5 1 0	Rat	p.m.
	Kommission	p.m.
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen	p.m.
	Insgesamt	p.m.
5 1 1		
5 1 1 0	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden können.	
	Parlament	—
	Rat	23 600
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	—
	Rechnungshof	—
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen	p.m.
	Insgesamt	23 600
5 1 1 1	Erstattung von Mietnebenkosten, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden können.	
	Parlament	—
	Rat	—
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	—
	Rechnungshof	—
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen	p.m.
	Insgesamt	p.m.

KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN

KAPITEL 5 3 — WECHSELKURSGEWINNE

KAPITEL 5 4 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 5 2			
5 2 0	***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs***	52 547 000	52 622 000	50 311 776,70
5 2 1	***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen, die an die Kommission abgeführt werden***	73 500	70 000	1 912 904,07
	KAPITEL 5 2 INSGESAMT	52 620 500	52 692 000	52 224 680,77
	KAPITEL 5 3			
5 3 0	***Wechselkursgewinne***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 4			
5 4 0	***Verschiedene nicht in Anspruch genommene wiederzuverwendende Einnahmen (Artikel 27 der Haushaltsordnung)***	20 000 000	20 000 000	12 721 645,50

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN

KAPITEL 53 — WECHSELKURSGEWINNE

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

Artikel Posten	Erläuterungen		
520	Parlament		2 000 000
	Rat		300 000
	Kommission:		50 000 000
	— Verwaltung	(50 000 000)	
	— Forschung und technologische Entwicklung	(p.m.)	
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	(p.m.)	
	Gerichtshof		140 000
	Rechnungshof		7 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen		100 000
		Insgesamt	52 547 000
530	Parlament		p.m.
	Rat		p.m.
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen		p.m.
		Insgesamt	p.m.
540	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung ist die Wiederverwendung jeweils vor Abschluß des Haushaltsjahres vorzunehmen, das auf das Haushaltsjahr folgt, in dem die Einnahme eingezogen wurde. Die Einnahmen, die wiederverwendet werden können und nicht innerhalb der vorgesehenen Frist verwendet wurden, werden bei diesem Artikel verbucht.		

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON VERSORGUNGSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
540	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 54 INSGESAMT	20 000 000	20 000 000	12 721 645,50
	KAPITEL 55			
550	***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal***	15 933 000	15 930 000	6 629 396,68
	KAPITEL 55 INSGESAMT	15 933 000	15 930 000	6 629 396,68
	KAPITEL 56			
560	***Arbeitgeberbeitrag des gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint Undertaking" zur Versorgungsordnung***	1 476 000	1 510 000	1 796 249,71
	KAPITEL 56 INSGESAMT	1 476 000	1 510 000	1 796 249,71

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON VERSORGUNGSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Erläuterungen		
540	*(Fortsetzung)*		
	Kommission		20 000 000
	Gerichtshof		p.m.
		Insgesamt	20 000 000
550	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 107, und Artikel 4, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 48 seines Anhangs VIII.		
	Parlament		600 000
	Rat		p.m.
	Kommission:		15 000 000
	— Verwaltung	(15 000 000)	
	— Forschung und technologische Entwicklung	(p.m.)	
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	(p.m.)	
	Gerichtshof		300 000
	Rechnungshof		20 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen:		13 000
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	(4 000)	
	— Ausschuß der Regionen	(4 000)	
	— Gemeinsame Organisationsstruktur	(5 000)	
		Insgesamt	15 933 000
560	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 43. Beschluß 78/471/Euratom des Rates vom 30. Mai 1978 zur Errichtung des gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint Undertaking" (ABl. Nr. L 151 vom 7. 6. 1978, S. 10), insbesondere Artikel 8 Ziffer 5 und Artikel 8 Ziffer 7 der Satzung im Anhang zu diesem Beschluß. Beschluß 91/677/Euratom des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Billigung der Änderung der Satzung des gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus" (JET) (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1991, S. 9).		

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

KAPITEL 59 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 58			
580	***Verschiedene Vergütungen***	150 000	150 000	48 570,16
	KAPITEL 58 INSGESAMT	150 000	150 000	48 570,16
	KAPITEL 59			
590	***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***	1 400 000	1 400 000	999 856,23
	KAPITEL 59 INSGESAMT	1 400 000	1 400 000	999 856,23
	Titel 5 insgesamt	**91 694 100**	**91 783 750**	**74 607 414,05**

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

KAPITEL 59 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen	
580	Verschiedene Vergütungen, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden können.	
590	Kommission	1 400 000

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE, VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN UND BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 60			
601	***Kooperationsabkommen im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik***			
6010	Kooperationsabkommen Schweden-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	9 186 679,—
6011	Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	8 620 289,—
	Artikel 601 insgesamt	p.m.	p.m.	17 806 968,—
602	***Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der gemeinschaftlichen Forschungsprogramme***	p.m.	p.m.	5 863 140,18
603	***Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der gemeinschaftlichen Programme im Bereich der Industrie***	p.m.	p.m.	0,—

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE, VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN UND BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
601	
6010	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen Schweden und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere aus dem Abkommen vom 10. Mai 1976. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden die etwaigen Einnahmen für zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" bereitgestellt. Diese Einnahmen sind zur Deckung des Anteils Schwedens am Beitrag der Gemeinschaft zur Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben für das Kooperationsabkommen sowie der Ausgaben für andere Assoziierungsabkommen bestimmt, die mit Forschungsorganen der Gemeinschaft abgeschlossen wurden oder abzuschließen sind.
6011	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere aus dem Abkommen vom 14. September 1978. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden die etwaigen Einnahmen — je nach Art der zu deckenden Ausgaben — entweder bei Artikel B6-4 5 1 (Gemeinsame Forschungsstelle) oder bei Artikel B6-5 4 1 (Indirekte Aktionen) des Einzelplans III „Kommission" als zusätzliche Mittel eingesetzt. Diese Einnahmen sind zur Deckung des Anteils der Schweiz am Beitrag der Gemeinschaft zur Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben für das Kooperationsabkommen sowie der Ausgaben für andere Assoziierungsabkommen bestimmt, die mit Forschungsorganen der Gemeinschaft abgeschlossen wurden oder abzuschließen sind.
602	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und Drittländern, insbesondere den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind. Dieser eventuelle Beitrag ist zur Deckung der Ausgaben für Sitzungen, Gutachterverträge und Forschungsverträge im Rahmen der jeweiligen Programme bestimmt. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden die etwaigen Einnahmen — je nach Art der zu deckenden Ausgaben — entweder bei Artikel B6-4 5 1 (Gemeinsame Forschungsstelle) oder bei Artikel B6-5 4 1 (Indirekte Aktionen) des Einzelplans III „Kommission" als zusätzliche Mittel eingesetzt.
603	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und europäischen Drittländern, insbesondere den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind. Soweit diese Beiträge nicht bei Artikel B5-4 0 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" wiederverwendet werden, werden sie bei diesem Artikel verbucht.

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
604	***Kooperationsabkommen mit Drittlandseinrichtungen im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von gemeinschaftlicher Bedeutung (EUREKA und andere)***	2 000 000	2 000 000	204 269,—
605	***Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung***	200 000	200 000	779 578,98
606	***Einnahmen im Rahmen der Zusatzprogramme im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung***			
6061	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Informationstechnologien	p.m.	p.m.	0,—
6062	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Kommunikationstechnologien	p.m.	p.m.	0,—
6063	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen zur Entwicklung von Telematiksystemen, die von allgemeinem Interesse sind	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 606 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
607	***Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten***			
6071	Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie	p.m.	p.m.	1 264 400,—

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
604	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Drittlandseinrichtungen im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von gemeinschaftlicher Bedeutung (EUREKA und andere). Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden die Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt.
605	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen von seiten der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligten Staaten zur Deckung der Ausgaben bei Posten B6-7 2 1 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" des Gesamthaushaltsplans. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden die Mehreinnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 eingesetzt.
606	
6061	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 I. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen für Informationstechnologien beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
6062	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 I. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen im Bereich der Kommunikationstechnologien beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
6063	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 I. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen zur Entwicklung von Telematiksystemen beteiligen, die von allgemeinem Interesse sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
607	
6071	Beschluß 89/27/EWG des Rates vom 16. Dezember 1988 über die Verabschiedung der zweiten Phase des Programms über Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie (COMETT II) (1990-1994) (ABl. Nr. L 13 vom 17. 1. 1989, S. 28). Beschluß des Rates vom 22. Mai 1989 über die Öffnung des Programms COMETT II für die EFTA-Länder. Beschluß des Rates vom 27. Juli 1990 über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen des COMETT-II-Programms (1990-1994).

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
607	*(Fortsetzung)*			
6071	*(Fortsetzung)*			
6072	Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms zur Förderung der Zusammenarbeit von europäischen Hochschulen und der Mobilität von Studenten und Hochschuldozenten	p.m.	p.m.	3 216 900,—
	Artikel 607 insgesamt	p.m.	p.m.	4 481 300,—
608	***Verschiedene Einnahmen, die für Maßnahmen im Bereich der humanitären Soforthilfe bestimmt sind***	p.m.	p.m.	0,—
609	***Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Gemeinschaft***			
6091	Einnahmen aus der Beteiligung assoziierter mitteleuropäischer Länder an Gemeinschaftsprogrammen	p.m.		

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
607	*(Fortsetzung)*
6071	*(Fortsetzung)* Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten und Liechtenstein geschlossen worden sind, damit diese sich an den Gemeinschaftsprogrammen zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie beteiligen können.
6072	Beschluß 87/327/EWG des Rates vom 15. Juni 1987 über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1987, S. 20), geändert durch den Beschluß 89/663/EWG (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 23). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone geschlossen wurden, damit diese sich an dem Gemeinschaftsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Hochschulen sowie der Mobilität der Studenten und Hochschuldozenten beteiligen können.
608	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 4. Etwaige Beteiligungen Dritter an Maßnahmen im Bereich der humanitären Soforthilfe. Etwaige Einnahmen werden als zusätzliche Mittel bei Kapitel B7-2 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingestellt.
609	
6091	*Neuer Posten* Europa-Abkommen von 16. Dezember 1991 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits (ABl. Nr. L 347 vom 31. 12. 1993, S. 2). Europa-Abkommen von 16. Dezember 1991 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits (ABl. Nr. L 348 vom 31. 12. 1993, S. 2). Europa-Abkommen von 1. Februar 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits (ABl. Nr. L 357 vom 31. 12. 1994, S. 2). Europa-Abkommen von 8. März 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits (ABl. Nr. L 358 vom 31. 12. 1994, S. 3). Europa-Abkommen von 4. Oktober 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 359 vom 31. 12. 1994, S. 2). Europa-Abkommen von 4. Oktober 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 360 vom 31. 12. 1994, S. 2). Zusatzprotokoll vom 30. Juni 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 40). Zusatzprotokoll vom 13. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 30). Zusatzprotokoll vom 17. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 35). Zusatzprotokoll vom 20. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 25). Zusatzprotokoll vom 24. August 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 45). Einnahmen aus der Beteiligung von mitteleuropäischen Ländern an verschiedenen Gemeinschaftsprogrammen aufgrund der vorgenannten Assoziierungsabkommen zwischen der Gemeinschaft und diesen Ländern.

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
609	*(Fortsetzung)*			
6092	Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Gemeinschaft	p.m.	p.m.	2 853 164,68
	Artikel 609 insgesamt	p.m.	p.m.	2 853 164,68
	KAPITEL 60 INSGESAMT	2 200 000	2 200 000	31 988 420,84
	KAPITEL 61			
610	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind***			
6100	Teil des Aufkommens der nach Artikel 20 des Vertrages vom 8. April 1965 entrichteten EGKS-Umlagen	5 000 000	5 000 000	5 000 000,—
6101	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	823 000	776 000	798 916,—
6102	Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs geleistet worden sind	360 000	400 000	436 466,—
6103	Erstattung von Zuschüssen	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 610 insgesamt	6 183 000	6 176 000	6 235 382,—

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen		
609	*(Fortsetzung)*		
6092	*Vormals Artikel 609* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 4. Etwaige Beteiligungen Dritter an Tätigkeiten der Gemeinschaft. Die etwaigen Einnahmen werden als zusätzliche Mittel bei den betreffenden Kapiteln des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingestellt.		
610			
6100	Beschluß 77/729/EGKS des Rates vom 21. November 1977 zur Anpassung des Teils der Verwaltungsausgaben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der aus den Umlagen auf die Erzeugung von Kohle und Stahl aufgebracht wird (ABl. Nr. L 306 vom 30. 11. 1977, S. 28). Dieser Beschluß setzt den durch die Umlage zu finanzierenden Teil der EGKS-Verwaltungsausgaben auf 5 Millionen ECU fest.		
6101	Erstattung der für Rechnung einer anderen Institution verauslagten Beträge. Diese Beträge sind nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zur Wiederverwendung bestimmt. Parlament Rat Kommission: — Verwaltung — Forschung und technologische Entwicklung		823 000 p.m. p.m. p.m.
		Insgesamt	823 000
6102	Parlament		360 000
6103	Parlament		p.m.

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 1 1	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt worden sind***			
6 1 1 0	Beiträge der Staaten, die an internationalen Regierungskonferenzen teilgenommen haben	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 2	***Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 3	***Wiedereingezogene Beträge gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 4	***Rückzahlung der für Vorhaben und Aktionen gewährten finanziellen Unterstützungen im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse***			
6 1 4 0	Rückzahlung der für die Vorhaben und die Aktionen auf dem Gebiet der neuen Energietechnologien gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	450 000	615 000	416 572,17
6 1 4 1	Rückzahlung der für Informatik-Vorhaben gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	p.m.	30 000	0,—

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
611	
6110	Erstattung der für Rechnung der Mitgliedstaaten verauslagten Beträge für die Beteiligung dieser Staaten an internationalen Konferenzen oder Veranstaltungen. Diese Beträge sind nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zur Wiederverwendung bestimmt.
612	Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind, und die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden können.
613	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1). Werden Beträge, die bei der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik oder infolge von Unregelmäßigkeiten oder von Versäumnissen verloren gingen, wieder eingezogen, so sind sie den Zahlstellen zuzuleiten. Diese bringen die Beträge von den durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds finanzierten Ausgaben in Abzug. Eine Verbuchung als Einnahme erfolgt daher nur, wenn die wieder eingezogenen Summen höher sind als die Ausgaben.
614	
6140	Verordnung (EWG) Nr. 3056/73 des Rates vom 9. November 1973 über die Unterstützung gemeinschaftlicher Vorhaben im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 312 vom 13. 11. 1973, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 1303/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 727/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Sonnenenergie — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 728/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 1971/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für industrielle Pilot- und für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2125/84 (ABl. Nr. L 196 vom 29. 7. 1984, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 1972/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Nutzung alternativer Energiequellen, der Energieeinsparung und der Substitution von Kohlenwasserstoffen (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 6), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2126/84 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1984, S. 4). Verordnung (EWG) Nr. 3639/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 25).
6141	Verordnung (EWG) Nr. 1996/79 des Rates vom 11. September 1979 über ein System der gemeinschaftlichen Unterstützung für den Bereich der Datenverarbeitung (ABl. Nr. L 231 vom 13. 9. 1979, S. 1).

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 1 4	*(Fortsetzung)*			
6 1 4 2	Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	p.m.	p.m.	0,—
6 1 4 3	Rückzahlung von Subventionen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für die kleinen und mittleren Unternehmen gewährt werden	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 4 insgesamt	450 000	645 000	416 572,17
6 1 5	***Rückzahlungen nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft***			
6 1 5 0	Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	p.m.	p.m.	1 256 505,29
6 1 5 1	Rückzahlungen im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter, jedoch nicht verwendeter Zuschüsse	p.m.	p.m.	0,—
6 1 5 2	Rückzahlungen nicht verwendeter Zinszuschüsse	p.m.	p.m.	195 331,04
6 1 5 3	Rückzahlungen von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden	p.m.	p.m.	572 241,21
6 1 5 8	Rückzahlungen sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft	p.m.	p.m.	0,—
6 1 5 9	Rückzahlung nicht verwendeter Abschlagszahlungen seitens der Empfänger von Gemeinschaftsbeihilfen	p.m.	p.m.	182 766 630,96
	Artikel 6 1 5 insgesamt	p.m.	p.m.	184 790 708,50
6 1 6	***Rückzahlungen von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergieagentur verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
6 1 4	*(Fortsetzung)*
6 1 4 2	Einnahmen aus der Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden eventuelle Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
6 1 4 3	Beschluß der Kommission vom 21. Dezember 1988 zur Lancierung eines Pilotvorhabens „Eurotech Capital" (E/1783/88).
6 1 5	
6 1 5 0	Rückzahlungen von Zuschüssen aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, deren Wiederverwendung in der Regel für den betreffenden Fonds nicht vorgesehen ist oder die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden können.
6 1 5 1	Rückzahlungen im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter Zuschüsse, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
6 1 5 2	Rückzahlungen von Zinszuschüssen, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden.
6 1 5 3	Rückzahlungen von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden, und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
6 1 5 8	Rückzahlungen sonstiger, nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden.
6 1 5 9	Rückzahlung von Abschlagszahlungen seitens der Empfänger von Gemeinschaftsbeihilfen; diese Beträge sind nicht gemäß Artikel 7 Absatz 7 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet worden.
6 1 6	Erstattung des Anteils der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) an den von der Kommission verauslagten Beträgen für die von der IAEO im Rahmen der Verifizierungsabkommen durchgeführten Kontrollen (siehe Posten B4-2 0 0 0, B4-2 0 2 0 und B4-2 0 2 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission"), die gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet werden.

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 1 8	***Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträge***			
6 1 8 0	Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Auftragnehmer oder die Nahrungsmittelhilfeempfänger zuviel gezahlten Beträge	p.m.	p.m.	0,—
6 1 8 1	Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 8 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 9	***Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	6 633 000	6 821 000	191 442 662,67
	KAPITEL 6 2			
6 2 0	***Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b) des Euratom-Vertrags)***	p.m.	p.m.	0,—
6 2 1	***Vergütungen für entgeltliche Leistungen an Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen (Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags)***			
6 2 1 0	Erstattung bestimmter einzelstaatlicher Stellen für die Inanspruchnahme von Personal	400 000	400 000	515 810,—
	Artikel 6 2 1 insgesamt	400 000	400 000	515 810,—

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 62 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
618	
6180	In den Bekanntmachungen der Vergabe und den den Schreiben der Kommission beigefügten finanziellen Bedingungen sind Bestimmungen über die Kriterien für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger vorgesehen.
6181	In der Anlage zu den Schreiben der Kommission sind Lieferbedingungen vorgesehen, in denen die Bedingungen für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger festgelegt sind.
619	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind und deren Wiederverwendung nicht in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen ist.
620	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 6 Buchstabe b). Einnahmen aus der entgeltlichen Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen an die Mitgliedstaaten zur Ausführung ihrer Forschungsprogramme, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden.
621	
6210	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von wissenschaftlichem Personal durch die nationalen Organe auf der Grundlage von Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags: — Euratom-Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK); — Euratom-Commissariat à l'énergie atomique français (CEA). Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden Mehreinnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 1 1 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 2 2	***Einnahmen aus den durch die Gemeinsame Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen***			
6 2 2 0	Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die zur Rückzahlung der in den Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	—	—	4 924 033,53
6 2 2 1	Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	14 743 640,56
6 2 2 2	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die zur Rückzahlung der in den Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	p.m.	p.m.	8 647 888,26
6 2 2 3	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	5 281 204,75
6 2 2 4	Einnahmen aus Lizenzen, die die Kommission an patentfähige und nichtpatentfähige Erfindungen vergeben hat, die aus Forschungen der Gemeinsamen Forschungsstelle hervorgegangen sind	p.m.	p.m.	15 230,40
6 2 2 5	Verschiedene Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle	p.m.	p.m.	29 645,70
	Artikel 6 2 2 insgesamt	p.m.	p.m.	33 641 643,20

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
6 2 2	
6 2 2 0	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Zusammenhang mit den Haushaltsjahren vor 1995. Diese Einnahmen im Zusammenhang mit dem für den Betrieb des HFR eingesetzten Personal wurden zur Rückzahlung der bei Artikel B6-1 1 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" verbuchten Ausgaben verwendet. Diese Einnahmen wurden zu je 50 % von Deutschland und den Niederlanden abgeführt.
6 2 2 1	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle. Von Dritten (insbesondere von Deutschland und den Niederlanden) abgeführte Beträge, die zur Deckung von Ausgaben verschiedener Art, die der Gemeinsamen Forschungsstelle für den Betrieb des HFR entstehen, bestimmt sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln B6-1 1 1, B6-1 2 1 und B6-4 4 2 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" bzw. bei einem etwaigen neuen Artikel, der für ein weiteres HFR-Programm eingerichtet wird, eingestellt werden. *Abschluß früherer Programme* Die Einnahmen werden zu je 50 % auf Deutschland und die Niederlande umgelegt.
6 2 2 2	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Diese Mittel sind auch für Rückzahlungen im Zusammenhang mit dem Vorschußfonds des Gemeisamen Programms 1988-1991 bestimmt.
6 2 2 3	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Gemäß Artikel 46 Absatz 1 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit Dritten anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln B6-1 1 1, B6-1 2 1 und B6-4 3 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" des Gesamthaushaltsplans eingestellt werden. So werden insbesondere die Einnahmen aus der Verbreitung und Neuzertifizierung von Proben (ZRM), im Rahmen der Tätigkeit des Referenzbüros der Gemeinschaft (BCR) als spezifische zusätzliche Mittel bei den Artikeln B6-1 2 1 und B6-4 3 1 eingesetzt, wo sie zur Deckung von Ausgaben für technische Infrastrukturen, für den laufenden Dienstbetrieb sowie für einschlägige Investitionen verwendet werden.
6 2 2 4	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).
6 2 2 5	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 4 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich. Beiträge, Schenkungen oder Vermächtnisse Dritter zugunsten verschiedener Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle.

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 2 3	***Einnahmen aus den von der Generaldirektion Wissenschaft, Forschung und Entwicklung für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen***	p.m.	p.m.	680 273,32
6 2 4	***Einnahmen aus Lizenzen, die die Kommission an patentfähige und nichtpatentfähige Erfindungen vergeben hat, die aus der gemeinschaftlichen Forschungstätigkeit (indirekte Aktionen) hervorgegangen sind***	20 000	20 000	0,—
	KAPITEL 6 2 INSGESAMT	420 000	420 000	34 837 726,52
	KAPITEL 6 3			
6 3 0	***Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone im Rahmen des Abkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums***	p.m.	p.m.	90 665 277,—
	KAPITEL 6 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	90 665 277,—
	Titel 6 insgesamt	**9 253 000**	**9 441 000**	**348 934 087,03**

KAPITEL 62 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 63 — BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

Artikel Posten	Erläuterungen
623	Einnahmen aus den Verträgen über die für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel — je nach Art der zu deckenden Ausgaben — entweder bei Artikel B6-4 5 1 (Gemeinsame Forschungsstelle) oder bei Artikel B6-5 4 1 (Indirekte Aktionen) des Einzelplans III „Kommission" als zusätzliche Mittel eingesetzt.
624	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).
630	Abkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (ABl. Nr. L 1 vom 3. 1. 1994, S. 3). In diesem Artikel werden die Beiträge der EFTA-Staaten erfaßt, die sich gemäß Artikel 82 und den Protokollen Nr. 31 und 32 des Abkommens aus ihrer finanziellen Beteiligung an bestimmten Gemeinschaftsaktionen ergeben. Die vorgesehene Beteiligung, die sich aus der Zusammenfassung in Anhang III von Teil B des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" (Zusammenfassung zur Information) ergibt, beläuft sich insgesamt auf 45 831 159 ECU an Verpflichtungen und auf 27 977 875 ECU an Zahlungen. Die Beiträge der EFTA-Staaten werden der Kommission gemäß den Bestimmungen der Artikel 1 bis 3 des Protokolls Nr. 32 des Abkommens zur Verfügung gestellt. Die Beträge der Beiträge unter diesem Artikel, die gemäß den Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), „zweckgebundene Mittel" sind, werden in gleicher Höhe als Mittel ausgewiesen.

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	***Verzugszinsen***			
7 0 0 0	Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen	p.m.	p.m.	4 692 260,95
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	p.m.	p.m.	7 211 216,25
	Artikel 7 0 0 insgesamt	p.m.	p.m.	11 903 477,20
	KAPITEL 7 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	11 903 477,20
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	***Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen***	p.m.	p.m.	23 464 195,97

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 70 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 71 — GELDBUSSEN

Artikel Posten	Erläuterungen
700	
7000	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 33 Absatz 4. Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5), insbesondere Artikel 11.
7001	Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962, erste Verordnung zur Anwendung der Artikel 85 und 86 des Vertrages (ABl. Nr. 13 vom 21. 2. 1962, S. 204/62), geändert und ergänzt durch die Verordnungen: — Nr. 59 (ABl. Nr. 58 vom 10. 7. 1962, S. 1655/62), — Nr. 118/63/EWG (ABl. Nr. L 162 vom 7. 11. 1963, S. 2696/63), — (EWG) Nr. 2822/71 (ABl. Nr. L 285 vom 29. 12. 1971, S. 49). Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 49. Verordnung (EWG) 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11), insbesondere Artikel 24. Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1; Berichtigung: ABl. Nr. L 257 vom 21. 9. 1990, S. 13), insbesondere die Artikel 14 und 15. Verordnung (EWG) Nr. 1865/90 der Kommission vom 2. Juli 1990 über die Zahlung von Verzugszinsen bei verspäteter Rückzahlung von Strukturfondszuschüssen (ABl. Nr. L 170 vom 3. 7. 1990, S. 35).
710	Verordnung Nr. 11 des Rates vom 27. Juni 1960 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 52 vom 16. 8. 1960, S. 1121/60), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 (ABl. Nr. L 335 vom 22. 12. 1984, S. 4), insbesondere die Artikel 17 und 18. Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962, erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages (ABl. Nr. 13 vom 21. 2. 1962, S. 204/62), geändert und ergänzt durch die Verordnungen: — Nr. 59 (ABl. Nr. 58 vom 10. 7. 1962, S. 1655/62), — Nr. 118/63/EWG (ABl. Nr. 162 vom 7. 11. 1963, S. 2696/63), — (EWG) Nr. 2822/71 (ABl. Nr. L 285 vom 29. 12. 1971, S. 49), insbesondere die Artikel 15 und 16.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
7 1 0	*(Fortsetzung)*			
7 1 1	***Einziehung der Geldbußen zur Ahndung von Betrügereien und Unregelmäßigkeiten, die sich gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft richten***	p.m.		
	KAPITEL 7 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	23 464 195,97
	Titel 7 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**35 367 673,17**

KAPITEL 71 — GELDBUSSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
710	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 175 vom 23. 7. 1968, S. 1), insbesondere die Artikel 22 und 23. Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1; Berichtigung: ABl. Nr. L 257 vom 21. 9. 1990, S. 13), insbesondere die Artikel 14 und 15.
711	*Neuer Artikel* Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24). Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1). Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1995, über die Annahme eines Aktionsprogramms für das gemeinschaftliche Zollwesen *(Zoll 2000)* (ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 4), geändert am 6. Oktober 1995 (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 32).

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 80			
800	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen***	p.m.	p.m.	0,—
801	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Euratom-Anleihen***	p.m.	p.m.	0,—

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Erläuterungen
800	Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über die Gemeinschaftsanleihen (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 682/81 des Rates vom 16. März 1981 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1981, S. 1). Beschluß 83/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1983 betreffend eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Französischen Republik (ABl. Nr. L 153 vom 11. 6. 1983, S. 44). Verordnung (EWG) Nr. 1131/85 des Rates vom 30. April 1985 zur Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 für den Ausbau des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 118 vom 1. 5. 1985, S. 59). Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23) und insbesondere die Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Schlußakte über die Anwendung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zugunsten Portugals. Beschluß 85/543/EWG des Rates vom 9. Dezember 1985 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 341 vom 19. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 des Rates vom 24. Juni 1988 zur Einführung eines einheitlichen Systems des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 178 vom 8. 7. 1988, S. 1). Beschluß 91/136/EWG des Rates vom 4. März 1991 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 22). Beschluß 93/67/EWG des Rates vom 18. Januar 1993 über ein Darlehen der Gemeinschaft an die Italienische Republik (ABl. Nr. L 22 vom 30. 1. 1993, S. 121). Die Garantie der EG betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die damit den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 14 Milliarden ECU begrenzt. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 0 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
801	Beschluß 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 9). Beschluß 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 11). Beschluß 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 12 vom 17. 1. 1980, S. 28). Beschluß 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Gesamtbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf ihren Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 21). Beschluß 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Gesamtbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 334 vom 12. 12. 1985, S. 23). Beschluß 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom über die Anwendung des Beschlusses 77/270/Euratom, mit dem die Kommission ermächtigt wird, Euratom-Anleihen als Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftwerken aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 3. 5. 1990, S. 26).

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
801	*(Fortsetzung)*			
802	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft (Neues Gemeinschaftsinstrument)***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
801	*(Fortsetzung)* Der Gesamtbetrag der genehmigten Euratom-Anleihen wurde auf 4 Milliarden ECU festgesetzt. 1 Milliarde ECU wurde durch den Beschluß 77/270/Euratom, 1 Milliarde ECU durch den Beschluß 82/170/Euratom, 1 Milliarde ECU durch den Beschluß 85/537/Euratom und 1 Milliarde ECU durch den Beschluß 90/212/Euratom genehmigt. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
802	Beschluß 78/870/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 298 vom 25. 10. 1978, S. 9). Beschluß 79/486/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 über die Durchführung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 125 vom 22. 5. 1979, S. 16). Beschluß 80/739/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 205 vom 7. 8. 1980, S. 19). Beschluß 80/1103/EWG des Rates vom 25. November 1980 über die Verwendung eines Teils der zweiten Anleihetranche in Ergänzung des Beschlusses 80/739/EWG über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 326 vom 2. 12. 1980, S. 19). Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21). Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27). Beschluß 82/169/EWG des Rates vom 15. März 1982 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 19). Beschluß 82/268/EWG des Rates vom 26. April 1982 über die Anwendung des Beschlusses 82/169/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 116 vom 30. 4. 1982, S. 16). Beschluß 83/200/EWG des Rates vom 19. April 1983 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 28. 4. 1983, S. 26). Beschluß 83/308/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 über die Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 164 vom 23. 6. 1983, S. 31). Beschluß 84/383/EWG des Rates vom 23. Juli 1984 betreffend die Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 53). Beschluß 87/182/EWG des Rates vom 9. März 1987 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1987, S. 34). Der Höchstbetrag der genehmigten Anleihen wurde auf 6 830 Millionen ECU festgesetzt. Davon entfallen 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 78/870/EWG genehmigten Anleihen, 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 82/169/EWG genehmigten Anleihen und 1 080 Millionen ECU auf die durch die Beschlüsse 81/19/EWG und 81/1013/EWG genehmigten Anleihen. Hiervon sind die von der Europäischen Investitionsbank aus eigenen Mitteln für den gleichen Zweck gewährten Darlehen und die durch den Beschluß 83/200/EWG genehmigten Anleihen in Höhe von 3 Milliarden ECU und 750 Millionen ECU durch den Beschluß 87/182/EWG abzuziehen. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 2 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 0 2	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 8 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 1			
8 1 0	***Rückfluß und Zinserlös bei im Rahmen von Finanzprotokollen gewährten Sonderdarlehen und haftendem Kapital***	17 408 000	16 627 000	15 246 440,27
8 1 1	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der von der Kommission für die Verbesserung der Wohnbedingungen der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen***	40 000	40 000	55 334,21
8 1 2	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der den Beamten der Organe durch die Kommission gewährten Baudarlehen***	40 000	50 000	47 120,62
8 1 3	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der Darlehen und des haftenden Kapitals, das die Kommission im Zusammenhang mit der Aktion „EC Investment Partners" Entwicklungsländern in Lateinamerika und Asien und im südlichen Mittelmeerraum gewährt***	p.m.	p.m.	105 380,99
8 1 4	***Rückzahlung und Zinserträge aus den Darlehen, die den von der Golfkrise am unmittelbarsten betroffenen Ländern gewährt wurden***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 1 INSGESAMT	17 488 000	16 717 000	15 454 276,09

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 81 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
802	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
810	Dieser Artikel dient der Verbuchung der Kapitalrückzahlungen und der Zinserträge aus Sonderdarlehen und haftendem Kapital, die aus den in Kapitel B7-40 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" vorgesehenen Mitteln Ländern gewährt wurden, für die in den Finanzprotokollen im Anhang zu den geschlossenen Abkommen die Gewährung derartiger Darlehen und von haftendem Kapital durch die Gemeinschaft vorgesehen ist. Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen und haftendes Kapital, die noch im vergangenen Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für Sonderdarlehen und Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; die ersteren sind halbjährlich, die zweiten jährlich zahlbar.
811	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der aus einem Teil der Mittel des Postens B3-4110 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" zugunsten der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen.
812	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der an die Beamten gewährten Baudarlehen.
813	Verordnung (EWG) Nr. 319/92 des Rates vom 3. Februar 1992 über die Anwendung des Finanzinstruments „EC Investment Partners" für Länder Lateinamerikas, Asien und des Mittelmeerraums während eines Versuchszeitraums (ABl. Nr. L 35 vom 12. 2. 1992, S. 1). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. September 1994, über die Anwendung des Finanzinstruments „EC Investment Partners" für Länder Asiens, Lateinamerikas, des Mittelmeerraums und Südafrika (ABl. Nr. C 287 vom 15. 10. 1994, S. 7). Dieser Artikel dient der Verbuchung der Kapitalrückzahlungen und der Zinserträge aus Darlehen und Risikokapital, die aus den bei dem Artikel B7-500 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" (EC Investment Partners) veranschlagten Mitteln gewährt wurden.
814	Verordnung (EWG) Nr. 3557/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 über eine finanzielle Unterstützung der von der Golfkrise am unmittelbarsten betroffenen Länder (ABl. Nr. L 347 vom 12. 12. 1990, S. 1).

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 8 2			
8 2 0	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für ein Anleiheprogramm der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn***			
8 2 0 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die beiden ersten Tranchen eines Anleiheprogramms der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
8 2 0 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer zusätzlichen mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 1	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die ehemalige Sowjetunion und ihre Republiken***	p.m.	p.m.	0,—
8 2 2	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Tschechische Republik und für die Slowakische Republik***			
8 2 2 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 0	
8 2 0 0	Beschluß 90/83/EWG des Rates vom 22. Februar 1990 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990, S. 7). Beschluß 90/681/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über einen zweiten Teilbetrag der mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 18). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 0 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" des Gesamthaushaltsplans, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 0 1	Beschluß 91/310/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 34). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 1	Beschluß 91/658/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über ein mittelfristiges Darlehen für die Sowjetunion und ihre Republiken (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1991, S. 89). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 2	
8 2 2 0	Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24). Die Trennung zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik vom 1. Januar 1993 führt zu einer Änderung des Darlehensvertrags, wobei der Darlehensbetrag auf jede der beiden Republiken aufgeteilt wird. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 2 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 2	*(Fortsetzung)*			
8 2 2 0	*(Fortsetzung)*			
8 2 2 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Slowakische Republik	p.m.	p.m.	0,—
8 2 2 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für die Slowakische Republik	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 2 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 3	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien***			
8 2 3 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien	p.m.	p.m.	0,—
8 2 3 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer weiteren mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 2	*(Fortsetzung)*
8 2 2 0	*(Fortsetzung)*
	Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 2 1	Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24). Die Trennung zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik vom 1. Januar 1993 führt zu einer Änderung des Darlehensvertrags, wobei der Darlehensbetrag auf jede der beiden Republiken aufgeteilt wird. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 2 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 2 2	Beschluß 94/939/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine zusätzliche Finanzhilfe für die Slowakische Republik (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1994, S. 30). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 2 2 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 3	
8 2 3 0	Beschluß 91/311/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 36). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 3 1	Beschluß 92/511/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 317 vom 31. 10. 1992, S. 94). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. April 1994, zur Änderung des Beschlusses 92/511/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992, im Hinblick auf eine Erhöhung der mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. C 134 vom 17. 5. 1994, S. 26). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 3	*(Fortsetzung)*			
8 2 3 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 8 2 3 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 4	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien***			
8 2 4 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
8 2 4 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
8 2 4 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine dritte Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer weiteren Finanzhilfe für Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 4 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 5	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die baltischen Staaten***			
8 2 5 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Estland	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 3	*(Fortsetzung)*
8 2 3 1	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 4	
8 2 4 0	Beschluß 91/384/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 64). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 4 0 des Ausgabenplans im Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 4 1	Beschluß 92/551/EWG des Rates vom 27. November 1992 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 353 vom 3. 12. 1992, S. 30). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 4 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 4 2	Beschluß 94/369/EG des Rates vom 20. Juni 1994 über eine ergänzende Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 29). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 4 2 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 5	
8 2 5 0	Beschluß 92/542/EWG des Rates vom 23. November 1992 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1992, S. 29). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 5 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 5	*(Fortsetzung)*			
8 2 5 0	*(Fortsetzung)*			
8 2 5 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Lettland	p.m.	p.m.	0,—
8 2 5 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Litauen	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 5 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 6	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Euratom-Darlehen, mit denen die Steigerung der Effizienz und der Sicherheit der Kernkraftwerke in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten finanziert werden soll***	p.m.	p.m.	0,—
8 2 7	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für Israel***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 5	*(Fortsetzung)*
8 2 5 0	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 5 1	Beschluß 92/542/EWG des Rates vom 23. November 1992 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1992, S. 29). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 5 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 5 2	Beschluß 92/542/EWG des Rates vom 23. November 1992 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1992, S. 29). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 5 2 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 6	Beschluß 94/179/Euratom des Rates vom 21. März 1994 zur Änderung des Beschlusses 77/270/Euratom zwecks Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Finanzbeitrag zur Verbesserung der Sicherheit und des Wirkungsgrads von Kernkraftanlagen in bestimmten Drittländern Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1994, S. 41). Zur Rechtsgrundlage der Euratom-Anleihen siehe Erläuterungen zu Artikel 8 0 1. Der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen für die Mitgliedstaaten und Drittländer beträgt weiterhin maximal 4 Milliarden ECU, wie in Artikel 8 0 1 angegeben. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantien gemäß Artikel B0-2 1 6 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 7	Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 7 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 7	*(Fortsetzung)*			
8 2 8	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für das Anleiheprogramm der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Algerien***			
8 2 8 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien	p.m.	p.m.	0,—
8 2 8 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 8 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 9	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für die GUS-Republiken***			
8 2 9 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für die Republik Moldau	p.m.	p.m.	0,—
8 2 9 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für die Ukraine	p.m.	p.m.	

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 7	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 8	
8 2 8 0	Beschluß 91/510/EWG des Rates vom 23. September 1991 über die Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien (ABl. Nr. L 272 vom 28. 9. 1991, S. 90). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 8 0 des Ausgabenplans im Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 8 1	Beschluß 94/938/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine ergänzende Finanzhilfe für Algerien (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1994, S. 28). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 8 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 9	
8 2 9 0	Beschluß 94/346/EG des Rates vom 13. Juni 1994 über eine Finanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. Nr. L 155 vom 22. 6. 1994, S. 27). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 0 des Ausgabenplans im Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 9 1	Beschluß 94/940/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. Nr. 366 vom 31. 12. 1994, S. 32). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 9	*(Fortsetzung)*			
8 2 9 2	Garantie des Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für Belarus	p.m.	p.m.	
8 2 9 3	Garantie des Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer ergänzenden Finanzhilfe für die Republik Moldau	p.m.		
8 2 9 4	Garantie des Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer ergänzenden Finanzhilfe für die Ukraine	p.m.		
	Artikel 8 2 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 3			
8 3 0	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer im Mittelmeerraum***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 9	*(Fortsetzung)*
8 2 9 2	Beschluß 95/132/EG des Rates vom 10. April 1995 über eine Finanzhilfe für Belarus (ABl. Nr. 89 vom 21. 4. 1995, S. 28). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 2 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 9 3	*Neuer Posten* Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., über eine ergänzende Finanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 3 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 9 4	*Neuer Posten* Beschluß 95/442/EG des Rates vom 23. Oktober 1995 über eine weitere Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. Nr. L 258 vom 28. 10. 1995, S. 63). Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 4 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 3 0	Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 (Soforthilfe für Portugal). Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 zum Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1). Beschluß des Rates vom 19. Oktober 1976 (Abkommen mit Jugoslawien). Beschluß des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeerprotokolle). Beschluß des Rates vom 20. Dezember 1977 (außerordentliche Hilfe für den Libanon). Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25).

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 3 0	*(Fortsetzung)*			

KAPITEL 83 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
830	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2217/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel sowie des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 270 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2237/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 274 vom 29. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1). Beschluß 79/281/EWG des Rates vom 5. März 1979 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. L 67 vom 17. 3. 1979, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluß des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. Nr. L 130 vom 27. 5. 1980, S. 98). Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1). Beschluß des Rates vom 4. Juni 1981 (finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien). Beschluß des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau im Libanon). Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15). Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 22). Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29). Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36). Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43). Beschluß des Rates vom 17. Oktober 1983 (Verlängerung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal).

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 3 0	*(Fortsetzung)*			

KAPITEL 83 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
830	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 3354/83 des Rates vom 22. November 1983 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 335 vom 30. 11. 1983, S. 7). Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37). Beschluß des Rates vom 18. Juni 1984 (Schreiben des Ratspräsidenten an die Europäische Investitionsbank: Empfehlung, die finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal zum zweiten Mal zu verlängern). Beschluß des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien). Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S. 1). Beschluß 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. L 389 vom 31. 12. 1987, S. 65). Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1). Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9). Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17). Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25). Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33). Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32). Beschluß 88/597/EWG des Rates vom 21. November 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 327 vom 30. 11. 1988, S. 51). Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46). Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 32). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1991, über den Abschluß des dritten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. C 134 vom 24. 5. 1991, S. 5). Beschluß 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 18 vom 25. 1. 1992, S. 34). Beschluß 92/206/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 13). Beschluß 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 21). Beschluß 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 29). Beschluß 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 37).

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 3 0	*(Fortsetzung)*			
8 3 1	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer in Mittel- und Osteuropa***	p.m.	p.m.	0,—
8 3 2	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an andere Drittländer***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 83 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
830	*(Fortsetzung)* Beschluß 92/210/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 45). Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 5). Beschluß 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 13). Beschluß 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 21). Beschluß 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. Nr. L 189 vom 29. 7. 1993, S. 152). Beschluß 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 32 vom 5. 2. 1994, S. 44). Beschluß 95/484/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 14). Beschluß 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 22). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 0 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
831	Beschluß 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 68). Beschluß 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen 90/62/EWG auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 44). Beschluß 93/166/EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Gewährung einer Gemeinschaftsgarantie an die Europäische Investitionsbank bei Verlusten aus Darlehen für Investitionsvorhaben in Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 42). Beschluß 93/696/EG des Rates vom 13. Dezember 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien) (ABl. Nr. L 321 vom 23. 12. 1993, S. 27). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B des Einzelplans III sind sämtliche Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
832	Beschluß 93/115/EWG des Rates vom 15. Februar 1993 über eine Garantie der Gemeinschaft gegenüber der Europäischen Investitionsbank bei Zahlungsausfällen im Zusammenhang mit Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (ABl. Nr. L 45 vom 23. 2. 1993, S. 27). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 2 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 4 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DEM GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 3 2	*(Fortsetzung)*			
8 3 3	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleihen der Gemeinschaft und bereitgestellte Mittel zur Gewährleistung der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln in die ehemalige Sowjetunion***			
8 3 3 0	Garantie der Gemeinschaft zur Gewährleistung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmittel in die ehemalige Sowjetunion	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 3 3 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 3 4	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Südafrika***	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 8 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 4			
8 4 1	***Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 83 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 84 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DEM GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen
832	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
833	
8330	Verordnung (EWG) Nr. 599/91 des Rates vom 5. März 1991 über eine Kreditbürgschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3281/91 (ABl. Nr. L 310 vom 12. 11. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 599/91 liegt einem zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem von der Deutschen Bank vertretenen Bankenkonsortium am 26. November 1991 unterzeichneten Kreditbürgschaftsvertrag zugrunde, durch den der ehemaligen Sowjetunion Darlehen gewährt werden. In einem Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft und der ehemaligen Sowjetunion vom 26. November 1991 werden die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten für die Verwendung der Mittel festgelegt. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 3 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
834	Beschluß 95/207/EG des Rates vom 1. Juni 1995 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Südafrika (ABl. Nr. L 131 vom 15. 6. 1995, S. 31). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 4 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
841	Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1). Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 7). Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14).

KAPITEL 8 4 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DEM GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 4 1	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 8 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 5			
8 5 0	***Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden***	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 8 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	
	Titel 8 insgesamt	**17 488 000**	**16 717 000**	**15 454 276,09**

KAPITEL 84 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DEM GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 85 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
841	*(Fortsetzung)* Dieser Artikel dient der Verbuchung — gemäß Artikel 14 des Beschlusses 94/729/EG und Artikel 3 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 — der nach Erreichen des Zielbetrags des Garantiefonds eventuell anfallenden Überschüsse.
850	Beschluß 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. Nr. L 173 vom 7. 7. 1994, S. 12). Dieser Artikel dient der Verbuchung von Dividenden, die der Europäische Investitionsfonds gegebenenfalls für diese Gemeinschaftsbeteiligung ausschüttet.

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 1 — BEITRAG DER ABGEORDNETEN DES PARLAMENTS ZU EINER VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 9 0			
9 0 0	***Sonstige Einnahmen***	3 894 500	3 912 800	6 158 367,95
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	3 894 500	3 912 800	6 158 367,95
	KAPITEL 9 1			
9 1 0	***Beitrag der Abgeordneten des Parlaments zu einer Versorgungsordnung***	1 030 000	1 000 000	1 012 963,—
	KAPITEL 9 1 INSGESAMT	1 030 000	1 000 000	1 012 963,—
	Titel 9 insgesamt	**4 924 500**	**4 912 800**	**7 171 330,95**
	GESAMTBETRAG	**81 888 440 991**	**75 438 426 452**	**66 002 143 762,76**

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 90 — SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 91 — BEITRAG DER ABGEORDNETEN DES PARLAMENTS ZU EINER VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Erläuterungen		
900	Parlament		50 000
	Rat		799 500
	Kommission		3 000 000
	Gerichtshof		10 000
	Rechnungshof		10 000
	Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen		25 000
		Insgesamt	3 894 500
910	Parlament		1 030 000

B. FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze, die im Haushaltsjahr 1996 gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom vom 24. Juni 1988 Artikel 1 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften und gemäß Artikel 10 des Vertrages vom 22. April 1970 zur Änderung bestimmter Haushaltsvorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

Beschreibung	Beträge
Ausgaben	
A. *Einzelplan III — Kommission (Teil B)*	
1. Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (Teileinzelplan B1)	41 328 000 000
2. Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei (Teileinzelplan B2)	26 005 632 000
3. Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen (Teileinzelplan B3)	823 355 000
4. Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt (Teileinzelplan B4)	194 520 000
5. Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze (Teileinzelplan B5)	666 522 000
6. Forschung und technologische Entwicklung (Teileinzelplan B6)	3 096 604 000
7. Auswärtige Aktionen (Teileinzelplan B7)	4 649 936 000
8. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Teileinzelplan B8)	68 250 000
9. Garantien, Reserven (Teileinzelplan B0)	927 000 000
Einzelplan III Teil B insgesamt	77 759 819 000
B. *Einzelplan III — Kommission (Teil A)*	2 696 735 349
Einzelplan III insgesamt	80 456 554 349
C. *Einzelpläne I, II, IV, V und VI — Sonstige Organe*	1 431 886 642
Gesamtbetrag der Ausgaben	**81 888 440 991**
Einnahmen	
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	568 123 768
Verfügbarer Überschuß aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr	p.m.
Überschuß aus den MwSt.-Eigenmitteln und den BSP-Eigenmitteln vorangegangener Haushaltsjahre	p.m.
Eigenmittelüberschuß aus der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	p.m.
Erstattungen	p.m.
Gesamtbetrag der Einnahmen	**568 123 768**
Durch die Eigenmittel im Sinne des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 zu deckende Mittelansätze	**81 320 317 223**

Betrag der durch die Eigenmittel im Sinne des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 zu finanzierenden Ausgaben	81 320 317 223
Nettobetrag (= 90 %) der Zölle, Agrarabschöpfungen und Zucker- und Isoglukoseabgaben (siehe Tabelle 5)	– 14 816 250 000
Zu finanzierender Restbetrag	66 504 067 223

TABELLE 1

Aufgliederung der MwSt.-Eigenmittel gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttosozialprodukts	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttosozialprodukts, multipliziert mit dem Begrenzungssatz
Belgien	910 200 000	2 173 400 000	55	1 195 370 000
Dänemark	543 000 000	1 355 200 000	55	745 360 000
Deutschland	9 700 000 000	19 205 000 000	55	10 562 750 000
Griechenland	480 000 000	950 000 000	55	522 500 000
Spanien	2 010 000 000	4 420 000 000	55	2 431 000 000
Frankreich	5 709 800 000	12 300 000 000	55	6 765 000 000
Irland (1)	254 600 000	460 200 000	55	253 110 000
Italien	3 573 900 000	9 283 700 000	55	5 106 035 000
Luxemburg (1)	83 000 000	146 600 000	55	80 630 000
Niederlande	1 462 100 000	3 115 000 000	55	1 713 250 000
Österreich	870 700 000	1 865 000 000	55	1 025 750 000
Portugal (1)	502 300 000	857 200 000	55	471 460 000
Finnland	417 500 000	1 000 600 000	55	550 330 000
Schweden	701 300 000	1 790 000 000	55	984 500 000
Vereinigtes Königreich	4 700 000 000	9 536 400 000	55	5 245 020 000
Insgesamt	31 918 400 000	68 458 300 000		37 652 065 000

(1) Mitgliedstaaten, deren MwSt.-Bemessungsgrundlage begrenzt ist.

Mitgliedstaaten	1 % der begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage	Höchstsatz des MwSt.-Abrufs (in %)	Einheitlicher Satz der MwSt.-Eigenmittel (in %) (1)	MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
Belgien	910 200 000	1,40	1,248045686	1 135 971 184
Dänemark	543 000 000	1,40	1,248045686	677 688 808
Deutschland	9 700 000 000	1,40	1,248045686	12 106 043 158
Griechenland	480 000 000	1,40	1,248045686	599 061 929
Spanien	2 010 000 000	1,40	1,248045686	2 508 571 830
Frankreich	5 709 800 000	1,40	1,248045686	7 126 091 260
Irland	253 110 000	1,40	1,248045686	315 892 844
Italien	3 573 900 000	1,40	1,248045686	4 460 390 479
Luxemburg	80 630 000	1,40	1,248045686	100 629 924
Niederlande	1 462 100 000	1,40	1,248045686	1 824 767 598
Österreich	870 700 000	1,40	1,248045686	1 086 673 379
Portugal	471 460 000	1,40	1,248045686	588 403 619
Finnland	417 500 000	1,40	1,248045686	521 059 074
Schweden	701 300 000	1,40	1,248045686	875 254 440
Vereinigtes Königreich	4 700 000 000	1,40	1,248045686	5 865 814 726
Insgesamt	31 883 700 000			39 792 314 252

(1) Berechnung des Satzes: $\frac{39\,792\,314\,252}{31\,883\,700\,000} = 1{,}24804568641657\,\%$.

Aus zusätzlichen Eigenmitteln zu finanzierender Restbetrag:

66 504 067 223 ECU − 39 792 314 252 ECU = 26 711 752 971 ECU.

TABELLE 2

Ermittlung der abzuführenden MwSt.-Eigenmittel und des von den übrigen Mitgliedstaaten aufzubringenden Betrages für die Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs, der zu der zusätzlichen Einnahme gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 5 Absatz 2 hinzuzurechnen ist

Mitgliedstaaten	MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz	Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs	Insgesamt	Höchstsatz des MwSt.-Abrufs (in %)	MwSt. zum Höchstsatz des MwSt.-Abrufs	Zur ergänzenden Einnahme hinzuzurechnende Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs	MwSt.-Eigenmittelzahlungen (p.m.)
Belgien	1 135 971 184	149 310 641	1 285 281 825	1,40	1 274 280 000	11 001 825	1 274 280 000
Dänemark	677 688 808	93 101 031	770 789 839	1,40	760 200 000	10 589 839	760 200 000
Deutschland	12 106 043 158	757 484 401	12 863 527 559	1,40	13 580 000 000	—	12 863 527 559
Griechenland	599 061 929	65 264 153	664 326 082	1,40	672 000 000	—	664 326 082
Spanien	2 508 571 830	303 650 057	2 812 221 887	1,40	2 814 000 000	—	2 812 221 887
Frankreich	7 126 091 260	844 999 028	7 971 090 288	1,40	7 993 720 000	—	7 971 090 288
Irland	315 892 844	31 615 329	347 508 173	1,40	354 354 000	—	347 508 173
Italien	4 460 390 479	637 781 909	5 098 172 388	1,40	5 003 460 000	94 712 388	5 003 460 000
Luxemburg	100 629 924	10 071 289	110 701 213	1,40	112 882 000	—	110 701 213
Niederlande	1 824 767 598	213 997 721	2 038 765 319	1,40	2 046 940 000	—	2 038 765 319
Österreich	1 086 673 379	128 123 836	1 214 797 215	1,40	1 218 980 000	—	1 214 797 215
Portugal	588 403 619	58 888 875	647 292 494	1,40	660 044 000	—	647 292 494
Finnland	521 059 074	68 740 327	589 799 401	1,40	584 500 000	5 299 401	584 500 000
Schweden	875 254 440	122 971 403	998 225 843	1,40	981 820 000	16 405 843	981 820 000
Vereinigtes Königreich	5 865 814 726	−3 486 000 000	2 379 814 726	1,40	6 580 000 000	—	2 379 814 726
Insgesamt	39 792 314 252	0	39 792 314 252		44 637 180 000	138 009 296	39 654 304 956

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführten Eigenmittel gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d)

Mitgliedstaaten	1 % des BSP	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
Belgien	2 173 400 000	0,39019 (1)	848 039 229
Dänemark	1 355 200 000		528 785 665
Deutschland	19 205 000 000		7 493 601 441
Griechenland	950 000 000		370 680 623
Spanien	4 420 000 000		1 724 640 375
Frankreich	12 300 000 000		4 799 338 598
Irland	460 200 000		179 565 498
Italien	9 283 700 000		3 622 408 109
Luxemburg	146 600 000		57 201 874
Niederlande	3 115 000 000		1 215 442 255
Österreich	1 865 000 000		727 704 593
Portugal	857 200 000		334 470 980
Finnland	1 000 600 000		390 424 244
Schweden	1 790 000 000		698 440 332
Vereinigtes Königreich	9 536 400 000		3 721 009 155
Insgesamt	68 458 300 000		26 711 752 971

(1) Berechnung des Abrufsatzes: $\frac{26\,711\,752\,971}{68\,458\,300\,000} = 0{,}390190129918505\,\%$.

Bemessungsgrenze der Einnahmen in % des BSP: 1,20 %.

TABELLE 4

Ermittlung der zusätzlichen Einnahmen gemäß Beschluß 88/376/EWG, Euratom Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 5 Absatz 2

Mitgliedstaaten	Zusätzliche Einnahme zum einheitlichen Satz	Zusätzliche Einnahme, Reserven ausgenommen	Zusätzliche Einnahme, Finanzierung der Reserven	Finanzierung der nicht durch die MwSt. gedeckten Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs	Abzuführender Gesamtbetrag der zusätzlichen Einnahme (p.m.)
Belgien	848 039 229	811 465 770	36 573 459	11 001 825	859 041 054
Dänemark	528 785 665	505 980 681	22 804 984	10 589 839	539 375 504
Deutschland	7 493 601 441	7 170 424 268	323 177 173	—	7 493 601 441
Griechenland	370 680 623	354 694 249	15 986 374	—	370 680 623
Spanien	1 724 640 375	1 650 261 665	74 378 710	—	1 724 640 375
Frankreich	4 799 338 598	4 592 357 122	206 981 476	—	4 799 338 598
Irland	179 565 498	171 821 362	7 744 136	—	179 565 498
Italien	3 622 408 109	3 466 184 212	156 223 897	94 712 388	3 717 120 497
Luxemburg	57 201 874	54 734 923	2 466 951	—	57 201 874
Niederlande	1 215 442 255	1 163 023 775	52 418 480	—	1 215 442 255
Österreich	727 704 593	696 320 816	31 383 777	—	727 704 593
Portugal	334 470 980	320 046 222	14 424 758	—	334 470 980
Finnland	390 424 244	373 586 385	16 837 859	5 299 401	395 723 645
Schweden	698 440 332	668 318 638	30 121 694	16 405 843	714 846 175
Vereinigtes Königreich	3 721 009 155	3 560 532 883	160 476 272	—	3 721 009 155
Insgesamt	26 711 752 971	25 559 752 971	1 152 000 000	138 009 296	26 849 762 267
Prozentsatz von 1 % des BSP	0,3902	0,3734	0,0168		

Zusätzliche Einnahmen — Finanzierung der Reserven

Mitgliedstaaten	Währungsreserve	Darlehensreserve und Garantiereserve	Soforthilfereserve	Gesamtbetrag der Finanzierung der Reserven
Belgien	15 873 897	10 349 781	10 349 781	36 573 459
Dänemark	9 897 996	6 453 494	6 453 494	22 804 984
Deutschland	140 267 871	91 454 651	91 454 651	323 177 173
Griechenland	6 938 530	4 523 922	4 523 922	15 986 374
Spanien	32 282 426	21 048 142	21 048 142	74 378 710
Frankreich	89 835 710	58 572 883	58 572 883	206 981 476
Irland	3 361 170	2 191 483	2 191 483	7 744 136
Italien	67 805 511	44 209 193	44 209 193	156 223 897
Luxemburg	1 070 725	698 113	698 113	2 466 951
Niederlande	22 751 076	14 833 702	14 833 702	52 418 480
Österreich	13 621 431	8 881 173	8 881 173	31 383 777
Portugal	6 260 746	4 082 006	4 082 006	14 424 758
Finnland	7 308 099	4 764 880	4 764 880	16 837 859
Schweden	13 073 652	8 524 021	8 524 021	30 121 694
Vereinigtes Königreich	69 651 160	45 412 556	45 412 556	160 476 272
Insgesamt	500 000 000	326 000 000	326 000 000	1 152 000 000
Prozentsatz von 1 % des BSP	0,0073	0,0048	0,0048	0,0168

TABELLE 5

Finanzierung der Ausgaben — Zusammenfassung

Mitgliedstaaten	Agrar-abschöpfungen netto (90 %)	Zucker- und Isoglukose-abgaben netto (90 %)	Zölle netto (90 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (90 %)	MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz	BSP-Eigenmittel, Reserven ausgenommen	BSP-Eigenmittel, Reserven	Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs, MwSt.-und BSP-Eigenmittel	Finanzierung insgesamt
Belgien	42 390 000	75 384 000	855 810 000	973 584 000	1 135 971 184	811 465 770	36 573 459	149 310 641	3 106 905 054
Dänemark	4 320 000	40 905 000	219 600 000	264 825 000	677 688 808	505 980 681	22 804 984	93 101 031	1 564 400 504
Deutschland	133 650 000	339 003 000	3 591 000 000	4 063 653 000	12 106 043 158	7 170 424 268	323 177 173	757 484 401	24 420 782 000
Griechenland	7 200 000	19 323 000	135 000 000	161 523 000	599 061 929	354 694 249	15 986 374	65 264 153	1 196 529 705
Spanien	56 700 000	48 654 000	546 120 000	651 474 000	2 508 571 830	1 650 261 665	74 378 710	303 650 057	5 188 336 262
Frankreich	44 910 000	319 950 000	1 203 030 000	1 567 890 000	7 126 091 260	4 592 357 122	206 981 476	844 999 028	14 338 318 886
Irland	2 610 000	8 379 000	229 500 000	240 489 000	315 892 844	171 821 362	7 744 136	31 615 329	767 562 671
Italien	75 330 000	119 205 000	953 640 000	1 148 175 000	4 460 390 479	3 466 184 212	156 223 897	637 781 909	9 868 755 497
Luxemburg	90 000	0	15 120 000	15 210 000	100 629 924	54 734 923	2 466 951	10 071 289	183 113 087
Niederlande	67 320 000	81 702 000	1 325 790 000	1 474 812 000	1 824 767 598	1 163 023 775	52 418 480	213 997 721	4 729 019 574
Österreich	11 160 000	33 228 000	361 890 000	406 278 000	1 086 673 379	696 320 816	31 383 777	128 123 836	2 348 779 808
Portugal	95 400 000	549 000	134 550 000	230 499 000	588 403 619	320 046 222	14 424 758	58 888 875	1 212 262 474
Finnland	15 570 000	8 316 000	234 990 000	258 876 000	521 059 074	373 586 385	16 837 859	68 740 327	1 239 099 645
Schweden	40 950 000	21 924 000	580 860 000	643 734 000	875 254 440	668 318 638	30 121 694	122 971 403	2 340 400 175
Vereinigtes Königreich	180 000 000	69 228 000	2 466 000 000	2 715 228 000	5 865 814 726	3 560 532 883	160 476 272	−3 486 000 000	8 816 051 881
Insgesamt	777 600 000	1 185 750 000	12 852 900 000	14 816 250 000	39 792 314 252	25 559 752 971	1 152 000 000	0	81 320 317 223

C. PERSONALBESTAND

Genehmigter Personalbestand

Organe	1995 (1)		1996	
	Dauer-planstellen	Planstellen auf Zeit	Dauer-planstellen	Planstellen auf Zeit
Parlament und Bürgerbeauftragter	3 489	602	3 493	612
Rat	2 445	19	2 510	19
Kommission:				
— Verwaltung	15 001	835	15 574	875
— Forschung und technologische Entwicklung	3 316	181	3 533	161
— Amt für amtliche Veröffentlichungen	525	—	525	—
— Europäisches Zentrum für Berufsbildung	79	—	81	—
— Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	80	—	82	—
Gerichtshof	842	108	842	111
Rechnungshof	412	91	412	91
Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen (und gemeinsame Organisationstruktur)	716	—	727	—

(1) Einschließlich des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplans Nr. 1.

Die Gliederung nach Laufbahngruppe und Besoldungsgruppe dieser Bediensteten soll im Rahmen der nachstehenden Stellenpläne beibehalten werden.

Einzelplan I — Parlament

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995				
	Dauerplanstellen		Planstellen auf Zeit		
			Fraktionen	Bürgerbeauftragter	Sonstige
Sondergruppe	1	—	—	—	—
A 1	9	—	—	—	1
A 2	22	—	11	—	1
A 3	88 (1)	—	22	1	6
A 4	76	2	51	—	6
A 5	66	3	39	2	1
A 6	60	3	57	—	5
A 7	93	5	38	2	3
A 8	—	—	—	—	—
Insgesamt	414	13	218	5	23
LA 3	39	—	—	—	—
LA 4	297	—	—	—	—
LA 5	146	—	—	—	—
LA 6	151	—	—	—	—
LA 7	200	—	—	—	—
LA 8	—	—	—	—	—
Insgesamt	833 (2)	—	—	—	—
B 1	143	4	36	—	4
B 2	80	1	27	—	—
B 3	97	5	27	1	2
B 4	82	2	8	—	7
B 5	86	1	11	1	2
Insgesamt	488	13	109	2	15
C 1	610 (3)	16	76	—	16
C 2	313 (4)	4	69	—	5
C 3	205	10	31	1	8
C 4	218	14	5	—	1
C 5	128	—	15	2	—
Insgesamt	1 474	44	196	3	30
D 1	166 (5)	3	6	—	2
D 2	87	1	—	—	—
D 3	26	—	2	—	—
D 4	—	—	1	—	—
Insgesamt	279	4	9	—	2
Gesamtzahl	**3 489** (6) (7)	**74** (8)	**532**	**10**	**70** (9) (10)
	4 091 (11)				

(1) Davon 1 A 2 ad personam.
(2) Davon 577 für die Übersetzung und 256 für die Dolmetscher.
(3) Davon 9 B 3/B 2 ad personam.
(4) Davon 6 C 1 ad personam.

(5) Davon 1 C 3 ad personam.

(6) Davon 8 Beförderungen ad personam (1 LA 4 nach LA 3, 5 B 1 nach A 5 und 2 C 1 nach B 3), die in außergewöhnlichen Fällen gewährt werden: entweder verdienstvollen Beamten, die das Ende ihrer Laufbahn erreicht haben (mindestens 60 Jahre alt und seit mindestens 2 Jahren in der letzten Dienstaltersstufe der höheren Besoldungsgruppe) oder nach langen Dienstjahren (mindestens 25).

(7) Davon 18 Stellen (1 A, 1 LA, 6 B, 8 C und 2 D), die mit dem in Artikel 55 Absatz 2 der Haushaltsordnung vorgesehenen Vermerk „künftig wegfallend" (KW) versehen sind, und davon höchstens 15 Stellen (4 A, 1 LA, 3 B und 7 C) gemäß Artikel 41 des Statuts.

(8) Zwischenreserve für die zu den Fraktionen abgeordneten Beamten, die in der Gesamtzahl nicht berücksichtigt ist.

(9) Davon 19 für das Kabinett des Präsidenten, 14 für das Sekretariat der Vizepräsidenten, 5 C 3 Halbtagskräfte für das Sekretariat der Quästoren, 1 dem Generalsekretär zugeordnete, 2 für die GD II, 5 für die GD III, 3 für die GD IV, 6 für die GD V (davon 1 A 7 Halbtagskräfte), 2 für die GD VI, 3 für den Personalrat, 10 für die Informatik.

(10) Davon 3 A 3, 2 A 7/A 6, 1 B 1 und 1 B 3 bis einschließlich 1996.

(11) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen des auf diese Weise in den einzelnen Laufbahngruppen verfügbaren Stellensaldos ausgeglichen werden.

Einzelplan I — Parlament

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1996				
	Dauerplanstellen		Planstellen auf Zeit		
			Fraktionen	Bürgerbeauftragter	Sonstige
Sondergruppe	1	—	—	—	—
A 1	10 (1)	—	—	—	1
A 2	22	—	11	—	1
A 3	88	—	22	1	6
A 4	80	2	52	—	6
A 5	72	3	42	2	2
A 6	50	4	57	—	4
A 7	93	4	34	2	3
A 8	—	—	—	—	—
Insgesamt	415	13	218	5	23
LA 3	41	—	—	—	—
LA 4	311	—	—	—	—
LA 5	131	—	—	—	—
LA 6	151	—	—	—	—
LA 7	205	—	—	—	—
LA 8	2	—	—	—	—
Insgesamt	841 (2)	—	—	—	—
B 1	141	4	39	—	4
B 2	74	1	26	—	—
B 3	96	5	29	1	2
B 4	79	2	9	—	7
B 5	94	1	6	1	2
Insgesamt	484	13	109	2	15
C 1	659 (3)	18	83	—	16
C 2	265 (4)	4	65	—	5
C 3	191	8	28	1	8
C 4	208	14	18	—	1
C 5	151	—	2	2	—
Insgesamt	1 474	44	196	3	30
D 1	173	3	6	—	2
D 2	75	1	—	—	—
D 3	30	—	2	—	—
D 4	—	—	1	—	—
Insgesamt	278	4	9	—	2
Gesamtzahl	**3 493** (5) (6)	**74** (7)	**532**	**10**	**70** (8) (9)
	4 095 (10) (11)				

(1) Davon 1 A 1 für den Verantwortlichen des „Epicentre" gemäß Beschluß des Präsidiums vom 9. Oktober 1995.
(2) Davon 583 für den Übersetzerdienst und 258 für den Dolmetscherdienst.
(3) Davon 7 B 3/B 2 ad personam.
(4) Davon 4 C 1 ad personam.

(5) Davon 7 Beförderungen ad personam (2 LA 4 nach LA 3, 3 B 1 nach A 5 und 2 C 1 nach B 3), die in außergewöhnlichen Fällen entweder verdienstvollen Beamten, die das Ende ihrer Laufbahn erreicht haben (d. h. mindestens 60 Jahre alt und seit mindestens 2 Jahren in der letzten Dienstaltersstufe der höchsten Besoldungsgruppe sind) oder nach langer Dienstzeit (mindestens 25 Jahren) gewährt werden.

(6) Davon 15 mit dem in Artikel 55 Absatz 2 der Haushaltsordnung vorgesehenen Vermerk „zu streichen" zu versehende Stellen (1 A, 1 LA, 4 B, 8 C und 1 D), und davon höchstens 12 Stellen (4 A, 1 B und 7 C) gemäß Artikel 41 des Statuts.

(7) Zwischenreserve für die zu den Fraktionen abgeordneten Beamten, die in der Gesamtzahl nicht berücksichtigt ist.

(8) Davon 19 für das Kabinett des Präsidenten, 14 für das Sekretariat der Vizepräsidenten, 5 C 3 Halbtagskräfte für das Sekretariat der Quästoren, 1 dem Generalsekretär zugeordnete, 4 für die GD II, 3 für die GD III, 3 für die GD IV, 6 für die GD V (davon 1 A 7 Halbtagskraft), 2 für die GD VI, 3 für die Personalvertretung, 10 für die Informatik.

(9) Davon 2 A 3, 2 A 7/A 6, 1 B 1 und 1 B 3 bis einschließlich 1996.

(10) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen des auf diese Weise in den einzelnen Laufbahngruppen verfügbaren Stellensaldos ausgeglichen werden.

(11) Davon 8 Stellen (1 A 1 und 7 LA 7), für die die Mittel in Kapitel 10 0 veranschlagt sind.

Einzelplan II — Rat

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995		1996	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
Sondergruppe	1	—	1	—
A 1	13	1	13	1
A 2	24 (1)	4	24 (1)	4
A 3	44 (2)	1	44 (2)	1
A 4	66 (3)	12	66 (3)	12
A 5	53	—	61	—
A 6	33	—	33	—
A 7	40	—	34	—
A 8	—	—	—	—
Insgesamt	273	18	275	18
LA 3	24	—	26	—
LA 4	156	—	156	—
LA 5	206	—	210	—
LA 6	91	—	91	—
LA 7	93	—	110	—
LA 8	—	—	—	—
Insgesamt	570	—	593	—
B 1	44	1	46	1
B 2	48	—	48	—
B 3	40	—	40	—
B 4	21	—	21	—
B 5	57	—	57	—
Insgesamt	210	1	212	1
C 1	392	—	412	—
C 2	323	—	328	—
C 3	239	—	239	—
C 4	128	—	128	—
C 5	190	—	190	—
Insgesamt	1 272	—	1 297	—
D 1	73	—	85	—
D 2	47	—	47	—
D 3	—	—	—	—
D 4	—	—	—	—
Insgesamt	120	—	132	—
Gesamtzahl	**2 446 (4)**	**19**	**2 510 (4)**	**19**

(1) Davon 3 A 1 ad personam.
(2) Davon 7 A 2 ad personam.
(3) Davon 5 A 3 ad personam.
(4) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der auf diese Weise in den einzelnen Laufbahngruppen frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan III — Kommission

Verwaltung

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995		
	Dauerplanstellen	Davon Dauerplanstellen für die Versorgungsagentur	Planstellen auf Zeit
A 1	27	—	—
A 2	178 (1)	—	22
A 3	497 (2) (3)	2 (4)	32
A 4	1 204 (5) (6)	3	153
A 5	1 113 (5) (6)	1	149
A 6	770	2	40
A 7	759	—	61
A 8	50	—	5
Insgesamt	4 598	8	462
LA 3	46 (7)	—	—
LA 4	441 (8)	—	1
LA 5	499	—	2
LA 6	307	—	2
LA 7	439	—	18
LA 8	31	—	—
Insgesamt	1 763	—	23 (9)
B 1	716	1	50
B 2	645 (10)	2	54
B 3	767	1	69
B 4	475	3	40
B 5	322	—	29
Insgesamt	2 925 (11)	7	242 (12)
C 1	1 269	6	24
C 2	1 249	1	42
C 3	1 264	—	20
C 4	636	2	9
C 5	464	—	13
Insgesamt	4 882	9	108
D 1	413	—	—
D 2	271	—	—
D 3	149	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	833	—	—
Gesamtzahl	**15 001** (13) (14) (15) (16) (17)	**24**	**835** (17)

(1) Davon 27 A 1 ad personam.

(2) Davon 21 A 2 ad personam.

(3) Davon 2 A 2 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(4) Das Amt des Generaldirektors der Agentur wird von einem Beamten der Besoldungsgruppe A 2 ad personam wahrgenommen, der nach Maßgabe von Artikel 53 des Euratom-Vertrags zum Generaldirektor ernannt wird.

(5) Davon 1 A 3 ad personam, wobei diese Einstufung auf diejenigen Beamten angewandt wird, die gemäß der Rechtsprechung des Gerichtshofes in den Rechtssachen 20/63 und 21/63 sowie 79/63 und 82/63 Anspruch auf eine Einstufung in die Besoldungsgruppe A 3 haben.

(6) Davon 11 A 3 ad personam.

(7) Davon 1 A 2 ad personam.

(8) Davon 2 LA 3 ad personam für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(9) Davon 2 LA 5 und 18 LA 7 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(10) Davon 1 B 1 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(11) Davon 206 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren, technische Hauptinspektoren und technische Inspektoren.

(12) Davon 17 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und technische Hauptinspektoren.

(13) Zu dieser Gesamtzahl kommen außerdem 34 Planstellen der Laufbahngruppe A 7/A 6, die pro forma ohne Mittelzuweisung geschaffen worden sind, um die Abordnung von Beamten in die AKP-Länder zu ermöglichen.

(14) Davon 3 A 2, 1 A 4, 1 A 5, 3 A 7, 8 LA 3, 75 LA 4, 95 LA 5, 108 LA 6, 142 LA 7, 6 B 1, 4 B 2, 7 B 3 (2 B 3*), 8 B 4 (3 B 4*), 8 B 5, 11 C 1, 22 C 2, 17 C 3, 11 C 4, 7 C 5, 1 D 1, 1 D 2 und 2 D 3 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst und 2 A 2 (1 A 1 ad personam), 2 A 4, 2 A 5, 1 A 6, 1 A 7, 27 LA 3, 267 LA 4, 383 LA 5, 235 LA 6, 251 LA 7, 4 B 1, 8 B 2 (5 B 2*), 8 B 3 (2 B 3*), 8 B 4 (2 B 4*), 20 B 5 (6 B 5*), 57 C 1, 74 C 2, 111 C 3, 100 C 4, 140 C 5, 2 D 1 und 2 D 2 für den Übersetzungsdienst. Die Sternchen bezeichnen die BS und die BT.

(15) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(16) Davon 2 Planstellen für das Sekretariat des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

(17) Davon 461 Planstellen (136 A, 129 LA, 61 B, 130 C und 5 D) für die Einstellung von Staatsangehörigen der neuen Mitgliedstaaten im Laufe des Jahres 1995.

Einzelplan III — Kommission

Verwaltung

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1996		
	Dauerplanstellen	Davon Dauerplanstellen für die Versorgungsagentur	Planstellen auf Zeit
A 1	27	—	—
A 2	186 (1)	—	22
A 3	523 (2) (3)	2 (4)	32
A 4	1 231 (5) (6)	3	164
A 5	1 160 (5) (6)	1	157
A 6	810	2	47
A 7	797	—	65
A 8	62	—	5
Insgesamt	4 796	8	492
LA 3	49 (7)	—	—
LA 4	485 (8)	—	1
LA 5	478	—	2
LA 6	357	—	2
LA 7	416	—	18
LA 8	46	—	—
Insgesamt	1 831	—	23 (9)
B 1	739	1	53
B 2	663 (10)	2	57
B 3	799	1	72
B 4	490	3	41
B 5	349	—	29
Insgesamt	3 040 (11)	7	252 (12)
C 1	1 310	6	24
C 2	1 284	1	42
C 3	1 323	—	20
C 4	656	2	9
C 5	501	—	13
Insgesamt	5 074	9	108
D 1	430	—	—
D 2	258	—	—
D 3	145	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	833	—	—
Gesamtzahl	**15 574** (13) (14) (15) (16) (17) (18)	**24**	**875** (17)

(1) Davon 27 A 1 ad personam.

(2) Davon 21 A 2 ad personam.

(3) Davon 2 A 2 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(4) Das Amt des Generaldirektors der Agentur wird von einem Beamten der Besoldungsgruppe A 2 ad personam wahrgenommen, der nach Maßgabe von Artikel 53 des Euratom-Vertrags zum Generaldirektor ernannt wird.

(5) Davon 1 A 3 ad personam, wobei diese Einstufung auf diejenigen Beamten angewandt wird, die gemäß der Rechtsprechung des Gerichtshofes in den Rechtssachen 20/63 und 21/63 sowie 79/63 und 82/63 Anspruch auf eine Einstufung in die Besoldungsgruppe A 3 haben.

(6) Davon 11 A 3 ad personam.

(7) Davon 1 A 2 ad personam.

(8) Davon 2 LA 3 ad personam für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(9) Davon 2 LA 5 und 18 LA 7 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(10) Davon 1 B 1 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(11) Davon 206 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren, technische Hauptinspektoren und technische Inspektoren.

(12) Davon 17 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und technische Hauptinspektoren.

(13) Zu dieser Gesamtzahl kommen außerdem 34 Planstellen der Laufbahngruppe A 7/A 6, die pro forma ohne Mittelzuweisung geschaffen worden sind, um die Abordnung von Beamten in die AKP-Länder zu ermöglichen.

(14) Davon 3 A 2, 1 A 4, 1 A 5, 3 A 7, 8 LA 3, 75 LA 4, 95 LA 5, 108 LA 6, 142 LA 7, 6 B 1, 4 B 2, 7 B 3 (2 B 3*), 8 B 4 (3 B 4*), 8 B 5, 11 C 1, 22 C 2, 17 C 3, 11 C 4, 7 C 5, 1 D 1, 1 D 2 und 2 D 3 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst und 2 A 2 (1 A 1 ad personam), 2 A 4, 2 A 5, 1 A 6, 1 A 7, 27 LA 3, 267 LA 4, 383 LA 5, 235 LA 6, 251 LA 7, 4 B 1, 8 B 2 (5 B 2*), 8 B 3 (2 B 3*), 8 B 4 (2 B 4*), 20 B 5 (6 B 5*), 57 C 1, 74 C 2, 111 C 3, 100 C 4, 140 C 5, 2 D 1 und 2 D 2 für den Übersetzungsdienst. Die Sternchen bezeichnen die BS und die BT.

(15) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(16) Davon 2 Planstellen für das Sekretariat des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

(17) Davon 333 Planstellen (110 A, 63 LA, 63 B, 92 C und 5 D) für die Einstellung von Staatsangehörigen der neuen Mitgliedstaaten im Laufe des Jahres 1996.

(18) 102 neue Planstellen, die vorrangig einzusetzen sind für Dumping-Bekämpfung (59 Stellen) und Verbesserung der Mittelbewirtschaftung (15 Stellen); 8 neue Mittelbewirtschaftungsstellen A 2 werden den verschiedenen Generaldirektionen von der Generaldirektion Haushalt zugeteilt und sind dem für Haushaltsfragen zuständigen Mitglied der Kommission rechenschaftspflichtig.

Forschung und technologische Entwicklung

Gemeinsame Forschungsstelle

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsdienstposten (2)	Insgesamt
A 1	1 (3)	—	1
A 2	10 (4)	1	11
A 3	38	8	46
A 4	185	10	195
A 5	162	7	169
A 6	113	2	115
A 7	66	1	67
A 8	5	—	5
Insgesamt	580	29	609
B 1	185	37	222
B 2	172	23	195
B 3	116	16	132
B 4	112	12	124
B 5	53	17	70
Insgesamt	638	105 (5)	743
C 1	253	152	405
C 2	94	65	159
C 3	62	19	81
C 4	32	3	35
C 5	9	—	9
Insgesamt	450	239	689
D 1	20	15	35
D 2	2	2	4
D 3	—	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	22	17	39
Gesamtzahl	**1 690**	**390**	**2 080** (6)

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art, d.h. wissenschaftlich-technischen oder allgemeinen Abteilungen angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs-, Finanz- und Beschaffungsabteilungen der Forschungsanstalten, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete, die in den den Beschaffungsabteilungen der Forschungsanstalten zur Verfügung gestellten wissenschaftlich-technischen Abteilungen tätig sind.

(3) Davon 1 Beamter, der die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt.

(4) Davon 1 A 1 ad personam.

(5) Davon 11 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren.

(6) Die aufgrund der Besetzung bestimmter Stellen mit Teilzeitkräften (Halbzeitbeschäftigung) nicht verwendeten Mittel können zur Einstellung sonstiger Bediensteter verwendet werden.

Forschung und technologische Entwicklung

Gemeinsame Forschungsstelle

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1996		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsdienstposten (2)	Insgesamt
A 1	1 (3)	—	1
A 2	10 (4)	1	11
A 3	38	8	46
A 4	185	10	195
A 5	162	7	169
A 6	113	2	115
A 7	66	1	67
A 8	5	—	5
Insgesamt	580	29	609
B 1	185	37	222
B 2	172	23	195
B 3	116	16	132
B 4	112	12	124
B 5	53	17	70
Insgesamt	638	105 (5)	743
C 1	253	152	405
C 2	94	65	159
C 3	62	19	81
C 4	32	3	35
C 5	9	—	9
Insgesamt	450	239	689
D 1	20	15	35
D 2	2	2	4
D 3	—	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	22	17	39
Gesamtzahl	**1 690**	**390**	**2 080** (6)

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art, d.h. wissenschaftlich-technischen oder allgemeinen Abteilungen angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs-, Finanz- und Beschaffungsabteilungen der Forschungsanstalten, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete, die in den Beschaffungsabteilungen der Forschungsanstalten zur Verfügung gestellten wissenschaftlich-technischen Abteilungen tätig sind.

(3) Davon 1 Beamter, der die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt.

(4) Davon 1 A 1 ad personam.

(5) Davon 11 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren.

(6) Die aufgrund der Besetzung bestimmter Stellen mit Teilzeitkräften (Halbzeitbeschäftigung) nicht verwendeten Mittel können zur Einstellung sonstiger Bediensteter verwendet werden.

Indirekte Aktionen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995					
	Dauerplanstellen			Planstellen auf Zeit JET		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt
A 1	1	—	1	—	—	—
A 2	12 (3)	2	14	2 (4)	—	2
A 3	61	6	67	11	1	12
A 4	231	22	253	39	6	45
A 5	198	20	218	51	3	54
A 6	125	14	139	11	—	11
A 7	75	3	78	—	—	—
A 8	6	2	8	—	—	—
Insgesamt	709	69	778	114	10	124
B 1	27	34	61	18	1	19
B 2	10	36	46	19	—	19
B 1	2	50	52	7	—	7
B 4	3	35	38	—	—	—
B 5	1	18	19	—	—	—
Insgesamt	43	173 (5)	216	44	1	45
C 1	—	79	79	—	2	2
C 2	—	81	81	—	—	—
C 3	—	98	98	—	—	—
C 4	—	80	80	—	—	—
C 5	—	40	40	—	—	—
Insgesamt	—	378	378	—	2	2
D 1	—	—	—	—	—	—
D 2	—	—	—	—	—	—
D 3	—	—	—	—	—	—
D 4	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	—	—	—	—	—	—
Gesamtzahl	**752** (6)	**620**	**1 372** (7) (8)	**158**	**13**	**171**

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs- und Finanzabteilungen, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete für Verwaltungsaufgaben in wissenschaftlichen Abteilungen.

(3) Davon 1 Beamter, der zu 100 % die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt, und 1 Stelle A 1 ad personam.

(4) Davon 2 Beamte, von denen der eine zu 100 % und der andere zu 50 % in den Genuß der Vorteile gemäß Artikel 93 des Statuts kommt.

(5) 3 Planstellen für Sekretariatsinspektoren.

(6) Davon entfallen 3 Planstellen auf Bedienstete, die gemäß Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags bestimmten nationalen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden (Posten B6-8 1 1 1).

(7) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der auf diese Weise in den einzelnen Laufbahngruppen frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(8) Davon 136 Planstellen (74 A, 23 B und 39 C), die erst nach der Annahme der entsprechenden spezifischen Programme in Anspruch genommen werden können.

Indirekte Aktionen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1996					
	Dauerplanstellen			Planstellen auf Zeit JET		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt
A 1	1	—	1	—	—	—
A 2	14 (3)	2	16	1 (4)	—	1
A 3	62	8	70	11	1	12
A 4	238	25	263	37	6	43
A 5	204	24	228	51	3	54
A 6	127	16	143	5	—	5
A 7	76	4	80	—	—	—
A 8	9	2	11	—	—	—
Insgesamt	731	81	812	105	10	115
B 1	27	38	65	18	1	19
B 2	10	40	50	19	—	19
B 1	2	54	56	6	—	6
B 4	4	37	41	—	—	—
B 5	1	19	20	—	—	—
Insgesamt	44	188	232	43	1	44
C 1	—	86	86	—	2	2
C 2	—	88	88	—	—	—
C 3	—	106	106	—	—	—
C 4	—	85	85	—	—	—
C 5	—	44	44	—	—	—
Insgesamt	—	409	409	—	2	2
D 1	—	—	—	—	—	—
D 2	—	—	—	—	—	—
D 3	—	—	—	—	—	—
D 4	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	—	—	—	—	—	—
Gesamtzahl	**775** (5)	**678**	**1 453** (6)	**148**	**13**	**161**

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs- und Finanzabteilungen, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete für Verwaltungsaufgaben in wissenschaftlichen Abteilungen.

(3) Davon 1 Beamter, der zu 100 % die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt, und 1 Stelle A 1 ad personam.

(4) Davon 1 Beamter, der zu 100 % in den Genuß der Vorteile gemäß Artikel 93 des Statuts kommt.

(5) Davon entfallen 3 Planstellen auf Bedienstete, die gemäß Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags bestimmten nationalen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

(6) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der auf diese Weise in den einzelnen Laufbahngruppen frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Amt für amtliche Veröffentlichungen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995	1996
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
A 1	—	—
A 2	1 (1)	1 (1)
A 3	2	2
A 4	5	5
A 5	10	10
A 6	10	10
A 7	12	12
A 8	—	—
Insgesamt	40	40
B 1	32	32
B 2	59 (2)	59 (2)
B 3	75 (2)	75 (2)
B 4	58	58
B 5	29	29
Insgesamt	253	253
C 1	27	27
C 2	31	31
C 3	41	41
C 4	38	38
C 5	18	18
Insgesamt	155	155
D 1	24	27
D 2	32	30
D 3	21	20
D 4	—	—
Insgesamt	77	77
Gesamtzahl	**525** (3)	**525** (3)

(1) Die Haushaltsbehörde hat die Umwandlung dieser Stelle in eine Stelle A 1 ad personam beschlossen.
(2) Davon 2 Stellen für technische Hauptinspektoren und Sekretariatshauptinspektoren.
(3) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995	1996
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Direktor	1	1
Stellvertretender Direktor	2	2
A 4	5 (1)	6 (2)
A 5	15 (3)	15 (3)
A 6	6 (4)	6 (4)
A 7	6	6
A 8	—	—
Insgesamt	35	36
B 1	4	4
B 3	6	6
B 5	5	5
Insgesamt	15	15
C 1	5	6
C 2	4	4
C 3	13	13
C 4	2	2
C 5	2	2
Insgesamt	26	27
D 1	1	1
D 2	2	2
D 4	—	—
Insgesamt	3	3
Gesamtzahl	**79**	**81**

(1) Davon 1 Übersetzer.
(2) Davon 2 Übersetzer.
(3) Davon 7 Übersetzer.
(4) Davon 3 Übersetzer.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995	1996
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Direktor	1	1
Stellvertretender Direktor	1	1
A 4	7 (1)	7 (1)
A 5	8 (2)	8 (2)
A 6	11 (2)	12 (2)
A 7	1 (3)	1 (3)
A 8	—	—
Insgesamt	29	30
B 1	2	2
B 2	3	3
B 3	3	3
B 4	5	5
B 5	1	1
Insgesamt	14	14
C 1	3	3
C 2	5	5
C 3	7	7
C 4	13	14
C 5	7	7
Insgesamt	35	36
D 1	2	2
D 2	—	—
D 3	—	—
D 4	—	—
Insgesamt	2	2
Gesamtzahl	**80**	**82**

(1) Davon 2 Übersetzer.
(2) Davon 4 Übersetzer.
(3) 1 Übersetzer.

Einzelplan IV — Gerichtshof

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
A 1	—	—
A 2	5	—
A 3	10 (1)	23 (2)
A 4	9 (3)	35
A 5	19	32
A 6	10	12
A 7	19	—
A 8	—	—
Insgesamt	72	102
LA 3	13	—
LA 4	49	—
LA 5	101	1 (4)
LA 6	99	2 (4)
LA 7	3	—
LA 8	—	—
Insgesamt	265	3
B 1	19	—
B 2	26 (5)	—
B 3	46	—
B 4	43 (6)	—
B 5	48 (7)	—
Insgesamt	182	—
C 1	29	—
C 2	52	—
C 3	111	2 (4)
C 4	46	1 (4)
C 5	14	—
Insgesamt	252	3
D 1	24	—
D 2	15	—
D 3	32	—
D 4	—	—
Insgesamt	71	—
Gesamtzahl	**842** (8)	**108**
	950 (9) (10)	

(1) Davon 1 A 2 ad personam (stellvertretender Kanzler für die Dauer seines Amtes).

(2) Davon 2 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam eingestufte Beamte auf Lebenszeit und 5 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam und für die Dauer ihres Amtes als Rechtsreferenten eingestufte Beamte auf Lebenszeit, wobei die frei werdenden Rechtsreferentenstellen allmählich mit Bediensteten auf Zeit besetzt werden sollen.

(3) Davon 1 A 3 ad personam.

(4) Diese Stellen werden nur für eine Höchstdauer von 3 bzw. 4 Jahren geschaffen.

(5) Davon 2 Stellen für Sekretariatshauptinspektoren oder technische Hauptinspektoren.

(6) Davon 10 Stellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(7) Davon 8 Stellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(8) Ohne die nicht mit Mitteln versehene virtuelle Reserve für Beamte, die zum Gerichtshof oder zum Gericht erster Instanz abgeordnet wurden (1 A 4, 1 A 5, 1 A 6, 1 LA 4, 1 LA 5, 4 LA 6, 5 B 4, 1 B 5, 2 C 1, 10 C 2, 10 C 3, 2 D 1 und 2 D 2).

(9) Die virtuelle Reserve für Abordnungen nicht mitgerechnet.

(10) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan IV — Gerichtshof

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1996	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
A 1	—	—
A 2	5	—
A 3	10 (1)	23 (2)
A 4	9 (3)	35
A 5	19	32
A 6	10	15
A 7	19	—
A 8	—	—
Insgesamt	72	105
LA 3	13	—
LA 4	49	—
LA 5	101	1 (4)
LA 6	99	2 (4)
LA 7	3	—
LA 8	—	—
Insgesamt	265	3
B 1	19	—
B 2	26 (5)	—
B 3	48	—
B 4	41 (6)	—
B 5	48 (7)	—
Insgesamt	182	—
C 1	30	—
C 2	52	—
C 3	110	2 (4)
C 4	46	1 (4)
C 5	14	—
Insgesamt	252	3
D 1	24	—
D 2	17	—
D 3	30	—
D 4	—	—
Insgesamt	71	—
Gesamtzahl	**842** (8)	**111**
	953 (9) (10)	

(1) Davon 1 A 2 ad personam (Hilfskanzler für die Dauer seiner Amtszeit).

(2) Davon 2 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam eingestufte Beamte auf Lebenszeit und 5 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam und für die Dauer ihres Amtes als Rechtsreferenten eingestufte Beamte auf Lebenszeit, wobei die frei werdenden Rechtsreferentenstellen nach und nach mit Bediensteten auf Zeit besetzt werden sollen.

(3) Davon 1 A 3 ad personam.

(4) Diese Stellen werden nur für eine Höchstdauer von 3 bzw. 4 Jahren geschaffen.

(5) Davon 2 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren oder technische Hauptinspektoren.

(6) Davon 10 Planstellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(7) Davon 8 Planstellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(8) Ohne die nicht mit Mitteln versehene virtuelle Reserve für Beamte, die zum Gerichtshof oder zum Gericht erster Instanz abgeordnet wurden (1 A 4, 1 A 5, 1 A 6, 1 LA 4, 1 LA 5, 4 LA 6, 5 B 4, 1 B 5, 2 C 1, 10 C 2, 10 C 3, 2 D 1 und 2 D 2).

(9) Die virtuelle Reserve für Abordnungen nicht mitgerechnet.

(10) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der dadurch in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan V — Rechnungshof

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	Dauerplanstellen		Planstellen auf Zeit	
	1995	1996	1995	1996
A 1	—	—	1	1
A 2	7	7	—	—
A 3	17	17	15 (1)	15 (1)
A 4	29	29	19	19
A 5	33	33	17 (1)	17 (1)
A 6	35	35	1	1
A 7	33	33	—	—
A 8	—	—	—	—
Insgesamt	154	154	53	53
LA 3	1	1	—	—
LA 4	15	15	—	—
LA 5	13	13	—	—
LA 6	12	12	—	—
LA 7	20	20	—	—
LA 8	—	—	—	—
Insgesamt	61	61	—	—
B 1	16	16	—	—
B 2	21 (2)	21 (2)	—	—
B 3	24	24	12 (3)	12 (3)
B 4	7	7	—	—
B 5	5	5	—	—
Insgesamt	73	73	12	12
C 1	22	22	—	—
C 2	24	24	—	—
C 3	33	33	15	15
C 4	16	16	—	—
C 5	8	8	—	—
Insgesamt	103	103	15	15
D 1	7	7	—	—
D 2	7	7	—	—
D 3	7	7	11	11
D 4	—	—	—	—
Insgesamt	21	21	11	11
Gesamtzahl	**412 (4)**	**412 (4)**	**91 (4)**	**91 (4)**

(1) Die tatsächliche ranggemäße Besetzung der 15 A 3-Stellen auf Zeit sowie der den Kabinetten der Mitglieder zugeordneten 15 A 5-Stellen auf Zeit unterliegt den gleichen Kriterien wie die, welche für die Beamten gelten.

(2) Davon 4 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren.

(3) Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren.

(4) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan VI — Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen

Teil A: Wirtschafts- und Sozialausschuß

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995	1996
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Sondergruppe	1	1
A 1	1	1
A 2	5	5 (1)
A 3	9	9
A 4	10	9
A 5	5	7
A 6	5	4
A 7	12	12
A 8	—	—
Insgesamt	47	47
LA 3	—	—
LA 4	—	—
LA 5	—	—
LA 6	—	—
LA 7	—	—
LA 8	—	—
Insgesamt	—	—
B 1	4	5
B 2	3	5
B 3	9	9
B 4	2	7
B 5	7	3
Insgesamt	25	29
C 1	14	18
C 2	12	12
C 3	25	15
C 4	5	7
C 5	6	6
Insgesamt	62	58
D 1	—	—
D 2	—	—
D 3	—	—
D 4	—	—
Insgesamt	—	—
Gesamtzahl	**135 (2)**	**135 (2) (3)**

(1) Davon 1 A 2 mit der Anmerkung „künftig wegfallend" gemäß Artikel 55 Absatz 2 der Haushaltsordnung.

(2) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(3) Davon 1 A 3, 1 A 4, 2 A 5, 1 B 1, 3 B 3 und 7 C 3 auf Zeit.

Einzelplan VI — Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen

Teil B: Ausschuß der Regionen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995	1996
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Sondergruppe	1	1
A 1	—	—
A 2	2	2
A 3	4	4
A 4	—	—
A 5	9	10
A 6	—	3
A 7	20	22
A 8	—	—
Insgesamt	35	41
LA 3	—	—
LA 4	—	—
LA 5	—	—
LA 6	—	—
LA 7	—	—
LA 8	—	—
Insgesamt	—	—
B 1	—	—
B 2	—	—
B 3	4	5
B 4	—	2
B 5	7	4
Insgesamt	11	11
C 1	—	2
C 2	—	1
C 3	7	7
C 4	—	10
C 5	25	12
Insgesamt	32	32
D 1	—	—
D 2	—	—
D 3	2	—
D 4	—	—
Insgesamt	2	—
Gesamtzahl	**81** (1) (2)	**85** (1) (3) (4)

(1) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der auf diese Weise in den einzelnen Laufbahngruppen frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(2) Davon 1 A 3, 1 A 7, 1 B 3 und 1 C 3 auf Zeit.

(3) Davon 1 A 3, 1 A 7, 1 B 3 und 1 C 3 auf Zeit für das Kabinett des Präsidenten.

(4) Davon 6 A 7 auf Zeit für die Gruppierungen nach politischer Zugehörigkeit.

Einzelplan VI — Wirtschafts- und Sozialausschuß und Ausschuß der Regionen

Teil C: Gemeinsame Organisationsstruktur

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1995	1996
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Sondergruppe	—	—
A 1	—	—
A 2	1	1
A 3	2	2
A 4	2	3
A 5	5	3
A 6	2	4
A 7	6	5
A 8	—	—
Insgesamt	18	18
LA 3	12 (1)	12 (1)
LA 4	23	26
LA 5	50	47
LA 6	27	32
LA 7	74	69
LA 8	—	—
Insgesamt	186	186
B 1	9	8
B 2	12	10
B 3	14	14
B 4	12	7
B 5	8	14
Insgesamt	55	53
C 1	32	29
C 2	54	54
C 3	57	66
C 4	22	23
C 5	36	36
Insgesamt	201	208
D 1	10	10
D 2	14	14
D 3	16	18
D 4	—	—
Insgesamt	40	42
Gesamtzahl	**500** (2) (3)	**507** (2) (4)

(1) Davon 1 A 2 ad personam.

(2) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der auf diese Weise in den einzelnen Laufbahngruppen frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(3) 402 Dauerplanstellen kommen vom Wirtschafts- und Sozialausschuß und 98 Dauerplanstellen vom Ausschuß der Regionen.

(4) 402 Dauerplanstellen kommen vom Wirtschafts- und Sozialausschuß und 105 Dauerplanstellen vom Ausschuß der Regionen.

EINZELPLAN I

PARLAMENT

EINNAHMEN

Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zur Finanzierung der Ausgaben des Parlaments im Haushaltsjahr 1996

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	802 739 800
Eigene Einnahmen	– 51 959 000
Ausstehender Beitrag	**750 780 800**

PARLAMENT

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
4	**SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN**			
40	GEHALTSABZÜGE			
400	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**	24 153 000	22 627 000	20 711 105
401	**Beiträge des Personals zur Altersversorgung**	17 589 000	16 491 000	15 832 908
402	**Ertrag der besonderen Abgabe auf die Nettobeträge der Dienstbezüge, Ruhegehälter und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger**	p.m.	p.m.	59
403	**Ertrag der befristeten Abgabe auf die Nettobeträge der Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst**	5 168 000	4 641 000	3 800 188
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	46 910 000	43 759 000	40 344 260
48	ABZÜGE VON DEN GEHÄLTERN DES BÜRGERBEAUFTRAGTEN UND SEINES PERSONALS			
480	**Abzüge von den Gehältern des Bürgerbeauftragten und seines Personals**	166 000	186 500	
	KAPITEL 4 8 INSGESAMT	166 000	186 500	
	Titel 4 insgesamt	**47 076 000**	**43 945 500**	**40 344 260**
5	**EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS**			
50	ERLÖS AUS VERÄUSSERUNGEN VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
500	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	9 015
502	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	p.m.	p.m.	929
503	**Erlös aus dem Verkauf von Transportmaterial**	20 000	20 000	96 696
	KAPITEL 5 0 INSGESAMT	20 000	20 000	106 640
52	ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN			
520	**Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen**	2 000 000	2 000 000	2 126 202
	KAPITEL 5 2 INSGESAMT	2 000 000	2 000 000	2 126 202

PARLAMENT

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
5 5	ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL			
5 5 0	**Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal**	600 000	600 000	625 569
	KAPITEL 5 5 INSGESAMT	600 000	600 000	625 569
	Titel 5 insgesamt	**2 620 000**	**2 620 000**	**2 858 411**
6	**BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNG VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN**			
6 1	ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE			
6 1 0	**Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind**			
6 1 0 1	Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	823 000	776 000	798 916
6 1 0 2	Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind (einschließlich der Ausgaben für Beamte und Hilfskräfte der Krippe des Kleinkinderzentrums)	360 000	400 000	436 466
6 1 0 3	Erstattung von Subventionen	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	1 183 000	1 176 000	1 235 382
	Titel 6 insgesamt	**1 183 000**	**1 176 000**	**1 235 382**
9	**SONSTIGE EINNAHMEN**			
9 0	SONSTIGE EINNAHMEN			
9 0 2	**Pauschale Telefon- und Postgebühren der Fraktionen**	p.m.	p.m.	0,—
9 0 4	**Gehälter**	50 000	50 000	129 392
9 0 5	**Überschüsse Kantinen, Restaurants und Einkaufszentrale**	p.m.	p.m.	854 404
9 0 6	**Verschiedenes**			
	— Parlament	p.m.	p.m.	813 696
	— Bürgerbeauftragter	p.m.	—	0,—
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	50 000	50 000	1 797 492

PARLAMENT

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
9 1	BEITRAG DER MITGLIEDER ZU EINER ALTERSVERSORGUNG	1 030 000	1 000 000	1 012 963
	KAPITEL 9 1 INSGESAMT	1 030 000	1 000 000	1 012 963
	Titel 9 insgesamt	**1 080 000**	**1 050 000**	**2 810 455**
	GESAMTBETRAG	**51 959 000**	**48 791 500**	**47 248 508**
	davon eigene Einnahmen des Parlaments	**51 793 000**	**48 605 000**	**47 248 508**

PARLAMENT

AUSGABEN

Gesamtübersicht über die Mittel (1996 und 1995) und Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
10	MITGLIEDER DES ORGANS	149 370 800	152 278 000	126 333 087,—
11	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	295 984 036	280 326 500	248 005 538,—
12	VERGÜTUNGEN UND SONSTIGE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	5 286 000	6 639 000	4 669 500,—
13	DIENSTREISEN UND -FAHRTEN	18 274 000	18 560 000	15 043 625,—
14	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	350 000	330 000	315 562,—
15	PRAKTIKA UND AUSTAUSCH VON BEAMTEN	667 000	721 000	630 744,—
16	SOZIALER DIENST	188 000	213 000	45 205,—
18	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	31 497 000	26 259 000	23 863 017,—
	Titel 1 insgesamt	**501 616 836**	**485 326 500**	**418 906 278,—**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
20	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	98 228 890	96 447 500	128 530 271,—
21	INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION	27 700 000	22 310 000	21 513 975,—
22	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	17 199 000	12 378 000	10 348 374,—
23	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	16 886 000	16 680 697	13 722 136,—
24	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE	717 000	479 127	590 818,—
25	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	1 435 000	1 415 000	2 221 485,—
26	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	2 650 000	2 900 000	2 210 067,—
27	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	15 020 000	12 103 750	12 399 513,—
28	GEBÄUDE, BEWEGLICHE SACHEN UND INTERINSTITUTIONELLE DIENSTE	9 534 000	8 153 000	9 794 475,—
29	ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN	15 224 000	12 545 000	11 343 356,—
	Titel 2 insgesamt	**204 593 890**	**185 412 074**	**212 674 470,—**
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN**			
37	BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE	34 064 000	33 571 000	21 182 062,—

Gesamtübersicht über die Mittel (1996 und 1995) und Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
3 8	BÜRGERBEAUFTRAGTER	1 200 000	1 200 000	0,—
	Titel 3 insgesamt	**35 264 000**	**34 771 000**	**21 182 062,—**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	59 484 074	128 809 000	0,—
10 1	RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	1 781 000	9 002 426	0,—
	Titel 10 insgesamt	**61 265 074**	**137 811 426**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**802 739 800**	**843 321 000**	**652 762 810,—**
	davon Ausgaben des Parlaments	**801 539 800**	**842 121 000**	**652 762 810,—**

PARLAMENT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 1	Residenzzulage Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 2	Familienzulage Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 4	Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten Nichtgetrennte Mittel	46 077 000	48 060 000	34 481 022,—
1 0 0 5	Kosten für besondere Reisen in Ausübung des Mandats Nichtgetrennte Mittel	900 000	1 275 000	659 000,—
1 0 0 6	Zulage zur Deckung der Auslagen der Mitglieder für Tätigkeiten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Europäischen Parlaments, die nicht unter Posten 1 0 0 5 fallen Nichtgetrennte Mittel	23 500 000	22 772 000	20 309 700,—
1 0 0 7	Amtszulage Nichtgetrennte Mittel	129 000	127 000	124 000,—
	Artikel 1 0 0 insgesamt	70 606 000	72 234 000	55 573 722,—

PARLAMENT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen	
100		
1000	Dieser Posten dient der Finanzierung der Gehälter der Mitglieder des Europäischen Parlaments, die — entsprechend der bei den Mitgliedern anderer Gemeinschaftsorgane angewandten Praxis — über den Haushaltsplan dieses Organs und nicht über die Haushaltspläne der Mitgliedstaaten erfolgen sollte.	
1001	Die Veranschlagung dieser Zulagen erfolgt im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen über die Zahlung der Bezüge der Mitglieder auf Gemeinschaftsebene.	
1002	Die Veranschlagung dieser Zulagen erfolgt im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen über die Zahlung der Bezüge der Mitglieder auf Gemeinschaftsebene.	
1003	Die Veranschlagung dieser Zulagen erfolgt im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen über die Zahlung der Bezüge der Mitglieder auf Gemeinschaftsebene.	
1004	Diese Mittel werden auf der Grundlage der augenblicklich für die Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten geltenden Regelung berechnet.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Tagungen	17 490 000
	— Ausschußsitzungen und Sonstiges an den drei Arbeitsorten	12 825 000
	— Ausschuß- oder Delegationssitzungen und Sonstiges außerhalb der drei Arbeitsorte	1 290 000
	— Delegationen für die Beziehungen zu den Parlamenten von Drittländern	933 000
	— AKP-Tagungen	830 000
	— Fraktionen außerhalb der drei Arbeitsorte	2 750 000
	— Fraktionen innerhalb der drei Arbeitsorte	9 125 000
	— Delegationen innerhalb der gemischten parlamentarischen Ausschüsse	744 000
	— Ad-hoc-Reisen außerhalb der drei Arbeitsorte	90 000
	Insgesamt	46 077 000
1005	Regelung betreffend die Kostenerstattung und Vergütung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 10.	
	Präsidiumsbeschlüsse vom 13. Dezember 1989, vom 3. April 1990 und vom 24. März 1992.	
	Der jährliche Betrag von 3 000 ECU pro Mitglied darf nicht überschritten werden.	
1006	Regelung betreffend die Kostenerstattung und Vergütung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 13 und 16a.	
	Präsidiumsbeschlüsse vom 18. und 19. Oktober 1982 sowie vom 10. Mai 1989.	
	Diese monatliche Pauschalzulage ist insbesondere bestimmt zur Deckung der Kosten für Reisen im Herkunftsland und damit zusammenhängende Aufwendungen für die Unterhaltung eines Büros, der Fernsprech- und Postgebühren und der Telekommunikationszulage.	
1007	Beschluß des Präsidiums vom 20. März 1991.	
	Diese Mittel sind zur Deckung der mit dem Amt des Präsidenten verbundenen pauschalen Aufenthalts- und Aufwandsentschädigungen bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
101	***Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialkosten*** Nichtgetrennte Mittel	1 426 000	1 413 000	1 132 957,—
102	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	360 000	4 000 000	3 306 150,—
103	***Versorgungsbezüge***			
1030	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	4 600 000	4 500 000	3 050 998,—
1031	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	68 000	60 000	38 646,—
1032	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	2 106 800	2 000 000	1 734 247,—
1033	Freiwillige Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder Nichtgetrennte Mittel	5 520 000 (1)	5 268 000	3 917 135,—
	Artikel 103 insgesamt	12 294 800	11 828 000	8 741 026,—

(1) Mittel in Höhe von 2 530 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
101	Diese Mittel sind zur Deckung der Unfall- und Krankenversicherung sowie der sonstigen Soziallasten der Mitglieder des Parlaments bestimmt.	
	Die Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Unfallversicherung, Artikel 17 und 18 der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (Beschluß des Präsidiums vom 20. Oktober 1958, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 3. April 1990)	215 000
	— Krankenversicherung, Artikel 21 der Regelung betreffend die Kostenerstattung und die Vergütungen für die Mitglieder (Beschluß des Präsidiums vom 24. September 1986, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 12. Dezember 1990), Kosten für die Repatriierung und Erstattung der Kosten für die ärztliche Jahresuntersuchung	364 000
	— Lebensversicherung, Artikel 17 und 19 der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (Beschluß des Präsidiums vom 18. Juni 1975, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 3. April 1990)	789 000
	— Versicherung gegen Verlust und Diebstahl betreffend die persönlichen Gegenstände und das EDV-Material, Artikel 17 und 20 der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (Beschluß des Präsidiums vom 19. Januar 1978, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 3. April 1990)	58 000
	Insgesamt	1 426 000
102	Anlage V der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Beschluß des Präsidiums vom 18. Mai 1988, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 24. Juni 1992. Dieser Artikel ist zur Deckung des Übergangsgelds bestimmt.	
103		
1030	Anlage III der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Beschluß des Präsidiums vom 24. und 25. Mai 1982.	
1031	Anlage II der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Beschluß des Präsidiums vom 24. und 25. Mai 1982, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 14. Mai 1992.	
1032	Anlage I der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Beschluß des Präsidiums vom 29. April 1980, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 10. Juli 1990.	
1033	Anlage X der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Beschluß des Präsidiums vom 12. Juni 1990, zuletzt geändert durch Beschluß des Präsidiums vom 12. und 13. Dezember 1994. Diese Mittel sind zur Deckung des Anteils der Institution an der zusätzlichen Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder (freiwillig) bestimmt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.	

PARLAMENT

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
105	***Kurse für die Mitglieder***			
1050	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	586 000	662 000	593 295,—
1051	EDV-Kurse Nichtgetrennte Mittel	214 000	214 000	145 975,—
	Artikel 105 insgesamt	800 000	876 000	739 270,—
106	***Sekretariatszulagen für die Mitglieder*** Nichtgetrennte Mittel	62 784 000 (1)	60 827 000	56 839 962,—
109	***Vorläufig eingesetzte Mittel für Entschädigungen und Zulagen für die Mitglieder*** Nichtgetrennte Mittel	1 100 000	1 100 000	0,—
	KAPITEL 10 INSGESAMT	149 370 800	152 278 000	126 333 087,—
	KAPITEL 11			
110	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1100	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	209 045 188	199 255 508	182 728 177,—

(1) Mittel in Höhe von 5 241 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen	
105		
1050	Artikel 4, 8, 12 und 22 der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Beschlüsse des Präsidiums vom 10. Mai 1989 und 3. April 1990. Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Sprachkurse der Mitglieder des Organs bestimmt.	
1051	Diese Mittel sind zur Deckung folgender Posten bestimmt: — Kosten für EDV-Kurse der Mitglieder des Organs, Artikel 22a der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (Beschlüsse des Präsidiums vom 3. April 1990 und 9. Juli 1992)	144 000
	— Erstattung der Kosten, die die Mitglieder für die EDV-Ausbildung ihrer Assistenten aufgewendet haben, Artikel 22a der Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (Beschlüsse des Präsidiums vom 3. April 1990 und 9. Juli 1992)	70 000
	Insgesamt	214 000
106	Beschluß des Präsidiums vom 9. Juli 1987. Beschluß des Kollegiums der Quästoren vom 2. Dezember 1987. Regelung betreffend die Kostenerstattung und die Vergütungen für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 14 bis 16. Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten für die Beschäftigung von Sekretariatsassistenten, wissenschaftlichen und sonstigen Assistenten auf der Grundlage eines privatrechtlichen Vertrags zwischen dem Mitglied und dem Assistenten, der die Sozialkosten und steuerlichen Abgaben berücksichtigt.	
109	Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Leistungen für die Mitglieder des Organs. Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.	
110		
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 66. Die für das Grundgehalt des Beamten und Bediensteten auf Zeit veranschlagten Mittel sind anhand des beigefügten Organisations- und Stellenplans für das Haushaltsjahr unter Berücksichtigung der Stellen, für die das Einstellungsverfahren derzeit im Gange ist, berechnet.	

PARLAMENT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
110	*(Fortsetzung)*			
1101	Familienzulagen			
	Nichtgetrennte Mittel	19 226 802	18 082 237	16 686 971,—
1102	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts)			
	Nichtgetrennte Mittel	29 619 235	28 245 332	25 705 702,—
1103	Sekretariatszulage			
	Nichtgetrennte Mittel	2 318 000	2 086 000	1 963 084,—
	Artikel 110 insgesamt	260 209 225	247 669 077	227 083 934,—
111	***Sonstige Bedienstete***			
1110	Hilfskräfte			
	Nichtgetrennte Mittel	10 351 000	10 516 000	6 392 506,—
1111	Dolmetscherhilfskräfte			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1112	Örtliche Bedienstete			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1113	Sonderberater			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 111 insgesamt	10 351 000	10 516 000	6 392 506,—

PARLAMENT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
110	*(Fortsetzung)*
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62, 67 und 68a sowie Anhang VII Abschnitt I. Diese Mittel dienen zur Deckung der Familienzulagen, die sich wie folgt zusammensetzen: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1102	Statut des Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 69 sowie Artikel 4 des Anhangs VII. Diese Mittel dienen zur Deckung der Auslands- und Expatriierungszulage der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1103	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4a des Anhangs VII. Diese Mittel sind bestimmt für die pauschale Sekretariatszulage für die Beamten der Laufbahngruppe C, die Dienstposten für Bürosekretäre(innen) oder Büroassistenten(innen), Fernschreiber(innen), Maschinenschreiber(innen), Bürohauptsekretäre(innen) oder Hauptsekretäre(innen) bekleiden.
111	
1110	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Diese Mittel decken die Gehälter sowie den Arbeitgeberanteil im Rahmen des Systems der sozialen Sicherheit für Hilfskräfte: — als Ersatz für die Beamten, die vorübergehend ihr Amt nicht ausüben können 6 320 000 — zur Verstärkung des Personals, insbesondere anläßlich der Tagungen, vor allem zur Ergänzung der technischen Teams (Druckerei, Vervielfältigung, Verteilung, Boten, audiovisueller Bereich) 4 031 000 Insgesamt 10 351 000 Sie decken ebenfalls die Honorare des medizinischen und paramedizinischen Personals, das im Rahmen des Dienstleistungssystems bezahlt wird. Sie werden anhand der gewonnenen Erfahrungen und der statistischen Durchschnittsdaten der letzten Jahre unter besonderer Berücksichtigung des Personalbedarfs während der Tagungen und der Erhöhung der Gehälter der anläßlich der Tagungen eingestellten Hilfskräfte berechnet.

PARLAMENT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung, Versicherung gegen Berufskrankheiten und Arbeitslosenversicherung sowie Aufrechterhaltung der Rentenansprüche***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	7 305 364	6 879 507	6 342 274,—
1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	1 750 857	1 396 112	1 292 606,—
1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	210 000	205 000	183 847,—
1 1 3 3	Schaffung oder Aufrechterhaltung von Rentenansprüchen für die Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	44 000	42 000	49 189,—
	Artikel 1 1 3 insgesamt	9 310 221	8 522 619	7 867 916,—
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulage und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	17 000	17 000	22 253,—
1 1 4 1	Jährliche Reisekosten vom Dienstort zum Herkunftsland Nichtgetrennte Mittel	4 015 000	3 600 000	3 392 866,—
1 1 4 2	Mietzulage und Fahrkostenzulage Nichtgetrennte Mittel	5 000	2 000	4 092,—
1 1 4 3	Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten Nichtgetrennte Mittel	94 000	92 000	107 989,—
1 1 4 4	Pauschalabgeltung für Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	67 000	64 000	79 954,—

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
113	
1130	*Vormals Posten 1830* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 23. Diese Mittel sind für die Deckung des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung (3,4 % des Grundgehalts) bestimmt. Der Beitrag der Bediensteten beläuft sich auf 1,7 % des Grundgehalts.
1131	*Vormals Posten 1831* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73. Diese Mittel sind zur Deckung des Arbeitgeberanteils an der Unfallversicherung und der Versicherung gegen Berufskrankheiten (0,77 % des Grundgehalts) sowie zur Deckung der zusätzlichen Ausgaben bestimmt, die sich aus der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts ergeben. Der Beitrag der Bediensteten beläuft sich auf 0,1 % des Grundgehalts.
1132	*Vormals Posten 1832* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 28a. Diese Mittel decken den Beitrag des Organs zur Finanzierung des in Artikel 28a Absatz 7 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten vorgesehenen Arbeitslosensonderfonds.
1133	*Vormals Posten 1833* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Diese Mittel decken die vom Organ zu leistenden Zahlungen für die Bediensteten auf Zeit, um deren Rentenansprüche in ihrem Herkunftsland zu schaffen oder aufrechtzuerhalten.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 74 und 75. Diese Mittel decken die Geburtenzulage (8 000 BF) sowie, im Falle des Todes eines Beamten, die Kosten für die Überführung des Verstorbenen an dessen Herkunftsort.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Diese Mittel decken die Pauschalvergütung für die Reisekosten des Beamten oder Bediensteten auf Zeit, für seinen Ehegatten und für die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort, und zwar unter folgenden Bedingungen: — einmal je Kalenderjahr, wenn die Entfernung in Eisenbahnkilometern zwischen dem Ort der dienstlichen Verwendung und dem Herkunftsort mehr als 50 km, jedoch weniger als 725 km beträgt, — zweimal je Kalenderjahr, wenn die Entfernung in Eisenbahnkilometern mindestens 725 km beträgt.
1142	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14a und 14b des Anhangs VII.
1143	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Diese Mittel decken die Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten.
1144	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 15 des Anhangs VII. Diese Mittel decken die Pauschalabgeltung von Fahrkosten.

PARLAMENT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
114	*(Fortsetzung)*			
1145	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	28 000	25 000	22 720,—
1149	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	683,—
	Artikel 114 insgesamt	4 226 000	3 800 000	3 630 557,—
115	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	1 312 000	1 327 000	1 065 251,—
118	***Vergütungen und Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstantritt, dem Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1181	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	23 646,—
1182	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	2 339 000	1 168 000	623 008,—
1183	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	1 083 000	535 000	323 232,—
1184	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	2 170 000	904 000	558 987,—
	Artikel 118 insgesamt	5 632 000	2 647 000	1 528 873,—

PARLAMENT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
114	*(Fortsetzung)*
1145	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1) zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75 Absatz 4 erster Unterabsatz. Den Beamten, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, unterstellten Rechnungsführers oder Zahlstellenverwalters haben, wird eine indexierte Sondervergütung gewährt.
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Nach dem Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften werden lediglich die Überstunden bezahlt, die von Beamten und sonstigen Bediensteten der Laufbahngruppen C und D geleistet werden, und zwar entsprechend ihrem Grundgehalt. Die Mittel gliedern sich wie folgt auf: — Pauschalvergütung für Fahrer und Telefonisten/innen 467 000 — Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden des übrigen Personals der Laufbahngruppe C und D, die nicht durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten 845 000 Insgesamt 1 312 000
118	
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Artikel 7 des Anhangs VII. Diese Mittel sind für die Zahlung der Reisekosten, auf die die Bediensteten (einschließlich ihrer Familienmitglieder) anläßlich ihres Dienstantritts, ihres Ausscheidens aus dem Dienst oder der Änderung ihres Dienstortes Anspruch haben, bestimmt.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 5 und 6 des Anhangs VII. Diese Mittel sind zur Deckung der Vergütungen bestimmt, die zwei Monatsgrundgehältern bei Beamten, die Anspruch auf die Haushaltszulage haben, und einem monatlichen Grundgehalt bei den anderen entsprechen. Sie stehen den Bediensteten zu, die bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnsitz wechseln müssen.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Artikel 9 des Anhangs VII. Diese Mittel decken die Umzugskosten der unter Posten 1 1 8 2 genannten Bediensteten.
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Artikel 10 des Anhangs VII. Beschäftigungsbedingungen bestimmt für die anderen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 25 und 69. Diese Mittel decken die Tagegelder, die den Bediensteten zustehen, die nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz wechseln müssen.

PARLAMENT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — VERGÜTUNGEN UND SONSTIGE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 9	***Anpasssung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	437 000	600 000	436 501,—
1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	4 506 590	5 244 804	0,—
	Artikel 1 1 9 insgesamt	4 943 590	5 844 804	436 501,—
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	295 984 036 (1)	280 326 500	248 005 538,—
	KAPITEL 1 2			
1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	2 023 000	1 705 000	497 952,—
1 2 1 3	Vergütungen für das endgültige Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2150/82) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 2 1 5	Entschädigungen für das endgültige Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	2 068 000	3 645 000	3 135 187,—
1 2 1 6	Vergütungen für das endgültige Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87) Nichtgetrennte Mittel	680 000	790 000	750 834,—
1 2 1 7	Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnungen (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2688/95 und (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2689/95) Nichtgetrennte Mittel	p.m. (2)	p.m.	
	Artikel 1 2 1 insgesamt	4 771 000	6 140 000	4 383 973,—

(1) Mittel in Höhe von 551 074 ECU werden in Kapitel 10 0 für Kapitel 1 1 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 600 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND SONSTIGE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65 sowie Anhang XI. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der für die Gehälter der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Hilfskräfte sowie für die Überstunden geltenden Berichtigungskoeffizienten abzudecken.
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65 und Anhang XI. Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Gehälter, die vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschlossen werden. Sie haben vorläufigen Charakter und können erst nach Übertragung auf die entsprechenden Haushaltslinien dieses Kapitels verwendet werden.
	Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.
121	
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
1216	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1987, S. 1).
1217	Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2688/95 des Rates vom 17. November 1995 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst aufgrund des Beitritts Österreichs, Finnlands und Schwedens (ABl. Nr. L 280 vom 23. 11. 1995, S. 1). Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2689/95 des Rates vom 17. November 1995 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst aufgrund des Beitritts Österreichs, Finnlands und Schwedens (ABl. Nr. L 280 vom 23. 11. 1995, S. 4).

PARLAMENT

KAPITEL 1 2 — VERGÜTUNGEN UND SONSTIGE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 3 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	162 000	162 000	139 190,—
1 2 9	***Anpassungen der verschiedenen Vergütungen***			
1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	173 000	157 000	146 337,—
1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	180 000	180 000	0,—
	Artikel 1 2 9 insgesamt	353 000	337 000	146 337,—
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	5 286 000	6 639 000	4 669 500,—
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten***			
1 3 0 1	Dienstreise- und Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	18 274 000	18 560 000	15 043 625,—

PARLAMENT

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND SONSTIGE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 13 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
123	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Diese Mittel sind dazu bestimmt, den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung für die unter Posten 1210 und 1215 bis 1217 genannten Empfänger der Vergütungen abzudecken.
129	
1290	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64. Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1987, S. 1), insbesondere Artikel 4 Absatz 3. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der auf die Vergütungen gemäß Posten 1210 und 1215 bis 1217 anwendbaren Berichtigungskoeffizienten abzudecken.
1291	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienstbezüge abzudecken. Sie haben vorläufigen Charakter und können erst nach Übertragung auf die entsprechenden Haushaltslinien dieses Kapitels verwendet werden. Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.
130	
1301	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 71 und Artikel 11 bis 13 des Anhangs VII. Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Fahrkosten, die Zahlung der Tagegelder aus Dienstreisen sowie die bei der Durchführung einer Dienstreise anfallenden Nebenkosten oder außergewöhnlichen Kosten.

PARLAMENT

KAPITEL 13 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — PRAKTIKA UND AUSTAUSCH VON BEAMTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
130	*(Fortsetzung)*			
1301	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 130 insgesamt	18 274 000	18 560 000	15 043 625,—
	KAPITEL 13 INSGESAMT	18 274 000	18 560 000	15 043 625,—
	KAPITEL 14			
141	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	350 000	330 000	315 562,—
	KAPITEL 14 INSGESAMT	350 000	330 000	315 562,—
	KAPITEL 15			
150	***Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen des Organs*** Nichtgetrennte Mittel	586 000	642 000	564 289,—

KAPITEL 13 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — PRAKTIKA UND AUSTAUSCH VON BEAMTEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
130	*(Fortsetzung)*	
1301	*(Fortsetzung)*	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Tagungen	9 906 000
	— Ausschußsitzungen an den drei Arbeitsorten	1 070 000
	— Ausschuß- oder Delegationssitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte	485 000
	— Delegationen für die Beziehungen zu den Parlamenten von Drittländern	553 000
	— AKP-Tagungen	665 000
	— Fraktionssitzungen an den drei Arbeitsorten	330 000
	— Fraktionssitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte	1 050 000
	— sonstige Dienstreisen im Rahmen der drei Arbeitsorte	2 280 000
	— sonstige Dienstreisen außerhalb der drei Arbeitsorte	1 050 000
	— berufliche Fortbildung	378 000
	— Delegationen innerhalb der gemischten parlamentarischen Ausschüsse	457 000
	— Ad-hoc-Missionen außerhalb der drei Arbeitsorte	50 000
	Insgesamt	18 274 000
	Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.	
141	Diese Mittel decken den Kauf von Material und von Arzneimitteln für den ärztlichen Dienst an den drei Arbeitsorten, sowie die Ausgaben für externe Leistungen von Fachärzten, die von den Vertrauensärzten für erforderlich erachtet werden.	
	Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.	
150	Diese Mittel decken die Reise- und Dienstreisekosten sowie die Kosten einer Kranken- und Unfallversicherung während der Fortbildungsaufenthalte.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Praktika für Übersetzer	452 000
	— unbezahlte Praktika	134 000
	Insgesamt	586 000

PARLAMENT

KAPITEL 15 — PRAKTIKA UND AUSTAUSCH VON BEAMTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 16 — SOZIALER DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
152	***Austausch von Personal zwischen der Institution und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten***			
	Nichtgetrennte Mittel	81 000	79 000	66 455,—
	KAPITEL 15 INSGESAMT	667 000	721 000	630 744,—
	KAPITEL 16			
160	***Außerordentliche Beihilfen***			
	Nichtgetrennte Mittel	13 000	13 000	496,—
162	***Sozialaufwendungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	75 000	50 000	0,—
164	***Ergänzende Hilfe für Behinderte***			
1640	Kosten die im Rahmen des gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystems nicht erstattet werden, sowie sonstige spezifische Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	100 000	150 000	44 709,—
	Artikel 164 insgesamt	100 000	150 000	44 709,—
	KAPITEL 16 INSGESAMT	188 000	213 000	45 205,—

KAPITEL 15 — PRAKTIKA UND AUSTAUSCH VON BEAMTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 16 — SOZIALER DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
152	Beschluß des Präsidiums vom 26. Oktober 1988. Diese Mittel decken die Ausgaben, die aufgrund der Durchführung der Regelung über den Austausch von Personal zwischen dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten und dem Parlament entstehen. Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Diese Mittel sind zur Deckung der Zuwendungen an Beamte oder Bedienstete bestimmt, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
162	Diese Mittel sind zur Finanzierung eines Zuschusses für den Personalrat und kleinerer Ausgaben der sozialen Dienste bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Luxemburg 58 000 — Brüssel 17 000 Insgesamt 75 000
164	
1640	Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Diese Mittel sollen es im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten erlauben, nach Ausschöpfung der etwaigen auf nationaler Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland bestehenden Ansprüche für notwendig erachtete Ausgaben für nichtmedizinische Zwecke zu erstatten, die durch die Behinderung bedingt sind und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

PARLAMENT

KAPITEL 1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 1 8			
1 8 2	***Berufliche Fortbildung***			
1 8 2 0	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals Nichtgetrennte Mittel	700 000 (1)	1 140 000	1 099 071,—
	Artikel 1 8 2 insgesamt	700 000	1 140 000	1 099 071,—
1 8 4	***Restaurants und Kantinen***			
1 8 4 0	Kosten für den laufenden Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	1 260 000	1 578 000	1 152 808,—
	Artikel 1 8 4 insgesamt	1 260 000	1 578 000	1 152 808,—
1 8 6	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten***			
1 8 6 0	Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten Nichtgetrennte Mittel	150 000	141 000	78 867,—
1 8 6 2	Interinstitutionelle soziale Tätigkeiten Nichtgetrennte Mittel	25 000	31 000	112 961,—
1 8 6 3	Kleinkindzentrum und private Kinderkrippen Nichtgetrennte Mittel	1 842 000	1 560 000	1 166 537,—

(1) Mittel in Höhe von 275 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten. Die in diesem Kapitel erfaßten Tätigkeiten sind Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit, die eine Konsultation zwischen den Organen sowie die Verstärkung der gemeinsamen Verwaltungsmechanismen im Hinblick auf die Rationalisierung der Ausgaben erfordert.
182	
1820	*Vormals Posten 1120, 1122 und 1803* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Absatz. Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Organisation von Kursen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung, einschließlich Sprachkursen, auf interinstitutioneller Grundlage. Sie können teilweise in ausreichend begründeten Fällen für die Organisation von Kursen innerhalb des Organs verwendet werden. An den in Brüssel organisierten Sprachkursen können auch die Assistenten der Mitglieder in Brüssel teilnehmen. Diese Mittel sind ferner zur Deckung der Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von pädagogischem Material sowie die Erstellung spezifischer Studien durch Experten zur Planung und Durchführung von Ausbildungsprogrammen bestimmt.
184	
1840	*Vormals Posten 1401* Diese Mittel sind erforderlich, um den Betrieb der Cafeterias und Kantinen in Luxemburg, Brüssel und Straßburg zu gewährleisten. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Kosten für die Bewirtschaftung an den drei Arbeitsorten 960 000 — Anschaffung von Material für den laufenden Betrieb 300 000 Insgesamt 1 260 000
186	
1860	Mit diesen Mitteln sollten alle Initiativen finanziell gefördert und unterstützt werden, die dazu dienen, die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Nationalität zu entwickeln; hierzu gehören Zuschüsse an Clubs sowie an Vereinigungen des Personals auf kulturellem und sportlichem Gebiet, sowie ein Beitrag zu den Kosten einer permanenten Struktur für Treffen während der Freizeit (kulturelle Aktivitäten, Freizeitbeschäftigung, Restaurant). Sie gliedern sich wie folgt auf: — Luxemburg 131 000 — Brüssel 19 000 Insgesamt 150 000
1862	Veranschlagt sind Mittel für die finanzielle Beteiligung an den interinstitutionellen sozialen Tätigkeiten in Luxemburg.
1863	*Vormals Artikel 163 und Posten 1802* Dieser Betrag ist zur Deckung des Anteils des Parlaments an den Gesamtausgaben für das Kleinkindzentrum und die privaten Kinderkrippen, mit denen eine Vereinbarung geschlossen wurde, bestimmt.

PARLAMENT

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
186	*(Fortsetzung)*			
1863	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 186 insgesamt	2 017 000	1 732 000	1 358 365,—
187	***Hilfsleistungen***			
1870	Dolmetscher und Konferenzoperateure Nichtgetrennte Mittel	21 460 000 (1)	18 014 000 (2)	16 543 909,—
1872	Auf Dienstleistungsbasis entlohntes Personal sowie nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs- und Schreibarbeiten Nichtgetrennte Mittel	5 500 000	3 250 000 (3)	2 935 646,—
	Artikel 187 insgesamt	26 960 000	21 264 000	19 479 555,—
188	***Ausgaben für Personaleinstellung***			
1880	Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung Nichtgetrennte Mittel	560 000 (4)	545 000 (5)	773 218,—

(1) Mittel in Höhe von 3 500 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 800 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 200 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(5) Mittel in Höhe von 35 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
186	*(Fortsetzung)*	
1863	*(Fortsetzung)*	
	Er gliedert sich wie folgt auf:	
	— externe Leitung der Kinderkrippe und des Kinderhorts des Organs in Brüssel sowie damit verbundene Kosten	945 000
	— Anteil des Organs an dem von der Kommission geleiteten Kleinkindzentrum	160 000
	— Betrieb des in den Räumlichkeiten des Organs in Straßburg eingerichteten Kinderhorts	7 000
	— Luxemburg	730 000
	Insgesamt	1 842 000
	Die aus den Beiträgen der Eltern stammenden Einnahmen, die wiederverwendet werden können, werden auf 826 000 ECU veranschlagt.	
187		
1870	*Vormals Posten 1170*	
	Beschluß des Präsidiums vom 16. Februar 1983.	
	Regelung betreffend die Dolmetscher.	
	Diese Mittel wurden auf der Grundlage des Systems „angepaßter Zeitplan" berechnet.	
	Ein Betrag in Höhe von 320 000 ECU ist für Ausschuß- oder Delegationssitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte bestimmt.	
1872	*Vormals Posten 1172*	
	Mittel für auf Dienstleistungsbasis nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs-, Schreib-, Loch-, Mikromations- und Kodierungsarbeiten sowie für technische Hilfsleistungen entlohntes sonstiges Personal.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Übersetzung der ausführlichen Sitzungsberichte	4 000 000
	— sonstige Übersetzungen und Schreibarbeiten	1 500 000
	Insgesamt	5 500 000
188		
1880	*Vormals Posten 1180 und 1801*	
	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.	

PARLAMENT

KAPITEL 1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 8 8	*(Fortsetzung)*			
1 8 8 0	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 8 8 insgesamt	560 000	545 000	773 218,—
	KAPITEL 1 8 INSGESAMT	31 497 000	26 259 000	23 863 017,—
	Titel 1 insgesamt	**501 616 836**	**485 326 500**	**418 906 278,—**

PARLAMENT

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
188	*(Fortsetzung)*
1880	*(Fortsetzung)* Diese Mittel decken die Ausgaben für die Veröffentlichung, die Einberufung der Bewerber, die Anmietung der Säle und Maschinen sowie die übrigen anfallenden Kosten (Arztbesuche, externe Berater) für die Veranstaltung der allgemeinen Auswahlverfahren auf einer interinstitutionellen Grundlage. In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation mit den anderen Organen können diese Mittel teilweise für die Organisation von Auswahlverfahren durch das Organ selbst verwandt werden.

PARLAMENT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 20			
200	***Mieten***			
2000	Mieten Nichtgetrennte Mittel	62 220 890 (1)	60 929 000	96 714 464,—

(1) Mittel in Höhe von 37 500 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen		
	Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.		
200			
2000	*Vormals Posten 2000 (teilweise)*		
	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:		
	— Luxemburg:		
	— BAK-Gebäude	10 226 000	
	— Neuer Plenarsaal	809 000	
	— Schuman-Gebäude	3 758 000	
	— Senningerberg-Gebäude	342 000	
	— Hochhaus	1 790 000	
			16 925 000
	— Straßburg:		
	— Palais de l'Europe	790 200	
	— IPE 0, IPE I und IPE II	8 379 866	
	— IPE III	4 779 334	
	— Parkgarage Europe	35 600	
			13 985 000
	— Brüssel:		
	— Gebäude Belliard I (einschließlich Verankerung des Übergangs)	5 677 180	
	— Gebäude Belliard II	1 440 680	
	— Gebäude Belliard III/IV	5 150 630	
	— Gebäude Eastman	321 340	
	— Gebäude Remorqueur	299 510	
	— Gebäude Remard	1 213 590	
	— Gebäude Van Maerlant	3 846 120	
	— Öffentliche Abgabe für Übergänge:		
	— Belliard I-Remorqueur	4 380	
	— Belliard II-Belliard III/IV	4 660	
	— Parkgarage Van Maerlant	92 800	
	— Gebäude D 1 (Jahresrate)	p.m.	
	— Gebäude D 2 (Jahresrate)	13 260 000	
	— Gebäude D 3 (Jahresrate)	p.m.	
			31 310 890
		Insgesamt	62 220 890
	Sie decken gleichzeitig die Ausgaben für die Immobiliensteuer in Brüssel. Die Mieten werden auf 12 Monate und auf der Grundlage der bestehenden oder in Vorbereitung befindlichen Verträge berechnet, bei denen normalerweise eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten bzw. an die Baukosten vorgesehen ist.		

PARLAMENT

KAPITEL 2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 0 0	*(Fortsetzung)*			
2 0 0 1	Garantien Nichtgetrennte Mittel	8 000	8 000	0,—
	Artikel 2 0 0 insgesamt	62 228 890	60 937 000	96 714 464,—
2 0 1	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	277 000	218 500	199 828,—
2 0 2	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	5 303 000	4 679 000	4 925 374,—
2 0 3	***Reinigung und Unterhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	10 000 000 (1)	14 277 000	11 654 167,—
2 0 4	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	8 650 000	4 338 000	3 852 715,—
2 0 5	***Sicherheit und Bewachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	8 570 000 (2)	9 138 000	8 652 169,—

(1) Mittel in Höhe von 4 711 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 2 951 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
201	Diese Mittel sind zur Deckung der Versicherungsprämien, der Schäden, die durch Glasbruch entstehen, und der teilweise durch eine Versicherung gedeckten Schäden (im Rahmen einer Selbstbeteiligung) bestimmt.
202	*Vormals Artikel 202 (teilweise)* Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf: — Luxemburg 1 759 000 — Straßburg 1 152 000 — Brüssel 2 392 000 Insgesamt 5 303 000 Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 8 500 ECU veranschlagt.
203	*Vormals Artikel 203 (teilweise)* Diese Mittel dienen der Deckung der Kosten für die vertragsgemäße Wartung der Räumlichkeiten, der Aufzüge, der Heizanlage, der Klimaanlage, der Brandschutztüren sowie für Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung, Malerarbeiten, Reparaturen, etc. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Luxemburg 2 303 039 — Straßburg 2 717 014 — Brüssel 4 979 947 Insgesamt 10 000 000 Vor der Erneuerung oder dem Abschluß von Verträgen stimmt sich das Organ mit den anderen Organen bezüglich der für jede von ihnen erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab, wobei Artikel 60 der Haushaltsordnung zu berücksichtigen ist. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 23 000 ECU veranschlagt.
204	*Vormals Artikel 204 (teilweise)* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Umbauarbeiten sowie der übrigen Ausgaben im Zusammenhang damit, wie z.B. Architekten- und Ingenieurkosten usw., vorgesehen. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Luxemburg 728 000 — Straßburg 1 100 000 — Brüssel 7 500 000 Insgesamt 8 650 000
205	*Vormals Artikel 205 (teilweise)* Die Mittel sind im wesentlichen zur Deckung der Kosten für die Sicherheit und Bewachung der Dienstgebäude des Parlaments an den drei üblichen Arbeitsorten und den Außenbüros vorgesehen.

PARLAMENT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 21 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
205	*(Fortsetzung)*			
206	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
207	***Bau von Gebäuden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
208	***Sonstige Ausgaben, die vor dem Bau von Gebäuden oder dem Erwerb von Immobilien anfallen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
209	***Sonstige Sachausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	3 200 000	2 860 000	2 531 554,—
	KAPITEL 20 INSGESAMT	98 228 890	96 447 500 (1)	128 530 271,—
	KAPITEL 21			
210	***Ausstattung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informatik***			
2100	Einrichtungen des EDV-Zentrums Nichtgetrennte Mittel	2 659 000	3 437 000	3 157 482,—

(1) Mittel in Höhe von 122 986 000 ECU werden in Kapitel 10 0 für Kapitel 2 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 21 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Erläuterungen
205	*(Fortsetzung)* Sie gliedern sich wie folgt auf: — Luxemburg 1 501 697 — Straßburg 1 672 064 — Brüssel 5 396 240 Insgesamt 8 570 000 Vor der Erneuerung oder dem Abschluß von Verträgen stimmt sich das Organ mit den anderen Organen bezüglich der für jede von ihnen erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab, wobei Artikel 60 der Haushaltsordnung zu berücksichtigen ist. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 65 000 ECU veranschlagt.
209	Diese Mittel sind zur Deckung der sonstigen laufenden Ausgaben für Immobilien bestimmt, die in den anderen Artikeln dieses Kapitels nicht besonders vorgesehen sind, insbesondere für die Bereitstellung der technischen Voraussetzungen für Arbeiten größeren Umfangs. Gedeckt sind ferner die Abgaben für allgemeine Dienstleistungen, Beschilderung usw. Sofern die Mittel zur Finanzierung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Mietkaufvertrags für den Erwerb von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt das Organ sich mit den anderen Organen bezüglich der für jedes von ihnen erzielten Bedingungen ab, wobei Artikel 60 der Haushaltsordnung zu berücksichtigen ist. Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.
210	
2100	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von Hard- und Software der Zentralsysteme im Rechenzentrum bestimmt. Die Höhe der eventuellen Einnahmen, die wiederverwendet werden können, beläuft sich schätzungsweise auf 2 000 ECU.

PARLAMENT

KAPITEL 2 1 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 1 0	*(Fortsetzung)*			
2 1 0 1	Aufgeteilte Informatikeinrichtungen Nichtgetrennte Mittel	4 500 000	6 026 000 (1)	6 185 153,—
2 1 0 2	Leistungen von externem Personal für den Betrieb, die Realisierung und die Wartung von EDV-Systemen Nichtgetrennte Mittel	7 000 000	6 460 000 (2)	5 920 902,—
2 1 0 3	An Dritte übertragene Arbeiten im Zusammenhang mit dem EDV-Betrieb Nichtgetrennte Mittel	1 105 000	1 156 000	966 814,—
	Artikel 2 1 0 insgesamt	15 264 000	17 079 000	16 230 351,—
2 1 1	***Ausstattung, Kosten für die Einrichtung und Leistungen im Zusammenhang mit der Telekommunikation***			
2 1 1 0	Telekommunikationsausstattung Nichtgetrennte Mittel	10 700 000	3 979 000	4 064 316,—

(1) Mittel in Höhe von 500 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 400 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 21 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
210	*(Fortsetzung)*	
2101	Diese Mittel sind zur Deckung folgender Ausgaben bestimmt:	
	— Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von Terminalnetzen, Mikrocomputern, Minicomputern und die dazugehörige Software für EDV-Einrichtungen auf Abteilungsebene	3 940 000
	— Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von Hard- und Software in den Fraktionen	560 000
	Insgesamt	4 500 000
	Die Einnahmen, die wiederverwendet werden können, belaufen sich schätzungsweise auf 20 000 ECU.	
2102	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Dienstleistungs- und Beratergesellschaften für Informatik bestimmt, und zwar für:	
	— die Nutzung des EDV-Zentrums (Operators, Systemanalytiker, Systemingenieure usw.)	300 000
	— die Aufrechterhaltung bereits bestehender Anwendungen (Analyse der Änderungen, Programmierung, Durchführung)	950 000
	— die Realisierung neuer und die Ausweitung bereits bestehender Anwendungen (Durchführbarkeitsstudie, Analyse, Programmierung, Durchführung)	3 800 000
	— externe Unterstützung für die Info-Zentren und die Benutzer, einschließlich Mitglieder	1 000 000
	— die Durchführung besonderer Studien (komplexe Lastenhefte, Ergonomie, Strategie usw.) und Redaktion und Einreichen von technischer Dokumentation (Prozedur- und Gebrauchshandbücher usw.)	200 000
	— die Unterstützung der Fraktionen	750 000
	Insgesamt	7 000 000
	Die Höhe der wiederzuverwendenden Einnahmen (Vergütungen aus den Telematikdiensten und Vergütungen für die Lizenzen zur Benutzung der spezifischen Software, die aufgrund von Verträgen Eigentum des Parlaments ist) wird auf 110 000 ECU veranschlagt.	
2103	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Anwendungen, die an externe Stellen vergeben werden (Bürodienst, Datenerfassung usw.), sowie für das Abonnement und die Nutzung von Netzdienstleistungen (externe elektronische Post usw.) bestimmt.	
	Die eventuellen Einnahmen können wiederverwendet werden.	
211		
2110	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten für Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von:	
	— Übertragungsnetzen	3 193 000
	— Telefonzentralen und -geräten (Anrufbeantworter, Modems usw.)	7 000 000
	— Fernkopierer	507 000
	— Fernschreibern	p.m.
	Insgesamt	10 700 000
	Der Betrag der wiederzuverwendenden Einnahmen wird mit 5 000 ECU veranschlagt.	

PARLAMENT

KAPITEL 21 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
211	*(Fortsetzung)*			
2111	Kosten für Telekommunikationseinrichtungen Nichtgetrennte Mittel	836 000	464 000	674 784,—
2112	Leistungen von externem Personal für den Betrieb, die Realisierung und die Erhaltung von Software und Telekommunikationssystemen Nichtgetrennte Mittel	900 000	788 000	544 524,—
	Artikel 211 insgesamt	12 436 000	5 231 000	5 283 624,—
	KAPITEL 21 INSGESAMT	27 700 000	22 310 000	21 513 975,—
	KAPITEL 22			
220	***Büromaschinen***			
2200	Erstausstattung mit Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	30 000	20 000	4 145,—
2201	Ersatzbeschaffung von Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	45 000	53 000	58 042,—
2202	Miete von Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	48 764,—
	Artikel 220 insgesamt	115 000	113 000	110 951,—
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung mit Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	630 000	1 350 000	829 353,—

PARLAMENT

KAPITEL 21 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
211	*(Fortsetzung)*	
2111	*Vormals Posten 2111 (teilweise)* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Verkabelung, Einrichtung und Transport von Telekommunikationsmaterial bestimmt:	
	— Luxemburg	150 000
	— Straßburg	318 000
	— Brüssel	368 000
	Insgesamt	836 000
2112	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Unterstützung durch Dienstleistungs- und Beratergesellschaften für Informatik und Telekommunikation bestimmt für:	
	— die Anspruchnahme des Netzes	100 000
	— die Erhaltung der Telekommunikationssysteme	200 000
	— die Durchführung von Untersuchungen und/oder Software betreffend die Telekommunikation	150 000
	— Unterstützung im Rahmen der neuen Gebäude	450 000
	Insgesamt	900 000
	Sofern die Mittel zur Finanzierung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Mietkaufvertrags für den Erwerb von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt das Organ sich mit den anderen Organen bezüglich der für jedes von ihnen erzielten Bedingungen ab, wobei Artikel 60 der Haushaltsordnung zu berücksichtigen ist. Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.	
220		
2200	Diese Mittel sind für den Kauf zusätzlicher Büromaschinen für das Generalsekretariat und die Fraktionen in Luxemburg, Straßburg und Brüssel bestimmt.	
2203	Diese Mittel sind zur Unterhaltung und Reparatur von Büromaschinen bestimmt.	
221		
2210	Diese Mittel sind insbesondere zur Finanzierung der Einrichtungskosten der Gebäude D3 in Brüssel und IPE IV in Straßburg bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
221	*(Fortsetzung)*			
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	800 000	843 000	659 800,—
2212	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	26 000	30 000	13 445,—
	Artikel 221 insgesamt	1 456 000	2 223 000	1 502 598,—
222	***Material und technische Anlagen***			
2220	Erstausstattung mit Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	5 655 000	1 475 000	1 015 223,—
2221	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	1 386 000	1 223 000	1 390 609,—
2222	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	570 000	810 000	742 347,—

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
221	*(Fortsetzung)*		
2211	Diese Mittel sind zur Deckung der Erneuerung von altem Mobiliar oder Mobiliar, das den Gesundheits- und Ergonomiebestimmungen nicht entspricht oder den neuen Technologien und der neuen Büroorganisation nicht mehr angepaßt ist, bestimmt.		
222			
2220	*Vormals Posten 2220 (teilweise)* Diese Mittel decken den Kauf von verschiedenem Material und zusätzlichen technischen Anlagen. Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form		150 000
	— Archive		77 000
	— Gebäude		305 000
	— Konferenzen		65 000
	— Kantinen		4 100 000
	— Ausstattung		250 000
	— Post		p.m.
	— Sicherheit		708 000
		Insgesamt	5 655 000
2221	*Vormals Posten 2221 (teilweise)* Diese Mittel sind zur Erneuerung von verschiedenen Ausstattungsgegenständen für die Druckerei, die Archive, den Telefondienst und die Kantinen und Einkaufszentralen bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form		750 000
	— Archive		71 000
	— Gebäude		5 000
	— Konferenzen		100 000
	— Kantinen		165 000
	— Ausstattung		80 000
	— Post		p.m.
	— Sicherheit		215 000
		Insgesamt	1 386 000
2222	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:		
	— Reprographieanlagen (Intendantur)		530 000
	— verschiedene Geräte		10 000
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form		30 000
		Insgesamt	570 000

PARLAMENT

KAPITEL 2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 2 2	*(Fortsetzung)*			
2 2 2 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	2 461 000	1 923 000	1 401 669,—
	Artikel 2 2 2 insgesamt	10 072 000	5 431 000	4 549 848,—
2 2 3	***Fahrzeuge***			
2 2 3 0	Erstausstattung mit Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	58 000	35 000	107 993,—
2 2 3 1	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	500 000	452 000	308 447,—
2 2 3 2	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	1 800 000 (1)	1 222 000	1 098 702,—
2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	677 000	525 000	572 965,—
	Artikel 2 2 3 insgesamt	3 035 000	2 234 000	2 088 107,—

(1) Mittel in Höhe von 200 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
2 2 2	*(Fortsetzung)*	
2 2 2 3	*Vormals Posten 2 2 2 3 (teilweise)*	
	Diese Mittel sind für die Unterhaltung des Materials einschließlich audiovisueller Geräte bestimmt.	
	Die Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form	1 150 000
	— Archive	17 000
	— Gebäude	203 000
	— Konferenzen	290 000
	— Kantinen	140 000
	— Ausstattung	27 000
	— Post	4 000
	— Sicherheit	300 000
	— technisches Material und Einrichtung für die Bereiche Audiovisuelles und Telekommunikation in den für die Presse bestimmten Sälen und Räumlichkeiten in Straßburg (Wartung und Unterstützung)	330 000
	Insgesamt	2 461 000
2 2 3		
2 2 3 1	Diese Mittel sind zur Erneuerung des Fuhrparks bestimmt.	
2 2 3 2	*Vormals Posten 2 2 3 2 (teilweise)*	
	Diese Mittel sind für die Miete von Fahrzeugen, Taxis, Omnibussen und Lastkraftwagen mit oder ohne Fahrer bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Luxemburg	150 000
	— Straßburg	700 000
	— Brüssel	950 000
	Insgesamt	1 800 000
2 2 3 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Wartung, Nutzung und Reparatur von Dienstfahrzeugen bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern, Subskriptionen und andere Dokumentationsträger Nichtgetrennte Mittel	418 000	402 000	348 177,—
2251	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Mediatheksmaterial und damit zusammenhängende Dienste Nichtgetrennte Mittel	200 000	140 000	141 973,—
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	471 000	455 000	403 964,—
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	960 000	920 000	836 892,—
2254	Verwaltung der Bestände von Archiven und der Dokumentation (alle Datenträger) Nichtgetrennte Mittel	92 000	100 000	49 269,—
2255	Abfrage der Datenbanken Nichtgetrennte Mittel	115 000	115 000	82 524,—
2256	Mehrsprachige Datenbank für Dokumentation Nichtgetrennte Mittel	265 000	245 000	234 071,—

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
225		
2250	Diese Mittel sind für die Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen im Bereich der allgemeinen Nachschlagewerke und zur laufenden Ergänzung des Grundstocks der Bibliothek sowie für Leistungen im Zusammenhang mit der Registrierung und Katalogisierung dieses Dokumentenbestands bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Bücher und Subskription (Bibliothek)	328 000
	— Übersetzung und Terminologie	88 000
	— Plenarsitzungen	2 000
	Insgesamt	418 000
2251	Diese Mittel sind für ein spezielles Bibliotheks-, Dokumentations- und Mediatheksmaterial sowie externe Leistungen für den Erwerb, die Installation und die Verwendung dieses speziellen Materials bestimmt.	
2252	Diese Mittel decken Zeitungs- und Zeitschriftenabonnements.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Zeitungen, Zeitschriften, kleine Werke und gegebenenfalls Dienstleistungsverträge für die Auswertung des Inhalts von Zeitungen (Presseübersicht, Zeitungsausschnitte)	103 000
	— Zeitungen und Zeitschriften (Bibliothek)	338 000
	— Abonnements und Erneuerungen von Abonnements für Zeitungen und Zeitschriften/Fachzeitschriften für die verschiedenen Dienste der Direktion Übersetzung	30 000
	Insgesamt	471 000
	Sie decken auch die Abonnements oder Dienstleistungsverträge für die Lieferung von Inhaltsanalysen der Zeitschriften, oder die Eintragung auf optische Datenträger der Artikel dieser Zeitschriften.	
2253	Diese Mittel decken die Abonnements bei Presseagenturen.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Abonnements für Veröffentlichungen und Online-Dienste der Presseagenturen (Agence EUROPE, EIS, VWD, AGRA usw.)	650 000
	— Abonnements für Agenturmeldungen (AFP, ANSA, Belga, DPA, REUTER, Press Association usw.) und die Kosten für Sammlung, Verwertung und Verbreitung der Informationen über EPISTEL/OVIDE und andere Datenträger.	310 000
	Insgesamt	960 000
	Die aufgrund der Vergütungen für Telematikdienste wiederzuverwendenden Mittel werden auf 65 000 ECU veranschlagt.	
2254	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates vom 1. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. Nr. L 43 vom 15. 2. 1983, S. 1).	
	Entscheidung Nr. 359/83/EGKS der Kommission vom 8. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (ABl. Nr. L 43 vom 15. 2. 1983, S. 14).	
	Legislativarchive aufgrund des Vertrags zur Europäischen Union.	
	Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Zusammenarbeit mit den historischen Archiven der Europäischen Gemeinschaften sicherzustellen und die Bestände jeglicher Art, insbesondere auf optischen Datenträgern, über externe Dienstleistungen zu verwalten.	
2255	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Nutzung externer dokumentarischer und statistischer Datenbanken (ohne EDV-Anlagen und Kosten für die Nachrichtenübermittlung) bestimmt.	
2256	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten, in erster Linie in Form externer Leistungen im Zusammenhang mit der Eingabe und der Weitergabe von Daten der Datenbank EPOQUE sowohl innerhalb der Institutionen als auch nach außen bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
225	*(Fortsetzung)*			
2256	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 225 insgesamt	2 521 000	2 377 000	2 096 870,—
	KAPITEL 22 INSGESAMT	17 199 000	12 378 000	10 348 374,—
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	1 580 000 (1)	1 433 697 (1)	1 598 147,—
231	***Post- und Fernmeldegebühren***			
2310	Postgebühren und Zustellungskosten Nichtgetrennte Mittel	2 157 000	2 051 000	1 256 238,—

(1) Mittel in Höhe von 200 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen	
225	*(Fortsetzung)*	
2256	*(Fortsetzung)*	
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 20 000 ECU veranschlagt.	
	Sofern die Mittel zur Finanzierung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Mietkaufvertrags für den Erwerb von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt das Organ sich mit den anderen Organen bezüglich der für jedes von ihnen erzielten Bedingungen ab, wobei Artikel 60 der Haushaltsordnung zu berücksichtigen ist.	
	Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.	
230	*Vormals Artikel 230 (teilweise)*	
	Diese Mittel sind für den Kauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Erzeugnissen für die Druckerei und die Vervielfältigung bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form	60 000
	— Papier für Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form	270 000
	— Vervielfältigungspapier	550 000
	— Bürobedarf	700 000
	Insgesamt	1 580 000
231		
2310	*Vormals Posten 2310 (teilweise)*	
	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Poststelle Luxemburg (Postgebühren und Kosten für die Beförderung durch einen privaten Zustelldienst)	220 000
	— Poststelle Straßburg (Postgebühren und Kosten für die Beförderung durch einen privaten Zustelldienst)	50 000
	— Poststelle Brüssel (Postgebühren und Kosten für die Beförderung durch einen privaten Zustelldienst)	317 000
	— Pakete, Verzollung	45 000
	— Verteilung Luxemburg	650 000
	— Verteilung Straßburg	75 000
	— Verteilung Brüssel	p.m.
	— Postgebühren für die für die breite Öffentlichkeit bestimmten Monatsblätter und Zeitungen	800 000
	Insgesamt	2 157 000

PARLAMENT

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 3 1	*(Fortsetzung)*			
2 3 1 1	Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen Nichtgetrennte Mittel	10 448 000	10 460 000	8 231 861,—
2 3 1 2	Miete für Fernsehleitungszeit Nichtgetrennte Mittel	—	—	69 654,—
	Artikel 2 3 1 insgesamt	12 605 000	12 511 000	9 557 753,—
2 3 2	***Finanzkosten***			
2 3 2 0	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	250 000	190 000	166 267,—
2 3 2 1	Kursdifferenzen Nichtgetrennte Mittel	250 000	100 000	450 000,—
2 3 2 9	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	140 000	125 000	0,—
	Artikel 2 3 2 insgesamt	640 000	415 000	616 267,—
2 3 3	***Gerichtskosten*** Nichtgetrennte Mittel	260 000	260 000	96 776,—
2 3 4	***Schadenersatz und frühere Verbindlichkeiten*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	15 000	85 000,—

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
2 3 1	*(Fortsetzung)*	
2 3 1 1	*Vormals Posten 2 3 1 1 (teilweise)* Unter diesem Posten werden die festen Anschlußgebühren und die Gebühren für Telefongespräche sowie für telegrafische und Fernschreibverbindungen verbucht. Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Luxemburg	1 400 000
	— Straßburg	1 878 000
	— Brüssel	2 745 000
	— Fernschreibkosten:	
	— Luxemburg und Straßburg	20 000
	— Brüssel	10 000
	— Kosten für zusätzliche Einrichtungen	p.m.
	— Telematikkosten (Abonnements, Kosten für Übermittlungen und Betrieb von Telematiknetzen)	3 595 000
	— Fernmeldegebühren der Fraktionen	800 000
	Insgesamt	10 448 000
2 3 2		
2 3 2 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Bankkosten (Gebühren, Agios, verschiedene Kosten).	
2 3 2 1	Diese Mittel dienen zur Deckung aller Kursdifferenzen mit Ausnahme der Differenzen aufgrund der Neubewertung des Ecu, d.h.: Mitteltransfers zwischen Bankkonten, im Ausland geleistete Zahlungen, insbesondere an die Beamten.	
2 3 2 9	Diese Mittel dienen zur Deckung der sonstigen Finanzkosten.	
2 3 3	Diese Mittel decken die Finanzierung etwaiger Verurteilungen des Europäischen Parlaments durch den Gerichtshof und das Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften, der Hinzuziehung externer Rechtsanwälte vor den gemeinschaftlichen und nationalen Gerichten, der Hinzuziehung von Rechtsberatern zwecks Unterstützung des Juristischen Dienstes in anderen Fragen, mit denen dieser befaßt ist, und der etwaigen dringlich gebotenen Anschaffung von juristischen Werken. Die wiederverwendbaren Mittel belaufen sich auf schätzungsweise 5 000 ECU.	
2 3 4	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Schadenerzatz sowie etwaige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 6 der Haushaltsordnung bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 3 5	***Andere Sachausgaben***				
2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten	Nichtgetrennte Mittel	288 000	270 000	243 284,—
2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung sowie Arbeitsgerät	Nichtgetrennte Mittel	320 000	563 000	380 182,—
2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen	Nichtgetrennte Mittel	620 000	620 000	598 177,—
2 3 5 3	Umzug von Dienststellen	Nichtgetrennte Mittel	475 000	475 000	438 871,—
2 3 5 4	Kleinausgaben	Nichtgetrennte Mittel	65 000	100 000	89 679,—
2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben	Nichtgetrennte Mittel	18 000	18 000	18 000,—
		Artikel 2 3 5 insgesamt	1 786 000	2 046 000	1 768 193,—
2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen***				
2 3 9 1	Gemeinsamer Dolmetscherdienst	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
		Artikel 2 3 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
		KAPITEL 2 3 INSGESAMT	16 886 000	16 680 697	13 722 136,—

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
235		
2350	Diese Mittel decken die Ausgaben in Zusammenhang mit den Versicherungen, die unter einem anderen Posten nicht besonders vorgesehen sind.	
	Die Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— verschiedene Versicherungen, insbesondere Telefon-, EDV- und audiovisuelle Anlagen, Transport von Material und Ausstellung, Verluste auf Dienstreisen	270 000
	— Versicherungen, Kasse und Zahlungsverkehr	18 000
	Insgesamt	288 000
2351	Regelung für die jährliche Lieferung von Arbeitskleidung vom 16. Mai 1989.	
	Diese Mittel setzen sich wie folgt zusammen:	
	— Kauf und Instandhaltung von Arbeitskleidung für das Personal der Kantinen und Restaurants	p.m.
	— Kauf von Arbeitskleidung für Amtsboten, Kraftfahrer und Transporteure, medizinische Dienste und verschiedene technische Dienste	300 000
	— Kauf von Arbeitsmaterial	20 000
	Insgesamt	320 000
2353	*Vormals Posten 2353 (teilweise)*	
	Mit diesen Mitteln sollen die Kosten für Umzugs- und Transportarbeiten, die von Umzugsfirmen oder mit Hilfe vorübergehend beschäftigter Transporteure durchgeführt werden, gedeckt werden.	
2354	*Vormals Posten 2354 (teilweise)*	
	Mit diesen Mitteln sollen verschiedene kleinere Ausgaben gedeckt werden.	
2359	Mit diesen Mitteln soll die Beteiligung an Sekretariatskosten des Kabinetts des Präsidenten gedeckt werden.	

PARLAMENT

KAPITEL 24 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 24			
240	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke***			
2400	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke der Mitglieder des Organs Nichtgetrennte Mittel	645 000	407 127	526 215,—
2401	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke des Personals Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	24 926,—
2402	Fonds für Ausgaben nach Artikel 19 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments Nichtgetrennte Mittel	22 000	22 000	22 000,—
2403	Kunstwerke Nichtgetrennte Mittel	20 000	20 000	17 677,—
	Artikel 240 insgesamt	717 000	479 127	590 818,—
	KAPITEL 24 INSGESAMT	717 000	479 127	590 818,—
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	220 000	200 000	1 619 280,—
255	***Verschiedene Kosten für Sitzungen, für die Veranstaltung von Konferenzen und Kongressen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	1 215 000	1 215 000	602 205,—
	KAPITEL 25 INSGESAMT	1 435 000	1 415 000	2 221 485,—

KAPITEL 24 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
240		
2400	Diese Mittel sind zur Deckung aller Kosten für die vom Europäischen Parlament veranstalteten Empfänge, einschließlich der Fonds für jeden parlamentarischen Ausschuß und jede interparlamentarische Delegation, und den Kauf von Repräsentationsartikeln bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Ausgaben für Empfänge und Repräsentationsverpflichtungen des Präsidenten und des Organs	345 000
	— Ausgaben für Empfänge und Repräsentationsverpflichtungen der Ausschüsse und interparlamentarischen Delegationen	75 000
	— Kauf von Repräsentationsartikeln	125 000
	— verschiedene Kosten des Protokolldienstes	100 000
	Insgesamt	645 000
2401	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten der Empfänge, die vom Generalsekretariat gegeben werden, bestimmt.	
250	Diese Mittel sind zur Deckung der Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Sachverständigen und sonstigen Persönlichkeiten bestimmt, die zu Sitzungen der Ausschüsse und der Studien- und Arbeitsgruppen eingeladen werden.	
255	Die Mittel sind vor allem zur Deckung der Kosten im Zusammenhang mit der Organisation der Sitzungen außerhalb der Arbeitsorte bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Ausschuß- oder Delegationssitzungen	180 000
	— Fraktionssitzungen	1 000 000
	— sonstige Sitzungen	35 000
	Insgesamt	1 215 000

PARLAMENT

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	1 950 000	1 950 000	1 359 956,—
261	***STOA-Programm*** Nichtgetrennte Mittel	700 000	950 000	850 111,—
	KAPITEL 26 INSGESAMT	2 650 000	2 900 000	2 210 067,—
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	8 900 000	6 880 000	6 880 000,—
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 263 750	1 623 531,—

PARLAMENT

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
260	Diese Mittel sollen die Finanzierung von Untersuchungen für die politischen Organe und die Verwaltung, mit denen im Rahmen von Verträgen qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute beauftragt werden, und die Ausgaben für die Honorare und die Nebenkosten decken. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Sachverständige 1 250 000 — Ausgaben für externe Forschung und Veröffentlichung der Untersuchungen sowie damit zusammenhängende Ausgaben 700 000 Insgesamt 1 950 000
261	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten der folgenden Ausgabenkategorien im Zusammenhang mit der Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen nach folgendem Verteilungsschlüssel bestimmt: — Verträge mit unabhängigen wissenschaftlichen Beratern: 35 %, — Forschungsaufträge: 40 %, — Tagungen, Seminare, Workshops: 15 %, — verschiedene Verwaltungskosten: 5 %, — unabhängige Experten zur Bewertung der Schlußberichte: 5 %. Bis spätestens 15. September 1996 unterbreitet STOA einen Bericht über die Durchführung der Empfehlungen aus dem Bericht des Ausschusses für Haushaltskontrolle vom 4. April 1995, insbesondere im Hinblick auf: — die Herabstufung und die Umwandlung des Rechtsstatus des Vertragspersonals und seine allmähliche Ablösung durch Statutspersonal, die daraus folgende Verringerung der Kosten für Dienstleistungsverträge und Forschungsaufträge; — die Durchführung einer ordnungsgemäßen Haushaltsplanung ausgehend von einer vorherigen Projektkostenanalyse; — die Schaffung einer unabhängigen Expertengruppe für die Bewertung der Schlußberichte; — die Vorbereitung einer institutionellen Reform zur Schaffung einer direkten Verbindung zwischen STOA und der für die Forschung zuständigen Dienststelle des Parlaments. Die Mittel dieses Kapitels decken auch die Ausgaben für den Bürgerbeauftragten.
270	Diese Mittel decken die Kosten für die traditionelle (auf Papier oder Film) oder elektronische Veröffentlichung der Texte, die das Parlament im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* zu veröffentlichen hat, und zwar vor allem in Anwendung seiner Geschäftsordnung, insbesondere der Artikel 17, 36 und 45, und der Geschäftsordnung der Paritätischen Versammlung AKP—EU (Haushaltspläne, schriftliche Anfragen, Protokolle, Mitteilungen). Die wiederverwendbaren Einnahmen werden auf 550 000 ECU geschätzt.
271	
2710	Mit diesen Mitteln werden die Kosten für die traditionelle (auf Papier oder Film) oder elektronische Reprographie der offiziellen Veröffentlichungen des Europäischen Parlaments außer dem *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* gedeckt, wie z.B. von Publikationen allgemeiner Art, Arbeitsdokumenten und verschiedenen Druckerzeugnissen sowie für die im Zusammenhang mit diesen Publikationen, Dokumenten und verschiedenen Druckerzeugnissen von Dritten durchgeführten Aufträge. Die wiederverwendbaren Einnahmen werden auf 80 000 ECU geschätzt.

PARLAMENT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
27	*(Fortsetzung)*			
2719	Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	1 314 000 (1)	1 932 706,—
	Artikel 271 insgesamt	4 000 000	3 577 750	3 556 237,—
272	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen***			
2720	Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen Nichtgetrennte Mittel	1 320 000	946 000 (2)	1 084 886,—
2722	Teilnahme an internationalen Ausstellungen Nichtgetrennte Mittel	800 000	700 000 (3)	778 516,—
2724	Beteiligung an den Verwaltungs- und Organisationskosten des Jean-Monnet-Hauses Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	99 874,—
	Artikel 272 insgesamt	2 120 000	1 646 000	1 963 276,—
	KAPITEL 27 INSGESAMT	15 020 000	12 103 750	12 399 513,—

(1) Mittel in Höhe von 740 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 300 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 200 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
271	*(Fortsetzung)*
2719	Mit diesen Mitteln werden die Kosten für informatorische Veröffentlichungen, die nicht von den sekretariatseigenen Diensten gedruckt werden, einschließlich der Ausgaben für externe Dienstleistungen und Unterstützung bei der Herstellung und Verbreitung dieser Veröffentlichungen, gedeckt. Die Mittel sind für die Herausgabe des Monatsblattes „Europäisches Parlament", der grundlegenden Informationsbroschüre, der Broschüren über spezielle Themen und verschiedene Veröffentlichungen bestimmt. Diese Mittel decken auch die Kosten für die Herausgabe und elektronische Verbreitung von Veröffentlichungen über parlamentseigene Server und Netze, über externe Server oder beispielsweise in Form von CD-ROM oder CDI. Sie umfassen: — Herausgabe und Anpassung der grundlegenden Informationsbroschüre, — die Kosten für Druck und Verteilung des Monatsblattes sowie die für seine Herstellung erforderliche technische Ausrüstung, — Herstellung von Broschüren über spezielle Themen, von Faltblättern, Aufklebern, Plakaten, verschiedenen Veröffentlichungen usw.
272	
2720	Mit diesen Mitteln sollen die Informationsausgaben für z.B. Meinungsumfragen (Eurobarometer), die Beteiligung an punktuellen Aktionen (Konferenzen, Tagungen AKP-EU) sowie die Finanzierung von Material, das zum Ausbau der Informationsaktionen dient, gedeckt werden. Ferner wird damit die Durchführung von Aktionen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikation, einschließlich externer Dienstleistungen und Unterstützung im Zusammenbang mit diesem Aufgaben, finanziert. Sie decken ebenfalls die Kosten für die materielle Organisation von Pressekonferenzen, die Einladung von Journalisten zur Berichterstattung über die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments, die Beteiligung an den Betriebskosten des Internationalen Pressezentrums in Brüssel und europäischer Journalistenvereinigungen und andere Informationsausgaben. Diese Mittel decken ferner die Ausgaben im Zusammenhang mit der Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen über das Parlament auf elektronischem Weg (entsprechende Aufbereitung, Server- und Netzkosten).
2722	Mit diesen Mitteln sollen die gesamten Kosten für die Beteiligung des Europäischen Parlaments an internationalen Messen und an der Ausrichtung von Messen, insbesondere bei Verbänden oder im gesamten öffentlichen Bereich, gedeckt werden. Diese Mittel betreffen insbesondere die bei solchen Veranstaltungen anfallenden Kosten für Infrastruktur, Transport, Informationsmaterial (Werbematerial, Veröffentlichungen und audiovisuelles Material) und Betriebskosten, einschließlich der Inanspruchnahme externer Dienstleistungen und Unterstützung.
2724	Beschluß des Präsidiums vom 24. April 1990.

PARLAMENT

KAPITEL 28 — GEBÄUDE, BEWEGLICHE SACHEN UND INTERINSTITUTIONELLE DIENSTE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 28			
280	***Außenbüros (Infrastruktureinrichtungen)*** Nichtgetrennte Mittel	3 050 000	2 880 000	2 434 628,—
281	***Außenbüros (Nebenkosten)*** Nichtgetrennte Mittel	3 511 000	2 444 000	3 724 643,—

PARLAMENT

KAPITEL 28 — GEBÄUDE, BEWEGLICHE SACHEN UND INTERINSTITUTIONELLE DIENSTE

Artikel Posten	Erläuterungen	
	Bei Verwendung dieser Mittel für Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb oder dem Abschluß eines Mietvertrags oder Miet-/Kaufvertrags für Material oder Dienstleistungen ist das Organ verpflichtet, jedes Mal die anderen Organe zu den von ihnen ausgehandelten Bedingungen zu konsultieren, wobei Artikel 60 der Haushaltsordnung zu berücksichtigen ist.	
280	*Vormals Posten 2000 (teilweise)*	
	Diese Mittel gliedern sich auf wie folgt:	
	— Berlin	166 000
	— Bonn	194 000
	— Kopenhagen	113 000
	— Kopenhagen (neues Büro)	p.m.
	— Dublin	149 000
	— Den Haag	114 000
	— London	426 000
	— Madrid	205 000
	— Paris	746 000
	— Rom	405 000
	— Athen (Parkgarage)	12 000
	— Wien	185 000
	— Helsinki	115 000
	— Stockholm	180 000
	— sonstige Säle	40 000
	Insgesamt	3 050 000
	Sie decken auch die Ausgaben für die Immobiliensteuern. Die Mieten werden auf 12 Monate und auf der Grundlage der bestehenden oder in Vorbereitung befindlichen Verträge berechnet, bei denen normalerweise eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten bzw. an die Baukosten vorgesehen ist.	
281	*Vormals Artikel 202 bis 205 (teilweise), Posten 2111 (teilweise) und 2232 (teilweise), Artikel 230 (teilweise) und Posten 2310 (teilweise), 2311 (teilweise), 2353 (teilweise) und 2354 (teilweise)*	
	Diese Mittel gliedern sich auf wie folgt:	
	— Wasser, Gas, Strom und Heizung	444 000
	— Reinigung und Unterhaltung	648 000
	— Herrichtung der Diensträume	350 000
	— Sicherheit und Überwachung der Gebäude	813 000
	— Kosten für die Ausstattung und die Telekommunikation	60 000
	— Miete von Fahrzeugen	28 000
	— Papier- und Bürobedarf	100 000
	— Postgebühren und Zustellungskosten	610 000
	— Telefon, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen	395 000
	— Wartungsarbeiten und Umzug von Dienststellen	33 000
	— Kleinausgaben	30 000
	Insgesamt	3 511 000

PARLAMENT

KAPITEL 28 — GEBÄUDE, BEWEGLICHE SACHEN UND INTERINSTITUTIONELLE DIENSTE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
282	***Audiovisuelle Einrichtungen (Infrastrukturkosten)***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 573 000 (1)	1 369 000	2 367 107,—
283	***Ausgaben für audiovisuelle Informationen***			
2830	Ausgaben für audiovisuelle Informationen			
	Nichtgetrennte Mittel	1 400 000	1 460 000 (2)	1 268 097,—
	Artikel 283 insgesamt	1 400 000	1 460 000	1 268 097,—
	KAPITEL 28 INSGESAMT	9 534 000	8 153 000	9 794 475,—
	KAPITEL 29			
294	***Stipendien***			
2940	Forschungsstipendien und Studienstipendien			
	Nichtgetrennte Mittel	526 000	462 000	445 064,—
2941	Stipendien für die Aus- und Fortbildung von Konferenzdolmetschern			
	Nichtgetrennte Mittel	600 000	470 000	579 213,—

(1) Mittel in Höhe von 25 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 60 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 28 — GEBÄUDE, BEWEGLICHE SACHEN UND INTERINSTITUTIONELLE DIENSTE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
282	*Vormals Posten 2220 (teilweise), 2221 (teilweise) und 2223 (teilweise) und Artikel 230 (teilweise)*	
	Diese Mittel gliedern sich auf wie folgt:	
	— Erstausstattung mit Material und technischen Anlagen, einschließlich der damit zusammenhängenden Kosten wie Untersuchungen, Ingenieurkosten, technische Unterstützung	500 000
	— Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen	410 000
	— Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen	500 000
	— Papier- und Bürobedarf	163 000
	— Mobiliar	p.m.
	Insgesamt	1 573 000
283		
2830	*Vormals Posten 2721*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Verwaltungsausgaben für den Bereich audiovisuelle Medien bestimmt (Eigenleistungen und externe Unterstützung wie technische Leistungen für Rundfunk- und Fernsehstationen, Produktion und Verbreitung von audiovisuellen Programmen, Miete von Kanälen und Übermittlung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen, weitere Maßnahmen zur Entwicklung der Beziehungen der Institution zu Audio-Video-Anbietern).	
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 13 000 ECU veranschlagt.	
294		
2940	Diese Mittel decken die Kosten für die Gewährung von Robert-Schuman-Stipendien an junge Hochschulstudenten und junge Journalisten zur Durchführung von Forschungsarbeiten, die in der Regel in der Generaldirektion Wissenschaft erfolgen, und die damit verbundenen Kosten einschließlich der Kosten für die unentgeltlich arbeitenden Praktikanten.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— junge Hochschulstudenten	479 000
	— junge Journalisten	47 000
	Insgesamt	526 000
2941	Diese Mittel decken Stipendien für die Ausbildung und berufliche Fortbildung von Dolmetschern und damit verbundene Kosten.	

PARLAMENT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
294	*(Fortsetzung)*			
2942	Information für Drittländer Nichtgetrennte Mittel	600 000	435 000 (1)	704 956,—
2943	Kulturelle Initiativen Nichtgetrennte Mittel	58 000	58 000	47 181,—
	Artikel 294 insgesamt	1 784 000	1 425 000	1 776 414,—
299	***Sonstige Zuschüsse***			
2990	Organisation von Besuchergruppen Nichtgetrennte Mittel	9 200 000	7 880 000 (2)	6 519 045,—
2991	Zuschüsse zu den Kosten im Zusammenhang mit der Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren für Meinungsmultiplikatoren Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 100 000 (3)	1 301 333,—
2992	Beihilfen und Teilnahme an Informationsaktivitäten von kommunalen und regionalen staatlichen Stellen Nichtgetrennte Mittel	290 000	200 000 (4)	242 997,—
2993	Ausgaben zur Förderung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten Nichtgetrennte Mittel	150 000	140 000	87 831,—

(1) Mittel in Höhe von 150 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 948 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 400 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 90 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
294	*(Fortsetzung)*	
2942	Diese Mittel decken die Finanzierung anderer Stipendien und die etwaigen Kosten einer externen Unterstützung im Zusammenhang mit der Information für Drittländer.	
	Mit diesen Mitteln werden auch die Kosten für Praktika von Personen aus assoziierten Ländern im Rahmen der Programme PHARE, TACIS und MEDA finanziert.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Studienaufenthalte für Staatsangehörige aus Drittländern in der Gemeinschaft sowie Informationsmaterial für diese Länder (Veröffentlichungen)	600 000
	— Studienstipendien für junge Universitätsangehörige, die zum Teil aus den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks kommen und zum anderen Teil aus Ländern Zentralafrikas, um Forschungsarbeiten zum Thema Menschenrechte bei Stellen durchzuführen, die eine spezielle Zuständigkeit für diesen Bereich haben	p.m.
	Insgesamt	600 000
2943	Diese Mittel decken die Finanzierung kultureller Initiativen von europäischem Interesse und hauptsächlich den Sacharow-Preis.	
299		
2990	Veranschlagt sind Mittel für Zuschüsse, die den Besuchergruppen während und außerhalb der Tagungen gewährt werden, sowie Vergütungen im Falle von Studienbesuchen sowie Mittel zur Deckung aller flankierenden Empfangs-, Betreuungs- und Infrastrukturkosten.	
	Die Mittel decken ebenfalls die Kosten für die Herstellung von Werbematerial sowie von Veröffentlichungen, die für diese Gruppen bestimmt sind.	
2991	Diese Mittel sind für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Veranstaltung von nationalen oder multinationalen Kolloquien und Seminaren (Infrastrukturkosten, Reisekosten, Ausgaben für Empfänge, Veröffentlichungen, Kosten für externe Dienstleistungen und Unterstützung) für Meinungsmultiplikatoren aus den Mitgliedstaaten bestimmt.	
	Diese Mittel decken auch die Kosten für die Veranstaltung von parlamentarischen Kolloquien und Symposien.	
2992	Mit diesen Mitteln soll die Mithilfe der Gebietskörperschaften als unmittelbar auf die Bevölkerung einwirkende „Meinungsmultiplikatoren" dazu genutzt werden, Informationen über Bedeutung und Tätigkeiten des Europäischen Parlaments in großem Umfang zu verbreiten.	
	Sie decken auch die Inanspruchnahme externer Dienstleistungen und Unterstützung im Rahmen der Beteiligung an Informationsmaßnahmen kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften.	
2993	Diese Mittel sind dazu bestimmt, die für die Förderung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten vorgesehenen Ausgaben zu decken.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— parlamentarische Beziehungen, die nicht unter die Kapitel 10, 13 und 37 fallen	60 000
	— Informations- und Dokumentationsaustausch sowie Unterstützung bei der Analyse und Verwaltung dieser Informationen	90 000
	Insgesamt	150 000
	Die Höhe der Einnahmen, die wiederverwendet werden können, beläuft sich auf schätzungsweise 5 000 ECU.	

PARLAMENT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
299	*(Fortsetzung)*			
2994	Programm „EUROSKOLA" Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	1 187 568,—
2995	Zuschüsse für die demokratisch gewählten Parlamente in Mittel- und Osteuropa und in den Mittelmeerländern Nichtgetrennte Mittel	300 000	300 000	228 168,—
2996	Konferenzen zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 Nichtgetrennte Mittel	500 000		
	Artikel 299 insgesamt	13 440 000	11 120 000	9 566 942,—
	KAPITEL 29 INSGESAMT	15 224 000	12 545 000	11 343 356,—
	Titel 2 insgesamt	**204 593 890**	**185 412 074**	**212 674 470,—**

PARLAMENT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
299	*(Fortsetzung)*
2994	Diese Mittel sollen die Verwaltungskosten, einschließlich externer Leistungen und Dienste, unter anderem für Veröffentlichungen und Werbematerial eines Begegnungsprogramms für Jugendliche im Schulalter aus verschiedenen Gemeinschaftsländern decken, das hauptsächlich in Brüssel und Straßburg organisiert wird.
2995	Diese Mittel dienen zur Deckung der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den demokratisch gewählten Parlamenten Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion. Mit diesen Mitteln werden die Ausarbeitung von Programmen für eine Zusammenarbeit sowie Maßnahmen zur Ausbildung der Beamten der oben erwähnten Parlamente und die logistische Unterstützung (beispielsweise Dolmetschen, Tonbandaufnahmen usw.) für diese Maßnahmen finanziert werden können. Des weiteren ist in diesem Posten ein Betrag in Höhe von 150 000 ECU für Parlamentsbedienstete aus den Partnerstaaten der Programme TACIS, PHARE und MEDA verbucht, die ein Austauschprogramm im Europäischen Parlament absolvieren. Diesen Personen sind die durch ihren Aufenthalt entstehenden zusätzlichen Kosten, also etwa Anreise, Kaufkraftausgleich, Unterkunft, Reisekosten (Straßburg) usw., zu erstatten.
2996	*Neuer Posten* Diese Mittel sind für die Deckung der Veranstaltung von Konferenzen bestimmt, auf denen in den 15 Mitgliedstaaten eine Delegation des Europäischen Parlaments und Delegationen der nationalen Volksvertretungsorgane zusammentreffen können.

PARLAMENT

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN

KAPITEL 37 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

KAPITEL 38 — BÜRGERBEAUFTRAGTER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 37			
370	***Besondere Ausgaben des Parlaments***			
3700	Ausgaben für die im AKP—EWG-Abkommen vorgesehenen parlamentarischen Delegationen und Organe Nichtgetrennte Mittel	498 000	590 000	232 927,—
3705	Beteiligung an den Sekretariatskosten der Fraktionen und an den Kosten der fraktionslosen Mitglieder Nichtgetrennte Mittel	12 375 000	12 000 000	10 381 252,—
3706	Zusätzliche politische Aktivitäten Nichtgetrennte Mittel	6 820 000	6 615 000	5 550 000,—
3708	Informationstätigkeiten Nichtgetrennte Mittel	14 350 000	14 350 000	5 011 675,—
3709	Beiträge zu internationalen Organisationen Nichtgetrennte Mittel	21 000	16 000	6 208,—
	Artikel 370 insgesamt	34 064 000	33 571 000	21 182 062,—
	KAPITEL 37 INSGESAMT	34 064 000	33 571 000	21 182 062,—
	KAPITEL 38			
380	***Bürgerbeauftragter*** Nichtgetrennte Mittel	1 200 000	1 200 000	0,—
	KAPITEL 38 INSGESAMT	1 200 000	1 200 000	0,—
	Titel 3 insgesamt	**35 264 000**	**34 771 000**	**21 182 062,—**

PARLAMENT

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN

KAPITEL 37 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

KAPITEL 38 — BÜRGERBEAUFTRAGTER

Artikel Posten	Erläuterungen	
370		
3700	Diese Mittel decken Verwaltungsausgaben für die parlamentarischen Delegationen einerseits und für die zweimal jährlich stattfindenden Tagungen der Paritätischen Versammlung AKP—EU sowie ihrer Arbeitsgruppen andererseits.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Delegationen für die Beziehungen zu den Parlamenten von Drittländern	144 000
	— Länder Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans	170 000
	— Delegationen innerhalb der gemischten parlamentarischen Ausschüsse	144 000
	— sonstige Ad-hoc-Reisen	40 000
	Insgesamt	498 000
3705	Diese Beteiligung setzt sich zusammen aus einem festen „Grundbetrag" je Fraktion und einem Betrag, dessen Höhe von der Zahl der Mitglieder und der verwendeten Sprachen abhängt.	
3706	Mit diesen Mitteln werden die Kosten für die Aktivitäten gedeckt, die nicht über den Posten 3705 finanziert werden. Diese Mittel dienen auch zur Finanzierung der politischen Aktivitäten der fraktionslosen Mitglieder.	
3708	Diese Mittel dienen zur Deckung der Finanzierung der politischen Information über die Rolle und die Tätigkeit des Europäischen Parlaments, seiner Fraktionen und ihrer Mitglieder sowie seiner übrigen Organe.	
3709	Diese Mittel dienen zur Deckung der Beiträge für die internationalen Organisationen, denen das Parlament oder eines seiner Organe angehört (Gruppe 12 +, Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente, Europäisches Institut des Bürgerbeauftragten, Internationales Institut für Demokratie).	
380	Siehe Anlage zu diesem Einzelplan.	

PARLAMENT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 10 0	59 484 074	128 809 000	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	59 484 074	128 809 000	0,—

PARLAMENT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen					
	Es ist eine Rückstellung für einen etwaigen Bedarf für folgende Haushaltslinien vorzusehen:					
	Posten	1 0 3 3	Freiwillige Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder			2 530 000
	Artikel	1 0 6	Sekretariatszulagen für die Mitglieder			5 241 000
	Kapitel	1 1	Personal im aktiven Dienst *(Mittel für 1 Posten A 1 und 7 Posten LA 7):*			
			Posten 1 1 0 0	Grundgehälter	426 882	
			Posten 1 1 0 1	Familienzulagen	38 864	
			Posten 1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts)	60 628	
			Posten 1 1 3 0	Krankenversicherung	14 488	
			Posten 1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten	3 483	
			Posten 1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel	6 729	
						551 074
	Posten	1 2 1 7	Vergütungen für das endgültige Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnungen (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2688/95 und (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2689/95)			1 600 000
	Posten	1 8 2 0	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals			275 000
	Posten	1 8 7 0	Dolmetscher und Konferenzoperateure			3 500 000
	Posten	1 8 8 0	Verschiedene Kosten für Personaleinstellung			200 000
	Posten	2 0 0 0	Mieten (Brüssel)			37 500 000
	Artikel	2 0 3	Reinigung und Unterhaltung			4 711 000
	Artikel	2 0 5	Sicherheit und Überwachung der Gebäude			2 951 000
	Posten	2 2 3 2	Miete von Fahrzeugen			200 000
	Artikel	2 3 0	Papier- und Bürobedarf			200 000
	Artikel	2 8 2	Audiovisuelle Einrichtungen (Infrastrukturkosten/Mobiliar)			25 000
					Insgesamt	59 484 074

PARLAMENT

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 10 1	1 781 000	9 002 426	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	1 781 000	9 002 426	0,—
	Titel 10 insgesamt	**61 265 074**	**137 811 426**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**802 739 800**	**843 321 000**	**652 762 810,—**
	davon Ausgaben des Parlaments	**801 539 800**	**842 121 000**	**652 762 810,—**

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Mittel sind zur Deckung nichtvorhersehbarer Ausgaben, die sich aus Haushaltsentscheidungen ergeben, bestimmt.

ANLAGE

BÜRGERBEAUFTRAGTER

In dieser Anlage sollen die Mittel aufgenommen werden, die zur Finanzierung der Schaffung der administrativen Rahmenstruktur für den Bürgerbeauftragten als notwendig erachtet werden. Dieser administrative Rahmen soll einen Stellenplan für Bedienstete auf Zeit umfassen und ausschließlich den Aufgaben vorbehalten sein, welche die Untersuchungen gemäß der Anordnungen des Artikels 138e des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft betreffen. Die übrige personelle Ausstattung sowie die sonstigen Ausgaben (Gebäude, Material und verschiedene Sachausgaben) werden vom Generalsekretariat des Parlaments übernommen.

PARLAMENT

Anlage
(Bürgerbeauftragter)

EINNAHMENPLAN

Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
2 0	ABZÜGE VON DEN GEHÄLTERN DES BÜRGERBEAUFTRAGTEN UND SEINES PERSONALS	166 000	186 500	0
9 0	VERSCHIEDENE EINNAHMEN	p.m.	p.m.	0
	GESAMTBETRAG	**166 000**	**186 500**	**0**

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

AUSGABENPLAN

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
1 0	MITGLIEDER DES ORGANS	255 800	248 439	
1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	648 000	641 000	
	Titel 1 insgesamt	**903 800**	**889 439**	**0,—**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN**			
2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	271 200	285 561	
	Titel 2 insgesamt	**271 200**	**285 561**	
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
3 7	BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE	25 000	25 000	
	Titel 3 insgesamt	**25 000**	**25 000**	**0,—**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	p.m.	p.m.	
10 1	RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.	
	Titel 10 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	
	GESAMTBETRAG	**1 200 000**	**1 200 000**	**0,—**

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Gehalt, Zulagen und Entschädigungen (an das Gehalt gebunden)***			
1 0 0 0	Gehalt, Zulagen und Entschädigungen (an das Gehalt gebunden) Nichtgetrennte Mittel	232 000	225 022	
1 0 0 4	Dienstreise- und Fahrtkosten und sonstige Nebenkosten Nichtgetrennte Mittel	10 000	10 000	
	Artikel 1 0 0 insgesamt	242 000	235 022	
1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialkosten*** Nichtgetrennte Mittel	7 300	7 117	
1 0 2	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
1 0 3	***Versorgungsbezüge*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
1 0 5	***Vergütungen und Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme der Amtstätigkeit und dem Ausscheiden aus dem Amt*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
1 0 6	***Kurse*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen
100	
1000	*Vormals Artikel 100* Verordnung Nr. 422/67/EWG, 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 1084/92 (ABl. Nr. L 117 vom 1. 5. 1992, S. 1). Beschluß 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. Nr. L 113 vom 4. 5. 1994, S. 15), insbesondere Artikel 10. Diese Mittel dienen der Finanzierung des Grundgehalts des Bürgerbeauftragten sowie seiner Residenzzulage (Artikel 4 der Verordnung), seiner Familienzulagen (Artikel 3 der Verordnung: Haushaltszulage, Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, Erziehungszulage) und seiner Aufwandsentschädigung (Artikel 4 der Verordnung).
1004	*Vormals Artikel 104* Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder der Organe, insbesondere Artikel 6. Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Fahrkosten, der Tagegelder sowie der bei der Durchführung einer Dienstreise entstandenen Nebenkosten oder außergewöhnlichen Kosten bestimmt.
101	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder der Organe, insbesondere Artikel 11 und 14. Diese Mittel decken: — den Arbeitgeberanteil (0,77 %) an der Versicherung gegen Berufskrankheits- und Unfallrisiken, — den Arbeitgeberanteil (3,4 %) an der Versicherung gegen Krankheitsrisiken, — die Geburtenzulage, — die im Todesfall vorgesehenen Vergütungen.
102	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder der Organe, insbesondere Artikel 7. Dieser Artikel ist zur Deckung der Übergangsgelder, der Familienzulagen sowie der Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer bestimmt.
103	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder der Organe, insbesondere die Artikel 8, 9, 15 und 18. Dieser Artikel ist zur Deckung der Altersversorgung und des Berichtigungskoeffizienten des Wohnsitzlandes der Mitglieder sowie der Hinterbliebenenversorgung der Witwen und Waisen und der Berichtigungskoeffizienten ihrer Wohnsitzländer bestimmt.
105	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder der Organe, insbesondere Artikel 5. Diese Mittel sind zur Deckung der Reisekosten (einschließlich der Familienmitglieder) bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt, der Einrichtungs- oder Wiedereinrichtungsbeihilfen bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt und der Umzugskosten bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Auscheiden aus dem Amt bestimmt.
106	Dieser Artikel ist zur Deckung der Kosten für die Teilnahme an Sprachkursen oder sonstigen beruflichen Weiterbildungsseminaren bestimmt.

PARLAMENT

Anlage
(Bürgerbeauftragter)

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 0 9	***Anpassung und Regelung der Amtsbezüge*** Nichtgetrennte Mittel	6 500	6 300	
	KAPITEL 1 0 INSGESAMT	255 800	248 439	
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Gehälter für das Personal des Bürgerbeauftragten*** Nichtgetrennte Mittel	648 000	641 000	
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	648 000	641 000	
	Titel 1 insgesamt	**903 800**	**889 439**	**0,—**

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
109	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder der Organe, insbesondere Artikel 4a. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel decken die Zahlung der Berichtigungskoeffizienten sowie die Auswirkungen der etwaigen Anpassungen der Gehälter und Altersversorgungsbezüge, die vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschlossen werden.
110	Diese Mittel dienen zur Deckung aller Personalkosten des Bürgerbeauftragten, gemäß den geltenden Bestimmungen des Beamtenstatuts der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 2 3			
2 3 5	***Sonstige Sachausgaben***			
	Nichtgetrennte Mittel	271 200	285 561	
	KAPITEL 2 3 INSGESAMT	271 200	285 561	
	Titel 2 insgesamt	**271 200**	**285 561**	

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
2 3 5	Diese Mittel dienen zur Deckung aller sonstigen Sachausgaben des Bürgerbeauftragten.

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 3 7 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 3 7			
3 7 0	***Besondere Ausgaben des Bürgerbeauftragten***			
	Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	
	KAPITEL 3 7 INSGESAMT	25 000	25 000	
	Titel 3 insgesamt	**25 000**	**25 000**	**0,—**

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 37 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Erläuterungen
370	Diese Mittel sind zur Deckung etwaiger Ausgaben, die in besonderer Verbindung mit dem Amt des Bürgerbeauftragten stehen, bestimmt.

PARLAMENT
Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 10 0	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 10 1	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	
	Titel 10 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	
	GESAMTBETRAG	**1 200 000**	**1 200 000**	**0,—**

PARLAMENT

Anlage
(Bürgerbeauftragter)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen

EINZELPLAN II

RAT

RAT

EINNAHMEN

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
4	**VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE STEUERN, ABSCHÖPFUNGEN UND GEBÜHREN**			
40	GEHALTSABZÜGE			
400	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten**	15 108 000	13 778 000	13 269 413,97
401	**Beiträge des Personals zur Altersversorgung und zur Arbeitslosenversicherung**	10 987 000	10 250 000	9 650 014,90
403	**Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst**	2 626 000	2 409 000	2 305 899,30
	KAPITEL 40 INSGESAMT	28 721 000	26 437 000	25 225 328,17
	Titel 4 insgesamt	**28 721 000**	**26 437 000**	**25 225 328,17**
5	**ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS**			
50	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
500	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	12 475,59
502	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 50 INSGESAMT	p.m.	p.m.	12 475,59
51	MIETEINNAHMEN			
510	**Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material**	p.m.	p.m.	0,—
511	**Einnahmen aus der Vermietung von unbeweglichen Sachen und Mietkosten**	23 600	10 750	10 533,32
	KAPITEL 51 INSGESAMT	23 600	10 750	10 533,32
52	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN			
520	**Ertrag aus Anlagemitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen von Konten des Organs**	300 000	300 000	235 022,74
	KAPITEL 52 INSGESAMT	300 000	300 000	235 022,74
53	KURSGEWINNE			
530	**Kursgewinne**	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 53 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

RAT

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
5 5	TRANSFERS ODER RÜCKKÄUFE VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL			
5 5 0	**Transfers oder Rückkäufe von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal**	p.m.	p.m.	417 730,80
	KAPITEL 5 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	417 730,80
	Titel 5 insgesamt	**323 600**	**310 750**	**675 762,45**
6	**BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNG VON AUSGABEN UND EINNAHMEN**			
6 1	ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN			
6 1 0	**Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind**			
6 1 0 1	Erstattung anderer Beträge, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 1	**Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Staaten verauslagt worden sind**			
6 1 1 0	Von den Teilnehmerstaaten der Regierungskonferenzen zu erhebende Beiträge	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 6 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**
7	**VERZUGSZINSEN**			
7 0	VERZUGSZINSEN			
7 0 0	**Verzugszinsen**	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 7 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 7 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**

RAT

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
9	**SONSTIGE EINNAHMEN**			
9 0	SONSTIGE EINNAHMEN			
9 0 0	**Sonstige Einnahmen**	799 500	782 800	948 220,11
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	799 500	782 800	948 220,11
	Titel 9 insgesamt	**799 500**	**782 800**	**948 220,11**
	GESAMTBETRAG	**29 844 100**	**27 530 550**	**26 849 310,73**

RAT

AUSGABEN

Gesamtübersicht über die Mittel (1996 und 1995) und Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1	**AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS**			
10	MITGLIEDER DES ORGANS	141 000	131 000	44 451,10
11	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	181 203 000	167 144 000	156 852 374,60
12	KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	1 332 000	1 871 000	2 183 425,—
13	DIENSTREISEN UND -FAHRTEN	2 900 000	2 899 000	2 880 999,09
14	SOZIALE UND MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN UND MASSNAHMEN	653 000	620 000	559 210,84
16	SOZIALER DIENST	285 000	275 000	227 479,81
17	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE	620 000	620 000	749 933,40
18	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	2 864 000	2 634 000	2 151 756,—
	Titel 1 insgesamt	**189 998 000**	**176 194 000**	**165 649 629,84**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
20	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	17 895 000	21 855 000	22 932 066,21
22	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	14 502 000	14 246 000	13 062 518,80
23	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	44 709 000	54 015 000	35 957 002,65
24	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	3 600 000	3 090 000	2 547 163,26
25	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	19 565 000	19 565 000	17 926 993,47
26	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	50 000	9 000	
27	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	13 842 350	11 713 000	5 794 270,50
28	ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN	42 000	40 000	139 901,17
29	VERTRAG ÜBER DAS NEUE GEBÄUDE	p.m.	2 900 000	56 909 997,18
	Titel 2 insgesamt	**114 205 350**	**127 433 000**	**155 269 913,24**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
100	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	2 750 000	2 900 000	0,—

RAT

Gesamtübersicht über die Mittel (1996 und 1995) und Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**2 750 000**	**2 900 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**306 953 350**	**306 527 000**	**320 919 543,08**

RAT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 1 0			
1 0 2	***Übergangsgelder***			
	Nichtgetrennte Mittel	141 000	131 000	44 451,10
	KAPITEL 1 0 INSGESAMT	141 000	131 000	44 451,10
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben***			
1 1 0 0	Grundgehälter			
	Nichtgetrennte Mittel	128 299 000	119 010 000	112 690 061,63
1 1 0 1	Familienzulagen			
	Nichtgetrennte Mittel	12 830 000	11 885 000	10 746 659,15
1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts)			
	Nichtgetrennte Mittel	17 321 000	16 045 000	15 089 245,79
1 1 0 3	Sekretariatszulage			
	Nichtgetrennte Mittel	1 977 000	1 826 000	1 764 117,47
	Artikel 1 1 0 insgesamt	160 427 000	148 766 000	140 290 084,04
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 1	Dolmetscherhilfskräfte			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RAT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
	Bei den Posten 1100 bis 1103, 1130, 1131, 1190 und 1191 ist ein Pauschalabzug von 3,6 % vorgenommen worden. Die Mittel dieses Kapitels sind auf der Grundlage des Stellenplans des Rates für das laufende Haushaltsjahr veranschlagt.
110	
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 66.
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62, 67 und 68a sowie Anhang VII Abschnitt I. Diese Mittel dienen zur Deckung der Familienzulagen, die umfassen: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 69 sowie Anhang VII Artikel 4. Diese Zulagen erhalten die Beamten, die die Bedingungen der vorgenannten Artikel erfüllen.
1103	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4a.
111	
1110	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten deckt die Gehälter der Bediensteten, die insbesondere im Hinblick auf großen Arbeitsanfall und zur Ersetzung von Beamten eingestellt werden, die zeitweilig ihre Tätigkeit nicht wahrnehmen können (Krankheit, Mutterschaft usw.).

RAT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 1	*(Fortsetzung)*			
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	200 000	400 000	158 548,70
	Artikel 1 1 1 insgesamt	200 000	400 000	158 548,70
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung, Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie Arbeitslosenversicherung***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	4 363 000	4 042 000	3 897 771,04
1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	1 008 000	813 000	774 391,58
1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	22 000	22 000	6 764,46
1 1 3 3	Bildung bzw. Erhaltung von Versorgungsansprüchen von Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	50 000	160 000	
	Artikel 1 1 3 insgesamt	5 443 000	5 037 000	4 678 927,08
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	65 000	63 000	159 363,40
1 1 4 1	Jährliche Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	2 845 000	2 762 000	2 617 883,53
1 1 4 2	Mietzulage und Fahrkostenzulage Nichtgetrennte Mittel	25 000	16 000	18 531,10
1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	11 000	8 000	8 690,76
1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	5 000	9 000	4 800,—
1 1 4 7	Vergütung für Schichtarbeit oder Arbeitsbereitschaft am Arbeitsplatz oder in der Wohnung Nichtgetrennte Mittel	411 000	260 000	278 360,09

RAT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
113	
1130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72 und Anhang X Artikel 24.
1131	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73, Anhang VIII Artikel 15 und Anhang X Artikel 25.
1132	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 28a (betreffend die Bediensteten auf Zeit).
1133	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Dieser Posten ist für die Zahlungen bestimmt, die von dem Organ zur Bildung bzw. Erhaltung der Versorgungsansprüche der Bediensteten auf Zeit in deren Herkunftsland zu leisten sind.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Die Beamten haben für sich und für ihre Familienangehörigen einmal im Jahr Anspruch auf Erstattung der Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort.
1142	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 14a. Diese Mittel sind für die Zahlung der Mietzulage bestimmt, wonach einem Beamten, an dessen Dienstort die Wohnverhältnisse als besonders schwierig anerkannt worden sind, eine Mietzulage gewährt werden kann.
1144	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 15. Diese Mittel sind für die pauschale Abgeltung der Kosten für Fahrten bestimmt.
1145	Diese Mittel dienen zur Deckung der Sondervergütung nach Artikel 75 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), die Beamten gewährt wird, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, unterstellten Rechnungsführers oder Zahlstellenverwalters haben.
1147	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 56a und 56b. Diese Mittel sind für die Vergütungen für Schichtarbeit oder Arbeitsbereitschaft am Arbeitsplatz oder in der Wohnung bestimmt.

RAT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 4	*(Fortsetzung)*			
1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	1 205 000	672 000	757 917,78
	Artikel 1 1 4 insgesamt	4 567 000	3 790 000	3 845 546,66
1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	2 700 000	2 403 000	2 557 771,50
1 1 7	***Aushilfsleistungen***			
1 1 7 5	Auf Dienstleistungsbasis entlohntes sonstiges Personal sowie nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs- und Schreibarbeiten Nichtgetrennte Mittel	3 100 000	2 772 000	3 363 162,18
	Artikel 1 1 7 insgesamt	3 100 000	2 772 000	3 363 162,18
1 1 8	***Kosten und Vergütungen bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	65 000	56 000	43 997,28
1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	387 000	559 000	662 999,98
1 1 8 3	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	700 000	389 000	409 999,98

RAT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
114	*(Fortsetzung)*
1149	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34 und 70a und Anhang X. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Diese Mittel sind für die Zahlung sonstiger Vergütungen bestimmt, insbesondere aufgrund folgender Bestimmungen des Statuts: — Artikel 34 Absatz 2 (Entschädigung bei Entlassung eines Beamten auf Probe), — Artikel 70a (Vergütung für Lehrgänge im Rahmen der beruflichen Fortbildung), — Anhang X (Übernahme der Mietkosten der in Genf oder New York dienstlich verwendeten Beamten durch das Organ), — Artikel 47 Absatz 1 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten (Vergütung bei Kündigung des Vertrages eines Bediensteten auf Zeit).
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Die Mittel sind dazu bestimmt, die Pauschalzulage und die Stundenvergütung für Überstunden der Beamten der Laufbahngruppen C und D und der Hilfskräfte der Gruppen C und D, die nicht durch Freizeit abgegolten werden konnten, zu zahlen.
117	
1175	Diese Mittel sind für alle Dienstleistungen von Personen bestimmt, die nicht bei der Institution beschäftigt sind, darunter insbesondere: — Dienstleistungen des RTT (Régie des téléphones et des télégraphes), — Aushilfspersonal für die Tagungen in Luxemburg und Straßburg, — Interimspersonal für verschiedene Dienstleistungen, einschließlich Übersetzung. Bevor das Organ Verträge für nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs- und Schreibarbeiten über Beträge von mehr als 42 000 ECU verlängert oder abschließt, informiert es sich im Sinne einer Rationalisierung der Ausgaben bei den übrigen Organen über die von ihnen bei ähnlichen Aufträgen erzielten Bedingungen.
118	
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Anhang VII Artikel 7. Diese Mittel dienen der Erstattung der Reisekosten, die den Bediensteten anläßlich ihres Dienstantritts oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst zu zahlen sind. Sie umfassen auch die Mittel für die Reisekosten ihrer Familienmitglieder.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 5 und 6. Diese Mittel sind für Einrichtungs- bzw. Wiedereinrichtungsbeihilfen bestimmt, die zwei Monatsgrundgehälter für Beamte, die Haushaltsvorstand sind, und ein Grundgehalt für die übrigen Beamten betragen.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Anhang VII Artikel 9.

RAT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 8	*(Fortsetzung)*			
1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	319 000	319 000	164 000,—
	Artikel 1 1 8 insgesamt	1 471 000	1 323 000	1 280 997,24
1 1 9	***Mittel für Anpassungen der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	1 176 000	654 000	677 337,20
1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	2 119 000	1 999 000	0,—
	Artikel 1 1 9 insgesamt	3 295 000	2 653 000	677 337,20
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	181 203 000	167 144 000	156 852 374,60
	KAPITEL 1 2			
1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	144 000	141 000	220 141,04
1 2 1 5	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	1 128 000	1 645 000	1 895 607,96
	Artikel 1 2 1 insgesamt	1 272 000	1 786 000	2 115 749,—
1 2 3	***Sicherstellung der Krankheitsfürsorge*** Nichtgetrennte Mittel	44 000	61 000	67 676,—

RAT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
118	*(Fortsetzung)*
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 10. Diese Mittel sind für die Zahlung der Tagegelder von Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die bei Dienstantritt nachweislich ihren Aufenthaltsort ändern mußten.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten zu decken, die auf die Dienstbezüge der Beamten, der Bediensteten auf Zeit und der Hilfskräfte und auf die Überstunden angewendet werden.
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der eventuellen vom Rat während des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge zu decken. Hierbei handelt es sich um vorläufig eingesetzte Mittel, die nur nach Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden können.
121	
1210	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 41 und 50.
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
123	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Diese Mittel sind zur Deckung des Arbeitgeberanteils bei der Krankenversicherung für Vergütungsempfänger bei einstweiligem Ruhestand, Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen und Entlassung bestimmt.

RAT

KAPITEL 12 — KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 13 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN UND MASSNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
129	***Anpassung der verschiedenen Vergütungen***			
1290	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
1291	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	16 000	24 000	
	Artikel 129 insgesamt	16 000	24 000	
	KAPITEL 12 INSGESAMT	1 332 000	1 871 000	2 183 425,—
	KAPITEL 13			
130	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	2 900 000	2 899 000	2 880 999,09
	KAPITEL 13 INSGESAMT	2 900 000	2 899 000	2 880 999,09
	KAPITEL 14			
140	***Restaurants und Kantinen***			
1400	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	390 000	380 000	311 266,19
1401	Ausgaben für den Umbau und die Erneuerung der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	78 000	70 000	88 171,23
	Artikel 140 insgesamt	468 000	450 000	399 437,42
141	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	185 000	170 000	159 773,42
	KAPITEL 14 INSGESAMT	653 000	620 000	559 210,84

RAT

KAPITEL 12 — KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 13 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN UND MASSNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
129	
1290	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65.
1291	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind zur Deckung der Anpassungen der Vergütungen bestimmt, die der Rat gegebenenfalls im Laufe des Haushaltsjahres beschließt. Es handelt sich um vorläufig eingesetzte Mittel, die erst nach Übertragung auf die entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden können.
130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13. Diese Mittel sind für die Bezahlung der Dienstreise- und Fahrkosten des Personals bestimmt.
140	
1401	Der Betrag der wiederzuverwendenden Einnahmen wird auf 500 ECU geschätzt.
141	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für den ärztlichen Behandlungsraum, der Ausgaben für die ärztlichen Untersuchungen und der für die Invaliditätsausschüsse vorzusehenden Ausgaben bestimmt.

RAT

KAPITEL 16 — SOZIALER DIENST

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 16			
160	***Außerordentliche Beihilfen*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	15 000	14 999,99
161	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	120 000	120 000	90 000,—
162	***Sonstige Sozialaufwendungen*** Nichtgetrennte Mittel	59 000	59 000	47 506,97
164	***Zusätzliche Hilfe für Behinderte*** Nichtgetrennte Mittel	91 000	81 000	74 972,85
	KAPITEL 16 INSGESAMT	285 000	275 000	227 479,81
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke*** Nichtgetrennte Mittel	620 000	620 000	749 933,40
	KAPITEL 17 INSGESAMT	620 000	620 000	749 933,40
	KAPITEL 18			
182	***Berufliche Fortbildung des Personals, Sprachkurse, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	900 000	990 000	872 480,87

RAT

KAPITEL 16 — SOZIALER DIENST

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Zuwendungen für Beamte und Bedienstete zu finanzieren, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
161	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bediensteten bestimmt.
162	Diese Mittel sind zur Deckung der sonstigen Sozialaufwendungen bestimmt.
164	Die Mittel dieses Postens sind im Rahmen einer Politik zugunsten Behinderter für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten im aktiven Dienst, — alle im Sinne des Statuts unterhaltsberechtigen Kinder. Aus diesen Mitteln können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland Ausgaben erstattet werden, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund der Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.
	Die unter dieses Kapitel fallenden Tätigkeiten werden zur Rationalisierung der Ausgaben im Rahmen einer interinstitutionellen Zusammenarbeit durchgeführt, die Konsultationen zwischen den Organen beinhaltet und den Ausbau der gemeinsamen Verwaltungsmechanismen erfordert.
182	*Vormals Artikel 112* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Absatz. Diese Mittel sind für die Durchführung von Sprach-, Fortbildungs- und Umschulungskursen auf interinstitutioneller Basis sowie innerhalb des Organs bestimmt. Sie decken ferner den Kauf von didaktischem und technischem Material für die Fortbildung des Personals.

RAT

KAPITEL 1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 8 6	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten***			
1 8 6 3	Kleinkindertagesstätte und sonstige Krippen und Kinderhorte Nichtgetrennte Mittel	1 464 000	1 075 000	1 000 000,—
	Artikel 1 8 6 insgesamt	1 464 000	1 075 000	1 000 000,—
1 8 8	***Ausgaben für Personaleinstellung***			
1 8 8 0	Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung Nichtgetrennte Mittel	500 000	569 000	279 275,13
	Artikel 1 8 8 insgesamt	500 000	569 000	279 275,13
	KAPITEL 1 8 INSGESAMT	2 864 000	2 634 000	2 151 756,—
	Titel 1 insgesamt	**189 998 000**	**176 194 000**	**165 649 629,84**

RAT

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
186	
1863	*Vormals Artikel 163* Diese Mittel sind zur Deckung des Anteils des Rates an den Kosten der Kleinkindertagesstätte und sonstiger Krippen und Kinderhorte bestimmt (an die Kommission zu zahlen).
188	
1880	*Vormals Posten 1180* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III. Diese Mittel sind für die Veranstaltung von Eignungsprüfungen und Auswahlverfahren zur Einstellung von Personal (Anzeigen, Veröffentlichungskosten, Kosten für die Einberufung der Bewerber, Miete von Sälen, Mobiliar und Maschinen, ärztliche Untersuchung bei der Einstellung, soweit sie außerhalb des Hauses durchgeführt wird, usw.) auf interinstitutioneller Basis bestimmt. In Fällen, die durch den Verwaltungsbedarf hinlänglich begründet sind, können diese Mittel nach Absprache mit den übrigen Organen zum Teil für die Veranstaltung von Auswahlverfahren durch das Organ selbst verwendet werden.

RAT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 20				
200	***Mieten***	Nichtgetrennte Mittel	4 150 000	10 847 000	15 699 588,57
201	***Versicherungskosten***	Nichtgetrennte Mittel	160 000	138 000	63 918,42
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung***	Nichtgetrennte Mittel	2 600 000	2 670 000	1 319 836,87
203	***Reinigung und Instandhaltung***	Nichtgetrennte Mittel	6 250 000	6 500 000	4 749 965,16
204	***Herrichtung der Diensträume***	Nichtgetrennte Mittel	1 750 000	1 200 000	498 757,19
205	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude***	Nichtgetrennte Mittel	2 500 000		
208	***Sonstige Ausgaben, die vor dem Bau von Gebäuden oder dem Erwerb von Immobilien anfallen***	Nichtgetrennte Mittel	200 000	500 000	600 000,—
209	***Sonstige Ausgaben für Gebäude***	Nichtgetrennte Mittel	285 000		

RAT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
200	Diese Mittel sind zur Bezahlung der Mieten und Steuern für die vom Rat benutzten Gebäude sowie für die Miete von Sälen, eines Lagers und von Parkplätzen bestimmt: — in Brüssel benutzte Räume, — in Luxemburg benutzte Räume (Kirchberg), — in Genf benutzte Räume, — in New York benutzte Räume, — Miete von Sitzungssälen bei Tagungen und Dienstreisen im Ausland.
201	Diese Mittel sind zur Bezahlung der Versicherungsprämien für die vom Rat benutzten Gebäude bestimmt.
202	Diese Mittel sind zur Deckung der Wasser-, Gas-, Strom- und Heizkosten bestimmt.
203	Diese Mittel sind zur Deckung von Reinigungs- und Unterhaltungskosten bestimmt, und zwar für: — Reinigung der Büros, Werkstätten und Lager (einschließlich Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Jalousien usw.), — Ersetzung von abgenutzten Gardinen, Vorhängen und Teppichen, — Malerarbeiten, — verschiedene Instandhaltungsarbeiten, — Instandsetzung technischer Anlagen, — technisches Material, — Verträge über die Instandhaltung der verschiedenen technischen Anlagen (Klimaanlage, Heizung, Handhabung der Abfälle, Aufzüge). Bevor das Organ Verträge über Beträge von mehr als 42 000 ECU verlängert oder abschließt, informiert es sich im Sinne einer Rationalisierung der Ausgaben bei den übrigen Organen über die von ihnen bei ähnlichen Aufträgen erzielten Bedingungen (Preise, Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln).
204	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für insbesondere folgende Umbauarbeiten bestimmt: — Anpassung der Diensträume an die betrieblichen Erfordernisse, — Anpassung der Arbeitsbedingungen an die geltenden Sicherheits- und Hygieneanforderungen und -normen.
205	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Deckung verschiedener Ausgaben bestimmt, die die Sicherheit der Gebäude, insbesondere den Vertrag mit der Überwachungsfirma betreffen. Bevor das Organ Verträge verlängert oder abschließt, informiert es sich im Sinne einer Rationalisierung der Ausgaben bei den übrigen Organen über die von ihnen bei ähnlichen Aufträgen erzielten Bedingungen.
208	Diese Mittel sind insbesondere für die Hinzuziehung von Sachverständigen bei den Studien über das neue Gebäude für den Rat vorgesehen.
209	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger laufender Ausgaben für Gebäude bestimmt, die nicht speziell in anderen Artikeln dieses Kapitels vorgesehen sind, insbesondere für die technische Unterstützung bei Arbeiten großen Umfangs.

RAT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
209	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 20 INSGESAMT	17 895 000	21 855 000	22 932 066,21
	KAPITEL 22			
220	***Büromaschinen***			
2200	Erstausstattung — Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	48 912,30
2201	Ersatzbeschaffung von Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	20 000	20 000	10 991,83
2202	Miete von Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Reparatur von Büromaschinen Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	19 986,82
	Artikel 220 insgesamt	85 000	85 000	79 890,95
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung — Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	1 100 000	1 050 000	1 601 915,96
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	200 000	250 000	75 610,11
2212	Miete von Mobilar Nichtgetrennte Mittel	5 000	5 000	10 771,45
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	45 000	30 000	28 669,04
	Artikel 221 insgesamt	1 350 000	1 335 000	1 716 966,56

RAT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
209	*(Fortsetzung)* Sie sind auch zur Deckung der Kosten für die Entsorgung der Abfälle, für Beschilderungsmaterial usw. vorgesehen.
220	
2200	Diese Mittel sind insbesondere für den Kauf von Diktiereinheiten, Rechenmaschinen und *„Notebook"* -Maschinen für Dienstreisen bestimmt.
2201	Diese Mittel sind bestimmt zur Ersetzung eines Teils: — der mindestens neun Jahre alten Schreibmaschinen, — der mindestens neun Jahre alten Rechenmaschinen, — der mindestens neun Jahre alten Diktiereinheiten. Der wiederverwendbare Veräußerungserlös wird auf 100 ECU veranschlagt.
2202	Miete verschiedener Rechen- und Schreibmaschinen anläßlich von Dienstreisen ins Ausland oder besonderen Veranstaltungen in Brüssel.
2203	Diese Mittel sind für die Unterhaltung von Schreib- und Rechenmaschinen sowie Diktiergeräten bestimmt.
221	
2210	Diese Mittel sind bestimmt für den Ankauf von Möbeln sowie von Spezialmöbeln. Der wiederverwendbare Erlös aus dem Verkauf abgenutzter Möbel wird auf 200 ECU veranschlagt.
2211	Diese Mittel sind bestimmt für die Ersetzung eines Teils des vor mindestens 15 Jahren erworbenen oder nicht mehr instandsetzbaren Mobiliars. Der wiederverwendbare Veräußerungserlös wird auf 2 000 ECU veranschlagt.
2212	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Miete von Mobiliar bei Dienstreisen und Sitzungen außerhalb der Räumlichkeiten des Rates.
2213	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Instandsetzung und Neupolsterung des Mobiliars.

RAT

KAPITEL 2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 2 2	***Material und technische Anlagen***			
2 2 2 0	Erstausstattung — Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	3 400 000	3 535 000	3 244 512,76
2 2 2 1	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	50 000	350 000	45 781,27
2 2 2 2	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	1 820 000	2 650 000	2 406 488,12
2 2 2 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	3 370 000	2 620 000	2 026 602,81
2 2 2 4	Kosten für Untersuchungen Nichtgetrennte Mittel	3 865 000	3 150 000	3 114 101,64
	Artikel 2 2 2 insgesamt	12 505 000	12 305 000	10 837 486,60
2 2 3	***Fahrzeuge***			
2 2 3 0	Erstausstattung — Fahrzeuge Nichtgetrennte Mittel	p.m.	60 000	25 245,31
2 2 3 1	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	60 000	50 000	46 729,27
2 2 3 2	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	34 847,62
2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	55 000	55 000	53 911,05
	Artikel 2 2 3 insgesamt	155 000	205 000	160 733,25
2 2 5	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2 2 5 0	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	125 000	117 000	99 843,16
2 2 5 2	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	140 000	135 000	115 000,—

RAT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
222	Jedesmal, wenn Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Ankauf oder den Abschluß eines Mietvertrags oder eines Miet-/Kaufvertrags für den Ankauf von Material oder für Dienstleistungen im Informatikbereich bestimmt sind, führt das Organ im Rahmen des bestehenden interinstitutionellen Mechanismus eine Konzertierung mit den übrigen Organen über die von jedem Organ erzielten Bedingungen durch.
2220	Diese Mittel sind bestimmt für die Beschaffung von Material und technischen Anlagen für folgende Dienste: — Vervielfältigung/Verteilung, — Sicherheit, — Telekommunikation, — neue Technologien, — interne Dienste.
2221	Diese Mittel sind für das Ersatzbeschaffungsprogramm für Geräte und technische Anlagen in folgenden Dienststellen bestimmt: — Archive. Der wiederverwendbare Veräußerungserlös wird auf 2 000 ECU veranschlagt.
2222	Diese Mittel sind zur Deckung der Miete folgender Ausrüstungen bestimmt: — Material für neue Technologien, — Fernkopierer (Verbindungen nach Genf, New York, Luxemburg, Straßburg sowie mit anderen Organen und zwischen Gebäuden), Schnellfernkopierer, — gemietetes Material bei Dienstreisen im Ausland (insbesondere Dolmetschkabinen und -ausrüstungen).
2223	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Unterhaltung von Material und technischen Anlagen in den verschiedenen Diensten.
2224	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Untersuchungen und für die Entwicklung und den Erwerb von Anwendersoftware (sowie für die dazugehörige Ausbildung) zur Verwirklichung des Programms „Neue Technologien“ bestimmt.
223	
2231	Diese Mittel sind für die Ersatzbeschaffung von drei Fahrzeugen bestimmt. Der Einnahmebetrag, der wiederverwendet werden kann, wird auf 5 000 ECU geschätzt.
2232	Mittel zur Deckung der Kosten für die Miete von Fahrzeugen für die Fälle, in denen eigene Fahrzeuge des Rates, insbesondere bei Dienstreisen, nicht zur Verfügung stehen.
225	
2250	Diese Mittel sind für die Anschaffung der für die Dienststellen des Rates notwendigen Bücher und Druckwerke bestimmt.
2252	Mittel zur Deckung der Zeitungs- und Zeitschriftenabonnements.

RAT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
225	*(Fortsetzung)*			
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	42 000	40 000	35 136,80
2254	Kosten für Buchbindearbeiten und für Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	15 000	12 000	9 999,99
2255	Abonnements auf Bildschirm-Schnellinformationsdienste Nichtgetrennte Mittel	85 000	12 000	7 461,49
	Artikel 225 insgesamt	407 000	316 000	267 441,44
	KAPITEL 22 INSGESAMT	14 502 000	14 246 000	13 062 518,80
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	3 645 000	3 050 000	2 458 813,81
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	42 000	42 000	42 000,—
2321	Kursdifferenzen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RAT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
225	*(Fortsetzung)*
2253	Mittel zur Deckung der Abonnements und Kosten für Agenturdienste von Presseagenturen über Fernschreiber.
2254	Mittel zur Deckung der Kosten für die zur Erhaltung der Bibliothekswerke und Zeitschriften erforderlichen Buchbindearbeiten u.a.
2255	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung dieser Abonnementskosten.
230	Diese Mittel dienen zur Deckung folgender Schreibwaren- und Materialkosten: — Offsetpapier, — Schreibwaren und Büromaterial (laufender Bedarf), — Material für den Postversand (Briefumschläge, Packpapier, Platten für die Frankiermaschine), — Drucksachen, — Material für die Vervielfältigungsabteilung (Druckerschwärze, Offsetplatten, Matrizen, Filme und Chemikalien für die Herrichtung der Platten), — Material für die Tonbandaufnahmen der Sitzungen und magnetische Spulengestelle für automatische Schreibmaschinen und DV-Anlagen, — Material für den Verteilungs- und Archivdienst, — Material für den Sicherheitsdienst und den Konferenzdienst, — Photokopien (Papier und Grundgebühren), — Papier für Xerographien. Der Betrag der Einnahmen aus dem Verkauf von Büromaterial und Recyclingmaterial, der für eine Wiederverwendung in Betracht kommt, wird auf 20 000 ECU geschätzt.
232	
2320	Mittel zur Deckung der Bankkosten (Provision, Agios, verschiedene Kosten).

RAT

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 3 2	*(Fortsetzung)*			
2 3 2 9	Sonstige Finanzkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 2 3 2 insgesamt	42 000	42 000	42 000,—
2 3 3	***Streitsachen***			
	Nichtgetrennte Mittel	180 000	180 000	86 324,13
2 3 4	***Schadenersatz***			
2 3 4 0	Schadenersatz			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 3 4 1	Entschädigungen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 2 3 4 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten			
	Nichtgetrennte Mittel	75 000	74 000	59 224,86
2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung			
	Nichtgetrennte Mittel	155 000	155 000	133 828,31
2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen			
	Nichtgetrennte Mittel	162 000	180 000	161 970,09
2 3 5 3	Umzug von Dienststellen und Beförderung von Material bei Konferenzen			
	Nichtgetrennte Mittel	120 000	500 000	674 894,28
2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000	49 000	39 947,17
	Artikel 2 3 5 insgesamt	562 000	958 000	1 069 864,71
2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen — Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst***			
	Nichtgetrennte Mittel	40 280 000	49 785 000	32 300 000,—
	KAPITEL 2 3 INSGESAMT	44 709 000	54 015 000	35 957 002,65

RAT

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
2 3 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten bestimmt, die sich aus der Hinzuziehung von Rechtsberatern oder anderen als Berater fungierenden Sachverständigen ergeben können. Sie dienen auch der Deckung der Ausgaben, die dem Rat vom Gerichtshof in Rechnung gestellt werden können.
2 3 5	
2 3 5 0	Diese Mittel decken alle Versicherungskosten, die nicht die Gebäude betreffen (die Gebäudeversicherungskosten sind unter Artikel 2 0 1 verbucht).
2 3 5 1	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Kauf der Dienstkleidung für das Personal des Sitzungsdienstes und des Sicherheitsdienstes, der Arbeitskleidung für das in den technischen Arbeitsräumen und den internen Diensten tätige Personal und für die Instandsetzung und Instandhaltung der Arbeits- und Dienstkleidung.
2 3 5 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Getränke (gelegentlich auch Imbisse) bestimmt, die bei Sitzungen gereicht werden.
2 3 5 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Verlagerung und Transport von Material bei Tagungen des Rates und der Assoziationsräte sowie beim internen Umgang mit diesem Material bestimmt.
2 3 9	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten für Dienstleistungen der Dolmetscher der Kommission für den Rat.

RAT

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten***			
	Nichtgetrennte Mittel	600 000	600 000	498 879,15
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen***			
	Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	2 490 000	2 048 284,11
	KAPITEL 24 INSGESAMT	3 600 000	3 090 000	2 547 163,26
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen***			
2501	Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen			
	Nichtgetrennte Mittel	19 500 000	19 500 000	17 866 000,—
2502	Reise- und Aufenthaltskosten bei Tagungen und Einberufungen des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen			
	Nichtgetrennte Mittel	35 000	35 000	35 000,—
	Artikel 250 insgesamt	19 535 000 (1)	19 535 000	17 901 000,—
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen und Kongressen und für die Teilnahme an diesen***			
	Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	25 993,47
	KAPITEL 25 INSGESAMT	19 565 000	19 565 000	17 926 993,47
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme***			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000	9 000	
	KAPITEL 26 INSGESAMT	50 000	9 000	

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel 10 0 Artikel 2 5 0 eingesetzt.

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
241	Bei der Aufstellung dieser Voranschläge wurden die wiederverwendbaren Beträge berücksichtigt, die sich aus der Rückforderung von Kosten für Ferngespräche und Telegramme ergeben. Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag aus den Rückforderungen wird auf 400 000 ECU geschätzt.
250	
2501	Diese Mittel dienen zur Erstattung der Reisekosten des Vorsitzes und der Delegationen bei Ratstagungen und Sitzungen im Rahmen des Rates.
260	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für spezielle Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen, zu deren Durchführung Verträge mit hochqualifizierten Sachverständigen geschlossen werden. Ferner sollen damit die Kosten für den Kauf bereits durchgeführter Untersuchungen oder von Abonnements bei spezialisierten Forschungsinstituten gedeckt werden.

RAT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

KAPITEL 28 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt***			
	Nichtgetrennte Mittel	12 914 350	10 993 000	5 500 000,—
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen			
	Nichtgetrennte Mittel	600 000	570 000	250 270,62
2719	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen			
	Nichtgetrennte Mittel	155 000	p.m.	0,—
	Artikel 271 insgesamt	755 000	570 000	250 270,62
272	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit, die Verbreitung von Informationen und die Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	105 000	100 000	
273	***Bildung der Jugendlichen im europäischen Geist***			
2733	Teilnahme an Praktika in den Dienststellen des Organs			
	Nichtgetrennte Mittel	68 000	50 000	43 999,88
	Artikel 273 insgesamt	68 000	50 000	43 999,88
	KAPITEL 27 INSGESAMT	13 842 350	11 713 000	5 794 270,50
	KAPITEL 28			
280	***Zuschüsse und Zuwendungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	42 000	40 000	139 901,17
	KAPITEL 28 INSGESAMT	42 000	40 000	139 901,17

RAT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

KAPITEL 28 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
270	Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag der Einnahmen wird auf 300 000 ECU geschätzt.
271	
2710	Die Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Herausgabe von Veröffentlichungen in elf Sprachen gemäß dem Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 über die Einrichtung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19) bestimmt. Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag der Einnahmen wird auf 70 000 ECU geschätzt.
272	Diese Mittel sind zur Finanzierung des audiovisuellen Bereichs (Miete von Material, technische Dienstleistungen für Rundfunk- und Fernsehstationen, Verbreitung von Filmen, Videokassetten und Diapositiven und Ausgaben für Fotografie und Film sowie Audio- und Videoaufnahmen) bestimmt.
273	
2733	Diese Mittel sind für die Teilnahme an Praktika in den Dienststellen des Generalsekretariats des Rates bestimmt.
280	Diese Mittel sind bestimmt für die Beteiligung des Rates an den Ausgaben einiger Vereinigungen, deren Tätigkeiten in engem Zusammenhang mit denjenigen der Gemeinschaftsinstitutionen stehen.

RAT

KAPITEL 29 — VERTRAG ÜBER DAS NEUE GEBÄUDE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 29			
297	***Vertrag zwischen dem Rat und dem belgischen Staat über den Bau des neuen Gebäudes für den Rat und seine Dienststellen in Brüssel***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)	2 900 000	56 909 997,18
	KAPITEL 29 INSGESAMT	p.m.	2 900 000	56 909 997,18
	Titel 2 insgesamt	**114 205 350**	**127 433 000**	**155 269 913,24**

(1) Mittel in Höhe von 750 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

RAT

KAPITEL 29 — VERTRAG ÜBER DAS NEUE GEBÄUDE

Artikel Posten	Erläuterungen

RAT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 10 0	2 750 000	2 900 000	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	2 750 000	2 900 000	0,—
	KAPITEL 10 1	—	—	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**2 750 000**	**2 900 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**306 953 350**	**306 527 000**	**320 919 543,08**

RAT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die Mittel dieses Kapitels haben rein vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie nach dem in der Haushaltsordnung dafür vorgesehenen Verfahren auf andere Kapitel übertragen worden sind. Der Gesamtbetrag der Mittel ist wie folgt aufgegliedert:

1. Artikel	2 5 0	Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen	2 000 000
2. Artikel	2 9 7	Vertrag zwischen dem Rat und dem belgischen Staat über den Bau des neuen Gebäudes für den Rat und seine Dienststellen in Brüssel	750 000
		Insgesamt	2 750 000

EINZELPLAN III

KOMMISSION

KOMMISSION

GESAMTEINNAHMEN

KOMMISSION

Eigene Einnahmen

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 30			
300	***Verfügbarer Überschuß aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr***	p.m.	6 589 000 000	971 143 201,60
301	***Eigenmittelüberschuß aufgrund der Übertragung nach der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie***	p.m.	p.m.	0,—
302	***Voraussichtlicher Überschuß aus dem Haushaltsjahr 1994***			0,—
	KAPITEL 30 INSGESAMT	p.m.	6 589 000 000	971 143 201,60
	Titel 3 insgesamt	**p.m.**	**6 589 000 000**	**971 143 201,60**

KOMMISSION

Eigene Einnahmen

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Erläuterungen
300	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5). Gemäß Artikel 32 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuß oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauffolgenden Haushaltsjahres verbucht. Die ordnungsgemäßen Schätzungen dieser Einnahmen oder Ausgaben werden im Laufe des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt, gegebenenfalls im Wege des Verfahrens des Berichtigungsschreibens nach Artikel 14 der Haushaltsordnung. Sie werden gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 berechnet. Nach Abschluß der Rechnung des Haushaltsjahres wird der Unterschied im Vergleich zu den Schätzungen in den Haushaltsplan des folgenden Haushaltsjahres im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans eingesetzt. Ein Defizit wird in Kapitel B0-3 0 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingesetzt. Der Überschuß aus dem Haushaltsjahr 1994 beläuft sich auf 6 589 Millionen ECU.
301	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 7. Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14), insbesondere Artikel 12.

KOMMISSION

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 40			
400	***Ertrag der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten sowie der Empfänger von Versorgungsbezügen***	195 632 044	177 519 819	157 337 893,22
401	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	101 695 241	92 550 738	81 441 770,94
402	***Ertrag der besonderen Abgabe auf die Nettobeträge der Dienstbezüge, Ruhegehälter und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger***	—	—	– 245,04

KOMMISSION

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen
400	Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 13. Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 1084/92 (ABl. Nr. L 117 vom 1. 5. 1992, S. 1). Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 8), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 3162/94 (ABl. Nr. L 335 vom 23. 12. 1994, S. 5). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 214 vom 6. 8. 1976, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15).
401	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2. Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 509/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1859/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 679/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 1). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 510/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 15), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3832/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften hinsichtlich des Versorgungsbeitrags (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1991, S. 9).
402	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3821/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 1). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1240/70 über die Regelung der Amtsbezüge für die ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 1. Juli 1970 abläuft, der Verordnung Nr. 423/67/EWG, Nr. 6/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder der EWG-Kommission und der EAG-Kommission sowie der Hohen Behörde, die nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt worden sind, und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4). Beschluß 81/1062/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 4. Juni 1973 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 4. Januar 1973 abläuft, und des Beschlusses des Rates vom 14. Oktober 1958 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Gerichtshofes der EGKS (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 11). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3212/87 des Rates vom 20. Oktober 1987 zur Anpassung des Satzes der besonderen Abgaben gemäß Artikel 66a des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 307 vom 29. 10. 1987, S. 1). Gemäß den genannten Akten wird die besondere Abgabe nach dem 30. Juni 1991 nicht mehr erhoben. Etwaige Einnahmen im Zusammenhang mit rückwirkenden Berichtigungen von Dienstbezügen, Ruhegehältern und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst können bei diesem Artikel eingesetzt werden. Die Einsetzung jedes neuen Betrags bei diesem Artikel setzt die Zustimmung aller Gemeinschaftsinstitutionen gemäß den Bedingungen von Artikel 22 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), voraus, wonach jede einzelne Institution für die Einstellung und Verwaltung ihres Personals zuständig ist.

KOMMISSION

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
4 0 3	***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst***	27 169 014	24 889 057	21 861 594,50
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	324 496 299	294 959 614	260 641 013,62
	Titel 4 insgesamt	**324 496 299**	**294 959 614**	**260 641 013,62**

KOMMISSION

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
403	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3831/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften hinsichtlich der Einführung einer befristeten Abgabe (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1991, S. 7). Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 1084/92 des Rates vom 28. April 1992 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission, für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 117 vom 1. 5. 1992, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 5 0			
5 0 0	***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen***	p.m.	p.m.	0,—
5 0 1	***Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen***	p.m.	p.m.	0,—
5 0 2	***Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 1			
5 1 0	***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material***	p.m.	p.m.	0,—
5 1 1	***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und Einnahmen aus Mietnebenkosten***			
5 1 1 0	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden	p.m.	p.m.	0,—
5 1 1 1	Einnahmen aus Mietnebenkosten	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 5 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 51 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
500	Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen, der gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet wird.
501	Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet werden.
502	Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet werden.
511	
5110	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet werden.
5111	Einnahmen aus der Erstattung von Mietnebenkosten, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet werden.

KOMMISSION

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 52			
520	***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs***	50 000 000	50 000 000	47 711 830,75
521	***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen, die an die Kommission abgeführt werden***	73 500	70 000	1 912 904,07
	KAPITEL 52 INSGESAMT	50 073 500	50 070 000	49 624 734,82
	KAPITEL 54			
540	***Verschiedene nicht in Anspruch genommene wiederzuverwendende Einnahmen (Artikel 27 der Haushaltsordnung)***	20 000 000	20 000 000	12 718 937,27
	KAPITEL 54 INSGESAMT	20 000 000	20 000 000	12 718 937,27
	KAPITEL 55			
550	***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal***	15 000 000	15 000 000	4 868 794,81
	KAPITEL 55 INSGESAMT	15 000 000	15 000 000	4 868 794,81
	KAPITEL 56			
560	***Arbeitgeberbeitrag des Gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint undertaking" zur Versorgungsordnung***	1 476 000	1 510 000	1 796 249,71

KOMMISSION

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
520	Die Einnahmen enthalten nicht Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln. Sie beziehen sich lediglich auf die Bankzinsen aus den Sichtkonten der Kommission.
540	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung ist die Wiederverwendung jeweils vor Abschluß des Haushaltsjahres vorzunehmen, das auf das Haushaltsjahr folgt, in dem die Einnahme eingezogen wurde. Die Einnahmen, die wiederverwendet werden können und nicht innerhalb der vorgesehenen Frist verwendet wurden, werden bei diesem Artikel verbucht.
550	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 107 und Artikel 4, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 48 des Anhangs VIII.
560	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 43. Beschluß 78/471/Euratom des Rates vom 30. Mai 1978 zur Errichtung des Gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint undertaking" (ABl. Nr. L 151 vom 7. 6. 1978, S. 10), insbesondere Artikel 8 Ziffer 5 und Artikel 8 Ziffer 7 der Satzung im Anhang.

KOMMISSION

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

KAPITEL 59 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
560	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 56 INSGESAMT	1 476 000	1 510 000	1 796 249,71
	KAPITEL 58			
580	***Verschiedene Vergütungen***	150 000	150 000	48 570,16
	KAPITEL 58 INSGESAMT	150 000	150 000	48 570,16
	KAPITEL 59			
590	***Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***	1 400 000	1 400 000	999 856,23
	KAPITEL 59 INSGESAMT	1 400 000	1 400 000	999 856,23
	Titel 5 insgesamt	**88 099 500**	**88 130 000**	**70 057 143,—**

KOMMISSION

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

KAPITEL 59 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
560	*(Fortsetzung)* Beschluß 91/677/Euratom des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Billigung der Änderung der Satzung des Gemeinsamen Unternehmens Joint European Torus (JET) (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1991, S. 9).
580	Verschiedene Vergütungen, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet werden.

KOMMISSION

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE, VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN SOWIE BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 60			
601	***Kooperationsabkommen im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik***			
6010	Kooperationsabkommen Schweden-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	9 186 679,—
6011	Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	8 620 289,—
	Artikel 601 insgesamt	p.m.	p.m.	17 806 968,—
602	***Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der gemeinschaftlichen Forschungsprogramme***		p.m.	5 863 140,18
603	***Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der gemeinschaftlichen Industrieprogramme***	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE, VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN SOWIE BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
601	
6010	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen Schweden und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere dem Abkommen vom 10. Mai 1976. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans eingesetzt. Diese Einnahmen werden zur Deckung des schwedischen Anteils an dem Gemeinschaftsbeitrag zur Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben aufgrund des Kooperationsabkommens sowie der Ausgaben aufgrund anderer, mit gemeinschaftlichen Forschungseinrichtungen abgeschlossener oder noch abzuschließender Assoziierungsabkommen verwendet.
6011	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere dem Abkommen vom 14. September 1978. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel — je nach Art der zu deckenden Ausgaben — entweder bei Artikel B6-4 5 1 (Gemeinsame Forschungsstelle) oder bei Artikel B6-5 4 1 (Indirekte Aktionen) dieses Einzelplans eingesetzt. Diese Einnahmen werden zur Deckung des Schweizer Anteils an dem Gemeinschaftsbeitrag zur Finanzierung des Gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben aufgrund des Kooperationsabkommens sowie der Ausgaben anderer, mit gemeinschaftlichen Forschungseinrichtungen abgeschlossener oder noch abzuschließender Assoziierungsabkommen verwendet.
602	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und Drittländern, insbesondere mit Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind. Die etwaigen Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Sitzungen, Gutachterverträge und Forschungsverträge im Rahmen der jeweiligen Programme bestimmt. Entsprechend Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel — je nach Art der zu deckenden Ausgaben — entweder bei Artikel B6-4 5 1 (Gemeinsame Forschungsstelle) oder bei Artikel B6-5 4 1 (Indirekte Aktionen) dieses Einzelplans eingesetzt.
603	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und europäischen Drittländern, insbesondere mit den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf die Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind.

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
603	*(Fortsetzung)*			
604	***Kooperationsabkommen mit Einrichtungen in Nichtmitgliedstaaten im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von gemeinschaftlichem Interesse (EUREKA und andere)***	2 000 000	2 000 000	204 269,—
605	***Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung***	200 000	200 000	779 578,98
606	***Einnahmen im Rahmen der Zusatzprogramme im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung***			
6061	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Informationstechnologien	p.m.	p.m.	0,—
6062	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Telekommunikationstechnologien	p.m.	p.m.	0,—
6063	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen zur Förderung der Telematik-Systeme von allgemeinem Interesse	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 606 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
603	*(Fortsetzung)* Soweit diese Beiträge nicht bei Artikel B5-401 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan wiederverwendet werden, werden sie an dieser Stelle verbucht.
604	Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und Einrichtungen in Drittländern im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von gemeinschaftlichem Interesse (EUREKA und andere Projekte) geschlossen worden sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-541 des Ausgabenplans im Rahmen dieses Einzelplans eingestellt.
605	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Die Einnahmen von seiten der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligten Staaten dienen zur Deckung der Ausgaben bei Posten B6-7211 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden die Einnahmen, die die Vorausschätzungen überschreiten, als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-541 eingestellt.
606	
6061	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen auf dem Gebiet der Informationstechnologien beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-541 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingestellt.
6062	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen auf dem Gebiet der Telekommunikationstechnologien beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-541 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingestellt.
6063	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen zur Förderung von Telematik-Systemen von allgemeinem Nutzen beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-541 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingestellt.

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
607	***Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten***			
6071	Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie	p.m.	p.m.	1 264 400,—
6072	Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms zur Förderung der Zusammenarbeit von europäischen Hochschulen und der Mobilität von Studenten und Hochschuldozenten	p.m.	p.m.	3 216 900,—
	Artikel 607 insgesamt	p.m.	p.m.	4 481 300,—
608	***Verschiedene Einnahmen, die für Maßnahmen im Bereich der humanitären Soforthilfe bestimmt sind***	p.m.	p.m.	0,—
609	***Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Gemeinschaft***			
6091	Einnahmen aus der Beteiligung assoziierter mitteleuropäischer Länder an Programmen der Gemeinschaft	p.m.		

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
607	
6071	Beschluß 89/27/EWG des Rates vom 16. Dezember 1988 über die Verabschiedung der zweiten Phase des Programms über Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie (COMETT II) (1990-1994) (ABl. Nr. L 13 vom 17. 1. 1989, S. 28). Beschluß des Rates vom 22. Mai 1989 über die Öffnung des Programms COMETT II für die EFTA-Staaten. Beschluß des Rates vom 27. Juli 1990 über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen des COMETT-II-Programms (1990-1994). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten und Liechtenstein geschlossen worden sind, damit diese sich an den Gemeinschaftsprogrammen zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie beteiligen können.
6072	Beschluß 87/327/EWG des Rates vom 15. Juni 1987 über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1987, S. 20), geändert durch den Beschluß 89/663/EWG (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 23). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation geschlossen wurden, damit diese sich an dem Gemeinschaftsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Hochschulen sowie der Mobilität der Studenten und Hochschuldozenten beteiligen können.
608	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 4. Etwaige Beteiligungen Dritter an Aktionen zur humanitären Soforthilfe. Etwaige Einnahmen werden als zusätzliche Mittel bei Kapitel B7-2 1 des Einnahmenplans des vorliegenden Einzelplans eingestellt.
609	
6091	*Neuer Posten* Europa-Abkommen vom 16. Dezember 1991 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits (ABl. Nr. L 347 vom 31. 12. 1993, S. 2). Europa-Abkommen vom 16. Dezember 1991 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits (ABl. Nr. L 348 vom 31. 12. 1993, S. 2). Europa-Abkommen vom 1. Februar 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits (ABl. Nr. L 357 vom 31. 12. 1994, S. 2). Europa-Abkommen vom 8. März 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits (ABl. Nr. L 358 vom 31. 12. 1994, S. 3). Europa-Abkommen vom 4. Oktober 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 359 vom 31. 12. 1994, S. 2). Europa-Abkommen vom 4. Oktober 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 360 vom 31. 12. 1994, S. 2). Zusatzprotokoll vom 30. Juni 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 40). Zusatzprotokoll vom 13. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 30). Zusatzprotokoll vom 17. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 35).

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
609	*(Fortsetzung)*			
6091	*(Fortsetzung)*			
6092	Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Gemeinschaft	p.m.	p.m.	2 853 164,68
	Artikel 609 insgesamt	p.m.	p.m.	2 853 164,68
	KAPITEL 60 INSGESAMT	2 200 000	2 200 000	31 988 420,84
	KAPITEL 61			
610	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind***			
6100	Teil des Aufkommens der nach Artikel 20 des Vertrages vom 8. April 1965 entrichteten EGKS-Umlagen	5 000 000	5 000 000	5 000 000,—
6101	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 610 insgesamt	5 000 000	5 000 000	5 000 000,—

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
609	*(Fortsetzung)*
6091	*(Fortsetzung)* Zusatzprotokoll vom 20. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 25). Zusatzprotokoll vom 24. August 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 45). Einnahmen aus der Beteiligung von mitteleuropäischen Ländern an verschiedenen Gemeinschaftsprogrammen aufgrund der vorgenannten Assoziierungsabkommen zwischen der Gemeinschaft und diesen Ländern.
6092	*Vormals Artikel 609* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 4. Etwaige Beteiligungen Dritter an Tätigkeiten der Gemeinschaft. Die etwaigen Einnahmen führen zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel bei den betreffenden Kapiteln des Ausgabenplans des vorliegenden Einzelplans.
610	
6100	Beschluß 77/729/EGKS des Rates vom 21. November 1977 zur Anpassung des Teiles der Verwaltungsausgaben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der aus den Umlagen auf die Erzeugung von Kohle und Stahl aufgebracht wird (ABl. Nr. L 306 vom 30. 11. 1977, S. 28). Dieser Beschluß setzt den durch die Umlage zu finanzierenden Teil der EGKS-Verwaltungsausgaben auf 5 Millionen ECU fest.
6101	Erstattung sonstiger Ausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.

KOMMISSION

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 1 1	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt worden sind***			
6 1 1 0	Beiträge der Staaten, die an internationalen Regierungskonferenzen teilgenommen haben	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 2	***Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 3	***Wiedereingezogene Beträge gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 4	***Rückzahlung der für Vorhaben und Aktionen gewährten finanziellen Unterstützungen im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse***			
6 1 4 0	Rückzahlung der für Vorhaben und Aktionen auf dem Gebiet der neuen Energietechnologien gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	450 000	615 000	416 572,17
6 1 4 1	Rückzahlung der für Informatik-Vorhaben gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	p.m.	30 000	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
611	
6110	Erstattung der für Rechnung der Mitgliedstaaten verauslagten Beträge für die Beteiligung dieser Staaten an internationalen Konferenzen oder Veranstaltungen. Die Wiederverwendung dieser Mittel ist in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen.
612	Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
613	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1). Werden Beträge, die bei der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik infolge von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen verloren gingen, wieder eingezogen, so sind sie den Zahlstellen zuzuleiten. Diese bringen die Beträge von den durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanzierten Ausgaben in Abzug. Eine Verbuchung als Einnahme erfolgt daher nur, wenn die wieder eingezogenen Summen höher sind als die Ausgaben.
614	
6140	Verordnung (EWG) Nr. 3056/73 des Rates vom 9. November 1973 über die Unterstützung gemeinschaftlicher Vorhaben im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 312 vom 13. 11. 1973, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 1303/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 727/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Sonnenenergie — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 728/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 1971/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für industrielle Pilot- und für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2125/84 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1984, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 1972/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Nutzung alternativer Energiequellen, der Energieeinsparung und der Substitution von Kohlenwasserstoffen (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 6), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2126/84 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1984, S. 4). Verordnung (EWG) Nr. 3639/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 25).
6141	Verordnung (EWG) Nr. 1996/79 des Rates vom 11. September 1979 über ein System der gemeinschaftlichen Unterstützung für den Bereich der Datenverarbeitung (ABl. Nr. L 231 vom 13. 9. 1979, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
614	*(Fortsetzung)*			
6142	Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	p.m.	p.m.	0,—
6143	Rückzahlung von Subventionen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für die kleinen und mittleren Unternehmen gewährt werden	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 614 insgesamt	450 000	645 000	416 572,17
615	***Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft***			
6150	Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	p.m.	p.m.	1 256 505,29
6151	Rückzahlung im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter, jedoch nicht verwendeter Zuschüsse	p.m.	p.m.	0,—
6152	Rückzahlung nicht verwendeter Zinszuschüsse	p.m.	p.m.	195 331,04
6153	Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden	p.m.	p.m.	572 241,21
6158	Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft	p.m.	p.m.	0,—
6159	Rückzahlung von nicht wiederverwendeten Vorschüssen für Gemeinschaftsbeihilfen	p.m.	p.m.	182 766 630,96
	Artikel 615 insgesamt	p.m.	p.m.	184 790 708,50
616	***Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergie-Organisation verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
614	*(Fortsetzung)*
6142	Einnahmen aus der Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Fall einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden eventuelle Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-5 4 1 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingesetzt.
6143	Beschluß der Kommission vom 21. Dezember 1988 „Lancierung eines Pilotvorhabens Eurotech Capital" (E/1783/88).
615	
6150	Rückzahlung von Zuschüssen aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, deren Wiederverwendung in der Regelung für den betreffenden Fonds nicht vorgesehen ist oder die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden können.
6151	Rückzahlung im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter Zuschüsse, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
6152	Rückzahlung von Zinszuschüssen, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
6153	Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
6158	Rückzahlung sonstiger, nicht in Anspruch genommener Zuschüsse der Gemeinschaft, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
6159	Rückzahlung von Vorschüssen für Gemeinschaftsbeihilfen, die nicht gemäß Artikel 7 Absatz 7 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet wurden.
616	Erstattungen des Anteils der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) an den von der Kommission verauslagten Beträgen für die von der IAEO im Rahmen der Verifizierungsabkommen durchgeführten Kontrollen (siehe Posten B4-2 0 0 0, B4-2 0 2 0 und B4-2 0 2 1 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan), die gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht wiederverwendet werden.

KOMMISSION

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 1 8	***Erstattung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträge***			
6 1 8 0	Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Auftragnehmer oder die Nahrungsmittelhilfeempfänger zuviel gezahlten Beträge	p.m.	p.m.	0,—
6 1 8 1	Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 8 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 9	***Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	5 450 000	5 645 000	190 207 280,67
	KAPITEL 6 2			
6 2 0	***Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b) des Euratom-Vertrags)***	p.m.	p.m.	0,—
6 2 1	***Vergütungen für entgeltliche Dienstleistungen an Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen (Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags)***			
6 2 1 0	Erstattungen bestimmter einzelstaatlicher Stellen für die Inanspruchnahme von Personal	400 000	400 000	515 810,—
	Artikel 6 2 1 insgesamt	400 000	400 000	515 810,—

KOMMISSION

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 62 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
618	
6180	Bestimmungen in den Ausschreibungen oder in den finanziellen Bedingungen im Anhang zu den Schreiben der Kommission zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Begünstigten.
6181	In der Anlage zu den Schreiben der Kommission sind Lieferbedingungen vorgesehen, in denen die Bedingungen für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger festgelegt sind.
619	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), nicht vorgesehen ist.
620	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 6 Buchstabe b). Einnahmen aus der entgeltlichen Lieferung von Rohstoffen und spaltbarem Material an die Mitgliedstaaten zur Durchführung ihrer Forschungsprogramme. Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden diese Einnahmen nicht wiederverwendet.
621	
6210	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von wissenschaftlichem Personal durch die nationalen Organe auf der Grundlage von Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags: — Euratom-Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), — Euratom-Commissariat à l'énergie atomique français (CEA). Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden Mehreinnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 1 1 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt.

KOMMISSION

KAPITEL 62 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
622	***Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen***			
6220	Einnahmen aus dem Betrieb des Reaktors HFR, die zur Rückzahlung der in dem Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	—	—	4 924 033,53
6221	Einnahmen aus dem Betrieb des Reaktors HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	14 743 640,56
6222	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die zur Rückzahlung der in den Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	p.m.	p.m.	8 647 888,26
6223	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	5 281 204,75
6224	Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Gemeinsamen Forschungsstelle hervorgegangen sind	p.m.	p.m.	15 230,40
6225	Verschiedene Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle	p.m.	p.m.	29 645,70

KOMMISSION

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
6 2 2	
6 2 2 0	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Zusammenhang mit den Haushaltsjahren vor 1995. Diese Einnahmen im Zusammenhang mit dem für den Betrieb des HFR eingesetzten Personals werden zur Rückzahlung der bei Artikel B6-1 1 1 des Ausgabenplans de Einzelplans III „Kommission" verbuchten Ausgaben verwendet. Diese Einnahmen wurden zu je 50 % von Deutschland und den Niederlanden abgeführt.
6 2 2 1	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle. Von Dritten (insbesondere von Deutschland und den Niederlanden) abgeführte Beträge, die zur Deckung von verschiedener Art, die der Gemeinsamen Forschungsstelle für den Betrieb des HFR entstehen, bestimmt sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln B6-1 1 1, B6-1 2 1 und B6-4 4 2 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" bzw. bei jedem Artikel, der für ein weiteres HFR-Programm eingerichtet wird, eingestellt werden. *Abschluß früherer Programme* Die Einnahmen werden zu je 50 % auf Deutschland und die Niederlande umgelegt.
6 2 2 2	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Diese Mittel sind auch für Rückzahlungen im Zusammenhang mit dem Vorschußfonds des Gemeinsamen Programms 1988-1991 bestimmt.
6 2 2 3	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Gemäß Artikel 46 Absatz 1 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit Dritten anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln B6-1 1 1, B6-1 2 1 und B6-4 3 1 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan (Dienstleistungen für Rechnung Dritter) eingesetzt werden. So werden insbesondere die Einnahmen aus der Verbreitung und Neuzertifizierung von Proben (ZRM) im Rahmen der Tätigkeit der Referenzbüros der Gemeinschaft (BCR) als spezifische zusätzliche Mittel bei den Artikeln B6-1 2 1 und B6-4 3 1 eingesetzt, wo sie zur Deckung von Ausgaben für technische Infrastrukturen, für den laufenden Dienstbetrieb sowie für einschlägige Investitionen verwendet werden.
6 2 2 4	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).
6 2 2 5	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 4 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich.

KOMMISSION

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
6 2 2	*(Fortsetzung)*			
6 2 2 5	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 6 2 2 insgesamt	p.m.	p.m.	33 641 643,20
6 2 3	***Einnahmen aus den von der Generaldirektion Wissenschaft, Forschung und Entwicklung für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen***	p.m.	p.m.	680 273,32
6 2 4	***Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der gemeinschaftlichen Forschung stammen (indirekte Aktionen)***	20 000	20 000	0,—
	KAPITEL 6 2 INSGESAMT	420 000	420 000	34 837 726,52
	KAPITEL 6 3			
6 3 0	***Beiträge der EFTA-Staaten im Rahmen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)***	p.m.	p.m.	90 665 277,—
	KAPITEL 6 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	90 665 277,—
	Titel 6 insgesamt	**8 070 000**	**8 265 000**	**347 698 705,03**

KOMMISSION

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS

Artikel Posten	Erläuterungen
6 2 2	*(Fortsetzung)*
6 2 2 5	*(Fortsetzung)* Beiträge, Schenkungen oder Vermächtnisse Dritter zugunsten verschiedener Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle.
6 2 3	Einnahmen aus den Verträgen über die für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel — je nach Art der zu deckenden Ausgaben — entweder bei Artikel B6-4 5 1 (Gemeinsame Forschungsstelle) oder bei Artikel B6-5 4 1 (Indirekte Aktionen) dieses Einzelplans eingesetzt.
6 2 4	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).
6 3 0	Abkommen über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (ABl. Nr. L 1 vom 3. 1. 1994, S. 3). Bei diesem Artikel werden die finanziellen Beiträge eingesetzt, die die EFTA-Staaten im Rahmen ihrer Beteiligung an bestimmten Gemeinschaftsmaßnahmen gemäß Artikel 82 sowie den Protokollen Nr. 31 und 32 des Abkommens leisten. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen finanziellen Beteiligung, so wie er sich aus der Zusammenfassung in Anlage III der Ausgabenübersicht des vorliegenden Einzelplans ergibt, beläuft sich auf 45 831 159 ECU (Verpflichtungen) bzw. 27 977 875 ECU (Zahlungen). Die Beiträge der EFTA-Staaten werden der Kommission nach Maßgabe der Bestimmungen der Artikel 1 bis 3 des Protokolls Nr. 32 zum Abkommen zur Verfügung gestellt. Aufgrund der bei diesem Artikel eingesetzten Beiträge, bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt werden.

KOMMISSION

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 70 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 71 — GELDBUSSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 70			
700	***Verzugszinsen***			
7000	Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten	p.m.	p.m.	4 692 260,95
7001	Sonstige Verzugszinsen	p.m.	p.m.	7 211 216,25
	Artikel 700 insgesamt	p.m.	p.m.	11 903 477,20
	KAPITEL 70 INSGESAMT	p.m.	p.m.	11 903 477,20
	KAPITEL 71			
710	***Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen***	p.m.	p.m.	23 464 195,97

KOMMISSION

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 70 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 71 — GELDBUSSEN

Artikel Posten	Erläuterungen
700	
7000	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 33 Absatz 4. Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5), insbesondere Artikel 11.
7001	Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962, erste Verordnung zur Anwendung der Artikel 85 und 86 des Vertrags (ABl. Nr. 13 vom 21. 2. 1962, S. 204/62), geändert und ergänzt durch die Verordnungen: — Nr. 59 (ABl. Nr. 58 vom 10. 7. 1962, S. 1655/62), — Nr. 118/63/EWG (ABl. Nr. 162 vom 7. 11. 1963, S. 2696/63), — (EWG) Nr. 2822/71 (ABl. Nr. L 285 vom 29. 12. 1971, S. 49). Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 49. Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11), insbesondere Artikel 24. Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1; Berichtigung: ABl. Nr. L 257 vom 21. 9. 1990, S. 13), insbesondere die Artikel 14 und 15. Verordnung (EWG) Nr. 1865/90 der Kommission vom 2. Juli 1990 über die Zahlung von Verzugszinsen bei verspäteter Rückzahlung von Strukturfondszuschüssen (ABl. Nr. L 170 vom 3. 7. 1990, S. 35).
710	Verordnung Nr. 11 des Rates vom 27. Juni 1960 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 52 vom 16. 8. 1960, S. 1121/60), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 (ABl. Nr. 335 vom 22. 12. 1984, S. 4), insbesondere die Artikel 17 und 18. Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962 — Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages (ABl. Nr. 13 vom 21. 2. 1962, S. 204/62), geändert und ergänzt durch die Verordnungen: — Nr. 59 (ABl. Nr. 58 vom 10. 7. 1962, S. 1655/62), — Nr. 118/63/EWG (ABl. Nr. 162 vom 7. 11. 1963, S. 2696/63),

KOMMISSION

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
7 1 0	*(Fortsetzung)*			
7 1 1	***Einziehung der Geldbußen zur Ahndung von Betrügereien und Unregelmäßigkeiten, die sich gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft richten***	p.m.		
	KAPITEL 7 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	23 464 195,97
	Titel 7 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**35 367 673,17**

KOMMISSION

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
7 1 0	*(Fortsetzung)* — (EWG) Nr. 2822/71 (ABl. Nr. L 285 vom 29. 12. 1971, S. 49), insbesondere die Artikel 15 und 16. Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 175 vom 23. 7. 1968, S. 1), insbesondere die Artikel 22 und 23. Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1; Berichtigung: ABl. Nr. L 257 vom 21. 9. 1990, S. 13), insbesondere die Artikel 14 und 15.
7 1 1	*Neuer Artikel* Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24). Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1). Von der Kommission am 4. April 1995 vorgelegter Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Annahme eines Aktionsprogramms für das gemeinschaftliche Zollwesen *(Zoll 2000)* (ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 4), geändert am 6. Oktober 1995 (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 32).

KOMMISSION

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL 81 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 80			
800	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen***	p.m.	p.m.	0,—
801	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Euratom-Anleihen***	p.m.	p.m.	0,—
802	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleihen zur Förderung der Investitionen in der Gemeinschaft (Neues Gemeinschaftsinstrument)***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 80 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 81			
810	***Rückfluß und Zinsertrag von im Rahmen von Finanzprotokollen gewährten Sonderdarlehen und von haftendem Kapital***	17 408 000	16 627 000	15 246 440,27
811	***Rückfluß und Zinsertrag im Rahmen der von der Kommission zur Verbesserung der Wohnbedingungen der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen***	40 000	40 000	55 334,21

KOMMISSION

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
8 0 0	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 0 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 0, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Teil B von Anlage II der Ausgabenansätze gibt eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 0 1	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 0 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 1, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II der Ausgabenansätze sind sämtliche Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 0 2	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 0 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel gilt der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 2, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II der Ausgabenansätze sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 1 0	Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen aus den Sonderdarlehen und haftendem Kapital, die aus den Mitteln des Kapitels B7-4 0 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan Ländern gewährt wurden, für die in den Finanzprotokollen im Anhang zu den geschlossenen Abkommen die Gewährung derartiger Darlehen und Risikokapitale durch die Gemeinschaft vorgesehen ist. Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen und haftendem Kapital, die noch im vergangenen Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für die Sonderdarlehen und das Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; erstere sind halbjährlich, die zweiten in der Regel jährlich zahlbar.
8 1 1	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der aus einem Teil der Mittel des Postens B3-4 1 1 0 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan zugunsten der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen.

KOMMISSION

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 1 2	***Rückfluß und Zinsertrag im Rahmen der den Beamten der Organe durch die Kommission gewährten Baudarlehen***	40 000	50 000	47 120,62
8 1 3	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der Darlehen und des haftenden Kapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „EC Investment Partners" in den lateinamerikanischen und asiatischen Entwicklungsländern sowie den südlichen Mittelmeerländern gewährt***	p.m.	p.m.	105 380,99
8 1 4	***Rückzahlung und Zinserträge aus den Darlehen, die den von der Golfkrise am unmittelbarsten betroffenen Ländern gewährt werden***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 1 INSGESAMT	17 488 000	16 717 000	15 454 276,09
	KAPITEL 8 2			
8 2 0	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihen zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Ungarns***			
8 2 0 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die ersten beiden Tranchen der Gemeinschaftsanleihen zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Ungarns	p.m.	p.m.	0,—
8 2 0 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer zusätzlichen mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Ungarns	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 1	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die ehemalige Sowjetunion und ihre Republiken***	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
8 1 2	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der den Beamten gewährten Baudarlehen.
8 1 3	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterung zu Artikel B7-5 0 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung der Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen aus den Darlehen und dem haftenden Kapital, die aus den Mitteln des Artikels B7-5 0 0 im Rahmen der Aktion „EC Investment Partners" gewährt werden.
8 1 4	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B7-7 0 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.
8 2 0	
8 2 0 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 0 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II des Ausgabenplans sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 2 0 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 0 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II des Ausgabenplans sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 2 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 2	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik***			
8 2 2 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten der Tschechischen Republik	p.m.	p.m.	0,—
8 2 2 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten der Slowakischen Republik	p.m.	p.m.	0,—
8 2 2 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten der Slowakischen Republik	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 2 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 3	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Bulgariens***			
8 2 3 0	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Bulgariens	p.m.	p.m.	0,—
8 2 3 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer weiteren mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Bulgariens	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 3 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 2	
8 2 2 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 2 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 2 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 2 2 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 2 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 2 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 2 2 2	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 2 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 2 2, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 3	
8 2 3 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 3 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 2 3 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 3 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung von 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 4	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien***			
8 2 4 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
8 2 4 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Rumäniens	p.m.	p.m.	0,—
8 2 4 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine dritte Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer weiteren Finanzhilfe zugunsten Rumäniens	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 4 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 5	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die baltischen Staaten***			
8 2 5 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Estland	p.m.	p.m.	0,—
8 2 5 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Lettland	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 4	
8 2 4 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 4 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 4 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 4 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 4 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 4 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung von 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 4 2	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 4 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 4 2, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 5	
8 2 5 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 5 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 5 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 5 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 5 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 5 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 5	*(Fortsetzung)*			
8 2 5 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Litauen	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 2 5 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 6	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Euratom-Darlehen, mit denen die Steigerung der Effizienz und der Sicherheit der Kernkraftwerke in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der GUS finanziert werden soll***	p.m.	p.m.	0,—
8 2 7	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer Finanzhilfe für Israel***	p.m.	p.m.	0,—
8 2 8	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Gemeinschaftsanleihen zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Algerien***			
8 2 8 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Algerien	p.m.	p.m.	0,—
8 2 8 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer zusätzlichen Finanzhilfe für Algerien	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 5	*(Fortsetzung)*
8 2 5 2	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 5 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 5 2, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 6	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 6 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 6, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 2 7	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 7 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 7, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 2 8	
8 2 8 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 8 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 8 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 8 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 8 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 8 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 8	*(Fortsetzung)*			
8 2 8 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 8 2 8 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 2 9	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Anleihen der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für die GUS-Republiken***			
8 2 9 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer Finanzhilfe für die Republik Moldau	p.m.	p.m.	0,—
8 2 9 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer Finanzhilfe für die Ukraine	p.m.	p.m.	
8 2 9 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer Finanzhilfe für Weißrußland	p.m.	p.m.	
8 2 9 3	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer ergänzenden Finanzhilfe für die Republik Moldau	p.m.		
8 2 9 4	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer ergänzenden Finanzhilfe für die Ukraine	p.m.		

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 8	*(Fortsetzung)*
8 2 8 1	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 9	
8 2 9 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 9 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B gibt eine Zusammenfassung über die Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
8 2 9 1	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 9 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 9 2	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 9 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 2 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 9 3	*Neuer Posten* Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 9 3 des Ausgabenplans dieses Einzelplans Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 3 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 2 9 4	*Neuer Posten* Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 9 4 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 9 4 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Abstat 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 2 9	*(Fortsetzung)*			
8 2 9 4	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 8 2 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 3			
8 3 0	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank zugunsten von Ländern des Mittelmeerraums***	p.m.	p.m.	0,—
8 3 1	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank in den Drittländern Mittel- und Osteuropas***	p.m.	p.m.	0,—
8 3 2	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank in anderen Drittländern***	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
8 2 9	*(Fortsetzung)*
8 2 9 4	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8 3 0	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 2 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung eventueller Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 0 sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 3 1	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 2 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 3 2	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 2 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 2, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.

KOMMISSION

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 4 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DEM GARANTIEFONDS

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 3 3	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleihen der Gemeinschaft und bereitgestellte Mittel zur Gewährleistung der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln in die ehemalige Sowjetunion***			
8 3 3 0	Garantie der Gemeinschaft zur Gewährleistung der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln in die ehemalige Sowjetunion	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 8 3 3 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
8 3 4	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank zugunsten Südafrikas***	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 8 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 4			
8 4 1	***Rückzahlung der Überschüsse des Gemeinschaftsfonds***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 8 5			
8 5 0	***Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden***	p.m.	p.m.	

KOMMISSION

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 8 4 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DEM GARANTIEFONDS

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
8 3 3	
8 3 3 0	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 2 3 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 3, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 3 4	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 2 4 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung eventueller Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 2 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8 4 1	Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1). Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 7). Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14). Dieser Artikel dient zur Verbuchung — gemäß Artikel 14 des Beschlusses 94/729/EG und Artikel 3 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94, — der nach Erreichen des Zielbetrags des Garantiefonds eventuell anfallenden Überschüsse.
8 5 0	Beschluß 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. Nr. L 173 vom 7. 7. 1994, S. 12).

KOMMISSION

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
8 5 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 8 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	
	Titel 8 insgesamt	**17 488 000**	**16 717 000**	**15 454 276,09**

KOMMISSION

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 5 0	*(Fortsetzung)* Dieser Artikel dient der Verbuchung von Dividenden, die der Europäische Investitionsfonds gegebenenfalls für diese Gemeinschaftsbeteiligung ausschüttet.

KOMMISSION

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 9 0			
9 0 0	***Sonstige Einnahmen***	3 000 000	3 000 000	3 125 163,52
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	3 000 000	3 000 000	3 125 163,52
	Titel 9 insgesamt	**3 000 000**	**3 000 000**	**3 125 163,52**
	GESAMTBETRAG	**441 153 799**	**7 000 071 614**	**1 703 487 176,03**

KOMMISSION

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 90 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
900	Einnahmen im Rahmen der Tätigkeit der Dienststellen.

KOMMISSION

GESAMTAUSGABEN

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Teil A

Titel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1	AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS	1 734 465 000	1 617 843 000	1 465 732 853,57
A-2	GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN	346 098 000	336 951 000	391 588 069,73
A-3	AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN	243 558 349	234 304 356	209 096 568,87
A-4	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT, INTERINSTITUTIONELLE DIENSTLEISTUNGEN UNT TÄTIGKEITEN	62 092 000	54 793 000	62 591 065,39
A-5	DATENVERARBEITUNG	93 832 000	93 865 000	92 083 653,06
A-6	AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN	179 712 000	191 149 000	181 823 351,81
A-10	SONSTIGE AUSGABEN	36 978 000	58 707 000	0,—
	Teil A insgesamt	**2 696 735 349**	**2 587 612 356**	**2 402 915 562,43**

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Teil B

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B1	**EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE**						
B1-1	PFLANZLICHE ERZEUGNISSE	26 437 000 000	26 437 000 000	22 854 000 000	22 854 000 000	21 852 799 371,64	21 852 799 371,64
B1-2	TIERISCHE ERZEUGNISSE	11 536 500 000	11 536 500 000	11 446 000 000	11 446 000 000	9 803 938 250,37	9 803 938 250,37
B1-3	NEBENAUSGABEN	511 000 000	511 000 000	499 500 000	499 500 000	793 564 089,12	793 564 089,12
B1-4	EINKOMMENSBEIHILFEN	20 000 000	20 000 000	45 000 000	45 000 000	30 000 000,—	30 000 000,—
B1-5	FLANKIERENDE MASSNAHMEN	2 254 000 000	2 254 000 000	2 044 000 000	2 041 000 000	490 119 312,30	490 119 312,30
B1-6	WÄHRUNGSRESERVE	500 000 000	500 000 000	500 000 000	500 000 000	0,—	0,—
	Teileinzelplan B1 insgesamt	**41 258 500 000**	**41 258 500 000**	**37 388 500 000**	**37 385 500 000**	**32 970 421 023,43**	**32 970 421 023,43**
B2	**STRUKTURMASSNAHMEN, STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN, FINANZMECHANISMUS, SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE UND REGIONALE MASSNAHMEN, VERKEHR UND FISCHEREI**						
B2-1	STRUKTURFONDS	26 516 800 000	23 677 750 000	24 068 250 000	21 200 800 000	19 468 484 880,—	14 795 324 587,—
B2-2	SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN	p.m.	49 200 000	p.m.	40 000 000	0,—	55 728 732,—
B2-3	KOHÄSIONSFONDS	2 444 000 000	1 919 300 000	2 151 700 000	1 749 700 000	1 853 083 739,—	915 992 723,—
B2-4	STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN	108 000 000	108 000 000	p.m.	p.m.		
B2-5	SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN	149 800 000	138 300 000	214 700 000	151 950 000	192 100 320,—	126 316 837,—
B2-6	SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN	36 800 000	54 700 000	51 800 000	55 500 000	30 309 537,—	34 742 782,—
B2-7	VERKEHR	41 000 000	30 582 000	24 500 000	18 200 000	15 988 538,—	11 011 701,—
B2-9	SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER FISCHEREI UND DER SEEPOLITIK	35 500 000	27 800 000	28 100 000	23 030 000	25 636 050,—	26 631 826,—
	Teileinzelplan B2 insgesamt	**29 331 900 000**	**26 005 632 000**	**26 539 050 000**	**23 239 180 000**	**21 585 603 064,—**	**15 965 749 188,—**

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3	**ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, JUGEND, KULTUR, AUDIOVISUELLER BEREICH, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN**						
B3-1	ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGEND	396 825 000	417 944 000	214 710 000	182 601 000	286 654 337,—	274 285 533,—
B3-2	KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH	119 400 000	115 251 000	133 780 000	133 425 000	157 116 073,13	113 240 362,55
B3-3	INFORMATION UND KOMMUNIKATION	78 000 000	77 000 000	67 300 000	47 950 000	47 599 881,78	37 617 121,19
B3-4	SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN	183 460 000	172 660 000	176 373 000	148 138 000	154 090 869,—	123 590 573,—
	Teileinzelplan B3 insgesamt	**777 685 000**	**782 855 000**	**592 163 000**	**512 114 000**	**645 461 160,91**	**548 733 589,74**
B4	**ENERGIE, EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND UMWELT**						
B4-1	ENERGIE	62 000 000	54 600 000	63 000 000	56 450 000	32 825 535,84	36 256 078,62
B4-2	EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG	19 070 000	17 420 000	19 200 000	19 750 000	13 571 582,81	10 456 352,77
B4-3	UMWELT	131 900 000	119 000 000	142 188 000	117 869 000	139 365 172,13	79 715 008,52
	Teileinzelplan B4 insgesamt	**212 970 000**	**191 020 000**	**224 388 000**	**194 069 000**	**185 762 290,78**	**126 427 439,91**
B5	**VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TRANSEUROPÄISCHE NETZE**						
B5-1	VERBRAUCHERSCHUTZ	12 550 000	11 750 000	16 150 000	15 710 000	15 088 983,—	13 979 175,69
B5-2	HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU	4 775 000	4 775 000	6 775 000	6 775 000	9 597 444,16	9 566 604,23
B5-3	BINNENMARKT	216 930 000	206 460 000	167 280 000	152 995 000	195 472 942,—	164 299 136,—
B5-4	INDUSTRIE	113 650 000	100 942 000	120 300 000	82 682 000	40 208 697,—	30 830 350,—
B5-5	INFORMATIONSMARKT	p.m.	5 800 000	13 930 000	14 050 000	14 227 076,—	12 606 469,—
B5-6	STATISTISCHE INFORMATIONEN	35 900 000	32 550 000	37 000 000	32 700 000	39 705 134,—	30 555 623,—
B5-7	TRANSEUROPÄISCHE NETZE	324 000 000	220 500 000	356 000 000	241 500 000	291 908 939,—	179 326 382,—
B5-8	ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES	3 750 000	6 350 000	2 700 000	1 600 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-9	BETRUGSBEKÄMPFUNG	4 175 000	4 025 000	p.m.	p.m.	637 038,—	209 891,—
	Teileinzelplan B5 insgesamt	**715 730 000**	**593 152 000**	**720 135 000**	**548 012 000**	**606 846 253,16**	**441 373 630,92**
B6	**FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG**						
B6-1	GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL	196 091 000	199 750 000	194 066 000	191 413 000	217 536 616,29	198 901 618,—
B6-2	GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998	30 141 000	28 394 000	32 332 000	10 083 000		
B6-3	GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EAG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998	9 706 000	9 562 000	9 993 000	2 597 000		
B6-4	GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE AKTIONEN — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN UND ERGÄNZENDEN PROGRAMME UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GFS	p.m.	10 778 000	p.m.	35 070 000	80 972 517,22	69 665 556,—
B6-5	INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — ABSCHLUSS FRÜHERER AKTIONEN UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN	p.m.	832 770 000	2 150 000	1 680 837 000	2 556 098 569,43	895 520 922,30
B6-7	INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998	2 680 162 000	1 764 310 000	2 409 266 000	738 369 000		
B6-8	INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EURATOM-RAHMENPROGRAMM 1994-1998	267 000 000	251 000 000	343 839 000	160 798 000		
B6-9	INDIREKTE AKTIONEN (AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) — BETRUGSBEKÄMPFUNG UND GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG	50 000	40 000	50 000	50 000	0,—	0,—
	Teileinzelplan B6 insgesamt	**3 183 150 000**	**3 096 604 000**	**2 991 696 000**	**2 819 217 000**	**2 854 607 702,94**	**1 164 088 096,30**

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7	**AUSSENPOLITISCHE MASSNAHMEN**						
B7-1	EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
B7-2	NAHRUNGSMITTELHILFE UND HUMANITÄRE HILFE	910 400 000	744 500 000	917 900 000	814 000 000	1 158 222 379,17	972 761 368,37
B7-3	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN, LATEINAMERIKA UND IM SÜDLICHEN AFRIKA, EINSCHLIESSLICH SÜDAFRIKA	819 500 000	477 000 000	780 500 000	438 000 000	571 340 678,70	373 381 412,89
B7-4	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM UND IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN	666 000 000	517 503 000	533 900 000	442 948 000	421 645 764,23	304 828 336,28
B7-5	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION	1 840 900 000	1 656 500 000	1 685 360 000	1 339 770 000	1 478 441 549,—	1 067 466 999,78
B7-6	GEMEINSCHAFTSHILFE ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN	398 083 000	306 233 000	357 833 000	268 633 000	323 485 927,—	198 500 719,25
B7-7	EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE	90 750 000	80 200 000	75 960 000	64 440 000	59 386 593,69	27 497 296,25
B7-8	EXTERNE ASPEKTE BESTIMMTER POLITIKEN DER GEMEINSCHAFT	376 950 000	358 500 000	337 570 000	327 160 000	336 619 310,20	187 781 503,33
B7-9	RESERVE	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	Teileinzelplan B7 insgesamt	**5 428 583 000**	**4 466 436 000**	**5 012 023 000**	**4 017 951 000**	**4 349 142 201,99**	**3 132 217 636,15**
B8	**GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**						
B8-0	GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK	32 000 000	46 250 000	11 500 000	31 500 000	20 000 000,—	24 145 343,51
	Teileinzelplan B8 insgesamt	**32 000 000**	**46 250 000**	**11 500 000**	**31 500 000**	**20 000 000,—**	**24 145 343,51**
B0	**GARANTIEN, RESERVEN**						
B0-2	GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	307 900 317,—	307 900 317,—

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-3	AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-4	RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN	429 320 000	292 370 000	494 950 000	819 650 000	0,—	0,—
B0-5	AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN	701 000 000	701 000 000	1 547 000 000	1 547 000 000		
	Teileinzelplan B0 insgesamt	**1 456 320 000**	**1 319 370 000**	**2 364 950 000**	**2 689 650 000**	**307 900 317,—**	**307 900 317,—**
	Teil B insgesamt	**82 396 838 000**	**77 759 819 000**	**75 844 405 000**	**71 437 193 000**	**63 525 744 014,21**	**54 681 056 264,96**
	Teil A insgesamt	**2 696 735 349**	**2 696 735 349**	**2 587 612 356**	**2 587 612 356**	**2 402 915 562,43**	**2 402 915 562,43**
	GESAMTBETRAG	**85 093 573 349**	**80 456 554 349**	**78 432 017 356**	**74 024 805 356**	**65 928 659 576,64**	**57 083 971 827,39**

KOMMISSION

TEIL A

VERWALTUNGSMITTEL

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
A-1 0	MITGLIEDER DES ORGANS	11 277 000	12 999 000	9 155 281,39
A-1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	1 248 869 000	1 172 298 000	1 057 752 665,61
A-1 2	VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	11 122 000	16 155 000	15 101 962,08
A-1 3	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	37 686 000	35 458 000	34 802 500,—
A-1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	4 642 000	4 118 000	3 826 452,53
A-1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	23 290 000	25 959 000	24 399 000,—
A-1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	1 064 000	1 064 000	801 350,—
A-1 9	VERSORGUNGSBEZÜGE UND ABGANGSGELDER	396 515 000	349 792 000	319 893 641,96
	Titel A-1 insgesamt	**1 734 465 000**	**1 617 843 000**	**1 465 732 853,57**
A-2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
A-2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	214 864 000	204 312 000	252 427 953,55
A-2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	14 428 000	13 842 000	12 675 462,11
A-2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	29 770 000	30 621 000	36 980 641,10
A-2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS	40 316 000	41 725 000	35 972 500,—
A-2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	38 220 000	35 291 000	38 923 795,15
A-2 6	UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	8 500 000	11 160 000	14 607 717,82
	Titel A-2 insgesamt	**346 098 000**	**336 951 000**	**391 588 069,73**
A-3	**AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
A-3 0	ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT	33 390 000	27 366 000	21 393 387,13
A-3 2	JUGEND UND BILDUNG	91 901 349	88 835 356	91 839 000,—
A-3 4	VERÖFFENTLICHUNGEN	108 007 000	108 388 000	87 309 401,21
A-3 5	KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE	10 260 000	9 715 000	8 554 780,53
	Titel A-3 insgesamt	**243 558 349**	**234 304 356**	**209 096 568,87**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-4	**INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT, INTERINSTITUTIONELLE DIENSTLEISTUNGEN UNT TÄTIGKEITEN**			
A-4 0	MITTELBEWIRTSCHAFTUNG	47 837 000	42 052 000	47 267 129,60
A-4 1	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALEN BEREICH	3 158 000	3 057 000	3 951 122,79
A-4 2	INFRASTRUKTUR- UND VERWALTUNGSAUSGABEN ZU INTERINSTITUTIONELLEN ZWECKEN	11 097 000	9 684 000	11 372 813,—
A-4 5	BESONDERE RESERVE FÜR DIE INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	p.m.		
	Titel A-4 insgesamt	**62 092 000**	**54 793 000**	**62 591 065,39**
A-5	**DATENVERARBEITUNG**			
A-5 0	DATENVERARBEITUNG	93 832 000	93 865 000	92 083 653,06
	Titel A-5 insgesamt	**93 832 000**	**93 865 000**	**92 083 653,06**
A-6	**AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN**			
A-6 0	AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN	179 712 000	191 149 000	181 823 351,81
A-6 5	ALLGEMEINE RÜCKSTELLUNGEN FÜR DIE DELEGATIONEN	p.m.		
	Titel A-6 insgesamt	**179 712 000**	**191 149 000**	**181 823 351,81**
A-10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
A-10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	36 978 000	49 507 000	0,—
A-10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	9 200 000	0,—
A-10 2	RÜCKLAGEN ZUR DECKUNG EVENTUELLER FEHLBETRÄGE IN LANDESWÄHRUNG AUFGRUND EINER DIFFERENZ ZWISCHEN DEM BEI DER AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSPLANS BENUTZTEN UMRECHNUNGSSATZ DES ECU UND DEN BEI DER AUSFÜHRUNG VERWENDETEN UMRECHNUNGSSÄTZEN FÜR DIE LANDESWÄHRUNGEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel A-10 insgesamt	**36 978 000**	**58 707 000**	**0,—**
	Teil A insgesamt	**2 696 735 349**	**2 587 612 356**	**2 402 915 562,43**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 0			
A-1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
A-1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	3 737 000	3 774 000	3 105 213,30
A-1 0 0 1	Residenzzulagen Nichtgetrennte Mittel	560 000	566 000	465 781,45
A-1 0 0 2	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	295 000	294 000	245 481,23
A-1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	168 000	169 000	143 363,62
	Artikel A-1 0 0 insgesamt	4 760 000	4 803 000	3 959 839,60
A-1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	303 000	330 000	204 535,11
A-1 0 2	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	1 132 000	1 556 000	798 413,31

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 0 0	
A-1 0 0 0	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 2. Veranschlagt sind die Grundgehälter der Mitglieder der Kommission.
A-1 0 0 1	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 4. Veranschlagt ist die Residenzzulage der Mitglieder der Kommission.
A-1 0 0 2	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 3. Veranschlagt sind die Familienzulagen, und zwar: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage der Mitglieder der Kommission.
A-1 0 0 3	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 4. Veranschlagt ist die Aufwandsentschädigung der Mitglieder der Kommission.
A-1 0 1	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 11 und 14. Veranschlagt sind: — der Arbeitgeberbeitrag zur Unfallversicherung und zur Versicherung gegen Berufskrankheiten, — der Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung, — die Geburtenzulage, — beim Tode eines Mitglieds der Kommission: — die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats, — die Kosten für die Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.
A-1 0 2	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 7. Veranschlagt sind: — die Übergangsentschädigung, — die Familienzulage der Mitglieder der Kommission nach Ausscheiden aus dem Dienst.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 0 3	***Versorgungsbezüge***			
A-1 0 3 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	2 512 000	2 752 000	2 242 353,92
A-1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgungen Nichtgetrennte Mittel	469 000	393 000	464 127,52
	Artikel A-1 0 3 insgesamt	2 981 000	3 145 000	2 706 481,44
A-1 0 4	***Dienstreisekosten, Fahrkosten und Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	1 850 000	1 850 000	1 300 000,—
A-1 0 5	***Vergütungen und Kosten beim Dienstantritt und beim Ausscheiden aus dem Dienst***			
A-1 0 5 0	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	41 000	3 000,—
A-1 0 5 1	Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	514 000	50 000,—
A-1 0 5 2	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	321 000	27 000,—
	Artikel A-1 0 5 insgesamt	p.m.	876 000	80 000,—
A-1 0 9	***Mittel für Anpassungen der Amtsbezüge***			
A-1 0 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	138 000	310 000	106 011,93

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 0 3	
A-1 0 3 0	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 8, 9 und 18. Veranschlagt sind die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder der Kommission.
A-1 0 3 1	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 10 und 18. Veranschlagt sind die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der ehemaligen Mitglieder der Kommission.
A-1 0 3 2	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 15 und 18. Veranschlagt ist die Hinterbliebenenversorgung für Witwer/Witwen und/oder Waisen der ehemaligen Mitglieder der Kommission.
A-1 0 4	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 6. Veranschlagt sind die Ausgaben für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie für Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags entstehen. Der Betrag aus der Erstattung der für Rechnung anderer Institutionen und Organe der Gemeinschaften sowie für Rechnung Dritter verauslagten Dienstreisekosten kann wiederverwendet werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 150 000 ECU veranschlagt.
A-1 0 5	Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Ausgaben bei Dienstantritt der Mitglieder der Kommission sowie bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienst.
A-1 0 5 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 7 des Anhangs VII (entsprechende Anwendung). Dieser Posten ist bestimmt zur Deckung der Erstattung der Reisekosten der Mitglieder der Kommission (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt oder Ausscheiden aus dem Dienst.
A-1 0 5 1	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 5. Dieser Posten ist bestimmt zur Deckung der Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für die Mitglieder der Kommission bei Dienstantritt und Ausscheiden aus dem Dienst.
A-1 0 5 2	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 5. Dieser Posten ist bestimmt zur Deckung der Erstattung der Umzugskosten der Mitglieder der Kommission beim Dienstantritt oder beim Ausscheiden aus dem Dienst.
A-1 0 9	
A-1 0 9 0	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 4a. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge, die Übergangsentschädigungen, die Ruhegehälter, die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit, die Hinterbliebenenversorgung der Mitglieder, der ehemaligen Mitglieder und ihrer Rechtsnachfolger. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, der in ein anderes Land, als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 0 9	*(Fortsetzung)*			
A-1 0 9 1	Etwaige Anpassungen der Amtsbezüge, der befristeten Vergütungen sowie der Versorgungsbezüge Nichtgetrennte Mittel	113 000	129 000	0,—
	Artikel A-1 0 9 insgesamt	251 000	439 000	106 011,93
	KAPITEL A-1 0 INSGESAMT	11 277 000	12 999 000	9 155 281,39

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 0 9	*(Fortsetzung)*
A-1 0 9 1	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 2, 3 und 4a. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind. Sie sind veranschlagt zur Finanzierung der gegebenenfalls vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Amtsbezüge, der befristeten Vergütungen sowie der Versorgungsbezüge.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 1			

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen

1. Stellenplan der Kommission nach Tätigkeitsbereichen (1)

Statutspersonal

(Dauerplanstellen und Planstellen auf Zeit)

Tätigkeitsbereich	A und LA	B	C	D	Insgesamt
1. *Binnenmarkt*					
Personal 1995	981	422	603	1	2 007
Neue Planstellen	7	8	10	—	25
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	34	11	22	—	67
Personal 1996 insgesamt	1 022	441	635	1	2 099
2. *Sozialraum*					
Personal 1995	285	143	185	—	613
Neue Planstellen	5	4	3	—	12
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	30	9	10	—	49
Personal 1996 insgesamt	320	156	198	—	674
3. *Flankierende Maßnahmen*					
Personal 1995	639	381	432	5	1 457
Neue Planstellen	6	3	8	—	17
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	17	6	11	—	34
Personal 1996 insgesamt	662	390	451	5	1 508
4. *Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturmaßnahmen*					
Personal 1995	538	310	306	3	1 157
Neue Planstellen	4	5	7	—	16
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	7	—	4	—	11
Personal 1996 insgesamt	549	315	317	3	1 184
5. *Gemeinsame Politiken*					
Personal 1995	253	167	258	5	683
Neue Planstellen	—	—	—	—	—
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	8	1	3	—	12
Personal 1996 insgesamt	261	168	261	5	695

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel
Posten

Erläuterungen

1. **Stellenplan der Kommission nach Tätigkeitsbereichen** (1) *(Fortsetzung)*

Statutspersonal
(Dauerplanstellen und Planstellen auf Zeit)

Tätigkeitsbereich	A und LA	B	C	D	Insgesamt
6. *Außenbeziehungen*					
Personal 1995	1 221	538	558	15	2 332
Neue Planstellen	12	15	13	—	40
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	12	15	40	—	67
Personal 1996 insgesamt	1 245	568	611	15	2 439
7. *Horizontale Dienste*					
a) *Koordinierung*					
Personal 1995	581	433	620	62	1 696
Neue Planstellen	—	—	—	—	—
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	15	10	20	—	45
Personal 1996 insgesamt	596	443	640	62	1 741
b) *Finanzen und Kontrolle*					
Personal 1995	163	157	186	5	511
Neue Planstellen	2	2	1	—	5
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	—	1	2	—	3
Personal 1996 insgesamt	165	160	189	5	519
c) *Verwaltung und Datenverarbeitung*					
Personal 1995	237	495	1 098	721	2 551
Neue Planstellen	—	—	—	—	—
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	2	1	7	—	10
Personal 1996 insgesamt	239	496	1 105	721	2 561
d) *Dolmetscher- und Übersetzungsdienst*					
Personal 1995	1 755	74	563	6	2 398
Neue Planstellen (2)	63	3	17	—	83
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	—	1	1	—	2
Personal 1996 insgesamt	1 818	78	581	6	2 483

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

1. **Stellenplan der Kommission nach Tätigkeitsbereichen** (1) *(Fortsetzung)*

Statutspersonal
(Dauerplanstellen und Planstellen auf Zeit)

Tätigkeitsbereich	A und LA	B	C	D	Insgesamt
Bereiche 1 bis 7 insgesamt					
Personal 1995	6 653	3 120	4 809	823	15 405
Neue Planstellen	99	40	59	—	198
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	136	59	123	—	318
Personal 1996 insgesamt	6 877	3 215	4 981	823	15 903
Kabinette					
Personal 1996	129	38	172	7	346
Umwandlung von Mitteln in Planstellen	—	—	—	—	—
Personal 1996 insgesamt	129	38	172	7	346
Sonstiges					
Planstellen 1995 (Erweiterung) — werden derzeit zugewiesen	23	9	9	3	44
Planstellen für Führungskräfte 1995 — werden derzeit zugewiesen (3)	41	—	—	—	41
Insgesamt	64	9	9	3	85
Neue Planstellen					
Führungspersonal	23	—	—	—	23
Verbesserung und Finanzmanagement	10	5	—	—	15
Dumpingbekämpfung	28	21	10	—	59
Insgesamt	61	26	10	—	97
Umwandlung von Mitteln in Planstellen					
Technische Anpassung (Überführung von Stellen in der Forschung und technologischen Entwicklung)	11	4	3	—	18

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

1. **Stellenplan der Kommission nach Tätigkeitsbereichen** (1) *(Fortsetzung)*

Statutspersonal

(Dauerplanstellen und Planstellen auf Zeit)

Tätigkeitsbereich	A und LA	B	C	D	Insgesamt
Gesamtbetrag					
Personal 1995	6 846	3 167	4 990	833	15 836
Neue Planstellen 1996 (ohne Führungspersonal)	137	66	69	—	272
Neue Planstellen für Führungspersonal 1996	23	—	—	—	23
Umwandlung von Mitteln in Planstellen (4)	136	59	123	—	318
Personal 1996 insgesamt	**7 142**	**3 292**	**5 182**	**833**	**16 449**

(1) Dieser Stellenplan enthält ergänzende Angaben zum Stellenplan, der gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), in dem vorliegenden Haushaltsplan erscheint.

(2) Bedarf an Sprachenpersonal im Zuge der Erweiterung; davon 3 B und 2 C zur administrativen Unterstützung.

(3) Davon 27 Planstellen für Führungskräfte im Zusammenhang mit der Erweiterung.

(4) Davon 18 für eine Überführung von Stellen in der Forschung und technologischen Entwicklung.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

2. Übersicht über das externe Personal (1) der Kommission nach Tätigkeitsbereichen

(in Mannjahren)

Tätigkeitsbereich	Äquivalent Laufbahngruppe				Insgesamt
	A	B	C	D	
1. *Binnenmarkt*					
Personalressourcen 1995	355	70	236	—	661
Personalressourcen 1996	303	62	201	—	566
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	34	11	22	—	67
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	269	51	179	—	499
2. *Sozialraum*					
Personalressourcen 1995	234	93	169	—	496
Personalressourcen 1996	180	71	142	—	393
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	30	9	10	—	49
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	150	62	132	—	344
3. *Flankierende Maßnahmen*					
Personalressourcen 1995	150	32	112	—	294
Personalressourcen 1996	129	27	88	—	244
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	17	6	11	—	34
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	112	21	77	—	210
4. *Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturmaßnahmen*					
Personalressourcen 1995	76	6	44	—	126
Personalressourcen 1996	63	7	44	—	114
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	7	—	4	—	15
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	56	7	40	—	103

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel
Posten

Erläuterungen

2. **Übersicht über das externe Personal** (1) **der Kommission nach Tätigkeitsbereichen** *(Fortsetzung)*

(in Mannjahren)

Tätigkeitsbereich	Äquivalent Laufbahngruppe				Insgesamt
	A	B	C	D	
5. *Gemeinsame Politiken*					
Personalressourcen 1995	40	3	18	—	61
Personalressourcen 1996	32	3	15	—	50
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	8	1	3	—	12
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	24	2	12	—	38
6. *Außenbeziehungen*					
Personalressourcen 1995	205	70	219	1	495
Personalressourcen 1996	169	47	205	—	421
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	12	15	40	—	67
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	157	32	165	—	354
7. *Horizontale Dienste*					
a) *Koordinierung*					
Personalressourcen 1995	129	36	133	9	307
Personalressourcen 1996	115	27	135	3	280
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	15	10	20	—	45
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	100	17	115	3	235
b) *Finanzen und Kontrollen*					
Personalressourcen 1995	14	4	26	—	44
Personalressourcen 1996	14	2	22	—	38
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	—	1	2	—	3
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	14	—	20	—	35

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
A-1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	844 726 000	768 464 000 (1)	708 425 952,86

(1) Mittel in Höhe von 5 312 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

2. Übersicht über das externe Personal (1) der Kommission nach Tätigkeitsbereichen *(Fortsetzung)*

(in Mannjahren)

Tätigkeitsbereich	Äquivalent Laufbahngruppe				Insgesamt
	A	B	C	D	
c) *Verwaltung und Datenverarbeitung*					
Personalressourcen 1995	15	8	86	61	170
Personalressourcen 1996	14	5	84	51	154
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	2	1	7	—	10
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	12	3	75	51	144
d) *Dolmetscherkonferenz- und Übersetzungdienst*					
Personalressourcen 1995	—	1	40	—	41
Personalressourcen 1996	—	1	41	—	42
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	—	1	1	—	2
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt	—	—	40	—	40
Insgesamt					
Personalressourcen 1995	1 218	323	1 083	71	2 695
Personalressourcen 1996	1 019	252	977	54	2 302
Umwandlung von Mitteln in Planstellen 1996	125	55	120	—	300
Personalressourcen 1996 — nach Umwandlung von Mitteln in Planstellen — insgesamt (2)	**894**	**197**	**857**	**54**	**2 002**

(1) Mit Ausnahme des externen Personals:
— Kabinette, ärztliche und soziale Dienste, Ausbildung, freiberufliche Übersetzer und Dolmetscher sowie aus Titel A-2 besoldetes externes Personal (Wartung, Wach- und Sicherheitsdienst); hierfür werden für 1994 und für 1995 jeweils 1 400 Mannjahre veranschlagt;
— gemäß Titel A-5 (Datenverarbeitung) und Titel A-6 (Delegationen der Gemeinschaft);
— gemäß den „Minibudgets" des Europäischen Sozialfonds und des EFRE (Teileinzelplan B2);
— gemäß dem Teileinzelplan B6 Forschung und technologische Entwicklung;

(2) Mit Ausnahme des externen Personals (veranschlagt auf 55 Mannjahre), das 1996 vorübergehend bis zur Einstellung des statutären Personals aus den neuen Mitgliedstaaten angefordert wird.

A-1 1 0

A-1 1 0 0 *Vormals Posten A-1 1 0 0 und B6-5 3 1 1 (teilweise)*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 66.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	86 522 000	77 177 000 (1)	72 466 086,32
A-1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	108 780 000	96 754 000 (2)	91 108 634,11
A-1 1 0 3	Pauschalzulage Nichtgetrennte Mittel	6 821 000	6 411 000	6 089 646,17
	Artikel A-1 1 0 insgesamt	1 046 849 000	948 806 000	878 090 319,46
A-1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
A-1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	29 872 000	31 709 000	25 209 025,05

(1) Mittel in Höhe von 533 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 669 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 0	*(Fortsetzung)*
A-1 1 0 0	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind die Grundgehälter der im Stellenplan vorgesehenen Beamten und Bediensteten auf Zeit mit Ausnahme der Grundgehälter des Personals der Europäischen Gesellschaft für Zusammenarbeit und des in Drittländern diensttuenden Personals. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 26 350 000 ECU veranschlagt.
A-1 1 0 1	*Vormals Posten A-1 1 0 1 und B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62, 67 und 68a sowie Abschnitt 1 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Familienzulagen, und zwar: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage der Beamten und Bediensteten auf Zeit. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 16 000 ECU veranschlagt.
A-1 1 0 2	*Vormals Posten A-1 1 0 2 und B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 69 sowie Artikel 4 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Auslands- und Expatriierungszulagen der Beamten und Bediensteten auf Zeit, mit Ausnahme des Personals der Europäischen Gesellschaft für Zusammenarbeit und des in Drittländern diensttuenden Personals. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 0 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4a des Anhangs VII. Veranschlagt ist die Pauschalzulage für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Laufbahngruppe C, die in eine Planstelle als Büroassistent, Bürosekretär, Fernschreiber, Maschinenschreiber, Bürohauptsekretär oder Hauptsekretär eingewiesen wurden. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 1	
A-1 1 1 0	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Vergütungen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Hilfskräfte; ausgenommen sind die aufgrund des Berichtigungskoeffizienten gezahlten Beträge; sie gehen zu Lasten des Postens A-1 1 9 0.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 1	*(Fortsetzung)*				
A-1 1 1 0	*(Fortsetzung)*				
A-1 1 1 1	Dolmetscherhilfskräfte	Nichtgetrennte Mittel	—	55 000	– 6 618,44
A-1 1 1 2	Örtliche Bedienstete	Nichtgetrennte Mittel	5 858 000	5 858 000	3 982 405,84
A-1 1 1 3	Sonderberater	Nichtgetrennte Mittel	165 000	163 000	136 166,26

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 1	*(Fortsetzung)*
A-1 1 1 0	*(Fortsetzung)*

Sie umfassen ferner den notwendigen Betrag für die Vergütungen der Hilfskräfte als Betreuer für Behinderte.

Die entsprechenden Ausgaben für die aus den Forschungsmitteln besoldeten Hilfskräfte werden aus den einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

Aufschlüsselung des mit diesen Mitteln zu finanzierenden externen Personals (indikativ) nach Tätigkeitsbereichen:

Tätigkeitsbereich	Anzahl Mannjahre
1. Binnenmarkt	115
2. Sozialraum	56
3. Begleitmaßnahmen	56
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	33
5. Gemeinsame Politiken	14
6. Außenbeziehungen	113
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	81
b) Finanzen, Kontrolle	20
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	104
d) Sprachendienste	29
Bereich 7 insgesamt	234
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	621
Kabinette und Sonstige	87
Insgesamt	708

A-1 1 1 1	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Bezüge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Dolmetscher-Hilfskräfte; ausgenommen sind die aufgrund des Berichtigungskoeffizienten gezahlten Beträge; sie gehen zu Lasten des Postens A-1 1 9 0.
A-1 1 1 2	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 und Titel IV. Veranschlagt sind die Vergütungen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten. Diese Mittel decken auch die Bezüge der örtlichen Bediensteten in den Vertretungen in der Gemeinschaft.
A-1 1 1 3	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5, 82 und 83. Veranschlagt sind die Vergütungen, die Dienstreisekosten sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Unfallversicherung für Sonderberater.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 1	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 1 4	Übersetzerhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	1 840 000 (1)	90 000	50 869,06
	Artikel A-1 1 1 insgesamt	37 735 000	37 875 000	29 371 847,77
A-1 1 2	***Information des Personals***			
A-1 1 2 3	Information des Personals Nichtgetrennte Mittel	55 000	53 000	50 000,—
	Artikel A-1 1 2 insgesamt	55 000	53 000	50 000,—
A-1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung der Ruhegehaltsansprüche***			
A-1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	29 052 000	27 225 000 (2)	24 957 875,84
A-1 1 3 1	Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	6 725 000	5 473 000 (3)	5 663 303,75
A-1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	323 000	287 000	254 487,86

(1) Mittel in Höhe von 500 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 183 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 37 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 1	*(Fortsetzung)*
A-1 1 1 4	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Vergütungen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Übersetzerhilfskräfte; ausgenommen sind die aufgrund des Berichtigungskoeffizienten gezahlten Beträge; sie gehen zu Lasten des Postens A-1 1 9 0.
A-1 1 2	
A-1 1 2 3	Veranschlagt sind Mittel für Ausgaben für die Information des Personals und insbesondere für den „Courrier du personnel".
A-1 1 3	
A-1 1 3 0	*Vormals Posten A-1 8 1 0 und B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Veranschlagt sind die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung. Veranschlagt sind ebenfalls die Zahlungen (zusätzliche Krankheitskostenerstattungen) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 3 1	*Vormals Posten A-1 8 1 1 und B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73 und Artikel 15 des Anhangs VIII. Veranschlagt sind Mittel: — für den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten, — für zusätzliche Ausgaben infolge der Anwendung der einschlägigen Statutsbestimmungen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 3 2	*Vormals Posten A-1 8 1 2* Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2799/85 des Rates vom 27. September 1985 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 265 vom 8. 10. 1985, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 3	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	120 000	280 000	121 383,88
	Artikel A-1 1 3 insgesamt	36 220 000	33 265 000	30 997 051,33
A-1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
A-1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	60 000	61 000	65 670,40
A-1 1 4 1	Jährliche Reisekosten vom Dienstort zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	12 575 000	12 504 000	11 848 077,04
A-1 1 4 2	Mietzulagen und Fahrkostenzulagen Nichtgetrennte Mittel	83 000	137 000	132 999,77
A-1 1 4 3	Pauschale Amtszulagen Nichtgetrennte Mittel	140 000	156 000	98 980,52

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 3	*(Fortsetzung)*
A-1 1 3 3	*Vormals Posten A-1 8 1 3* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Veranschlagt sind die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung ihrer Versorgungsansprüche im Herkunftsland zu leisten hat.
A-1 1 4	
A-1 1 4 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Veranschlagt sind: — die Geburtszulage, — beim Tode eines Beamten: — die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats, — die Kosten für die Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 1	*Vormals Posten A-1 1 4 1 und B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Veranschlagt ist die pauschale Erstattung der Fahrkosten für Beamte auf Lebenszeit und Bedienstete auf Zeit, für deren Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort, und zwar: — einmal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mehr als 50 km und weniger als 725 km beträgt, — zweimal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mindestens 725 km beträgt. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 14a und 14b des Anhangs VII. Verordnungen Nr. 6/66/Euratom und Nr. 121/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Mietzulage gewährt werden kann, sowie des Höchstbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2749/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 3358/94 (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1994, S. 1). Verordnungen Nr. 7/66/Euratom und Nr. 122/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Fahrkostenzulage gewährt werden kann, sowie des Höchtsbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2751/66). Veranschlagt sind — die Mietzulagen für Beamte, an deren Dienstort anerkanntermaßen besonders schwierige Wohnverhältnisse bestehen, — die Fahrkostenzulagen für Beamte, an deren Dienstort die Beförderungsbedingungen wegen der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als besonders schwierig und kostspielig anerkannt worden sind. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die pauschalen Amtszulagen für Beamte, die aufgrund der ihnen übertragenen Aufgaben regelmäßig Aufwandskosten zu verauslagen haben, sowie ein Teil der Wohnungskosten, der in besonderen Fällen übernommen wird. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 4	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 4 4	Fahrkostenpauschale Nichtgetrennte Mittel	30 000	56 000	17 816,76
A-1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	100 000	207 000	74 992,50
A-1 1 4 7	Vergütungen für Schichtdienst und Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und/oder zu Hause Nichtgetrennte Mittel	1 195 000	1 195 000	1 141 070,63
A-1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	40 760,45
	Artikel A-1 1 4 insgesamt	14 213 000	14 346 000	13 420 368,07
A-1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	3 200 000	3 144 000	3 204 476,77

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 4	*(Fortsetzung)*
A-1 1 4 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 15 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Fahrkostenpauschale von höchstens 3 000 belgischen Franken für Beamte einer anderen Besoldungsgruppe als A 1 oder A 2, die aus dienstlichen Gründen ständig Fahrten zurücklegen, für die sie aufgrund einer besonderen Ermächtigung ihren privaten Kraftwagen benutzen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 5	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75. Veranschlagt sind die Sondervergütungen für Beamte, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, eines unterstellten Rechnungsführers oder eines Zahlstellenverwalters haben. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 7	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 56a und 56b. Veranschlagt sind Vergütungen für Schichtdienst und für Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und zu Hause. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 9	Statut der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 95. Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der: — Ausgleichszulage für Beamte auf Lebenszeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Nettodienstbezüge sich vermindert haben, — Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Falle offensichtlich unzulänglicher Leistungen, — Vergütung bei Kündigung des Vertrages eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ, — Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen der Beamten, die in der Delegation oder den Vertretungen der Kommission in der Gemeinschaft tätig sind. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 5	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Veranschlagt sind Pauschalvergütungen und Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten und Hilfskräfte der Laufbahngruppen C und D sowie der örtlichen Bediensteten, sofern diese Überstunden nicht, wie vorgesehen, durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 7	***Aushilfsleistungen***			
A-1 1 7 4	Freiberufliche Korrektoren Nichtgetrennte Mittel	210 000	210 000	150 000,—
A-1 1 7 5	Leiharbeitskräfte Nichtgetrennte Mittel	14 925 000	16 273 000	14 821 000,—
A-1 1 7 8	Technische und administrative Unterstützung für verschiedene Tätigkeiten Nichtgetrennte Mittel	61 721 000	82 516 000	76 883 907,66

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 7	
A-1 1 7 4	Veranschlagt sind die Honorare der freiberuflichen Korrektoren, die tätig werden, um die Ausführung von Arbeiten zu gewährleisten, die von den Beamten der Kommission allein nicht zu bewältigen sind. Veranschlagt sind ebenfalls die Versicherungs- und Fahrkosten der freiberuflichen Korrektoren.
A-1 1 7 5	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für die Einstellung von Aushilfspersonal (besonders Personal für Verwaltungs- und Sekretariatstätigkeiten in sämtlichen Kommissionsdienststellen). Die entsprechenden Ausgaben für die Forschung werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die indikative Aufschlüsselung des mit diesen Mitteln zu finanzierenden externen Personals nach Tätigkeitsbereichen stellt sich wie folgt dar:

Tätigkeitsbereich	Anzahl Mannjahre
1. Binnenmarkt	69
2. Sozialraum	34
3. Begleitmaßnahmen	33
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	17
5. Gemeinsame Politiken	3
6. Außenbeziehungen	42
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	50
b) Finanzen, Kontrolle	5
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	34
d) Sprachendienste	13
Bereich 7 insgesamt	102
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	300
Kabinette und Sonstige	—
Insgesamt	300

A-1 1 7 8	Veranschlagt sind diese Mittel für Ausgaben für technisches und Verwaltungspersonal, das im Rahmen von Werkverträgen zur Verfügung gestellt wird, und für intellektuelle Dienstleistungen. Die Mittel für Gebäude, Material und Sachausgaben für das gesamte Personal werden zu Lasten von Artikel A-2 3 8 veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 7	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 7 8	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-1 1 7 insgesamt	76 856 000	98 999 000	91 854 907,66
A-1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
A-1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	293 000	419 000 (1)	173 500,—
A-1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	5 957 000	7 080 000 (2)	3 430 000,—

(1) Mittel in Höhe von 63 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 161 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 7	*(Fortsetzung)*
A-1 1 7 8	*(Fortsetzung)* Die indikative Aufschlüsselung des mit diesen Mitteln zu finanzierenden externen Personals nach Tätigkeitsbereichen stellt sich wie folgt dar:

Tätigkeitsbereich	Anzahl Mannjahre
1. Binnenmarkt	207
2. Sozialraum	252
3. Begleitmaßnahmen	81
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	15
5. Gemeinsame Politiken	7
6. Außenbeziehungen	162
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	68
b) Finanzen, Kontrolle	1
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	5
d) Sprachendienste	—
Bereich 7 insgesamt	74
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	798
Kabinette und Sonstige	—
Insgesamt	798

A-1 1 8	
A-1 1 8 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 7 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 8 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5 und 6 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 8	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 8 2	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 8 3	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	4 126 000	5 561 000 (1)	1 850 000,—
A-1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	5 013 000	6 141 000 (2)	2 300 000,—
	Artikel A-1 1 8 insgesamt	15 389 000	19 201 000	7 753 500,—
A-1 1 9	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
A-1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	4 721 000	3 311 000 (3)	3 010 194,55
A-1 1 9 1	Etwaige Anpassungen der Dienstbezüge Nichtgetrennte Mittel	13 631 000	13 298 000 (4)	0,—

(1) Mittel in Höhe von 963 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 434 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 23 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 88 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 8	*(Fortsetzung)*
A-1 1 8 2	*(Fortsetzung)* Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 8 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 9 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 8 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 10 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die zeitweiligen Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, daß sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 9	
A-1 1 9 0	*Vormals Posten A-1 1 9 0 und B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65 sowie Artikel 17 Absatz 3 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung des Berichtigungskoeffizienten, der auf die Dienstbezüge der Beamten, der Bediensteten auf Zeit und der Hilfskräfte anzuwenden ist. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 9 1	*Vormals Posten A-1 1 9 1 und B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65a. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind. Sie sind zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge bestimmt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 9	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 9 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-1 1 9 insgesamt	18 352 000	16 609 000	3 010 194,55
	KAPITEL A-1 1 INSGESAMT	1 248 869 000	1 172 298 000	1 057 752 665,61
	KAPITEL A-1 2			
A-1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
A-1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen gemäß den Artikeln 41 sowie 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	3 235 000	3 214 000	2 008 651,57
A-1 2 1 4	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1679/85) Nichtgetrennte Mittel	309 000	619 000	938 054,85
A-1 2 1 5	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	2 662 000	4 044 000	4 860 189,26
A-1 2 1 6	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87) Nichtgetrennte Mittel	1 718 000	2 167 000	2 595 632,85
A-1 2 1 7	Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EWG) Nr. 1857/89) Nichtgetrennte Mittel	2 368 000	3 300 000	3 680 117,88
A-1 2 1 8	Vergütung beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EG) Nr. ...) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-1 2 1 insgesamt	10 292 000	13 344 000	14 082 646,41

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 9	*(Fortsetzung)*
A-1 1 9 1	*(Fortsetzung)* Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 2 1	
A-1 2 1 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV. Veranschlagt sind die Vergütungen für Beamte, die — im Anschluß an eine Maßnahme zur Verminderung der Zahl der Dienstposten des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, — einen Dienstposten der Besoldungsgruppe A 1 oder A 2 innehaben und die diesen Stellen aus dienstlichen Gründen enthoben werden.
A-1 2 1 4	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1679/85 des Rates vom 19. Juni 1985 zur Einführung vorübergehender Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden wissenschaftlicher und technischer Beamter der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 162 vom 21. 6. 1985, S. 1), insbesondere Artikel 3.
A-1 2 1 5	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
A-1 2 1 6	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1987, S. 1).
A-1 2 1 7	Verordnung (EWG) Nr. 1857/89 des Rates vom 21. Juni 1989 zur Einführung befristeter Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 181 vom 28. 6. 1989, S. 2).
A-1 2 1 8	Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., zur Einführung befristeter Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen einer Anpassung der Kompetenzen und Strukturen der Gemeinsamen Forschungsstelle (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...).

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	350 000	452 000	416 091,17
A-1 2 9	***Anpassungen der verschiedenen Vergütungen***			
A-1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	343 000	2 170 000	603 224,50
A-1 2 9 1	Etwaige Anpassungen der verschiedenen Vergütungen Nichtgetrennte Mittel	137 000	189 000	0,—
	Artikel A-1 2 9 insgesamt	480 000	2 359 000	603 224,50
	KAPITEL A-1 2 INSGESAMT	11 122 000	16 155 000	15 101 962,08
	KAPITEL A-1 3			
A-1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	37 686 000	35 458 000 (1)	34 802 500,—

(1) Mittel in Höhe von 314 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEIM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 2 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Veranschlagt sind die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die Ruhegehaltsempfänger und die Empfänger von Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Amtsenthebung und Entlassung. Veranschlagt sind außerdem die Zahlungen (zusätzliche Krankheitskostenerstattungen) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.
A-1 2 9	
A-1 2 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65. Veranschlagt sind die finanziellen Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Stellenenthebung und Entlassung auf die Vergütungen angewendet werden.
A-1 2 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65a. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind. Sie sind zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres gegebenenfalls zu beschließenden Anpassungen der verschiedenen Vergütungen bestimmt.
A-1 3 0	*Vormals Artikel A-1 3 0 und Posten B6-5 3 1 1 (teilweise)* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 11 bis 13 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Ausgaben für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie für Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal der Kommission entstehen, und für die zu den Kommissionsdienststellen abgeordneten nationalen oder internationalen Sachverständigen oder Beamten. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 3 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL A-1 3 INSGESAMT	37 686 000	35 458 000	34 802 500,—
	KAPITEL A-1 4			
A-1 4 1	***Ärztlicher Dienst***			
A-1 4 1 0	Ärztlicher Dienst Nichtgetrennte Mittel	3 406 000	2 882 000	2 691 251,68

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 3 0	*(Fortsetzung)* Aufschlüsselung der Mittel nach Tätigkeitsbereichen:

Tätigkeitsbereich	Betrag
1. Binnenmarkt	5 779 000
2. Sozialraum	1 463 000
3. Begleitmaßnahmen	3 858 000
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	3 748 000
5. Gemeinsame Politiken	2 412 000
6. Außenbeziehungen	8 981 000
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	4 617 000
b) Finanzen, Kontrolle	1 042 000
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	3 115 000
d) Sprachendienste	1 276 000
Bereich 7 insgesamt	10 050 000
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	36 291 000
Kabinette und Sonstige	1 360 000
Insgesamt	37 651 000

Der Betrag aus der Erstattung der für Rechnung anderer Institutionen und Organe der Gemeinschaften sowie für Rechnung Dritter verauslagten Dienstreisekosten kann wiederverwendet werden.

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 800 000 ECU veranschlagt.

A-1 4 1

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 59 (Ärztliche Kontrolle bei Fernbleiben vom Dienst wegen Krankheit und vorbeugende ärztliche Untersuchung) sowie Artikel 8 des Anhangs II (Invaliditätsausschuß).

Veranschlagt sind neben Arzthonoraren die Kosten für vorbeugende Untersuchungen (Spezialuntersuchungen, Analysen usw.), für Behandlungsmaterial (Arzneimittel, Verbandstoffe usw.), für den Ankauf von Geräten und Spezialmobiliar, für die Tätigkeit des Invaliditätsausschusses.

Veranschlagt sind außerdem die Kosten für die ärztlichen Untersuchungen bei der Einstellung von Betreuern für die Kindertagesstätten.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben, die innerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden. Ausgaben gleicher Art oder Zweckbestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 180 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 4 1	*(Fortsetzung)*			
A-1 4 1 1	Ankauf von Material für den ärztlichen Dienst Nichtgetrennte Mittel	425 000	425 000	429 782,10
	Artikel A-1 4 1 insgesamt	3 831 000	3 307 000	3 121 033,78
A-1 4 2	***Ärztliche Kontrolle strahlenexponierter Bediensteter im Rahmen des Gesundheitsschutzes*** Nichtgetrennte Mittel	811 000	811 000	705 418,75
	KAPITEL A-1 4 INSGESAMT	4 642 000	4 118 000	3 826 452,53
	KAPITEL A-1 5			
A-1 5 2	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
A-1 5 2 0	Vorübergehend zur Kommission abgeordnete nationale und internationale Beamte sowie Bedienstete des privaten Sektors Nichtgetrennte Mittel	21 930 000	24 474 000	23 709 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 4 2	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel III. Einzelstaatliche Rechtsvorschriften über die Grundnormen. Veranschlagt sind Mittel für die ärztliche Kontrolle strahlenexponierter Bediensteter im Rahmen des Gesundheitsschutzes und die Dienstreisekosten der Inspektoren, die mit Besuchen bei den Kontrollzentren beauftragt sind.
A-1 5 2	
A-1 5 2 0	Die Modalitäten der Benennung der Beamten und ihrer Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen werden von der Kommission festgelegt. Veranschlagt sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung nationaler Beamter und anderer Sachverständiger zu den Dienststellen der Kommission, ihrer vorübergehenden Verwendung in diesen Dienststellen sowie die Ausgaben für Konsultationen von kurzer Dauer, insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung von Rechtsakten zur Harmonisierung in verschiedenen Bereichen. Durch diesen Austausch soll es den Mitgliedstaaten außerdem ermöglicht werden, die Rechtsakte der Gemeinschaft einheitlich anzuwenden.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 5 2	*(Fortsetzung)*			
A-1 5 2 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 5 2 1	Vorübergehend zu nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen abgeordnete Beamte der Kommission Nichtgetrennte Mittel	1 360 000	1 485 000	690 000,—
	Artikel A-1 5 2 insgesamt	23 290 000	25 959 000	24 399 000,—
	KAPITEL A-1 5 INSGESAMT	23 290 000	25 959 000	24 399 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 5 2	*(Fortsetzung)*
A-1 5 2 0	*(Fortsetzung)* Die indikative Aufschlüsselung des mit diesen Mitteln zu finanzierenden externen Personals nach Tätigkeitsbereichen stellt sich wie folgt dar:

Tätigkeitsbereich	Anzahl Mannjahre
1. Binnenmarkt	175
2. Sozialraum	51
3. Begleitmaßnahmen	74
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	49
5. Gemeinsame Politiken	26
6. Außenbeziehungen	104
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	81
b) Finanzen, Kontrolle	12
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	11
d) Sprachendienste	—
Bereich 7 insgesamt	104
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	583
Kabinette und Sonstige	7
Insgesamt	590

A-1 5 2 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Veranschlagt sind Mittel zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Gemeinschaften bei dieser Abordnung entstehen, sowie die Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen außerhalb des Organs (einschließlich Fahrkosten und Dienstreisetagegelder) im Rahmen von Austauschveranstaltungen oder Praktika für Beamte.

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 7			
A-1 7 0	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
A-1 7 0 0	Ausgaben der Mitglieder des Organs für Empfänge und für Repräsentationszwecke			
	Nichtgetrennte Mittel	450 000	450 000	310 000,—
A-1 7 0 1	Ausgaben der Personalmitglieder für Empfänge und für Repräsentationszwecke			
	Nichtgetrennte Mittel	614 000	614 000	491 350,—
	Artikel A-1 7 0 insgesamt	1 064 000	1 064 000	801 350,—
	KAPITEL A-1 7 INSGESAMT	1 064 000	1 064 000	801 350,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 7 0	
A-1 7 0 0	Beschluß der Kommission vom 19. September 1979. Veranschlagt sind die Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke der Kommission. Die Kosten können von den Mitgliedern der Kommission in Ausübung ihres Amtes und im Rahmen der Tätigkeit des Organs gesondert verauslagt werden.
A-1 7 0 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Erstattungsfähig sind Aufwandsausgaben, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen im Namen der Kommission im dienstlichen Interesse nachzukommen. Repräsentationsverpflichtungen bestehen nicht gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder eines anderen Organs der Europäischen Gemeinschaften. Aufschlüsselung der Mittel nach Tätigkeitsbereichen:

Tätigkeitsbereich	Betrag
1. Binnenmarkt	97 000
2. Sozialraum	32 000
3. Begleitmaßnahmen	59 000
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	60 000
5. Gemeinsame Politiken	19 000
6. Außenbeziehungen	195 000
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	115 000
b) Finanzen, Kontrolle	7 000
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	10 000
d) Sprachendienste	7 000
Bereich 7 insgesamt	139 000
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	601 000
Kabinette und Sonstige	13 000
Insgesamt	614 000

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 8 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 9 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND ABGANGSGELDER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 9			
A-1 9 0	***Versorgungsbezüge und Abgangsgelder***			
A-1 9 0 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	222 836 000	186 323 000	171 141 835,50
A-1 9 0 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	93 139 000	87 473 000	83 483 489,65
A-1 9 0 2	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	45 085 000	41 176 000	39 120 857,66
A-1 9 0 3	Abgangsgelder Nichtgetrennte Mittel	7 999 000	10 315 000	7 021 555,88
	Artikel A-1 9 0 insgesamt	369 059 000	325 287 000	300 767 738,69
A-1 9 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	11 810 000	10 539 000	9 304 315,03
A-1 9 6	***Sozialbeihilfe für die Empfänger und Anspruchsberechtigten von Versorgungsbezügen der Gemeinschaft oder für deren unterhaltsberechtigte Hinterbliebene*** Nichtgetrennte Mittel	260 000	255 000	255 000,—
A-1 9 9	***Anpassungen der Versorgungsbezüge und der verschiedenen Zulagen***			
A-1 9 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	10 762 000	9 263 000	9 566 588,24
A-1 9 9 1	Etwaige Anpassungen der Versorgungsbezüge Nichtgetrennte Mittel	4 624 000	4 448 000	0,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-19 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND ABGANGSGELDER

Artikel Posten	Erläuterungen
A-190	
A-1900	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 77 sowie Anhang VIII. Veranschlagt sind die Ruhegehälter der Beamten und der Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe der Europäischen Gemeinschaften, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten. Veranschlagt sind ebenfalls die Zahlungen (Ruhegehalt-Sondervergütung) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.
A-1901	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 78 sowie Anhang VIII. Veranschlagt sind die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der Beamten und der Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe der Europäischen Gemeinschaften, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten. Veranschlagt sind ebenfalls die Zahlungen (Ruhegehalt-Sondervergütung) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.
A-1902	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 79 und 80 sowie Anhang VIII. Veranschlagt sind Mittel für die Hinterbliebenenversorgung der anspruchsberechtigten Personen der Beamten und Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe der Europäischen Gemeinschaften, einschließlich der aus Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten. Veranschlagt sind ebenfalls die Zahlungen (Hinterbliebenenversorgung-Sondervergütung) an die Anspruchsberechtigten der seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.
A-1903	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 11 und 12 des Anhangs VIII. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 39.
A-193	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Veranschlagt sind die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die Ruhegehaltsempfänger. Veranschlagt sind außerdem die Zahlungen (zusätzliche Krankheitskostenerstattungen) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.
A-196	Diese Mittel sind für Sonderzahlungen an die Empfänger und Anspruchsberechtigten von Versorgungsbezügen der Gemeinschaft sowie an etwaige unterhaltsberechtigte Hinterbliebene bestimmt, die sich in einer besonders schwierigen Situation befinden.
A-199	
A-1990	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65. Veranschlagt sind die finanziellen Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Stellenenthebung und Entlassung auf die Versorgungsbezüge und Vergütungen angewendet werden.
A-1991	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65a. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 9 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND ABGANGSGELDER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 9 9	*(Fortsetzung)*			
A-1 9 9 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-1 9 9 insgesamt	15 386 000	13 711 000	9 566 588,24
	KAPITEL A-1 9 INSGESAMT	396 515 000	349 792 000	319 893 641,96
	Titel A-1 insgesamt	**1 734 465 000**	**1 617 843 000**	**1 465 732 853,57**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 9 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND ABGANGSGELDER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 9 9	*(Fortsetzung)*
A-1 9 9 1	*(Fortsetzung)* Sie sind zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres gegebenenfalls zu beschließenden Anpassungen der Versorgungsbezüge bestimmt. Die Einnahmen aus Beiträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation zu den Gemeinkosten der Gemeinschaft gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), als zusätzliche Mittel bei den betreffenden Haushaltslinien dieses Titels eingesetzt. Diese Einnahmen werden auf 612 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-2 0				
A-2 0 0	***Mieten***	Nichtgetrennte Mittel	142 718 000	134 311 000 (1)	115 566 233,94
A-2 0 1	***Versicherungskosten***	Nichtgetrennte Mittel	418 000	424 000	377 000,—
A-2 0 2	***Wasser, Gas, Strom und Heizung***	Nichtgetrennte Mittel	13 172 000	13 355 000 (2)	10 026 000,—
A-2 0 3	***Reinigung und Instandhaltung***				
A-2 0 3 0	Reinigung und Instandhaltung	Nichtgetrennte Mittel	27 889 000	25 955 000 (3)	23 969 961,27

(1) Mittel in Höhe von 740 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 63 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 137 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 0 0	*Vormals Artikel A-2 0 0 (teilweise)* Veranschlagt sind die Mieten für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 369 000 ECU veranschlagt.
A-2 0 1	*Vormals Artikel A-2 0 1 (teilweise)* Veranschlagt sind die Mittel für die Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden der Kommission vorgesehenen Prämien. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 0 2	*Vormals Artikel A-2 0 2 (teilweise)* Veranschlagt sind die Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 47 000 ECU veranschlagt.
A-2 0 3	
A-2 0 3 0	*Vormals Posten A-2 0 3 0 (teilweise)* Veranschlagt sind die Mittel für die Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen usw. Der Ansatz ist nach den laufenden Verträgen berechnet. Veranschlagt sind ferner die Mittel für bestimmte regelmäßige Sonderreinigungen, Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung usw. sowie für Malerarbeiten und das zur Instandsetzung und Instandhaltung in eigener Werkstatt erforderliche Material. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen, deren Betrag 42 000 ECU übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 44 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 0 3	*(Fortsetzung)*			
A-2 0 3 1	Verwertung von Abfällen Nichtgetrennte Mittel	798 000	756 000	733 000,—
	Artikel A-2 0 3 insgesamt	28 687 000	26 711 000	24 702 961,27
A-2 0 4	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	5 239 000	5 475 000 (1)	5 153 893,71
A-2 0 5	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	22 050 000	21 416 000 (2)	20 020 103,48
A-2 0 6	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	50 000	41 000 (3)	75 473 198,23
A-2 0 7	***Bau von Gebäuden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

(1) Mittel in Höhe von 48 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 99 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 8 100 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 0 3	*(Fortsetzung)*
A-2 0 3 1	Veranschlagt sind die Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 0 4	*Vormals Artikel A-2 0 4 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.). Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für das entsprechende Material. Diese Mittel decken die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen, deren Betrag 42 000 ECU übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln).
A-2 0 5	*Vormals Artikel A-2 0 5 (teilweise)* Veranschlagt sind Ausgaben für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie für die bauliche Sicherheit und den Objektschutz, z.B. für die Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals, die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen sowie für Gebäudeüberwachungsverträge, Verträge über die Instandhaltung von Sicherheitsanlagen und Beschaffung von Kleinmaterial. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen, deren Betrag 42 000 ECU übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln).
A-2 0 6	*Vormals Artikel A-2 0 6 (teilweise)* Veranschlagt sind die Mittel für den Erwerb oder den Mietkauf von Gebäuden. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 0 7	Bei diesem Artikel sollen gegebenenfalls Mittel für den Bau von Gebäuden eingesetzt werden. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 0 8	***Sonstige, vor dem Erwerb von Immobilien oder dem Bau von Gebäuden anfallende Ausgaben***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 200 000	83 798,75
A-2 0 9	***Sonstige Ausgaben für Gebäude***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 530 000	1 379 000	1 024 764,17
	KAPITEL A-2 0 INSGESAMT	214 864 000	204 312 000	252 427 953,55
	KAPITEL A-2 2			
A-2 2 0	***Material und technische Anlagen***			
A-2 2 0 0	Beschaffung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	1 332 000	1 466 000	1 288 126,55
A-2 2 0 2	Miete, Instandhaltung und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	421 000	417 000	487 285,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 0 8	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 0 9	*Vormals Artikel A-2 0 9 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für Gebäudekosten, soweit diese in den vorhergehenden Artikeln des Kapitels A-2 0 nicht besonders vorgesehen sind. Hierzu gehören Gebäudeverwaltungskosten, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.). Veranschlagt sind ebenfalls die Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 2 0	
A-2 2 0 0	*Vormals Posten A-2 2 0 0 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für: — die Beschaffung von Geräten und Material für Audio-Video-Technik, Vervielfältigung, Archivierung, Bibliothek und Dolmetschen; — die Ersatzbeschaffung von Geräten und Material für Audio-Video-Technik, Vervielfältigung, Archivierung, Bibliothek und Dolmetschen, wie Kabinen, Hörgarnituren und Einbauplatten für Simultandolmetschanlagen sowie die Ersatzbeschaffung von verschiedenem Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind. Sie sollen auch die Kosten für Anlagen und Hardware für behinderte Beamte decken. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen, deren Betrag 42 000 ECU übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 0 2	Veranschlagt sind Mittel für: — die Miete von Material und Geräten, deren Kauf nicht wirtschaftlich bzw. angesichts der knappen Haushaltsmittel schwierig wäre; — die Instandhaltung und Instandsetzungskosten für die Geräte und das Material für Audio-Video-Technik, Vervielfältigung, Archivierung, Bibliothek und Dolmetschen. Sie sollen auch die Kosten für Anlagen und Hardware für behinderte Beamte decken. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 2 0	*(Fortsetzung)*			
A-2 2 0 2	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-2 2 0 insgesamt	1 753 000	1 883 000	1 775 411,55
A-2 2 1	***Mobiliar***			
A-2 2 1 0	Beschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	3 964 000	3 394 000 (1)	3 498 449,52
A-2 2 1 2	Miete, Instandhaltung und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	405 000	415 000	355 975,04
	Artikel A-2 2 1 insgesamt	4 369 000	3 809 000	3 854 424,56
A-2 2 3	***Fahrzeuge***			
A-2 2 3 0	Beschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	134 000	212 000	141 840,—
A-2 2 3 2	Miete, Instandhaltung und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	2 407 000	2 332 000	1 794 786,—

(1) Mittel in Höhe von 663 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 2 0	*(Fortsetzung)*
A-2 2 0 2	*(Fortsetzung)* Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 3 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 1	
A-2 2 1 0	Veranschlagt sind Mittel für: — die Anschaffung von Büromöbeln, insbesondere ergonomischen Möbeln, Regalen für die Archive usw; — den Ersatz von veraltetem und nicht mehr verwendbarem Mobiliar; — die Ausstattung mit spezifischem Bibliotheksmobiliar (Karteikästen, Regale, Katalogmobiliar usw.). Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen, deren Betrag 42 000 ECU übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 20 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 1 2	Veranschlagt sind Mittel für: — die Anmietung von Mobiliar; — die Kosten für die Instandhaltung und Instandsetzung von Mobiliar. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 2 3	
A-2 2 3 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für: — den Kauf von Fahrzeugen; — Fahrzeuge, die im Haushaltsjahr einen so hohen Gesamtkilometerstand erreicht haben werden, daß eine Ersatzbeschaffung gerechtfertigt ist. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 3 2	Veranschlagt sind die Kosten für: — die kurz- und langfristige Anmietung von Fahrzeugen, wenn der Bedarf höher ist als die Kapazität des Fuhrparks;

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 2 3	*(Fortsetzung)*			
A-2 2 3 2	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-2 2 3 insgesamt	2 541 000	2 544 000	1 936 626,—
A-2 2 5	***Ausgaben für Dokumentationen und Bibliothek***			
A-2 2 5 0	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	700 000	669 000	602 000,—
A-2 2 5 2	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	1 400 000	1 426 000	1 151 000,—
A-2 2 5 3	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	540 000	514 000	461 000,—
A-2 2 5 4	Kosten für Buchbindearbeiten und für die Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	180 000	179 000	138 000,—
A-2 2 5 5	Abonnements bei Schnellinformationsdiensten Nichtgetrennte Mittel	1 345 000	1 273 000	1 307 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 2 3	*(Fortsetzung)*
A-2 2 3 2	*(Fortsetzung)*
	— die Kosten für die Instandhaltung, Instandsetzung und Versicherung der Dienstfahrzeuge (Kauf von Treibstoff, Schmiermitteln, Reifen, Schläuchen, verschiedenem Material, Ersatzteilen, Werkzeug usw.).
	Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 75 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 5	
A-2 2 5 0	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung der für die Dienststellen der Kommission notwendigen Nachschlagewerke, Dokumente und sonstigen nichtperiodischen Veröffentlichungen sowie für die Vervollständigung vorhandener Bände.
	Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 5 2	Veranschlagt sind Mittel für die Abonnements von Zeitungen, Fachzeitschriften, Amtsblättern, Parlamentsdokumenten, Außenhandelsstatistiken, Bulletins und sonstigen Fachveröffentlichungen.
	Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 5 3	Veranschlagt sind Mittel für Abonnements bei Presseagenturen in Form von Fernschreiben und Presse- und Informationsbulletins.
	Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 5 4	Veranschlagt sind die Kosten für Buchbindearbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Veröffentlichungen.
	Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 2 5 5	Veranschlagt sind Mittel für die Abonnements und die Benutzung externer Datenbanken und die Beschaffung von Informationen auf elektronischen Datenträgern (CD-ROM usw.).
	Sie sollen auch die Kosten für Ausbildungsmaßnahmen und die erforderlichen Geräte für die Nutzung der EDV-Information decken.
	Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 2 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 2 5 8	Dokumentationsbasen Nichtgetrennte Mittel	1 600 000	1 545 000	1 450 000,—
	Artikel A-2 2 5 insgesamt	5 765 000	5 606 000	5 109 000,—
	KAPITEL A-2 2 INSGESAMT	14 428 000	13 842 000	12 675 462,11
	KAPITEL A-2 3			
A-2 3 0	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	8 139 000	7 822 000 (1)	7 452 816,77
A-2 3 2	***Finanzkosten***			
A-2 3 2 0	Bankspesen Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	1 500 000,—
A-2 3 2 9	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-2 3 2 insgesamt	1 500 000	1 500 000	1 500 000,—
A-2 3 3	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	1 627 000,—

(1) Mittel in Höhe von 52 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 2 5	*(Fortsetzung)*
A-2 2 5 8	Veranschlagt sind Mittel für die Aufbereitung der in die Datenbanken der Kommission einzugebenden Texte und für die Vorgänge zur Erfassung dieser Daten. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 3 0	Veranschlagt sind Mittel für den Ankauf von Papier und Umschlägen, Büromaterial, Material für den Vervielfältigungsdienst sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen, deren Betrag 42 000 ECU übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt.
A-2 3 2	
A-2 3 2 0	Veranschlagt sind Mittel für die Deckung der Bankspesen (Provisionen, Agios, sonstige Spesen).
A-2 3 2 9	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel zur Deckung von Kassenfehlbeträgen, Verlusten oder Beschädigungen von Geldern oder Werten eingesetzt werden (Artikel 75 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12)).
A-2 3 3	Veranschlagt sind die vor Klageerhebung anfallenden Kosten sowie die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechtsanwälten und sonstigen Sachverständigen als Berater der Kommission. Die Mittel sind ebenfalls zur Deckung etwaiger Ausgaben bestimmt, die der Kommission vom Gerichtshof oder von anderen Gerichten angelastet werden.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 3 3	*(Fortsetzung)*			
A-2 3 4	***Schadenersatz***			
A-2 3 4 0	Schadenersatz Nichtgetrennte Mittel	110 000	110 000	190 497,27
A-2 3 4 1	Entschädigungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	7 875 252,76
	Artikel A-2 3 4 insgesamt	110 000	110 000	8 065 750,03
A-2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
A-2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	201 000	269 000	227 000,—
A-2 3 5 1	Arbeitsmittel Nichtgetrennte Mittel	609 000	511 000	608 911,15
A-2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	350 000	344 000	357 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 3 3	*(Fortsetzung)*
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
A-2 3 4	
A-2 3 4 0	Veranschlagt sind die Mittel für den von der Kommission zu leistenden Schadenersatz sowie die im Rahmen ihrer Haftpflicht anfallenden Ausgaben.
A-2 3 4 1	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel für Einzelfälle eingesetzt werden, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist, ohne daß daraus irgendwelche Rechtsansprüche abgeleitet werden können.
A-2 3 5	
A-2 3 5 0	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Veranschlagt sind die Kosten für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung) und die Versicherungskosten gemäß Artikel 75 der Haushaltsordnung. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 3 5 1	Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. Nr. L 183 vom 29. 6. 1989, S. 1). Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 156 vom 21. 6. 1990, S. 14). Veranschlagt sind die Kosten für: — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer; — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für Personal, das gegen Witterung und Kälte sowie gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung der Kleidung geschützt werden muß; — die Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 3 5 2	Veranschlagt sind die Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 3 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 3 5 3	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	3 317 000	3 381 000 (1)	3 106 120,—
A-2 3 5 9	Andere Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	44 000	48 000	49 000,—
	Artikel A-2 3 5 insgesamt	4 521 000	4 553 000	4 348 031,15
A-2 3 8	***Sachausgaben für die technische und administrative Unterstützung*** Nichtgetrennte Mittel	14 000 000	15 136 000	13 987 043,15

(1) Mittel in Höhe von 87 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 3 5	*(Fortsetzung)*
A-2 3 5 3	Veranschlagt sind die Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 3 000 ECU veranschlagt.
A-2 3 5 9	Veranschlagt sind sonstige, nicht ausdrücklich in anderen Posten dieses Artikels vorgesehene Verwaltungsausgaben wie: — Gebühren für die Teilnahme an Konferenzen, — Gebühren für die Beteiligung an beruflichen und wissenschaftlichen Verbänden, — Aufwendungen für die Medaillen, die den Beamten nach zwanzig Dienstjahren verliehen werden. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 3 8	Veranschlagt sind die Ausgaben für Gebäude und Material sowie die Sachausgaben für das Personal, das im Rahmen von Werkverträgen im Bereich der Auftragsvergabe auf technischem und administrativem Gebiet zur Verfügung gestellt wird, und für intellektuelle Dienstleistungen. Die Personalausgaben sind bei Posten A-1 1 7 8 ausgewiesen. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 3 8	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL A-2 3 INSGESAMT	29 770 000	30 621 000	36 980 641,10
	KAPITEL A-2 4			
A-2 4 0	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	13 783 000	13 299 000	13 696 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 3 8	*(Fortsetzung)* Die Mittel schlüsseln sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt auf:

Tätigkeitsbereich	Betrag
1. Binnenmarkt	1 030 000
2. Sozialraum	12 270 000
3. Begleitmaßnahmen	—
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	—
5. Gemeinsame Politiken	—
6. Außenbeziehungen	700 000
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	—
b) Finanzen, Kontrolle	—
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	—
d) Sprachendienste	—
Bereich 7 insgesamt	—
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	14 000 000
Kabinette und Sonstige	—
Insgesamt	14 000 000

A-2 4 0	Veranschlagt sind Mittel für Postgebühren und Zustellungskosten für den normalen Schriftverkehr, den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst der Kommission. Veranschlagt sind die Ausgaben für Postgebühren und Zustellungskosten, die innerhalb der Gemeinschaft anfallen, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Auch die Ausgaben für die Diplomatenpost zwischen dem Sitz der Gemeinschaft und den Delegationen außerhalb der Gemeinschaft sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 800 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 4 1	***Nachrichtenübermittlung***			
A-2 4 1 0	Abonnements und Fernmeldegebühren Nichtgetrennte Mittel	15 801 000	19 109 000 (1)	12 970 300,—
A-2 4 1 1	Kauf und Installierung von Fernmeldeanlagen und -geräten Nichtgetrennte Mittel	10 732 000	9 317 000 (2)	9 306 200,—
	Artikel A-2 4 1 insgesamt	26 533 000	28 426 000	22 276 500,—
	KAPITEL A-2 4 INSGESAMT	40 316 000	41 725 000	35 972 500,—
	KAPITEL A-2 5			
A-2 5 0	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	19 500 000	20 824 000	16 022 400,—

(1) Mittel in Höhe von 78 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 99 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 4 1	
A-2 4 1 0	Veranschlagt sind die Mittel für Grund- und Benutzungsgebühren für Kommunikationsdienste über Kabel oder hertzsche Wellen: Fernsprecher, Telegraph, Fernsehen, Telekonferenz, Videokonferenz — mit Ausnahme der Ausgaben für die Datenübertragung — über Kabel oder Funk. Außerdem sind die Mittel für den Kauf von Fernsprechbüchern veranschlagt. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 2 300 000 ECU veranschlagt.
A-2 4 1 1	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für die Verkabelung: Erwerb, Miete, Installierung und Wartung. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-2 5 0	Veranschlagt sind die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Sachverständigen an Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen sowie die Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur (an den vorläufigen Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen) gedeckt sind. Die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Kommission.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 5 0	*(Fortsetzung)*			
A-2 5 1	***Ausgaben für Ausschußsitzungen***			

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 0	*(Fortsetzung)* Die Mittel schlüsseln sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt auf:

Tätigkeitsbereich	Betrag
1. Binnenmarkt	5 892 000
2. Sozialraum	4 229 000
3. Begleitmaßnahmen	2 622 000
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	1 985 000
5. Gemeinsame Politiken	2 231 000
6. Außenbeziehungen	528 000
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	1 571 000
b) Finanzen, Kontrolle	13 000
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	420 000
d) Sprachendienste	7 000
Bereich 7 insgesamt	2 011 000
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	19 498 000
Kabinette und Sonstige	2 000
Insgesamt	19 500 000

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.

A-2 5 1 Veranschlagt sind die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Sachverständigen, die zu der Arbeit der aufgrund des Vertrages und der Verordnungen eingesetzten Ausschüsse (des Rates oder der Kommission) hinzugezogen werden, sowie die Nebenkosten für die Veranstaltung der Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur (an den vorläufigen Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen) gedeckt sind.

Die Erstattungen für die Sachverständigen erfolgen aufgrund der von der Kommission getroffenen Entscheidungen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 5 1	*(Fortsetzung)*			
A-2 5 1 0	Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung im gemeinschaftlichen Rechtsetzungsverfahren obligatorisch ist Nichtgetrennte Mittel	8 000 000 (1)	3 794 000 (2)	12 523 000,—

(1) Mittel in Höhe von 8 000 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 13 205 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 1	*(Fortsetzung)*
	Ein Verzeichnis dieser Ausschüsse ist in Anlage I dieses Teiles des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan wiedergegeben.
A-2 5 1 0	Die Mittel schlüsseln sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt auf:

Tätigkeitsbereich	Betrag
1. Binnenmarkt	2 400 000
2. Sozialraum	938 000
3. Begleitmaßnahmen	428 000
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	1 298 000
5. Gemeinsame Politiken	1 841 000
6. Außenbeziehungen	788 000
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	263 000
b) Finanzen, Kontrolle	44 000
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	—
d) Sprachendienste	—
Bereich 7 insgesamt	307 000
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	8 000 000
Kabinette und Sonstige	—
Insgesamt	8 000 000

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 5 1	*(Fortsetzung)*			
A-2 5 1 1	Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung im gemeinschaftlichen Rechtsetzungsverfahren nicht obligatorisch ist Nichtgetrennte Mittel	2 000 000 (1)	1 400 000 (2)	3 526 000,—
	Artikel A-2 5 1 insgesamt	10 000 000	5 194 000	16 049 000,—
A-2 5 2	***Ausschüsse der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl***			
A-2 5 2 0	Beratender Ausschuß der EGKS Nichtgetrennte Mittel	650 000	643 000	550 000,—
A-2 5 2 1	Sonstige Ausschüsse im Rahmen der EGKS Nichtgetrennte Mittel	935 000	935 000	805 000,—
	Artikel A-2 5 2 insgesamt	1 585 000	1 578 000	1 355 000,—

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 4 130 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 1	*(Fortsetzung)*
A-2 5 1 1	Die Mittel schlüsseln sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt auf:

Tätigkeitsbereich	Betrag
1. Binnenmarkt	556 000
2. Sozialraum	253 000
3. Begleitmaßnahmen	510 000
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	209 000
5. Gemeinsame Politiken	436 000
6. Außenbeziehungen	—
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	36 000
b) Finanzen, Kontrolle	—
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	—
d) Sprachendienste	—
Bereich 7 insgesamt	36 000
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	2 000 000
Kabinette und Sonstige	—
Insgesamt	2 000 000

A-2 5 2	
A-2 5 2 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 18. Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Sitzungen des Beratenden Ausschusses der EGKS sowie die Kosten für Empfänge und Repräsentationszwecke des Vorsitzenden des Beratenden Ausschusses in Ausübung seines Amtes.
A-2 5 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 46, 54 und 55. Veranschlagt sind die Ausgaben für Sachverständige und für die Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitsgruppen im Rahmen der Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 5 3	***Fachausschüsse für die Arbeitssicherheit***			
A-2 5 3 0	Ständiger Ausschuß für die Betriebssicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau und in den übrigen mineralgewinnenden Betrieben Nichtgetrennte Mittel	340 000	273 000	265 000,—
A-2 5 3 1	Beratender Ausschuß für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Nichtgetrennte Mittel	375 000	320 000	310 000,—
	Artikel A-2 5 3 insgesamt	715 000	593 000	575 000,—
A-2 5 4	***Jugendforum der Europäischen Gemeinschaften*** Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	1 500 000,—
A-2 5 5	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen***			
A-2 5 5 0	Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen durch das Organ Nichtgetrennte Mittel	2 685 000	3 232 000	2 182 478,89
A-2 5 5 1	Ausgaben für die Beteiligung des Organs an Konferenzen, Kongressen und Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	625 000	625 000	448 752,20
A-2 5 5 2	Konferenzen, Kongresse und Sitzungen im EGKS-Bereich Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-2 5 5 3	Veranstaltung durch das Organ von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen für Beamte der Mitgliedstaaten, die Mittel bewirtschaften und Ausgaben kontrollieren Nichtgetrennte Mittel	500 000	700 000	276 165,06

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 3	
A-2 5 3 0	Entscheidung der Vertreter der Mitgliedstaaten, im Ministerrat vereinigt, vom 9. und 10. Mai 1957 betreffend das Mandat und die Geschäftsordnung des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau (ABl. Nr. 28 vom 31. 8. 1957, S. 487/57). Beschluß 74/326/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 über die Erstreckung der Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau auf alle mineralgewinnenden Betriebe (ABl. Nr. L 185 vom 9. 7. 1974, S. 18). Veranschlagt sind die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Mitglieder und Sachverständigen, die Nebenkosten für die Veranstaltung von Sitzungen, die Kosten für die praktische Erprobung von Rettungsgeräten und Sicherheitsanlagen sowie die Kosten für Sicherheitskampagnen.
A-2 5 3 1	Beschluß 74/325/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 185 vom 9. 7. 1974, S. 15). Veranschlagt sind die Kosten der Sitzungen des Beratenden Ausschusses und seiner Untergruppen sowie die Kosten der zu den Aufgaben dieses Ausschusses gehörenden praktischen Materialversuche.
A-2 5 4	Veranschlagt sind die Ausgaben für das Jugendforum der Europäischen Gemeinschaften: — Verwaltungsausgaben des Ständigen Sekretariats (Personal, Miete von Büros und Konferenzsälen, Verschiedenes), — Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der an den Sitzungen des Forums teilnehmenden Delegierten, — Nebenkosten für die Veranstaltung der Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur des Sekretariats gedeckt werden.
A-2 5 5	Veranschlagt sind sämtliche Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen usw. und die Beteiligung an ihnen (ausgenommen gewisse Ausgaben, die bei Veranstaltung der Konferenzen an einem der vorläufigen Sitze der Gemeinschaften oder bei Außenstellen durch die bestehende Infrastruktur gedeckt werden könnten).
A-2 5 5 0	Veranschlagt sind die Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, die von der Kommission zur Unterstützung der Durchführung der Politik in den verschiedenen Bereichen veranstaltet werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
A-2 5 5 1	Veranschlagt sind verschiedene Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, an denen die Kommission teilnimmt.
A-2 5 5 2	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel zur Deckung der Kosten der Konferenzen, Kongresse und Sitzungen im EGKS-Bereich veranschlagt werden.
A-2 5 5 3	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Veranstaltung von Konferenzen, Seminaren, Sitzungen, Lehrgängen und Studienaufenthalten für Beamte der Mitgliedstaaten, die die aus Gemeinschaftsmitteln finanzierten Maßnahmen bzw. Maßnahmen zur Erhebung der Einnahmen überwachen, die Eigenmittel der Gemeinschaft darstellen, oder am System der Gemeinschaftsstatistiken mitarbeiten. Sie sind außerdem für die Deckung der Ausgaben dieser Art für die Beamten der mittel- und osteuropäischen Länder bestimmt, die die im Rahmen des Programms „PHARE" (Polen-Ungarn: Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftsreformen) finanzierten Maßnahmen überwachen. Vesanschlagt sind ferner die Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Fortbildung der Beamten von Drittländern, wenn deren Bewirtschaftungs- oder Kontrolltätigkeit direkt mit dem Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft zusammenhängt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 6 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 5 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 5 5 3	*(Fortsetzung)*			
A-2 5 5 4	Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen im Bereich der Verbände der europäischen Juristen zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	290 000	260 000	239 999,—
	Artikel A-2 5 5 insgesamt	4 100 000	4 817 000	3 147 395,15
A-2 5 6	***Kosten der vorbereitenden Sitzungen der Gewerkschaften*** Nichtgetrennte Mittel	320 000	285 000	275 000,—
	KAPITEL A-2 5 INSGESAMT	38 220 000	35 291 000	38 923 795,15
	KAPITEL A-2 6			
A-2 6 0	***Untersuchungen und Konsultationen*** Nichtgetrennte Mittel	8 500 000	11 160 000	14 607 717,82

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 6 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 5	*(Fortsetzung)*
A-2 5 5 3	*(Fortsetzung)* Vier Fünftel dieses Mittelansatzes sind zur Deckung der Ausgaben betreffend die Tätigkeiten im Bereich der Strukturfonds bestimmt; ein Fünftel soll die Ausgaben im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik und in den sonstigen Bereichen des Haushaltsplans decken. Ein Betrag in Höhe von 100 000 ECU ist für Seminare zur Ausbildung der Zollbeamten und Bediensteten der Einrichtungen, die die Gemeinschaftsmittel bewirtschaften, in den neuen deutschen Ländern bestimmt.
A-2 5 5 4	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Initiativen der Kommission im Bereich der Finanzkontrolle, mit denen die Tätigkeiten der Verbände der europäischen Juristen zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften auf nationaler und transnationaler Ebene koordiniert werden sollen. Damit sollen insbesondere die Kosten der Arbeit der Verbände, der Veranstaltung von Seminaren, Sitzungen und Konferenzen sowie der Erstellung von Studien, der Ausbildungs- und sonstigen Aktionen zur Förderung und Weiterentwicklung der Verbände gedeckt werden. Ein Betrag in Höhe von 40 000 ECU ist für die Finanzierung einer Studie des in den Mitgliedstaaten anwendbaren Rechts bei Betrug zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts bestimmt mit dem Ziel: — einer Bestandsaufnahme der Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, sowohl was das Straf- als auch das Verfahrensrecht (auf nationaler und transnationaler Ebene) anbelangt; — der Vorlage technischer Lösungen für eine weitere Harmonisierung und für die Schaffung eines „europäischen Rechtsraums". Diese Studie wird dem Europäischen Parlament übermittelt.
A-2 5 6	Veranschlagt sind die Ausgaben für die vorbereitenden Sitzungen der europäischen Gewerkschaftsvertreter, in denen die Standpunkte der Gewerkschaften zur Entwicklung der Gemeinschaftspolitik ermittelt und harmonisiert werden sollen.
A-2 6 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Spezialuntersuchungen und -konsultationen bestimmt, die auf Vertragsbasis von hochqualifizierten Fachleuten (natürliche oder juristische Personen) ausgeführt werden, wenn das Personal der Kommission hierfür nicht eingesetzt werden kann. Dieser Artikel kann auch zum Kauf bereits durchgeführter Studien oder für Abonnements bei spezialisierten Forschungsinstituten dienen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 6 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 6 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL A-2 6 INSGESAMT	8 500 000	11 160 000	14 607 717,82
	Titel A-2 insgesamt	**346 098 000**	**336 951 000**	**391 588 069,73**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 6 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 6 0	*(Fortsetzung)*

Die Mittel schlüsseln sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt auf:

Tätigkeitsbereich	Betrag
1. Binnenmarkt	2 939 000
2. Sozialraum	656 000
3. Begleitmaßnahmen	1 777 000
4. Wirtschaftsentwicklung und Strukturmaßnahmen	532 000
5. Gemeinsame Politiken	404 000
6. Außenbeziehungen	614 000
7. Horizontale Dienste:	
a) Koordination	966 000
b) Finanzen, Kontrolle	178 000
c) Verwaltung und Datenverarbeitung	385 000
d) Sprachendienste	49 000
Bereich 7 insgesamt	1 578 000
Bereiche 1 bis 7 insgesamt	8 500 000
Kabinette und Sonstige	—
Insgesamt	8 500 000

Die Einnahmen aus Beiträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation zu den Gemeinkosten der Gemeinschaft gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), als zusätzliche Mittel bei den betreffenden Haushaltslinien dieses Titels eingesetzt. Diese Einnahmen werden auf 285 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-3

AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-3 0			
A-3 0 0	***Zuschüsse der Europäischen Atomgemeinschaft zur Versorgungsagentur*** Nichtgetrennte Mittel	245 000	241 000	231 000,—
A-3 0 1	***Institutionen von europäischem Interesse***			
A-3 0 1 0	Europakolleg Brügge Nichtgetrennte Mittel	1 900 000	1 900 000	1 600 000,—
A-3 0 1 1	Europäisches Hochschulinstitut Florenz Nichtgetrennte Mittel	4 745 000	4 532 000	4 330 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-3

AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL A-30 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die in dieses Kapitel eingesetzten Mittel sind für die Deckung von Zuschüssen an Institutionen, Einrichtungen, Projekte und Nichtregierungsorganisationen, die sich dem Ziel der Förderung des europäischen Aufbauwerks verschrieben haben, bestimmt. Die Kommission wird ersucht, bis spätestens 15. März 1996 ihre Bestimmungen für die Gewährung der Zuschüsse nach folgenden Grundsätzen zu ändern: — Aktion zur Förderung des europäischen Aufbauwerks, — ausgewogene Aufteilung zwischen allen Mitgliedstaaten, — Einführung von Kontrollmaßnahmen im Sinne der Partnerschaft zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen und den anderen Einrichtungen, — Ausarbeitung eines Berichts für die Haushaltsbehörde im Rahmen des Haushaltsverfahrens über alle gewährten Finanzhilfen, mit einer genauen Beschreibung der finanziellen Aktivitäten, — eine streng an den operationellen Ausgaben orientierte Finanzierung unter Ausklammerung aller Verwaltungsausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die punktuellen Aktionen, — Festlegung einer Mindestschwelle, die die Effizienz des Zuschusses gewährleistet, sowie von Maßnahmen zur Förderung der Einrichtung von Organisationsnetzen.
A-300	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere die Artikel 52 bis 54. Statut der Euratom-Versorgungsagentur, insbesondere Artikel VI. Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft hat auf seiner 23. Tagung am 1. und 2. Februar 1960 einstimmig vorgeschlagen, daß die Kommission nicht nur die Erhebung der Gebühr zur Deckung der Verwaltungsausgaben der Versorgungsagentur, sondern auch die eigentliche Einführung dieser Gebühr verschiebt. Seither enthält der Haushaltsplan der Kommission einen Mittelansatz für einen Zuschuß zum Ausgleich des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlags der Agentur.
A-301	
A-3010	*Vormals Artikel A-325* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Finanzbeitrags der Gemeinschaft für das Europakolleg in Brügge.
A-3011	*Vormals Posten A-3240 und A-3242* Übereinkommen über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts (ABl. Nr. C 29 vom 9. 2. 1976, S. 1), insbesondere Artikel 19 Absatz 2. Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates vom 1. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. Nr. L 43 vom 15. 2. 1983, S. 1). Entscheidung Nr. 359/83/EGKS der Kommission vom 8. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (ABl. Nr. L 43 vom 15. 2. 1983, S. 14). Vertrag zwischen der Kommission und dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz, unterzeichnet am 17. Dezember 1984. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 14. November 1991 betreffend das Archivwesen (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 2). Schlußfolgerungen des Rates vom 17. Juni 1994 zur verstärkten Zusammenarbeit im Archivwesen (ABl. Nr. C 235 vom 23. 8. 1994, S. 3). Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Ausgaben für: — Material, den akademischen Dienstbetrieb des Europäischen Hochschulinstituts Florenz, die Finanzierung einer Europäischen Bibliothek,

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-3 0 1	*(Fortsetzung)*			
A-3 0 1 1	*(Fortsetzung)*			
A-3 0 1 2	Europäische Rechtsakademie (Trier) Nichtgetrennte Mittel	1 200 000	1 000 000	1 000 000,—
A-3 0 1 3	Europäisches Institut für öffentliche Verwaltung in Maastricht Nichtgetrennte Mittel	500 000	280 000	180 000,—
	Artikel A-3 0 1 insgesamt	8 345 000	7 712 000	7 110 000,—
A-3 0 2	***Organisationen mit europäischer Zielsetzung***			
A-3 0 2 0	Beihilfen an Organisationen von europäischem Interesse und transeuropäische Netze, insbesondere Dachorganisationen Nichtgetrennte Mittel	3 150 000	1 295 000	759 500,—
A-3 0 2 1	Städtepartnerschaften in der Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	7 500 000	3 500 000	3 200 000,—
A-3 0 2 2	Studien- und Forschungszentren Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 020 000	990 500,—
A-3 0 2 3	Ausbildung und Fortbildung von Konferenzdolmetschern Nichtgetrennte Mittel	200 000	118 000	133 460,13

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 0 1	*(Fortsetzung)*
A-3 0 1 1	*(Fortsetzung)* — den finanziellen Beitrag zu den Betriebskosten des interdisziplinären Forschungszentrums, „Robert Schuman", des „Europäischen Forums" sowie einer Reihe weiterer Forschungsvorhaben, die am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz durchgeführt werden, — die Finanzierung einer Reihe von „Jean-Monnet"-Stipendien, eines „Jean-Monnet"-Lehrstuhls und eines Sommerkurses über europäisches Recht und den Schutz der Menschenrechte, — die Aufnahme von Forschern, die Doktorarbeiten im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der Europäischen Union vorbereiten. Ferner veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Verwaltungsausgaben (Personal- und Betriebskosten) des Europäischen Hochschulinstituts Florenz für die historischen Archive sowie für den Erwerb historischer Dokumente von Privatpersonen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen.
A-3 0 1 2	*Vormals Posten A-3 2 9 0* Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung des Gemeinschaftszuschusses für die Europäische Rechtsakademie. Mit diesen Mitteln können ebenfalls die Kosten für Dolmetschen und Übersetzen aus anderen und in andere Sprachen als Deutsch, Englisch und Französisch gedeckt werden.
A-3 0 1 3	*Vormals Artikel A-3 0 7 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Finanzbeitrags der Gemeinschaft für das Europäische Institut in Maastricht.
A-3 0 2	
A-3 0 2 0	*Vormals Artikel A-3 0 4 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Beihilfen für Organisationen von europäischem Interesse und insbesondere zur Förderung einer breitangelegten Kampagne zur Sensibilisierung der europäischen Öffentlichkeit und zu ihrer Information über die Grundlagen der Europäischen Union und ihre Vorzüge für alle Länder Europas, insbesondere die Randregionen, Inseln und Berggebiete, wobei dem erforderlichen geographischen Gleichgewicht Rechnung zu tragen ist. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Gewährung von Finanzhilfen für Organisationen, die weitergehende Forschungen oder Studien im Bereich der europäischen Integration und der Funktionsweise der Institutionen betreiben.
A-3 0 2 1	*Vormals Artikel A-3 0 6* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung von Partnerschaften zwischen Städten der Union. Ein Teil dieser Mittel dient der Förderung von Partnerschaften zwischen Städten in der Europäischen Union und in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Sie dienen ferner der Förderung von Verbindungen zwischen den Randregionen, Berggebieten und Inseln der Union, wobei das erforderliche geographische Gleichgewicht zu berücksichtigen ist.
A-3 0 2 2	*Vormals Artikel A-3 0 7 (teilweise)* Veranschlagt sind: — Mittel für die Studien- und Forschungszentren im Bereich der europäischen Integration, — die Unterstützung der nichtstaatlichen Verbände der Lehrkräfte, deren Ziel die Annäherung der Lehrkräfte der Europäischen Union ist, — ein Finanzbeitrag zum Zentrum für Höhere Europäische Studien in Straßburg, das zur Aufgabe hat, eine europabezogene Ausbildung für die Beamten der europäischen Länder zu konzipieren (100 000 ECU).
A-3 0 2 3	*Vormals Artikel A-3 2 1* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Finanzbeitrags zu dem Programm, das im Rahmen der CIUTI (Ständige Konferenz der Direktoren der Übersetzer- und Dolmetscher-Hochschulinstitute) oder in einem anerkannten Hochschulinstitut bzw. postuniversitären Institut zur Ausbildung von Konferenzdolmetschern durchgeführt wird.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-30 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-302	*(Fortsetzung)*			
A-3023	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-302 insgesamt	12 850 000	6 933 000	5 083 460,13
A-303	***Vorhaben mit europäischer Zielsetzung***			
A-3030	Vereinigungen und Verbände von europäischem Interesse Nichtgetrennte Mittel	1 350 000	2 705 000	1 585 000,—
A-3031	Journalisten in Europa Nichtgetrennte Mittel	255 000	250 000	250 000,—
A-3032	Europäisches Zentrum für politische Studien Nichtgetrennte Mittel	250 000	250 000	115 000,—
A-3033	Internationales Zentrum für europäische Bildung Nichtgetrennte Mittel	750 000	500 000	400 000,—
	Artikel A-303 insgesamt	2 605 000	3 705 000	2 350 000,—
A-304	***Nichtregierungsorganisationen (NRO)***			
A-3040	Förderung internationaler nichtstaatlicher Jugendorganisationen Nichtgetrennte Mittel	1 300 000	1 250 000	844 000,—
A-3041	Unterstützung der internationalen Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs einsetzen Nichtgetrennte Mittel	300 000	300 000	0,—
	Artikel A-304 insgesamt	1 600 000	1 550 000	844 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 0 2	*(Fortsetzung)*
A-3 0 2 3	*(Fortsetzung)* Ferner sollen damit Stipendien für Dolmetscher finanziert werden, um ihnen den Erwerb zusätzlicher Arbeitssprachen zu ermöglichen; außerdem dienen sie der Finanzierung eines Preises für besondere Verdienste. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 485 000 ECU veranschlagt.
A-3 0 3	
A-3 0 3 0	*Vormals Artikel A-3 0 4 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Finanzhilfen für Vereinigungen oder Verbände, die spezifische Vorhaben mit europäischer Zielsetzung entwickeln.
A-3 0 3 1	*Vormals Posten A-3 0 9 0 (teilweise)* Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung des Finanzbeitrags der Gemeinschaft für die Journalistenvereinigung in Europa.
A-3 0 3 2	*Vormals Posten A-3 0 9 2* Aus diesen Mitteln wird ein finanzieller Beitrag zum Programm des Europäischen Zentrums für politische Studien (EZPS) geleistet.
A-3 0 3 3	*Vormals Posten A-3 2 9 1* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung eines finanziellen Beitrags zum Ausbildungs-, Veröffentlichungs- und Forschungsprogramm im Bereich der europäischen Integration, das vom Internationalen Zentrum für europäische Bildung eingeleitet wurde.
A-3 0 4	
A-3 0 4 0	*Vormals Artikel A-3 2 2* Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Zuschüssen für internationale nichtstaatliche Jugendorganisationen, die in einem europäischen Rahmen tätig sind. Diese Mittel sind zur Unterstützung der nichtstaatlichen Verbände der Lehrkäfte bestimmt, deren Ziel die Annäherung der Lehrkräfte der Europäischen Union ist.
A-3 0 4 1	*Vormals Posten A-3 0 9 3* Diese Mittel sind bestimmt zur Gewährung eines Zuschusses der Europäischen Union als Beitrag für die internationalen Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs einsetzen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-3 0 5	***Sonstige Zuschüsse mit europäischem Charakter***			
A-3 0 5 0	Europäisches Institut für Süd- und Südostasien-Forschung Nichtgetrennte Mittel	175 000 (1)	175 000	175 000,—
A-3 0 5 1	Europäisch-Lateinamerikanisches Institut (IRELA) Nichtgetrennte Mittel	1 900 000	1 800 000	1 500 000,—
A-3 0 5 2	Europäisches Nord-Süd-Zentrum für weltweite Interdependenz und Solidarität Nichtgetrennte Mittel	500 000	400 000	330 000,—
A-3 0 5 3	Lateinamerikanisches Zentrum für die Beziehungen zu Europa Nichtgetrennte Mittel	250 000	150 000	
A-3 0 5 4	Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Denkmäler Nichtgetrennte Mittel	200 000	100 000	
A-3 0 5 5	Internationale Begegnungen Nichtgetrennte Mittel	1 100 000	1 000 000	1 499 927,—
A-3 0 5 6	Unterstützung für das Jean-Monnet-Haus Nichtgetrennte Mittel	250 000	200 000	
A-3 0 5 7	Frauenforum Nichtgetrennte Mittel	600 000	650 000	350 000,—
A-3 0 5 8	Sonstige allgemeine Zuschüsse Nichtgetrennte Mittel	570 000	750 000	120 000,—

(1) Mittel in Höhe von 200 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-30 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-305	
A-3050	*Vormals Artikel A-301* Diese Mittel sind bestimmt für die Beteiligung der Gemeinschaft an den Kosten für die Organisation von Kongressen, gelegentlichen Veranstaltungen, europäischen oder wissenschaftlichen Aktionen, die für die Gemeinschaft von Interesse sind.
A-3051	*Vormals Posten A-3020* Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung des Zuschusses, der für die Sicherstellung des Dienstbetriebs des Europäisch-Lateinamerikanischen Instituts und die gemeinsamen Programme dieses Instituts und des Lateinamerikanischen Parlaments erforderlich ist.
A-3052	*Vormals Posten A-3021* Veranschlagt sind Mittel zur finanziellen Unterstützung des Europäischen Zentrums für weltweite Interdependenz und Solidarität in Lissabon für Konferenzen, Seminare und Ausstellungen über die europäische Politik im Bereich der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.
A-3053	*Vormals Posten A-3022* Aus diesen Mitteln werden Beiträge zur laufenden Tätigkeit des Lateinamerikanischen Zentrums für die Beziehungen zu Europa (CELARE) sowie Zuschüsse zu ihren Maßnahmen gewährt.
A-3054	*Vormals Artikel A-303* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 1993 zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Denkmäler (ABl. Nr. C 72 vom 15. 3. 1993, S. 118). Mit diesen Mitteln soll die Europäische Union einen Beitrag zur Erhaltung der wichtigsten der mit der Deportation assoziierten Schauplätze und Archive leisten, die durch die in den Stätten der ehemaligen Lager errichteten Denkmäler symbolisiert werden.
A-3055	*Vormals Posten A-3050 und A-3059* Diese Mittel sind bestimmt für die Finanzierung von Informations- und Kommunikationsaktionen zur Unterstützung verschiedener Tätigkeiten im Rahmen von Messen, Ausstellungen und anderen Veranstaltungen.
A-3056	*Vormals Artikel A-308* Diese Mittel dienen zur Finanzierung der vom Jean-Monnet-Haus organisierten Aktivitäten und Programme.
A-3057	*Vormals Posten A-3058 und A-3091* Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung des Frauenforums. Wie das Jugendforum ist das Frauenforum oder die Frauenlobby ein unerläßliches Instrument zur Unterstützung der Gemeinschaftsaktionen für Frauen geworden. Aus diesen Mitteln soll vor Ende 1997 die Veranstaltung einer europäischen Folge- und Bewertungskonferenz der UN-Weltfrauenkonferenz finanziert werden, zu der die zur Regierungen der Mitgliedstaaten, die europäischen Institutionen und europäische Nichtregierungsorganisationen eingeladen werden. Des weiteren fällt unter diesen Posten die Verwirklichung der Vorstellungen, die in der von der Kommission und den NRO während des NRO-Forums in Peking ausgearbeiteten Aktionsplattform auf europäischer Ebene enthalten sind.
A-3058	*Vormals Posten A-3090 (teilweise)* Diese Mittel sind bestimmt zur Gewährung verschiedener Zuschüsse, die ihrer Art nach nicht unter die anderen Posten dieses Kapitels fallen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-3 0 5	*(Fortsetzung)*			
A-3 0 5 9	Europäisches Forschungsinstitut für die Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerraums und Arabiens Nichtgetrennte Mittel	200 000 (1)		
	Artikel A-3 0 5 insgesamt	5 745 000	5 225 000	3 974 927,—
A-3 0 6	***Sonstige Zuschüsse mit europäischem Charakter* (Fortsetzung des Artikels A-3 0 5)**			
A-3 0 6 0	Beihilfen für die Europäische Gesellschaft für Zusammenarbeit (EGZ) Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	1 800 000,—
	Artikel A-3 0 6 insgesamt	2 000 000	2 000 000	1 800 000,—
	KAPITEL A-3 0 INSGESAMT	33 390 000	27 366 000	21 393 387,13
	KAPITEL A-3 2			
A-3 2 0	***Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen des Organs***			
A-3 2 0 0	Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen des Organs Nichtgetrennte Mittel	3 400 000	3 300 000	2 556 000,—

(1) Mittel in Höhe von 50 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 0 5	*(Fortsetzung)*
A-3 0 5 9	*Neuer Posten* Diese Mittel dienen zur Deckung einer Teilnahme an den Arbeiten des Instituts, zum Informationsaustausch zwischen Akademikern, Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und Politikern, zur Förderung unabhängiger Forschung sowie zur Bekanntgabe von Forschungsergebnissen an politische Entscheidungsträger und Mitglieder des Europäischen Parlaments.
A-3 0 6	
A-3 0 6 0	*Vormals Posten B7-5 0 9 5* Verordnung (EWG) Nr. 3245/81 des Rates vom 26. Oktober 1981 über die Errichtung einer Europäischen Agentur für Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 328 vom 16. 11. 1981, S. 1). Beschluß 86/125/EWG, EGKS des Rates und der Kommission vom 24. März 1986 über den Abschluß des dritten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 86 vom 31. 3. 1986, S. 1), insbesondere Artikel 211 Absatz 4 des Abkommens. Beschluß 91/400/EWG, EGKS des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere Artikel 302 des am 15. Dezember 1989 unterzeichneten und am 1. September 1991 in Kraft getretenen Abkommens. Veranschlagt sind Mittel für einen Zuschuß für die Europäische Gesellschaft für Zusammenarbeit. Der Zuschuß kann ebenfalls die Verwaltungsausgaben decken.
A-3 2 0	
A-3 2 0 0	*Vormals Artikel A-3 2 0* Veranschlagt sind Mittel für die Veranstaltung von Verwaltungspraktika für junge Akademiker, für Dolmetscher- und Übersetzerpraktika, um die Einstellung in der Sonderlaufbahn Sprachendienst zu erleichtern, sowie von Informationskurzpraktika für Beamte aus den Mitgliedstaaten. Die Mittel decken die Vergütungen und Sozialabgaben für die Praktikanten, die Reisekosten, die zu Beginn, während und zum Abschluß des Praktikums anfallen, sowie die Betreuungskosten (Verpflegung, Dokumentation). Seit 1987 werden zusätzliche Praktikantenstellen für junge Akademiker in den Delegationen der Kommission in den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik und in den Entwicklungsländern Lateinamerikas und Asiens zur Verfügung gestellt. Sie sind in Ländern mit niedrigem Kostenniveau bereitgestellt, um die Kosten so gering wie möglich zu halten und das Programm kosteneffizient zu gestalten. Die Gemeinschaft ist besonders bemüht, im Vorfeld der Vollendung des Binnenmarktes Stellen für Praktikanten aus den AKP-Staaten, den Entwicklungsländern Lateinamerikas und Asiens zu schaffen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-3 2 0	*(Fortsetzung)*			
A-3 2 0 1	Unterstützung der Durchführung von Praktika für junge Diplomaten aus den Ländern Mittel- und Osteuropas Nichtgetrennte Mittel	500 000		
	Artikel A-3 2 0 insgesamt	3 900 000	3 300 000	2 556 000,—
A-3 2 7	***Europäische Schulen***			
A-3 2 7 0	Gehälter und soziale Aufwendungen Nichtgetrennte Mittel	68 915 904 (1)	70 434 829 (2)	72 880 000,—
A-3 2 7 1	Vergütungen und verschiedene Zulagen Nichtgetrennte Mittel	5 944 776	5 219 036	6 281 000,—
A-3 2 7 2	Ausgaben für Betriebskosten der Gebäude Nichtgetrennte Mittel	5 783 269	5 484 491	5 551 000,—
A-3 2 7 3	Ausgaben für Ausstattung und Betrieb der Schulen Nichtgetrennte Mittel	7 357 400	4 397 000	4 571 000,—
	Artikel A-3 2 7 insgesamt	88 001 349	85 535 356	89 283 000,—
	KAPITEL A-3 2 INSGESAMT	91 901 349	88 835 356	91 839 000,—
	KAPITEL A-3 4			
A-3 4 0	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	43 500 000	46 855 000	34 950 000,—

(1) Mittel in Höhe von 7 408 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 4 500 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 2 0	*(Fortsetzung)*
A-3 2 0 1	*Neuer Posten* Diese Mittel sind dazu bestimmt, einen Beitrag zur Schulung junger Diplomaten aus den Ländern Mittel- und Osteuropas in europäischen Angelegenheiten zu decken.
A-3 2 7	Satzung der Europäischen Schulen vom 12. April 1957. Protokoll vom 13. April 1962 über die Gründung der Europäischen Schulen und Zusatzprotokoll vom 15. Dezember 1975. Vom Obersten Rat der Europäischen Schulen am 18. Oktober 1988 genehmigte Haushaltsordnung. Beschluß 94/557/EG, Euratom des Rates vom 17. Juni 1994 betreffend die Ermächtigung der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft zur Unterzeichnung und zum Abschluß der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. Nr. L 212 vom 17. 8. 1994, S. 1). Entscheidung 94/558/EGKS der Kommission vom 17. Juni 1994 betreffend den Abschluß der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. Nr. L 212 vom 17. 8. 1994, S. 15).
A-3 2 7 0	Diese Mittel sind für Kapitel 1 und 5 des Haushalts der Europäischen Schulen bestimmt.
A-3 2 7 1	Diese Mittel sind für Kapitel 4 des Haushalts der Europäischen Schulen bestimmt.
A-3 2 7 2	Diese Mittel sind für Artikel 20 des Haushalts der Europäischen Schulen bestimmt.
A-3 2 7 3	Diese Mittel sind für Kapitel 2 (außer Artikel 20), 3 und 7 des Haushalts der Europäischen Schulen bestimmt.
A-3 4 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 191. Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 385/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands. Entscheidung des Rates vom 15. September 1958 über die Gründung des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 390/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands. Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 über die Einrichtung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19).

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-3 4 0	*(Fortsetzung)*			
A-3 4 1	***Veröffentlichungen***			
A-3 4 1 0	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	4 945 000	5 095 000	4 254 000,—
A-3 4 1 1	Vorrangiges Veröffentlichungsprogramm Nichtgetrennte Mittel	5 250 000	5 250 000	4 000 000,—
A-3 4 1 2	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	260 000	260 000	200 000,—
	Artikel A-3 4 1 insgesamt	10 455 000	10 605 000	8 454 000,—
A-3 4 2	***Amt für amtliche Veröffentlichungen*** Nichtgetrennte Mittel	54 052 000	50 928 000 (1)	43 905 401,21
	KAPITEL A-3 4 INSGESAMT	108 007 000	108 388 000	87 309 401,21

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 4 0	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind die Kosten für die Veröffentlichung des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften.* Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 4 345 000 ECU veranschlagt.
A-3 4 1	
A-3 4 1 0	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Herausgabe: — der in den Verträgen oder Verordnungen des Rates vorgesehenen Veröffentlichungen, — der Zeitschriften, Sammelwerke und sonstigen Veröffentlichungen der Kommission, — der Broschüren und Veröffentlichungen zur Verbreitung der technischen und wirtschaftlichen Kenntnisse. Die Ausgaben für die Herausgabe umfassen die Vorbereitung und Ausarbeitung (einschließlich Autorenverträge), die Honorare für freiberufliche Journalisten, die Auswertung von Dokumentation, die Vervielfältigung von Schriftstücken, die Abfassung, Übersetzung, Überprüfung (einschließlich der Überprüfung der Konkordanz der Texte), den Druck und die Verteilung. Darüber hinaus werden bei diesem Posten alle Ausgaben im Zusammenhang mit der EDV-gestützten Veröffentlichung, der Verwaltung und der Beschaffung von Daten ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 3 050 000 ECU veranschlagt.
A-3 4 1 1	Diese Mittel sind zur Finanzierung der im Rahmen des Vorrangigen Veröffentlichungsprogramms ausgewählten Publikationen bestimmt, in denen die Tätigkeit der Kommission sowie die Errungenschaften und Vorhaben der Europäischen Union dargestellt werden. Diese Veröffentlichungen sind entweder unmittelbar an die Öffentlichkeit oder an die Multiplikatoren der öffentlichen Meinung und die Behörden der Mitgliedstaaten gerichtet. Die Publikationskosten umfassen alle Ausgaben, die in der Vorbereitungs- und der Ausarbeitungsphase (einschließlich der Autoren-Verträge) anfallen, die Honorare für freiberufliche Journalisten sowie alle Kosten im Zusammenhang mit der Auswertung und Vervielfältigung von Dokumenten, der Textredaktion, Übersetzung und Revision (einschließlich der Überprüfung der Übereinstimmung der Texte), den PR-Maßnahmen, dem Druck und dem Vertrieb der Publikationen. Darüber hinaus werden bei diesem Posten alle Ausgaben im Zusammenhang mit der EDV-gestützten Veröffentlichung, der Verwaltung und der Beschaffung von Daten ausgewiesen.
A-3 4 1 2	Veranschlagt sind die Kosten für den Druck und die Verteilung von Broschüren, die Ausgaben für die Verbreitung technischer und wirtschaftlicher Kenntnisse sowie die Ausgaben für die elektronische Veröffentlichung. Die Mittel sind ferner für die Förderung der Veröffentlichungen der Kommission, mit Ausnahme der Veröffentlichungen des Statistischen Amtes, bestimmt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-3 4 2	Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 über die Errichtung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19), insbesondere die Artikel 5 und 7. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 124. Gesamtmittelausstattung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen, dessen Haushaltsplan diesem Einzelplan des Ausgabenplans als Anlage II beigefügt ist. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 15 605 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-3 5			
A-3 5 0	***Wirtschaftsinformationen und Verwaltung der Wirtschafts- und Währungsunion***			
A-3 5 0 0	Europaweit abgestimmte Konjunkturerhebungen und Auswertung der Ergebnisse			
	Nichtgetrennte Mittel	3 100 000	3 075 000	2 434 135,—
A-3 5 0 1	Vorbereitende und unterstützende Maßnahmen im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion			
	Nichtgetrennte Mittel	1 150 000	950 000	300 000,—
	Artikel A-3 5 0 insgesamt	4 250 000	4 025 000	2 734 135,—
A-3 5 2	***Maßnahmen im Bereich des Wettbewerbs, einschließlich Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen***			
	Nichtgetrennte Mittel	620 000	602 000	548 752,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-35 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE

Artikel Posten	Erläuterungen
A-350	
A-3500	Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung bzw. Fortführung sowie für die Auswertung folgender Erhebungen: — auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse vom 15. November 1961: — monatliche Konjunkturerhebung bei den Unternehmen der Gemeinschaft (seit 1962), — Konjunkturerhebung in der Bauwirtschaft (seit 1963), — Konjunkturerhebung über die Investitionen (seit 1966), — Konjunkturerhebung im Einzelhandel, — Konjunkturerhebung im Dienstleistungssektor, — Ad-hoc-Erhebung über aktuelle Fragen; — auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 15. September 1970: — Konjunkturerhebung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei den Verbrauchern (seit 1972). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.
A-3501	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die technische Unterstützung bei der Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Leitlinien der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft sowie für vorbereitende, unterstützende und bewertende Untersuchungen im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion.
A-352	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere die Artikel 65, 66 und 95. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 85, 86, 90, 92 und 93. Richtlinie 88/301/EWG der Kommission vom 16. Mai 1988 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikations-Endgeräte (ABl. Nr. L 131 vom 27. 5. 1988, S. 73). Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1) und berichtigte Fassung (ABl. Nr. L 257 vom 21. 9. 1990, S. 13). Richtlinie 90/388/EWG der Kommission vom 28. Juni 1990 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikation (ABl. Nr. L 192 vom 27. 4. 1990, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 2367/90 der Kommission vom 25. Juli 1990 über die Anmeldungen, über die Fristen sowie über die Anhörung nach der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 219 vom 14. 8. 1990, S. 5). Richtlinie 90/684/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über Beihilfen für den Schiffbau (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1990, S. 27), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/73/EG (ABl. Nr. L 351 vom 31. 12. 1994, S. 10). Entscheidung Nr. 3855/91/EGKS der Kommission vom 27. November 1991 zur Einführung gemeinschaftlicher Vorschriften über Beihilfen an die Eisen- und Stahlindustrie (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1991, S. 57). Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) (ABl. Nr. L 1 vom 3. 1. 1994, S. 3), insbesondere die Artikel 52 bis 62 und Protokolle zu diesem Abkommen über die Anwendung der Wettbewerbsregeln im räumlichen Geltungsbereich des Abkommens. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten von Studien über die Struktur der Sektoren und Märkte in den einzelnen Mitgliedstaaten, ihre Tendenzen und ihre Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Konzentration und des Wettbewerbs sowie der in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durchzuführenden Kontrollen angemeldeter Unternehmenszusammenschlüsse.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-3 5 3	***Koordinierung der Betrugsbekämpfung***			
A-3 5 3 0	Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	101 614,71
A-3 5 3 1	Kontrollen, Studien, Analysen im Rahmen der Betrugsbekämpfung Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	3 308 000	4 103 477,82
A-3 5 3 2	TAFI (textile anti-fraud initiative) — Betrugsbekämpfungsmaßnahmen im Textilbereich Nichtgetrennte Mittel	800 000	800 000	799 901,—
	Artikel A-3 5 3 insgesamt	5 000 000	4 308 000	5 004 993,53

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 5 3	
A-3 5 3 0	Schlußfolgerungen des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben der Dienststelle für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrügereien bestimmt, die von der Kommission damit beauftragt ist, — sämtliche Informationen zur Aufdeckung und Verfolgung von Betrügereien aufzufinden, zusammenzutragen, zu prüfen, auszuwerten und weiterzuleiten, — die von den Dienststellen der Kommission eingeleiteten Maßnahmen zu koordinieren und weiterzuverfolgen, — gemeinsame Infrastrukturen, insbesondere EDV-Anlagen, zu konzipieren, zu entwickeln und zu verwalten, — alle möglichen Initiativen zur Verbesserung der Ausbildung des Personals zu ergreifen und die Beziehungen zu den nationalen Verwaltungsbehörden zu intensivieren, — bei Bedarf Kontrollen und Untersuchungen, insbesondere auf Antrag des Europäischen Parlaments, zu organisieren und an ihnen teilzunehmen, — die Begleitung der nationalen Behörden bei Maßnahmen zur Feststellung und Verfolgung aufgedeckter Betrugsfälle sowie zur Wiedereintreibung der veruntreuten Summen und Einleitung der für den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft auf Verwaltungs- und Gerichtsebene erforderlichen Schritte (wie etwa Anzeigen, Auftreten als Nebenkläger usw.) zu übernehmen, — die Koordinierung mit den für die Zentralisierung der Analysen, Kontrollen und Bewertungen im Bereich der Korruption und des organisierten Verbrechens zuständigen nationalen Stellen zu gewährleisten. Sie sollen ferner die Ausgaben im Zusammenhang mit von der Dienststelle für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrügereien im Rahmen der oben genannten Zielvorgaben ergriffenen Initiativen zur Koordinierung und Überwachung der Maßnahmen der Dienststellen der Kommission, zur Organisation von und Teilnahme an Kontrollen und Untersuchungen vor Ort und zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den nationalen Verwaltungen im Bereich des Informationsaustausches decken.
A-3 5 3 1	Verordnung (EWG) Nr. 4045/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, sind, und zur Aufhebung der Richtlinie 77/435/EWG (ABl. Nr. L 388 vom 30. 12. 1989, S. 18). Entscheidung 94/442/EG der Kommission vom 1. Juli 1994 zur Schaffung eines Schlichtungsverfahrens im Rahmen des Rechnungsabschlusses des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, (ABl. Nr. L 182 vom 16. 7. 1994, S. 45). Schlußfolgerungen des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Verordnung (EG) Nr. 3235/94 des Rates vom 20. Dezember 1994 zur Änderung mehrerer Bestimmungen betreffend die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen, die in der Landwirtschaft von Finnland, Österreich und Schweden zu treffen sind, infolge des Beitritts dieser neuen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1994, S. 16). Veranschlagt sind Ausgaben im Zusammenhang mit neuen Betrugsbekämpfungsmaßnahmen sowie mit der Durchführung der Gemeinschaftsregelung und deren Vereinfachung. Sie sollen ferner die Ausgaben im Zusammenhang mit von der Dienststelle für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrügereien außerhalb der vorgenannten Rechtsgrundlagen ergriffenen Initiativen zur Koordinierung und Überwachung der Maßnahmen der Dienststellen der Kommission zur Organisation von und Teilnahme an Kontrollen und Untersuchungen vor Ort und zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den nationalen Verwaltungen im Bereich des Informationsaustausches decken. Des weiteren fällt unter diesen Posten die Finanzierung von Kontrolleinrichtungen für Container-Einfuhren durch den Einbau von Scannern in den verschiedenen Häfen der Europäischen Union.
A-3 5 3 2	Schlußfolgerungen des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für spezifische Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Textilbereich sowie für Kontrollen und Untersuchungen vor Ort bei Betrugsfällen im Handel mit Textilien und Bekleidung. Veranschlagt sind ferner Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Beteiligung der Gemeinschaft an der Schaffung einer Betrugsbekämpfungseinheit in Zusammenarbeit mit den Unternehmern der Textilindustrie.

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-3 5 5	***Europäisches Netz für Dokumentation, Koordinierung und Untersuchung zur Bekämpfung grenzüberschreitender Betrügereien und Kriminalität*** Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)	400 000	0,—
A-3 5 6	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den obligatorischen Abgaben*** Nichtgetrennte Mittel	390 000	380 000	266 900,—
	KAPITEL A-3 5 INSGESAMT	10 260 000	9 715 000	8 554 780,53
	Titel A-3 insgesamt	**243 558 349**	**234 304 356**	**209 096 568,87**

(1) Mittel in Höhe von 350 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 5 5	Schlußfolgerungen des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Mitfinanzierung eines europäischen Netzes für Dokumentation, Koordinierung und Untersuchung zur Bekämpfung grenzüberschreitender Betrügereien und Kriminalität im Zusammenhang mit allen außerhalb der Gemeinschaftsstrukturen durchgeführten Maßnahmen zum rechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft (insbesondere mit den Einrichtungen europäischen Rechts und den europäischen Juristenvereinigungen). Sie decken ferner die Ausgaben für die Durchführung einer vergleichenden Rechtsstudie im Bereich der Verfolgung der Korruption und der Phänomene des organisierten Verbrechens in den Mitgliedstaaten (Organe, Methoden, Rechtsvorschriften). Diese Studie wird dem Europäischen Parlament übermittelt.
A-3 5 6	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung eines Aktions- und Kooperationsprogramms Gemeinschaft/Mitgliedstaaten im Bereich der obligatorischen Abgaben, insbesondere für: — Untersuchungen, Studien und sonstige Maßnahmen, einschließlich der Einrichtung eines Rahmens für den Austausch von Fachwissen (Vertreter der Hochschulen, unabhängige Sachverständige) zu verschiedenen Aspekten der Neugliederung der obligatorischen Abgaben: Auswirkungen auf die Beschäftigung, makro- und mirkoökonomische Wirkungen, Umverteilungseffekte, Vorzüge und Nachteile einer Steuerreform im Vergleich zu anderen Politiken sowie Wechselwirkungen zwischen dem Binnenmarkt und den Steuern und Sozialabgaben, — die Verbreitung von Informationen über obligatorische Abgaben bei den Gemeinschaftsorganen, den nationalen Verwaltungen und in der Öffentlichkeit in angemessener Form und Frist (Übersichten, Bulletins, Informationsveranstaltungen, Seminare, Workshops). Die Einnahmen aus Beiträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation zu den Gemeinkosten der Gemeinschaft gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), als zusätzliche Mittel bei den betreffenden Haushaltslinien dieses Titels eingesetzt. Diese Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-4

INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT, INTERINSTITUTIONELLE DIENSTLEISTUNGEN UNT TÄTIGKEITEN

KAPITEL A-4 0 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-4 0			
A-4 0 0	***Gemeinsame Verwaltung für die freiberuflichen Dolmetscher und die Dolmetscherkonferenzdienste***			
A-4 0 0 0	Freiberufliche Dolmetscher des gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienstes Nichtgetrennte Mittel	11 850 000	5 660 000	12 300 000,—
A-4 0 0 1	Sonstige freiberufliche Dolmetscher Nichtgetrennte Mittel	6 500 000	6 350 000	6 500 000,—
A-4 0 0 2	Interims-Konferenzoperateure des gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienstes Nichtgetrennte Mittel	70 000	53 000	160 000,—
A-4 0 0 3	Sonstige Interims-Konferenzoperateure Nichtgetrennte Mittel	p.m.	3 000	2 500,—
A-4 0 0 4	Sonstige Unterstützungsleistungen Nichtgetrennte Mittel	8 000 000	7 294 000	7 959 676,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-4

INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT, INTERINSTITUTIONELLE DIENSTLEISTUNGEN UNT TÄTIGKEITEN

KAPITEL A-40 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die unter diesem Kapitel aufgeführten Tätigkeiten sind Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit, die eine Konsultation zwischen den Organen sowie die Stärkung der Mechanismen für die gemeinsame Verwaltung im Hinblick auf die Rationalisierung der Ausgaben beinhaltet.
A-400	
A-4000	*Vormals Posten A-1170* Zusätzlich zu den wiederzuverwendenden Beträgen sind Mittel für die Vergütungen, Sozialabgaben, Reisekosten und Tagegelder für freiberufliche und andere nichtständige Dolmetscher veranschlagt, die vom SCIC für die von der Kommission bzw. anderen Organen anberaumten Sitzungen verpflichtet werden, bei denen die erforderlichen Dienstleistungen nicht von den Dolmetschern der Kommission (Beamte, Zeitbedienstete oder Hilfskräfte) erbracht werden können. Die entsprechenden Ausgaben für den Bereich Forschung werden den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 17 500 000 ECU veranschlagt.
A-4001	*Vormals Posten A-1171* Veranschlagt sind Mittel für die Vergütungen, Sozialabgaben, Reisekosten und Tagegelder für freiberufliche und andere nichtständige Dolmetscher, die von der Kommission für die von ihm bzw. anderen Organen anberaumten Sitzungen verpflichtet werden, bei denen die erforderlichen Dienstleistungen nicht von den Dolmetschern der Kommission (Beamte, Zeitbedienstete oder Hilfskräfte) erbracht werden können. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 125 000 ECU veranschlagt.
A-4002	*Vormals Posten A-1172* Veranschlagt sind Mittel für Konferenztechniker (Aushilfspersonal), die vom SCIC für die von der Kommission bzw. anderen Organen anberaumten Sitzungen verpflichtet werden, bei denen die erforderlichen Dienstleistungen nicht von den Beamten, Zeitbediensteten oder Hilfskräften der Kommission erbracht werden können.
A-4003	*Vormals Posten A-1173* Dieser Posten soll die Ausgaben für Konferenztechniker (Aushilfspersonal), die von der Kommission für die von ihr bzw. anderen Organen anberaumten Sitzungen verpflichtet werden, bei denen die erforderlichen Dienstleistungen nicht von den Beamten, Zeitbediensteten oder Hilfskräften des Organs erbracht werden können, decken.
A-4004	*Vormals Posten A-1177* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Kosten: — Kosten für die Einstellung von Aushilfspersonal für Restaurants/Kantinen und Warenverkaufsstellen; — Kosten für die Einstellung von Aushilfspersonal für die von der Kommission organisierten Kindertagesstätten, Ferienzentren und Freilufttagesstätten; — Kosten für Vervielfältigungs- und Schreibarbeiten außerhalb des Hauses, soweit diese nicht von den Dienststellen der Kommission ausgeführt werden können; — Kosten der Umstellung auf EDV zur Erstellung von Erläuterungs- und Begründungsdokumenten für den Eigenbedarf der Kommission und zur Vorlage bei der Haushaltsbehörde; — Ausgaben in Verbindung mit privatrechtlichen Verträgen, die zur Vertretung der in der Kinderkrippe tätigen verbeamteten Kindergärtner(innen) geschlossen werden. Die entsprechenden Ausgaben für die Forschung werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 718 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 0 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-4 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-4 0 0 5	Dienstleistungen von Dolmetschern des Parlaments Nichtgetrennte Mittel	823 000	948 000	822 000,—
	Artikel A-4 0 0 insgesamt	27 243 000	20 308 000	27 744 176,—
A-4 0 1	***Gemeinsame Verwaltung für die Übersetzer***			
A-4 0 1 1	Leistungen zur Unterstützung der Übersetzungsdienstes Nichtgetrennte Mittel	7 600 000	7 300 000	7 201 000,—
A-4 0 1 2	Dienstleistungen der Kommission (Übersetzungsdienst für mittel- und langfristige Aufgaben) für das Amt für amtliche Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-4 0 1 3	Mehrsprachige terminologische Datenbank (Eurodicautom) Nichtgetrennte Mittel	1 610 000	1 550 000	871 455,—
A-4 0 1 4	Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek des Übersetzungsdienstes Nichtgetrennte Mittel	375 000	360 000	468 600,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 0 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-4 0 0	*(Fortsetzung)*
A-4 0 0 5	*Vormals Posten A-2 3 9 1* Veranschlagt sind die Dienstleistungen der Dolmetscher des Parlaments (Beamte oder Bedienstete auf Zeit) für die Kommission. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-4 0 1	
A-4 0 1 1	*Vormals Posten A-1 1 7 6* Veranschlagt sind die Ausgaben für Übersetzungsleistungen auf freiberuflicher oder Zeitarbeitsbasis sowie für vom Übersetzungsdienst außer Haus vergebene Schreib- und sonstige Arbeiten.
A-4 0 1 2	*Vormals Posten A-2 3 9 2* Abkommen vom 8. Dezember 1972 zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften über die Angliederung des Übersetzungsdienstes für mittel- und langfristige Aufgaben an das Amt für amtliche Veröffentlichungen. Gemäß den Vorschriften dieses Abkommens, das am 1. Januar 1973 in Kraft getreten ist, hat sich die Kommission verpflichtet, diesem eine Übersetzungskapazität für alle Arbeiten zur Verfügung zu stellen, die das Amt für seinen eigenen Bedarf oder den Bedarf der Organe der Gemeinschaft verlangt. Ausgeführt werden diese Arbeiten von den in Luxemburg beschäftigten Übersetzern, die im Stellenplan der Kommission erfaßt sind. Erforderlichenfalls kann auch vorübergehend auf freiberuflich tätige Übersetzer zurückgegriffen werden. Der Übersetzungsdienst für mittel- und langfristige Aufgaben, der an das Amt für amtliche Veröffentlichungen angeschlossen ist, umfaßte im Jahr 1994 18 LA und 9 C. Die entsprechenden Mittel sind bei Titel A-1 ausgewiesen.
A-4 0 1 3	*Vormals Posten A-2 2 5 6* Veranschlagt sind Mittel für die Eingabe und Verwaltung der Daten Eurodicautom. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 45 000 ECU veranschlagt.
A-4 0 1 4	*Vormals Posten A-2 2 5 7* Veranschlagt sind Mittel für Aufwendungen im Zusammenhang mit Dokumentationsstellen und Bibliotheken für den Bedarf der Übersetzer: — Erwerb neuer Nachschlagewerke (Monographien, Wörterbücher, Glossare, Enzyklopädien, Jahrbücher und Serien) sowie Vervollständigung der vorhandenen Bände; — Abonnements (Zeitungen, Zeitschriften usw.) in verschiedener Trägerform: Papier, Disketten, CD-ROM usw.; — Archivierung und Instandhaltung von Büchern und Zeitschriften (Anschaffung spezieller Ordner, Buchbindearbeiten usw.). Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 0 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-4 0 1	*(Fortsetzung)*			
A-4 0 1 5	Übersetzungszentrum der Einrichtungen der Europäischen Union Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
	Artikel A-4 0 1 insgesamt	9 585 000	9 210 000	8 541 055,—
A-4 0 2	***Interinstitutionelle Auswahlverfahren (verschiedene Ausgaben in Verbindung mit den Einstellungsverfahren)*** Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	4 797 000 (1)	4 012 474,—
A-4 0 3	***Berufliche Fortbildung des Personals***			
A-4 0 3 0	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	4 075 000	3 631 957,60

(1) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 0 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-4 0 1	*(Fortsetzung)*
A-4 0 1 5	*Vormals Posten A-2 3 9 3* Erklärung der auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Oktober 1993. Verordnung (EG) Nr. 2965/94 des Rates vom 28. November 1994 zur Errichtung eines Übersetzungszentrums für die Einrichtungen der Europäischen Union (ABl. Nr. L 314 vom 7. 12. 1994, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2610/95 (ABl. Nr. L 268 vom 10. 11. 1995, S. 1). Die Haushaltsmittel des Zentrums bestehen, unbeschadet anderer Einnahmen, aus den Finanzbeiträgen der Einrichtungen, für die die Zentrale tätig ist. Der Zweck dieses Postens besteht darin, der Form halber den rechtlichen Bestand dieser Einrichtung der Europäischen Union im Gesamthaushaltsplan zum Ausdruck zu bringen.
A-4 0 2	*Vormals Posten A-1 1 8 0* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III. Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Auswahlverfahren für die Einstellung des Personals auf interinstitutioneller Basis, insbesondere: — die Kosten für Veröffentlichungen, — die Reise- und Aufenthaltskosten sowie die Unfallversicherung der einberufenen Stellenbewerber, — die Kosten, die in direktem Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Einstellungsprüfungen stehen (Miete für Räumlichkeiten, Mobiliar und Maschinen, Kosten für Verschiedenes, Vergütungen für das zur Überwachung der Prüfungen bei Auswahlverfahren vor Ort eingesetzte Personal und Vergütungen für die Vorbereitung und Korrektur von Prüfungsarbeiten usw.), — Kosten für die ärztliche Untersuchung vor der Einstellung. In ordnungsgemäß begründeten Fällen, die auf funktionelle Erfordernisse zurückgehen, und nach Konzertierung mit den übrigen Organen können diese Mittel teilweise für die Durchführung von Auswahlverfahren durch das Organ selbst verwendet werden. Wiederzuverwenden sind die Beträge aus der teilweisen Erstattung: — der Kosten für Veröffentlichungen, — der von der Kommission verauslagten Kosten anläßlich der Durchführung gemeinsamer Auswahlverfahren zur Einstellung von Beamten für mehrere Organe der Europäischen Gemeinschaften, — der Kosten bei der Einstellung von Beamten und sonstigen Bediensteten des Gemeinsamen Dolmetscher-Konferenzdienstes. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.
A-4 0 3	
A-4 0 3 0	*Vormals Artikel A-1 8 0* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Absatz. Veranschlagt sind Mittel für die Veranstaltung von Sprachkursen. Die Mittel dienen ferner zur Beschaffung von Material und der notwendigen Dokumentation sowie für Sachverständige. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 0 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-4 1 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALEN BEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-4 0 3	*(Fortsetzung)*			
A-4 0 3 1	Weiterbildung und Umschulung des Personals Nichtgetrennte Mittel	3 009 000	3 662 000	3 337 467,—
	Artikel A-4 0 3 insgesamt	7 009 000	7 737 000	6 969 424,60
	KAPITEL A-4 0 INSGESAMT	47 837 000	42 052 000	47 267 129,60
	KAPITEL A-4 1			
A-4 1 0	***Interinstitutionelle Zusammenarbeit im sozialen Bereich***			
A-4 1 0 0	Gesellschaftliche Beziehungen zwischen dem Personal und sonstige Sozialaufwendungen Nichtgetrennte Mittel	800 000	814 000	718 145,24
A-4 1 0 1	Außerordentliche Beihilfen Nichtgetrennte Mittel	20 000	20 000	19 999,72
A-4 1 0 2	Kleinkindertagesstätten sowie sonstige Kinderkrippen und -tagesstätten Nichtgetrennte Mittel	145 000	145 000	105 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 0 — MITTELBEWIRTSCHAFTUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-4 1 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALEN BEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
A-4 0 3	*(Fortsetzung)*
A-4 0 3 1	*Vormals Posten A-1 1 2 0* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Absatz. Veranschlagt sind Mittel für Informationsveranstaltungen bei Dienstantritt, Kurse zur Verbesserung der beruflichen Kenntnisse und zur beruflichen Fortbildung, für Fortbildungsmaßnahmen über die Anwendung moderner Methoden (Rechenzentrum, Ecdoc, Celex, Sincom usw.) sowie für Seminare usw. Die Mittel dienen ferner zur Beschaffung des erforderlichen Materials und der notwendigen Dokumentation sowie für Konsultationen über Organisationsmethoden. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-4 1 0	
A-4 1 0 0	*Vormals Artikel A-1 8 2 und A-1 8 3* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung: — eines Teils der Ausgaben für das Foyer, für kulturelle Veranstaltungen, für Zuschüsse an die Personalklubs sowie für die Verwaltung und Erweiterung der Sportanlagen und alle Tätigkeiten, die die Herstellung engerer gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit fördern; — einer finanziellen Beteiligung an den Kosten des Personals für Tätigkeiten wie häusliche Hilfen, Rechtsberatung, Freiluft-Kindertagesstätten, Sprachkurse und kulturelle Veranstaltungen; — der Ausgaben für die Betreuung der neuen Beamten und Bediensteten auf Zeit und für die Beratung des Personals in Grundstücksfragen. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben, die innerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden. Ausgenommen ist die Gemeinsame Forschungsstelle, deren Ausgaben in Teileinzelplan B6 ausgewiesen werden. Ausgaben gleicher Art oder Zweckbestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden, sind bei Titel A-6 veranschlagt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 35 000 ECU veranschlagt.
A-4 1 0 1	*Vormals Artikel A-1 6 0* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Veranschlagt sind Mittel für finanzielle Zuwendungen an Beamte, ehemalige Beamte oder Rechtsnachfolger eines verstorbenen Beamten, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-4 1 0 2	*Vormals Artikel A-1 6 3* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung bestimmter Ausgaben für Kleinkindertagesstätten und sonstige Kinderkrippen und Tagesstätten.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 1 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-4 1 0	*(Fortsetzung)*			
A-4 1 0 2	*(Fortsetzung)*			
A-4 1 0 3	Beihilfe für Behinderte Nichtgetrennte Mittel	557 000	557 000	350 000,—
A-4 1 0 4	Außerordentliche Schulzulagen Nichtgetrennte Mittel	150 000	p.m.	150 000,—
	Artikel A-4 1 0 insgesamt	1 672 000	1 536 000	1 343 144,96
A-4 1 1	***Restaurants und Kantinen***			
A-4 1 1 0	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen und die Beschaffung von Material Nichtgetrennte Mittel	1 247 000	1 239 000	1 153 833,11
A-4 1 1 1	Ausgaben für den laufenden und außergewöhnlichen Umbau und die Erneuerung der Einrichtung von Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	239 000	282 000	1 454 144,72

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 1 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-4 1 0	*(Fortsetzung)*
A-4 1 0 2	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben, die innerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden. Ausgenommen ist die Gemeinsame Forschungsstelle, deren Ausgaben in Teileinzelplan B6 ausgewiesen werden. Ausgaben gleicher Art oder Zweckbestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden, sind bei Titel A-6 veranschlagt. Die Einnahmen bezüglich des Elternbeitrags sind wiederzuverwenden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 2 763 000 ECU veranschlagt.
A-4 1 0 3	*Vormals Artikel A-1 6 4* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten einer Aktionspolitik zugunsten von Behinderten in den folgenden Kategorien vorgesehen: — Beamte und Bedienstete auf Zeit, — Ehegatten dieser Personen, — alle im Sinne des Statuts unterhaltspflichtigen Kinder der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Damit soll im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, finanziert werden.
A-4 1 0 4	*Vormals Posten A-3 2 6 8* Diese Mittel sind dazu bestimmt, einen Teil der Ausgaben für den Schulbesuch von Kindern zu decken, die aus unabweisbaren pädagogischen Gründen nicht oder nicht mehr zu den Europäischen Schulen zugelassen sind, oder die aus Gründen des Dienstortes des Vaters oder der Mutter, die Beamte sind (externe Büros), keinen Schulunterricht in einer Europäischen Schule erhalten können.
A-4 1 1	
A-4 1 1 0	*Vormals Posten A-1 4 0 0* Veranschlagt sind Ausgaben für die Restaurants, Kantinen und Cafeterias, besonders die Ausgaben für die Instandhaltung der Anlagen und die Beschaffung von Material. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben, die innerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden. Ausgenommen ist die Gemeinsame Forschungsstelle, deren Ausgaben in Teileinzelplan B6 ausgewiesen werden. Ausgaben gleicher Art oder Zweckbestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden, sind bei Titel A-6 veranschlagt.
A-4 1 1 1	*Vormals Posten A-1 4 0 1 und A-1 4 0 2* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von: — Ausgaben für den laufenden Umbau, die laufende Ersatzbeschaffung von Material und den Ankauf neuer Ausrüstungen, der nicht zu der laufenden Instandhaltung gerechnet werden kann, — für grundlegende Umbauten und Erneuerungen erforderliche Ausgaben, die von den laufenden Ausgaben für Umbau, Instandsetzung und Erneuerung der Anlagen und des Materials klar unterschieden werden müssen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 1 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALEN BEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-4 2 — INFRASTRUKTUR- UND VERWALTUNGSAUSGABEN ZU INTERINSTITUTIONELLEN ZWECKEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-4 1 1	*(Fortsetzung)*			
A-4 1 1 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-4 1 1 insgesamt	1 486 000	1 521 000	2 607 977,83
	KAPITEL A-4 1 INSGESAMT	3 158 000	3 057 000	3 951 122,79
	KAPITEL A-4 2			
A-4 2 0	***Büros in der Gemeinschaft: Investitionen in Immobilien, Anmietung von Gebäuden und verbundene Kosten***			
A-4 2 0 0	Mieten und verbundene Kosten Nichtgetrennte Mittel	9 147 000	7 829 000	6 961 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 1 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALEN BEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-4 2 — INFRASTRUKTUR- UND VERWALTUNGSAUSGABEN ZU INTERINSTITUTIONELLEN ZWECKEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-4 1 1	*(Fortsetzung)*
A-4 1 1 1	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben, die innerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden. Ausgenommen ist die Gemeinsame Forschungsstelle, deren Ausgaben in Teileinzelplan B6 ausgewiesen werden. Ausgaben gleicher Art oder Zweckbestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft verauslagt werden, sind bei Titel A-6 veranschlagt. Die Mittel dieses Kapitels sind zur Deckung der Infrastruktur- und Verwaltungsausgaben der Außenbüros im Hoheitsgebiet der Gemeinschaft bestimmt, ausgenommen die Gemeinsamen Forschungszentren, für die die Ausgaben unter dem Teileinzelplan B6 verbucht werden, sowie die Ausgaben für die Benutzung der Studios der Kommission. Kommission und Europäisches Parlament werden ersucht, eine Politik der Zusammenarbeit und Konsultation in diesen Bereichen sowie eine gemeinsame Verwaltung der Außenbüros einzurichten. Diese Mittel decken auch die Benutzung der Rundfunk- und Fernsehstudios sowie der audiovisuellen Einrichtungen.
A-4 2 0	
A-4 2 0 0	*Vormals Artikel A-2 0 0 (teilweise) und A-2 0 2 (teilweise), Posten A-2 0 3 0 (teilweise) und Artikel A-2 0 4 (teilweise), A-2 0 5 (teilweise) und A-2 0 9 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für: — die Mieten für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen, — die Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Organs vorgesehenen Prämien, — die Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung, — die Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen usw., wobei der Ansatz nach den laufenden Verträgen berechnet ist, sowie für bestimmte regelmäßige Sonderreinigungen, Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung usw. und für Malerarbeiten und das zur Instandsetzung und Instandhaltung in eigener Werkstatt erforderliche Material, — Herrichtungsarbeiten wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.), — die Ausgaben für das entsprechende Material, — Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie für die bauliche Sicherheit und den Objektschutz, z.B. für die Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals, die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen sowie für Gebäudeüberwachungsverträge, Verträge über die Instandhaltung von Sicherheitsanlagen und Beschaffung von Kleinmaterial, — sonstige Gebäudekosten, insbesondere Gebäudeverwaltungskosten, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.), — die Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 2 — INFRASTRUKTUR- UND VERWALTUNGSAUSGABEN ZU INTERINSTITUTIONELLEN ZWECKEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-4 5 — BESONDERE RESERVE FÜR DIE INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-4 2 0	*(Fortsetzung)*			
A-4 2 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-4 2 0 1	Erwerb von Immobilien, Errichtung von Gebäuden und andere vorläufige Ausgaben Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	2 914 813,—
	Artikel A-4 2 0 insgesamt	9 147 000	7 829 000	9 875 813,—
A-4 2 1	***Betrieb der Hörfunk- und Fernsehstudios und Geräte für audiovisuelle Produktionen*** Nichtgetrennte Mittel	1 950 000	1 855 000	1 497 000,—
	KAPITEL A-4 2 INSGESAMT	11 097 000	9 684 000	11 372 813,—
	KAPITEL A-4 5			
A-4 5 0	***Besondere Reserve für die interinstitutionelle Zusammenarbeit*** Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)		
	KAPITEL A-4 5 INSGESAMT	p.m.		
	Titel A-4 insgesamt	**62 092 000**	**54 793 000**	**62 591 065,39**

(1) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 2 — INFRASTRUKTUR- UND VERWALTUNGSAUSGABEN ZU INTERINSTITUTIONELLEN ZWECKEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-4 5 — BESONDERE RESERVE FÜR DIE INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
A-4 2 0	*(Fortsetzung)*
A-4 2 0 0	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bstimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 154 000 ECU veranschlagt.
A-4 2 0 1	*Vormals Artikel A-2 0 6 (teilweise)* Dieser Posten ist zur Deckung der Kosten für den Erwerb oder den Mietkauf von Gebäuden bestimmt. Veranschlagt sind die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die in Teileinzelplan B6 ausgewiesen sind. Die Ausgaben gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Gemeinschaft anfallen, sind bei Titel A-6 ausgewiesen.
A-4 2 1	*Vormals Posten A-2 2 0 0 (teilweise) und vormals Artikel A-2 4 2* Diese Mittel sind zur Deckung sämtlicher Ausgaben für den Betrieb der Studios und sonstiger Anlagen zur Herstellung audiovisueller Produktionen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission bestimmt: Personalausgaben, Beschaffung, Anmietung, Wartung und Instandsetzung der Anlagen und sonstiger für deren Betrieb erforderlichen Geräte. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt.
A-4 5 0	*Neuer Artikel* Dieser Artikel ist ausschließlich dazu bestimmt, etwaige Fehlbeträge bei den Aktionen, die Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit sind, zu decken.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-5

DATENVERARBEITUNG

KAPITEL A-5 0 — DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-5 0			
A-5 0 0	***Zentrale Datenverarbeitung***			
A-5 0 0 0	Rechenzentrum Nichtgetrennte Mittel	18 781 000	19 571 000 (1)	18 584 810,84
A-5 0 0 1	Entwicklung von Software von allgemeinem Interesse Nichtgetrennte Mittel	1 900 000	1 800 000	1 860 764,97
A-5 0 0 2	Externe Dienstleistungen von allgemeinem Interesse Nichtgetrennte Mittel	3 455 000	3 280 000	2 661 999,17
A-5 0 0 4	Gebühren für Datenübertragung Nichtgetrennte Mittel	2 781 000	3 570 000 (2)	2 307 706,71

(1) Mittel in Höhe von 95 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 13 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-5

DATENVERARBEITUNG

KAPITEL A-5 0 — DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Tätigkeiten, die nach dem jetzigen Stand Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit sein sollen, und zwar: — die neue Gehaltszahlung, — die Erstellung der Haushaltsdokumente, — die Erstellung und Verbreitung der Presseausschnitte, — die Auswahlverfahren, — die verwaltungsmäßige Betreuung der freiberuflichen Übersetzer, — die Verwaltung der Terminologie, — rechnergestützte Übersetzungshilfe, — die Erstellung und Übermittlung von Texten im Rahmen des interinstitutionellen Legislativprozesses, — der Einsatz des „Europa"-Servers, — die Verwaltung der EDV-Einrichtungen, sind Gegenstand einer interinstitutionellen Koordinierung auf Projektebene.
A-5 0 0	
A-5 0 0 0	Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgaben: — Kauf bzw. Miete der Rechner, der Peripheriegeräte und der Software des Rechenzentrums sowie für das Ausweichsystem in Notfällen; — Wartung, technische Unterstützung (Help-Desk), Studien, Dokumentation, Ausbildung und Material in Verbindung mit diesen Ausrüstungen sowie externes Betriebspersonal; — Entwicklung und Wartung auf Vertragsbasis von Software für den Betrieb des Rechenzentrums. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 600 000 ECU veranschlagt.
A-5 0 0 1	Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgaben: — Entwicklung und Wartung auf Vertragsbasis von Software von allgemeinem Interesse; — Studien, Dokumentation und Ausbildung in Verbindung mit dieser Software sowie Organisation der einschlägigen Arbeiten; — Beschaffung von Fachinformationen (Beraterfirmen) im DV-Bereich: Datenqualität, -sicherheit und -technologie, Entwicklungsmethoden, rechnergestützte Verwaltung usw.
A-5 0 0 2	*Vormals Posten A-5 0 0 2 und A-5 0 1 2 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgalen: — allgemeine technische und logistische Hilfstätigkeiten betreffend die Ausrüstungen und die Software für die Datenverarbeitung, — allgemeine informationstechnische Ausbildung, die Anschlüsse für die technische Dokumentation auf Papier oder, die Anschlüsse bei internationalen Organisationen, die Bürodienstleistungen und die Datenerfassung usw.
A-5 0 0 4	Veranschlagt sind Mittel für Grund- und Benutzungsgebühren für Fernschreiber, Telegraph, Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. sowie für den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-5 0 — DATENVERARBEITUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-5 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-5 0 0 5	Datenübertragungsgeräte Nichtgetrennte Mittel	5 236 000	4 974 000 (1)	4 898 830,13
	Artikel A-5 0 0 insgesamt	32 153 000	33 195 000	30 314 111,82
A-5 0 1	***Dezentralisierte Datenverarbeitung***			
A-5 0 1 0	DV-Systeme in den Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	34 129 000	34 997 000 (2)	35 845 216,24
A-5 0 1 1	Software-Entwicklung für spezifische Bereiche Nichtgetrennte Mittel	15 000 000	13 750 000	14 409 325,—
A-5 0 1 2	Externe Dienstleistungen von spezifischem Interesse Nichtgetrennte Mittel	12 550 000	11 923 000 (3)	11 515 000,—
	Artikel A-5 0 1 insgesamt	61 679 000	60 670 000	61 769 541,24
	KAPITEL A-5 0 INSGESAMT	93 832 000	93 865 000	92 083 653,06

(1) Mittel in Höhe von 22 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 644 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 123 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-5 0 — DATENVERARBEITUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-5 0 0	*(Fortsetzung)*
A-5 0 0 5	Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgaben: — Kauf bzw. Miete von Datenübertragungsgeräten sowie von Rechnern, Peripheriegeräten und Software für die Datenübertragung; — Wartung, technische Unterstützung (Help-Desk), Studien, Dokumentation, Ausbildung und Bedarfsartikel in Verbindung mit diesen Ausrüstungen sowie externes Betriebspersonal; — Entwicklung und Wartung auf Vertragsbasis von Software für den Betrieb des Datenübertragungsnetzes.
A-5 0 1	
A-5 0 1 0	Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgaben: — Kauf bzw. Miete von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluß an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software; — Kauf bzw. Miete von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten, Photokopier- und Mikrokopiergeräten, Fernkopierern sowie sonstigen Geräten der Büroautomation; — Installation, Konfiguration, Wartung, Studien, Dokumentation und Material in Verbindung mit diesen Ausrüstungen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 600 000 ECU veranschlagt.
A-5 0 1 1	Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgaben: — Entwicklung und Wartung auf Vertragsbasis von DV-Systemen, die spezifisch auf den Bedarf einzelner Dienststellen der Kommission zugeschnitten sind; — Studien, Dokumentation und Ausbildung in Verbindung mit dieser Software sowie Organisation der einschlägigen Arbeiten; — Beschaffung von Fachinformation (Beraterfirmen) im DV-Bereich: Datenqualität, -sicherheit und -technologie, Entwicklungsmethoden, rechnergestützte Verwaltung usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.
A-5 0 1 2	*Vormals Posten A-5 0 1 2 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für spezifische Tätigkeiten einzelner Kommissionsdienststellen zur technischen und logistischen Unterstützung des Betriebs der Ausrüstungen und der Software für die Datenverarbeitung, externes Betriebspersonal, Bürodienstleistungen, Anschlüsse bei internationalen Organisationen, Datenerfassung usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	Titel A-5 insgesamt	**93 832 000**	**93 865 000**	**92 083 653,06**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Einnahmen aus Beiträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation zu den Gemeinkosten der Gemeinschaft gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), als zusätzliche Mittel bei den betreffenden Haushaltslinien dieses Titels eingesetzt. Diese Einnahmen werden auf 507 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-6

AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-6 0			
A-6 0 0	***Ausgaben für Personal der EG-Delegationen***			
A-6 0 0 0	Gehälter, Zulagen, Entschädigungen und Kostenerstattungen für Beamte und Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	72 247 000	77 354 000 (1)	67 668 381,88
A-6 0 0 1	Bezüge der sonstigen Bediensteten Nichtgetrennte Mittel	28 042 000	29 374 000 (2)	28 894 469,93
A-6 0 0 2	Kosten für sonstiges Personal sowie für verschiedene Dienstleistungen Nichtgetrennte Mittel	2 806 000	2 947 000 (3)	2 806 000,—

(1) Mittel in Höhe von 756 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 168 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 24 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-6

AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN

KAPITEL A-60 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Personal und Dienstbetrieb der Delegationen der EG in Drittländern und der Delegationen bei internationalen Organisationen innerhalb der Gemeinschaft. Die Bestimmungen von Anhang X des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften gelten ausschließlich für außerhalb der Gemeinschaft diensttuende Beamte. Auf die anderen Beamten findet Anhang X keine Anwendung.
A-600	
A-6000	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften. Verordnung Nr. 6/66 Euratom, 121/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Mietzulage gewährt werden kann, sowie des Höchstbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2749/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 3358/94 (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1994, S. 1). Verordnung Nr. 7/66/Euratom, 122/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Fahrkostenzulage gewährt werden kann, sowie des Höchstbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2751/66). Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75. Verordnung (Euratom/EGKS/EG) Nr. 3418/93 der Kommission vom 9. Dezember 1993 mit Durchführungsbestimmungen zu einigen Vorschriften der Haushaltssordnung vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 315 vom 16. 12. 1993, S. 1), insbesondere zu Artikel 31. Veranschlagt sind folgende Ausgaben für die im Stellenplan vorgesehenen Beamten und Bediensteten auf Zeit: — Gehälter, Zulagen und Entschädigungen, — Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten, — Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit sowie die Zahlungen für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung ihrer Versorgungsansprüche im Herkunftsland, — sonstige Zulagen und Vergütungen, — Überstunden. Veranschlagt sind außerdem die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden.
A-6001	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 und Titel IV. Veranschlagt sind Mittel für die Bezüge der örtlichen Bediensteten sowie für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und sonstige Leistungen für diese Personalkategorie.
A-6002	Veranschlagt sind Mittel für: — die Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Sozialversicherung für die sonstigen Bediensteten, — die Einstellung von Aushilfspersonal (Leiharbeitskräfte) und freiberuflichem Personal,

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-6 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 0 2	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 0 3	Berufliche Fortbildung der Beamten Nichtgetrennte Mittel	502 000	696 000 (1)	502 000,—
A-6 0 0 4	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst Nichtgetrennte Mittel	6 400 000	5 905 000 (2)	6 200 000,—
A-6 0 0 5	Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	2 250 000	2 538 000 (3)	3 184 000,—
A-6 0 0 6	Dienstreisekosten Nichtgetrennte Mittel	3 100 000	3 628 000 (4)	3 137 000,—

(1) Mittel in Höhe von 7 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 868 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 36 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 43 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-60 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-600	*(Fortsetzung)*
A-6002	*(Fortsetzung)* — die Erbringung von Dienstleistungen außerhalb der Kommission, insbesondere für die Entwicklung, Instandhaltung und technische Unterstützung (Help-Desk) der Informationssysteme, — verschiedene Kosten und Vergütungen für sonstige Bedienstete. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-6003	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 Absatz 3. Veranschlagt sind Mittel für die berufliche Fortbildung des Personals (Sprachkurse, Informationsveranstaltungen bei Dienstantritt, Verbesserung der Fachkenntnisse, Unterrichtung über die Anwendung moderner Methoden, Seminare und Lehrgänge im Bereich der Datenverarbeitung und der Verhandlungsführung). Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für die Beschaffung der erforderlichen Geräte und Unterlagen sowie für Analysen, die sich bei der Überprüfung der Funktionsweise und der Struktur der Dienststellen als notwendig erweisen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
A-6004	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 27 bis 31, Artikel 33 und die Anhänge III, VII und X. Veranschlagt sind folgende Ausgaben: — Ausgaben für Einstellungsverfahren, insbesondere Kosten für Annoncen, Reise- und Aufenthaltskosten sowie Unfallversicherung der einberufenen Bewerber, Kosten für gemeinsame Einstellungsprüfungen, Kosten für die ärztliche Untersuchung vor der Einstellung; — Einrichtungs- bzw. Wiedereinrichtungsbeihilfen für Beamte, die anläßlich ihres Dienstantritts oder ihrer Versetzung an einen neuen Dienstort ihren Wohnsitz wechseln müssen, sowie für endgültig aus dem Dienst ausscheidende Beamte, die sich an einem anderen Wohnort niederlassen; — befristete Unterbringungszulage; — Reisekosten für die Beamten und deren Familienmitglieder bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst oder anläßlich einer mit einem Wechsel des Dienstorts verbundenen Versetzung; — Umzugskosten für Beamte, die anläßlich ihres Dienstantritts oder ihrer Versetzung an einen neuen Dienstort ihren Wohnsitz wechseln müssen, sowie für endgültig aus dem Dienst ausscheidende Beamte, die sich an einem anderen Wohnort niederlassen.
A-6005	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die pauschale Aufwandsentschädigung für Beamte, denen im Zuge der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit regelmäßig Repräsentationskosten entstehen, sowie für die Erstattung der Ausgaben, die von entsprechend ermächtigten Beamten verauslagt werden, um ihren Repräsentationsverpflichtungen im Namen der Kommission, im dienstlichen Interesse und im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit nachzukommen. Für die Delegationen innerhalb der Gemeinschaft wird ein Teil der Wohnungskosten durch die pauschale Aufwandsentschädigung gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 2 000 ECU veranschlagt.
A-6006	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 11 bis 13 von Anhang VII. Veranschlagt sind Mittel für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie für Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei der Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch Beamte der Kommission entstehen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-6 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 0 7	Ausgaben für soziale und ärztliche Dienste Nichtgetrennte Mittel	239 000	206 000 (1)	218 000,—
A-6 0 0 8	Ausbildung junger Sachverständiger und Kosten für abgeordnete nationale Sachverständige Nichtgetrennte Mittel	1 980 000	2 200 000	
A-6 0 0 9	Etwaige Anpassungen der Dienstbezüge Nichtgetrennte Mittel	1 003 000	1 009 000 (2)	
	Artikel A-6 0 0 insgesamt	118 569 000	125 857 000	112 609 851,81
A-6 0 1	***Ausgaben für den Dienstbetrieb der EG-Delegationen***			
A-6 0 1 0	Miete von Gebäuden und Nebenkosten Nichtgetrennte Mittel	38 020 000	40 526 000 (3)	40 581 410,—

(1) Mittel in Höhe von 17 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 16 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 494 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-6 0 0	*(Fortsetzung)*
A-6 0 0 7	*Vormals Posten A-6 0 0 7 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel für Beschaffung, Erneuerung, Umgestaltung und Wartung der medizinischen Geräte in den Delegationen. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Kosten in Verbindung mit der ärztlichen Überwachung der Beamten, einschließlich der in diesem Zusammenhang vorgeschriebenen Untersuchungen und Analysen, für kulturelle Veranstaltungen sowie Tätigkeiten zur Förderung der sozialen Beziehungen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 0 8	Veranschlagt sind Mittel für: — die Finanzierung oder die Kofinanzierung der Ausbildung junger nationaler Sachverständiger (mit Hochschulabschluß) in den Delegationen der Europäischen Gemeinschaft; — die Kosten der für junge Diplomaten aus den Mitgliedstaaten und Drittländern veranstalteten Seminare; — die Kosten für die Abordnung oder zeitweilige Verwendung von Beamten der Mitgliedstaaten in den Delegationen.
A-6 0 0 9	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, und insbesondere Artikel 65a. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienstbezüge.
A-6 0 1	
A-6 0 1 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 5 und 23 von Anhang X (für die Delegationen in Drittländern). Veranschlagt sind folgende Mittel: — für die Delegationen in Drittländern: — für alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Büros von Delegationen oder außerhalb der Gemeinschaft diensttuende Beamte untergebracht sind: Mieten und verbundene Abgaben, Versicherungsprämien, Ausgaben für Umbauten und größere Reparaturarbeiten, laufende Aufwendungen für die Sicherheit von Personen und Gegenständen (Chiffriereinrichtungen, Safes, Gitter usw.), — für alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen sich sowohl Büros der Delegationen als auch der Wohnsitz des Delegationsleiters befinden: Verbrauch von Wasser, Gas, Elektrizität und Heizung, Kosten für Wartung und Instandsetzung, Herrichtungsarbeiten und Umzüge von Dienststellen sowie sonstige laufende Ausgaben (insbesondere Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren, Beschaffung von Beschilderungsmaterial usw.); — für die Delegationen innerhalb der Gemeinschaft: — für alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Büros von Delegationen untergebracht sind: Mieten, Verbrauch von Wasser, Gas, Elektrizität und Heizung, Versicherungsprämien, Kosten für Wartung und Instandsetzung, Ausgaben für Umbauten und größere Reparaturarbeiten, Ausgaben für die Sicherheit, insbesondere die Gebäudeüberwachungsverträge, die Miete und Wartung von Feuerlöschern, die Anschaffung und Unterhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, die Ersatzbeschaffung für die Ausrüstung des freiwilligen Brandschutzpersonals, die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen usw., — für die Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Beamte untergebracht sind: Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-6 0 1	*(Fortsetzung)*				
A-6 0 1 0	*(Fortsetzung)*				
A-6 0 1 1	Bau und Erwerb von Gebäuden	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	6 545 590,—
A-6 0 1 2	Mobiliar und Büroausstattung	Nichtgetrennte Mittel	4 500 000	5 116 000 (1)	5 127 500,—
A-6 0 1 3	Fahrzeuge	Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 503 000 (2)	2 830 000,—
A-6 0 1 4	Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek	Nichtgetrennte Mittel	800 000	786 000 (3)	860 000,—
A-6 0 1 5	Papier- und Bürobedarf	Nichtgetrennte Mittel	1 200 000	1 092 000 (4)	1 166 000,—
A-6 0 1 6	Andere Sachausgaben	Nichtgetrennte Mittel	1 923 000	2 139 000 (5)	1 923 000,—

(1) Mittel in Höhe von 180 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 38 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 5 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 8 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(5) Mittel in Höhe von 14 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-6 0 1	*(Fortsetzung)*
A-6 0 1 0	*(Fortsetzung)* Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 130 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 1	Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Kauf oder Mietkauf) sowie für den Bau von Büro- oder Wohngebäuden, einschließlich Voruntersuchungen und verschiedene Honorare.
A-6 0 1 2	*Vormals Posten A-6 0 0 7 (teilweise) und A-6 0 1 2* Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung, den Ersatz, die Miete, den Mietkauf, die Instandhaltung und Instandsetzung von Mobiliar und Ausrüstungen, insbesondere von Material für die Audio-Video-Technik, die Archivierung, die Bibliothek, das Dolmetschen, von DV-Geräten (Rechner, Terminals, Mikrorechner, Peripheriegeräte, Datenübertragungsgeräte für ihre Vernetzung) und Büroautomation (Textverarbeitungsmaschinen, elektronische Fotokopiergeräte, Mikrokopiergeräte, Reader-Printer, Fernkopierer, Telekommunikationseinrichtungen usw.) sowie die Beschaffung von Software, Dokumentation und Lieferungen von Verbrauchsstoffen für diese Ausrüstungen. Veranschlagt sind auch die Ausgaben für die Beschaffung, Instandhaltung und Instandsetzung von technischen Ausrüstungen wie Generatoren und Klimaanlagen, die Ausgaben für Einrichtungen und notwendige Ausstattungen für Behinderte sowie die Ausgaben für Beschaffung, Ersatz, Umgestaltung und Instandhaltung von für soziale Zwecke genutzten Ausrüstungen in den Delegationen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 120 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 3	Veranschlagt sind Mittel für den Kauf, die Ersatzbeschaffung, die Miete, den Mietkauf, die Instandhaltung und die Instandsetzung von Fahrzeugen, einschließlich Werkzeug. Veranschlagt sind auch die Ausgaben für die Versicherungskosten der Fahrzeuge. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 300 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 4	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Nachschlagewerken, Dokumenten und sonstigen nichtperiodischen Veröffentlichungen, einschließlich der Vervollständigung vorhandener Bände, für die Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften und verschiedenen Veröffentlichungen, sowie für Buchbindearbeiten und sonstige unerläßliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Archivierung der Zeitschriften. Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Abonnements bei Presseagenturen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 5	Veranschlagt sind Mittel für den Ankauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 3 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 6	Veranschlagt sind Mittel für Beförderung und Zollabfertigung von Material sowie für die Anschaffung und Reinigung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen, Fahrer usw., ferner Mittel für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung), Ausgaben im Zusammenhang mit internen Sitzungen (Getränke, gelegentliche Imbisse), Ausgaben für die Teilnahme an Konferenzen und Kolloquien sowie für Gebühren für die Mitgliedschaft in beruflichen oder wissenschaftlichen Verbänden. Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen im Rahmen des Dienstbetriebs der Delegationen sowie die sonstigen Ausgaben für den Dienstbetrieb, die bei den anderen Posten dieses Artikels nicht gesondert aufgeführt sind. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 6 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-6 5 — ALLGEMEINE RÜCKSTELLUNGEN FÜR DIE DELEGATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-6 0 1	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 1 7	Mobiliar und Ausstattung von Wohnungen Nichtgetrennte Mittel	2 500 000	3 000 000 (1)	3 300 000,—
A-6 0 1 8	Post- und Fernmeldegebühren, Diplomatenpost Nichtgetrennte Mittel	7 500 000	7 430 000 (2)	6 880 000,—
	Artikel A-6 0 1 insgesamt	59 943 000	64 092 000	69 213 500,—
A-6 0 3	***Vorläufig eingesetzte Mittel für Sicherheitsmaßnahmen*** Nichtgetrennte Mittel	1 200 000	1 200 000	0,—
	KAPITEL A-6 0 INSGESAMT	179 712 000	191 149 000	181 823 351,81
	KAPITEL A-6 5			
A-6 5 0	***Allgemeine Rückstellungen für die Delegationen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m. (3)		
	KAPITEL A-6 5 INSGESAMT	p.m.		
	Titel A-6 insgesamt	**179 712 000**	**191 149 000**	**181 823 351,81**

(1) Mittel in Höhe von 110 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 45 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 17 470 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB DER EG-DELEGATIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-6 5 — ALLGEMEINE RÜCKSTELLUNGEN FÜR DIE DELEGATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-6 0 1	*(Fortsetzung)*
A-6 0 1 7	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang X. Veranschlagt sind sämtliche Ausgaben für das Mobiliar und für die Ausstattung der Wohnungen, die den Beamten zur Verfügung gestellt werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 8	Veranschlagt sind Mittel für Postgebühren und Zustellungskosten für den Schriftverkehr, den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand, Grundgebühren (Fernsprecher, Telegraph, Fernschreiber, Fernkopierer), Gebühren für Telefonleitungen, Benutzungsgebühren (Fernsprecher, Telegraph, Fernschreiber, Fernkopierer), Kauf von Fernsprechbüchern, Grundgebühren für die Leitungen zwischen den einzelnen Gebäuden usw. Ebenfalls veranschlagt sind die Kosten für die Diplomatenpost. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 3	Veranschlagt sind Mittel für aktive Sicherheitsoperationen in den Delegationen im Notfall. Der Mittelansatz hat rein vorläufigen Charakter; die Verwendung ist erst nach Übertragung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels möglich.
A-6 5 0	*Neuer Artikel* Im Rahmen dieses Artikels können nach den Verfahren gemäß Artikel 26 Absatz 5 Buchstabe b) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), Mittel nach Titel A-6 übertragen werden.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL A-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL A-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-10 0	36 978 000	49 507 000	0,—
	KAPITEL A-10 0 INSGESAMT	36 978 000	49 507 000	0,—
	KAPITEL A-10 1	p.m.	9 200 000	0,—
	KAPITEL A-10 1 INSGESAMT	p.m.	9 200 000	0,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL A-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL A-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen				
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).				
	Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.				
	Der Gesamtbetrag der Mittel ist wie folgt aufgegliedert:				
	1.	Posten	A-1 1 1 4	Übersetzerhilfskräfte	500 000
	2.	Posten	A-2 5 1 0	Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung im gemeinschaftlichen Rechtsetzungsverfahren obligatorisch ist	8 000 000
	3.	Posten	A-2 5 1 1	Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung im gemeinschaftlichen Rechtsetzungsverfahren obligatorisch ist	2 000 000
	4.	Posten	A-3 0 5 0	Europäisches Institut für Süd- und Südostasien-Forschung	200 000
	5.	Posten	A-3 0 5 9	Europäisches Forschungsinstitut für die mediterrane und euro-arabische Zusammenarbeit	50 000
	6.	Posten	A-3 2 7 0	Gehälter und soziale Aufwendungen	7 408 000
	7.	Artikel	A-3 5 5	Europäisches Netz für Dokumentation, Koordinierung und Untersuchung zur Bekämpfung grenzüberschreitender Betrügereien und Kriminalität	350 000
	8.	Artikel	A-4 5 0	Besondere Reserve für die interinstitutionelle Zusammenarbeit	1 000 000
	9.	Artikel	A-6 5 0	Allgemeine Rückstellungen für die Delegationen	17 470 000
				Insgesamt	36 978 000

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-10 2 — RÜCKLAGEN ZUR DECKUNG EVENTUELLER FEHLBETRÄGE IN LANDESWÄHRUNG AUFGRUND EINER DIFFERENZ ZWISCHEN DEM BEI DER AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSPLANS BENUTZTEN UMRECHNUNGSSATZ DES ECU UND DEN BEI DER AUSFÜHRUNG VERWENDETEN UMRECHNUNGSSÄTZEN FÜR DIE LANDESWÄHRUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-10 2	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL A-10 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel A-10 insgesamt	**36 978 000**	**58 707 000**	**0,—**
	Teil A insgesamt	**2 696 735 349**	**2 587 612 356**	**2 402 915 562,43**

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-10 2 — RÜCKLAGEN ZUR DECKUNG EVENTUELLER FEHLBETRÄGE IN LANDESWÄHRUNG AUFGRUND EINER DIFFERENZ ZWISCHEN DEM BEI DER AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSPLANS BENUTZTEN UMRECHNUNGSSATZ DES ECU UND DEN BEI DER AUSFÜHRUNG VERWENDETEN UMRECHNUNGSSÄTZEN FÜR DIE LANDESWÄHRUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen

ANLAGE I

LISTE DER AUSSCHÜSSE IM RAHMEN VON ARTIKEL A-2 5 1

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

a) **Liste der Ausschüsse, deren Einberufungskosten verbucht werden zu Lasten von Posten A-2 5 1 0**

(Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung im Rahmen des Verfahrens zur Ausarbeitung von Gemeinschaftsrechtsakten obligatorisch ist)

Gruppe 1: Regierungs- und andere Sachverständige, denen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet werden.

Gruppe 2: Nichtregierungssachverständige, denen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet werden.

Gruppe 3: Regierungssachverständige, denen nur die Reisekosten erstattet werden.

Gruppe 4: Regierungssachverständige, denen nur die Reisekosten, und andere Sachverständige, denen sowohl die Reise- als auch die Aufenthaltskosten erstattet werden.

Der Ausgabenvoranschlag für jeden Ausschuß basiert auf einem Tätigkeitsprogramm, das nach Maßgabe der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im Laufe des Haushaltsjahres entsprechend angepaßt wird.

Darüber hinaus wird die Kommission zu gegebener Zeit die notwendigen Entscheidungen treffen, um die Ausgaben auf die Höhe der verfügbaren Mittel zu beschränken.

Die Ausübung der Durchführungsbefugnisse erfolgt durch den Beschluß 87/373/EWG des Rates vom 13. Juli 1987 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübungen der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse (ABl. Nr. L 197 vom 18. 7. 1987, S. 33) je nach Fall nach:

— Verfahren 1: Beratender Ausschuß,

— Verfahren 2, Variante a) oder b): Verwaltungsausschuß,

— Verfahren 3, Variante a) oder b): Regelungsausschuß,

— Variante a) oder b) des Verfahrens, das für Beschlüsse über Schutzmaßnahmen gilt.

Bei der betreffenden Haushaltslinie handelt es sich um die Linie in Teil A oder B dieses Einzelplans, in der die Rechtsgrundlage für den Ausschuß aufgeführt ist.

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Auswärtige Beziehungen				
Ausschuß gegen unerlaubte Handelspraktiken	3	p.m.	1	—
Gemeinsamer Beratender Ausschuß EWG-Mercosur	3	p.m.	1	—
Beratender Ausschuß für die gemeinsame Einfuhrregelung	3	30 000	1	—
Beratender Ausschuß über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren	3	35 000	1	—
Beratender Ausschuß für tropische Wälder	3	p.m.	1	B7-6 2 0 1
Beratender Ausschuß für die Gemeinsame Einfuhrregelung (GATT-Länder)	3	p.m.	1	—
Ausschuß für die Zusammenarbeit Europäische Gemeinschaften-Kasachstan	3	p.m.	1	—
Ausschuß für die Zusammenarbeit Europäische Gemeinschaften-Kirgistan	3	p.m.	1	—
Ausschuß für die Zusammenarbeit Europäische Gemeinschaften-San Marino	3	p.m.	1	—
Ausschuß für die Zusammenarbeit EWG-Slowenien	3	p.m.	1	—
Ausschuß für die Zusammenarbeit EWG-Rußland	3	p.m.	1	—

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Ausschuß für die Zusammenarbeit EWG-Ukraine	3	p.m.	1	—
Ausschuß für die Verwaltung der Kontingente	3	p.m.	2 a)	B5-3 1 4
Ausschuß für die Wirtschaftshilfe für die Länder in Mittel- und Osteuropa	3	p.m.	2 a)	—
Ausschuß für den wirtschaftlichen passiven Veredelungsverkehr mit Textilien	3	p.m.	3 a)	—
Ausschuß für die Ausfuhrregelung	3	1 000	1	—
Mittelmeer-Ausschuß (finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der EG und den Drittländern des Mittelmeerraums)	3	35 000	3 a)	B7-4 0 1 0
Gemischter Ausschuß für die Zusammenarbeit EWG-ASEAN	3	12 000	1	B7-3 0
Gemischter Ausschuß für die Zusammenarbeit EWG-Kanada	4	1 000	1	B7-8 7 0
Gemischter EWR-Ausschuß	3	1 730 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Andorra	3	500	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Mexiko	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Jemen	3	2 500	1	B7-8 7 0
TACIS-Ausschuß (Technische Unterstützung der unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und der Mongolei bei ihren Bemühungen um die Gesundung und Neubelebung ihrer Wirtschaft)	3	p.m.	3 a)	—
Textilausschuß	3	120 000	1	—
Gemischte Ausschüsse mit den EFTA-Ländern (Island, Norwegen und Schweiz)	3	p.m.	1	—
Assoziierungsausschüsse mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa (EWG-Ungarn/Rumänien/Tschechische und Slowakische Republik/Polen/Bulgarien)	3	4 000	1	B7-5 0 0
Gemischter Ausschuß zum Abkommen über Uhrmacherwaren zwischen der EWG und der Schweiz	3	p.m.	1	—
Gemischte Kommission für die Vereinbarung zwischen der Schweiz und der EWG über den Textilveredelungsverkehr	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß Europäische Gemeinschaften-Albanien	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Zentralamerika	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Argentinien	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Australien	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Bangladesch	3	1 000	1	B7-3 0
Gemischter Ausschuß EWG-Brasilien	3	15 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Bulgarien	3	1 000	1	B7-5 0 0
Gemischte Kommission EWG-Chile	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-China	3	p.m.	1	B7-3 0
Gemischter Ausschuß EWG-Côte-d'Ivoire	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Estland	3	1 000	1	B7-5 0 0
Gemischter Ausschuß EWG-Indien	3	1 000	1	B7-3 0
Gemischter Ausschuß EWG-Lettland	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Litauen	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Macau	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Mongolei	3	1 000	1	B7-3 0

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Gemischter Ausschuß EWG-Nepal	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Anden-Pakt	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Pakistan	3	1 000	1	B7-3 0
Gemischter Ausschuß EWG-Paraguay	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß Europäische Gemeinschaften-Rumänien				
Gemischter Ausschuß EWG-Sri Lanka	3	1 000	1	B7-3 0
Gemischter Ausschuß EWG-Türkei	3	1 000	1	B7-4 0 3
Gemischter Ausschuß EWG-Uruguay	3	1 000	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Vietnam	3	p.m.	1	—
Gemeinsamer Rat EWG-Länder des Golf-Kooperationsrates	3	2 000	1	—
Wirtschaft und Finanzen				
Ausschuß für Wirtschaftspolitik (Arbeitsgruppe und engere Kreise):	3	278 000	1	—
— engerer Kreis „mittelfristige Politik“				
— engerer Kreis „Haushaltspläne“				
Währungsausschuß (sowie Stellvertreter und Arbeitsgruppe)	1	740 000	1	—
Industrie				
Beratender Ausschuß „Medizinprodukte“	3	p.m.	1/3 a)	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch	4	59 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß „Gruppe hoher Beamter für die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik“ (SOGITS)	4	76 000	1	B5-4 0 2 0
Beratender Ausschuß für die Durchführung der mehrjährigen Gemeinschaftsaktion IDA (Datenaustausch zwischen Verwaltungen)	3	1 100 000	1	B5-7 2 1
Beratender Ausschuß TEDIS	3	78 000	1/2 b)	B5-4 0 2 3
Ausschuß Stahlvereinbarung Europäische Gemeinschaft-Vereinigte Staaten	3	p.m.	2 b)	B5-4 1 1
Ausschuß für Tierarzneimittel	3	223 000	1	B5-3 0 0
Ausschuß für Arzneispezialitäten	3	185 000	1	B5-3 0 0
Ständiger Lebensmittelausschuß	3	89 000	3 a)	B5-3 0 0
Ständiger Ausschuß für Normen und technische Vorschriften	4	73 000	1	B5-3 0 0
Ständiger Ausschuß für Bauprodukte	3	74 000	3 a)	B5-3 0 0
Ständiger Ausschuß für Maschinen	3	45 000	1	B5-3 0 0
Ständiger Ausschuß für Humanarzneimittel	3	6 000	3 a)	B5-3 0 0
Pharmazeutischer Ausschuß	3	45 000	1	B5-3 0 0
Ausschüsse zur Anpassung an den technischen Fortschritt der Richtlinien zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse in folgenden Sektoren:				
— elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre	3	p.m.	3 a)	—

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
— Düngemittel	3	30 000	3 a)	B5-3 0 0
— Explosivstoffe für zivile Zwecke	3	p.m.	3 a)	B5-3 0 0
— Aerosolpackungen	3	p.m.	3 a)	—
— gefährliche Stoffe und Zubereitungen	3	30 000	3 a)	B5-3 0 0
— land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen	3	15 000	3 a)	B5-3 0 0
— Kraftfahrzeuge	3	15 000	3 a)	B5-3 0 0
— Tierarzneimittel	3	104 000	3 a)	B5-3 0 0
— Humanarzneimittel	3	59 000	3 a)	B5-3 0 0
Verwaltungsausschuß für „horizontale Fragen des Handels mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, die nicht unter Anlage II fallen“	3	p.m.		
Ausschuß für die Anwendung der Vorschriften über die Herstellung und das Inverkehrbringen bestimmter Stoffe, die zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verwendet werden	4	p.m.	2 b)	—
Wissenschaftlicher Lebensmittelausschuß	2	345 000	1	B5-3 0 0
Wettbewerb				
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Verkehrs	3	25 000	1	A-3 5 2
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Seeverkehrs	3	25 000	1	A-3 5 2
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Luftverkehrs	3	25 000	1	A-3 5 2
Beratender Ausschuß im Bereich der Unternehmenszusammenschlüsse	3	100 000	1	A-3 5 2
Beratender Ausschuß „Europäischer Wirtschaftsraum“		15 000		A-3 5 2
Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten				
Beratender Ausschuß für die gemeinschaftliche Aktion zugunsten älterer Menschen	3	64 000	1	B3-4 1 0 4
Ausschuß für die Durchführung des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur Förderung der Chancengleichheit und der Integration von Behinderten (HELIOS II 1993-1997)	3	46 000	1	B3-1 0 0 0
Beratender Ausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	1	45 000	1	B3-4 1 1 0
Beratender Ausschuß für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	2	56 000	1	B3-4 1 1 1
Beratender Ausschuß für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der am stärksten benachteiligten Gruppen	3	32 000	1	B3-4 1 0 3
Beratender Ausschuß „Europa gegen den Krebs“	3	46 000	1	B3-4 3 0 1
Beratender Ausschuß „Europa gegen Aids“	3	72 000	1	—
Ausschuß zur technischen Anpassung für die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz	3	150 000	3 a)	—
Ausschuß zur technischen Anpassung für die Verbesserung der medizinischen Versorgung auf Schiffen	3	60 000	3 a)	—

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Ausschuß des Europäischen Sozialfonds	1	250 000	1	B2-1 8 3
Ausschuß zur Anpassung an den technischen Fortschritt: Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit	3	60 000	3 a)	B3-4 3 1 0
Ausschuß für eine besondere Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich	3	50 000	2 b)	B3-4 1 2
Fachausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	1	15 000	1	B3-4 0 1 1
Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer und Arbeitsgruppen	1	576 000	1	B3-4 1 1 1
Rechnungsausschuß bei der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	1	110 000	1	B3-4 1 1 1
Europäisches Behindertenforum - HELIOS	2	64 000	1	B3-4 1 0 2
Drei-Parteien-Verbindungsgruppe (HELIOS)	4	50 000	1	B3-4 1 0 2
Landwirtschaft				
Ad-hoc-Ausschuß für den ergänzenden Handelsmechanismus	3	16 000	3 a)	—
Gemeinschaftsausschuß des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen	3	40 000	2 a)	B2-5 1 2
Ausschuß für die Durchführung der Bestimmungen über Spirituosen	3	46 000	2 a)/3 a)	B1-1 6 0
Ausschuß für die Durchführung der Bestimmungen über aromatisierte weinhaltige Getränke	3	32 000	2 a)/3 a)	B1-1 6 0
Verwaltungsausschuß für landwirtschaftliche Einkommensbeihilfen	3	30 000	2 a)	B1-4 0 0
Ausschuß für die Erhaltung, Beschreibung, Sammlung und Nutzung der genetischen Ressourcen der Landwirtschaft	3	p.m.	2 a)	—
Ausschuß für Bescheinigungen besonderer Merkmale von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln	3	45 000	3 a)	B1-3 8 1
Ausschuß für den Schutz geographischer Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	3	68 000	3 a)	B1-3 8 1
Ausschuß des EAGFL (und Gruppe „Unregelmäßigkeiten")	3	216 000	2 a)	B1-3 4 0
Ausschuß für das Darlehen an die ehemalige Sowjetunion und deren Republiken	3	29 000	2 b)	B1-1 8 9 0
Ständiger Ausschuß für den ökologischen Landbau	3	72 000	3 a)	B2-5 1 0 2
Ständiger Agrarforschungsausschuß	3	20 000	2 a)	B6-5 2 1 1
Ständiger Futtermittelausschuß	3	70 000	3 a)/3 b)	B2-5 1 0 2
Ständiger Ausschuß für das landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstliche Saat- und Pflanzgutwesen	3	110 000	2 a)/3 a)	B2-5 1 0 2
Ständiger Forstausschuß	3	50 000	1/3 a)	B2-5 1 5
Ständiger Ausschuß für Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstgattungen und -arten	3	35 000	3 a)	B2-5 1 0 2
Ständiger Ausschuß für Vermehrungsmaterial und Zierpflanzen	3	35 000	2 a)/3 a)	B2-5 1 0 2
Ständiger Ausschuß für Pflanzenschutz	3	275 000	1/3 a)/3 b)	B2-5 1 0 2
Ausschuß für den gemeinschaftlichen Sortenschutz	3	p.m.	—	—
Ständiger Veterinärausschuß	3	209 000	3 a)/3 b)	B2-5 1 0 0
Ständiger Tierzuchtausschuß	3	48 000	3 a)/3 b)	B2-5 1 0 0

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Verwaltungsausschüsse für die gemeinsamen Agrarmarktorganisationen:				
— Getreide	3	407 000	2 a)	B1-1 0 0
— Schweinefleisch	3	133 000	2 a)	B1-2 3 0
— Geflügel und Eier	3	120 000	2 a)	B1-2 4
— Milch und Milcherzeugnisse	3	260 000	2 a)	B1-2 0 0
— Obst und Gemüse	3	178 000	2 a)	B1-1 5 0
— Weine	3	247 000	2 a)	B1-1 6 0
— Zucker	3	306 000	2 a)	B1-1 1
— Fette	3	250 000	2 a)	B1-1 2 0
— Rindfleisch	3	320 000	2 a)	B1-2 1 0
— Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse	3	120 000	2 a)	B1-1 5 1
— lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	3	16 000	2 a)	—
— Tabak	3	94 000	2 a)	B1-1 7 0
— Hopfen	3	32 000	2 a)	B1-1 8 1
— Saatgut	3	30 000	2 a)	B1-1 8 0
— Flachs und Hanf	3	24 000	2 a)	B1-1 4 0
— Kartoffeln	3	p.m.	2 a)	—
— Trockenfutter	3	63 000	2 a)	B1-1 3 0
— Schafe und Ziegen	3	140 000	2 a)	B1-2 2 0
— Bananen	3	108 000	2 a)	—
Verwaltungsausschuß für Agrarstrukturen und ländliche Entwicklung	3	154 000	2 a)	B2-1 0
Gemeinsame Verwaltungs- und/oder Regelungsausschüsse in der Landwirtschaft (1)	3	120 000	2 a)	B1
Gemeinsame Verwaltungsausschüsse:				
— für Währungsfragen in der Landwirtschaft (1)	3	104 000	2 a)	B1
— Handelsregelungen (1)	3	104 000	2 a)	B1
— Wettbewerbsbedingungen in der Landwirtschaft (1)	3	p.m.	2 a)	—
Verkehr				
Beratender Ausschuß für den Zugang von Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft zu Strecken des innergemeinschaftlichen Flugverkehrs	3	63 000	1	—
Beratender Ausschuß für die Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Personenverkehr mit Kraftomnibussen innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind	3	p.m.	1	—
Beratender Verkehrsausschuß	1	p.m.	1	B2-7 0 4
Beratender Ausschuß für Beihilfen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr	4	38 000	1	B2-7 0 4

(1) Da diese Ausschüsse Angelegenheiten behandeln, die allen Erzeugnissen, Bereichen oder Gebieten gemeinsam sind, gilt ihre gemeinsame Einberufung als gemeinsame Sitzung der verschiedenen Verwaltungsausschüsse.

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Beratender Ausschuß für die Kostenrechnung der Eisenbahnunternehmen	3	p.m.	1	B2-7 0 4
Beratender Ausschuß für die Rechnungsführung der Eisenbahnunternehmen	3	p.m.	1	B2-7 0 4
Beratender Ausschuß für den Zugang von Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft zu Strecken des innergemeinschaftlichen Flugverkehrs	3	63 240	1	B2-7 0 4
Beratender Ausschuß für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr	3	38 000	1	B2-7 0 2
Beratender Ausschuß für die Aufstellung und die Anwendung kompatibler Normen und technischer Spezifikationen für die Beschaffung von Ausrüstungen und Systemen für das Flugverkehrsmanagement	3	38 000	1	B2-7 0 2
Beratender Ausschuß für die Maßnahmen bei Krisen auf dem Güterkraftverkehrsmarkt	3	38 000	1	B2-7 0 4
Beratender Ausschuß für unlautere Ausbildungspraktiken in der Seeschifffahrt	3	13 000	1	B2-7 0 4
Beratender Ausschuß für die Entwicklung der Eisenbahnunternehmen in der Gemeinschaft	3	25 000	1	B2-7 0 4
Ausschuß für das Abkommen zwischen der EWG und Österreich über den Güterverkehr auf der Schiene und der Straße	4	12 639	3 a)	—
Ausschuß für die Harmonisierung der technischen Vorschriften und der Verwaltungsverfahren in der Zivilluftfahrt	3	51 000	3 a)	B2-7 0 2
Schiffssicherheitsausschuß	3	75 832	1	B2-7 0 2
Ausschuß für das System der Abgeltung für die Benutzung der Verkehrswege	3	p.m.	1	—
Ausschuß für Verkehrsinfrastruktur	3	63 000	3 a)	B5-7 0 0
Gemischter Landverkehrsausschuß Gemeinschaft-Schweiz	3	p.m.	1	—
Transitausschuß EWG-Österreich	3	p.m.	1	—
Gemischter Verkehrsausschuß EWG-Slowenien	3	p.m.	1	—
Ausschuß zur Anpassung an den technischen Fortschritt — Tachographen	4	38 000	3 a)	B2-7 0 2
Ausschuß für die Anpassung der Richtlinien über die technische Überwachung der Fahrzeuge an den technischen Fortschritt	4	38 000	2 a)	B2-7 0 2
Ausschuß für das Flugverkehrsmanagement	4	92 572	1	—
Ausschuß für die Umregistrierung von Schiffen innerhalb der Gemeinschaft	4	25 277	3 a)	B2-7 0 2
Ausschuß für die Schulung der Fahrer von Fahrzeugen zur Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße	3	37 916	3 a)	B2-7 0 2
Ausschuß für die gegenseitige Anerkennung der einzelstaatlichen Schifferpatente für den Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr	3	25 277	3 a)	—
Entwicklung				
Ausschuß für Nahrungsmittelhilfe	3	153 000	2 b)	B7-2 0 0
Ausschuß für finanzielle und technische Hilfe sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika und Asien	3	99 000	3 a)	B7-3 0 + B7-3 1
Ausschuß für den Europäischen Entwicklungsfonds	3	232 000	3 a)	—
Ausschuß „Südliches und östliches Mittelmeer"	3	106 000	3 a)	B7-4 0 1 0

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Audiovisueller Bereich, Information, Kommunikation und Kultur				
Beratender MEDIA-Ausschuß	3	50 000	1	B3-2 0 1 0
Beratender Ausschuß für fortgeschrittene Fernsehdienste	3	p.m.	1/3 a)/3 b)	—
Umwelt, nukleare Sicherheit und Zivilschutz				
Ad-hoc-Ausschuß für die Verordnung über die Einfuhrbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl	3	30 000	2 a)	—
Beratender Ausschuß für die Durchführung der Rechtsvorschriften betreffend die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität	3	p.m.	1	—
Beratender Ausschuß für den Transport radioaktiver Abfälle	3	20 000	1	—
Beratender Ausschuß für das gemeinschaftsweite Beobachtungssystem zur Messung der Emissionen von CO_2 und anderen Treibhausgasen	3	10 000	1	—
Ausschuß für die Verordnung über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen	3	20 000	2 a)	B4-3 0 4
Ausschuß für das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE)	3	30 000	2 a)	B4-3 2 0
Ausschuß für das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Gemeinschaft	3	40 000	3 a)	B4-3 0
Ausschuß für die Richtlinie über die Verbrennung gefährlicher Abfälle	3	p.m.	3 b)	—
Ausschuß für die Vereinheitlichung und die zweckmäßige Gestaltung der Berichte über die Durchführung bestimmter Umweltschutzrichtlinien	3	10 000	2 a)	B4-3 0 4
Ausschuß zur Anpassung an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt:				
— Durchführung der Richtlinie über Abfälle	3	p.m.	3 a)	—
— Meßmethoden und Häufigkeit der Probenahmen und Analysen des Oberflächenwassers für die Trinkwassergewinnung in den Mitgliedstaaten	3	p.m.	3 a)	—
— Grenzwerte und Leitwerte der Luftqualität für Schwefeldioxid und Schwebestaub	3	p.m.	1	—
— Süßwasser / Fische	3	p.m.	3 b)	B4-3 0
Ausschuß für die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen	3	p.m.	3 a)	B4-3 0
Ausschuß für die Anpassung an den technischen Fortschritt und die Durchführung der Richtlinie über die Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC-Emissionen) bei der Lagerung von Ottokraftstoff und seiner Verteilung von den Auslieferungslagern bis zu den Tankstellen	3	p.m.	3 a)	—
Ausschuß für die Anwendung der Verordnung über die freiwillige Teilnahme gewerblicher Unternehmen am Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung	3	p.m.	2 b)	—
Regelungsausschuß für das gemeinschaftliche System zur Vergabe eines Umweltzeichens	3	88 000	3 a)	B4-3 0
Regelungsausschuß über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt	3	24 000	3 a)	B4-3 0
Ausschüsse zur Anpassung an den technischen Fortschritt:				
— Badegewässer	3	10 000	3 b)	B4-3 0 4

KOMMISSION

Teil A — Anlage I

(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
— Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe	4	p.m.	3 a)/3 b)	—
— Behandlung von kommunalem Abwasser	3	20 000	3 b)	B4-3 0 4
— Erhaltung der wildlebenden Vogelarten	3	20 000	3 b)	B4-3 0 4
— Wasser für den menschlichen Gebrauch	3	10 000	3 b)	B4-3 0 4
— Geräuschemission von Baumaschinen und Baugeräten	3	10 000	3 b)	B4-3 0 4
— giftige und gefährliche Abfälle	4	40 000	3 a)	B4-3 0 4
— Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten	4	36 000	3 b)	B4-3 0 4
— Schutz des Wassers vor der Verunreinigung durch Nitrate aus landwirtschaftlichen Quellen	3	16 000	3 b)	B4-3 0 4
— Luftqualität	3	16 000	3 b)	B4-3 0 4
— Anwendung genetisch veränderter Organismen in geschlossenen Systemen	3	24 000	3 b)	B4-3 0
— Richtlinien zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse im Sektor gefährliche Stoffe und Zubereitungen	4	40 000	3 b)	B4-3 0 4
Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger:	2	80 000	1	Euratom-Vertrag
— Grundnormen				
— radioaktive Abgase				
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung				
Ausschuß für wissenschaftliche und technische Forschung (CREST)	4	16 500	1	—
Ausschuß für Wissenschaft und Technik (Euratom)	1	83 500	1	—
Telekommunikation, Informationsmarkt und Verwertung von Forschungsergebnissen				
Gemeinschaftsausschuß Telekommunikationsausschuß (CTC — TEN — RNIS)	3	20 000	1	B5-4 0 1
Beratender Ausschuß für die Einführung eines offenen Netzzugangs (Open Network Provision — ONP)	1	57 000	1/3 a)	B5-4 0 1
Beratender Ausschuß für Postdienste	3	32 000	1	B5-4 0 1
Beratender Ausschuß für den Aktionsplan zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste	3	135 000	1/2 b)	B5-5 0 0
Zulassungsausschuß für Telekommunikationsendgeräte (ACTE)	3	25 000	1	B5-4 0 1 0
Beratender Ausschuß für Telekommunikationsmärkte	3	25 000	1	B5-4 0 1 0
Gruppe hoher Beamter für die Sicherheit von Informationssystemen	4	p.m.	1	—
Fischerei				
Verwaltungsausschuß für Fischereierzeugnisse	3	96 000	2 a)	B1-2 6 1
Verwaltungsausschuß für den Sektor Fischerei und Aquakultur	3	24 000	2 a)	—
Ständiger Strukturausschuß für die Fischwirtschaft	3	210 000	2 a)	B2-1 8 1

KOMMISSION
Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Gemischter Ausschuß EWG-Angola	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Argentinien	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Cap Verde	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Komoren	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Gambia	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Guinea	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Guinea-Bissau	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Äquatorialguinea	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Mauritius	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Madagaskar	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Marokko	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Mauretanien	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-São Tomé und Príncipe	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Senegal	3	p.m.	1	—
Gemischter Ausschuß EWG-Seychellen	3	p.m.	1	—
Binnenmarkt und Finanzdienste				
Beratender Bankenausschuß	3	50 000	3 a)	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die Ausbildung auf dem Gebiet der Architektur	4	29 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die Ausbildung in der Krankenpflege	4	29 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die ärztliche Ausbildung	4	29 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die Ausbildung der Apotheker	4	29 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die zahnärztliche Ausbildung	4	29 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die Ausbildung der Hebammen	4	29 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für die Ausbildung der Tierärzte	4	29 000	1	B5-3 0 0
Beratender Ausschuß für öffentliche Aufträge	3	89 000	1	B5-3 0 0
Kontaktausschuß für Richtlinien der Rechnungslegung	3	30 000	1	B5-3 0 0
Kontaktausschuß für die Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche	3	30 000	1	B5-3 0 0
Kontaktausschuß der Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren	3	30 000	1	B5-3 0 0
Kontaktausschuß der Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung	3	20 000	1	B5-3 0 0
Ausschuß hoher Beamter für das öffentliche Gesundheitswesen	3	15 000	1	B5-3 0 0
Ausschuß für die Richtlinie über die Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten	3	p.m.	3 a)	—
Versicherungsausschuß	3	50 000	3 b)	B5-3 0 0
Ausschuß für die Kontrolle der Übereinstimmung von aus Drittländern eingeführten Erzeugnissen mit den geltenden Produktsicherheitsvorschriften	3	45 000	2 b)	B5-3 0 0
Kontaktausschuß für Wertpapiere	3	50 000	3 a)	B5-3 0 0
Ausschuß für den Austausch von Beamten (KAROLUS)	3	45 000	2 a)	B5-3 0 0

KOMMISSION

Teil A — Anlage I

(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Pharmazeutischer Ausschuß	3	45 000	1	—
Ausschuß für die zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise	4	p.m.	2 b)	—
Ausschuß für Gebühren, Durchführungsbestimmungen und das Verfahren der Beschwerdekammern des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)	3	p.m.	1	—
Ausschuß für einheitliche Visagestaltung	3	35 000	3 b)	—
Ausschuß für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze:				
— transeuropäische Verkehrsnetze	1	70 000	3 a)	B5-7 0 0
— transeuropäische Telekommunikationsnetze	1	70 000	3 a)	B5-7 2 0
— transeuropäische Energienetze	1	70 000	3 a)	B5-7 1 0
Regionalpolitik und Kohäsion				
Beratender Ausschuß für regionale Entwicklung und Umstellung	1	66 250	1	B2-1 2 0
Verwaltungsausschuß für Gemeinschaftsinitiativen	4	p.m.	2 a)	—
Energie				
Beratender Ausschuß für die transeuropäischen Netze	4	25 000	1	B5-7 1 0
Beratender Ausschuß „Save“	4	40 000	1	B4-1 0 0 9
Beratender Ausschuß für das Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Erhöhung der Effizienz bei der Elektrizitätsverwendung (PACE)	4	30 000	1	B4-1 0 0 9
Beratender Ausschuß für die Etikettierung von Haushaltsgeräten	4	50 000	3 b)	B4-1 0 0 9
Ausschuß für die Förderung der Energietechnologien in Europa (THERMIE)	4	125 000	2 a)	B4-1 0 0 0
Beratender Ausschuß für die Förderung der erneuerbaren Energieträger in der Gemeinschaft (ALTENER-Programm)	4	45 000	1	B4-1 0 3 0
Ausschuß zur Anpassung an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt für die Einsparung von Rohöl durch die Verwendung von Ersatz-Kraftstoffkomponenten im Benzin	4	10 000	3 a)	—
Haushalte				
Beratender Ausschuß für die eigenen Mittel	3	72 000	1	Einnahmen 1, 3
Statistisches Amt				
Europäischer Beratender Ausschuß für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES)	4	50 000	1	B5-6 0 0
Ausschuß für die Nomenklatur	3	70 000	2 b)	B5-6 0 0

KOMMISSION
Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Ausschuß für Außenhandelsstatistik (Nimexe, Methoden, Arbeitsgruppen)	3	100 000	2 b)	B5-7 2 2
Ausschuß für die Statistik auf finanziellem Gebiet und im Bereich der Währung und Zahlungsbilanz	4	12 000	1	B5-6 0 0
Ausschuß für das statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft (DGINS)	3	72 000	2 b)	B5-6 0 0
Ausschuß für die statistische Geheimhaltung	3	12 000	2 b)	B5-6 0 0
Ständiger agrarstatistischer Ausschuß	3	10 000	3 a)	B5-6 0 0
Ausschuß für die Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen	3	40 000	2 b)	B5-6 0 0
Ausschuß für die Statistik des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten	3	30 000	2 a)	B5-6 0 0
Zoll und indirekte Steuern				
Beratender Ausschuß für die Mehrwertsteuer	3	48 000	1	—
Ausschuß für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden	3	108 000	3 b)	—
Ausschuß für Zusammenarbeit im Zollwesen Europäische Gemeinschaften-Bulgarien	3	p.m.	1	—
Ausschuß für Zusammenarbeit im Zollwesen Europäische Gemeinschaften-Slowakische Republik	3	p.m.	1	—
Ausschuß für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens EWG-Türkei	3	12 000	1	—
Kooperationsausschuß EWG-San Marino	3	12 000	1	—
Ausschuß für den Verkehr des auf Flug- und Schiffsreisen mitgeführten Gepäcks	3	p.m.	3 a)	—
Verbrauchsteuerausschuß	3	48 000	3 b)	—
Ausschuß für die Zollkontingente	3	18 000		—
Ausschüsse für den Zollkodex:				
— Untergruppe: Verkehr des auf Flug- oder Schiffsreisen mitgeführten Gepäcks	3	18 000	3 a)	—
— Untergruppe: Einheitspapier	3	18 000	3 a)	—
— Untergruppe: Zollager und Freizonen	3	36 000	3 a)	—
— Untergruppe: Zollbefreiungen	3	63 000	3 a)	—
— Untergruppe: Ursprungsfragen	3	60 000	3 a)	—
— Untergruppe: Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung	3	60 000	3 a)	—
— Untergruppe: allgemeines Zollrecht	3	54 000	3 a)	—
— Untergruppe: gemeinschaftliches Versandverfahren	3	36 000	3 a)	—
— Untergruppe: Zollwert	3	24 000	3 a)	—
Ausschuß für Beitreibung	3	18 000	3 a)	—
Ausschuß für den wirtschaftlichen passiven Veredelungsverkehr mit Textilien	3	24 000	3 a)	—
Gemischter Ausschuß EWG-Dänemark und Färöer	3	12 000	1	—
Ausschuß „MATTHAEUS“	3	60 000	2 a)	B5-3 0 5 1
„MATTHAEUS-TAX“-Ausschuß	3	12 000	2 a)	B5-3 0 5 1

KOMMISSION

Teil A — Anlage I

(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Ausschüsse für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (andere als die Türkei)	3	12 000	3 a)	—
Zollunterausschüsse EWG-Länder der Europäischen Freihandelszone (Island, Norwegen und Schweiz)	3	42 000	3 a)	—
Gemischter Ausschuß EWG-Europäische Freihandelszone (und Arbeitsgruppen):	3	30 000	3 a)	—
— gemeinsames Versandverfahren				
— Einheitspapier				
Gemischter Ausschuß EWG-Schweiz für die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten und Arbeitsgruppe	3	12 000	1	—
Gemischte Ausschüsse für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens:				
— EWG-Albanien	3	p.m.	1	—
— EWG-Kanada	3	12 000	1	—
— EWG-Korea	3	12 000	1	—
— EWG-Vereinigte Staaten	3	12 000	1	—
— EWG-Lettland	3	p.m.	1	—
— EWG-Japan	3	12 000	1	—
Unterausschuß „Zoll" EWG-Bulgarien	3	12 000	1	—
Unterausschuß „Zoll" EWG-Ungarn	3	12 000	1	—
Unterausschuß „Zoll" EWG-Polen	3	12 000	1	—
Unterausschuß „Zoll" EWG-Slowakische Republik	3	12 000	1	—
Unterausschuß „Zoll" EWG-Tschechische Republik	3	12 000	1	—
Unterausschuß „Zoll" EWG-Rumänien	3	12 000	1	—
Unterausschuß „Zoll" EWG-Slowenien	3	12 000	1	—
Bildung / Berufsbildung / Jugend				
Beratender Ausschuß für das Europäische Jahr für lebenslanges Lernen	3	46 216	1	B3-1 0 0 8
Beratender Ausschuß für berufliche Bildung und Leitende Gruppe	4	184 450	1	B3-1 0 2 0
Beratender Ausschuß „Jugend für Europa"	3	46 216	1	B3-1 0 1
Ausschuß „LEONARDO DA VINCI"	4	323 512	1	B3-1 0 2 1
Ausschuß „SOCRATES"	4	184 864	1	B3-1 0 0 1
Ausschuß „TEMPUS"	4	36 900	2 b)	B7-5 0 0
Unternehmenspolitik, Handel, Fremdenverkehr und Sozialwirtschaft				
Beratender Ausschuß für Fremdenverkehr	4	p.m.	1	B5-3 2 5
Verwaltungsausschuß für die Durchführung des mehrjährigen Aktionsprogramms der Gemeinschaft zum Ausbau der Schwerpunktbereiche und zur Sicherung der Kontinuität und Konsolidierung der Unternehmenspolitik in der Gemeinschaft, vor allem für mittlere und kleinere Unternehmen (KMU)	3	75 000	2 b)	B5-3 2 0

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Art des Ausschusses	Betreffende Haushaltslinie
Ausschuß für den Aktionsplan der Gemeinschaft zur Förderung des Tourismus	2	75 000	2 b)	B5-3 2 5
Ausschuß für das mehrjährige Arbeitsprogramm der Gemeinschaft zugunsten von Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereinen und Stiftungen in der Gemeinschaft	4	p.m.	2 a)	—
Verbraucherpolitik				
Beratender Ausschuß für die Sicherheit von Produkten und Leistungen	4	p.m.	1/3 b)	B5-1 0 5
Ausschuß für Produktsicherheitsnotfälle	3	40 000	3 b)	B5-3 0 0
Ausschüsse zur Anpassung an den technischen Fortschritt:				
— Sicherheit von Spielzeug	3	28 000	2 b)	B5-1 0 5
— Richtlinien „kosmetische Mittel“	3	50 000	3 a)	B5-1 0 5
Ausschuß für den Bereich der Richtlinien über die Bezeichnung und Etikettierung von Textilerzeugnissen	4	p.m.	3 a)	B5-1 0 5

KOMMISSION
Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

b) Liste der Ausschüsse, deren Einberufungskosten verbucht werden zu Lasten von Posten A-2 5 1 1

(Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung kein obligatorisches Element des Verfahrens zur Ausarbeitung von Gemeinschaftsrechtsakten ist)

Gruppe 1: Regierungs- und andere Sachverständige, denen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet werden.

Gruppe 2: Nichtregierungssachverständige, denen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet werden.

Gruppe 3: Regierungssachverständige, denen nur die Reisekosten erstattet werden.

Gruppe 4: Regierungssachverständige, denen nur die Reisekosten, und andere Sachverständige, denen sowohl die Reise- als auch die Aufenthaltskosten erstattet werden.

Der Ausgabenvoranschlag für jeden Ausschuß basiert auf einem Tätigkeitsprogramm, das nach Maßgabe der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im Laufe des Haushaltsjahres entsprechend angepaßt wird.

Darüber hinaus wird die Kommission zu gegebener Zeit die notwendigen Entscheidungen treffen, um die Ausgaben auf die Höhe der verfügbaren Mittel zu beschränken.

Bei der betreffenden Haushaltslinie handelt es sich um die Linie in Teil A oder B dieses Einzelplans, in der die Rechtsgrundlage für den Ausschuß aufgeführt ist.

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Betreffende Haushaltslinie
Betrugsbekämpfung			
Beratender Ausschuß für die Koordinierung auf dem Gebiet der Betrugsbekämpfung	3	90 000	—
Industrie			
Beratender Ausschuß für die Holzwirtschaftspolitik der Gemeinschaft	4	21 000	B5-3 0 0
Beratender Lebensmittelausschuß	2	63 000	B5-3 0 0
Ausschuß für die Koordinierung im Bereich des Binnenmarktes	3	89 000	B5-3 0 0
Wettbewerb			
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen	3	100 000	A-3 5 2
Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten			
Paritätischer Ausschuß für die Zivilluftfahrt	2	80 000	B3-4 0 0 0
Paritätischer Ausschuß für die Schuhindustrie	2	80 000	B3-4 0 0 0
Paritätischer Ausschuß für die Eisenbahnen	2	80 000	B3-4 0 0 0
Paritätischer Ausschuß für die Post	2	80 000	—
Paritätischer Ausschuß für Telekommunikationsdienste	2	80 000	B3-4 0 0 0

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Betreffende Haushaltslinie
Paritätischer Ausschuß für den Seeverkehr	2	80 000	B3-4 0 0 0
Paritätischer Ausschuß für den Straßenverkehr	2	80 000	B3-4 0 0 0
Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme in der Binnenschiffahrt	2	80 000	B3-4 0 0 0
Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme in der Seefischerei	2	80 000	B3-4 0 0 0
Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte	2	80 000	B3-4 0 0 0
Beratender wissenschaftlicher Ausschuß für die Prüfung der Toxizität und Ökotoxizität chemischer Verbindungen (wird ebenfalls von der Generaldirektion „Umwelt und nukleare Sicherheit" einberufen)	2	68 000	B3-4 3 1 0
Beratender Ausschuß für Chancengleichheit von Frauen und Männern	2	165 000	B3-4 0 1 2
Ausschuß Hoher Arbeitsaufsichtsbeamter	4	158 000	B3-4 3 1 0
Landwirtschaft			
Beratender Ausschuß für Fragen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik	2	69 000	B1-5 0 0
Beratender Ausschuß für die sozialen Probleme der landwirtschaftlichen Betriebsleiter und ihrer Familienangehörigen	2	20 000	—
Beratender Veterinärausschuß	2	30 000	B2-5 1 0 0
Wissenschaftlicher Futtermittelausschuß	2	106 000	—
Wissenschaftlicher Ausschuß für Ursprungsbezeichnungen, geographische Angaben und Bescheinigungen besonderer Merkmale	2	68 000	—
Wissenschaftlicher Ausschuß für Schädlingsbekämpfungsmittel	2	35 000	—
Wissenschaftlicher Veterinärausschuß	2	78 000	—
Beratende Ausschüsse für die gemeinsamen Agrarmarktorganisationen:			
— Getreide	2	168 000	B1-1 0 0
— Reis (Fachgruppe des Beratenden Ausschusses für Getreide)	2	38 000	B1-1 0 4
— Schweinefleisch	2	66 000	B1-2 3 0
— Geflügelfleisch	2	50 000	B1-2 4 0
— Eier	2	50 000	B1-2 4 0
— Milch und Milcherzeugnisse	2	60 000	B1-2 0 0
— Rindfleisch	2	69 000	B1-2 1 0
— frisches und verarbeitetes Obst und Gemüse	2	84 000	B1-1 5 0
— Weinbau	2	75 000	B1-1 6 0
— Fette			
(zwei Fachausschüsse:			
a) Oliven und Folgeerzeugnisse	2	66 000	B1-1 2 0
b) Ölsaaten sowie Folgeerzeugnisse)	2	66 000	B1-1 2 0
— Zucker (und paritätische Gruppe)	2	115 000	B1-1 1 0
— lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	2	18 000	—
— Rohtabak (und paritätische Gruppe)	2	50 000	B1-1 7 0
— Flachs und Hanf (und paritätische Gruppe)	2	8 000	B1-1 4 0
— Hopfen (und paritätische Gruppe)	2	18 000	B1-1 8 1

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Betreffende Haushaltslinie
— Seidenraupen (Fachgruppe des Beratenden Ausschusses für Flachs und Hanf)	2	8 000	B1-1 4 2
— Saatgut (und Gruppe „Harmonisierung der Rechtsvorschriften")	2	24 000	B1-1 8 0
— Futtermittel (und Gruppe „Annäherung der Rechtsvorschriften")	2	54 000	B1-1 3 0
— Baumwolle	2	38 000	B1-1 4 1
— Schaf- und Ziegenfleisch	2	60 000	B1-2 2 0
— Kork	2	26 000	—
Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelles			
Beratender „Informationsempfängerrat"	3	50 000	—
Umwelt, nukleare Sicherheit und Zivilschutz			
Beratender Ausschuß für die Überwachung und Verringerung der Verschmutzung des Meeres durch Öl und andere Schadstoffe	2	24 000	B4-3 3 0 0
Beratender Ausschuß für den Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere	4	36 000	B4-3 0
Ausschuß für die Entsorgung von Industrieabfällen	4	32 000	B4-3 0
Beratender wissenschaftlicher Ausschuß für die Prüfung der Toxizität und Ökotoxizität chemischer Verbindungen (wird ebenfalls von der Generaldirektion „Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Bildung" einberufen)	2	44 000	B3-4 3 0 0
Ausschuß zur Anpassung an den technischen Fortschritt:			
— gemeinsames Verfahren zum Informationsaustausch über die Qualität des Oberflächenwassers in der Gemeinschaft	3	p.m.	B4-3 0
Allgemeines Beratendes Forum für Umweltfragen	2	p.m.	—
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung			
Beratender Ausschuß für industrielle Forschung und Entwicklung (IRDAC)	2	129 000	—
Fischerei			
Beratender Ausschuß für Fischereiwirtschaft	2	290 000	—
Ausschuß für wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Fragen der Fischerei	2	71 000	B2-1 8 1
Binnenmarkt und Finanzdienste			
Beratender Ausschuß für Koordinierung im Bereich des Binnenmarkts	4	p.m.	—
Beratender Ausschuß für den Zugang zu öffentlichen Aufträgen	4	94 000	B5-3 0 0

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Gruppe	Vorgesehene Ausgaben	Betreffende Haushaltslinie
Regionalpolitik und Kohäsion			
Beratender wissenschaftlicher und technischer Ausschuß in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Verkehrsinfrastrukturnetze	2	18 000	B2-3 0 0
Energie			
Sachverständigengremium für den Elektrizitätstransit über große Netze	4	14 000	—
Sachverständigengremium für den Transit von Erdgas über große Netze	4	20 000	—
Zoll und indirekte Steuern			
Beratender Ausschuß für Zoll und indirekte Steuern	2	18 000	—
Ausschuß für Kulturgüter	3	18 000	—
Ständiger Ausschuß für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung	3	p.m.	—
Unternehmenspolitik, Handel, Fremdenverkehr und Sozialwirtschaft			
Beratender Ausschuß für Sozialwirtschaft	2	40 000	B5-3 2 1
Ausschuß für Handel und Vertrieb	2	560 000	B5-3 2 1
Verbraucherpolitik			
Beratender Ausschuß für Unfälle im Haushalt und bei der Freizeitbeschäftigung	4	20 000	B5-1 0 5
Wissenschaftlicher Ausschuß für Kosmetologie (und Untergruppen)	2	90 000	B5-1 0 5
Verbraucherausschuß	1	113 000	B5-1 0 5

ANLAGE II

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

EINNAHMEN

TITEL 4

VERSCHIEDENE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 4 0			
4 0 0	***Aufkommen der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten***	1 710 233	1 546 818	1 338 699,—
4 0 1	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	1 809 225	1 634 738	1 431 994,—
4 0 3	***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst***	365 442	328 057	286 048,—
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	3 884 900	3 509 613	3 056 741,—
	Titel 4 insgesamt	**3 884 900**	**3 509 613**	**3 056 741,—**
	GESAMTBETRAG	**3 884 900**	**3 509 613**	**3 056 741,—**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 4

VERSCHIEDENE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen
401	Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die — monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Beamtenstatuts der Europäischen Gemeinschaften einbehaltenen — Beiträge des Personals des Amtes für amtliche Veröffentlichungen zur Versorgungsordnung.
403	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3831/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften hinsichtlich der Einführung einer befristeten Abgabe (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1991, S. 7).

KOMMISSION

Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

AUSGABEN

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	31 753 700	30 370 850	25 987 707,74
1 2	VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE	p.m.	p.m.	0,—
1 3	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	310 000	302 000	357 100,—
1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	15 000	30 000	30 000,—
1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN	40 000	40 000	83 000,—
1 6	SOZIALAUSGABEN	330 300	330 300	310 381,73
1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE	4 200	4 000	5 400,—
	Titel 1 insgesamt	**32 453 200**	**31 077 150**	**26 773 589,47**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	6 815 700	7 283 500	5 441 039,40
2 1	DATENVERARBEITUNG	4 200 000	3 999 000	3 334 908,07
2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	1 400 000	1 215 600	960 512,72
2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	938 100	911 750	758 906,61
2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	6 500 000	5 930 000	4 964 389,03
2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	50 000	47 000	36 540,48
2 6	UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 2 insgesamt	**19 903 800**	**19 386 850**	**15 496 296,31**
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER WAHRNEHMUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
3 4	VERÖFFENTLICHUNGEN	1 695 000	2 464 000	1 635 643,43
	Titel 3 insgesamt	**1 695 000**	**2 464 000**	**1 635 643,43**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**54 052 000**	**52 928 000**	**43 905 529,21**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	21 930 000	19 815 000	17 165 877,60
1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	2 465 000	2 255 000	1 929 524,93
1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	2 863 000	2 558 000	2 240 919,16
1 1 0 3	Pauschalzulagen Nichtgetrennte Mittel	195 000	178 000	167 321,56
	Artikel 1 1 0 insgesamt	27 453 000	24 806 000	21 503 643,25
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	300 000	1 238 000	815 418,13
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 1 1 insgesamt	300 000	1 238 000	815 418,13
1 1 2	***Berufliche Fortbildung des Personals, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	90 000	95 000	83 300,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
1 1 0	
1 1 0 0	Veranschlagt sind die Grundgehälter der im Stellenplan vorgesehenen Beamten und Bediensteten auf Zeit. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 157 000 ECU veranschlagt.
1 1 0 1	Veranschlagt sind die Familienzulagen, und zwar: — Haushaltszulage, — Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — Erziehungszulage der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1 1 0 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 des Anhangs VII. Veranschlagt ist die Zulage an Beamte, die die Bedingungen erfüllen.
1 1 0 3	Veranschlagt ist die Pauschalzulage für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Laufbahngruppe C, die die Planstelle eines Büroassistenten, Bürosekretärs, Fernschreibers, Maschinenschreibers, Direktionssekretärs oder Chefsekretärs innehaben.
1 1 1	
1 1 1 0	Veranschlagt sind die Vergütungen für die Hilfskräfte der verschiedenen Kategorien, die das Amt für amtliche Veröffentlichungen aus folgenden Gründen eingestellt hat: zu großer Arbeitsanfall, Abwesenheiten wegen Krankheit, vorübergehend unbesetzte Dienstposten, Teilzeitbeschäftigung.
1 1 1 2	Veranschlagt sind Mittel für die Vergütungen sowie für die Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der örtlichen Bediensteten.
1 1 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Absatz. Veranschlagt sind Mittel für Kurse zur Verbesserung der beruflichen Kenntnisse, zur beruflichen Fortbildung, zur Information über die Anwendung moderner Methoden usw.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
113	***Kranken- und Unfallversicherung, Versicherung gegen Berufskrankheiten und Arbeitslosigkeit und Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen***			
1130	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	746 000	672 000	589 778,09
1131	Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	150 000	137 250	116 217,38
1132	Versicherung der Zeitbediensteten gegen Arbeitslosigkeit Nichtgetrennte Mittel	2 000	1 000	1 184,19
1133	Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 113 insgesamt	898 000	810 250	707 179,66
114	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1140	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	500	800	202,75
1141	Jährliche Reisekosten vom Dienstort zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	324 000	350 500	309 234,91
1142	Mietzulagen und Fahrkostenzulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1143	Pauschale Amtszulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1144	Fahrkostenpauschale Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1145	Sondervergütung für Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
113	
1130	Veranschlagt ist der Arbeitgeberanteil der Versicherung für den Krankheitsfall.
1131	Veranschlagt sind: — der Arbeitgeberanteil der Versicherung für den Fall von Berufskrankheiten und Unfällen, — die zusätzlichen Ausgaben, die sich aus der Anwendung der einschlägigen Statutsbestimmungen ergeben.
1132	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2799/85 des Rates vom 27. September 1985 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 265 vom 8. 10. 1985, S. 1). Veranschlagt sind die Kosten der Versicherung der Zeitbediensteten gegen Arbeitslosigkeit.
1133	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Dieser Posten deckt die Zahlungen, die das Organ zugunsten der Zeitbediensteten zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland zu leisten hat.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Beim Tode eines Beamten erhalten der hinterbliebene Ehegatte oder die unterhaltsberechtigten Kinder bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen. Unter den im Statut genannten Bedingungen: — wird eine Geburtenzulage gewährt, — übernimmt das Organ beim Tode eines Beamten die Kosten für die Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 26. Beamte und Bedienstete auf Zeit haben für sich selbst und für ihre Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen Anspruch auf die Pauschalerstattung der Fahrkosten vom Dienstort zum Herkunftsort, und zwar: — einmal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mehr als 50 km und weniger als 725 km beträgt, — zweimal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mindestens 725 km beträgt.
1144	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 15 des Anhangs VII. Bei diesem Posten sind Mittel für die Fahrkostenpauschale veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
114	*(Fortsetzung)*			
1147	Vergütungen für Schichtdienst und für Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und/oder zu Hause Nichtgetrennte Mittel	12 200	12 300	13 380,63
1149	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 114 insgesamt	336 700	363 600	322 818,29
115	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	55 000	50 000	52 300,83
117	***Aushilfsleistungen***			
1174	Freiberufliche Korrektoren Nichtgetrennte Mittel	1 590 000	1 590 000	1 635 000,—
1175	Sonstige Aushilfsleistungen Nichtgetrennte Mittel	70 000	70 000	210 000,—
	Artikel 117 insgesamt	1 660 000	1 660 000	1 845 000,—
118	***Kosten und Vergütungen bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1181	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	40 000	56 000	34 000,—
1182	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	60 000	294 000	75 000,—
1183	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	160 000	122 000	45 000,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
114	*(Fortsetzung)*
1147	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 56a und 56b. Veranschlagt sind die Vergütungen für Schichtarbeit oder Arbeitsbereitschaft am Arbeitsplatz oder in der Wohnung.
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VI. Veranschlagt ist die Vergütung von Überstunden des Personals der Laufbahngruppen C und D sowie der örtlichen Bediensteten zum Stundensatz, sofern diese Überstunden nicht abgegolten werden konnten.
117	
1174	Veranschlagt sind Mittel für Aushilfsleistungen im Bereich der Textkorrektur, insbesondere Honorare, Versicherungskosten, Fahrkosten, Tagegelder und Dienstreisekosten der freiberuflichen Korrektoren sowie entsprechende Verwaltungsausgaben. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 110 000 ECU veranschlagt.
1175	Veranschlagt sind Mittel für: — Aushilfspersonal und, — sofern die Arbeiten nicht von den Bediensteten des Amtes für amtliche Veröffentlichungen ausgeführt werden, die Vervielfältigung vergriffener Veröffentlichungen im Rahmen der „document delivery", die Herstellung von Schriftstücken für den internen Gebrauch und für nach außen zu vergebende Maschinenschreibarbeiten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 15 000 ECU veranschlagt.
118	
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 7 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Reisekosten der Bediensteten (und ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, bei Ausscheiden aus dem Dienst und bei Versetzungen, die eine Änderung des Dienstorts mit sich bringen.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5 und 6 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Einrichtungsbeihilfe und die Wiedereinrichtungsbeihilfe für Bedienstete, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln müssen.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 9 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Umzugskosten der Bediensteten, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln müssen.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 8	*(Fortsetzung)*			
1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	232 000	524 000	398 000,—
	Artikel 1 1 8 insgesamt	492 000	996 000	552 000,—
1 1 9	***Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	124 000	102 000	106 047,58
1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	345 000	250 000	0,—
	Artikel 1 1 9 insgesamt	469 000	352 000	106 047,58
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	31 753 700	30 370 850	25 987 707,74
	KAPITEL 1 2			
1 2 9	***Anpassungen der verschiedenen Vergütungen***			
1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 2 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
118	*(Fortsetzung)*
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 10 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die zeitweiligen Tagegelder für Bedienstete, die nachweisen, daß sie nach ihrem Dienstantritt oder bei der Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnsitz ändern müssen.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge der Beamten und der Hilfskräfte sowie auf die Überstunden der Beamten.
1191	Diese Mittel sind vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie — entsprechend dem in der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehenen Verfahren — auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung etwaiger Anpassungen der Bezüge aufgrund von Beschlüssen des Rates im Haushaltsjahr.
129	
1291	Die Mittel sind vorläufig eingesetzt. Sie können erst verwendet werden, nachdem sie — entsprechend dem in der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), vorgesehenen Verfahren — auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung etwaiger Anpassungen der Bezüge aufgrund von Beschlüssen des Rates im Haushaltsjahr.

KOMMISSION

Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 13			
130	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	310 000	302 000	357 100,—
	KAPITEL 13 INSGESAMT	310 000	302 000	357 100,—
	KAPITEL 14			
140	***Restaurants und Kantinen***			
1400	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	10 000	20 000	8 000,—
1401	Ausgaben für laufende Umbauten und Erneuerungen der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	5 000	10 000	22 000,—
1402	Ausgaben für außergewöhnliche Umbauten und Erneuerungen der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 140 insgesamt	15 000	30 000	30 000,—
	KAPITEL 14 INSGESAMT	15 000	30 000	30 000,—
	KAPITEL 15			
152	***Versetzungen zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
1520	Nationale Beamte und Beamte internationaler Organisationen sowie Bedienstete des Privatsektors, die vorübergehend in den Dienststellen des Organs beschäftigt sind Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	83 000,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
130	Veranschlagt sind Mittel für die Dienstreise- und Fahrkosten der Beamten des Amtes für amtliche Veröffentlichungen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
140	
1400	Veranschlagt sind Mittel für die Betriebskosten der Kantine sowie für die Unterhaltung und Instandsetzung der bestehenden Einrichtungen.
1401	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für den laufenden Umbau und die laufende Erneuerung der Kantineneinrichtung, die nicht in die laufenden Wartungskosten einbezogen werden können.
1402	Dieser Posten ist dazu bestimmt, bedeutende Ausgaben für notwendige Umbauten und Eneuerungen zu decken, die deutlich zu unterscheiden sind von den laufenden Kosten für Umbauten, Reparaturen und Erneuerungen von Einrichtungen und Material.
152	
1520	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Abstellung oder zeitweilige Beschäftigung von Beamten der Mitgliedstaaten und sonstigen Sachverständigen im Amt für amtliche Veröffentlichungen oder für die kurzzeitige Beratertätigkeit zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den nationalen Ämtern und zur Anpassung der Aufmachung und des Vertriebs an die unterschiedlichen kulturellen Gegebenheiten.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
152	*(Fortsetzung)*			
1521	Beamte des Organs, die vorübergehend bei nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen beschäftigt sind Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 152 insgesamt	40 000	40 000	83 000,—
	KAPITEL 15 INSGESAMT	40 000	40 000	83 000,—
	KAPITEL 16			
160	***Außergewöhnliche Hilfsleistungen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
161	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	23 200	23 200	23 500,—
162	***Sonstige Sozialaufwendungen*** Nichtgetrennte Mittel	2 100	2 100	1 881,73
163	***Kleinkinder-Tagesstätte und sonstige Kinderkrippen und -aufbewahrungsstätten*** Nichtgetrennte Mittel	305 000	305 000	285 000,—
164	***Zusätzliche Hilfe für Behinderte*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 16 INSGESAMT	330 300	330 300	310 381,73

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
152	*(Fortsetzung)*
1521	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Dieser Posten ist zur Deckung der Erstattung zusätzlicher Ausgaben, die den Beamten der Gemeinschaften durch die Abordnung entstehen, sowie Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen bestimmt.
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Dieser Posten deckt Geldleistungen, die Beamten, ehemaligen Beamten oder Rechtsnachfolgern eines verstorbenen Beamten, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden, gewährt werden können.
161	Veranschlagt ist die Beteiligung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen an den Kosten für Veranstaltungen im „Foyer" sowie an den Kosten für sonstige kulturelle oder sportliche Veranstaltungen in Luxemburg.
162	Veranschlagt ist die Beteiligung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen an den Zuschüssen zu den sozialen Tätigkeiten in Luxemburg. Veranschlagt sind ferner die Einstellungskosten und die Kosten des juristischen Beistands für das Personal.
163	Dieser Mittelansatz soll den Anteil des Amtes für amtliche Veröffentlichungen an den Kosten der Kleinkinder-Tagesstätte (6,42 %) und den sonstigen Kinderkrippen und -horten (6,78 %) sowie am Schulbeförderungsdienst decken.
164	Im Rahmen einer Politik zugunsten von Behinderten sind Mittel für folgende behinderte Personen veranschlagt: — für Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — für die Ehegatten der Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — für alle gemäß dem Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften unterhaltsberechtigten Kinder. Diese Mittel sind dazu bestimmt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Beanspruchung etwaiger Rechte auf nationaler Ebene im Wohn- oder Herkunftsland die Kosten zu erstatten, die für notwendig erachtete nicht medizinische Leistungen im Zusammenhang mit der Behinderung verauslagt wurden und die ordnungsgemäß belegt sind.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke***			
1701	Ausgaben der Personalmitglieder für Empfänge und für Repräsentationszwecke			
	Nichtgetrennte Mittel	4 200	4 000	5 400,—
	Artikel 170 insgesamt	4 200	4 000	5 400,—
	KAPITEL 17 INSGESAMT	4 200	4 000	5 400,—
	Titel 1 insgesamt	**32 453 200**	**31 077 150**	**26 773 589,47**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
170	
1701	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Aufwandskosten, die im Namen der Kommission und im dienstlichen Interesse verauslagt werden, sind erstattungsfähig. Gegenüber Beamten und sonstigen Bediensteten der Kommission oder anderer Institutionen der Europäischen Gemeinschaften bestehen keine Repräsentationsverpflichtungen.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 20			
200	***Mieten*** Nichtgetrennte Mittel	4 688 000	4 480 000	3 606 530,—
201	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	12 700	16 000	15 650,52
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	572 000	572 000	517 159,50
203	***Reinigung und Unterhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	635 000	620 000	627 406,76
204	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	140 000	835 000	14 500,—
205	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	650 000	645 000	556 199,91
206	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
207	***Bau von Gebäuden*** Nichtgetrennte Mittel		p.m.	0,—
208	***Sonstige Ausgaben, die vor dem Erwerb von Immobilien oder dem Bau von Gebäuden anfallen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
209	***Sonstige Ausgaben für Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	118 000	115 500	103 592,71
	KAPITEL 20 INSGESAMT	6 815 700	7 283 500	5 441 039,40

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
200	Veranschlagt sind die Mieten für Gebäude oder Teile von Gebäuden sowie für Konferenzsäle, Verkaufsstellen, Lagerräume, Garagen und Parkplätze. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.
201	Veranschlagt sind die Prämien, die in den Versicherungspolicen für die vom Amt für amtliche Veröffentlichungen belegten Gebäude oder Teile von Gebäuden vorgesehen sind.
202	Veranschlagt sind die Ausgaben für Wasser, Strom und Heizung.
203	Veranschlagt sind Mittel für die Unterhaltung und Reinigung der Gebäude (einschließlich Klimaanlagen und Aufzüge); der Ansatz ist nach den laufenden Verträgen berechnet. Sie decken ebenfalls die Ausgaben für Putz- und Pflegemittel, chemische Reinigung und Wäscherei, Instandsetzungs- und Malerarbeiten.
204	Veranschlagt sind Mittel für Umbauarbeiten, beispielsweise Versetzung von Trennwänden, Änderung technischer Anlagen und andere Facharbeiten (Schlosserarbeiten, Elektro- und Sanitärinstallationen, Malerarbeiten, Verlegung von Bodenbelägen usw.). Veranschlagt sind ferner die Kosten des für diese Arbeiten erforderlichen Materials.
205	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Sicherheit von Personen, Gebäuden und Gütern, insbesondere die Gebäudeüberwachungsverträge, die Anschaffung, Miete und Instandhaltung von Brandbekämpfungsgeräten, die Ausrüstung des freiwilligen Rettungspersonals (Erstausstattung und Ersatzbeschaffung) sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen.
209	Veranschlagt sind Mittel für die übrigen laufenden Gebäudekosten, insbesondere Straßenreinigungsgebühren sowie Gebühren für die Müll- und Altpapierabfuhr.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 21 — DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 21			
210	***Datenverarbeitung***			
	Nichtgetrennte Mittel	2 230 000	2 377 000	1 959 915,47
212	***DV-Personal***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 970 000	367 000	124 995,50
213	***Arbeiten aus dem Bereich der Datenverarbeitung, die an Dritte vergeben werden***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
214	***Systemanalyse- und -programmierungsarbeiten, Systementwicklungen und besondere Vorhaben, die an Dritte vergeben werden***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	1 255 000	1 249 997,10
	KAPITEL 21 INSGESAMT	4 200 000	3 999 000	3 334 908,07
	KAPITEL 22			
220	***Material und technische Anlagen***			
2200	Erstausstattung an Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	261 800	262 000	46 704,—
2201	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	40 000	7 564,—
2202	Miete von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	667 000	448 000	438 204,30
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	293 000	270 000	248 743,03

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 21 — DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
210	Veranschlagt sind folgende Kosten: — Kauf, Miete und Wartung der EDV-Geräte, der Programmpakete und der Software sowie Miete einer Setzanlage, — Kauf von Gerät, Zubehör und Dokumentation. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 175 000 ECU veranschlagt.
212	Veranschlagt sind Ausgaben für externes DV-Personal (Operatoren, DV-Manager, Systemingenieure, Personal für die Datenerfassung usw.). Veranschlagt sind ferner die Kosten für: — Wartung, Unterhalt und Entwicklung der Software, — die Durchführung rechnergestützter Projekte. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 20 000 ECU veranschlagt.
213	Dieser Artikel deckt die Ausgaben für die nach außerhalb vergebenen Auswertungs- und Entwicklungsarbeiten.
220	
2200	Veranschlagt sind Mittel für: — die Ausrüstung der Werkstätten, behindertengerechte Einrichtungen und Ausstattungen sowie Ausgaben im Bereich Audio-Video-Technik, — die Ersatzbeschaffung von technischen Anlagen und Geräten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 3 000 ECU veranschlagt.
2201	Dieser Posten ist bestimmt für die Ersatzbeschaffung technischer Ausrüstungen und Anlagen.
2202	Veranschlagt sind die Kosten für Fernschreiber, Fernkopierer, Fotokopiermaschinen und technische Anlagen für die verschiedenen Werkstätten, einschließlich der Kosten für Hilfs- und Betriebsstoffe.
2203	Veranschlagt sind Mittel für Unterhaltung und Instandsetzung der Ausstattung der verschiedenen Werkstätten sowie Mittel für die Ersatzteilbeschaffung.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
220	*(Fortsetzung)*			
2204	Hardware für die Bürokommunikation Nichtgetrennte Mittel	5 000	5 000	15 330,—
	Artikel 220 insgesamt	1 226 800	1 025 000	756 545,33
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung an Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	61 000	81 000	114 486,67
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	1 000	0,—
2212	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	2 000,—
	Artikel 221 insgesamt	63 000	84 000	116 486,67
223	***Fahrzeuge***			
2230	Erstausstattung an Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	25 000	p.m.	0,—
2231	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	20 000	0,—
2232	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	35 000	37 000	33 465,72
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	27 000	27 000	28 000,—
	Artikel 223 insgesamt	87 000	84 000	61 465,72
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	9 200	9 200	11 200,—
2251	Spezielles Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	1 500	1 600	4 615,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
220	*(Fortsetzung)*
2204	Veranschlagt sind Mittel für Beschaffung, Miete und Instandhaltung sämtlicher bürotechnischer Ausrüstungen.
221	
2210	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Regalen und Ablagematerial sowie Mittel für die Anschaffung zusätzlichen Mobiliars. Veranschlagt sind außerdem Mittel für die Ersatzbeschaffung für abgenutztes oder beschädigtes Material. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 500 ECU veranschlagt.
2211	Dieser Posten ist bestimmt für die Ersatzbeschaffung für abgenutztes oder beschädigtes Material.
2213	Veranschlagt sind Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung des Mobiliars.
223	
2230	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Fahrzeugen. Veranschlagt sind außerdem Mittel für den Ersatz von Fahrzeugen, die im Laufe des Haushaltsjahres einen ihren Ersatz rechtfertigenden Gesamtkilometerstand erreichen. Der Betrag der wiederzuverwendenden Einnahmen wird auf 1 000 ECU veranschlagt.
2232	Veranschlagt sind Mittel für die Anmietung von Fahrzeugen.
2233	Veranschlagt sind die Wartungs-, Instandsetzungs- und Versicherungskosten der Dienstfahrzeuge. Der Betrag der wiederzuverwendenden Einnahmen wird auf 500 ECU veranschlagt.
225	
2250	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Wörterbüchern, Lexika und Fachbüchern im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Amtes.
2251	Veranschlagt sind Mittel für die spezifische Ausstattung von Bibliotheken (Karteikästen, Regale, Mobiliar, Kataloge usw.).

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
225	*(Fortsetzung)*			
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	4 500	3 800	3 750,—
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	1 200	1 200	1 050,—
2254	Kosten für Buchbindearbeiten und für die Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	6 400	6 400	5 400,—
2255	Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten Nichtgetrennte Mittel	400	400	0,—
	Artikel 225 insgesamt	23 200	22 600	26 015,—
	KAPITEL 22 INSGESAMT	1 400 000	1 215 600	960 512,72
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	900 000	870 000	725 968,61
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2329	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 232 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
233	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	0,—
234	***Schadenersatz*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
225	*(Fortsetzung)*
2252	Veranschlagt sind Mittel für die Abonnements von Zeitungen, Fachzeitschriften, Amtsblättern, Parlamentsdokumenten, Außenhandelsstatistiken, Bulletins und sonstigen Fachveröffentlichungen.
2253	Veranschlagt sind Mittel für Abonnements bei Presseagenturen (Fernschreiben oder Presse- und Informationsbulletins).
2254	Veranschlagt sind die Kosten für Buchbindearbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Veröffentlichungen, insbesondere des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften*.
2255	Veranschlagt sind die Abonnementskosten für Bildschirmschnellinformationen.
230	Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial und Werkstattbedarf. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 190 000 ECU veranschlagt.
233	Veranschlagt sind die vor Klageerhebung anfallenden Kosten sowie die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechtsanwälten und sonstigen Sachverständigen als Berater des Amtes für amtliche Veröffentlichungen.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
235	***Andere Sachausgaben***			
2350	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	3 300	p.m.	0,—
2351	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	15 000	15 000	15 000,—
2352	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	3 300	3 250	6 250,—
2353	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	15 000	22 000	11 688,—
2359	Andere Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	500	500	0,—
	Artikel 235 insgesamt	37 100	40 750	32 938,—
239	***Dienstleistungen zwischen den Organen***			
2392	Dienstleistungen der Kommission (Übersetzungsdienst für mittel- und langfristige Aufgaben) für das Amt für amtliche Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 239 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 23 INSGESAMT	938 100	911 750	758 906,61
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	6 100 000	5 510 000	4 604 919,58

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Erläuterungen
235	
2350	Veranschlagt sind die Kosten für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung) und die Versicherungskosten gemäß Artikel 75 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).
2351	Veranschlagt sind die Kosten für: — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer, — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muß.
2352	Veranschlagt sind die Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.
2353	Veranschlagt sind die Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf.
2359	Veranschlagt sind sonstige, nicht ausdrücklich in anderen Posten dieses Artikels vorgesehene Verwaltungsausgaben wie: — Gebühren für die Teilnahme an Konferenzen, — Gebühren für die Beteiligung an beruflichen und wissenschaftlichen Verbänden.
239	
2392	Übereinkunft vom 8. Dezember 1972 zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften über die Angliederung des Übersetzungsdienstes für mittel- und langfristige Aufgaben. Gemäß den Bestimmungen dieser Übereinkunft, die am 1. Januar 1973 in Kraft getreten ist, hat sich die Kommission verpflichtet, alle vom Amt für amtliche Veröffentlichungen für seinen eigenen oder für den Bedarf der Institutionen der Gemeinschaften angeforderten Übersetzungsarbeiten auszuführen. Diese Arbeiten werden von den Übersetzern in Luxemburg ausgeführt, die im Stellenplan der Kommission aufgeführt sind.
240	Veranschlagt sind generell die Vertriebskosten (Verpackung, Adressierung, Versand und Beförderung) des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* und der übrigen Veröffentlichungen sowie die Postgebühren für die Korrespondenz.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
240	*(Fortsetzung)*			
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	400 000	420 000	359 469,45
	KAPITEL 24 INSGESAMT	6 500 000	5 930 000	4 964 389,03
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	50 000	47 000	36 540,48
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen***			
2550	Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen durch das Organ Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 255 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 25 INSGESAMT	50 000	47 000	36 540,48

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
240	*(Fortsetzung)* Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 13 900 000 ECU veranschlagt. Davon sind 5 900 000 ECU Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen (Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe e) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12)), und 8 Millionen ECU Einnahmen aus Leistungen zugunsten anderer Organe und Einrichtungen (Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe b) der Haushaltsordnung).
241	Veranschlagt sind die Grundgebühren und die Fernmeldegebühren (Fernsprecher, Telegraph, Fernschreiber, Datenübertragungsnetze und deren Inanspruchnahme), Installations- und Wartungsgebühren sowie Kosten für die Instandsetzung von Anlagen und Leitungen. Veranschlagt sind ferner die Mittel für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für die Verkabelung (Erwerb, Miete, Installierung und Wartung). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 4 000 ECU geschätzt.
250	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten insbesondere für die beiden jährlichen Zusammenkünfte zwischen dem Amt für amtliche Veröffentlichungen, den Vertretungen der Organe in den Hauptstädten und den Vertretern der einzelstaatlichen Vertriebsbüros. Veranschlagt sind ferner Ausgaben für Schulungsmaßnahmen, mit denen Bedienstete der Vertriebsnetze in den Mitgliedstaaten und in Drittländern im Amt für amtliche Veröffentlichungen mit dem DV-System des Amtes und dem Vertrieb elektronischer Textträger vertraut gemacht werden.

KOMMISSION

Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 2 6 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 2 6			
2 6 0	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 2 6 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 2 insgesamt	**19 903 800**	**19 386 850**	**15 496 296,31**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 26 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
260	Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben für Fachuntersuchungen und -konsultationen im Bereich der Planung und des Marketing von Veröffentlichungen bestimmt.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER WAHRNEHMUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 34 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 34			
341	***Veröffentlichungen***			
3410	Veröffentlichungen allgemeinen Charakters Nichtgetrennte Mittel	10 000	10 000	9 958,—
3412	Ausgaben für die Verbreitung und die Förderung des Verkaufs von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	206 000	198 000	107 921,42
	Artikel 341 insgesamt	216 000	208 000	117 879,42
343	***Elektronische Veröffentlichungen***			
3430	Vertrieb von Datenbanken Nichtgetrennte Mittel	50 000	65 000	80 000,—
3431	CELEX Nichtgetrennte Mittel	1 329 000	2 191 000	1 437 764,01
3432	Aufbau von Datenbanken Nichtgetrennte Mittel	100 000		

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER WAHRNEHMUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 34 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
341	
3410	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beteiligung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen an Koeditionen mit Herausgebern des öffentlichen und privaten Sektors. Veranschlagt sind ferner die Kosten für Neuauflagen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 300 000 ECU veranschlagt.
3412	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Maßnahmen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen im Rahmen einer verstärkten Förderung des Verkaufs von Veröffentlichungen einschließlich der Herstellung von Katalogen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 75 000 ECU veranschlagt.
343	
3430	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für den Vertrieb von Datenbanken, einschließlich der Kosten für die technische und die Informatikinfrastruktur, Absatz, Benutzerhilfe und Schulung. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 199 000 ECU veranschlagt.
3431	Entschließung des Rates vom 26. November 1974 über die Automatisierung der Rechtsdokumentation (ABl. Nr. C 20 vom 28. 1. 1975, S. 2). Entschließung des Rates vom 13. November 1991 über die Umgestaltung der Arbeitsweise des CELEX-Systems (automatisierte Dokumentation des Gemeinschaftsrechts) (ABl. Nr. C 308 vom 28. 11. 1991, S. 2). Entschließung des Rates vom 20. Juni 1994 zur elektronischen Verbreitung des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Durchführungsbestimmungen sowie zur Verbesserung der Zugangsbedingungen (ABl. Nr. C 179 vom 1. 7. 1994, S. 3). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der gesamten Kosten für den Ausbau und Vertrieb von CELEX (Dokumentationssystem für das Gemeinschaftsrecht), insbesondere der Kosten für Dokumentenanalyse, Dateneingabe, Aufbau und Betrieb von DV-Systemen, Erstellen von Benutzerunterlagen sowie Planung und Erstellen von Unterprodukten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 300 000 ECU veranschlagt.
3432	*Neuer Posten* Veranschlagt sind Mittel für die Auswertung von Dokumenten sowie für die Einrichtung von Datenbanken über die Veröffentlichungen der Europäischen Union (Erstellung, Eingabe und Korrekturlesen von bibliographischen Angaben).

KOMMISSION

Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
3 4 3	*(Fortsetzung)*			
3 4 3 2	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 3 4 3 insgesamt	1 479 000	2 256 000	1 517 764,01
	KAPITEL 3 4 INSGESAMT	1 695 000	2 464 000	1 635 643,43
	Titel 3 insgesamt	**1 695 000**	**2 464 000**	**1 635 643,43**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 34 — VERÖFFENTLICHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
343	*(Fortsetzung)*
3432	*(Fortsetzung)*
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 10 0	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 1	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**54 052 000**	**52 928 000** (1)	**43 905 529,21**

(1) Davon sind 2 000 000 ECU durch die Haushaltsbehörde in Kapitel A-10 0 des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt worden.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen

TEIL B

OPERATIONELLE MITTEL

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B1

EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B1-1	**PFLANZLICHE ERZEUGNISSE**						
B1-1 0	ACKERKULTUREN	17 185 000 000	17 185 000 000	14 574 000 000	14 574 000 000	12 652 291 001,54	12 652 291 001,54
B1-1 1	ZUCKER	1 942 000 000	1 942 000 000	1 789 000 000	1 789 000 000	2 061 509 335,29	2 061 509 335,29
B1-1 2	OLIVENÖL	1 781 000 000	1 781 000 000	876 000 000	876 000 000	1 819 515 212,94	1 819 515 212,94
B1-1 3	TROCKENFUTTER UND HÜLSENFRÜCHTE	386 000 000	386 000 000	280 000 000	280 000 000	378 353 346,98	378 353 346,98
B1-1 4	TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN	894 000 000	894 000 000	849 400 000	849 400 000	863 540 350,01	863 540 350,01
B1-1 5	OBST UND GEMÜSE	1 716 000 000	1 716 000 000	1 900 600 000	1 900 600 000	1 556 844 476,16	1 556 844 476,16
B1-1 6	WEINBAUERZEUGNISSE	1 113 000 000	1 113 000 000	1 044 000 000	1 044 000 000	1 176 242 879,87	1 176 242 879,87
B1-1 7	TABAK	1 106 000 000	1 106 000 000	1 132 000 000	1 132 000 000	1 057 433 410,44	1 057 433 410,44
B1-1 8	SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE	314 000 000	314 000 000	409 000 000	409 000 000	287 069 358,41	287 069 358,41
	Titel B1-1 insgesamt	**26 437 000 000**	**26 437 000 000**	**22 854 000 000**	**22 854 000 000**	**21 852 799 371,64**	**21 852 799 371,64**
B1-2	**TIERISCHE ERZEUGNISSE**						
B1-2 0	MILCH UND MILCHERZEUGNISSE	4 213 500 000	4 213 500 000	4 267 000 000	4 267 000 000	4 248 836 185,12	4 248 836 185,12
B1-2 1	RINDFLEISCH	5 458 000 000	5 458 000 000	4 887 000 000	4 887 000 000	3 466 641 366,26	3 466 641 366,26
B1-2 2	SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH	1 353 000 000	1 353 000 000	1 677 000 000	1 677 000 000	1 279 805 740,97	1 279 805 740,97
B1-2 3	SCHWEINEFLEISCH	168 000 000	168 000 000	258 000 000	258 000 000	416 338 425,96	416 338 425,96
B1-2 4	EIER UND GEFLÜGEL	150 000 000	150 000 000	174 000 000	174 000 000	239 582 474,87	239 582 474,87
B1-2 5	SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE	146 000 000	146 000 000	138 000 000	138 000 000	117 264 143,08	117 264 143,08
B1-2 6	EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS	48 000 000	48 000 000	45 000 000	45 000 000	35 469 914,11	35 469 914,11
	Titel B1-2 insgesamt	**11 536 500 000**	**11 536 500 000**	**11 446 000 000**	**11 446 000 000**	**9 803 938 250,37**	**9 803 938 250,37**
B1-3	**NEBENAUSGABEN**						
B1-3 0	ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE	575 000 000	575 000 000	598 500 000	598 500 000	631 392 989,62	631 392 989,62

KOMMISSION

Teileinzelplan B1

(EAGFL — Garantie)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B1-3 3	ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT	83 000 000	83 000 000	143 000 000	143 000 000	85 985 981,53	85 985 981,53
B1-3 4	DEN MITGLIEDSTAATEN INFOLGE DER REFORM DES SYSTEMS ZUR FINANZIERUNG DER AUSGABEN DES EAGFL, ABTEILUNG GARANTIE, ZU ZAHLENDE ZINSEN	p.m.	p.m.	80 000 000	80 000 000	83 332 268,16	83 332 268,16
B1-3 5	VERTEILUNG VON LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN AN STARK BENACHTEILIGTE PERSONEN IN DER GEMEINSCHAFT	200 000 000	200 000 000	200 000 000	200 000 000	136 411 965,64	136 411 965,64
B1-3 6	KONTROLL- UND VORBEUGUNGSMASSNAHMEN IM BEREICH DES EUROPÄISCHEN AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE	29 000 000	29 000 000	91 000 000	91 000 000	76 878 051,12	76 878 051,12
B1-3 7	RECHNUNGSABSCHLUSS FRÜHERER HAUSHALTSJAHRE	– 1 090 000 000	– 1 090 000 000	– 1 200 000 000	– 1 200 000 000	– 612 000 000,—	– 612 000 000,—
B1-3 8	AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	520 000 000	520 000 000	563 000 000	563 000 000	339 748 158,85	339 748 158,85
B1-3 9	SONSTIGE MASSNAHMEN	194 000 000	194 000 000	24 000 000	24 000 000	51 814 674,20	51 814 674,20
	Titel B1-3 insgesamt	**511 000 000**	**511 000 000**	**499 500 000**	**499 500 000**	**793 564 089,12**	**793 564 089,12**
B1-4	**EINKOMMENSBEIHILFEN**						
B1-4 0	EINKOMMENSBEIHILFEN	20 000 000	20 000 000	45 000 000	45 000 000	30 000 000,—	30 000 000,—
	Titel B1-4 insgesamt	**20 000 000**	**20 000 000**	**45 000 000**	**45 000 000**	**30 000 000,—**	**30 000 000,—**
B1-5	**FLANKIERENDE MASSNAHMEN**						
B1-5 0	FLANKIERENDE MASSNAHMEN	2 254 000 000	2 254 000 000	2 044 000 000	2 041 000 000	490 119 312,30	490 119 312,30
	Titel B1-5 insgesamt	**2 254 000 000**	**2 254 000 000**	**2 044 000 000**	**2 041 000 000**	**490 119 312,30**	**490 119 312,30**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B1-6	**WÄHRUNGSRESERVE**						
B1-6 0	WÄHRUNGSRESERVE	*500 000 000*	*500 000 000*	*500 000 000*	*500 000 000*	0,—	0,—
	Titel B1-6 insgesamt	**500 000 000**	**500 000 000**	**500 000 000**	**500 000 000**	**0,—**	**0,—**
	Teileinzelplan B1 insgesamt	**41 258 500 000**	**41 258 500 000**	**37 388 500 000**	**37 385 500 000**	**32 970 421 023,43**	**32 970 421 023,43**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-1

PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-1 0 — ACKERKULTUREN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-1 0			
B1-1 0 0	***Erstattungen bei Getreide***			
B1-1 0 0 0	Erstattungen bei unverarbeitetem Weichweizen und Mehl von Weichweizen Nichtgetrennte Mittel	340 000 000	406 000 000	772 715 217,55
B1-1 0 0 1	Erstattungen bei unverarbeiteter Gerste und bei Malz Nichtgetrennte Mittel	325 000 000	299 000 000	489 080 726,47
B1-1 0 0 2	Erstattungen bei unverarbeitetem Hartweizen, Mehl von Hartweizen sowie Grob- und Feingrieß von Hartweizen Nichtgetrennte Mittel	12 000 000	10 000 000	3 183 714,27
B1-1 0 0 3	Erstattungen bei anderem Getreide Nichtgetrennte Mittel	258 000 000	192 000 000	248 199 355,08
	Artikel B1-1 0 0 insgesamt	935 000 000	907 000 000	1 513 179 013,37
B1-1 0 1	***Interventionen in Form von Einlagerung von Getreide***			
B1-1 0 1 1	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	229 000 000	338 000 000	520 845 795,24
B1-1 0 1 2	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	44 000 000	46 000 000	118 020 087,78
B1-1 0 1 3	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 150 000 000	– 443 000 000	– 755 689 323,09

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-1

PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-10 — ACKERKULTUREN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Bei den unter die Abteilung Garantie des EAGFL fallenden Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik handelt es sich zum einen um Erstattungen, die gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1287/95 (ABl. Nr. L 125 vom 8. 6. 1995, S. 1), finanziert werden, und zum anderen um Interventionsausgaben, die gemäß Artikel 3 derselben Verordnung finanziert werden; die Bedingungen der Finanzierung sind in der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), festgelegt. Die Mittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, werden im allgemeinen wie folgt veranschlagt: — einerseits ausgehend von der geltenden Marktordnung, — andererseits auf der Grundlage von Annahmen über die Marktentwicklung.
B1-100	Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95 (ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1).
B1-1000	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-1001	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-1002	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-1003	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-101	Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95 (ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1).
B1-1011	Veranschlagt sind Mittel für die technischen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 4 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-1012	Veranschlagt sind Mittel für die finanziellen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 4 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-1013	Dieser Posten deckt sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 4 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92; es handelt sich hauptsächlich um den Unterschied zwischen Buch- und Verkaufswert.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 0 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 0 1	*(Fortsetzung)*			
B1-1 0 1 4	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	154 000 000	177 000 000	303 562 363,42
B1-1 0 1 9	Sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-1 0 1 insgesamt	277 000 000	118 000 000	186 738 923,35
B1-1 0 2	***Andere Interventionen als Lagerung von Getreide***			
B1-1 0 2 1	Ausgleichszahlungen und Beihilfen für Kartoffelstärke Nichtgetrennte Mittel	196 000 000	166 000 000	165 714 539,40
B1-1 0 2 2	Erstattungen bei der Erzeugung von Stärke Nichtgetrennte Mittel	181 000 000	192 000 000	120 327 543,43
B1-1 0 2 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	51 000 000	56 000 000	102 411 148,49
	Artikel B1-1 0 2 insgesamt	428 000 000	414 000 000	388 453 231,32
B1-1 0 4	***Hektarbeihilfen für Ackerkulturen (Kleinerzeuger)***			
B1-1 0 4 0	Beihilfe an die Maiserzeuger (Grundfläche für Mais) Nichtgetrennte Mittel	380 000 000	283 000 000	219 073 363,76

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-101	*(Fortsetzung)*
B1-1014	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.
B1-1019	Dieser Posten dient zur Finanzierung der besonderen und der spezifischen Interventionsmaßnahmen insbesondere gemäß den Artikeln 6 und 26 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92, sofern es sich nicht um Käufe und Folgemaßnahmen handelt.
B1-102	Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95 (ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1).
B1-1021	*Vormals Posten B1-1 02 1 (teilweise)* Verordnung (EG) Nr. 1868/94 des Rates vom 27. Juli 1994 zur Einführung einer Kontingentierungsregelung für die Kartoffelstärkeerzeugung (ABl. Nr. L 197 vom 30. 7. 1994, S. 4), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95 (ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für Ausgleichszahlungen gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 an Erzeuger von zur Stärkeherstellung bestimmten Kartoffeln sowie für Ausgleichszahlungen für Kartoffelerzeuger gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1868/94.
B1-1022	*Vormals Posten B1-1 02 1 (teilweise)* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen bei der Erzeugung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-1029	Verordnung (EWG) Nr. 3653/90 des Rates vom 11. Dezember 1990 zur Festlegung von Übergangsvorschriften zu den gemeinsamen Marktorganisationen für Getreide und für Reis in Portugal (ABl. Nr. L 362 vom 27. 12. 1990, S. 28), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 738/93 (ABl. Nr. L 77 vom 31. 3. 1993, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3311/92 des Rates vom 9. November 1992 über Sondermaßnahmen zugunsten der von der Trockenheit 1991/92 in Portugal betroffenen Erzeuger (ABl. Nr. L 332 vom 18. 11. 1992, S. 1). Verordnung (EG) Nr. 787/94 des Rates vom 29. März 1994 über Sondermaßnahmen zugunsten der von der Trockenheit 1992/93 in Portugal betroffenen Erzeuger (ABl. Nr. L 92 vom 9. 4. 1994, S. 1). Veranschlagt sind insbesondere Mittel zur Deckung: — der Beihilfen zugunsten der portugiesischen Erzeuger von Getreide, das entweder vom Erzeuger vermarktet oder von diesem an eine Interventionsstelle verkauft wird, gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3653/90, — der Beihilfen an die portugiesischen Getreideerzeuger gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3311/92, — der übrigen Maßnahmen.
B1-104	Verordnung (EWG) Nr. 3766/91 des Rates vom 12. Dezember 1991 zur Einführung einer Stützungsregelung für die Erzeuger von Sojabohnen, Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkernen (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 12), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2989/95 (ABl. Nr. L 312 vom 23. 12. 1995, S. 5).
B1-1040	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar gemäß den Artikeln 1, 4 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 an die Kleinerzeuger von Mais, für die eine regionale Grundfläche für Mais gemäß Artikel 3 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 gilt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-104	*(Fortsetzung)*			
B1-1041	Beihilfe an die nicht unter die Grundfläche für Mais fallenden Getreideerzeuger Nichtgetrennte Mittel	2 767 000 000	1 870 000 000	1 415 333 932,97
B1-1042	Beihilfe an die Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	34 000 000	113 794 710,83
B1-1043	Beihilfe an die Erzeuger von Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	4 376 789,70
B1-1044	Beihilfe an die Erzeuger von Leinsamen, außer Faserlein Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	3 824 184,81
B1-1049	Sonstige Beihilfen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-104 insgesamt	3 153 000 000	2 191 000 000	1 756 402 982,07
B1-105	***Hektarbeihilfen für Ackerkulturen (gewerbliche Erzeuger) und Beihilfe für Hartweizen***			
B1-1050	Beihilfe an die Maiserzeuger (Grundfläche für Mais) Nichtgetrennte Mittel	530 000 000	354 000 000	196 043 405,85
B1-1051	Beihilfe an die nicht unter die Grundfläche für Mais fallenden Getreideerzeuger Nichtgetrennte Mittel	6 061 000 000	4 267 000 000	2 893 307 053,52
B1-1052	Beihilfe an die Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen Nichtgetrennte Mittel	2 155 000 000	2 335 000 000	2 435 271 879,93
B1-1053	Beihilfe an die Erzeuger von Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen Nichtgetrennte Mittel	575 000 000	574 000 000	620 731 410,16
B1-1054	Beihilfe an die Erzeuger von Leinsamen, außer Faserlein Nichtgetrennte Mittel	65 000 000	53 000 000	121 511 428,47
B1-1055	Zusätzliche Beihilfe für Hartweizen Nichtgetrennte Mittel	929 000 000	970 000 000	816 648 788,—
B1-1059	Sonstige Beihilfen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-105 insgesamt	10 315 000 000	8 553 000 000	7 083 513 965,93

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-104	*(Fortsetzung)*
B1-1041	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die übrigen Kleinerzeuger von Getreide gemäß den Artikeln 1, 4 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1042	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die Kleinerzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen gemäß den Artikeln 1, 5 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 sowie die etwaigen Restzahlungen für die früher gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3766/91 gewährte Unterstützung.
B1-1043	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die Kleinerzeuger von Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen gemäß den Artikeln 1 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1044	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die Kleinerzeuger von Leinsamen gemäß den Artikeln 1 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1049	Dieser Posten ist zur Deckung anderer Ausgleichszahlungen je Hektar.
B1-105	Verordnung (EWG) Nr. 3766/91 des Rates vom 12. Dezember 1991 zur Einführung einer Stützungsregelung für die Erzeuger von Sojabohnen, Rapssamen und Sonnenblumenkernen (ABl Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 12), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2989/95 (ABl. Nr. L 312 vom 23. 12. 1995, S. 5).
B1-1050	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar gemäß den Artikeln 1, 4 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 an die gewerblichen Maiserzeuger, für die eine regionale Grundfläche für Mais gemäß Artikel 3 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 gilt.
B1-1051	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die übrigen gewerblichen Getreideerzeuger gemäß den Artikeln 1 und 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1052	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die gewerblichen Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen gemäß den Artikeln 1 und 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 sowie die etwaigen Restzahlungen für die früher gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3766/91 gewährte Unterstützung.
B1-1053	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die gewerblichen Erzeuger von Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen gemäß den Artikeln 1 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1054	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgleichszahlungen je Hektar an die gewerblichen Leinsamenerzeuger gemäß den Artikeln 1, 6a und 17a der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1055	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der zusätzlichen Ausgleichszahlungen je Hektar an die Hartweizenerzeuger gemäß den Artikeln 1 und 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1059	Dieser Posten ist zur Deckung anderer Ausgleichszahlungen je Hektar.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-106	***Flächenstillegung***			
B1-1060	Flächenstillegung im Zusammenhang mit den Hektarbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	1 847 000 000	2 081 000 000	1 290 147 392,41
B1-1061	Vorübergehende Flächenstillegung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 22 697,60
B1-1062	Fünfjährige Flächenstillegung Nichtgetrennte Mittel	230 000 000	308 000 000	422 725 998,35
	Artikel B1-106 insgesamt	2 077 000 000	2 389 000 000	1 712 850 693,16
B1-107	***Sonstige Beihilfen und Interventionen***			
B1-1070	Vermarktungszuschlag bei Ölsaaten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-1079	Sonstige Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	12 039 479,73

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 0 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 0 6	
B1-1 0 6 0	Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 12), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2989/95 (ABl. Nr. L 312 vom 23. 12. 1995, S. 5). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Ausgleichs für die Stillegungsverpflichtung gemäß den Artikeln 1 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92.
B1-1 0 6 1	Verordnung (EWG) Nr. 1703/91 des Rates vom 13. Juni 1991 zur Einführung einer Regelung zur vorübergehenden Flächenstillegung im Wirtschaftsjahr 1991/92 und zum Erlaß von Sondermaßnahmen für dieses Wirtschaftsjahr im Rahmen der Flächenstillegung nach der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 1), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1). Dieser Posten ist zur Deckung der Restbeträge der Ausgaben für die Prämien gemäß Artikel 2 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 1703/91 bestimmt. Die etwaigen Restausgaben für die Erstattung der Mitverantwortungsabgabe für Getreide gemäß Artikel 2 Buchstabe b) dieser Verordnung sind in Artikel B1-1 0 9 eingesetzt.
B1-1 0 6 2	Beschlüsse des Europäischen Rates vom 11. und 12. Februar 1988. Verordnung (EWG) Nr. 223/90 der Kommission vom 26. Januar 1990 zur Festsetzung der Sätze der gemeinschaftlichen Kofinanzierung für die in den Verordnungen (EWG) Nr. 797/85, (EWG) Nr. 1096/88, (EWG) Nr. 1360/78, (EWG) Nr. 389/82 und (EWG) Nr. 1696/71 des Rates genannten Maßnahmen (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1990, S. 62), aufgehoben durch die Verordnung (EG) Nr. 1282/94 (ABl. Nr. L 140 vom 3. 6. 1994, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2843/94 (ABl. Nr. L 302 vom 25. 11. 1994, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1992/93 des Rates vom 19. Juli 1993 zur Umstellung der Finanzierung bestimmter Beihilfen gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 1096/88 und (EWG) Nr. 2328/91 von der Abteilung Ausrichtung auf die Abteilung Garantie des EAGFL und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 bezüglich der Kofinanzierung der Flächenstillegungsregelung (ABl. Nr. L 182 vom 24. 7. 1993, S. 12). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft an den Beihilfen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91. Die Sätze der gemeinschaftlichen Kofinanzierung sind in Anhang III der Verordnung (EWG) Nr. 223/90 aufgeführt. Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1992/93 geht die Gesamtsumme der Ausgaben zu Lasten der Abteilung Garantie.
B1-1 0 7	
B1-1 0 7 0	Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 12), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2989/95 (ABl. Nr. L 312 vom 23. 12. 1995, S. 5). Dieser Posten ist zur Deckung der Zuschläge für ordnungsgemäße Vermarktung an die Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 bestimmt.
B1-1 0 7 9	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Verordnung (EWG) Nr. 569/76 des Rates vom 15. März 1976 über Sondermaßnahmen für Leinsamen (ABl. Nr. L 67 vom 15. 3. 1976, S. 29), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/92 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 des Rates vom 18. Mai 1982 über besondere Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen (ABl. Nr. L 162 vom 12. 6. 1982, S. 28), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1750/92 (ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 1491/85 des Rates vom 23. Mai 1985 über Sondermaßnahmen für Sojabohnen (ABl. Nr. L 151 vom 10. 6. 1985, S. 15), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 0 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 0 7	*(Fortsetzung)*			
B1-1 0 7 9	*(Fortsetzung)*			
	Artikel B1-1 0 7 insgesamt	p.m.	p.m.	12 039 479,73
B1-1 0 9	***Sonstige***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	2 000 000	– 887 287,39
	KAPITEL B1-1 0 INSGESAMT	17 185 000 000	14 574 000 000	12 652 291 001,54

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — ACKERKULTUREN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-107	*(Fortsetzung)*
B1-1079	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 3698/88 des Rates vom 24. November 1988 über Sondermaßnahmen für Hanfsaaten (ABl. Nr. L 325 vom 29. 11. 1988, S. 2), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 1557/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 26). Dieser Posten ist zur Deckung etwaiger Restzahlungen für die Interventionen bestimmt, insbesondere zugunsten von: — Rapssamen und Sonnenblumenkernen gemäß Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG, — Sojabohnen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1491/85, — Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82, — Leinsamen gemäß Artikel 27 der Verordnung (EWG) Nr. 569/76, — Hanfsaaten gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3698/88.
B1-109	*Vormals Artikel B1-103 (teilweise)* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11) Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen die Restbeträge der Ausgaben im Rahmen der Mitverantwortungsabgabe für Getreide und der Beihilfe an die Kleinerzeuger verbucht werden. In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 1 — ZUCKER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-1 1			
B1-1 1 0	***Erstattungen bei Zucker und Isoglukose*** Nichtgetrennte Mittel	1 467 000 000	1 225 000 000	1 377 422 427,75
B1-1 1 1	***Interventionen bei Zucker***			
B1-1 1 1 0	Vergütung der Lagerkosten Nichtgetrennte Mittel	338 000 000	429 000 000	551 151 131,94
B1-1 1 1 1	Öffentliche Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	– 110 297,29
B1-1 1 1 2	Erstattungen für die Verwendung in der chemischen Industrie Nichtgetrennte Mittel	82 000 000	64 000 000	73 852 593,04
B1-1 1 1 3	Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von Rohzucker Nichtgetrennte Mittel	17 000 000	27 000 000	17 556 218,27
B1-1 1 1 5	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-1 1 1 9	Sonstige Interventionen für Zucker Nichtgetrennte Mittel	37 000 000	43 000 000	41 637 261,58
	Artikel B1-1 1 1 insgesamt	475 000 000	564 000 000	684 086 907,54
B1-1 1 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 1 — ZUCKER

Artikel Posten	Erläuterungen
	Den Ausgaben des Kapitels B1-1 1 stehen Beitragszahlungen der Zuckerwirtschaft gegenüber; es sind dies einerseits Lagerabgaben und andererseits Produktionsabgaben, die einen großen Teil der Erstattungsausgaben decken.
B1-1 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1101/95 (ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 19 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1101/95 (ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1).
B1-1 1 1 0	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Vergütungen der Lagerkosten gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die öffentliche Lagerhaltung gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 2	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen für die Verwendung in der chemischen Industrie gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 3	Veranschlagt sind Ausgaben für Maßnahmen betreffend den in den französischen überseeischen Departements erzeugten Zucker gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 5	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Dieser Posten dient zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.
B1-1 1 1 9	Veranschlagt sind Mittel für andere Ausgaben, insbesondere aufgrund von Artikel 9 Absatz 4, Artikel 18 Absatz 2 und Artikel 46 Absätze 6 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 sowie von Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3814/92.
B1-1 1 9	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung,

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 1 — ZUCKER *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 2 — OLIVENÖL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 1 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-1 1 INSGESAMT	1 942 000 000	1 789 000 000	2 061 509 335,29
	KAPITEL B1-1 2			
B1-1 2 0	***Erstattungen bei Olivenöl*** Nichtgetrennte Mittel	40 000 000	64 000 000	52 809 328,91
B1-1 2 1	***Erzeugerbeihilfen und besondere produktionsorientierte Maßnahmen bei Olivenöl***			
B1-1 2 1 0	Erzeugerbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	1 507 000 000	540 000 000	1 051 861 821,13
B1-1 2 1 1	Produktionsorientierte Maßnahmen Nichtgetrennte Mittel	40 000 000	40 000 000	20 528 585,88
	Artikel B1-1 2 1 insgesamt	1 547 000 000	580 000 000	1 072 390 407,01
B1-1 2 2	***Verbrauchsbeihilfen und besondere verbrauchsorientierte Maßnahmen bei Olivenöl***			
B1-1 2 2 0	Verbrauchsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	146 000 000	275 000 000	613 307 242,73

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 1 — ZUCKER *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 2 — OLIVENÖL

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 1 9	*(Fortsetzung)* — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-1 2 0	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl gemäß den Bestimmungen von Artikel 20 der Verordnung 136/66/EWG.
B1-1 2 1	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Verordnung (EWG) Nr. 154/75 des Rates vom 21. Januar 1975 über die Anlage einer Ölkartei in den Olivenöl erzeugenden Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 19 vom 24. 1. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3788/85 (ABl. Nr. L 367 vom 31. 12. 1985, S. 1).
B1-1 2 1 0	Veranschlagt sind Mittel für Erzeugerbeihilfen gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung Nr. 136/66/EWG, abzüglich der Beträge, die aufgrund von Artikel 5 Absatz 4 der genannten Verordnung (spezifische Maßnahmen) und Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 154/75 einbehalten werden.
B1-1 2 1 1	Veranschlagt sind Mittel für Ausgaben gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 154/75 und Artikel 5 der Verordnung Nr. 136/66/EWG, der Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Olivenölerzeugung vorsieht.
B1-1 2 2	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-1 2 2 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfen für den Olivenölverbrauch in der Gemeinschaft gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung Nr. 136/66/EWG, abzüglich der Beträge, die aufgrund von Artikel 11 Absatz 6 der genannten Verordnung (Informationsmaßnahmen oder sonstige Maßnahmen zur Förderung des gemeinschaftlichen Olivenölverbrauchs) einbehalten werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — OLIVENÖL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 2 2	*(Fortsetzung)*			
B1-1 2 2 1	Verbrauchsorientierte Maßnahmen Nichtgetrennte Mittel	20 000 000	20 000 000	1 087 918,46
	Artikel B1-1 2 2 insgesamt	166 000 000	295 000 000	614 395 161,19
B1-1 2 3	***Interventionen in Form von Einlagerung von Olivenöl***			
B1-1 2 3 0	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	3 000 000	27 328 327,01
B1-1 2 3 1	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	2 000 000	20 334 146,12
B1-1 2 3 2	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	– 96 000 000	– 70 830 450,19
B1-1 2 3 3	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	43 457 590,69
B1-1 2 3 9	Sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	15 672 216,15
	Artikel B1-1 2 3 insgesamt	p.m.	– 91 000 000	35 961 829,78
B1-1 2 4	***Sonstige Interventionen bei Olivenöl*** Nichtgetrennte Mittel	28 000 000	28 000 000	43 958 486,05
B1-1 2 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — OLIVENÖL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 2 2	*(Fortsetzung)*
B1-1 2 2 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben gemäß Artikel 11 Absatz 6 der Verordnung Nr. 136/66/EWG (Informationsmaßnahmen oder sonstige Maßnahmen zur Förderung des gemeinschaftlichen Olivenölverbrauchs), einschließlich eines Beitrags zum Werbefonds des Internationalen Olivenölrates.
B1-1 2 3	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-1 2 3 0	Dieser Posten dient zur Deckung der technischen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 12 und 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 3 1	Dieser Posten dient zur Deckung der Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 12 und 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 3 2	Dieser Posten dient zur Deckung der sonstigen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 12 und 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 3 3	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Dieser Posten dient zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.
B1-1 2 3 9	Dieser Posten dient zur Deckung anderer Ausgaben insbesondere aufgrund von Artikel 20d Absatz 3 (Lagerverträge) der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 4	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Veranschlagt sind Mittel für eine Erstattung bei der Erzeugung von Olivenöl zur Herstellung von Fisch- und Gemüsekonserven gemäß Artikel 20a der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 9	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung,

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — OLIVENÖL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 3 — TROCKENFUTTER UND HÜLSENFRÜCHTE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 2 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-1 2 INSGESAMT	1 781 000 000	876 000 000	1 819 515 212,94
	KAPITEL B1-1 3			
B1-1 3 0	***Produktionsbeihilfen für Trockenfutter*** Nichtgetrennte Mittel	323 000 000	233 000 000	367 051 313,76
B1-1 3 1	***Beihilfen für Hülsenfrüchte*** Nichtgetrennte Mittel	63 000 000	47 000 000	11 302 033,22
B1-1 3 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-1 3 INSGESAMT	386 000 000	280 000 000	378 353 346,98

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — OLIVENÖL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 3 — TROCKENFUTTER UND HÜLSENFRÜCHTE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 2 9	*(Fortsetzung)* — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-1 3 0	Verordnung (EWG) Nr. 1117/78 des Rates vom 22. Mai 1978 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter (ABl. Nr. L 142 vom 30. 5. 1978, S. 1), aufgehoben durch die Verordnung (EG) Nr. 603/95 (ABl. Nr. L 63 vom 21. 3. 1995, S. 1). Verordnung (EG) Nr. 603/95 des Rates vom 21. Februar 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter (ABl. Nr. L 63 vom 21. 3. 1995, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1347/95 (ABl. Nr. L 131 vom 15. 6. 1995, S. 1).
B1-1 3 1	Verordnung (EWG) Nr. 762/89 des Rates vom 20. März 1989 zur Einführung einer Sondermaßnahme zugunsten der Erzeugung bestimmter Körnerhülsenfrüchte (ABl. Nr. L 80 vom 23. 3. 1989, S. 76), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2064/92 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 47). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Hektarbeihilfe für die Erhaltung der Erzeugung von Kichererbsen, Linsen und Wicken.
B1-1 3 9	Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 4 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-1 4				
B1-1 4 0	***Faserlein und Hanf***				
B1-1 4 0 0	Beihilfen für die Faserleinerzeugung	Nichtgetrennte Mittel	65 000 000	64 000 000	28 188 211,06
B1-1 4 0 1	Besondere Maßnahmen	Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	2 700 000	839 325,96
B1-1 4 0 2	Beihilfen für die Hanferzeugung	Nichtgetrennte Mittel	6 000 000	6 000 000	4 137 376,71
B1-1 4 0 9	Sonstige Interventionen	Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	2 700 000	0,—
		Artikel B1-1 4 0 insgesamt	77 000 000	75 400 000	33 164 913,73
B1-1 4 1	***Baumwolle***	Nichtgetrennte Mittel	816 000 000	773 000 000	830 184 462,85
B1-1 4 2	***Seidenraupen***	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	190 973,43
B1-1 4 9	***Sonstige***	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-14 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-140	Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 des Rates vom 29. Juni 1970 über die gemeinsame Marktorganisation für Flachs und Hanf (ABl. Nr. L 146 vom 4. 7. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-1400	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die Erzeugungsbeihilfen für Faserlein gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70, abzüglich der gemäß Artikel 2 der genannten Verordnung einbehaltenen Beträge für Informationsaktionen zur Förderung einer stärkeren Verwendung von Faserlein.
B1-1401	Veranschlagt sind Mittel für Informationsaktionen zur Förderung einer stärkeren Verwendung von Faserlein gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70.
B1-1402	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für die Hanferzeugung gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70.
B1-1409	Veranschlagt sind Mittel für sonstige Interventionen bei Faserlein und Hanf, insbesondere gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 gewährte Beihilfen für die private Lagerhaltung.
B1-141	Verordnung (EWG) Nr. 2169/81 des Rates vom 27. Juli 1981 zur Festlegung der allgemeinen Vorschriften der Beihilferegelung für Baumwolle (ABl. Nr. L 211 vom 31. 7. 1981, S. 2), aufgehoben durch die Verordnung (EG) Nr. 1554/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 48). Verordnung (EG) Nr. 1554/95 des Rates vom 29. Juni 1995 zur Festlegung der allgemeinen Vorschriften der Beihilferegelung für Baumwolle und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2169/81 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 48). Veranschlagt sind Mittel für die Erzeugerbeihilfe für Baumwolle, weder gekrempelt noch gekämmt, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1554/95.
B1-142	Verordnung (EWG) Nr. 827/68 des Rates vom 28. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für bestimmte in Anhang II des Vertrages aufgeführte Erzeugnisse (ABl. Nr. L 151 vom 30. 6. 1968, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Verordnung (EWG) Nr. 845/72 des Rates vom 24. April 1972 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Seidenraupenzucht (ABl. Nr. L 100 vom 27. 4. 1972, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2059/92 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 19). Mit der Verordnung (EWG) Nr. 827/68 wurde für Seidenraupen und Seidenraupeneier eine gemeinsame Marktorganisation geschaffen. Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Beihilfen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 845/72.
B1-149	Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge,

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 4 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 4 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-1 4 INSGESAMT	894 000 000	849 400 000	863 540 350,01
	KAPITEL B1-1 5			
B1-1 5 0	***Frisches Obst und Gemüse***			
B1-1 5 0 0	Ausfuhrerstattungen Nichtgetrennte Mittel	98 000 000	99 000 000	186 793 640,29
B1-1 5 0 1	Finanzausgleich für Rücknahmemaßnahmen und Ankäufe und für unentgeltliche Verteilung Nichtgetrennte Mittel	373 000 000	460 000 000	390 336 967,54
B1-1 5 0 2	Finanzausgleich für die Förderung des Absatzes von Zitrusfrüchten der Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 591 508,77
B1-1 5 0 3	Finanzausgleich für die Förderung der Verarbeitung von Zitrusfrüchten Nichtgetrennte Mittel	208 000 000	206 000 000	130 002 646,82
B1-1 5 0 4	Zitruskartei Nichtgetrennte Mittel	p.m.	3 600 000	0,—
B1-1 5 0 5	Maßnahmen zur Sanierung der Erzeugung Nichtgetrennte Mittel	74 000 000	123 000 000	203 906,56
B1-1 5 0 6	Förderungsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	12 000 000	10 000 000	8 847 410,24

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-14 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-15 — OBST UND GEMÜSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-149	*(Fortsetzung)* falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-150	Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1327/95 (ABl. Nr. L 128 vom 13. 6. 1995, S. 8).
B1-1500	Veranschlagt sind Mittel für Erstattungen für frisches Obst und Gemüse gemäß Artikel 30 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72.
B1-1501	Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgaben: — finanzieller Ausgleich für Erzeugerorganisationen gemäß Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 und für Käufe im Fall einer ernsten Krise nach Artikel 19 derselben Verordnung, — Verarbeitung und Verteilung von aus dem Markt genommenen oder aufgekauften Erzeugnissen gemäß Artikel 21 der obengenannten Verordnung.
B1-1502	Verordnung (EWG) Nr. 2511/69 des Rates vom 9. Dezember 1969 über Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Zitrusfrüchten der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 318 vom 18. 12. 1969, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1130/89 (ABl. Nr. L 119 vom 29. 4. 1989, S. 22). Dieser Posten ist für die Ausgleichszahlungen zur Förderung des Absatzes von Apfelsinen und Mandarinen aus der Gemeinschaftserzeugung gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2511/69.
B1-1503	Verordnung (EWG) Nr. 1035/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Vermarktung von Verarbeitungserzeugnissen aus Zitronen (ABl. Nr. L 125 vom 19. 5. 1977, S. 3), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1199/90 (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 61). Verordnung (EG) Nr. 3119/93 des Rates vom 8. November 1993 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Verarbeitung bestimmter Zitrusfrüchte (ABl. Nr. L 279 vom 12. 11. 1993, S. 17). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des finanziellen Ausgleichs für die Verarbeitung bestimmter Zitrusfruchtsorten gemäß Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 3119/93 und der Ausgaben aufgrund besonderer absatzfördernder Maßnahmen für Verarbeitungserzeugnisse aus Zitronen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1035/77.
B1-1504	Verordnung (EWG) Nr. 1198/90 des Rates vom 7. Mai 1990 über die Erstellung einer gemeinschaftlichen Zitruskartei (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 59). Dieser Posten dient zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Erstellung der gemeinschaftlichen Zitruskartei.
B1-1505	Verordnung (EWG) Nr. 1200/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zur Sanierung der gemeinschaftlichen Apfelerzeugung (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 63), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1890/94 (ABl. Nr. L 197 vom 30. 7. 1994, S. 41). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Rodungsmaßnahmen im Obstbausektor bestimmt.
B1-1506	Verordnung (EWG) Nr. 1195/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zum Erlaß von Maßnahmen zur Steigerung des Verbrauchs und der Verwendung von Äpfeln (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 53). Verordnung (EWG) Nr. 1201/90 des Rates vom 7. Mai 1990 betreffend Maßnahmen zur Steigerung des Verbrauchs von Zitrusfrüchten (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 65).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 5 0	*(Fortsetzung)*			
B1-1 5 0 6	*(Fortsetzung)*			
B1-1 5 0 7	Schalenfrüchte Nichtgetrennte Mittel	105 000 000	106 000 000	90 140 294,17
B1-1 5 0 8	Bananen Nichtgetrennte Mittel	156 000 000	162 000 000	138 213 902,79
B1-1 5 0 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	44 000 000 (1)	55 000 000	8 993 714,09
	Artikel B1-1 5 0 insgesamt	1 070 000 000	1 224 600 000	955 123 991,27
B1-1 5 1	***Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse***			
B1-1 5 1 0	Ausfuhrerstattungen Nichtgetrennte Mittel	14 000 000	26 000 000	29 877 012,75
B1-1 5 1 1	Produktionsbeihilfen für Verarbeitungserzeugnisse aus Tomaten Nichtgetrennte Mittel	374 000 000	393 000 000	361 020 745,07

(1) Mittel in Höhe von 13 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-15 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-150	*(Fortsetzung)*
B1-1506	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Maßnahmen zur Förderung der unter die Verordnungen (EWG) Nr. 1195/90 und (EWG) Nr. 1201/90 fallenden Erzeugnisse.
B1-1507	Verordnung (EWG) Nr. 789/89 des Rates vom 20. März 1989 mit Sondermaßnahmen für Schalenfrüchte und Johannisbrot und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 3). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Sonderbeihilfen für Erzeugerorganisationen, die einen Fonds einrichten, zur Deckung der Gemeinschaftsbeihilfe für Pläne zur Verbesserung der Qualität sowie zur Beteiligung an der Finanzierung von Maßnahmen, mit denen der Verbrauch und die Verwendung von Schalenfrüchten und/oder Johannisbrot gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 entwickelt und verbessert werden sollen.
B1-1508	Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates vom 13. Februar 1993 über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen (ABl. Nr. L 47 vom 25. 2. 1993, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 der Kommission (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben insbesondere für die — zum Ausgleich etwaiger Erlöseinbußen bestimmten Beihilfen, die den Gemeinschaftserzeugern, die den gemeinsamen Normen entsprechende Bananen auf dem Gemeinschaftsmarkt vermarkten, gemäß Artikel 12 der vorgenannten Verordnung gewährt werden, — einmaligen Prämien, die den Gemeinschaftserzeugern, die den Bananenanbau endgültig aufgeben, gemäß Artikel 13 der vorgenannten Verordnung gewährt werden.
B1-1509	Verordnung (EWG) Nr. 3438/92 des Rates vom 23. November 1992 über Sondermaßnahmen für den Transport von frischem Obst und Gemüse mit Ursprung in Griechenland (ABl. Nr. L 350 vom 1. 12. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 456/95 (ABl. Nr. L 47 vom 2. 3. 1995, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3816/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 zur Abschaffung des Ausgleichsmechanismus für Obst und Gemüse im Handel zwischen Spanien und den übrigen Mitgliedstaaten sowie zum Erlaß damit zusammenhängender Maßnahmen (ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 10). Veranschlagt sind Mittel für sonstige Ausgaben, insbesondere aufgrund — etwaiger Vergütungen gemäß Artikel 21 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72; — der besonderen befristeten Entschädigung, die unter den Bedingungen der Verordnung (EWG) Nr. 3438/92 gewährt wird; — der in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3816/92 vorgesehenen finanziellen Beteiligung für die Umstrukturierung der Obst- und Gemüsesektoren, die von der Abschaffung der in der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals vorgesehenen Übergangsmaßnahmen am meisten betroffen sind; — der Restausgaben gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 1035/77 und (EWG) Nr. 1199/90.
B1-151	Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates vom 24. Februar 1986 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-1510	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse gemäß den Artikeln 11 und 12 der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.
B1-1511	Verordnung (EWG) Nr. 668/93 des Rates vom 17. März 1993 zur Begrenzung der Produktionsbeihilfe für Verarbeitungserzeugnisse aus Tomaten (ABl. Nr. L 72 vom 25. 3. 1993, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Prämien für die Verarbeitung von Tomaten gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 5 1	*(Fortsetzung)*			
B1-1 5 1 2	Produktionsbeihilfen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst Nichtgetrennte Mittel	106 000 000	106 000 000	97 160 824,85
B1-1 5 1 3	Beihilfen und Interventionen für Verarbeitungserzeugnisse aus getrockneten Weintrauben Nichtgetrennte Mittel	138 000 000	138 000 000	108 617 560,42
B1-1 5 1 4	Beihilfen für Ananaskonserven Nichtgetrennte Mittel	12 000 000	11 000 000	4 433 836,49
B1-1 5 1 6	Beihilfen für verarbeitete Himbeeren Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	610 505,31
B1-1 5 1 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-1 5 1 insgesamt	646 000 000	676 000 000	601 720 484,89
B1-1 5 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
	KAPITEL B1-1 5 INSGESAMT	1 716 000 000	1 900 600 000	1 556 844 476,16

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 5 1	*(Fortsetzung)*
B1-1 5 1 2	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Verarbeitung von Pfirsichen, Birnen, Trockenpflaumen und Feigen gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.
B1-1 5 1 3	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Verarbeitungsbeihilfe und die Interventionen für getrocknete Weintrauben gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.
B1-1 5 1 4	Verordnung (EWG) Nr. 525/77 des Rates vom 14. März 1977 zur Einführung einer Beihilferegelung zur Erzeugung von Ananaskonserven (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1977, S. 46), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1699/85 (ABl. Nr. L 163 vom 22. 6. 1985, S. 12). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Beihilfen für Ananaskonserven gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 525/77.
B1-1 5 1 6	Verordnung (EWG) Nr. 1991/92 des Rates vom 13. Juli 1992 über eine Sonderregelung für Himbeeren für die industrielle Verarbeitung (ABl. Nr. L 199 vom 18. 7. 1992, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Beteiligung der Gemeinschaft an den Pauschalbeihilfen für Erzeugergemeinschaften und den Ausgaben, welche die Erzeugergemeinschaften bei der Durchführung der Programme zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit tätigen.
B1-1 5 1 9	Dieser Posten ist zur Deckung sonstiger Ausgaben für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse bestimmt.
B1-1 5 9	*Vormals Artikel B1-1 5 2 (teilweise)* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Veranschlagt sind Mittel für sonstige Ausgaben. In die Mittelausstattung dieses Artikels gehen ferner ein: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-1 6			
B1-1 6 0	***Erstattungen bei Weinbauerzeugnissen*** Nichtgetrennte Mittel	56 000 000	71 000 000	80 429 477,11
B1-1 6 1	***Interventionen bei Weinbauerzeugnissen***			
B1-1 6 1 0	Interventionen für die Lagerung von Wein und Traubenmost Nichtgetrennte Mittel	48 000 000	50 000 000	54 446 409,62
B1-1 6 1 1	Destillation von Wein Nichtgetrennte Mittel	312 000 000	121 000 000	285 460 510,48
B1-1 6 1 2	Obligatorische Destillation der Nebenerzeugnisse der Weinbereitung Nichtgetrennte Mittel	68 000 000	65 000 000	53 774 588,23
	Artikel B1-1 6 1 insgesamt	428 000 000	236 000 000	393 681 508,33
B1-1 6 2	***Übernahme des Alkohols aus der obligatorischen Destillation***			
B1-1 6 2 0	Technische Kosten Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	10 000 000	14 387 513,70
B1-1 6 2 1	Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	1 000 000	1 971 276,20
B1-1 6 2 2	Sonstige Kosten Nichtgetrennte Mittel	14 000 000	29 000 000	12 015 685,31
B1-1 6 2 3	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	165 000 000	165 000 000	162 000 000,—
	Artikel B1-1 6 2 insgesamt	181 000 000	205 000 000	190 374 475,21
B1-1 6 3	***Beihilfen für die Verwendung von Traubenmost*** Nichtgetrennte Mittel	134 000 000	139 000 000	134 000 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 6 0	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Erzeugnisse des Weinsektors gemäß Artikel 56 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 1	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31).
B1-1 6 1 0	Veranschlagt sind Mittel für folgende Beihilfen: — private Lagerhaltung von Wein und Traubenmost gemäß Artikel 32 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 sowie ergänzende Lagerhaltung gemäß Artikel 42 der vorgenannten Verordnung, — Umlagerung von Tafelweinen gemäß Artikel 34 der vorgenannten Verordnung.
B1-1 6 1 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die Destillation von Wein gemäß den Artikeln 36, 38, 39, 41 und 42 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 1 2	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die Destillation der Nebenerzeugnisse der Weinbereitung gemäß Artikel 35 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 2	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31).
B1-1 6 2 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der Interventionskäufe von Alkohol gemäß den Artikeln 35, 36 und 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 2 1	Dieser Posten dient zur Deckung der Finanzkosten der Interventionskäufe von Alkohol gemäß den Artikeln 35, 36 und 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 2 2	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der sonstigen Kosten für die Lagerhaltung von Alkohol gemäß den Artikeln 37 und 40 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87; es handelt sich um die Berücksichtigung der Differenz zwischen dem Buch- und dem Verkaufswert.
B1-1 6 2 3	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.
B1-1 6 3	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Beihilfen für die Verwendung von Traubenmost; insbesondere: — für die Verarbeitung zu Traubensaft für den direkten Verbrauch,

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 6 3	*(Fortsetzung)*				
B1-1 6 4	***Prämien für die endgültige Aufgabe von Rebflächen***	Nichtgetrennte Mittel	303 000 000	385 000 000	372 000 000,—
B1-1 6 5	***Verbrauchsförderung***	Nichtgetrennte Mittel	11 000 000	8 000 000	5 757 419,22
B1-1 6 9	***Sonstige***	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	KAPITEL B1-1 6 INSGESAMT		1 113 000 000	1 044 000 000	1 176 242 879,87

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 6 3	*(Fortsetzung)* — in konzentrierter Form zur Anreicherung bestimmter Weine oder zur Tierernährung, — auch in konzentrierter Form für die Bereitung von „British-", „Irish-" und „Home-made-"Weinen, gemäß den Artikeln 45 und 46 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 4	Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 des Rates vom 24. Mai 1988 über die Gewährung von Prämien für die endgültige Aufgabe von Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 1988/89 bis 1995/96 (ABl. Nr. L 132 vom 28. 5. 1988, S. 3), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1548/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 36). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Prämien für die Rodung von Rebflächen gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1442/88.
B1-1 6 5	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31). Diese Mittel sind insbesondere für folgende Ausgaben bestimmt: — Interventionsmaßnahmen gemäß Artikel 51 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 für Erzeugnisse des Weinsektors, ausgenommen Tafelwein, — die gemäß Artikel 78 derselben Verordnung getroffenen abweichenden Maßnahmen im Fall von Naturkatastrophen, — Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Tafelwein gemäß Artikel 49 der genannten Verordnung, — Werbekampagnen zur Förderung des Traubensaftverbrauchs gemäß Artikel 46 Absatz 4 der genannten Verordnung, — andere Maßnahmen als Destillation gemäß den Artikeln 41 und 48 der genannten Verordnung.
B1-1 6 9	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-17 — TABAK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-17			
B1-170	***Erstattungen bei Tabak***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	21 000 000	49 857 911,96
B1-171	***Prämien für Tabak***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 040 000 000	1 038 000 000	985 700 098,16
B1-172	***Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen bei Tabak***			
B1-1720	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	1 000 000	1 901 094,20
B1-1721	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 182 527,32
B1-1722	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	– 4 000 000	– 4 434 268,99
B1-1723	Wertberichtigung der Bestände			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	4 000 000	19 894 318,38
	Artikel B1-172 insgesamt	p.m.	1 000 000	18 543 670,91
B1-173	***Umstellungsprämie***			
	Nichtgetrennte Mittel	42 000 000	45 000 000	3 331 911,15

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-17 — TABAK

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-170	Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 1), aufgehoben ab der Ernte 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70). Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 711/95 (ABl. Nr. L 73 vom 1. 4. 1995, S. 13). Dieser Artikel dient zur Finanzierung der Restausgaben für die Erstattungen für Tabak gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-171	Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 1), aufgehoben ab der Ernte 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70). Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 711/95 (ABl. Nr. L 73 vom 1. 4. 1995, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 2076/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Festsetzung der Prämien für Tabakblätter nach Tabakgruppen sowie der Garantieschwellen, verteilt nach Sortengruppen und Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 77), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 164/94 (ABl. Nr. L 24 vom 29. 1. 1994, S. 4). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Prämien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-172	Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 1), aufgehoben ab der Ernte 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70). Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 711/95 (ABl. Nr. L 73 vom 1. 4. 1995, S. 13).
B1-1720	Dieser Posten dient zur Deckung der Restausgaben für die technischen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 5 bis 7 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-1721	Dieser Posten ist zur Deckung der Restausgaben für die Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 5 bis 7 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70 bestimmt.
B1-1722	Dieser Posten ist zur Deckung der Restbeträge der sonstigen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 5 bis 7 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70 bestimmt.
B1-1723	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46) insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Dieser Posten dient zur Deckung der Restausgaben für die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.
B1-173	Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 711/95 (ABl. Nr. L 73 vom 1. 4. 1995, S. 13). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für das Umstellungsprogramm gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 2075/92.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 7 — TABAK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 7 4	***Kontrollstellen*** Nichtgetrennte Mittel	15 000 000	16 000 000	0,—
B1-1 7 5	***Gemeinschaftlicher Forschungs- und Informationsfonds*** Nichtgetrennte Mittel	9 000 000	11 000 000	– 181,74
B1-1 7 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-1 7 INSGESAMT	1 106 000 000	1 132 000 000	1 057 433 410,44
	KAPITEL B1-1 8			
B1-1 8 0	***Saatgut*** Nichtgetrennte Mittel	85 000 000	82 000 000	75 496 344,47
B1-1 8 1	***Hopfen*** Nichtgetrennte Mittel	18 000 000	27 000 000	3 672 489,18

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-17 — TABAK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-18 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-174	Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 711/95 (ABl. Nr. L 73 vom 1. 4. 1995, S. 13). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der gemäß Artikel 20 der Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 getätigten Ausgaben.
B1-175	Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 711/95 (ABl. Nr. L 73 vom 1. 4. 1995, S. 13). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 getätigten Ausgaben.
B1-179	Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 70), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 711/95 (ABl. Nr. L 73 vom 1. 4. 1995, S. 13). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994 , über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund sonstiger Interventionsmaßnahmen für Tabak. In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-180	Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates vom 26. Oktober 1971 zur Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Saatgut (ABl. Nr. L 246 vom 5. 11. 1971, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 der Kommission (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Produktionsbeihilfen gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2358/71.
B1-181	Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates vom 26. Juli 1971 über die gemeinsame Marktorganisation für Hopfen (ABl. Nr. L 175 vom 4. 8. 1971, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 8 1	*(Fortsetzung)*			
B1-1 8 3	***Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme — Teil „Pflanzliche Erzeugnisse"***			
B1-1 8 3 0	POSEIDOM Nichtgetrennte Mittel	48 000 000	31 000 000	32 182 117,03
B1-1 8 3 1	POSEIMA Nichtgetrennte Mittel	34 000 000	31 000 000	26 896 397,53
B1-1 8 3 2	POSEICAN Nichtgetrennte Mittel	52 000 000	44 000 000	43 810 690,44
B1-1 8 3 3	Kleinere Inseln des Ägäischen Meeres Nichtgetrennte Mittel	21 000 000	23 000 000	16 770 474,74
	Artikel B1-1 8 3 insgesamt	155 000 000	129 000 000	119 659 679,74
B1-1 8 4	***Tafeloliven*** Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	0,—
B1-1 8 5	***Reis***			
B1-1 8 5 0	Erstattungen bei Reis Nichtgetrennte Mittel	48 000 000	49 000 000	18 928 938,80
B1-1 8 5 1	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	3 033,22
B1-1 8 5 2	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	653,23

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 8 1	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für Hektarbeihilfen, die den Erzeugern gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 gewährt werden.
B1-1 8 3	Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der im Agrarsektor entstehenden Ausgaben aufgrund der neuen Maßnahmen zum Ausgleich der abgeschiedenen geographischen Lage bestimmter Gebiete bestimmt. Er umfaßt die für die pflanzlichen Erzeugnisse getroffenen Maßnahmen. Für die tierischen Erzeugnisse sind die Maßnahmen in Artikel B1-2 5 1 aufgeführt.
B1-1 8 3 0	Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39). Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2598/95 (ABl. Nr. L 267 vom 9. 11. 1995, S. 1).
B1-1 8 3 1	Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zum Erlaß von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-1 8 3 2	Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-1 8 3 3	Verordnung (EWG) Nr. 2019/93 des Rates vom 19. Juli 1993 über Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres (ABl. Nr. L 184 vom 27. 7. 1993, S. 1).
B1-1 8 4	Verordnung (EWG) Nr. 1332/92 des Rates vom 18. Mai 1992 mit Sondermaßnahmen für Tafeloliven (ABl. Nr. L 145 vom 27. 5. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1267/95 (ABl. Nr. L 123 vom 3. 6. 1995, S. 4).
B1-1 8 5	Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1530/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 5).
B1-1 8 5 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1 8 5 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß den Artikeln 5 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1 8 5 2	Dieser Posten dient zur Deckung der finanziellen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß den Artikeln 5 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 8 5	*(Fortsetzung)*			
B1-1 8 5 3	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 1 000 000	– 1 000 000	– 65 481,71
B1-1 8 5 4	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	11 024,89
B1-1 8 5 5	Erstattungen bei der Erzeugung für die Stärkeherstellung und das Braugewerbe Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	17 328,44
B1-1 8 5 6	Subventionen für die Lieferung in das französische überseeische Departement La Réunion Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	4 000 000	0,—
B1-1 8 5 7	Beihilfen für die Erzeugung von Indica-Reis Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	4 021 984,17
B1-1 8 5 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	3 000 000	13 226,84
	Artikel B1-1 8 5 insgesamt	54 000 000	57 000 000	22 930 707,88
B1-1 8 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	112 000 000	65 310 137,14

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-18 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-185	*(Fortsetzung)*
B1-1853	Dieser Posten dient zur Deckung der sonstigen Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 5 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76; es handelt sich hauptsächlich um den Unterschied zwischen Buch- und Verkaufswert.
B1-1854	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.
B1-1855	Dieser Posten dient zur Deckung der Beihilfen für die Stärkeherstellung und das Braugewerbe gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1856	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Subventionen für die Lieferung von Gemeinschaftsreis in das französische überseeische Departement La Réunion gemäß Artikel 11a der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1857	Dieser Posten ist zur Deckung der Beihilfen für die Erzeugung bestimmter Reissorten des Typs oder Profils „Indica" gemäß Artikel 8a der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1859	Verordnung (EWG) Nr. 738/93 des Rates vom 17. März 1993 zur Änderung der Übergangsvorschriften zu den gemeinsamen Marktorganisationen für Getreide und für Reis in Portugal gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3653/90 (ABl. Nr. L 77 vom 31. 3. 1993, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund sonstiger Interventionsmaßnahmen für Reis, insbesondere der Ausgaben für die Zahlung der Beihilfe an die Rohreiserzeuger in Portugal für die Wirtschaftsjahre 1992/93 bis 1997/98 gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 738/93.
B1-189	Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Dieser Artikel ist bestimmt zur Deckung von Ausgaben, die durch andere Interventionen entstehen. In ihm sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-1 8 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-1 8 INSGESAMT	314 000 000	409 000 000	287 069 358,41
	Titel B1-1 insgesamt	**26 437 000 000**	**22 854 000 000**	**21 852 799 371,64**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 8 9	*(Fortsetzung)* Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-2

TIERISCHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-20			
B1-200	***Erstattungen bei Milch und Milcherzeugnissen***			
B1-2000	Erstattungen bei Butter und Butteroil Nichtgetrennte Mittel	333 000 000	453 000 000	251 320 146,39
B1-2001	Erstattungen bei Magermilchpulver Nichtgetrennte Mittel	140 000 000	124 000 000	73 174 251,52
B1-2002	Erstattungen bei Käse Nichtgetrennte Mittel	570 000 000	545 000 000	592 341 464,82
B1-2003	Erstattungen bei sonstigen Milcherzeugnissen Nichtgetrennte Mittel	935 000 000	924 000 000	1 009 920 507,26
	Artikel B1-200 insgesamt	1 978 000 000	2 046 000 000	1 926 756 369,99
B1-201	***Interventionen in Form von Einlagerung von Magermilchpulver***			
B1-2010	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2011	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	4 000 000	2 256 541,93
B1-2012	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	3 000 000	2 409 553,—
B1-2013	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 49 000 000	– 61 000 000	– 10 349 960,43
B1-2014	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	49 000 000	93 000 000	75 117 561,87
	Artikel B1-201 insgesamt	9 000 000	39 000 000	69 433 696,37

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-2

TIERISCHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-200	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17). Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 bestimmt.
B1-201	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17).
B1-2010	Dieser Posten ist zur Deckung für Beihilfen für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 bestimmt.
B1-2011	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2012	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2013	Dieser Posten ist zur Deckung der sonstigen im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung anfallenden Kosten gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 bestimmt.
B1-2014	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Diese Mittel sind zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-202	***Intervention in Form von Beihilfen für den Verbrauch von Magermilch***			
B1-2020	Beihilfen für Magermilchpulver zur Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	466 000 000	453 000 000	477 210 208,67
B1-2021	Beihilfen für flüssige Magermilch zur Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	28 000 000	28 000 000	24 237 943,71
B1-2022	Beihilfen für Magermilchpulver zu Futterzwecken außer Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2023	Beihilfen für flüssige Magermilch zu Futterzwecken außer Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 1 023 362,83
B1-2024	Beihilfen für Magermilch für die Kaseinherstellung Nichtgetrennte Mittel	320 000 000	319 000 000	278 790 249,29
B1-2025	Beihilfen für zur Kälberfütterung bestimmtes Milchpulver mit einem Fettgehalt von 10 % Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2029	Sonstige Beihilfen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-202 insgesamt	814 000 000	800 000 000	779 215 038,84
B1-203	***Interventionskäufe bei Butter und Rahm***			
B1-2030	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	29 000 000	52 000 000	49 189 348,58
B1-2031	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	6 000 000	14 162 123,54
B1-2032	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	4 000 000	9 181 475,29
B1-2033	Sonstige Kosten im Rahmen der Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 38 000 000	– 57 000 000	– 50 738 979,84
B1-2034	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	65 000 000	52 000 000	45 786 559,51
	Artikel B1-203 insgesamt	62 000 000	57 000 000	67 580 527,08

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-202	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17).
B1-2020	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen zur Kälberfütterung gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2021	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen zur Kälberfütterung gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2022	Dieser Posten dient Beihilfen für Futterzwecke, ausgenommen Kälberfütterung, gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2023	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für Futterzwecke, ausgenommen Kälberfütterung, gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2024	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2025	Dieser Posten dient für Beihilfen für teilentrahmtes Milchpulver zur Kälberfütterung gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2029	Dieser Posten dient für Beihilfen für besondere Verwendungszwecke gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-203	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17).
B1-2030	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2031	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2032	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2033	Dieser Posten dient zur Deckung der sonstigen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung sowie der übrigen Ausgaben gemäß Artikel 6 Absätze 1 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68, insbesondere für Zuschüsse für besondere Verwendungen.
B1-2034	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 0 4	***Sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit Butterfett***			
B1-2 0 4 0	Beihilfen für den Butterverbrauch und für Sozialhilfeempfänger Nichtgetrennte Mittel	14 000 000	15 000 000	13 058 981,34
B1-2 0 4 9	Sonstige Maßnahmen Nichtgetrennte Mittel	725 000 000	667 000 000	656 326 844,39
	Artikel B1-2 0 4 insgesamt	739 000 000	682 000 000	669 385 825,73
B1-2 0 5	***Interventionen bei sonstigen Milcherzeugnissen***			
B1-2 0 5 0	Lagerung von Käse Nichtgetrennte Mittel	99 000 000	96 000 000	89 020 962,28
B1-2 0 5 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 34,81
	Artikel B1-2 0 5 insgesamt	99 000 000	96 000 000	89 020 927,47
B1-2 0 6	***Sonstige Maßnahmen im Bereich Milch und Milcherzeugnisse***			
B1-2 0 6 0	Beteiligung des EAGFL, Abteilung Garantie, an den Prämien für die Nichtvermarktung von Milch und an den Umstellungsprämien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 33 355,64
B1-2 0 6 1	Milchverteilung in den Schulen Nichtgetrennte Mittel	144 000 000	136 000 000	154 610 056,47
B1-2 0 6 2	Maßnahmen zur Marktentwicklung Nichtgetrennte Mittel	9 500 000 (1)	9 000 000	23 457 058,45
B1-2 0 6 3	Verbesserung der Milchqualität Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	9 985 125,70

(1) Mittel in Höhe von 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-204	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17).
B1-2040	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Sondermaßnahmen zum Abbau von Butterfettüberschüssen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2049	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfen für besondere Verwendungen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-205	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17).
B1-2050	Veranschlagt sind Mittel für Ausgaben, die durch die Interventionen zur Lagerung von Käse verursacht werden, gemäß den Artikeln 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-206	
B1-2060	Verordnung (EWG) Nr. 1078/77 des Rates vom 17. Mai 1977 zur Einführung einer Prämienregelung für die Nichtvermarktung von Milch und Milcherzeugnissen und die Umstellung der Milchkuhbestände (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1300/84 (ABl. Nr. L 125 vom 12. 5. 1984, S. 3). Veranschlagt waren Mittel für den von der Abteilung Garantie zu tragenden Anteil an den Ausgaben für Prämien für die Nichtvermarktung von Milch und für die Umstellung von Milchkuhbeständen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1078/77. 60 % der Ausgaben wurden von der Abteilung Garantie und 40 % von der Abteilung Ausrichtung übernommen. Da diese Regelung nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Posten einsetzbar.
B1-2061	Verordnung (EWG) Nr. 1842/83 des Rates vom 30. Juni 1983 zur Einführung von Grundregeln für die Abgabe von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Schüler in Schulen (ABl. Nr. L 183 vom 7. 7. 1983, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2748/93 (ABl. Nr. L 249 vom 7. 10. 1993, S. 1).
B1-2062	Verordnung (EWG) Nr. 2073/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die Verbrauchsförderung in der Gemeinschaft und die Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 67).
B1-2063	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 1029/93 (ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 4). Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Milchqualität. Da diese Regelung nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Posten einsetzbar.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 0 6	*(Fortsetzung)*			
B1-2 0 6 4	Sonstige Maßnahmen im Rahmen des Programms für die Erweiterung der Märkte für Milcherzeugnisse Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	281 556,27
B1-2 0 6 5	Prämie für die endgültige Aufgabe oder die Verringerung der Milcherzeugung Nichtgetrennte Mittel	309 000 000	324 000 000	311 041 824,91
B1-2 0 6 6	Prämie für die endgültige Aufgabe der Milcherzeugung Nichtgetrennte Mittel	7 000 000	6 000 000	86 179 232,31
B1-2 0 6 7	Ausgleich für die befristete Aussetzung der Quoten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	15 267 660,56
B1-2 0 6 8	Prämie für die endgültige Aufgabe oder die Verringerung der Milcherzeugung Nichtgetrennte Mittel	16 000 000	16 000 000	15 225 795,37
B1-2 0 6 9	Sonstige Maßnahmen Nichtgetrennte Mittel	27 000 000	36 000 000	30 978 432,86
	Artikel B1-2 0 6 insgesamt	512 500 000	527 000 000	646 993 387,26
B1-2 0 7	***Finanzielle Beteiligung der Milcherzeuger***			
B1-2 0 7 1	Zusätzliche Abgabe Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	854 956,17
	Artikel B1-2 0 7 insgesamt	p.m.	p.m.	854 956,17
B1-2 0 8	***Maßnahmen zugunsten der Kleinerzeuger*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-206	*(Fortsetzung)*
B1-2064	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 1029/93 (ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 4). Dieser Posten war zur Deckung der besonderen Ausgaben bestimmt, die mit der Erhebung der Mitverantwortungsabgabe zusammenhängen. Da diese Regelung nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Posten einsetzbar.
B1-2065	Verordnung (EWG) Nr. 1637/91 des Rates vom 13. Juni 1991 zur Festsetzung einer Vergütung für die Verringerung der Referenzmengen nach Artikel 5c der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 und einer Vergütung bei der endgültigen Aufgabe der Milcherzeugung (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 30), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1188/92 (ABl. Nr. L 124 vom 9. 5. 1992, S. 1).
B1-2066	Verordnung (EWG) Nr. 857/84 des Rates vom 31. März 1984 über Grundregeln für die Anwendung der Abgabe gemäß Artikel 5c der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 im Sektor Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 90 vom 1. 4. 1984, S. 13), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 3950/92 (ABl. Nr. L 405 vom 31. 12. 1992, S. 1).
B1-2067	Verordnung (EWG) Nr. 775/87 des Rates vom 16. März 1987 über die vorübergehende Aussetzung eines Teils der Referenzmengen gemäß Artikel 5c Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 78 vom 20. 3. 1987, S. 5), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3643/90 (ABl. Nr. L 362 vom 27. 12. 1990, S. 9). Da diese Regelung nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Posten einsetzbar.
B1-2068	Verordnung (EWG) Nr. 740/93 des Rates vom 17. März 1993 (über eine Gemeinschaftsvergütung bei der endgültigen Aufgabe der Milcherzeugung in Portugal (ABl. Nr. L 77 vom 31. 3. 1993, S. 5).
B1-2069	Verordnung (EWG) Nr. 739/93 des Rates vom 17. März 1993 über die Anwendung des gemeinsamen Preises für Milchpulver in Portugal (ABl. Nr. L 77 vom 31. 3. 1993, S. 4).
B1-207	
B1-2071	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17), insbesondere Artikel 5c. Verordnung (EWG) Nr. 3950/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Erhebung einer Zusatzabgabe im Milchsektor (ABl. Nr. L 405 vom 31. 12. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1552/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 43). Diese Abgabe zu Lasten der Erzeuger oder Käufer von Kuhmilch beträgt 115 % des Milchrichtpreises für sämtliche Milch- und/oder Milchäquivalenzmengen, die während des betreffenden Zwölfmonatszeitraums über eine Referenzmenge hinaus vermarktet werden.
B1-208	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 1029/93 (ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 4) und insbesondere Artikel 2a. Da Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Artikel einsetzbar.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 0 9	***Sonstige***			
B1-2 0 9 0	Vergütungen für die Nichtzuteilung von Milchquoten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	12 000 000	2 450 290,44
B1-2 0 9 9	Sonstige Nichtgetrennte Mittel	p.m.	8 000 000	– 2 854 834,23
	Artikel B1-2 0 9 insgesamt	p.m.	20 000 000	– 404 543,79
	KAPITEL B1-2 0 INSGESAMT	4 213 500 000	4 267 000 000	4 248 836 185,12
	KAPITEL B1-2 1			
B1-2 1 0	***Erstattungen bei Rindfleisch*** Nichtgetrennte Mittel	1 597 000 000	1 681 000 000	1 708 401 244,94

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 0 9	
B1-2 0 9 0	Verordnung (EWG) Nr. 2187/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über das Angebot einer Entschädigung an bestimmte Erzeuger von Milch und Milcherzeugnissen, die vorübergehend an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert waren (ABl. Nr. L 196 vom 5. 8. 1993, S. 6). Der Posten ist zur Deckung der Ausgaben für Vergütungen bestimmt, die an bestimmte Erzeuger von Milch oder Milcherzeugnissen, die sogenannten „SLOM"-Erzeuger (supplementary levy on milk), gezahlt werden.
B1-2 0 9 9	*Vormals Posten B1-2 0 7 0 (teilweise)* Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), außer Kraft gesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 1029/93 (ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 4). Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben für sonstige Maßnahmen bestimmt, insbesondere der Restausgaben im Rahmen der Mitverantwortungsabgabe und der Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1079/77. In diesem Posten sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-2 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 424/95 (ABl. Nr. L 45 vom 1. 3. 1995, S. 2). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 1 1	***Interventionen in Form von Einlagerung von Rindfleisch***			
B1-2 1 1 0	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 248 117,71
B1-2 1 1 1	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	51 000 000	62 000 000	82 653 275,56
B1-2 1 1 2	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	6 000 000	8 000 000	24 009 035,77
B1-2 1 1 3	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 118 000 000	– 128 000 000	– 338 883 645,49
B1-2 1 1 4	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	282 000 000	399 000 000	23 493 676,76
	Artikel B1-2 1 1 insgesamt	221 000 000	341 000 000	– 208 975 775,11
B1-2 1 2	***Andere Interventionen als Lagerung von Rindfleisch***			
B1-2 1 2 0	Prämien für die Mutterkuhhaltung Nichtgetrennte Mittel	1 490 000 000	1 146 000 000	841 489 989,17
B1-2 1 2 1	Zusätzliche Prämien für die Mutterkuhhaltung Nichtgetrennte Mittel	96 000 000	96 000 000	40 537 960,99
B1-2 1 2 2	Sonderprämien Nichtgetrennte Mittel	1 546 000 000	1 114 000 000	656 641 595,49
B1-2 1 2 3	Saisonentzerrungsprämien Nichtgetrennte Mittel	22 000 000	22 000 000	31 615 605,89
B1-2 1 2 4	Prämien für die Verarbeitung junger männlicher Kälber Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	0,—
B1-2 1 2 5	Extensivierungsprämien Nichtgetrennte Mittel	460 000 000	452 000 000	389 012 480,38
B1-2 1 2 6	Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und des Verbrauchs Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	10 000 000	3 080 754,90

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 424/95 (ABl. Nr. L 45 vom 1. 3. 1995, S. 2).
B1-2 1 1 0	Dieser Posten dient zur Deckung der Beihilfen für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Folgekosten von Interventionskäufen gemäß den Artikeln 5 bis 7 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 2	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der finanziellen Folgekosten von Interventionskäufen gemäß den Artikeln 5 bis 7 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 3	Dieser Posten dient zur Deckung der sonstigen im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung anfallenden Kosten, insbesondere des Unterschiedsbetrages zwischen dem Buch- und Verkaufswert gemäß den Artikeln 5 bis 7 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 4	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1571/93 (ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 46), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände.
B1-2 1 2	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 424/95 (ABl. Nr. L 45 vom 1. 3. 1995, S. 2).
B1-2 1 2 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Prämien für die Mutterkuhhaltung gemäß Artikel 4d der Verordnung (EWG) Nr. 805/68, mit Ausnahme — der Prämien aufgrund der Anwendung von Artikel 4d Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 (sowohl Milch- als auch Mutterkühe, siehe Posten B1-3 8 0 4) — der zusätzlichen Prämien aufgrund der Anwendung von Artikel 4d Absatz 7 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 (im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2092/88 aufgeführte Regionen und durch eine starke Spezialisierung der Milchkuhbestände gekennzeichnete Mitgliedstaaten, siehe Posten B1-2 1 2 1), — der zusätzlichen Prämien aufgrund der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 747/93 (Portugal, siehe Posten B1-2 1 2 7).
B1-2 1 2 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der zusätzlichen Prämien für die Mutterkuhhaltung gemäß Artikel 4d Absatz 7 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 805/68, die in den im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 aufgeführten Regionen und den durch eine starke Spezialisierung der Milchkuhbestände gekennzeichneten Mitgliedstaaten gewährt werden.
B1-2 1 2 2	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Sonderprämien gemäß Artikel 4b der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 2 3	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Saisonentzerrungsprämien gemäß Artikel 4c der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 2 4	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Prämien für die Verarbeitung junger männlicher Kälber gemäß Artikel 4i der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 2 5	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Extensivierungsprämien gemäß Artikel 4h der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 2 6	Verordnung (EWG) Nr. 2067/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und des Verbrauchs von hochwertigem Rindfleisch (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 57).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 1 2	*(Fortsetzung)*			
B1-2 1 2 7	Zusätzliche Prämien für die Mutterkuhhaltung (Portugal) Nichtgetrennte Mittel	15 000 000	24 000 000	4 881 080,49
B1-2 1 2 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 43 570,88
	Artikel B1-2 1 2 insgesamt	3 640 000 000	2 865 000 000	1 967 215 896,43
B1-2 1 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	KAPITEL B1-2 1 INSGESAMT	5 458 000 000	4 887 000 000	3 466 641 366,26
	KAPITEL B1-2 2			
B1-2 2 0	***Erstattungen bei Schaf- und Ziegenfleisch*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 1 2	*(Fortsetzung)*
B1-2 1 2 7	Verordnung (EWG) Nr. 747/93 des Rates vom 17. März 1993 über eine Ausnahme von der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch in bezug auf die Gewährung der Mutterkuhprämie in Portugal (ABl. Nr. L 77 vom 31. 3. 1993, S. 15). Veranschlagt sind insbesondere Mittel zur Deckung der zusätzlichen Prämien für die Mutterkuhhaltung in Portugal.
B1-2 1 2 9	Dieser Posten ist zur Deckung anderer Interventionen bestimmt, insbesondere Interventionen aufgrund von Artikel 22a der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 9	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-2 2 0	Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates vom 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1265/95 (ABl. Nr. L 123 vom 3. 6. 1995, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 2 1	***Interventionen in Form von Einlagerung von Schaf- und Ziegenfleisch***			
B1-2 2 1 0	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	3 000 000	1 663 612,20
B1-2 2 1 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-2 2 1 insgesamt	1 000 000	3 000 000	1 663 612,20
B1-2 2 2	***Andere Interventionen als Lagerung von Schaf- und Ziegenfleisch***			
B1-2 2 2 0	Prämien für Mutterschafe und Ziegen Nichtgetrennte Mittel	1 352 000 000	1 674 000 000	1 283 347 345,13
B1-2 2 2 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-2 2 2 insgesamt	1 352 000 000	1 674 000 000	1 283 347 345,13
B1-2 2 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		– 5 205 216,36
	KAPITEL B1-2 2 INSGESAMT	1 353 000 000	1 677 000 000	1 279 805 740,97

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 2 1	Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates vom 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1265/95 (ABl. Nr. L 123 vom 3. 6. 1995, S. 1).
B1-2 2 1 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89.
B1-2 2 1 9	Dieser Posten ist zur Deckung anderer Lagerkosten, insbesondere der Ausgaben für die Lagerhaltung gemäß Artikel 26 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89.
B1-2 2 2	Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates von 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1265/95 (ABl. Nr. L 123 vom 3. 6. 1995, S. 1).
B1-2 2 2 0	Veranschlagt sind Mittel für die Einkommensprämien gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89.
B1-2 2 2 9	Dieser Posten dient zur Deckung anderer Interventionen, insbesondere gemäß Artikel 26 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 (mit Ausnahme der Lagerkosten, vgl. Posten B1-2 2 1 9).
B1-2 2 9	*Vormals Posten B1-2 2 2 1 (teilweise)* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates von 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1265/95 (ABl. Nr. L 123 vom 3. 6. 1995, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Mit diesem Artikel sollen die Restausgaben für die Schlachtprämie gemäß Artikel 24 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 gedeckt werden, die noch einsetzbar sind. In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 3 — SCHWEINEFLEISCH

KAPITEL B1-2 4 — EIER UND GEFLÜGEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-2 3			
B1-2 3 0	***Erstattungen bei Schweinefleisch*** Nichtgetrennte Mittel	100 000 000	142 000 000	259 127 893,19
B1-2 3 1	***Interventionen bei Schweinefleisch*** Nichtgetrennte Mittel	37 000 000	38 000 000	21 874 518,87
B1-2 3 2	***Außergewöhnliche Marktstützungsmaßnahmen*** Nichtgetrennte Mittel	31 000 000		135 336 013,90
B1-2 3 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	78 000 000	0,—
	KAPITEL B1-2 3 INSGESAMT	168 000 000	258 000 000	416 338 425,96
	KAPITEL B1-2 4			
B1-2 4 0	***Erstattungen bei Eiern*** Nichtgetrennte Mittel	21 000 000	24 000 000	25 963 267,56

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 3 — SCHWEINEFLEISCH

KAPITEL B1-2 4 — EIER UND GEFLÜGEL

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 3 0	Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75.
B1-2 3 1	Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Lagerhaltung gemäß den Artikeln 3 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75.
B1-2 3 2	*Vormals Artikel B1-2 3 9* Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für sonstige gemäß Artikel 20 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 beschlossene Maßnahmen.
B1-2 3 9	Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-2 4 0	Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105), insbesondere Artikel 9.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 4 — EIER UND GEFLÜGEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 4 1	***Erstattungen bei Geflügel***			
	Nichtgetrennte Mittel	129 000 000	150 000 000	213 619 207,31
B1-2 4 9	***Sonstige***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-2 4 INSGESAMT	150 000 000	174 000 000	239 582 474,87
	KAPITEL B1-2 5			
B1-2 5 1	***Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme — Teil „Tierische Erzeugnisse“***			
B1-2 5 1 0	POSEIDOM			
	Nichtgetrennte Mittel	13 000 000	6 000 000	1 947 265,86
B1-2 5 1 1	POSEIMA			
	Nichtgetrennte Mittel	24 000 000	24 000 000	14 845 373,79

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-24 — EIER UND GEFLÜGEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-25 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-241	Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 77), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105), insbesondere Artikel 9.
B1-249	Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 77), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/95 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105). Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben für weitere gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 und Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 beschlossene Maßnahmen bestimmt. In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-251	Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der im Agrarsektor entstehenden Ausgaben aufgrund der neuen Maßnahmen zum Ausgleich der abgeschiedenen geographischen Lage bestimmter Gebiete bestimmt. Er umfaßt die für die tierischen Erzeugnisse getroffenen Maßnahmen. Für die pflanzlichen Erzeugnisse sind die Maßnahmen in Artikel B1-1 8 3 aufgeführt.
B1-2510	Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39). Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2598/95 (ABl. Nr. L 267 vom 9. 11. 1995, S. 1).
B1-2511	Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 5 1	***(Fortsetzung)***			
B1-2 5 1 1	***(Fortsetzung)***			
B1-2 5 1 2	POSEICAN Nichtgetrennte Mittel	95 000 000	94 000 000	96 290 902,68
B1-2 5 1 3	Kleinere Inseln des Ägäischen Meeres Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	4 000 000	665 362,50
	Artikel B1-2 5 1 insgesamt	136 000 000	128 000 000	113 748 904,83
B1-2 5 3	***Bekämpfung von Tierseuchen*** Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	10 000 000	0,—
B1-2 5 4	***Sonderbeihilfen für die Bienenzucht*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
B1-2 5 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 515 238,25

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 5 1	*(Fortsetzung)*
B1-2 5 1 1	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zum Erlaß von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-2 5 1 2	Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105).
B1-2 5 1 3	Verordnung (EWG) Nr. 2019/93 des Rates vom 19. Juli 1993 über Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres (ABl. Nr. L 184 vom 27. 7. 1993, S. 1).
B1-2 5 3	Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19), zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche im Fall eines schwerwiegenden Ausbruchs gemäß den Artikeln 11 und 15 der Entscheidung 90/424/EWG.
B1-2 5 4	Dieser Artikel ist dazu bestimmt, mit spezifischen Maßnahmen den Bienenzuchtsektor zu unterstützen, um Einkommensverluste auszugleichen und die Information des Verbrauchers, die Markttransparenz sowie die Qualitätskontrolle zu verbessern.
B1-2 5 9	Verordnung (EWG) Nr. 764/85 des Rates vom 12 März 1985 zur Einführung einer Beihilfe für die Wandertierhaltung von Schafen, Ziegen und Rindern in Griechenland (ABl. Nr. L 86 vom 27. 3. 1985, S. 4). Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Mit diesem Artikel sollen die Ausgaben für andere Maßnahmen zugunsten tierischer Erzeugnisse gedeckt werden, insbesondere derjenigen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 764/85. In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 6 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 5 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-2 5 INSGESAMT	146 000 000	138 000 000	117 264 143,08
	KAPITEL B1-2 6			
B1-2 6 0	***Erstattungen bei Fischereierzeugnissen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2 6 1	***Interventionen bei Fischereierzeugnissen*** Nichtgetrennte Mittel	37 000 000	37 000 000	33 039 643,75

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-25 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-26 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-259	*(Fortsetzung)* Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-260	Verordnung (EWG) Nr. 110/76 des Rates vom 19. Januar 1976 über die Grundregeln für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Fischereierzeugnissen und über die Kriterien für die Festsetzung der Erstattungsbeträge (ABl. Nr. L 20 vom 28. 1. 1976, S. 48). Verordnung (EWG) Nr. 3687/91 des Rates vom 28. November 1991 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 354 vom 23. 12. 1991, S. 1), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 3759/92. Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates vom 17. Dezember 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur (ABl. Nr. L 388 vom 31. 12. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3318/94 (ABl. Nr. L 350 vom 31. 12. 1994, S. 15). Dieser Artikel war zur Deckung der Ausfuhrerstattungen für Fischereierzeugnisse gemäß Artikel 28 der Verordnung (EWG) Nr. 3687/91 bestimmt. Er deckt die Restbeträge aus den vergangenen Wirtschaftsjahren.
B1-261	Verordnung (EWG) Nr. 3117/85 des Rates vom 4. November 1985 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Gewährung von Ausgleichsentschädigungen für Sardinen (ABl. Nr. L 297 vom 9. 11. 1985, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3940/87 (ABl. Nr. L 373 vom 31. 12. 1987, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 3459/85 der Kommission vom 6. Dezember 1985 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Ausgleichsentschädigung für Atlantiksardinen (ABl. Nr. L 332 vom 10. 12. 1985, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3516/93 (ABl. Nr. L 320 vom 22. 12. 1993, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 3460/85 der Kommission vom 6. Dezember 1985 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Ausgleichsentschädigung für Mittelmeersardinen (ABl. Nr. L 332 vom 10. 12. 1985, S. 19), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3516/93 (ABl. Nr. L 320 vom 22. 12. 1993, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 4176/88 der Kommission vom 28. Dezember 1988 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Pauschalbeihilfe für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 367 vom 31. 12. 1988, S. 63). Verordnung (EWG) Nr. 2381/89 der Kommission vom 2. August 1989 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung der Ausgleichsentschädigung für Thunfisch für die Konservenindustrie (ABl. Nr. L 225 vom 3. 8. 1989, S. 33), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3516/93 (ABl. Nr. L 320 vom 22. 12. 1993, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 2415/89 der Kommission vom 3. August 1989 mit Durchführungsvorschriften betreffend die Gewährung der Beihilfe für die private Lagerhaltung bestimmter Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 228 vom 5. 8. 1989, S. 10), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3516/93 (ABl. Nr. L 320 vom 22. 12. 1993, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates vom 17. Dezember 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur (ABl. Nr. L 388 vom 31. 12. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3318/94 (ABl. Nr. L 350 vom 31. 12. 1994, S. 15). Verordnung (EWG) Nr. 3901/92 der Kommission vom 23. Dezember 1992 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Übertragungsbeihilfe für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 392 vom 31. 12. 1992, S. 29), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1337/95 (ABl. Nr. L 129 vom 14. 6. 1995, S. 5).

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 6 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 6 1	*(Fortsetzung)*			
B1-2 6 2	***Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme — Teil „Fischereierzeugnisse"***			
B1-2 6 2 0	Beihilfe für die Fischer von Kopffüßern vor den Kanarischen Inseln Nichtgetrennte Mittel	p.m.	6 000 000	2 430 270,36
B1-2 6 2 1	Mehrkosten bei der Vermarktung Nichtgetrennte Mittel	11 000 000	2 000 000 (1)	0,—
	Artikel B1-2 6 2 insgesamt	11 000 000	8 000 000	2 430 270,36
B1-2 6 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

(1) Mittel in Höhe von 8 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 6 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 6 1	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 3902/92 der Kommission vom 23. Dezember 1992 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung des finanziellen Ausgleichs für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 392 vom 31. 12. 1992, S. 35), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1338/95 (ABl. Nr. L 129 vom 14. 6. 1994, S. 7).
B1-2 6 2	
B1-2 6 2 0	Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5).
	Verordnung (EWG) Nr. 1658/93 des Rates vom 24. Juni 1993 zur Einführung einer Sondermaßnahme für die auf den Kanarischen Inseln ansässigen Fischer von Kopffüßern (ABl. Nr. L 158 vom 30. 6. 1993, S. 9).
B1-2 6 2 1	Verordnung (EG) Nr. 1503/94 des Rates vom 27. Juni 1994 über eine Regelung zum Ausgleich der durch die extreme Randlage bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und des französischen Departements Guayana (ABl. Nr. L 162 vom 30. 6. 1994, S. 8).
	Verordnung (EG) Nr. 2954/94 der Kommission vom 5. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1503/94 des Rates über eine Regelung zum Ausgleich der durch die extreme Randlage bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und des französischen Departements Guayana (ABl. Nr. L 312 vom 6. 12. 1994, S. 3).
B1-2 6 9	Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14).
	Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11).
	Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates vom 17. Dezember 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur (ABl. Nr. L 388 vom 31. 12. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3318/94 (ABl. Nr. L 350 vom 31. 12. 1994, S. 15).
	Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.).
	Dieser Artikel ist zur Deckung sonstiger Ausgaben gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 bestimmt.
	In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden:
	— die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91,
	— die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87,
	— die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung,
	— die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge,
	falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 6 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-2 6 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-2 6 INSGESAMT	48 000 000	45 000 000	35 469 914,11
	Titel B1-2 insgesamt	**11 536 500 000**	**11 446 000 000**	**9 803 938 250,37**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 6 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 6 9	*(Fortsetzung)* Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-3

NEBENAUSGABEN

KAPITEL B1-30 — ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-30			
B1-300	***Erstattungen für in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführtes Getreide***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)	38 000 000	34 996 485,13
B1-301	***Erstattungen bei Waren aus der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse***			
B1-3010	Getreide und Reis			
	Nichtgetrennte Mittel	158 000 000	140 000 000	177 529 074,52
B1-3011	Zucker und Isoglukose			
	Nichtgetrennte Mittel	185 000 000	190 000 000	186 885 980,15
B1-3012	Magermilch und andere Milcherzeugnisse			
	Nichtgetrennte Mittel	173 000 000	170 000 000	136 966 974,03
B1-3013	Butter			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000 000	52 000 000	47 345 090,77
B1-3014	Eier			
	Nichtgetrennte Mittel	9 000 000	8 500 000	11 302 599,93
B1-3019	Sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	36 366 785,09
	Artikel B1-301 insgesamt	575 000 000	560 500 000	596 396 504,49
B1-309	***Sonstige***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		

(1) Mittel in Höhe von 41 000 000 ECU werden in Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-3

NEBENAUSGABEN

KAPITEL B1-30 — ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-300	Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95 (ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen für Getreide, das in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführt wird, gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92.
B1-301	Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates vom 6. Dezember 1993 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (ABl. Nr. L 318 vom 20. 12. 1993, S. 18).
B1-3010	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung von Getreide und Reis im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3448/93.
B1-3011	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung von Zucker und Isoglukose im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3448/93.
B1-3012	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung von Magermilch im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3448/93.
B1-3013	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung von Butter im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3448/93.
B1-3014	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung von Eiern im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3448/93.
B1-3019	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung sonstiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3448/93.
B1-309	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-30 — ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-33 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-309	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-30 INSGESAMT	575 000 000	598 500 000	631 392 989,62
	KAPITEL B1-33			
B1-330	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Getreide)*** Nichtgetrennte Mittel	38 000 000	54 000 000	58 303 372,25
B1-331	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Reis)*** Nichtgetrennte Mittel	16 000 000	16 000 000	4 638 172,97
B1-332	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Zucker)*** Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	4 000 000	711 068,03
B1-333	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Pflanzliches Öl/Olivenöl)*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-334	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Milchpulver)*** Nichtgetrennte Mittel	22 000 000	54 000 000	22 083 195,78
B1-335	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Butteroil)*** Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	15 000 000	250 172,50
B1-339	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-30 — ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-33 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-309	*(Fortsetzung)* In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-330	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6), insbesondere Artikel 5.
B1-331	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6), insbesondere Artikel 5.
B1-332	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6), insbesondere Artikel 5.
B1-333	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6), insbesondere Artikel 5.
B1-334	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6), insbesondere Artikel 5.
B1-335	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6), insbesondere Artikel 5.
B1-339	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 3 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-3 4 — DEN MITGLIEDSTAATEN INFOLGE DER REFORM DES SYSTEMS ZUR FINANZIERUNG DER AUSGABEN DES EAGFL, ABTEILUNG GARANTIE, ZU ZAHLENDE ZINSEN

KAPITEL B1-3 5 — VERTEILUNG VON LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN AN STARK BENACHTEILIGTE PERSONEN IN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-3 3 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-3 3 INSGESAMT	83 000 000	143 000 000	85 985 981,53
	KAPITEL B1-3 4			
B1-3 4 0	***Den Mitgliedstaaten infolge der Reform des Systems zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, zu zahlende Zinsen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	80 000 000	83 332 268,16
	KAPITEL B1-3 4 INSGESAMT	p.m.	80 000 000	83 332 268,16
	KAPITEL B1-3 5			
B1-3 5 0	***Verteilung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft*** Nichtgetrennte Mittel	200 000 000	200 000 000	136 411 965,64
	KAPITEL B1-3 5 INSGESAMT	200 000 000	200 000 000	136 411 965,64

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-33 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-34 — DEN MITGLIEDSTAATEN INFOLGE DER REFORM DES SYSTEMS ZUR FINANZIERUNG DER AUSGABEN DES EAGFL, ABTEILUNG GARANTIE, ZU ZAHLENDE ZINSEN

KAPITEL B1-35 — VERTEILUNG VON LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN AN STARK BENACHTEILIGTE PERSONEN IN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-339	*(Fortsetzung)* Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.
B1-340	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1287/95 (ABl. Nr. L 125 vom 8. 6. 1995, S. 1), insbesondere Artikel 5a. Dieser Artikel ist dazu bestimmt, die Zahlung von Zinsen an diejenigen Mitgliedstaaten zu ermöglichen, die bei der Einführung dieses neuen Systems auf Schwierigkeiten stoßen, wobei diese Zinsen auf der Grundlage der einzelstaatlichen Mittel berechnet werden, die für die Vorfinanzierung der den Zahlstellen entstehenden Ausgaben bereitgestellt werden.
B1-350	Verordnung (EWG) Nr. 3730/87 des Rates vom 10. Dezember 1987 zur Einführung der Grundregeln für die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Interventionsbeständen an bestimmte Einrichtungen zur Verteilung an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 352 vom 15. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2535/95 (ABl. Nr. L 260 vom 31. 10. 1995, S. 3).

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 6 — KONTROLL- UND VORBEUGUNGSMASSNAHMEN IM BEREICH DES EUROPÄISCHEN AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-3 6			
B1-3 6 0	***Kontroll- und Vorbeugungsmaßnahmen im Bereich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie***			
	Nichtgetrennte Mittel	29 000 000 (1)	91 000 000	76 878 051,12
	KAPITEL B1-3 6 INSGESAMT	29 000 000	91 000 000	76 878 051,12

(1) Mittel in Höhe von 15 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 6 — KONTROLL- UND VORBEUGUNGSMASSNAHMEN IM BEREICH DES EUROPÄISCHEN AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-3 6 0	Verordnung (EWG) Nr. 386/90 des Rates vom 12. Februar 1990 über die Kontrolle der Zahlung bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für die Erstattungen oder andere Zahlungen geleistet werden (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 163/94 (ABl. Nr. L 24 vom 29. 1. 1994, S. 2). Verordnung (EWG) Nr. 3151/90 des Rates vom 29. Oktober 1990 zur Verstärkung der Kontrolle der in Portugal gezahlten und vom EAGFL, Abteilung Garantie, zu übernehmenden Ausgaben (ABl. Nr. L 302 vom 31. 10. 1990, S. 52). Verordnung (EWG) Nr. 307/91 des Rates vom 4. Februar 1991, zur Verstärkung der Kontrollen bestimmter Ausgaben zu Lasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 37 vom 9. 2. 1991, S. 5), zuletzt geändert duch die Verordnung (EG) Nr. 3235/94 (ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1994, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Umregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates vom 27. November 1992, zur Einführung eines integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen (ABl. Nr. L 355 vom 5. 12. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3235/94 (ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1994, S. 16). Verordnung (EG) Nr. 165/94 des Rates vom 24. Januar 1994 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Kontrollen durch Fernerkundung sowie zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 zur Einführung eines integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen (ABl. Nr. L 24 vom 29. 1. 1994, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3235/94 (ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1994, S. 16). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Oktober 1995, über die Durchführung von Aktionsprogrammen der Mitgliedstaaten im Bereich der Kontrollen der Ausgaben zu Lasten des EAGFL, Abteilung Garantie (ABl. Nr. C 336 vom 14. 12. 1995, S. 3). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung — der Beteiligung an den Ausgaben aufgrund der Verstärkung und Erweiterung der Kontrolldienststellen, — des finanziellen Beitrags zu den Kosten für die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge, — der Mitfinanzierung der Ausgaben und/oder der Verpflichtung zur Übernahme von Vertragskosten in gerechtfertigten Fällen (z.B. Kontrolle im Bereich der Ausfuhrerstattungen, der Nichteinlösungen, der Interventionen in Form von Lagerhaltung, usw.), — der Überwachung von Tierschutzbestimmungen bei Schlachtviehtransporten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Mit diesen Mitteln werden auch neue Kontrollmaßnahmen finanziert, die für das Funktionieren speziell festgelegter Marktorganisationen erforderlich sind. Das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen soll die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik begleiten. Es umfaßt unter anderem die Einrichtung einer informatisierten Datenbank zur Erfassung der Betriebe und der dort gehaltenen Tiere, ein System zur Identifizierung der Tierbestände und ein numerisches System zur Identifizierung der Parzellen und jährliche Meldungen der Betriebsinhaber. Die Mittel dieses Artikels dienen ferner der Deckung der Ausgaben für eine Harmonisierung der Informatiksysteme der Kommission und der Mitgliedstaaten, die darauf abzielt, den raschen Austausch von Daten über die Entwicklung der Agrarmärkte sowie über deren finanzielle Auswirkungen zu ermöglichen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 7 — RECHNUNGSABSCHLUSS FRÜHERER HAUSHALTSJAHRE

KAPITEL B1-3 8 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-3 7			
B1-3 7 0	***Rechnungsabschluß früherer Haushaltsjahre*** Nichtgetrennte Mittel	– 1 090 000 000	– 1 200 000 000	– 612 000 000,—
	KAPITEL B1-3 7 INSGESAMT	– 1 090 000 000	– 1 200 000 000	– 612 000 000,—
	KAPITEL B1-3 8			
B1-3 8 0	***Differenzierung der Mechanismen der Agrarmärkte***			
B1-3 8 0 2	Beihilfe für Baumwoll-Kleinerzeuger Nichtgetrennte Mittel	p.m.	21 000 000	16 344 342,82
B1-3 8 0 4	Mutterkuhprämien für Betriebe mit Milch- und Mutterkühen Nichtgetrennte Mittel	159 000 000	114 000 000	68 406 545,02
B1-3 8 0 5	Mutterschafprämie in den benachteiligten Gebieten und den Berggebieten Nichtgetrennte Mittel	351 000 000	418 000 000	254 672 866,98
B1-3 8 0 9	Sonstige Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 20 527,97
	Artikel B1-3 8 0 insgesamt	510 000 000	553 000 000	339 403 226,85
B1-3 8 1	***Maßnahmen zur Qualitätsförderung*** Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	10 000 000	344 932,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-37 — RECHNUNGSABSCHLUSS FRÜHERER HAUSHALTSJAHRE

KAPITEL B1-38 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-370	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1287/95 (ABl. Nr. L 125 vom 8. 6. 1995, S. 1). Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Dieser Artikel dient der Anwendung des Artikels 102 der Haushaltsordnung, wonach der etwaige Unterschied zwischen den Ausgaben, die in der Rechnung eines Haushaltsjahres erfaßt werden, und den von der Kommission beim Rechnungsabschluß gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 anerkannten Ausgaben in der Rechnung des Haushaltsjahres ausgewiesen wird, in dem der Rechnungsabschluß vorgenommen wird.
B1-380	Mitteilung der Kommission vom 20. Oktober 1989 über Leitlinien für agrarmarktbezogene Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (SEK(89) 1717 endg.). Dieses Kapitel dient zur Deckung bestimmter Ausgaben zur Unterstützung der ländlichen Wirtschaft nach der Umgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik.
B1-3802	Verordnung (EWG) Nr. 1152/90 des Rates vom 27. April 1990 zur Einführung einer Beihilferegelung für Baumwoll-Kleinerzeuger (ABl. Nr. L 116 vom 8. 5. 1990, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2054/92 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 13). Dieser Posten dient zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1152/90, mit der die Auswirkungen der Stabilisatoren auf das Einkommen der Baumwoll-Kleinerzeuger abgeschwächt werden sollen.
B1-3804	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 424/95 (ABl. Nr. L 45 vom 1. 3. 1995, S. 2). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung von Artikel 4d Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68, mit dem die Mutterkuhprämienregelung auf alle Erzeuger ausgedehnt wird, die sowohl Milch- als auch Mutterkühe besitzen und deren Milcherzeugungsquote eine bestimmte Menge nicht überschreitet.
B1-3805	Verordnung (EWG) Nr. 1323/90 des Rates vom 14. Mai 1990 zur Einführung einer Sonderbeihilfe für die Schaf- und Ziegenhaltung in bestimmten benachteiligten Gebieten der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 132 vom 23. 5. 1990, S. 17), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 363/93 (ABl. Nr. L 42 vom 19. 2. 1993, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1323/90, mit der die Auswirkungen der Stabilisatoren durch die Gewährung einer besonderen Beihilfe je Mutterschaf oder Ziege an die in den benachteiligten Gebieten und den Berggebieten ansässigen Schaf- und Ziegenfleischerzeuger abgeschwächt werden sollen.
B1-3809	Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben aufgrund sonstiger Aktionen zur Differenzierung der Mechanismen der Agrarmärkte sowie der Restbeträge der Ausgaben gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 1346/90, (EWG) Nr. 2727/75 und (EWG) Nr. 804/68 bestimmt.
B1-381	Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2598/95 (ABl. Nr. L 267 vom 9. 11. 1995, S. 1), insbesondere Artikel 20 Absatz 4.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 8 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-3 9 — SONSTIGE MASSNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-3 8 1	*(Fortsetzung)*			
B1-3 8 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-3 8 INSGESAMT	520 000 000	563 000 000	339 748 158,85
	KAPITEL B1-3 9			
B1-3 9 0	***Agromonetäre Beihilfen*** Nichtgetrennte Mittel	194 000 000	24 000 000	47 135 896,93

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-38 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-39 — SONSTIGE MASSNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-381	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zum Erlaß von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105), insbesondere Artikel 31 Absatz 4. Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105), insbesondere Artikel 26 Absatz 4. Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates vom 14. Juli 1992 zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. Nr. L 208 vom 24. 7. 1992, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2082/92 des Rates vom 14. Juli 1992 über Bescheinigungen besonderer Merkmale von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln (ABl. Nr. L 208 vom 24. 7. 1992, S. 9). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen zur Förderung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Lebensmittel.
B1-389	Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Dieser Artikel dient zur Deckung der Ausgaben aufgrund sonstiger Aktionen zur agrarmarktbezogenen Entwicklung des ländlichen Raums. In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskosten verbucht.
B1-390	*Vormals Artikel B1-322* Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse (ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95 (ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1), insbesondere Artikel 8 und 9.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 9 — SONSTIGE MASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B1-3 9 9	***Sonstige***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	4 678 777,27
	KAPITEL B1-3 9 INSGESAMT	194 000 000	24 000 000	51 814 674,20
	Titel B1-3 insgesamt	**511 000 000**	**499 500 000**	**793 564 089,12**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 9 — SONSTIGE MASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-3 9 9	*Vormals Kapitel B1-3 1 und Artikel B1-3 2 0, B1-3 2 1 und B1-3 9 0 (teilweise)* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). Bei diesem Artikel werden im Rahmen der Beitrittsausgleichsbeträge und Währungsausgleichsbeträge noch zu zahlenden Restausgaben ausgewiesen. In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-4

EINKOMMENSBEIHILFEN

KAPITEL B1-4 0 — EINKOMMENSBEIHILFEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B1-4 0			
B1-4 0 0	***Einkommensbeihilfen***			
	Nichtgetrennte Mittel	20 000 000	45 000 000	30 000 000,—
B1-4 0 9	***Sonstige***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m. (1)	
	KAPITEL B1-4 0 INSGESAMT	20 000 000	45 000 000	30 000 000,—
	Titel B1-4 insgesamt	**20 000 000**	**45 000 000**	**30 000 000,—**

(1) Mittel in Höhe von 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-4

EINKOMMENSBEIHILFEN

KAPITEL B1-40 — EINKOMMENSBEIHILFEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-400	Verordnung (EWG) Nr. 768/89 des Rates vom 21. März 1989 zur Einführung vorübergehender landwirtschaftlicher Einkommensbeihilfen (ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1989, S. 8). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft an den Beihilfen gemäß Titel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 768/89.
B1-409	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen auch berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden. Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-5

FLANKIERENDE MASSNAHMEN

KAPITEL B1-5 0 — FLANKIERENDE MASSNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B1-5 0						
B1-5 0 0	***Flankierende Maßnahmen (alte Regelung)*** Nichtgetrennte Mittel	55 000 000	55 000 000	78 000 000	77 000 000	93 419 543,20	93 419 543,20
B1-5 0 1	***Flankierende Maßnahmen (neue Regelung)***						
B1-5 0 1 0	Vorruhestand Nichtgetrennte Mittel	328 000 000	328 000 000	234 000 000	233 000 000	89 432 656,71	89 432 656,71
B1-5 0 1 1	Umwelt Nichtgetrennte Mittel	1 483 000 000	1 483 000 000	1 351 000 000	1 351 000 000	224 163 224,69	224 163 224,69
B1-5 0 1 2	Aufforstung Nichtgetrennte Mittel	388 000 000	388 000 000	381 000 000	380 000 000	83 103 887,70	83 103 887,70
	Artikel B1-5 0 1 insgesamt	2 199 000 000	2 199 000 000	1 966 000 000	1 964 000 000	396 699 769,10	396 699 769,10
B1-5 0 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-5

FLANKIERENDE MASSNAHMEN

KAPITEL B1-5 0 — FLANKIERENDE MASSNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-5 0 0	Verordnung (EWG) Nr. 1096/88 des Rates vom 25. April 1988 zur Einführung einer Gemeinschaftsregelung zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (ABl. Nr. L 110 vom 29. 4. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3808/89 (ABl. Nr. L 371 vom 20. 12. 1989, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2085/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 44). Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2843/94 (ABl. Nr. L 302 vom 25. 11. 1994, S. 1).
B1-5 0 1	
B1-5 0 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 2079/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Beihilferegelung für den Vorruhestand in der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 91).
B1-5 0 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates vom 30. Juni 1992 für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 85).
B1-5 0 1 2	Verordnung (EWG) Nr. 2080/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Beihilferegelung für Aufforstungsmaßnahmen in der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 96).
B1-5 0 9	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission vom 27. November 1987 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1384/95 (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. November 1994, über die Zuweisung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellten und gegebenenfalls verfallenen Sicherheiten, Kautionen und Garantien und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 352/78 (KOM(94) 480 endg.). In diesem Artikel sollen berücksichtigt werden: — die aufgrund von Unregelmäßigkeiten oder betrügerischen Praktiken wiedereingezogenen Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 595/91, — die eingezogenen Strafbeträge und Zinsen, insbesondere gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87, — die verfallenen Sicherheiten, insbesondere die dem EAGFL gutzuschreibenden Sicherheiten gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung, — die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 einbehaltenen Beträge, falls die Zahlungen ursprünglich in diesem Kapitel verbucht wurden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-5 0 — FLANKIERENDE MASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B1-5 0 9	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 254 000 000	2 254 000 000	1 351 000 000	1 351 000 000	490 119 312,30	490 119 312,30
	Getrennte Mittel insgesamt			693 000 000	690 000 000		
	KAPITEL B1-5 0 INSGESAMT	2 254 000 000	2 254 000 000	2 044 000 000	2 041 000 000	490 119 312,30	490 119 312,30
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 254 000 000	2 254 000 000	1 351 000 000	1 351 000 000	490 119 312,30	490 119 312,30
	Getrennte Mittel insgesamt			693 000 000	690 000 000		
	Titel B1-5 insgesamt	**2 254 000 000**	**2 254 000 000**	**2 044 000 000**	**2 041 000 000**	**490 119 312,30**	**490 119 312,30**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-5 0 — FLANKIERENDE MASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-5 0 9	*(Fortsetzung)* Die Beträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung werden jedoch weiterhin in den Lagerhaltungskonten verbucht.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-6

WÄHRUNGSRESERVE

KAPITEL B1-6 0 — WÄHRUNGSRESERVE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B1-6 0						
B1-6 0 0	***Währungsreserve*** Nichtgetrennte Mittel	500 000 000	500 000 000	500 000 000	500 000 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-6

WÄHRUNGSRESERVE

KAPITEL B1-60 — WÄHRUNGSRESERVE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-600	Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14) insbesondere Artikel 6 bis 11. Diese Mittel dienen zur Deckung der Rücklagen als vorläufige Mittel, um — auf die Entwicklungen aufgrund erheblicher und unvorhergesehener Schwankungen des auf dem Markt festgestellten Wechselkurses zwischen dem US-Dollar und der ECU gegenüber der im Haushaltsplan verwendeten Parität reagieren zu können (1 US-Dollar = 0,79 ECU), — gegebenenfalls zur Finanzierung der Kosten aufgrund der seit September 1992 erfolgten Neufestsetzungen der Leitkurse der Währungen der Mitgliedstaaten beizutragen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-6 0 — WÄHRUNGSRESERVE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B1-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	500 000 000	500 000 000	500 000 000	500 000 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B1-6 0 INSGESAMT	500 000 000	500 000 000	500 000 000	500 000 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	500 000 000	500 000 000	500 000 000	500 000 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B1-6 insgesamt	**500 000 000**	**500 000 000**	**500 000 000**	**500 000 000**	**0,—**	**0,—**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	41 258 500 000	41 258 500 000	36 695 500 000	36 695 500 000	32 970 421 023,43	32 970 421 023,43
	Getrennte Mittel insgesamt			693 000 000	690 000 000		
	Teileinzelplan B1 insgesamt	**41 258 500 000**	**41 258 500 000**	**37 388 500 000**	**37 385 500 000**	**32 970 421 023,43**	**32 970 421 023,43**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-6 0 — WÄHRUNGSRESERVE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-6 0 0	*(Fortsetzung)* Diese Reserve gehört nicht zur Agrarleitlinie.

Allgemeine Beobachtungen

a) **Einnahmen aus der Agrarpolitik**

Auf die gemeinsame Marktpolitik sind Einnahmen zurückzuführen, die Eigenmittel der Gemeinschaft bilden, und zwar:

— Abschöpfungen	777 600
— Abgaben für Zucker und Isoglukose	1 185 750
Insgesamt	1 963 350 (1)

b) **Punktuelle Vorteile**

Die von der Gemeinschaft bestimmten Drittländern eingeräumten punktuellen Vorteile sowie die allgemeinen Handelszugeständnisse haben im Haushaltsbereich Auswirkungen, die es hervorzuheben gilt.

Die durch einige dieser Konzessionen hervorgerufenen ungefähren Belastungen für den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, werden nachfolgend zusammen mit den Elementen aufgeführt, die zu einer Verringerung der Haushaltsausgaben führen können.

Getreide

Die zu niedrigen Zöllen oder zollfrei eingeführten Getreidesubstitutionsprodukte in Höhe von 17 000 000 Tonnen (in Getreideäquivalent) (insbesondere Maniok und Maiskleber), 2 Millionen Tonnen Mais und 300 000 Tonnen Sorghum nach Spanien (diese Mengen werden um 700 000 Tonnen verringert, die in Form von Substitutionsprodukten aus Drittländern nach Spanien eingeführt werden) sowie 500 000 Tonnen Mais nach Portugal führen 1996 in diesem Überschußsektor zu Erstattungen in Höhe von 945 Millionen ECU (in Artikel B1-1 0 0 enthalten).

(1) Unter Berücksichtigung des einbehaltenen Betrags von 10 % zur Deckung der Einzugskosten der Mitgliedstaaten.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Gemeinschaft hatte in den GATT-Verhandlungen den begünstigten Einfuhren im Ausgleich für die Aufhebung der Bindung der Getreideeinfuhrzölle zugestimmt. Dies ermöglicht es der Gemeinschaft, den Getreidesektor kostengünstiger zu unterstützen, als dies ohne die Aufhebung der Fall wäre. *Zucker* Gemäß dem Zuckerprotokoll des AKP-EWG-Abkommens und dem Sonderabkommen mit Indien führt die Gemeinschaft jährlich etwa 1 300 000 Tonnen Zucker und 280 000 Tonnen zu niedrigeren Abschöpfungsraten nach Portugal ein; da sie selber Überschüsse aufweist, muß sie eine entsprechende Menge ausführen; die Kosten für Ausfuhrerstattungen (in Artikel B1-1 1 0 enthalten) lassen sich für 1996 auf 785 Millionen ECU veranschlagen. *Olivenöl* Aufgrund des Abkommens zwischen der Gemeinschaft und Tunesien muß sie 46 000 Tonnen Olivenöl zu niedrigeren Zöllen aus Tunesien einführen. Die Kosten für die Ausfuhr einer entsprechenden Menge können für 1996 auf 23 Millionen ECU veranschlagt werden (in Artikel B1-1 2 0 enthalten), wobei sich die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Zölle auf 19 Millionen ECU belaufen. *Butter* Derzeit werden 76 600 Tonnen Butter zu niedrigeren Abschöpfungsraten aus Neuseeland eingeführt. Die Kosten für die Ausfuhr einer entsprechenden Menge lassen sich auf 139 Millionen ECU veranschlagen (in Artikel B1-2 0 0 enthalten), wobei sich die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Zölle auf 71 Millionen ECU belaufen. *Rindfleisch* Die Gemeinschaft führt rund 530 000 Tonnen Rindfleisch zu niedrigen Zöllen oder zollfrei ein; da der Bedarf der Gemeinschaft gedeckt ist, muß eine entsprechende Menge ausgeführt werden; die Kosten lassen sich für 1996 auf 907 Millionen ECU (in Artikel B1-2 1 0 enthalten) veranschlagen, wobei sich die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Zölle auf 809 Millionen ECU belaufen. *Schweinefleisch* Die zu niedrigen Zöllen oder zollfrei eingeführten Mengen belaufen sich auf rund 96 000 Tonnen. Eine entsprechende Menge muß ausgeführt werden, wofür die Kosten auf 18 Millionen ECU veranschlagt werden können (in Artikel B1-2 3 0 enthalten). Die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Zölle belaufen sich auf 1 Million ECU. *Eier* Die zu niedrigen Zöllen oder zollfrei eingeführten Mengen belaufen sich auf rund 161 000 Tonnen. Die Gemeinschaft muß eine entsprechende Menge ausführen, deren Kosten sich für 1996 auf 30 Millionen ECU (in Artikel B1-2 4 0 enthalten) veranschlagen lassen. Das Nettoaufkommen aus den Abschöpfungen beträgt 2 Millionen ECU, da die Einnahmen die Ausfuhrkosten überschreiten. *Geflügelfleisch* Die zu niedrigen Zöllen oder zollfrei eingeführten Mengen belaufen sich auf rund 109 000 Tonnen. Die Gemeinschaft muß eine entsprechende Menge ausführen, deren Kosten sich für 1996 auf 30 Millionen ECU (in Artikel B1-2 4 1 enthalten) veranschlagen lassen. Die Nettokosten betragen unter Berücksichtigung der erhobenen Abschöpfungen 16 Millionen ECU.

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B2

**STRUKTURMASSNAHMEN,
STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN, FINANZMECHANISMUS,
SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE UND REGIONALE MASSNAHMEN,
VERKEHR UND FISCHEREI**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1	**STRUKTURFONDS**						
B2-1 0	EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG	3 772 000 000	3 859 400 000	3 566 900 000	2 878 150 000	3 300 424 991,—	2 485 547 236,—
B2-1 1	FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI	450 350 000	545 100 000	451 230 000	518 090 000	379 790 279,—	395 005 798,—
B2-1 2	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG	11 883 700 000	10 663 100 000	10 814 110 000	9 626 905 000	9 727 678 586,—	6 410 803 796,—
B2-1 3	EUROPÄISCHER SOZIALFONDS	7 145 800 000	6 031 600 000	6 760 910 000	5 641 855 000	5 564 197 132,—	4 144 839 641,—
B2-1 4	GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN	2 968 100 000	2 204 650 000	2 224 200 000	2 107 150 000	251 888 032,—	849 187 372,—
B2-1 5	BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER STRUKTURMASSNAHMEN	750 000	700 000	p.m.	p.m.	115 000,—	0,—
B2-1 8	ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN	296 100 000	314 000 000	250 900 000	376 650 000	244 390 860,—	333 093 868,—
B2-1 9	STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) Nr. 3575/90	—	59 200 000	—	52 000 000	0,—	176 846 876,—
	Titel B2-1 insgesamt	**26 516 800 000**	**23 677 750 000**	**24 068 250 000**	**21 200 800 000**	**19 468 484 880,—**	**14 795 324 587,—**
B2-2	**SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN**						
B2-2 0	SONDERPROGRAMM ZUR INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN PORTUGAL	—	p.m.	—	p.m.	0,—	27 504 000,—
B2-2 1	VORBEREITUNG, DURCHFÜHRUNG, BEGLEITUNG UND BEWERTUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE	—	2 377 000	—	4 080 000	0,—	7 333 714,—
B2-2 2	INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME	—	46 823 000	—	35 920 000	0,—	20 891 018,—
B2-2 3	GEMEINSCHAFTSPROGRAMM IM KOHLE- UND STAHLSEKTOR	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Titel B2-2 insgesamt	**p.m.**	**49 200 000**	**p.m.**	**40 000 000**	**0,—**	**55 728 732,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-3	**KOHÄSIONSFONDS**						
B2-3 0	KOHÄSIONSFONDS	2 444 000 000	1 919 300 000	2 151 700 000	1 749 700 000	1 853 083 739,—	915 992 723,—
	Titel B2-3 insgesamt	**2 444 000 000**	**1 919 300 000**	**2 151 700 000**	**1 749 700 000**	**1 853 083 739,—**	**915 992 723,—**
B2-4	**STRUKTUR- UND KOHÄSIONS-AUSGABENUND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUSIM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN**						
B2-4 0	STRUKTUR- UND KOHÄSIONS-AUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANIS-MUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MIT-GLIEDSTAATEN	108 000 000	108 000 000	p.m.	p.m.		
	Titel B2-4 insgesamt	**108 000 000**	**108 000 000**	**p.m.**	**p.m.**		
B2-5	**SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN**						
B2-5 1	VERWIRKLICHUNG DES BIN-NENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRT-SCHAFT	149 800 000	137 300 000	211 700 000	149 950 000	192 100 320,—	126 316 837,—
B2-5 2	HANDWERKLICHE KÜSTENFI-SCHEREI	p.m.	1 000 000	3 000 000	2 000 000		
B2-5 3	AUSGLEICHSZAHLUNG FÜR EINKOMMENSVERLUSTE DER LANDWIRTE INFOLGE DER AUS-WIRKUNGEN DES GATT AUF DIE NOCH NICHT IN DIE RE-FORM DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINBEZOGENEN SEKTOREN	p.m.	p.m.				
	Titel B2-5 insgesamt	**149 800 000**	**138 300 000**	**214 700 000**	**151 950 000**	**192 100 320,—**	**126 316 837,—**
B2-6	**SONSTIGE REGIONALE MASS-NAHMEN**						
B2-6 0	SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER	36 800 000	43 200 000	51 800 000	43 600 000	30 309 537,—	22 776 749,—
B2-6 1	RANDREGIONEN UND TÄTIG-KEITEN IN SENSIBLEN BEREI-CHEN	—	11 500 000	—	11 900 000	0,—	11 966 033,—
	Titel B2-6 insgesamt	**36 800 000**	**54 700 000**	**51 800 000**	**55 500 000**	**30 309 537,—**	**34 742 782,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7	**VERKEHR**						
B2-7 0	VERKEHR	41 000 000	30 582 000	24 500 000	18 200 000	15 988 538,—	11 011 701,—
	Titel B2-7 insgesamt	**41 000 000**	**30 582 000**	**24 500 000**	**18 200 000**	**15 988 538,—**	**11 011 701,—**
B2-9	**SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER FISCHEREI UND DER SEEPOLITIK**						
B2-9 0	KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE	35 500 000	27 800 000	28 100 000	23 030 000	25 636 050,—	26 631 826,—
	Titel B2-9 insgesamt	**35 500 000**	**27 800 000**	**28 100 000**	**23 030 000**	**25 636 050,—**	**26 631 826,—**
	Teileinzelplan B2 insgesamt	**29 331 900 000**	**26 005 632 000**	**26 539 050 000**	**23 239 180 000**	**21 585 603 064,—**	**15 965 749 188,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-1

STRUKTURFONDS

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 0						
B2-1 0 0	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte (GFK)***						
B2-1 0 0 0	Ziel-1-Regionen Getrennte Mittel	2 246 500 000	2 081 600 000	1 985 800 000	1 634 000 000	1 906 521 404,—	1 622 274 560,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-1

STRUKTURFONDS

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-100	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 130a und 130c. Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) 1287/95 (ABl. Nr. L 125 vom 8. 6. 1995, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2085/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 44).
B2-1000	Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39). Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5). Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 1 der Strukturfonds. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 0 1	Ziel 5a (ohne 1- und 5b-Gebiete)						
	Getrennte Mittel	566 300 000	698 200 000	552 100 000	477 650 000	708 418 862,—	437 244 049,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-100	*(Fortsetzung)*
B2-1000	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 246 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 143 178 000	641 000 000	389 000 000	85 000 000	15 000 000	13 178 000
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 985 800 000	993 000 000	595 750 000	297 870 000	99 180 000	
Mittel 1996	2 246 500 000		1 096 850 000	700 350 000	336 975 000	112 325 000
Insgesamt	5 375 478 000	1 634 000 000	2 081 600 000	1 083 220 000	451 155 000	125 503 000

B2-1001

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 5a (ohne 1- und 5b-Gebiete) der Strukturfonds.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 0 2	Ziel 5a (in 5b-Gebieten) Getrennte Mittel	392 600 000	505 100 000	505 000 000	295 500 000	419 647 646,—	191 609 514,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-100	*(Fortsetzung)*
B2-1001	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 566 300 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	534 370 000	292 799 000	241 571 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	552 100 000	229 350 000	267 679 000	49 571 000	5 500 000	
Mittel 1996	566 300 000		188 950 000	291 300 000	80 050 000	6 000 000
Insgesamt	1 652 770 000	522 149 000 (1)	698 200 000	340 871 000	85 550 000	6 000 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 44 499 000 ECU aus 1994.

B2-1002

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 5a (in 5b-Gebieten) der Strukturfonds.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 0 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 0 3	Ziel 5b Getrennte Mittel	545 400 000	560 200 000	507 500 000	462 750 000	265 837 079,—	234 419 113,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-100	*(Fortsetzung)*
B2-1002	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 392 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	228 040 000	98 090 000	129 950 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	505 000 000	209 800 000	244 700 000	45 500 000	5 000 000	
Mittel 1996	392 600 000		130 450 000	201 900 000	56 250 000	4 000 000
Insgesamt	1 125 640 000	307 890 000 (1)	505 100 000	247 400 000	61 250 000	4 000 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 12 390 000 ECU aus 1994.

B2-1003

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 5b der Strukturfonds.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-100	*(Fortsetzung)*						
B2-1003	*(Fortsetzung)*						
B2-1004	Ziel-6-Regionen Getrennte Mittel	21 200 000	14 300 000	16 500 000	8 250 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-100	*(Fortsetzung)*
B2-1003	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 545 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	361 335 000	209 000 000	142 300 000	8 700 000	1 000 000	335 000
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	507 500 000	253 750 000	152 300 000	76 125 000	25 325 000	
Mittel 1996	545 400 000		265 600 000	170 720 000	81 810 000	27 270 000
Insgesamt	1 414 235 000	462 750 000	560 200 000	255 545 000	108 135 000	27 605 000

B2-1004

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des Ziels 6 der Strukturfonds.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 0 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-1 0 0 insgesamt	3 772 000 000	3 859 400 000	3 566 900 000	2 878 150 000	3 300 424 991,—	2 485 547 236,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	3 772 000 000	3 859 400 000	3 566 900 000	2 878 150 000	3 300 424 991,—	2 485 547 236,—
	KAPITEL B2-1 0 INSGESAMT	3 772 000 000	3 859 400 000	3 566 900 000	2 878 150 000	3 300 424 991,—	2 485 547 236,—
	KAPITEL B2-1 1						
B2-1 1 0	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte***						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 0 0 4	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 21 200 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	16 500 000	8 250 000	3 900 000	2 800 000	1 550 000	
Mittel 1996	21 200 000		10 400 000	5 500 000	3 150 000	2 150 000
Insgesamt	37 700 000	8 250 000	14 300 000	8 300 000	4 700 000	2 150 000

B2-1 1 0 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 130a und 130c.

Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur (ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1986, S. 7), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3946/92 (ABl. Nr. L 401 vom 31. 12. 1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 1 0 0	Ziel-1-Regionen Getrennte Mittel	291 550 000	395 000 000	297 550 000	382 250 000	240 821 451,—	324 921 455,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).
	Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2085/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 44).
	Verordnung (EWG) Nr. 4042/89 des Rates vom 19. Dezember 1989 zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur (ABl. Nr. L 388 vom 30. 12. 1989, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 des Rates vom 20. Juli 1993 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 1).
	Entscheidung 94/15/EG des Rates vom 20. Dezember 1993 bezüglich der Ziele und Einzelheiten für die Umstrukturierung des Fischereisektors der Gemeinschaft zur Herstellung eines dauerhaften Gleichgewichts zwischen den Beständen und ihrer Nutzung während des Zeitraums vom 1. Januar 1994 bis zum 31. Dezember 1996 (ABl. Nr. L 10 vom 14. 1. 1994, S. 20).
	Verordnung (EG) Nr. 3699/93 des Rates vom 21. Dezember 1993 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. Nr. L 346 vom 31. 12. 1993, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2719/95 (ABl. Nr. L 283 vom 25. 11. 1995, S. 3).
	Verordnung (EG) Nr. 109/94 der Kommission vom 19. Januar 1994 über die Kartei für Fischereifahrzeuge der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 19 vom 22. 1. 1994, S. 5).
B2-1 1 0 0	Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39).
	Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5).
	Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).
	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 1 der Strukturfonds (einschließlich der Maßnahmen gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/93).
	Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.
	Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.
	Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 1 0 1	Ziel 5a Getrennte Mittel	156 000 000	148 100 000	151 200 000	134 600 000	138 968 828,—	70 084 343,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 1 0 0	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 291 550 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	533 546 416	233 475 000	164 960 000	100 000 000	35 111 416	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	297 550 000	148 775 000	89 265 000	59 510 000		
Mittel 1996	291 550 000		140 775 000	92 465 000	58 310 000	
Insgesamt	1 122 646 416	382 250 000	395 000 000	251 975 000	93 421 416	

B2-1 1 0 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 5a der Strukturfonds (einschließlich der Maßnahmen gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/93). Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 156 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	102 981 525	59 000 000	26 640 000	14 682 000	2 659 525	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	151 200 000	75 600 000	45 360 000	30 240 000		
Mittel 1996	156 000 000		76 100 000	48 700 000	31 200 000	
Insgesamt	410 181 525	134 600 000	148 100 000	93 622 000	33 859 525	

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 1 0 2	Ziel-6-Regionen Getrennte Mittel	2 800 000	2 000 000	2 480 000	1 240 000		
	Artikel B2-1 1 0 insgesamt	450 350 000	545 100 000	451 230 000	518 090 000	379 790 279,—	395 005 798,—
B2-1 1 1	***Soziale Maßnahmen im Zusammenhang mit der obligatorischen Stillegung von Schiffen*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 1 0 2	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des Ziels 6 der Strukturfonds. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 800 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 480 000	1 240 000	600 000	640 000		
Mittel 1996	2 800 000		1 400 000	840 000	560 000	
Insgesamt	5 280 000	1 240 000	2 000 000	1 480 000	560 000	

B2-1 1 1	*Neuer Artikel* Dieser Artikel ist zur Deckung der finanziellen Unterstützung der durch die obligatorische Stillegung der gemeinschaftlichen Fischereiflotte betroffenen Personen während der Verhandlungen über die Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und Drittländern bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	450 350 000	545 100 000	451 230 000	518 090 000	379 790 279,—	395 005 798,—
	KAPITEL B2-1 1 INSGESAMT	450 350 000	545 100 000	451 230 000	518 090 000	379 790 279,—	395 005 798,—
	KAPITEL B2-1 2						
B2-1 2 0	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte***						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 1 1	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

B2-1 2 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 130a und 130c.
	Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1975, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3325/80 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 10).
	Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 40).
	Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).
	Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 2 0 0	Ziel-1-Regionen Getrennte Mittel	9 215 900 000	8 414 500 000	8 393 750 000	7 393 725 000	7 865 535 566,—	4 864 375 156,—
B2-1 2 0 1	Ziel 2 Getrennte Mittel	1 998 400 000	1 762 700 000	1 817 640 000	1 741 820 000	1 604 105 860,—	1 329 623 495,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2083/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 34). Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zum Umweltschutz zu beachten, um die Strukturfonds in Anspruch nehmen zu können. Alle im Rahmen der Strukturfonds finanzierten Projekte müssen Gegenstand eines Umweltverträglichkeitsgutachtens sein; die dafür zuständigen Umweltbehörden und -organisationen müssen angegeben werden.
B2-1 2 0 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 1 der Strukturfonds. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 215 900 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	7 522 554 348	3 908 000 000	1 615 000 000	1 220 000 000	657 000 000	122 554 348
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 393 750 000	3 485 725 000	2 567 000 000	1 443 000 000	629 000 000	269 025 000
Mittel 1996	9 215 900 000		4 232 500 000	2 587 500 000	1 410 000 000	985 900 000
Insgesamt	2 513 220 434	7 393 725 000	8 414 500 000	5 250 500 000	2 696 000 000	1 377 479 348

B2-1 2 0 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 2 der Strukturfonds. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 2 0 2	Ziel 5b Getrennte Mittel	584 600 000	444 400 000	532 950 000	456 475 000	258 037 160,—	216 805 145,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 2 0 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 998 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 715 600 170	822 000 000	386 000 000	301 000 000	173 000 000	33 600 170
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 817 640 000	919 820 000	418 000 000	285 000 000	136 000 000	58 820 000
Mittel 1996	1 998 400 000		958 700 000	520 300 000	306 000 000	213 400 000
Insgesamt	5 531 640 170	1 741 820 000	1 762 700 000	1 106 300 000	615 000 000	305 820 170

B2-1 2 0 2

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 5b der Strukturfonds.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 584 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	306 867 073	157 000 000	70 000 000	48 000 000	27 000 000	4 867 073
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	532 950 000	299 475 000	93 000 000	83 000 000	40 000 000	17 475 000
Mittel 1996	584 600 000		281 400 000	150 600 000	89 000 000	63 600 000
Insgesamt	1 424 417 073	456 475 000	444 400 000	281 600 000	156 000 000	85 942 073

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 2 0 3	Ziel-6-Regionen Getrennte Mittel	84 800 000	41 500 000	69 770 000	34 885 000		
	Artikel B2-1 2 0 insgesamt	11 883 700 000	10 663 100 000	10 814 110 000	9 626 905 000	9 727 678 586,—	6 410 803 796,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	11 883 700 000	10 663 100 000	10 814 110 000	9 626 905 000	9 727 678 586,—	6 410 803 796,—
	KAPITEL B2-1 2 INSGESAMT	11 883 700 000	10 663 100 000	10 814 110 000	9 626 905 000	9 727 678 586,—	6 410 803 796,—
	KAPITEL B2-1 3						
B2-1 3 0	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte***						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 2 0 3	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des Ziels 6 der Strukturfonds. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 84 800 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	69 770 000	34 885 000	12 000 000	16 000 000	5 000 000	1 885 000
Mittel 1996	84 800 000		29 500 000	32 500 000	13 000 000	9 800 000
Insgesamt	154 570 000	34 885 000	41 500 000	48 500 000	18 000 000	11 685 000

B2-1 3 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 123, 130a, 130c und 130d. Beschluß 83/516/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 38), zuletzt geändert durch den Beschluß 85/568/EWG (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 40).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 0	Ziel-1-Regionen Getrennte Mittel	3 669 800 000	3 127 400 000	3 506 950 000	3 008 875 000	2 957 904 655,—	2 248 036 269,—
B2-1 3 0 1	Ziel 2 Getrennte Mittel	635 200 000	536 200 000	615 560 000	510 780 000	461 609 483,—	339 358 424,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 des Rates vom 17. Oktober 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3823/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 23) und (EWG) Nr. 3824/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 25).
	Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).
	Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).
	Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 21), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 39).
B2-1 3 0 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 1 der Strukturfonds.
	Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.
	Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.
	Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.
	Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 669 800 000 ECU.
	Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 539 774 974	1 300 000 000	500 000 000	400 000 000	339 774 974	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 506 950 000	1 824 875 000	1 402 780 000	279 295 000		
Mittel 1996	3 669 800 000		1 224 620 000	1 539 600 000	905 582 000	
Insgesamt	9 716 524 974	3 124 875 000 (1)	3 127 400 000	2 218 895 000	1 245 354 974	

(1) Einschließlich einer Übertragung von 116 000 000 ECU aus 1994.

B2-1 3 0 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 2 der Strukturfonds.
	Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 2	Ziel 3 Getrennte Mittel	2 215 500 000	1 851 600 000	2 068 510 000	1 756 755 000	1 789 213 983,—	1 355 309 078,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 3 0 1	*(Fortsetzung)*

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 635 200 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	406 486 812	220 000 000	90 000 000	51 488 812	45 000 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	4 631 000	2 600 000	1 031 000	1 000 000		
Mittel 1995	615 560 000	308 680 000	130 000 000	90 000 000	86 880 000	
Mittel 1996	635 200 000		315 169 000	206 800 000	113 231 000	
Insgesamt	1 661 877 812	531 280 000 (1)	536 200 000	349 288 812	245 111 000	

(1) Einschließlich einer Übertragung von 20 500 000 ECU aus 1994.

B2-1 3 0 2

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 3 der Strukturfonds und der Zahlungsermächtigungen, die den vorrangigen Zielen 3 und 4 der Strukturfonds im Zeitraum 1989-1993 entsprechen.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 3	Ziel 4 Getrennte Mittel	390 700 000	332 800 000	365 390 000	188 195 000	269 130 029,—	134 565 013,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 3 0 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 215 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 445 409 657	600 000 000	340 000 000	290 000 000	215 409 657	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 068 510 000	1 229 755 000	400 000 000	308 755 000	130 000 000	
Mittel 1996	2 215 500 000		1 111 600 000	623 400 000	480 500 000	
Insgesamt	5 729 419 657	1 829 755 000 (1)	1 851 600 000	1 222 155 000	825 909 657	

(1) Einschließlich einer Übertragung von 73 000 000 ECU aus 1994.

B2-1 3 0 3

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 4 der Strukturfonds.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 3	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 4	Ziel 5b Getrennte Mittel	202 000 000	162 900 000	175 350 000	162 675 000	86 338 982,—	67 570 857,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 3 0 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 390 700 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	134 565 016	60 000 000	35 000 000	29 565 016	10 000 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	365 390 000	128 195 000	95 000 000	82 195 000	60 000 000	
Mittel 1996	390 700 000		202 800 000	107 900 000	80 000 000	
Insgesamt	890 655 016	188 195 000	332 800 000	219 660 016	150 000 000	

B2-1 3 0 4

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des vorrangigen Ziels 5b der Strukturfonds.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 202 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	124 925 396	50 000 000	30 000 000	25 925 396	19 000 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	175 350 000	112 675 000	40 000 000	15 675 000	7 000 000	
Mittel 1996	202 000 000		92 900 000	52 100 000	35 000 000	22 000 000
Insgesamt	502 275 396	162 675 000	162 900 000	93 700 396	61 000 000	22 000 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 5	Ziel-6-Regionen Getrennte Mittel	32 600 000	20 700 000	29 150 000	14 575 000		
	Artikel B2-1 3 0 insgesamt	7 145 800 000	6 031 600 000	6 760 910 000	5 641 855 000	5 564 197 132,—	4 144 839 641,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	7 145 800 000	6 031 600 000	6 760 910 000	5 641 855 000	5 564 197 132,—	4 144 839 641,—
	KAPITEL B2-1 3 INSGESAMT	7 145 800 000	6 031 600 000	6 760 910 000	5 641 855 000	5 564 197 132,—	4 144 839 641,—
	KAPITEL B2-1 4						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 3 0 5	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Förderung der Verwirklichung des Ziels 6 der Strukturfonds. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 32 600 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	29 150 000	14 575 000	4 700 000	9 875 000		
Mittel 1996	32 600 000		16 000 000	10 080 000	6 520 000	
Insgesamt	61 750 000	14 575 000	20 700 000	19 955 000	6 520 000	

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 123, 130a, 130c und 130d.

Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1975, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3325/80 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 10).

Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
	Verordnung (EWG) Nr. 2615/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter französischer und italienischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 214/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2616/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 9), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 216/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 2617/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Schiffbauindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3635/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 2618/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung in einigen Gebieten der Gemeinschaft durch eine stärkere Nutzung neuer Technologien im Bereich der Stromgewinnung aus Wasserkraft und den Ausbau alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 23), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 218/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 19). Verordnung (EWG) Nr. 2619/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Grenzgebiete Irlands und Nordirlands (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 28), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3637/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 12). Verordnung (EWG) Nr. 215/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter griechischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 219/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Textil- und Bekleidungsindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3636/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 40). Verordnung (EWG) Nr. 3638/85 des Rates vom 17. Dezember 1985 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Förderung neuer Wirtschaftszweige in bestimmten von der Einführung der gemeinsamen Fischereipolitik betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 3300/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch einen besseren Zugang zu den fortgeschrittenen Telekommunikationsdiensten (Programm STAR) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3301/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch die Erschließung des endogenen Energiepotentials (VALOREN-Programm) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 328/88 des Rates vom 2. Februar 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren (Programm RESIDER) (ABl. Nr. L 33 vom 5. 2. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 2506/88 des Rates vom 26. Juli 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Schiffbaugebieten (Programm RENAVAL) (ABl. Nr. L 225 vom 15. 8. 1988, S. 24). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2083/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 34). Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 21), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 39).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 0	***PESCA (Umstrukturierung des Fischereisektors)*** Getrennte Mittel	48 700 000	44 400 000	45 000 000	32 000 000	23 680 000,—	11 840 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
	Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2085/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 44). Mitteilung der Kommission vom 7. November 1991: „Europa 2000 — Ausblick auf die Entwicklung des Gemeinschaftsraumes" (KOM(91) 452 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. Januar 1993 zu den atlantischen Regionen (die atlantische Achse) (ABl. Nr. C 42 vom 15. 2. 1993, S. 223). Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 des Rates vom 20. Juli 1993 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 1). Mitteilung der Kommission vom 16. März 1994: „Die Zukunft der Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen der Strukturfonds" (KOM(94) 46 endg.). Bericht des Europäischen Parlaments über die Zukunft der Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen der Strukturfonds (Dok. PE 205.204). Neben der Finanzierung von Maßnahmen, die zwischen 1975 und 1988 durchgeführt wurden oder im Rahmen der in diesem Zeitraum geltenden Maßnahmen noch durchzuführen sind, soll dieses Kapitel die Aufwendungen für die Programme auf Gemeinschaftsinitiativen decken. Er soll ebenso eine Gemeinschaftsinitiative zur Raumordnung finanzieren, die in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den Regionen große Gebiete für natürliche Raumordnung einrichten soll, so wie diese in den Schlußfolgerungen der von der Kommission angefertigten sieben regionenübergreifenden Studien vorgesehen sind. Die Kommission unterrichtet die Haushaltsbehörde drei Wochen vorher über jede Mittelübertragung innerhalb dieses Kapitels (Artikel 26 Absatz 3 Buchstabe a) der Haushaltsordnung).
B2-1 4 0	Verordnung (EG) Nr. 3699/93 des Rates vom 21. Dezember 1993 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. Nr. L 346 vom 31. 12. 1993, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2719/95 (ABl. Nr. L 283 vom 25. 11. 1995, S. 3). Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Globalzuschüsse oder integrierten Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die Umstrukturierung des Fischereisektors (PESCA) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Gemeinschaftsinitiative im Bereich der Umstrukturierung des Fischereisektors (PESCA). Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 1	***Interregionale Zusammenarbeit***						
B2-1 4 1 0	INTERREG II (Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze) Getrennte Mittel	641 400 000	425 600 000	542 000 000	380 700 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 4 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 48 700 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	11 840 000	8 440 000	3 400 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	2 120 000	1 060 000	600 000	460 000		
Mittel 1995	45 000 000	22 500 000	16 650 000	5 850 000		
Mittel 1996	48 700 000		23 750 000	15 200 000	9 750 000	
Insgesamt	107 660 000	32 000 000	44 400 000	21 510 000	9 750 000	

B2-1 4 1

B2-1 4 1 0 Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (INTERREG II) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 60).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen im Bereich der Entwicklung von Grenzregionen, der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und ausgewählten Energienetze (INTERREG II).

Diese Mittel dienen auch der Vorbereitung eines neuen Gemeinschaftsprogramms von Initiativen im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit zwischen den Regionen des Mittelmeerraums.

Der Teil des Programms, der in Drittländern verwirklicht wird, wird aus einer entsprechenden Haushaltslinie der Rubrik 4 finanziert.

Gemäß den Ergebnissen des Verfahrens der Zusammenarbeit bezüglich der Verordnungen über die Strukturfonds (Erklärung Nr. 29 zu Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 in ihrer geänderten Fassung) dienen diese Mittel zur Kofinanzierung von Strukturmaßnahmen in den Mittelmeerregionen der Gemeinschaft, die aus Rubrik 4 kofinanziert werden müssen.

5 000 000 ECU dienen zur Deckung von Ausgaben im Rahmen des Kooperationsorgans „Atlantische Achse".

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 1 2	Sonderprogramm für die Regionen in beiden Teilen Irlands						
	Getrennte Mittel	117 900 000	69 100 000	66 000 000	40 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 1	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 1 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 641 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	215 380 000	107 690 000	56 700 000	27 944 000	16 132 000	6 914 000
Mittel 1995	542 000 000	380 700 000	57 000 000	46 000 000	40 800 000	17 500 000
Mittel 1996	641 400 000		311 900 000	163 100 000	98 000 000	68 400 000
Insgesamt	1 398 780 000	488 390 000 (1)	425 600 000	237 044 000	154 932 000	92 814 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 107 690 000 ECU aus 1994.

B2-1 4 1 2

Das Sonderprogramm muß den Friedensprozeß in beiden Teilen Irlands fördern. Die unter diese Initiative fallenden Tätigkeiten können die Maßnahmen im Rahmen des Internationalen Fonds für Irland (Artikel B2-6 0 4) ergänzen und unterstützen.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-1 4 1 insgesamt	759 300 000	494 700 000	608 000 000	420 700 000	0,—	0,—
B2-1 4 2	***Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen***						
B2-1 4 2 0	NOW Getrennte Mittel	70 300 000	83 900 000	78 000 000	55 000 000	51 995 027,—	25 997 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-14 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-141	*(Fortsetzung)*
B2-1412	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 117 900 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	66 000 000	40 000 000	10 300 000	8 700 000	4 900 000	2 100 000
Mittel 1996	117 900 000		58 800 000	28 200 000	18 000 000	12 900 000
Insgesamt	183 900 000	40 000 000	69 100 000	36 900 000	22 900 000	15 000 000

B2-142	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 123, 130c und 130d. Beschluß 83/516/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 38), zuletzt geändert durch den Beschluß 85/568/EWG (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 40). Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 des Rates vom 17. Oktober 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3823/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 23) und (EWG) Nr. 3824/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1). Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative „Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen" zur Förderung des Beschäftigungswachstums insbesondere durch die Entwicklung von Humanressourcen vorschlagen können (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 36).
B2-1420	Die Mittel dienen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EMPLOI zur Finanzierung des Programms NOW, das einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Beschäftigung und der Entwicklung der Humanressourcen hinsichtlich der Chancengleichheit leistet. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 1	HORIZON Getrennte Mittel	132 100 000	82 000 000	141 000 000	100 000 000	103 225 000,—	51 613 013,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 2 0	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 70 300 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	100 609 014	35 000 000	22 000 000	22 609 014	21 000 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	78 000 000	20 000 000	26 000 000	20 000 000	12 000 000	
Mittel 1996	70 300 000		35 900 000	21 400 000	13 000 000	
Insgesamt	248 909 014	55 000 000	83 900 000	64 009 014	46 000 000	

B2-1 4 2 1

Diese Mittel dienen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EMPLOI zur Finanzierung des Programms HORIZON, das einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Beschäftigung und der Entwicklung der Humanressourcen hinsichtlich der Behinderten und sonstigen benachteiligten Gruppen leistet.

65 % der dem Programm HORIZON zugewiesenen Mittel werden für Maßnahmen zugunsten der Behinderten vorbehalten.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 2	INTEGRA Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 2 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 132 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	141 000 000	100 000 000	26 000 000	9 000 000	6 000 000	
Mittel 1996	132 100 000		56 000 000	36 000 000	27 100 000	13 000 000
Insgesamt	273 100 000	100 000 000	82 000 000	45 000 000	33 100 000	13 000 000

B2-1 4 2 2 *Neuer Posten*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juli 1993 zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 255 vom 20. 9. 1993, S. 38).

Dieser Posten soll im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EMPLOI die Finanzierung des Programms INTEGRA, das einen Betrag zur Lösung der Probleme der Beschäftigung und der Entwicklung der Humanressourcen leistet, decken.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 3	YOUTHSTART Getrennte Mittel	58 800 000	36 500 000	66 500 000	46 250 000	45 998 000,—	22 999 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 2 2	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

B2-1 4 2 3	*Vormals Posten B2-1 4 2 2* Diese Mittel dienen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EMPLOI zur Finanzierung des Programms YOUTHSTART, das einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Beschäftigung und der Entwicklung der Humanressourcen hinsichtlich der Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt leistet. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 3	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 4	ADAPT Getrennte Mittel	343 400 000	197 500 000	232 200 000	164 000 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 2 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 58 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	66 500 000	46 250 000	7 600 000	12 650 000		
Mittel 1996	58 800 000		28 900 000	18 140 000	11 760 000	
Insgesamt	125 300 000	46 250 000	36 500 000	30 790 000	11 760 000	

B2-1 4 2 4 *Vormals Posten B2-1 4 2 3*

Diese Mittel dienen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EMPLOI zur Finanzierung des Programms ADAPT, das einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Beschäftigung und der Entwicklung der Humanressourcen hinsichtlich der Anpassung der Arbeitskräfte an die Veränderungen in der Industrie leistet.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 2 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-1 4 2 insgesamt	604 600 000	399 900 000	517 700 000	365 250 000	201 218 027,—	100 609 013,—
B2-1 4 3	***Industrielle Umstellung***						
B2-1 4 3 0	RECHAR II (Wirtschaftliche Umstellung der Kohlereviere) Getrennte Mittel	154 800 000	86 900 000	87 500 000	62 640 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 2	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 2 4	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 343 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	232 200 000	164 000 000	28 300 000	28 000 000	11 900 000	
Mittel 1996	343 400 000		169 200 000	105 520 000	68 680 000	
Insgesamt	575 600 000	164 000 000	197 500 000	133 520 000	80 580 000	

B2-1 4 3

B2-1 4 3 0

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die wirtschaftliche Umstellung von Kohlerevieren (RECHAR II) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 26).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur wirtschaftlichen Umstellung der Kohlereviere (RECHAR II) leisten.

Da in den betroffenen Sektoren weiterhin umfangreiche Arbeitsplatzeinbußen zu verzeichnen sind, sind Maßnahmen zur Förderung der Humanressourcen vorrangig.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 3	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 3 1	RESIDER II (Wirtschaftliche Umstellung von Stahlrevieren) Getrennte Mittel	183 800 000	109 600 000	88 500 000	63 000 000	4 267 000,—	1 280 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-14 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-143	*(Fortsetzung)*
B2-1430	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 154 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	860 000	430 000	200 000	138 000	64 000	28 000
Mittel 1995	87 500 000	62 640 000	8 400 000	7 200 000	6 500 000	2 760 000
Mittel 1996	154 800 000		78 300 000	36 300 000	23 700 000	16 500 000
Insgesamt	243 160 000	63 070 000 (1)	86 900 000	43 638 000	30 264 000	19 288 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 430 000 ECU aus 1994.

B2-1431

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die wirtschaftliche Umstellung von Stahlrevieren (RESIDER II) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 22).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur wirtschaftlichen Umstellung der Stahlreviere (RESIDER II) leisten.

Da in den betroffenen Sektoren weiterhin umfangreiche Arbeitsplatzeinbußen zu verzeichnen sind, sind Maßnahmen zur Förderung der Humanressourcen vorrangig.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 3	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 3 2	KONVER (Rüstungs- und Standortkonversion) Getrennte Mittel	189 700 000	106 600 000	114 000 000	81 610 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 3	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 3 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 183 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 986 900	1 400 000	900 000	400 000	200 000	86 900
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	18 100 000	9 050 000	4 400 000	2 713 000	1 356 000	581 000
Mittel 1995	88 500 000	52 550 000	17 100 000	9 400 000	6 600 000	2 850 000
Mittel 1996	183 800 000		87 200 000	48 800 000	28 100 000	19 700 000
Insgesamt	293 386 900	63 000 000	109 600 000	61 313 000	36 256 000	23 217 900

B2-1 4 3 2

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Rüstungs- und Standortkonversion (KONVER) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 18).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur Rüstungs- und Standortkonversion (KONVER) leisten.

Da in den betroffenen Sektoren weiterhin umfangreiche Arbeitsplatzeinbußen zu verzeichnen sind, sind Maßnahmen zur Förderung der Humanressourcen vorrangig.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 3	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 3 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 3 3	RETEX (Diversifizierung der vom Textil- und Bekleidungssektor stark abhängigen Regionen)						
	Getrennte Mittel	198 000 000	111 600 000	116 000 000	83 000 000	297 000,—	148 600,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 3	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 3 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 189 700 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	114 000 000	81 610 000	11 100 000	9 100 000	8 500 000	3 690 000
Mittel 1996	189 700 000		95 500 000	44 900 000	29 000 000	20 300 000
Insgesamt	303 700 000	81 610 000	106 600 000	54 000 000	37 500 000	23 990 000

B2-1 4 3 3

Mitteilung der Kommission vom 13. Mai 1992 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der vom Textil- und Bekleidungssektor stark abhängigen Regionen (RETEX) (ABl. Nr. C 142 vom 4. 6. 1992, S. 5).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur Diversifizierung der vom Textil- und Bekleidungssektor stark abhängigen Regionen (RETEX) leisten.

Da in den betroffenen Sektoren weiterhin umfangreiche Arbeitsplatzeinbußen zu verzeichnen sind, sind Maßnahmen zur Förderung der Humanressourcen vorrangig.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 3	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 3 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-1 4 3 insgesamt	726 300 000	414 700 000	406 000 000	290 250 000	4 564 000,—	1 428 600,—
B2-1 4 4	***REGIS II (Regionen in äußerster Randlage)*** Getrennte Mittel	127 900 000	80 000 000	105 000 000	75 200 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 3	*(Fortsetzung)*
B2-1 4 3 3	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 198 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	148 500	148 500				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	116 000 000	82 851 500	11 200 000	9 400 000	8 800 000	3 748 500
Mittel 1996	198 000 000		100 400 000	46 100 000	30 300 000	21 200 000
Insgesamt	314 148 500	83 000 000	111 600 000	55 500 000	39 100 000	24 948 500

B2-1 4 4

Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der ultraperipheren Regionen (REGIS II) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 44).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Regionen in äußerster Randlage leisten (REGIS II).

Veranschlagt sind auch Mittel zur Deckung der Beihilfe zum Ausgleich der Mehrkosten für die Mineralölversorgung der Azoren und Madeiras zum Zwecke der Energieerzeugung gemäß den Nummern 10.1 bis 10.5 des Anhangs des Beschlusses 91/315/EWG, vorbehaltlich einer so bald wie möglich erfolgenden positiven Bewertung durch die Kommission gemäß Nummer 10.4 des genannten Anhangs, gemäß der die Beihilfe weiter gewährt werden kann.

Angesichts der besorgniserregenden Arbeitslosigkeit in den betroffenen Regionen sind Maßnahmen zur Förderung der Humanressourcen vorrangig.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 4	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 5	***URBAN (Städtische Gebiete)*** Getrennte Mittel	144 700 000	88 900 000	111 000 000	78 000 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 4	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 127 900 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	22 048 000	11 024 000	6 000 000	2 665 000	1 651 000	708 000
Mittel 1995	105 000 000	75 581 000	9 900 000	8 300 000	7 900 000	3 319 000
Mittel 1996	127 900 000		64 100 000	30 600 000	19 600 000	13 600 000
Insgesamt	254 948 000	86 605 000 (1)	80 000 000	41 565 000	29 151 000	17 627 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 11 405 000 ECU aus 1994.

B2-1 4 5

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen zu erstellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 6).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur Lösung der Probleme in städtischen Gebieten leisten (URBAN).

Ein Betrag in Höhe von 1 000 000 ECU ist zur Unterstützung von Vorhaben zur Erhaltung der europäischen Städte bestimmt.

Angesichts der auffällig hohen Arbeitslosenquote und des besorgniserregenden Mangels an wirtschaftlichen Chancen in städtischen Gebieten sind Maßnahmen zur Förderung der Humanressourcen vorrangig.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 5	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 6	***LEADER II (Ländliche Entwicklung)***						
	Getrennte Mittel	313 500 000	196 500 000	256 500 000	181 250 000	287 000,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-14 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-145 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 144 700 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	21 470 000	10 735 000	5 700 000	2 738 000	1 608 000	689 000
Mittel 1995	111 000 000	78 000 000	11 500 000	9 600 000	8 300 000	3 600 000
Mittel 1996	144 700 000		71 700 000	35 400 000	22 100 000	15 500 000
Insgesamt	277 170 000	88 735 000 (1)	88 900 000	47 738 000	32 008 000	19 789 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 10 735 000 ECU aus 1994.

B2-146

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. Operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschußanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zur ländlichen Entwicklung sind (LEADER II) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 48).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur Lösung der Probleme im Bereich der ländlichen Entwicklung (LEADER II) (Liaisons entre actions de développement de l'économie rurale) leisten.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 6	*(Fortsetzung)*						
B2-1 4 7	***INITIATIVE FÜR KMU (Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt)***						
	Getrennte Mittel	243 100 000	148 100 000	175 000 000	125 500 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 4 6 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 313 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	290 000	100 000	100 000	90 000		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	27 400 000	13 700 000	6 900 000	4 100 000	2 700 000	
Mittel 1995	256 500 000	167 450 000	35 250 000	28 215 000	25 585 000	
Mittel 1996	313 500 000		154 250 000	96 500 000	47 000 000	15 750 000
Insgesamt	597 690 000	181 250 000	196 500 000	128 905 000	75 285 000	15 750 000

B2-1 4 7 Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt (INITIATIVE FÜR KMU) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 10).

Veranschlagt sind Mittel für die Finanzierung der Gemeinschaftsinitiativen, die einen Beitrag zur Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt leisten (INITIATIVE FÜR KMU).

Da eine Verbesserung der Berufsqualifikation der Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen dringend erforderlich ist, sind Maßnahmen zur Förderung der Humanressourcen vorrangig.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 7	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 7	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 243 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	6 200 000	3 100 000	1 700 000	737 000	464 000	199 000
Mittel 1995	175 000 000	125 500 000	18 200 000	15 700 000	13 100 000	2 500 000
Mittel 1996	243 100 000		128 200 000	51 700 000	37 200 000	26 000 000
Insgesamt	424 300 000	128 600 000 (1)	148 100 000	68 137 000	50 764 000	28 699 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 3 100 000 ECU aus 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 5 — BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER STRUKTURMASSNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 8	***Reserve für frühere und künftige Maßnahmen*** Getrennte Mittel	p.m. (1)	337 450 000	p.m.	539 000 000	22 139 005,—	735 309 759,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	2 968 100 000	2 204 650 000	2 224 200 000	2 107 150 000	251 888 032,—	849 187 372,—
	KAPITEL B2-1 4 INSGESAMT	2 968 100 000	2 204 650 000	2 224 200 000	2 107 150 000	251 888 032,—	849 187 372,—
	KAPITEL B2-1 5						
B2-1 5 0	***Betrugsbekämpfung im Bereich der Strukturmaßnahmen*** Getrennte Mittel	750 000	700 000	p.m. (2)	p.m. (2)	115 000,—	0,—

(1) Mittel in Höhe von 62 200 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 750 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 5 — BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER STRUKTURMASSNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 4 8	Veranschlagt sind Mittel für Zahlungen im Rahmen früherer Gemeinschaftsinitiativen (1989-1993), sowie Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungen für neue Gemeinschaftsinitiativen, die von der Kommission gegebenenfalls noch beschlossen werden. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 304 286 880	590 000 000	306 350 000	260 000 000	130 000 000	17 936 880
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	62 200 000 (1)		31 100 000	20 750 000	10 400 000	
Insgesamt	1 366 486 880	590 000 000 (2)	337 450 000	280 750 000	140 400 000	17 936 880

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Einschließlich einer Übertragung von 51 000 000 ECU aus 1994.

B2-1 5 0	*Vormals Artikel B2-1 0 1, B2-1 1 1, B2-1 2 1 und B2-1 3 1* Schlußfolgerungen des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates vom 19. Juni 1995 zur Betrugsbekämpfung und Arbeitsprogramm für 1995 (Dok. 8132/95 Presse 193).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 5 — BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER STRUKTURMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 5 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	750 000	700 000	p.m.	p.m.	115 000,—	0,—
	KAPITEL B2-1 5 INSGESAMT	750 000	700 000	p.m.	p.m.	115 000,—	0,—
	KAPITEL B2-1 8						
B2-1 8 0	***Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung*** Getrennte Mittel	52 665 000	74 000 000	34 210 000	74 805 000	32 333 981,—	68 123 245,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 5 — BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER STRUKTURMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 5 0	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten seitens der Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung sowie zur Deckung der Kosten der von der Dienststelle durchgeführten Kontrollen durch alle geeigneten Mittel und insbesondere durch Kontrollen vor Ort, um nicht gerechtfertigte Zahlungen zu vermeiden.

Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament bis spätestens 15. September 1996 einen Bericht über den Stand und die konkreten, im einzelnen geltenden Modalitäten für die Verwendung der Mittel.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 750 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	115 000	115 000				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	750 000 (1)	635 000	115 000			
Mittel 1996	750 000		585 000	165 000		
Insgesamt	1 615 000	750 000 (1)	700 000	165 000		

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B2-1 8 0	Verordnung Nr. 17/64/EWG des Rates vom 5. Februar 1964 über die Bedingungen für die Beteiligung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (ABl. Nr. 34 vom 27. 2. 1964, S. 586/64), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 729/70 (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1287/95 (ABl. Nr. L 125 vom 8. 6. 1995, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 8 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 355/77 des Rates vom 15. Februar 1977 über eine gemeinsame Maßnahme zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse (ABl. Nr. L 51 vom 23. 2. 1977, S. 1), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 1362/78 des Rates vom 19. Juni 1978 über ein Programm zur Beschleunigung und qualitativen Ausrichtung der kollektiven Bewässerungsarbeiten im Mezzogiorno (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 1760/78 des Rates vom 25. Juli 1978 über eine gemeinsame Maßnahme zur Verbesserung der Infrastruktur in bestimmten ländlichen Gebieten (ABl. Nr. L 204 vom 28. 7. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 269/79 des Rates vom 6. Februar 1979 zur Einführung einer gemeinsamen forstwirtschaftlichen Maßnahme in bestimmten Zonen des Mittelmeergebiets der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 38 vom 14. 2. 1979, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 763/85 (ABl. Nr. L 86 vom 27. 3. 1985, S. 2). Verordnung (EWG) Nr. 270/79 des Rates vom 6. Februar 1979 zur Förderung der landwirtschaftlichen Beratung in Italien (ABl. Nr. L 38 vom 14. 2. 1979, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1760/87 (ABl. Nr. L 167 vom 26. 6. 1987, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 456/80 des Rates vom 18. Februar 1980 über die Gewährung von Prämien für die vorübergehende Aufgabe und für die endgültige Aufgabe bestimmter Rebflächen sowie von Prämien für den Verzicht auf Wiederbepflanzung (ABl. Nr. L 57 vom 29. 2. 1980, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 457/80 des Rates vom 18. Februar 1980 zur Einführung einer Prämienregelung für die Aufgabe von Weinbaubetrieben in Frankreich und Italien (ABl. Nr. L 57 vom 29. 2. 1980, S. 23). Verordnung (EWG) Nr. 458/80 des Rates vom 18. Februar 1980 über die Umstrukturierung der Rebflächen im Rahmen kollektiver Maßnahmen (ABl. Nr. L 57 vom 29. 2. 1980, S. 27), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 596/91 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 1938/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über eine gemeinsame Maßnahme zur beschleunigten Verbesserung der Infrastruktur in einigen benachteiligten ländlichen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland (ABl. Nr. L 197 vom 20. 7. 1981, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2113/87 (ABl. Nr. L 197 vom 18. 7. 1987, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 1941/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über ein integriertes Entwicklungsprogramm für die benachteiligten Gebiete Belgiens (ABl. Nr. L 197 vom 20. 7. 1981, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1985, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 1944/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über eine gemeinsame Maßnahme zur strukturellen Anpassung und Modernisierung der Rind-, Schaf- und Ziegenfleischerzeugung in Italien (ABl. Nr. L 197 vom 20. 7. 1981, S. 27). Verordnung (EWG) Nr. 2968/83 des Rates vom 19. Oktober 1983 über eine gemeinsame Maßnahme zur Beschleunigung der kollektiven Bewässerungsarbeiten in Griechenland (ABl. Nr. L 293 vom 25. 10. 1983, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 93 vom 30. 3. 1985, S. 1), aufgehoben durch die Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1), insbesondere Artikel 22. Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1400/86 des Rates vom 6. Mai 1986 zur Einführung einer gemeinsamen Maßnahme zur Förderung der Landwirtschaft durch Verbesserung der Zucht von Fleischrinderrassen in bestimmten benachteiligten Gebieten Frankreichs (ABl. Nr. L 128 vom 14. 5. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1401/86 des Rates vom 6. Mai 1986 über eine gemeinsame Maßnahme zur Förderung der Landwirtschaft in bestimmten benachteiligten Gebieten Norditaliens (ABl. Nr. L 128 vom 14. 5. 1986, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 1654/86 des Rates vom 26. Mai 1986 über eine gemeinsame Maßnahme zur Wiederherstellung und Umstellung der 1985 in bestimmten Gebieten der Gemeinschaft durch Frost geschädigten Olivenhaine (ABl. Nr. L 145 vom 30. 5. 1986, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 8 1	***Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei*** Getrennte Mittel	10 995 000	15 800 000	10 380 000	9 690 000	17 153 493,—	6 764 759,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 8 0 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2085/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 44).

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 52 665 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	144 030 000	55 000 000	33 600 000	18 500 000	18 500 000	18 430 000
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	34 210 000	19 805 000	8 400 000	5 132 000	873 000	
Mittel 1996	52 665 000		32 000 000	11 965 000	7 000 000	1 700 000
Insgesamt	230 905 000	74 805 000	74 000 000	35 597 000	26 373 000	20 130 000

B2-1 8 1

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, inbesondere die Artikel 39, 43 und 130r.

Verordnung (EWG) Nr. 3140/82 des Rates vom 22. November 1982 über die Gewährung und die Finanzierung der den Erzeugerorganisationen der Fischwirtschaft von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen (ABl. Nr. L 331 vom 26. 11. 1982, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 2908/83 des Rates vom 4. Oktober 1983 über eine gemeinsamen Maßnahme zur Umstrukturierung, Modernisierung und Entwicklung der Fischwirtschaft und zur Entwicklung der Aquakultur (ABl. Nr. L 290 vom 22. 10. 1983, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3733/85 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1985, S. 78).

Verordnung (EWG) Nr. 378/84 der Kommission vom 13. Februar 1984 mit Durchführungsbestimmungen zu den Entscheidungen über Zuschüsse für Vorhaben zur Umstrukturierung, Modernisierung und Entwicklung der Fischerei und zur Entwicklung der Aquakultur (ABl. Nr. L 46 vom 16. 2. 1984, S. 11).

Verordnung (EWG) Nr. 671/84 der Kommission vom 15. März 1984 über die Anträge auf Finanzierung der den Erzeugerorganisationen der Fischwirtschaft von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen (ABl. Nr. L 73 vom 16. 3. 1984, S. 28).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 8 2	***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung***						
	Getrennte Mittel	158 390 000	141 300 000	133 740 000	208 370 000	132 689 902,—	188 361 058,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-18 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-181 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 3499/91 des Rates vom 28. November 1991 über einen Gemeinschaftsrahmen für Studien und Pilotprojekte zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer (ABl. Nr. L 331 vom 3. 12. 1991, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates vom 17. Dezember 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur (ABl. Nr. L 388 vom 31. 12. 1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3760/92 des Rates vom 20. Dezember 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Fischerei und die Aquakultur (ABl. Nr. L 389 vom 31. 12. 1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 des Rates vom 20. Juli 1993 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 1).

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung der Gründung von Erzeugerorganisationen sowie zur Finanzierung von Studien oder Vorhaben im Rahmen der Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen bzw. des Schutzes der im Meer lebenden Arten. Diese Finanzierung kann auch die Beurteilung der Vorhaben, die Sammlung der Grunddaten, die Organisation von Arbeitsgruppen sowie die Bewertung, Veröffentlichung und Verbreitung der Ergebnisse umfassen.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 995 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	23 828 122	6 500 000	7 800 000	8 100 000	1 428 122	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 380 000	3 190 000	4 000 000	3 000 000	190 000	
Mittel 1996	10 995 000		4 000 000	5 795 000	1 200 000	
Insgesamt	45 203 122	9 690 000	15 800 000	16 895 000	2 818 122	

B2-182

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 130a und 130c.

Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1975, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3325/80 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 10).

Verordnung (EWG) Nr. 2615/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter französischer und italienischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 214/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2616/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 9), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 216/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 9).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-18 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-182	*(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 2617/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Schiffbauindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3635/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 2618/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung in einigen Gebieten der Gemeinschaft durch eine stärkere Nutzung neuer Technologien im Bereich der Stromgewinnung aus Wasserkraft und den Ausbau alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 23), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 218/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 19).

Verordnung (EWG) Nr. 2619/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Grenzgebiete Irlands und Nordirlands (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 28), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3637/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 12).

Verordnung (EWG) Nr. 215/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter griechischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 5).

Verordnung (EWG) Nr. 219/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Textil- und Bekleidungsindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3636/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 10).

Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 40).

Verordnung (EWG) Nr. 3638/85 des Rates vom 17. Dezember 1985 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Förderung neuer Wirtschaftszweige in bestimmten von der Einführung der gemeinsamen Fischereipolitik betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 17).

Verordnung (EWG) Nr. 3300/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch einen besseren Zugang zu den fortgeschrittenen Telekommunikationsdiensten (Programm STAR) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3301/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch die Erschließung des endogenen Energiepotentials (VALOREN-Programm) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 6).

Verordnung (EWG) Nr. 328/88 des Rates vom 2. Februar 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren (Programm RESIDER) (ABl. Nr. L 33 vom 5. 2. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

Verordnung (EWG) Nr. 2506/88 des Rates vom 26. Juli 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Schiffbaugebieten (Programm RENAVAL) (ABl. Nr. L 225 vom 15. 8. 1988, S. 24).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2083/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 34).

Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39).

Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5).

Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 2	*(Fortsetzung)*						
B2-1 8 3	***Europäischer Sozialfonds*** Getrennte Mittel	74 050 000	82 900 000	72 570 000	83 785 000	62 213 484,—	69 844 806,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 8 2 *(Fortsetzung)*

Ein Betrag in Höhe von 200 000 ECU dient zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung, Erhaltung, Anpassung und Entwicklung der gemeinsamen EDV-Architektur (ARINCO) einschließlich der Verbindungen zu den nationalen und regionalen Behörden, die für die Koordinierung der Interventionen in einem bestimmten Gebiet verantwortlich sind.

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 158 390 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	248 752 038	110 400 000	43 700 000	38 200 000	28 600 000	27 852 038
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	133 740 000	97 970 000	13 200 000	10 500 000	8 400 000	3 670 000
Mittel 1996	158 390 000		84 400 000	45 490 000	14 200 000	14 300 000
Insgesamt	540 882 038	208 370 000	141 300 000	94 190 000	51 200 000	45 822 038

B2-1 8 3

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 123, 130c und 130d.

Beschluß 83/516/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 38), zuletzt geändert durch Beschluß 85/568/EWG (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 40).

Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 des Rates vom 17. Oktober 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3823/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 23) und (EWG) Nr. 3824/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 21), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 39).

Zusätzlich zur Finanzierung von Maßnahmen, die im Zeitraum 1975 bis 1993 eingeleitet wurden oder noch gemäß den damals geltenden Verordnungen einzuleiten sind, sind diese Mittel dazu bestimmt, Übergangsmaßnahmen und innovative Konzepte zu finanzieren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	296 100 000	314 000 000	250 900 000	376 650 000	244 390 860,—	333 093 868,—
	KAPITEL B2-1 8 INSGESAMT	296 100 000	314 000 000	250 900 000	376 650 000	244 390 860,—	333 093 868,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 8 3	*(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden.

Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt.

Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 74 050 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	96 966 406	34 525 000	25 000 000	20 000 000	17 441 406	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	20 938 000	10 938 000	7 500 000	1 500 000	1 000 000	
Mittel 1995	72 570 000	48 322 000	12 000 000	8 198 000	4 050 000	
Mittel 1996	74 050 000		38 400 000	21 050 000	14 600 000	
Insgesamt	264 524 406	93 785 000 (1)	82 900 000	50 748 000	37 091 406	

(1) Einschließlich einer Übertragung von 10 000 000 ECU aus 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-1 9 — STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) Nr. 3575/90

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 9						
B2-1 9 0	***Strukturmaßnahmen gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3575/90*** Getrennte Mittel	—	59 200 000	—	52 000 000	0,—	176 846 876,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	—	59 200 000	—	52 000 000	0,—	176 846 876,—
	KAPITEL B2-1 9 INSGESAMT	—	59 200 000	—	52 000 000	0,—	176 846 876,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	26 516 800 000	23 677 750 000	24 068 250 000	21 200 800 000	19 468 484 880,—	14 795 324 587,—
	Titel B2-1 insgesamt	**26 516 800 000**	**23 677 750 000**	**24 068 250 000**	**21 200 800 000**	**19 468 484 880,—**	**14 795 324 587,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-19 — STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) Nr. 3575/90

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-190	Verordnung (EWG) Nr. 3575/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 über die Intervention der Strukturfonds im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 19). Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Maßnahmen, die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3575/90 beschlossen werden. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	290 646 559	165 060 000	59 200 000	66 386 559		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	290 646 559	165 060 000 (1)	59 200 000	66 386 559		

(1) Einschließlich einer Übertragung von 113 060 000 ECU aus 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-2

SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN

KAPITEL B2-2 0 — SONDERPROGRAMM ZUR INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN PORTUGAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-2 0						
B2-2 0 0	***(PEDIP) Sonderprogramm zur industriellen Entwicklung in Portugal — Zusätzliche Mittel***						
	Getrennte Mittel	—	p.m.	—	p.m.	0,—	27 504 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	—	p.m.	—	p.m.	0,—	27 504 000,—
	KAPITEL B2-2 0 INSGESAMT	—	p.m.	—	p.m.	0,—	27 504 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-2

SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN

KAPITEL B2-2 0 — SONDERPROGRAMM ZUR INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN PORTUGAL

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-2 0 0 Verordnung (EWG) Nr. 2053/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über einen finanziellen Beitrag zugunsten Portugals im Rahmen eines Sonderprogramms zur industriellen Entwicklung (PEDIP) (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 21).

Dieser Artikel dient zur Abwicklung der gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2053/88 eingegangenen Verpflichtungen.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	p.m.				
Mittel 1996	—		p.m.			
Insgesamt	—	p.m.	p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG, DURCHFÜHRUNG, BEGLEITUNG UND BEWERTUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-2 1						
B2-2 1 0	***Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Bewertung der Gemeinschaftlichen Förderkonzepte***						
	Getrennte Mittel	—	2 377 000	—	4 080 000	0,—	7 333 714,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG, DURCHFÜHRUNG, BEGLEITUNG UND BEWERTUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-2 1 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 130a, 130b und 130d. Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2083/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 34). Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 21), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 39). Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2085/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 44). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Abwicklung der bereits im Rahmen dieses Artikels eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung von Studien, Analysen, Pilot- oder Erneuerungsmaßnahmen, Veranstaltungen von Konferenzen zur Verbreitung von Informationen und zum Erfahrungsaustausch sowie der Prüfung besserer Formen und Methoden der Vorbereitung, Begleitung und Kontrolle auf Initiative der Kommission.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG, DURCHFÜHRUNG, BEGLEITUNG UND BEWERTUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-2 2 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-2 1 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	—	2 377 000	—	4 080 000	0,—	7 333 714,—
	KAPITEL B2-2 1 INSGESAMT	—	2 377 000	—	4 080 000	0,—	7 333 714,—
	KAPITEL B2-2 2						
B2-2 2 0	***Integrierte Mittelmeerprogramme*** Getrennte Mittel	—	46 823 000	—	35 920 000	0,—	20 891 018,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG, DURCHFÜHRUNG, BEGLEITUNG UND BEWERTUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-2 2 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-2 1 0	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	6 456 919	4 080 000	2 376 919			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	6 456 919	4 080 000	2 376 919			

Die etwaigen Einnahmen können wiederverwendet werden.

B2-2 2 0

Entscheidung 84/70/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Raum Ogliastra (Nuoro), Sardinien (Italien) (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/80/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 1).

Entscheidung 84/71/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme in den Binnengebieten der Region Korsika, Frankreich (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 8), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/81/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 6).

Entscheidung 84/72/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Departement Hérault, Frankreich (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 13), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/82/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 11).

Entscheidung 84/73/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion auf der Insel Lesbos, Verwaltungsbezirk (Nomos) Lesbos, Griechenland, als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 18), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/83/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 15).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 2 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-2 2 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 2 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-2 2 0	*(Fortsetzung)* Entscheidung 84/74/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Bereich der Fischerei und Aquakultur in Griechenland als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 23), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/84/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 20). Entscheidung 84/75/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme für den Sektor Fischerei und Aquakultur in den französischen Regionen Languedoc-Roussillon, Provence-Côte d'Azur, Korsika und Aquitanien (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 28), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/85/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 24). Entscheidung 84/76/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Fischerei- und Aquakultursektor Italiens (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 33), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/86/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 28). Entscheidung 84/77/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Innern der Provinz Viterbo (Latium), Italien (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 38), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/87/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 32). Entscheidung 84/78/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Gebiet des Verwaltungsbezirks (Nomos) Ioannina, Griechenland, zur Vorbereitung der Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 42), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/88/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 36). Entscheidung 84/79/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Gebiet des Verwaltungsbezirks (Nomos) Evritania, Griechenland, als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 47), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/89/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 41). Entscheidung 84/80/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Gebiet der Prespa-Seen im Verwaltungsbezirk (Nomos) Florina, Griechenland, als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 51), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/90/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 46). Entscheidung 84/81/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion auf der Insel Limnos, Verwaltungsbezirk (Nomos) Lesbos, zur Vorbereitung der Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 56), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/91/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 51). Entscheidung 84/82/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme in einigen landwirtschaftlichen Gebieten der Region Abruzzen (Italien) (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 61), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/92/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 56). Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Abwicklung der im Rahmen der vorgenannten Maßnahmen eingegangenen Verpflichtungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 2 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-2 2 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	—	46 823 000	—	35 920 000	0,—	20 891 018,—
	KAPITEL B2-2 2 INSGESAMT	—	46 823 000	—	35 920 000	0,—	20 891 018,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 2 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-2 2 0	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	186 516 933	102 420 000	46 823 000	37 273 933		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	186 516 933	102 420 000 (1)	46 823 000	37 273 933		

(1) Einschließlich einer Übertragung von 66 500 000 ECU aus 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 3 — GEMEINSCHAFTSPROGRAMM IM KOHLE- UND STAHLSEKTOR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-2 3						
B2-2 3 0	***Gemeinschaftsprogramm zur Anpassung, Umstellung und Investition im Kohle- und Stahlsektor***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL B2-2 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	49 200 000	p.m.	40 000 000	0,—	55 728 732,—
	Titel B2-2 insgesamt	**p.m.**	**49 200 000**	**p.m.**	**40 000 000**	**0,—**	**55 728 732,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-2 3 — GEMEINSCHAFTSPROGRAMM IM KOHLE- UND STAHLSEKTOR

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-2 3 0

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli 1992 zu den haushaltsmäßigen und finanziellen Folgen der Zukunft des EGKS-Vertrags (ABl. Nr. C 241 vom 21. 9. 1992, S. 181).

Dieser Artikel schafft die Aufnahmestruktur für eine stufenweise Eingliederung der Maßnahmen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-3

KOHÄSIONSFONDS

KAPITEL B2-3 0 — KOHÄSIONSFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-3 0						
B2-3 0 0	***Kohäsionsfonds*** Getrennte Mittel	2 443 700 000	1 919 000 000	2 151 700 000	1 749 700 000	1 853 083 739,—	915 992 723,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-3

KOHÄSIONSFONDS

KAPITEL B2-30 — KOHÄSIONSFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-300	Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94 (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 792/93 des Rates vom 30. März 1993 zur Errichtung eines Kohäsions-Finanzinstruments (ABl. Nr. L 79 vom 1. 4. 1993, S. 74). Verordnung (EG) Nr. 566/94 des Rates vom 10. März 1994 zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung (EWG) Nr. 792/93 zur Errichtung eines Kohäsions-Finanzinstruments (ABl. Nr. L 72 vom 16. 3. 1994, S. 1). Verordnung (EG) Nr. 1164/94 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds (ABl. Nr. L 130 vom 25. 5. 1994, S. 1). Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zum Umweltschutz zu beachten, um den Kohäsionsfonds in Anspruch nehmen zu können. Alle im Rahmen des Kohäsionsfonds finanzierten Projekte müssen Gegenstand eines Umweltverträglichkeitsgutachtens sein; die dafür zuständigen Umweltbehörden und -organisationen müssen angegeben werden. Gemäß Artikel 130r des EG-Vertrags müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden. Die Mittel für die Strukturfonds können daher nur verwendet werden, wenn die aus diesen Fonds finanzierten Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verträge und der aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakte, insbesondere denjenigen über den Umweltschutz, im Einklang stehen, wie dies Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vorschreibt. Diesen Maßnahmen sollte gemäß den Grundsätzen, die in der Absichtserklärung der Kommission vom 8. Dezember 1995 enthalten sind, ein Kommentar über die Umweltverträglichkeit beigefügt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 443 700 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 771 142 318	889 000 000	352 600 000	212 000 000	190 900 000	126 642 318
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 151 700 000	860 700 000	588 400 000	310 000 000	278 600 000	114 000 000
Mittel 1996	2 443 700 000		978 000 000	586 000 000	312 000 000	567 700 000
Insgesamt	6 366 542 318	1 749 700 000	1 919 000 000	1 108 000 000	781 500 000	808 342 318

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-3 0 — KOHÄSIONSFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-3 0 1	***Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Bereich des Kohäsionsfonds***						
	Getrennte Mittel	300 000	300 000	p.m. (1)	p.m. (1)		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	2 444 000 000	1 919 300 000	2 151 700 000	1 749 700 000	1 853 083 739,—	915 992 723,—
	KAPITEL B2-3 0 INSGESAMT	2 444 000 000	1 919 300 000	2 151 700 000	1 749 700 000	1 853 083 739,—	915 992 723,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	2 444 000 000	1 919 300 000	2 151 700 000	1 749 700 000	1 853 083 739,—	915 992 723,—
	Titel B2-3 insgesamt	**2 444 000 000**	**1 919 300 000**	**2 151 700 000**	**1 749 700 000**	**1 853 083 739,—**	**915 992 723,—**

(1) Mittel in Höhe von 300 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-3 0 — KOHÄSIONSFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-3 0 1	Schlußfolgerungen des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates vom 19. Juni 1995 zur Betrugsbekämpfung und Arbeitsprogramm für 1995 (Dok. 8132/95 Presse 193). Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten seitens der Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung sowie zur Deckung der Kosten der von der Dienststelle durchgeführten Kontrollen durch alle geeigneten Mittel und insbesondere durch Kontrollen vor Ort, um nicht gerechtfertigte Zahlungen zu vermeiden. Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament bis spätestens 15. September 1996 einen Bericht über den Stand und die konkreten, im einzelnen geltenden Modalitäten für die Verwendung der Mittel. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 300 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	300 000 (1)	300 000				
Mittel 1996	300 000		300 000			
Insgesamt	600 000	300 000 (1)	300 000			

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-4

STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B2-4 0 — STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-4 0						
B2-4 0 0	***Struktur- und Kohäsionsausgaben im Zusammenhang mit dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union***						
	Getrennte Mittel	—	p.m.	p.m.	p.m. (1)		
B2-4 0 1	***Ausgaben für den EWR-Finanzmechanismus im Zusammenhang mit dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union***						
	Getrennte Mittel	108 000 000	108 000 000	p.m. (2)	p.m. (2)		

(1) Mittel in Höhe von 381 450 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 108 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-4

STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B2-4 0 — STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-4 0 0

Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens.

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (ABl. Nr. C 331 vom 7. 12. 1993, S. 1), insbesondere Punkt 24.

Beschluß des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1994 zur Anpassung der Finanziellen Vorausschau im Anhang zur Interinstitutionellen Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (ABl. Nr. C 395 vom 31. 12. 1994, S. 1).

Dieser Artikel soll den neuen Ländern ab Inkrafttreten der Beitrittsakte (1. Januar 1995) die Finanzierung der Struktur- und Kohäsionsausgaben der Europäischen Union gestatten.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	381 450 000				
Mittel 1996	—		p.m.			
Insgesamt	p.m.	381 450 000 (1)	p.m.			

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B2-4 0 1

Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens.

Kooperationsabkommen vom 30. Juni 1992 zwischen der EFTA und der EIB.

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (ABl. Nr. C 331 vom 7. 12. 1993, S. 1), insbesondere Punkt 24.

Beschluß des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1994 zur Anpassung der Finanziellen Vorausschau im Anhang zur Interinstitutionellen Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (ABl. Nr. C 395 vom 31. 12. 1994, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-4 0 — STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	108 000 000	108 000 000	p.m.	p.m.		
	KAPITEL B2-4 0 INSGESAMT	108 000 000	108 000 000	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	108 000 000	108 000 000	p.m.	p.m.		
	Titel B2-4 insgesamt	**108 000 000**	**108 000 000**	**p.m.**	**p.m.**		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-4 0 — STRUKTUR- UND KOHÄSIONSAUSGABEN UND AUSGABEN FÜR DEN FINANZMECHANISMUS IM HINBLICK AUF DEN BEITRITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-4 0 1	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel soll in den neuen Ländern ab Inkrafttreten der Beitrittsakte (1. Januar 1995) die Finanzierung der Ausgaben für den Finanzmechanismus der Europäischen Union decken.

Er ist auch dazu bestimmt, zusätzlich die Beteiligung der Europäischen Union an den Ausgaben für den „Liaison Officer" gemäß Artikel 7 des Kooperationsabkommens EFTA-EIB vom 30. Juni 1992 zu decken. Dieser Bedienstete hat die Aufgabe, die erforderliche Koordinierung und Beratung zwischen den verschiedenen betroffenen Parteien (Beitragszahler, EIB und Begünstigten) zu gewährleisten, um die vom Ausschuß für den Finanzierungsmechanismus getroffenen Entscheidungen über die Gewährung von Subventionen vorzubereiten und durchzuführen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 108 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	108 000 000 (1)	108 000 000				
Mittel 1996	108 000 000		108 000 000			
Insgesamt	216 000 000	108 000 000 (1)	108 000 000			

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-5

SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-5 1						
B2-5 1 0	***Verwirklichung des Binnenmarktes im Bereich Landwirtschaft***						
B2-5 1 0 0	Programme zur Tilgung und Überwachung von Seuchen Getrennte Mittel	66 300 000	62 200 000	109 000 000	74 000 000	103 190 000,—	51 700 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-5

SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der Finanzierung der Maßnahmen bestimmt, die zur Verwirklichung des Binnenmarktes im Bereich des inner- und außergemeinschaftlichen Handels mit Tieren, Pflanzen und deren Folgeerzeugnissen unerläßlich sind.
B2-5 1 0 0	Entscheidung 80/1096/EWG des Rates vom 11. November 1980 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Ausmerzung der klassischen Schweinepest (ABl. Nr. L 325 vom 1. 12. 1980, S. 5), zuletzt geändert durch die Entscheidung 91/686/EWG (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1991, S. 15). Entscheidung 86/649/EWG des Rates vom 16. Dezember 1986 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest in Portugal (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1986, S. 5), geändert durch die Entscheidung 89/577/EWG (ABl. Nr. L 322 vom 7. 11. 1989, S. 21). Entscheidung 86/650/EWG des Rates vom 16. Dezember 1986 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest in Spanien (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1986, S. 9). Entscheidung 87/58/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Einführung einer ergänzenden Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der Brucellose, Tuberkulose und Leukose der Rinder (ABl. Nr. L 24 vom 27. 1. 1987, S. 51). Entscheidung 89/145/EWG des Rates vom 20. Februar 1989 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der infektiösen Pleuropneumonie der Rinder in Portugal (ABl. Nr. L 53 vom 25. 2. 1989, S. 55). Entscheidung 89/455/EWG des Rates vom 24. Juli 1989 über eine Gemeinschaftsmaßnahme zur Aufstellung von Pilotprogrammen zur Tilgung oder Verhütung von Tollwut (ABl. Nr. L 223 vom 2. 8. 1989, S. 19). Entscheidung 90/217/EWG des Rates vom 25. April 1990 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest auf Sardinien (ABl. Nr. L 116 vom 8. 5. 1990, S. 24). Entscheidung 90/242/EWG des Rates vom 21. Mai 1990 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der Brucellose der Schafe und Ziegen (ABl. Nr. L 140 vom 1. 6. 1990, S. 123). Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19) zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG der Kommission (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31). Entscheidung 90/495/EWG des Rates vom 24. September 1990 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der infektiösen hämatopoetischen Nekrose der Salmoniden in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 276 vom 6. 10. 1990, S. 37). Richtlinie 92/117/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 über Maßnahmen zum Schutz gegen bestimmte Zoonosen bzw. ihre Erreger bei Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs zur Verhütung lebensmittelbedingter Infektionen und Vergiftungen (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 38).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	Sonstige Maßnahmen im Veterinärbereich						
	Getrennte Mittel	10 000 000	6 200 000	14 800 000	10 840 000	8 330 000,—	5 587 525,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-51 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 0	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 66 300 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	118 324 000	34 000 000	20 700 000	20 000 000	30 000 000	13 624 000
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	109 000 000	40 000 000	21 000 000	30 000 000	18 000 000	
Mittel 1996	66 300 000		20 500 000	20 000 000	20 000 000	5 800 000
Insgesamt	293 624 000	74 000 000	62 200 000	70 000 000	68 000 000	19 424 000

B2-5 1 0 1

Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964, S. 1977/64), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/25/EG (ABl. Nr. L 243 vom 11. 10. 1995, S. 16).

Richtlinie 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 über die gesundheitlichen Bedingungen für die Gewinnung und das Inverkehrbringen von frischem Fleisch (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964, S. 2012/64), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/23/EG (ABl. Nr. L 243 vom 11. 10. 1995, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 26), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1287/95 (ABl. Nr. L 125 vom 8. 6. 1995, S. 1), insbesondere Artikel 9.

Richtlinie 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971 zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim Handelsverkehr mit frischem Geflügelfleisch (ABl. Nr. L 55 vom 8. 3. 1971, S. 23), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/116/EWG (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 1).

Richtlinie 72/462/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung viehseuchenrechtlicher und gesundheitlicher Fragen bei der Einfuhr von Rindern und Schweinen und von frischem Fleisch aus Drittländern (ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972, S. 28), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13).

Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Untersuchung von frischem Schweinefleisch auf Trichinen bei der Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 67), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/321/EWG (ABl. Nr. L 133 vom 17. 5. 1989, S. 33).

Richtlinie 77/99/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Fleischerzeugnissen (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 85), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/118/EWG (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 49).

Richtlinie 80/217/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 über Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest (ABl. Nr. L 47 vom 21. 2. 1980, S. 11), zuletzt geändert durch die Entscheidung 93/384/EWG (ABl. Nr. L 166 vom 8. 7. 1993, S. 34).

Richtlinie 81/602/EWG des Rates vom 31. Juli 1981 über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 222 vom 7. 8. 1981, S. 32).

Entscheidung 81/859/EWG des Rates vom 19. Oktober 1981 über die Bestimmung und Arbeitsweise eines Verbindungslaboratoriums für die klassische Schweinepest (ABl. Nr. L 319 vom 7. 11. 1981, S. 20), verlängert durch die Entscheidung 87/65/EWG (ABl. Nr. L 34 vom 5. 2. 1987, S. 54).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	***(Fortsetzung)***
B2-5 1 0 1	***(Fortsetzung)***
	Richtlinie 82/894/EWG des Rates vom 21. Dezember 1982 über die Mitteilung von Viehseuchen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1982, S. 58), zuletzt geändert durch die Entscheidung 92/450/EWG der Kommission (ABl. Nr. L 248 vom 28. 8. 1992, S. 77). Richtlinie 85/358/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 zur Ergänzung der Richtlinie 81/602/EWG über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 191 vom 23. 7. 1985, S. 46), zuletzt geändert durch die Entscheidung 89/358/EWG (ABl. Nr. L 151 vom 3. 6. 1989, S. 39). Richtlinie 85/397/EWG des Rates vom 5. August 1985 zur Regelung gesundheitlicher und tierseuchenrechtlicher Fragen im innergemeinschaftlichen Handel mit wärmebehandelter Milch (ABl. Nr. L 226 vom 24. 8. 1985, S. 13), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/165/EWG (ABl. Nr. L 61 vom 4. 3. 1989, S. 57). Entscheidung 85/446/EWG der Kommission vom 18. September 1985 über die beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch an Ort und Stelle vorzunehmenden Kontrollen (ABl. Nr. L 260 vom 2. 10. 1985, S. 19), zuletzt geändert durch die Entscheidung 90/11/EWG (ABl. Nr. L 7 vom 10. 1. 1990, S. 12). Richtlinie 85/511/EWG des Rates vom 18. November 1985 zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (ABl. Nr. L 315 vom 26. 11. 1985, S. 11), zuletzt geändert durch die Entscheidung 92/380/EWG der Kommission (ABL. Nr. L 198 vom 17. 7. 1992, S. 54). Richtlinie 85/649/EWG des Rates vom 31. Dezember 1985 zum Verbot des Gebrauchs von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung im Tierbereich (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1985, S. 228). Richtlinie 86/113/EWG des Rates vom 25. März 1986 zur Festsetzung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen in Käfigbatteriehaltungen (ABl. Nr. L 95 vom 10. 4. 1986, S. 45). Entscheidung 86/474/EWG der Kommission vom 11. September 1986 zur Durchführung tierärztlicher Kontrollen an Ort und Stelle im Rahmen der Regelung über die Einfuhr von Rindern und Schweinen und frischem Fleisch aus Drittländern (ABl. Nr. L 279 vom 30. 9. 1986, S. 55). Richtlinie 86/469/EWG des Rates vom 16. September 1986 über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände (ABl. Nr. L 275 vom 26. 9. 1986, S. 36). Entscheidung 87/65/EWG des Rates vom 19. Januar 1987 zur Verlängerung der in der Entscheidung 81/859/EWG über die Bestimmung und Arbeitsweise eines Verbindungslaboratoriums für die klassische Schweinepest vorgesehenen Maßnahme (ABl. Nr. L 34 vom 5. 2. 1987, S. 54). Richtlinie 88/407/EWG des Rates vom 14. Juni 1988 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Anforderungen an den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit gefrorenem Samen von Rindern und an dessen Einfuhr (ABl. Nr. L 194 vom 22. 7. 1988, S. 10), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/60/EWG (ABl. Nr. L 186 vom 28. 7. 1993, S. 28). Richtlinie 88/657/EWG des Rates vom 14. Dezember 1988 zur Festlegung der für die Herstellung und den Handelsverkehr geltenden Anforderungen an Hackfleisch, Fleisch in Stücken von weniger als 100 g und Fleischzubereitungen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/433/EWG, 71/118/EWG und 72/462/EWG (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1988, S. 3). Entscheidung 89/187/EWG des Rates vom 6. März 1989 zur Festlegung der Befugnisse und Betriebsbedingungen der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien nach der Richtlinie 86/469/EWG über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände (ABl. Nr. L 66 vom 10. 3. 1989, S. 37). Richtlinie 89/437/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 zur Regelung hygienischer und gesundheitlicher Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Eiprodukten (ABl. Nr. L 212 vom 22. 7. 1989, S. 87), geändert durch die Richtlinie 91/684/EWG (ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1991, S. 38). Entscheidung 89/455/EWG des Rates vom 24. Juli 1989 über eine Gemeinschaftsmaßnahme zur Aufstellung von Pilotprogrammen zur Tilgung oder Verhütung der Tollwut (ABl. Nr. L 223 vom 2. 8. 1989, S. 19). Entscheidung 89/531/EWG des Rates vom 25. September 1989 zur Bestimmung eines Bezugslabors für die Identifizierung des Maul- und Klauenseuchevirus und zur Festlegung von Funktion und Aufgaben dieses Labors (ABl. Nr. L 279 vom 28. 9. 1989, S. 32). Richtlinie 89/556/EWG des Rates vom 25. September 1989 über viehseuchenrechtliche Fragen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Embryonen von Hausrindern und ihrer Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/52/EWG (ABl. Nr. L 175 vom 19. 7. 1993, S. 21). Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19), zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*
	Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Regelung der veterinärrechtlichen und tierzüchterischen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen im Hinblick auf den Binnenmarkt (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 29), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/118/EWG (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 49).
	Richtlinie 90/426/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Verbringen von Equiden und für ihre Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 42), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/36/EWG (ABl. Nr. L 157 vom 10. 6. 1992, S. 28).
	Richtlinie 90/427/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierzüchterischen und genealogischen Vorschriften für den innergemeinschaftlichen Handel mit Equiden (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 55).
	Richtlinie 90/428/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über den Handel mit Sportpferden und zur Festlegung der Bedingungen für die Teilnahme an pferdesportlichen Veranstaltungen (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 60).
	Richtlinie 90/429/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Anforderungen an den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Samen von Schweinen und an dessen Einfuhr (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 62).
	Richtlinie 90/539/EWG des Rates vom 15. Oktober 1990 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit Geflügel und Bruteiern und für ihre Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 303 vom 31. 10. 1990, S. 6), geändert durch die Entscheidung 93/120/EG (ABl. Nr. L 340 vom 31. 12. 1993, S. 35).
	Richtlinie 90/667/EWG des Rates vom 27. November 1990 zum Erlaß veterinärrechtlicher Vorschriften für die Beseitigung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Abfälle und zum Schutz von Futtermitteln tierischen Ursprungs, auch aus Fisch, gegen Krankheitserreger sowie zur Änderung der Richtlinie 90/425/EWG (ABl. Nr. L 363 vom 27. 12. 1990, S. 51).
	Richtlinie 91/495/EWG des Rates vom 27. November 1990 zur Regelung der gesundheitlichen und tierseuchenrechtlichen Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Kaninchenfleisch und Fleisch von Zuchtwild (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 41).
	Richtlinie 91/67/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 betreffend die tierseuchenrechtlichen Vorschriften für die Vermarktung von Tieren und anderen Erzeugnissen der Aquakultur (ABl. Nr. L 46 vom 19. 2. 1991, S. 1), geändert durch die Richtlinie 95/22/EG (ABl. Nr. L 243 vom 11. 10. 1995, S. 1).
	Richtlinie 91/68/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 zur Regelung tierseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Schafen und Ziegen (ABl. Nr. L 46 vom 19. 2. 1991, S. 19).
	Richtlinie 91/494/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit frischem Geflügelfleisch und für seine Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 35), geändert durch die Entscheidung 93/121/EG (ABl. Nr. L 340 vom 31. 12. 1993, S. 39).
	Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. Nr. L 230 vom 19. 8. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/36/EG der Kommission (ABl. Nr. L 172 vom 22. 7. 1995, S. 8).
	Richtlinie 91/492/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und Vermarktung lebender Muscheln (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 1).
	Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 56), zuletzt geändert durch die Entscheidung 92/527/EWG der Kommission (ABl. Nr. L 332 vom 18. 11. 1992, S. 22).
	Richtlinie 91/493/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und die Vermarktung von Fischereierzeugnissen (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 15).
	Richtlinie 91/497/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 zur Änderung und Kodifizierung der Richtlinie 64/433/EWG zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch zwecks Ausdehnung ihrer Bestimmungen auf die Gewinnung und das Inverkehrbringen von frischem Fleisch (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 69).
	Richtlinie 91/628/EWG des Rates vom 19. November 1991 über den Schutz von Tieren beim Transport (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 17), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/29/EG (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 52).
	Richtlinie 91/629/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 28).
	Richtlinie 91/630/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 33).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*
	Entscheidung 91/665/EWG des Rates vom 11. Dezember 1991 zur Bestimmung eines gemeinschaftlichen Koordinierungsinstituts für MKS-Impfstoffe und zur Festlegung seines Aufgabenbereichs (ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1991, S. 19).
	Richtlinie 92/35/EWG des Rates vom 29. April 1992 zur Festlegung von Kontrollregeln und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pferdepest (ABl. Nr. L 157 vom 10. 6. 1992, S. 19).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 18. Mai 1992, über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere (ABl. Nr. C 156 vom 23. 6. 1992, S. 11).
	Richtlinie 92/40/EWG des Rates vom 19. Mai 1992 mit Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest (ABl. Nr. L 167 vom 22. 6. 1992, S. 1).
	Richtlinie 92/45/EWG des Rates vom 16. Juni 1992 zur Regelung der gesundheitlichen und tierseuchenrechtlichen Fragen beim Erlegen von Wild und bei der Vermarktung von Wildfleisch (ABl. Nr. L 268 vom 14. 9. 1992, S. 35).
	Richtlinie 92/46/EWG des Rates vom 16. Juni 1992 mit Hygienevorschriften für die Herstellung und Vermarktung von Rohmilch, wärmebehandelter Milch und Erzeugnissen auf Milchbasis (ABl. Nr. L 268 vom 14. 9. 1992, S. 1).
	Richtlinie 92/65/EWG des Rates vom 13. Juli 1992 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den Handel mit Tieren, Samen, Eizellen und Embryonen in der Gemeinschaft sowie für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Abschnitt I der Richtlinie 90/425/EWG unterliegen (ABl. Nr. L 268 vom 14. 9. 1992, S. 54).
	Entscheidung 92/438/EWG des Rates vom 13. Juli 1992 über die Informatisierung der veterinärmedizinischen Verfahren bei der Einfuhr (SHIFT-Projekt), zur Änderung der Richtlinien 90/675/EWG, 91/496/EWG und 91/628/EWG sowie der Entscheidung 90/424/EWG und zur Aufhebung der Entscheidung 88/192/EWG (ABl. Nr. L 243 vom 25. 8. 1992, S. 27).
	Richtlinie 92/66/EWG des Rates vom 14. Juli 1992 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Newcastle-Krankheit (ABl. Nr. L 260 vom 5. 9. 1992, S. 1).
	Entscheidung 92/608/EWG des Rates vom 14. November 1992 zur Festlegung von Analyse- und Testverfahren für wärmebehandelte Milch, die zum unmittelbaren Genuß durch Menschen bestimmt ist (ABl. Nr. L 407 vom 31. 12. 1992, S. 29).
	Richtlinie 92/117/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 über Maßnahmen zum Schutz gegen bestimmte Zoonosen bzw. Erreger bei Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs zur Verhütung lebensmittelbedingter Infektionen und Vergiftungen (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 38).
	Richtlinie 92/118/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 über die tierseuchenrechtlichen und gesundheitlichen Bedingungen für den Handel mit Erzeugnissen tierischen Ursprungs in der Gemeinschaft sowie für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Kapitel I der Richtlinie 89/662/EWG und — in bezug auf Krankheitserreger — der Richtlinie 90/425/EWG unterliegen (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 49).
	Richtlinie 92/119/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 mit allgemeinen Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung bestimmter Tierseuchen sowie besonderen Maßnahmen bezüglich der vesikulären Schweinekrankheit (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 69).
	Entscheidung 93/383/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über die Referenzlaboratorien für die Kontrolle mariner Biotoxine (ABl. Nr. L 166 vom 8. 7. 1993, S. 31).
	Richtlinie 93/53/EWG des Rates vom 24. Juni 1993 zur Festlegung von Mindestmaßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung bestimmter Fischseuchen (ABl. Nr. L 175 vom 19. 7. 1993, S. 23).
	Richtlinie 93/119/EG des Rates vom 22. Dezember 1993 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung (ABl. Nr. L 340 vom 31. 12. 1993, S. 21).
	Entscheidung 94/371/EG des Rates vom 20. Juni 1994 zur Festlegung spezifischer Hygienevorschriften für die Vermarktung bestimmter Eierkategorien (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 34).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 26. September 1994, zur Festlegung von Mindestmaßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Muschelkrankheiten (ABl. Nr. C 285 vom 13. 10. 1994, S. 9).
	Richtlinie 94/65/EG des Rates vom 14. Dezember 1994 zur Festlegung von Vorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Hackfleisch/Faschiertem und Fleischzubereitungen (ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1994, S. 10).
	Veranschlagt sind Mittel für eine Beteiligung der Gemeinschaft an den Maßnahmen zur Beseitigung der Hemmnisse für den freien Warenverkehr in diesen Bereichen, sowie für Unterstützungs- und Begleitmaßnahmen im Veterinärbereich.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 2	Interventionen im Pflanzenschutzbereich Getrennte Mittel	1 800 000	1 300 000	2 000 000	1 350 000	1 386 148,—	915 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 916 000	6 716 000	1 066 000	1 500 000	1 634 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	14 800 000	4 124 000	4 800 000	4 500 000	1 376 000	
Mittel 1996	10 000 000		334 000	3 246 269	3 059 701	3 360 030
Insgesamt	35 716 000	10 840 000	6 200 000	9 246 269	6 069 701	3 360 030

B2-5 1 0 2 *Pflanzliches Vermehrungsgut*

Richtlinie 66/400/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2289/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2298/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/19/EWG der Kommission (ABl. Nr. L 104 vom 22. 4. 1992, S. 61).

Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2309/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 66/403/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2320/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/108/EG der Kommission (ABl. Nr. L 319 vom 21. 12. 1993, S. 39).

Richtlinie 66/404/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit forstwirtschaftlichem Vermehrungsgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2326/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. Nr. L 93 vom 17. 4. 1968, S. 15), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 69/208/EWG des Rates vom 30. Juni 1969 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. Nr. L 169 vom 10. 7. 1969, S. 3), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/107/EWG (ABl. Nr. L 16 vom 25. 1. 1993, S. 1).

Richtlinie 70/457/EWG des Rates vom 29. September 1970 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 7), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 71/161/EWG des Rates vom 30. März 1971 über die Normen für die äußere Beschaffenheit von forstlichem Vermehrungsgut für den Verkehr innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 87 vom 17. 4. 1971, S. 14), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 2	*(Fortsetzung)*
	Richtlinie 91/682/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Zierpflanzenarten (ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1991, S. 21).
	Richtlinie 92/33/EWG des Rates vom 28. April 1992 über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut (ABl. Nr. L 157 vom 10. 6. 1992, S. 1).
	Richtlinie 92/34/EWG des Rates vom 28. April 1992 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. Nr. L 157 vom 10. 6. 1992, S. 10).
	Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. Nr. L 227 vom 1. 9. 1994, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie (EG) Nr. 2506/95 (ABl. Nr. L 258 vom 28. 10. 1995, S. 3).
	Pflanzenschutz
	Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 20), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/110/EG der Kommission (ABl. Nr. L 303 vom 10. 12. 1993, S. 19).
	Richtlinie 80/665/EWG des Rates vom 24. Juni 1980 zur Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel (ABl. Nr. L 180 vom 14. 7. 1980, S. 30).
	Richtlinie 91/683/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Änderung der Richtlinie 77/93/EWG über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse in die Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1991, S. 29).
	Richtlinie 93/85/EWG des Rates vom 4. Oktober 1993 zur Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel (ABl. Nr. L 259 vom 18. 10. 1993, S. 1).
	Pflanzenschutzmittel und Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln
	Richtlinie 76/895/EWG des Rates vom 23. November 1976 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 340 vom 9. 12. 1976, S. 26), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/58/EWG (ABl. Nr. L 211 vom 23. 8. 1993, S. 6).
	Richtlinie 79/117/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über das Verbot des Inverkehrbringens und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die bestimmte Wirkstoffe enthalten (ABl. Nr. L 33 vom 8. 2. 1979, S. 36), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/188/EWG (ABl. Nr. L 92 vom 13. 4. 1991, S. 42).
	Richtlinie 86/362/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Getreide (ABl. Nr. L 221 vom 7. 8. 1986, S. 37), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/29/EG (ABl. Nr. L 189 vom 23. 7. 1994, S. 67).
	Richtlinie 86/363/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Lebensmitteln tierischen Ursprungs (ABl. Nr. L 221 vom 7. 8. 1986, S. 43), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/29/EG (ABl. Nr. L 189 vom 23. 7. 1994, S. 67).
	Richtlinie 90/642/EWG des Rates vom 27. November 1990 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 350 vom 14. 12. 1990, S. 71), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/30/EG (ABl. Nr. L 189 vom 23. 7. 1994, S. 70).
	Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. Nr. L 230 vom 19. 8. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/36/EG der Kommission (ABl. Nr. L 172 vom 22. 7. 1995, S. 8).
	Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 der Kommission vom 11. September 1992 mit Durchführungsbestimmungen für die erste Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. Nr. L 366 vom 15. 12. 1992, S. 10).
	Richtlinie 94/43/EG des Rates vom 27. Juli 1994 zur Festlegung des Anhangs VI der Richtlinie 91/414/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. Nr. L 227 vom 1. 9. 1994, S. 31).
	Futtermittel
	Richtlinie 70/373/EWG des Rates vom 20. Juli 1970 über die Einführung gemeinschaftlicher Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 170 vom 3. 8. 1970, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1985, S. 8).
	Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (ABl. Nr. L 270 vom 14. 12. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/37/EG der Kommission (ABl. Nr. L 172 vom 22. 7. 1995, S. 21).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 4	Büro für Veterinär- und Pflanzenschutzinspektion Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 2	*(Fortsetzung)*

Richtlinie 74/63/EWG des Rates vom 17. Dezember 1973 über unerwünschte Stoffe und Erzeugnisse in der Tierernährung (ABl. Nr. L 38 vom 11. 2. 1974, S. 31), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/74/EWG (ABl. Nr. L 237 vom 22. 9. 1993, S. 23).

Richtlinie 77/101/EWG des Rates vom 23. November 1976 über den Verkehr mit Einzelfuttermitteln (ABl. Nr. L 32 vom 3. 2. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 79/373/EWG des Rates vom 2. April 1979 über den Verkehr mit Mischfuttermitteln (ABl. Nr. L 86 vom 6. 4. 1979, S. 30), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/74/EWG (ABl. Nr. L 237 vom 22. 9. 1993, S. 23).

Richtlinie 82/471/EWG des Rates vom 30. Juni 1982 über bestimmte Erzeugnisse für die Tierernährung (ABl. Nr. L 213 vom 21. 7. 1982, S. 8), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/33/EG der Kommission (ABl. Nr. L 167 vom 18. 7. 1995, S. 17).

Richtlinie 93/74/EWG des Rates vom 13. September 1993 über Futtermittel für besondere Ernährungszwecke (ABl. Nr. L 237 vom 22. 9. 1993, S. 23).

Richtlinie 93/113/EG des Rates vom 14. Dezember 1993 über die Verwendung und Vermarktung von Enzymen, Mikroorganismen und deren Zubereitungen in der Tierernährung (ABl. Nr. L 334 vom 31. 12. 1993, S. 17).

Richtlinie 95/53/EG des Rates vom 25. Oktober 1995, mit Regeln für die Durchführung der amtlichen Futtermittelkontrolle (ABl. Nr. L 265 vom 8. 11. 1995, S. 17).

Ökologischer Landbau

Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (ABl. Nr. L 198 vom 22. 7. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1935/95 (ABl. Nr. L 186 vom 5. 8. 1995, S. 1).

Veranschlagt sind Mittel für eine Beteiligung der Gemeinschaft an den Maßnahmen zur Durchführung der in den vorgenannten Regelungen vorgesehenen Maßnahmen durch die Kommission und/oder die Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen zur Beseitigung der Hemmnisse für den freien Warenverkehr in diesen Bereichen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 300 000	630 000	300 000	300 000	70 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	720 000	500 000	500 000	280 000	
Mittel 1996	1 800 000		500 000	500 000	500 000	300 000
Insgesamt	5 100 000	1 350 000	1 300 000	1 300 000	850 000	300 000

B2-5 1 0 4

Dok. SEK(91) 2413/2 bis 4 und SEK(91) 2421 (KOM(91) PV1087), genehmigt durch Entscheidung der Kommission vom 18. Februar 1991.

Der Europäische Rat von Brüssel hat am 29. Oktober 1993 beschlossen, daß dieses Büro für Veterinär- und Pflanzenschutzinspektion seinen Sitz in Dublin haben wird, ohne die Einzelheiten oder das Datum des Umzugs festzulegen.

Die in diesem Posten vorgesehenen Mittel müssen es dem Büro erlauben, die in den verschiedenen Gemeinschaftsregelungen vorgesehenen Veterinär- und Pflanzenschutzinspektionen durchzuführen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 4	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 5	Maßnahmen in Gebieten in extremer Randlage Getrennte Mittel	2 500 000	1 500 000	2 500 000	2 000 000	1 500 000,—	902 980,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 4	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

B2-5 1 0 5

Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19), zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31).

Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zum Erlaß von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras (ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1).

Entscheidung 93/522/EWG der Kommission vom 30. September 1993 zur Festlegung der für eine Finanzierung durch die Gemeinschaft in Betracht kommenden Maßnahmen im Rahmen der Programme zur Bekämpfung der Schadorganismen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in den französischen überseeischen Departements sowie auf den Azoren und Madeira (ABl. Nr. L 251 vom 8. 10. 1993, S. 35).

Entscheidung 93/542/EWG der Kommission vom 11. Oktober 1993 über einen Beitrag der Gemeinschaft zur Finanzierung von Programmen für die Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements für das Jahr 1993 (ABl. Nr. L 264 vom 23. 10. 1993, S. 53).

Entscheidung 93/674/EWG der Kommission vom 7. Dezember 1993 über einen Beitrag der Gemeinschaft zur Finanzierung von Programmen für die Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnisse zugunsten von Madeira für das Jahr 1993 (ABl. Nr. L 314 vom 16. 12. 1993, S. 44).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 5	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 6	Dringlichkeitsfonds für den Veterinärbereich Getrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	27 380 000,—	26 266 000,—
	Artikel B2-5 1 0 insgesamt	85 600 000	76 200 000	133 300 000	93 190 000	141 786 148,—	85 371 505,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 5	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 388 527	500 000	500 000	388 527		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 500 000	1 500 000	500 000	500 000		
Mittel 1996	2 500 000		500 000	714 286	1 285 714	
Insgesamt	6 388 527	2 000 000	1 500 000	1 602 813	1 285 714	

B2-5 1 0 6

Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19), zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31), insbesondere Kapitel 1.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 807 789	2 000 000	1 807 789			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	3 000 000	2 000 000			
Mittel 1996	5 000 000		1 192 211	3 807 789		
Insgesamt	13 807 789	5 000 000	5 000 000	3 807 789		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 1	***Kontrollen in der Landwirtschaft*** Getrennte Mittel	15 500 000 (1)	21 500 000	32 300 000	20 150 000	12 217 000,—	11 107 149,—

(1) Mittel in Höhe von 13 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1287/95 (ABl. Nr. L 125 vom 8. 6. 1995, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1208/81 des Rates vom 28. April 1981 zur Bestimmung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schlachtkörper ausgewachsener Rinder (ABl. Nr. L 123 vom 7. 5. 1981, S. 3), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1026/91 (ABl. Nr. L 106 vom 26. 4. 1991, S. 2). Verordnung (EWG) Nr. 2262/84 des Rates vom 17. Juli 1984 über Sondermaßnahmen für Olivenöl (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 11), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 593/92 (ABl. Nr. L 64 vom 10. 3. 1992, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3220/84 des Rates vom 13. November 1984 zur Bestimmung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schweineschlachtkörper (ABl. Nr. L 301 vom 20. 11. 1984, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3530/86 (ABl. Nr. L 326 vom 21. 11. 1986, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 1319/85 des Rates vom 23. Mai 1985 zur Verstärkung der Kontrollen der Anwendung der Gemeinschaftsregelung für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 137 vom 27. 5. 1985, S. 39). Verordnung (EWG) Nr. 2392/86 des Rates vom 24. Juli 1986 zur Einführung der gemeinschaftlichen Weinbaukartei (ABl. Nr. L 208 vom 31. 7. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1549/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 37). Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31). Verordnung (EWG) Nr. 2048/89 des Rates vom 19. Juni 1989 mit Grundregeln über die Kontrollen im Weinsektor (ABl. Nr. L 202 vom 14. 7. 1989, S. 32). Verordnung (EWG) Nr. 3650/90 des Rates vom 11. Dezember 1990 über Maßnahmen zur Verbesserung der Anwendung der gemeinsamen Qualitätsnormen für Obst und Gemüse in Portugal (ABl. Nr. L 362 vom 27. 12. 1990, S. 22). Verordnung (EWG) Nr. 2137/92 des Rates vom 23. Juli 1992 über das gemeinschaftliche Handelsklassenschema für Schafschlachtkörper und die gemeinschaftliche Standardqualität frischer oder gekühlter Schafschlachtkörper und zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung (EWG) Nr. 338/91 (ABl. Nr. L 214 vom 30. 7. 1992, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 461/93 des Rates vom 26. Februar 1993 mit Bestimmungen zum gemeinschaftlichen Handelsklassenschema für Schlachtkörper von Schafen (ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1993, S. 70). Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für vertragliche Kosten und Subventionen für die Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Einsatz der angemessenenen Kontrollinstrumente in verschiedenen Bereichen (Weinbau, Obst und Gemüse, Olivenöl usw.).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 1	*(Fortsetzung)*

Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Mitgliedstaaten und auf die einzelnen Maßnahmen:

Mitgliedstaaten	Weinbaukartei (Verordnung (EWG) Nr. 2392/86)	Obst und Gemüse Portugal (Verordnung (EWG) Nr. 3650/90)	Olivenölagentur (Verordnung (EWG) Nr. 2262/84)	Kontrollen und Analysen	Austausch von Kontroll-beamten	Insgesamt
Belgien	—	—	—	60 000	166 667	226 667
Dänemark	—	—	—	60 000	166 666	226 666
Deutschland	—	—	—	60 000	166 667	226 667
Griechenland	1 317 000	—	1 800 000	60 000	166 666	3 466 666
Spanien	1 625 000	—	3 000 000	60 000	166 667	5 226 667
Frankreich	1 950 000	—	—	60 000	166 667	2 626 667
Irland	—	—	—	60 000	166 666	226 666
Italien	5 492 000	—	6 300 000	60 000	166 667	13 286 667
Luxemburg	—	—	—	60 000	166 666	226 666
Niederlande	—	—	—	60 000	166 667	226 667
Österreich	—	—	—	60 000	166 667	226 667
Portugal	2 616 000	—	1 000 000	60 000	166 667	4 446 667
Finnland	—	—	—	60 000	166 666	226 666
Schweden	—	—	—	60 000	166 667	226 667
Vereinigtes Königreich	—	—	—	60 000	166 667	226 667
Insgesamt	13 000 000	—	12 100 000	900 000	2 500 000	28 500 000

Die Kommission vergleicht in ihren vierteljährlichen Berichten über die Ausführung des Haushaltsplans und in der Haushaltsrechnung für das Hauhaltsjahr 1994 die Verwendung der Mittel — aufgegliedert nach Mitgliedstaaten und Verordnungen — im Vergleich zu den vorstehenden Voranschlägen.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der die Ausgaben des EAGFL betreffenden Kontrollen, die die Kommission durch Einsatz aller Mittel durchführt, die zu Unrecht geleistete Zahlungen vermeiden können (insbesondere Kontrollen vor Ort), sowie zur Deckung der Kosten aufgrund der technischen Verbesserung der vorgenannten Kontrollen (Telematik, Fernaufklärung usw.).

Die Mittel decken auch die Kosten, in den Mitgliedstaaten Erhebungen und Kontrollen der Kommission durchzuführen, um die ordnungsgemäße Anwendung der Gemeinschaftsregelung zu überprüfen und eine einheitliche und ordnungsgemäße Anwendung der Vorschriften im Agrarbereich zu gewährleisten, insbesondere, wenn sie eine Gemeinschaftsfinanzierung umfassen (z.B. Einteilung der Schlachtkörper, Wassergehalt von Hähnchen, Einteilung der Rebflächen in Sorteneignungsgebiete usw.).

Veranschlagt werden zusätzlich 2 500 000 ECU für die Ausgaben zur Überwachung der Tierschutzbestimmungen bei Schlachtviehtransporten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

Dieser Artikel deckt außerdem die Kontrolle der Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, anhand aller Mittel, die zu Unrecht geleistete Zahlungen verhüten können.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 1	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 2	***Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen*** Getrennte Mittel	8 700 000	7 000 000	8 700 000	7 210 000	7 978 065,—	6 849 837,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-5 1 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	14 837 547	10 350 000	2 000 000	2 487 547		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	32 300 000	9 800 000	10 900 000	6 600 000	5 000 000	
Mittel 1996	28 500 000 (1)		8 600 000	9 600 000	5 300 000	5 000 000
Insgesamt	75 637 547	20 150 000	21 500 000	18 687 547	10 300 000	5 000 000

(1) Davon werden 13 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B2-5 1 2 Verordnung Nr. 79/65/EWG des Rates vom 15. Juni 1965 zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 109 vom 23. 6. 1965, S. 1859/65), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2801/95 (ABl. Nr. L 291 vom 6. 12. 1995, S. 3).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Pauschalvergütungen und der Entwicklung von Instrumenten für die Bearbeitung, Analyse und Verbreitung der Angaben und Ergebnisse der Buchführungen der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 700 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	8 550 438	4 318 750	4 231 688			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 700 000	2 891 250	568 312	5 240 438		
Mittel 1996	8 700 000		2 200 000	1 700 000	4 800 000	
Insgesamt	25 950 438	7 210 000	7 000 000	6 940 438	4 800 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 3	***Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen*** Getrennte Mittel	4 500 000	3 600 000	4 900 000	3 900 000	4 298 575,—	4 187 144,—
B2-5 1 4	***Ausbildung und Information*** Getrennte Mittel	5 500 000	5 500 000	3 300 000	3 300 000	3 279 355,—	3 286 275,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-5 1 3

Entscheidung 85/360/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 zur Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen in Griechenland (ABl. Nr. L 191 vom 23. 7. 1985, S. 53), zuletzt geändert durch die Entscheidung 92/582/EWG (ABl. Nr. L 394 vom 31. 12. 1992, S. 28).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Verbesserung der Landwirtschaftsstatistiksysteme in der Gemeinschaft;

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Durchführung von Erhebungen und statistischen oder wirtschaftlichen Studien im Bereich der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums und der Nutzung von Datenbanken geleistet wurden;

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Erstellung von Modellen für den Agrarsektor sowie kurz- und mittelfristiger Vorausschätzungen der Marktentwicklung und der Agrarstrukturen geleistet wurden;

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Durchführung von Maßnahmen zur Anwendung der Fernerkundung auf die statistischen Daten über die Landwirtschaft geleistet wurden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 827 901	2 720 000	1 107 901	1 000 000		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 900 000	1 180 000	1 770 000	1 000 000	950 000	
Mittel 1996	4 500 000		722 099	2 850 000	927 901	
Insgesamt	14 227 901	3 900 000	3 600 000	4 850 000	1 877 901	

B2-5 1 4

Veranschlagt sind Mittel, um durch einen Zuschuß einen Teil der Verwaltungs- und Betriebskosten (für Seminare, Verbreitung der Informationen, Austauschbesuche, Dolmetscher, usw.) zu decken, die durch die Ausbildungs- und Informationsmaßnahmen entstehen.

Diese Mittel sind auch zur Mitfinanzierung von Initiativen auf Gemeinschaftsebene und nationaler Ebene zur Verbesserung des Bildes der Landwirtschaft in der europäischen Bevölkerung sowie für die Finanzierung von Ausbildungs- und Informationsmaßnahmen und Studien bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 4	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 5	***Wälder*** Getrennte Mittel	23 500 000	18 500 000	22 000 000	16 900 000	18 999 856,—	11 990 946,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 4	*(Fortsetzung)*

Sie gliedern sich wie folgt auf:

— Europäische Vereinigung der berufsständischen Landjugendverbände (CEJA) und Programme für den Austausch junger Landwirte (PEJA)	1 000 000
— Landfrauenverbände	400 000
— Ausschuß der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen der Europäischen Gemeinschaft (COPA)	300 000
— Europäisches Zentrum zur Förderung der Ausbildung in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum (CEPFAR), ICA, REFAR und CEDIA	900 000
— Europäisches Netz zur Verbesserung der Koordinierung der nationalen und europäischen Tätigkeiten im Bereich der Biomasse	450 000
— Vereinigung kleiner Landwirte wie der Europäischen Vereinigung zur landwirtschaftlichen und ländlichen Ausbildung (AEFPR)	300 000
— Unterrichtung und Ausbildung der Arbeitnehmer, insbesondere Beteiligungen an Aktionen der Europäischen Föderation der agrarischen Gewerkschaften in der Gemeinschaft (EFA)	650 000
— Finanzierung eines telefonischen Informationsdienstes („SOS ländlicher Raum “)	1 500 000
Insgesamt	5 500 000

Die Kommission hält das Europäische Parlament auf dem laufenden über die Verwendung der Mittel und die angewandten Kriterien.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	905 781	905 781				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 300 000	2 394 219	905 781			
Mittel 1996	5 500 000		4 594 219	905 781		
Insgesamt	9 705 781	3 300 000	5 500 000	905 781		

B2-5 1 5

Verordnung (EWG) Nr. 3528/86 des Rates vom 17. November 1986 über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung (ABl. Nr. L 326 vom 21. 11. 1986, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2157/92 (ABl. Nr. L 217 vom 31. 7. 1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3529/86 des Rates vom 17. November 1986 über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Brände (ABl. Nr. L 326 vom 21. 11. 1986, S. 5), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1614/89 (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989, S. 10).

Verordnung (EWG) Nr. 1615/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Einführung eines Europäischen Informations- und Kommunikationssystems für die Forstwirtschaft (EFICS) (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989, S. 12), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 400/94 (ABl. Nr. L 54 vom 25. 2. 1994, S. 5).

Entscheidung 89/367/EWG des Rates vom 29. Mai 1989 zur Einsetzung eines Ständigen Forstausschusses (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989, S. 14).

Verordnung (EWG) Nr. 2158/92 des Rates vom 23. Juli 1992 zum Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Brände (ABl. Nr. L 217 vom 31. 7. 1992, S. 3).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 5	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 6	***Internationale Übereinkommen*** Getrennte Mittel	4 000 000	4 000 000	3 700 000	3 700 000	3 523 981,—	3 523 981,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 5	*(Fortsetzung)*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Kosten im Rahmen der Maßnahmen gegen Brände und Luftverschmutzung:

— der finanziellen Beteiligung an den Kosten für die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Vorhaben und Programme,

— der Kosten für die Einführung des Programms zur synthetischen Auswertung der erworbenen Kenntnisse über die Luftverschmutzung in den Wäldern und ihre Auswirkungen,

— der Maßnahmen zur Koordinierung, Bewertung und Begleitung der Aktionen, einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit der Durchführung der Entschließungen der Ministerialkonferenz von Straßburg (1990) zum Schutz der Wälder in Europa,

— der Brandverhütungsmaßnahmen,

— Finanzierung des Kuratoriums Historische Bäume Europas.

Im Rahmen des Europäischen Informations- und Kommunikationssystems für die Forstwirtschaft EFICS (European forestry information and communication system) sind diese Mittel auch für die Vertragskosten bei seiner Einführung und Anwendung sowie der Sammlung und Verbreitung der Informationen bestimmt.

Ferner veranschlagt sind bei diesem Artikel die Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung des Genfer Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, das die Gemeinschaft am 14. November 1979 unterzeichnet und am 15. Juli 1982 ratifiziert hat (Konzertiertes Internationales Programm zur Messung und Bewertung der Auswirkungen der Luftverunreinigung auf die Wälder).

Diese Mittel sind auch zur Schaffung eines koordinierten Löschsystems, insbesondere im südlichen Teil der Gemeinschaft, sowie zur Erstellung von Katastern der Waldregionen gedacht.

Diese Mittel sind auch dazu bestimmt, im Rahmen der Erhaltung und Sanierung der Wälder folgende Maßnahmen abzudecken:

— die Schaffung von Naturschutzgebieten, in denen die gesamte Bandbreite an Baumarten erhalten wird;

— die Durchführung von Programmen zur Wiederaufforstung entwaldeter Gebiete unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten;

— Maßnahmen zur Erhaltung der Überreste der Ökosysteme von alten Wäldern im Urzustand und im halbnatürlichen Zustand.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 23 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	48 163 616	13 500 000	10 500 000	10 500 000	7 000 000	6 500 000
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	22 000 000	3 400 000	3 100 000	7 000 000	7 000 000	1 500 000
Mittel 1996	23 500 000		4 900 000	3 311 364	7 477 273	7 811 363
Insgesamt	93 663 616	16 900 000	18 500 000	20 811 364	21 477 273	15 811 363

B2-5 1 6

Beschluß 86/304/EWG des Rates vom 25. Juni 1986 betreffend die Unterzeichnung des Weizenhandel-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen die Internationale Weizen-Übereinkunft 1986 bilden, sowie die Hinterlegung einer Erklärung über die vorläufige Anwendung dieser Übereinkommen (ABl. Nr. L 195 vom 17. 7. 1986, S. 1).

Beschluß 87/401/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 betreffend den Abschluß des Internationalen Übereinkommens von 1986 über Olivenöl und Tafeloliven (ABl. Nr. L 214 vom 4. 8. 1987, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 6	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 7	***Pflanzliche und tierische genetische Ressourcen*** Getrennte Mittel	2 500 000	1 000 000	3 500 000	1 600 000	17 340,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-5 1 6 *(Fortsetzung)*

Beschluß 91/367/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über den Abschluß des Weizenhandels-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen 1986 bilden, in der bis zum 30. Juni 1993 verlängerten Fassung (ABl. Nr. L 197 vom 20. 7. 1991, S. 43).

Beschluß 92/580/EWG des Rates vom 13. November 1992 über die Unterzeichnung und den Abschluß des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1992 (ABl. Nr. L 379 vom 23. 12. 1992, S. 15).

Beschluß 93/622/EG des Rates vom 16. November 1993 betreffend den Abschluß des Protokolls von 1993 zur Verlängerung des Internationalen Übereinkommens von 1986 über Olivenöl und Tafeloliven mit Änderungen des betreffenden Übereinkommens (ABl. Nr. L 298 vom 3. 12. 1993, S. 36).

Beschluß 94/109/EG des Rates vom 7. Februar 1994 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 1993 im Namen der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 52 vom 23. 2. 1994, S. 25).

Beschluß 94/570/EG des Rates vom 18. Juli 1994 über den Abschluß des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1994 (ABl. Nr. L 222 vom 26. 8. 1994, S. 1).

Mitteilung des Rates vom 29. Juni 1995 betreffend die vorläufige Anwendung des Internationalen Getreidehandels-Übereinkommens von 1995, bestehend aus der Vereinbarung über den Getreidehandel von 1995 und der Vereinbarung über die Nahrungsmittelhilfe von 1995 (ABl. Nr. C 204 vom 9. 8. 1995, S. 1).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Beitrags der Gemeinschaft zu den genannten Internationalen Übereinkommen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 700 000	3 700 000				
Mittel 1996	4 000 000		4 000 000			
Insgesamt	7 700 000	3 700 000	4 000 000			

B2-5 1 7 Verordnung (EG) Nr. 1467/94 des Rates vom 20. Juni 1994 über die Erhaltung, Beschreibung, Sammlung und Nutzung der genetischen Ressourcen der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 159 vom 28. 6. 1994, S. 1).

Diese Mittel sind dazu bestimmt, eine langfristig angelegte, beständige Politik im Bereich der genetischen Ressourcen zu konzipieren, die durch den öffentlichen und den privaten Sektor ermöglicht wird.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-5 2 — HANDWERKLICHE KÜSTENFISCHEREI

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 7	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	149 800 000	137 300 000	211 700 000	149 950 000	192 100 320,—	126 316 837,—
	KAPITEL B2-5 1 INSGESAMT	149 800 000	137 300 000	211 700 000	149 950 000	192 100 320,—	126 316 837,—
	KAPITEL B2-5 2						
B2-5 2 1	***Handwerkliche Küstenfischerei*** Getrennte Mittel	p.m.	1 000 000	3 000 000	2 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES, KONTROLLEN UND SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-5 2 — HANDWERKLICHE KÜSTENFISCHEREI

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-5 1 7 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	17 340	17 340				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 500 000	1 582 660	1 000 000	917 340		
Mittel 1996	2 500 000			1 571 429	928 571	
Insgesamt	6 017 340	1 600 000	1 000 000	2 488 769	928 571	

B2-5 2 1 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 1989 zur handwerklichen Fischerei (ABl. Nr. L 47 vom 27. 2. 1989, S. 173).

Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der handwerklichen Küstenfischerei für die benachteiligten Insel- und Küstenregionen der Gemeinschaft rechtfertigt diese Initiative im Rahmen der Strukturmaßnahmen der gemeinsamen Fischereipolitik zugunsten dieses Sektors gemäß der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 1989.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 2 — HANDWERKLICHE KÜSTENFISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	1 000 000	3 000 000	2 000 000		
	KAPITEL B2-5 2 INSGESAMT	p.m.	1 000 000	3 000 000	2 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 2 — HANDWERKLICHE KÜSTENFISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 2 1	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 000 000	2 000 000	1 000 000			
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	3 000 000	2 000 000	1 000 000			

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 3 — AUSGLEICHSZAHLUNG FÜR EINKOMMENSVERLUSTE DER LANDWIRTE INFOLGE DER AUSWIRKUNGEN DES GATT AUF DIE NOCH NICHT IN DIE REFORM DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINBEZOGENEN SEKTOREN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-5 3						
B2-5 3 0	***Ausgleichszahlung für Einkommensverluste der Landwirte infolge der Auswirkungen des GATT auf die noch nicht in die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik einbezogenen Sektoren***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.				
	KAPITEL B2-5 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	149 800 000	138 300 000	214 700 000	151 950 000	192 100 320,—	126 316 837,—
	Titel B2-5 insgesamt	**149 800 000**	**138 300 000**	**214 700 000**	**151 950 000**	**192 100 320,—**	**126 316 837,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-5 3 — AUSGLEICHSZAHLUNG FÜR EINKOMMENSVERLUSTE DER LANDWIRTE INFOLGE DER AUSWIRKUNGEN DES GATT AUF DIE NOCH NICHT IN DIE REFORM DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINBEZOGENEN SEKTOREN

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 3 0	*Neuer Artikel* Mit diesem Artikel sollen durch Subventionen und Erstattungen die Einkommensverluste der Erzeuger von Mittelmeererzeugnissen gedeckt werden, die von der Anwendung des GATT betroffen sind und für die die gemeinsamen Marktorganisationen keine Bewilligung für direkte Einkommensbeihilfen vorsehen. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-6

SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-6 0						
B2-6 0 0	***Förderung von Aktionen zur interregionalen Zusammenarbeit*** Getrennte Mittel	6 300 000	9 500 000	6 300 000	5 800 000	6 205 050,—	2 168 560,—
B2-6 0 1	***Unternehmens- und Innovationszentren*** Getrennte Mittel	8 500 000	7 900 000	8 500 000	6 100 000	7 906 916,—	4 142 115,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-6

SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-6 0 0

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 2.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. November 1985 zum Europa der Bürger (ABl. Nr. C 345 vom 31. 12. 1985, S. 27).

Beschluß 88/487/EWG der Kommission vom 24. Juni 1988 zur Einsetzung eines Beirats der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften (ABl. Nr. L 247 vom 6. 9. 1988, S. 23).

Mit diesen Mitteln sollen Aktionen zur Förderung der Zusammenarbeit, des Informationsaustauschs und der Kontakte zwischen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Gemeinschaft finanziert werden. Der Beirat der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften soll die Einleitung der Tätigkeiten dieser Art fördern, die von der Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit den interregionalen Verbänden wie dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und der Versammlung der Regionen Europas (VRE) durchzuführen sind.

Ein zusätzliches Ziel ist die Finanzierung von Studien und Pilotvorhaben über die dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung in den betreffenden Regionen.

Diese Mittel decken auch die Finanzierung der Arbeit der Gemeindebehörden in der Gemeinschaft sowie der Förderung des grenzüberschreitenden Erfahrungsaustauschs zwischen denselben Organisationen.

Das PACTE-Programm dient der Unterstützung der direkten Beteiligung kleiner lokaler Unternehmen an Netzverbindungen in der Europäischen Union.

Des weiteren sind in diesem Artikel die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen verbucht, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 300 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	9 682 631	3 800 000	3 000 000	1 791 000	873 000	218 631
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	6 300 000	2 000 000	2 400 000	1 100 000	570 000	230 000
Mittel 1996	6 300 000		4 100 000	2 200 000		
Insgesamt	22 282 631	5 800 000	9 500 000	5 091 000	1 443 000	448 631

B2-6 0 1

Diese Mittel sollen zur Finanzierung folgender Ausgaben beitragen:

— Kofinanzierung der Förderungsmaßnahmen, der Organisation und des Starts der von öffentlichen und privaten Einrichtungen in den genannten Gebieten getragenen Unternehmens- und Innovationszentren;

— Kofinanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Methoden und Betriebsverfahren der Zentren;

— Kofinanzierung von Maßnahmen zur Bereitstellung von Wagniskapital für die Zentren und finanzielle Unterstützung des europäischen Netzes von „Seed"-Kapitalfonds;

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-6 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-6 0 2	***Maßnahmen und Untersuchungen mit regionalem Charakter*** Getrennte Mittel	2 000 000	1 800 000	2 000 000	1 700 000	1 197 571,—	1 466 074,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-6 0 1 *(Fortsetzung)*

— finanzielle Unterstützung des europäischen Netzes, das zwischen den Zentren den Austausch von Erfahrungen und Methoden in bezug auf Begleitmaßnahmen für die Unternehmens- und Innovationszentren gewährleisten soll.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 417 883	4 800 000	3 000 000	2 670 000	1 556 000	391 883
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 500 000	1 300 000	4 300 000	1 100 000	1 130 000	670 000
Mittel 1996	8 500 000		600 000	7 900 000		
Insgesamt	29 417 883	6 100 000	7 900 000	11 670 000	2 686 000	1 061 883

B2-6 0 2

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 1986 zur Effizienz des nationalen regionalpolitischen Instrumentariums — Schlußfolgerungen für eine neue Regionalpolitik (ABl. Nr. C 227 vom 8. 9. 1986, S. 156).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 1988 zum Einsatz der Finanzinstrumente der Gemeinschaft bei der Sanierung des Stadtkerns von Palermo (ABl. Nr. C 187 vom 18. 7. 1988, S. 160).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 1988 zur Erhaltung des architektonischen Erbes von Lissabon (ABl. Nr. C 187 vom 18. 7. 1988, S. 163).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. Mai 1989 zu den Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes auf die sozio-ökonomische Lage der schwachen Regionen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 158 vom 26. 6. 1989, S. 360).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 1992 zum vierten periodischen Bericht der Kommission über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft: „Die Regionen in den 90er Jahren" (ABl. Nr. C 94 vom 13. 4. 1992, S. 309).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen der Raumordnung und der Untersuchungen, die für eine eingehende Analyse der regionalen Probleme auf Gemeinschaftsebene sowie ihrer Lösungen im Rahmen der gemeinschaftlichen Regionalpolitik, die den Grundsatz einer dauerhaften Entwicklung einschließt, erforderlich sind.

Sie sollen es der Kommission auch ermöglichen, in Abstimmung mit den Regionen beiderseits der Binnen- und Außengrenzen der Gemeinschaft die grenzübergreifende Koordinierung der Regionalentwicklung zu fördern, indem sie sich an der Finanzierung von Untersuchungen und Pilotaktionen beteiligt, die für die Vorbereitung von grenzübergreifenden Programmen erforderlich sind. Die Förderung soll Projekte in allen Bereichen erfassen, die bei der Verwirklichung des Binnenmarktes für die Bürger, Institutionen und Wirtschaft in den Grenzregionen sowie bezüglich des Umweltschutzes von besonderer Bedeutung sind.

Finanziert werden soll ferner die Beteiligung der Sozial- und Umweltpartner an der Durchführung der Regionalpolitik der Gemeinschaft durch die Unterstützung von Informationsmaßnahmen, Studien und Forschungsarbeiten.

Zielgruppe dieser Maßnahme sind die Mitgliedstaaten, die nationalen Behörden, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, Vertreter von Berufsverbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, Nichtregierungsorganisationen sowie Universitäten und Forschungsinstitute.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-6 0 2	*(Fortsetzung)*						
B2-6 0 4	***Beitrag der Gemeinschaft zum Internationalen Fonds für Irland*** Getrennte Mittel	20 000 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000	15 000 000,—	15 000 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-6 0 2 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 328 120	800 000	300 000	164 000	51 000	13 120
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	900 000	700 000	200 000	140 000	60 000
Mittel 1996	2 000 000		800 000	800 000	200 000	200 000
Insgesamt	5 328 120	1 700 000	1 800 000	1 164 000	391 000	273 120

B2-6 0 4 Verordnung (EG) Nr. 2687/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 über die Finanzbeiträge der Gemeinschaft zum Internationalen Fonds für Irland (ABl. Nr. L 286 vom 5. 11. 1994, S. 5).

Diese Mittel sollen es der Gemeinschaft ermöglichen, einen Beitrag zur Finanzierung des durch das britisch-irische Abkommen vom November 1985 eingerichteten Internationalen Fonds für Irland zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und zur Unterstützung der Kontakte, des Dialogs und der Versöhnung der irischen Bevölkerungsteile zu leisten.

Die im Rahmen des Internationalen Fonds für Irland durchgeführten Maßnahmen können die Aktivitäten ergänzen und unterstützen, die durch das neue Initiativprogramm zur Unterstützung des Friedensprozesses in beiden Teilen Irlands gefördert werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 20 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 000 000	3 000 000				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	20 000 000	17 000 000	3 000 000			
Mittel 1996	20 000 000		17 000 000	3 000 000		
Insgesamt	43 000 000	20 000 000	20 000 000	3 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-6 0 5	***Maßnahmen betreffend regionale Disparitäten im Bereich der Langzeitarbeitslosen***						
	Getrennte Mittel	p.m.	4 000 000	15 000 000	10 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	36 800 000	43 200 000	51 800 000	43 600 000	30 309 537,—	22 776 749,—
	KAPITEL B2-6 0 INSGESAMT	36 800 000	43 200 000	51 800 000	43 600 000	30 309 537,—	22 776 749,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-6 0 5	Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2083/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 34). Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.). Fünfter periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Gemeinschaft (KOM(94) 322 endg.). Diese Mittel dienen der Finanzierung von Modellvorhaben zugunsten von Langzeitarbeitslosen. Die Kommission muß Initiativen zur Bewertung der konkreten Auswirkungen von Maßnahmen finanzieren, die in großem Rahmen durchgeführt werden könnten. Zielgruppe dieser Initiative sollten Langzeitarbeitslose über vierzig Jahren sein, die seit über zwei Jahren arbeitslos sind. Sie wird insbesondere folgende Maßnahmen umfassen: — Ausbildungsmaßnahmen im Hinblick auf die Eingliederung in gemeinnützige Bereiche (Verwaltungen, Krankenhäuser usw.); — Ausbildungsmaßnahmen für bestimmte Fachgebiete, u.a. im Dienstleistungssektor. Sie muß ferner einen Abbau der regionalen Disparitäten im Beschäftigungsbereich ermöglichen. Der Haushaltsbehörde ist alle sechs Monate ein Bericht vorzulegen. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	15 000 000	10 000 000	4 000 000	1 000 000		
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	15 000 000	10 000 000	4 000 000	1 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 1 — RANDREGIONEN UND TÄTIGKEITEN IN SENSIBLEN BEREICHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-6 1						
B2-6 1 0	***PERIFRA (Randregionen und Tätigkeiten in sensiblen Bereichen)***						
	Getrennte Mittel	—	11 500 000	—	11 900 000	0,—	11 966 033,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	—	11 500 000	—	11 900 000	0,—	11 966 033,—
	KAPITEL B2-6 1 INSGESAMT	—	11 500 000	—	11 900 000	0,—	11 966 033,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	36 800 000	54 700 000	51 800 000	55 500 000	30 309 537,—	34 742 782,—
	Titel B2-6 insgesamt	**36 800 000**	**54 700 000**	**51 800 000**	**55 500 000**	**30 309 537,—**	**34 742 782,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-6 1 — RANDREGIONEN UND TÄTIGKEITEN IN SENSIBLEN BEREICHEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-6 1 0

Die außergewöhnlichen Ereignisse des Jahres 1990 hatten negative Auswirkungen, insbesondere für die Randregionen und Tätigkeiten in sensiblen Bereichen: dabei handelte es sich um die Aufnahme der neuen Bundesländer der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in die Gemeinschaft, die neuen Handelszugeständnisse an die begünstigten Länder im Rahmen des PHARE-Programms, die Umstellung der Militärstandorte im Zusammenhang mit den Abrüstungsabkommen und die neue Energiekrise.

Punktuelle Maßnahmen wurden als notwendig erachtet, um die betreffenden Regionen und Tätigkeiten zu unterstützen und die unerwarteten, jedoch vorübergehenden Nachteile zu überwinden.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der 1991 und 1992 in Rahmen dieser Aktion gebundenen 90 000 000 ECU.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	29 251 857	11 900 000	11 500 000	5 851 857		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	29 251 857	11 900 000	11 500 000	5 851 857		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-7

VERKEHR

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-7 0						
B2-7 0 2	***Besondere Beteiligungen, insbesondere auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit***						
	Getrennte Mittel	8 000 000	6 500 000	7 200 000	5 600 000	4 000 000,—	2 765 253,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-7

VERKEHR

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 0 2	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 75 bis 84 und 129b bis 129d. Richtlinie 77/143/EWG des Rates vom 29. Dezember 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die technische Überwachung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 47 vom 18. 2. 1977, S. 47), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/55/EWG (ABl. Nr. L 225 vom 10. 8. 1992, S. 68). Richtlinie 79/115/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über die Beratung von Schiffen durch Überseelotsen in der Nordsee und im Englischen Kanal (ABl. Nr. L 33 vom 8. 2. 1979, S. 32). Richtlinie 89/459/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Profiltiefe der Reifen an bestimmten Klassen von Kraftfahrzeugen und deren Anhängern (ABl. Nr. L 226 vom 3. 8. 1989, S. 4). Richtlinie 89/684/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Schulung der Fahrer von Fahrzeugen zur Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ABl. Nr. L 398 vom 30. 12. 1989, S. 33). Verordnung (EWG) Nr. 613/91 des Rates vom 4. März 1991 zur Umregistrierung von Schiffen innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 68 vom 15. 3. 1991, S. 1). Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein (ABl. Nr. L 237 vom 24. 8. 1991, S. 1), geändert durch die Richtlinie 94/72/EG (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 86). Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Harmonisierung der technischen Vorschriften und Verwaltungsverfahren im Bereich der Zivilluftfahrt (ABl. Nr. L 373 vom 31. 12. 1991, S. 4). Richtlinie 91/670/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 zur gegenseitigen Anerkennung von Erlaubnissen für Luftfahrtpersonal zur Ausübung von Tätigkeiten in der Zivilluftfahrt (ABl. Nr. L 373 vom 31. 12. 1991, S. 21). Richtlinie 91/671/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Gurtanlegepflicht in Kraftfahrzeugen mit einem Gewicht von weniger als 3,5 Tonnen (ABl. Nr. L 373 vom 31. 12. 1991, S. 26). Richtlinie 92/6/EWG des Rates vom 10. Februar 1992 über Einbau und Benutzung von Geschwindigkeitsbegrenzern für bestimmte Kfz-Klassen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 57 vom 2. 3. 1992, S. 27). Entscheidung 92/143/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über Funknavigationssysteme für Europa (ABl. Nr. L 59 vom 4. 3. 1992, S. 17). Richtlinie 93/65/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über die Aufstellung und Anwendung kompatibler technischer Spezifikationen für die Beschaffung von Ausrüstungen und Systemen für das Flugverkehrsmanagement (ABl. Nr. 187 vom 29. 7. 1993, S. 52). Richtlinie 93/75/EWG des Rates vom 13. September 1993 über Mindestanforderungen an Schiffe, die Seehäfen der Gemeinschaft anlaufen oder aus ihnen auslaufen und gefährliche oder umweltschädliche Güter befördern (ABl. Nr. L 247 vom 5. 10. 1993, S. 19). Entscheidung 93/704/EG des Rates vom 30. November 1993 über die Schaffung einer gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (ABl. Nr. L 329 vom 30. 12. 1993, S. 63). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 17. Dezember 1993, zur Errichtung eines europäischen Schiffsmeldesystems in den Seegebieten der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 22 vom 26. 1. 1994, S. 7), geändert am 8. Juni 1994 (ABl. Nr. C 193 vom 16. 7. 1994, S. 7). Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlament und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 1. Februar 1994, über Seilbahnen für den Personenverkehr (ABl. Nr. C 70 vom 8. 3. 1994, S. 8). Richtlinie 94/55/EG des Rates vom 21. November 1994 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für den Gefahrguttransport auf der Straße (ABl. Nr. L 319 vom 12. 12. 1994, S. 7). Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates vom 21. November 1994 zur Durchführung der IMO-Entschließung A.747(18) über die Vermessung der Ballasträume in Öltankschiffen mit Tanks für getrennten Ballast (ABl. Nr. L 319 vom 12. 12. 1994, S. 1). Richtlinie 94/56/EG des Rates vom 21. November 1994 über Grundsätze für die Untersuchung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt (ABl. Nr. L 319 vom 12. 12. 1994, S. 14).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 2	*(Fortsetzung)*						
B2-7 0 4	***Einführung und Weiterentwicklung einer auf Dauer tragbaren gemeinsamen Verkehrspolitik*** Getrennte Mittel	8 000 000	6 782 000	8 200 000	7 200 000	7 639 213,—	6 011 969,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 0 2	*(Fortsetzung)*

Richtlinie 94/57/EG des Rates vom 22. November 1994 über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen und die einschlägigen Maßnahmen der Seebehörden (ABl. Nr. L 319 vom 12. 12. 1994, S. 20).

Richtlinie 94/58/EG des Rates vom 22. November 1994 über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten (ABl. Nr. L 319 vom 12. 12. 1994, S. 28).

Richtlinie 95/21/EG des Rates vom 19. Juni 1995 zur Durchsetzung internationaler Normen für die Schiffssicherheit, die Verhütung von Verschmutzung und die Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord von Schiffen, die Gemeinschaftshäfen anlaufen und in Hoheitsgewässern der Mitgliedstaaten fahren (Hafenstaatkontrolle) (ABl. Nr. L 157 vom 7. 7. 1995, S. 1).

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. Juni 1995, über Schiffausrüstung (ABl. Nr. C 218 vom 23. 8. 1995, S. 9).

Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 24/95, vom Rat fostgelegt am 6. Oktober 1995, im Hinblick auf die Annahme einer Richtlinie des Rates über die Bestellung und die berufliche Befähigung von Sicherheitsberatern für die Beförderung gefährlicher Güter auf Straße, Schiene oder Binnenwasserstraßen (ABl. Nr. C 297 vom 10. 11. 1995, S. 13).

Verordnung (EG) Nr. 3051/95 des Rates vom 8. Dezember 1995 über Maßnahmen zur Organisation eines sicheren Schiffsbetriebs von Ro-Ro-Passagierfährschiffen (ABl. Nr. L 320 vom 30. 12. 1995, S. 14).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Analyse, Definition, Förderung, Beobachtung und Bewertung der Maßnahmen, die zur Verbesserung der Sicherheit im Land-, See- und Luftverkehr erforderlich sind.

Die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer sollte bei den Aktionen der Kommission im Bereich der Straßenverkehrssicherheit einen wesentlichen Bestandteil bilden.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 601 000	3 000 000	601 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	7 200 000	2 600 000	3 200 000	1 400 000		
Mittel 1996	8 000 000		2 699 000	4 776 119	524 881	
Insgesamt	18 801 000	5 600 000	6 500 000	6 176 119	524 881	

B2-7 0 4 *Vormals Artikel B2-7 0 4 und B2-7 0 5*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 74 bis 84 und 129b bis 129d.

Verordnung (EWG) Nr. 4058/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 für ein koordiniertes Vorgehen zum Schutz des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschiffahrt (ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1986, S. 21).

Verordnung (EWG) Nr. 3916/90 des Rates vom 21. Dezember 1990 über Maßnahmen bei Krisen auf dem Güterkraftverkehrsmarkt (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 10).

Verordnung (EWG) Nr. 613/91 des Rates vom 4. März 1991 zur Umregistrierung von Schiffen innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 68 vom 15. 3. 1991, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 0 4	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 2407/92 des Rates vom 23. Juli 1992 über die Erteilung von Betriebsgenehmigungen an Luftfahrtunternehmen (ABl. Nr. L 240 vom 24. 8. 1992, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2408/92 des Rates vom 23. Juli 1992 über den Zugang von Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft zu Strecken des innergemeinschaftlichen Flugverkehrs (ABl. Nr. L 240 vom 24. 8. 1992, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 2409/92 des Rates vom 23. Juli 1992 über Flugpreise und Luftfrachtraten (ABl. Nr. L 240 vom 24. 8. 1992, S. 15). Mitteilung der Kommission vom 2. Dezember 1992: „Die künftige Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik — Globalkonzept einer Gemeinschaftsstrategie für eine auf Dauer tragbare Mobilität" (Weißbuch) (KOM(92) 494 endg.). Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage) (ABl. Nr. L 364 vom 12. 12. 1992, S. 7). Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 368 vom 17. 12. 1992, S. 38). Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates vom 18. Januar 1993 über gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 14 vom 22. 1. 1993, S. 1). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. Mai 1993 zum Weißbuch über die künftige Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik (ABl. Nr. C 176 vom 28. 6. 1993, S. 164). Richtlinie 93/89/EWG des Rates vom 25. Oktober 1993 über die Besteuerung bestimmter Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung sowie die Erhebung von Maut- und Benutzungsgebühren für bestimmte Verkehrswege durch die Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 279 vom 12. 11. 1993, S. 32). Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß vom 4. November 1993: „Auf dem Wege zur Durchführung einer Gesamtpolitik für die maritime Wirtschaft: erste greifbare Ergebnisse" (KOM(93) 526 endg.). Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. April 1994, über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Netzes (ABl. Nr. C 220 vom 8. 8. 1994, S. 1). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 4. Juli 1994, über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (ABl. Nr. C 214 vom 4. 8. 1994, S. 12). Richtlinie 94/58/EG des Rates vom 22. November 1994 über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten (ABl. Nr. L 319 vom 12. 12. 1994, S. 28). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialauschuß und den Ausschuß der Regionen vom 18. Juli 1995: „Der Kurzstreckenseeverkehr in Europa — Perspektiven und Herausforderungen" (KOM(95) 317 endg.). Diese Mittel sind insbesondere bestimmt für die Deckung der Ausgaben der Kommission für das Einholen, Zusammenstellen und Bearbeiten aller Informationen, die für die Ausarbeitung, Konzipierung und Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik der Gemeinschaft und für ihre Ausdehnung auf Drittländer erforderlich sind, sowie für technische Hilfe, spezifische Ausbildungsmaßnahmen, die Förderung der gemeinsamen Verkehrspolitik, einschließlich der im Vertrag vorgesehenen Aufstellung und Umsetzung von Leitlinien für die transeuropäischen Netze. Sie sollen außerdem die Ausgaben für folgende Maßnahmen decken: — Entwicklung von Telematikanwendungen für die einzelnen Verkehrsträger, insbesondere für das Management des Luftverkehrs, des Seeverkehrs und des Straßenverkehrs, — Prüfung der Umweltverträglichkeit und der sozioökonomischen Auswirkungen der geplanten transeuropäischen Netze, — Durchführung der für die Festlegung und Entwicklung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Rahmen des transeuropäischen Verkehrsnetzes erforderlichen Studien, — Förderung der Entwicklung des Seeverkehrs, — Förderung einer auf Dauer tragbaren Mobilität in der Gemeinschaft, — Abstimmung der transeuropäischen Netze der Gemeinschaft mit den Netzen der EFTA-Staaten, der mittel- und osteuropäischen Länder und der GUS, insbesondere im Rahmen der Folgemaßnahmen nach der gesamteuropäischen Verkehrskonferenz auf Kreta vom 14. - 16. März 1994. In diesem Artikel sind außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen ausgewiesen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 4	*(Fortsetzung)*						
B2-7 0 6	***Pilotmaßnahmen im kombinierten Verkehr***						
	Getrennte Mittel	5 000 000	4 800 000	4 100 000	2 900 000	4 349 325,—	2 234 479,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-70 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-704 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	5 662 000	4 780 000	882 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 200 000	2 420 000	4 900 000	880 000		
Mittel 1996	8 000 000		1 000 000	4 654 545	2 345 455	
Insgesamt	21 862 000	7 200 000	6 782 000	5 534 545	2 345 455	

B2-706

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 74 bis 84.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli 1991 zum kombinierten Güterverkehr in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Entwicklung und Perspektiven (ABl. Nr. C 240 vom 16. 9. 1991, S. 64).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß vom 20. September 1991 „Neue Herausforderungen für die maritimen Industrien" (KOM(91) 335 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß vom 18. November 1992: „Die europäischen maritimen Industrien: weitere Schritte zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit" (KOM(92) 490 endg.).

Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 368 vom 17. 12. 1992, S. 38).

Beschluß 93/45/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1992 über die Gewährung von Finanzhilfen für Pilotaktionen zur Förderung des kombinierten Verkehrs (ABl. Nr. L 16 vom 25. 1. 1993, S. 55).

Entscheidung 93/628/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 zur Errichtung eines Netzes für den kombinierten Verkehr in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 305 vom 10. 12. 1993, S. 1).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß vom 4. November 1993 „Auf dem Wege zur Durchführung einer Gesamtpolitik für die maritime Wirtschaft: erste greifbare Ergebnisse" (KOM(93) 526 endg.).

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialauschuß und den Ausschuß der Regionen vom 18. Juli 1995: „Der Kurzstreckenseeverkehr in Europa — Perspektiven und Herausforderungen" (KOM(95) 317 endg.).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Studien und vorbereitenden Pilotvorhaben für den Ausbau von Strecken für den kombinierten Verkehr zwischen lohnenden Märkten durch Einsatz leistungsfähiger Fahrzeuge, Verbesserung der Angebotsqualität und eine effiziente Abwicklung des Vor- und Nachlaufs.

Ziel der Maßnahme insgesamt: Gemeinschaftsbeteiligung am Ausbau von Strecken für den kombinierten Verkehr, insbesondere:

— Erprobung von Maßnahmen:
  — zur Verbesserung der Organisation und des Ablaufs des kombinierten Verkehrs auf diesen Strecken,
  — zur Einbeziehung aller beteiligten Unternehmen aus allen Bereichen der logistischen Kette,
  — zur Förderung der Entwicklung des Seeverkehrs;
— Prüfung der Frage, ob durch Maßnahmen dieser Art langfristig ein effizienter kombinierter Verkehr entstehen kann, der gegenüber dem Straßengüterverkehr wettbewerbsfähig und wirtschaftlich leistungsfähig ist.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 6	*(Fortsetzung)*						
B2-7 0 8	***Maßnahmen zur Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt*** Getrennte Mittel	20 000 000	12 500 000	5 000 000	2 500 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-7 0 6 *(Fortsetzung)*

Insgesamt wird angestrebt, die Qualität der Dienstleistungen im europäischen kombinierten Verkehr entscheidend zu verbessern.

In den neuen Mitgliedstaaten (z.B. in alpinen (Österreich) und baltischen (Finnland/Schweden) Regionen) sollten neue Pilotvorhaben entwickelt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 686 000	2 935 000	751 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 100 000	1 230 000	2 870 000			
Mittel 1996	5 000 000		1 179 000	3 821 000		
Insgesamt	12 786 000	4 165 000 (1)	4 800 000	3 821 000		

(1) Einschließlich einer Übertragung von 1 265 000 ECU aus 1994.

B2-7 0 8

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 75.

Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates vom 27. April 1989 über die Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt (ABl. Nr. L 116 vom 28. 4. 1989, S. 25), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2819/95 (ABl. Nr. L 292 vom 7. 12. 1995, S. 7).

Diese Mittel decken die Ausgaben für eine befristete finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft (im Rahmen einer gemeinsamen Finanzierung mit den betroffenen Unternehmen und den Mitgliedstaaten) an Abwrackaktionen, um die auf rund 15 % geschätzten strukturbedingten Schiffsraum-Überkapazitäten deutlich zu senken und so die Strukturen in der Binnenschiffahrt zu bereinigen.

Es handelt sich um eine flankierende Maßnahme in bezug auf das für die nächsten Jahre geplante Gemeinschaftsprogramm zur schrittweisen Liberalisierung des Binnenschiffsverkehrsmarktes.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 8	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	41 000 000	30 582 000	24 500 000	18 200 000	15 988 538,—	11 011 701,—
	KAPITEL B2-7 0 INSGESAMT	41 000 000	30 582 000	24 500 000	18 200 000	15 988 538,—	11 011 701,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	41 000 000	30 582 000	24 500 000	18 200 000	15 988 538,—	11 011 701,—
	Titel B2-7 insgesamt	**41 000 000**	**30 582 000**	**24 500 000**	**18 200 000**	**15 988 538,—**	**11 011 701,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 0 8	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 20 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	2 500 000	2 500 000			
Mittel 1996	20 000 000		10 000 000	10 000 000		
Insgesamt	25 000 000	2 500 000	12 500 000	10 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-9

SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER FISCHEREI UND DER SEEPOLITIK

KAPITEL B2-9 0 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-9 0						
B2-9 0 0	***Kontrolle und Koordinierung der Überwachungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten***						
	Getrennte Mittel	3 000 000	2 000 000	1 400 000	1 030 000	907 716,—	786 213,—
B2-9 0 1	***Finanzielle Beteiligung an den Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen in den Meeresgewässern bestimmter Mitgliedstaaten***						
	Getrennte Mittel	30 000 000	24 000 000	24 500 000	20 600 000	23 348 000,—	24 265 613,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

TITEL B2-9

SONSTIGE MASSNAHMEN IM BEREICH DER FISCHEREI UND DER SEEPOLITIK

KAPITEL B2-90 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-900

Verordnung (EWG) Nr. 2241/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Festlegung bestimmter Maßnahmen zur Kontrolle der Fischereitätigkeit (ABl. Nr. L 207 vom 29. 7. 1987, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3483/88 (ABl. Nr. L 306 vom 11. 11. 1988, S. 2).

Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik (ABl. Nr. L 261 vom 20. 10. 1993, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2870/95 (ABl. Nr. L 301 vom 14. 12. 1995, S. 1).

Entscheidung 95/527/EG des Rates vom 8. Dezember 1995 über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an bestimmten Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen der Durchführung der Kontrollregelung für die Gemeinsame Fischereipolitik (ABl. Nr. L 301 vom 14. 12. 1995, S. 30).

Durch diese Maßnahme soll zum einen die Kontrolle der korrekten Wahrnehmung der Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten zur Überwachung der Fischereitätigkeit in ihren Gewässern sowohl durch die Kommission als auch durch die Fischereiboote, die unter nationaler Flagge fahren, und zum anderen der schrittweise Ausbau eines Systems zur Kontrolle der Fischereitätigkeit durch die Mitgliedstaaten und die Kommission, insbesondere mittels ihrer jeweiligen Inspektoren, gefördert werden.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Verwaltungskosten einschließlich der Dienstreisen und Sachverständigensitzungen sowie der Ausgaben im Zusammenhang mit den Studien einschließlich ihrer Veröffentlichung.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	723 953	430 000	200 000	93 953		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 400 000	600 000	400 000	400 000		
Mittel 1996	3 000 000		1 400 000	800 000	800 000	
Insgesamt	5 123 953	1 030 000	2 000 000	1 293 953	800 000	

B2-901

Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23), und insbesondere die Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend die Gemeinschaftsbeihilfe zur Überwachung und Kontrolle der Gewässer.

Entscheidung 89/631/EWG des Rates vom 27. November 1989 über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Ausgaben der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung der Einhaltung der gemeinschaftlichen Regelung für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen (ABl. Nr. L 364 vom 14. 12. 1989, S. 64), zuletzt geändert durch die Entscheidung 95/528/EG (ABl. Nr. L 301 vom 14. 12. 1995, S. 35).

Diese Maßnahme bezweckt die Behebung der Mängel der den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden Kontrollmittel, indem die Beschaffung und Entwicklung von modernen Einrichtungen zur Überwachung sowie zur Übermittlung und Registrierung von Angaben gefördert werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-9 0 2	***Kontrolle und Überwachung in den internationalen Meeresgewässern***						
	Getrennte Mittel	2 500 000	1 800 000	2 200 000 (1)	1 400 000 (1)	1 380 334,—	1 580 000,—

(1) Davon werden 100 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-9 0 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 30 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	26 397 836	13 000 000	8 000 000	5 397 836		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	24 500 000	7 600 000	9 000 000	4 000 000	3 900 000	
Mittel 1996	30 000 000		7 000 000	11 000 000	6 000 000	6 000 000
Insgesamt	80 897 836	20 600 000	24 000 000	20 397 836	9 900 000	6 000 000

B2-9 0 2

Verordnung (EWG) Nr. 1956/88 des Rates vom 9. Juni 1988 zur Durchführung der Regelung gemeinsamer internationaler Inspektion der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik (ABl. Nr. L 175 vom 6. 7. 1988, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 436/92 (ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3943/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 zur Durchführung des Beobachtungs- und Inspektionssystems gemäß Artikel XXIV des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 45).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der gemeinschaftlichen Kontrollen in den internationalen Meeresgewässern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 0 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-9 0 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	208 813	208 813				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 300 000 (1)	1 291 187	1 008 813			
Mittel 1996	2 500 000		791 187	1 708 813		
Insgesamt	5 008 813	1 500 000 (1)	1 800 000	1 708 813		

(1) Davon werden 100 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	35 500 000	27 800 000	28 100 000	23 030 000	25 636 050,—	26 631 826,—
	KAPITEL B2-9 0 INSGESAMT	35 500 000	27 800 000	28 100 000	23 030 000	25 636 050,—	26 631 826,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	35 500 000	27 800 000	28 100 000	23 030 000	25 636 050,—	26 631 826,—
	Titel B2-9 insgesamt	**35 500 000**	**27 800 000**	**28 100 000**	**23 030 000**	**25 636 050,—**	**26 631 826,—**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	29 331 900 000	26 005 632 000	26 539 050 000	23 239 180 000	21 585 603 064,—	15 965 749 188,—
	Teileinzelplan B2 insgesamt	**29 331 900 000**	**26 005 632 000**	**26 539 050 000**	**23 239 180 000**	**21 585 603 064,—**	**15 965 749 188,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2

(Strukturmaßnahmen, Struktur- und Kohäsionsausgaben, Finanzmechanismus, sonstige landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen, Verkehr und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — KONTROLL-, INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B3

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, JUGEND, KULTUR, AUDIOVISUELLER BEREICH, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1	**ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGEND**						
B3-1 0	ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK	396 825 000	417 944 000	214 710 000	182 601 000	286 654 337,—	274 285 533,—
	Titel B3-1 insgesamt	**396 825 000**	**417 944 000**	**214 710 000**	**182 601 000**	**286 654 337,—**	**274 285 533,—**
B3-2	**KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH**						
B3-2 0	KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH	119 400 000	115 251 000	133 780 000	133 425 000	157 116 073,13	113 240 362,55
	Titel B3-2 insgesamt	**119 400 000**	**115 251 000**	**133 780 000**	**133 425 000**	**157 116 073,13**	**113 240 362,55**
B3-3	**INFORMATION UND KOMMUNIKATION**						
B3-3 0	INFORMATION UND KOMMUNIKATION	78 000 000	77 000 000	67 300 000	47 950 000	47 599 881,78	37 617 121,19
	Titel B3-3 insgesamt	**78 000 000**	**77 000 000**	**67 300 000**	**47 950 000**	**47 599 881,78**	**37 617 121,19**
B3-4	**SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN**						
B3-4 0	SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG	62 500 000	57 000 000	62 270 000	55 145 000	62 771 808,—	51 076 020,—
B3-4 1	SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT	49 820 000	45 820 000	56 788 000	43 503 000	38 730 943,—	29 950 476,—
B3-4 2	EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN	12 400 000	12 400 000	10 240 000	10 240 000	11 240 000,—	11 240 000,—
B3-4 3	GESUNDHEIT	50 900 000	50 100 000	40 850 000	33 400 000	35 231 188,—	26 710 097,—
B3-4 4	DROGENBEKÄMPFUNG	7 840 000	7 340 000	6 225 000	5 850 000	6 116 930,—	4 613 980,—
	Titel B3-4 insgesamt	**183 460 000**	**172 660 000**	**176 373 000**	**148 138 000**	**154 090 869,—**	**123 590 573,—**
	Teileinzelplan B3 insgesamt	**777 685 000**	**782 855 000**	**592 163 000**	**512 114 000**	**645 461 160,91**	**548 733 589,74**

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-1

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGEND

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-1 0						
B3-1 0 0	***Allgemeine und Hochschulbildung***						
B3-1 0 0 0	Allgemeine Aktionen im Bereich Bildung Getrennte Mittel	4 000 000	4 367 000	4 090 000	5 805 000	8 309 714,—	6 781 673,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-1

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGEND

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-100	
B3-1000	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 49, 126 und 127. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 9. Februar 1976 über ein Aktionsprogramm im Bildungsbereich (ABl. Nr. C 38 vom 19. 2. 1976, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 3. Juni 1985 über ein Aktionsprogramm zur Förderung der Chancengleichheit für Mädchen und Jungen im Bildungswesen (ABl. Nr. C 166 vom 5. 7. 1985, S. 1). Beschluß 88/231/EWG des Rates vom 18. April 1988 über ein zweites Aktionsprogramm der Gemeinschaft zugunsten der Behinderten (HELIOS) (ABl. Nr. L 104 vom 23. 4. 1988, S. 38). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 24. Mai 1988 zur europäischen Dimension im Bildungswesen (ABl. Nr. C 177 vom 6. 7. 1988, S. 5). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 24. Mai 1988 über die Umweltbildung (ABl. Nr. C 177 vom 6. 7. 1988, S. 8). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 31. Mai 1990 betreffend eine stärkere Berücksichtigung des Themas „Chancengleichheit für Mädchen und Jungen im Bildungswesen" bei der Grundausbildung und Weiterbildung der Lehrer (ABl. Nr. C 162 vom 3. 7. 1990, S. 6). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 25. November 1991 über die Forschung und die Statistiken im Bildungsbereich in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 321 vom 12. 12. 1991, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 25. November 1991 in bezug auf die Qualitätsbewertung im Bereich der Hochschulbildung (ABl. Nr. C 321 vom 12. 12. 1991, S. 2). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 1991 zu den Problemen der Kinder in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 13 vom 20. 1. 1992, S. 534). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Mai 1992 zu Unterrichtspolitik und Bildung vor dem Hintergrund von 1993 (ABl. Nr. C 150 vom 15. 6. 1992, S. 366), insbesondere Ziffer 26. Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 27. November 1992 betreffend Maßnahmen zum Ausbau der Europäischen Dimension in der Hochschulbildung (ABl. Nr. C 336 vom 19. 12. 1992, S. 4). Beschluß 93/136/EWG des Rates vom 25. Februar 1993 über ein drittes Aktionsprogramm der Gemeinschaft zugunsten der Behinderten (HELIOS II 1993-1996) (ABl. Nr. L 56 vom 9. 3. 1993, S. 30). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. April 1993 zur Beseitigung des Analphabetismus in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 150 vom 31. 5. 1993, S. 99). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 11. Juni 1993 zur Förderung eines europäischen Raums für die Zusammenarbeit im Hochschulwesen (ABl. Nr. C 186 vom 8. 7. 1993, S. 1). Richtlinie 93/96/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 über das Aufenthaltsrecht der Studenten (ABl. Nr. L 317 vom 18. 12. 1993, S. 59). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 1993 zur Gesundheitserziehung (ABl. Nr. C 20 vom 24. 1. 1994, S. 521). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 1993 zur Umwelterziehung (ABl. Nr. C 20 vom 24. 1. 1994, S. 523). Schlußfolgerungen des Rates vom 17. Juni 1994 zum Thema „Kind und Kultur" (ABl. Nr. C 235 vom 23. 8. 1994, S. 2). Schlußfolgerungen des Rates vom 21. Juni 1994 zu den kulturellen und künstlerischen Aspekten der Bildung (ABl. Nr. C 229 vom 18. 8. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 5. Dezember 1994 zur Förderung der Bildungsstatistik in der Europäischen Union (ABl. Nr. C 374 vom 30. 12. 1994, S. 4). Entschließung des Rates vom 31. März 1995 betreffend die qualitative Verbesserung und Diversifizierung des Erwerbs von Fremdsprachenkenntnissen und des Fremdsprachenunterrichts in den Bildungssystemen der Europäischen Union (ABl. Nr. C 207 vom 12. 8. 1995, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-100	*(Fortsetzung)*
B3-1000	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Rates vom 31. März 1995 zur Zusammenarbeit bei der Jugendinformation und bei Studien im Jugendbereich (ABl. Nr. C 207 vom 12. 8. 1995, S. 5).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung verschiedener Maßnahmen auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Jugendpolitik ergänzend zu den Maßnahmen der Programme SOCRATES und Jugend für Europa.

Diese Maßnahmen tragen zur gemeinschaftlichen Unterstützung für Pilotversuche, Kolloquien und Studien, für die Schaffung und den Betrieb von Informations- und Dokumentationsnetzen sowie für die Anregung, Koordinierung und Bewertung der Tätigkeiten im Bereich der Bildung und Jugendpolitik bei.

Diese Mittel decken insbesondere die Kosten für Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit für Mädchen und Jungen in der Schule sowie Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung (Behinderte, Analphabeten, Schulabbrecher) und Aktionsprogramme für Kinder in der Europäischen Union.

Des weiteren fallen unter diesen Posten die Erleichterung und Förderung des Zugangs junger Frauen zu wissenschaftlichen und technischen Berufen.

Diese Mittel decken außerdem den Austausch von Informationen über die Tätigkeit von Funkkollegien und Erwachsenenbildungsstätten, um jungen Frauen den Zugang zu solchen Kursen zu erleichtern.

Bei diesem Posten ist ebenfalls die Finanzierung von Pilotvorhaben zur künstlerischen Ausbildung eingesetzt.

Diese Mittel decken auch Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Von diesen Mitteln sind 100 000 ECU für das in Oxford angesiedelte Europäische Jugendparlament bestimmt, damit es politische Bildungsmaßnahmen für Schüler in Europa durchführen kann.

Von diesen Mitteln sind 50 000 ECU für das in Den Haag angesiedelte „Modell Europäisches Parlament" bestimmt, damit es politische Bildungsmaßnahmen für Schüler in Europa durchführen kann.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 552 978	4 552 978				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 090 000	1 252 022	2 837 978			
Mittel 1996	4 000 000		1 529 022	2 470 978		
Insgesamt	12 642 978	5 805 000	4 367 000	2 470 978		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 63 200 ECU für Verpflichtungen,

— 68 999 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 0 1	SOCRATES Getrennte Mittel	173 000 000	191 506 000	91 400 000 (1)	70 681 000 (2)	128 339 201,—	124 683 108,—

(1) Mittel in Höhe von 84 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 70 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-100	*(Fortsetzung)*
B3-1000	*(Fortsetzung)*
	(ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.
B3-1001	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126 und 127. Beschluß des Rates vom 28. Oktober 1991 über die Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten im Rahmen des ERASMUS-Programms. Schlußfolgerungen des Rates vom 21. Juni 1994 zu den kulturellen und künstlerischen Aspekten der Bildung (ABl. Nr. C 229 vom 18. 8. 1994, S. 1). Beschluß Nr. 819/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 1995 über das gemeinschaftliche Aktionsprogramm SOCRATES (ABl. Nr. L 87 vom 20. 4. 1995, S. 10). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung (ganz oder teilweise) der im Rahmen des SOCRATES-Programms vorgesehenen Maßnahmen. Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 5 000 000 ECU für die Erziehung der Kinder von Wanderarbeitnehmern sowie von Kindern von Personen, die einem Wandergewerbe nachgehen, von Nichtseßhaften und von Sinti und Roma und für die interkulturelle Erziehung (Kapitel II Aktion 2 des Progamms SOCRATES). Sie decken ferner die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 0 6	Förderung und Erhalt der weniger verbreiteten Sprachen und Kulturen Getrennte Mittel	4 000 000	5 361 000	3 930 000	3 890 000	3 500 000,—	4 092 390,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 0 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 173 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	15 499 226	15 499 226				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	7 183 900 (1)	7 183 900				
Mittel 1995	175 900 000 (2)	125 181 774	50 718 226			
Mittel 1996	173 000 000		140 787 774	32 212 226		
Insgesamt	371 583 126	147 864 900 (3) (4)	191 506 000	32 212 226		

(1) Wiederverwendung von Mitteln des Haushaltsjahres 1994.

(2) Davon werden 84 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(3) Einschließlich wiederverwendete Mittel des Haushaltsjahres 1994 in Höhe von 7 183 900 ECU.

(4) Davon werden 70 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 2 733 400 ECU für Verpflichtungen,

— 3 025 795 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitsgestellt und ausgeführt.

Hinzu kommen ferner die Beiträge von Zypern und Malta nach Maßgabe des Beschlusses Nr. 819/95/EG.

B3-1 0 0 6

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126 und 128.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 30. Oktober 1987 zu den Sprachen und Kulturen der regionalen und ethnischen Minderheiten in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 318 vom 30. 11. 1987, S. 160).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Februar 1994 zu den sprachlichen und kulturellen Minderheiten in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 61 vom 28. 2. 1994, S. 110).

Diese Mittel sind für Maßnahmen zur Förderung des Erfahrungsaustauschs kultureller Minderheiten der mittel- und osteuropäischen Länder sowie der Europäischen Gemeinschaft bestimmt.

Die Mittel gelten auch für Minderheitensprachen, die sich nicht auf eine bestimmte Region beschränken, wie das Jiddische, die Roma-Sprachen usw.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-100	*(Fortsetzung)*						
B3-1006	*(Fortsetzung)*						
B3-1007	Zusammenarbeit mit Drittländern auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung						
	Getrennte Mittel	2 500 000	3 011 000	2 500 000	2 000 000	1 050 393,—	735 727,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 0 6	*(Fortsetzung)*

In diesem Posten ist auch die Finanzierung von Austausch- und Besuchsprogrammen, Vorhaben und Pilotvorhaben, Seminaren, Symposien und Berichten, Stipendien und Lehrmaterial enthalten.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die Kommission sorgt für eine gerechte Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Gruppen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Situation.

Die Kommission veröffentlicht am Ende jedes Haushaltsjahres ein Kompendium der Tätigkeiten, die sie im Rahmen dieses Postens unterstützt hat, um den Bekanntheitsgrad der laufenden Initiativen zu vergrößern.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 320 763	1 320 763				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 930 000	2 569 237	1 360 763			
Mittel 1996	4 000 000		4 000 000			
Insgesamt	9 250 763	3 890 000	5 360 763			

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 63 200 ECU für Verpflichtungen,

— 84 700 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B3-1 0 0 7

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126 und 127.

Mitteilung der Kommission vom 27. Mai 1992 zum Ausbau der Zusammenarbeit zwischen EWG und USA auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (SEK(92) 1023).

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 27. November 1992 über die Zusammenarbeit EG/Vereinigte Staaten auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl. Nr. C 336 vom 19. 12. 1992, S. 7).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juli 1993 zum Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit zwischen EWG und USA (ABl. Nr. C 255 vom 20. 9. 1993, S. 51), insbesondere Ziffer 14.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-100	*(Fortsetzung)*						
B3-1007	*(Fortsetzung)*						
B3-1008	Europäisches Jahr für lebensbegleitendes Lernen Getrennte Mittel	5 200 000	5 180 000	3 140 000	2 120 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-100	*(Fortsetzung)*
B3-1007	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. April 1994 zu den kulturellen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (ABl. Nr. C 128 vom 9. 5. 1994, S. 428).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 26. September 1995 über die Koordinierung der Programme für allgemeine und berufliche Bildung in den Entwicklungsländern zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten (KOM(94) 399 endg.).

Entschließung des Rates vom 5. Oktober 1995 über die Zusammenarbeit mit Drittländern in Jugendfragen (ABl. Nr. C 296 vom 10. 11. 1995, S. 11).

Beschluß 95/487/EG des Rates vom 23. Oktober 1995 über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Aufstellung eines Kooperationsprogramms im Bereich der Hochschul- und Berufsbildung (ABl. Nr. L 279 vom 22. 11. 1995, S. 11).

Beschluß 95/523/EG des Rates vom 27. November 1995 über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Kanada zur Aufstellung eines Kooperationsprogramms im Bereich der Hochschul- und Berufsbildung (ABl. Nr. L 300 vom 13. 12. 1995, S. 18).

Entschließung AKP-EU/1385/95 zur Beteiligung von Jugendlichen aus den Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums und der Europäischen Union an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit AKP-EU.

Diese Mittel sind zur Finanzierung insbesondere folgender Maßnahmen bestimmt: vergleichende Analyse von Qualifikationen und Berufsbefähigungen, Einrichtung eines Pilotprogramms für den Austausch von Studenten, Lehrkräften und Verwaltungsfachkräften, Unterstützung der interinstitutionellen Zusammenarbeit sowie Förderung der Herstellung von Beziehungen zwischen den relevanten Sektoren der Industrie und den Hochschulen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit mit den Maghreb-Ländern und der islamischen Welt.

Die Kommission trägt für die gerechte Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Länder Sorge.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	591 326	591 326				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 500 000	1 408 674	1 091 326			
Mittel 1996	2 500 000		1 919 674	580 326		
Insgesamt	5 591 326	2 000 000	3 011 000	580 326		

B3-1008

Beschluß Nr. 2493/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 1995 über die Veranstaltung eines Europäischen Jahres für lebensbegleitendes Lernen (1996) (ABl. Nr. L 256 vom 26. 10. 1995, S. 45).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für dieses Europäische Jahr, insbesondere der Aufwendungen für Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, mit deren Hilfe einem möglichst repräsentativen Teil der europäischen Bevölkerung das Konzept des lebensbegleitenden Lernens (Lifelong Learning) nähergebracht werden soll.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 0 8	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-1 0 0 insgesamt	188 700 000	209 425 000	105 060 000	84 496 000	141 199 308,—	136 292 898,—
B3-1 0 1	***Jugend für Europa***						
B3-1 0 1 0	Jugend für Europa Getrennte Mittel	24 000 000	26 767 000	24 000 000	22 000 000	18 352 627,—	16 280 154,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 0 8	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 200 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 140 000	2 120 000	1 020 000			
Mittel 1996	5 200 000		4 160 000	1 040 000		
Insgesamt	8 340 000	2 120 000	5 180 000	1 040 000		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 82 160 ECU für Verpflichtungen,

— 65 728 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B3-1 0 1

B3-1 0 1 0 *Vormals Artikel B3-1 0 1*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126.

Beschluß Nr. 818/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 1995 zur Annahme der dritten Phase des Programms „Jugend für Europa" (ABl. Nr. L 87 vom 20. 4. 1995, S. 1).

Entschließungen AKP-EU/1377/95, AKP-EU/1406/95 und AKP-EU/1442/95.

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung (ganz oder teilweise) der im Rahmen des Programms „Jugend für Europa" vorgesehenen Maßnahmen.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 1 1	Europäischer freiwilliger Dienst						
	Getrennte Mittel	15 000 000	10 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-101	*(Fortsetzung)*
B3-1010	*(Fortsetzung)*

Ein Betrag in Höhe von 500 000 ECU ist für Pilotmaßnahmen für den Jugendaustausch mit den Unterzeichnerstaaten des Abkommens von Lomé vorgesehen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 24 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	5 446 410	5 446 410				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	24 000 000	16 553 590	7 446 410			
Mittel 1996	24 000 000		19 320 590	4 679 410		
Insgesamt	53 446 410	22 000 000	26 767 000	4 679 410		

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 379 200 ECU für Verpflichtungen,

— 422 919 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

Hinzu kommen ferner die Beiträge von Zypern und Malta nach Maßgabe des Beschlusses Nr. 818/95/EG.

B3-1011 *Neuer Posten*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126.

Diese Mittel sind für eine Pilotaktion zur Schaffung eines freiwilligen europäischen Bürgerdienstes bestimmt, der es den Jugendlichen ermöglicht, durch einen aktiven Beitrag zum europäischen Aufbauwerk, durch die Beteiligung an gemeinnützigen Tätigkeiten im sozialen, kulturellen, ökologischen oder einem anderen Bereich Erfahrungen im Bereich der Ausbildung zu erwerben.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-1 0 1 insgesamt	39 000 000	36 767 000	24 000 000	22 000 000	18 352 627,—	16 280 154,—
B3-1 0 2	***Berufliche Bildung und Berufsberatung***						
B3-1 0 2 0	Allgemeine Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und Berufsberatung Getrennte Mittel	2 500 000	1 807 000	1 150 000	4 220 000	5 909 041,—	4 634 690,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 1 1	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	15 000 000		10 000 000	5 000 000		
Insgesamt	15 000 000		10 000 000	5 000 000		

B3-1 0 2	
B3-1 0 2 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 118, 127 und 128. Beschluß 63/266/EWG des Rates vom 2. April 1963 über die Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung (ABl. Nr. 63 vom 20. 4. 1963, S. 1338/63). Entschließung des Rates vom 18. Dezember 1979 über die alternierende Ausbildung von Jugendlichen (ABl. Nr. C 1 vom 3. 1. 1980, S. 1). Entscheidung 85/368/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 über die Entsprechungen der beruflichen Befähigungsnachweise zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 199 vom 31. 7. 1985, S. 56). Schlußfolgerungen des Rates vom 26. Mai 1987 betreffend die berufliche Bildung der Frauen (ABl. Nr. C 178 vom 7. 7. 1987, S. 3). Empfehlung 87/567/EWG der Kommission vom 24. November 1987 zur beruflichen Bildung der Frauen (ABl. Nr. L 342 vom 4. 12. 1987, S. 35). Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. Nr. L 19 vom 24. 1. 1989, S. 16). Entschließung des Rates vom 5. Juni 1989 über die berufliche Weiterbildung (ABl. Nr. C 148 vom 15. 6. 1989, S. 1). Richtlinie 89/684/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Schulung der Fahrer von Fahrzeugen zur Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ABl. Nr. L 398 vom 30. 12. 1989, S. 33). Entschließung des Rates vom 3. Dezember 1992 zur Transparenz auf dem Gebiet der Qualifikationen (ABl. Nr. C 49 vom 19. 2. 1993, S. 1). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. April 1993 zur Berufsbildungspolitik für die 90er Jahre (ABl. Nr. C 150 vom 31. 5. 1993, S. 85). Entschließung des Rates vom 11. Juni 1993 über Berufsbildung in den neunziger Jahren (ABl. Nr. C 186 vom 8. 7. 1993, S. 3).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 2 0	*(Fortsetzung)*

Empfehlung 93/404/EWG des Rates vom 30. Juni 1993 über den Zugang zur beruflichen Bildung (ABl. Nr. L 181 vom 23. 7. 1993, S. 37).

Richtlinie 94/33/EG des Rates vom 22. Juni 1994 über den Jugendarbeitsschutz (ABl. Nr. L 216 vom 20. 8. 1994, S. 12).

Entschließung des Rates vom 5. Dezember 1994 zur Qualität und Attraktivität beruflicher Bildung (ABl. Nr. C 374 vom 30. 12. 1994, S. 1).

Schlußfolgerungen des Rates vom 24. Juli 1995 zur entscheidenden Bedeutung der Qualität beruflicher Bildung (ABl. Nr. C 207 vom 12. 8. 1995, S. 7).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzierung von Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung ergänzend zu den Maßnahmen des Programms LEONARDO DA VINCI.

Finanziert werden insbesondere vergleichende Untersuchungen und Studien, Forschungs- und Pilotprojekte, Datenaustausch sowie die Ausgaben für Anregung, Koordinierung und Bewertung von Aktivitäten auf allen Gebieten der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der beruflichen Befähigungsnachweise einschließlich neuer Umwelttechniken.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 377 815	3 377 815				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 150 000	842 185	307 815			
Mittel 1996	2 500 000		1 499 185	1 000 815		
Insgesamt	7 027 815	4 220 000	1 807 000	1 000 815		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 39 500 ECU für Verpflichtungen,

— 28 551 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 1	LEONARDO DA VINCI Getrennte Mittel	152 000 000	155 320 000	71 800 000 (1)	59 185 000 (2)	110 193 361,—	106 077 791,—

(1) Mittel in Höhe von 65 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 57 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 127. Beschluß 94/819/EG des Rates vom 6. Dezember 1994 über ein Aktionsprogramm zur Durchführung einer Berufsbildungspolitik der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. L 340 vom 29. 12. 1994, S. 8). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung (ganz oder teilweise) der im Rahmen des LEONARDO DA VINCI-Programms vorgesehenen Maßnahmen. Aus diesem Posten sollen auch Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit bei der beruflichen Fortbildung finanziert und ein spezifisch auf Frauen zugeschnittenes Paket von Vorhaben unterstützt werden. Dieser Posten deckt außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992). Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 152 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	23 178 931	23 178 931				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	4 619 700 (1)	4 619 700				
Mittel 1995	137 300 000 (2)	93 006 069	44 293 931			
Mittel 1996	152 000 000		111 026 069	40 973 931		
Insgesamt	317 098 631	120 804 700 (3) (4)	155 320 000	40 973 931		

(1) Wiederverwendung von Mitteln des Haushaltsjahres 1994.

(2) Davon werden 65 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(3) Einschließlich wiederverwendete Mittel des Haushaltsjahres 1994 in Höhe von 4 619 700 ECU.

(4) Davon werden 57 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 2 401 600 ECU für Verpflichtungen,

— 2 454 056 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 1	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 5	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung Getrennte Mittel	12 325 000	12 325 000	10 225 000 (1)	10 225 000 (1)	11 000 000,—	11 000 000,—

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-102	*(Fortsetzung)*
B3-1021	*(Fortsetzung)* Hinzu kommen ferner die Beiträge von Zypern und Malta nach Maßgabe des Beschlusses 94/819/EG. Die wiederverwendbaren Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt.
B3-1025	Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 39 vom 13. 2. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 354/95 (ABl. Nr. L 41 vom 23. 2. 1995, S. 1). Verordnung (EG) Nr. 1131/94 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 337/75 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 127 vom 19. 5. 1994, S. 1) mit Sitz in Saloniki. Veranschlagt sind Mittel für einen Zuschuß für dieses Zentrum gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 337/75. Die Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr werden wie folgt veranschlagt: Einnahmen: — Titel 1: Zuschuß der Europäischen Gemeinschaft 12 325 000 — Titel 2: Verschiedene Einnahmen 100 000 Insgesamt 12 425 000 Ausgaben: — Titel 1: Personal 6 361 000 — Titel 2: Verwaltungsausgaben 1 100 000 — Titel 3: Betriebsausgaben 4 964 000 Insgesamt 12 425 000 **Personalbestand** Laufbahngruppe / Anzahl 1995 / Anzahl 1996 A 24 24 LA 11 12 B 15 15 C 26 27 D 3 3 Örtliche Bedienstete — —

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 5	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 6	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung — Kosten für die Verlegung des Sitzes						
	Getrennte Mittel	2 300 000	2 300 000	2 475 000 (1)	2 475 000 (1)		

(1) Mittel in Höhe von 1 700 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 2 5	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 325 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	12 225 000 (1)	12 225 000				
Mittel 1996	12 325 000		12 325 000			
Insgesamt	24 550 000	12 225 000 (1)	12 325 000			

(1) Davon werden 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B3-1 0 2 6

Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 39 vom 13. 2. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 354/95 (ABl. Nr. L 41 vom 23. 2. 1995, S. 1) mit Site in Saloniki.

Verordnung (EG) Nr. 1131/94 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 337/75 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 127 vom 19. 5. 1994, S. 1) mit Sitz in Saloniki.

Diese Mittel dienen der Deckung des Zuschusses, den das Zentrum zur Finanzierung der Kosten in Verbindung mit der Verlegung seines Sitzes nach Saloniki erhält.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 6	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 2 6	*(Fortsetzung)*

Die Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr werden wie folgt veranschlagt:

Einnahmen:	
— Titel 1: Zuschuß der Europäischen Gemeinschaft	2 300 000
Ausgaben:	
— Titel 1: Personal	300 000
— Titel 2: Verwaltungsausgaben	2 000 000
Insgesamt	2 300 000

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 300 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 175 000 (1)	4 175 000				
Mittel 1996	2 300 000		2 300 000			
Insgesamt	6 475 000	4 175 000 (1)	2 300 000			

(1) Davon werden 1 700 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	Artikel B3-1 0 2 insgesamt	169 125 000	171 752 000	85 650 000	76 105 000	127 102 402,—	121 712 481,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	396 825 000	417 944 000	214 710 000	182 601 000	286 654 337,—	274 285 533,—
	KAPITEL B3-1 0 INSGESAMT	396 825 000	417 944 000	214 710 000	182 601 000	286 654 337,—	274 285 533,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	396 825 000	417 944 000	214 710 000	182 601 000	286 654 337,—	274 285 533,—
	Titel B3-1 insgesamt	**396 825 000**	**417 944 000**	**214 710 000**	**182 601 000**	**286 654 337,—**	**274 285 533,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG SOWIE JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-2

KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-2 0						
B3-2 0 0	***Kultur***						
B3-2 0 0 0	Gemeinschaftlicher Aktionsplan im Bereich des kulturellen Erbes — RAPHAEL Getrennte Mittel	10 000 000	8 000 000	8 850 000	7 025 000	8 000 000,—	6 086 768,10

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-2

KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH

KAPITEL B3-20 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-200	
B3-2000	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126 bis 128. Entschließung der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 13. November 1986 über die Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes (ABl. Nr. C 320 vom 13. 12. 1986, S. 1). Entschließung der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 13. November 1986 über die Erhaltung von Kunstwerken und sonstigen Werken von kulturellem und historischem Wert (ABl. Nr. C 320 vom 13. 12. 1986, S. 3). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 27. Mai 1988 betreffend künftige vorrangige Aktionen im Kulturbereich (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 2). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. Oktober 1988 zur Erhaltung des architektonischen und archäologischen Erbes der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 309 vom 5. 12. 1988, S. 423). Schlußfolgerungen der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 12. November 1992 zu Leitlinien für ein Kulturkonzept der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 336 vom 19. 12. 1992, S. 1). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 1993 zur Erhaltung des architektonischen Erbes und zum Schutz der Kulturgüter (ABl. Nr. C 72 vom 15. 3. 1993, S. 160). Erklärung der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 17. Mai 1993 zum Jakobsweg. Schlußfolgerungen des Rates vom 17. Juni 1994 zur Erstellung eines gemeinschaftlichen Aktionsplans im Bereich des kulturellen Erbes (ABl. Nr. C 325 vom 23. 8. 1994, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates vom 10. November 1994 zur Mitteilung der Kommission über die Aktion der Europäischen Gemeinschaften zugunsten der Kultur (ABl. Nr. C 348 vom 9. 12. 1994, S. 1). Vorschlag für einen Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. Februar 1995, zur Erstellung eines gemeinschaftlichen Aktionsplans im Bereich des kulturellen Erbes (RAPHAEL) (KOM(94) 523 endg.). Entschließung des Rates vom 4. April 1995 zum Bereich Kultur und Multimedia (ABl. Nr. C 247 vom 23. 9. 1995, S. 1). Mit diesen Mitteln, die die vorgesehene einzelstaatliche Finanzierung ergänzen, leistet die Gemeinschaft gemäß den im Programm RAPHAEL vorgesehenen Bedingungen einen Beitrag zum Schutz und zur Erhaltung des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung. Sie sollen die neuen Vorhaben verstärken. Die Kommission wird sicherstellen, daß bei der Zuteilung der Mittel das geographische Gleichgewicht der Gemeinschaft gewahrt wird. Sie sollen ferner die Ausgaben für die Vorbereitungmaßnahmen zum Programm RAPHAEL decken und bis zu seiner endgültigen Genehmigung die Pilotvorhaben finanzieren, die gemäß den Schwerpunkten, Aktionsbereichen und Modalitäten, die denen im Programm selbst vorgesehenen entsprechen, durchgeführt werden. Sie unterteilen sich insbesondere in: — Förderung der Aktionen zur Valorisierung des europäischen kulturellen Erbes (Immobilien und Mobilien, archäologisches Erbe, Museen und Sammlungen, Archive, Unterwasserschätze usw.) anhand konkreter Vorhaben, die in vier großen Kategorien zusammmengefaßt werden: — Interventionen zugunsten des „bedeutenden" und/oder außergewöhnlichen Erbes, einschließlich der bereits laufenden Aktionen (Akropolis, Athos, Chiado, Coimbra, spanischer Jakobsweg, Kathedrale von Burgos), — Unterstützung europäischer Camps im Bereich des kulturellen Erbes (vormals Pilotvorhaben) zu gemeinsamen Themen, die auf nationaler, lokaler oder regionaler Ebene entwickelt werden, die aber auch das unbewegliche und bewegliche Erbe umfassen können, — Entwicklung von „Standards/Methoden" im Zusammenhang mit den von internationalen Berufsverbänden entwickelten Erhaltungsmethoden (z.B. Dokumentation über das kulturelle Erbe, Ausleihen von Werken, Erhaltung usw.), — Vorhaben und Studien mit vorrangig kultureller Dimension zur Ergänzung anderer Gemeinschaftsaktivitäten; — Unterstützung von Netzen und Partnerschaften zur Stärkung der transnationalen Zusammenarbeit, zur Förderung des Austauschs und der gemeinsamen Nutzung der Erfahrungen zwischen Fachleuten, Instituten, Museen und sonstigen für das Kulturerbe verantwortlichen Institutionen;

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-20 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-200	*(Fortsetzung)*						
B3-2000	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 0 0	*(Fortsetzung)*

— Ausarbeitung von Führern, Inventaren sowie Unterstützung der Netze, die die Verbreitung auf der Grundlage moderner telematischer Datenträger und sonstiger fortgeschrittener Technologien (CD-ROM, CDI usw.) erleichtern;

— Unterstützung von Aktionen, die den Zugang der Bürger der Europäischen Union zum Kulturerbe erleichtern (Europäische Tage des Kulturerbes, Europatag am 9. Mai, Architekturpreis Mies van der Rohe, mehrsprachige Erläuterungen in den Museen, Stätten und Monumenten, Architekturpreise), und Nutzung der fortgeschrittenen Technologien (Verbund der Datenbanken, Entwicklung von Multimedia-Produkten, Studien und Seminare in Zusammenhang mit den sektorbezogenen Aspekten);

— Unterstützung bei der Ermittlung von Forschungsproblemen und bei der Verbreitung der Ergebnisse (Förderung der Organisation von Konferenzen, Kolloquien, Seminaren), die es den Fachleuten ermöglichen, die besten Methoden und etwaigen Innovationen auszutauschen;

— Unterstützung des Austauschs und der beruflichen Fortbildung von Fachleuten für das Kulturerbe in Europa;

— Unterstützung der Aktionen zur Zusammenarbeit mit den Drittländern und den internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat und der UNESCO (Unterstützung der Vorhaben zur Erhaltung und Restaurierung des kulturellen Erbes; Unterstüzung ihrer Beteiligung an den Netzen der Fachleute sowie an den Aktionen, die den Zugang ihrer Bürger zum kulturellen Erbe erleichtern).

Ebenfalls bei diesem Posten eingesetzt sind die Ausgaben für technische Organisationsstrukturen, deren sich die Kommissionsdienststellen bei der Abwicklung und Koordinierung des Programms bedienen.

Die Mittel decken weiter die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die Kommission kann Gutachten von Sachverständigen in den verschiedenen Bereichen einholen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	5 454 443	2 450 000	1 500 000	1 504 443		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 850 000	4 575 000	1 500 000	1 500 000	1 275 000	
Mittel 1996	10 000 000		5 000 000	2 000 000	2 000 000	1 000 000
Insgesamt	24 304 443	7 025 000	8 000 000	5 004 443	3 275 000	1 000 000

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—" für Verpflichtungen,

— „—" für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 0 1	Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit europäischer Dimension (KALEIDOSKOP) Getrennte Mittel	7 500 000	7 100 000	7 250 000	5 325 000	4 400 000,—	3 500 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-20 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-200	*(Fortsetzung)*
B3-2001	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126 bis 128. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Februar 1988 zum Musikunterricht und zur Förderung der Musik in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 68 vom 14. 3. 1988, S. 46). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Mai 1988 zur Schaffung einer Jugendoper der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 167 vom 27. 6. 1988, S. 461). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 27. Mai 1988 betreffend die künftigen vorrangigen Aktionen im Kulturbereich (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 2). Schlußfolgerungen der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 18. Mai 1990 betreffend die künftigen Bedingungen für die Ernennung zur „Kulturstadt Europas" und einen Europäischen Kulturmonat (ABl. Nr. C 162 vom 3. 7. 1990, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 7. Juni 1991 über die Ausbildung von Verwaltungsfachleuten für den kulturellen Bereich (ABl. Nr. C 188 vom 19. 7. 1991, S. 1). Entschließung der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 7. Juni 1991 über die Entwicklung des Theaters in Europa (ABl. Nr. C 188 vom 19. 7. 1991, S. 3). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zu den kulturellen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den mittel- und osteuropäischen Ländern (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 45). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. Oktober 1991 zur Förderung von Theater und Musik in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 305 vom 25. 11. 1991, S. 518). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 14. November 1991 über europäische Kulturnetzwerke (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 1). Schlußfolgerungen der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 14. November 1991 über die Förderung von Theaterveranstaltungen im Jahr 1993 (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 3). Schlußfolgerungen der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 18. Mai 1992 zur Auswahl der Kulturstädte Europas nach 1996 sowie zum „Europäischen Kulturmonat" (ABl. Nr. C 151 vom 16. 6. 1992, S. 1). Schlußfolgerungen der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 12. November 1992 zum Verfahren für die Benennung der jeweiligen „Kulturstadt Europas" (ABl. Nr. C 336 vom 19. 12. 1992, S. 3). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 1993 über das neue Kulturkonzept der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 42 vom 15. 2. 1993, S. 173). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 1993 zur Erhaltung des Architekturerbes und zum Schutz der Kulturgüter (ABl. Nr. C 72 vom 15. 3. 1993, S. 160). Schlußfolgerungen des Rates vom 21. Juni 1994 über die Kunst- und Kulturaspekte der Bildung (ABl. Nr. C 229 vom 18. 8. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 4. April 1995 zum Bereich Kultur und Multimedia (ABl. Nr. C 247 vom 23. 9. 1995, S. 1). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 16/95, vom Rat festgelegt am 10. Juli 1995, im Hinblick auf den Erlaß des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates für ein Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit europäischer Dimension (KALEIDOSKOP) (ABl. Nr. C 281 vom 25. 10. 1995, S. 10). Mit diesen Mitteln werden die Beiträge der Gemeinschaft zu den im Programm KALEIDOSKOP vorgesehenen Förderaktionen finanziert, ebenso wie die vorbereitenden Aktionen zu diesem Programm und — für den Fall, daß seine endgültige Genehmigung nicht vor Beginn des Haushaltsjahres 1996 erfolgen sollte — die gesamten Pilotvorhaben, die gemäß den Schwerpunkten, Aktionsbereichen und Modalitäten, die denen im Programm vorgesehenen entsprechen, durchgeführt werden. Diese Bereiche umfassen verschiedene Aktionskategorien, wie die Unterstützung kultureller Ereignisse und Projekte, die im Rahmen von Partnerschaften oder von Netzen durchgeführt werden, umfangreiche Aktionen europäischer Zusammenarbeit, Unterstützung der europäischen Kulturstädte und des europäischen Kulturmonats sowie einige besondere Maßnahmen und Vorhaben der Zusammenarbeit mit Drittländern. Diese Aktionskategorien gliedern sich insbesondere wie folgt auf: — kulturelle und künstlerische Veranstaltungen, die der Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der Völker dienen; — nichtkommerzieller Kulturaustausch; — künstlerisches Schaffen in allen Bereichen (darstellende Kunst, bildende Kunst, angewandte Kunst und multimediale Kunst); — kulturelle und künstlerische Projekte, die gemeinsam von Akteuren aus mindestens drei Mitgliedstaaten oder von Kulturnetzen durchgeführt werden und an denen zugleich Künstler oder Interpreten bzw. Akteure aus dem Kulturbereich aus mindestens drei Mitgliedstaaten beteiligt sind; — Weiterbildung von Künstlern oder Interpreten bzw. Akteuren aus dem Kulturbereich, die unmittelbar in spezifischen und gezielten Projekten erfolgt, wobei dem zeitgenössischen Schaffen Vorrang eingeräumt wird;

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-20 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-200	*(Fortsetzung)*
B3-2001	*(Fortsetzung)*

— Begegnungen auf europäischer Ebene, die von den Kulturfachkreisen sowie von nationalen und regionalen Behörden veranstaltet werden und unmittelbar mit der Entwicklung der Gemeinschaftsaktion im Kulturbereich in Verbindung stehen;

— Organisation von kulturellen und künstlerischen Veranstaltungen, die in der „Kulturstadt Europas" oder im Rahmen des Europäischen Kulturmonats stattfinden;

— Tätigkeit des Jugendorchesters der Europäischen Union und des „Baroque Orchestra" der Europäischen Union;

— umfangreiche Kulturprojekte mit europäischer Dimension und von hoher Qualität, in denen die kulturelle und sozioökonomische Wirkung partnerschaftlicher Tätigkeit zur Geltung kommt;

— Projekte der kulturellen Zusammenarbeit mit Drittländern, die Assoziierungs- bzw. Kooperationsabkommen abgeschlossen haben, die für den kulturellen Bereich eine spezielle Klausel vorsehen;

— Projekte zur Förderung künstlerischer und literarischer Aktivitäten, einschließlich Vorhaben von bzw. mit Behinderten.

Die Mittel dienen ferner zur Stiftung und Verleihung eines „Europäischen Preises für bildende Künste", der jedes Jahr einem oder mehreren überragenden jungen Künstlern verliehen wird, dessen Werk den überzeugenden Ausdruck regionaler und nationaler Merkmale im Rahmen eines Europa in demokratischer und kultureller Entwicklung darstellt.

Ebenfalls bei diesem Posten eingesetzt ist die Förderung künstlerischer und kultureller Tätigkeiten in einer Region, die jährlich als „Kulturregion Europas" ausgewählt wird.

Weiter decken die Mittel die Ausgaben für technische Organisationsstrukturen, deren sich die Kommissionsdienststellen bei der Abwicklung und Koordinierung des Programms bedienen.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 087 958	1 796 000	291 958			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	7 250 000	3 529 000	2 338 042	1 382 958		
Mittel 1996	7 500 000		4 470 000	2 130 042	899 958	
Insgesamt	16 837 958	5 325 000	7 100 000	3 513 000	899 958	

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—" für Verpflichtungen,

— „—" für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 0 2	Förderprogramm im Bereich Buch und Lesen (ARIANE) Getrennte Mittel	2 500 000	2 300 000	1 350 000	1 100 000	1 000 000,—	894 333,94

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 0 1	*(Fortsetzung)* (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.
B3-2 0 0 2	*Vormals Posten B3-2 0 0 3 (teilweise) und B3-2 0 0 4* Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 126 bis 128. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 18. Mai 1989 zur Förderung des Buches und der Lektüre (ABl. Nr. C 183 vom 20. 7. 1989, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 18. Mai 1989 zur Förderung des Buches und der Lektüre mit Blick auf die Vollendung des Binnenmarktes im Jahre 1992 (ABl. Nr. C 183 vom 20. 7. 1989, S. 3). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 1993 zur Förderung des Buches und des Lesens in Europa (ABl. Nr. C 42 vom 15. 2. 1993, S. 182), insbesondere Ziffern 10 ff. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 17. Mai 1993 über die Förderung der Übersetzung zeitgenössischer europäischer Theaterstücke (ABl. Nr. C 160 vom 12. 6. 1993, S. 1). Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 25. Oktober 1994, für ein Förderprogramm im Bereich Buch und Lesen (ARIANE) (ABl. Nr. C 324 vom 22. 11. 1994, S. 11), geändert am 28. Juli 1995 (ABl. Nr. C 279 vom 25. 10. 1995, S. 7). Entschließung des Rates vom 4. April 1995 zum Bereich Kultur und Multimedia (ABl. Nr. C 247 vom 23. 9. 1995, S. 1). Mit diesen Mitteln werden die Beiträge der Gemeinschaft zu den im Programm ARIANE vorgesehenen Fördermaßnahmen, die vorbereitenden Maßnahmen zu ARIANE und alle Pilotvorhaben finanziert, die gemäß den Schwerpunkten, Aktionsbereichen und Modalitäten, die denen im Programm vorgesehenen entsprechen, durchgeführt werden, insbesondere: — Unterstützung für die Übersetzung zeitgenössischer literarischer Werke (Romane, Novellen, literarische Essais, Literaturgeschichte, Biographien, Theater, Lyrik), die für die Kultur des Herkunftslandes repräsentativ und für ein breites europäisches Publikum von Interesse sind; — Unterstützung für die Übersetzung von Theaterstücken, die bereits auf der Bühne oder in audiovisuellen Medien aufgeführt wurden und bei der Kritik wie auch beim Publikum in bestimmtem Maße Anerkennung gefunden haben. Den zur Übersetzung vorgeschlagenen Werken muß ein konkretes Aufführungsprojekt zugrunde liegen; — Unterstützung für die Übersetzung von Nachschlagewerken, die einen erleichterten Informations- und Erfahrungsaustausch und damit eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf den Gebieten nach Artikel 128 EG-Vertrag bezwecken; — Verleihung der Aristeion-Preise: Europäischer Literaturpreis und Europäischer Übersetzungspreis; — Förderung einer hochqualitativen literarischen Übersetzung und Austausch von Erfahrungen und Know-how unter Fachleuten für Übersetzung; — Entwicklung von Partnerschaftsinitiativen, um durch Nutzung neuer Technologien und sonstiger multimedialer Instrumente den Zugang zu den für die Verbreitung der übersetzten Werke erforderlichen Daten und Informationen zu erleichtern; — gezielte Aktionen zur Begleitung der Sensibilisierungsmaßnahmen für das Lesen, insbesondere der Bemühungen um eine bessere Kenntnis der literarischen Werke einzelner Länder und Regionen der Gemeinschaft mit Hilfe von Übersetzungen; — Unterstützung für europaweite innovative Pilotveranstaltungen zur Sensibilisierung der Jugend für das Lesen und für Werke der europäischen Literatur; — Gewährung von Stipendien und Reisegeldern für literarische Übersetzer und Veranstaltung von Weiterbildungskursen; — kulturelle Zusammenarbeit mit Drittländern, die Assoziierungsabkommen geschlossen haben, in denen eine entsprechende Klausel für den Kulturbereich enthalten ist; — weiter decken sie die Ausgaben für technische Organisationsstrukturen, deren sich die Kommissionsdienststellen bei der Abwicklung und Koordinierung des Programms bedienen. Sie dienen ferner zur Finanzierung der Maßnahmen für die Zusammenarbeit zwischen Bibliotheken und zur Sensibilisierung im Bereich Buch und Lesen sowie der im Gutenberg-Programm vorgesehenen Maßnahmen. Ebenfalls bei diesem Posten eingesetzt sind die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-20 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-200	*(Fortsetzung)*						
B3-2002	*(Fortsetzung)*						
B3-2003	Andere in der Gemeinschaft und in Zusammenarbeit mit den Drittländern verwirklichte kulturelle Maßnahmen						
	Getrennte Mittel	6 000 000	4 500 000	1 950 000	2 000 000	1 400 000,—	1 242 844,07

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 0 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	83 719	83 719				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 350 000	1 016 281	333 719			
Mittel 1996	2 500 000		1 966 281	533 719		
Insgesamt	3 933 719	1 100 000	2 300 000	533 719		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—" für Verpflichtungen,

— „—" für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B3-2 0 0 3 *Vormals Posten B3-2 0 0 3 (teilweise)*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft insbesondere die Artikel 126, 127 und 128.

Entschließung der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 13. November 1986 über die Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes (ABl. Nr. C 320 vom 13. 12. 1986, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zu den kulturellen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den mittel- und osteuropäischen Ländern (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 45).

Entschließung des Rates vom 14. Mai 1992 im Hinblick auf einen verstärkten Schutz des Urheberrechts und der Leistungsschutzrechte (ABl. Nr. C 138 vom 28. 5. 1992, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 1993 zur Erhaltung des architektonischen Erbes und zum Schutz der Kulturgüter (ABl. Nr. C 72 vom 15. 3. 1993, S. 160), insbesondere deren Ziffern 8, 9 und 10.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. April 1994 zu den kulturellen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (ABl. Nr. C 128 vom 9. 5. 1994, S. 428).

Entschließung des Rates vom 4. April 1995 über die kulturelle Zusammenarbeit mit den assoziierten mittel- und osteuropäischen Ländern (ABl. Nr. C 247 vom 23. 9. 1995, S. 2).

Diese Mittel umfassen ferner:

— Unterstützung für Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung, um den Zugang der Bürger zur Kultur und zum kulturellen Erbe zu erleichtern, und für die Errichtung von Netzen und für Partnerschaften mit ähnlichen Strukturen, wie sie in den Mitgliedstaaten bestehen;

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-2 0 0 insgesamt	26 000 000	21 900 000	19 400 000	15 450 000	14 800 000,—	11 723 946,11
B3-2 0 1	***Audiovisueller Bereich***						
B3-2 0 1 0	MEDIA (Maßnahmen zur Förderung der audiovisuellen Produktionsindustrie) Getrennte Mittel	60 000 000	47 900 000	53 580 000	48 475 000	53 606 739,—	52 727 803,69

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 0 3	*(Fortsetzung)*

— Unterstützung für Maßnahmen der kulturellen Zusammenarbeit (einschließlich Erbe) unter Einbeziehung von internationalen Organisationen, insbesondere Europarat und UNESCO;

— Unterstützung der Tätigkeiten des Kammerorchesters der Europäischen Gemeinschaften (ECCO) (100 000 ECU);

— Unterstützung der europäischen Künstlernetze (Europäischer Rat der Künstler) und der europäischen kulturellen Dachorganisation, dem Europäischen Forum für Kunst und Erbe (EFAH) (200 000 ECU);

— Unterstützung der Europäischen Stiftung der Jugendoper (750 000 ECU);

— Unterstützung für die Mozart-Stiftung in Prag zur Bereitstellung von Stipendien für Musikstudenten (eines für jeden Mitgliedstaat und für jeden assoziierten Staat Mittel- und Osteuropas) (360 000 ECU);

— Unterstützung der kulturellen Entwicklung in bosnischen Städten und verwandte Aktionen mit Symbolwirkung (300 000 ECU).

Sie sind auch für die kulturelle Zusammenarbeit mit nicht assoziierten Drittstaaten bestimmt.

Ein Betrag von 3 000 000 ECU wird zur Unterstützung von Maßnahmen zur Erhaltung des kulturellen Erbes im Zusammenhang mit Gebäuden, Denkmälern und Kunstgegenständen in den Mitgliedstaaten sowie in Drittländern, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, Zypern und Malta, zugewiesen.

Die Mittel dienen der Abwicklung der noch bestehenden Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Beiträgen der Gemeinschaft zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit mit den Drittländern und den auf diesem Gebiet zuständigen internationalen Organisationen und insbesondere der Sonderhilfe für den Wiederaufbau der Bibliothek von Sarajevo.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	567 029	567 029				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 950 000	1 432 971	500 000	17 029		
Mittel 1996	6 000 000		4 000 000	2 000 000		
Insgesamt	8 517 029	2 000 000	4 500 000	2 017 029		

B3-2 0 1	
B3-2 0 1 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 127, 128 und 130.

Beschluß 90/685/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über die Durchführung eines Aktionsprogramms zur Förderung der Entwicklung der europäischen audiovisuellen Industrie (MEDIA) (1991-1995) (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1990, S. 37).

Beschluß 95/563/EG des Rates vom 10. Juli 1995 über ein Programm zur Förderung der Projektentwicklung und des Vertriebs europäischer audiovisueller Werke (MEDIA II — Projektentwicklung und Vertrieb) (1996-2000) (ABl. Nr. L 321 vom 30. 12. 1995, S. 25).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 1 0	*(Fortsetzung)*

Beschluß 95/564/EG des Rates vom 22. Dezember 1995 zur Durchführung eines Fortbildungsprogramms für die Fachkreise der europäischen audiovisuellen Programmindustrie (MEDIA II — Fortbildung) (ABl. Nr. L 321 vom 30. 12. 1995, S. 33).

Nach Maßgabe der Beschlüsse 90/685/EWG, 95/563/EG und 95/564/EG sollen mit diesen Mitteln folgende Ziele verwirklicht werden:

— Beitrag zur Schaffung eines günstigen Umfelds, in dem die Unternehmen der Gemeinschaft neben denen der anderen europäischen Länder eine maßgebende Rolle spielen;

— Stimulierung und Steigerung der wettbewerbsfähigen Angebotskapazität europäischer audiovisueller Produkte, insbesondere unter Berücksichtigung der Rolle und des Bedarfs der kleinen und mittleren Unternehmen, der berechtigten Interessen aller an der Schöpfung audiovisueller Produkte beteiligten Berufskreise und der Lage der Länder mit geringer audiovisueller Produktionskapazität und/oder geographisch und sprachlich begrenztem Bereich in Europa;

— Verstärkung des innereuropäischen Austauschs von Filmen und audiovisuellen Programmen und maximale Nutzung der in Europa bestehenden oder zu schaffenden Vertriebsmöglichkeiten im Hinblick auf eine höhere Rentabilität der Investitionen, eine weitere Verbreitung und eine größere Öffentlichkeitswirkung;

— Förderung der Vernetzung der europäischen Fachkreise und der Unternehmen des audiovisuellen Sektors;

— Verbesserung der Stellung der europäischen Produktions- und Vertriebsfirmen auf den Weltmärkten;

— Förderung des Zugangs zu neuen, insbesondere europäischen Kommunikationstechnologien bei der Produktion und dem Vertrieb audiovisueller Werke sowie Nutzung dieser Technologien;

— Förderung eines globalen Konzepts für den audiovisuellen Bereich, das es ermöglicht, der Interdependenz seiner einzelnen Sektoren Rechnung zu tragen;

— Durchführung der nötigen Konsultationen mit den Vertretern aller beteiligten Fachkreise.

Weiter werden aus diesen Mitteln die Ausgaben — maximal 3 000 000 ECU — für technische Organisationsstrukturen finanziert, deren sich die Kommissionsdienststellen bei der Abwicklung und Koordinierung des Programms bedienen.

Des weiteren sind in diesen Posten die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen eingesetzt, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 60 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	17 307 049	16 153 000	1 154 049			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	53 580 000	32 322 000	16 745 951	4 512 049		
Mittel 1996	60 000 000		30 000 000	22 800 000	7 200 000	
Insgesamt	130 887 049	48 475 000	47 900 000	27 312 049	7 200 000	

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—“ für Verpflichtungen,

— „—“ für Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 1	Europäische Dimension im audiovisuellen Bereich Getrennte Mittel	2 000 000	2 426 000	1 800 000	1 600 000	800 000,—	677 782,79
B3-2 0 1 2	Europäische mehrsprachige Rundfunk- und Fernsehsender Getrennte Mittel	5 400 000	5 525 000	5 000 000	4 000 000	5 000 000,—	4 309 168,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 1 0	*(Fortsetzung)* Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.
B3-2 0 1 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 128. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 21. Februar 1990 über die Politik im audiovisuellen Bereich (KOM(90) 78 endg.). Entschließung des Rates vom 5. November 1993 zum hundertjährigen Bestehen des Kinos (ABl. Nr. C 85 vom 22. 3. 1994, S. 3). Grünbuch, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1994, „Strategische Optionen für die Stärkung der Programmindustrie im Rahmen der audiovisuellen Politik der Europäischen Union" (KOM(94) 96 endg.). Aus diesen Mitteln wird folgendes finanziert: — Beteiligung der Europäischen Union an Maßnahmen zur Förderung der europäischen Filmindustrie durch Unterstützung europäischer Filmfestivals; — Gemeinschaftsbeiträge zu Eureka-audiovisuell und zur europäischen Beobachtungsstelle für den audiovisuellen Sektor; — ein Beitrag zur Europäischen Filmakademie und insbesondere ihren Vorhaben zur Förderung und Ausbildung junger Talente in der europäischen Filmindustrie (200 000 ECU); — Maßnahmen bezüglich Untertitel und Zeichensprache für Gehörlose; — Beteiligung der Gemeinschaft an der Feier zum 100jährigen Bestehen des Kinos. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	226 510	220 000	6 510			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 800 000	1 380 000	420 000			
Mittel 1996	2 000 000		1 999 490	510		
Insgesamt	4 026 510	1 600 000	2 426 000	510		

B3-2 0 1 2	Diese Mittel umfassen: — 3 250 000 ECU Verpflichtungsermächtigungen zur Unterstützung von Euronews (ein europäischer Fernsehnachrichtenkanal, der gleichzeitig in fünf Sprachen in ganz Europa und dem Mittelmeerraum sendet); — 750 000 ECU Verpflichtungsermächtigungen für neue Rundfunkinitiativen wie die Einführung eines digitalen Rundfunksystems und die Schaffung des europäischen mehrsprachigen Rundfunknetzes „European Digital Radio" , „European Radio International" und Euroradio (europäische internationale Nachrichten- und Unterhaltungs-Rundfunknetze) sowie für die Schaffung eines europaweiten Bürgerfunks (100 000 ECU) mit europäischer Ausrichtung;

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 2	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 3	Fortgeschrittenes europäisches Fernsehen — Produktion und Umstellung von Programmen zum 16/9-Format						
	Getrennte Mittel	12 500 000	22 000 000	27 000 000 (1)	38 000 000 (1)	53 000 000,—	26 740 969,11

(1) Mittel in Höhe von 4 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 1 2	*(Fortsetzung)*

— sonstige Initiativen im Zusammenhang mit europäischen und mehrsprachigen Fernsehkanälen für kulturelle Zwecke wie MONDIAL (500 000 ECU) oder die Unterrichtung der Öffentlichkeit durch EPITEL für EUROPAVISION (900 000 ECU).

Über all diese europäischen mehrsprachigen Fernseh- und Runfunkvorhaben, die unter diesem Posten finanziert werden, wird der Haushaltsbehörde jährlich Bericht erstattet. Diese Berichte enthalten die finanziellen Ergebnisse, Zuschauerzahlen, die Entwicklungsaussichten der Netze und die Quantität und Qualität der der Europäischen Union geleisteten Dienste.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 203 332	1 167 000	36 332			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	2 833 000	2 167 000			
Mittel 1996	5 400 000		3 321 668	2 078 332		
Insgesamt	11 603 332	4 000 000	5 525 000	2 078 332		

B3-2 0 1 3

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 Absatz 1 vierter Gedankenstrich.

Beschluß 89/337/EWG des Rates vom 27. April 1989 über das hochauflösende Fernsehen (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 1).

Beschluß 89/630/EWG des Rates vom 7. Dezember 1989 über ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten bei der Annahme einer einzigen weltweiten Produktionsnorm für das hochauflösende Fernsehen durch die Vollversammlung des Internationalen Beratenden Ausschusses für den Funkdienst (CCIR) im Jahr 1990 (ABl. Nr. L 363 vom 13. 12. 1989, S. 30).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. April 1993 mit den Bemerkungen als Bestandteil des Beschlusses über die Entlastung der Kommission für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1991 (ABl. Nr. L 155 vom 26. 6. 1993, S. 75).

Beschluß 93/424/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 über einen Aktionsplan zur Einführung fortgeschrittener Fernsehdienste in Europa (ABl. Nr. L 196 vom 5. 8. 1993, S. 48).

Entschließung des Rates vom 22. Juli 1993 über die Entwicklung der Technologien und der Normen auf dem Gebiet fortgeschrittener Fernsehdienste (ABl. Nr. C 209 vom 3. 8. 1993, S. 1).

Entschließung des Rates vom 27. Juni 1994 zu einem Orientierungsrahmen für die Gemeinschaftspolitik im Bereich des Digitalfernsehens (ABl. Nr. C 181 vom 2. 7. 1994, S. 3).

Richtlinie 95/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung von Normen für die Ausstrahlung von Fernsehsignalen (ABl. Nr. L 281 vom 23. 11. 1995, S. 51).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von:

— Aktionen zur Nutzung bestehender Programme durch Umwandlung audiovisueller Programme und Filme, die im 35 mm-, Super-16-mm- oder im konventionellen Videoformat aufgenommen wurden, für HDTV-Videoprogramme oder das Format 16/9;

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 3	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 4	Fortgeschrittenes europäisches Fernsehen — Programmausstrahlung im 16/9-Format Getrennte Mittel	13 500 000	15 500 000	27 000 000 (1)	25 900 000 (1)	29 909 334,13	17 060 692,85

(1) Mittel in Höhe von 4 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 1 3	*(Fortsetzung)*

— Aktionen zur Unterstützung der Herstellung neuer Programme auf HDTV-Videobändern oder HDTV-kompatiblen Trägern;

— Ausgaben für die Verwaltung des Programms und damit verbundene Studien, Gutachten und Sitzungen;

— Aktionen zur Nutzung bestehender Programme durch Umwandlung audiovisueller Programme und Filme, die im Format 16/9 ausgestrahlt werden können;

— Aktionen zur Unterstützung der Herstellung von Programmen mit einer gewissen Lebensdauer auf mit dem Format 16/9 kompatiblen Trägern.

Ferner können daraus Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen finanziert werden, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	39 700 216	34 300 000	5 400 216			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	31 000 000 (1)	7 700 000	13 599 784	9 700 216		
Mittel 1996	12 500 000		3 000 000	8 999 784	500 216	
Insgesamt	83 200 216	42 000 000 (1)	22 000 000	18 700 000	500 216	

(1) Davon werden 4 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B3-2 0 1 4

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 235.

Beschluß 89/337/EWG des Rates vom 27. April 1989 über das hochauflösende Fernsehen (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 1).

Beschluß 89/630/EWG des Rates vom 7. Dezember 1989 über ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten bei der Annahme einer einzigen weltweiten Produktionsnorm für das hochauflösende Fernsehen durch die Vollversammlung des Internationalen beratenden Ausschusses für den Funkdienst (CCIR) im Jahre 1990 (ABl. Nr. L 363 vom 13. 12. 1989, S. 30).

Beschluß 93/424/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 über einen Aktionsplan zur Einführung forgeschrittener Fernsehdienste in Europa (ABl. Nr. L 196 vom 5. 8. 1993, S. 48).

Entschließung des Rates vom 27. Juni 1994 zu einem Orientierungsrahmen für die Gemeinschaftspolitik im Bereich des Digitalfernsehens (ABl. Nr. C 181 vom 2. 7. 1994, S. 3).

Richtlinie 95/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung von Normen für die Ausstrahlung von Fernsehsignalen (ABl. Nr. L 281 vom 23. 11. 1995, S. 51).

Ziel der Aktion ist die beschleunigte Anpassung der TIT-Leistungen an den spezifischen sozioökonomischen Bedarf.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 1 4	*(Fortsetzung)* Mit diesen Mitteln werden die folgenden angestrebten Ziele finanziert, d.h. die Entwicklung von: — einer Mindestmenge von fortgeschrittenen Fernsehdiensten mit dem Format 16/9; — einer erheblichen und immer größeren Anzahl von Kabelfernsehnetzen, die ihren Kunden hochwertige Dienste für das 16/9-Format anbieten. Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Assoziierungs-, Bewertungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen. Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 1 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-2 0 1 insgesamt	93 400 000	93 351 000	114 380 000	117 975 000	142 316 073,13	101 516 416,44
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	119 400 000	115 251 000	133 780 000	133 425 000	157 116 073,13	113 240 362,55
	KAPITEL B3-2 0 INSGESAMT	119 400 000	115 251 000	133 780 000	133 425 000	157 116 073,13	113 240 362,55
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	119 400 000	115 251 000	133 780 000	133 425 000	157 116 073,13	113 240 362,55
	Titel B3-2 insgesamt	**119 400 000**	**115 251 000**	**133 780 000**	**133 425 000**	**157 116 073,13**	**113 240 362,55**

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR UND AUDIOVISUELLER BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-2 0 1 4	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	22 584 157	17 000 000	5 000 000	584 157		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	31 000 000 (1)	12 900 000	8 200 000	9 000 000	900 000	
Mittel 1996	13 500 000		2 300 000	6 500 000	4 000 000	700 000
Insgesamt	67 084 157	29 900 000 (1)	15 500 000	16 084 157	4 900 000	700 000

(1) Davon werden 4 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-3

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-3 0						
B3-3 0 0	***Allgemeine Informationsmaßnahmen und Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit betreffend die Europäische Union***						
	Getrennte Mittel	41 000 000	40 000 000	44 800 000	32 000 000	31 999 998,01	26 138 641,45

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-3

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-3 0 0	*Vormals Artikel B3-3 0 0 und B3-3 0 3* Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Artikel 126 und 127. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Juni 1991 zu den Gemeinschaftspolitiken und ihrer Auswirkung auf die Jugend (ABl. Nr. C 183 vom 15. 7. 1991, S. 469). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister vom 26. Juni 1991 über vorrangige Maßnahmen für die Jugend (ABl. Nr. C 208 vom 9. 8. 1991, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Jugend vom 11. April 1992 betreffend ein vorrangiges Informationsprogramm für die Jugend. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. September 1993 zur Informationspolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 268 vom 4. 10. 1993, S. 192). Mit diesen Mitteln sollen allgemeine Informations- und Kommunikationsmaßnahmen über die Europäische Union finanziert werden, die gemeinsam von den Europäischen Organen unternommen werden und der Information der europäischen Bürger über Europa dienen. Diese Maßnahmen sind gerichtet an die Öffentlichkeit, die Multiplikatoren und bestimmte Zielgruppen (vor allem Frauen und junge Menschen), um das Verständnis der Ziele, Fakten und Methoden des gemeinschaftlichen Vorgehens im Rahmen eines Dialogs zwischen den Organen und dem Bürger zu fördern. Bei der Verwaltung der Mittel wird die Kommission von einer beratenden Arbeitsgruppe — nachstehend als Arbeitsgruppe für Informationsaktionen bezeichnet — unterstützt, die sich aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der Kommission zusammensetzt und in der die Kommission den Vorsitz führt. Zu einem späteren Zeitpunkt können sich weitere Organe an dieser Arbeitsgruppe beteiligen. Die Kommission unterbreitet der Arbeitsgruppe das Jahresprogramm sowie die spezifischen Vorhaben mit den Angaben über die für die einzelnen Aktionen vorgesehenen Beträge zur Stellungnahme. Die der Arbeitsgruppe vorgelegten Aktionen werden im Rahmen interinstitutioneller Zusammenarbeit von der Kommission und den übrigen Organen einzeln oder gemeinsam durchgeführt. Das sich aus dieser interinstitutionellen Zusammenarbeit ergebende Aktionsprogramm sowie eine Bilanz über die Durchführung sind der Haushaltsbehörde vor dem 30. Juni 1996 vorzulegen. Es sollten qualitative Meinungsumfragen durchgeführt und eine Informationsstrategie entwickelt werden, um den Kenntnisstand der Meinungsführer zu ermitteln. Diese interdisziplinäre Aktion, für deren Effizienz Meinungsumfragen und Evaluierungsstudien erforderlich sind, umfaßt folgendes: staatenübergreifende oder zentral organisierte Maßnahmen, wie Aufenthalte, Veröffentlichungen, audiovisuelle Produktionen, Informationsmaßnahmen (Schrifttum und Datenbanken), auf europäischer Ebene durchgeführte Maßnahmen für spezifische Zielgruppen (Frauen, Jugendliche), dezentral organisierte Maßnahmen für bestimmte Länder oder Regionen und die Wahrnehmung von Repräsentationsaufgaben auf den verschiedenen politischen Ebenen. Außerdem veranschlagt sind die Kosten aller angemessenen Mittel zur Vorbereitung, Redigierung und Übersetzung der in dieser Aktion eingesetzten Instrumente, einschließlich der EDV-Mittel. Ein Teil dieser Mittel ist für die Dienststelle „Fraueninformation" bestimmt, deren Aufgabe es ist, bei den Meinungsmultiplikatoren (universitäre Einrichtungen, Frauenverbände) Informationen über die Politik der Gemeinschaft zur Förderung der Chancengleichheit (Hefte und Sonderhefte von „Frauen Europas", die Preise „Niki" und „Frauen Europas") zu verbreiten. Diese Mittel decken außerdem die Finanzierung eines Informationsprogramms für die Jugend, das sich auf mehrere Bereiche des gemeinschaftlichen Lebens und der gemeinschaftlichen Politik erstreckt, als Datenbasis konzipiert ist und ständig auf den neuesten Stand gebracht wird, um so in der gesamten Europäischen Union verbreitet zu werden. Veranschlagt sind ferner in diesem Artikel Mittel zur Finanzierung einer breitgefächerten Öffentlichkeitsarbeit der Kommission in Form von Kampagnen, Public-Relations-Maßnahmen und einer Teilnahme an Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit, die im Zusammenhang mit gemeinschaftsbezogenen Ereignissen stehen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den europäischen Bürger über die rechtliche und politische Bedeutung des Begriffs „Unionsbürgerschaft" aufzuklären und damit sein Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft zu stärken. Sie können durch Meinungsumfragen und Evaluierungsstudien ergänzt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-3 0 1	***Informationsrelais*** Getrennte Mittel	7 800 000	10 000 000	9 300 000	5 750 000	4 499 951,36	3 366 263,65

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B3-3 0 0 *(Fortsetzung)*

Mit den veranschlagten Mitteln werden außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen finanziert, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 41 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	16 739 620	13 894 000	2 845 620			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	44 800 000	18 106 000	22 154 380	4 539 620		
Mittel 1996	41 000 000		15 000 000	20 000 000	6 000 000	
Insgesamt	102 539 620	32 000 000	40 000 000	24 539 620	6 000 000	

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 500 000 ECU veranschlagt.

B3-3 0 1 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. April 1989 über den fünften Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts — 1987 (ABl. Nr. C 120 vom 16. 5. 1989, S. 361).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Mai 1994 zu Sport und Doping (ABl. Nr. C 205 vom 25. 7. 1994, S. 484).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Mai 1994 zu „Die Europäische Gemeinschaft und der Sport" (ABl. Nr. C 205 vom 25. 7. 1994, S. 486).

Die Kommission sollte die Finanzierung von Aktionen begünstigen, die Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit sind und die insbesondere für die Randregionen unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Besonderheiten bestimmt sind.

Die Kommission wird bei der Verwaltung dieser Mittel von einer beratenden Arbeitsgruppe — nachstehend als Arbeitsgruppe für Informationsaktionen bezeichnet — unterstützt, die sich aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der Kommission zusammensetzt und in der die Kommission den Vorsitz führt. Zu einem späteren Zeitpunkt können sich weitere Organe an dieser Arbeitsgruppe beteiligen.

Die Kommission legt der Arbeitsgruppe das Jahresprogramm sowie die spezifischen Projekte unter Angabe der Zweckbestimmung der einzelnen Aktionen bereitgestellten Beträge zur Stellungnahme vor.

Die der Arbeitsgruppe vorgelegten Aktionen werden im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit von der Kommission und den übrigen Organen einzeln oder gemeinsam verwaltet.

Das aus dieser interinstitutionellen Zusammenarbeit hervorgehende Aktionsprogramm sowie eine Leistungsbilanz sind der Haushaltsbehörde vor dem 30. Juni 1996 zu unterbreiten.

Diese Mittel dienen der Finanzierung:

— der Internationalen Föderation der Europahäuser (FIME) (1 700 000 ECU),

— der Informations- und Dokumentationsbüros, der ländlichen Informationszentren sowie des Zuschusses für das „European Journalism Centre (EJC)" in Maastricht; damit will die Gemeinschaft der wachsenden Nachfrage nach Informationen über ihre Tätigkeit entsprechen. Diese als öffentliche oder private Organisationen bzw. als Mischformen strukturierten Informationsrelais sind als Ergänzung zu der von den Büros der Kommission in den Mitgliedstaaten geleisteten Arbeit zu sehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-3 0 2	***Informationsprogramme für Drittländer*** Getrennte Mittel	7 500 000	7 000 000	7 000 000	4 750 000	5 999 934,15	4 025 233,83

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-30 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B3-301 *(Fortsetzung)*

Aus diesem Artikel werden außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen finanziert, die unmittelbar zum Erreichen des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 241 567	1 800 000	441 567			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 300 000	3 950 000	5 350 000			
Mittel 1996	7 800 000		4 208 433	3 591 567		
Insgesamt	19 341 567	5 750 000	10 000 000	3 591 567		

B3-302 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. April 1994 zu den kulturellen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (ABl. Nr. C 128 vom 9. 5. 1994, S. 428).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen, mit denen das gemeinschaftliche Handeln stärker in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung gebracht wird. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind insbesondere Informationsmaßnahmen zur Förderung des Images der Gemeinschaft geplant, die sich an spezifische Zielgruppen und strategische Multiplikatoren — insbesondere die Frauen — wenden. Dabei werden die gleichen Mittel und Techniken angewandt wie innerhalb der Gemeinschaft.

Zu den Zielgruppen für die Imageförderung der Gemeinschaft gehören Universitäten und Schulen, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften, Berufs- und Handwerksverbände in den der Europäischen Union assoziierten Ländern.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-30 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-302	*(Fortsetzung)*						
B3-304	***Jean-Monnet-Aktion — Die europäische Integration in den Hochschulen***						
	Getrennte Mittel	3 200 000	3 000 000	3 200 000	2 650 000	3 100 000,—	2 900 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B3-3 0 2 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 005 476	2 643 000	1 362 476			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	7 000 000	2 107 000	3 387 524	1 505 476		
Mittel 1996	7 500 000		2 250 000	3 465 524	1 784 476	
Insgesamt	18 505 476	4 750 000	7 000 000	4 971 000	1 784 476	

B3-3 0 4 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. April 1989 über den Fünften Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts — 1987 (ABl. Nr. C 120 vom 16. 5. 1989, S. 361).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Aktion „Jean Monnet — Die europäische Integration in den Hochschulen", die auf die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der politischen Union nach Maastricht abzielt. Die Universitäten sollen dabei unterstützt werden, Lehrprogramme zur europäischen Integration einzurichten bzw. auszubauen und entsprechende Themen aufgrund von Anregungen einschlägiger Sachverständiger auszuwählen.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Ein Betrag von 100 000 ECU ist für das Jean-Monnet-Haus vorgesehen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 200 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	691 139	550 000	141 139			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 200 000	2 100 000	900 000	200 000		
Mittel 1996	3 200 000		1 958 861	900 000	341 139	
Insgesamt	7 091 139	2 650 000	3 000 000	1 100 000	341 139	

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 5	***Sport in Europa*** Getrennte Mittel	3 500 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000	1 999 998,26	1 186 982,26
B3-3 0 6	**PRINCE — *Programm zur Information des Europäischen Bürgers — Informationsaktionen für spezifische Politiken*** Getrennte Mittel	15 000 000 (1)	15 000 000 (1)	1 000 000	800 000		

(1) Davon werden 35 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-30 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B3-305

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Mai 1994 zu „Sport und Doping" (ABl. Nr. C 205 vom 25. 7. 1994, S. 484).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Mai 1994 zu „Die Europäische Gemeinschaft und der Sport" (ABl. Nr. C 205 vom 25. 7. 1994, S. 486).

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Werbe- und Informationsmaßnahmen im Sport mit Modellcharakter, insbesondere:

— von Informationsmaßnahmen von Behörden und Einrichtungen, die auf dem Gebiet des Sports tätig sind;

— von Austauschprogrammen für Teilnehmer am Volkssport, Studien über Sport und dessen soziale Auswirkung, vor allem Maßnahmen zur Förderung des Behindertensports (650 000 ECU);

— der Förderung und der Unterstützung der sportlichen Vereinigungen auf Gemeinschaftsebene und ihrer Aktivitäten, insbesondere, um regionale und traditionelle Sportarten zu fördern;

— der Unterstützung von sportlichen Veranstaltungen für die Allgemeinheit, insbesondere solcher, die auf die soziale Eingliederung von Zuwanderern, die Bekämpfung des Rassismus, die weniger begünstigten Regionen und die Regionen mit hohen Zuwanderungsraten und die Rand-, Berg- und Inselregionen abstellen;

— der Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt bei Sportveranstaltungen und zur Förderung des Fair play (250 000 ECU);

— der Förderung von Initiativen gegen die Verwendung von Doping-Erzeugnissen.

Ein Teil dieser Mittel ist bestimmt für Pilotprojekte und sportliche Veranstaltungen mit Blick auf die Integration und die Entwicklung des Behindertensports.

Ein Betrag von 1 000 000 ECU ist für das EURATLON-Programm bestimmt.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zum Erreichen des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 103 412	880 000	223 412			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	1 120 000	556 588	323 412		
Mittel 1996	3 500 000		1 200 000	1 500 000	800 000	
Insgesamt	6 603 412	2 000 000	2 000 000	1 823 412	800 000	

B3-306

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Informationsaktionen für spezifische Politiken.

Diese Aktionen sind als wirksames Mittel der Kommunikation und des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Gemeinschaftsorganen konzipiert, wobei nach Möglichkeit jede Propaganda vermieden werden soll. Ein Teil dieser Mittel ist für die Einleitung dieses Dialogs vorgesehen.

Die Informationskampagnen sollen den nationalen und regionalen Besonderheiten in enger Abstimmung mit den Behörden der Mitgliedstaaten Rechnung tragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 6	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-3 0 6	*(Fortsetzung)* Bei der Verwaltung dieser Mittel wird die Kommission von einer beratenden Arbeitsgruppe — nachstehend als Arbeitsgruppe für Informationsaktionen bezeichnet — unterstützt, die sich aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der Kommission zusammensetzt und in der die Kommission den Vorsitz führt. Zu einem späteren Zeitpunkt können sich weitere Organe an dieser Arbeitsgruppe beteiligen. Die Kommission legt der Arbeitsgruppe das Jahresprogramm und die spezifischen Programme zur Stellungnahme vor, unter Angabe der Zweckbestimmung der für die einzelnen Aktionen bereitgestellten Beträge. Die der Arbeitsgruppe vorgelegten Aktionen werden im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit von der Kommission und den übrigen Organen einzeln oder gemeinsam oder auch mit Unterstützung der Netze und anderer Meinungsmultiplikatoren verwaltet. Das aus dieser interinstitutionellen Zusammenarbeit hervorgehende Aktionsprogramm sowie eine Leistungsbilanz sind der Haushaltsbehörde vor dem 30. Juni 1996 vorzulegen. Veranschlagt sind auch Mittel für die Organisation und Finanzierung einschlägiger Informationsaktionen für genau bestimmte Zielgruppen. Die zuständigen Stellen werden Aktionen insbesondere in folgenden Bereichen durchführen: Fischerei- und Wettbewerbspolitik, Währungspolitik und WWU, Entwicklungspolitik, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Handelspolitik, Maßnahmen zur Förderung der Transparenz, Maßnahmen in Fachbereichen, insbesondere bei rechtlichen, budgetären, organisatorischen und sonstigen Aspekten der Gemeinschaftspolitik sowie bei deren Überwachung. Zu den Informationsmaßnahmen gehören insbesondere die Erarbeitung von Veröffentlichungen, die Veranstaltung von Konferenzen, Seminaren und Kongressen, die Bereitstellung audiovisueller Mittel sowie von Werbeartikeln, die Durchführung von Pilotprojekten sowie die Unterstützung einschlägiger Stellen und Netze in den fraglichen Bereichen und die Planung der Ausbildung von Fachleuten und Informationsmultiplikatoren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 6	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	78 000 000	77 000 000	67 300 000	47 950 000	47 599 881,78	37 617 121,19
	KAPITEL B3-3 0 INSGESAMT	78 000 000	77 000 000	67 300 000	47 950 000	47 599 881,78	37 617 121,19
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	78 000 000	77 000 000	67 300 000	47 950 000	47 599 881,78	37 617 121,19
	Titel B3-3 insgesamt	**78 000 000**	**77 000 000**	**67 300 000**	**47 950 000**	**47 599 881,78**	**37 617 121,19**

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-3 0 6	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 000 000	800 000		200 000		
Mittel 1996	50 000 000 (1)		50 000 000			
Insgesamt	51 000 000	800 000	50 000 000 (1)	200 000		

(1) Davon werden 35 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-4

SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-4 0						
B3-4 0 0	***Sozialer Dialog und Europäischer Sozialraum***						
B3-4 0 0 0	Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog Getrennte Mittel	7 000 000	6 400 000	8 000 000	7 000 000	7 367 608,—	4 303 614,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-4

SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KAPITEL B3-40 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-400	
B3-4000	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 118 b. Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel 3 und 4 des dem Protokoll über die Sozialpolitik beigefügten Abkommens über die Sozialpolitik (Anhang IV). Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1). Mitteilung der Kommission vom 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte (KOM(89) 568 endg.). Schlußfolgerungen des Rates vom 21. Dezember 1992 über die wirksame Umsetzung und Anwendung des Sozialrechts der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 49 vom 19. 2. 1993, S. 6). Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.). Schlußfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel vom 10. und 11. Dezember 1993. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 14. Dezember 1993 über die Anwendung des Protokolls über die Sozialpolitik (KOM(93) 600 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. Februar 1994 zur neuen sozialen Dimension des Vertrags über die Europäische Union (ABl. Nr. C 77 vom 14. 3. 1994, S. 30). Schlußfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates in Korfu vom 24. und 25. Juni 1994. Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1994, „Europäische Sozialpolitik — Ein zukunftsweisender Weg für die Union" (KOM(94) 333 endg.). Schlußfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates in Essen vom 9. und 10. Dezember 1994. Entschließung des Rates vom 27. März 1995 zur Umsetzung und Anwendung des Sozialrechts der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 168 vom 4. 7. 1995, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Zuschüssen und finanziellen Beihilfen, zum einen im Rahmen der Umsetzung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte zwecks Förderung des sozialen Dialogs auf brancheninterner und sektoraler Ebene in Übereinstimmung mit Artikel 118 b des Vertrags und Gewährleistung der Umsetzung der Ergebnisse dieses Dialogs in nationales Recht, zum anderen im Zusammenhang mit dem sozialpolitischen Aktionsprogramm. Die Mittel sind ferner bestimmt für finanzielle Hilfen für Konsultationen, Beratungen, Verhandlungen und sonstige Maßnahmen zur Verwirklichung der obengenannten Ziele einschließlich der Aufwertung und Evaluierung der auf einzelstaatlicher Ebene durchgeführten Aktionen und der Ausbildung der Sozialpartner. Aus diesem Posten werden außerdem Konsultationen zwischen Arbeitnehmerorganisationen und Gewerkschaften auf europäischer Ebene im Rahmen des in den Artikeln 3 und 4 des Protokolls Nr. 14 im Vertrag über die Europäische Union vorgesehenen Verfahrens gefördert und unterstützt. Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 0 1	Europäisches Gewerkschaftsinstitut Getrennte Mittel	3 000 000	2 900 000	2 850 000	2 845 000	2 490 000,—	2 483 000,—
B3-4 0 0 2	Zusammenkünfte der Arbeitnehmerorganisationen Getrennte Mittel	8 000 000	8 700 000	7 000 000	6 000 000	6 905 702,—	4 999 857,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 0 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	7 136 450	5 000 000	2 000 000	136 450		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 000 000	2 000 000	2 500 000	3 500 000		
Mittel 1996	7 000 000		1 900 000	3 600 000	1 500 000	
Insgesamt	22 136 450	7 000 000	6 400 000	7 236 450	1 500 000	

B3-4 0 0 1

Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1).

Eines der in diesem Aktionsprogramm festgelegten Ziele besteht darin, „die an der Arbeit der Gemeinschaft beteiligten Gewerkschaftsorganisationen bei der Errichtung eines Europäischen Gewerkschaftsinstituts zu unterstützen".

Dieses Institut soll die Gewerkschaftsorganisationen mit Blick auf die Ausbildung und Information ihrer Mitglieder dabei unterstützen, Studien und Analysen über das Gemeinschaftsgeschehen durchzuführen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	124 500	124 500				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 850 000	2 720 500	129 500			
Mittel 1996	3 000 000		2 770 500	229 500		
Insgesamt	5 974 500	2 845 000	2 900 000	229 500		

B3-4 0 0 2

Weißbuch der Kommission vom 14. Juni 1985 für den Europäischen Rat (Mailand, 28. und 29. Juni 1985) über die Vollendung des Binnenmarktes (KOM(85) 310 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. März 1989 über die soziale Dimension des Binnenmarktes (ABl. Nr. C 96 vom 17. 4. 1989, S. 61), insbesondere die Punkte 23 und 25.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-40 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-400	*(Fortsetzung)*						
B3-4002	*(Fortsetzung)*						
B3-4004	Transnationale Zusammenkünfte von Vertretern von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen						
	Getrennte Mittel	14 000 000	12 000 000	17 000 000	17 000 000	14 663 968,—	9 725 858,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-40 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-400	*(Fortsetzung)*
B3-4002	*(Fortsetzung)*

Mitteilung der Kommission vom 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte (KOM(89) 568 endg.), insbesondere Punkt 7.

Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.).

Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1994, „Europäische Sozialpolitik — Ein zukunftsweisender Weg für die Union" (KOM(94) 333 endg.).

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Informations- und Bildungsmaßnahmen für Arbeitnehmerorganisationen, die sich aus der Durchführung von Gemeinschaftsmaßnahmen im Zusammenhang mit der sozialen Dimension des Binnenmarktes ergeben, einschließlich der Beteiligung von Vertretern der Sozialpartner aus den mittel- und osteuropäischen Ländern an den betreffenden Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen insbesondere von der Europäischen Gewerkschaftsakademie und vom Europäischen Arbeitnehmerzentrum durchgeführt werden.

Der Finanzbeitrag für die Beteiligung von Vertretern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern darf 5 % des gesamten Mittelansatzes für diesen Posten nicht übersteigen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 926 713	3 600 000	200 000	126 713		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	7 000 000	2 400 000	4 000 000	600 000		
Mittel 1996	8 000 000		4 500 000	3 500 000		
Insgesamt	18 926 713	6 000 000	8 700 000	4 226 713		

B3-4004

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel 3 Absatz 3 des dem Protokolls über die Sozialpolitik beigefügten Abkommens über die Sozialpolitik.

Richtlinie 94/45/EG des Rates vom 22. September 1994 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (ABl. Nr. L 254 vom 30. 9. 1994, S. 64).

Bis zum Inkrafttreten dieser Richtlinie und ihrer Umsetzung in den Mitgliedstaaten sowie der Anwendung der daraus folgenden Vorschriften durch die Empfänger dienen diese Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen:

— Ausbildung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter auf Unternehmensebene zur Ausübung der in der Richtlinie vorgesehenen Rechte;

— Förderung von Zusammenkünften zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebern der von der Richtlinie betroffenen Unternehmen und Unternehmensgruppen sowohl auf transnationaler als auch nationaler Ebene im Hinblick auf die Einsetzung Europäischer Betriebsräte;

— Förderung eines besseren Verständnisses der Richtlinie seitens der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer und Unterstützung bei der konkreten Anwendung;

— die Einrichtung von Informations- und Beobachtungsstellen (in Form von Pilotvorhaben), deren Ziel es ist, die Sozialpartner bei der unter diesen Posten fallenden Einsetzung Europäischer Betriebsräte zu informieren und zu unterstützen und die Anpassung, Umsetzung und Anwendung der Richtlinie zu überwachen.

Ein Betrag in Höhe von maximal 500 000 ECU ist für die Beteiligung von Vertretern der Sozialpartner aus den mittel- und osteuropäischen Ländern an den betreffenden Maßnahmen vorgesehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 0 4	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 0 5	Europäisches Zentrum für Arbeitsbeziehungen Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (1)				

(1) Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 0 4	*(Fortsetzung)*

Die Vertreter der Unternehmen, der Arbeiter und der Angestellten müssen die Subventionen für ihre Tätigkeiten bei den zuständigen Dienststellen der Kommission beantragen.

Diese Mittel decken ferner die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; diese Mittel decken auch Ausgaben, die die qualitative Unterstützung für diese verschiedenen Zusammenkünfte, insbesondere Bildungsmaßnahmen, sicherstellen; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktion oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligtenVerpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 14 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	11 241 617	10 000 000	1 000 000	241 617		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	17 000 000	7 000 000	7 000 000	3 000 000		
Mittel 1996	14 000 000		4 000 000	10 000 000		
Insgesamt	42 241 617	17 000 000	12 000 000	13 241 617		

B3-4 0 0 5 *Neuer Posten*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere 118 b.

Mitteilung der Kommission an die Haushaltsbehörde vom ... über die Finanzierung des Europäischen Zentrums für Arbeitsbeziehungen (KOM(...) ... endg.).

Bei diesem Posten kann ein etwaiger Zuschuß für das auf Initiative der Sozialpartner geschaffene Zentrum für Arbeitsbeziehungen eingesetzt werden, mit dem die Einrichtung einheitlicher Ausbildungsstrukturen für Führungskräfte gefördert werden soll.

Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU werden bis zur Annahme der Stellungnahme des Parlaments zu der Mitteilung der Kommission über die Finanzierung des Europäischen Zentrums für Arbeitsbeziehungen in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 0 5	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 0 0 insgesamt	32 000 000	30 000 000	34 850 000	32 845 000	31 427 278,—	21 512 329,—
B3-4 0 1	***Arbeitsmarkt und Beschäftigung***						
B3-4 0 1 0	Arbeitsmarkt und Beschäftigung Getrennte Mittel	11 000 000	10 000 000	11 600 000	9 800 000	10 258 212,—	7 203 900,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 0 5	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	1 500 000 (1)		1 500 000			
Insgesamt	1 500 000		1 500 000 (1)			

(1) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B3-4 0 1

B3-4 0 1 0

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 48, 49, 117, 118 und 118 b.

Entschließung des Rates vom 27. Juni 1980 über Leitlinien für eine Arbeitsmarktpolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 168 vom 8. 7. 1980, S. 1).

Entschließung des Rates vom 12. Juli 1982 über eine Gemeinschaftsaktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 186 vom 21. 7. 1982, S. 1).

Entschließung des Rates vom 23. Januar 1984 zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen (ABl. Nr. C 29 vom 4. 2. 1984, S. 1).

Entschließung des Rates vom 7. Juni 1984 über den Beitrag der örtlichen Beschäftigungsinitiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 161 vom 21. 6. 1984, S. 1).

Entschließung des Rates vom 7. Juni 1984 zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 161 vom 21. 6. 1984, S. 4).

Entschließung des Rates vom 19. Dezember 1984 zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 2 vom 4. 1. 1985, S. 3).

Schlußfolgerungen des Rates vom 13. Juni 1985 über ein Programm für spezifische beschäftigungsfördernde Maßnahmen (ABl. Nr. C 165 vom 4. 7. 1985, S. 1).

Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1986 über ein Aktionsprogramm zur Förderung des Beschäftigungswachstums (ABl. Nr. C 340 vom 31. 12. 1986, S. 2).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Arbeit und Sozialfragen vom 30. November 1989 über die Errichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für die Beschäftigung (ABl. Nr. C 328 vom 30. 12. 1989, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-40 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-401	*(Fortsetzung)*
B3-4010	*(Fortsetzung)* Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 über Maßnahmen zur Unterstützung der Langzeitarbeitslosen (ABl. Nr. C 157 vom 27. 6. 1990, S. 4). Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1992 über die Notwendigkeit einer Reaktion auf die ernste, sich verschlechternde Arbeitsmarktlage der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 49 vom 19. 2. 1993, S. 3). Gemeinschaftsweiter Rahmen für die Beschäftigung, von der Kommission vorgelegt am 26. Mai 1993 (KOM(93) 238 endg.). Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.). Schlußfolgerungen des Rates vom 10. und 11. Dezember 1993 über das Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung". Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1994, „Europäische Sozialpolitik — Ein zukunftsweisender Weg für die Union" (KOM(94) 333 endg.). Entschließung des Rates vom 6. Dezember 1994 zu bestimmten Perspektiven einer Sozialpolitik der Europäischen Union: Ein Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz in der Union (ABl. Nr. C 368 vom 23. 12. 1994, S. 6). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juli 1995 zu einer kohärenten Beschäftigungsstrategie für die Europäische Union (ABl. Nr. C 249 vom 25. 9. 1995, S. 143). Nach Maßgabe der Leitlinien des Weißbuchs „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung", insbesondere bezüglich der Förderung spezifischer beschäftigungswirksamer Projekte, und des Weißbuchs über die europäische Sozialpolitik sowie im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen des Europäischen Rates von Essen (Dezember 1994) für eine Verbesserung der Beschäftigungssituation der Europäischen Union sind diese Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen bestimmt: — Förderung einer regelmäßigen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission mit Blick auf die Einrichtung eines multilateralen Systems zur Überwachung der Fortschritte bei der Reform der Beschäftigungssysteme, — laufende Verfolgung der Arbeitsmarkttendenzen und der beschäftigungswirksamen Politiken der Mitgliedstaaten als Grundlage für periodische Berichte an den Rat in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Gemeinschaftsorganen, — Unterstützung von experimentellen Forschungsaktionen mit dem Ziel, in ausgewählten prioritären Bereichen der Beschäftigungspolitik unionsweit den Austausch von Erfahrungen und die Weitergabe von Know-how zu fördern, — Beitrag zu einer verbesserten Information der Öffentlichkeit wie auch der unmittelbar mit beschäftigungsfördernden Aktivitäten betrauten Instanzen — einschließlich Selbsthilfegruppen, für die 400 000 ECU bereitgestellt werden sollten — über Arbeitsmarkttendenzen und Beschäftigungspolitik, auch auf internationaler Ebene. Die Mittel sind ferner bestimmt zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen.	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 1	EURES (European Employment Services) Getrennte Mittel	10 500 000	10 500 000	9 400 000	7 500 000	7 320 985,—	5 846 544,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 000 000 ECU. Diese Mittel dürfen nicht zur Finanzierung der Gemeinschaftsmaßnahmen auf den Gebieten Analyse, Forschung, Zusammenarbeit und Aktionen im Beschäftigungsbereich verwendet werden, Vorschlag vom 19. Juni 1995 (ABl. Nr. C 235 vom 9. 9. 1995, S. 8).

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	8 636 429	5 600 000	3 036 429			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	11 600 000	4 200 000	5 000 000	2 400 000		
Mittel 1996	11 000 000		1 963 571	4 125 000	4 911 429	
Insgesamt	31 236 429	9 800 000	10 000 000	6 525 000	4 911 429	

B3-4 0 1 1

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 48, 49, 117, 118 und 118 b.

Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 257 vom 19. 10. 1968, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2434/92 (ABl. Nr. L 245 vom 26. 8. 1992, S. 1).

Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1), insbesondere Priorität Nr. 9.

Entschließung des Rates vom 9. Februar 1976 über ein Aktionsprogramm zugunsten der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (ABl. Nr. C 34 vom 14. 2. 1976, S. 2), insbesondere Ziffer 1 Buchstabe a).

Entschließung des Rates vom 27. Juni 1980 über Leitlinien für eine Arbeitsmarktpolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 168 vom 8. 7. 1980, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. März 1989 zur sozialen Dimension des Binnenmarktes (ABl. Nr. C 96 vom 17. 4. 1989, S. 61).

Mitteilung der Kommission von 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm für die Durchführung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer (KOM(89) 568 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zum Aktionsprogramm der Kommission für die Durchführung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere Ziffern 7 und 35.

Verordnung (EWG) Nr. 2434/92 des Rates vom 27. Juli 1992 zur Änderung des zweiten Teils der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 245 vom 26. 8. 1992, S. 1).

Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1992 über die Notwendigkeit einer Reaktion auf die ernste, sich verschlechternde Arbeitsmarktlage der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 49 vom 19. 2. 1993, S. 3).

Entscheidung 93/569/EWG der Kommission vom 22. Oktober 1993 zur Durchführung der Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft, insbesondere hinsichtlich eines Netzwerks unter der Bezeichnung EURES (European Employment Services) (ABl. Nr. L 274 vom 6. 11. 1993, S. 32).

Die Mittel dieses Postens dienen im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit Einrichtung und Betrieb von EURES.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 1	*(Fortsetzung)*

Der Zweck dieses Netzes besteht darin, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und insbesondere zwischen deren Arbeitsverwaltungen und der Kommission zu fördern, um folgendes zu gewährleisten:

— Austausch von Stellenangeboten und Arbeitsgesuchen auf Gemeinschaftsebene und grenzüberschreitend;

— Austausch von Informationen über die Entwicklung der Arbeitsmarktlage und über Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen den Mitgliedstaaten.

Auf Initiative der Grenzregionen können innerhalb von EURES besondere Kooperations- und Dienstleistungsstrukturen vorgesehen werden.

Das EURES-Netz dient der Gewährleistung der Freizügigkeit und garantiert — nach den Grundsätzen der Transparenz und der Gleichbehandlung — den Zugang europäischer Bürger zur Beschäftigung in anderen Ländern als ihrem Herkunftsland.

Aus diesen Mitteln werden folgende Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit von EURES finanziert:

— Aus- und Weiterbildung der Euroberater,

— Erfahrungsaustausch zwischen Euroberatern und Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsverwaltungen,

— Unterrichtung der europäischen Bürger und Unternehmen über EURES,

— Aufbau von DV-Systemen mit den beiden Datensätzen „Stellenangebote und Arbeitsgesuche" und „Lebens- und Arbeitsbedingungen",

— Einrichtung von spezifischen Kooperations- und Dienstleistungsstrukturen für die Grenzgebiete (gemäß Artikel 17 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68, in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2434/92); im Haushaltsjahr 1996 sollen mindestens 5 000 000 ECU für derartige grenzüberschreitend funktionierende Strukturen bereitgestellt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 372 506	2 000 000	1 000 000	372 506		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 400 000	5 500 000	3 500 000	400 000		
Mittel 1996	10 500 000		6 000 000	4 500 000		
Insgesamt	23 272 506	7 500 000	10 500 000	5 272 506		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 165 900 ECU für Verpflichtungen,

— 94 800 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 2	Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen Getrennte Mittel	9 000 000	6 500 000	6 420 000	5 000 000	6 256 989,—	4 462 284,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 2	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 119. Richtlinie 75/117/EWG des Rates vom 10. Februar 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen (ABl. Nr. L 45 vom 19. 2. 1975, S. 19). Richtlinie 76/207/EWG des Rates vom 9. Februar 1976 zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 39 vom 14. 2. 1976, S. 40). Richtlinie 79/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit (ABl. Nr. L 6 vom 10. 1. 1979, S. 24). Empfehlung 84/635/EWG des Rates vom 13. Dezember 1984 zur Förderung positiver Maßnahmen für Frauen (ABl. Nr. L 331 vom 19. 12. 1984, S. 34). Richtlinie 86/378/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit (ABl. Nr. L 225 vom 12. 8. 1986, S. 40). Richtlinie 86/613/EWG des Rates vom 11. Dezember 1986 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit — auch in der Landwirtschaft — ausüben, sowie über den Mutterschutz (ABl. Nr. L 359 vom 19. 12. 1986, S. 56). Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 zum Schutz der Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 157 vom 27. 6. 1990, S. 3). Entschließung des Rates vom 21. Mai 1991 zum dritten mittelfristigen Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit für Frauen und Männer (1991-1995) (ABl. Nr. C 142 vom 31. 5. 1991, S. 1). Empfehlung 92/131/EWG der Kommission vom 27. November 1991 zum Schutz der Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 49 vom 24. 2. 1992, S. 1). Erklärung des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Durchführung der Empfehlung der Kommission zum Schutz der Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz, einschließlich des Verhaltenskodex gegen sexuelle Belästigung (ABl. Nr. C 27 vom 4. 2. 1992, S. 1). Empfehlung 92/241/EWG des Rates vom 31. März 1992 zur Kinderbetreuung (ABl. Nr. L 123 vom 8. 5. 1992, S. 16). Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (zehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 348 vom 28. 11. 1992, S. 1). Entschließung des Rates vom 22. Juni 1994 zur Förderung der Chancengleichheit für Männer und Frauen durch Maßnahmen der Europäischen Strukturfonds (ABl. Nr. C 231 vom 20. 8. 1994, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 6. Dezember 1994 zur gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an einer beschäftigungsintensiven Wachstumsstrategie der Europäischen Union (ABl. Nr. C 368 vom 23. 12. 1994, S. 3). Entschließung des Rates vom 27. März 1995 zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern an den Beschlußfassungsvorgängen (ABl. Nr. C 168 vom 4. 7. 1995, S. 3). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1995, über ein viertes mittelfristiges Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit von Frauen und Männern (1996-2000) (ABl. Nr. C 306 vom 17. 11. 1995, S. 2). Diese Mittel dienen der Finanzierung eines vierten Aktionsprogramms, insbesondere der Strukturen für technische Hilfe, der örtlichen Beschäftigungsinitiativen zugunsten der Frauen sowie der sonstigen Maßnahmen und Vorhaben. Ein Betrag in Höhe von 500 000 ECU ist für Organisationen, Aktionen und Studien auf europäischer Ebene, die sich mit Diskriminierungen am Arbeitsplatz aufgrund sexueller Neigungen und sonstiger Probleme in diesem Bereich befassen, bestimmt. Die Kommission beteiligt sich an Untersuchungen und Informationsmaßnahmen der einzelstaatlichen Stellen über die Gleichstellung und führt Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Beratenden Ausschuß für Chancengleichheit von Frauen und Männern durch. Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 2	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 5	Umschulungsmaßnahmen für Zollagenten und -spediteure Getrennte Mittel	—	p.m.	—	p.m.	7 508 344,—	12 050 963,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 650 384	1 650 384	1 500 000	1 500 000		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	6 420 000	3 349 616	1 620 000	1 450 384		
Mittel 1996	9 000 000		3 380 000	4 140 000	1 480 000	
Insgesamt	20 070 384	5 000 000	6 500 000	7 090 384	1 480 000	

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 142 200 ECU für Verpflichtungen,

— 53 404 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B3-4 0 1 5 Verordnung (EWG) Nr. 3904/92 des Rates vom 17. Dezember 1992 über Maßnahmen zur strukturellen Anpassung des Gewerbes der Zollagenten und -spediteure an den Binnenmarkt (ABl. Nr. L 394 vom 31. 12. 1992, S. 1).

Dieser Posten dient zur Deckung der Abwicklung der Verpflichtungen bezüglich der befristeten Maßnahmen der Gemeinschaft zur Unterstützung der einzelstaatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Umschulung von Zollbeamten im Zuge der Beseitigung der Zoll- und Steuerkontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 5	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 0 1 insgesamt	30 500 000	27 000 000	27 420 000	22 300 000	31 344 530,—	29 563 691,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	62 500 000	57 000 000	62 270 000	55 145 000	62 771 808,—	51 076 020,—
	KAPITEL B3-4 0 INSGESAMT	62 500 000	57 000 000	62 270 000	55 145 000	62 771 808,—	51 076 020,—
	KAPITEL B3-4 1						
B3-4 1 0	***Sozialer Schutz***						
B3-4 1 0 0	Maßnahmen zugunsten der Familie Getrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	2 000 000	1 200 000	1 971 584,—	1 638 901,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 5	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 016 576	2 949 000		9 067 576		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		p.m.			
Insgesamt	12 016 576	2 949 000 (1)	p.m.	9 067 576 (2)		

(1) Mittel, die bereits aus dem Haushaltsjahr 1994 übertragen worden waren.

(2) Diese Mittel werden gegebenenfalls — entweder durch Aufhebung von Mittelbindungen oder durch Mittelübertragung — noch vor 1997 bereitgestellt.

B3-4 1 0	
B3-4 1 0 0	Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Sozialfragen vom 29. September 1989 zur Familienpolitik (ABl. Nr. C 277 vom 31. 10. 1989, S. 2). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juni 1983 zur Familienpolitik in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 184 vom 11. 7. 1983, S. 116). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 1991 zu den Problemen der Kinder in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 13 vom 20. 1. 1992, S. 535).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 0	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 1992 zu einer Europäischen Charta der Rechte des Kindes (ABl. Nr. C 241 vom 21. 9. 1992, S. 67).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 1994 zum Schutz der Familie und familienähnlichen Formen des Zusammenlebens zum Abschluß des Internationalen Jahres der Familie (ABl. Nr. C 18 vom 23. 1. 1995, S. 96).

Diese Aktionen, die für alle Familienformen bestimmt sind, haben insbesondere zum Ziel:

— Informationstätigkeit, um regelmäßig mit Unterstützung des von der Kommission geschaffenen Sachverständigennetzes und anhand einschlägiger Studien Daten zur Situation der Familie (Zusammensetzung der Haushalte, Folgen der Änderungen der Rechtsvorschriften betreffend die Familie in bestimmten Mitgliedstaaten, Erwerbstätigkeit der Frauen, Entwicklung der Geburtshäufigkeit, Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Jugendschutzes usw.) zu erarbeiten und vorzulegen;

— Einbeziehung familienpolitischer Erwägungen bei der Umsetzung bestimmter Gemeinschaftspolitiken (Freizügigkeit, Chancengleichheit für Männer und Frauen);

— Finanzierung von Pilotprojekten in folgenden Bereichen:

  — Vereinbarkeit von Familienleben und Berufsleben,

  — Maßnahmen, um die Umsetzung der Politik der Chancengleichheit für Männer und Frauen zu sichern,

  — Maßnahmen zur Unterstützung von Familien,

  — Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Heranwachsenden,

  — garantierte Mindestleistungen der sozialen Sicherheit für den Einzelnen, ungeachtet der Familiensituation;

— die Abfassung des Berichts über die demographische Lage;

— Folgemaßnahmen im Anschluß an das Internationale Jahr der Familie.

Die Mittel sind außerdem bestimmt für Zuschüsse an europäische Familienorganisationen und Organisationen, die sich für die Rechte der Kinder und des Schutzes der Kinder einsetzen.

Die Mittel dieses Postens decken ferner die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 978 031	200 000	600 000	1 178 031		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	1 000 000	500 000	500 000		
Mittel 1996	2 500 000		1 400 000	1 100 000		
Insgesamt	6 478 031	1 200 000	2 500 000	2 778 031		

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 2	HELIOS II (Eingliederung von Behinderten) Getrennte Mittel	12 500 000	10 000 000	11 810 000	10 040 000	10 043 599,—	6 128 441,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 2	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 1988 zu Zeichensprachen für Gehörlose (ABl. Nr. 187 vom 18. 7. 1988, S. 236). Beschluß 93/136/EWG des Rates vom 25. Februar 1993 über ein drittes gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Unterstützung von Behinderten (HELIOS II 1993-1996) (ABl. Nr. L 56 vom 9. 3. 1993, S. 30), insbesondere Artikel 3 Buchstabe a). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. März 1993 zur Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft (Jahresbericht des Europäischen Parlaments), insbesondere Ziffern 33 und 34 (ABl. Nr. C 115 vom 26. 4. 1993, S. 178). Die Mittel gelten auch für die Finanzierungsmaßnahmen zugunsten der Zeichensprache für Gehörlose. Ein Betrag von 350 000 ECU ist zur Deckung der Kosten für die Veranstaltung eines Europäischen Tages der Behinderten und für die Veröffentlichung von entsprechendem Material durch Nichtregierungsorganisationen, einschließlich eines Berichts über die Menschenrechte Behinderter, bestimmt; zu finanzieren ist dies im Rahmen der Maßnahme des Programms HELIOS II (Handicapped people in the European Community living independently in an open Society) zur Information der Öffentlichkeit (siehe Anlage Ziffer 5 des Beschlusses 93/136/EWG). Ein Betrag von 500 000 ECU ist zur Finanzierung des EDV-System HANDYNET (Handicapped people network) bestimmt. Ein Betrag von 500 000 ECU ist für Sachverständigenhonorare bestimmt. Ein Betrag von 5 000 000 ECU ist zur Finanzierung der Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen bestimmt, die für Behinderte tätig sind und sie vertreten; davon sind 250 000 ECU zur Deckung der Kosten für Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung eines unabhängigen Europäischen Behindertenforums vorzusehen. Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992). Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	6 997 164	1 820 000	3 000 000	2 177 164		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	11 810 000	8 220 000	3 590 000			
Mittel 1996	12 500 000		3 410 000	9 090 000		
Insgesamt	31 307 164	10 040 000	10 000 000	11 267 164		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 197 500 ECU für Verpflichtungen,

— 53 878 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 3	Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung Getrennte Mittel	9 000 000 (1)	8 000 000 (2)	20 000 000	12 000 000	9 469 362,—	7 540 496,—

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 3	Vertrag über die Europäische Union, insbesondere die Erklärung Nr. 23 in der Anlage. Beschluß 85/8/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene (ABl. Nr. L 2 vom 3. 1. 1985, S. 24). Beschluß 89/457/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 über ein mittelfristiges Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht benachteiligten Personengruppen (ABl. Nr. L 224 vom 2. 8. 1989, S. 10). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Sozialfragen vom 29. September 1989 über die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung (ABl. Nr. C 277 vom 31. 10. 1989, S. 1). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juli 1993 zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 255 vom 20. 9. 1993, S. 38). Mittelfristiges Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Ausgrenzung und zur Förderung der Solidarität, von der Kommission vorgelegt am 22. September 1993, „Ein neues Programm zur Unterstützung und Stimulierung der Innovation (1994-1999)" (KOM(93) 435 endg.). Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1994, „Europäische Sozialpolitik — Ein zukunftsweisender Weg für die Union" (KOM(94) 333 endg.). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Beteiligung der Gemeinschaft an Modellvorhaben, die in den Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und zur Förderung der Solidarität durchgeführt werden und nicht unter das Programm INTEGRA (Posten B2-1 4 2 2) fallen. Ferner sollen Maßnahmen im Bereich der Wohnraumversorgung finanziert werden, wie sie in dem Weißbuch „Europäische Sozialpolitik — Ein zukunftsweisender Weg für die Union" befürwortet und vom Rat in seiner Grundsatzerklärung vom 6. Dezember 1993 skizziert wurden. Ein Betrag von 2 000 000 ECU ist für die Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden bestimmt (Erklärung Nr. 23 in der Anlage zum Vertrag über die Europäische Union). Ein Betrag von 1 000 000 ECU ist für Maßnahmen zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der sozialen Wiedereingliederung von Straftätern bestimmt. Ein Betrag von 2 000 000 ECU wird bis zur Verabschiedung des neuen Aktionsprogramms zur Bekämpfung der Ausgrenzung und zur Förderung der Solidarität in Kapitel B0-4 0 eingesetzt. Ein Betrag von 700 000 ECU ist für ein europäisches Netz zur Bekämpfung der Armut bestimmt. Ein Betrag von 1 500 000 ECU ist für Wohnungswesen und Obdachlose bestimmt (einschließlich FEANTSA). Die in diesem Posten veranschlagten Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 3	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 4	Maßnahmen zugunsten der älteren Menschen Getrennte Mittel	6 500 000 (1)	6 000 000 (2)	6 878 000	5 200 000	6 080 463,—	4 757 348,—

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	7 946 782	4 955 602	2 991 180			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	20 000 000	7 044 398	5 455 602	7 500 000		
Mittel 1996	11 000 000 (1)		553 218	5 358 974	5 087 808	
Insgesamt	38 946 782	12 000 000	9 000 000 (2)	12 858 974	5 087 808	

(1) Davon werden 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon wird 1 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B3-4 1 0 4

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991-1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167).

Entschließung des Rates vom 30. Juni 1993 über flexible Regelungen für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (ABl. Nr. C 188 vom 10. 7. 1993, S. 1).

Grundsatzerklärung des Rates der Europäischen Union und der im Rat vereinigten Minister für Sozialfragen vom 6. Dezember 1993 anläßlich des Abschlusses des Europäischen Jahres der älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen (1993) (ABl. Nr. C 343 vom 21. 12. 1993, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. Februar 1994 über Aktionen zugunsten älterer Menschen (ABl. Nr. C 77 vom 14. 3. 1994, S. 24).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. März 1995, über die Unterstützung der Gemeinschaft für Aktionen zugunsten älterer Menschen (ABl. Nr. C 115 vom 9. 5. 1995, S. 14).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Juni 1995 zur Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer (ABl. Nr. C 228 vom 2. 9. 1995, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Modellvorhaben, an denen mindestens zwei Mitgliedstaaten beteiligt sind, mit folgenden Zielen:

— Ermittlung von Möglichkeiten zur Entwicklung der Rolle und des Potentials älterer Menschen durch die Definition innovativer Rollen in Familie, Gesellschaft und Beruf;

— Verbesserung oder Förderung:

  — der Situation älterer Frauen und hochbetagter Menschen,

  — der Situation älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt,

  — des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand,

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 4	*(Fortsetzung)*

— der integrierten institutionalisierten und privaten Pflege und der Möglichkeiten der Versorgung älterer Mitbürger, unter besonderer Berücksichtigung abhängiger alter Menschen,

— des unabhängigen Wohnens, unter anderem durch soziale und technische Ansätze und Lösungen, die älteren Menschen eine unabhängige Lebensführung erleichtern;

— Stärkung der Solidarität zwischen den und innerhalb der Generationen und Eingliederung von von der Isolation bedrohten älteren Mitbürgern.

Die Projekte sollen, wenn möglich, von den älteren Menschen selbst organisiert und durchgeführt werden.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Aktionen, die von lokalen, regionalen, nationalen oder europäischen Organisationen gefördert oder durchgeführt werden und unmittelbar auf die Erreichung des Ziels der Aktion abzielen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen.

Ebenfalls bei diesem Posten eingesetzt sind die Ausgaben für Gemeinschaftsaktionen zugunsten von Frauen, die wirtschaftlich und sozial benachteiligt sind oder Opfer von Gewalttaten wurden.

Die Mittel decken unter anderem die Ausgaben für die Unterstützung von Organisationen, die sich um die Ausbildung von ehemaligen Militärs und deren Familienangehörigen kümmern oder ihnen in anderer Weise dabei helfen, den Beschäftigungsrückgang bei den Streitkräften auszugleichen.

Ebenso bei diesem Posten eingesetzt sind die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Nach Maßgabe der Prioritäten des mittelfristigen Arbeitsprogramms für den Sozialbereich können ferner Mittel für Studien und Analysen bereitgestellt werden, die die Erforschung der Bedarfsentwicklung auf transnationaler Ebene sowie die Ermittlung entsprechender Maßnahmen zum Gegenstand haben.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 475 866	1 800 000	1 400 000	1 275 866		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	6 878 000	3 400 000	1 500 000	1 978 000		
Mittel 1996	8 500 000 (1)		4 600 000	3 900 000		
Insgesamt	19 853 866	5 200 000	7 500 000 (2)	7 153 866		

(1) Davon werden 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon werden 1 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 134 300 ECU für Verpflichtungen,

— 96 380 ECU für Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 4	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 7	Soziale Maßnahmen bei der Umstellung der Eisenindustrie und des Kohlebergbaus Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Artikel B3-4 1 0 insgesamt	30 500 000	26 500 000	40 688 000	28 440 000	27 565 008,—	20 065 186,—
B3-4 1 1	***Freizügigkeit***						
B3-4 1 1 0	Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Maßnahmen zugunsten der Zuwanderer einschließlich Zuwanderern aus Drittländern Getrennte Mittel	11 500 000	13 500 000	10 400 000	7 928 000	9 417 091,—	7 058 809,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 4	*(Fortsetzung)* Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.
B3-4 1 0 7	Mit diesem Posten sollen Strukturen für die abgestufte Einbeziehung von Maßnahmen gemäß dem EGKS-Vertrag in den EG-Vertrag geschaffen werden. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

B3-4 1 1	
B3-4 1 1 0	*Vormals Posten B3-4 1 1 0 und B3-4 1 1 2* Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 48, 49, 51 und 118. Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 257 vom 19. 10. 1968, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2434/92 (ABl. Nr. L 245 vom 26. 8. 1992, S. 1). Richtlinie 68/360/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten und ihre Familienangehörigen innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 257 vom 19. 10. 1968, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 1251/70 der Kommission vom 29. Juni 1970 über das Recht der Arbeitnehmer, nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu verbleiben (ABl. Nr. 142 vom 30. 6. 1970, S. 24). Entscheidung 88/384/EWG der Kommission vom 8. Juni 1988 zur Einführung eines Mitteilungs- und Abstimmungsverfahrens über die Wanderungspolitik gegenüber Drittländern (ABl. Nr. L 183 vom 14. 7. 1988, S. 35). Gemäß den Bestimmungen des sozialpolitischen Aktionsprogramms unterstützt die Kommission finanziell demokratisch geführte Organisationen und Vereinigungen, die die Wanderarbeitnehmer einschließlich Wanderarbeitnehmern aus Drittländern vertreten oder zu ihren Gunsten tätig sind (Aufnahme-, Beratungs- und Informationsdienstleistungen, Konferenzen und Debatten über Themen im Zusammenhang mit Programmen zur Eingliederung und Beteiligung von Wanderarbeitnehmern,

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 1	Maßnahmen und Studien im Bereich der sozialen Sicherheit und Koordinierung der nationalen Gesetzgebung Getrennte Mittel	1 700 000	1 700 000	2 100 000	2 000 000	1 463 697,—	974 314,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 1 0	*(Fortsetzung)*

einschließlich Zuwanderern aus Drittländern, auf den verschiedenen Ebenen der Sozial- und Verwaltungsstruktur der Gastländer), und fördert Maßnahmen zugunsten der Eingliederung, einschließlich des Baus und der Renovierung von Wohnungen und der Einrichtung von sozialen Zentren in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte.

Außerdem sind mindestens 3 000 000 ECU für Maßnahmen und Projekte für die Versorgung und Eingliederung von Zuwanderern aus Drittländern und Umsiedlern bestimmt. Diese Maßnahmen und Projekte werden überwiegend von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt.

Gemäß ihrer Mitteilung vom 9. Dezember 1987 wird die Kommission eine korrekte Anwendung von Artikel 48 Absatz 4 des EWG-Vertrags beim Zugang zur Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung sicherstellen, die in der Gemeinschaft als ein vorrangiger Bereich gilt.

Diese Mittel dienen ferner der Finanzierung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Ein Betrag von 800 000 ECU ist für die Betriebskosten und das Arbeitsprogramm des Europäischen Migrantenforums veranschlagt. Vor Beginn des Haushaltsverfahrens für 1997 wird die Kommission einen Bewertungsbericht über den künftigen Finanzbedarf des Forums unterbreiten.

Ein Betrag von 1 000 000 ECU ist für Vereinigungen veranschlagt, die mindestens drei EU-Staatsangehörigkeiten vertreten und EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Herkunftsstaat wohnen, über ihre Rechte aufgrund des Vertrags über die Europäische Union aufklären.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	7 270 531	2 400 000	2 500 000	2 000 000	370 531	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 400 000	5 528 000	2 000 000	1 700 000	1 172 000	
Mittel 1996	11 500 000		9 000 000	2 500 000		
Insgesamt	29 170 531	7 928 000	13 500 000	6 200 000	1 542 531	

B3-4 1 1 1 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 51, 118 und 119.

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel 7 des dem Protokoll über die Sozialpolitik beigefügten Abkommens über die Sozialpolitik.

Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 149 vom 5. 7. 1971, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1945/93 (ABl. Nr. L 181 vom 23. 7. 1993, S. 1), insbesondere Artikel 80 bis 83.

Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 74 vom 27. 3. 1972, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1945/93 (ABl. Nr. L 181 vom 23. 7. 1993, S. 1).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 24. Juli 1986 „Probleme der sozialen Sicherheit — Themen von gemeinsamem Interesse" (KOM(86) 410 endg.).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 3	Maßnahmen zugunsten von Flüchtlingen Getrennte Mittel	720 000	720 000	200 000	200 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 1 1	*(Fortsetzung)*

Mitteilung der Kommission vom 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte (KOM(89) 568 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991-1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere Ziffern 84, 85 und 86.

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 12. Juli 1991 über die ergänzenden Systeme der sozialen Sicherheit (KOM(91) 1332 endg.).

Empfehlung 92/442/EWG des Rates vom 27. Juli 1992 über die Annäherung der Ziele und der Politik im Bereich des sozialen Schutzes (ABl. Nr. L 245 vom 26. 8. 1992, S. 49).

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit bestehenden Behinderungen der Freizügigkeit abzubauen und die Überlegungen über die Entwicklungen, welche die soziale Sicherheit beeinflussen, in Form von Studien, Berichten, Sitzungen und Seminaren fortzuführen. Dadurch soll die schrittweise Verbesserung und Anwendung eines Informationssystems (Sammlung und Verbreitung von Daten), das die wichtigsten Bereiche der sozialen Sicherheit abdeckt (Haupt- und Zusatzversorgungssysteme, Systeme für einzelne Berufszweige), bewirkt werden.

Diese Mittel decken auch die Finanzierung von Maßnahmen, die auf eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren bei der Feststellung der Ansprüche und der Zahlung der Leistungen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und damit auf besseren „Dienst am Kunden" abstellen.

Ein Betrag von 500 000 ECU ist für den Informationsaustausch zwischen den für soziale Sicherheit zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten bestimmt.

Die Mittel dieses Postens decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 700 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 587 787	1 200 000	387 787			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 100 000	800 000	800 000	500 000		
Mittel 1996	1 700 000		512 213	1 187 787		
Insgesamt	5 387 787	2 000 000	1 700 000	1 687 787		

B3-4 1 1 3

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel F Absatz 2.

Diese Mittel sollen die Finanzierung von Pilotmaßnahmen zugunsten von Asylbewerbern und Flüchtlingen decken.

In diesem Zusammenhang sind Untersuchungen über Probleme bei der Aufnahme der Flüchtlinge, bezüglich ihrer Lebensbedingungen sowie der Modalitäten für die eventuelle Rückkehr in ihr Herkunftsland durchzuführen.

Es sind Pilotmaßnahmen vorzusehen, möglichst unter Berücksichtigung der zahlenmäßig sehr unterschiedlichen Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedstaaten.

Ein Betrag von 220 000 ECU ist für den ECRE (European Council on Refugees and Exiles) bestimmt. Es sollen Maßnahmen zugunsten von Flüchtlingen getroffen und neue politische Initiativen entwickelt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 3	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 4	Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus Getrennte Mittel	5 400 000	3 400 000	3 400 000	3 400 000	285 147,—	223 209,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 1 3	*(Fortsetzung)* Die Kommission sollte einen Beitrag zur Erweiterung der Kenntnisse der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten leisten, indem sie auf die Behandlung von Traumata ausgerichtete Modellmaßnahmen in der Europäischen Union unterstützt. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 720 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	200 000	200 000				
Mittel 1996	720 000		720 000			
Insgesamt	920 000	200 000	720 000			

B3-4 1 1 4	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. April 1993 zum Wiederaufleben von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Europa und zur Gefahr des Rechtsextremismus (ABl. Nr. C 150 vom 31. 5. 1993, S. 127). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. Dezember 1993 zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit (ABl. Nr. C 342 vom 20. 12. 1993, S. 19). Beschluß des Europäischen Rates von Korfu vom 24. und 25. Juni 1994 über eine Gesamtstrategie gegen Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 5. Oktober 1995 zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Beschäftigungs- und Sozialbereich (ABl. Nr. C 296 vom 10. 11. 1995, S. 13). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 23. Oktober 1995 über die Antwort des Bildungswesens auf die Probleme des Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ABl. Nr. C 312 vom 23. 11. 1995, S. 1). Jahresbericht über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Union. Die Mittel sollen die Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund decken. Die Mittel aus diesem Posten sollten auch Wanderarbeitnehmern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zugute kommen können. Sie decken ferner: — den Schutz von historischen Stätten, wie zum Beispiel Konzentrationslager der Nationalsozialisten; — die Förderung von „Aktionen gegen das Vergessen", insbesondere die Einführung und jährliche Abhaltung eines „Gedenktages" in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter Mitwirkung des Europarates für alle Opfer des Nationalsozialismus; — die Maßnahmen zur Information der Bürger der Europäischen Union, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, die darauf abzielen, gegen die Irreführung durch revisionistische und negationistische Thesen anzukämpfen, durch die der Holocaust verharmlost oder geleugnet werden soll; — die Unterstützung der Aktivitäten des Europäischen Forschungszentrums für Rassismus und Antisemitismus, die vor allem im Hinblick auf die Erweiterung erheblich an Umfang gewonnen haben, insbesondere durch vielfältige Initiativen in den neuen Mitgliedstaaten sowie in den beitrittswilligen Staaten.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 1 1 insgesamt	19 320 000	19 320 000	16 100 000	13 528 000	11 165 935,—	8 256 332,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 1 4	*(Fortsetzung)*

Die Ausgaben in diesem Posten sind bestimmt für:

— die Vorbereitung des Europäischen Jahres gegen den Rassismus (1997);

— die Förderung und Begünstigung der Zusammenarbeit mit verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen, die für Toleranz und gegen rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Verhaltensweisen eintreten, sowie zur Finanzierung konkreter Maßnahmen in diesem Bereich;

— die Ausarbeitung und Durchführung von Aktionen im Hinblick auf eine umfassende Strategie der Europäischen Union zur Bekämpfung rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten;

— die Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen und die Einleitung von Informationskampagnen bei den nationalen Verwaltungsbehörden, die am direktesten mit diesen Phänomenen zu tun haben.

Die Mittel decken außerdem die Kosten für folgenden Aktionen, die verbindlich vorgeschrieben werden:

— 1 400 000 ECU werden für eine Aktion zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Schulen eingesetzt;

— 50 000 ECU werden für das Europäische Informationsnetz für die monatliche Veröffentlichung im „Migration Newssheet" und „Migrations Europe" (französische Ausgabe) eingesetzt;

— 100 000 ECU werden für die Aktion gegen das Vergessen und zur Bekämpfung des Rassismus eingesetzt;

— 350 000 ECU werden für das Europäische Forschungszentrum für Rassismus und Antisemitismus eingesetzt;

— 500 000 ECU werden für Maßnahmen eingesetzt, die in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedsgewerkschaften durchgeführt werden, um die gegen Wanderarbeitnehmer, einschließlich Zuwanderer aus Drittländern, gerichtete Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen;

— 2 500 000 ECU werden für die Fortführung des „Cities Anti Racism Project" eingesetzt;

— 500 000 ECU werden für Nichtregierungsorganisationen eingesetzt, die zum Abbau von Rassismus gegenüber Flüchtlingen, die in den Ländern der Europäischen Union Zuflucht gesucht haben, arbeiten.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 400 000	3 400 000				
Mittel 1996	5 400 000		3 400 000	2 000 000		
Insgesamt	8 800 000	3 400 000	3 400 000	2 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 2	***Außerordentliche Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich***						
	Getrennte Mittel	—	p.m.	—	1 535 000	0,—	1 628 958,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	49 820 000	45 820 000	56 788 000	43 503 000	38 730 943,—	29 950 476,—
	KAPITEL B3-4 1 INSGESAMT	49 820 000	45 820 000	56 788 000	43 503 000	38 730 943,—	29 950 476,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B3-4 1 2

Verordnung (EWG) Nr. 815/84 des Rates vom 26. März 1984 über eine außerordentliche Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich (ABl. Nr. L 88 vom 31. 3. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 4130/88 (ABl. Nr. L 362 vom 30. 12. 1988, S. 1).

Der Artikel dient zur Deckung der verbleibenden Verpflichtungen bezüglich der Mitfinanzierung der öffentlichen Ausgaben für die Errichtung, den Ausbau und die Ausstattung von Berufsbildungs- und Rehabilitationszentren sowie für Anpassungs- und Qualifizierungspraktika des Pflegepersonals und zur Deckung der Ausgaben für technische Hilfe, für die Evaluierung und die nachstehende Beobachtung.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	16 427 336	9 406 000		7 021 336		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		p.m.			
Insgesamt	16 427 336	9 406 000 (1)	p.m.	7 021 336 (2)		

(1) Einschließlich Mittel in Höhe von 7 871 000 ECU, die bereits aus dem Haushaltsjahr 1994 übertragen worden waren.

(2) Diese Mittel werden gegebenenfalls — entweder durch Aufhebung von Mittelbindungen oder durch Mittelübertragung — noch vor 1997 bereitgestellt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-4 2						
B3-4 2 0	***Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen***						
	Getrennte Mittel	12 400 000 (1)	12 400 000 (1)	10 240 000 (2)	10 240 000 (2)	11 240 000,—	11 240 000,—

(1) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 2 0	Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 über die Gründung einer Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 139 vom 30. 5. 1975, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1947/93 (ABl. Nr. L 181 vom 23. 7. 1993, S. 13). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 des Rates vom 23. Februar 1987 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15). Diese Mittel dienen zur Deckung der Zuschüsse für die Stiftung, deren Aufgabe darin besteht, auf der Grundlage praktischer Erkenntnisse zur Vertiefung der Überlegungen über eine mittel- und langfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen beizutragen und Änderungsfaktoren aufzuzeigen. Ansatz der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr: Einnahmen: — Titel 1: Zuschuß der Europäischen Gemeinschaft 12 400 000 — Titel 5: Verschiedene Einnahmen 250 000 — Titel 6: Einnahmen aus entgeltlichen Dienstleistungen 150 000 Insgesamt 12 800 000 Ausgaben: — Titel 1: Personal 5 800 000 — Titel 2: Verwaltungsausgaben 1 170 000 — Titel 3: Betriebsausgaben 5 830 000 Insgesamt 12 800 000

Personalbestand

Laufbahngruppe	Anzahl	
	1995	1996
A	18	19
LA	11	11
B	14	14
C	35	36
D	2	2
Örtliche Bedienstete	—	—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 2 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	12 400 000	12 400 000	10 240 000	10 240 000	11 240 000,—	11 240 000,—
	KAPITEL B3-4 2 INSGESAMT	12 400 000	12 400 000	10 240 000	10 240 000	11 240 000,—	11 240 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 2 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	12 240 000 (1)	12 240 000				
Mittel 1996	13 400 000 (2)		13 400 000			
Insgesamt	25 640 000	12 240 000 (1)	13 400 000 (2)			

(1) Davon werden 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon wird 1 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-4 3						
B3-4 3 0	***Aktionen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes der Bürger***						
B3-4 3 0 0	Öffentliches Gesundheitswesen, Förderung der Volksgesundheit, Information im Gesundheitsbereich, Gesundheitserziehung und Bildung im Gesundheitswesen						
	Getrennte Mittel	12 500 000	11 400 000	7 200 000	5 350 000	4 733 974,—	1 465 432,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	
B3-4 3 0 0	*Vormals Posten B3-4 3 0 0 und B3-4 3 0 6* Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 3 Buchstabe o) und 129. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Mai 1986 betreffend den Alkoholmißbrauch (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 3). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 15. Mai 1992 betreffend „Toxikologie zum Zweck des Gesundheitsschutzes" (ABl. Nr. C 148 vom 12. 6. 1992, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 15. Mai 1992 betreffend Ernährung und Gesundheit (ABl. Nr. C 148 vom 12. 6. 1992, S. 2). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 13. November 1992 betreffend die Gesundheitserziehung (ABl. Nr. C 326 vom 11. 12. 1992, S. 2). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 27. November 1992 bezüglich der Gesundheitserziehung in Schulen (ABl. Nr. C 336 vom 19. 12. 1992, S. 8). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 27. Mai 1993 über die künftigen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 174 vom 25. 6. 1993, S. 1). Mitteilung der Kommission vom 24. November 1993 über den Aktionsrahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (KOM(93) 559 endg.). Entschließung des Rates vom 2. Juni 1994 zum Aktionsrahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 165 vom 17. 6. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 2. Juni 1994 betreffend Herz-Kreislauf-Erkrankungen (ABl. Nr. C 165 vom 17. 6. 1994, S. 3). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 11/95, vom Rat festgelegt am 2. Juni 1995, im Hinblick auf den Erlaß des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Gesundheitsförderung, Aufklärung, Erziehung und Ausbildung im Zuge des Aktionsrahmens im Bereich der Volksgesundheit (1996-2000) (ABl. Nr. C 216 vom 21. 8. 1995, S. 21). Vorschlag für einen Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 17. Oktober 1995, über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft für Gesundheitsberichterstattung im Zuge des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 338 vom 16. 12. 1995, S. 4). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen: Förderung grenzüberschreitender Tätigkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität von Alzheimerkranken und ihrer (privaten) Pfleger (hierfür werden 5 000 000 ECU eingesetzt); Durchführung zusätzlicher Informationsaktionen, die den Bürgern der Europäischen Union verdeutlichen sollen, welche Vorteile die Gemeinschaft und der Binnenmarkt für sie im Bereich der Volksgesundheit erbracht haben (hierfür werden 4 000 000 ECU eingesetzt); Unterstützung der „European Public Health Alliance", die für den Ausbau ihrer Aktivitäten 200 000 ECU erhält; Förderung des Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten in den vorgenannten Bereichen; Unterstützung für die Durchführung von Pilotprojekten und die Einrichtung von Netzen; Sammlung und Verarbeitung von Daten und Informationen über Stand der Gesundheit, Einfluß- und Risikofaktoren sowie Gesundheitssysteme; Finanzierung von Analysen, Erhebungen, Studien und Maßnahmen zur Prophylaxe bei gemeinschaftsweit verbreiteten Krankheiten; Erstellung eines Berichts über den Stand der Gesundheit der Bürger der Europäischen Union; Erweiterung der Kenntnisse über die Gesundheitspolitik und die Auswirkungen von Reformen als Beitrag zur Entwicklung von Programmen und Aktionen im Bereich der öffentlichen Gesundheit; Durchführung von Bewertungen und Beiträge zu Programmen und Aktionen; Finanzierung von Aufklärungs- und Ausbildungsmaßnahmen für im Gesundheitswesen Tätige; Förderung der Zusammenarbeit mit Drittländern und im Bereich der öffentlichen Gesundheit tätigen internationalen Organisationen mit dem Ziel, ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten. Die Mittel dieses Postens decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 1	Krebsbekämpfung Getrennte Mittel	12 000 000	12 000 000	11 000 000	9 300 000	11 248 926,—	9 537 797,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 0 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 574 945	3 074 945	500 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	7 200 000	2 275 055	4 924 945			
Mittel 1996	12 500 000		5 975 055	6 524 945		
Insgesamt	23 274 945	5 350 000	11 400 000	6 524 945		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 197 500 ECU für Verpflichtungen,

— 94 406 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B3-4 3 0 1

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 3 Buchstabe o) und 129.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere die Artikel 30 bis 36.

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 27. Mai 1993 über die künftigen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 174 vom 25. 6. 1993, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 24. November 1993 über den Aktionsrahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (KOM(93) 559 endg.).

Entschließung des Rates vom 13. Dezember 1993 bezüglich der künftigen Orientierungen für das Programm „Europa gegen den Krebs" im Anschluß an seine Bewertung für den Zeitraum 1987-1992 (ABl. Nr. C 15 vom 18. 1. 1994, S. 1).

Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 9/95, vom Rat festgelegt am 2. Juni 1995, im Hinblick auf den Erlaß des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Aktionsplan zur Krebsbekämpfung im Zuge des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit (1996-2000) (ABl. Nr. C 216 vom 21. 8. 1995, S. 1).

Entschließung des Rates vom 2. Juni 1994 über den Aktionsrahmen der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 165 vom 17. 6. 1994, S. 1).

Diese Mittel sind für Zuschüsse, Studien und Aktionen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit sowie Ausbildungsmaßnahmen für das im Gesundheitswesen tätige Personal auf dem Gebiet der Krebsverhütung bestimmt.

Sie decken ebenfalls die internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft in den genannten Bereichen (einschließlich der Verbindungen zu verschiedenen Fachstellen), um die Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Gesundheitsorganisationen im Hinblick auf die Gewährleistung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus zu fördern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 2	Gesundheitliche Aspekte des Drogenmißbrauchs Getrennte Mittel	6 500 000	6 000 000	3 800 000	3 200 000	3 300 000,—	3 049 114,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 0 1	*(Fortsetzung)*

Diese Maßnahmen dienen der Anregung des Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten in diesem Bereich und der Unterstützung von Pilotprojekten und Netzen sowie der Förderung der Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Gesundheitsorganisationen im Hinblick auf die Gewährleistung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus.

Die Mittel dieses Postens decken ebenfalls die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	13 496 318	6 700 000	3 700 000	3 096 318		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	11 000 000	3 800 000	5 000 000	2 200 000		
Mittel 1996	12 000 000		3 300 000	8 700 000		
Insgesamt	36 496 318	10 500 000 (1)	12 000 000	13 996 318		

(1) Einschließlich Mittel in Höhe von 1 200 000 ECU, die bereits aus dem Haushaltsjahr 1994 übertragen worden waren.

Etwaige Einnahmen können wiederverwendet werden.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 189 600 ECU für Verpflichtungen,

— 52 140 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B3-4 3 0 2

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 3 Buchstabe o) und 129.

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 16. Mai 1989 betreffend die Zuverlässigkeit von Tests zum Nachweis unerlaubter Drogen in Körperflüssigkeiten (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 2).

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 16. Mai 1989 betreffend den Schutz der Empfänger intravenös verabreichter Medikamente vor Aids (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 3).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 0 2	*(Fortsetzung)*

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 13. November 1989 betreffend die Durchführung koordinierter Maßnahmen zur Verhütung der Drogenabhängigkeit und zur Betreuung der Drogenabhängigen (ABl. Nr. C 31 vom 9. 2. 1990, S. 1).

Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 4. Juni 1991 über die Bekämpfung des Dopings (einschließlich des Arzneimittelmißbrauchs) beim Sport (ABl. Nr. C 170 vom 29. 6. 1991, S. 1).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 27. Mai 1993 über die künftigen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 174 vom 25. 6. 1993, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 24. November 1993 über den Aktionsrahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (KOM(93) 559 endg.).

Entschließung des Rates vom 2. Juni 1994 zum Aktionsrahmen der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 165 vom 17. 6. 1994, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 21. Juni 1994 über die Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit (KOM(94) 223 endg.).

Vorschlag für einen Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. August 1994, über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Prävention der Drogenabhängigkeit im Zuge des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit (1995-2000) (ABl. Nr. C 257 vom 14. 9. 1994, S. 4).

Diese Maßnahmen dienen der Förderung des Erfahrungs- und Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten in dem genannten Bereich, der Unterstützung von Pilotprojekten und Netzen sowie der Förderung der Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Gesundheitsorganisationen im Hinblick auf die Gewährleistung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus.

Diese Mittel decken ebenfalls die Kosten für Maßnahmen zur Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, für die Ausbildung des medizinischen Personals auf dem Gebiet der Suchtprävention sowie für die jugendbezogene Informationsarbeit zur Drogenprävention.

Ferner werden aus diesem Posten die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen finanziert, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 070 286	2 747 776	322 510			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 800 000	452 224	2 547 776	800 000		
Mittel 1996	6 500 000		3 129 714	3 370 286		
Insgesamt	13 370 286	3 200 000	6 000 000	4 170 286		

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 102 700 ECU für Verpflichtungen,

— 49 449 ECU für Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 3	Bekämpfung von Aids und bestimmten anderen übertragbaren Krankheiten Getrennte Mittel	9 400 000	11 000 000	9 000 000	7 000 000	8 999 238,—	7 760 885,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 0 2	*(Fortsetzung)* Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.
B3-4 3 0 3	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 3 Buchstabe o) und 129. Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 3. Dezember 1990 über Aids (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 21). Beschluß 91/317/EWG des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 4. Juni 1991 zur Annahme eines Aktionsplans 1991-1993 im Rahmen des Programms „Europa gegen Aids" (ABl. Nr. L 175 vom 4. 7. 1991, S. 26). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 27. Mai 1993 über die künftigen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 174 vom 25. 6. 1993, S. 1). Mitteilung der Kommission vom 24. November 1993 über den Aktionsrahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (KOM(93) 559 endg.). Entschließung des Rates vom 13. Dezember 1993 über die Verlängerung des im Rahmen des Programms „Europa gegen Aids" angenommenen Aktionsplans 1991-1993 bis Ende 1994 (ABl. Nr. C 15 vom 18. 1. 1994, S. 4). Schlußfolgerungen des Rates vom 13. Dezember 1993 zur Errichtung eines Epidemiologie-Netzes in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 15 vom 18. 1. 1994, S. 6). Entschließung des Rates vom 2. Juni 1994 zum Aktionsrahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 165 vom 17. 6. 1994, S. 1). Mitteilung der Kommission vom 21. Dezember 1994 über die Sicherheit von Bluttransfusionen und die Selbstversorgung mit Blut in der Europäischen Gemeinschaft (KOM(94) 652 endg.). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 10/95, vom Rat festgelegt am 2. Juni 1995, im Hinblick auf den Erlaß des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Prävention von Aids und bestimmten anderen übertragbaren Krankheiten im Zuge des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. Nr. C 216 vom 21. 8. 1995, S. 11). Entschließung des Rates vom 2. Juni 1995 über die Sicherheit von Bluttransfusionen und die Selbstversorgung mit Blut in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 164 vom 30. 6. 1995, S. 1). Beschluß Nr. 1729/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juni 1995 zur Verlängerung der Laufzeit des Programms „Europa gegen Aids" (ABl. Nr. L 168 vom 18. 7. 1995, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen sowie für die Bekämpfung der Übertragung des Aids-Virus und ähnlicher Krankheiten. Ebenfalls bei diesem Posten eingestellt werden Mittel für Informations-, Aufklärungs- und Ausbildungsmaßnahmen sowie für Aktionen zur psychologischen Unterstützung und zur Bekämpfung der Diskriminierung von HIV-positiven Patienten und ihren Angehörigen in Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen und im Rahmen von Pilotprojekten. Diese Mittel dienen der Förderung des Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten in dem genannten Bereich, der Unterstützung von Pilotprojekten und Netzen sowie der Anregung der Zusammenarbeit mit Drittländern und auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit tätigen internationalen Organisationen mit dem Ziel, ein möglichst hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten. Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 3 0 insgesamt	40 400 000	40 400 000	31 000 000	24 850 000	28 282 138,—	21 813 228,—
B3-4 3 1	***Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz***						
B3-4 3 1 0	Gesundheitsschutz, Arbeitshygiene und Sicherheit am Arbeitsplatz einschließlich des Zuschusses an das Europäische Technikbüro der Gemeinschaft						
	Getrennte Mittel	4 500 000	3 700 000	4 050 000	3 250 000	6 619 050,—	4 716 869,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 0 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	8 209 882	5 509 882	2 700 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 000 000	1 490 118	5 700 000	1 809 882		
Mittel 1996	9 400 000		2 600 000	4 350 000	2 450 000	
Insgesamt	26 609 882	7 000 000	11 000 000	6 159 882	2 450 000	

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 148 520 ECU für Verpflichtungen,

— 41 080 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B3-4 3 1

B3-4 3 1 0 *Vormals Posten B3-4 0 0 3 und B3-4 3 1 0*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 117, 118, 118 a und 118 b.

Abkommen von 1959 zwischen der Hohen Behörde der EGKS und dem Internationalen Informationszentrum für Arbeitssicherheit und -hygiene (CIS) des Internationalen Arbeitsamtes (IAA).

Richtlinie 80/1107/EWG des Rates vom 27. November 1980 zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (ABl. Nr. L 327 vom 3. 12. 1980, S. 8), zuletzt geändert durch die Richtlinie 88/642/EWG (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1988, S. 74).

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. Nr. L 183 vom 29. 6. 1989, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Mai 1994 zum allgemeinen Rahmen für die Tätigkeit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Bereich Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (1994-2000) (ABl. Nr. C 205 vom 25. 7. 1994, S. 478).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 1 0	*(Fortsetzung)*

Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1994, „Europäische Sozialpolitik — ein zukunftsweisender Weg für die Union" (KOM(94) 333 endg.), insbesondere Teil III, Ziffern 17 bis 19.

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 25. Juli 1995, über ein Programm mit nichtlegislativen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 262 vom 7. 10. 1995, S. 18).

Aus diesen Mitteln wird der an das internationale Informationszentrum des IAA gezahlte Zuschuß finanziert.

Sie decken ferner die Kosten für Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit und für die Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals.

Die zunehmende externe Kooperationsarbeit ergibt sich aus der Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Ländern, aus den neuen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, dem wachsenden allgemeinen Interesse für Gesundheit und Sicherheit sowie der Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit internationalen Gremien wie die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO).

Finanziert werden insbesondere Maßnahmen zur Sicherstellung der korrekten Anwendung der Gemeinschaftsrichtlinien im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, zur weiteren Förderung von strengen Normen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Gemeinschaft sowie zur Sicherung einer effektiven Einbeziehung der Sozialpartner bei der Entwicklung, Formulierung und Umsetzung der von der Kommission initiierten Gemeinschaftspolitik zur Sicherung und zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer.

Die Mittel dieses Postens dienen außerdem der Durchführung von Pilotprojekten im Bereich der Arbeitsumwelt (Arbeitsplatzstudien, Informationsverbreitung, Ausbildung, Seminare), die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen. Finanziert werden Ausgaben in Verbindung mit den Rechtsvorschriften der EG über Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz, um die einschlägig Betroffenen für die Arbeitsumwelt und die Umweltgefahren am Arbeitsplatz zu sensibilisieren.

Weiter werden aus diesen Mitteln Pilotprojekte zur Umweltaufklärung der Arbeitnehmer in KMU gefördert.

Dieser Posten deckt unter anderem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 570 755	1 450 000	500 000	1 620 755		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 050 000	1 800 000	750 000	1 500 000		
Mittel 1996	4 500 000		2 450 000	2 050 000		
Insgesamt	12 120 755	3 250 000	3 700 000	5 170 755		

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 1	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Getrennte Mittel	4 000 000 (1)	4 000 000 (1)	4 000 000 (2)	4 000 000 (2)	150 000,—	0,—
B3-4 3 1 2	Unterstützung der Opfer von Katastrophen im Kohlenbergbau und in der Stahlindustrie sowie Waisenhilfe Getrennte Mittel	500 000	500 000	300 000	300 000	180 000,—	180 000,—

(1) Mittel in Höhe von 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 1 1	Verordnung (EG) Nr. 2062/94 des Rates vom 18. Juli 1994 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 216 vom 20. 8. 1994, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1643/95 (ABl. Nr. L 156 vom 7. 7. 1995, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Personal-, Verwaltungs- und Betriebsausgaben der Agentur. 1996 wird ein Teil dieser Mittel zur Deckung der mit der Errichtung und Inbetriebnahme der Agentur verbundenen Kosten verwendet. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auch 4 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	150 000	150 000				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000 (1)	4 850 000	150 000			
Mittel 1996	4 500 000 (2)		4 350 000	150 000		
Insgesamt	9 650 000	5 000 000 (1)	4 500 000 (2)	150 000		

(1) Davon wird 1 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon werden 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B3-4 3 1 2	Beschluß der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nach der Katastrophe von Marcinelle (1953). Einmalige Beihilfe für die Witwen, Waisen und Hinterbliebenen der Opfer von Massenunfällen in Unternehmen des Kohlenbergbaus und der Stahlindustrie. *Hilfe zur Schulausbildung der Waisen* Die von der Hohen Behörde 1965 gegründete Paul-Finet-Stiftung gewährt Waisen von Bergleuten und Stahlarbeitern, die infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gestorben sind, Ausbildungsstipendien. Veranschlagt sind Zuschüsse für gemeinnützige Bildungseinrichtungen zugunsten der Waisen von Bergleuten nach Arbeitsunfällen oder infolge von Berufskrankheiten sowie zugunsten der Kinder von Bergleuten, deren Familien durch die sozialen Auswirkungen der Umstrukturierung im Kohlenbergbau und in der Stahlindustrie in Not geraten sind.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 2	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 3	Maßnahmen zur Vorbereitung des Programms SAFE — Gewährleistung der Sicherheit am Arbeitsplatz in Europa Getrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	300 000	300 000				
Mittel 1996	500 000		500 000			
Insgesamt	800 000	300 000	500 000			

B3-4 3 1 3

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Mai 1994 zum allgemeinen Rahmen für die Tätigkeit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Bereich Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (1994-2000) (ABl. Nr. C 205 vom 25. 7. 1994, S. 478).

Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 25. Juli 1994, „Europäische Sozialpolitik — Ein zukunftsweisender Weg für die Union" (KOM(94) 333 endg.), insbesondere Teil III Ziffern 17 bis 19.

Diese Mittel sollen im einzelnen Maßnahmen zur Sicherstellung der korrekten Anwendung der Gemeinschaftsrichtlinien im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, zur weiteren Förderung von hohen Standards bei der Sicherheit und beim Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Gemeinschaft sowie zur Sicherung einer effizienten Einbeziehung der Sozialpartner in die Entwicklung, Formulierung und Umsetzung der von der Kommission initiierten Gemeinschaftspolitik zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer unterstützen.

Sie sind dienen ferner der Finanzierung von Vorbereitungsmaßnahmen für ein Sicherheitsaktionsprogramm für Europa, SAFE (Safety action for Europe), das Arbeitsplatzstudien, Informationverbreitung, Ausbildung und Seminare beinhaltet. Die Mittel werden insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung gestellt und betreffen Rechtsvorschriften der EG über Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz, um das Bewußtsein für die Arbeitsumwelt und die Umweltgefahren am Arbeitsplatz zu stärken.

Die Mittel dieses Postens decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 3 1 insgesamt	10 500 000	9 700 000	9 850 000	8 550 000	6 949 050,—	4 896 869,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	50 900 000	50 100 000	40 850 000	33 400 000	35 231 188,—	26 710 097,—
	KAPITEL B3-4 3 INSGESAMT	50 900 000	50 100 000	40 850 000	33 400 000	35 231 188,—	26 710 097,—
	KAPITEL B3-4 4						
B3-4 4 0	***Bekämpfung des Drogenmißbrauchs*** Getrennte Mittel	2 000 000	1 500 000	1 875 000	1 500 000	1 316 930,—	497 033,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 1 3	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 500 000	1 000 000	500 000			
Mittel 1996	1 500 000		1 000 000	500 000		
Insgesamt	3 000 000	1 000 000	1 500 000	500 000		

B3-4 4 0	Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1985 betreffend die Notwendigkeit der Durchführung eines Programms zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 26. und 27. Juni 1986 betreffend die Notwendigkeit der Durchführung eines Programms zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 16. Mai 1989 betreffend ein Europäisches Datennetz über die gesundheitlichen Auswirkungen des Drogenmißbrauchs (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen vom 16. Mai 1989 betreffend die Zuverlässigkeit von Tests zum Nachweis unerlaubter Drogen in Körperflüssigkeiten (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 2).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 4 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 4 0	*(Fortsetzung)*

Beschluß 90/611/EWG des Rates vom 22. Oktober 1990 über den Abschluß des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 326 vom 24. 11. 1990, S. 56).

Verordnung (EWG) Nr. 3677/90 des Rates vom 13. Dezember 1990 über Maßnahmen gegen die Abzweigung bestimmter Stoffe zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Substanzen (ABl. Nr. L 357 vom 20. 12. 1990, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 900/92 (ABl. Nr. L 96 vom 10. 4. 1992, S. 1).

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 14. und 15. Dezember 1990 betreffend einen Europäischen Plan zur Drogenbekämpfung.

Richtlinie 91/308/EWG des Rates vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche (ABl. Nr. L 166 vom 28. 6. 1991, S. 77).

Richtlinie 92/109/EWG des Rates vom 14. Dezember 1992 über die Herstellung und das Inverkehrbringen bestimmter Stoffe, die zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Substanzen verwendet werden (ABl. Nr. L 370 vom 19. 12. 1992, S. 76).

Verordnung (EWG) Nr. 3769/92 der Kommission vom 21. Dezember 1992 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3677/90 des Rates über Maßnahmen gegen die Abzweigung bestimmter Stoffe zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 17), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2959/93 (ABl. Nr. L 267 vom 28. 10. 1993, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 302/93 des Rates vom 8. Februar 1993 zur Schaffung einer europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (ABl. Nr. L 36 vom 12. 2. 1993, S. 1) geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3295/94 (ABl. Nr. L 341 vom 30. 12. 1994, S. 7), insbesondere Teil B des Anhangs, der verfügt, daß „die Kommission der Beobachtungsstelle alle Informationen und statistischen Daten, über die sie aufgrund ihrer Befugnisse verfügt, zwecks Verbreitung zur Verfügung stellt".

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 23. Juni 1994 über eine Globalstrategie der Europäischen Union im Bereich der Drogenbekämpfung (1995-1999) (KOM(94) 234 endg.).

Veranschlagt sind Mittel für Studien und Sitzungen, Maßnahmen zur Aufklärung der Öffentlichkeit und Ausbildung des medizinischen Personals in den verschiedenen Bereichen der Drogenbekämpfung.

Ein Teil der Mittel ist zur Stärkung und zum Ausbau der Kontakte zwischen Städten in der Europäischen Union auf dem Gebiet einer innovativen und präventiven Drogenpolitik eingesetzt.

Diese Mittel decken ebenfalls die internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft in den vorgenannten Bereichen (einschließlich der Beziehungen zu verschiedenen fachspezifischen Organisationen) im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Gesundheitsorganisationen auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung.

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 051 828	1 051 828				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 875 000	448 172	587 500	839 328		
Mittel 1996	2 000 000		912 500	1 087 500		
Insgesamt	4 926 828	1 500 000	1 500 000	1 926 828		

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 4 1	***Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht*** Getrennte Mittel	5 840 000	5 840 000	4 350 000 (1)	4 350 000 (1)	4 800 000,—	4 116 947,—

(1) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 4 1	Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 14. und 15. Dezember 1990 betreffend einen Europäischen Plan zur Drogenbekämpfung. Verordnung (EWG) Nr. 302/93 des Rates vom 8. Februar 1993 zur Schaffung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (ABl. Nr. L 36 vom 12. 2. 1993, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3295/94 (ABl. Nr. L 341 vom 30. 12. 1994, S. 7). Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Studien, Sachverständigengutachten, Veröffentlichungen und Informationen sowie für bestimmte vorbereitende Maßnahmen zur Einrichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht bestimmt. Sie decken auch die Kosten für Dienstleistungen und bestimmte Verträge mit Unternehmen in der Gemeinschaft, die insbesondere die Errichtung eines zu der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht gehörenden Netzes von Zentren für die Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen über Drogen zum Ziel haben. Veranschlagt in diesem Artikel ist weiter die Finanzierung der vergleichenden Untersuchung der geeignetsten Methoden zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und seiner Nebenwirkungen und die Unterstützung der zweckmäßigsten Programme. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 840 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	776 224	776 224				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 350 000 (1)	5 254 776	95 224			
Mittel 1996	5 840 000		5 744 776	95 224		
Insgesamt	11 966 224	6 031 000 (1) (2)	5 840 000	95 224		

(1) Davon wird 1 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Einschließlich Mittel in Höhe von 681 000 ECU, die bereits aus dem Haushaltsjahr 1994 übertragen worden waren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	7 840 000	7 340 000	6 225 000	5 850 000	6 116 930,—	4 613 980,—
	KAPITEL B3-4 4 INSGESAMT	7 840 000	7 340 000	6 225 000	5 850 000	6 116 930,—	4 613 980,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	183 460 000	172 660 000	176 373 000	148 138 000	154 090 869,—	123 590 573,—
	Titel B3-4 insgesamt	**183 460 000**	**172 660 000**	**176 373 000**	**148 138 000**	**154 090 869,—**	**123 590 573,—**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	777 685 000	782 855 000	592 163 000	512 114 000	645 461 160,91	548 733 589,74
	Teileinzelplan B3 insgesamt	**777 685 000**	**782 855 000**	**592 163 000**	**512 114 000**	**645 461 160,91**	**548 733 589,74**

KOMMISSION

Teileinzelplan B3

(Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, audiovisueller Bereich, Information und sonstige Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B4

ENERGIE, EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND UMWELT

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1	**ENERGIE**						
B4-1 0	ENERGIEPOLITIK	62 000 000	54 600 000	63 000 000	56 450 000	32 825 535,84	36 256 078,62
	Titel B4-1 insgesamt	**62 000 000**	**54 600 000**	**63 000 000**	**56 450 000**	**32 825 535,84**	**36 256 078,62**
B4-2	**EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG**						
B4-2 0	EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG	19 070 000	17 420 000	19 200 000	19 750 000	13 571 582,81	10 456 352,77
	Titel B4-2 insgesamt	**19 070 000**	**17 420 000**	**19 200 000**	**19 750 000**	**13 571 582,81**	**10 456 352,77**
B4-3	**UMWELT**						
B4-3 0	UMWELTAKTIONEN	28 900 000	30 100 000	28 900 000	35 150 000	21 911 278,94	26 879 008,45
B4-3 1	EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR	13 000 000	13 500 000	9 788 000	9 919 000	10 255 200,—	11 535 095,99
B4-3 2	UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT	90 000 000	75 400 000	97 000 000	66 000 000	95 498 696,37	29 740 683,70
B4-3 3	KATASTROPHENSCHUTZ	p.m.	p.m.	1 500 000	1 800 000	1 499 996,82	1 360 220,38
B4-3 4	SOFORTHILFEN	p.m.	p.m.	5 000 000	5 000 000	10 200 000,—	10 200 000,—
	Titel B4-3 insgesamt	**131 900 000**	**119 000 000**	**142 188 000**	**117 869 000**	**139 365 172,13**	**79 715 008,52**
	Teileinzelplan B4 insgesamt	**212 970 000**	**191 020 000**	**224 388 000**	**194 069 000**	**185 762 290,78**	**126 427 439,91**

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-1

ENERGIE

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-1 0						
B4-1 0 0	***Neue Energietechnologien***						
B4-1 0 0 0	THERMIE II (Gemeinschaftsprogramm zur finanziellen Unterstützung der Förderung der Energietechnologie in Europa)						
	Getrennte Mittel	p.m. (1)	1 500 000 (2)	30 000 000	12 000 000	0,—	0,—

(1) Mittel in Höhe von 6 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-1

ENERGIE

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-100	
B4-1000	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 Absatz 1 vierter Gedankenstrich, 130 r, 130 s Absatz 1 und 235. Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. April 1994, über ein Gemeinschaftsprogramm zur finanziellen Unterstützung der Förderung europäischer Energietechnologien 1995-1998 (THERMIE II) (ABl. Nr. C 158 vom 9. 6. 1994, S. 6). Entschließung des Rates vom 23. November 1995 zum Grünbuch „Für eine Energiepolitik der Europäischen Union" (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 3). Das Programm THERMIE II beschränkt sich nicht auf einen Beitrag zur Verwirklichung der Energieziele; es soll zugleich auch andere vorrangige Anliegen der Gemeinschaft realisieren helfen: die Vollendung des Binnenmarktes, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, die Verbesserung der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Regionen, die Festigung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und die Zusammenarbeit mit dritten Ländern. Das Programm bezweckt die Förderung der Energietechnologie in Europa durch Demonstration ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit, die Verbreitung der aus vergleichbaren (im Rahmen der Programme der Mitgliedstaaten oder von der Industrie selbst finanzierten) Vorhaben resultierenden Ergebnisse sowie die Förderung der Durchdringung der einschlägigen Märkte dritter Länder im Zuge der industriellen Zusammenarbeit. (Alle diese Tätigkeiten sind Teil des THERMIE-II-Programms — 1995-1998 —, nicht aber des vierten Rahmenprogramms zur FTE). Das Programm erstreckt sich auf die Aspekte rationelle Energienutzung, erneuerbare Energiequellen und fossile Energieträger und befaßt sich mit der Technologieförderung durch Demonstrations- und Verbreitungsaktionen im Hinblick auf einen besonderen Energieendeinsatz in den Sektoren Industrie und Energiewirtschaft, im tertiären Sektor und in ländlichen Energiesystemen. Finanziert wird folgendes: — Demonstrationsvorhaben (bis zu 35 % der zuschußfähigen Kosten); — Maßnahmen zur Förderung der Energietechnologie einschließlich der Verbreitung der Ergebnisse von Demonstrationsvorhaben; — der Energietechnologietransfer und die industrielle Zusammenarbeit mit Drittländern; — horizontale Unterstützungsmaßnahmen einschließlich Projekt- und Programmbewertung. Das Programm deckt auch die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, für Informationsaktionen und Veröffentlichungen, die unmittelbar mit der Verwirklichung des Zieles der Aktion, deren Bestandteil sie sind, zusammenhängen, mit Ausnahme der Ausgaben, die der Verwaltung dieser Aktionen bzw. der allgemeinen Verwaltung zuzurechnen sind (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 1	Schwerpunktmäßige Pilotvorhaben für die Nutzung erneuerbarer Energien Getrennte Mittel	8 000 000	4 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B4-1 0 0 0	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	30 000 000	12 000 000		7 200 000	5 000 000	5 800 000
Mittel 1996	6 000 000 (1)		3 500 000	1 680 000	820 000	
Insgesamt	36 000 000	12 000 000	3 500 000 (2)	8 880 000	5 820 000	5 800 000

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon werden 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B4-1 0 0 1 *Neuer Posten*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 Absatz 1 vierter Gedankenstrich, 130 r, 130 s Absatz 1 und 235.

Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. April 1994, über ein Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung der Förderung europäischer Energietechnologien 1995-1998 (THERMIE II) (ABl. Nr. C 158 vom 9. 6. 1994, S. 6).

Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 15. November 1994 zu dem Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates für ein Gemeinschaftsprogramm zur finanziellen Unterstützung der Förderung europäischer Energietechnologien 1995-1998 (THERMIE II) (ABl. Nr. C 341 vom 5. 12. 1994, S. 48).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. April 1995 zum Programm THERMIE II (ABl. Nr. C 109 vom 1. 5. 1995, S. 299).

Die mit diesen Mitteln finanzierten Pilotvorhaben sind als Starthilfen für Gemeinschaftsaktionen zur Förderung neuer Technologien im Bereich der erneuerbaren Energienutzung in verschiedenen Technologiesektoren durch die Demonstration ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit und für Gemeinschaftsaktionen zur Unterstützung bei der Durchdringung der Märkte dritter Länder im Zuge der industriellen Zusammenarbeit gedacht.

Diese Pilotvorhaben werden unverzüglich nach dessen Annahme in das Programm THERMIE II eingegliedert.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 2	Pilotvorhaben für die rationelle Energienutzung Getrennte Mittel	8 000 000	4 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-100	*(Fortsetzung)*
B4-1001	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	8 000 000		4 000 000	4 000 000		
Insgesamt	8 000 000		4 000 000	4 000 000		

B4-1002 *Neuer Posten*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 Absatz 1 vierter Gedankenstrich, 130 r, 130 s Absatz 1 und 235.

Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. April 1994, über ein Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung der Förderung europäischer Energietechnologien 1995-1998 (THERMIE II) (ABl. Nr. C 158 vom 9. 6. 1994, S. 6).

Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 15. November 1994 zu dem Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates für ein Gemeinschaftsprogramm zur finanziellen Unterstützung der Förderung europäischer Energietechnologien 1995-1998 (THERMIE II) (ABl. Nr. C 341 vom 5. 12. 1994, S. 48).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. April 1995 zum Programm THERMIE II (ABl. Nr. C 109 vom 1. 5. 1995, S. 299).

Die mit diesen Mitteln finanzierten Pilotvorhaben sind als Starthilfen für Gemeinschaftsaktionen zur Förderung neuer Technologien im Bereich der rationellen Energienutzung in verschiedenen Technologiesektoren durch die Demonstration ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit und für Gemeinschaftsaktionen zur Unterstützung bei der Durchdringung der Märkte dritter Länder im Zuge der industriellen Zusammenarbeit gedacht.

Diese Pilotvorhaben werden unverzüglich nach dessen Annahme in das Programm THERMIE II eingegliedert.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-100	*(Fortsetzung)*						
B4-1002	*(Fortsetzung)*						
B4-1003	Pilotvorhaben für saubere Kohletechnologien Getrennte Mittel	8 000 000	4 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-100	*(Fortsetzung)*
B4-1002	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	8 000 000		4 000 000	4 000 000		
Insgesamt	8 000 000		4 000 000	4 000 000		

B4-1003	*Neuer Posten* Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 Absatz 1 vierter Gedankenstrich, 130 r, 130 s Absatz 1 und 235. Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. April 1994, über ein Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung der Förderung europäischer Energietechnologien 1995-1998 (THERMIE II) (ABl. Nr. C 158 vom 9. 6. 1994, S. 6). Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 15. November 1994 zu dem Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates für ein Gemeinschaftsprogramm zur finanziellen Unterstützung der Förderung europäischer Energietechnologien 1995-1998 (THERMIE II) (ABl. Nr. C 341 vom 5. 12. 1994, S. 48). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. April 1995 zum Programm THERMIE II (ABl. Nr. C 109 vom 1. 5. 1995, S. 299). Die mit diesen Mitteln finanzierten Pilotvorhaben sind als Starthilfen für Gemeinschaftsaktionen zur Förderung sauberer Kohletechnologien im Bereich der rationellen Energienutzung in verschiedenen Technologiesektoren durch die Demonstration ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit und für Gemeinschaftsaktionen zur Unterstützung bei der Durchdringung der Märkte dritter Länder im Zuge der industriellen Zusammenarbeit gedacht. Diese Pilotvorhaben werden unverzüglich nach dessen Annahme in das Programm THERMIE II eingegliedert.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 3	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 9	Vollendung früherer Aktionen Getrennte Mittel	p.m.	17 500 000	10 200 000	23 900 000	13 929 873,—	24 691 775,88

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-100	*(Fortsetzung)*
B4-1003	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	8 000 000		4 000 000	4 000 000		
Insgesamt	8 000 000		4 000 000	4 000 000		

B4-1009 *Vormals Posten B4-1009, B4-1031 und B4-1040 (teilweise)*

Entschließung des Rates vom 22. Juli 1975 über technologische Probleme der nuklearen Sicherheit (ABl. Nr. C 185 vom 14. 8. 1975, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3639/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 3640/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und industriellen Pilotvorhaben im Energiebereich durch finanzielle Unterstützung (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 29).

Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1).

Entscheidung 89/364/EWG des Rates vom 5. Juni 1989 für ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Erhöhung der Effizienz bei der Elektrizitätsverwendung (ABl. Nr. L 157 vom 9. 6. 1989, S. 32) (PACE-Programm).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1991 „Energieplanung in der Gemeinschaft (auf regionaler Ebene)" (KOM(91) 53 endg.).

Entscheidung 91/565/EWG des Rates vom 29. Oktober 1991 zur Förderung der Energieeffizienz in der Gemeinschaft (SAVE-Programm) (ABl. Nr. L 307 vom 8. 11. 1991, S. 34).

Schlußfolgerungen des Rates vom 21. Mai 1992.

Diese Mittel sind zur Abrechnung folgender Verpflichtungen bestimmt:

— Ausgaben zur Förderung von Tätigkeiten zur technologischen Entwicklung in direktem Zusammenhang mit der Exploration, Nutzung, Lagerung oder Beförderung von Kohlenwasserstoffen durch Gewährung finanzieller Beihilfen — die im Fall der kommerziellen Nutzung der Ergebnisse zurückzahlen sind — an Unternehmen, die neue Technologien in den genannten Bereichen entwickeln. Der Gemeinschaftsbeitrag ist auf maximal 40 % der genehmigten Vorhabenskosten beschränkt (Verordnung (EWG) Nr. 3639/85);

— Ausgaben zur finanziellen Unterstützung von Unternehmen und Einrichtungen in der Gemeinschaft, die Demonstrationsvorhaben in den nachfolgend genannten Bereichen durchführen:

  — Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe,

  — neue Technologien zur Verfeuerung fester Brennstoffe, zur industriellen Nutzung der Rückstände fester Brennstoffe sowie neue Techniken der Stromnutzung und der Übertragung, Verteilung und Speicherung von Wärme,

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 9	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-1 0 0 insgesamt	24 000 000	31 000 000	40 200 000	35 900 000	13 929 873,—	24 691 775,88
B4-1 0 2	***Transport radioaktiven Materials in der Europäischen Union***						
B4-1 0 2 0	Transport radioaktiven Materials in der Europäischen Union Getrennte Mittel	2 000 000	1 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-100	*(Fortsetzung)*
B4-1009	*(Fortsetzung)*

— neue und erneuerbare Energiequellen und insbesondere geothermische Energie, Sonnenenergie, Windenergie, hydroelektrische Energie sowie Energie aus Biomasse und energetische Abfallverwertung. Im Rahmen dieser Bereiche sind auch Mistgärungsvorhaben von landwirtschaftlichen Betrieben zu fördern, die entweder in Zusammenarbeit mit anderen Betrieben oder in Kooperativen zur Lösung der Umweltprobleme, die sich aus der Überdüngung ergeben, beitragen (Verordnung (EWG) Nr. 3640/85);

— Aktionen, die in Form von vorbereitenden oder auswertenden Untersuchungen durchgeführt werden, über Transportverpakkungen, die Abschätzung der Folgen eines Kritizitätsunfalls bei der Lagerung und beim Transport radioaktiver Stoffe, das Problem der Verseuchung der Verpackungen, sowie die Angleichung der Rechtsvorschriften und Praktiken der Mitgliedstaaten im Bereich der Beförderung radioaktiver Stoffe;

— Maßnahmen zur Eindämmung der wachsenden Energienachfrage durch effizientere Energienutzung, zur Verwirklichung des vom Rat am 16. September 1986 festgelegten energiepolitischen Ziels und zur Bewältigung des Umweltproblems;

— spezielle Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz im Energiebereich (SAVE-I-Programm (Specific actions for vigorous energy efficiency)), die drei Aspekte in all den Bereichen, in denen es um eine rationellere Energienutzung geht, umfassen: rechtliche und verwaltungstechnische Maßnahmen, Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten und Maßnahmen zur Verbesserung der Informationsnetze. Diese Maßnahmen sind nicht auf die Entwicklung oder Verbreitung neuer Technologien ausgerichtet;

— Förderung der energierelevanten Planung in den Regionen und Städten der Gemeinschaft.

Die Mittel decken auch Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	63 757 666	20 800 000	14 700 000	11 300 000	9 000 000	7 957 666
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 200 000	3 100 000	2 800 000	1 700 000	1 300 000	1 300 000
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	73 957 666	23 900 000	17 500 000	13 000 000	10 300 000	9 257 666

B4-102

B4-1020 *Neuer Posten*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 75.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel III.

Entschließung des Rates vom 22. Juli 1975 über die technologischen Probleme der Sicherheit bei der Kernenergie (ABl. Nr. C 185 vom 14. 8. 1975, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 2 0	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-1 0 2 insgesamt	2 000 000	1 000 000				
B4-1 0 3	***Verbesserung der Energiebilanz der Gemeinschaft***						
B4-1 0 3 0	ALTENER (Erneuerbare Energiequellen) Getrennte Mittel	10 000 000	9 700 000	12 300 000	8 900 000	9 995 103,25	3 998 837,87

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-102	*(Fortsetzung)*
B4-1020	*(Fortsetzung)*

Die Tätigkeiten im Rahmen dieser Mittel erstrecken sich auf folgende Bereiche:

— Funktionieren des Binnenmarktes und Harmonisierung,

— Ermittlungen bei Transportzwischenfällen,

— Vorkehrungen für Notfälle,

— Unterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas und der GUS-Staaten,

— Transport von Nuklearmaterial in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	2 000 000		1 000 000	1 000 000		
Insgesamt	2 000 000		1 000 000	1 000 000		

B4-103	
B4-1030	Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

Entscheidung 93/500/EWG des Rates vom 13. September 1993 zur Förderung der erneuerbaren Energieträger in der Gemeinschaft (ALTENER-Programm) (ABl. Nr. L 235 vom 18. 9. 1993, S. 41).

Das Programm ALTENER (Alternative energy) umfaßt drei Aspekte: die Beseitigung von Hindernissen für die Vermarktung erneuerbarer Energiequellen durch rechtliche und verwaltungstechnische Maßnahmen, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energiequellen durch spezifische Unterstützungsmaßnahmen und die Verbesserung des Informationsaustausches durch die Einrichtung eines geeigneten Netzes.

Mit den Mitteln sollen diese drei Arten von Maßnahmen zugunsten aller erneuerbaren Energien gefördert werden, vor allem zugunsten der Sonnen- und Windenergie, der geothermischen und der hydroelektrischen Energie sowie der Energie aus Biomasse und der aus Abfall gewonnenen Energie. Im Rahmen dieser Maßnahmen sind Zuschüsse für die Erzeugung von Biotreibstoffen oder Biobrennstoffen nur dann vorgesehen, wenn die Energie- und Ökologiebilanz der Kette überwiegend positiv ist (insbesondere in Anbetracht der negativen Auswirkungen von Intensivkulturen auf die Erhaltung der Artenvielfalt).

Die Mittel decken ebenfalls die Kosten für:

— die Beteiligung an Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energiequellen (Ausbildung, Prüf- und Fachzentren, Pilotaktionen, Normung), die intensiviert werden,

— die Erstellung von koordinierten Instrumenten und Hilfsmitteln zur Verbesserung des Informationsaustausches,

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-103	*(Fortsetzung)*						
B4-1030	*(Fortsetzung)*						
B4-1031	SAVE II (Förderung der Energieeffizienz) Getrennte Mittel	15 000 000	4 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-103	*(Fortsetzung)*
B4-1030	*(Fortsetzung)*

— die Zusammenarbeit mit Drittländern.

Sie sind auch zur Finanzierung von Pilotprojekten über Biokraftstoffe bestimmt.

Diese Mittel decken auch Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 069 178	5 200 000	2 400 000	1 200 000	900 000	369 178
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	12 300 000	3 700 000	4 300 000	2 200 000	1 100 000	1 000 000
Mittel 1996	10 000 000		3 000 000	3 500 000	2 000 000	1 500 000
Insgesamt	32 369 178	8 900 000	9 700 000	6 900 000	4 000 000	2 869 178

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—" für Verpflichtungen,

— „—" für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 630 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

B4-1031 *Neuer Posten*

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Mai 1995, über ein Mehrjahresprogramm zur Förderung einer effizienteren Energienutzung in der Gemeinschaft — SAVE II (ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 14).

Mit den Mitteln sollen Maßnahmen finanziert werden, die das Ziel haben, durch eine Eindämmung der wachsenden Energienachfrage die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen.

Die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (SAVE II) umfassen auf allen Gebieten der rationellen Energienutzung neun Arten von Aktionen:

— Studien und sonstige Aktionen, die als Grundlage für Rechtsvorschriften und Leistungsnormen für eine rationelle Energienutzung in der Europäischen Union dienen,

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-103	*(Fortsetzung)*						
B4-1031	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-103	*(Fortsetzung)*
B4-1031	*(Fortsetzung)*

— branchenbezogene Pilotaktionen zur Beschleunigung von Investitionen in die rationelle Energienutzung und/oder zur Änderung des Verhaltens der Energieverbraucher,

— gezielte branchenbezogene Pilotaktionen zur Beschleunigung von Investitionen in die rationelle Energienutzung und/oder zur Änderung des Verhaltens der Energieverbraucher,

— von der Kommission oder von Dritten vorgeschlagene Maßnahmen zur Förderung des Erfahrungsaustauschs mit Hilfe von Informationsnetzen im Hinblick auf eine bessere Koordinierung der EU-, internationalen, nationalen und regionalen Maßnahmen durch Bereitstellung der für einen Informationsaustausch notwendigen Einrichtungen,

— Verfolgung der Fortschritte, die bei der rationellen Energienutzung in der Europäischen Union und den einzelnen Mitgliedstaaten erzielt werden,

— spezielle Aktionen zur Förderung eines größeren Zusammenhalts in den Mitgliedstaaten und den Regionen auf dem Gebiet der Energieeffizienz sowie Unterstützung entsprechender Infrastrukturvorhaben in Mitgliedstaaten, deren Energiesparpolitik noch unzureichend entwickelt ist,

— spezielle Aktionen zur Förderung des Energiemanagements auf regionaler und kommunaler Ebene,

— Aktionen als Ergänzung der Maßnahmen von Drittländern zur Förderung energiepolitischer Initiativen im Hinblick auf einen rationelleren Energieeinsatz und den Schutz der Umwelt,

— Bewertung und Überwachung der im Rahmen des Programms durchgeführten Aktionen.

Diese Mittel decken auch Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	15 000 000		4 000 000	4 200 000	2 800 000	4 000 000
Insgesamt	15 000 000		4 000 000	4 200 000	2 800 000	4 000 000

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—" für Verpflichtungen,

— „—" für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 630 der Gesamteinnahmen p.m. ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 3	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-1 0 3 insgesamt	25 000 000	13 700 000	12 300 000	8 900 000	9 995 103,25	3 998 837,87
B4-1 0 4	***Zusammenarbeit im Energiebereich und Beobachtung der Märkte***						
B4-1 0 4 0	Europäisches Energieobservatorium Getrennte Mittel	2 000 000	1 400 000	1 500 000	1 150 000	906 176,—	678 006,07

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-103	*(Fortsetzung)*
B4-1031	*(Fortsetzung)* (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.
B4-104	
B4-1040	*Vormals Posten B4-1040 (teilweise)* Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1). Entschließung des Rates vom 21. Juni 1989 über Treibhauseffekt und Gemeinschaft (ABl. Nr. C 183 vom 20. 7. 1989, S. 4). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 8. Februar 1990 über „Energie und Umwelt" (KOM(89) 369 endg.). Richtlinie 90/377/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Einführung eines gemeinschaftlichen Verfahrens zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise (ABl. Nr. L 185 vom 17. 7. 1990, S. 16). Richtlinie 90/547/EWG des Rates vom 29. Oktober 1990 über den Transit von Elektrizitätslieferungen über große Netze (ABl. Nr. L 313 vom 13. 11. 1990, S. 30). Schlußfolgerungen des Rates vom 21. Mai 1992. Ziele dieser Aktion: — Fortsetzung der Beobachtung der Energiemärkte, einschließlich der Strukturen, Tendenzen, Entwicklungen und Vorhersagen in bezug auf Angebot, Nachfrage und Preis der verschiedenen Energiequellen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem notwendigen Umweltschutz, der Abschätzung der Schadstoffemissionen und der Aufzeigung der verschiedenen Möglichkeiten zur Emissionsverringerung, — Auswertung und Verbreitung einschlägiger Kenntnisse, — Einrichtung eines europäischen Energieobservatoriums, das dem Informationsaustausch und dem Analysenbedarf innerhalb der Europäischen Union dient, — Schaffung spezieller Netze zu Verflechtungen des Energiesektors mit dem gesamten wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für: — die Durchführung von Aktionen zur Koordinierung der Sammlung und Verarbeitung von Basisdaten über die Tendenzen am Energiemarkt und zur Erstellung von Modellen für mittel- und langfristige Prospektivanalysen, — Erhebungen und Forschungen im Hinblick auf: — eine Beurteilung der Lage und der Aussichten des Energiemarktes, — die Ausarbeitung von Kommissionsvorschlägen für die Energiepolitik im allgemeinen. Die Mittel decken auch die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-104	*(Fortsetzung)*						
B4-1040	*(Fortsetzung)*						
B4-1041	Europäische Energiecharta und Zusammenarbeit mit Drittländern im Energiebereich (SYNERGY) Getrennte Mittel	9 000 000	7 500 000	9 000 000	10 500 000	7 994 383,59	6 887 458,80

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-104	*(Fortsetzung)*
B4-1040	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	799 787	650 000	100 000	45 000	4 787	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 500 000	500 000	600 000	400 000		
Mittel 1996	2 000 000		700 000	800 000	500 000	
Insgesamt	4 299 787	1 150 000	1 400 000	1 245 000	504 787	

B4-1041

Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zu der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit außereuropäischen Ländern und Organisationen (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 49).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 1991 zu der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Drittländern in Europa (ABl. Nr. C 280 vom 28. 10. 1991, S. 38).

Europäische Energiecharta, unterzeichnet am 17. Dezember 1991 in Den Haag.

Beschluß 94/998/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 betreffend die vorläufige Anwendung des Vertrags über die Energiecharta durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1994, S. 1).

Vertrag über die Europäische Energiecharta, unterzeichnet am 17. Dezember 1994 in Lissabon.

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. September 1995, über ein Mehrjahresprogramm zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich — SYNERGY-Programm (ABl. Nr. C 310 vom 22. 11. 1995, S. 10).

Ziele der Aktion sind die Förderung einer gezielten Energieplanung, technische Hilfestellung für die Behörden, Institutionen und zuständigen Dienste der Drittländer, Ausbildung, Energiemarktanalysen sowie die Förderung der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Handelsaustauschs mit Drittländern einschließlich der Länder Mittel- und Osteuropas, der unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und der Entwicklungsländer, vor allem durch die Umsetzung der Europäischen Energiecharta und die Förderung der Zusammenarbeit und Integration im Energiebereich zwischen Ländern derselben Region.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für:

— branchenbezogene Analysen in den wichtigsten Verbrauchersektoren mit dem Ziel, einen möglichst guten Überblick über die Möglichkeiten der Energieeinsparung oder der Einführung erneuerbarer Energien zu gewinnen,

— die Veranstaltung vor allem von Zusammenkünften zwischen Industrievertretern der Gemeinschaft und aus Drittländern sowie für die Teilnahme an Informations-Workshops,

— Voruntersuchungen, die es europäischen Unternehmen ermöglichen, gemeinsam in Drittländern vorzugehen: Abschätzung der Hindernisse, Partnersuche, Bildung von Joint-ventures und Beurteilung ihrer Finanzquellen,

— Fortsetzung der Arbeit der EG-Energiezentren in Mittel- und Osteuropa; dies gilt sowohl für die geographisch als auch für die sektoriell ausgerichteten Zentren,

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-104	*(Fortsetzung)*						
B4-1041	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-104	*(Fortsetzung)*
B4-1041	*(Fortsetzung)* — Vorbereitung und Durchführung eines Bündels von integrierten Aktionsprogrammen als Anreiz für die Durchdringung entscheidender Märkte in Lateinamerika, im südlichen Mittelmeerraum und in Südostasien (einschließlich Chinas) sowie gegebenenfalls in den Industrieländern mit sauberen und effizienten europäischen Energietechnologien, — die finanzielle Unterstützung von Organisationen und Institutionen, die sich dem praktischen Austausch mit Drittländern im Energiebereich, vor allem im Rahmen der Europäischen Energiecharta, widmen, — die technische Unterstützung der Drittländer durch Sachverständige für rechtliche und energiepolitische Fragen, — Maßnahmen zur Information und zur Ausbildung von Technikern und/oder Ingenieuren, — Besuche von Sachverständigen aus Drittländern, — die Auszahlung von Vorschüssen für die technische und gegebenenfalls administrative Hilfestellung zugunsten der Europäischen Energiecharta. Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 4	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 4 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-1 0 4 insgesamt	11 000 000	8 900 000	10 500 000	11 650 000	8 900 559,59	7 565 464,87
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	62 000 000	54 600 000	63 000 000	56 450 000	32 825 535,84	36 256 078,62
	KAPITEL B4-1 0 INSGESAMT	62 000 000	54 600 000	63 000 000	56 450 000	32 825 535,84	36 256 078,62
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	62 000 000	54 600 000	63 000 000	56 450 000	32 825 535,84	36 256 078,62
	Titel B4-1 insgesamt	**62 000 000**	**54 600 000**	**63 000 000**	**56 450 000**	**32 825 535,84**	**36 256 078,62**

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-104	*(Fortsetzung)*
B4-1041	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 465 367	7 800 000	1 800 000	800 000	65 367	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 000 000	2 700 000	3 000 000	1 500 000	1 000 000	800 000
Mittel 1996	9 000 000		2 700 000	3 000 000	1 500 000	1 800 000
Insgesamt	28 465 367	10 500 000	7 500 000	5 300 000	2 565 367	2 600 000

Einnahmen, die eventuell durch Rückzahlungen der Teilnehmerstaaten entstehen, werden gemäß Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe b) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-2

EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-2 0						
B4-2 0 0	***Inspektionen im Rahmen der Sicherheitsüberwachung und Fortbildung von Inspektoren***						
B4-2 0 0 0	Inspektionen vor Ort im Rahmen der Sicherheitsüberwachung und Fortbildung von Inspektoren Getrennte Mittel	4 550 000	4 250 000	4 200 000	4 150 000	3 500 000,—	3 333 040,89

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-2

EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

KAPITEL B4-20 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-200	
B4-2000	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel VII. Verifikationsabkommen zwischen der Gemeinschaft, den atomwaffenfreien Mitgliedstaaten und der Internationalen Atomenergie-Organisation. Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, dem Vereinigten Königreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation. Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, Frankreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation. Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 24. März 1992 über einen Beschluß der Kommission zur Einführung von „On-site"-Laboratorien für die Analyse von Proben zur Sicherheitsüberwachung (SEK(92) 515 endg.). Veranschlagt sind Mittel für die Kernmaterialüberwachung, für Inspektionen, Dienstreisen und die für Inspektionen erforderliche Anmietung von Büros und Transportmitteln, für Sonderleistungen in bestimmten Anlagen, für die Betriebs- und Verwaltungskosten der Laboratorien vor Ort, für Versicherungen, berufsbildende Kurse und Praktika für Inspektoren der Sicherheitsüberwachung, Fachkurse über Gesundheitsschutz, für den Aufbau einer Videothek sowie die Reisekosten der Beamten der Gemeinsamen Forschungsstelle, die Analysen in den Laboratorien von Sellafield und Den Haag vornehmen bzw. andere technische Arbeiten im Rahmen dieser besonderen Tätigkeit ausführen. Diese Mittel decken auch die Kosten der Sitzungen über: — die Durchführung der Verifikationsabkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation, — die Modalitäten der Aufnahme des realen Bestandes und Verwendung von Geräten, Siegeln usw., — die Heranziehung von Sicherheitsberatern. Unter diesen Posten fallen auch Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992). Die Mittel decken ferner die an die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) als Vorschuß gezahlten rund 80 000 ECU. Die Einnahmen, die durch die Rückzahlung dieser Summe durch die IAEO entstehen, werden gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 0 1	Ausbildung von Sachverständigen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Bereich der Sicherheitskontrolle (Safeguards) — Einführung eines Systems für die Rechnungsführung und die Kontrolle spaltbarer Stoffe in Rußland						
	Getrennte Mittel	3 100 000	2 200 000	1 800 000	1 700 000	999 592,76	699 869,15

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-20 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-200	*(Fortsetzung)*
B4-2000	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 550 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 015 556	850 000	165 556			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 200 000	3 300 000	650 000	250 000		
Mittel 1996	4 550 000		3 434 444	900 000	215 556	
Insgesamt	9 765 556	4 150 000	4 250 000	1 150 000	215 556	

B4-2001

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel X.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. April 1992 zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und den GUS-Staaten (ABl. Nr. C 125 vom 18. 5. 1992, S. 244).

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Essen vom 9. und 10. Dezember 1994.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— für den Abschluß aller Ausbildungsphasen („erste Phase") im Bereich der Sicherheitskontrolle und des Gesundheitsschutzes für Fachleute aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion einerseits,

— für die Einführung eines Systems für die Rechnungsführung und die Kontrolle von Nuklearmaterial, insbesondere in Rußland, auf der Grundlage der Ergebnisse der „ersten Phase", insbesondere in Form von Vorhaben, in folgenden Bereichen: Informationsbeschaffung, -behandlung und -bewertung, Inspektionsverfahren und Durchführung von Kontrollen, physische Bestandsaufnahme in den jeweiligen Anlagen andererseits.

Unter anderem werden folgende Ausgaben gedeckt:

— die Kosten für Lehrgänge und Praktika in der Europäischen Union und/oder in den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion für Sachverständige dieser Länder im Bereich der Sicherheitskontrolle, einschließlich der Aufenthaltskosten (Reisekosten, Tagessätze usw.),

— die Kosten für Seminare für diese Sachverständigen in der Europäischen Union und/oder in den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion,

— die Kosten für Besuche dieser Sachverständigen in den Kernkraftwerken der Europäischen Union und/oder in den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion,

— die damit zusammenhängenden Material-, Logistik- und Bürokosten,

— die Übersetzungs- und Dolmetschkosten,

— die Kosten für Dienstreisen des Personals der Sicherheitskontrolle, von Euratom und von ausgewählten Sachverständigen der Europäischen Union im Zusammenhang mit den genannten Maßnahmen,

— die Kosten für Entnahme, Transport und Analyse von Proben, auch im Zusammenhang mit dem illegalen Handel mit Kernmaterial.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-2 0 0 insgesamt	7 650 000	6 450 000	6 000 000	5 850 000	4 499 592,76	4 032 910,04
B4-2 0 2	***Ausrüstungserwerb, Dienstleistungen und Sonderarbeiten***						
B4-2 0 2 0	Probenahmen und Analysen, Material, Sonderarbeiten, Dienstleistungen und Transport Getrennte Mittel	3 320 000	2 820 000	3 200 000	3 400 000	1 904 608,05	1 687 288,73

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-20 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-200	*(Fortsetzung)*
B4-2001	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 100 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	502 224	502 224				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 800 000	1 197 776	602 224			
Mittel 1996	3 100 000		1 597 776	1 502 224		
Insgesamt	5 402 224	1 700 000	2 200 000	1 502 224		

B4-202	
B4-2020	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel VII. Verordnung (Euratom) Nr. 3227/76 der Kommission vom 19. Oktober 1976 zur Anwendung der Bestimmungen der Euratom-Sicherungsmaßnahmen (ABl. Nr. L 363 vom 31. 12. 1976, S. 1). Verifikationsabkommen zwischen der Gemeinschaft, den atomwaffenfreien Mitgliedstaaten und der Internationalen Atomenergie-Organisation. Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, dem Vereinigten Königreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation. Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, Frankreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation. Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien. Veranschlagt sind Mittel für physikalische und chemische Kontrollen von nuklearem Material. Veranschlagt sind ebenfalls Mittel für: — Probenahmen, Transporte und Analysen, — Material und Spezialausrüstungen, EDV-Anlagen usw., — technische und besondere Arbeiten, — besondere und andere Dienstleistungen wie die Ausarbeitung von Rechnerprogrammen, — die Wartung und Erneuerung von technischem und EDV-Material, Kauf von Ersatzteilen und Zubehör, — die Beförderung von Ausrüstungen, Material und radioaktiven Strahlenquellen, — den Erwerb, die Reparatur und die Wartung von Transportmitteln, — Fachbücher und Fachzeitschriftenabonnements, — Ausrüstung im Rahmen des „New Partnership Approach“ (einer von der IAEO und der Kommission am 28. April 1992 unterzeichneten Vereinbarung).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 2 0	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 2 1	Besondere Kontrolle von Großanlagen für die Plutoniumverarbeitung						
	Getrennte Mittel	8 100 000	8 150 000	10 000 000	10 500 000	7 167 382,—	4 736 154,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*
B4-2 0 2 0	*(Fortsetzung)*

Die Mittel sind unbedingt erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus Kapitel VII des Vertrags und aus den internationalen Abkommen.

Unter diesen Posten fallen auch die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die Mittel decken ferner die an die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) als Vorschuß gezahlten rund 140 000 ECU. Die Einnahmen, die durch die Rückzahlung dieser Summe durch die IAEO entstehen, werden gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS), Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 320 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 756 921	1 700 000	56 921			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	93 000	93 000				
Mittel 1995	3 200 000	1 607 000	1 120 000	473 000		
Mittel 1996	3 320 000		1 643 079	1 200 000	476 921	
Insgesamt	8 369 921	3 400 000	2 820 000	1 673 000	476 921	

B4-2 0 2 1

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel VII.

Verifikationsabkommen zwischen der Gemeinschaft, den atomwaffenfreien Mitgliedstaaten und der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, dem Vereinigten Königreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, Frankreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien.

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 24. März 1992 über einen Beschluß der Kommission zur Einführung von „On-site"-Laboratorien für die Analyse von Proben zur Sicherheitsüberwachung (SEK(92) 515 endg.).

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aufstellung, den Erwerb und die Wartung von Überwachungsausrüstungen in den Wiederaufbereitungsanlagen von Den Haag und Thorp-Sellafield, in den Anlagen zur Herstellung von Mischbrennstoffen (U/PU) Siemens-Hanau, Marcoule-Frankreich und Mox in Sellafield sowie in der Gorlebener Fabrik zur Aufarbeitung bestrahlter Brennelemente.

Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für die Errichtung und den Betrieb der Meß- und Analyselaboratorien von UP3 und von Thorp (Laboratorien vor Ort).

Zu Lasten dieses Postens gehen auch die Kosten für den Erwerb, die Instandhaltung und die Erneuerung der EDV-Anlagen sowie für die Vergabe von Unteraufträgen über Informatikprogramme an Fremdunternehmen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-2 0 2 insgesamt	11 420 000	10 970 000	13 200 000	13 900 000	9 071 990,05	6 423 442,73
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	19 070 000	17 420 000	19 200 000	19 750 000	13 571 582,81	10 456 352,77
	KAPITEL B4-2 0 INSGESAMT	19 070 000	17 420 000	19 200 000	19 750 000	13 571 582,81	10 456 352,77
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	19 070 000	17 420 000	19 200 000	19 750 000	13 571 582,81	10 456 352,77
	Titel B4-2 insgesamt	**19 070 000**	**17 420 000**	**19 200 000**	**19 750 000**	**13 571 582,81**	**10 456 352,77**

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*
B4-2 0 2 1	*(Fortsetzung)*

Die Mittel decken ferner die an die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) als Vorschuß gezahlten rund 50 000 ECU. Die Einnahmen, die durch die Rückzahlung dieser Summe durch die IAEO entstehen, werden gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	8 403 496	5 871 400	2 000 000	532 096		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	3 128 600	2 128 600	1 000 000			
Mittel 1995	10 000 000	3 500 000	2 350 000	3 500 000	650 000	
Mittel 1996	8 100 000		2 800 000	2 000 000	3 000 000	300 000
Insgesamt	29 632 096	11 500 000 (1)	8 150 000	6 032 096	3 650 000	300 000

(1) Einschließlich einer Übertragung von 1 000 000 ECU aus 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-3

UMWELT

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-3 0						
B4-3 0 4	***Rechtsvorschriften und sonstige allgemeine Maßnahmen im Zusammenhang mit dem fünften Programm der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Umweltpolitik***						
	Getrennte Mittel	16 400 000	13 400 000	13 500 000	12 700 000	13 961 749,75	11 573 635,01

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-3

UMWELT

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-304	*Vormals Artikel B4-3 0 4(teilweise)* Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Verschiedene Verordnungen, Beschlüsse, Richtlinien und Entschließungen zum Schutz der Umwelt. *Schutz und Bewirtschaftung bzw. Pflege des Raums, der Umwelt und der natürlichen Ressourcen* Diese Aktion deckt die Förderung gemeinschaftlicher Maßnahmen, ihrer Kontrollen und ihrer Beurteilungen hinsichtlich: — der Erhaltung der Natur; — Schutz und Bewirtschaftung bzw. Pflege des Raums; — Schutz und Bewirtschaftung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen; — der Erhaltung der wandernden Arten; — globaler Umweltprobleme im Zusammenhang mit dem Handel mit vom Aussterben bedrohten Arten; — der Integration der Umweltschutzforderungen in die gemeinsame Agrarpolitik; — der Bewirtschaftung der grenzübergreifenden Gebiete hinsichtlich der Erhaltung ihres ökologischen Gleichgewichts im Rahmen eines integrierten Aktionsprogramms. *Umsetzung der gemeinschaftlichen Politik zur integrierten Eindämmung der Schadstoffemissionen durch Industrieanlagen und -erzeugnisse* Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. September 1993, über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (ABl. Nr. C 311 vom 17. 11. 1993, S. 6), geändert am 16. Mai 1995 (ABl. Nr. C 165 vom 1. 7. 1995, S. 9). Richtlinie 94/67/EG des Rates vom 16. Dezember 1994 über die Verbrennung gefährlicher Abfälle (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 34). Durch diese Aktionen sollen: — die Vorschriften zur Verhütung und Bekämpfung der integrierten Umweltverschmutzung durch Industrieanlagen und -erzeugnisse umgesetzt werden, — die Schadstoffe identifiziert und die Meßmethoden sowie die Methoden zur Verringerung der Schadstoffemissionen harmonisiert und genormt werden, — die besten verfügbaren Verfahren *(best available technology)* erfaßt und ihre Umweltleistungen und Kosten beurteilt werden, — notwendige zusätzliche Interventionen zum Schutz der Umwelt eingeleitet werden. Ferner ist die Fortsetzung der Ringvergleichprogramme, durch die die Schadstoffemissionen von Industrieanlagen und bestimmte Erzeugnisse kontrolliert werden, sowie der Vergleichseichungen (um die Vergleichbarkeit der Messungen zu gewährleisten) und die Verbesserung der in den Mitgliedstaaten verwendeten Meßverfahren geplant. Ferner soll die Koordinierung der Umweltpolitik mit Drittländern sichergestellt werden. *Schutz und Bewirtschaftung des Wassers* Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 29. März 1994, über die Qualität der Badegewässer (ABl. Nr. C 112 vom 22. 4. 1994, S. 3). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. Juli 1994, über die ökologische Qualität von Gewässern (ABl. Nr. C 222 vom 10. 8. 1994, S. 6). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. April 1995, über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (ABl. Nr. C 131 vom 30. 5. 1995, S. 5). Diese Aktionen haben zum Ziel: — Maßnahmen zur Verhütung der Gewässerverschmutzung, Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung und sonstige zum Schutz der Gewässer erforderliche flankierende Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sowie zur Bewirtschaftung der Ressourcen;

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-304	*(Fortsetzung)*

— Aktionen zum Schutz, zur Erhaltung und zur Sanierung der Ökosysteme in den Küstengebieten sowie Aktionen, bei denen Fremdenverkehr und Umweltschutz in Übereinstimmung gebracht werden sollen, einschließlich der Pilotprojekte im Bereich Raumordnung;

— Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Volksgesundheit im Sinne der Richtlinie 76/160/EWG, bei denen der technische Fortschritt zu berücksichtigen sowie eine Konzentration auf die wichtigsten Parameter und die Vereinfachung der Mechanismen der Richtlinie anzustreben ist; gleichzeitig ist ein Eingreifen der Mitgliedstaaten bei einer Verschlechterung der Wasserqualität zu gewährleisten;

— Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung und zur Verbesserung der Küsten- und der Binnengewässer;

— Maßnahmen, bei denen Fremdenverkehr und Umweltschutz in Übereinstimmung gebracht werden sollen.

Dazu soll, ähnlich dem Mittelmeerprogramm, im Bereich der Ostsee ein Netz zwischen den Anrainerstaaten aufgebaut werden, das dazu beiträgt, alle wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten zu nutzen, um die Verunreinigungen zu bekämpfen und weitere Verschmutzung zu verhindern.

Diese Mittel dienen auch der wissenschaftlichen Erforschung der Ostsee und einem kulturellen Brückenschlag zwischen den Anrainerstaaten.

Bekämpfung der Verschmutzung durch Abfälle, Bodenschutz

Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juni 1993, über Abfalldeponien (ABl. Nr. C 212 vom 5. 8. 1993, S. 33).

Richtlinie 94/67/EG des Rates vom 16. Dezember 1994 über die Verbrennung gefährlicher Abfälle (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 34).

Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 10).

Diese Aktion betrifft:

— die Erarbeitung spezifischer Maßnahmen für die Bewirtschaftung prioritärer Abfälle,

— Förderung von Instrumenten und Plänen zur Bewirtschaftung von Abfällen, einschließlich des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Abfällen,

— Förderung eines gemeinschaftlichen Netzes von Abfallbewirtschaftungseinrichtungen,

— Förderung saubererer Produktionsverfahren und Verfahren zur Wiederverwertung von Abfällen,

— Bodenschutz,

— verstärkte Berücksichtigung der Bodenschutzaspekte in den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft und Unterstützung von Projekten zur Erhaltung der Bodenqualität und zum Austausch diesbezüglicher Erfahrungen.

Kontrolle der Umweltsicherheit von Produkten, Industrieanlagen und Biotechnologien

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates und des Europäischen Parlaments, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1993, über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. Nr. C 239 vom 3. 9. 1993, S. 3), geändert am 24. Juli 1995 (ABl. Nr. C 261 vom 6. 10. 1995, S. 5).

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 4. März 1994, zur Abwehr der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen (ABl. Nr. C 106 vom 14. 4. 1994, S. 4), geändert am 19. juni 1995 (ABl. Nr. C 238 vom 13. 9. 1995, S. 4).

Diese Maßnahmen haben folgende Ziele:

— objektive Bewertung und Beherrschung der Risiken von Chemieprodukten aus Industrie und Landwirtschaft (Pestizide) für Mensch und Umwelt,

— Ausarbeitung und Durchführung der im Programm der Gemeinschaft für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung vorgesehenen Maßnahmen zur Minderung industrieller Gefahren durch Anlagen und Biotechnologien.

Chemikalienpolitik

Verordnung (EWG) Nr. 2455/92 des Rates vom 23. Juli 1992 betreffend die Ausfuhr und Einfuhr bestimmter gefährlicher Chemikalien (ABl. Nr. L 251 vom 29. 8. 1992, S. 13).

Diese Aktion hat ein Follow-up der Ergebnisse der Konferenz über den Export von gefährlichen Chemikalien zum Ziel.

Luftqualität, Verkehr, Lärm, Energie

Schlußfolgerungen der Ratstagung „Umwelt" vom 16. Dezember 1994 zu Verkehr und Umwelt.

Richtlinie 95/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 1995 zur Änderung der Richtlinie 86/662/EWG zur Begrenzung des Geräuschemissionspegels von Hydraulikbaggern, Seilbaggern, Planiermaschinen, Ladern und Baggerladern (ABl. Nr. L 168 vom 18. 7. 1995, S. 14).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-304	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-304	*(Fortsetzung)* Diese Maßnahmen bezwecken: — die Fortsetzung derjenigen, die auf Grund der bereits erlassenen Richtlinien für die Luftqualität angelaufen sind: hauptsächlich Weiterverfolgung der Umsetzung der Richtlinien und Austausch von Informationen über den Stand der Luftverschmutzung, Ringvergleichprogramme und Austausch von Informationen über Meßergebnisse zwischen den Netzen und Laboratorien der Mitgliedstaaten sowie Verbesserung der Meßmethoden. Ferner sollen sie die Ausarbeitung neuer Richtlinien auf diesem Gebiet und die hierfür notwendigen Maßnahmen ermöglichen: Optimierung der Überwachungsnetze, verbesserter Nachweis der ursächlichen Verknüpfung zwischen Luftverschmutzung und Gesundheitsproblemen sowie Schäden an Vegetation und/oder Gebäuden. Schließlich sollen sie die Fortsetzung der im Rahmen des Programmes EMEP der Genfer UNO-Wirtschaftskommission für Europa angelaufenen Maßnahmen ermöglichen, — die Verringerung der Umweltbelastung in der Europäischen Union durch die Entwicklung von Rechtsvorschriften über die Qualität von Treibstoffen, über die Abgase von Flugzeugen und von beweglichen Maschinen außerhalb des Straßenverkehrs und über die Kontrolle der Verdunstungsverluste bei der Speicherung, bei der Verteilung und beim Verkauf von Benzin, — die Aufstellung gemeinschaftlicher Kriterien für den Umweltgeräuschpegel sowie um gezielte Rechtsvorschriften über Flug- und Baulärm, — die Fortsetzung der Aktionen, die zur Strategie der „dauerhaften Mobilität" beitragen und die im Programm der Gemeinschaft für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung ausgearbeitet bzw. in den Schlußfolgerungen der Ratstagung Umwelt vom 16. Dezember 1994 zu den Bereichen Verkehr und Umwelt formuliert wurden. *Ausarbeitung, Anwendung und Überwachung des Gemeinschaftsrechts* Diese Aktion bezweckt die beschleunigte Einführung und Durchführung bestimmter gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften. *Wirtschaft und Umwelt: Wirtschaftsanalysen* Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.). Diese Maßnahme hat die Ausarbeitung und Durchführung einer integrierten Politik im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung zum Ziel. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen — einzeln oder im Zusammenspiel — vor allem gewährleisten, daß die Ziele des Umweltschutzes wirksam und wirtschaftlich verwirklicht werden. Sie decken folgende Bereiche ab: — Einführung und Anwendung des „Verursacherprinzips" und Analyse der wirtschaftlichen Folgen der Haftpflicht, — Anwendung von ökonomischen und steuerlichen Anreizen zur Einbeziehung des Umweltschutzes, — Analyse und Anwendung der umweltrelevanten Beihilferegelungen der Mitgliedstaaten, — Prüfung und Entwicklung von freiwilligen Instrumenten sowie Instrumenten der „Eigeninitiative" zur Förderung des Umweltschutzes in der Privatwirtschaft, — Entwicklung von Methoden und Leitlinien für Kosten/Nutzen-Analysen politischer Maßnahmen und Aktionen, die sich auf die Umwelt auswirken, — Ausarbeitung von Indikatoren für eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung in den Schlüsselbereichen Energie, Wasser, Rohstoffe, Abfälle und Stadtentwicklung, — Prüfung der Umweltauswirkungen im internationalen Handel. *Wirtschaft und Umwelt: Statistiken* Zu dieser Aktion im Bereich der Umweltindikatoren und umweltspezifischen Satellitenkonten gehören: — die Entwicklung von Verfahren, — Pilotstudien in ausgewählten Mitgliedstaaten zur Prüfung bestimmter Aspekte dieser Verfahren, — gegebenenfalls die Veröffentlichung integrierter harmonisierter und genehmigter Verfahren in Rechtsvorschriften, — die Erfassung sonstiger einschlägiger Eckdaten für die Berücksichtigung der Umwelt in den Statistiken über die wichtigsten Bereiche der Wirtschaftstätigkeit (Energie, Industrie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Verkehr usw...), — die regelmäßige Erstellung von Indikatoren und Satellitenkonten, — die Verbreitung der Ergebnisse und Information über die angewandten Verfahren. *Öko-Erzeugnisse, Umweltaudit und freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie* Diese Maßnahme soll die Entwicklung, Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Produkten fördern, die während ihrer ganzen Lebensspanne die Umwelt weniger beeinträchtigen. Ferner sollen die Verbraucher über die Auswirkungen der Produkte auf die Umwelt besser informiert werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-304	*(Fortsetzung)*

Diese Aktion betrifft auch das Forum Ecolabel, das die Interessengruppen der Gemeinschaft (Industrie, Handel, Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen) vertreten und begründete Stellungnahmen zur Festlegung von Produktkategorien und ihren besonderen ökologischen Kriterien abgeben soll.

Außerdem zielt sie auf die Schaffung eines gemeinschaftlichen Systems für Umweltmanagement und -audit ab; zu diesem Zweck werden insbesondere Kriterien, Normen und Verfahren für umweltbezogene Betriebsprüfungen festgelegt, das Problembewußtsein der Öffentlichkeit geschärft und ein Dialog zwischen Verwaltungen, Industrie und anderen Kreisen des Privatsektors (Finanzen, Versicherungen, Umweltorganisationen) gefördert und sonstige Pilotvorhaben und Maßnahmen durchgeführt, mit denen die Normen für die Umwelt-Betriebsprüfung bekanntgemacht werden sollen, insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen.

Diese Aktion schließt auch die Ausarbeitung oder Entwicklung von freiwilligen Konzepten im Umweltbereich ein.

Erziehung, Aus- und Weiterbildung

Mit dieser Aktion sollen das Erziehungs- und Bildungswesen so entwickelt werden, daß sie verstärkt Umweltbewußtsein und Umweltwerte vermitteln.

Schutz der für Versuche verwendeten Tiere

Ziel dieser Aktion ist die Annäherung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere.

Die Aktion betrifft vor allem:

— die Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Labortechniker,

— die Verbesserung der Unterbringung der Tiere,

— die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Alternativmethoden.

Umweltindikatoren und grünes Rechnungssystem in den Mitgliedstaaten

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 21. Dezember 1994 — Leitlinien der EU über Umweltindikatoren und ein „grünes Rechnungssystem" (KOM(94) 670 endg.).

Diese Mittel sind insbesondere für die Finanzbeiträge, technischen Bewertungen und Pilotprojekte sowie den Aufbau von Datenbanken und EDV-Systemen bestimmt, die für die rechtlichen Verpflichtungen und Ex-ante- und Ex-post-Bewertungen dieser Maßnahmen notwendig sind.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 16 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	20 032 899	9 700 000	4 000 000	3 500 000	2 832 899	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	13 500 000	3 000 000	5 400 000	4 000 000	1 100 000	
Mittel 1996	16 400 000		4 000 000	6 000 000	4 000 000	2 400 000
Insgesamt	49 932 899	12 700 000	13 400 000	13 500 000	7 932 899	2 400 000

Die Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen sind gemäß Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe b) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-304	*(Fortsetzung)*						
B4-305	***Städtische Umwelt*** Getrennte Mittel	2 000 000	1 500 000	3 000 000	2 500 000	192 840,—	57 852,—
B4-306	***Sensibilisierung und Zuschüsse*** Getrennte Mittel	7 500 000	7 500 000	8 400 000	6 750 000	6 820 827,04	5 985 967,51

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-304	*(Fortsetzung)* Diese Einnahmen sind auf 100 000 ECU veranschlagt.
B4-305	*Vormals Artikel B4-304 (teilweise)* Entschließung des Rates vom 28. Januar 1991 zum Grünbuch über die städtische Umwelt (ABl. Nr. C 33 vom 8. 2. 1991, S. 4). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 15. Juni 1994 zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen zu erstellenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN) (ABl. Nr. C 180 vom 1. 7. 1994, S. 6). Schlußfolgerungen der Ratstagung „Umwelt" vom 16. Dezember 1994. Die Maßnahmen bezwecken die Entwicklung der Stadtplanung, wie sie in der Fortschreibung des Umwelt-Aktionsprogramms (5. Programm) sowie in der Entschließung des Rates zum Grünbuch über die städtische Umwelt, die die Stadtpolitik zu einem Zentralpunkt der allgemeinen Umweltpolitik macht. Diese Politik ist gerichtet auf: — die Anwendung raumplanerischer Grundsätze, die insbesondere auf eine gemischte Struktur der Böden, funktionelle Nähe und auf Dichte ausgerichtet sind, beim städtischen Verkehr, beim Straßenverkehr, bei der Binnenschiffahrt und beim Luftverkehr, — die Bekämpfung der Lärmbelästigung und der Luftverschmutzung, — die Raumordnung durch Valorisierung der Ressourcen, — die Verbesserung der Koordinierung, des „Monitoring" und der Evaluierung der einzelnen Gemeinschaftsprogramme und -projekte, die zur Weiterentwicklung der städtischen Umwelt beitragen, — die Förderung der Gründung und der Zusammenarbeit von Zentren zur Überwachung der Schadstoffemissionen in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	134 988	134 988				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 000 000	2 365 012	634 988			
Mittel 1996	2 000 000		865 012	1 134 988		
Insgesamt	5 134 988	2 500 000	1 500 000	1 134 988		

B4-306	Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-306	*(Fortsetzung)*						
B4-307	***Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz***						
	Getrennte Mittel	3 000 000	1 700 000	4 000 000	2 200 000	935 862,15	782 674,77

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 0 6	*(Fortsetzung)*

Veranschlagt sind Mittel für:

— die Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Aufklärung und Sensibilisierung für Umweltprobleme und deren Auswirkungen auf die Volksgesundheit;

— die Förderung repräsentativer europäischer Organisationen, die im Umweltbereich und im Tierschutz tätig sind und deren Aktivitäten sich auf alle oder einen Teil der EG-Mitgliedstaaten sowie die Länder Mittel- und Osteuropas oder die Mittelmeeranrainerstaaten erstrecken;

— die Entwicklung von Datenbanken und die Einrichtung des Informations- und Dokumentationszentrums sowie die ständige Aktualisierung der in der Europäischen Union verbreiteten Informationen;

— die Ex-ante- und Ex-post-Bewertungen dieser Aktionen.

Zudem muß der Schwerpunkt auf die immer wichtigere Rolle gelegt werden, die die Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Sensibilisierung der Bürger für ökologische Fragen bereits übernehmen und weiterhin übernehmen müssen. Die Kommission veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* die Beträge und die Liste der Nichtregierungsorganisationen, die Gemeinschaftsmittel erhalten haben.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	7 113 602	4 100 000	1 700 000	1 000 000	313 602	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 400 000	2 650 000	3 500 000	1 500 000	750 000	
Mittel 1996	7 500 000		2 300 000	3 200 000	1 300 000	700 000
Insgesamt	23 013 602	6 750 000	7 500 000	5 700 000	2 363 602	700 000

B4-3 0 7 *Strahlenschutz*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere die Artikel 2 Buchstabe b) und 30 bis 39.

Richtlinie 84/466/Euratom des Rates vom 3. September 1984 zur Festlegung der grundlegenden Maßnahmen für den Strahlenschutz von Patienten bei ärztlichen Untersuchungen und Behandlungen (ABl. Nr. L 265 vom 5. 10. 1984, S. 1).

Richtlinie 84/467/Euratom des Rates vom 3. September 1984 zur Änderung der Richtlinie 80/836/Euratom über die Grundnormen für den Gesundheitsschutz gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen (ABl. Nr. L 265 vom 5. 10. 1984, S. 4).

Entscheidung 87/600/Euratom des Rates vom 14. Dezember 1987 über gemeinschaftliche Vereinbarungen für den beschleunigten Informationsaustausch im Falle einer radiologisch bedingten Notstandssituation (ABl. Nr. L 371 vom 30. 12. 1987, S. 76).

Verordnung (Euratom) Nr. 3954/87 des Rates vom 22. Dezember 1987 zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Nahrungsmitteln und Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 371 vom 30. 12. 1987, S. 11), geändert durch die Verordnung (Euratom) Nr. 2218/89 (ABl. Nr. L 211 vom 22. 7. 1989, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 7	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-307	*(Fortsetzung)* Verordnung (Euratom) Nr. 944/89 der Kommission von 12. April 1989 zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Nahrungsmitteln von geringerer Bedeutung im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 101 vom 13. 4. 1989, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 2219/89 des Rates vom 18. Juli 1989 über besondere Bedingungen für die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Futtermitteln im Fall eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 211 vom 22. 7. 1989, S. 4). Richtlinie 89/618/Euratom des Rates vom 27. November 1989 über die Unterrichtung der Bevölkerung über die bei einer radiologischen Notstandssituation geltenden Verhaltensmaßregeln und die zu ergreifenden Gesundheitsschutzmaßnahmen (ABl. Nr. L 357 vom 7. 12. 1989, S. 31). Verordnung (EWG) Nr. 737/90 des Rates vom 22. März 1990 über die Einfuhrbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 1), ergänzt durch die Verordnung (EG) Nr. 3034/94 der Kommission (ABl. Nr. L 321 vom 14. 12. 1994, S. 25), verlängert durch die Verordnung (EG) Nr. 686/95 (ABl. Nr. L 71 vom 31. 3. 1995, S. 15). Verordnung (Euratom) Nr. 770/90 der Kommission vom 29. März 1990 zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 83 vom 30. 3. 1990, S. 78). Richtlinie 90/641/Euratom des Rates vom 4. Dezember 1990 über den Schutz externer Arbeitskräfte, die einer Gefährdung durch ionisierende Strahlungen beim Einsatz im Kontrollbereich ausgesetzt sind (ABl. Nr. L 349 vom 13. 12. 1990, S. 21). Richtlinie 92/3/Euratom des Rates vom 3. Februar 1992 zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung radioaktiver Abfälle von einem Mitgliedstaat in einen anderen, in die Gemeinschaft und aus der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 35 vom 12. 2. 1992, S. 24). Entschließung des Rates vom 15. Juni 1992 über die Erneuerung des Aktionsplans der Gemeinschaft für radioaktive Abfälle (ABl. Nr. C 158 vom 25. 6. 1992, S. 3). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Verordnung (Euratom) Nr. 1493/93 des Rates vom 8. Juni 1993 über die Verbringung radioaktiver Stoffe zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 148 vom 19. 6. 1993, S. 1). Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 20. Juli 1993, zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen (ABl. Nr. C 245 vom 9. 9. 1993, S. 5), geändert am 11. Juli 1994 (ABl. Nr. C 224 vom 12. 8. 1994, S. 5). Entscheidung 93/552/Euratom der Kommission vom 1. Oktober 1993 zur Einführung des einheitlichen Begleitscheins für Verbringungen radioaktiver Abfälle gemäß der Richtlinie 92/3/Euratom des Rates (ABl. Nr. L 268 vom 29. 10. 1993, S. 83). Entschließung des Rates vom 19. Dezember 1994 über radioaktive Abfälle (ABl. Nr. C 379 vom 31. 12. 1994, S. 1). Diese Aktion besteht in der Erfüllung der spezifischen Aufgaben auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Sie bezieht sich hauptsächlich auf folgende Maßnahmen: — Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der Richtlinien zur Festlegung und Fortschreibung der Grundnormen unter Berücksichtigung der Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnisse (Artikel 30 bis 33 des Vertrags), — innergemeinschaftliche Übermittlung von Angaben über Pläne zur Ableitung radioaktiver Stoffe (Artikel 37), — Überwachung der Radioaktivität der Umwelt und andere Aufgaben (Artikel 35 und 36), — Ausbildungs- und Informationstätigkeiten. Für den Strahlenschutz soll ein Betrag von 1 150 000 ECU bereitgestellt werden. Aus diesen Mitteln werden die Tätigkeiten des Strahlenschutzes bei Kernkraftwerken und bei deren Stillegung, der Strahlenschutz der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Lagerung radioaktiver Abfallstoffe und die Gemeinschaftsinitiativen auf dem Gebiet der individuellen Dosimetrie, der kollektiven Dosimetrie und der Ortsdosimetrie gedeckt. Ferner sind die Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Strahlenschutz der Bevölkerung vor Verbrauchsgütern, die radioaktive Stoffe enthalten, Radiopharmazeutika, medizinischen Bestrahlungen und natürlicher Radioaktivität abgedeckt. Die Mittel decken außerdem die Kosten, die mit dem Problem der radioaktiven Verseuchung von Nahrungsmitteln und Viehfuttermitteln zusammenhängen, sowie die Kosten für den raschen Informationsaustausch im Fall einer strahlenbedingten Notsituation. Die Mittel sind des weiteren dafür bestimmt, Initiativen zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit beim Strahlenschutz und bei Hilfeleistungen nach nuklearen Unfällen und die Zusammenarbeit mit Drittländen zu finanzieren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-307	*(Fortsetzung)*						
B4-309	***Abschluß früherer Aktionen*** Getrennte Mittel	—	6 000 000	—	11 000 000	0,—	8 478 879,16

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-307	*(Fortsetzung)*

Nukleare Sicherheit

Entschließung des Rates vom 22. Juli 1975 über die technologischen Probleme der nuklearen Sicherheit (ABl. Nr. C 185 vom 14. 8. 1975, S. 1).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 22. Juli 1983 über die Rolle der Gemeinschaft im Bereich der Sicherheit von Kernenergieanlagen und des Gesundheitsschutzes des Bevölkerung (KOM(83) 472 endg.).

Entschließung des Rates vom 18. Juni 1992 über die technologischen Probleme der Sicherheit bei der Kernenergie (ABl. Nr. C 172 vom 8. 7. 1992, S. 2).

Durch diese Aktion, für die Mittel in Höhe von 1 850 000 ECU bereitgestellt werden, soll die Politik der Kommission im Bereich der nuklearen Sicherheit, der Sicherheit erprobter Reaktoren, der Sicherheit von Reaktoren künftiger Generationen und der Sicherheit der Anlagen des Brennstoffkreislaufs unterstützt werden.

Insbesondere sollen die Praktiken, Kriterien und Sicherheitsvorschriften auf europäischer Ebene harmonisiert und eine Strategie für eine Behandlung der radioaktiven Abfälle entsprechend den Entschließungen des Rates vom 22. Juli 1975 und vom 15. und 18. Juni 1992 über die technologischen Probleme der nuklearen Sicherheit festgelegt werden.

Die Aktion erfordert besonders spezialisierte Untersuchungen, die an qualifizierte Sachverständige oder Einrichtungen auf diesem Gebiet vergeben werden.

Veranschlagt sind bei diesem Artikel ebenfalls die Finanzierung für die Anschaffung von für alle diese Tätigkeiten benötigten Ausrüstungen und Material, die Anschaffung von wissenschaftlichen Werken und Fachzeitschriften, Unterstützungszahlungen, technische Beurteilungen sowie die Kosten wissenschaftlicher und technischer Arbeiten, die bei der Durchführung und im Gefolge des Vertrages und der Rechtsakten anfallen, sowie die Ex-ante- und Ex-post-Evaluierungen dieser Aktionen.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	764 952	450 000	200 000	114 952		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 000 000	1 750 000	900 000	800 000	400 000	150 000
Mittel 1996	3 000 000		600 000	1 000 000	900 000	500 000
Insgesamt	7 764 952	2 200 000	1 700 000	1 914 952	1 300 000	650 000

B4-309

Entscheidung 85/338/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Annahme des Arbeitsprogramms der Kommission für ein Versuchsvorhaben für die Zusammenstellung, Koordinierung und Abstimmung der Informationen über den Zustand der Umwelt und der natürlichen Ressourcen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 176 vom 6. 7. 1985, S. 14), geändert durch die Entscheidung 90/150/EWG (ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1990, S. 38).

Verordnung (EWG) Nr. 2242/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über gemeinschaftliche Umweltaktionen (ABl. Nr. L 207 vom 29. 7. 1987, S. 8), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e).

Verordnung (EWG) Nr. 563/91 des Rates vom 4. März 1991 über eine Gemeinschaftsaktion zum Schutz der Umwelt im Mittelmeerraum (MEDSPA) (ABl. Nr. L 63 vom 9. 3. 1991, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3907/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 über gemeinschaftliche Aktionen zum Naturschutz (GANAT) (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1991, S. 17).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 9	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	28 900 000	30 100 000	28 900 000	35 150 000	21 911 278,94	26 879 008,45
	KAPITEL B4-3 0 INSGESAMT	28 900 000	30 100 000	28 900 000	35 150 000	21 911 278,94	26 879 008,45
	KAPITEL B4-3 1						
B4-3 1 0	***Europäische Umweltagentur***						
B4-3 1 0 1	Zuschüsse an die Europäische Umweltagentur Getrennte Mittel	13 000 000 (1)	13 500 000 (1)	9 788 000 (2)	9 919 000 (2)	10 255 200,—	11 535 095,99

(1) Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-31 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR

Artikel Posten	Erläuterungen

B4-309 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 3908/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 über eine Gemeinschaftsaktion zum Schutz der Umwelt in den Küstenregionen und Küstengewässern der Irischen See, der Nordsee, des Ärmelkanals, der Ostsee und des Nordost-Atlantiks (NORSPA) (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1991, S. 28).

Diese Mittel sind zur Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen bestimmt.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	27 613 051	11 000 000	6 000 000	5 000 000	3 500 000	2 113 051
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	27 613 051	11 000 000	6 000 000	5 000 000	3 500 000	2 113 051

B4-310

B4-3101 Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltüberwachungs- und Informationsnetzes (ABl. Nr. L 120 vom 11. 5. 1990, S. 1).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen in Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 1 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 1 0	*(Fortsetzung)*
B4-3 1 0 1	*(Fortsetzung)*

Einvernehmlicher Beschluß vom 29. Oktober 1993 der auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Festlegung des Sitzes bestimmer Einrichtungen und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften sowie Europol (ABl. Nr. C 323 vom 30. 11. 1993, S. 1).

Die Europäische Umweltagentur soll der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten objektive, zuverlässige und vergleichbare Informationen über alle Länder der Gemeinschaft liefern, aufgrund deren sie die zur Orientierung und Durchführung der Umweltpolitik erforderlichen Maßnahmen treffen können.

Diese Mittel decken einen Zuschuß an die Agentur für:

— die Schaffung und den Betrieb der Europäischen Umweltagentur sowie einer Kontaktstelle für die Benutzer, die die Verbindung zu den Institutionen der Gemeinschaft herstellt und diesen die Informationen übermittelt,

— den Betrieb des Netzes.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 184 171	131 000	500 000	553 171		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	11 788 000 (1)	11 788 000				
Mittel 1996	14 500 000 (2)		14 500 000			
Insgesamt	27 472 171	11 919 000 (1)	15 000 000 (2)	553 171		

(1) Davon werden 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon werden 1 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Zu den in diesen Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—" an Verpflichtungen,

— „—" an Zahlungen.

Diese Beträge, zur Information, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 1 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 1 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-3 1 0 insgesamt	13 000 000	13 500 000	9 788 000	9 919 000	10 255 200,—	11 535 095,99
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	13 000 000	13 500 000	9 788 000	9 919 000	10 255 200,—	11 535 095,99
	KAPITEL B4-3 1 INSGESAMT	13 000 000	13 500 000	9 788 000	9 919 000	10 255 200,—	11 535 095,99
	KAPITEL B4-3 2						
B4-3 2 0	**LIFE *(Umweltfinanzierungsinstrument) — Maßnahmen im Gebiet der Gemeinschaft***						
B4-3 2 0 0	LIFE II (Umweltfinanzierungsinstrument) — Maßnahmen im Gebiet der Gemeinschaft — Abschnitt I: Naturschutz						
	Getrennte Mittel	45 000 000	10 700 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 1 0	*(Fortsetzung)*
B4-3 1 0 1	*(Fortsetzung)* vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, führen zur Bereitstellung der entsprechenden Mittel und zur Ausführung im Rahmen der Anlage III, die Bestandteil des Haushaltsplans ist.
B4-3 2 0	
B4-3 2 0 0	*Neuer Posten* Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Mai 1995, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. C 184 vom 18. 7. 1995, S. 12). Das Umweltfinanzierungsinstrument (LIFE II) hat die allgemeine Zielsetzung, zur Durchführung der gemeinschaftlichen Politik und der Rechtsvorschriften für den Umweltbereich beizutragen. Mit diesen Mitteln werden die finanziellen Beiträge zu spezifischen Aktionen im Bereich des Habitat- und des Artenschutzes gedeckt. Die Mittel dienen außerdem zur Finanzierung von Zentren für den Schutz natürlicher Lebensräume und von Feuchtbiotopen im Mittelmeerraum sowie der in Artikel 2 Absatz 3 der genannten Verordnung definierten Begleitmaßnahmen. Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992). Die Mittel für LIFE II, die für Aktionen betreffend Umweltschutzprojekte (Abschnitt II) verwendet werden, werden in den Posten B4-3 2 0 1 eingesetzt, und die Mittel für Aktionen außerhalb des Gebiets der Gemeinschaft in den Artikel B7-8 1 0.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 2 0 1	LIFE II (Umweltfinanzierungsinstrument) — Maßnahmen im Gebiet der Gemeinschaft — Abschnitt II: Umweltschutz						
	Getrennte Mittel	45 000 000	10 700 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*
B4-3 2 0 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 45 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	45 000 000		10 700 000	9 000 000	9 500 000	15 800 000
Insgesamt	45 000 000		10 700 000	9 000 000	9 500 000	15 800 000

B4-3 2 0 1 *Neuer Posten*

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Mai 1995, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. C 184 vom 18. 7. 1995, S. 12).

Das Umweltfinanzierungsinstrument (LIFE II) hat die allgemeine Zielsetzung, zur Durchführung der gemeinschaftlichen Politik und der Rechtsvorschriften im Umweltbereich beizutragen.

Mit diesen Mitteln werden die finanziellen Beiträge zu spezifischen Aktionen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1.2 der Verordnung gedeckt.

Die Mittel dienen außerdem zur Finanzierung der in Artikel 2 Absatz 3 der genannten Verordnung definierten Begleitmaßnahmen.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die Mittel für LIFE II, die für Aktionen betreffend Naturschutzprojekte (Abschnitt I) verwendet werden, werden in den Posten B4-3 2 0 0 eingesetzt, und die Mittel für Aktionen außerhalb des Gebiets der Gemeinschaft in den Artikel B7-8 1 0.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B4-3 2 0 2	LIFE (Umweltfinanzierungsinstrument) — Maßnahmen im Gebiet der Gemeinschaft — Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Bewertung des Umweltfinanzierungsinstruments Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*
B4-3 2 0 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 45 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	45 000 000		10 700 000	9 000 000	9 500 000	15 800 000
Insgesamt	45 000 000		10 700 000	9 000 000	9 500 000	15 800 000

B4-3 2 0 2 *Neuer Posten*

Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 des Rates vom 21. Mai 1992 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. L 206 vom 22. 7. 1992, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Mai 1995, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. C 184 vom 18. 7. 1995, S. 12).

Diese Mittel sind für die Vorbereitung, Begleitung und Bewertung der Vorhaben und Maßnahmen im Rahmen der Posten B4-3 2 0 0 und B4-3 2 0 1 und des Artikels B7- 8 1 0 bestimmt.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 2 0 9	Abschluß des Finanzierungsinstruments LIFE I (1991-1995) — Maßnahmen im Gebiet der Gemeinschaft — Abschnitt I (Naturschutz) und Abschnitt II (Umweltschutz) Getrennte Mittel	p.m.	54 000 000	97 000 000	66 000 000	95 498 696,37	29 740 683,70
	Artikel B4-3 2 0 insgesamt	90 000 000	75 400 000	97 000 000	66 000 000	95 498 696,37	29 740 683,70
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	90 000 000	75 400 000	97 000 000	66 000 000	95 498 696,37	29 740 683,70
	KAPITEL B4-3 2 INSGESAMT	90 000 000	75 400 000	97 000 000	66 000 000	95 498 696,37	29 740 683,70

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — UMWELTFINANZIERUNGSINSTRUMENT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*
B4-3 2 0 9	*Vormals Artikel B4-3 2 0 und B4-3 5 0*

Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 des Rates vom 21. Mai 1992 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. L 206 vom 22. 7. 1992, S. 1).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen im Rahmen der allgemeinen Zielsetzung der Aktion LIFE I, d.h. zur Durchführung der gemeinschaftlichen Politik und der Rechtsvorschriften im Umweltbereich, und sollen finanzielle Beiträge zu spezifischen Aktionen (gemäß dem Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 1973/92) sowie die Ex-ante- und Ex-post-Bewertung dieser Aktionen decken.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels dieser Aktionen dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	155 486 060	57 750 000	34 200 000	30 000 000	15 000 000	18 536 060
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	97 000 000	39 000 000	19 800 000	15 000 000	10 000 000	13 200 000
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	252 486 060	96 750 000 (1)	54 000 000	45 000 000	25 000 000	31 736 060

(1) Einschließlich 30 750 000 ECU aus 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 3 — KATASTROPHENSCHUTZ

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-3 3						
B4-3 3 0	***Katastrophenschutz***						
B4-3 3 0 0	Gemeinschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und der Umweltkatastrophen Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 500 000	1 800 000	1 499 996,82	1 360 220,38

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-33 — KATASTROPHENSCHUTZ

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-330	
B4-3300	Entscheidung 86/85/EWG des Rates vom 6. März 1986 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Informationssystems zur Überwachung und Verringerung der Meeresverschmutzung durch Öl und andere gefährliche Stoffe (ABl. Nr. L 77 vom 22. 3. 1986, S. 33), zuletzt geändert durch die Entscheidung 88/346/EWG (ABl. Nr. L 158 vom 25. 6. 1988, S. 32). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 25. Juni 1987 über die Einführung einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes (ABl. Nr. C 176 vom 4. 7. 1987, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 13. Februar 1989 zu den neuen Entwicklungen der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes (ABl. Nr. C 44 vom 23. 2. 1989, S. 3). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 23. November 1990 zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz (ABl. Nr. C 315 vom 14. 12. 1990, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 23. November 1990 zur Verbesserung der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen Mitgliedstaaten bei Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachten Katastrophen (ABl. Nr. C 315 vom 14. 12. 1990, S. 3). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1991 zur Verbesserung der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen Mitgliedstaaten bei natur- oder technologiebedingten Katastrophen (ABl. Nr. C 198 vom 27. 7. 1991, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 31. Oktober 1994 zum Ausbau der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes (ABl. Nr. C 313 vom 10. 11. 1994, S. 1). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. Mai 1995, über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft für den Katastrophenschutz (ABl. Nr. C 142 vom 8. 6. 1995, S. 19). Dieser Posten ist für die Zusammenarbeit auf Gemeinschaftsebene im Bereich des Katastrophenschutzes, einschließlich Umweltkatastrophen, sowie für die Vorarbeiten und die Bekämpfung dieser Katastrophen bestimmt. Er deckt auch die Ausgaben für die Vernetzung der zuständigen Dienste innerhalb der Europäischen Union, die Finanzierung von Ausbildungsmaßnahmen, den Austausch von Sachverständigen, Simulationsübungen, Maßnahmen zur Sensibilisierung, Information und Aufklärung der Öffentlichkeit, flankierende Maßnahmen, Finanzbeiträge zu spezifischen Pilotprojekten, beschreibende Analysen sowie die Ex-ante- und die Ex-post-Bewertung dieser Aktionen. Diese Mittel decken ferner die Kosten für die gemeinschaftliche Task Force Meeresverschmutzung, einschließlich. Simulationsübungen, und Kosten für die Kooperationsbeauftragten im Bereich Katastrophenschutz oder für gemeinschaftliche Sachverständige für Umweltkatastrophen (auch außerhalb des Gebietes der Gemeinschaft), sowie für den ständigen Bereitschaftsdienst. Der Posten deckt außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 3 — KATASTROPHENSCHUTZ *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 3 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 3 0 0	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-3 3 0 insgesamt	p.m.	p.m.	1 500 000	1 800 000	1 499 996,82	1 360 220,38
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	1 500 000	1 800 000	1 499 996,82	1 360 220,38
	KAPITEL B4-3 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	1 500 000	1 800 000	1 499 996,82	1 360 220,38

KOMMISSION
Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-33 — KATASTROPHENSCHUTZ *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-330	*(Fortsetzung)*
B4-3300	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 689 146	1 300 000		389 146		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 500 000	500 000		1 000 000		
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	3 189 146	1 800 000	p.m.	1 389 146		

Die Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen und Filmen können gemäß Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe b) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 4 — SOFORTHILFEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-3 4						
B4-3 4 0	***Soforthilfen***						
B4-3 4 0 0	Soforthilfe für die von Katastrophen heimgesuchte Bevölkerung der Gemeinschaft Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	5 000 000	5 000 000	10 200 000,—	10 200 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-34 — SOFORTHILFEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-340	
B4-3400	Dieser mit einem „p.m." ausgestattete Posten ist dazu bestimmt, der von Katastrophen heimgesuchten Bevölkerung der Europäischen Union Soforthilfe zu leisten. Sie dienen auch zur Deckung der Kosten für die Bewertung der Gemeinschaftsaktionen. Ebenfalls bei diesem Posten eingesetzt sind die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 4 — SOFORTHILFEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 4 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 4 0 0	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-3 4 0 insgesamt	p.m.	p.m.	5 000 000	5 000 000	10 200 000,—	10 200 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	5 000 000	5 000 000	10 200 000,—	10 200 000,—
	KAPITEL B4-3 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	5 000 000	5 000 000	10 200 000,—	10 200 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	131 900 000	119 000 000	142 188 000	117 869 000	139 365 172,13	79 715 008,52
	Titel B4-3 insgesamt	**131 900 000**	**119 000 000**	**142 188 000**	**117 869 000**	**139 365 172,13**	**79 715 008,52**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	212 970 000	191 020 000	224 388 000	194 069 000	185 762 290,78	126 427 439,91
	Teileinzelplan B4 insgesamt	**212 970 000**	**191 020 000**	**224 388 000**	**194 069 000**	**185 762 290,78**	**126 427 439,91**

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 4 — SOFORTHILFEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 4 0	*(Fortsetzung)*
B4-3 4 0 0	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	5 000 000				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	5 000 000	5 000 000	p.m.			

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B5

VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TRANSEUROPÄISCHE NETZE

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1	**VERBRAUCHERSCHUTZ**						
B5-1 0	VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN	12 550 000	11 750 000	16 150 000	15 710 000	15 088 983,—	13 979 175,69
	Titel B5-1 insgesamt	**12 550 000**	**11 750 000**	**16 150 000**	**15 710 000**	**15 088 983,—**	**13 979 175,69**
B5-2	**HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU**						
B5-2 0	ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN	4 775 000	4 775 000	6 775 000	6 775 000	9 597 444,16	9 566 604,23
	Titel B5-2 insgesamt	**4 775 000**	**4 775 000**	**6 775 000**	**6 775 000**	**9 597 444,16**	**9 566 604,23**
B5-3	**BINNENMARKT**						
B5-3 0	AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES	119 780 000	111 010 000	111 830 000	105 930 000	93 218 471,—	72 082 034,—
B5-3 2	UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK	96 650 000	94 950 000	54 950 000	46 565 000	102 228 715,—	91 667 102,—
B5-3 3	AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK	500 000	500 000	500 000	500 000	25 756,—	550 000,—
	Titel B5-3 insgesamt	**216 930 000**	**206 460 000**	**167 280 000**	**152 995 000**	**195 472 942,—**	**164 299 136,—**
B5-4	**INDUSTRIE**						
B5-4 0	MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG	22 500 000	26 800 000	33 100 000	34 030 000	31 308 423,—	25 731 962,—
B5-4 1	MASSNAHMEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH	7 150 000	5 750 000	7 200 000	5 852 000	6 900 274,—	5 056 444,—
B5-4 2	MASSNAHMEN ZUR MODERNISIERUNG UND VERBESSERUNG DER AGRAR- UND INDUSTRIESTRUKTUR	84 000 000	68 392 000	80 000 000	42 800 000	2 000 000,—	41 944,—
	Titel B5-4 insgesamt	**113 650 000**	**100 942 000**	**120 300 000**	**82 682 000**	**40 208 697,—**	**30 830 350,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-5	**INFORMATIONSMARKT**						
B5-5 0	INFORMATIONSMARKT	p.m.	5 800 000	13 930 000	14 050 000	14 227 076,—	12 606 469,—
	Titel B5-5 insgesamt	**p.m.**	**5 800 000**	**13 930 000**	**14 050 000**	**14 227 076,—**	**12 606 469,—**
B5-6	**STATISTISCHE INFORMATIONEN**						
B5-6 0	POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT	35 900 000	32 550 000	37 000 000	32 700 000	39 705 134,—	30 555 623,—
	Titel B5-6 insgesamt	**35 900 000**	**32 550 000**	**37 000 000**	**32 700 000**	**39 705 134,—**	**30 555 623,—**
B5-7	**TRANSEUROPÄISCHE NETZE**						
B5-7 0	VERKEHRSNETZE	210 000 000	135 000 000	240 000 000	157 800 000	200 000 000,—	119 970 913,—
B5-7 1	INFRASTRUKTURNETZE IM ENERGIEBEREICH	12 000 000	5 300 000	16 000 000	5 300 000	0,—	0,—
B5-7 2	INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH	72 000 000	50 200 000	80 000 000	58 400 000	61 908 939,—	29 355 469,—
B5-7 3	EUROPÄISCHER INVESTITIONSFONDS	30 000 000	30 000 000	20 000 000	20 000 000	30 000 000,—	30 000 000,—
	Titel B5-7 insgesamt	**324 000 000**	**220 500 000**	**356 000 000**	**241 500 000**	**291 908 939,—**	**179 326 382,—**
B5-8	**ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES**						
B5-8 0	ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES	3 750 000	6 350 000	2 700 000	1 600 000	0,—	0,—
	Titel B5-8 insgesamt	**3 750 000**	**6 350 000**	**2 700 000**	**1 600 000**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-9	**BETRUGSBEKÄMPFUNG**						
B5-9 1	ALLGEMEINE MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG	4 175 000	4 025 000	p.m.	p.m.	637 038,—	209 891,—
	Titel B5-9 insgesamt	**4 175 000**	**4 025 000**	**p.m.**	**p.m.**	**637 038,—**	**209 891,—**
	Teileinzelplan B5 insgesamt	**715 730 000**	**593 152 000**	**720 135 000**	**548 012 000**	**606 846 253,16**	**441 373 630,92**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-1

VERBRAUCHERSCHUTZ

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-1 0						
B5-1 0 0	***Vertretung der Verbraucher, Aktionen und Zugang zum Recht*** Getrennte Mittel	3 650 000 (1)	3 650 000 (1)	4 550 000 (2)	4 510 000 (2)	5 143 541,—	4 666 949,—

(1) Mittel in Höhe von 2 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Mittel in Höhe von 1 100 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-1

VERBRAUCHERSCHUTZ

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-1 0 0	*Vormals Artikel B5-1 0 0 und B5-1 0 1* Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 129 a Absatz 1, durch den dem Verbraucherschutz eine neue Dimension verliehen wird. Entschließung des Rates vom 14. April 1975 betreffend ein erstes Programm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher (ABl. Nr. C 92 vom 25. 4. 1975, S. 1), insbesondere die Ziffern 39, 43 und 47. Entschließung des Rates vom 19. Mai 1981 betreffend ein zweites Programm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher (ABl. Nr. C 133 vom 3. 6. 1981, S. 1), insbesondere die Ziffern 38, 40, 45 und 49. Entschließung des Rates vom 23. Juni 1986 betreffend künftige Ausrichtungen der Politik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Schutz und zur Förderung der Interessen der Verbraucher (ABl. Nr. C 167 vom 5. 7. 1986, S. 1). Entschließung des Rates vom 25. Juni 1987 über den Zugang der Verbraucher zum Recht (ABl. Nr. C 176 vom 4. 7. 1987, S. 2). Entschließung des Rates vom 4. November 1988 über die Verbesserung der Verbraucherbeteiligung bei der Normung (ABl. Nr. C 293 vom 17. 11. 1988, S. 1). Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über zukünftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1). Beschluß 90/55/EWG der Kommission vom 17. Dezember 1989 zur Einsetzung eines Beratenden Verbraucherrates (ABl. Nr. L 38 vom 10. 2. 1990, S. 40), zuletzt geändert durch den Beschluß 95/13/EG (ABl. Nr. L 21 vom 28. 1. 1995, S. 17). Entschließung des Rates vom 13. Juli 1992 über künftige Prioritäten für den Ausbau der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 186 vom 23. 7. 1992, S. 1). Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (ABl. Nr. L 95 vom 21. 4. 1993, S. 29). Grünbuch, von der Kommission vorgelegt am 16. November 1993, über den Zugang der Verbraucher zum Recht und die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten der Verbraucher im Binnenmarkt (KOM(93) 576 endg.). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 22. Dezember 1993 „Die optimale Gestaltung des Binnenmarkts — Strategisches Programm“ (KOM(93) 632 endg.). Arbeitsprogramm der Kommission für 1995 vom 8. Februar 1995 (KOM(95) 26 endg. und SEK (95) 244). Diese Mittel sind zur Deckung der Mitfinanzierung von Maßnahmen zugunsten der Verbraucher (Sensibilisierungsmaßnahmen) bestimmt sowie von Voruntersuchungen, Durchführbarkeits- und Beurteilungsstudien sowie Kommunikations- und Pilotprojekten mit dem Ziel, den Zugang der Verbraucher zum Recht, die Verbraucherberatung und die Beilegung internationaler Streitfälle zu verbessern und dazu beizutragen, daß die Verbraucherpolitik Bestandteil der übrigen Gemeinschaftspolitik wird. Mit diesen Mitteln soll außerdem die Finanzierung der Zuschüsse an die Verbrauchervereinigungen für folgendes abgedeckt werden: — Verbesserung der Strukturen und der Führung der Verbrauchervereinigungen, um sie bei der Verwirklichung ihrer europäischen Funktion zu unterstützen; — Vertretung der Verbraucher bei den europäischen Normungsarbeiten, insbesondere im Rahmen von CEN und CENELEC; — Ausweitung der Vertretung der Verbraucher in den südeuropäischen Mitgliedstaaten und in Irland, einschließlich Unterrichtung und Unterstützung der Verbraucher. Dieser Artikel deckt auch die Finanzierung der Aktionen, die in Zusammenarbeit mit den in Fragen des Verbraucherschutzes zuständigen internationalen Organisationen durchgeführt wurden, insbesondere die Umsetzung der Leitprinzipien für den Verbraucherschutz der Vereinten Nationen und der Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ebenso wie die Nichtregierungsorganisationen, die sich um den Verbraucherschutz in den Entwicklungsländern kümmern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B5-1 0 2	***Information der Verbraucher*** Getrennte Mittel	4 000 000 (1)	3 000 000 (2)	6 700 000 (1)	6 200 000 (1)	5 300 000,—	5 339 461,69

(1) Mittel in Höhe von 4 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 3 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-1 0 0 *(Fortsetzung)*

Bedingung für die Freigabe der Mittel aus der Reserve ist die Vorlage eines Tätigkeitsprogramms, das dem Europäischen Parlament bis zum 1. Februar 1996 zu übermitteln ist, und dessen Zustimmung dazu.

Diese Mittel dienen auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktion oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 650 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 197 180	3 197 180				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 650 000 (1)	2 412 820	3 237 180			
Mittel 1996	6 150 000 (2)		2 912 820	3 237 180		
Insgesamt	14 997 180	5 610 000 (1)	6 150 000 (2)	3 237 180		

(1) Davon sind 1 100 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 2 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B5-1 0 2 *Vormals Artikel B5-1 0 2 und B5-1 0 3*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 129 a Absatz 1.

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 9. Juni 1986 über die Verbrauchererziehung in Primar- und Sekundarschulen (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 21).

Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1).

Entschließung des Rates vom 13. Juli 1992 über künftige Prioritäten für den Ausbau der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 186 vom 23. 7. 1992, S. 1).

Arbeitsprogramm der Kommission für 1995 vom 8. Februar 1995 (KOM(95) 26 endg. und SEK (95) 244).

Richtlinien und andere Rechtsakte des Rates und der Kommission betreffend die Sicherheit, die Gesundheit und den Schutz der Rechtsinteressen der Verbraucher.

Diese Mittel sind für die Finanzierung nachstehender Maßnahmen bestimmt:

— bessere Unterrichtung der Verbraucher, auch durch bessere Möglichkeiten der Informationsverbreitung (z.B. grenzüberschreitende Informationszentren, Presse, Funk und Fernsehen, informative Etikettierung);

— Fortsetzung der Informationsaktionen zur Unterrichtung der Verbraucher über die Öffnung der Grenzen;

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-1 0 5	***Qualität, Sicherheit und Kontrollen: Waren und Dienstleistungen***						
	Getrennte Mittel	4 900 000 (1)	5 100 000 (1)	4 900 000	5 000 000	4 645 442,—	3 972 765,—

(1) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-1 0 2	*(Fortsetzung)*

— Förderung vergleichender gemeinschaftsweiter Untersuchungen von Konsumgütern und Dienstleistungen und bessere Verbreitung der Ergebnisse;

— Stimulierung der Verbraucherbildung (Kinder und Erwachsene);

— Sensibilisierung der Verbraucher für die Errichtung des Marktes ohne Binnengrenzen durch eine Werbekampagne, in deren Vordergrund eine begrenzte Zahl von Themen im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsrecht zum Verbraucherschutz steht.

Die Mittel sollen daher Ausgaben für vorherige Anhörungen und Studien, Pilotprojekte, Subventionen, Beteiligungen, Herstellung oder Entwicklung von Informations-, Sensibilisierungs- und Ausbildungsmaterial (gedrucktes Material, audio-visuelles Material, EDV-Material), z.B. Bulletins, Verzeichnisse, Broschüren, Videos, Software, sowie für Umfragen, Sammlung und Verbreitung von Informationen, Ausrichtung von Wettbewerben (und Preise), Ausstellungen, Ausgaben für Planung, Entwicklung und Durchführung einer Werbekampagne, Auswertungsarbeiten usw. abdecken.

Bedingung für die Freigabe der Mittel aus der Reserve ist die Vorlage eines Tätigkeitsprogramms, das dem Europäischen Parlament bis zum 1. Februar 1996 zu übermitteln ist, und dessen Zustimmung dazu.

Ebenfalls in diesem Artikel eingesetzt sind die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 104 152	4 104 152				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 700 000 (1)	6 095 848	4 604 152			
Mittel 1996	8 000 000 (1)		1 395 848	6 604 152		
Insgesamt	22 804 152	10 200 000 (1)	6 000 000 (2)	6 604 152		

(1) Davon sind 4 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 3 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Die Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen sind gemäß Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe b) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

B5-1 0 5

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 129 a Absatz 1.

Eine Vielzahl von Richtlinien und Verordnungen zum Thema Qualität, Sicherheit und Kontrollen für Waren und Dienstleistungen.

Arbeitsprogramm der Kommission für 1995 vom 8. Februar 1995 (KOM(95) 26 endg. und SEK(95) 244).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1 0 5	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-1 0 5	*(Fortsetzung)* *Qualität und Sicherheit für Waren und Dienstleistungen* Richtlinie 87/357/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Erzeugnisse, deren tatsächliche Beschaffenheit nicht erkennbar ist und die die Gesundheit oder die Sicherheit der Verbraucher gefährden (ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1987, S. 49). Richtlinie 92/59/EWG des Rates vom 29. Juni 1992 über die allgemeine Produktsicherheit (ABl. Nr. L 228 vom 11. 8. 1992, S. 24). Entscheidung Nr. 3092/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Dezember 1994 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Informationssystems über Haus- und Freizeitunfälle (ABl. Nr. L 331 vom 21. 12. 1994, S. 1), geändert durch die Entscheidung 95/184/EG des Rates (ABl. Nr. L 120 vom 31. 5. 1995, S. 36). *Kontrollen für Waren und Dienstleistungen* Richtlinie 81/602/EWG des Rates vom 31. Juli 1981 über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 222 vom 7. 8. 1981, S. 32). Richtlinie 85/358/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 zur Ergänzung der Richtlinie 81/602/EWG über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 191 vom 23. 7. 1985, S. 46). Richtlinie 85/649/EWG des Rates vom 31. Dezember 1985 zum Verbot des Gebrauchs von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung im Tierbereich (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1985, S. 228). Richtlinie 86/469/EWG des Rates vom 16. September 1986 über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände (ABl. Nr. L 275 vom 26. 9. 1986, S. 36). Entscheidung 87/410/EWG der Kommission vom 14. Juli 1987 zur Festlegung der Analyseverfahren zum Nachweis von Rückständen von Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 223 vom 11. 8. 1987, S. 18). Entscheidung 87/561/EWG des Rates vom 18. November 1987 mit Übergangsmaßnahmen bezüglich des Verbots der Verabfolgung bestimmter Stoffe mit hormonaler Wirkung an Nutztiere (ABl. Nr. L 339 vom 1. 12. 1987, S. 70). Richtlinie 88/146/EWG des Rates vom 7. März 1988 zum Verbot des Gebrauchs von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung im Tierbereich (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1988, S. 16). Richtlinie 88/299/EWG des Rates vom 17. Mai 1988 über den Handel mit in Artikel 7 der Richtlinie 88/146/EWG genannten Tieren, die mit bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung behandelt wurden, sowie mit deren Fleisch (ABl. Nr. L 128 vom 21. 5. 1988, S. 36). Bericht des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments vom 29. März 1989 zu den Qualitätsproblemen in der Tiermast (A2-0011/89). Richtlinie 89/397/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 über die amtliche Lebensmittelüberwachung (ABl. Nr. L 186 vom 30. 6. 1989, S. 23). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Richtlinie 93/5/EWG des Rates vom 25. Februar 1993 über die Unterstützung der Kommission und die Mitwirkung der Mitgliedstaaten bei der wissenschaftlichen Prüfung von Lebensmittelfragen (ABl. Nr. L 52 vom 4. 3. 1993, S. 18). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 14. Oktober 1993, über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von Beta-Agonisten in der tierischen Erzeugung (ABl. Nr. C 302 vom 9. 11. 1993, S. 8), geändert am 8. Juli 1994 (ABl. Nr. C 222 vom 10. 8. 1994, S. 16). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 14. Oktober 1993, über die Kontrollmaßnahmen hinsichtlich bestimmter Stoffe und ihrer Rückstände in lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. Nr. C 302 vom 9. 11. 1993, S. 12), geändert am 8. Juli 1994 (ABl. Nr. C 222 vom 10. 8. 1994, S. 17). Richtlinie 93/99/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 über zusätzliche Maßnahmen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung (ABl. Nr. L 290 vom 24. 11. 1993, S. 14). Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung von: — Maßnahmen der Gemeinschaft und Unterstützung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der technischen Überwachung, z.B. Informationssysteme über Gefahrenquellen und Regelverstöße, Gutachten, Forschungsarbeit, Unfallstatistik, Evaluierung der Arbeit der Gewerbeaufsicht, Entwicklung besserer Prüf- und Evaluierungsverfahren für Konformitätskontrollen (Waren und Dienstleistungen), Unfallverhütung, Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten, insbesondere durch die Schaffung von Netzen, die mit den geeigneten technischen Hilfsmitteln ausgestattet sind, notwendige Evaluierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit und Qualität von Dienstleistungen;

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1 0 5	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	12 550 000	11 750 000	16 150 000	15 710 000	15 088 983,—	13 979 175,69
	KAPITEL B5-1 0 INSGESAMT	12 550 000	11 750 000	16 150 000	15 710 000	15 088 983,—	13 979 175,69
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	12 550 000	11 750 000	16 150 000	15 710 000	15 088 983,—	13 979 175,69
	Titel B5-1 insgesamt	**12 550 000**	**11 750 000**	**16 150 000**	**15 710 000**	**15 088 983,—**	**13 979 175,69**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-1 0 5	*(Fortsetzung)*

— Maßnahmen auf den Gebieten der Lebensmittelaufsicht in der Gemeinschaft, Qualitätskontrolle und Verbraucherschutz, insbesondere Koordinierung der Kontrollen in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, freier Zugang zu den nationalen Aufsichtsbehörden für den Verbraucher, Kontrollen durch und für den Verbraucher, auch Qualitätskontrollen;

— Maßnahmen zur Förderung eines umweltfreundlichen und umweltverträglichen Verbrauchs.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 900 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 473 052	3 473 052				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 900 000	2 276 948	2 623 052			
Mittel 1996	5 900 000 (1)		3 476 948	2 423 052		
Insgesamt	14 273 052	5 750 000 (2)	6 100 000 (1)	2 423 052		

(1) Davon ist 1 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Einschließlich 750 000 ECU aus 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-2

HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-2 0						
B5-2 0 0	***Jährliche Zinsvergünstigungen für die Sonderdarlehen für Italien aufgrund des Erdbebens vom November 1980***						
	Getrennte Mittel	1 600 000	1 600 000	3 400 000	3 400 000	6 350 956,08	6 320 116,15
B5-2 0 2	***Jährliche Zinsvergünstigungen für die Sonderdarlehen an Griechenland aufgrund der Erdbeben vom Februar und März 1981 und September 1986***						
	Getrennte Mittel	2 700 000	2 700 000	2 900 000	2 900 000	3 246 488,08	3 246 488,08

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-2

HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-2 0 0

Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21).

Eine Zinsvergünstigung von drei Prozentpunkten des Jahreszinses kann für höchstens zwölf Jahre bis zur Höchstgrenze von 1 Milliarde ECU Kapitalwert für Darlehen eingeräumt werden, die einerseits von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln und andererseits aus Mitteln des Neuen Gemeinschaftsinstruments zugunsten von Investitionsvorhaben in den vom Erdbeben des Monats November 1980 in Italien betroffenen Gebieten ausgezahlt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	(1)					
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 400 000	3 400 000				
Mittel 1996	1 600 000		1 600 000			
Insgesamt	5 000 000	3 400 000	1 600 000			

(1) Streichung von Verpflichtungen in Höhe von 30 840 ECU, die zum 1. Januar 1995 noch abzuwickeln waren.

B5-2 0 2

Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar/März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27).

Beschluß 88/561/EWG des Rates vom 7. November 1988 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zum Wiederaufbau der durch die Erdbeben im September 1986 zerstörten Gebiete in Griechenland (ABl. Nr. L 309 vom 15. 11. 1988, S. 32).

Dieser Artikel deckt für 1995 nur Zinszuschüsse im Zusammenhang mit dem Ratsbeschluß. Eine solche Zinsvergünstigung von drei Prozentpunkten des Jahreszinses kann für höchstens zwölf Jahre bis zur Höchstgrenze von 100 000 000 ECU Kapitalwert für Darlehen eingeräumt werden, die von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln zugunsten von Investitionsvorhaben in den von den Erdbeben vom September 1986 in Griechenland betroffenen Gebieten ausgezahlt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-2 0 2	***(Fortsetzung)***						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-2 0 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 700 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 900 000	2 900 000				
Mittel 1996	2 700 000		2 700 000			
Insgesamt	5 600 000	2 900 000	2 700 000			

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-2 0 3	***Jährliche Zinsvergünstigungen für die Sonderdarlehen für Portugal aufgrund des Wirbelsturms vom Oktober 1993 auf Madeira***						
	Getrennte Mittel	475 000	475 000	475 000	475 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	4 775 000	4 775 000	6 775 000	6 775 000	9 597 444,16	9 566 604,23
	KAPITEL B5-2 0 INSGESAMT	4 775 000	4 775 000	6 775 000	6 775 000	9 597 444,16	9 566 604,23
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	4 775 000	4 775 000	6 775 000	6 775 000	9 597 444,16	9 566 604,23
	Titel B5-2 insgesamt	**4 775 000**	**4 775 000**	**6 775 000**	**6 775 000**	**9 597 444,16**	**9 566 604,23**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-2 0 3	Beschluß 95/250/EG des Rates vom 29. Juni 1995 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zum Wiederaufbau der durch den Wirbelsturm im Oktober 1993 betroffenen Gebiete auf Madeira (ABl. Nr. L 159 vom 11. 7. 1995, S. 16). Eine Zinsvergünstigung von drei Prozentpunkten des Jahreszinses kann für höchstens zwölf Jahre bis zur Höchstgrenze von 15 850 000 ECU Kapitalwert für Darlehen eingeräumt werden, die die Europäische Investitionsbank für Investitionsvorhaben in den vom Wirbelsturm vom Oktober 1993 auf Madeira betroffenen Gebieten ausgezahlt hat. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 475 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	475 000	475 000				
Mittel 1996	475 000		475 000			
Insgesamt	950 000	475 000	475 000			

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-3

BINNENMARKT

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-3 0						
B5-3 0 0	***Strategieprogramm für den Binnenmarkt*** Getrennte Mittel	41 500 000	34 230 000	42 580 000	39 230 000	36 768 986,—	18 058 004,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-3

BINNENMARKT

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-300	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 8 a, 30 bis 36, 52 bis 66, 100, 100 a, 100 b, 113, 169 und 171. Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel K. Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern — Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/5/EG (ABl. Nr. L 60 vom 3. 3. 1994, S. 16). Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/400/EWG (ABl. Nr. L 221 vom 6. 8. 1992, S. 55). Verordnung (EWG) Nr. 3842/86 des Rates vom 1. Dezember 1986 über Maßnahmen zum Verbot der Überführung nachgeahmter Waren in den zollrechtlich freien Verkehr (ABl. Nr. L 357 vom 18. 12. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 218/92 des Rates vom 27. Januar 1992 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung (MwSt.) (ABl. Nr. L 24 vom 1. 2. 1992, S. 1). Richtlinie 92/12/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über das allgemeine System, den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren (ABl. Nr. L 76 vom 23. 3. 1992, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/108/EWG (ABl. Nr. L 390 vom 30. 12. 1992, S. 124). Entscheidung 92/481/EWG des Rates vom 22. September 1992 über einen Aktionsplan für den zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten vorzunehmenden Austausch nationaler Beamter, die mit der zur Verwirklichung des Binnenmarktes erforderlichen Durchführung des Gemeinschaftsrechts betraut sind (ABl. Nr. L 286 vom 1. 10. 1992, S. 65). Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1). Entscheidung 93/10/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1992 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zu der Entscheidung 92/481/EWG über einen Aktionsplan für den zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten vorzunehmenden Austausch nationaler Beamter, die mit der zur Verwirklichung des Binnenmarktes erforderlichen Durchführung des Gemeinschaftsrechts betraut sind (Programm KAROLUS) (ABl. Nr. L 8 vom 14. 1. 1993, S. 17), geändert durch die Entscheidung 94/818/EG (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 89). Entscheidung 93/11/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1992 zur Festlegung der vorrangigen Bereiche für den mit der Entscheidung 92/481/EWG beschlossenen Aktionsplan für den zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten vorzunehmenden Austausch nationaler Beamter, die mit der zur Verwirklichung des Binnenmarktes erforderlichen Durchführung des Gemeinschaftsrechts betraut sind (Programm KAROLUS) (ABl. Nr. L 8 vom 14. 1. 1993, S. 31). Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates vom 8. Februar 1993 über die Kontrolle der Übereinstimmung von aus Drittländern eingeführten Erzeugnissen mit den geltenden Produktsicherheitsvorschriften (ABl. Nr. L 40 vom 17. 2. 1993, S. 1). Entscheidung 95/28/EG der Kommission vom 10. Februar 1995 zur Festlegung der vorrangigen Bereiche für den mit der Entscheidung 92/481/EWG des Rates beschlossenen Aktionsplan für den zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten vorzunehmenden Austausch nationaler Beamter, die mit der zur Verwirklichung des Binnenmarktes erforderlichen Durchführung des Gemeinschaftsrechts betraut sind (Programm KAROLUS) (ABl. Nr. L 37 vom 17. 2. 1995, S. 39). Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1995, über die Annahme eines Aktionsprogramms für das gemeinschaftliche Zollwesen (ZOLL 2000) (ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 4), geändert am 6. Oktober 1995 (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 32). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 14/95, vom Rat festgelegt am 29. Juni 1995, im Hinblick auf den Erlaß einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Verfahrens der gegenseitigen Information über nationale Maßnahmen, die vom Grundsatz des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft abweichen (ABl. Nr. C 216 vom 21. 8. 1995, S. 41). Richtlinien des Rates zur Umsetzung des „neuen Konzepts" in den betreffenden Sektoren wie Bauprodukte, Sicherheit von Maschinen, persönliche Schutzausrüstungen usw. Richtlinien des Rates zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse in Bereichen, die nicht vom „neuen Konzept" erfaßt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 0 0	*(Fortsetzung)* Richtlinien des Rates zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse, zur Anerkennung von Befähigungsnachweisen, zur Öffnung des öffentlichen Auftragswesens, Entwicklung eines Marktes für Finanzleistungen, europäisches Gesellschaftsrecht, sowie zum geistigen und gewerblichen Eigentum. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Aktionen, die zum Funktionieren des Binnenmarktes beitragen: — Harmonisierung der Normen und Einführung eines Informationssystems auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften, — Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den Bereichen Lebensmittel, Arzneimittel, chemische Erzeugnisse, Sicherheit und Umweltqualität, — Förderung des Dienstleistungsmarktes, — Arbeiten im Bereich des geistigen Eigentums, — Durchführung einer audiovisuellen Politik, — Evaluierung der Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Wirtschaft, — Aufbau von Partnerschaften mit den Mitgliedstaaten, — Zuschüsse für Projekte von gemeinschaftlichem Interesse, die von Stellen außerhalb der Kommission ausgehen, — Freizügigkeit und Bürgerrechte, — Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, — globale Wirksamkeitsanalyse für die Binnenmarktmaßnahmen und Evaluierung der Wirkung des Binnenmarktes auf Unternehmen und Wirtschaft, — Verwirklichung des strategischen Binnenmarktprogramms, — Unterstützung der Zusammenarbeit aller an der Durchsetzung des Binnenmarktrechts beteiligten Behörden, — im Bereich der indirekten Besteuerung und des Zollwesens: — Finanzierung von Monitoring-Maßnahmen, Arbeitsgruppen, Pilotaktionen oder -versuchen und Seminaren mit Beamten der Zoll- und Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten und, je nach Thema, anderer zuständigen nationalen Verwaltungen, der Zoll- und Steuerverwaltungen dritter Länder und Vertretern externer Organe, — Finanzierung von Studien, Analysen oder Simulationen, — Finanzierung von Aktionen zur Beratung und technischen Unterstützung, — Verstärkung der Außengrenze durch die Entwicklung aufeinander abgestimmter Arbeitsmethoden. Diese Mittel sind ebenfalls zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit Maßnahmen bestimmt, die darauf abzielen, den Markt für Finanzdienste zu verstärken und zu erweitern, die Zusammenarbeit zwischen europäischen Unternehmen, insbesondere im Steuerbereich, zu fördern, die Koordinierung der Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts voranzutreiben und die Gründung von europäischen Aktiengesellschaften und europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigungen zu erleichtern. Die externen Aspekte der auf dem Gebiet der Finanzinstitutionen geltenden Richtlinien, die gegenseitige Anerkennung der Finanzinstrumente mit Drittländern, die internationalen Verhandlungen, die Unterstützung der Drittländer bei der Errichtung einer Marktwirtschaft und die Durchführung der gemeinschaftlichen und internationalen Vorschriften zur Verhinderung der Geldwäsche können ebenfalls Gegenstand von Ausgaben sein, die unter diesem Artikel verbucht werden. Außerdem sind diese Mittel für folgendes bestimmt: Verbesserung des Zahlungsverkehrs im Binnenmarkt, insbesondere zwischen Mitgliedstaaten und insbesondere in denjenigen, in denen diese Systeme unzureichend entwickelt sind, und Förderung der Verwendung des Ecu bei grenzüberschreitenden Transaktionen; Verringerung der Kosten und Fristen dieser Transaktionen unter Berücksichtigung der Dimension des Binnenmarktes, insbesondere im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion; Ausarbeitung der technischen Aspekte für die Durchführung eines Zahlungssystems bzw. von Zahlungssystemen auf der Grundlage der im Anschluß an die Mitteilungen der Kommission notwendigen Maßnahmen, durch Beteiligung an technologischen Forschungsvorhaben und Pilotvorhaben, Gewährung von Anlaufkrediten und Unterstützung bei der Entwicklung von Infrastrukturen. Dieser Artikel deckt außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 0	*(Fortsetzung)*						
B5-3 0 1	***Beitritt zum Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches (Europarat)***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	500 000	500 000	750 000,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-300 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 41 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	90 376 000	23 000 000	23 000 000	23 000 000	21 376 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	42 580 000	16 230 000	9 900 000	8 500 000	7 950 000	
Mittel 1996	41 500 000		1 330 000	15 000 000	15 000 000	10 170 000
Insgesamt	174 456 000	39 230 000	34 230 000	46 500 000	44 326 000	10 170 000

Die Einnahmen aus Gebühren für die Teilnahme an Konferenzen und den Verkauf von Veröffentlichungen, die mit Mitteln dieses Artikels veranstaltet bzw. herausgegeben werden, sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

B5-301 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 113.

Richtlinie 65/65/EWG des Rates vom 26. Januar 1965 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneimittel (ABl. Nr. 22 vom 9. 2. 1965, S. 369/65), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/39/EWG (ABl. Nr. L 214 vom 24. 8. 1993, S. 22).

Richtlinie 75/318/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die analytischen, toxikologisch-pharmakologischen und ärztlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Versuche mit Arzneimitteln (ABl. Nr. L 147 vom 9. 6. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/39/EWG (ABl. Nr. L 214 vom 24. 8. 1993, S. 22).

Zweite Richtlinie 75/319/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneispezialitäten (ABl. Nr. L 147 vom 9. 6. 1975, S. 13), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/39/EWG (ABl. Nr. L 214 vom 24. 8. 1993, S. 22).

Richtlinie 87/22/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der einzelstaatlichen Maßnahmen betreffend das Inverkehrbringen technologisch hochwertiger Arzneimittel, insbesondere aus der Biotechnologie (ABl. Nr. L 15 vom 17. 1. 1987, S. 38), ersetzt durch die Richtlinie 93/41/EWG (ABl. Nr. L 214 vom 24. 8. 1993, S. 40).

Richtlinie 89/342/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG und zur Festlegung zusätzlicher Vorschriften für aus Impfstoffen, Toxinen oder Seren und Allergenen bestehende immunologische Arzneimittel (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 14).

Richtlinie 89/343/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG zur Festlegung zusätzlicher Vorschriften für radioaktive Arzneimittel (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 16).

Richtlinie 89/381/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneispezialitäten und zur Festlegung besonderer Vorschriften für Arzneimittel aus menschlichem Blut oder Blutplasma (ABl. Nr. L 181 vom 28. 6. 1989, S. 44).

Richtlinie 91/507/EWG der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 75/318/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die analytischen, toxikologisch-pharmakologischen und ärztlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Versuche mit Arzneimitteln (ABl. Nr. L 270 vom 26. 9. 1991, S. 32).

Richtlinie 92/18/EWG der Kommission vom 20. März 1992 zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 81/852/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die analytischen, toxikologisch-pharmakologischen und tierärzlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Versuche mit Tierarzneimitteln (ABl. Nr. L 97 vom 10. 4. 1992, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B5-3 0 2	***Zuschuß an das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt*** Getrennte Mittel	14 580 000 (1)	14 580 000 (1)	8 100 000 (2)	8 100 000 (2)	2 102 000,—	2 100 408,—

(1) Mittel in Höhe von 1 620 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-3 0 1 *(Fortsetzung)*

Beschluß 94/358/EG des Rates vom 16. Juni 1994 über die Annahme der Vereinbarung über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneimittelbuches durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. Nr. L 158 vom 25. 6. 1994, S. 17).

Dieser Artikel ist für die Einsetzung von Mitteln bestimmt, die den Beitrag der Gemeinschaft anstelle der Mitgliedstaaten zu den Verwaltungsausgaben des Europäischen Arzneibuches decken sollen.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	750 000	750 000				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	500 000	500 000				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	1 250 000	1 250 000 (1)	p.m.			

(1) Einschließlich 750 000 ECU aus 1994.

B5-3 0 2 Einvernehmlicher Beschluß vom 29. Oktober 1993 der auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Festlegung des Sitzes bestimmter Einrichtungen und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. C 323 vom 30. 11. 1993, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates vom 20. Dezember 1993 über die Gemeinschaftsmarke (ABl. Nr. L 11 vom 14. 1. 1994, S. 1).

Die Mittel dienen der Deckung der Anlaufkosten des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt mittels eines Zuschusses zum Haushaltsausgleich.

Da das Amt am 1. Januar 1996 den ersten Antrag auf Eintragung von Gemeinschaftsmarken entgegennehmen wird, dienen diese Mittel zugleich der Deckung der eigentlichen Betriebsaufwendungen des Amtes durch einen Zuschuß zum Haushaltsausgleich.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-3 0 4	***Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren für öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge***						
	Getrennte Mittel	49 500 000	48 000 000	48 500 000 (1)	46 200 000 (2)	43 897 500,—	42 499 999,—

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-3 0 2 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 14 580 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 100 000 (1)	10 100 000				
Mittel 1996	16 200 000 (2)		16 200 000			
Insgesamt	26 300 000	10 100 000 (1)	16 200 000 (2)			

(1) Davon sind 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 1 620 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B5-3 0 4

Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 385/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens.

Entscheidung des Rates vom 15. September 1958 über die Gründung des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 390/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens.

Beschluß 80/271/EWG des Rates vom 10. Dezember 1979 über den Abschluß der multilateralen Übereinkommen, die im Zuge der Handelsverhandlungen von 1973-1979 ausgehandelt wurden (ABl. Nr. L 71 vom 17. 3. 1980, S. 1), insbesondere das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.

Richtlinie 80/767/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 zur Anpassung und Ergänzung der Richtlinie 77/62/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge hinsichtlich bestimmter öffentlicher Auftraggeber (ABl. Nr. L 215 vom 18. 8. 1980, S. 1).

Beschluß 87/565/EWG des Rates vom 16. November 1987 betreffend den Abschluß des Protokolls zur Änderung des GATT-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (ABl. Nr. L 345 vom 9. 12. 1987, S. 24).

Richtlinie 88/295/EWG des Rates vom 22. März 1988 zur Änderung der Richtlinie 77/62/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge und zur Aufhebung einiger Bestimmungen der Richtlinie 80/767/EWG (ABl. Nr. L 127 vom 20. 5. 1988, S. 1).

Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 33).

Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. Nr. L 76 vom 23. 3. 1992, S. 14).

Richtlinie 92/50/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge (ABl. Nr. L 209 vom 24. 7. 1992, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 0 4	*(Fortsetzung)*

Beschluß 93/323/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über den Abschluß eines Abkommens in Form einer Vereinbarung für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über das öffentliche Beschaffungswesen (ABl. Nr. L 125 vom 20. 5. 1993, S. 1).

Entscheidung 93/324/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 betreffend die Ausdehnung der Vorteile der Bestimmungen der Richtlinie 90/531/EWG auf die Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. Nr. L 125 vom 20. 5. 1993, S. 54).

Verordnung (EWG) Nr. 1461/93 des Rates vom 8. Juni 1993 betreffend den Zugang zu den öffentlichen Aufträgen für Bieter aus den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. Nr. L 146 vom 17. 6. 1993, S. 1).

Richtlinie 93/36/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge (ABl. Nr. L 199 vom 9. 8. 1993, S. 1), tritt an die Stelle der Richtlinie 77/62/EWG.

Richtlinie 93/37/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 zur Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge (ABl. Nr. L 199 vom 9. 8. 1993, S. 54), tritt an die Stelle der Richtlinie 77/305/EWG.

Richtlinie 93/38/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 zur Koordinierung der Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. Nr. L 199 vom 9. 8. 1993, S. 84), tritt an die Stelle der Richtlinie 90/531/EWG.

Beschluß 94/1/EGKS, EG des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluß des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. Nr. L 1 vom 3. 1. 1994, S. 1).

Beschluß 94/800/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Abschluß der Übereinkünfte im Rahmen der multilateralen Uruguay-Runde (1986-1994) im Namen der Europäischen Gemeinschaft in bezug auf die in ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche (ABl. Nr. L 336 vom 23. 12. 1994, S. 1).

Beschluß 95/215/EG des Rates vom 29. Mai 1995 bezüglich des Abschlusses des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten im Bereich des öffentlichen Auftragswesens (ABl. Nr. L 134 vom 20. 6. 1995, S. 25).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren in bezug auf das öffentliche Beschaffungswesen der Gemeinschaften und Dritten.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 49 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 398 000	1 398 000				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	50 500 000 (1)	45 802 000	4 698 000			
Mittel 1996	49 500 000		43 302 000	6 198 000		
Insgesamt	101 398 000	47 200 000 (2)	48 000 000	6 198 000		

(1) Davon sind Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Der wiederverwendungsfähige Einnahmebetrag wird auf 3 200 000 ECU geschätzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-305	***Zollunion und Steuern***						
B5-3051	MATTHAEUS und MATTHAEUS-TAX (Berufliche Fortbildung der Zollbeamten und der Beamten der Steuerbehörden) Getrennte Mittel	3 200 000	3 200 000	3 500 000	3 250 000	2 899 985,—	2 623 623,—
B5-3052	Systeme zur Wiederverwendung und Neubefüllung von Verpackungen Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-305	
B5-3051	Beschluß 91/341/EWG des Rates vom 20. Juni 1991 über die Annahme eines gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur beruflichen Fortbildung der Zollbeamten (MATTHAEUS) (ABl. Nr. L 187 vom 13. 7. 1991, S. 41). Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1). Entscheidung 93/588/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 über die Annahme eines gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur beruflichen Aus- und Fortbildung der für indirekte Steuern zuständigen Beamten (MATTHAEUS-TAX) (ABl. Nr. L 280 vom 13. 11. 1993, S. 27). Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1995, über die Annahme eines Aktionsprogramms für das gemeinschaftliche Zollwesen (ZOLL 2000) (ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 4), geändert am 6. Oktober 1995 (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 32). Veranschlagt sind Mittel für Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Aktionen (insbesondere Austausch von Beamten, Veranstaltung von gemeinsamen Aus- und Fortbildungskursen), die in den obengenannten Entscheidungen für die Zollbeamten und für indirekte Steuern zuständigen Beamten vorgesehen sind, denen im Binnenmarkt und an den Außengrenzen der Gemeinschaft die Anwendung des Gemeinschaftsrechts obliegt. Dieser Austausch kann sich auch auf bestimmte Drittländer erstrecken, wenn er für die Erreichung der Programmziele nützlich ist. Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992). Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 200 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 162 000	1 050 000	112 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 500 000	2 200 000	1 188 000	112 000		
Mittel 1996	3 200 000		1 900 000	1 188 000	112 000	
Insgesamt	7 862 000	3 250 000	3 200 000	1 300 000	112 000	

B5-3052	Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 10).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 5	*(Fortsetzung)*						
B5-3 0 5 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B5-3 0 5 insgesamt	3 200 000	3 200 000	3 500 000	3 250 000	2 899 985,—	2 623 623,—
B5-3 0 6	***Zuschuß für die Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln***						
	Getrennte Mittel	11 000 000 (1)	11 000 000 (1)	8 650 000 (2)	8 650 000 (2)	6 800 000,—	6 800 000,—

(1) Mittel in Höhe von 2 750 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 0 5	*(Fortsetzung)*
B5-3 0 5 2	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

B5-3 0 6	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 100 a. Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates vom 22. Juli 1993 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln zur Schaffung einer Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. Nr. L 214 vom 24. 8. 1993, S. 1). Einvernehmlicher Beschluß vom 29. Oktober 1993 der auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Festlegung des Sitzes bestimmter Einrichtungen und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. C 323 vom 30. 11. 1993, S. 1). Diese Mittel sind dazu bestimmt, mittels eines Zuschusses zum Haushaltsausgleich die Betriebsaufwendungen der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln zu decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 6	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	119 780 000	111 010 000	111 830 000	105 930 000	93 218 471,—	72 082 034,—
	KAPITEL B5-3 0 INSGESAMT	119 780 000	111 010 000	111 830 000	105 930 000	93 218 471,—	72 082 034,—
	KAPITEL B5-3 2						
B5-3 2 0	***Anreize für Unternehmen (kleine und mittlere Unternehmen)*** Getrennte Mittel	31 400 000	26 000 000	31 700 000	28 800 000	29 323 770,—	22 392 722,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 0 6	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 150 000 (1)	10 150 000				
Mittel 1996	13 750 000 (2)		13 750 000			
Insgesamt	23 900 000	10 150 000 (1)	13 750 000 (2)			

(1) Davon sind Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind Mittel in Höhe von 2 750 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B5-3 2 0

Weißbuch der Kommission vom 14. Juni 1985 für den Europäischen Rat (Mailand, 28. und 29. Juni 1985) „Die Vollendung des Binnenmarktes" (KOM(85) 310 endg.).

Entschließung des Rates vom 30. Juni 1988 über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und die Förderung der Entwicklung von Unternehmen, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 6).

Empfehlung 88/590/EWG der Kommission vom 17. November 1988 zu Zahlungssystemen, insbesondere zu den Beziehungen zwischen Karteninhabern und Kartenausstellern (ABl. Nr. L 317 vom 24. 11. 1988, S. 55).

Beschluß 89/490/EWG des Rates vom 28. Juli 1989 über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und die Förderung ihrer Entwicklung, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 239 vom 16. 8. 1989, S. 33).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 2 0	*(Fortsetzung)* Empfehlung 90/246/EWG des Rates vom 28. Mai 1990 zur Durchführung einer Politik zur Verwaltungsvereinfachung zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 141 vom 2. 6. 1990, S. 55). Entschließung des Rates vom 27. Mai 1991 über das Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen einschließlich der Handwerksbetriebe (ABl. Nr. C 146 vom 5. 6. 1991, S. 3). Beschluß 91/319/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 zur Überprüfung des Programms zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und zur Förderung ihrer Entwicklung (ABl. Nr. L 175 vom 4. 7. 1991, S. 32). Entschließung des Rates vom 17. Juni 1992 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen einschließlich der Handwerksbetriebe (ABl. Nr. C 178 vom 15. 7. 1992, S. 8). Schlußfolgerungen des Rates vom 30. Juni 1992 über Gemeinschaftsmaßnahmen zugunsten von Handels- und Vertriebsunternehmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen. Entschließung des Rates vom 3. Dezember 1992 über Verwaltungsvereinfachung für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (ABl. Nr. C 331 vom 16. 12. 1992, S. 3). Beschluß 93/379/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über ein mehrjähriges Aktionsprogramm der Gemeinschaft zum Ausbau der Schwerpunktbereiche und zur Sicherung der Kontinuität und Konsolidierung der Unternehmenspolitik in der Gemeinschaft, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (ABl. Nr. L 161 vom 2. 7. 1993, S. 68). Entschließung des Rates vom 22. November 1993 über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie des Handwerks, und die Förderung der Beschäftigung (ABl. Nr. C 326 vom 3. 12. 1993, S. 1). Entschließung des Rates vom 10. Oktober 1994 über die freie Entfaltung der Dynamik und der Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen, einschließlich Handwerk und Kleinstunternehmen, in einer Wettbewerbswirtschaft (ABl. Nr. C 294 vom 22. 10. 1994, S. 6). Entschließung des Rates vom 27. November 1995 betreffend kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und technologische Innovation (ABl. Nr. C 341 vom 19. 12. 1995, S. 3). Mit diesen Mitteln sollen die Ausgaben für die Entwicklung und schrittweise Durchführung einer Gemeinschaftspolitik für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, auch im Bereich Handel und Vertrieb einschließlich Genossenschaften, Gesellschaften auf Gegenseitigkeit und Vereine, im Hinblick auf die Errichtung des Binnenmarktes und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gedeckt werden. Ein Betrag von 80 000 ECU ist für die Bildung und Vorbereitung auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft im Rahmen von Seminaren für Unternehmerinnen (kleine und mittlere Unternehmen und Handwerk) bestimmt. Die zu finanzierenden Aktionen betreffen folgendes: — die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Unternehmen, — die Förderung von Frauen als Unternehmerinnen, — die Unterrichtung und Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen durch das Netz der Euro-Infozentren (EG-Beratungsstellen für Unternehmer), durch Veröffentlichungen und sonstige Kommunikationsmittel, durch Beteiligung an Messen und durch Aktionen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit im Hinblick auf die Errichtung des Binnenmarktes, insbesondere hinsichtlich der gemeinschaftlichen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes sowie im Bereich der Gesundheit und der Sicherheit am Arbeitsplatz, sowie durch europäische Berufsorganisationen und andere europäische Organisationen und im Bereich der Finanzierung einschließlich der Teilnahme an Forschungs- und Entwicklungs-, Ausbildungs- und Euromarketingprogrammen, — Maßnahmen zugunsten des Handwerks, — die Förderung der Unternehmenskooperation durch das Büro für Unternehmenskooperation, das Business Cooperation Network (BC-Net), durch Pilotaktionen wie die Europartnerschaft und Interprise sowie spezifische Aktionen im Bereich des Zulieferwesens, — Wertung und Entwicklung der Unternehmenspolitik, — Maßnahmen zur Überwachung der einzelnen Netze, — die Analyse der Auswirkungen des Binnenmarktes, insbesondere der neuen sauberen Technologien, auf die Art der Ausübung der Handelsfunktion, — die Förderung von Pilotaktionen und Modellvorhaben auf dem Gebiet der neuen Technologien und der Berufsbildung zur Unterstützung des Aufbaus und der Anwendung von Netzen im Rahmen der Absatzkette zwischen Herstellung und Vertrieb, — Information und technische Unterstützung in den Ländern Mittel- und Osteuropas zur Förderung der Schaffung neuer Handelsstrukturen, der Ausbildung von Unternehmensleitern und der Bildung von Berufsverbänden,

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 2 0	*(Fortsetzung)*

— Aufbau eines an die Fachpresse der Berufsorganisationen des Handels in den Mitgliedstaaten gerichteten spezifischen Informationssystems,

— Beitrag zur Erstellung von Statistiken,

— Überwachung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften im Bereich des Handels,

— Rundtischgespräche in Zusammenarbeit mit Regierungssachverständigen und Wirtschaftsbeteiligten, um diesen Sektor stärker für den Binnenmarkt zu sensibilisieren,

— Einbeziehung der Sektoren Handel und Vertrieb in die Maßnahmen und Programme der Gemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts,

— Zuschüsse an Organisationen, die die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen vertreten und ihren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich angemessen über europäische Angelegenheiten zu informieren, und ihnen geeignete Fortbildungsmöglichkeiten anbieten.

Diese Aktionen sollen dem Handel bei der Anpassung seiner Strukturen und Mechanismen an die Zwänge und Zweckmäßigkeiten, die durch die neuen Größenordnungen im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt bedingt sind, helfen und zur Stärkung der europäischen Berufsorganisationen in diesem Sektor beitragen.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 31 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	27 196 795	16 220 000	9 000 000	1 976 795		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	31 700 000	12 580 000	9 000 000	10 120 000		
Mittel 1996	31 400 000		8 000 000	13 000 000	10 400 000	
Insgesamt	90 296 795	28 800 000	26 000 000	25 096 795	10 400 000	

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 496 120 ECU an Verpflichtungen,

— 359 660 ECU an Zahlungen.

Diese Beträge, zur Information, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, führen zur Bereitstellung der entsprechenden Mittel und zur Ausführung im Rahmen der Anlage III dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans.

Aus den Einnahmen aus Beiträgen von Dritten, die in Artikel 6 0 9 des Einnahmenplans eingesetzt sind, werden gemäß der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bei diesem Artikel eingesetzt.

Das für die Wiederverwendung verfügbare Einnahmevolumen wird auf 500 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 1	***Sozialwirtschaft*** Getrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	2 500 000	1 700 000	2 491 331,—	1 599 933,—
B5-3 2 2	***Beschäftigungsinitiative der Gemeinschaft*** Getrennte Mittel	57 750 000	57 750 000	2 750 000	2 750 000	65 500 000,—	65 500 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-3 2 1

Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1986 über ein Aktionsprogramm zur Förderung des Beschäftigungswachstums (ABl. Nr. C 340 vom 31. 12. 1986, S. 2).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 18. Dezember 1989 über die Unternehmen der Sozialwirtschaft und die Schaffung des europäischen Marktes ohne Grenzen (SEK(89) 2187 endg.).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 17. Februar 1994, über ein mehrjähriges Arbeitsprogramm (1994-1996) der Gemeinschaft zugunsten von Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereinen und Stiftungen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 87 vom 24. 3. 1994, S. 6).

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Vorhaben zur Beurteilung der Auswirkungen der Verwirklichung des Binnenmarktes für Unternehmen des sozialwirtschaftlichen Sektors und zur Verbesserung ihres Zugangs zu den Gemeinschaftsaktionen bestimmt.

Es ist eine Unterstützung für die von der Europäischen Gemeinschaft der Konsumgenossenschaften geplanten Tätigkeiten vorgesehen, die darauf ausgerichtet sind, die Erfolge dieses Sektors der Wirtschaft der Europäischen Union zu demonstrieren und die Darstellung von genossenschaftlich organisierten und auf dem Gegenseitigkeitsprinzip beruhenden Unternehmen als wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Wirtschaftsentwicklung in das nächste Jahrhundert hinein zu unterstützen.

Diese Mittel dienen ebenfalls zur Finanzierung von:

— Forschungsarbeiten, um das Bewußtsein für das bahnbrechende Potential der Sozialwirtschaft zu stärken,

— Informationen zur Förderung von Euro-Infozentren im Bereich der Sozialwirtschaft,

— Ausbildungsmaßnahmen zur Entwicklung eines europäischen Managements der Sozialwirtschaft.

Das Europäische Parlament fordert die Kommission auf, ihm bis Ende 1996 einen Bericht über die Entwicklung dieser Aktivitäten vorzulegen.

Ebenfalls unter diesen Artikel fallen die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 342 000	700 000	400 000	242 000		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 500 000	1 000 000	600 000	900 000		
Mittel 1996	2 500 000		1 500 000	892 857	107 143	
Insgesamt	6 342 000	1 700 000	2 500 000	2 034 857	107 143	

B5-3 2 2

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 11. und 12. Dezember 1992: „Aktionsplan der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zur Förderung des Wachstums und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit".

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni 1993 über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitslosigkeit (kurzfristige Maßnahmen).

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 22. Oktober 1993 über Wachstum und Beschäftigung.

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 1993: „Weißbuch über eine mittelfristige Strategie für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung".

Beschluß 94/217/EG des Rates vom 19. April 1994 zur Gewährung von Zinssubventionen der Gemeinschaft für Darlehen an KMU im Rahmen der befristeten Darlehensfazilität der EIB (ABl. Nr. L 107 vom 28. 4. 1994, S. 57).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 2	*(Fortsetzung)*						
B5-3 2 3	***Wachstum und Umwelt*** Getrennte Mittel	5 000 000	4 000 000	9 000 000	6 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-3 2 2 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Zinsvergünstigungen bestimmt (jährlich 2 % für längstens fünf Jahre und einen Höchstbetrag von 1 000 000 000 ECU für den Hauptbetrag), die von der Europäischen Investitionsbank den kleinen und mittleren Unternehmen (einschließlich Genossenschaften) gemäß den Modalitäten eingeräumt werden, die für die im Rahmen des zeitweiligen Mechanismus gewährten Darlehen gelten, der von den Europäischen Ratstagungen von Edinburg und Kopenhagen beschlossen wurde. Diese Zinsvergünstigungen werden nur für Investitionsvorhaben gewährt, die Arbeitsplätze schaffen.

50 000 000 ECU sind für die Finanzierung der Verlängerung der in dem Beschluß 94/217/EG vom 19. April 1994 festgelegten Aktion „Beschäftigung und Wachstum" bestimmt.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 57 750 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 750 000	2 750 000				
Mittel 1996	57 750 000		57 750 000			
Insgesamt	60 500 000	2 750 000	57 750 000			

B5-3 2 3 Die Mittel sind dazu bestimmt, den Zugang kleiner Unternehmen zur Darlehensfinanzierung zu verbessern, vor allem dann, wenn mit diesem Darlehen Investitionsausgaben im Zusammenhang mit Energiesparmaßnahmen und der Verbesserung oder Beachtung von Umweltnormen abgedeckt werden sollen. Die Mittel sollen die Kosten zur Erwirkung von Darlehensgarantien, vor allem aus dem Europäischen Investitionsfonds, ganz oder teilweise decken. Der EIF arbeitet nach Geschäftsgrundsätzen und erhebt daher eine Bürgschaftsprämie für seine Arbeit, so daß der europäische Unionshaushalt die Kosten dieser Prämie ganz oder teilweise übernehmen soll. Diese Maßnahme beschränkt sich auf kleine Unternehmen, die etwa 50 Personen oder weniger bei Ganztagsarbeit oder die entsprechende Anzahl bei Halbtagsarbeit beschäftigen und im Produktivsektor tätig sind (Handwerker, Kleingewerbe und Gaststättengewerbe, einschließlich des Dienstleistungssektors). Die Maßnahme wird die Gestalt eines Versuchs/Pilotprojekts annehmen, und es wird eine Gesamtbewertung seiner Auswirkungen vorgenommen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 3	*(Fortsetzung)*						
B5-3 2 5	***Gemeinschaftliche Fremdenverkehrspolitik***						
	Getrennte Mittel	p.m.	4 700 000	9 000 000	7 315 000	4 913 614,—	2 174 447,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK ***(Fortsetzung)***

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 2 3	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 000 000	6 000 000	2 000 000	1 000 000		
Mittel 1996	5 000 000		2 000 000	3 000 000		
Insgesamt	14 000 000	6 000 000	4 000 000	4 000 000		

B5-3 2 5

Entschließung des Rates vom 10. April 1984 zu einer Fremdenverkehrspolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 115 vom 30. 4. 1984, S. 1).

Beschluß 86/664/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Einführung eines Verfahrens zur Konsultation und Zusammenarbeit im Bereich des Fremdenverkehrs (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1986, S. 52).

Empfehlung 86/665/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über einheitliche Informationen in bestehenden Hotels (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1986, S. 54).

Empfehlung 86/666/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über den Brandschutz in bestehenden Hotels (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1986, S. 60).

Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1986 zu einer besseren zeitlichen und räumlichen Verteilung des Fremdenverkehrs (ABl. Nr. C 340 vom 31. 12. 1986, S. 1).

Richtlinie 90/314/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (ABl. Nr. L 158 vom 23. 6. 1990, S. 59).

Mitteilung der Kommission vom 26. September 1990 „Gemeinschaftsaktionen für den Landtourismus" (KOM(90) 438 endg.).

Entscheidung 90/665/EWG des Rates vom 17. Dezember 1990 über ein Zweijahresprogramm 1991-1992 zur Entwicklung der gemeinschaftlichen Fremdenverkehrsstatistik (ABl. Nr. L 358 vom 21. 12. 1990, S. 89).

Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 1992 zum Vorschlag der Kommission an den Rat für einen Beschluß betreffend den Aktionsplan der Gemeinschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs (ABl. Nr. C 67 vom 16. 3. 1992, S. 247).

Beschluß 92/421/EWG des Rates vom 13. Juli 1992 betreffend den Aktionsplan der Gemeinschaft zur Förderung des Tourismus (ABl. Nr. L 231 vom 13. 8. 1992, S. 26), der eine vorrangige Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen des „sanften" Tourismus vorsieht.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. September 1992 zur geplanten Abschaffung des „Interrail-Tickets" (ABl. Nr. C 284 vom 2. 11. 1992, S. 101).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Programm der Gemeinschaft zur Politik und zu Aktionen im Rahmen der Umwelt und der dauerhaften Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1), Programm, in dem der Tourismus einen der vorrangigen Punkte darstellt.

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1993 über junge Kraftfahrer (ABl. Nr. C 351 vom 30. 12. 1993, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Januar 1994 zum Fremdenverkehr auf dem Weg in das Jahr 2000 (ABl. Nr. C 44 vom 14. 2. 1994, S. 61): Die Kommission finanziert eine Aufklärungskampagne gegen den Sex-Tourismus von EU-Bürgern in Drittländern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 5	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	96 650 000	94 950 000	54 950 000	46 565 000	102 228 715,—	91 667 102,—
	KAPITEL B5-3 2 INSGESAMT	96 650 000	94 950 000	54 950 000	46 565 000	102 228 715,—	91 667 102,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 2 — UNTERNEHMENS- UND FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 2 5	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen der Abwicklung der Verpflichtungen, die im Rahmen der Finanzierung oder Mitfinanzierung spezieller Maßnahmen zur Ausführung und Evaluierung des mit Beschluß 92/421/EWG genehmigten Aktionsplans und zur Fortsetzung früher eingeleiteter Aktionen eingegangen wurden.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die Kommission unterstützt Fremdenverkehrsregionen, die während der Ferienzeit und an den Wochenenden umweltfreundliche Verkehrsarten fördern (öffentliche Verkehrsmittel, Fahrräder).

Die Mittel dieses Artikels sind ferner bestimmt zur Einleitung experimenteller Aktionen zur Förderung, Unterstützung und zum Schutz des Jugend-Tourismus in der Gemeinschaft.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	6 292 986	4 015 000	1 500 000	777 986		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	1 500 000	800 000	700 000			
Mittel 1995	9 000 000	2 500 000	2 500 000	4 000 000		
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	16 792 986	7 315 000	4 700 000	4 777 986		

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—“ an Verpflichtungen,

— 67 075 ECU an Zahlungen.

Diese Beträge, zur Information, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, führen zur Bereitstellung der entsprechenden Mittel und zur Ausführung im Rahmen der Anlage III dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 3 — AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-3 3						
B5-3 3 1	***Förderung der Entwicklung grenzübergreifender Maßnahmen zur Bereitstellung von Eigenkapital für kleine und mittlere Unternehmen***						
	Getrennte Mittel	500 000	500 000	500 000	500 000	25 756,—	550 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 3 — AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 3 1	Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat vom 19. März 1985 „Die Stärkung der technologischen Grundlagen und der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrie" (KOM(85) 84 endg.). Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 15. Dezember 1986 „Entwicklung der Finanzinstrumente" (KOM(86) 723 endg.). Mitteilung der Kommission vom 10. Mai 1988 „Eine Unternehmenspolitik für die Gemeinschaft" (KOM(88) 241/2 endg.). Beschluß der Kommission vom 21. Dezember 1988 „Einleitung einer Pilotaktion Eurotech Capital" (E/1783/88). Beschluß der Kommission vom 17. Dezember 1991 „Gemeinschaftsinstrumente zur Förderung von Risikokapital in der Gemeinschaft" (E/1781/91). Diese Mittel dienen der Sicherstellung der Finanzierung von Pilotprogrammen zur Förderung der Eigenkapitalausstattung von kleinen und mittleren Unternehmen mittels grenzübergreifender Konsortien regionaler Investoren oder durch Investitionen in Unternehmen, die sich mit grenzübergreifenden Vorhaben im Bereich der Spitzentechnologie oder umweltfreundlicher Technologien befassen, sowie der Finanzierung der Durchführung, Überwachung und Bewertung dieser Maßnahmen. Diese Mittel sind ausschließlich für Investoren aus den neuen Mitgliedstaaten bestimmt. Von den Mitteln sollte eigens ein Betrag für Frauen bereitgestellt werden, die eine Geschäftstätigkeit im KMU-Bereich aufnehmen. Die betreffenden Projekte sollen zur Umstrukturierung bzw. Verbesserung der regionalen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen beitragen. Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 3 — AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	500 000	500 000	500 000	500 000	25 756,—	550 000,—
	KAPITEL B5-3 3 INSGESAMT	500 000	500 000	500 000	500 000	25 756,—	550 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	216 930 000	206 460 000	167 280 000	152 995 000	195 472 942,—	164 299 136,—
	Titel B5-3 insgesamt	**216 930 000**	**206 460 000**	**167 280 000**	**152 995 000**	**195 472 942,—**	**164 299 136,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-3 3 — AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 3 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	224 000	224 000				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	500 000	276 000	224 000			
Mittel 1996	500 000		276 000	224 000		
Insgesamt	1 224 000	500 000	500 000	224 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-4

INDUSTRIE

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-4 0						
B5-4 0 1	***Definition und Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikations- und Postpolitik***						
	Getrennte Mittel	8 500 000	7 200 000	8 500 000	10 850 000	6 944 103,—	3 070 475,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-4

INDUSTRIE

KAPITEL B5-40 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-401	Beschluß 87/95/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (ABl. Nr. L 36 vom 7. 2. 1987, S. 31). Richtlinie 88/301/EWG der Kommission vom 16. Mai 1988 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikations-Endgeräte (ABl. Nr. L 131 vom 27. 5. 1988, S. 73). Entschließung des Rates vom 30. Juni 1988 über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienste und -geräte bis 1992 (ABl. Nr. C 257 vom 4. 10. 1988, S. 1). Richtlinie 90/387/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 zur Verwirklichung des Binnenmarktes für Telekommunikationsdienste durch Einführung eines offenen Netzzugangs (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1990, S. 1). Richtlinie 90/388/EWG des Kommission vom 28. Juni 1990 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1990, S. 10). Empfehlung 90/543/EWG des Rates vom 9. Oktober 1990 für die koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen terrestrischen Funkrufsystems (RMU) in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 310 vom 9. 11. 1990, S. 23). Richtlinie 91/263/EWG des Rates vom 29. April 1991 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Telekommunikationsendeinrichtungen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität (ABl. Nr. L 128 vom 23. 5. 1991, S. 1). Richtlinie 91/287/EWG des Rates vom 3. Juni 1991 über das Frequenzband, das für die koordinierte Einführung europäischer schnurloser Digital-Kommunikation (DECT) in der Gemeinschaft vorzusehen ist (ABl. Nr. L 144 vom 8. 6. 1991, S. 45). Empfehlung 91/288/EWG des Rates vom 3. Juni 1991 zur koordinierten Einführung europäischer schnurloser Digital-Kommunikation (DECT) in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 144 vom 8. 6. 1991, S. 47). Entschließung des Rates vom 19. Dezember 1991 über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Satellitenkommunikationsdienste und -geräte (ABl. Nr. C 8 vom 14. 1. 1992, S. 1). Richtlinie 92/44/EWG des Rates vom 5. Juni 1992 zur Einführung des offenen Netzzugangs bei Mietleitungen (ABl. Nr. L 165 vom 19. 6. 1992, S. 27). Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 18. August 1992, zur gegenseitigen Anerkennung von Lizenzen und sonstigen einzelstaatlichen Genehmigungen für Telekommunkationsdienste (ABl. Nr. C 248 vom 25. 9. 1992, S. 4), geändert am 24. März 1994 (ABl. Nr. C 108 vom 16. 4. 1994, S. 11). Entschließung des Rates vom 22. Juli 1993 zur Prüfung der Lage im Bereich der Telekommunikation und zu den notwendigen künftigen Entwicklungen in diesem Bereich (ABl. Nr. C 213 vom 6. 8. 1993, S. 1) und insbesondere im Bereich der Entwicklung eines für den internationalen Handel günstigen Klimas. Entschließung des Rates vom 7. Dezember 1993 über die Einführung satellitengestützter Privatkommunikationsdienste in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 339 vom 16. 12. 1993, S. 1). Aktionsprogramm vom 19. Juli 1994 zur Informationsgesellschaft. Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1994 über die Grundsätze und den Zeitplan für die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastrukturen (ABl. Nr. C 379 vom 31. 12. 1994, S. 4). Entschließung des Rates vom 29. Juni 1995 über die weitere Entwicklung der Mobil- und der persönlichen Kommunikation in der Europäischen Union (ABl. Nr. C 188 vom 22. 7. 1995, S. 3). Entschließung des Rates vom 18. September 1995 zur Entwicklung des künftigen ordnungspolitischen Rahmens für die Telekommunikation (ABl. Nr. C 258 vom 3. 10. 1995, S. 1). Richtlinie 95/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1995 zur Einführung des offenen Netzzugangs (ONP) beim Sprachtelefondienst (ABl. Nr. L 321 vom 30. 12. 1995, S. 6). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., zur Definition und Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikations- und Postpolitik (KOM (...) ...). Sonstige Richtlinien und Entschließungen zur Telekommunikationspolitik der Gemeinschaft. Diese Maßnahmen dienen der Definition und Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikations- und Postpolitik sowie der Kontrolle der Anwendung der im Rahmen dieser Politik verabschiedeten Rechtsvorschriften.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2	***Normung und Datenaustausch***						
B5-4 0 2 0	Normung — Informationstechnologien und Telekommunikation Getrennte Mittel	14 000 000	15 000 000	20 500 000	17 400 000	18 248 759,—	16 264 869,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-40 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-401	*(Fortsetzung)*

Zu dieser Tätigkeit gehören insbesondere:

— die Erarbeitung einer Strategie für die gemeinschaftliche Telekommunikations- und Postpolitik, bei der die öffentliche Dienstleistungspflicht zu beachten ist,

— die Entwicklung des gemeinschaftlichen Marktes für Endgeräte und Telekommunikationsausrüstungen,

— Maßnahmen zur Gewährleistung der gemeinschaftsweiten Kohärenz,

— reglementierende Maßnahmen.

Die Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Entwicklung der gemeinschaftlichen Telekommunikations- und Postpolitik — und zwar auf dem Wege von Verträgen zur Durchführung der oben beschriebenen Tätigkeiten — bestimmt. Es handelt sich im wesentlichen um Verträge zur Durchführung von Konformitätsuntersuchungen der Gemeinsamen technischen Vorschriften (CTRs) (CTRs = Common Technical Regulations), Prospektionen, gezielten Untersuchungen, aber auch um die Bewertung, Koordinierung, Subventionierung von und Beteiligung an internationalen Vereinbarungen und um Beteiligungen an den Kosten von Ausrüstungen.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung dez Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission von 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 089 620	8 500 000	2 200 000	1 389 620		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 500 000	2 350 000	2 500 000	2 000 000	1 650 000	
Mittel 1996	8 500 000		2 500 000	2 500 000	2 300 000	1 200 000
Insgesamt	29 089 620	10 850 000	7 200 000	5 889 620	3 950 000	1 200 000

Etwaige Einnahmen sowie die Beiträge von Drittstaaten im Rahmen der COST-Vereinbarungen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

B5-402

B5-4020 Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 zur Einsetzung eines Vorabinformationsverfahrens im Bereich der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8).

Beschluß 87/95/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Normung im Bereich der Informationstechnologien und der Telekommunikation (ABl. Nr. L 36 vom 7. 2. 1987, S. 31).

Richtlinie 88/301/EWG der Kommission vom 16. Mai 1988 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsendgeräte (ABl. Nr. L 131 vom 27. 5. 1988, S. 73).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-40 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-402	*(Fortsetzung)*						
B5-4020	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*
B5-4 0 2 0	*(Fortsetzung)*
	Richtlinie 90/387/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 zur Verwirklichung des Binnenmarktes für Telekommunikationsdienste durch Einführung eines offenen Netzzugangs (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1990, S. 1). Richtlinie 90/388/EWG der Kommission vom 28. Juni 1990 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1990, S. 10). Richtlinie 90/531/EWG des Rates vom 17. September 1990 betreffend die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. Nr. L 297 vom 29. 10. 1990, S. 1). Richtlinie 90/544/EWG des Rates vom 9. Oktober 1990 über die Frequenzbänder für die koordinierte Einführung eines europaweiten terrestrischen öffentlichen Funkrufsystems in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 310 vom 9. 11. 1990, S. 28). Richtlinie 91/263/EWG des Rates vom 29. April 1991 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Telekommunikationsendeinrichtungen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität (ABl. Nr. L 128 vom 23. 5. 1991, S. 1). Richtlinie 91/287/EWG des Rates vom 3. Juni 1991 über das Frequenzband, das für die koordinierte Einführung europäischer schnurloser Digitalkommunikation (DECT) in der Gemeinschaft vorzusehen ist (ABl. Nr. L 144 vom 8. 6. 1991, S. 45). Richtlinie 92/44/EWG des Rates vom 5. Juni 1992 zur Einführung des offenen Netzzugangs bei Mietleitungen (ABl. Nr. L 165 vom 19. 6. 1992, S. 27). Gemäß dem allgemeinen Ziel, einen funktionsfähigen Binnenmarkt zu erhalten, insbesondere durch die gegenseitige Anerkennung der Normen und die Aufstellung europäischer Normen in geeigneten Fällen, hat diese Aktion folgendes zum Ziel: — Veranlassung der notwendigen Arbeiten zur harmonisierten Anwendung der internationalen Normen in der Gemeinschaft im Bereich der Informationstechnologien, — Veranlassung der zuständigen Normungseinrichtungen, die für die Verwirklichung der gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik notwendigen Normen zu erarbeiten, — Präzisierung der Zertifizierungsmethoden im Bereich Telekommunikation und Ausarbeitung der technischen Zertifizierungsmethoden, — Aufstellung der für die Verwirklichung der gemeinschaftlichen Telekommunikations- und Postpolitik (feste und mobile Kommunikationseinrichtungen, Satelliten) erforderlichen Normen und technischen Vorschriften, — Veranlassung der Arbeiten zur Überprüfung und Bescheinigung der Normenkonformität der Waren und Leistungen, — Förderung der Normenanwendung bei öffentlichen Aufträgen, — Koordinierung verschiedener Aktionen zur Vorbereitung und Verstärkung der Normenanwendung (Leitfäden für die Benutzung, Vorführungen usw.), — Verstärkung der europäischen Beteiligung in den internationalen Normungseinrichtungen, — Ergreifen aller anderen geeigneten Normungsmaßnahmen gemäß dem Weißbuch hinsichtlich der neuen Technologien und Dienste (Zahlungskarten, audiovisuelle Anlagen und Heimelektroniksysteme usw.) oder der fortgeschrittenen Produktionsanlagen. Die Gemeinschaftsfinanzierung dient der Definition und Durchführung der Normungsmaßnahme durch Konzertierung mit den wichtigsten Teilnehmern: der Industrie, den Arbeitnehmervertretern, den einzelstaatlichen und europäischen Normungsinstituten, den Behörden für öffentliches Beschaffungswesen in den Mitgliedstaaten, den Anwendern sowie den Verantwortlichen für die Industriepolitik. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung: — der finanziellen Verpflichtungen aus den mit den europäischen Normungsgremien (CEN, CENELEC, ETSI) abzuschließenden Verträgen, — des Kaufs und der Benutzung von Ausrüstungen sowie Miete der entsprechenden Räume für Demonstrationsvorhaben, — der Konformitätsprüfung und Bescheinigung der Normenkonformität sowie Demonstrationsvorhaben, — der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Bewertungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 0	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 3	TEDIS (Elektronischer Datentransfer für kommerzielle Zwecke) Getrennte Mittel	—	3 000 000	—	4 530 000	6 115 561,—	6 396 618,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-40 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-402	*(Fortsetzung)*
B5-4020	*(Fortsetzung)*

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission von 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 14 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	37 907 000	14 300 000	8 000 000	7 900 000	7 707 000	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	20 500 000	3 100 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	2 400 000
Mittel 1996	14 000 000		2 000 000	4 666 667	3 733 333	3 600 000
Insgesamt	72 407 000	17 400 000	15 000 000	17 566 667	16 440 333	6 000 000

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

B5-4023

Beschluß 87/499/EWG des Rates vom 5. Oktober 1987 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms betreffend den elektronischen Datentransfer für kommerzielle Zwecke über Kommunikationsnetze (TEDIS) (ABl. Nr. L 285 vom 8. 10. 1987, S. 35), geändert durch den Beschluß 89/241/EWG (ABl. Nr. L 97 vom 11. 4. 1989, S. 46).

Beschluß 91/385/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Durchführung der zweiten Phase des Programms TEDIS (Trade Electronic Data Interchange Systems) (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 66).

Veranschlagt sind Mittel zur Abwicklung von Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren:

— der Durchführungsmaßnahmen für die zweite Phase des Programms TEDIS,

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um programmspezifische Forschungs-, Assoziierungs-, Bewertungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

Diese Mittel decken auch die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B5-4 0 2 insgesamt	14 000 000	18 000 000	20 500 000	21 930 000	24 364 320,—	22 661 487,—
B5-4 0 3	***Förderung der mehrsprachigen Informationsgesellschaft***						
	Getrennte Mittel	p.m. (1)	1 600 000 (2)	4 100 000	1 250 000		

(1) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Mittel in Höhe von 350 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*
B5-4 0 2 3	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	8 366 811	4 530 000	3 000 000	836 811		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	8 366 811	4 530 000	3 000 000	836 811		

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—" an Verpflichtungen,

— 26 528 ECU an Zahlungen.

Diese Beträge, zur Information, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, führen zur Bereitstellung der entsprechenden Mittel und zur Ausführung im Rahmen der Anlage III dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans.

Aus den Einnahmen aus Beiträgen von Drittländern, die in Artikel 6 0 9 des Einnahmenplans eingesetzt sind, werden gemäß der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bei diesem Posten eingesetzt.

B5-4 0 3

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Arbeiten bestimmt, die der Vorbereitung eines geplanten mehrjährigen Aktionsprogramms zur Erhaltung und Förderung der Sprachenvielfalt Europas in einer weltumspannenden Informationsgesellschaft dienen sollen.

Mit dieser Maßnahme soll die Entwicklung und der Einsatz moderner Sprachverarbeitungsmittel gefördert werden, um auf diese Weise die Kosten der Übersetzung und der Mehrsprachigkeit zu senken und die Sprachenvielfalt Europas zu erhalten.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

— Schaffung eines Konzertierungs- und Koordinierungsrahmens zur Definition einer politischen Strategie (Multilinguales Forum),

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	22 500 000	26 800 000	33 100 000	34 030 000	31 308 423,—	25 731 962,—
	KAPITEL B5-4 0 INSGESAMT	22 500 000	26 800 000	33 100 000	34 030 000	31 308 423,—	25 731 962,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER TELEKOMMUNIKATION UND DER POST, DER NORMUNG UND DER COMPUTERÜBERSETZUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 3	*(Fortsetzung)*

— Strukturierung der linguistischen Ressourcen, die für die Entwicklung leistungsfähiger Sprachverarbeitungsinstrumente notwendig sind,

— Mobilisierung und Stärkung der Kommunikationswirtschaft,

— Förderung des Einsatzes fortgeschrittener linguistischer Hilfsmittel, insbesondere im europäischen öffentlichen Sektor.

Mit den Mitteln sollen auch die Ausgaben für Verträge bestritten werden, die für die Durchführung des Projekts erforderlich sind.

Dabei handelt es sich vor allem um Assoziierungsverträge mit gemeinsamer Kostentragung, Bewertungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Beschaffungskosten.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 100 000	1 250 000	1 600 000	1 250 000		
Mittel 1996	2 000 000 (1)		350 000	1 650 000		
Insgesamt	6 100 000	1 250 000	1 950 000 (2)	2 900 000		

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 350 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Etwaige Einnahmen sind wiederzuverwenden nach Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-4 1						
B5-4 1 1	***Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in der Europäischen Union***						
	Getrennte Mittel	4 950 000	3 550 000	5 200 000	3 800 000	4 994 246,—	3 322 571,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 1 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 3 und 130 und die Titel VIII, XII, XIII und XV. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 16. November 1990 „Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld — Ansätze für ein Gemeinschaftskonzept" (KOM(90) 556 endg.). Schlußfolgerungen des Rates vom 26. November 1990 über die Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld (Dok. 10159/90). Entschließung des Rates vom 17. Dezember 1990 über die Entwicklung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes (ABl. Nr. C 33 vom 8. 2. 1991, S. 1). Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß vom 20. September 1991: „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen" (KOM(91) 335 endg.). Entschließung des Rates vom 18. November 1991 zur Elektronik-, Informatik- und Kommunikationstechnologie (ABl. Nr. C 325 vom 14. 12. 1991, S. 2). Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 13. März 1992 „Die Entwicklung der industriellen Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion" (SEK(92) 363 endg.). Entschließung des Rates vom 17. Juni 1992 zur industriellen Zusammenarbeit mit Drittländern (ABl. Nr. C 178 vom 15. 7. 1992, S. 1). Entschließung des Rates vom 17. Juni 1992 betreffend die Textil- und Bekleidungsindustrie (ABl. Nr. C 178 vom 15. 7. 1992, S. 3). Entschließung des Rates vom 17. Juni 1992 über die europäische Automobilindustrie (ABl. Nr. C 178 vom 15. 7. 1992, S. 6). Schlußfolgerungen des Rates vom 17. Juni 1992 zur europäischen Zivilluftfahrtindustrie (ABl. Nr. C 178 vom 15. 7. 1992, S. 9). Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 23. September 1992 „Die Europäische Gemeinschaft und die Raumfahrt: Herausforderungen, Chancen und neue Aktionen" (KOM(92) 360 endg.). Entschließung des Rates vom 3. Dezember 1992 über den Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Schutz der Umwelt (ABl. Nr. C 331 vom 16. 12. 1992, S. 5). Entschließung des Rates vom 25. Februar 1993 zur Restrukturierung der Stahlindustrie der Gemeinschaft. Mitteilung der Kommission vom 16. Juni 1993: „Die Zukunft der Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen der Strukturfonds" (KOM(93) 282 endg.). Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.), insbesondere Kapitel X. Entschließung des Rates vom 16. Mai 1994 zur Automobilindustrie (ABl. Nr. C 149 vom 31. 5. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 21. November 1994 zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrie (ABl. Nr. C 343 vom 6. 12. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 27. November 1995 über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Maschinenbauindustrie (ABl. Nr. C 341 vom 19. 12. 1995, S. 1). Entschließung des Rates vom 27. November 1995 zu den industriellen Aspekten, die sich für die Europäische Union aus der Errichtung der Informationsgesellschaft ergeben (ABl. Nr. C 341 vom 19. 12. 1995, S. 5). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., zur Durchführung eines gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie (KOM(95) 319 endg.). Mit diesen Mitteln soll der Kommission die Möglichkeit gegeben werden: — die Daten zusammenzutragen, die für eine gründliche Kenntnis der Entwicklung der Industriezweige in der Gemeinschaft und der Industriestrategie der Drittländer unerläßlich sind, — regelmäßig eine allgemeine prospektive Analyse über die Gemeinschaftsindustrie vorzulegen und dem Europäischen Parlament einen Jahresbericht über die gemeinschaftliche Industriepolitik zu unterbreiten, — die Industriepolitik im Sinne der Mitteilung der Kommission über die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und den Umweltschutz, deren Schlußfolgerungen der Rat in seiner Entschließung vom 3. Dezember 1992 genehmigt hat, und unter Berücksichtigung der in Kapitel X des Weißbuchs über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung mit dem Titel „Gedanken zu einem neuen Entwicklungsmodell" festgelegten Leitlinien durchzuführen; dies setzt erhebliche Anstrengungen voraus, damit für die Industrie einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen und ständige Anpassungen an strukturelle Änderungen sowie an die Erfordernisse der Schaffung von Arbeitsplätzen und des Umweltschutzes vorgenommen werden können, — die ihr von den Verträgen, insbesondere von den Artikeln 46 und 47 EGKS-Vertrag, übertragenen Aufgaben zu erfüllen, insbesondere technisch-wissenschaftliche und finanzielle Analysen in der Eisen- und Stahlindustrie vornehmen zu lassen,

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 1 1	*(Fortsetzung)*

— in Übereinstimmung mit einer Reihe von vom Parlament 1991 angenommenen Berichten über die Industriepolitik den Dialog mit all denjenigen, die an den Schlüsselindustrien beteiligt sind, zu fördern, und zwar insbesondere durch die Errichtung von Beratungsforen in Sektoren, die vor einem strukturellen Wandel stehen, einschließlich der Rüstungs-, Automobil- und Textilindustrie, der chemischen Industrie und der Raumfahrtindustrie unter Einbeziehung der Vereinigung der Küstenregionen in Europa,

— die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern sowie die Umstellung und Umstrukturierung der Wirtschaftstätigkeit hin zu Sektoren, die die Nutzung der lokalen Humanressourcen und die Wiederherstellung des Wirtschaftsgefüges ermöglichen, in den Regionen zu fördern, die stark von Industriesektoren abhängig sind, die sich in der Krise befinden oder mit dem Abbau von Arbeitsplätzen konfrontiert sind — wie Textil- und Bekleidungsindustrie, Kohlebergbau, Stahlindustrie, Schiffbau, Rüstungsindustrie,

— die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch horizontale Maßnahmen im Rahmen gemeinsamer politischer Strategien zu stärken,

— den Binnenmarkt durch eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Industrie in der Forschungspolitik, bei der Errichtung der Informationsgesellschaft und der Förderung der Zusammenarbeit in der Industrie zu vertiefen,

— die Wirkung der Informationsgesellschaft auf die Wettbewerbsfähigkeit zu analysieren,

— Anwendungen von allgemeinem Interesse zu definieren und zu realisieren,

— in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten eine Politik zu verfolgen, durch die innergemeinschaftlichen Standortverlagerungen von Unternehmen infolge eines Steuer-, Sozial- und Umweltdumping entgegengewirkt werden soll,

— die Zentralisierung aktualisierter Informationen über saubere Technologien und ihre Weitergabe durch die berufsständischen Organisationen an ihre Mitglieder, insbesondere durch eine größere Nutzung der in diesem Bereich bestehenden Datenbanken, zu fördern.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 950 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	5 339 000	3 100 000	2 239 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 200 000	700 000	1 000 000	2 000 000	1 500 000	
Mittel 1996	4 950 000		311 000	1 500 000	2 000 000	1 139 000
Insgesamt	15 489 000	3 800 000	3 550 000	3 500 000	3 500 000	1 139 000

Die Einnahmen aus Teilnehmergebühren von Vortragsveranstaltungen und aus dem Verkauf von Druckschriften, die aus Mitteln dieses Artikels veranstaltet oder herausgegeben werden, sind nach Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 250 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 1 4	***Verwaltung des Zentrums für industrielle Zusammenarbeit EG-Japan***						
	Getrennte Mittel	2 200 000	2 200 000	2 000 000	2 052 000	1 906 028,—	1 733 873,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	7 150 000	5 750 000	7 200 000	5 852 000	6 900 274,—	5 056 444,—
	KAPITEL B5-4 1 INSGESAMT	7 150 000	5 750 000	7 200 000	5 852 000	6 900 274,—	5 056 444,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 1 4	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 235. Beschluß 92/278/EWG des Rates vom 18. Mai 1992 über die Konsolidierung des Zentrums für industrielle Zusammenarbeit EG-Japan (ABl. Nr. L 144 vom 26. 5. 1992, S. 19). Diese Mittel sollen zur Finanzierung der laufenden Verwaltungskosten der vom japanischen Industrie- und Handelsministerium und der Kommission gemeinsam in Japan eingerichteten Stelle zur Förderung der industriellen Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und Japan beitragen. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 200 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	534 000	300 000	234 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	1 752 000	248 000			
Mittel 1996	2 200 000		1 718 000	482 000		
Insgesamt	4 734 000	2 052 000	2 200 000	482 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 2 — MASSNAHMEN ZUR MODERNISIERUNG UND VERBESSERUNG DER AGRAR- UND INDUSTRIESTRUKTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-4 2						
B5-4 2 0	***Programm zur Modernisierung der Textil- und Bekleidungsindustrie in Portugal***						
	Getrennte Mittel	84 000 000	66 000 000	80 000 000	40 000 000	2 000 000,—	0,—
B5-4 2 1	***Abschluß der Maßnahmen betreffend die Verbesserung der Agrarstruktur in Portugal und die finanzielle Zusammenarbeit mit Griechenland***						
	Getrennte Mittel	p.m.	2 392 000	p.m.	2 800 000	0,—	41 944,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 2 — MASSNAHMEN ZUR MODERNISIERUNG UND VERBESSERUNG DER AGRAR- UND INDUSTRIESTRUKTUR

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-4 2 0

Verordnung (EG) Nr. 852/95 des Rates vom 10. April 1995 über einen finanziellen Beitrag zugunsten Portugals für ein spezifisches Programm zur Modernisierung der Textil- und Bekleidungsindustrie (ABl. Nr. L 86 vom 20. 4. 1995, S. 10).

Diese Mittel dienen der Finanzierung des Modernisierungsprogramms zugunsten der Textil- und Bekleidungsindustrie in Portugal.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 84 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 000 000	1 000 000	600 000	400 000		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	80 000 000	39 000 000	23 400 000	12 000 000	5 600 000	
Mittel 1996	84 000 000		42 000 000	25 000 000	13 000 000	4 000 000
Insgesamt	166 000 000	40 000 000	66 000 000	37 400 000	18 600 000	4 000 000

B5-4 2 1

Vormals Posten B7-4 0 0 0 und B7-4 0 0 1

Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3598/84 des Rates vom 18. Dezember 1984 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer spezifischen Finanzhilfe zur Verbesserung der Agrarstrukturen und der Fischereistrukturen in Portugal (ABl. Nr. L 333 vom 21. 12. 1984, S. 7).

Beschlüsse des Rates vom 17. Dezember 1985 zur Verlängerung der Anwendung der Abkommen bis zum 31. Dezember 1986.

Veranschlagt sind Mittel zur Abwicklung von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Maßnahmen zur Erleichterung des Beitritts Portugals zur Gemeinschaft, die Gegenstand eines Abkommens in Form eines Briefwechsels waren, sowie zur Finanzierung von Vorhaben und Programmen zur Verbesserung der Agrarstrukturen und der Fischerei in Portugal.

Diese Mittel dienen auch der Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland.

Das Finanzprotokoll, unterzeichnet am 28. Februar 1977, sah für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1981 die Gewährung vor von:

— 225 000 000 ECU in Form von Darlehen aus den eigenen Mitteln der Europäischen Investitionsbank,

— 55 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank (30 000 000 ECU), Zuschüssen (15 000 000 ECU) und Sonderdarlehen (10 000 000 ECU).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 2 — MASSNAHMEN ZUR MODERNISIERUNG UND VERBESSERUNG DER AGRAR- UND INDUSTRIESTRUKTUR
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	84 000 000	68 392 000	80 000 000	42 800 000	2 000 000,—	41 944,—
	KAPITEL B5-4 2 INSGESAMT	84 000 000	68 392 000	80 000 000	42 800 000	2 000 000,—	41 944,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	113 650 000	100 942 000	120 300 000	82 682 000	40 208 697,—	30 830 350,—
	Titel B5-4 insgesamt	**113 650 000**	**100 942 000**	**120 300 000**	**82 682 000**	**40 208 697,—**	**30 830 350,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-4 2 — MASSNAHMEN ZUR MODERNISIERUNG UND VERBESSERUNG DER AGRAR- UND INDUSTRIESTRUKTUR
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 2 1	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	7 706 000	2 800 000	2 392 000	2 514 000		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	7 706 000	2 800 000	2 392 000	2 514 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-5

INFORMATIONSMARKT

KAPITEL B5-5 0 — INFORMATIONSMARKT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-5 0						
B5-5 0 0	***IMPACT (Entwicklung eines Marktes für Informationsdienste)***						
	Getrennte Mittel	p.m.	5 800 000	13 930 000	14 050 000	14 227 076,—	12 606 469,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-5

INFORMATIONSMARKT

KAPITEL B5-5 0 — INFORMATIONSMARKT

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-5 0 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 235. Entscheidung 88/524/EWG des Rates vom 26. Juli 1988 über die Durchführung eines Aktionsplans zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste (ABl. Nr. L 288 vom 21. 10. 1988, S. 39). Beschluß 91/691/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 über ein Programm zur Schaffung eines Binnenmarktes für Informationsdienste (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1991, S. 41). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. April 1993 mit den Bemerkungen als Bestandteil des Beschlusses über die Entlastung der Kommission für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1991 (ABl. Nr. L 155 vom 26. 6. 1993, S. 75). Diese Mittel dienen der Abwicklung der bestehenden Verpflichtungen. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	11 562 056	9 500 000	2 000 000	62 056		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	13 930 000	4 550 000	3 800 000	2 812 000	1 200 000	1 568 000
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	25 492 056	14 050 000	5 800 000	2 874 056	1 200 000	1 568 000

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „—“ für Verpflichtungen,

— 85 123 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III des Ausgabenplans dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-5 0 — INFORMATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-5 0 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	5 800 000	13 930 000	14 050 000	14 227 076,—	12 606 469,—
	KAPITEL B5-5 0 INSGESAMT	p.m.	5 800 000	13 930 000	14 050 000	14 227 076,—	12 606 469,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	5 800 000	13 930 000	14 050 000	14 227 076,—	12 606 469,—
	Titel B5-5 insgesamt	**p.m.**	**5 800 000**	**13 930 000**	**14 050 000**	**14 227 076,—**	**12 606 469,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-5 0 — INFORMATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-5 0 0	*(Fortsetzung)* Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-6

STATISTISCHE INFORMATIONEN

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-6 0						
B5-6 0 0	***Politik auf dem Gebiet der statistischen Information mit Beteiligung der Drittstaaten***						
	Getrennte Mittel	26 100 000	26 000 000	27 150 000	26 100 000	29 951 182,—	24 555 623,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-6

STATISTISCHE INFORMATIONEN

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-600	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 43, 100 a, 213 und 235. Vertrag über die Europäische Union. Einheitliche Europäische Akte (ABl. Nr. L 169 vom 29. 6. 1987, S. 1). Mitteilung der Kommission vom 29. April 1988 über die Erarbeitung einer Gemeinschaftspolitik und vorrangiger Aktionen im Bereich der statistischen Information (KOM(88) 248 endg.). Entschließung des Rates vom 19. Juni 1989 über die Durchführung eines Plans für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information: Statistisches Programm der Europäischen Gemeinschaften 1989-1992 (ABl. Nr. C 161 vom 28. 6. 1989, S. 1). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 30. Januar 1992 über die Entwicklung des Europäischen statistischen Systems (KOM(92) 20 endg.). Entscheidung 93/464/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 über das Rahmenprogramm für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information (1993-1997) (ABl. Nr. L 219 vom 28. 8. 1993, S. 1). Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. Nr. L 1 vom 3. 1. 1994, S. 3). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. März 1994, über die Tätigkeit der Gemeinschaft im Bereich der Statistik (ABl. Nr. C 106 vom 14. 4. 1994, S. 22). *Funktionieren des Binnenmarktes* Beschluß 81/1061/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Verfahrens zur Angleichung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Einführung einer Gemeinschaftserhebung über die Produktion von Gütern (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1991, S. 1). Entscheidung 92/326/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Einführung eines Zweijahresprogramms (1992-1993) für die Entwicklung einer europäischen Dienstleistungsstatistik (ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1992, S. 131). Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates, vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 76 vom 30. 3. 1993 S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistiche Verwendungszwecke (ABl. Nr. L 196 vom 5. 8. 1993, S. 1). Entscheidung 94/808/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über die Annahme eines Entwicklungsprogramms mit vierjähriger Laufzeit (1994-1997) für die Umweltkomponente in den gemeinschaftlichen Statistiken (ABl. Nr. L 328 vom 20. 12. 1994, S. 58). Vorschlag für eine Verordnung (EG, Euratom) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. April 1995, betreffend die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. Nr. C 146 vom 13. 6. 1995, S. 6). *Wirtschafts- und Währungsunion* Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates vom 13. Februar 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (ABl. Nr. L 49 vom 21. 2. 1989, S. 26). Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates vom 7. November 1991 über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 316 vom 16. 11. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 854/93 des Rates vom 5. April 1993 über die Durchfuhrstatistik und die Statistik des Lagerverkehrs im Warenverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 90 vom 14. 4. 1993, S. 1). Entscheidung 93/570/EWG, Euratom der Kommission vom 4. Oktober 1993 bezüglich der Abgrenzung der „sonstigen Produktionssteuern" von den „Vorleistungen" im Zusammenhang mit der Anwendung von Artikel 1 der Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (ABl. Nr. L 276 vom 9. 11. 1993, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates vom 29. Oktober 1993 betreffend die statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 342 vom 31. 12. 1993, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-600	*(Fortsetzung)*

Entscheidung 94/197/EG der Kommission vom 26. Januar 1994 zur Festlegung der ländlichen Gebiete nach Ziel 5b der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates für den Zeitraum 1994-1999 (ABl. Nr. L 96 vom 14. 4. 1994, S. 1).

Entscheidung 94/168/EG, Euratom der Kommission vom 22. Februar 1994 über Maßnahmen zur Durchführung der Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (ABl. Nr. L 77 vom 19. 3. 1994, S. 51).

Entscheidung 94/203/EG der Kommission vom 28. Februar 1994 zur Festlegung der Richtgrößen für die Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen der Strukturfonds für das Ziel 5b gemäß der Definition der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates unter die Mitgliedstaaten im Zeitraum 1994-1999 (ABl. Nr. L 97 vom 15. 4. 1994, S. 43).

Verordnung (EG) Nr. 3079/94 der Kommission vom 16. Dezember 1994 über das Länderverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1994, S. 17).

Verordnung (EG) Nr. 1172/95 des Rates vom 22. Mai 1995 über die Statistiken des Warenverkehrs der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten mit Drittländern (ABl. Nr. L 118 vom 25. 5. 1995, S. 10).

Gemeinschaftspolitiken

Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988-1997 (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 837/90 des Rates vom 26. März 1990 über die von den Mitgliedstaaten zu liefernden statistischen Informationen über die Getreideerzeugung (ABl. Nr. L 88 vom 3. 4. 1990, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 959/93 des Rates vom 5. April 1993 über die von den Mitgliedstaaten zu liefernden statistischen Informationen über die pflanzlichen Erzeugnisse außer Getreide (ABl. Nr. L 98 vom 24. 4. 1993, S. 1).

Richtlinie 93/23/EWG des Rates vom 1. Juni 1993 betreffend die statistischen Erhebungen über die Schweineerzeugung (ABl. Nr. L 149 vom 21. 6. 1993, S. 1).

Richtlinie 93/24/EWG des Rates vom 1. Juni 1993 betreffend die statistischen Erhebungen über die Rindererzeugung (ABl. Nr. L 149 vom 21. 6. 1993, S. 5).

Richtlinie 93/25/EWG des Rates vom 1. Juni 1993 betreffend die statistischen Erhebungen über die Schaf- und Ziegenerzeugung (ABl. Nr. L 149 vom 21. 6. 1993, S. 10).

Verordnung (EWG) Nr. 2018/93 des Rates vom 30. Juni 1993 über die Vorlage von Statistiken über die Fänge und die Fischereitätigkeit der Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (ABl. Nr. L 186 vom 28. 7. 1993, S. 1).

Entscheidung 94/78/EG, Euratom des Rates, vom 24. Januar 1994 über die Aufstellung eines mehrjährigen Programms zur Entwicklung von Gemeinschaftsstatistiken über Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. Nr. L 38 vom 9. 2. 1994, S. 30).

Entscheidung 94/376/EG der Kommission vom 30. Mai 1994 zur Änderung der Entscheidung 85/377/EWG zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. Nr. L 171 vom 6. 7. 1994, S. 30).

Entscheidung 94/432/EG der Kommission vom 30. Mai 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 93/23/EWG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über den Schweinebestand und die Schweineerzeugung (ABl. Nr. L 179 vom 13. 7. 1994, S. 22).

Entscheidung 94/433/EG der Kommission vom 30. Mai 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 93/24/EWG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über den Rinderbestand und die Rindererzeugung und zur Änderung dieser Richtlinie (ABl. Nr. L 179 vom 13. 7. 1994, S. 27).

Entscheidung 94/434/EG der Kommission vom 30. Mai 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 93/25/EWG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über den Schaf- und Ziegenbestand und die Schaf- und Ziegenerzeugung (ABl. Nr. L 179 vom 13. 7. 1994, S. 33).

Entscheidung 94/677/EG der Kommission vom 6. Oktober 1994 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates betreffend die Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1995 bis 1997 (ABl. Nr. L 269 vom 20. 10. 1994, S. 38).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 18. September 1995, über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr (ABl. Nr. C 325 vom 6. 12. 1995, S. 11).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. September 1995, über die Vorlage von Statistiken über die Aquakulturproduktion durch die Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 28).

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 17. Oktober 1995, zur Verbesserung des Agrarstatistik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 336 vom 14. 12. 1995, S. 6).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-600	*(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 2597/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die in bestimmten Gebieten außerhalb des Nordatlantiks Fischfang betreiben (ABl. Nr. L 270 vom 13. 11. 1995, S. 1).

Richtlinie 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus (ABl. Nr. L 291 vom 6. 12. 1995, S. 32).

Richtlinie 95/64/EG des Rates vom 8. Dezember 1995 über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (ABl. Nr. L 320 vom 30. 12. 1995, S. 25).

Sozialpolitik

Richtlinie 82/606/EWG des Rates vom 28. Juli 1982 über von den Mitgliedstaaten durchzuführende Erhebungen über die Verdienste der ständig beschäftigten Arbeiter und der Saisonarbeiter in der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 247 vom 23. 8. 1982, S. 22), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/534/EWG (ABl. Nr. L 288 vom 18. 10. 1991, S. 36).

Verordnung (EWG) Nr. 1612/88 des Rates vom 9. Juni 1988 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe, im Groß- und im Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe (ABl. Nr. L 145 vom 11. 6. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3711/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Durchführung einer jährlichen Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 351 vom 20. 12. 1991, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3949/92 des Rates vom 21. Dezember 1992 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor (ABl. Nr. L 404 vom 31. 12. 1992, S. 7).

Entschließung des Rates vom 5. Dezember 1994 zur Förderung der Bildungsstatistik in der Europäischen Union (ABl. Nr. C 374 vom 30. 12. 1994, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 2744/95 des Rates vom 27. November 1995 zu den Statistiken über Struktur und Verteilung der Verdienste (ABl. Nr. L 287 vom 30. 11. 1995, S. 3).

Diese Mittel sind für die Durchführung des gesamten statistischen Programms der Europäischen Gemeinschaft 1993-1997 und die diesbezüglichen Rechtsgrundlagen bestimmt. Es betrifft folgende Bereiche:

— Funktionieren des Binnenmarktes,

— Europäische Wirtschafts- und Währungsunion,

— Gemeinschaftspolitiken,

— Sozialpolitik und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt,

— die Europäische Union und die übrige Welt,

— Weiterentwicklung statistischer Technologien und Humanressourcen,

— Zustand der Umwelt in den Mitgliedstaaten und sonstige Umweltstatistiken.

Insbesondere: Ausgaben im Zusammenhang mit den eingesetzten Mitteln wie statistische Erhebungen, spezifische Hilfen für die nationalen statistischen Ämter, Verarbeitung, Verbreitung, Förderung und Vermarktung statistischer Informationen, Analyse und statistische Dokumentation auf Magnetträgern, Gutachten unabhängiger Sachverständiger, Kofinanzierung des öffentlichen und privaten Sektors, Finanzierung von Erhebungen durch Betriebe, Veranstaltung von Ausbildungskursen über fortgeschrittene statistische Technologien für die Statistika in den Mitgliedstaaten, Kosten des Ankaufs von Dokumentation, Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung der gleichen Maßnahmen in den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten.

Veranschlagt sind ferner die Kosten im Rahmen der Ausbildung einzelstaatlicher Statistiker und der Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und den mittel- und osteuropäischen Ländern: Ausgaben für den Beamtenaustausch, Kosten von Informationssitzungen, Zuschüsse und Erstattungsausgaben für im Rahmen der Anpassung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften erbrachte Dienstleistungen.

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Ankauf von Daten und den externen Datenbanken der Kommission.

Außerdem sind Mittel zur Deckung für die auf Antrag der Kommission oder anderer Gemeinschaftsorgane zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Gemeinschaftsausgaben bestimmt. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanzierungspolitik und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision der Finanziellen Vorausschau) verbessert, und mittelfristig und langfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Gemeinschaft zusammengetragen.

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B5-6 0 4	***Politik auf dem Gebiet der statistischen Information ohne Beteiligung der Drittstaaten***						
	Getrennte Mittel	9 800 000	6 550 000	9 850 000	6 600 000	9 753 952,—	6 000 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-600 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 26 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	25 335 807	17 440 000	7 895 807			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	27 150 000	13 450 000	9 300 000	4 400 000		
Mittel 1996	26 100 000		8 804 193	9 542 962	7 752 845	
Insgesamt	78 585 807	30 890 000 (1)	26 000 000	13 942 962	7 752 845	

(1) Einschließlich 4 790 000 ECU aus 1994.

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 432 130 ECU an Verpflichtungen,

— 434 585 ECU an Zahlungen.

Diese Beträge, zur Information, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, führen zur Bereitstellung der entsprechenden Mittel und zur Ausführung im Rahmen der Anlage III dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans.

Die wiederzuverwendenden Einahmen werden auf 1 300 000 ECU veranschlagt.

B5-604 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 43, 100 a, 213 und 235.

Einheitliche Europäische Akte (ABl. Nr. L 169 vom 29. 6. 1987, S. 1).

Entscheidung 93/464/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 über das Rahmenprogramm für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information (1993 bis 1997) (ABl. Nr. L 219 vom 28. 8. 1993, S. 1).

Die Drittstaaten sind in erster Linie von folgenden Verordnungen und Beschlüssen/Entscheidungen des Rates nicht betroffen:

— die Verordnungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Agrarpolitik in den Bereichen Tierbestände, Wein, Obst und Gemüse,

— die gemeinsame Fischereipolitik in den Bereichen Fischereiflotte und Anlandungen,

— die Politik der Gemeinschaft im Bereich der Zusammenarbeit,

— die Tarif- und Handelsstatistiken der Mitgliedstaaten und die Statistiken der Stahlindustrie,

— die Verwaltung und die Verbreitung der Datenbanken der Mitgliedstaaten,

— die Umweltpolitik der Gemeinschaft.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-604 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind für die Durchführung des gesamten statistischen Programms der Europäischen Gemeinschaft 1993-1997 bestimmt. Das betrifft:

— Funktionieren des Binnenmarktes,

— Europäische Wirtschafts- und Währungsunion,

— Gemeinschaftspolitiken,

— Sozialpolitik und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt,

— die Europäische Union und die übrige Welt,

— Weiterentwicklung statistischer Technologien und Humanressourcen,

— der Zustand der Umwelt in den Mitgliedstaaten sowie sonstige Umweltstatistiken.

Insbesondere: Ausgaben im Zusammenhang mit den eingesetzten Mitteln wie statistische Erhebungen und Untersuchungen, spezifische Hilfen für die nationalen statistischen Ämter, Verarbeitung, Verbreitung, Förderung und Vermarktung statistischer Informationen, Analyse und statistische Dokumentation auf Magnetträgern, Gutachten unabhängiger Sachverständiger, Kofinanzierung des öffentlichen und privaten Sektors, Finanzierung von Erhebungen durch Betriebe, Veranstaltung von Ausbildungskursen über fortgeschrittene statistische Technologien für die Statistika in den Mitgliedstaaten, Kosten des Ankaufs von Dokumentation.

Veranschlagt sind ferner die Kosten im Rahmen der Ausbildung einzelstaatlicher Statistiker und der Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und den mittel- und osteuropäischen Ländern: Ausgaben für den Beamtenaustausch, Kosten von Informationssitzungen, Zuschüsse und Erstattungsausgaben für im Rahmen der Anpassung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften erbrachte Dienstleistungen.

Ebenfalls in diesem Artikel eingesetzt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Ankauf von Daten und den externen Datenbanken der Kommission.

Außerdem sind Mittel veranschlagt zur Deckung der auf Antrag der Kommission oder anderer Gemeinschaftsorgane zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Gemeinschaftsausgaben. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanzierungspolitik und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision der Finanziellen Vorausschau) verbessert, und mittelfristig und langfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Gemeinschaft zusammengetragen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 777 000	2 560 000	2 217 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 850 000	4 040 000	3 470 000	2 340 000		
Mittel 1996	9 800 000		863 000	3 091 831	5 845 169	
Insgesamt	24 427 000	6 600 000	6 550 000	5 431 831	5 845 169	

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 4	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	35 900 000	32 550 000	37 000 000	32 700 000	39 705 134,—	30 555 623,—
	KAPITEL B5-6 0 INSGESAMT	35 900 000	32 550 000	37 000 000	32 700 000	39 705 134,—	30 555 623,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	35 900 000	32 550 000	37 000 000	32 700 000	39 705 134,—	30 555 623,—
	Titel B5-6 insgesamt	**35 900 000**	**32 550 000**	**37 000 000**	**32 700 000**	**39 705 134,—**	**30 555 623,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWIRKLICHUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-6 0 4	*(Fortsetzung)* Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 250 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-7

TRANSEUROPÄISCHE NETZE

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-7 0						
B5-7 0 0	***Finanzielle Unterstützung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben in der Gemeinschaft***						
	Getrennte Mittel	210 000 000 (1)	135 000 000 (2)	240 000 000	157 800 000	200 000 000,—	119 970 913,—

(1) Mittel in Höhe von 70 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 45 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-7

TRANSEUROPÄISCHE NETZE

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 129 b bis 129 d. Entscheidung 93/628/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 zur Schaffung eines transeuropäischen Netzes für den kombinierten Verkehr (ABl. Nr. L 305 vom 10. 12. 1993, S. 1). Entscheidung 93/629/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 zur Schaffung eines transeuropäischen Straßennetzes (ABl. Nr. L 305 vom 10. 12. 1993, S. 11). Entscheidung 93/630/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 über die Entwicklung eines transeuropäischen Binnenwasserstraßennetzes (ABl. Nr. L 305 vom 10. 12. 1993, S. 39). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. April 1994, über die Interoperabilität des europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes (ABl. Nr. C 134 vom 17. 5. 1994, S. 6), geändert am 15. Juni 1995 (ABl. Nr. C 203 vom 8. 8. 1995, S. 13). Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (ABl. Nr. L 228 vom 23. 9. 1995, S. 1). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 22/95, vom Rat festgelegt am 28. September 1995, im Hinblick auf den Erlaß einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (ABl. Nr. C 331 vom 8. 12. 1995, S. 1) Allgemeines Ziel der Aktion: Kofinanzierung von Infrastrukturvorhaben, die zur Erreichung der Ziele von Artikel 129 b des Vertrages beitragen. Die Gemeinschaftsaktion soll den Verbund und die Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie den Zugang zu diesen Netzen fördern, wobei der Notwendigkeit Rechnung getragen wird, die Inseln, Randgebiete und die für den Verkehr nicht erschlossenen Gebiete an die zentralen Gebiete der Gemeinschaft anzubinden. Die Errichtung eines transeuropäischen Verkehrsnetzes trägt somit zum effektiven und harmonischen Funktionieren des Binnenmarktes und zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts bei. Um diese Ziele zu erreichen, legt die Gemeinschaft Leitlinien (Netzpläne) mit Angabe der Projekte von gemeinsamem Interesse fest, wobei jeder Mitgliedstaat die Netzpläne und Projekte von gemeinsamem Interesse genehmigt, die sein eigenes Gebiet betreffen. Gegenstand der finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft sind vor allem die Festlegung und Inangriffnahme von Vorhaben von gemeinsamem Interesse durch Förderung der Durchführbarkeitsstudien für diese Vorhaben und/oder gegebenenfalls in der Phase der Durchführung der Projekte durch Zinszuschüsse, eine Beteiligung an den Kosten der Anleihebürgschaften oder direkten Zuschuß. Diese Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung und Erleichterung von Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. Die Verwendung der Mittel für die verschiedenen Verkehrsarten wird auf eine auf Dauer tragbare Verkehrspolitik ausgerichtet, wobei den auf Dauer umweltverträglichsten Verkehrsträgern Vorrang eingeräumt wird, insbesondere durch intermodal oder nur auf einen Verkehrsträger ausgerichtete Vorhaben des Verkehrsmanagements. Drei Viertel dieser Mittel sind für die Finanzierung der nachfolgend genannten Projekte eingesetzt. Jede Änderung dieser Liste muß im Einvernehmen zwischen den beiden Teilen der Haushaltsbehörde auf Vorschlag der Kommission vorgenommen werden. Vorhaben, die in die Prioritätenliste aufgenommen werden, unterliegen folgenden Kriterien: — Die Vorhaben einschließlich ihrer Zulaufstrecken müssen im transeuropäischen Netz liegen; — es handelt sich um Lückenschlüsse oder Knotenpunkte, sie werden gemäß ihrem internationalen Verkehrsanteil bewertet; — die Baureife liegt innerhalb der nächsten fünf Jahre; — die Summe aller Vorhaben liegt innerhalb des zur Verfügung stehenden Finanzrahmens;

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*

— die Investitionsstruktur weist folgende Anteile auf:
  — Schiene: min. 40 %,
  — Straße: max. 25 %,
  — kombinierter Verkehr: min. 15 %.

Die besonderen Interessen der Kohäsionsländer sind zu berücksichtigen.

I. Prioritäre Projekte

(in Milliarden ECU)

Projekte	Kostenschätzung	
	Insgesamt	1995-1999
Hochgeschwindigkeitsverbindung Schiene/kombinierter Verkehr Nord-Süd Nürnberg - Erfurt - Halle/Leipzig - Berlin Brenner-Achse: Verona - München	21,0	4,2
Hochgeschwindigkeitsverbindung (Paris) - Brüssel - Köln - Amsterdam - London Belgien: Grenze F/B - Brüssel - Lüttich - Grenze B/D; Brüssel - Grenze B/NL UK: London - Kanaltunnel Niederlande: Grenze B/NL - Rotterdam - Amsterdam Deutschland: (Aachen) - Köln - Rhein/Main	16,0	9,5
Hochgeschwindigkeitsverbindung Süd Madrid - Barcelona - Perpignan - Montpellier Madrid - Vitoria - Dax	13,0	3,2
Hochgeschwindigkeitsverbindung West-Ost Paris - Metz - Straßburg - Appenweier - (Karlsruhe), mit Anbindung an die Strecken Metz - Saarbrücken - Mannheim und Metz - Luxemburg und Fortführung von Stuttgart über Ulm - Augsburg - München nach Wien	4,5	3,0
Konventionelle Strecke Eisenbahn/kombinierter Verkehr: Betuwe-Linie Rotterdam - Grenze NL/D - (Rhein/Ruhr)	3,3	2,2
Hochgeschwindigkeitsverbindung/kombinierter Verkehr Frankreich-Italien Lyon - Turin Turin - Genua - Mailand - Venedig - Triest	14,0	3,8
Autobahnen in Griechenland: Pathe und Via Egnatia Rio - Antirio; Patras - Athen - Thessaloniki - Promahon - (bulgarische Grenze) Igoumenitsa - Thessaloniki - Alexandroupolis - Ormenio - (griechisch-bulgarische Grenze) - Kipi (türkische Grenze)	6,4	5,1

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*

I. **Prioritäre Projekte** *(Fortsetzung)*

(in Milliarden ECU)

Projekte	Kostenschätzung	
	Insgesamt	1995-1999
Autobahn Lissabon - Valladolid	1,1	0,7
Konventionelle Eisenbahnverbindung Cork - Dublin - Belfast - Larne - Stranraer	0,3	0,1
Kombinierter Verkehr: München/Wien - Triest - Venedig - Bologna - Ravenna - Ancona - Brindisi - Igoumenitsa - Patras - Larissa (Eisenbahnverbindung) - Zypern/Malta - Nordafrika	2,0	0,8
Beseitigung des Engpasses von Cattolica und technologische Verbesserung der Eisenbahnverbindung entlang der Adria, internationale Knotenpunkte und Organisation der Binnenwasserstraßen der Poebene (Po - Adria)		
Multimodale Verbindungen und Infrastrukturen für die Adria- und Binnenhäfen		
Flughafenkomplex Malpensa-Linate (Mailand)		
Eisen- und Stadtbahnverbindungen und Flughafenstrukturen für kombinierten und intermodalen Verkehr		
Feste Verbindung Eisenbahn/Straße zwischen Dänemark und Schweden (Øresund-Strecke) einschließlich Anbindung von Straße, Eisenbahn und Luftverkehr	3,4	2,7
Nordisches Dreieck (Schweden - Finnland)	3,5	1,2
Straßen- und Eisenbahnverbindung Irland/UK/Benelux	4,0	2,1
Westküstenstrecke (Eisenbahn) (GB)	0,9	0,7
Insgesamt	91	40

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*

II. Weitere wichtige Projekte

(in Milliarden ECU)

Projekte	Kostenschätzung	
	Insgesamt	1995-1999
Kombinierter Verkehr (1996-2005) bislang Projekte in Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Portugal, Spanien und im Vereinigten Königreich (siehe unten), unter Bevorzugung transnationaler Initiativen	2,9	2,0
Flughafen Spata (Athen) (bis zum Jahr 2000)	2,0	2,0
Flughafen Berlin (1995-1998)	4,1	4,1
Maurienne-Autobahn (bis 1998)	1,1	1,1
Hochgeschwindigkeitsnetz in Dänemark	0,4	0,4
Transappeninautobahn Bologna - Florenz (1995-2001)	2,1	1,8
Hochgeschwindigkeitsstrecke/kombinierter Verkehr - Donaustrecke (1995-2010) München/Nürnberg - Wien - (Budapest - Bratislava)	3,1	2,6
Autobahn Nizza - Cuneo (1997-2010)	4,7	2,0
Projekte, die einer weiteren Prüfung bedürfen		
Fehmarn-Belt: feste Verbindung Dänemark - Deutschland (1998-2010)	4,5	0,7
Autobahn Bari - Otranto (1998-2003)	0,3	0,1
Rhein-Rhône-Kanal (1995-2007)	2,5	0,9
Seine-Schelde-Kanal (1999-2006)	1,4	0,2
Elbe-Oder-Kanal (1996-2010)		0,7
Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen (1999-2010)	0,7	0,1
Hochgeschwindigkeitsverbindung Randstad - Rhein/Ruhr (1998-2010) Amsterdam - Arnheim - (Köln)	1,6	0,7
Straßenkorridor Valencia - Saragossa - Somport (1995-2002)	1,2	0,3
Hochgeschwindigkeitsverbindung (Brenner) - Florenz - Rom - Neapel (nach 2000)	8,3	0,3
Hochgeschwindigkeitsverbindung Luxemburg - Brüssel (nach 1999)		0,5

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*

II. **Weitere wichtige Projekte** *(Fortsetzung)*

(in Milliarden ECU)

Projekte	Kostenschätzung	
	Insgesamt	1995-1999
Straßenkorridor Neapel - Reggio di Calabria (bis 2000)	3,2	3,2
Short-Sea-Kombiverkehrsterminal Rotterdam (1995-2001)	0,2	0,2
Küstenschiffahrt, Verbindungen der Binnenverkehrsinfrastruktur zu den Häfen	3,0	1,0
Erarbeitung eines umfassenden Gesamtkonzepts für die Po-Ebene zwischen Cremona und Turin unter Berücksichtigung des kombinierten Verkehrs		
Verbesserung der Schiffbarkeit der Elbe zwischen Magdeburg und der tschechischen Grenze (nach 1999)		2,5
Kombinierte Straßennetz-/Schienenquerung der Elbe westlich von Hamburg		2,2
Kombinierte Küstenverbindungsstrecke	1,5	0,8
Barcelona - Marseille - Genua - Livorno - Civitavecchia/Rom - Orte/Palermo Multimodale Verbindung über die Meerenge von Messina		
Eisenbahnachse Tyrrhenisches Meer - Adria	1,0	0,2
Rom - Orte - Falconara - Ancona - Split/Sarajewo - Durrës/Tirana - Igoumenitsa - Larissa - Patras - Zypern/Malta - Nordafrika		
Insgesamt	49	23

In den vorstehenden Projekten enthaltene Kombiverkehrsverbindungen

Nachstehende Verbindungen werden in den nächsten fünf Jahren für den kombinierten Verkehr fertiggestellt:

1. Taulov - Nordjütland;
2. Hamburg - Padborg - Taulov - Kopenhagen;
3. Hamburg - Berlin;
4. Hannover - Berlin;
5. Nürnberg - Berlin;
6. Berlin - Dresden;
7. Frankfurt - Würzburg;
8. Betuwe-Linie (Rotterdam - Ruhr) und die niederländischen Verbindungen nach Hengelo und Venlo;
9. Rotterdam - Antwerpen/Zeebrugge - Brüssel - Luxemburg - Bettembourg;
10. Antwerpen - Aachen;
11. Rotterdam - Antwerpen - Brüssel - Aulnoye;
12. Aachen - Lüttich - Erquelinnes;
13. Porto - Lissabon - Madrid - Barcelona;
14. Lissabon - Burgos - Irún - französisch-spanische Grenze;

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)* 15. Port-Bou - Barcelona - Valencia - Murcia; 16. Madrid - Almería/Algeciras; 17. Le Havre - Paris; 18. Dijon - Modane; 19. Paris - Straßburg; 20. Kehl - Dijon; 21. Nancy - Avignon; 22. Marseille - Genua; 23. Avignon - Narbonne; 24. Paris - Dijon; 25. Paris - Hendaye; 26. Aulnoye - Metz; 27. Tarvis - Udine - Bologna; 28. Brenner-Achse - Bologna; 29. Udine - Triest; 30. Iselle - Turin/Mailand - Bologna; 31. Modena - Turin/Mailand; 32. Chiasso - Mailand; 33. Verona - Triest; 34. La Spezia - Fidenza; 35. Livorno - Florenz; 36. Patras - Athen; 37. Athen - Larissa (Volos) - Thessaloniki - Nordgrenze (ehemaliges Jugoslawien und Bulgarien); 38. Vigo - Orense - Madrid - Ferrol - La Coruña - Lugo - Madrid; 39. Adriatischer Korridor: Triest - Ravenna - Ancona - Brindisi - Igoumenitsa - Patras - Larissa - Zypern/Malta - Nordafrika; 40. Antwerpen - Ruhrgebiet; 41. Glasgow - Folkestone mit Verbindungen zu irischen Seehäfen (Huckepackverkehr) und einschließlich aller auf dieser Strecke liegenden zugeordneten Güterbahnhöfe.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*

III. Europaweite Projekte

Hinsichtlich der Einführung neuer Technologien und Verkehrsmanagementsysteme, die die Nutzung von Infrastrukturen für alle Verkehrsträger (Land, Wasser und Luft) verbessern und mehreren Mitgliedstaaten zugute kommen, wurden die nachstehenden Projekte als Pilotaktionen ausgewählt, die im Laufe der nächsten fünf Jahre in vollem Umfang realisiert werden sollten:

(in Milliarden ECU)

Projekte	Kostenschätzung	
	Insgesamt	1995-1999
Luftverkehrsmanagement: Harmonisierung und Integration der nationalen Luftverkehrsmanagementsysteme in ein einheitliches System	16	6,5
Straßenverkehrsmanagement: Pilotprojekte, die Verkehrsleitstellen und das Verkehrsfunksystem Radio Data System - Traffic Message Channel (RDS-TMC) einbeziehen	31	2,6
Seeverkehrsinformations- und -managementnetz: ein gemeinschaftsweites Informationssystem für Schiffsbewegungen	1,1	0,8
Positions- und Navigationssystem: Entwicklung und Implementierung der europäischen Komponenten eines globalen Satelliten-Navigationssystems (GNSS)	0,9	0,2
Pilotprojekte für ein Eisenbahnverkehrsmanagementsystem: Überwachungs- und Steuerungssysteme für ausgewählte Hochgeschwindigkeitseisenbahnverbindungen	0,7	0,35
Insgesamt	50	10

Artikel 24 Absatz 2 der Entscheidung 95/.../EG findet auf diese Vorhaben Anwendung.

IV. Projekte zur Anbindung von Drittländern

Diese Projekte werden hier der Vollständigkeit halber genannt; sie stehen unter dem Vorbehalt der anzuwendenden besonderen Entscheidungsverfahren:

— Berlin - Warschau - Minsk - Moskau (Schiene und Straße),

— Dresden - Prag (Schiene und Straße),

— Nürnberg - Prag (Straße),

— Feste Verbindung über die Donau (Straße und Schiene) zwischen Bulgarien und Rumänien,

— Helsinki - St. Petersburg - Moskau (Schiene und Straße),

— Triest - Ljubljana - Budapest - Lvov - Kiev (Schiene und Straße),

— Ostsee-Telematiksystem,

— Elbe und Moldau (Binnenwasserstraße): Verbesserung der Schiffbarkeit von der deutschen Grenze bis Prag.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	210 000 000	135 000 000	240 000 000	157 800 000	200 000 000,—	119 970 913,—
	KAPITEL B5-7 0 INSGESAMT	210 000 000	135 000 000	240 000 000	157 800 000	200 000 000,—	119 970 913,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 0 — VERKEHRSNETZE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 0 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 210 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	472 048 000	61 800 000	55 200 000	120 000 000	130 000 000	105 048 000
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	240 000 000	96 000 000	18 000 000	42 000 000	42 000 000	42 000 000
Mittel 1996	280 000 000 (1)		106 800 000	34 751 773	70 496 454	67 951 773
Insgesamt	992 048 000	157 800 000	180 000 000 (2)	196 751 773	242 496 454	214 999 773

(1) Davon sind 70 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 45 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 1 — INFRASTRUKTURNETZE IM ENERGIEBEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-7 1						
B5-7 1 0	***Finanzielle Unterstützung der Energieinfrastruktur***						
	Getrennte Mittel	12 000 000 (1)	5 300 000	16 000 000	5 300 000	0,—	0,—

(1) Mittel in Höhe von 4 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 1 — INFRASTRUKTURNETZE IM ENERGIEBEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 1 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 129 b, 129 c und 129 d. Entschließung des Rates vom 22. Januar 1990 zu einer europäischen Infrastruktur (ABl. Nr. C 27 vom 6. 2. 1990, S. 8). Richtlinie 90/547/EWG des Rates vom 29. Oktober 1990 über den Transit von Elektrizitätslieferungen über große Netze (ABl. Nr. L 313 vom 13. 11. 1990, S. 30). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Parlament vom 10. Dezember 1990: „Auf dem Weg zu einer europäischen Infrastruktur — ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm" (KOM(90) 585 endg.). Richtlinie 91/296/EWG des Rates vom 31. Mai 1991 über den Transit von Erdgas über große Netze (ABl. Nr. L 147 vom 12. 6. 1991, S. 37). Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 24. Februar 1992, betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (ABl. Nr. C 65 vom 14. 3. 1992, S. 4), geändert am 11. Februar 1994 (ABl. Nr. C 123 vom 4. 5. 1994, S. 1). Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 24. Februar 1992, betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt (ABl. Nr. C 65 vom 14. 3. 1992, S. 14), geändert am 11. Februar 1994 (ABl. Nr. C 123 vom 4. 5. 1994, S. 26). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 12/95, vom Rat festgelegt am 29. Juni 1995, im Hinblick auf den Erlaß einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für die Ausgestaltung der transeuropäischen Netze im Energiebereich (ABl. Nr. C 216 vom 21. 8. 1995, S. 31). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 13/95, vom Rat festgelegt am 29. Juni 1995, im Hinblick auf den Erlaß einer Entscheidung des Rates betreffend eine Reihe von Aktionen zur Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für die Entwicklung der transeuropäischen Netze im Energiebereich (ABl. Nr. C 216 vom 21. 8. 1995, S. 38). Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (ABl. Nr. L 228 vom 23. 9. 1995, S. 1). Diese Maßnahme soll zur Errichtung und Entwicklung transeuropäischer Netze im Energiebereich beitragen, wobei der Verbund und die Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie der Zugang zu diesen Netzen und ihrer Verlängerung außerhalb der Gemeinschaft gefördert werden sollen. Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für Studien der wirtschaftlichen und technischen Durchführbarkeit und für Studien zur Vorbereitung und Bewertung von Vorhaben, sowie für die Gewährung von Zinszuschüssen, Anleihebürgschaften oder in begründeten Fällen für direkte Zuschüsse zu Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die im Rahmen der vom Rat beschlossenen Leitlinien festgelegt werden. Sie decken die Finanzierung der folgenden Energienetze. Jede Änderung dieser Liste muß im Einvernehmen zwischen den beiden Teilen der Haushaltsbehörde auf Vorschlag der Kommission vorgenommen werden. 1. *Stromnetze* a1 Vereinigtes Königreich (Magee - Crytton - Moffat); a4 Griechenland - Italien (Ipiros - Apulien); b1 Deutschland - Dänemark (Bentwisch - Bjæverskov); b4 Frankreich - Belgien (Moulaine - Aubange); b6 Frankreich - Italien (Grand-Île - Piossasco); b7 Frankreich - Spanien (Cazaril - Aragon); b9 Belgien - Luxemburg (Aubange - Bertrange); b10 Spanien - Portugal (Aldeadavilla - Douro Int./Meson - Lindoso); b11 Finnland - Schweden; c2 Dänemark: Ost-West-Verbindung; c3 Niederlande: Nord-Ost-Zone (Zwolle - Meeden - Eemshaven); c4 Frankreich: Nord-Ost-Zone (Sierrentz - Mulbach); c5 Italien: Nord-Süd-Achse und Ost-West-Achse (15 Teilprojekte); c6 Spanien (Golf von Biskaya, Mittelmeerachse); c7 Portugal: Verstärkung der Verbindung mit Spanien (Pego - Rio Major II/Recarei - Douro Int.);

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 1 — INFRASTRUKTURNETZE IM ENERGIEBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 1 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 1 — INFRASTRUKTURNETZE IM ENERGIEBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 1 0	*(Fortsetzung)* c8 Griechenland: Ost-West-Achse; d3 Deutschland - Norwegen (einschließlich Verstärkung der Netze in Norwegen); d5 Italien - Schweiz (Gorlago - Robbia); d6 Österreich - Italien (Linz - Sandrigo); d9 Griechenland - Türkei (Thessaloniki - Hamitabat); d11 Norwegen - Niederlande (einschließlich Verstärkung der Netze in Norwegen); d13 Spanien - Marokko (Pinar - Melloussa); d14 Ostsee-Anrainer: Deutschland, Polen, Rußland (Enklave von Kaliningrad), Estland, Lettland, Litauen, Schweden und Finnland. 2. *Gasnetze* e3 Korsika, Sardinien und italienische Halbinsel; e4 Spanien (Galicien, Estremadura, Andalusien, Valencia-Süd, Murcia, verflüssigtes Erdgas El Ferrol); e5 Portugal (Setúbal - Braga); e6 Griechenland (Bulgarien - Athen, verflüssigtes Erdgas Revithoussa); f1 Irland - Nordirland; f2 Vereinigtes Königreich - Kontinent (Bacton - Zeebrugge); f3 Luxemburg - Deutschland; f6 Portugal - Spanien (Leiria - Cordoba, Braga - Tuy - Oviedo); g1 Irland (verflüssigtes Erdgas); g3 Frankreich (verflüssigtes Erdgas Montoir); g4 Italien (verflüssigtes Erdgas Montalto di Castro); g8 Spanien (Lager Gaviota, Huete); g9 Portugal (Lagerung); g11 Belgien (Lager Loenhout); g12 Dänemark (Lagerung); h3 Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, baltische Staaten: internordisches und baltisches Erdgasnetz; h4 Algerien - Spanien - Frankreich; h5 Algerien - Tunesien - Italien; h6 Rußland - Ukraine - Europäische Union; h7 Rußland - Belarus - Polen - Europäische Union; h11 Bulgarien - Griechenland; h12 Belgien - Deutschland (einschließlich der Verbindung Bernau - Eynatten).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 1 — INFRASTRUKTURNETZE IM ENERGIEBEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 1 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	12 000 000	5 300 000	16 000 000	5 300 000	0,—	0,—
	KAPITEL B5-7 1 INSGESAMT	12 000 000	5 300 000	16 000 000	5 300 000	0,—	0,—
	KAPITEL B5-7 2						
B5-7 2 0	***Transeuropäische Infrastrukturnetze im Telekommunikationsbereich***						
	Getrennte Mittel	17 500 000 (1)	12 700 000 (2)	22 000 000	15 700 000	17 835 603,—	7 185 365,—

(1) Mittel in Höhe von 4 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 4 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 1 — INFRASTRUKTURNETZE IM ENERGIEBEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 1 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	16 000 000	5 300 000	4 800 000	4 000 000	1 600 000	300 000
Mittel 1996	16 000 000 (1)		500 000	4 800 000	4 000 000	6 700 000
Insgesamt	32 000 000	5 300 000	5 300 000	8 800 000	5 600 000	7 000 000

(1) Davon werden 4 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B5-7 2 0

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 129 c und 129 d.

Richtlinie 90/387/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 zur Verwirklichung des Binnenmarktes für Telekommunikationsdienste durch Einführung eines offenen Netzzugangs (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1990, S. 1).

Richtlinie 90/388/EWG der Kommission vom 28. Juni 1990 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1990, S. 10).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Parlament vom 10. Dezember 1990: „Auf dem Weg zu einer europäischen Infrastruktur — ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm" (KOM(90) 585 endg.).

Schlußfolgerungen des Rates vom 31. März 1992 über die transeuropäischen Netze.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 0	*(Fortsetzung)* Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 22. Juli 1993 über die vorbereitenden Aktionen im Bereich der transeuropäische Netze für integrierte Breitbandkommunikation (TEN-IBC) (KOM(93) 372 endg.). Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.). Schlußfolgerungen des Rates vom 7. Dezember 1993 über die transeuropäischen Netze. Schlußfolgerungen des Rates vom 28. September 1994 über die Informationsgesellschaft. Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 1995, betreffend einen Komplex von Leitlinien für die transeuropäischen Telekommunikationsnetze (ABl. Nr. C 302 vom 14. 11. 1995, S. 23). Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über Gemeinschaftszuschüsse für transeuropäische Netze (ABl. Nr. L 228 vom 23. 9. 1995, S. 1). Entscheidung Nr. 2717/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. November 1995 über Leitlinien für die Entwicklung des EURO-ISDN (diensteintegrierendes digitales Fernmeldenetz zu einem transeuropäischen Netz (ABl. Nr. L 282 vom 24. 11. 1995, S. 16). Sonstige Maßnahmen betreffend die Telematik- und Telekommunikationsnetze im Rahmen der Verordnung des Rates zur Festlegung allgemeiner Regeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen auf dem Gebiet der transeuropäischen Netze. Veranschlagt sind Mittel für die Errichtung transeuropäischer Netze im Telekommunikationssektor. Generell sind die Bereiche, in denen diese Aktionen durchgeführt werden, im „Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" aufgeführt, und zwar: Breitbandnetze (einschließlich des diensteintegrierenden digitalen Netzes (ISDN)), generische Dienste (vor allem elektronische Post, Zugang zu Datenbanken, interaktive Videodienste) und Anwendungen von Interesse für die Allgemeinheit (vor allem Telearbeit, Telematik in der Medizin, Fernunterricht). Mit den Mitteln soll auch die Schaffung von Märkten für transeuropäische Dienste in den betreffenden Bereichen, insbesondere durch Sicherstellung des Verbunds der Netze und der Interoperabilität der Dienste gefördert werden. Die Mittel decken ferner Verträge zur Prüfung einer Übereinstimmung mit den Gemeinsamen technischen Vorschriften (CTRs) (CTRs = Common Technical Regulations) und Verträge über Marktstudien. Dabei können die Vorhaben von gemeinsamem Interesse wie folgt unterstützt werden: — Zuschüsse für Durchführbarkeitsstudien, für Studien zur Vorbereitung und Bewertung von Vorhaben, sowie für technische Unterstützungsmaßnahmen, — Gewährung von Zinszuschüssen und/oder Anleihebürgschaften, — in begründeten Fällen direkte Zuschüsse für die Verwirklichung von Vorhaben. Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 0	*(Fortsetzung)*						
B5-7 2 1	***IDA (Netze für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen)*** Getrennte Mittel	22 500 000 (1)	22 500 000 (1)	48 000 000 (2)	39 200 000 (3)	44 073 336,—	22 170 104,—

(1) Mittel in Höhe von 7 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 15 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 17 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 236 000	8 000 000	4 236 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	22 000 000	7 700 000	7 764 000	6 536 000		
Mittel 1996	22 000 000 (1)		4 700 000	8 066 667	9 233 333	
Insgesamt	56 236 000	15 700 000	16 700 000 (2)	14 602 667	9 233 333	

(1) Davon werden 4 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon werden 4 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt.

B5-7 2 1

Vertrag zur Gründung der EGKS, insbesondere Artikel 65 und 66.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 5, 7 a, 43, 85, 100 a, 113, 129 a, b, c und d, 130 a, 169, 213 und 235.

Richtlinie 70/457/EWG des Rates vom 29. September 1970 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/119/EWG (ABl. Nr. L 44 vom 20. 2. 1992, S. 41).

Richtlinie 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 7), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (ABl. Nr. L 270 vom 14. 12. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/114/EWG (ABl. Nr. L 334 vom 31. 12. 1993, S. 24).

Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 20), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/13/EG (ABl. Nr. L 92 vom 9. 4. 1994, S. 27).

Verordnung (EWG) Nr. 1468/81 des Rates vom 19. Mai 1981 betreffend die gegenseitige Unterstützung der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission, um die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und Agrarregelung zu gewährleisten (ABl. Nr. L 144 vom 2. 6. 1981, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 1	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5). Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19), zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/77/EG (ABl. Nr. L 36 vom 8. 2. 1994, S. 15). Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Regelung der veterinärrechtlichen und tierzüchterischen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen im Hinblick auf den Binnenmarkt (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 29), zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/118/EWG (ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 49). Richtlinie 90/642/EWG des Rates vom 27. November 1990 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 350 vom 14. 12. 1990, S. 71), zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/58/EWG (ABl. Nr. L 211 vom 23. 8. 1993, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. Nr. L 230 vom 19. 8. 1991, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/79/EG (ABl. Nr. L 354 vom 31. 12. 1994, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 218/92 des Rates vom 27. Januar 1992 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung (MwSt.) (ABl. Nr. L 24 vom 1. 2. 1992, S. 1). Entscheidung 92/438/EWG des Rates vom 13. Juli 1992 über die Informatisierung der veterinärmedizinischen Verfahren bei der Einfuhr (SHIFT-Projekt) zur Änderung der Richtlinien 90/675/EWG, 91/496/EWG und 91/628/EWG sowie der Entscheidung 90/424/EWG und zur Aufhebung der Entscheidung 88/192/EWG (ABl. Nr. L 243 vom 25. 8. 1992, S. 27). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. August 1992, über die Kontrolle bei der Ausfuhr bestimmter Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und bestimmter Nuklearerzeugnisse und -technologien (ABl. Nr. C 253 vom 30. 9. 1992, S. 13), geändert am 11. Februar 1993 (ABl. Nr. ... vom ..., S. ...). Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3911/92 des Rates vom 9. Dezember 1992 über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. Nr. L 395 vom 31. 12. 1992, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates vom 14. Mai 1993 über die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen. Richtlinie 93/36/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge (ABl. Nr. L 199 vom 9. 8. 1993, S. 1). Richtlinie 93/37/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge (ABl. Nr. L 199 vom 9. 8. 1993, S. 54). Richtlinie 93/38/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 zur Koordinierung der Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. Nr. L 199 vom 9. 8. 1993, S. 84). Verordnung (EG) Nr. 518/94 des Rates vom 7. März 1994 über die gemeinsame Einfuhrregelung und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 288/82 (ABl. Nr. L 67 vom 10. 3. 1994, S. 77). Verordnung (EG) Nr. 519/94 des Rates vom 7. März 1994 über die gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1765/82, (EWG) Nr. 1766/82 und (EWG) Nr. 3420/83 (ABl. Nr. L 67 vom 10. 3. 1994, S. 89). Verordnung (EG) Nr. 520/94 des Rates vom 7. März 1994 zur Festlegung eines Verfahrens der gemeinschaftlichen Verwaltung mengenmäßiger Kontingente (ABl. Nr. L 66 vom 10. 3. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 16. Juni 1994 über die Entwicklung der Zusammenarbeit der Verwaltungen bei der Anwendung und Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts im Rahmen des Binnenmarkts (ABl. Nr. C 179 vom 1. 7. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 20. Juni 1994 zur elektronischen Verbreitung des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Durchführungsbestimmungen sowie zur Verbesserung der Zugangsbedingungen (ABl. Nr. C 179 vom 1. 7. 1994, S. 3). Entschließung des Rates vom 20. Juni 1994 über die Koordinierung im Bereich des Informationsaustauschs zwischen Verwaltungen (ABl. Nr. C 181 vom 2. 7. 1994, S. 1). Entscheidung 94/445/EG des Rates vom 11. Juli 1994 betreffend die Telematiknetze zwischen Behörden für die Statistik über den Warenverkehr zwischen Mitgliedstaaten (EDICOM) (ABl. Nr. L 183 vom 19. 7 1994, S. 42). Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. Nr. L 227 vom 1. 9. 1994, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 1	*(Fortsetzung)* Vorschlag für einen Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1995, zur Annahme eines Aktionsprogramms für die Zollverwaltungen (ZOLL 2000) (ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 4), geändert am 6. Oktober 1995 (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 32). Beschluß 95/468/EG des Rates vom 6. November 1995 betreffend den Gemeinschaftsbeitrag für den Informationsverbund für den Datenaustausch zwischen den Verwaltungen in der Gemeinschaft (IDA) (ABl. Nr. L 269 vom 11. 11. 1995, S. 23). Zahlreiche geltende Verordnungen, Entscheidungen, Beschlüsse und Richtlinien, die insbesondere im Hinblick auf das Funktionieren des Binnenmarktes und des grenzfreien Gemeinschaftsraums transeuropäische Telematiknetze zwischen Verwaltungen erforderlich machen. Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung der Aktion IDA (Interchange of Data between Administrations) und der Aktion EDICOM (Electronic Data Interchange for Commerce), deren Ziel es ist, im Rahmen der transeuropäischen Netze den Verwaltungen, einschließlich der Wirtschaftsteilnehmer und der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, bei der Verwirklichung des elektronischen Austauschs von Informationen, Daten und Dokumenten, die für das Funktionieren der Gemeinschaft, insbesondere den Binnenmarkt notwendig sind, die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Diese Mittel decken generell und nicht erschöpfend die Ausgaben für die Errichtung von Telematiknetzen zwischen Verwaltungen: — im Bereich der indirekten Steuern und Zölle im Hinblick auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes; hierzu ist gleichermaßen eine einheitliche Vorgehensweise an der Außengrenze (strategisches Programm ZOLL 2000 mit neuen Arbeitsmethoden für die Zollverwaltungen) und die Durchführung geeigneter Maßnahmen und Verfahren zur Aufdeckung und Bekämpfung von Betrug zu gewährleisten, insbesondere hinsichtlich betrügerischen Handels und Steuerbetrugs sowie der zollrelevanten Aspekte beim Drogenhandel und anderen Gefahren für die Gesellschaft; — im Bereich der Verbringung giftiger und gefährlicher Abfälle, der Überwachung der Umweltbelastungen und der Bekämpfung grenzüberschreitender Umweltverschmutzung; — im Bereich der Statistiken (EDICOM) für den Verbund der einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen statistischen Informationssysteme (insbesondere INTRASTAT) über den Warenverkehr zwischen Mitgliedstaaten, zu denen auch die Unternehmen Zugang haben; — im Bereich des Tier- und Pflanzenschutzes. Es handelt sich um informatisierte Informationsaustauschsysteme zwischen den Veterinär- und Pflanzenschutzbehörden im Hinblick auf eine wirksamere Kontrolle und eine stärkere Verbreitung der verfügbaren Informationen; — für die Verwaltung der mengenmäßigen Beschränkungen der Gemeinschaft bei der Ein- und Ausfuhr; — zur Verbesserung der Entscheidungsabläufe in der Gemeinschaft mit dem Ziel, die Abwicklung der Beschlußfassungsverfahren, einschließlich der Verfahren der Zusammenarbeit und der Mitentscheidung, effizienter zu gestalten; — im Hinblick auf eine größere Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge; — in anderen Bereichen im Hinblick auf ein besseres Funktionieren des Binnenmarktes und des grenzfreien Wirtschaftsraums, wodurch der freie Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr, einschließlich der Verwaltung der Gemeinschaftspolitiken gefördert werden. Die Mittel decken ferner: — die Koordinierung der und die Unterstützung bei der Inbetriebnahme des Netzes; — die gemeinsame Ausbildung der Benutzer; — die Kosten für die Entwicklung, die Inbetriebnahme, den Betrieb, die Wartung und die Vervollkommnung von operativen Systemen zum Austausch von Daten zwischen den für die Verwaltung des Binnenmarktes zuständigen Behörden, d.h. zwischen den jeweiligen Dienststellen der Kommission und den Behörden der Mitgliedstaaten oder zwischen den Dienststellen der Kommission und den anderen Organen und gegebenenfalls der Wirtschaftsteilnehmern. Diese Unterstützung erfolgt in Form einer Finanzierung von Vorstudien und Durchführbarkeitsstudien, einschließlich Maßnahmen zur Bestätigung von Vorhaben und flankierender Maßnahmen (Entwicklung, Inbetriebnahme und Auswertung des gemeinsamen Teils der Netze) für Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die nach Maßgabe einer Reihe von Leitlinien und der Finanzierung von horizontalen Unterstützungsmaßnahmen festgelegt werden. Dazu gehören die Aufstellung von Leitplänen, in denen die allgemeinen Leitlinien für die Schaffung gemeinsamer Telematikarchitekturen und Demonstrationsplattformen präzisiert werden, sowie die Durchführung von Ausbildungs- und Aufklärungsaktionen. Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 1	*(Fortsetzung)*						
B5-7 2 2	***Informationsgesellschaft*** Getrennte Mittel	11 000 000	9 000 000	10 000 000	3 500 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-7 2 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 22 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	50 917 000	23 841 000	15 000 000	12 076 000		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	159 000	159 000				
Mittel 1995	63 000 000 (1)	25 200 000	11 000 000	15 000 000	11 800 000	
Mittel 1996	30 000 000 (2)		4 000 000	8 400 000	7 800 000	9 800 000
Insgesamt	144 076 000	49 200 000 (3)	30 000 000 (2)	35 476 000	19 600 000	9 800 000

(1) Mittel in Höhe von 15 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Mittel in Höhe von 7 500 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(3) Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 632 000 ECU für Verpflichtungen,

— 63 200 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung wiederzuverwenden.

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt.

B5-7 2 2 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 235.

Weißbuch, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1993, „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert" (KOM(93) 700 endg.).

Schlußfolgerungen des Rates vom 7. Dezember 1993 über transeuropäische Netze.

Bericht der hochrangigen Arbeitsgruppe über die Informationsgesellschaft vom 26. Mai 1994: „Europa und die globale Informationsgesellschaft: Empfehlungen für den Europäischen Rat".

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und an den Rat sowie an den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen vom 19. Juli 1994: „Europas Weg in die Informationsgesellschaft — ein Aktionsplan" (KOM(94) 347 endg.).

Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 1995, betreffend einen Komplex von Leitlinien für die transeuropäischen Telekommunikationsnetze (ABl. Nr. C 302 vom 14. 11. 1995, S. 23).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 2	*(Fortsetzung)* Kooperationsabkommen mit Drittstaaten und regionalen Zusammenschlüssen. Weitere Maßnahmen im Bereich der Telematik und Telekommunikationsnetze. Das Weißbuch der Kommission über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, der Bangemann-Bericht und die weltweit zunehmende Aktivität im Bereich der „Informationsgesellschaft", insbesondere die wichtigsten Studien der OECD und das Interesse der G7-Länder, haben die Reichweite der bisherigen Aktionen im Zusammenhang mit den transeuropäischen Informationsnetzen bedeutend vergrößert. Die Einbindung dieses Konzepts in den umfassenderen Rahmen der „Informationsgesellschaft", die Globalisierung der Anstrengungen zur Schaffung dieser Gesellschaft — insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorrangig auf regionaler und lokaler Ebene — führen zur Prüfung neuer Perspektiven und geben Anreize für neue Aktionen. Diese Mittel sind bestimmt für: — die Analyse der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte sowie der sozialen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Einführung der Informationsgesellschaft; — die Förderung von Aktionen zur Schaffung der Informationsgesellschaft und ihre Verbreitung, damit die Benutzer ihren Bedarf äußern und die Industrieunternehmen Dienste und Anwendungen enwickelt können, die diesen Bedarf decken; — die Analyse der Faktoren, die die Einführung der „Datenautobahnen" erleichtern, insbesondere die Analyse der Nachfrage nach neuen Anwendungen, sowie des Übergangs von den derzeitigen Netzen auf Breitbandnetze; Grundlage dieser Analyse ist ein ständig aktualisiertes Verzeichnis der laufenden Maßnahmen zur Verwirklichung von Anwendungen; — die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Entwicklung der Informationsgesellschaft" und die Fortführung der Arbeiten dieser Gruppe; — die Identifizierung und Bewertung der erforderlichen Finanzmechanismen zur Entwicklung der Informationsgesellschaft, insbesondere der Entwicklung einer Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Stellen bei der Verwirklichung von Anwendungen im öffentlichen Interesse; — die Förderung des Verständnisses für die Auswirkungen der Informationsgesellschaft in den Regionen der Union und die Erhebung sachdienlicher Informationen mit dem mittelfristigen Ziel der Festlegung eines Aktionsplans, durch den die Wirtschaftsbeteiligten in den Regionen in die Lage versetzt werden sollen, die durch die Informationsgesellschaft gebotenen Chancen verstärkt zu nutzen; — die Vorbereitung von Maßnahmen der Gemeinschaft in den internationalen Organisationen und bei den Verhandlungen mit Drittstaaten auf dem Gebiet der Entwicklung der Informationsgesellschaft; Förderung des Dialogs über die Informationsgesellschaft mit den Drittstaaten, insbesondere den Entwicklungsländern; — die Erfassung, Auswertung und Verbreitung von Informationen über Initiativen zur Entwicklung der Informationsgesellschaft: Koordinierung der entsprechenden Aktivitäten außerhalb der Europäischen Union und Forum für die Informationsgesellschaft. Ein Teil dieser Mittel ist zur Untersuchung der Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Frauen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 2	*(Fortsetzung)*						
B5-7 2 3	***INFO 2000*** Getrennte Mittel	19 000 000	5 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 000 000	3 500 000	5 000 000	1 500 000		
Mittel 1996	11 000 000		4 000 000	4 400 000	2 600 000	
Insgesamt	21 000 000	3 500 000	9 000 000	5 900 000	2 600 000	

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederzuverwenden.

Etwaige Einnahmen aus in Artikel 6 0 9 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen Dritter werden gemäß den vorgenannten Bestimmungen als zusätzliche Mittel für diesen Artikel bereitgestellt.

B5-7 2 3 *Neuer Artikel*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130.

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. Juni 1995, über die Annahme eines mehrjährigen Gemeinschaftsprogramms zur Anregung der Entwicklung einer europäischen Multimedia-Inhaltsindustrie und zur Förderung der Benutzung von Multimedia-Inhalten in der neuen Informationsgesellschaft (INFO 2000) (ABl. Nr. C 250 vom 26. 9. 1995, S. 4).

Das Programm INFO 2000 hat drei langfristige strategische Ziele:

— Erleichterung der Entwicklung der europäischen Multimedia-Inhaltsindustrie,

— Optimierung des Beitrags neuer Informationsdienste zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa,

— Maximierung des Beitrags fortgeschrittener Informationsdienste zur beruflichen, sozialen und kulturellen Entfaltung der Bürger Europas.

Durch diese ausgewogene Zielsetzung soll erreicht werden, daß sich die Wirtschaft harmonisch entwickelt, Arbeitsplätze geschaffen und in der weltweit entstehenden Informationsgesellschaft die soziale und kulturelle Vielfalt Europas, einschließlich der sprachlichen Vielfalt, bewahrt und gefördert wird.

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Durchführung des Programms und der geplanten Vorhaben, insbesondere für Verträge auf Kostenteilungsbasis über Partnerschaften, die Bewertung von Vorhaben, technische Arbeiten, Koordinierungstätigkeit, Stipendien, Zuschüsse, Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern, die Mitwirkung an internationalen Abkommen und die Beteiligung an den Ausgaben für Ausrüstungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 3	*(Fortsetzung)*						
B5-7 2 4	***Einführung sicherer europäischer Dienste (Trust Services) für die öffentlichen Informationsdienste***						
	Getrennte Mittel	2 000 000	1 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 19 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	19 000 000		5 000 000	8 000 000	4 000 000	2 000 000
Insgesamt	19 000 000		5 000 000	8 000 000	4 000 000	2 000 000

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 158 200 ECU für Verpflichtungen,

— 39 000 ECU für Zahlungen.

Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten. Diese sind zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Die entsprechenden Mittel werden in der Anlage III zum Ausgabenplan dieses Einzelplans bereitgestellt und ausgeführt.

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung wiederzuverwenden.

B5-7 2 4 *Neuer Artikel*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 100 a.

Beschluß 92/242/EWG des Rates vom 31. März 1992 auf dem Gebiet der Sicherheit von Informationssystemen (ABl. Nr. L 123 vom 8. 5. 1995, S. 19).

Ziel der Maßnahme ist der wirksame Schutz der elektronisch gespeicherten und an private Nutzer, Behörden und die Wirtschaft weitergegebenen Informationen im Rahmen der europäischen Informationsgesellschaft bei Wahrung der Schutzinteressen der Öffentlichkeit im weitesten Sinne. Durch Maßnahmen der Informationssicherheit können elektronisch gespeicherte, verarbeitete und weitergegebene Informationen vor vorsätzlichen oder unbeabsichtigten Gefährdungen geschützt werden. Die Dienste und Anwendungen der elektronischen Datenverarbeitung sowie der Schutz des privaten und geistigen Eigentums erfordern sichere Kommunikationsdienste und die entsprechende Infrastruktur, damit die Sicherheit der Systeme der Benutzer (Geräte, Dateien, Anwendungen und Archive) und die Sicherheit der Informationsverarbeitung gewährleistet werden können.

Diese Mittel decken Ausgaben für:

— die Entwicklung einer die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ziele umfassenden Rahmenstrategie mit technischen, operativen und legislativen Lösungen für die Europäischen Union in ihrem internationalen Umfeld;

— die Schaffung der technischen, operativen und legislativen Voraussetzungen für die Einführung funktionierender elektronischer Dienste in der Europäischen Union;

— die Einführung dieser Dienste in der Europäischen Union durch qualifiziertes Personal;

— die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Produkte, Informationssysteme, Dienste und Anwendungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 2 4	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	72 000 000	50 200 000	80 000 000	58 400 000	61 908 939,—	29 355 469,—
	KAPITEL B5-7 2 INSGESAMT	72 000 000	50 200 000	80 000 000	58 400 000	61 908 939,—	29 355 469,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 2 — INFRASTRUKTURNETZE IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 2 4	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	2 000 000		1 000 000	666 667	333 333	
Insgesamt	2 000 000		1 000 000	666 667	333 333	

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 3 — EUROPÄISCHER INVESTITIONSFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-7 3						
B5-7 3 0	***Europäischer Investitionsfonds — Bereitstellung der eingezahlten Teile des gezeichneten Kapitals***						
	Getrennte Mittel	30 000 000	30 000 000	20 000 000 (1)	20 000 000 (1)	30 000 000,—	30 000 000,—

(1) Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 3 — EUROPÄISCHER INVESTITIONSFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-7 3 0

Beschluß 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. Nr. L 173 vom 7. 7. 1994, S. 12).

Diese Mittel sind für die jährliche Zahlung eines Beitrags der Gemeinschaft zum eingezahlten Teil der Kapitals des Europäischen Investitionsfonds bestimmt.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 30 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	30 000 000 (1)	30 000 000				
Mittel 1996	30 000 000		30 000 000			
Insgesamt	60 000 000	30 000 000 (1)	30 000 000			

(1) Davon sind 10 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 3 — EUROPÄISCHER INVESTITIONSFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-7 3 1	***Europäischer Investitionsfonds — Ausstehender Teil des gezeichneten Kapitals*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	30 000 000	30 000 000	20 000 000	20 000 000	30 000 000,—	30 000 000,—
	KAPITEL B5-7 3 INSGESAMT	30 000 000	30 000 000	20 000 000	20 000 000	30 000 000,—	30 000 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	324 000 000	220 500 000	356 000 000	241 500 000	291 908 939,—	179 326 382,—
	Titel B5-7 insgesamt	**324 000 000**	**220 500 000**	**356 000 000**	**241 500 000**	**291 908 939,—**	**179 326 382,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-7 3 — EUROPÄISCHER INVESTITIONSFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-7 3 1	Beschluß 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. Nr. L 173 vom 7. 7. 1994, S. 12). Diese Mittel sind für die jährliche Zahlung eines Beitrags der Gemeinschaft zum ausstehenden Teil des Kapitals des Europäischen Investitionsfonds bestimmt. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-8

ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES

KAPITEL B5-8 0 — ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-8 0						
B5-8 0 0	***Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres*** Getrennte Mittel	p.m. (1)	2 600 000 (2)	2 700 000 (3)	1 600 000 (4)	0,—	0,—

(1) Mittel in Höhe von 5 500 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 900 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 2 500 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 1 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-8

ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES

KAPITEL B5-8 0 — ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-8 0 0	*Vormals Artikel B5-8 0 0 bis B5-8 0 2* Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Teil VI Artikel K.8. Dieser Artikel ist die Haushaltslinie für etwaige gemeinsame Maßnahmen im Rahmen der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (Titel VI des Vertrages über die Europäische Union). Es handelt sich hierbei vor allem um Maßnahmen in folgenden Bereichen: 1. Asylpolitik; 2. Vorschriften für das Überschreiten der Außengrenzen der Mitgliedstaaten durch Personen und die Ausübung der entsprechenden Kontrollen; 3. Einwanderungspolitik und die Politik gegenüber den Staatsangehörigen aus Drittländern: a) Voraussetzungen für die Einreise und den Verkehr von Staatsangehörigen aus Drittländern im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten, b) Voraussetzungen für den Aufenthalt von Staatsangehörigen aus Drittländern im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten, einschließlich der Familienzusammenführung und des Zugangs zur Beschäftigung, c) Bekämpfung der illegalen Einwanderung, des illegalen Aufenthalts und der illegalen Arbeit von Staatsangehörigen aus Drittländern im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten; 4. Bekämpfung der Drogenabhängigkeit, soweit dieser Bereich nicht durch die Nummern 7, 8 und 9 erfaßt ist; 5. Bekämpfung von Betrügereien im internationalen Maßstab, soweit dieser Bereich nicht durch die Nummern 7, 8 und 9 erfaßt ist und nicht mit Betrügereien zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts, auf die Artikel 209 a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft anwendbar ist, zusammenfällt; 6. Zusammenarbeit der Justizbehörden in Zivilsachen; 7. Zusammenarbeit der Justizbehörden in Strafsachen; 8. Zusammenarbeit im Zollwesen; 9. polizeiliche Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels, des Frauenhandels und sonstiger schwerwiegender Formen der internationalen Kriminalität, erforderlichenfalls einschließlich bestimmter Aspekte der Zusammenarbeit im Zollwesen, in Verbindung mit dem Aufbau eines unionsweiten Systems zum Austausch von Informationen im Rahmen eines Europäischen Polizeiamts (Europol). Falls ein Beschluß des Rates nach Artikel K.8 des Vertrags ergeht, wird die Kommission die Übertragung der erforderlichen Mittel aus Kapitel B0-4 0 auf diesen Artikel vorschlagen. Die Mittel dienen zur Deckung der im Rahmen des Titels B5-8 noch abzuwickelnden Zahlungen. Sie decken ebenfalls: — ein Förderungsprogramm für Polizei- und Justizbeamte, das einen Beitrag zum Informationsaustausch über die jeweiligen Methoden und Begriffe (beispielsweise Vergleich von Deliktbeschreibungen) sowie Verfahren liefert. Das Programm ist außerdem auf die Förderung der Sprachkenntnisse ausgerichtet; — ein Studienprogramm, ausgerichtet auf die Analyse der Hindernisse, die der Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Justizbehörden der Mitgliedstaaten entgegenstehen. Bei der Polizeiausbildung sind die Möglichkeiten zu nutzen, die die Programme LEONARDO DA VINCI und SOCRATES bieten. Auch im Hinblick auf die 1996 stattfindende Regierungskonferenz muß die Europäische Union die Zusammenarbeit im Bereich der Innen- und Justizpolitik intensivieren und die dazu notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. Beispielsweise zur effizienten Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie zum Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Zolldienststellen, einschließlich der maritimen Zusammenarbeit, ist die Bereitstellung ausreichender Mittel erforderlich.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-8 0 — ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-8 0 0	*(Fortsetzung)*						
B5-8 0 1	***Europol/EDU (Europol-Drogenstelle)***						
	Getrennte Mittel	3 750 000 (1)	3 750 000 (1)				

(1) Mittel in Höhe von 3 750 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-8 0 — ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-8 0 0 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 200 000 (1)	2 600 000	2 600 000			
Mittel 1996	5 500 000 (2)		1 900 000	3 600 000		
Insgesamt	10 700 000	2 600 000 (3)	4 500 000 (4)	3 600 000		

(1) Davon sind 2 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(3) Davon ist 1 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(4) Davon sind 1 900 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B5-8 0 1 *Neuer Artikel*

Beschluß des Europäischen Rats vom 9. und 10. Dezember 1994 in Essen.

Gemeinsame Maßnahme 95/73/JI vom 10. März 1995 bezüglich der Europol-Drogenstelle, vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union beschlossen (ABl. Nr. L 62 vom 20. 3. 1995, S. 1).

Diese Mittel sind bestimmt für die Förderung bilateraler Maßnahmen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas im Rahmen der Assoziierungsabkommen, durch die die Probleme an den Außengrenzen beurteilt und in Form von Know-how und Humanressourcen sowie technischem Material geeignete Lösungen dafür gefunden werden sollen.

Sie decken auch die möglichen Ausgaben für die polizeiliche Zusammenarbeit außerhalb der Europol-Drogenstelle (EDU), falls sie dadurch effizienter eingesetzt werden können.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-8 0 — ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-8 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	3 750 000	6 350 000	2 700 000	1 600 000	0,—	0,—
	KAPITEL B5-8 0 INSGESAMT	3 750 000	6 350 000	2 700 000	1 600 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	3 750 000	6 350 000	2 700 000	1 600 000	0,—	0,—
	Titel B5-8 insgesamt	**3 750 000**	**6 350 000**	**2 700 000**	**1 600 000**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-8 0 — ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-8 0 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 750 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	7 500 000 (1)		7 500 000			
Insgesamt	7 500 000		7 500 000 (1)			

(1) Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-9

BETRUGSBEKÄMPFUNG

KAPITEL B5-9 1 — ALLGEMEINE MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-9 1						
B5-9 1 0	***Allgemeine Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung*** Getrennte Mittel	4 175 000	4 025 000	p.m. (1)	p.m. (1)	637 038,—	209 891,—

(1) Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

TITEL B5-9

BETRUGSBEKÄMPFUNG

KAPITEL B5-9 1 — ALLGEMEINE MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
	Dieser Titel ist bestimmt zur Deckung der technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten seitens der Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung sowie zur Deckung der von der Dienststelle durchgeführten Kontrollen durch alle geeigneten Mittel und insbesondere durch Kontrollen vor Ort, um nicht gerechtfertigte Zahlungen und Verluste bei der Einnahme der Eigenmittel zu vermeiden.
B5-9 1 0	*Vormals Artikel B2-5 1 9* Schlußfolgerungen des Rates vom 11. Juli 1994 zur Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates vom 19. Juni 1995 über Betrugsbekämpfung und Arbeitsprogramm für 1995 (Dok. 8132/95 Presse 193). Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten seitens der Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung sowie zur Deckung der Kosten der von der Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung durchgeführten Kontrollen der Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft durch alle geeigneten Mittel (Telematik, Fernaufklärung) und insbesondere durch Kontrollen vor Ort, um nicht gerechtfertigte Zahlungen zu vermeiden. Die Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung wird vor dem 15. September 1996 einen Bericht über ihren Aktionsplan und insbesondere die Zahl und die Art der für das Haushaltsjahr 1996 vorgesehenen Kontrollen vor Ort vorlegen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-9 1 — ALLGEMEINE MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-9 1 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	4 175 000	4 025 000	p.m.	p.m.	637 038,—	209 891,—
	KAPITEL B5-9 1 INSGESAMT	4 175 000	4 025 000	p.m.	p.m.	637 038,—	209 891,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	4 175 000	4 025 000	p.m.	p.m.	637 038,—	209 891,—
	Titel B5-9 insgesamt	**4 175 000**	**4 025 000**	**p.m.**	**p.m.**	**637 038,—**	**209 891,—**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	715 730 000	593 152 000	720 135 000	548 012 000	606 846 253,16	441 373 630,92
	Teileinzelplan B5 insgesamt	**715 730 000**	**593 152 000**	**720 135 000**	**548 012 000**	**606 846 253,16**	**441 373 630,92**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und transeuropäische Netze)

KAPITEL B5-9 1 — ALLGEMEINE MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-9 1 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 175 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 500 000 (1)	1 500 000				
Mittel 1996	4 175 000		4 025 000	150 000		
Insgesamt	5 675 000	1 500 000 (1)	4 025 000	150 000		

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B6

FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL**						
B6-1 1	PERSONAL	152 945 000	152 945 000	153 606 000	153 606 000	156 610 808,01	152 220 594,—
B6-1 2	DURCHFÜHRUNGSMITTEL	43 146 000	46 805 000	40 460 000	37 807 000	60 925 808,28	46 681 024,—
	Titel B6-1 insgesamt	**196 091 000**	**199 750 000**	**194 066 000**	**191 413 000**	**217 536 616,29**	**198 901 618,—**
B6-2	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**						
B6-2 1	ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION	28 690 000	27 661 000	31 977 000	9 972 000		
B6-2 9	SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS	1 451 000	733 000	355 000	111 000		
	Titel B6-2 insgesamt	**30 141 000**	**28 394 000**	**32 332 000**	**10 083 000**		
B6-3	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EAG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**						
B6-3 1	KERNENERGIE	8 660 000	8 939 000	9 590 000	2 494 000		
B6-3 9	SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES EAG-RAHMENPROGRAMMS	1 046 000	623 000	403 000	103 000		
	Titel B6-3 insgesamt	**9 706 000**	**9 562 000**	**9 993 000**	**2 597 000**		
B6-4	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE AKTIONEN — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN UND ERGÄNZENDEN PROGRAMME UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GFS**						
B6-4 1	ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME	p.m.	7 978 000	p.m.	25 025 000	47 906 104,61	39 952 380,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 2	ABSCHLUSS DER FRÜHEREN UNTERSTÜTZENDEN TÄTIGKEITEN	p.m.	2 800 000	p.m.	10 045 000	18 404 599,21	17 420 051,—
B6-4 3	DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	2 592 315,—	1 153 158,—
B6-4 4	BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 069 498,40	11 139 967,—
B6-4 5	MITTEL AUS DER TEILNAHME DRITTER (NICHT-EWR) AN DER FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG	p.m.	p.m.				
	Titel B6-4 insgesamt	**p.m.**	**10 778 000**	**p.m.**	**35 070 000**	**80 972 517,22**	**69 665 556,—**
B6-5	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — ABSCHLUSS FRÜHERER AKTIONEN UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN**						
B6-5 1	ABSCHLUSS DES ZWEITEN RAHMENPROGRAMMS (1987-1991)	p.m.	48 094 000	200 000	157 460 000	3 942 760,26	203 907 717,—
B6-5 2	ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994)	p.m.	593 100 000	p.m.	1 162 064 000	1 974 841 404,38	332 173 998,30
B6-5 3	ABSCHLUSS DER NICHT ZUM RAHMENPROGRAMM GEHÖRENDEN AKTIONEN	p.m.	191 576 000	1 950 000	361 313 000	562 814 341,65	359 439 207,—
B6-5 4	EINNAHMEN AUS DER TEILNAHME DRITTER (NICHT-EWR) AN DER FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 500 063,14	0,—
	Titel B6-5 insgesamt	**p.m.**	**832 770 000**	**2 150 000**	**1 680 837 000**	**2 556 098 569,43**	**895 520 922,30**
B6-7	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**						
B6-7 1	ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION	2 175 751 000	1 437 257 000	2 128 050 000	640 797 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 2	ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN	145 000 000	106 000 000	59 917 000	38 636 000		
B6-7 3	DRITTER AKTIONSBEREICH: VERBREITUNG UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE AUS FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHER ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION	58 625 000	53 713 000	73 177 000	17 912 000		
B6-7 4	VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN	268 542 000	137 659 000	121 586 000	26 005 000		
B6-7 9	WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN	32 244 000	29 681 000	26 536 000	15 019 000		
	Titel B6-7 insgesamt	**2 680 162 000**	**1 764 310 000**	**2 409 266 000**	**738 369 000**		
B6-8	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EURATOM-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**						
B6-8 1	KERNENERGIE	267 000 000	251 000 000	343 839 000	160 798 000		
	Titel B6-8 insgesamt	**267 000 000**	**251 000 000**	**343 839 000**	**160 798 000**		
B6-9	**INDIREKTE AKTIONEN (AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) — BETRUGSBEKÄMPFUNG UND GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG**						
B6-9 1	AKTIONEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER FORSCHUNG AUF KOSTENTEILUNGSBASIS	50 000	40 000	50 000	50 000	0,—	0,—
B6-9 5	GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Titel B6-9 insgesamt	**50 000**	**40 000**	**50 000**	**50 000**	**0,—**	**0,—**
	Teileinzelplan B6 insgesamt	**3 183 150 000**	**3 096 604 000**	**2 991 696 000**	**2 819 217 000**	**2 854 607 702,94**	**1 164 088 096,30**

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-1

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-1 1						
B6-1 1 1	***Mit der Institution verbundene Personen***						
	Getrennte Mittel	152 945 000	152 945 000	153 606 000	153 606 000	156 610 808,01	152 220 594,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-1

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Mittel des vorliegenden Teileinzelplans decken nicht nur die Interventionsausgaben und die Ausgaben für das ständige Personal, sondern auch sonstige Personalausgaben und Ausgaben für Unternehmensverträge, Infrastruktur, Informationen und Veröffentlichungen sowie die für die Forschungs- und technologischen Entwicklungsaktionen erforderlichen Verwaltungsausgaben, einschließlich der Orientierungsforschung. Die Einnahmen, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), unter den Titeln B6-1 bis B6-4 dieses Einzelplans wiederverwendet werden können, werden mit 4 600 000 ECU veranschlagt. Nach der Haushaltsordnung können verschiedene Einnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, die entsprechend ihrer Bestimmung im Rahmen der Titel B6-1, B6-2, B6-3 oder B6-4 zu verwenden sind.
B6-1 1 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i. Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8. Beschluß Nr. 94/268/Euratom des Rates vom 26. April 1994, über ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994-1998) (ABl. Nr. L 115 vom 6. 5. 1994, S. 31). Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994, über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114). Entscheidung 94/919/Euratom des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes spezifisches Programm für die Forschung und technologische Entwicklung einschließlich der Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 132). Entscheidungen des Rates über die spezifischen Programme zur Durchführung des Vierten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998). Diese Mittel sollen die Ausgaben für das Personal der Gemeinsamen Forschungsstelle decken, das für die ihr übertragenen Aufgaben insbesondere in folgenden Bereichen eingesetzt wird: — direkte Aktionen: Forschungsprogramme, exploratorische Forschungsarbeiten und Tätigkeiten zur wissenschaftlichen-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik, die in den Anstalten der Gemeinsamen Forschungsstelle durchgeführt werden; — indirekte Aktionen: Programme, die im Rahmen der Beteiligung der Gemeinsamen Forschungsstelle am Wettbewerb durchgeführt werden. Da der tatsächliche Personalbestand die Zahl der Stellen unterschreitet (was sich beim Betrieb eines Forschungszentrums nicht vermeiden läßt), werden mit diesen Mitteln auch Ausgaben für Gastwissenschaftler, Stipendiaten und abgestelltes Personal gedeckt. Aus den Einnahmen, die aus Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte fließen und mit denen die Personalausgaben gedeckt werden, werden zusätzliche Mittel bereitgestellt (Posten 6 2 2 3 bzw. 6 2 2 1 des Einnahmenplans). Die Mittel können sich erhöhen, wenn sich die Gemeinsame Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs an den (indirekten) Aktionen auf Kostenteilungsbasis und an den Maßnahmen zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik beteiligt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-1 1 1	*(Fortsetzung)*

Aufschlüsselung der Finanzmittel für Personalausgaben:

Programm	Verpflichtungen	Zahlungen
Kerntechnisches Rahmenprogramm	101 062 000	101 062 000
Nichtkerntechnisches Rahmenprogramm	51 883 000	51 883 000
Außerhalb des Rahmenprogramms	p.m.	p.m.
Insgesamt	152 945 000	152 945 000

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 152 945 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	8 641 319	8 641 319				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	153 606 000	144 964 681	8 641 319			
Mittel 1996	152 945 000		144 303 681	8 641 319		
Insgesamt	315 192 319	153 606 000	152 945 000	8 641 319		

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 1 596 780 ECU an Verpflichtungen,

— 1 596 780 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	152 945 000	152 945 000	153 606 000	153 606 000	156 610 808,01	152 220 594,—
	KAPITEL B6-1 1 INSGESAMT	152 945 000	152 945 000	153 606 000	153 606 000	156 610 808,01	152 220 594,—
	KAPITEL B6-1 2						
B6-1 2 1	***Durchführungsmittel*** Getrennte Mittel	43 146 000	46 805 000	40 460 000	37 807 000	60 925 808,28	46 681 024,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-1 1 1	*(Fortsetzung)* Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.
B6-1 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i. Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8. Beschluß 94/268/Euratom des Rates vom 26. April 1994 über ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994-1998) (ABl. Nr. L 115 vom 6. 5. 1994, S. 31). Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114). Entscheidung 94/919/Euratom des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes spezifisches Programm für die Forschung und technologische Entwicklung einschließlich der Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 132). Entscheidungen des Rates über die spezifischen Programme zur Durchführung des Vierten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998). Die Mittel sollen die Ausgaben für alles, was zur Durchführung der Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle notwendig ist, decken. Es handelt sich um: — Ausgaben für die wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen der Institute der Gemeinsamen Forschungsstelle (Arbeitsräume, Rechenzentrum, kerntechnische Anlagen, Bestrahlungsanlagen (Reaktoren, Zyklotron, Teilchenbeschleuniger), heiße Zellen, Studienbüros, Lagerhaltung usw.), einschließlich der Betriebsausgaben der wissenschaftlichen Abteilungen; — Ausgaben für die administrative und technische Infrastruktur, einschließlich der Ausgaben der Generaldirektion der Gemeinsamen Forschungsstelle für ihre Institute; — besondere Ausgaben der Anstalten Geel, Ispra, Karlsruhe, Sevilla und Petten, einschließlich der zwischen Brüssel und Ispra aufgeteilten Generaldirektion der GFS (Käufe jeglicher Art und Verträge). Eine Aufteilung der Durchführungsmittel auf die verschiedenen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle ist in der Übersicht über die Entsprechungen in der Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans enthalten. Die Mittel können sich erhöhen, wenn sich die Gemeinsame Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs an den (indirekten) Aktionen auf Kostenteilungsbasis und an den Maßnahmen zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik beteiligt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 2 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-1 2 1	*(Fortsetzung)*

Aufschlüsselung der Durchführungsmittel:

Programm	Verpflichtungen	Zahlungen
Kerntechnisches Rahmenprogramm	25 439 000	27 674 000
Nichtkerntechnisches Rahmenprogramm	17 707 000	19 131 000
Außerhalb des Rahmenprogramms	p.m.	p.m.
Insgesamt	43 146 000	46 805 000

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 43 146 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	29 652 556	22 001 258	4 598 477	3 052 821		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	40 460 000	15 805 742	19 969 949	4 215 878	468 431	
Mittel 1996	43 146 000		22 236 574	16 936 635	3 575 512	397 279
Insgesamt	113 258 556	37 807 000	46 805 000	24 205 334	4 043 943	397 279

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 401 936 ECU an Verpflichtungen,

— 437 249 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	43 146 000	46 805 000	40 460 000	37 807 000	60 925 808,28	46 681 024,—
	KAPITEL B6-1 2 INSGESAMT	43 146 000	46 805 000	40 460 000	37 807 000	60 925 808,28	46 681 024,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	196 091 000	199 750 000	194 066 000	191 413 000	217 536 616,29	198 901 618,—
	Titel B6-1 insgesamt	**196 091 000**	**199 750 000**	**194 066 000**	**191 413 000**	**217 536 616,29**	**198 901 618,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-1 2 1	*(Fortsetzung)* Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-2

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-2 1						
B6-2 1 1	***Informationstechnologien***						
B6-2 1 1 3	Informationstechnologien Getrennte Mittel	400 000	330 000	342 000	105 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-2

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 1	
B6-2 1 1 3	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i.

Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1).

Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114).

Der Posten deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der Informationstechnologien, insbesondere für die pränormative Forschung über Sicherheit und Zuverlässigkeit von Informatiksystemen.

Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken.

Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	342 000	105 000	177 750	53 325	5 925	
Mittel 1996	400 000		152 250	185 813	55 744	6 193
Insgesamt	742 000	105 000	330 000	239 138	61 669	6 193

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 6 320 ECU an Verpflichtungen,

— 5 214 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 1 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-2 1 1 insgesamt	400 000	330 000	342 000	105 000		
B6-2 1 2	***Industrietechnologien***						
B6-2 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien						
	Getrennte Mittel	1 400 000	1 967 000	2 752 000	839 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 1 3	*(Fortsetzung)* Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.
B6-2 1 2	
B6-2 1 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i. Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114). Dieser Posten deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der Industrie- und Werkstofftechnologien: pränormative Forschung mit Schwerpunkt auf Keramik und Verbundwerkstoffen, Techniken für die Charakterisierung und Modifizierung von Oberflächen und die Entwicklung zerstörungsfreier Prüfverfahren. Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken. Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 400 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 752 000	839 000	1 434 750	430 425	47 825	
Mittel 1996	1 400 000		532 250	650 813	195 244	21 693
Insgesamt	4 152 000	839 000	1 967 000	1 081 238	243 069	21 693

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 22 120 ECU an Verpflichtungen,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren Getrennte Mittel	2 950 000	3 209 000	4 028 000	1 244 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 2 1	*(Fortsetzung)* — 31 079 ECU an Zahlungen. Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt. Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.
B6-2 1 2 2	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i. Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114). Dieser Posten deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der Meß- und Prüfverfahren: pränormative Forschung über die Analyse der Strukturen, insbesondere durch das Europäische Labor für Strukturprüfung, Programme über Meß- und Prüfverfahren und Referenzmaterialien und die Entwicklung zerstörungsfreier Prüfverfahren. Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken. Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 950 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 028 000	1 244 000	2 088 000	626 400	69 600	
Mittel 1996	2 950 000		1 121 000	1 371 750	411 525	45 725
Insgesamt	6 978 000	1 244 000	3 209 000	1 998 150	481 125	45 725

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 46 610 ECU an Verpflichtungen,

— 50 702 ECU an Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 2 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-2 1 2 insgesamt	4 350 000	5 176 000	6 780 000	2 083 000		
B6-2 1 3	***Umwelt***						
B6-2 1 3 1	Umwelt und Klima Getrennte Mittel	17 380 000	16 319 000	18 401 000	5 789 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 2 2	*(Fortsetzung)* Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt. Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.
B6-2 1 3	
B6-2 1 3 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i. Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114). Dieser Posten deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich Umwelt und Klima: natürliche Umwelt, Umweltqualität und globale Veränderungen; Forschungsarbeiten für den Umweltschutz, Anwendung von Fernerkundungstechniken und wissenschaftlich-technische Unterstützung der Umweltpolitik, insbesondere über das Europäische Amt für chemische Substanzen, das Europäische Zentrum für die Validierung alternativer Methoden und das Europäische Referenzlaboratorium für die Luftverschmutzung. Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken. Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 3	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-2 1 3 insgesamt	17 380 000	16 319 000	18 401 000	5 789 000		
B6-2 1 4	***Biowissenschaften und -technologien***						
B6-2 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)						
	Getrennte Mittel	4 100 000	3 839 000	4 421 000	1 380 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 3	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 3 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 17 380 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	18 401 000	5 789 000	9 459 000	2 837 700	315 300	
Mittel 1996	17 380 000		6 860 000	7 888 500	2 366 550	264 950
Insgesamt	35 781 000	5 789 000	16 319 000	10 726 200	2 681 850	264 950

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 274 604 ECU an Verpflichtungen,

— 257 840 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

B6-2 1 4	
B6-2 1 4 3	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i.

Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1).

Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114).

Dieser Posten deckt die Forschungsarbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der Biowissenschaften und -technologien: Landwirtschaft und Fischerei; Anwendung der Biowissenschaften und -technologien: Unterstützung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Umweltpolitik: Anwendung der Fernerkundung, Europäisches Büro für Wein, Alkohol und Spirituosen, Referenzmeßverfahren für die Qualitätskontrolle von Lebensmitteln, kosmetischen Erzeugnissen und sonstigen Konsumgütern, Lebensmittel und Informationsnetz für Arzneimittel in der Gemeinschaft.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 4	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 4 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-2 1 4 insgesamt	4 100 000	3 839 000	4 421 000	1 380 000		
B6-2 1 5	***Nichtnukleare Energie***						
B6-2 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und rationelle Energienutzung Getrennte Mittel	360 000	491 000	685 000	212 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 4	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 4 3	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken.

Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 421 000	1 380 000	2 280 750	684 225	76 025	
Mittel 1996	4 100 000		1 558 250	1 906 313	571 894	63 543
Insgesamt	8 521 000	1 380 000	3 839 000	2 590 538	647 919	63 543

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 64 780 ECU an Verpflichtungen,

— 60 656 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

B6-2 1 5

B6-2 1 5 1 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i.

Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1).

Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 5	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 5 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-2 1 5 insgesamt	360 000	491 000	685 000	212 000		
B6-2 1 7	***Gesellschaftspolitische Schwerpunktforschung***						
B6-2 1 7 1	Gesellschaftspolitische Schwerpunktforschung Getrennte Mittel	2 100 000	1 506 000	1 348 000	403 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 5	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 5 1	*(Fortsetzung)*

Dieser Posten deckt die Forschungsarbeit der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der nichtnuklearen Energie: Technologien für eine umweltfreundlichere und rationellere Energienutzung: pränormative Forschung über die Leistungsfähigkeit photovoltaischer Systeme, Forschungsarbeiten über die bei diesen Technologien verwendeten Werkstoffe, pränormative Forschung über Energieeinsparung in Gebäuden.

Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken.

Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 360 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	685 000	212 000	354 750	106 425	11 825	
Mittel 1996	360 000		136 250	167 813	50 344	5 593
Insgesamt	1 045 000	212 000	491 000	274 238	62 169	5 593

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 5 688 ECU an Verpflichtungen,

— 7 758 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

B6-2 1 7	
B6-2 1 7 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i.

Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 7	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 7 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 7	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 7 1	*(Fortsetzung)*

Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114).

Dieser Posten deckt die Tätigkeiten der Gemeinsamen Foschungsstelle im Bereich der gesellschaftspolitischen Schwerpunktforschung ab: Bewertung der wissenschafts- und technologiepolitischen Optionen, Forschungsarbeiten zur Einrichtung einer zentralen Stelle zur Beobachtung technologischer Entwicklungen, wissenschaftlich-technische Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durch Zukunftsstudien und technologische Bewertungen.

Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken.

Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 348 000	403 000	708 750	212 625	23 625	
Mittel 1996	2 100 000		797 250	977 063	293 119	32 568
Insgesamt	3 448 000	403 000	1 506 000	1 189 688	316 744	32 568

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 33 180 ECU an Verpflichtungen,

— 23 795 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-2 9 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 1 7	*(Fortsetzung)*						
B6-2 1 7 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-2 1 7 insgesamt	2 100 000	1 506 000	1 348 000	403 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	28 690 000	27 661 000	31 977 000	9 972 000		
	KAPITEL B6-2 1 INSGESAMT	28 690 000	27 661 000	31 977 000	9 972 000		
	KAPITEL B6-2 9						
B6-2 9 1	***Teilnahme der GFS an den Aktionen auf Kostenteilungsbasis*** Getrennte Mittel	1 451 000	733 000	355 000	111 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-2 9 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 1 7	*(Fortsetzung)*
B6-2 1 7 1	*(Fortsetzung)* Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.
B6-2 9 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i. Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114). Diese Mittel sollen die Ausgaben jeglicher Art für Forschungsarbeiten decken, die der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Beteiligung an Aktionen auf Kostenteilungsbasis im Wege des Wettbewerbs übertragen werden. Voraussetzung für die Verwendung dieser Mittel ist, daß ihr diese Arbeiten zugeteilt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 9 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 9 1	*(Fortsetzung)*						
B6-2 9 2	***Tätigkeiten zur wissenschaftlichen und technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitiken*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 9 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 9 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 451 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	355 000	111 000	183 000	54 900	6 100	
Mittel 1996	1 451 000		550 000	675 750	202 725	22 525
Insgesamt	1 806 000	111 000	733 000	730 650	208 825	22 525

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 22 926 ECU an Verpflichtungen,

— 11 581 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.

B6-2 9 2

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i.

Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1).

Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Gemeinschaft durch Tätigkeiten im Wege des Wettbewerbs zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung einschließlich Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114).

Diesem zunächst nicht ausgestatteten Artikel sollen Mittel für Ausgaben jeglicher Art für die der GFS im Wege des Wettbewerbs übertragenen Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik zugewiesen werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 9 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-2 9 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 451 000	733 000	355 000	111 000		
	KAPITEL B6-2 9 INSGESAMT	1 451 000	733 000	355 000	111 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	30 141 000	28 394 000	32 332 000	10 083 000		
	Titel B6-2 insgesamt	**30 141 000**	**28 394 000**	**32 332 000**	**10 083 000**		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-2 9 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-2 9 2	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-3

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EAG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

KAPITEL B6-3 1 — KERNENERGIE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-3 1						
B6-3 1 1	***Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung***						
B6-3 1 1 1	Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung Getrennte Mittel	6 800 000	7 285 000	8 020 000	2 114 000		
	Artikel B6-3 1 1 insgesamt	6 800 000	7 285 000	8 020 000	2 114 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-3

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EAG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

KAPITEL B6-3 1 — KERNENERGIE

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 1 1	
B6-3 1 1 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8. Beschluß 94/268/Euratom des Rates vom 26. April 1994 über ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994-1998) (ABl. Nr. L 115 vom 6. 5. 1994, S. 31). Entscheidung 94/919/Euratom des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes spezifisches Programm für die Forschung und technologische Entwicklung einschließlich der Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 132). Dieser Posten deckt die Forschungsarbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der Sicherheit bei der Kernspaltung: Forschung im Bereich der Spaltstoffüberwachung (Safeguards), der Sicherheit des Brennstoffkreislaufs und der Reaktorsicherheit. Ferner sind die Tätigkeiten der GFS bei der wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Spaltstoffüberwachung im Rahmen von Euratom und IAEO gedeckt. Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken. Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 800 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 020 000	2 114 000	4 429 500	1 328 850	147 650	
Mittel 1996	6 800 000		2 855 500	2 958 375	887 513	98 612
Insgesamt	14 820 000	2 114 000	7 285 000	4 287 225	1 035 163	98 612

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 1 — KERNENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-3 1 2	***Kontrollierte thermonukleare Fusion***						
B6-3 1 2 1	Kontrollierte thermonukleare Fusion Getrennte Mittel	1 860 000	1 654 000	1 570 000	380 000		
	Artikel B6-3 1 2 insgesamt	1 860 000	1 654 000	1 570 000	380 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	8 660 000	8 939 000	9 590 000	2 494 000		
	KAPITEL B6-3 1 INSGESAMT	8 660 000	8 939 000	9 590 000	2 494 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 1 — KERNENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 1 2	
B6-3 1 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8. Beschluß 94/268/Euratom des Rates vom 26. April 1994 über ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994-1998) (ABl. Nr. L 115 vom 6. 5. 1994, S. 31). Entscheidung 94/919/Euratom des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes spezifisches Programm für die Forschung und technologische Entwicklung einschließlich der Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 132). Dieser Posten deckt die Forschungsarbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der gesteuerten thermonuklearen Fusion mit Schwerpunkt auf den Aspekten der Sicherheit und Umwelt (Einsatz des Tritium-Laboratoriums) und auf den Tätigkeiten im Rahmen des vierseitigen internationalen ITER-Übereinkommens (ITER: International thermonuclear experimental reactor) (Werkstoffe und Handhabungssysteme). Diese Mittel sollen besondere Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) decken. Die Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans zeigt, welche Mittel im einzelnen für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 860 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 570 000	380 000	892 500	267 750	29 750	
Mittel 1996	1 860 000		761 500	823 875	247 163	27 462
Insgesamt	3 430 000	380 000	1 654 000	1 091 625	276 913	27 462

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 9 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES EAG-RAHMENPROGRAMMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-3 9						
B6-3 9 1	***Teilnahme der GFS an den Aktionen auf Kostenteilungsbasis*** Getrennte Mittel	1 046 000	623 000	403 000	103 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 046 000	623 000	403 000	103 000		
	KAPITEL B6-3 9 INSGESAMT	1 046 000	623 000	403 000	103 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	9 706 000	9 562 000	9 993 000	2 597 000		
	Titel B6-3 insgesamt	**9 706 000**	**9 562 000**	**9 993 000**	**2 597 000**		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-39 — SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES EAG-RAHMENPROGRAMMS

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-391	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8. Beschluß 94/268/Euratom des Rates vom 26. April 1994 über ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994-1998) (ABl. Nr. L 115 vom 6. 5. 1994, S. 31). Entscheidung 94/919/Euratom des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes spezifisches Programm für die Forschung und technologische Entwicklung einschließlich der Demonstration (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 132). Diese Mittel sollen die Ausgaben decken, die der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Beteiligung im Wege des Wettbewerbs an Aktionen auf Kostenteilungsbasis übertragen werden. Voraussetzung für die Verwendung dieser Mittel ist, daß ihr diese Arbeiten zugeteilt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 046 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	403 000	103 000	212 250	63 675	24 075	
Mittel 1996	1 046 000		410 750	476 438	142 931	15 881
Insgesamt	1 449 000	103 000	623 000	540 113	167 006	15 881

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-4

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE AKTIONEN — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN UND ERGÄNZENDEN PROGRAMME UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GFS

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-4 1						
B6-4 1 1	***Abschluß der gemeinsamen Programme 1984-1987 und 1988-1991***						
	Getrennte Mittel	p.m.	78 000	p.m.	603 000	0,—	1 622 211,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-4

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE AKTIONEN — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN UND ERGÄNZENDEN PROGRAMME UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GFS

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien des Titels B6-4. Bei bestimmten Maßnahmen (insbesondere COST) ist eine Mitwirkung von Drittstaaten oder Drittstaatenorganisationen an der wissenschaftlich-technischen Forschung in der Gemeinschaft vorgesehen. Unter Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans sind die eventuellen Finanzbeiträge veranschlagt, aus denen gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können. Aus den in Artikel 6 0 4 des Einnahmenplans eingesetzten eventuellen Einnahmen von seiten Dritter, die sich neben der Gemeinschaft an den Projektkosten beteiligen (Unternehmen der EFTA-Staaten, Industriekonsortien usw.), können gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Zusätzliche Mittel werden unter Artikel B6-4 5 1 bereitgestellt. Die eventuellen Einnahmen aus Teilnehmergebühren für die von der Kommission veranstalteten Seminare, Konferenzen usw. werden gemäß Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederverwendet.
B6-4 1 1	*Gemeinsames Programm 1984-1987* Beschluß 84/1/Euratom, EWG des Rates vom 22. Dezember 1983 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführendes Forschungsprogramm (1984-1987) (ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1984, S. 21). Das gemeinsame Programm 1984-1987 umfaßte fünf Themen: Industrietechnologien, thermonukleare Fusion, Kernspaltung, nichtnukleare Energien und Umwelt. *Gemeinsames Programm 1988-1991* Entscheidung 88/521/EWG des Rates vom 14. Oktober 1988 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1988-1991) (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 29). Entscheidung 88/522/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1988-1991) (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 33). Das gemeinsame Programm 1988-1991 umfaßte drei Themen: Lebensqualität, Modernisierung der Industriezweige, Energie und exploratorische Forschung. Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-4 1 2	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1992-1994 — Aktionen im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum*** Getrennte Mittel	p.m.	6 903 433	p.m.	15 380 000	34 091 112,54	26 438 401,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B6-4 1 1 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	681 446	603 000	78 000	446		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	681 446	603 000	78 000	446		

B6-4 1 2 Entscheidung 92/273/EWG des Rates vom 29. April 1992 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. L 141 vom 23. 5. 1992, S. 11).

Entscheidung 92/274/Euratom des Rates vom 29. April 1992 zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. L 141 vom 23. 5. 1992, S. 20).

Das gemeinsame Programm 1992-1994 umfaßte fünf Themen: industrielle und Werkstofftechnologien, Umwelt, nukleare Energie, Nutzung der Humanressourcen, Orientierungsforschung.

Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	24 569 151	15 380 000	6 903 433	1 300 000	985 718	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	24 569 151	15 380 000	6 903 433	1 300 000	985 718	

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „p.m." an Verpflichtungen,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-4 1 3	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1992-1994 — Aktionen, die nicht im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum stehen***						
	Getrennte Mittel	p.m.	996 567	p.m.	9 042 000	13 814 992,07	11 891 768,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	7 978 000	p.m.	25 025 000	47 906 104,61	39 952 380,—
	KAPITEL B6-4 1 INSGESAMT	p.m.	7 978 000	p.m.	25 025 000	47 906 104,61	39 952 380,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 1 2	*(Fortsetzung)* — 92 898 ECU an Zahlungen. Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.
B6-4 1 3	Entscheidung 92/273/EWG des Rates vom 29. April 1992 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. L 141 vom 23. 5. 1992, S. 11). Entscheidung 92/274/Euratom des Rates vom 29. April 1992 zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. L 141 vom 23. 5. 1992, S. 20). Das gemeinsame Programm 1992-1994 umfaßte fünf Themen: industrielle und Werkstofftechnologien, Umwelt, nukleare Energie, Nutzung der Humanressourcen, Orientierungsforschung. Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 038 567	9 042 000	996 567			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	10 038 567	9 042 000	996 567			

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 2 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN UNTERSTÜTZENDEN TÄTIGKEITEN

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-4 2						
B6-4 2 1	***Abschluß der früheren unterstützenden Tätigkeiten***						
	Getrennte Mittel	p.m.	2 800 000	p.m.	10 045 000	18 404 599,21	17 420 051,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	2 800 000	p.m.	10 045 000	18 404 599,21	17 420 051,—
	KAPITEL B6-4 2 INSGESAMT	p.m.	2 800 000	p.m.	10 045 000	18 404 599,21	17 420 051,—
	KAPITEL B6-4 3						
B6-4 3 1	***Arbeiten für Dritte***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	2 592 315,—	1 153 158,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 2 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN UNTERSTÜTZENDEN TÄTIGKEITEN

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4). Beschluß 88/503/EWG des Rates vom 26. September 1988 über ein Pilotvorhaben für den Einsatz der Fernerkundung in der Agrarstatistik (ABl. Nr. L 273 vom 5. 10. 1988, S. 12). Entscheidung 92/273/EWG des Rates vom 29. April 1992 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. L 141 vom 23. 5. 1992, S. 11). Entscheidung 92/274/Euratom des Rates vom 29. April 1992 zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. L 141 vom 23. 5. 1992, S. 20). Entschließung des Rates vom 29. April 1992 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (ABl. Nr. C 118 vom 9. 5. 1992, S. 8). Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	13 634 722	10 045 000	2 800 000	710 750	78 972	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	13 634 722	10 045 000	2 800 000	710 750	78 972	

B6-4 3 1	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 96 Absatz 1.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 3 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 3 1	*(Fortsetzung)* Beschluß 89/340/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 über von der Gemeinsamen Forschungsstelle durchzuführende EWG-relevante Arbeiten für Dritte (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 10). Entschließung des Rates vom 29. April 1992 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (ABl. Nr. C 118 vom 9. 5. 1992, S. 8). Dieser Artikel soll die erforderlichen Mittel decken für besondere Ausgaben im Zusammenhang mit den verschiedenen Arbeiten für Rechnung Dritter, die in jedem einzelnen Fall mit den betroffenen Dritten veranschlagt werden. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung werden im Laufe des Haushaltsjahres aus diesem Artikel zusätzliche Mittel bereitgestellt für die Ausgaben, die sich aus jedem einzelnen mit einem Dritten geschlossenen Vertrag ergeben, und zwar in Höhe der unter Posten 6 2 2 3 einzusetzenden Einnahmen. Vorgesehen sind vor allem folgende Leistungen: — Lieferungen, Dienstleistungen sowie allgemein die Durchführung von Arbeiten gegen Entgelt, — Betrieb von Anlagen zugunsten von Mitgliedstaaten oder Durchführung von Forschungsarbeiten als Ergänzung der spezifischen Forschungsprogramme, — Forschungstätigkeiten oder Dienstleistungen im Rahmen der Industrieclubs, für die die Partner eine Aufnahmegebühr und jährliche Beitragszahlungen zu leisten haben, — Bestrahlung im Zyklotron, — chemische Dekontaminierung, — Strahlenschutz, — Metallographie, — Verträge über Zusammenarbeit bei radioaktiven Abfällen, — Fortbildung, — fremde Kunden des Informatikzentrums in Ispra, — Bestrahlungen im Hochflußreaktor der Anstalt Petten für fremde Rechnung. Die entsprechenden Einnahmen stammen aus dem Posten 6 2 2 2 des Einnahmenplans.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	2 592 315,—	1 153 158,—
	KAPITEL B6-4 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	2 592 315,—	1 153 158,—
	KAPITEL B6-4 4						
B6-4 4 2	**Hochflußreaktor**						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 3 1	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

B6-4 4 2	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 96 Absatz 1. Beschluß 84/1/Euratom, EWG des Rates vom 22. Dezember 1983 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführendes Forschungsprogramm (1984-1987) (ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1984, S. 21). Entscheidung 88/523/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes ergänzendes Forschungsprogramm (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 37). Entscheidung 92/275/Euratom des Rates vom 29. April 1992 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes zusätzliches Forschungsprogramm (1992-1995) (ABl. Nr. L 141 vom 23. 5. 1992, S. 27).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 4 2	*(Fortsetzung)*						
B6-4 4 2 0	Hochflußreaktor — Abschluß der Zusatzprogramme Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 069 498,40	11 139 967,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 4 2	*(Fortsetzung)* Entschließung des Rates vom 29. April 1992 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (ABl. Nr. C 118 vom 9. 5. 1992, S. 8).
B6-4 4 2 0	*Vormals Artikel B6-4 4 1 und B6-4 4 2* Dieser Posten soll einen Teil der Ausgabenverpflichtungen gleich welcher Art decken, die im Laufe der Programmdurchführung eingegangen werden und nicht durch Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1994 oder früheren Haushaltsjahren gedeckt sind. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 4 2	*(Fortsetzung)*						
B6-4 4 2 1	Hochflußreaktor — Zusatzprogramm 1996-1999 Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B6-4 4 2 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 069 498,40	11 139 967,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 069 498,40	11 139 967,—
	KAPITEL B6-4 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 069 498,40	11 139 967,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 4 2	*(Fortsetzung)*
B6-4 4 2 1	*Neuer Posten* Aus diesem Posten sollen die Ausgaben für Programme gedeckt werden, die von 1996 bis 1999 im Rahmen des Zusatzprogramms für den Betrieb des Hochflußreaktors durchgeführt werden. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994 Mittel 1995 Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 5 — MITTEL AUS DER TEILNAHME DRITTER (NICHT-EWR) AN DER FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-4 5						
B6-4 5 1	***Mittel aus der Teilnahme Dritter (Nicht-EWR) an der Forschung und technologischen Entwicklung***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.				
	KAPITEL B6-4 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	10 778 000	p.m.	35 070 000	80 972 517,22	69 665 556,—
	Titel B6-4 insgesamt	**p.m.**	**10 778 000**	**p.m.**	**35 070 000**	**80 972 517,22**	**69 665 556,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 5 — MITTEL AUS DER TEILNAHME DRITTER (NICHT-EWR) AN DER FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-4 5 1 *Neuer Artikel*

Aus diesem Artikel sollen die Ausgaben gedeckt werden, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme von Dritten oder Drittstaaten (Nicht-EWR) an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen entstehen.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

Die Einnahmen sind in den Artikeln 6 0 1, 6 0 2 und 6 2 3 des Einnahmenplans eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-5

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — ABSCHLUSS FRÜHERER AKTIONEN UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN

KAPITEL B6-5 1 — ABSCHLUSS DES ZWEITEN RAHMENPROGRAMMS (1987-1991)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 1						
B6-5 1 1	***Abschluß des zweiten Rahmenprogramms (1987-1991)***						
B6-5 1 1 2	Abschluß des zweiten Rahmenprogramms (1987-1991) Getrennte Mittel	p.m.	48 094 000	200 000	157 460 000	3 942 760,26	203 907 717,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-5

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — ABSCHLUSS FRÜHERER AKTIONEN UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN

KAPITEL B6-5 1 — ABSCHLUSS DES ZWEITEN RAHMENPROGRAMMS (1987-1991)

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien des Titels B6-5. Aus den Artikeln bzw. Posten dieses Titels sollen die Ausgaben gedeckt werden, die aufgrund von Verträgen zur Durchführung der entsprechenden Programme entstehen. Es handelt sich insbesondere um Verträge über Forschungsarbeiten, Assoziierung, Studien, integrierte Projekte, Bewertung spezifischer Programme, Koordination, Kooperation, Stipendien, Subventionen, Fortbildung, Förderung der Mobilität von Wissenschaftlern und die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie um Ausrüstungs- und Materialaufträge. Die Mittel decken auch die Ausgaben für das gesamte Personal, für Studien, Expertensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationen, Veröffentlichungen, den laufenden Verwaltungsbetrieb und den technischen Betrieb sowie einige andere Infrastruktur- und Betriebsausgaben, die zur Erreichung des Zieles der Aktion, deren Bestandteil sie sind, getätigt werden. Die vorläufige Aufteilung der Mittel nach Art der Ausgaben ergibt sich aus der Tabelle der Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans (Verbuchungscodes 1 bis 6). Bei bestimmten Maßnahmen (insbesondere COST) ist eine Mitwirkung von Drittstaaten oder Drittstaatenorganisationen an der wissenschaftlich-technischen Forschung in der Gemeinschaft vorgesehen. Unter Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans sind die eventuellen Finanzbeiträge veranschlagt, aus denen gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können. Aus den in Artikel 6 0 4 des Einnahmenplans eingesetzten eventuellen Einnahmen von seiten Dritter, die sich neben der Gemeinschaft an den Projektkosten beteiligen (Unternehmen der EFTA-Staaten, Industriekonsortien usw.), können gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Zusätzliche Mittel werden unter Artikel B6-5 4 1 bereitgestellt. Die eventuellen Einnahmen aus Teilnehmergebühren für die von der Kommission veranstalteten Seminare, Konferenzen usw. werden gemäß Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederverwendet.
B6-5 1 1	
B6-5 1 1 2	*Vormals Posten B6-5 1 1 1 und B6-5 1 1 2* Beschluß 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) (ABl. Nr. L 302 vom 24. 10. 1987, S. 1). Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt. Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans enthält den Fälligkeitsplan mit den Rechtsgrundlagen für die spezifischen Programme des zweiten Rahmenprogramms.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — ABSCHLUSS DES ZWEITEN RAHMENPROGRAMMS (1987-1991) *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-5 2 — ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 1 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 1 1 insgesamt	p.m.	48 094 000	200 000	157 460 000	3 942 760,26	203 907 717,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	48 094 000	200 000	157 460 000	3 942 760,26	203 907 717,—
	KAPITEL B6-5 1 INSGESAMT	p.m.	48 094 000	200 000	157 460 000	3 942 760,26	203 907 717,—
	KAPITEL B6-5 2						
B6-5 2 1	***Abschluß des dritten Rahmenprogramms (1990-1994)***						
B6-5 2 1 1	Abschluß des dritten Rahmenprogramms (1990-1994) — EWR-relevante Aktionen Getrennte Mittel	p.m.	553 100 000	p.m.	1 077 124 000	1 752 576 850,34	147 474 232,30

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — ABSCHLUSS DES ZWEITEN RAHMENPROGRAMMS (1987-1991) *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-5 2 — ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994)

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 1 1 2	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	233 782 651	157 205 000	48 050 000	28 527 651		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	110 000	55 000	44 000	11 000		
Mittel 1995	200 000	200 000				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	234 092 651	157 460 000	48 094 000	28 538 651		

B6-5 2 1	
B6-5 2 1 1	Beschluß 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. Nr. L 117 vom 8. 5. 1990, S. 28). Beschluß 93/167/Euratom, EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Anpassung des Beschlusses 90/221/Euratom, EWG über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 43). Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt. Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans enthält den Fälligkeitsplan mit den Rechtsgrundlagen für die spezifischen Programme des dritten Rahmenprogramms.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 2 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 2 1 2	Abschluß des dritten Rahmenprogramms (1990-1994) — Nicht EWR-relevante Aktionen						
	Getrennte Mittel	p.m.	40 000 000	p.m.	84 940 000	222 264 554,04	184 699 766,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 2 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 2 1 1	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 168 865 707	1 076 589 000	552 779 000	539 497 707		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	1 070 000	535 000	321 000	214 000		
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	2 169 935 707	1 077 124 000	553 100 000	539 711 707		

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „p.m." an Verpflichtungen,

— 4 339 094 ECU an Zahlungen.

Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

Der Beitrag der EFTA-Staaten stammt ausschließlich aus ihrer Teilnahme an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.

B6-5 2 1 2

Beschluß 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. Nr. L 117 vom 8. 5. 1990, S. 28).

Beschluß 93/167/Euratom, EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Anpassung des Beschlusses 90/221/Euratom, EWG über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 43).

Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt.

Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans enthält den Fälligkeitsplan mit den Rechtsgrundlagen für die spezifischen Programme des dritten Rahmenprogramms.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 2 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 2 1 insgesamt	p.m.	593 100 000	p.m.	1 162 064 000	1 974 841 404,38	332 173 998,30
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	593 100 000	p.m.	1 162 064 000	1 974 841 404,38	332 173 998,30
	KAPITEL B6-5 2 INSGESAMT	p.m.	593 100 000	p.m.	1 162 064 000	1 974 841 404,38	332 173 998,30

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 2 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 2 1 2	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	150 099 322	84 860 000	39 952 000	25 287 322		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	160 000	80 000	48 000	32 000		
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	150 259 322	84 940 000	40 000 000	25 319 322		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — ABSCHLUSS DER NICHT ZUM RAHMENPROGRAMM GEHÖRENDEN AKTIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 3						
B6-5 3 1	***Abschluß der nicht zum Rahmenprogramm gehörenden Aktionen***						
B6-5 3 1 1	Abschluß der nicht zum Rahmenprogramm gehörenden und nicht EWR-relevanten Aktionen						
	Getrennte Mittel	p.m.	180 250 000	1 950 000	333 093 000	521 877 488,21	331 010 920,—
B6-5 3 1 2	Abschluß der nicht zum Rahmenprogramm gehörenden, aber EWR-relevanten Aktionen						
	Getrennte Mittel	p.m.	11 326 000	p.m.	28 220 000	40 936 853,44	28 428 287,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — ABSCHLUSS DER NICHT ZUM RAHMENPROGRAMM GEHÖRENDEN AKTIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-5 3 1

B6-5 3 1 1 Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	768 113 658	330 631 000	179 866 000	125 000 000	75 320 658	57 296 000
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	1 279 000	512 000	384 000	256 000	127 000	
Mittel 1995	1 950 000	1 950 000				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	771 342 658	333 093 000	180 250 000	125 256 000	75 447 658	57 296 000

B6-5 3 1 2 Diese Mittel sind zur Abwicklung der Verpflichtungen aus früheren Haushaltsjahren bestimmt.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	49 569 375	28 220 000	11 326 000	4 527 000	5 496 375	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	49 569 375	28 220 000	11 326 000	4 527 000	5 496 375	

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— „p.m." an Verpflichtungen,

— 105 236 ECU an Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — ABSCHLUSS DER NICHT ZUM RAHMENPROGRAMM GEHÖRENDEN AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 3 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 3 1 insgesamt	p.m.	191 576 000	1 950 000	361 313 000	562 814 341,65	359 439 207,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	191 576 000	1 950 000	361 313 000	562 814 341,65	359 439 207,—
	KAPITEL B6-5 3 INSGESAMT	p.m.	191 576 000	1 950 000	361 313 000	562 814 341,65	359 439 207,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — ABSCHLUSS DER NICHT ZUM RAHMENPROGRAMM GEHÖRENDEN AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 3 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 3 1 2	*(Fortsetzung)* Zur Information: Aus diesen Beträgen, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), handelt, werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt und dieser Teil des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans im Rahmen der Anlage III ausgeführt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — EINNAHMEN AUS DER TEILNAHME DRITTER (NICHT-EWR) AN DER FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 4						
B6-5 4 1	***Einnahmen aus der Teilnahme Dritter (Nicht-EWR) an der Forschung und technologischen Entwicklung***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 500 063,14	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 500 063,14	0,—
	KAPITEL B6-5 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 500 063,14	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	832 770 000	2 150 000	1 680 837 000	2 556 098 569,43	895 520 922,30
	Titel B6-5 insgesamt	**p.m.**	**832 770 000**	**2 150 000**	**1 680 837 000**	**2 556 098 569,43**	**895 520 922,30**

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — EINNAHMEN AUS DER TEILNAHME DRITTER (NICHT-EWR) AN DER FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 4 1	Aus diesem Artikel sollen die Ausgaben gedeckt werden, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme von Dritten oder Drittstaaten (von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums) an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen entstehen.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

Diese Einnahmen sind in den Artikeln 6 0 1, 6 0 2, 6 0 4 bis 6 0 6, im Posten 6 1 4 2 und in dem Artikel 6 2 3 des Einnahmenplans eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-7

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-7

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die vorliegende Erläuterung gilt für alle Haushaltslinien des Titels B6-7. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 i. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 12. Mai 1993 „Zusammenhalt und FTE-Politik — Synergieeffekte zwischen der Politik im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung und der Politik zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts" (KOM(93) 203 endg.). Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Mit den Mitteln der Artikel oder Posten dieses Titels sollen die Interventionsausgaben für die zur Durchführung der entsprechenden Programme geschlossenen Verträge gedeckt werden. Es handelt sich insbesondere um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien- und Projektverträge, um Verträge zur Überwachung und Bewertung von Projekten der spezifischen Programme und des Rahmenprogramms, ferner um Koordinierungs-, Kooperations-, Stipendien-, Subventions- und Ausbildungsverträge sowie Verträge zur Förderung der Mobilität von Wissenschaftlern oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie um Ausrüstungs- und Materialaufträge. Die Mittel decken auch die Ausgaben für das gesamte Personal, für Studien, Expertensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationen, Veröffentlichungen, für den laufenden Verwaltungsbetrieb und den technischen Betrieb sowie einige andere Infrastruktur- und Betriebsausgaben zur Erreichung des Zieles der Aktion, deren Bestandteil sie sind. Eingeschlossen sind auch Ausgaben für Aktionen und Initiativen, die zur Entwicklung und Verfolgung der Strategie der gemeinschaftlichen FTE erforderlich sind. Diese Artikel bzw. Posten decken auch die Ausgaben für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischen Niveau und europäischem Interesse sowie für Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischen Niveau, die zur Erschließung neuer, für die Aktionen der Gemeinschaft geeigneter Forschungsbereiche dienen. Diese Mittel dienen außerdem zur Deckung der Ausgaben für horizontale Maßnahmen, durch die eine bessere Synergie zwischen den aus den Strukturfonds finanzierten Aktionen und den FTE-Aktionen sichergestellt werden soll, wie es in der Mitteilung der Kommission vom 12. Mai 1993 (KOM(93) 203 endg.) vorgesehen ist. Zu den Maßnahmen gehören: die Förderung und die Durchführung von Forschungs- und technologischen Entwicklungsprogrammen im Rahmen der operationellen Programme der Strukturfonds für die Ziel-1-Regionen (1994-1999), die Bereitstellung des wissenschaftlich-technischen Know-hows für den Ausbau der Forschungs- und technologischen Entwicklungskapazitäten der strukturschwächsten Regionen (STRIDE/KMU-Initiative), die Unterstützung bestimmter Bereiche — z.B. Entwicklung des ländlichen Raums oder kleine und mittelständische Unternehmen — im Hinblick auf die Festlegung wissenschaftlich -technischer Leitlinien, die Entwicklung neuer Verfahren zur Stärkung der transnationalen Zusammenarbeit sowie die Prüfung der Frage — im Rahmen von Studien, Workshops und Seminaren —, welche Maßnahmen getroffen werden müssen. Die Mittel dieser Artikeln und Posten dienen auch zur Deckung der Ausgaben für die Initiativen der Kommission, deren Ziel es ist, bei weltweiten Vergleichen die Erfahrungen von Drittländern bei der Unterstützung der FTE-Kapazitäten strukturschwacher Regionen in ihrem Hoheitsgebiet zu berücksichtigen. Außerdem werden mit den Mitteln die Maßnahmen finanziert, die die Kommission zur Förderung der Koordination in der Forschung und technologischen Entwicklung ergreift, um die Kohärenz einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Maßnahmen sicherzustellen und die Schlußfolgerungen des Rates vom 9. Juni 1995 über die Koordinierung der FTE-Politiken (Dok. 7835/95 Presse 170 G) umzusetzen. Ziel dieser Initiativen ist eine Konzertierung zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den nationalen und europäischen Forschungseinrichtungen bei horizontalen und branchenspezifischen politischen Konzepten und Maßnahmen auf nationaler Ebene. Im Rahmen dieser Initiativen sollen einschlägige und vergleichbare Informationen im Hinblick auf eine schrittweise Harmonisierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten gesammelt werden, um für die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Forschung in der Europäischen Union günstige Bedingungen zu schaffen. Die Finanzierungs- und Beteiligungsmodalitäten der verschiedenen Programme werden in Anhang III der Beschlüsse über die spezifischen Programme erläutert. Die vorläufige Aufteilung der Mittel nach Art der Ausgaben ergibt sich aus der entsprechenden Tabelle in Anhang I dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans (Verbuchungscodes 1 bis 6).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-7 1						
B6-7 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologie***						
B6-7 1 1 1	Telematikanwendungen von gemeinsamem Interesse Getrennte Mittel	110 182 000	153 925 000	294 014 000	112 511 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION

Artikel Posten	Erläuterungen
	Für einige dieser Aktionen (insbesondere COST) ist eine Beteiligung von Drittländern oder von Organisationen aus Drittländern an der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung vorgesehen. Dieser etwaige finanzielle Beitrag wird in Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans eingesetzt; zu Lasten dieses Betrags können gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Zu Lasten der etwaigen Einnahmen von Dritten, die die Kosten der Vorhaben mit der Gemeinschaft teilen (Unternehmen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone, industrielle Konsortien usw.), die in Artikel 6 0 4 des Einnahmenplans eingesetzt sind, können zusätzliche Mittel bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung). Zur Information: Diese Beträge, die sich aus den in Artikel 6 3 0 der Gesamteinnahmen ausgewiesenen Beiträgen der EFTA-Staaten ergeben, bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung handelt, führen zur Bereitstellung der entsprechenden Mittel und zur Ausführung im Rahmen der Anlage III dieses Teils des Ausgabenplans des Gesamthaushaltsplans. Zusätzliche Mittel werden unter Artikel B6-5 4 1 bereitgestellt. Die etwaigen Einnahmen aus den Einschreibgebühren der Teilnehmer an von der Kommission veranstalteten Seminaren, Konferenzen usw. sind gemäß den Bestimmungen von Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederzuverwenden.
B6-7 1 1	
B6-7 1 1 1	Entscheidung 94/801/EG des Rates vom 23. November 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich Telematikanwendungen von gemeinsamen Interesse (1994-1998) (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994, S. 1). Ziel dieses spezifischen Programms ist die Entwicklung informations- und kommunikationstechnologischer Anwendungen, die in der gesamten Europäischen Union interoperabel sind. Es trägt dazu bei, den elementaren Bedarf der modernen Gesellschaft in allgemeinrelevanten Bereichen (Gesundheitswesen, Aus- und Weiterbildung, Verkehr, Informationszugang u.ä.) zu decken, die Anforderungen der Gemeinschaftspolitik zu erfüllen, die europäische Industrie auf die neuen Märkte vorzubereiten, die sich aus diesen Forschungstätigkeiten ergeben, Wachstum und Beschäftigung durch Entwicklung neuer Systeme und Dienste, nach denen eine Nachfrage besteht, zu fördern und die bereits gewährten Finanzhilfen für Programme wie ESPRIT, RACE oder entsprechende nationale Programme zu rentabilisieren. Im Mittelpunkt der Arbeiten stehen „Telematikanwendungen", unter die sämtliche (Hard- und Software-) Systeme und Dienste (Fernunterricht, Telemedizin, Fernsteuerung des Straßen- oder Luftverkehrs, Sprach-Engineering usw.) fallen, die im Rahmen dieses Programms entwickelt werden. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Personalausgaben für 152 Bedienstete (82 A, 23 B und 47 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 1 2	Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien und -dienste Getrennte Mittel	99 175 000	116 213 000	210 693 000	81 730 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 1 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 110 182 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	294 014 000	112 511 000	107 087 000	43 905 000	30 511 000	
Mittel 1996	110 182 000		46 838 000	37 993 000	15 577 000	9 774 000
Insgesamt	404 196 000	112 511 000	153 925 000	81 898 000	46 088 000	9 774 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 1 740 876 ECU an Verpflichtungen,

— 2 432 018 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 1 2

Entscheidung 94/572/EG des Rates vom 27. Juli 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich fortgeschrittener Kommunikationstechnologien und -dienste (1994-1998) (ABl. Nr. L 222 vom 26. 8. 1994, S. 35).

Allgemeines Ziel des Programms ist die Entwicklung fortgeschrittener Kommunikationssysteme und -dienste, die die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in Europa fördern sollen. Hierbei wird der schnellen technologischen Entwicklung, veränderten Bedingungen im ordnungspolitischen Bereich und den Möglichkeiten für die Entwicklung transeuropäischer Netze und Dienste Rechnung getragen.

Durch die Arbeiten wird die technologische Führung Europas bei der digitalen Breitbandkommunikation gefestigt und ein effektiver Netzbetrieb und die Bereitstellung von Diensten in einem durch seine Vielfalt geprägten und wettbewerbsorientierten Kommunikationsumfeld ermöglicht. Insbesondere wird das Entstehen digitaler Multimedia-Dienste und integrierter Photoniksysteme mit Blick auf ihre weit verbreitete Einführung in Europa ab dem Jahr 2000 einschließlich der Schaffung der technologischen Voraussetzungen für die Bereitstellung optischer Fasernetze gefördert und koordiniert.

Durch die Arbeiten wird die Mobilität in ortsfesten Netzen und schließlich die Einführung fortgeschrittener drahtloser Systeme sowie Funk- und Satellitensysteme in ganz Europa sichergestellt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Benutzerzugriff zu öffentlichen und privaten Netzen liegt.

Ferner werden Technologien für die Integrität, Vertraulichkeit und die Verfügbarkeit von Informationen in integrierten Systemen entwickelt und demonstriert.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Personalausgaben für 116 Bedienstete (63 A, 14 B und 39 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 1 3	Informationstechnologien Getrennte Mittel	499 394 000	358 450 000	457 473 000	177 258 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 99 175 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	210 693 000	81 730 000	76 120 000	31 177 000	21 666 000	
Mittel 1996	99 175 000		40 093 000	34 858 000	14 292 000	9 932 000
Insgesamt	309 868 000	81 730 000	116 213 000	66 035 000	35 958 000	9 932 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 1 566 965 ECU an Verpflichtungen,

— 1 836 165 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 1 3

Entscheidung 94/802/EG des Rates vom 23. November 1994 über ein spezifisches Programm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration im Bereich der Informationstechnologien (1994-1998) (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994, S. 24).

Ziele dieses spezifischen Programms:

— Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen Industrie,

— Beitrag zum Aufbau einer Informationsinfrastruktur in Europa,

— Festigung der wissenschaftlichen und technologischen Basis der europäischen Industrie,

— Förderung von Vorarbeiten und Validierungstätigkeiten zur Normung.

Forschungsbereiche des Programms:

— Software-Technologien,

— Technologien für IT-Komponenten und -Teilsysteme,

— Multimedia-Systeme,

— langfristige Forschung,

— Initiative zur Förderung offener Mikroprozessor-Systeme,

— Hochleistungsrechentechnik und -netze,

— Technologien für Unternehmensprozesse,

— Integration in der Fertigung.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Personalausgaben für 293 Bedienstete (150 A, 49 B und 94 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 1 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 1 1 insgesamt	708 751 000	628 588 000	962 180 000	371 499 000		
B6-7 1 2	***Industrietechnologien***						
B6-7 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien Getrennte Mittel	433 000 000	208 000 000	285 523 000	66 381 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 1 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 499 394 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	457 473 000	177 258 000	188 450 000	90 000 000	1 765 000	
Mittel 1996	499 394 000		170 000 000	190 000 000	120 000 000	19 394 000
Insgesamt	956 867 000	177 258 000	358 450 000	280 000 000	121 765 000	19 394 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 7 890 425 ECU an Verpflichtungen,

— 5 663 510 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 2

B6-7 1 2 1

Entscheidung 94/571/EG des Rates vom 27. Juli 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich der industriellen und Werkstofftechnologien (1994-1998) (ABl. Nr. L 222 vom 26. 8. 1994, S. 19).

Dieses spezifische Programm soll durch multidisziplinäre und branchenübergreifende Zusammenarbeit Entwicklung, Integration und Anwendungen entscheidender grundlegender Technologien sowie die Produktionstechnologien fördern, die in den einzelnen Phasen der Lebensdauer von Produkten und Werkstoffen zur Anwendung kommen.

Die Aktion konzentriert sich auf die technologischen Bereiche, deren Anwendungen rasch ein ausreichend weites Feld industrieller Tätigkeiten beeinflussen und die zur Entwicklung der Industrie und künftiger Produkte beitragen.

Außerdem soll die Gemeinschaftsaktion bei der Entwicklung neuer Konzepte bezüglich der menschlichen und organisatorischen Aspekte industrieller Produktionssysteme helfen.

Dieses Programm betrifft folgende Bereiche:

— Produktionstechnologien,

— Materialien und Technologien zur Produktinnovation,

— Technologien für den Verkehrsbereich.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 2 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 2 1	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel sollen die zur Finanzierung der FTE-Aktionen von Dritten oder gemeinsam mit Dritten durchgeführten Aktionen von Instituten der GFS decken:

— Aktionen auf Kostenteilungsbasis, z.B.:
  — FTE-Projekte von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen;
  — Projekte im Bereich der themenbezogenen Netze, bei denen Benutzer, Hochschulen und Forschungszentren ein gemeinsames technologisches oder industrielles Ziel verfolgen;
  — technologische Maßnahmen zur Förderung und Erleichterung der Beteiligung von KMU an FTE-Aktionen, insbesondere durch Sondierungsprämien für gemeinsame Aktionen oder durch Unterstützung gemeinsam durchgeführter Forschungsprojekte;
— flankierende Maßnahmen, z.B.:
  — Studien, Unterstützung für den Informationsaustausch, für Konferenzen, Seminare und Workshops;
  — Inanspruchnahme von Fremdkapazitäten und Zugang zu Datenbanken;
  — wissenschaftliche Veröffentlichungen und Maßnahmen zur Verbreitung und Nutzung von Ergebnissen sowie zur Werbung für Ergebnisse;
  — Analysen über sozioökonomische Auswirkungen;
  — Ausbildungsmaßnahmen;
  — neutrale Bewertung der Verwaltung und Durchführung des Programms;
  — Unterstützungsmaßnahmen für KMU;
— konzertierte Aktionen zur Koordinierung der bereits von öffentlichen oder privaten Stellen finanzierten FTE-Projekte;
— Verwaltungsausgaben für Personal, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationen, Veröffentlichungen sowie bestimmte sonstige Ausgaben für die interne Infrastruktur und den Betrieb.

Diese Mittel sollen die Personalkosten für 118 Bedienstete (64 A, 21 B und 33 C) decken.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 433 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	285 523 000	66 381 000	81 007 000	78 291 000	59 844 000	
Mittel 1996	433 000 000		126 993 000	129 900 000	120 107 000	56 000 000
Insgesamt	718 523 000	66 381 000	208 000 000	208 191 000	179 951 000	56 000 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 6 841 400 ECU an Verpflichtungen,

— 3 286 400 ECU an Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren Getrennte Mittel	55 000 000	26 000 000	38 211 000	9 659 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 2 2	Entscheidung 94/803/EG des Rates vom 23. November 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich Normung, Meß- und Prüfverfahren (1994-1998) (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994, S. 47). Dieses spezifische Programm soll zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller europäischen Industriezweige auf folgenden Gebieten beitragen: — Meßverfahren für europäische Qualitätsprodukte, — Forschung im Bereich der Normen und technische Unterstützung des Handels, — Meßverfahren im Dienste der Gesellschaft. Die Forschungsaktivitäten werden als indirekte Maßnahmen durchgeführt. Diese Mittel decken auch die Kosten für: — Maßnahmen auf Kostenteilungsbasis, z.B. FTE-Projekte, themenbezogene Netze, spezielle flankierende Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Anwendung der Gemeinschaftspolitik einschließlich der Zusammenarbeit mit den Normeninstanzen, technologische Maßnahmen zur Förderung und Erleichterung der Beteiligung von KMU, — vorbereitende, begleitende und unterstützende Maßnahmen, z.B.: — Vorbereitung künftiger Aktionen und Unterstützung des laufenden Programms, — Unterstützung für den Informationsaustausch, für Konferenzen, Seminare und andere wissenschaftliche Tagungen einschließlich branchenübergreifende oder interdisziplinäre Koordinierungssitzungen, — Hinzuziehung externen Fachwissens und Zugang zu wissenschaftlichen Datenbanken, — wissenschaftliche Veröffentlichungen und Aktionen zur Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse sowie zur Werbung für die Ergebnisse, — Analysen der sozioökonomischen Auswirkungen und technologische Folgenabschätzungen, — Ausbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der fachlichen Qualifikation und Förderung des Technologietransfers zur Industrie, — Bewertung des Fortschritts und der Ergebnisse von Projekten sowie Bewertung der Verwaltung und Durchführung des Programms durch neutrale Sachverständige, — Maßnahmen zugunsten von Netzen, die eine dezentralisierte Unterstützung der KMU gewährleisten sollen, — konzertierte Aktionen zur Koordinierung der bereits von öffentlichen oder privaten Stellen finanzierten FTE-Projekte. Außerdem dient dieser Posten auch zur Deckung von Personal- und Verwaltungskosten. Dazu zählen Zusammenkünfte von Sachverständigen, Informationen, Veröffentlichungen sowie bestimmte sonstige Ausgaben für die interne Infrastruktur und den Betrieb. Diese Mittel sollen die Personalkosten für 35 Bedienstete (21 A, 4 B und 10 C) decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 2 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 1 2 insgesamt	488 000 000	234 000 000	323 734 000	76 040 000		
B6-7 1 3	***Umwelt***						
B6-7 1 3 1	Umwelt und Klima Getrennte Mittel	119 000 000	97 000 000	166 521 000	30 065 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 2 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 55 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	38 211 000	9 659 000	10 079 000	10 079 000	8 394 000	
Mittel 1996	55 000 000		15 921 000	16 179 000	13 750 000	9 150 000
Insgesamt	93 211 000	9 659 000	26 000 000	26 258 000	22 144 000	9 150 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 869 000 ECU an Verpflichtungen,

— 410 800 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 3

B6-7 1 3 1

Entscheidung 94/911/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich Umwelt und Klima (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 1).

Dieses spezifische Programm soll zur Durchführung des Aktionsbereichs I.6 des Vierten Rahmenprogramms im Bereich Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (1994-1998) beitragen, insbesondere zum Thema „Umwelt und Klima". Es sorgt für die erforderliche Kontinuität zur Erhaltung und Verstärkung der in den früheren Programmen geschaffenen FTE-Kapazitäten. So soll es die auf europäischer Ebene im Umweltbereich eingeleiteten Arbeiten zur Strukturierung der FTE fortsetzen und nutzen, insbesondere durch die Einrichtung bzw. den Ausbau von Spitzenforschungsnnetzen.

Das Programm konzentriert sich auf eine begrenzte Zahl von Themen und Bereichen, in denen eine Aktion der Europäischen Union gerechtfertigt ist.

Es erstreckt sich auf folgende Bereiche:

— Forschung über die natürliche Umwelt, Umweltqualität und globale Veränderungen,

— Umwelttechnologien,

— Weltraumtechnologien zur Umweltüberwachung und Umweltforschung,

— Mensch und Umweltveränderung.

Dieses Programm wird wie folgt durchgeführt:

— Forschungsverträge auf Kostenteilungsbasis,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 3	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 3 2	Meereswissenschaften und -technologien Getrennte Mittel	50 000 000	34 308 000	74 300 000	20 719 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 3	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 3 1	*(Fortsetzung)*

— Studienverträge oder Subventionen, Stipendien und Einzelverträge,

— allgemein- und berufsbildende Maßnahmen,

— Koordinierung, Bewertung und Verbreitung der Ergebnisse,

— Ausgaben für den technischen Betrieb (Hardware und Software),

— Ausgaben für die Einladung von Delegierten der Mitgliedstaaten, die an den Sitzungen der Verwaltungsausschüsse teilnehmen,

— Ausgaben für zusätzliches Personal (Verträge mit Sachverständigen über eine Koordinierung oder technische Unterstützung der Dienststellen der Kommission).

Mit diesen Mitteln sollen auch die Personalausgaben für 58 Bedienstete (33 A, 4 B und 21 C) gedeckt werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 119 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	166 521 000	30 065 000	54 694 000	32 127 000	49 635 000	
Mittel 1996	119 000 000		42 306 000	49 606 000	23 800 000	3 288 000
Insgesamt	285 521 000	30 065 000	97 000 000	81 733 000	73 435 000	3 288 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 1 880 200 ECU an Verpflichtungen,

— 1 532 600 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 3 2

Entscheidung 94/804/EG des Rates vom 23. November 1994 über die Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich der Meereswissenschaften und -technologien (1994-1998) (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994, S. 59).

Dieses Programm soll zur Durchführung des Aktionsbereichs I.7 des Vierten Rahmenprogramms im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration beitragen, insbesondere zum Thema „Meereswissenschaften und -technologien".

MAST III soll die im Rahmen der zwei vorangegangenen MAST-Programme (Marine Science and Technology) durchgeführten Tätigkeiten weiterführen, vertiefen und neu ausrichten. Innerhalb des angegebenen Zeitraums ist MAST-III Teil einer langfristigen Strategie, mit der Europa einen beträchtlichen Beitrag zur Erforschung und Nutzung der Meere leisten soll.

Das Programm deckt die vier folgenden Bereiche ab:

— Meereswissenschaften,

— strategische Meeresforschung,

— Meerestechnologien,

— Unterstützungsmaßnahmen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 3	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 3 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 1 3 insgesamt	169 000 000	131 308 000	240 821 000	50 784 000		
B6-7 1 4	***Biowissenschaften und -technologien***						
B6-7 1 4 1	Biotechnologie Getrennte Mittel	230 000 000	115 666 000	66 870 000	26 345 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 3	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 3 2	*(Fortsetzung)*

Die Durchführung erfolgt über:

— Forschungsverträge auf Kostenteilungsbasis;

— Studienverträge oder Zuschüsse, Stipendien und Einzelverträge;

— allgemeine und berufliche Bildung;

— Koordinierungstätigkeiten, Bewertung und Verbreitung der Ergebnisse;

— Ausgaben für den technischen Betrieb (Hard- und Software);

— Ausgaben für die Einberufung der Delegierten der Mitgliedstaaten, die an den Sitzungen der Verwaltungsausschüsse teilnehmen;

— Ausgaben für zusätzliches Personal (Verträge mit Sachverständigen für die Koordinierung oder fachliche Unterstützung der Kommissionsdienststellen).

Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 21 Bedienstete (13 A, 2 B und 6 C).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	74 300 000	20 719 000	17 360 000	13 250 000	22 971 000	
Mittel 1996	50 000 000		16 948 000	14 712 000	13 622 000	4 718 000
Insgesamt	124 300 000	20 719 000	34 308 000	27 962 000	36 593 000	4 718 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 750 000 ECU an Verpflichtungen,

— 542 066 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 4	
B6-7 1 4 1	Entscheidung 94/912/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration im Bereich der Biotechnologie (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 25).

Dieses Programm soll ein breites Spektrum wissenschaftlicher Möglichkeiten nutzen, die sich aus dem raschen Fortschritt der molekularen und zellularen Biologie ergeben. Es soll die gemeinsamen Anstrengungen in der Biotechnologie dort konzentrieren, wo der zusätzliche Nutzen der Zusammenarbeit ohne großen Aufwand in Vorteile für Industrie und Gesellschaft umgesetzt werden kann.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 4 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 4 1	*(Fortsetzung)*

Es richtet sich an Gruppen, die in der Lage sind, durch Integration einschlägiger Fachgebiete und verschiedener komplementärer Techniken ein globales Konzept für die Biomechanismen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Erwartungen der Benutzergruppen zu fördern. Darüber hinaus soll das Programm beitragen zur Verwirklichung des Konzepts der Zellfabriken, und zwar aufgrund der Möglichkeit einer abschätzbaren, speziellen und rationellen Nutzung der zellularen Eigenschaften in einem vielseitigen Anwendungsbereich, der von der Umwelt, über die Landwirtschaft und das Gesundheitswesen bis hin zur Industrie reicht. Es ist somit als ein grundlegendes Programm zu sehen, das Schlüsselinformationen und -kenntnisse liefern kann, die im Rahmen anderer spezifischer sektoraler Programme oder von EUREKA zur Entwicklung und Erprobung neuer technologischer Optionen führen.

Es erstreckt sich auf folgende Gebiete:

— Zellfabriken,

— Genomanalyse,

— molekulare und zellulare Pflanzenbiologie,

— Zellkommunikation in der Neurologie,

— Immunologie und generische Vakzinologie,

— strukturelle Biologie,

— pränormative Forschung, biologische Vielfalt und soziale Akzeptanz,

— Infrastruktur,

— horizontale Tätigkeiten (Demonstrationstätigkeiten, ethische, soziale und rechtliche Aspekte, öffentliche Wahrnehmung, sozioökonomische Auswirkungen).

Begleitmaßnahmen sind vorgesehen als Rahmen für die Forschungs- und Ausbildungstätigkeiten (Sitzungen, Hinzuziehung von Sachverständigen, Studien, Beteiligung an Konferenzen oder Ausstellungen, Verbreitung der Kenntnisse usw.).

Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 65 Bedienstete (31 A, 14 B und 20 C).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 230 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	66 870 000	26 345 000	17 973 000	11 267 000	11 285 000	
Mittel 1996	230 000 000		97 693 000	82 955 000	34 500 000	14 852 000
Insgesamt	296 870 000	26 345 000	115 666 000	94 222 000	45 785 000	14 852 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 3 634 000 ECU an Verpflichtungen,

— 1 827 523 ECU an Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 4 2	Biomedizin und Gesundheitswesen Getrennte Mittel	126 000 000	49 000 000	38 211 000	11 432 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 4 2	Entscheidung 94/913/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung, technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich Biomedizin und Gesundheitswesen (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 40). Hauptziel ist ein Beitrag zur besseren Effizienz der Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin und Gesundheitswesen, insbesondere durch eine bessere Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Mitgliedstaaten und die Verwertung der Ergebnisse durch Zusammenarbeit und gemeinsame Nutzung der Ressourcen in der Gemeinschaft. Besondere Aufmerksamkeit wird der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips eingeräumt. Das Programm umfaßt folgende Gebiete: — Pharmazeutische Forschung, — Forschung über biomedizinische Technologie, — Hirnforschung, — Forschung über andere Krankheiten mit weitreichenden sozioökonomischen Auswirkungen: von der Grundlagenforschung bis zur klinischen Praxis: — Krebsforschung, — Forschung über Aids, Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten, — Herz/Kreislauf-Forschung, — Forschung über chronische Erkrankungen, Alterung und altersbedingte Beschwerden, — Forschung über Berufs- und umweltbedingte Gesundheitsaspekte, — Forschung über seltene Krankheiten, — Forschung über das menschliche Genom, — Public-Health-Forschung einschließlich Forschung über Gesundheitsdienste, — Forschung über biomedizinische Ethik, — horizontale Aktivitäten: ethische, rechtliche und soziale Aspekte, — Forschungsbilanz zur Effektivität anderer therapeutischer Methoden wie Chiropraxis, der Osteopathie, der Akupunktur, der Naturopathie, der chinesischen Medizin, der anthroposophischen Medizin, der Phytotherapie usw., um die Anerkennung der Komplementärmedizin zu fördern. Dieses Programm besteht aus konzertierten Aktionen, Tätigkeiten auf Kostenteilungsbasis, spezifischen Maßnahmen, vorbereitenden, begleitenden und unterstützenden Maßnahmen sowie Demonstrationsprojekten. Ein Betrag von 1 000 000 ECU ist für Komplementärmedizin zu verwenden. Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 28 Bedienstete (14 A, 5 B und 9 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 4 2	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)						
	Getrennte Mittel	181 000 000	70 000 000	122 064 000	21 483 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 4 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 126 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	38 211 000	11 432 000	9 750 000	6 185 000	10 844 000	
Mittel 1996	126 000 000		39 250 000	31 747 000	34 507 000	20 496 000
Insgesamt	164 211 000	11 432 000	49 000 000	37 932 000	45 351 000	20 496 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 1 990 800 ECU an Verpflichtungen,

— 774 200 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 4 3

Entscheidung 94/805/EG des Rates vom 23. November 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration im Bereich der Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raumes) (1994-1998) (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994, S. 73).

Ziele dieses Programms:

— Verwirklichung von Forschungs- und technologischen Entwicklungs- und Demonstrationsprojekten zur Förderung der Zusammenarbeit mit und zwischen den Unternehmen, den Forschungszentren und Universitäten auf den Gebieten des Programms,

— Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Agro-Industrie und der europäischen Primärproduktion durch die Entwicklung neuer Technologien, die mit dauerhaftem Wachstum unter Berücksichtigung der Verbraucherbedürfnisse vereinbar sind,

— Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und Fischereiprodukte im allgemeinen und der Lebensmittel im besonderen,

— Beitrag zur Verwirklichung der gemeinsamen Agrarpolitik, der Fischereipolitik und anderer Gemeinschaftspolitiken (Binnenmarkt und Umwelt), zur ländlichen Entwicklung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen,

— Beitrag zu einem besseren Gleichgewicht zwischen Produktion und Verwendung biologischer Rohstoffe.

Das Programm erfaßt folgende Bereiche:

— integrierte Produktions- und Verarbeitungsketten,

— Maßstabsvergrößerung (Scaling-up) und Verarbeitungsverfahren,

— generische Wissenschaften und fortgeschrittene Technologien für Lebensmittel,

— Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung,

— Fischerei und Aquakultur,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 4 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 1 4 insgesamt	537 000 000	234 666 000	227 145 000	59 260 000		
B6-7 1 5	***Nichtnukleare Energie***						
B6-7 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und effizientere Gewinnung und Nutzung von Energie Getrennte Mittel	171 000 000	133 000 000	320 098 000	71 870 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 4	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 4 3	*(Fortsetzung)*

— horizontale Aktivitäten (spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der KMU, Demonstrationstätigkeiten, rechtliche, ethische und soziale Aspekte, Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit, sozioökonomische Auswirkungen, Ausbildungsmaßnahmen).

Für die Aktionen im Bereich der Forschung und Bildung sind Begleitmaßnahmen vorgesehen (Sitzungen, Expertentreffen, Studien, Teilnahme an Konferenzen oder Ausstellungen, Verbreitung usw.).

Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 62 Bedienstete (28 A, 15 B und 19 C).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 181 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	122 064 000	21 483 000	23 023 000	22 143 000	55 415 000	
Mittel 1996	181 000 000		46 977 000	45 528 000	48 488 000	40 007 000
Insgesamt	303 064 000	21 483 000	70 000 000	67 671 000	103 903 000	40 007 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 2 859 800 ECU an Verpflichtungen,

— 1 106 000 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 5

B6-7 1 5 1 Entscheidung 94/806/EG des Rates vom 23. November 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration im Bereich der nichtnuklearen Energien (1994-1998) (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994, S. 87).

Allgemeine Ziele der Aktion:

— Förderung der FTE im Bereich der umweltfreundlichen und effizienten Energietechnologien als Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und zu einer umweltgerechten und dauerhaften Entwicklung;

— beschleunigte Bereitstellung und Verbreitung von nahezu marktreif gewordenen Technologien, deren technisch-wirtschaftliche Effizienz aber noch weitgehend nachgewiesen werden muß;

— Förderung von Partnerschaften zwischen Hochschulen, Industrieunternehmen, Anwendern und Energienetzbetreibern;

— Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt durch Erschließung geeigneter Energiequellen, die eine dezentrale Energienutzung erlauben und die Valorisierung örtlich vorhandener Ressourcen einschließen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 5	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 5 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 5	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 5 1	*(Fortsetzung)* Die Tätigkeiten werden Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration in folgenden Bereichen umfassen: — rationelle Energieausnutzung in den Bereichen Gebäude, Industrie, energieerzeugende Industrie (einschl. Elektrizität und Wärme), Verkehr und städtische Infrastruktur, — erneuerbare Energiequellen, insbesondere Sonnenenergie, Biomasse, geothermische, mikrohydraulische und Windenergie und andere Energiearten, — fossile Brennstoffe: — sauberere Technologie für die festen fossilen Brennstoffe, — generelle Verbrennung, — Kohlenwasserstoffe und neue Brennstoffe im Verkehrsbereich, — Exploration und Förderung von Kohlenwasserstoffen, sowie unterstützende Tätigkeiten zur Definition und Umsetzung von FTE-Strategien im Energiebereich sowie zu ihrer Verbreitung. Das Programm wird in Form von Aktionen auf Kostenteilungsbasis und konzertierten Aktionen, spezifischen Maßnahmen, Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung und Unterstützung sowie von Maßnahmen zur Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse gemäß Anhang III der Entscheidung durchgeführt. Die Höhe der finanziellen Unterstützung der EU für Aktionen auf Kostenteilungsbasis richtet sich nach der Art der Projekte, insbesondere dem wirtschaftlichen und technischen Risiko, dem Thema und der Marktnähe. Der Umfang der Projekte soll wesentliche Innovationen und technische Durchbrüche durch Konzentration der Anstrengungen ermöglichen. Bei Bedarf könnten bestimmte Projekte so gebündelt werden, daß eine bessere Synergie der Ressourcen und der Ergebnisse erzielt werden kann. Besondere Beachtung sollen integrierte Projekte erhalten, die soziale, wirtschaftliche oder rein technische Probleme in einem multidisziplinären Ansatz angehen und/oder eine Strategie verfolgen, die von der Forschung über die Demonstration bis zur Vermarktung reicht. Integrierte Projekte sind in Bereichen wie integrierte Anwendung erneuerbarer Energien, Verbrennung und städtischer Verkehr vorgesehen. Diese Vorhaben werden in bestimmten Bereichen, in denen die Effizienz durch eine einfache Koordinierung der Bemühungen von Mitgliedstaaten und Industrie auf Gemeinschaftsebene gesteigert werden kann, durch konzertierte Aktionen ergänzt. Um die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu fördern, ist ein besonderes Verfahren vorgesehen („Technologieförderung"). Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 73 Bedienstete (37 A, 16 B und 20 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 5	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 5 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 1 5 insgesamt	171 000 000	133 000 000	320 098 000	71 870 000		
B6-7 1 6	***Verkehr***						
B6-7 1 6 1	Verkehr Getrennte Mittel	84 000 000	64 695 000	39 273 000	4 989 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 5	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 5 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 171 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	320 098 000	71 870 000	70 220 000	73 740 000	104 268 000	
Mittel 1996	171 000 000		62 780 000	47 936 000	34 200 000	26 084 000
Insgesamt	491 098 000	71 870 000	133 000 000	121 676 000	138 468 000	26 084 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 2 701 800 ECU an Verpflichtungen,

— 2 101 400 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 6

B6-7 1 6 1 Entscheidung 94/914/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich des Verkehrs (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 56).

Ziele dieses spezifischen Programms:

— strategische Forschung für ein transeuropäisches multimodales Netz,

— Optimierung der Netze:

  — Eisenbahnverkehr,

  — integrierte Transportketten,

  — Luftverkehr,

  — Stadtverkehr,

  — Seeverkehr und Binnenschiffahrt,

  — Straßenverkehr.

Dieses Programm wird wie folgt verwirklicht:

— Studien und Zuschüsse, d.h. direkte Aktionen werden grundsätzlich zu 100 % finanziert, bei konzertierten Aktionen kann die Beteiligung bis zu 100 % der Konzertierungskosten ausmachen,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 6	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 6 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 1 6 insgesamt	84 000 000	64 695 000	39 273 000	4 989 000		
B6-7 1 7	***Sozioökonomische Schwerpunktforschung***						
B6-7 1 7 1	Sozioökonomische Schwerpunktforschung Getrennte Mittel	18 000 000	11 000 000	14 799 000	6 355 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 6	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 6 1	*(Fortsetzung)*

— Zuschuß zwecks Kofinanzierung mit anderen öffentlichen und/oder privaten Geldgebern:

— Bei Aktionen auf Kostenteilungsbasis im Rahmen von FTE-Projekten beläuft sich die Beteiligung auf höchstens 50 %.

— Bei Hochschulen und Forschungszentren, die sich an FTE-Projekten beteiligen und ihre Gesamtkosten nach Auffassung der Kommission nicht präzise genug durch ihre Betriebsbuchführung belegen können, werden 100 % der zusätzlichen Kosten übernommen.

— Bei den übrigen Aktionen auf Kostenteilungsbasis (z.B. Netze, Ausbildung, Durchführbarkeitsprämien, Begleitmaßnahmen) werden bis zu 100 % der zusätzlichen Kosten oder der Kosten der Maßnahme übernommen.

Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 35 Bedienstete (21 A, 4 B und 10 C).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 84 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	39 273 000	4 989 000	22 322 000	8 056 000	3 906 000	
Mittel 1996	84 000 000		42 373 000	27 702 000	13 925 000	
Insgesamt	123 273 000	4 989 000	64 695 000	35 758 000	17 831 000	

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 1 327 000 ECU an Verpflichtungen,

— 1 022 181 ECU an Zahlungen.

B6-7 1 7	
B6-7 1 7 1	Entscheidung 94/915/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, im Bereich der sozioökonomischen Schwerpunktforschung (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 77).

Hauptziel dieses Programms ist es, den Regionen, den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft Entscheidungen zu erleichtern, mit denen der Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften gelegt werden soll, damit diese der Konkurrenz auf dem Weltmarkt standhalten und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen können.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 7	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 7 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 7	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 7 1	*(Fortsetzung)* Das Programm umfaßt die folgenden Bereiche: — Bewertung der wissenschafts- und technologiepolitischen Optionen Europas: — Stand der europäischen FTE im internationalen Vergleich, — Verhältnis zwischen den kurz- und mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Anforderungen und Entwicklungen und den neuen Entwicklungen in Wissenschaft und Technik, — Methoden, Instrumente und Konzepte. — Forschungsarbeiten über das allgemeine und berufliche Bildungswesen: — Effizienz von Politiken und Maßnahmen, — Methoden, Hilfsmittel und Technologien: Innovation und Qualität des offiziellen und inoffiziellen allgemeinen und beruflichen Bildungswesens, — allgemeine und berufliche Bildung und wirtschaftliche Entwicklung. — Forschungsarbeiten über soziale Integration und soziale Ausgrenzung in Europa: — Ablauf und Erscheinungsformen der sozialen Ausgrenzung und Integration, — Ursachen für soziale Ausgrenzung, insbesondere Arbeitslosigkeit, — Analyse von Wanderungsbewegungen, — Bewertung der Auswirkungen einer sozialen Integrationspolitik. Das Programm wird wie folgt durchgeführt: — Indirekte Aktionen: dabei handelt es sich insbesondere um: — FTE-Projekte, — thematische Netze, bei denen Organisationen, Forschungszentren und Hochschulen gemeinsam an einem Thema arbeiten, — konzertierte Aktionen, bei denen FTE-Vorhaben, die bereits von staatlichen Stellen oder privaten Organisationen finanziert werden, vor allem in Form von Konzertierungsnetzen koordiniert werden. Der Beitrag der Europäischen Union an derartigen Aktionen kann bis zu 100 % betragen, — speziell auf dieses Programm abgestimmte Maßnahmen, wie thematische Studien, Einrichtung und Vereinheitlichung der Datenbanken über Forscher und Forschungsarbeiten, Bereitstellung allgemeiner Hilfsmittel für Forschungszentren, Hochschulen und Unternehmen, wie Thesauri, Jahrbücher usw. Die Beteiligung der Europäischen Union deckt bis zu 100 % der Kosten dieser Maßnahmen, — Vorbereitungs-, Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen: — Studien zur Unterstützung dieses Programms und Ausarbeitung etwaiger künftiger Aktionen, — Konferenzen, Seminare, Workshops oder andere wissenschaftliche oder technische Veranstaltungen, einschließlich bereichs- oder fachübergreifender Koordinierungssitzungen, — Inanspruchnahme externer Fachleute und wissenschaftlicher Datenbanken sowie Aufnahme von Gastwissenschaftlern, — wissenschaftliche Veröffentlichungen, einschließlich Verbreitung, Förderung und Verwertung der Ergebnisse, — Ausbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Forschungsvorhaben dieses Programms, — unabhängige Bewertung der Projekte sowie der Verwaltung und Durchführung der Maßnahmen dieses Programms. Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 33 Bedienstete (18 A, 4 B und 11 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 7	*(Fortsetzung)*						
B6-7 1 7 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 1 7 insgesamt	18 000 000	11 000 000	14 799 000	6 355 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	2 175 751 000	1 437 257 000	2 128 050 000	640 797 000		
	KAPITEL B6-7 1 INSGESAMT	2 175 751 000	1 437 257 000	2 128 050 000	640 797 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 7	*(Fortsetzung)*
B6-7 1 7 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 18 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	14 799 000	6 355 000	3 236 000	2 312 000	2 896 000	
Mittel 1996	18 000 000		7 764 000	4 045 000	3 600 000	2 591 000
Insgesamt	32 799 000	6 355 000	11 000 000	6 357 000	6 496 000	2 591 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 284 400 ECU an Verpflichtungen,

— 173 800 ECU an Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 2 — ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-7 2						
B6-7 2 1	***Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen***						
B6-7 2 1 1	Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen Getrennte Mittel	145 000 000	106 000 000	59 917 000	38 636 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 2 — ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 2 1	
B6-7 2 1 1	Entscheidung 94/807/EG des Rates vom 23. November 1994 über ein spezifisches Programm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration im Bereich der Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen (1994-1998) (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994, S. 109). Die Kooperation mit anderen Gremien der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa, insbesondere mit EUREKA, COST und europäischen Organisationen, umfaßt Förderungs- und Koordinationsmaßnahmen. Für die Zusammenarbeit mit außereuropäischen Industrieländern sind Informationsaustausch, Koordinierung und Förderung von Maßnahmen gemeinsamen Interesses vorgesehen. Auch die Beteiligung der Union an der Prüfphase eines gemeinsamen Projektes kann aus Mitteln dieses Programms bestritten werden. Tritt ein solches Projekt jedoch in die operationelle Phase ein, muß die Finanzierung im Rahmen des jeweiligen Programms erfolgen. Die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und den Entwicklungsländern in Bereichen, die nicht durch die Programme der ersten, dritten und vierten Aktionsbereiche abgedeckt werden, erfolgt in der Regel im Rahmen kostenteiliger oder konzertierter Aktionen. Andere geeignete Strukturen sind ebenfalls zulässig. Das Programm wird über indirekte Aktionen durchgeführt, wobei die Gemeinschaft finanzielle Beiträge zu FTE-Maßnahmen leistet, die von Dritten oder den Instituten der GFS in Zusammenarbeit mit Dritten durchgeführt werden: — Aktionen auf Kostenteilungsbasis: — FTE-Vorhaben, die von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen durchgeführt werden. Der finanzielle Beitrag der Gemeinschaft liegt normalerweise nicht über 50 % der Projektkosten, wobei der Betrag abnimmt, je größer die Marktnähe ist. Hochschulen und andere Einrichtungen ohne analytische Buchführung werden die Zusatzkosten zu 100 % erstattet. Die finanzielle Unterstützung für Teilnehmer aus den Ländern Mittel- und Osteuropas, den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und den Entwicklungsländern kann über 50 % liegen. — Konzertierte Aktionen zur Koordinierung von FTE-Vorhaben, die bereits von staatlichen Stellen oder privaten Organisationen finanziert werden. Die Beteiligung der Gemeinschaft kann bis zu 100 % der Konzertierungskosten betragen. — Gezielte Maßnahmen für dieses spezifische Programm: — Maßnahmen zur Schaffung allgemeiner Werkzeuge für Forschungszentren, Hochschulen und Unternehmen, — gemeinschaftliche Unterstützung für die Sondierungsphase eines gemeinsamen Projektes. Die Finanzierung der etwaigen Durchführungsphase des jeweiligen Projektes muß durch das zugehörige spezifische Programm gewährleistet sein. Die Beteiligung der Europäischen Union an den oben genannten Maßnahmen kann bis zu 100 % betragen, — Erleichterung der Beteiligung juristischer Personen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas, den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und den Entwicklungsländern an einigen anderen spezifischen Programmen des Rahmenprogramms. Diese Beteiligung muß jedoch in der Regel durch das betroffene Drittland oder andere Gemeinschaftsinstrumente finanziert werden, — Vorbereitungs-, Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen: — Studien zur Unterstützung dieses Programms und zur Ausarbeitung etwaiger künftiger Aktionen, — Unterstützung für den Informationsaustausch, für Konferenzen, Seminare, Workshops oder andere wissenschaftliche oder technische Sitzungen, einschließlich bereichsübergreifender Koordinierungssitzungen, — Inanspruchnahme externer Fachleute und wissenschaftlicher Datenbanken, — wissenschaftliche Veröffentlichungen und Initiativen zur Verbreitung, Förderung und Verwertung der Ergebnisse (in Abstimmung mit den Maßnahmen des dritten Aktionsbereichs); Faktoren, die die Nutzung der Ergebnisse begünstigen könnten, sind von Anfang an und während des gesamten Verlaufs der FTE-Aktionen zu berücksichtigen, bei denen die Partner ein Netz für die Verbreitung und die Nutzung der Ergebnisse bilden, — Prüfung und Verfolgung der Wissenschafts- und Technologiepolitik von Drittländern, — Analyse der sozioökonomischen Bedingungen der internationalen Zusammenarbeit im FTE-Bereich, die ebenfalls zum Programm „Sozioökonomische Schwerpunktforschung" beiträgt, — Ausbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Forschungsvorhaben dieses Programms, um den Technologietransfer zu unterstützen und die beruflichen Qualifikationen zu verbessern,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 2 — ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-7 2 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 2 1 insgesamt	145 000 000	106 000 000	59 917 000	38 636 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	145 000 000	106 000 000	59 917 000	38 636 000		
	KAPITEL B6-7 2 INSGESAMT	145 000 000	106 000 000	59 917 000	38 636 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 2 — ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 2 1	*(Fortsetzung)*
B6-7 2 1 1	*(Fortsetzung)*

— unabhängige Bewertung der Verwaltung und der Durchführung des Programms.

Der Beitrag der Europäischen Union an diesen Maßnahmen kann bis zu 100 % betragen.

Der Rat hat die Kommission beauftragt, die Verwaltung und die Sekretariatsarbeiten für die Aktionen der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST), an denen die Europäische Union selbst nicht beteiligt ist, sicherzustellen. Die entsprechenden Personalausgaben für 4 Bedienstete (C) werden aus den Beiträgen der beteiligten Staaten gedeckt. Die Einnahmen sind in Artikel 6 0 5 des Einnahmenplans eingesetzt.

Diese Mittel decken auch die Personalausgaben für 75 Bedienstete (38 A, 11 B und 26 C).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 145 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	59 917 000	38 636 000	14 631 000	3 978 000	2 672 000	
Mittel 1996	145 000 000		91 369 000	34 839 000	14 500 000	4 292 000
Insgesamt	204 917 000	38 636 000	106 000 000	38 817 000	17 172 000	4 292 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 2 291 000 ECU an Verpflichtungen,

— 1 674 800 ECU an Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 3 — DRITTER AKTIONSBEREICH: VERBREITUNG UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE AUS FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHER ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-7 3						
B6-7 3 1	***Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse***						
B6-7 3 1 1	Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse Getrennte Mittel	58 625 000	53 713 000	73 177 000	17 912 000		
	Artikel B6-7 3 1 insgesamt	58 625 000	53 713 000	73 177 000	17 912 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	58 625 000	53 713 000	73 177 000	17 912 000		
	KAPITEL B6-7 3 INSGESAMT	58 625 000	53 713 000	73 177 000	17 912 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 3 — DRITTER AKTIONSBEREICH: VERBREITUNG UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE AUS FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHER ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 3 1	
B6-7 3 1 1	Entscheidung 94/917/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein spezifisches Programm zur Verbreitung und optimalen Nutzung der Ergebnisse aus Forschung, technologischer Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 101). Ziel dieses spezifischen Programms ist es, für eine umfassende Verbreitung der Forschungsergebnisse zu sorgen, zu ihrer optimalen Nutzung beizutragen, indem mit Hilfe der Beteiligten darauf hingearbeitet wird, die erzielten Ergebnisse in Innovationen umzusetzen, die Weitergabe der Technologien vor allem an kleine und mittlere Unternehmen zu fördern und nationale und regionale Maßnahmen im Hinblick auf eine gemeinschaftliche Nutzung zu fördern. Mit den Mitteln sollen die Personalausgaben für 34 Bedienstete (17 A, 6 B und 11 C) gedeckt werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 58 625 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	73 177 000	17 912 000	32 103 000	13 194 000	9 168 000	800 000
Mittel 1996	58 625 000		21 610 000	21 839 000	8 954 000	6 222 000
Insgesamt	131 802 000	17 912 000	53 713 000	35 033 000	18 122 000	7 022 000

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 926 275 ECU an Verpflichtungen,

— 848 665 ECU an Zahlungen.

Die Einnahmen aus Lizenzen, die von der Kommission für patentfähige und nichtpatentfähige Erfindungen vergeben wurden, die das Ergebnis gemeinschaftlicher Forschungsarbeiten sind (indirekte Aktionen), werden in den Artikel 6 2 4 des Einnahmenplans eingesetzt.

Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung sind etwaige Einnahmen wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 4 — VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-7 4						
B6-7 4 1	***Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern***						
B6-7 4 1 1	Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern Getrennte Mittel	268 542 000	137 659 000	121 586 000	26 005 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 4 — VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 4 1	
B6-7 4 1 1	Entscheidung 94/916/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 90). Das Programm soll dazu beitragen, durch Ausbildung, Mobilität und Zusammenarbeit die Effizienz der Forschung und ihrer Einrichtungen zu verbessern und durch die Förderung von Ausbildung und Mobilität das wissenschaftliche Potential in der Europäischen Union und den assoziierten Staaten qualitativ und quantitativ zu steigern. Das Programm besteht aus folgenden Teilen: — Forschungsnetze (die Forschern verschiedener Länder die Gelegenheit bieten, im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojekts zusammenzuarbeiten), — Zugang zu Großforschungsanlagen (Erleichterung des Zugangs von Wissenschaftlern zu den wenigen Großforschungsanlagen in der Europäischen Union und, wenn nötig, Verbesserung dieser Anlagen, damit sie besser genützt werden), — Ausbildung durch Forschung: — Durchführung von Maßnahmen zur Ausbildung durch Forschung und zur Förderung der Mobilität von Wissenschaftlern in allen Bereichen des Programms. Die Ausbildungsaufenthalte können eine Dauer von drei Monaten bis zu drei Jahren haben und sollen europäischen Wissenschaftlern Gelegenheit bieten, sich außerhalb ihres Herkunftslandes aus- und weiterzubilden. Dies schließt die Mobilität erfahrerer Wissenschaftler in strukturschwachen Regionen der Gemeinschaft ein, um die FTE-Kapazitäten dieser Regionen zu stärken, — Koordinierung der Ausbildungsmaßnahmen, die in den spezifischen Programmen der ersten, zweiten und dritten Aktionsbereiche des Vierten Rahmenprogramms vorgesehen sind, — Rückkehr der Wissenschaftler der strukturschwächsten Regionen wird gefördert und finanziell unterstützt, — Begleitmaßnahmen zur Erreichung der Programmziele (Förderung der Mobilität und der Ausbildung der Forscher), unter anderem durch Entwicklung eines Systems von Eurokonferenzen, praktische Kurse, Stiftung von Preisen für junge Wissenschaftler, Veröffentlichung und Verbreitung der Ergebnisse des Programms, Organisation von Seminaren und Ermittlung der geeigneten Initiativen durch Studien, Workshops und Seminare. Diese Mittel decken auch die Personalkosten für 53 Bedienstete (26 A, 9 B und 18 C). Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 268 542 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	121 586 000	26 005 000	34 408 000	33 347 000	27 826 000	
Mittel 1996	268 542 000		103 251 000	71 647 000	53 708 400	39 935 600
Insgesamt	390 128 000	26 005 000	137 659 000	104 994 000	81 534 400	39 935 600

Zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 4 242 964 ECU an Verpflichtungen,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 4 — VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-7 9 — WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 4 1	*(Fortsetzung)*						
B6-7 4 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-7 4 1 insgesamt	268 542 000	137 659 000	121 586 000	26 005 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	268 542 000	137 659 000	121 586 000	26 005 000		
	KAPITEL B6-7 4 INSGESAMT	268 542 000	137 659 000	121 586 000	26 005 000		
	KAPITEL B6-7 9						
B6-7 9 2	***Wettbewerbsorientierte Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung von Gemeinschaftspolitiken***						
	Getrennte Mittel	32 244 000	29 681 000	26 536 000	15 019 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 4 — VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-7 9 — WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 4 1	*(Fortsetzung)*
B6-7 4 1 1	*(Fortsetzung)* — 2 175 012 ECU an Zahlungen.
B6-7 9 2	Entscheidung 94/918/EG des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein für die Europäische Gemeinschaft durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung, einschließlich Demonstration, durch die GFS, durch wettbewerbsorientierte Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung von Gemeinschaftspolitiken (1995-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 114). Diese Mittel sind für wettbewerbsorientierte Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitik bestimmt. Die GFS kann sich auf Wettbewerbsbasis an diesen Tätigkeiten beteiligen und so in den Genuß dieser Mittel kommen. Mit diesen Mitteln werden Ausgaben aller Art (Personal, allgemeine Dienstleistungen, Verwaltung, Ausrüstung, Verträge usw.) gedeckt, die zur Verwirklichung der noch festzulegenden Ziele bestritten werden. Die Tätigkeiten werden grundsätzlich zu 100 % aus Eigenmitteln der Gemeinschaft finanziert.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 9 — WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 9 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	32 244 000	29 681 000	26 536 000	15 019 000		
	KAPITEL B6-7 9 INSGESAMT	32 244 000	29 681 000	26 536 000	15 019 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	2 680 162 000	1 764 310 000	2 409 266 000	738 369 000		
	Titel B6-7 insgesamt	**2 680 162 000**	**1 764 310 000**	**2 409 266 000**	**738 369 000**		

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 9 — WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 9 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 32 244 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	26 536 000	15 019 000	8 095 000	2 428 000	994 000	
Mittel 1996	32 244 000		21 586 000	3 224 400	7 433 600	
Insgesamt	58 780 000	15 019 000	29 681 000	5 652 400	8 427 600	

Zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 sowie des Protokolls Nr. 31 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu:

— 509 455 ECU an Verpflichtungen,

— 468 960 ECU an Zahlungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-8

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EURATOM-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-8

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EURATOM-RAHMENPROGRAMM 1994-1998

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien des Titels B6-8. Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 12. Mai 1993 „Zusammenhalt und FTE-Politik — Synergieeffekte zwischen der Politik im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung und der Politik zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts" (KOM(93) 203 endg.). Aus den Artikeln bzw. Posten dieses Titels sollen die Ausgaben gedeckt werden, die aufgrund von Verträgen zur Durchführung der entsprechenden Programme entstehen. Es handelt sich insbesondere um Verträge über Forschungsarbeiten, Assoziierung, Studien, integrierte Projekte, Überwachung und Bewertung der Vorhaben der spezifischen Programme und des Rahmenprogramms, über Koordination, Kooperation, Stipendien, Subventionen, Fortbildung, Förderung der Mobilität von Wissenschaftlern und die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie um Ausrüstungs- und Materialaufträge. Die Mittel decken auch die Ausgaben für das gesamte Personal, für Studien, Expertensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationen, Veröffentlichungen, den laufenden Verwaltungsbetrieb und den technischen Betrieb sowie einige andere Infrastruktur- und Betriebsausgaben, die zur Erreichung des Zieles der Aktion, deren Bestandteil sie sind, getätigt werden, einschließlich der Ausgaben für die zur Ausarbeitung und Verfolgung der gemeinschaftlichen FTE-Strategie notwendigen Maßnahmen und Initiativen. Diese Artikel bzw. Posten decken auch die Ausgaben für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlichem oder technischem Niveau und europäischem Interesse sowie für wissenschaftlich oder technisch hochwertige Analysen und Bewertungen, die der Erschließung neuer, für Gemeinschaftsaktionen geeigneter Forschungsgebiete dienen. Die Mittel dienen auch zur Deckung der Ausgaben für horizontale Maßnahmen, durch die eine bessere Synergie zwischen den aus den Strukturfonds finanzierten Aktionen und den FTE-Aktionen sichergestellt werden soll, wie es in der Mitteilung der Kommission vom 12. Mai 1993 vorgesehen ist (KOM(93) 203 endg.). Zu den Maßnahmen gehören: die Förderung und Durchführung von Forschungs- und technologischen Entwicklungsprogrammen im Rahmen der operationellen Programme der Strukturfonds für die Ziel-1-Regionen (1994-1999), die Bereitstellung des wissenschaftlich-technischen Know-hows für den Ausbau der Forschungs- und technologischen Entwicklungskapazitäten der strukturschwächsten Regionen (STRIDE/KMU-Initiative), Unterstützung bestimmter Bereiche, z.B. Entwicklung des ländlichen Raums und mittelständischen Unternehmen, im Hinblick auf die Festlegung wissenschaftlich-technischer Leitlinien sowie die Prüfung der Frage — im Rahmen von Studien, Workshops und Seminaren —, welche Maßnahmen getroffen werden müssen. Außerdem werden aus diesen Artikeln bzw. Posten die Maßnahmen finanziert, die die Kommission zur Förderung der Koordination in der Forschung und technologischen Entwicklung ergreift, um die Kohärenz einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Maßnahmen sicherzustellen. Ziel dieser Initiative ist eine Konzertierung zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den nationalen und europäischen Forschungseinrichtungen über ihre Politik und ihre (vor allem branchenspezifischen) Maßnahmen. Zu diesem Zweck soll eine intensivere Aufklärung über das wissenschaftlich-technische Potential der Mitgliedstaaten wie auch über die durchgeführten Programme stattfinden und eine schrittweise Harmonisierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten angestrebt werden, um für die wissenschaftlich-technischen Forschung möglichst günstige Bedingungen zu schaffen. Die vorläufige Aufteilung der Mittel nach Art der Ausgaben ergibt sich aus der Tabelle der Entsprechungen in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans (Verbuchungscodes 1 bis 6). Bei bestimmten Maßnahmen (insbesondere COST) ist eine Mitwirkung von Drittstaaten oder Drittstaatenorganisationen an der wissenschaftlich-technischen Forschung in der Gemeinschaft vorgesehen. Unter Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans sind die eventuellen Finanzbeiträge veranschlagt, aus denen gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können. Aus den in Artikel 6 0 4 des Einnahmenplans eingesetzten eventuellen Einnahmen von seiten Dritter, die sich neben der Gemeinschaft an den Projektkosten beteiligen (Unternehmen der EFTA-Staaten, Industriekonsortien usw.), können gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Zusätzliche Mittel werden unter Artikel B6-5 4 1 bereitgestellt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — KERNENERGIE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-8 1						
B6-8 1 1	***Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung***						
B6-8 1 1 1	Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung Getrennte Mittel	73 000 000	45 000 000	72 115 000	22 420 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — KERNENERGIE

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die eventuellen Einnahmen aus Teilnehmergebühren für die von der Kommission veranstalteten Seminare, Konferenzen usw. werden gemäß Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederverwendet.
B6-8 1 1	
B6-8 1 1 1	Entscheidung 94/920/Euratom des Rates vom 15. Dezember 1994 über ein spezifisches Programm für Forschung und Ausbildung im Bereich der Sicherheit der Kernspaltung (Reaktorsicherheit, Entsorgung und Strahlenschutz) (1994-1998) (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994, S. 143). Das Programm umfaßt folgende Bereiche: — Erforschung innovativer Konzepte, — Reaktorsicherheit, — Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle sowie Stillegung von Anlagen, — Strahlenbelastung für Mensch und Umwelt, — Bewältigung früherer Vorkommnisse. Auf Artikel 6 Buchstabe c) des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft gestützte Abkommen wurden zwischen Euratom und den folgenden Einrichtungen geschlossen:

Stellen	Datum der Unterzeichnung	Laufzeit	Personal
Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK)	21. März 1974 Zusatzvereinbarung vom 6. Juni 1994	1. Juli 1973 - 31. Oktober 1997	1 A
Commissariat à l'énergie atomique français (CEA)	21. Dezember 1979 Zusatzvereinbarung vom 12. April 1995	14. Januar 1980 - 31. Dezember 1998	1 A
	21. Dezember 1979 Zusatzvereinbarung vom 12. April 1995	1. Januar 1980 - 31. Dezember 1998	1 A

Die Kommission stellt diesen Einrichtungen auf Wunsch und gegen Erstattung der Ausgaben Fachleute zur Verfügung, die in den Laboratorien des jeweiligen Landes Studien oder Forschungsarbeiten durchführen sollen. Die Einnahmen werden unter Artikel 6 2 1 des Einnahmenplans verbucht.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Personalausgaben für 37 Bedienstete (23 A, 6 B und 8 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — KERNENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-8 1 1 insgesamt	73 000 000	45 000 000	72 115 000	22 420 000		
B6-8 1 2	***Kontrollierte Kernfusion***						
B6-8 1 2 1	Kontrollierte Kernfusion Getrennte Mittel	194 000 000	206 000 000	271 724 000	138 378 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — KERNENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 1 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 73 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	72 115 000	22 420 000	20 137 000	12 816 000	16 742 000	
Mittel 1996	73 000 000		24 863 000	20 512 000	14 600 000	13 025 000
Insgesamt	145 115 000	22 420 000	45 000 000	33 328 000	31 342 000	13 025 000

B6-8 1 2

B6-8 1 2 1 Entscheidung 94/799/Euratom des Rates vom 8. Dezember 1994 über ein spezifisches Programm für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (1994-1998) (ABl. Nr. L 331 vom 21. 12. 1994, S. 22).

Das Programm umfaßt folgende Bereiche:

— Maßnahmen in Verbindung mit dem „Nächsten Schritt", insbesondere der ITER-Zusammenarbeit (ITER — International thermonuclear experimental reactor),

— das Gemeinschaftsunternehmen JET (Joint European Torus),

— Konzeptverbesserungen,

— langfristige Technologie.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Personalausgaben für 165 Bedienstete (133 A, 25 B und 7 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — KERNENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-8 1 2 insgesamt	194 000 000	206 000 000	271 724 000	138 378 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	267 000 000	251 000 000	343 839 000	160 798 000		
	KAPITEL B6-8 1 INSGESAMT	267 000 000	251 000 000	343 839 000	160 798 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	267 000 000	251 000 000	343 839 000	160 798 000		
	Titel B6-8 insgesamt	**267 000 000**	**251 000 000**	**343 839 000**	**160 798 000**		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — KERNENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 2 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 194 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	271 724 000	138 378 000	68 784 000	26 259 000	38 303 000	
Mittel 1996	194 000 000		137 216 000	27 413 000	11 749 000	17 622 000
Insgesamt	465 724 000	138 378 000	206 000 000	53 672 000	50 052 000	17 622 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-9

INDIREKTE AKTIONEN (AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) — BETRUGSBEKÄMPFUNG UND GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG

KAPITEL B6-9 1 — AKTIONEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER FORSCHUNG AUF KOSTENTEILUNGSBASIS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-9 1						
B6-9 1 0	***Aktionen zur Betrugsbekämpfung im Bereich der Forschung auf Kostenteilungsbasis***						
	Getrennte Mittel	50 000	40 000	50 000	50 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	50 000	40 000	50 000	50 000	0,—	0,—
	KAPITEL B6-9 1 INSGESAMT	50 000	40 000	50 000	50 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-9

INDIREKTE AKTIONEN (AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) — BETRUGSBEKÄMPFUNG UND GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG

KAPITEL B6-9 1 — AKTIONEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER FORSCHUNG AUF KOSTENTEILUNGSBASIS

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-9 1 0	Schlußfolgerung des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Diese Mittel dienen zur Deckung der operativen Kosten für die von der Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung durchgeführten Kontrollen durch alle geeigneten Mittel, insbesondere durch Kontrollen vor Ort, um nicht gerechtfertigte Zahlungen zu vermeiden. Sie decken ferner die Kosten für etwaige Studien der Dienststelle für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrügereien für die Erstellung von Kostenkategorien je nach der finanzierten Tätigkeit und nach geographischen Gebieten. Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament bis spätestens 15. September 1996 einen Bericht über den Stand und die konkreten, im einzelnen geltenden Modalitäten für die Verwendung der Mittel. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	50 000	50 000				
Mittel 1996	50 000		40 000	10 000		
Insgesamt	100 000	50 000	40 000	10 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-9 5 — GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-9 5						
B6-9 5 0	***Globalreserve für die Forschung*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-9 5 — GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-9 5 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 a und 130 b. Beschluß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. Nr. L 126 vom 18. 5. 1994, S. 1). Dieser Artikel dient als Struktur für die Aufnahme etwaiger zusätzlicher Mittel für die verschiedenen Aktionen innerhalb des Vierten Rahmenprogramms im Anschluß an die Annahme eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über eine zusätzliche Mittelausstattung für das Rahmenprogramm.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-9 5 — GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-9 5 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	KAPITEL B6-9 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	50 000	40 000	50 000	50 000	0,—	0,—
	Titel B6-9 insgesamt	**50 000**	**40 000**	**50 000**	**50 000**	**0,—**	**0,—**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	3 183 150 000	3 096 604 000	2 991 696 000	2 819 217 000	2 854 607 702,94	1 164 088 096,30
	Teileinzelplan B6 insgesamt	**3 183 150 000**	**3 096 604 000**	**2 991 696 000**	**2 819 217 000**	**2 854 607 702,94**	**1 164 088 096,30**

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-9 5 — GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-9 5 0	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B7

AUSSENPOLITISCHE MASSNAHMEN

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-1	**EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS**						
B7-1 0	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
B7-1 1	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
	Titel B7-1 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**—**	**—**	**0,—**	**0,—**
B7-2	**NAHRUNGSMITTELHILFE UND HUMANITÄRE HILFE**						
B7-2 0	NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN	530 900 000	415 000 000	591 900 000	500 000 000	589 010 041,02	446 012 952,—
B7-2 1	HUMANITÄRE HILFE	379 500 000	329 500 000	326 000 000	314 000 000	569 212 338,15	526 748 416,37
	Titel B7-2 insgesamt	**910 400 000**	**744 500 000**	**917 900 000**	**814 000 000**	**1 158 222 379,17**	**972 761 368,37**
B7-3	**ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN, LATEINAMERIKA UND IM SÜDLICHEN AFRIKA, EINSCHLIESSLICH SÜDAFRIKA**						
B7-3 0	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN	406 500 000	198 000 000	395 000 000	192 000 000	260 548 699,70	165 154 952,05
B7-3 1	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA	263 000 000	157 000 000	245 500 000	139 000 000	193 644 697,—	138 332 111,58
B7-3 2	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IM SÜDLICHEN AFRIKA UND IN SÜDAFRIKA	150 000 000	122 000 000	140 000 000	107 000 000	117 147 282,—	69 894 349,26
	Titel B7-3 insgesamt	**819 500 000**	**477 000 000**	**780 500 000**	**438 000 000**	**571 340 678,70**	**373 381 412,89**
B7-4	**ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM UND IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN**						
B7-4 0	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM	179 000 000	222 600 000	277 000 000	280 952 000	267 244 660,23	188 251 122,21

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 1	MEDA (BEGLEITMASSNAHMEN ZU DEN REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN IN DEN MITTELMEERDRITTLÄNDERN)	403 000 000	202 000 000	172 900 000	91 000 000	64 801 104,—	31 961 431,40
B7-4 2	AKTIONSPROGRAMM FÜR DEN NAHEN OSTEN	84 000 000	92 903 000	84 000 000	70 996 000	89 600 000,—	84 615 782,67
	Titel B7-4 insgesamt	**666 000 000**	**517 503 000**	**533 900 000**	**442 948 000**	**421 645 764,23**	**304 828 336,28**
B7-5	**ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION**						
B7-5 0	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE)	1 231 000 000	1 143 000 000	1 151 910 000	895 920 000	968 324 488,—	727 684 555,99
B7-5 1	EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT	—	—	18 000 000	18 000 000	18 000 000,—	18 000 000,—
B7-5 2	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION	528 000 000	445 000 000	506 850 000	419 650 000	459 682 061,—	300 000 000,—
B7-5 3	ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION	3 900 000	3 000 000	3 600 000	1 200 000	20 000 000,—	20 000 000,—
B7-5 4	FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN	78 000 000	65 500 000	5 000 000	5 000 000	12 435 000,—	1 782 443,79
	Titel B7-5 insgesamt	**1 840 900 000**	**1 656 500 000**	**1 685 360 000**	**1 339 770 000**	**1 478 441 549,—**	**1 067 466 999,78**
B7-6	**GEMEINSCHAFTSHILFE ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN**						
B7-6 0	GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN	182 500 000	152 650 000	180 000 000	151 900 000	158 529 286,—	133 087 287,07
B7-6 1	BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH	17 483 000	21 583 000	5 483 000	7 483 000	10 512 123,—	7 413 849,09

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2	UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN	95 000 000	65 500 000	86 700 000	58 000 000	91 210 992,99	44 478 381,44
B7-6 3	BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN	14 000 000	11 500 000	9 000 000	8 000 000	8 965 384,—	4 668 083,86
B7-6 4	SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG	83 000 000	50 000 000	70 000 000	37 500 000	49 518 217,—	5 503 384,14
B7-6 5	MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE	6 100 000	5 000 000	6 650 000	5 750 000	4 749 924,01	3 349 733,65
	Titel B7-6 insgesamt	**398 083 000**	**306 233 000**	**357 833 000**	**268 633 000**	**323 485 927,—**	**198 500 719,25**
B7-7	**EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE**						
B7-7 0	EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE	90 750 000	80 200 000	75 960 000	64 440 000	59 386 593,69	27 497 296,25
	Titel B7-7 insgesamt	**90 750 000**	**80 200 000**	**75 960 000**	**64 440 000**	**59 386 593,69**	**27 497 296,25**
B7-8	**EXTERNE ASPEKTE BESTIMMTER POLITIKEN DER GEMEINSCHAFT**						
B7-8 0	INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN	245 000 000	235 000 000	221 000 000	221 000 000	258 293 635,22	140 584 728,27
B7-8 1	EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK	14 400 000	14 000 000	9 950 000	10 300 000	8 972 411,03	5 363 071,66
B7-8 2	FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN AUS ABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN	250 000	250 000	250 000	250 000	204 726,73	204 726,73
B7-8 3	EXTERNE ASPEKTE DER GEMEINSAMEN FREMDENVERKEHRSPOLITIK	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	500 000,—
B7-8 4	EXTERNE ASPEKTE DER VERKEHRSPOLITIK	1 500 000	1 250 000	1 000 000	500 000		
B7-8 5	AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK	15 300 000	14 800 000	15 120 000	13 110 000	8 087 061,86	7 092 983,72

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 6	EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION	2 000 000	700 000				
B7-8 7	FÖRDERUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN	98 500 000	92 500 000	90 250 000	82 000 000	61 061 475,36	34 035 992,95
	Titel B7-8 insgesamt	**376 950 000**	**358 500 000**	**337 570 000**	**327 160 000**	**336 619 310,20**	**187 781 503,33**
B7-9	**RESERVE**						
B7-9 1	SOFORTHILFERESERVE	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	Titel B7-9 insgesamt	**326 000 000**	**326 000 000**	**323 000 000**	**323 000 000**	**0,—**	**0,—**
	Teileinzelplan B7 insgesamt	**5 428 583 000**	**4 466 436 000**	**5 012 023 000**	**4 017 951 000**	**4 349 142 201,99**	**3 132 217 636,15**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-1

EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-1 0						
B7-1 0 0	***Programmierbare Hilfe***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		700 000 000	*900 000 000*	*835 000 000*	*820 000 000*	*1 022 000 000,—*	*761 000 000,—*
B7-1 0 1	***Strukturanpassung***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		43 000 000	*177 000 000*	*305 000 000*	*260 000 000*	*223 000 000,—*	*259 000 000,—*
B7-1 0 2	***STABEX***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	*139 000 000*	*350 000 000*	*615 000 000,—*	*351 000 000,—*
B7-1 0 3	***SYSMIN***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		100 000 000	*160 000 000*	*75 000 000*	*85 000 000*	*57 000 000,—*	*25 000 000,—*
B7-1 0 4	***Risikokapital***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		170 000 000	*170 000 000*	*175 000 000*	*110 000 000*	*214 000 000,—*	*8 300 000,—*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-1

EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK

Artikel Posten	Erläuterungen
	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 199 und 209. Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1). Beschluß 92/97/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Festlegung der allgemeinen Vorschriften, allgemeinen Bedingungen sowie der Schlichtungs- und Schiedsordnung für die aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanzierten Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge betreffend ihre Anwendung in der Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 40 vom 15. 2. 1992, S. 1). Bericht vom 6. Juni 1994 über Möglichkeiten und Modalitäten der Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushaltsplan (SEK(94) 640 endg.). Die Beziehungen zwischen der EWG und bestimmten Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind Gegenstand einer Reihe von Abkommen, von denen das jüngste — das vierte Abkommen AKP-EWG — am 15. Dezember 1989 unterzeichnet wurde. Durch dieses Abkommen wurde der siebte EEF gegründet. Die Gemeinschaft hat sich im Rahmen des fünften, sechsten, und siebten EEF zu den nachstehenden Ausgaben verpflichtet.
B7-1 0 0	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere Artikel 233 bis 238 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der nationalen Richtprogramme und der regionalen Zusammenarbeit bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF. Die Beträge von 700 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 900 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen sind zu berücksichtigen.
B7-1 0 1	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 3 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Strukturanpassungshilfen bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem sechsten und siebten EEF. Die Beträge von 43 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 177 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen sind zu berücksichtigen.
B7-1 0 2	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1). Dieser Artikel ist zur Finanzierung des STABEX (System der Stabilisierung der Ausfuhrerlöse) bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem siebten EEF.
B7-1 0 3	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1). Dieser Artikel ist zur Finanzierung von SYSMIN (Regelung für Bergbauerzeugnisse) bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF. Die Beträge von 100 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 160 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen sind zu berücksichtigen.
B7-1 0 4	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 2 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung von Risikokapital bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF. Die Beträge von 170 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen sind zu berücksichtigen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-1 0 5	***Zinsvergütungen***						
	Getrennte Mittel	p.m. *60 000 000*	p.m. *45 000 000*	— *60 000 000*	— *35 000 000*	0,— *54 000 000,—*	0,— *19 000 000,—*
B7-1 0 6	***Soforthilfen***						
	Getrennte Mittel	p.m. *p.m.*	p.m. *p.m.*	— *200 000 000*	— *160 000 000*	0,— *251 000 000,—*	0,— *197 000 000,—*
B7-1 0 7	***Flüchtlingshilfen***						
	Getrennte Mittel	p.m. *20 000 000*	p.m. *25 000 000*	— *20 000 000*	— *17 000 000*	0,— *26 000 000,—*	0,— *23 000 000,—*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m. *1 093 000 000*	p.m. *1 477 000 000*	— *1 809 600 000*	— *1 837 000 000*	0,— *2 480 000 000,—*	0,— *1 780 000 000,—*
	KAPITEL B7-1 0 INSGESAMT	p.m. *1 093 000 000*	p.m. *1 477 000 000*	— *1 809 600 000*	— *1 837 000 000*	0,— *2 480 000 000,—*	0,— *1 780 000 000,—*
	KAPITEL B7-1 1						

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-1 0 5	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 2 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Zinsvergütungen bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF. Die Beträge von 60 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 45 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen sind zu berücksichtigen.
B7-1 0 6	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 6 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Soforthilfen bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem siebten EEF.
B7-1 0 7	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 6 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Flüchtlingshilfen bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem siebten EEF. Die Beträge von 20 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 25 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen sind zu berücksichtigen.
	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 199 und 209. Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1). Beschluß 92/97/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Festlegung der allgemeinen Vorschriften, allgemeinen Bedingungen sowie der Schlichtungs- und Schiedsordnung für die aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanzierten Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge betreffend ihre Anwendung in der Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 40 vom 15. 2. 1992, S. 1). Bericht vom 6. Juni 1994 über Möglichkeiten und Modalitäten der Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushaltsplan (SEK(94) 640 endg.). Die Beziehungen zwischen der EWG und bestimmten Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind Gegenstand einer Reihe von Abkommen, von denen das jüngste — das vierte Abkommen AKP-EWG — am 15. Dezember 1989 unterzeichnet wurde. Durch dieses Abkommen wurde der siebte EEF gegründet.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-1 1 0	***Programmierbare Hilfe***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*0,—*
B7-1 1 1	***Strukturanpassung***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*0,—*
B7-1 1 2	***STABEX***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*1 819 000,—*
B7-1 1 3	***SYSMIN***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*0,—*
B7-1 1 4	***Risikokapital***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*0,—*
B7-1 1 5	***Zinsvergütungen***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*0,—*
B7-1 1 6	***Soforthilfen***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*0,—*
B7-1 1 7	***Flüchtlingshilfen***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	—	—	0,—	0,—
		p.m.	*p.m.*	—	—	*0,—*	*0,—*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Gemeinschaft hat sich im Rahmen des fünften, sechsten und siebten EEF zu den nachstehenden Ausgaben verpflichtet.
B7-1 1 0	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere Artikel 233 bis 238 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der nationalen Richtprogramme und der regionalen Zusammenarbeit bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF.
B7-1 1 1	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 3 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Strukturanpassungshilfen bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem sechsten und siebten EEF.
B7-1 1 2	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1). Dieser Artikel ist zur Finanzierung des STABEX (System der Stabilisierung der Ausfuhrerlöse) bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem siebten EEF.
B7-1 1 3	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1). Dieser Artikel ist zur Finanzierung von SYSMIN (Regelung für Bergbauerzeugnisse) bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF.
B7-1 1 4	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 2 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung von Risikokapital bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF.
B7-1 1 5	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 2 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Zinsvergütungen bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem fünften, sechsten und siebten EEF.
B7-1 1 6	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 6 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Soforthilfen bestimmt. Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem siebten EEF.
B7-1 1 7	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere der dritte Teil des Titels III Kapitel 2 Abschnitt 6 des Abkommens. Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Flüchtlingshilfen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-1 1 7	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m. *p.m.*	p.m. *p.m.*	— —	— —	0,— *0,—*	0,— *1 819 000,—*
	KAPITEL B7-1 1 INSGESAMT	p.m. *p.m.*	p.m. *p.m.*	— —	— —	0,— *0,—*	0,— *1 819 000,—*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m. *1 093 000 000*	p.m. *1 477 000 000*	— *1 809 600 000*	— *1 837 000 000*	0,— *2 480 000 000,—*	0,— *1 781 819 000,—*
	Titel B7-1 insgesamt	**p.m.** ***1 093 000 000***	**p.m.** ***1 477 000 000***	**—** ***1 809 600 000***	**—** ***1 837 000 000***	**0,—** ***2 480 000 000,—***	**0,—** ***1 781 819 000,—***

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-1 1 7	*(Fortsetzung)* Berücksichtigt sind die Vorausschätzungen der finanziellen Durchführung gemäß dem siebten EEF.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-2

NAHRUNGSMITTELHILFE UND HUMANITÄRE HILFE

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-2 0						
B7-2 0 0	***Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide und Reis*** Getrennte Mittel	151 000 000	125 000 000	151 000 000	130 000 000	101 971 000,—	77 497 386,62
B7-2 0 1	***Nahrungsmittelhilfe in Form anderer Erzeugnisse und Ablösungsmaßnahmen*** Getrennte Mittel	178 500 000	150 000 000	222 800 000	210 000 000	239 249 098,51	155 495 838,81

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-2

NAHRUNGSMITTELHILFE UND HUMANITÄRE HILFE

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-200

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Beschluß Nr. 91/367/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über den Abschluß des Weizenhandels-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen 1986 bilden, in der bis zum 30. Juni 1996 verlängerten Fassung (ABl. Nr. L 197 vom 20. 7. 1991, S. 43).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 18. Mai 1995, betreffend die Genehmigung des Internationalen Getreidehandels-Übereinkommens von 1995, bestehend aus der Vereinbarung über den Getreidehandel und der Vereinbarung über die Nahrungsmittelhilfe, durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. Nr. C 191 vom 25. 7. 1995, S. 4).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 14. Juli 1995, über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung sowie über spezifische Aktionen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit (ABl. Nr. C 253 vom 29. 9. 1995, S. 10).

Diese Mittel decken die Ausgaben für die Getreidemengen, gegebenenfalls in Form von Saatgut, die im Rahmen des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1986 und des Programms des laufenden Haushaltsjahres sowie gegebenenfalls früherer Programme für die Entwicklungsländer gekauft werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 151 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	145 783 592	77 150 000	39 400 000	29 233 592		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	151 000 000	52 850 000	37 750 000	21 600 000	30 000 000	8 800 000
Mittel 1996	151 000 000		47 850 000	37 750 000	31 600 000	33 800 000
Insgesamt	447 783 592	130 000 000	125 000 000	88 583 592	61 600 000	42 600 000

B7-201

Verordnung (EWG) Nr. 1755/84 des Rates vom 19. Juni 1984 über Maßnahmen zur Ablösung der Nahrungsmittelhilfe durch Maßnahmen im Bereich der Ernährung (ABl. Nr. L 165 vom 23. 6. 1984, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 18. Mai 1995, betreffend die Genehmigung des Internationalen Getreidehandels-Übereinkommens von 1995, bestehend aus der Vereinbarung über den Getreidehandel und der Vereinbarung über die Nahrungsmittelhilfe, durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. Nr. C 191 vom 25. 7. 1995, S. 4).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 14. Juli 1995, über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung sowie über spezifische Aktionen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit (ABl. Nr. C 253 vom 29. 9. 1995, S. 10).

Diese Mittel sind für die Finanzierung der Ausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln für die Entwicklungsländer sowie für Substitutionsmaßnahmen bestimmt. Soweit möglich, soll der Kauf im Rahmen von Dreieckgeschäften erfolgen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-2 0 2	***Transport, Verteilung, Lagerung und Unterstützungsmaßnahmen*** Getrennte Mittel	201 400 000	140 000 000	218 100 000	160 000 000	247 789 942,51	212 282 728,42

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-2 0 1 *(Fortsetzung)*

Dabei handelt es sich unter anderem um folgende Erzeugnisse, Mengen und Maßnahmen:

— Getreide oder Getreideerzeugnisse, gegebenenfalls in Form von Saatgut: 429 000 t,

— Milchpulver oder gleichwertige eiweißhaltige Erzeugnisse: 50 000 t,

— Butteroil zur Rekonstitution von Vollmilch aus Milchpulver: 5 000 t,

— Pflanzenöl: 70 000 t,

— Zucker: 15 000 t,

— andere Erzeugnisse wie Hülsenfrüchte, Fisch, eiweißhaltige Kekse, Saatgut usw.: 54 400 000 ECU,

— Maßnahmen zur Ablösung der Nahrungsmittellieferungen zwecks Finanzierung von Projekten zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Eigenbedarfskulturen in den Ländern, die glauben, ganz oder zum Teil auf die ihnen zugewiesenen Nahrungsmittel verzichten zu können.

Die Käufe können im Rahmen des Programms des laufenden Haushaltsjahres und der bisherigen Programme finanziert werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 178 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	286 472 687	143 236 343	77 340 000	65 896 344		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	222 800 000	66 763 657	44 560 000	26 503 657	31 192 000	53 780 686
Mittel 1996	178 500 000		28 100 000	39 000 000	40 720 000	70 680 000
Insgesamt	687 772 687	210 000 000	150 000 000	131 400 001	71 912 000	124 460 686

B7-2 0 2

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Verordnung (EWG) Nr. 2507/88 des Rates vom 4. August 1988 über die Durchführung von Vorratsprogrammen und die Einrichtung von Frühwarnsystemen (ABl. Nr. L 220 vom 11. 8. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 18. Mai 1995, betreffend die Genehmigung des Internationalen Getreidehandels-Übereinkommens von 1995, bestehend aus der Vereinbarung über den Getreidehandel und der Vereinbarung über die Nahrungsmittelhilfe, durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. Nr. C 191 vom 25. 7. 1995, S. 4).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 14. Juli 1995, über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung sowie über spezifische Aktionen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit (ABl. Nr. C 253 vom 29. 9. 1995, S. 10).

Mit diesen Mitteln sollen die erforderlichen Maßnahmen für die frist- und bedarfsgerechte, möglichst transparente Abwicklung der Nahrungsmittelhilfe unter Erzielung einer optimalen Kosten/Nutzen-Relation finanziert werden.

Diese Maßnahmen betreffen insbesondere:

— Transport und Verteilung der Hilfe einschließlich sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Lieferung, z.B. Kosten für Versicherung, Umschlag und Koordinierung, sowie Kosten, die nicht in den Beförderungsverträgen enthalten sind, aber als unvermeidliche Folge dieser Verträge anfallen,

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 2	*(Fortsetzung)*						
B7-2 0 4	***Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt*** Getrennte Mittel	—	p.m.	—	p.m.	0,—	736 998,15

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-2 0 2 *(Fortsetzung)*

— unerläßliche Maßnahmen entweder bei der Programmierung, Koordinierung und optimalen Ausführung der Hilfe, die aus anderen Posten nicht gedeckt werden, z.B. außergewöhnlicher Transport und außergewöhnliche Lagerung, Desinfektion, Verarbeitung oder Zubereitung der Nahrungsmittel vor Ort, Bestellung von Beauftragten, technische Hilfe und Material, das direkt zur Bereitstellung der Hilfe benötigt wird (Werkzeuge, Geräte, Brennstoff usw.),

— Kontrolle und Koordinierung der Nahrungsmittelhilfemaßnahmen, insbesondere der Bedingungen für die Bereitstellung, Lieferung, Verteilung und Verwendung der Erzeugnisse, die für die Nahrungsmittelhilfe bestimmt sind, sowie der Bedingungen für die Verwendung der Gegenwertmittel,

— Pilotprojekte zur Erprobung neuer Methoden und Techniken für Transport, Aufmachung und Lagerung, zur Bewertung bedeutsamer Nahrungsmittelmaßnahmen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 sowie für Sensibilisierungsmaßnahmen,

— Vorratsprogramme (einschließlich der Kosten für Verwaltung, Termingeschäfte mit oder ohne Option, Ausbildung von Fachkräften, Erwerb von Verpackungsmaterial sowie von fahrbaren Vorratseinheiten, Instandhaltung und Instandsetzung von Lagerhäusern usw.) und Frühwarnsysteme, die von internationalen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen oder von Entwicklungsländern eingeführt werden.

7 Millionen ECU sind für Maßnahmen und Aktionen der Kontrolle und des Monitorings des Nahrungsmittelhilfeprogramms der Europäischen Union bestimmt.

Die Maßnahmen können im Rahmen des Programms des laufenden Haushaltsjahres und gegebenenfalls früherer Programme finanziert werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 201 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	286 713 869	100 000 000	50 000 000	50 000 000	50 000 000	36 713 869
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	218 100 000	60 000 000	50 000 000	50 000 000	50 000 000	8 100 000
Mittel 1996	201 400 000		40 000 000	50 000 000	50 000 000	61 400 000
Insgesamt	716 213 869	160 000 000	140 000 000	150 000 000	150 000 000	106 213 869

B7-2 0 4 *Vormals Posten B7-5 0 5 9*

Verordnung (EWG) Nr. 1993/83 des Rates vom 11. Juli 1983 über die Durchführung eines Sonderprogramms zur Bekämpfung des Hungers in der Welt (ABl. Nr. L 196 vom 20. 7. 1983, S. 6).

Diese Verordnung ist am 31. Dezember 1984 ungültig geworden.

In diesem Artikel sind die Ausgaben für die Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Aktionen zur Unterstützung der Empfängerländer, die begonnen haben, den Umfang ihrer Nahrungsmittel-Selbstversorgung zu erhöhen, sowie für die Aktionen zur Erhaltung ihrer natürlichen Umwelt und deren besserer Nutzung veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 4	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	530 900 000	415 000 000	591 900 000	500 000 000	589 010 041,02	446 012 952,—
	KAPITEL B7-2 0 INSGESAMT	530 900 000	415 000 000	591 900 000	500 000 000	589 010 041,02	446 012 952,—
	KAPITEL B7-2 1						
B7-2 1 0	***Hilfe und Nahrungsmittelsofort-hilfe für die von Katastrophen oder schweren Krisen heimgesuchte Bevölkerung in Entwicklungsländern und anderen Drittländern***						
	Getrennte Mittel	150 000 000	130 000 000	96 700 000	81 200 000	160 809 832,39	110 130 791,60

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-2 0 4	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 304 128			2 304 128		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	p.m.				
Mittel 1996	—		p.m.			
Insgesamt	2 304 128	p.m.	p.m.	2 304 128		

B7-2 1 0

Vormals Artikel B7-2 1 0, B7-2 1 1 und B7-2 1 6

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 1. Juni 1995, über die humanitäre Hilfe (ABl. Nr. C 180 vom 14. 7. 1995, S. 6).

Finanziert werden soll die humanitäre Hilfe für Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern und anderen Drittländern, die Opfer von Naturkatastrophen oder von Ereignissen (Krieg, bewaffnete Konflikte usw.) geworden sind, die erhebliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen für die betroffenen Bevölkerungsgruppen haben.

Diese Hilfe wird ungeachtet der Rasse, Religion oder politischen Anschauung gewährt.

Bei dieser Hilfe kann es sich um die Entsendung von Ärzteteams, die Lieferung von Medikamenten, Waren des medizinischen Bedarfs, Decken, Zelten, Unterkünften, Nahrungsmitteln, unterschiedlichen Hilfsgütern, Generatoren, Energieerzeugnissen, die Entsendung von Aufsichts- und Koordinierungsteams usw. handeln.

Finanziert werden können Katastrophenschutzmaßnahmen sowie die Bereitstellung, Beförderung, Verteilung und notwendige logistische Unterstützung bei der Abwicklung der Hilfe. Ferner können auch Mittel für die notwendige technische Hilfe bei der Durchführung humanitärer Projekte sowie für die Vergabe von TH-Verträgen bereitgestellt werden, um den Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen der europäischen Nichtregierungsorganisationen untereinander oder zwischen europäischen Nichtregierungsorganisationen und solchen aus Drittländern zu erleichtern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-2 1 2	***Hilfe zur Selbsthilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in den Ländern Lateinamerikas und Asiens***						
	Getrennte Mittel	60 000 000	60 000 000	60 000 000	54 000 000	69 897 550,—	59 521 247,98

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-2 1 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen ebenfalls der Finanzierung der Nahrungsmittelsoforthilfe für die Entwicklungsländer und andere Drittländer, die Opfer von Naturkatastrophen oder von Ereignissen wie Krieg, bewaffnete Konflikte usw. geworden sind, die erhebliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen für die betroffenen Bevölkerungsgruppen haben.

Als Nahrungsmittelsoforthilfe werden die gleichen Erzeugnisse geliefert wie im Rahmen des Jahresprogramms der normalen Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft.

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind Kauf, Transport, Verteilung, Überwachung, Kontrolle und Koordinierung der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der betreffenden Hilfe sowie Maßnahmen zur Vermeidung der Verteuerung oder Vernichtung der gelieferten Hilfe. Hierbei kann es sich auch um die vorsorgliche Bereitstellung von Hilfe und um Katastrophenschutzmaßnahmen handeln.

Diese Mittel decken außerdem:

— Vorbereitungs-, Durchführbarkeits-, Monitoring- und Evaluierungsstudien;

— Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung mit den Mitgliedstaaten, den internationalen Organisationen und den Nichtregierungsorganisationen.

Dieser Artikel deckt ferner die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar der Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für horizontale Aktionen und Maßnahmen, die unmittelbar der Verwirklichung der Ziele der humanitären Hilfe der Europäischen Union dienen und die Sichtbarkeit dieser Hilfe bewirken.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 150 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	141 363 292	79 940 000	45 569 405	15 853 887		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	96 700 000	45 000 000	48 100 000	3 600 000		
Mittel 1996	150 000 000		36 330 595	113 669 405		
Insgesamt	388 063 292	124 940 000 (1)	130 000 000	133 123 292		

(1) Einschließlich einer Übertragung von 43 740 000 ECU aus 1994.

B7-2 1 2 *Vormals Artikel B7-3 0 2*

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. Juni 1995, über Aktionen im Bereich der Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen (Flüchtlinge, Vertriebene und Rückkehrer) in den Entwicklungsländern Lateinamerikas und Asiens (ABl. Nr. C 237 vom 12. 9. 1995, S. 19).

Mit diesen Mitteln sollen Maßnahmen finanziert werden, die Gruppen von Flüchtlingen, Vertriebenen und anderen Bevölkerungsgruppen, die ihr Ursprungs- oder Aufenthaltsland wegen kriegerischer Auseinandersetzungen, Unsicherheit oder anderer nicht naturbedingter Katastrophen verlassen haben, die Selbstversorgung ermöglichen.

Ferner werden auch Überlebenshilfen oder Rückführungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen unterstützt. Die Hilfe kann auch der lokalen Bevölkerung des Aufnahmelandes gewährt werden, sofern die wirtschaftlichen Bedingungen dies erforderlich machen. Im Bedarfsfall kann sie auch zur Unterstützung von Maßnahmen verwendet werden, die auf die Vorbeugung von Vertreibungen abzielen.

Es können Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen mitfinanziert werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 1 2	*(Fortsetzung)*						
B7-2 1 4	***Humanitäre Hilfe für die Bevölkerung der Länder in Mittel- und Osteuropa***						
	Getrennte Mittel	102 000 000	90 000 000	102 700 000	111 400 000	267 992 485,55	307 480 903,57

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-2 1 2	*(Fortsetzung)*

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind die Ausgaben für Studien, Koordinierung vor Ort, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 60 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	85 688 431	19 000 000	45 000 000	10 000 000	10 000 000	1 688 431
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	60 000 000	35 000 000	8 000 000	5 000 000	5 000 000	7 000 000
Mittel 1996	60 000 000		7 000 000	35 000 000	15 000 000	3 000 000
Insgesamt	205 688 431	54 000 000	60 000 000	50 000 000	30 000 000	11 688 431

B7-2 1 4

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 1. Juni 1995, über die humanitäre Hilfe (ABl. Nr. C 180 vom 14. 7. 1995, S. 6).

Finanziert werden soll die humanitäre Hilfe für Bevölkerungsgruppen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die Opfer von Naturkatastrophen oder von Ereignissen wie Krieg, bewaffnete Konflikte usw. geworden sind, die erhebliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen für die betroffenen Bevölkerungsgruppen haben.

Diese Hilfe wird ungeachtet der Rasse, Religion oder politischen Anschauung gewährt und dient neben der Soforthilfe im eigentlichen Sinn der Finanzierung längerfristiger Maßnahmen zur Deckung der Grundversorgung der Bevölkerung oder besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen in bezug auf Gesundheitsfürsorge, Nahrungsmittel, Unterkunft usw.

Bei dieser Hilfe kann es sich um die Entsendung von Ärzteteams, die Lieferung von Medikamenten, Waren des medizinischen Bedarfs, Decken, Zelten, Unterkünften, Nahrungsmitteln, unterschiedlichen Hilfsgütern, Generatoren, Energieerzeugnissen, die Entsendung von Aufsichts- und Koordinierungsteams usw. handeln.

Finanziert werden können Katastrophenschutzmaßnahmen sowie die Bereitstellung, Beförderung, Verteilung und notwendige logistische Unterstützung bei der Abwicklung der Hilfe. Ferner können auch Mittel für die notwendige technische Hilfe bei der Durchführung humanitärer Projekte sowie für die Vergabe von TH-Verträgen bereitgestellt werden, um den Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen der europäischen Nichtregierungsorganisationen untereinander oder zwischen diesen und solchen aus Drittländern zu erleichtern.

Die Mittel decken ferner die Ausgaben für:

— Vorbereitungs-, Durchführbarkeits-, Monitoring- und Evaluierungsstudien;

— Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung mit den Mitgliedstaaten, den internationalen Organisationen und den Nichtregierungsorganisationen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 1 4	*(Fortsetzung)*						
B7-2 1 5	***Humanitäre Hilfe für die Bevölkerung der unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion*** Getrennte Mittel	45 000 000	34 000 000	46 700 000	52 400 000	50 000 000,—	39 727 473,32

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-2 1 4 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 102 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	173 540 349	160 000 000	13 540 349			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	102 700 000	90 100 000	12 600 000			
Mittel 1996	102 000 000		63 859 651	38 140 349		
Insgesamt	378 240 349	250 100 000 (1)	90 000 000	38 140 349		

(1) Einschließlich einer Übertragung von 138 700 000 ECU aus 1994.

B7-2 1 5 Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 1. Juni 1995, über die humanitäre Hilfe (ABl. Nr. C 180 vom 14. 7. 1995, S. 6).

Finanziert werden soll die humanitäre Hilfe für Bevölkerungsgruppen in den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die Opfer von Naturkatastrophen oder von Ereignissen wie Krieg, bewaffnete Konflikte usw. geworden sind, die erhebliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen für die betroffenen Bevölkerungsgruppen haben.

Diese Hilfe wird ungeachtet der Rasse, Religion oder politischen Anschauung gewährt und dient neben der Soforthilfe im eigentlichen Sinn der Finanzierung längerfristiger Maßnahmen zur Deckung der Grundversorgung der Bevölkerung oder besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen in bezug auf Gesundheitsfürsorge, Nahrungsmittel, Unterkunft usw.

Bei dieser Hilfe kann es sich um die Entsendung von Ärzteteams, die Lieferung von Medikamenten, Waren des medizinischen Bedarfs, Decken, Zelten, Unterkünften, Nahrungsmitteln, unterschiedlichen Hilfsgütern, Generatoren, Energieerzeugnissen, die Entsendung von Aufsichts- und Koordinierungsteams usw. handeln.

Finanziert werden können Katastrophenschutzmaßnahmen sowie die Bereitstellung, Beförderung, Verteilung und notwendige logistische Unterstützung bei der Abwicklung der Hilfe. Ferner können auch Mittel für die notwendige technische Hilfe bei der Durchführung humanitärer Projekte sowie für die Vergabe von TH-Verträgen bereitgestellt werden, um den Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen der europäischen Nichtregierungsorganisationen untereinander oder zwischen diesen und solchen aus Drittländern zu erleichtern.

Die Mittel decken ferner die Ausgaben für:

— Vorbereitungs-, Durchführbarkeits-, Monitoring- und Evaluierungsstudien;

— Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung mit den Mitgliedstaaten, den internationalen Organisationen und den Nichtregierungsorganisationen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 1 5	*(Fortsetzung)*						
B7-2 1 7	***Aktionen zugunsten von Flüchtlingen und Vertriebenen*** Getrennte Mittel	15 500 000	11 000 000	14 900 000	11 000 000	20 512 470,21	9 887 999,90

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-2 1 5	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 45 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	32 685 424	25 000 000	7 685 424			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	46 700 000	27 400 000	19 300 000			
Mittel 1996	45 000 000		7 014 576	37 985 424		
Insgesamt	124 385 424	52 400 000	34 000 000	37 985 424		

B7-2 1 7

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 1. Juni 1995, über die humanitäre Hilfe (ABl. Nr. C 180 vom 14. 7. 1995, S. 6).

Entschließung des Rates vom 25. September 1995 zur Lastenverteilung hinsichtlich der Aufnahme und des vorübergehenden Aufenthalts von Vertriebenen (ABl. Nr. C 262 vom 7. 10. 1995, S. 1).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen zugunsten von Flüchtlingen und Vertriebenen, die ihr Herkunftsland oder ihre Wohnregion infolge von Naturkatastrophen oder Konflikten verlassen mußten, sowie von Maßnahmen zu ihrer Rückführung und Wiederansiedlung in ihrem Herkunftsland.

Die Hilfe wird ungeachtet der Rasse, Religion oder politischen Anschauung gewährt.

Als Hilfe werden ärztliche Teams entsandt, Arzneimittel, Waren des medizinischen Bedarfs, Decken, Zelte, Unterkünfte, Nahrungsmittel, verschiedenes Hilfsmaterial, Generatoren und Energieerzeugnisse geliefert und Aufsichts- und Koordinierungsteams gestellt.

Finanziert werden können ferner Katastrophenschutzmaßnahmen, die Beförderung, die Verteilung und die logistische Unterstützung bei der Abwicklung der Hilfe, ihre Sichtbarkeit sowie Ausbildungsmaßnahmen und technische Hilfe.

Die Hilfe kann durch das übrige Hilfeinstrumentarium der Gemeinschaft für diese Bevölkerungsgruppen ergänzt und mit den von den Mitgliedstaaten und anderen Gebern finanzierten Hilfen koordiniert werden.

Diese Mittel decken ebenfalls:

— Vorbereitungs-, Durchführbarkeits-, Monitoring- und Evaluierungsstudien;

— Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung mit den Mitgliedstaaten, den internationalen Organisationen und den Nichtregierungsorganisationen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 1 7	*(Fortsetzung)*						
B7-2 1 9	***Operationelle Unterstützung und Verhütung von Katastrophen*** Getrennte Mittel	7 000 000	4 500 000	5 000 000	4 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-2 1 7 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 500 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 221 210	7 100 000	5 121 210			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	14 900 000	7 900 000	3 000 000	4 000 000		
Mittel 1996	15 500 000		2 878 790	9 000 000	3 621 210	
Insgesamt	42 621 210	15 000 000 (1)	11 000 000	13 000 000	3 621 210	

(1) Einschließlich einer Übertragung von 4 000 000 ECU aus 1994.

B7-2 1 9 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Mai 1995 zur Funktionsweise des Vertrags über die Europäische Union im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 — Verwirklichung und Entwicklung der Union (ABl. Nr. C 151 vom 19. 6. 1995, S. 56).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Mai 1995 zu den Fortschritten bei der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (November 1993-Dezember 1994) (ABl. Nr. C 151 vom 19. 6. 1995, S. 223).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 1. Juni 1995, über die humanitäre Hilfe (ABl. Nr. C 180 vom 14. 7. 1995, S. 6).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Juni 1995 zur Gründung eines Zentrums der Europäischen Union zur Erforschung und aktiven Verhütung von Krisen (ABl. Nr. C 166 vom 3. 7. 1995, S. 59).

Mit den Mitteln dieses Artikels sollen Maßnahmen und Aktionen finanziert werden, die zur Verhütung von Unglücksfällen, Katastrophen oder ähnlichen außergewöhnlichen Ereignissen beitragen.

Ferner können damit wissenschaftliche Studien, die zur Verhütung von Katastrophen beitragen können, sowie der Kauf und die Beförderung von Material finanziert werden, das für die Katastrophenvorbeugung oder die Einrichtung von Warnsystemen zur Vorhersage von Überschwemmungen, Erdbeben, Vulkanausbrüchen usw. notwendig ist.

Diese Mittel decken ferner die Ausgaben für Maßnahmen im Bereich der Ausbildung und der technischen Hilfe, deren Ziel die Katastrophenvorbeugung ist.

Ein Betrag in Höhe von 1 000 000 ECU dient zur Schaffung eines Zentrums der Europäischen Union zur Erforschung und aktiven Verhütung von Krisen, das mit der Vorbereitung der Beschlußfassung im Bereich der Außenpolitik der Union betraut ist.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 1 9	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	379 500 000	329 500 000	326 000 000	314 000 000	569 212 338,15	526 748 416,37
	KAPITEL B7-2 1 INSGESAMT	379 500 000	329 500 000	326 000 000	314 000 000	569 212 338,15	526 748 416,37
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	910 400 000	744 500 000	917 900 000	814 000 000	1 158 222 379,17	972 761 368,37
	Titel B7-2 insgesamt	**910 400 000**	**744 500 000**	**917 900 000**	**814 000 000**	**1 158 222 379,17**	**972 761 368,37**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-2 1 — HUMANITÄRE HILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-2 1 9	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	4 000 000	1 000 000			
Mittel 1996	7 000 000		3 500 000	3 500 000		
Insgesamt	12 000 000	4 000 000	4 500 000	3 500 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-3

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN, LATEINAMERIKA UND IM SÜDLICHEN AFRIKA, EINSCHLIESSLICH SÜDAFRIKA

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-3 0						
B7-3 0 0	***Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien***						
	Getrennte Mittel	323 000 000	160 000 000	323 000 000	160 000 000	206 298 045,—	147 182 536,26
B7-3 0 1	***Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien***						
	Getrennte Mittel	83 500 000	38 000 000	72 000 000	32 000 000	54 250 654,70	17 972 415,79

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-3

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN, LATEINAMERIKA UND IM SÜDLICHEN AFRIKA, EINSCHLIESSLICH SÜDAFRIKA

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-300	*Vormals Posten B7-3000* Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. L 52 vom 27. 2. 1992, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern Asiens, insbesondere den ärmsten Ländern, zur Lösung der makroökonomischen und der sektoralen Probleme. Vorrang haben Maßnahmen, die die Strukturierung der Wirtschaft und den Verwaltungsaufbau begünstigen, einschließlich Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, Ausbildung von Frauen, Drogenbekämpfung, Demokratisierung, regionale Zusammenarbeit, Katastrophenverhütung und Wiederaufbau. Investitionen in Gebieten, die traditionell von eingeborenen Völkern oder von anderen lokalen Gemeinschaften bewohnt werden, sowie andere Projekte, die deren Lebensumstände oder soziale Organisation erheblich beeinflussen, dürfen nicht ohne deren vorherige Konsultation — soweit möglich — und Zustimmung durchgeführt werden. Mindestens 10 % dieser Mittel sind für Umweltpolitiken aufgrund der Agenda 21 zu verwenden, die auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro vom 3. bis 14. Juni 1992 vereinbart wurde. Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar der Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992). Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind die Ausgaben für horizontale Aktionen und Maßnahmen, die der Sichtbarkeit und der Information über die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Entwicklungsländern in Asien dienen. Die Mittel dienen außerdem der Finanzierung von kleinen Krediten und Darlehen, die im Rahmen des informellen Banksektors bereitgestellt werden (wie z.B. über die Grameen Bank und ähnliche Transaktionen in Bangladesch), mit denen insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen gefördert werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 323 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 299 151 018	51 500 000	108 000 000	112 000 000	119 000 000	908 651 018
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	73 500 000	73 500 000				
Mittel 1995	323 000 000	35 000 000	25 000 000	23 000 000	20 000 000	220 000 000
Mittel 1996	323 000 000		27 000 000	25 000 000	21 000 000	250 000 000
Insgesamt	2 018 651 018	160 000 000	160 000 000	160 000 000	160 000 000	1 378 651 018

B7-301	*Vormals Posten B7-3001* Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die Förderung der Ausfuhren der Entwicklungsländer. Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die regionale Integration von Entwicklungsländern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-301	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Rates vom 16. Juli 1974 über finanzielle und technische Hilfe zugunsten nichtassoziierter Entwicklungsländer.

Entschließung des Rates vom 2. Dezember 1976 über die Koordinierung und Harmonisierung der Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern innerhalb der Gemeinschaft.

Entschließung des Rates vom 17. April 1986 über die Förderung der Ausfuhr und der Dienstleistungen der Entwicklungsländer.

Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. L 52 vom 27. 2. 1992, S. 1).

Diese Mittel sind im beiderseitigen Interesse der Europäischen Union und der Partnerländer für die Finanzierung verschiedener Maßnahmen bestimmt, u.a. technische Hilfe, Ausbildung, Technologietransfer, institutionelle Unterstützung im Bereich der Absatzförderung, der Energieversorgung, des Umweltschutzes und der Bewirtschaftung mit dem Ziel:

— die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und die Wirtschaftsbeziehungen und den Handel zwischen der Europäischen Union und Asien zu erleichtern,

— die Regionalintegration zu fördern,

— den Transfer von Know-how zu begünstigen und Treffen und Zusammenschlüsse zwischen Wirtschaftsbeteiligten beider Parteien zu unterstützen,

— in den betreffenden Ländern die Rahmenbedingungen für die Expansion der Wirtschaft und damit für die Entwicklung zu verbessern.

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 83 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	115 402 119	20 000 000	17 000 000	12 000 000	13 000 000	53 402 119
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	4 000 000	4 000 000				
Mittel 1995	72 000 000	8 000 000	12 000 000	15 000 000	17 000 000	20 000 000
Mittel 1996	83 500 000		9 000 000	15 000 000	20 000 000	39 500 000
Insgesamt	274 902 119	32 000 000	38 000 000	42 000 000	50 000 000	112 902 119

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 2	***System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder in Asien*** Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	406 500 000	198 000 000	395 000 000	192 000 000	260 548 699,70	165 154 952,05
	KAPITEL B7-3 0 INSGESAMT	406 500 000	198 000 000	395 000 000	192 000 000	260 548 699,70	165 154 952,05
	KAPITEL B7-3 1						
B7-3 1 0	***Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika*** Getrennte Mittel	199 500 000	122 000 000	189 500 000	112 000 000	147 044 697,—	105 858 711,98

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-3 0 2	*Vormals Artikel B7-3 0 3 (teilweise)* Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 23. Mai 1991, über ein System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder in Asien und Lateinamerika (ALA) (ABl. Nr. C 147 vom 6. 6. 1991, S. 15). Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

B7-3 1 0	*Vormals Posten B7-3 0 1 0* Verordnung (EWG) Nr. 443/92 vom 25. Februar 1992 des Rates über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. L 52 vom 27. 2. 1992, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für die Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, insbesondere den ärmsten Ländern, zur Lösung der makroökonomischen und der sektoralen Probleme. Vorrang haben Maßnahmen, die die Strukturierung der Wirtschaft und den Verwaltungsaufbau begünstigen, einschließlich Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, Ausbildung von Frauen, Drogenbekämpfung, Demokratisierung, regionale Zusammenarbeit, Katastrophenverhütung und Wiederaufbau. Investitionen in Gebieten, die traditionell von eingeborenen Völkern oder von anderen lokalen Gemeinschaften bewohnt werden, sowie andere Projekte, die deren Lebensumstände oder soziale Organisation erheblich beeinflussen, dürfen nicht ohne deren vorherige Konsultation — soweit möglich — und Zustimmung durchgeführt werden. Mindestens 10 % dieser Mittel sind für Umweltpolitiken aufgrund der Agenda 21 zu verwenden, die auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro vom 3. bis 14. Juni 1992 vereinbart wurde.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-3 1 1	***Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika***						
	Getrennte Mittel	63 000 000	34 700 000	56 000 000	27 000 000	46 600 000,—	32 473 399,60

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-3 1 0 *(Fortsetzung)*

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind die Ausgaben für horizontale Aktionen und Maßnahmen, die der Sichtbarkeit und der Information über die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Entwicklungsländern in Asien dienen.

Die Mittel dienen außerdem der Finanzierung von kleinen Krediten und Darlehen, die im Rahmen des informellen Banksektors bereitgestellt werden (wie z.B. über die Grameen Bank und ähnliche Transaktionen in Bangladesch), mit denen insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen gefördert werden.

Der Friedensprozeß in Guatemala soll durch einen Betrag in Höhe von 1 000 000 ECU gefördert werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 199 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	580 070 002	45 786 775	73 000 000	84 000 000	90 000 000	287 283 227
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	46 213 225	46 213 225				
Mittel 1995	189 500 000	20 000 000	22 000 000	23 000 000	25 000 000	99 500 000
Mittel 1996	199 500 000		27 000 000	23 000 000	25 000 000	124 500 000
Insgesamt	1 015 283 227	112 000 000	122 000 000	130 000 000	140 000 000	511 283 227

B7-3 1 1 *Vormals Posten B7-3 0 1 1*

Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die Förderung der Ausfuhr der Entwicklungsländer.

Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die regionale Integration von Entwicklungsländern.

Entschließung des Rates vom 16. Juli 1974 über finanzielle und technische Hilfe zugunsten nichtassoziierter Entwicklungsländer.

Entschließung des Rates vom 2. Dezember 1976 über die Koordinierung und Harmonisierung der Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern innerhalb der Gemeinschaft.

Entschließung des Rates vom 17. April 1986 über die Förderung der Ausfuhr und der Dienstleistungen der Entwicklungsländer.

Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. L 52 vom 27. 2. 1992, S. 1).

Diese Mittel sind im beiderseitigen Interesse der Europäischen Union und der Partnerländer für die Finanzierung verschiedener Maßnahmen bestimmt, u.a. technische Hilfe, Ausbildung, Technologietransfer, institutionelle Unterstützung im Bereich der Absatzförderung, der Energieversorgung, des Umweltschutzes und der Bewirtschaftung mit dem Ziel:

— die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und die Wirtschaftsbeziehungen und den Handel zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika zu erleichtern,

— die Regionalintegration zu fördern,

— den Transfer von Know-how zu begünstigen und Treffen und Zusammenschlüsse zwischen Wirtschaftsbeteiligten beider Parteien zu unterstützen,

— in den betreffenden Ländern die Rahmenbedingungen für die Expansion der Wirtschaft und damit für die Entwicklung zu verbessern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 1 1	*(Fortsetzung)*						
B7-3 1 2	***Förderung der Gemeinschaftsinvestitionen für in Kuba tätige Unternehmen (kleine und mittlere Unternehmen)*** Getrennte Mittel	500 000	300 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-3 1 1	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind ebenfalls bestimmt für Tätigkeiten lateinamerikanischer Einrichtungen, wie etwa der privatwirtschaftlichen Stiftung Europa-Chile, die mit Unterstützung der Europäischen Union zu dem Zweck gegründet worden sind, die wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern. Dieser Artikel deckt außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992). Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 63 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	92 216 213	13 000 000	1 700 000	6 000 000	17 000 000	54 516 213
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	56 000 000	14 000 000	16 000 000	11 000 000	8 000 000	7 000 000
Mittel 1996	63 000 000		17 000 000	19 000 000	15 000 000	12 000 000
Insgesamt	211 216 213	27 000 000	34 700 000	36 000 000	40 000 000	73 516 213

B7-3 1 2	*Vormals Posten B7-3 0 1 2* Diese Mittel ist zur Förderung und Finanzierung von Joint-ventures kleiner und mittlerer Unternehmen der Gemeinschaft (einschließlich Unternehmen der Gemeinwirtschaft) und entsprechender Unternehmen der Republik Kuba bestimmt, insbesondere in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Energieerzeugung. Ein Teil dieser Mittel wird eingesetzt, um einmal Projekte zur Ausbildung kubanischer KMU in grundlegenden Management- und Betriebswirtschaftsfragen in einer offenen Wirtschaft durchzuführen und zum anderen einen Mechanismus zur Auswahl von Joint-ventures einzuführen, die für eine Gemeinschaftshilfe in Frage kämen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 1 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-3 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	500 000		300 000	200 000		
Insgesamt	500 000	p.m.	300 000	200 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-3 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IM SÜDLICHEN AFRIKA UND IN SÜDAFRIKA

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 1 3	***System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder in Lateinamerika*** Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	263 000 000	157 000 000	245 500 000	139 000 000	193 644 697,—	138 332 111,58
	KAPITEL B7-3 1 INSGESAMT	263 000 000	157 000 000	245 500 000	139 000 000	193 644 697,—	138 332 111,58
	KAPITEL B7-3 2						
B7-3 2 0	***Europäisches Programm für Wiederaufbau und Entwicklung in Südafrika*** Getrennte Mittel	130 000 000	110 000 000	125 000 000	95 000 000	102 147 282,—	58 029 612,26

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-3 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IM SÜDLICHEN AFRIKA UND IN SÜDAFRIKA

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-3 1 3 *Vormals Artikel B7-3 0 3 (teilweise)*

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 23. Mai 1991, über ein System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder in Asien und Lateinamerika (ALA) (ABl. Nr. C 147 vom 6. 6. 1991, S. 15).

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

B7-3 2 0 *Vormals Posten B7-5 0 7 0*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Dezember 1993 zu den Entwicklungsperspektiven in Südafrika und im südlichen Afrika (ABl. Nr. C 20 vom 24. 1. 1994, S. 120).

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 12. Mai 1995, über die Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika (ABl. Nr. C 235 vom 9. 9. 1995, S. 5).

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Programmen in Südafrika bestimmt, mit denen die Situation der ärmsten Schichten der südafrikanischen Gesellschaft verbessert werden soll, entsprechend den Prioritäten des Europäischen Parlaments in seiner Entschließung vom 15. Dezember 1993 sowie im Bewußtsein des Ratsbeschlusses über Hilfe an Südafrika im Kontext des Interimsabkommens. Sie führen das ursprüngliche Programm positiver Maßnahmen für Südafrika fort, wie einst vom Europäischen Parlament vorgeschlagen und bei verschiedenen Gelegenheiten vom Europäischen Rat bestätigt. Mit den Änderungen soll dem demokratischen Wandel in Südafrika nach den Wahlen vom April 1994 umfassend Rechnung getragen werden.

Diese Maßnahmen umfassen die Finanzierung von:

— Entwicklungsprogrammen, unter Einbeziehung der lokalen Gemeinschaft, die insbesondere über den Kagiso Trust, die Gewerkschaften und die Kirchen durchgeführt werden,

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IM SÜDLICHEN AFRIKA UND IN SÜDAFRIKA
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 2 0	*(Fortsetzung)*						
B7-3 2 1	***Rehabilitationsprogramme im südlichen Afrika*** Getrennte Mittel	20 000 000	12 000 000	15 000 000	12 000 000	15 000 000,—	11 864 737,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IM SÜDLICHEN AFRIKA UND IN SÜDAFRIKA
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-3 2 0 *(Fortsetzung)*

— Programmen zur Verbesserung des Wohnungsbaus sowie damit zusammenhängender Projekte in den ärmsten Regionen des Landes,

— Programmen zur Verbesserung des Bildungsstands und des Schulwesens in ländlichen und armen städtischen Gebieten,

— Programmen zur Unterstützung der Berufsausbildung einschließlich der Ausbildung von Lehrern sowie zur Bereitstellung von „Stipendien der Europäischen Union" und Studienauszeichnungen,

— Gesundheitsprogrammen und -projekten in ländlichen und armen städtischen Gebieten,

— Investitionsvorhaben, einschließlich Risikokapital, Joint-ventures und arbeitsschaffende Maßnahmen,

— sonstigen Projekten, die es der Regierung gestatten, das Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm voranzubringen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 130 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	113 164 785	45 000 000	30 000 000	25 000 000	13 164 785	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	125 000 000	50 000 000	30 000 000	25 000 000	20 000 000	
Mittel 1996	130 000 000		50 000 000	40 000 000	40 000 000	
Insgesamt	368 164 785	95 000 000	110 000 000	90 000 000	73 164 785	

B7-3 2 1 *Vormals Posten B7-5 0 7 1*

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 12. Mai 1995, über die Unterstützung von Rehabilitationsprogrammen im südlichen Afrika (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...).

Veranschlagt sind Mittel für einen Beitrag der Gemeinschaft:

— zur Deckung der Bedürfnisse der von den internen Konflikten in der Region betroffenen Menschen einschließlich der Hilfe bei der Repatriierung und Rehabilitierung entsprechend den Vorschlägen der UNO/OAU-Konferenz über Flüchtlinge, Repatrianten und Vertriebene (Oslo, August 1988),

— zur Förderung engerer Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Southern Africa Development Coordination Conference und zur Unterstützung von Handel, Investitionen und Vermarktung von Produkten sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region,

— zur Festigung der Demokratie in den Ländern der Region,

— zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit Namibias.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IM SÜDLICHEN AFRIKA UND IN SÜDAFRIKA
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	150 000 000	122 000 000	140 000 000	107 000 000	117 147 282,—	69 894 349,26
	KAPITEL B7-3 1 INSGESAMT	150 000 000	122 000 000	140 000 000	107 000 000	117 147 282,—	69 894 349,26
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	819 500 000	477 000 000	780 500 000	438 000 000	571 340 678,70	373 381 412,89
	Titel B7-3 insgesamt	**819 500 000**	**477 000 000**	**780 500 000**	**438 000 000**	**571 340 678,70**	**373 381 412,89**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-3 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN IM SÜDLICHEN AFRIKA UND IN SÜDAFRIKA
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-3 2 1	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 20 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 412 547	6 000 000	3 000 000	3 000 000	412 547	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	15 000 000	6 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	
Mittel 1996	20 000 000		6 000 000	5 000 000	5 000 000	4 000 000
Insgesamt	47 412 547	12 000 000	12 000 000	11 000 000	8 412 547	4 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-4

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM UND IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-4 0						
B7-4 0 1	***Finanzprotokolle mit Malta und Zypern***						
B7-4 0 1 0	Erste, zweite und dritte Finanzprotokolle mit Malta und Zypern Getrennte Mittel	2 000 000	2 500 000	2 000 000	3 000 000	1 868 590,—	1 733 767,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-4

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM UND IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM

Artikel Posten	Erläuterungen
	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 u. Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel J. 1. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon vom 26. und 27. Juni 1992, insbesondere Anlage I. Die Europäische Union verfolgt eine Politik der Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerraums gemäß den Bestimmungen der obengenannten Rechtsakte.
B7-4 0 1	
B7-4 0 1 0	*Vormals Artikel B7-4 0 1* *Malta* Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S. 1). Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46). Das am 4. März 1976 unterzeichnete erste Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1983 die Gewährung folgender Mittel vor: — 16 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln, — 10 000 000 ECU aus dem Gesamthaushaltsplan in Form von Sonderdarlehen und nichtrückzahlbaren Zuschüssen. Das am 4. Dezember 1985 unterzeichnete zweite Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1988 die Gewährung folgender Mittel vor: — 16 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln, — 13 500 000 ECU aus dem Gesamthaushaltsplan in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen und nichtrückzahlbaren Zuschüssen. Das am 20. März 1989 unterzeichnete dritte Finanzprotokoll sieht für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1993 die Gewährung folgender Mittel vor: — 23 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln, — 15 000 000 ECU aus dem Gesamthaushaltsplan in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen und Risikokapital. *Zypern* Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37). Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 32). Das am 15. September 1977 unterzeichnete erste Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 1983 die Gewährung vor von: — 20 000 000 ECU in Form von Darlehen aus den eigenen Mitteln der Europäischen Investitionsbank, — 10 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank, Zuschüssen und Sonderdarlehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 1 1	Vierte Finanzprotokolle mit Malta und Zypern Getrennte Mittel	5 000 000	3 000 000	5 000 000	2 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*

Das am 20. Dezember 1983 unterzeichnete zweite Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 1988 die Gewährung folgender Mittel vor:

— 28 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 16 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank, Zuschüssen und Sonderdarlehen.

Das am 30. November 1989 unterzeichnete dritte Finanzprotokoll sieht für einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 1993 die Gewährung folgender Mittel vor:

— 44 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 18 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank, Zuschüssen und Risikokapital.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	20 496 951	2 750 000	2 000 000	3 250 000	4 000 000	8 496 951
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	250 000	250 000	500 000	500 000	500 000
Mittel 1996	2 000 000		250 000	500 000	500 000	750 000
Insgesamt	24 496 951	3 000 000	2 500 000	4 250 000	5 000 000	9 746 951

B7-4 0 1 1 *Vormals Artikel B7-4 0 4*

Beschluß 95/484/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 14).

Beschluß 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 22).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-4 0 1 insgesamt	7 000 000	5 500 000	7 000 000	5 000 000	1 868 590,—	1 733 767,—
B7-4 0 2	***Besondere Hilfe für Libanon*** Getrennte Mittel	—	100 000	—	952 000	0,—	516 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-4 0 1 *(Fortsetzung)*

B7-4 0 1 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	2 000 000	2 000 000	1 000 000		
Mittel 1996	5 000 000		1 000 000	3 000 000	1 000 000	
Insgesamt	10 000 000	2 000 000	3 000 000	4 000 000	1 000 000	

B7-4 0 2 Diese Mittel sind zur Finanzierung von Wiederaufbauvorhaben in Libanon bestimmt.
Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	469 504	952 000	100 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	469 504	952 000	100 000			

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 3	***Finanzielle Zusammenarbeit mit der Türkei***						
B7-4 0 3 2	Sonderhilfe für die Türkei Getrennte Mittel	p.m.	4 500 000	p.m.	5 000 000	0,—	3 801 691,16
B7-4 0 3 3	Zusammenarbeit mit der Türkei Getrennte Mittel	3 000 000	2 500 000	p.m. (1)	p.m. (2)	0,—	808 254,36

(1) Mittel in Höhe von 3 000 000 ECU sind bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 2 500 000 ECU sind bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 3	
B7-4 0 3 2	Beschluß Nr. 2/80 des Assoziationsrates EWG/Türkei vom 19. September 1980. Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung verschiedener Kooperationsmaßnahmen wie Investitionsvorhaben und technische Hilfe, insbesondere in der Landwirtschaft, im Sozialbereich, zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe und zur Förderung des Handels. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 747 030	5 000 000	4 500 000	3 247 030		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	12 747 030	5 000 000	4 500 000	3 247 030		

B7-4 0 3 3	Beschluß 64/732/EWG des Rates vom 23. Dezember 1963 über ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. 217 vom 29. 12. 1964, S. 3685/64). Diese Mittel dienen der Finanzierung bestimmter Maßnahmen, mit denen die Zusammenarbeit mit der Türkei verstärkt und die Modernisierung des Landes beschleunigt werden soll. Zu diesen Maßnahmen gehören die Förderung von Bildung und Ausbildung, die kulturellen Beziehungen und die Einrichtung eines Europäisch-Türkischen Management-Zentrums.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 3	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 4	Finanzhilfe für die Türkei Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (2)				

(1) Mittel in Höhe von 22 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 3 3	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 883 433	750 000	1 133 433			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 000 000 (1)	1 750 000	800 000	450 000		
Mittel 1996	3 000 000		566 567	2 050 000	383 433	
Insgesamt	7 883 433	2 500 000 (1)	2 500 000	2 500 000	383 433	

(1) Diese Mittel sind bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-4 0 3 4 *Neuer Posten*

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1995, über die Durchführung einer besonderen Aktion der finanziellen Zusammenarbeit zugunsten der Türkei (ABl. Nr. C 271 vom 17. 10. 1995, S. 12).

Die Mittel dieses Postens dienen der Finanzierung verschiedener Aktionen, deren Ziel es ist, die Produktivität der türkischen Wirtschaft zu steigern und dazu beizutragen, daß das Land über eine bessere wirtschaftliche Infrastruktur, eine rentablere Landwirtschaft sowie moderne, rationell geführte Unternehmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungssektor verfügt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-4 0 3 insgesamt	3 000 000	7 000 000	p.m.	5 000 000	0,—	4 609 945,52
B7-4 0 5	***Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum***						
B7-4 0 5 0	Erste und zweite Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum Getrennte Mittel	23 000 000	20 000 000	5 000 000	25 000 000	4 990 702,23	22 060 871,55

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 3 4	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	22 000 000 (1)		10 000 000	10 000 000	2 000 000	
Insgesamt	22 000 000		10 000 000 (1)	10 000 000	2 000 000	

(1) Diese Mittel sind bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-4 0 5	
B7-4 0 5 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 238. *Erste Finanzprotokolle* Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-405	*(Fortsetzung)*
B7-4050	*(Fortsetzung)*

Zweite Finanzprotokolle

Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29).

Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43).

Staaten	Erste Protokolle		Zweite Protokolle	
	Datum	Betrag	Datum	Betrag
Marokko	27. April 1976	74 000 000	10. Juni 1982	109 000 000
Algerien	26. April 1976	44 000 000	28. Oktober 1982	44 000 000
Tunesien	25. April 1976	54 000 000	28. Oktober 1982	61 000 000
Ägypten	18. Januar 1977	77 000 000	25. Mai 1982	126 000 000
Jordanien	18. Januar 1977	22 000 000	10. Juni 1982	26 000 000
Libanon	3. Mai 1977	10 000 000	17. Juni 1982	16 000 000
Syrien	18. Januar 1977	26 000 000	10. Juni 1982	33 000 000
Insgesamt		307 000 000		415 000 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 0	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 1	Dritte und vierte Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum Getrennte Mittel	146 000 000	190 000 000	265 000 000	245 000 000	260 385 368,—	159 330 538,14

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 5 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 23 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	85 491 316	24 900 000	18 600 000	23 500 000	18 491 316	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	100 000	900 000	1 500 000	1 500 000	1 000 000
Mittel 1996	23 000 000		500 000	1 500 000	2 500 000	18 500 000
Insgesamt	113 491 316	25 000 000	20 000 000	26 500 000	22 491 316	19 500 000

B7-4 0 5 1 *Dritte Finanzprotokolle*

Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1).

Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9).

Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17).

Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25).

Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33).

Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32).

Beschluß 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 21).

Vierte Finanzprotokolle

Beschluß 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 18 vom 25. 1. 1992, S. 34).

Beschluß 92/206/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 13).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 5 1	*(Fortsetzung)*

Beschluß 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 21).

Beschluß 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 29).

Beschluß 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 37).

Beschluß 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 13).

Beschluß 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 32 vom 5. 2. 1994, S. 44).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Durchführung der nicht aus EIB-Mitteln stammenden Finanzhilfen im Rahmen der dritten und vierten Finanzprotokolle mit den Mittelmeerländern im südlichen Mittelmeerraum. Die dritten Protokolle sollen den Zeitraum vom 1. November 1986 bis 31. Oktober 1991 und die vierten Finanzprotokolle den Zeitraum vom 1. November 1991 bis 31. Oktober 1996 erfassen.

Staaten	Dritte Protokolle		Vierte Protokolle (1)	
	Unterzeichnung	Betrag	Unterzeichnung	Betrag
Marokko	26. Mai 1988	173 000 000	20. Juni 1991	218 000 000
Algerien	26. Oktober 1987	56 000 000	20. Juni 1991	70 000 000
Tunesien	26. Oktober 1987	93 000 000	20. Juni 1991	116 000 000
Ägypten	26. Oktober 1987	200 000 000	26. Juni 1991	258 000 000
Jordanien	26. Oktober 1987	37 000 000	26. Juni 1991	46 000 000
Libanon	2. Dezember 1987	20 000 000	18. September 1991	24 000 000
Syrien	7. Februar 1991	36 000 000	17. Juli 1991	43 000 000
Insgesamt		615 000 000		775 000 000

(1) Dieser Posten umfaßt für den Zeitraum 1991-1996 auch einen Betrag von 300 000 000 ECU zur Finanzierung der Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen in einigen Mittelmeerdrittländern im Rahmen der vierten Finanzprotokolle.

Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-4 1 — MEDA (BEGLEITMASSNAHMEN ZU DEN REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN IN DEN MITTELMEERDRITTLÄNDERN)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-4 0 5 insgesamt	169 000 000	210 000 000	270 000 000	270 000 000	265 376 070,23	181 391 409,69
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	179 000 000	222 600 000	277 000 000	280 952 000	267 244 660,23	188 251 122,21
	KAPITEL B7-4 0 INSGESAMT	179 000 000	222 600 000	277 000 000	280 952 000	267 244 660,23	188 251 122,21
	KAPITEL B7-4 1						
B7-4 1 0	***MEDA (Begleitmaßnahmen zu den Reformen der Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den Mittelmeerdrittländern)***						
	Getrennte Mittel	403 000 000	202 000 000	172 900 000	91 000 000	64 801 104,—	31 961 431,40

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN DRITTLÄNDERN IM MITTELMEERRAUM *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-4 1 — MEDA (BEGLEITMASSNAHMEN ZU DEN REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN IN DEN MITTELMEERDRITTLÄNDERN)

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 5 1	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 146 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	632 628 555	205 000 000	140 000 000	135 000 000	100 000 000	52 628 555
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	265 000 000	40 000 000	45 000 000	100 000 000	70 000 000	10 000 000
Mittel 1996	146 000 000		5 000 000	25 000 000	50 000 000	66 000 000
Insgesamt	1 043 628 555	245 000 000	190 000 000	260 000 000	220 000 000	128 628 555

B7-4 1 0	Entschließung des Rates vom 8. Februar 1977 über den europäisch-arabischen Dialog, einschließlich der Schaffung einer europäisch-arabischen Universität. Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 5), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1735/94 (ABl. Nr. L 182 vom 16. 7. 1994, S. 6). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. Juli 1994, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung von Klein- und Micro-Unternehmen in den Maghreb-Ländern (ABl. Nr. C 214 vom 4. 8. 1994, S. 26). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 1995, über finanzielle und technische Hilfen bei der Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Drittländer und der Gebiete im Mittelmeerraum (ABl. Nr. C 232 vom 6. 9. 1995, S. 5).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 1 — MEDA (BEGLEITMASSNAHMEN ZU DEN REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN IN DEN MITTELMEERDRITTLÄNDERN) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-4 1 1	***MEDA (Begleitmaßnahmen zu den Reformen der Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den Mittelmeerdrittländern) — Zusätzliche Mittel***						
	Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (2)				

(1) Mittel in Höhe von 200 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 100 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 1 — MEDA (BEGLEITMASSNAHMEN ZU DEN REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN IN DEN MITTELMEERDRITTLÄNDERN) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-4 1 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sollen vor allem die Finanzierung decken für:

— die wirtschaftliche Umgestaltung (indem der Prozeß der Modernisierung und der wirtschaftlichen Umstrukturierung in den Mittelmeerdrittländern im Hinblick auf die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone flankiert wird und Direktinvestitionen in der Region durch die Schaffung von Joint-ventures (MED-INVEST, ECIP, Risikokapital) gefördert werden);

— ein besseres sozioökonomisches Gleichgewicht (insbesondere durch Beiträge zur Verbesserung der sozialen Dienste, zur ausgewogenen und integrierten Entwicklung des ländlichen Raums, zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsprozeß, zum Erziehungswesen und Kulturaustausch, zur Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte und zum Umweltschutz);

— die Regionalintegration und insbesondere die Förderung der Regionalkooperation, auch im Umweltbereich (Regionalprojekte, Programme der dezentralisierten Zusammenarbeit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Mittelmeerregionen der Europäischen Union), und den Friedensprozeß im Nahen Osten.

Die Mittel decken ferner die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar der Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. 4. 1992).

Außerdem deckt dieser Artikel die Kosten für horizontale Aktionen und Maßnahmen, die der Sichtbarkeit und der Information über die Aktion der Europäischen Union in den Mittelmeerdrittländern dienen und zur Erreichung der Ziele dieser Aktion unmittelbar beitragen.

Gemäß den Ergebnissen des Verfahrens der Zusammenarbeit bei den Verordnungen über die Strukturfonds (Erklärung Nr. 29 in Artikel 11 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 4253/88) sind diese Mittel auch für die Mitfinanzierung von strukturellen Maßnahmen in den an die Gemeinschaft angrenzenden Drittländern, die von den Strukturfonds mitfinanziert werden, bestimmt.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 403 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	114 424 120	58 800 000	45 000 000	10 624 120		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	172 900 000	32 200 000	57 000 000	50 000 000	33 700 000	
Mittel 1996	403 000 000		100 000 000	160 000 000	132 000 000	110 000 000
Insgesamt	690 324 120	91 000 000	202 000 000	220 624 120	165 700 000	110 000 000

B7-4 1 1 *Neuer Artikel*

Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).

Schlußfolgerungen des Gipfels von Cannes vom 6. Juni 1995.

Die Inanspruchnahme der Reserve muß vor der ersten Lesung des Europäischen Parlaments zum Haushalt 1997 im Rahmen des Notenboom-Verfahrens mittels einer Mittelübertragung gemäß des in Artikel 26 der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahrens erfolgen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 1 — MEDA (BEGLEITMASSNAHMEN ZU DEN REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN IN DEN MITTELMEERDRITTLÄNDERN) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	403 000 000	202 000 000	172 900 000	91 000 000	64 801 104,—	31 961 431,40
	KAPITEL B7-4 1 INSGESAMT	403 000 000	202 000 000	172 900 000	91 000 000	64 801 104,—	31 961 431,40

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 1 — MEDA (BEGLEITMASSNAHMEN ZU DEN REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN IN DEN MITTELMEERDRITTLÄNDERN) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 1 1	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel können erst nach Inanspruchnahme der gesamten oder eines Teils der negativen Reserve, die bei Artikel B0-4 2 0 eingesetzt ist, gemäß Artikel 19 der Haushaltsordnung und unter der Bedingung verwendet werden, daß bei der Mittelübertragung 80 % der in diesem Artikel eingesetzten Mittel ausgeführt würden.

Sie werden erst nach Inanspruchnahme der negativen Reserve in Rubrik 4 der Finanziellen Vorausschau verbucht.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	200 000 000 (1)		100 000 000	100 000 000		
Insgesamt	200 000 000		100 000 000 (1)	100 000 000		

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 2 — AKTIONSPROGRAMM FÜR DEN NAHEN OSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-4 2						
B7-4 2 0	***Maßnahmen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen zwischen Israel und der PLO***						
	Getrennte Mittel	52 000 000	50 000 000	52 000 000	30 000 000	58 600 000,—	43 891 062,64
B7-4 2 1	***Hilfen zugunsten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)***						
	Getrennte Mittel	32 000 000	32 000 000	32 000 000	32 000 000	31 000 000,—	31 000 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 2 — AKTIONSPROGRAMM FÜR DEN NAHEN OSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-4 2 0 *Vormals Artikel B7-7 1 1*

Verordnung (EG) Nr. 1734/94 des Rates vom 11. Juli 1994 über die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den besetzten Gebieten (ABl. Nr. L 182 vom 16. 7. 1994, S. 4).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen des Programms der Gemeinschaft zur Unterstützung der besetzten Gebiete Westjordanland und Gazastreifen (1994-1998) vor dem Hintergrund des Friedensprozesses im Nahen Osten.

Diese Maßnahmen kommen der palästinensischen Bevölkerung in Westjordanland und im Gazastreifen zugute. Sie dienen vor allem der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Gebieten, insbesondere in den Bereichen Produktion (Landwirtschaft, Fischerei, Industrie), Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete, Gesundheitswesen, Wasserwirtschaft, Umwelt, Bildung und Ausbildung.

Ferner sind diese Mittel für den Aufbau palästinensischer Institutionen und die Förderung von Demokratie und Menschenrechten bestimmt.

Darüber hinaus sind diese Mittel für die erforderliche technische Hilfe für die Durchführung der Hilfsprogramme und die Kosten der Evaluierung und Überwachung der Projekte vorgesehen.

Außerdem sollen mit diesen Mitteln vorbereitende Maßnahmen im Rahmen des Friedensprozesses finanziert werden, durch die die regionale Zusammenarbeit zwischen Israel und seinen Nachbarn vor allem in den Bereichen Institutionen, Wirtschaft, Wasserwirtschaft, Umweltschutz und Energie gefördert werden soll.

Dieser Artikel dient auch der Finanzierung von Tätigkeiten, mit denen die Öffentlichkeit beider Seiten für den Friedensprozeß gewonnen werden soll, insbesondere:

— gemeinsame Aktivitäten junger Israelis und Palästinenser,

— klare Information in den beiden Sprachen,

— eine israelisch-palästinensische Informations- und Kooperationstätigkeit.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 52 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	57 445 033	5 600 000	25 000 000	15 000 000	11 845 033	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	1 400 000	1 400 000				
Mittel 1995	52 000 000	23 000 000	10 000 000	10 000 000	9 000 000	
Mittel 1996	52 000 000		15 000 000	20 000 000	10 000 000	7 000 000
Insgesamt	162 845 033	30 000 000	50 000 000	45 000 000	30 845 033	7 000 000

B7-4 2 1 *Vormals Artikel B7-4 0 7*

Beschluß 94/13/EG des Rates vom 16. Dezember 1993 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge (UNRWA) über Flüchtlingshilfe in den Nahostländern (ABl. Nr. L 9 vom 13. 1. 1994, S. 16).

Entwurf für das neunte Abkommen mit dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge (UNRWA), das am ... unterzeichnet wurde und für den Zeitraum vom 1. Januar 1996 bis ... gilt.

Diese Mittel sollen die Ausgaben für den Gemeinschaftsbeitrag zur Abwicklung des Nahrungsmittelunterstützungsprogramms für die Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten sowie die Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung der Bildungs- und Gesundheitsprogramme des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge (UNRWA) decken, die im Rahmen des 1993 unterzeichneten achten Abkommens für den Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis 31. Dezember 1995 festgesetzt ist.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 2 — AKTIONSPROGRAMM FÜR DEN NAHEN OSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 2 1	*(Fortsetzung)*						
B7-4 2 2	***Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten*** Getrennte Mittel	—	10 903 000	—	8 996 000	0,—	9 724 720,03

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 2 — AKTIONSPROGRAMM FÜR DEN NAHEN OSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-4 2 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 32 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	32 000 000	32 000 000				
Mittel 1996	32 000 000		32 000 000			
Insgesamt	64 000 000	32 000 000	32 000 000			

B7-4 2 2 *Vormals Artikel B7-7 0 1*

Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33).

Veranschlagt sind Mittel für die finanzielle Unterstützung Israels und der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten als Beitrag zur Linderung der negativen Konsequenzen des Golfkonflikts.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 2 — AKTIONSPROGRAMM FÜR DEN NAHEN OSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 2 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	84 000 000	92 903 000	84 000 000	70 996 000	89 600 000,—	84 615 782,67
	KAPITEL B7-4 2 INSGESAMT	84 000 000	92 903 000	84 000 000	70 996 000	89 600 000,—	84 615 782,67
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	666 000 000	517 503 000	533 900 000	442 948 000	421 645 764,23	304 828 336,28
	Titel B7-4 insgesamt	**666 000 000**	**517 503 000**	**533 900 000**	**442 948 000**	**421 645 764,23**	**304 828 336,28**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-4 2 — AKTIONSPROGRAMM FÜR DEN NAHEN OSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 2 2	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	21 436 387	8 996 000	10 903 000	1 537 387		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	21 436 387	8 996 000	10 903 000	1 537 387		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-5

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-5 0						
B7-5 0 0	***Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft für die Länder Mittel- und Osteuropas***						
	Getrennte Mittel	1 037 000 000	963 000 000	964 020 000	788 700 000	813 325 986,—	701 694 747,80

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-5

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE)

Artikel Posten	Erläuterungen
	Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel J. 1. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon vom 26. und 27. Juni 1992. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen vom 21. und 22. Juni 1993. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Essen vom 9. und 10. Dezember 1994. Die Europäische Union verfolgt eine Politik der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas gemäß den Bestimmungen der obengenannten Rechtsakte, die sich in den Rahmen der Strategie zur Vorbereitung des Beitritts dieser Länder zur Europäischen Union einfügt. Die Mittel dieses Kapitels werden ferner zur Finanzierung der Begleitmaßnahmen zum Stabilitätspakt in Europa verwendet.
B7-5 0 0	*Vormals Artikel B7-6 0 0 und B7-6 3 1 (teilweise)* Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 des Rates vom 18. Dezember 1989 über Wirtschaftshilfe für die Republik Ungarn und die Volksrepublik Polen (ABl. Nr. L 375 vom 23. 12. 1989, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 2698/90 des Rates vom 17. September 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 zwecks Ausdehnung der Wirtschaftshilfe auf andere Länder in Mittel- und Osteuropa (ABl. Nr. L 257 vom 21. 9. 1990, S. 1) (Bulgarien, Rumänien, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Deutsche Demokratische Republik). Verordnung (EWG) Nr. 3800/91 des Rates vom 23. Dezember 1991 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 zwecks Ausdehnung der Wirtschaftshilfe auf andere Länder in Mittel- und Osteuropa (ABl. Nr. L 357 vom 28. 12. 1991, S. 10) (Albanien, Estland, Lettland, Litauen, ohne Deutsche Demokratische Republik). Verordnung (EWG) Nr. 2334/92 des Rates vom 7. August 1992 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 zwecks Ausdehnung der Wirtschaftshilfe auf Slowenien (ABl. Nr. L 227 vom 11. 8. 1992, S. 1). Beschluß 93/246/EWG des Rates vom 29. April 1993 über die Verabschiedung der zweiten Phase des europaweiten Programms zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich (TEMPUS II) (1994-1998) (ABl. Nr. L 112 vom 6. 5. 1993, S. 34). Verordnung (EWG) Nr. 1764/93 des Rates vom 30. Juni 1993 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 über Wirtschaftshilfe für bestimmte Länder in Mittel- und Osteuropa (ABl. Nr. L 162 vom 3. 7. 1993, S. 1) (Tschechische Republik, Slowakische Republik). Verordnung (EG) des Rates Nr. 1366/95 vom 12. Juni 1995 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 zwecks Ausdehnung der Wirtschaftshilfe auf Kroatien (ABl. Nr. L 133 vom 17. 6. 1995, S. 1). Im Rahmen der Demokratisierung und des Übergangs zur Marktwirtschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas und im Hinblick auf die Stützung des Reformprozesses und der Annäherung an die Europäische Union im Rahmen der Europa-Abkommen sind diese Mittel bestimmt für die Finanzierung von Programmen, die insbesondere auf folgendes abzielen: — Auf- und Ausbau sozialer Infrastrukturen und Kooperation mit nichtstaatlichen Organisationen, — Unterstützung der Privatwirtschaft, insbesondere der KMU, und Förderung der Privatinvestitionen und des Fremdenverkehrs, — Modernisierung des Finanzsektors, der Steuerpolitik und der Finanzdienstleistungen, — Entwicklung eines Systems der sozialen Sicherheit einschließlich einer aktiven Beschäftigungspolitik und Bekämpfung der Armut, — Förderung des sozialen Dialogs, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausübung der in der Richtlinie über die Einsetzung Europäischer Betriebsräte festgelegten Rechte, — Strahlenschutz und nukleare Sicherheit, — Reformen in Verbindung mit der Rehabilitation der Basisinfrastrukturen für den Aufbau einer modernen Wirtschaft, beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz, Verkehr, Energieversorgung, Gesundheitswesen und Humanressourcen, — kulturelle Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Integration, insbesondere durch die Unterstützung des Europa-Kollegs in Natolin (Warschau) (400 000 ECU), — Hochschulreform und Reform des Berufsausbildungssystems. Diese Mittel decken außer der Wirtschaftshilfe auch die Hilfe für Umweltschutz.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 0	*(Fortsetzung)*

Im Rahmen der vierteljährlichen Berichte über die Ausführung des Programms PHARE unterbreitet die Kommission eine Aufschlüsselung der Ausgaben in den folgenden Bereichen:

— Angleichung der Rechtsvorschriften,

— Privatsektor, Umgestaltung der Wirtschaft, Privatisierung, kleine und mittlere Betriebe,

— Finanzsektor,

— Umgestaltung der Landwirtschaft,

— Umweltschutz, Nuklearsicherheit, effiziente Nutzung von Energie, Energieeinsparung und Entwicklung von Energiequellen als Alternative zur Nuklearenergie,

— soziale Absicherung und Arbeitsmarkt,

— Bildungswesen und Forschung,

— Infrastruktur (Energie, Verkehr, Telekommunikation usw.),

— Verwaltung und öffentliche Einrichtungen,

— integrierte Regionalmaßnahmen,

— Volksgesundheit,

— Verbraucherschutz,

— Förderung der Chancengleichheit, insbesondere hinsichtlich des gleichen Arbeitsentgelts und des gleichberechtigen Zugangs zum Arbeitsmarkt,

— Sonstiges.

Dieser Artikel soll zugunsten der am meisten benachteiligten Gruppen über Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Wohnungsbau auf lokaler Ebene eingesetzt werden.

Die Mittel dienen der Unterstützung von Maßnahmen zugunsten der Chancengleichheit der Frauen in den Bereichen Bildung und Berufsausbildung, sowohl in den großen Unternehmen als auch in den KMU, sowie zur Bereitstellung von Sozialhilfen (Gesundheitspflege, Kinderbetreuungsstrukturen).

Ein Betrag in Höhe von 1 000 000 ECU ist zur Unterstützung des Aufbaus und der Fortentwicklung von Hörfunk und Fernsehen in den Ländern Mittel- und Osteuropas vorgesehen, insbesondere durch die Unterstützung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Journalisten und andere im Mediensektor Beschäftigte sowie Austauschmaßnahmen und Konferenzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Ein Betrag in Höhe von 200 000 ECU ist für die Unterstützung bei der Ausbildung, den Veröffentlichungen und den Forschungsarbeiten im Bereich der europäischen Integration und Kooperation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas vorgesehen; Tätigkeiten, die in diesen Ländern vom Internationalen Zentrum für europäische Ausbildung durchgeführt werden.

Ein Betrag von mindestens 100 000 000 ECU ist zur Finanzierung von umweltbezogenen Vorhaben und insbesondere für die Stillegung von RBMK-Reaktoren bestimmt. Die Kommission berichtet dem Europäischen Parlament über die Verwendung dieser Mittel.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 037 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 989 343 419	621 000 000	576 000 000	350 000 000	150 000 000	292 343 419
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	15 000 000	15 000 000				
Mittel 1995	964 020 000	152 700 000	201 000 000	214 000 000	187 000 000	209 320 000
Mittel 1996	1 037 000 000		186 000 000	226 000 000	240 000 000	385 000 000
Insgesamt	4 005 363 419	788 700 000	963 000 000	790 000 000	577 000 000	886 663 419

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 1	***Europäische Stiftung für die Förderung der Berufsbildung***						
	Getrennte Mittel	14 000 000 (1)	14 000 000 (1)	9 000 000 (2)	9 000 000 (2)	5 000 000,—	4 989 808,19
B7-5 0 2	***Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im strukturellen Bereich***						
	Getrennte Mittel	180 000 000	161 000 000	168 950 000	95 240 000	149 998 502,—	21 000 000,—

(1) Mittel in Höhe von 2 500 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 0 1

Vormals Artikel B7-6 0 1

Verordnung (EWG) Nr. 1360/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zur Errichtung einer Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ABl. Nr. L 131 vom 23. 5. 1990, S. 1), geändert von der Verordnung (EG) Nr. 2063/94 (ABl. Nr. L 216 vom 20. 8. 1994, S. 9).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Verwaltungsausgaben der Europäischen Stiftung für Berufsbildung.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 14 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 192	10 192				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	11 000 000 (1)	10 989 808	10 192			
Mittel 1996	16 500 000 (2)		16 489 808	10 192		
Insgesamt	27 510 192	11 000 000 (1)	16 500 000 (2)	10 192		

(1) Davon sind 2 000 000 ECU bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 2 500 000 ECU bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-5 0 2

Vormals Artikel B7-6 0 2

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2082/93 (ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 20), insbesondere Artikel 11.

Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 des Rates vom 18. Dezember 1989 über Wirtschaftshilfe für die Republik Ungarn und die Volksrepublik Polen (ABl. Nr. L 375 vom 23. 12. 1989, S. 11), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1366/95 (ABl. Nr. L 133 vom 17. 6. 1995, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1628/94 der Kommission vom 4. Juli 1994 über die Durchführung eines Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft im Rahmen des PHARE-Programms (ABl. Nr. L 171 vom 6. 7. 1994, S. 14).

Gemäß den Ergebnissen des Verfahrens der Zusammenarbeit in bezug auf die Verordnungen für die Strukturfonds (Erklärung Nr. 29 zu Artikel 11 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 4253/88) sind diese veranschlagten Mittel für die Finanzierung von Strukturmaßnahmen in den Regionen der Länder Mittel- und Osteuropas, die eine gemeinsame Grenze mit der Europäischen Union haben, einschließlich der PHARE-begünstigten Mitgliedstaaten des Ostseerates, bestimmt. Die zu finanzierenden Projekte schließen auch Maßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, des Kulturaustauschs und der Jugendförderung ein.

Diese Maßnahmen im Rahmen des Programms PHARE werden im Einklang mit den Strukturpolitiken, insbesondere gemäß den Regeln von INTERREG (Gemeinschaftsinitiative für Grenzgebiete), durchgeführt.

Die Beteiligung der lokalen Gebietskörperschaften bei der Projektvorbereitung ist verbindlich.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 2	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 3	***Öffnung der Gemeinschaftsprogramme für die assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas*** Getrennte Mittel	p.m.	5 000 000	9 940 000	2 980 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 0 2 *(Fortsetzung)*

Die Mittel dienen vorrangig der Finanzierung grenzüberschreitende Projekte. Für die Zuweisung ist der günstigste Einsatz in bezug auf die Endbegünstigten ausschlaggebend.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 180 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	128 998 502	70 998 502	58 000 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	168 950 000	24 241 498	77 000 000	67 708 502		
Mittel 1996	180 000 000		26 000 000	88 000 000	66 000 000	
Insgesamt	477 948 502	95 240 000	161 000 000	155 708 502	66 000 000	

B7-5 0 3 *Vormals Artikel B7-6 3 3*

Europa-Abkommen vom 16. Dezember 1991 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits (ABl. Nr. L 347 vom 31. 12. 1993, S. 2).

Europa-Abkommen vom 16. Dezember 1991 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits (ABl. Nr. L 348 vom 31. 12. 1993, S. 2).

Europa-Abkommen von 1. Februar 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits (ABl. Nr. L 357 vom 31. 12. 1994, S. 2).

Europa-Abkomen vom 8. März 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits (ABl. Nr. L 358 vom 31. 12. 1994, S. 3).

Europa-Abkommen vom 4. Oktober 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 359 vom 31. 12. 1994, S. 2).

Europa-Abkommen vom 4. Oktober 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 360 vom 31. 12. 1994, S. 2).

Zusatzprotokoll vom 30. Juni 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 40).

Zusatzprotokoll vom 13. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 30).

Zusatzprotokoll vom 17. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 35).

Zusatzprotokoll vom 20. Juli 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 25).

Zusatzprotokoll vom 24. August 1995 zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 317 vom 30. 12. 1995, S. 45).

Diese Mittel sollen die Kosten der Beteiligung der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas an Gemeinschaftsprogrammen decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 231 000 000	1 143 000 000	1 151 910 000	895 920 000	968 324 488,—	727 684 555,99
	KAPITEL B7-5 0 INSGESAMT	1 231 000 000	1 143 000 000	1 151 910 000	895 920 000	968 324 488,—	727 684 555,99
	KAPITEL B7-5 1						
B7-5 1 0	***Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital*** Getrennte Mittel	—	—	18 000 000	18 000 000	18 000 000,—	18 000 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS (PHARE) *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 0 3 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 940 000	2 980 000	5 000 000	1 960 000		
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	9 940 000	2 980 000	5 000 000	1 960 000		

B7-5 1 0 *Vormals Artikel B7-6 1 0*

Beschluß 90/674/EWG des Rates vom 19. November 1990 über den Abschluß des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (ABl. Nr. L 372 vom 31. 12. 1990, S. 1).

Zweck der Bank ist es, durch Unterstützung des wirtschaftlichen Fortschritts und Wiederaufbaus in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich zu den Grundsätzen der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft bekennen und diese anwenden, den Übergang zur offenen Marktwirtschaft zu begünstigen sowie die private und unternehmerische Initiative zu fördern (Artikel 1 des Übereinkommens).

Die Europäische Gemeinschaft hat 30 000 Anteile mit einem Nennwert von 300 000 000 ECU gezeichnet; das entspricht 3 % des ursprünglich genehmigten Stammkapitals der Bank (von 10 Milliarden ECU). Gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank soll das abgerufene Kapital 30 % des ursprünglichen Stammkapitals ausmachen und in fünf gleichen Jahresraten freigegeben werden. Die Europäische Gemeinschaft hat daher 90 000 000 ECU in fünf Jahresraten von 18 000 000 ECU bereitgestellt.

Die Auszahlung der fünften und letzten Tranche erfolgte 1995.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 1 1	***Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals*** Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 1 0 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	18 000 000	18 000 000				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	18 000 000	18 000 000	—			

B7-5 1 1 *Vormals Artikel B7-6 1 1*

Beschluß 90/674/EWG des Rates vom 19. November 1990 über den Abschluß des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (ABl. Nr. L 372 vom 31. 12. 1990, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	—	—	18 000 000	18 000 000	18 000 000,—	18 000 000,—
	KAPITEL B7-5 1 INSGESAMT	—	—	18 000 000	18 000 000	18 000 000,—	18 000 000,—
	KAPITEL B7-5 2						
B7-5 2 0	***Technische Zusammenarbeit mit den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion*** Getrennte Mittel	498 000 000	426 000 000	506 850 000	419 650 000	459 682 061,—	300 000 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 1 1	*(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel J. 1.

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon vom 26. und 27. Juni 1992.

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburg vom 11. und 12. Dezember 1992.

Die Europäische Union verfolgt eine Politik der Zusammenarbeit mit den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion gemäß den Bestimmungen der obengenannten Rechtsakte.

B7-5 2 0 *Vormals Artikel B7-6 2 0 und B7-6 3 1 (teilweise)*

Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 2157/91 des Rates vom 15. Juli 1991 über eine technische Unterstützung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei dem Bestreben zur Gesundung und Neubelebung ihrer Wirtschaft (ABl. Nr. L 201 vom 24. 7. 1991, S. 2).

Beschluß 93/246/EWG des Rates vom 29. April 1993 über die Verabschiedung der zweiten Phase des europaweiten Programms zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich (TEMPUS II) (1994-1998) (ABl. Nr. L 112 vom 6. 5. 1993, S. 34).

Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 2053/93 des Rates vom 19. Juli 1993 über eine technische Unterstützung der unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und der Mongolei bei ihren Bemühungen um die Gesundung und Neubelebung ihrer Wirtschaft (ABl. Nr. L 187 vom 29. 7. 1993, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 2 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 2 1	***Technische Zusammenarbeit mit den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Volksgesundheit***						
	Getrennte Mittel	30 000 000	19 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 2 0 *(Fortsetzung)*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung oder zur Beteiligung an der Finanzierung von Maßnahmen der technischen Hilfe zur Unterstützung des Übergangs zur Marktwirtschaft. Diese Maßnahmen konzentrieren sich auf die Bereiche Ausbildung in öffentlicher und privater Betriebsführung, Energie, nukleare Sicherheit, Verkehr, Finanzdienstleistungen, Vertrieb von Nahrungsmitteln, Umweltschutz und Gesundheitswesen mit dem Ziel, die Einführung der Demokratie und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in diesen Staaten zu unterstützen.

Ein Betrag in Höhe von 1 000 000 ECU wird zur Unterstützung des Aufbaus und der Fortentwicklung von Hörfunk und Fernsehen in den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion eingesetzt, insbesondere durch die Unterstützung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Journalisten und andere im Mediensektor Beschäftigte sowie Austauschmaßnahmen und Konferenzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Ein Betrag von mindestens 50 000 000 ECU ist zur Finanzierung von umweltbezogenen Vorhaben und insbesondere für die Stillegung von RBMK-Reaktoren bestimmt. Die Kommission berichtet dem Europäischen Parlament über die Verwendung dieser Mittel.

10 % der Mittel für dieses Programm sind veranschlagt zur Finanzierung der Reformen des Hochschulsystems in den GUS-Staaten, insbesondere im Rahmen des TEMPUS-Programms.

Diese Mittel sollen auch zugunsten der am meisten benachteiligten Gruppen über Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Wohnungsbau auf lokaler Ebene eingesetzt werden.

Diese Mittel dienen zur Unterstützung von Maßnahmen für die Chancengleichheit der Frauen in den Bereichen Bildung und Berufsausbildung, sowohl in den großen Unternehmen als auch in den KMU, sowie zur Bereitstellung von Sozialhilfen (Gesundheitspflege, Kinderbetreuungsstrukturen).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 498 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 233 972 947	403 000 000	308 000 000	280 000 000	242 972 947	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	506 850 000	16 650 000	75 000 000	155 000 000	180 000 000	80 200 000
Mittel 1996	498 000 000		43 000 000	87 000 000	160 000 000	208 000 000
Insgesamt	2 238 822 947	419 650 000	426 000 000	522 000 000	582 972 947	288 200 000

B7-5 2 1 *Neuer Artikel*

Gemäß den Ergebnissen der Zusammenarbeit in bezug auf die Verordnung für die Strukturfonds sind diese Mittel für die Finanzierung von Strukturmaßnahmen in den Regionen der Länder des TACIS-Programms, die eine gemeinsame Grenze mit der Europäischen Union haben, einschließlich der Ostseeanrainer veranschlagt. Die zu finanzierenden Maßnahmen schließen ausdrücklich Aktionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes ein. Seitens der Mitgliedstaaten sind die Mittel aus dem INTERREG-Programm zur Kombination einsetzbar.

Gemäß den Ergebnissen des Verfahrens der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich von PHARE sind mindestens je 1 % der veranschlagten Mittel auch für die Finanzierung von grenzüberschreitenden Projekten in den Regionen der Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die eine gemeinsame Grenze mit der Europäischen Union oder den Assoziationsstaaten haben, bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	528 000 000	445 000 000	506 850 000	419 650 000	459 682 061,—	300 000 000,—
	KAPITEL B7-5 2 INSGESAMT	528 000 000	445 000 000	506 850 000	419 650 000	459 682 061,—	300 000 000,—
	KAPITEL B7-5 3						
B7-5 3 0	***Beitrag der Gemeinschaft zum Konto „Nukleare Sicherheit" für die Länder Mittel- und Osteuropas und die unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	20 000 000,—	20 000 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 2 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 30 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	30 000 000		19 000 000	6 000 000	5 000 000	
Insgesamt	30 000 000		19 000 000	6 000 000	5 000 000	

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel J. 1.

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon vom 26. und 27. Juni 1992.

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen vom 21. und 22. Juni 1993.

Gemäß den Bestimmungen der obengenannten Rechtsakte verfolgt die Europäische Union eine Politik der Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

B7-5 3 0 *Vormals Artikel B7-6 3 0*

Beschluß 94/479/EG des Rates vom 29. März 1994 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung über den Beitrag der Gemeinschaft zum Konto „Nukleare Sicherheit" (ABl. Nr. L 200 vom 3. 8. 1994, S. 33).

Dieser Artikel dient der Finanzierung des Beitrags der Gemeinschaft zu dem Konto „Nukleare Sicherheit", das auf Initiative der G-7 bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eingerichtet und von dem Verwaltungsausschuß geführt wird, in dem die wichtigsten Geberländer vertreten sind. Das Konto dient der Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung der nuklearen Sicherheit in Mittel- und Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion im Einklang mit den für dieses Konto geltenden Bestimmungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 3 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 3 2	***Finanzierung von Dreiecksmaßnahmen im Rahmen einer Sofortnahrungsmittelhilfe mit Gegenwertmitteln zugunsten der Staaten der GUS***						
	Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 3 0 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

B7-5 3 2 *Vormals Artikel B7-6 3 2*

Mit diesem Artikel sollen Käufe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Ländern Mittel- oder Osteuropas für eine Sofortnahrungsmittelhilfe mit Gegenwertmitteln zugunsten der Staaten der GUS finanziert werden, sobald derartige Käufe von den Gemeinschaftseinfuhren aus diesen Ländern abgezogen würden.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 3 4	***Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Bereich der nuklearen Sicherheit*** Getrennte Mittel	3 900 000	3 000 000	3 600 000	1 200 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 3 4	*Vormals Artikel B7-6 3 4* Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 101 Absatz 2. Entschließung des Rates vom 22. Juli 1975 über die technologischen Probleme der Sicherheit bei der Kernenergie (ABl. Nr. C 185 vom 14. 8. 1975, S. 1). Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Sowjetunion (SEK(90) 618 endg.). Entschließung des Rates vom 15. Juni 1992 über die Erneuerung des gemeinschaftlichen Aktionsplans für radioaktive Abfälle (ABl. Nr. C 158 vom 25. 6. 1992, S. 3). Entschließung des Rates vom 18. Juni 1992 über die technologischen Probleme der Sicherheit bei der Kernenergie (ABl. Nr. C 172 vom 8. 7. 1992, S. 2). Diese Aktion im Rahmen des Euratom-Vertrages unterstützt die Politik der Kommission im Bereich der nuklearen Sicherheit: Sicherheit der erprobten Reaktoren, Sicherheit der künftigen Reaktorgenerationen und Sicherheit der Anlagen des Brennstoffzyklus. Es geht insbesondere um die Harmonisierung der Methodik, der Praktiken, Kriterien, Regeln und Sicherheitsanforderungen auf europäischer Ebene und die Festlegung einer Strategie für die Bewirtschaftung radioaktiver Abfälle gemäß den Ratsentschließungen vom 22. Juli 1975 und vom 15. und 18. Juni 1992 über die technologischen Probleme der Sicherheit bei der Kernenergie. Ferner fördert die Aktion über die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas gemäß Artikel 101 des Euratom-Vertrages den tatsächlichen Transfer der Errungenschaften des Sicherheitskonzepts der Europäischen Union zugunsten dieser Länder, um ihnen zu helfen, ihre Nuklearanlagen auf ein dem Stand der Sicherheitsanforderungen in der Europäischen Union entsprechendes Niveau zu bringen. Dafür sind von in diesem Bereich qualifizierten Sachverständigen, Organisationen oder Konsortien hochspezialisierte Studien zu erstellen. Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 3 4	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	3 900 000	3 000 000	3 600 000	1 200 000	20 000 000,—	20 000 000,—
	KAPITEL B7-5 3 INSGESAMT	3 900 000	3 000 000	3 600 000	1 200 000	20 000 000,—	20 000 000,—
	KAPITEL B7-5 4						
B7-5 4 0	***Finanzprotokolle mit den aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken*** Getrennte Mittel	6 000 000	8 500 000	5 000 000	5 000 000	9 435 000,—	782 443,79

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 3 — ANDERE MASSNAHMEN DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS UND DER UNABHÄNGIGEN STAATEN DER EHEMALIGEN SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 3 4	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 900 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 600 000	1 200 000	1 700 000	550 000	150 000	
Mittel 1996	3 900 000		1 300 000	1 600 000	700 000	300 000
Insgesamt	7 500 000	1 200 000	3 000 000	2 150 000	850 000	300 000

B7-5 4 0 *Vormals Posten B7-4 0 9 1*

Beschluß 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. Nr. L 189 vom 29. 7. 1993, S. 152).

Nach dem am 5. April 1993 mit der Republik Slowenien unterzeichneten Finanzprotokoll werden für die Zeit bis zum 31. Dezember 1997 gewährt:

— 150 000 000 ECU als Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 20 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank für die Verkehrsinfrastruktur, die für die Gemeinschaft von Interesse ist.

Andere Finanzprotokolle werden später mit den Republiken geschlossen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgehen, wobei sich die vertraglichen Beziehungen im Rahmen der Dotierung des am 24. Juni 1991 mit Jugoslawien unterzeichneten Dritten Finanzprotokolls halten, das für die Zeit bis zum 30. Juni 1996 folgendes vorsah:

— 730 000 000 ECU als Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 77 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank für die Infrastruktur, vor allem im Verkehrswesen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 4 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 4 1	***Maßnahmen für den Wiederaufbau der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken***						
	Getrennte Mittel	7 000 000 (1)	2 000 000 (1)	p.m. (2)	p.m. (3)	3 000 000,—	1 000 000,—

(1) Mittel in Höhe von 20 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 4 500 000 ECU werden bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 3 750 000 ECU werden bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 4 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen keinesfalls, weder mittelbar noch unmittelbar, zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen der Konfliktparteien.

Die Kommission wird dem Europäischen Parlament alle drei Monate über die Verwendung dieser Mittel Bericht erstatten.

Diese Mittel sind auch für Serbien und Montenegro unmittelbar nach der Aufhebung des Embargos in Verbindung mit der Förderung einer politischen Lösung des Bosnien-Problems bestimmt.

Sie können auch für die frühere Jugoslawische Republik Mazedonien unter Berücksichtigung der Gespräche zur Förderung einer Lösung der Meinungsverschiedenheiten zwischen diesem Land und Griechenland verwendet werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	8 652 556	4 000 000	2 000 000	2 000 000	652 556	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	1 000 000	2 500 000	1 500 000		
Mittel 1996	6 000 000		4 000 000	1 500 000	500 000	
Insgesamt	19 652 556	5 000 000	8 500 000	5 000 000	1 152 556	

B7-5 4 1 *Vormals Posten B7-4 0 9 2*

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Wiederaufbauvorhaben in den aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken, die infolge des Kriegs, der Politik der „ethnischen Säuberungen" und der Umsiedlungen in diesem Land notwendig geworden sind.

Diese Mittel dienen ferner der Kofinanzierung von Programmen in Sarajewo und anderen Städten Bosnien-Herzegowinas, die von EUROCITIES, METROPOLIS und dem Weltbund der Partnerstädte ausgearbeitet wurden.

Ein Betrag von 100 000 ECU ist für die multikulturelle und multiethnische Radiostation „Studio 99" eingesetzt.

Ein Betrag von 20 000 000 ECU wird mit folgenden Erläuterungen in Kapitel B0-4 0 eingesetzt: „Diese Mittel können den Artikeln B7-5 4 1 oder B8-0 1 4" zugewiesen werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 4 1	*(Fortsetzung)*						
B7-5 4 2	***Sonderhilfe für die Flüchtlinge in den aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken***						
	Getrennte Mittel	30 000 000	30 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-5 4 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 000 000	2 000 000				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 500 000 (1)	1 750 000	2 000 000	750 000		
Mittel 1996	27 000 000 (2)		20 000 000	4 000 000	3 000 000	
Insgesamt	33 500 000	3 750 000 (1)	22 000 000 (2)	4 750 000	3 000 000	

(1) Diese Mittel sind bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) 20 000 000 ECU sind bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-5 4 2 *Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Bereitstellung einer humanitären Sonderhilfe für die Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem tragischen Konflikt auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

Sie decken ferner die Ausgaben für die Wiederansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und in der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien, Montenegro) zu erleichtern, ungeachtet der geographischen Herkunft oder der Staatsangehörigkeit dieser Flüchtlinge oder Vertriebenen.

Ebenfalls eingesetzt bei diesem Artikel sind Mittel zur Unterstützung jeglicher friedlichen Beilegung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 4 2	*(Fortsetzung)*						
B7-5 4 5	***Europa für Sarajewo*** Getrennte Mittel	35 000 000	25 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 4 2	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 30 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	30 000 000		30 000 000			
Insgesamt	30 000 000		30 000 000			

B7-5 4 5

Neuer Artikel

Die Mittel sind für die Deckung des Hilfsprogramms der Europäischen Union für die Stadt Sarajewo bestimmt.

Das Programm betrifft u.a. die Wiederherstellung und Modernisierung der Netze für Energie, Wasser, Verkehr, Telekommunikation sowie der Krankenhäuser und des Wohnungssektors.

Diese Mittel decken ferner die Kofinanzierung von Programmen in Sarajewo und anderen Städten Bosnien-Herzegowinas, die von EUROCITIES, METROPOLIS und dem Weltbund der Partnerstädte ausgearbeitet wurden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 4 5	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	78 000 000	65 500 000	5 000 000	5 000 000	12 435 000,—	1 782 443,79
	KAPITEL B7-5 4 INSGESAMT	78 000 000	65 500 000	5 000 000	5 000 000	12 435 000,—	1 782 443,79
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 840 900 000	1 656 500 000	1 685 360 000	1 339 770 000	1 478 441 549,—	1 067 466 999,78
	Titel B7-5 insgesamt	**1 840 900 000**	**1 656 500 000**	**1 685 360 000**	**1 339 770 000**	**1 478 441 549,—**	**1 067 466 999,78**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-5 4 — FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN HERVORGEGANGENEN REPUBLIKEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 4 5	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 35 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	35 000 000		25 000 000	10 000 000		
Insgesamt	35 000 000		25 000 000	10 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-6

GEMEINSCHAFTSHILFE ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-6 0						
B7-6 0 0	***Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen zugunsten der Entwicklungsländer***						
B7-6 0 0 0	Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen zugunsten der Entwicklungsländer						
	Getrennte Mittel	174 000 000	145 000 000	174 000 000	146 500 000	148 529 286,—	128 897 222,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-6

GEMEINSCHAFTSHILFE ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

KAPITEL B7-60 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-600	
B7-6000	*Vormals Posten B7-5010 und B7-5048* Mitteilung der Kommission an den Rat vom 6. Oktober 1975 (KOM(75) 504 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 1992 zu der Umweltpolitik der Gemeinschaft gegenüber den Entwicklungsländern (ABl. Nr. C 150 vom 15. 6. 1992, S. 264). Schlußfolgerungen des Rates vom 18. November 1992 über die Durchführung der Entschließungen vom 27. Mai 1981 über die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Juli 1995, betreffend die Kofinanzierung von Aktionen mit in der Entwicklung tätigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in für die Entwicklungsländer wichtigen Bereichen (ABl. Nr. C 251 vom 27. 9. 1995, S. 18). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen: — gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen realisierte Mitfinanzierung von sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsoperationen, einschließlich Minenräumung und Unterstützung von Behinderten zugunsten der ärmsten Bevölkerungsteile der assoziierten oder nichtassoziierten Entwicklungsländer und Durchführung dieser Mitfinanzierung unter Einhaltung der von Europäischen Parlament in seiner Entschließung von 14. Mai 1992 festgelegten Prioritäten; — Mitfinanzierung von Aktionen zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Entwicklungspolitik der Europäischen Union, die von Nichtregierungsorganisationen in den Mitgliedstaaten durchgeführt werden; — Finanzierung von Veröffentlichungen zugunsten der Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen und Europäischer Union, die größere Transparenz in bezug auf die Tätigkeit der Europäischen Union und das Engagement des Europäischen Parlaments gewährleisten; — Beiträge zur Finanzierung des Haushalts des Verbindungsausschusses Europäische Union — Nichtregierungsorganisationen; — technische Unterstützung bei der Bewertung und Überwachung der Mitfinanzierung der Nichregierungsorganisationen; — Bewertung von Verwaltung und Finanzgebahren der europäischen Nichtregierungsorganisationen in verschiedenen Entwicklungsländern, der in der Nord-Süd-Zusammenarbeit eingesetzten Methoden und ihrer Beziehungen zu den Institutionen der Europäischen Union; — Dienstreisekosten im Zusammenhang mit der Kontrolle oder Bewertung der Durchführung der Aktionen. Die Mittel können verwandt werden für Minenräummaßnahmen und die Rehabilitation von Minenopfern. Ferner dient der Posten der Finanzierung niedriger Darlehen und Kredite, die im Rahmen der formlosen Kreditvergabe bereitgestellt werden (entsprechend den Grundsätzen der Grameen Bank und ähnlicher Transaktionen in Bangladesch), mit denen insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen gefördert werden. Die Mittel sind ferner bestimmt zur Finanzierung der Hilfen der Europäischen Union zur Unterstützung des Einsatzes von Nichtregierungsorganisationen in Chile (2 000 000 ECU) sowie von Maßnahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit je nach der politischen Entwicklung des Landes. Ferner soll mit diesen Mitteln die Durchführung von Projekten zur Minderung der Mütter- und Kindersterblichkeit in Entwicklungsländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, finanziert werden. Die Beteiligung an der Finanzierung kann 100 % betragen. Soweit möglich, sollten derartige Projekte mit der nationalen Gesundheitspolitik der betroffenen Länder koordiniert und auf lokaler Ebene durchgeführt werden, insbesondere in armen ländlichen oder städtischen Gebieten. Besondere Aufmerksamkeit ist der Verhütung von Infektionen und den Hauptursachen der Mütter- und Kindersterblichkeit zu widmen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 1	Kofinanzierungsverfahren bei Nahrungsmittel- oder Saatgutkäufen von internationalen Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen Getrennte Mittel	—	p.m.	p.m.	p.m.	5 000 000,—	3 140 543,07

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 0 0 0	*(Fortsetzung)*

Dieser Posten kann ebenfalls genutzt werden für die Bereitstellung grundlegender Arzneimittel und gynäkologischer Ausrüstung.

Ferner sind diese Mittel zur Finanzierung der Betreuung und Rehabilitation von Kindern, die unter Kriegsfolgen leiden, über spezifische Agenturen und Nichtregierungsorganisationen bestimmt.

Er soll auch zur Finanzierung von Therapien oder sonstigen spezifischen Bedürfnissen verwandt werden.

Wenn möglich, sollte der Posten für eine nicht institutionalisierte Betreuung verwandt werden und Unterstützung für weitergehende Familienhilfsprojekte leisten.

Ein Betrag von 3 500 000 ECU ist für die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen in Chile bestimmt.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 174 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	162 208 093	81 500 000	36 150 000	35 000 000	9 558 093	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	174 000 000	65 000 000	35 000 000	25 000 000	25 000 000	24 000 000
Mittel 1996	174 000 000		73 850 000	60 000 000	25 000 000	15 150 000
Insgesamt	510 208 093	146 500 000	145 000 000	120 000 000	59 558 093	39 150 000

B7-6 0 0 1 *Vormals Posten B7-5 0 1 1*

Verordnung (EWG) Nr. 2508/88 des Rates vom 4. August 1988 über die Durchführung von Kofinanzierungsverfahren bei Nahrungsmittel- oder Saatgutkäufen von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (ABl. Nr. L 220 vom 11. 8. 1988, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Dieser Posten dient der Finanzierung des Beitrags der Gemeinschaft zu Maßnahmen, die von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen ausgeführt werden und den Kauf von Nahrungsmitteln und Saatgut oder den Kauf von Werkzeug und Material und ihre Beförderung bis zum Bestimmungsort betreffen. Die Höhe des Beitrags der Gemeinschaft zu diesen Maßnahmen beträgt mindestens 25 % und höchstens 75 % der diesbezüglichen Gesamtkosten.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 2	Externe Kooperationsmaßnahmen Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (1)				

(1) Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU werden in Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 0 0 1	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	5 066 696			5 066 696		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		p.m.			
Insgesamt	5 066 696	p.m.	p.m.	5 066 696		

B7-6 0 0 2	*Neuer Posten* Die bei diesem Posten eingesetzten Mittel sind für die Mitfinanzierung von externen Aktionen mit Drittländern, insbesondere im Rahmen der Wirtschaftshilfe, vorgesehen. Diese Aktionen könnten von allem in den Bereichen Umwelt, neue Technologien sowie KMU durchgeführt werden. Die Kommission muß der Haushaltsbehörde das allgemeine Konzept sowie die Bedingungen für die Kofinanzierung der Drittländer vorlegen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 2	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 4	Gemeinschaftshilfe für die in Vietnam tätigen Nichtregierungsorganisationen Getrennte Mittel	2 000 000	1 500 000	2 000 000	1 500 000	2 000 000,—	555 782,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 0 0 *(Fortsetzung)*

B7-6 0 0 2 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	10 000 000 (1)		10 000 000			
Insgesamt	10 000 000		10 000 000 (1)			

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-6 0 0 4 *Vormals Posten B7-5 0 1 4*

Diese Mittel sind für die Finanzierung der Unterstützungen der Europäischen Union an den Tätigkeiten von Nichtregierungsorganisationen bestimmt, die insbesondere Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, Wiedereingliederung, Förderung der sozialen Entwicklung im ländlichen und im städtischen Raum oder der Ausbildung in Vietnam.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 581 646	200 000	100 000	1 000 000	1 200 000	81 646
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	1 300 000	200 000	200 000	200 000	100 000
Mittel 1996	2 000 000		1 200 000	400 000	200 000	200 000
Insgesamt	6 581 646	1 500 000	1 500 000	1 600 000	1 600 000	381 646

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 5	Gemeinschaftshilfe für die in Kambodscha tätigen Nichtregierungsorganisationen Getrennte Mittel	1 000 000	900 000	1 000 000	900 000	1 000 000,—	490 940,—
B7-6 0 0 6	Gemeinschaftshilfe für die in Kuba tätigen Nichtregierungsorganisationen Getrennte Mittel	1 000 000	750 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 0 0 5	*Vormals Posten B7-5 0 1 5* Mit diesen Mitteln sollen die Hilfen der Europäischen Union zur Unterstützung der Tätigkeiten der Nichtregierungsorganisationen in Kambodscha, vor allem in den Bereichen Bildungswesen, Gesundheitswesen, Ausbildung und ländliche Entwicklung finanziert werden. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 000 010	600 000	400 000	10		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 000 000	300 000	300 000	300 000	100 000	
Mittel 1996	1 000 000		200 000	200 000	200 000	400 000
Insgesamt	3 000 010	900 000	900 000	500 010	300 000	400 000

B7-6 0 0 6	*Vormals Posten B7-5 0 1 6* Die Mittel dieses Postens sollen die Unterstützung der Europäischen Union für die in Kuba tätigen Nichtregierungsorganisationen finanzieren, insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit, landwirtschaftliche Entwicklung und Energieproduktion sowie einkommensschaffende Projekte. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:					

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	1 000 000		750 000	250 000		
Insgesamt	1 000 000	p.m.	750 000	250 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 7	Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die den kurdischen Flüchtlingen Hilfe leisten						
	Getrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	2 000 000,—	2 800,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 0 0 7	*Vormals Artikel B7-4 0 6* Diese Mittel dienen, in Übereinstimmung mit den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der Kofinanzierung — zusammen mit den Nichtregierungsorganisationen — von Infrastruktur- und Rehabilitationsprojekten zugunsten der kurdischen Bevölkerung im Nordirak. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	2 000 000	1 500 000	500 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 000 000	1 500 000	1 500 000			
Mittel 1996	3 000 000		1 000 000	2 000 000		
Insgesamt	8 000 000	3 000 000	3 000 000	2 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 8	Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die den tibetischen Flüchtlingen Hilfe leisten Getrennte Mittel	1 500 000	1 500 000				
	Artikel B7-6 0 0 insgesamt	182 500 000	152 650 000	180 000 000	151 900 000	158 529 286,—	133 087 287,07
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	182 500 000	152 650 000	180 000 000	151 900 000	158 529 286,—	133 087 287,07
	KAPITEL B7-6 0 INSGESAMT	182 500 000	152 650 000	180 000 000	151 900 000	158 529 286,—	133 087 287,07
	KAPITEL B7-6 1						
B7-6 1 0	***Bildung und Sensibilisierung im Entwicklungsbereich*** Getrennte Mittel	4 000 000	2 500 000	3 000 000	2 500 000	2 995 662,—	2 759 426,35

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 0 — GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 0 0 8	*Neuer Posten* Diese Mittel sind zur Deckung der Kofinanzierung von Infrastruktur- und Rehabilitationsprojekten zugunsten der tibetischen Bevölkerung gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen gedacht. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	1 500 000		1 500 000			
Insgesamt	1 500 000		1 500 000			

B7-6 1 0	*Vormals Posten B7-5 0 3 1* Veranschlagt sind Mittel für eine Beteiligung an der Finanzierung der Ausgaben für die Einführung oder Verbesserung spezieller Ausbildungsmaßnahmen bzw. Lehrmittel für Staatsangehörige der Entwicklungsländer durch europäische Ausbildungsinstitute. Diese Mittel sind auch als Beitrag zur Ausbildung von in Europa lebenden Einwanderern aus Entwicklungsländern gedacht, die sich wieder in ihrem Ursprungsland eingliedern wollen. Veranschlagt sind ferner Mittel zur Deckung der erforderlichen Sensibilisierungsmaßnahmen zur Förderung eines besseren Verständnisses der Öffentlichkeit, der Jugendlichen und der Gewerkschaftler für die Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und der Kooperationspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, insbesondere der Maßnahmen im audiovisuellen Bereich, und zur Ausbildung in Entwicklungsfragen sowie des „Lorenzo Natali"-Preises, der für journalistische Arbeiten über Entwicklungsprobleme verliehen wird.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 1 1	***Rolle der Frau in der Entwicklung*** Getrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	2 000 000	1 500 000	1 996 089,—	1 523 159,94

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 1 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 339 055	500 000	100 000	739 055		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 000 000	2 000 000	400 000	300 000	300 000	
Mittel 1996	4 000 000		2 000 000	1 000 000	1 000 000	
Insgesamt	8 339 055	2 500 000	2 500 000	2 039 055	1 300 000	

B7-6 1 1 *Vormals Posten B7-5 0 5 1*

Schlußfolgerungen des Rates vom 8. November 1982 über die Entwicklungshilfe unter Berücksichtigung der Stellung der Frau in den Entwicklungsländern.

Schlußfolgerungen des Rates vom 4. November 1985 über die Entwicklungshilfe und die Stellung der Frau in den Entwicklungsländern.

Schlußfolgerungen des Rates vom 17. April 1986 über die Rolle der Frau in der Entwicklung.

Schlußfolgerungen des Rates vom 9. November 1987 „Frauen und Entwicklung".

Schlußfolgerungen des Rates vom 16. Mai 1989 über „Frauen und Entwicklung".

Schlußfolgerungen des Rates vom 29. Mai 1990 über „Frauen und Entwicklung".

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen der Aktion „Frauen und Entwicklung", und zwar von der Vorbereitung über die Einleitung bis hin zur Durchführung der Entwicklungsmaßnahmen: Ausgaben für die Durchführung praktischer Folgemaßnahmen unter Berücksichtigung der ausgesprochenen Empfehlungen und der Schlußfolgerungen des Rates.

Mit diesen Mitteln sollte auch die Durchführung der Empfehlungen der Frauenkonferenzen von Peking (sowohl der Konferenz der Vereinten Nationen als auch der Nichtregierungsorganisationen) erleichtert werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 1 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 1 2	***Ausbildungsaufenthalte in den Kommissionsdienststellen für Staatsangehörige dritter Länder*** Getrennte Mittel	483 000	483 000	483 000	483 000	307 500,—	340 652,71

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-6 1 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 341 295	500 000	200 000	500 000	141 295	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	1 000 000	300 000	500 000	200 000	
Mittel 1996	3 000 000		2 500 000	500 000		
Insgesamt	6 341 295	1 500 000	3 000 000	1 500 000	341 295	

B7-6 1 2 *Vormals Posten B7-5 0 3 3*

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Ausbildungsaufenthalten (kurzer Dauer) und zur Durchführung eines Praktikaprogramms zugunsten von Beamten und anderen Staatsangehörigen dritter Länder, einschließlich der Länder Mittel- und Osteuropas, bestimmt.

Sie decken ebenfalls die Kosten des Aufenthalts und der Unterbringung.

Ein Teil dieser Ausbildungsaufenthalte und Praktika sollte in Abteilungen, die eine spezifische Kompetenz im Bereich der Menschenrechte besitzen, absolviert werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 483 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	13 847	13 000	847			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	483 000	470 000	12 153	847		
Mittel 1996	483 000		470 000	13 000		
Insgesamt	979 847	483 000	483 000	13 847		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 1 3	***Schaffung eines Freiwilligenkorps aus Jugendlichen der Gemeinschaft für die Entwicklungsländer***						
	Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-6 1 4	***Abschluß der Aktion AVICENNE (Wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit den Maghreb-Ländern und sonstigen Ländern des Mittelmeerraums)***						
	Getrennte Mittel	—	5 600 000	—	3 000 000	5 212 872,—	2 790 610,09

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 1 3

Vormals Posten B7-5 0 5 4

Ziel des Artikels ist die Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung eines Freiwilligenkorps aus Jugendlichen der Europäischen Union für die Entwicklungsländer.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

B7-6 1 4

Vormals Posten B7-5 0 3 5

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zur wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit Ländern und Organisationen außerhalb Europas (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 49).

Die im Rahmen des AVICENNE-Programms finanzierten Aktivitäten werden in Anbetracht der historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen der Europäischen Union zu den betroffenen Ländern in Angriff genommen. Sie fügen sich in den rechtlichen Rahmen der zwischen diesen Ländern und der Europäischen Union abgeschlossenen Abkommen ein.

Diese Maßnahmen ebneten den Weg für ein umfassendes Programm der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit den Maghreb-Ländern und den sonstigen Ländern des Mittelmeerraums, das seiner Natur und seinem Umfang nach mutatis mutandis dem bereits laufenden Programm für die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion vergleichbar ist.

Zu dem Programm gehört die zum Teil aus diesen Mitteln finanzierte Schaffung eines Netzes der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zwischen den Maghreb-Ländern und den sonstigen Ländern des Mittelmeerraums.

Er deckt u.a. folgende Bereiche ab:

— die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen;

— den Austausch von Studenten, Professoren und Wissenschaftlern.

Die Maßnahmen werden zur Zeit aus dem Vierten Rahmenprogramm „Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration" gedeckt.

Die Mittel decken die Abwicklung bestehender Verpflichtungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 1 4	*(Fortsetzung)*						
B7-6 1 5	***Aktion der Europäischen Union bezüglich Tretminen*** Getrennte Mittel	10 000 000	10 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 1 4 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 625 357	3 000 000	5 600 000	2 025 357		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	—	—				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	10 625 357	3 000 000	5 600 000	2 025 357		

B7-6 1 5 *Neuer Artikel*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Juni 1995 zu den Landminen und Laserwaffen mit Blendwirkung (ABl. Nr. C 183 vom 17. 7. 1995, S. 44).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Juni 1995 zu Schützenabwehrminen: ein mörderisches Entwicklungshindernis (ABl. Nr. C 183 vom 17. 7. 1995, S. 47).

Veranschlagt sind Mittel für eine Aktion bezüglich Landminen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 1 5	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	17 483 000	21 583 000	5 483 000	7 483 000	10 512 123,—	7 413 849,09
	KAPITEL B7-6 1 INSGESAMT	17 483 000	21 583 000	5 483 000	7 483 000	10 512 123,—	7 413 849,09
	KAPITEL B7-6 2						
B7-6 2 0	***Umwelt in den Entwicklungsländern***						
B7-6 2 0 0	Umwelt in den Entwicklungsländern Getrennte Mittel	15 000 000	13 000 000	13 200 000	10 000 000	19 999 999,25	13 323 312,78

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 1 — BILDUNG UND SENSIBILISIERUNG IM ENTWICKLUNGSBEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 1 5	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	10 000 000		10 000 000			
Insgesamt	10 000 000		10 000 000			

B7-6 2 0

B7-6 2 0 0 *Vormals Posten B7-5 0 4 0*

Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 22. Januar 1986 „Schutz der natürlichen Ressourcen — Bekämpfung der Desertifikation in Afrika“ (KOM(86) 16 endg.).

Entschließung des Rates vom 17. April 1986 zum Schutz der natürlichen Ressourcen und zur Bekämpfung der Desertifikation in Afrika.

Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Oktober 1987 zur Fortschreibung und Durchführung einer Umweltpolitik und eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz (1987-1992) (ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 1).

Entschließung des Rates vom 9. November 1987 über die Einbeziehung des Umweltschutzes und der vertretbaren Nutzung natürlicher Ressourcen in die Entwicklungshilfepolitik.

Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 zum Thema „Umwelt und Entwicklung“.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 0 1	Tropische Wälder Getrennte Mittel	50 000 000	30 000 000	50 000 000	30 000 000	47 497 319,74	16 383 223,99

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 2 0 0	*(Fortsetzung)*

Schlußfolgerungen des Rates vom 21. November 1991 zum Thema „Entwicklung und Umwelt — Bekämpfung der Wüstenbildung".

Erklärung des Rates vom 28. November 1991 zu der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED).

Schlußfolgerungen des Rates vom 5. Mai 1992 zu der Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 1992 zum Thema „Umwelt und Entwicklungskooperation" (ABl. Nr. C 150 vom 15. 6. 1992, S. 264).

Schlußfolgerungen des Rates vom 18. November 1992 zum Thema „saubere und effiziente Energien im Dienst der Entwicklung".

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).

Schlußfolgerungen des Rates vom 25. Oktober 1993 zum Übereinkommen über die Artenvielfalt.

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. Juni 1995, über Umweltmaßnahmen in den Entwicklungsländern vor dem Hintergrund der nachhaltigen Entwicklung (ABl. Nr. C 20 vom 24. 1. 1996, S. 4).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung einer dauerhaften Entwicklung durch Einbeziehung des Umweltfaktors in den Entwicklungsprozeß. Die grundlegenden Elemente hierfür sind die Schaffung geeigneter Instrumente und die Durchführung von Initiativprojekten in allen einschlägigen Bereichen unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes gegen die Desertifikation.

Mit diesen Mitteln sollen auch Projekte zur Erhaltung gefährdeter Arten, insbesondere Nashörner, Elefanten usw., finanziert werden.

Die Mittel dienen auch zur Unterstützung der Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen, die auf dem Gebiet des Schutzes der Verbraucherinteressen tätig sind.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	35 737 008	6 500 000	4 000 000	6 000 000	10 300 000	8 937 008
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	13 200 000	3 500 000	5 000 000	4 000 000	700 000	
Mittel 1996	15 000 000		4 000 000	5 000 000	6 000 000	
Insgesamt	63 937 008	10 000 000	13 000 000	15 000 000	17 000 000	8 937 008

B7-6 2 0 1 *Vormals Posten B7-5 0 4 1*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. Mai 1989 zu der Regulierung des Handels mit tropischen Hölzern und Erzeugnissen, in denen tropische Hölzer verarbeitet wurden, zur Erhaltung und zum Schutz der tropischen Wälder (ABl. Nr. C 158 vom 26. 6. 1989, S. 306).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 2 0 1	*(Fortsetzung)*
	Die Rolle der Gemeinschaft bei der Erhaltung der Tropenwälder (ABl. Nr. C 264 vom 16. 10. 1989, S. 1).
	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. Oktober 1990 über Umweltprobleme in Amazonasgebiet (ABl. Nr. C 295 vom 26. 11. 1990, S. 189).
	Entschließungen des Europäischen Parlaments vom 25. Oktober 1990 über die Erhaltung der Tropenwälder (ABl. Nr. C 295 vom 26. 11. 1990, S. 193 und 196).
	Mitteilung der Kommission vom 30. Oktober 1991 über eine gemeinsame Plattform — Leitlinien der Gemeinschaft — für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 (SEK(91) 1693).
	Schlußfolgerungen des Rates vom 12. Dezember 1991 über die Leitlinien der Gemeinschaft für die UNCED 1992.
	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Februar 1992 zur Teilnahme der Gemeinschaft an der Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) (ABl. Nr. C 67 vom 16. 3. 1992, S. 152).
	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Februar 1992 zu der Notwendigkeit eines Übereinkommens zum Schutz der Wälder (ABl. Nr. C 67 vom 16. 3. 1992, S. 156).
	Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1).
	Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 5/95 des Rates vom 23. Januar 1995 im Hinblick auf die Annahme der Verordnung (EG) des Rates über Maßnahmen im Bereich der Tropenwälder (ABl. Nr. C 160 vom 26. 6. 1995, S. 1).
	Diese Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz, zur Regenerierung und zur sinnvollen Bewirtschaftung der Tropenwälder und zur Stabilisierung der Zahl der bewohnten Gebiete, die an diesen Wäldern und in ihrer Nähe liegen, insbesondere der Wälder, die von ausschlaggebender Bedeutung für „weltweite Phänomene" wie Klimaveränderungen sowie die kulturelle und biologische Vielfalt sind. Vorrang gebührt den Vorhaben, an denen die örtlichen Bevölkerungen als diejenigen, die für die Erhaltung des Tropenwaldes am ehesten geeignet sind, vollständig beteiligt werden. Neben den aus dem Posten B7-5 0 4 0 finanzierten punktuellen Maßnahmen bedarf es zur Unterstützung der internationalen Programme zur Rettung der Regenwälder einer koordinierten spezifischen Aktion.
	Im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, die vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat, können diese Mittel ferner der Finanzierung einer Reihe von Pilotmaßnahmen zum Schutz, zur Regenerierung und zur sinnvollen Bewirtschaftung der Tropenwälder dienen. Diese Vorhaben sind in umfassender Zusammenarbeit mit örtlichen Bevölkerungsgemeinschaften, Regionen und Fachleuten aus dem betreffenden Raum sowie insbesondere im Benehmen mit den Regierungen zu entwickeln, um denjenigen, deren Existenz von den Wäldern abhängt, bessere Zukunftsaussichten zu bieten. Um vertretbare Ergebnisse zu erreichen, sollten Vorhaben zugunsten der Tropenwälder für eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren oder bei längerer Laufzeit in zwei Phasen finanziert werden.
	Sie dienen außerdem zur Deckung der Ausgaben für umweltverträgliche und angepaßte Forschungstätigkeiten unter Führung von Personen aus der Region sowie für verschiedene Arten von Sitzungen, Konferenzen, Veröffentlichungen und Maßnahmen zum Informationsaustausch innerhalb der Region, in der der betreffende Tropenwald liegt, und die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktion oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-6 2 0 insgesamt	65 000 000	43 000 000	63 200 000	40 000 000	67 497 318,99	29 706 536,77
B7-6 2 1	***Gesundheitsschutz sowie Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit***						
B7-6 2 1 0	Nord-Süd-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit Getrennte Mittel	10 000 000	8 000 000	10 000 000	7 000 000	9 297 008,—	6 600 073,03

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 2 0 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	115 021 924	20 000 000	5 000 000	10 000 000	20 000 000	60 021 924
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	50 000 000	10 000 000	15 000 000	15 000 000	10 000 000	
Mittel 1996	50 000 000		10 000 000	15 000 000	15 000 000	10 000 000
Insgesamt	215 021 924	30 000 000	30 000 000	40 000 000	45 000 000	70 021 924

B7-6 2 1

B7-6 2 1 0 *Vormals Posten B7-5 0 8 0*

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 25. und 26. Juni 1984.

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1985.

Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 26. und 27. Juni 1986.

Beschluß des Rates vom 26. Januar 1987 über die Teilnahme der Gemeinschaft an den vorbereitenden Arbeiten und an der internationalen Konferenz über den Drogenmißbrauch und den illegalen Drogenhandel.

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. Juni 1995, über Nord-Süd-Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit (ABl. Nr. C 242 vom 19. 9. 1995, S. 8).

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte sollten auf umfassenden Studien der Bedürfnisse und Möglichkeiten der Regionen basieren. Zielgruppen und -gemeinschaften sollten in die Planung und Durchführung jedes Projekts einbezogen werden.

Diese Mittel dienen der Finanzierung einerseits eines Pauschalbeitrags der Gemeinschaft zu dem Fonds des Programms der Vereinten Nationen für die internationale Drogenkontrolle, für die Finanzierung seiner Tätigkeiten in den Entwicklungsländern und andererseits für indirekte Maßnahmen zugunsten dieser Länder, um den Drogenmißbrauch und die illegale Produktion von Drogen zu verhindern und zu verringern und um den illegalen Drogenhandel, die Zweckentfremdung der Ausgangsstoffe und die Geldwäsche in diesen Ländern zu kontrollieren. Diese Maßnahmen können insbesondere die Lieferung von Ausrüstungen und die erforderliche technische Hilfe umfassen.

Mit ihnen sollen insbesondere die Programme zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in den Anden-Staaten (Kolumbien, Peru, Bolivien und Ecuador) unterstützt werden.

Es handelt sich um einen Teil der zur Durchführung der gemeinschaftlichen Drogenbekämpfungspolitik erforderlichen Finanzmittel. Zusammen mit den Mitteln der Artikel B3-4 4 0 und B3-4 4 1 stellen diese Mittel daher einen Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen dieser Politik dar.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 1 1	Gesundheitsprogramme und Bekämpfung von HIV/Aids in den Entwicklungsländern Getrennte Mittel	15 000 000	11 000 000	13 500 000	11 000 000	12 416 666,—	7 521 771,64

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 2 1 *(Fortsetzung)*

B7-6 2 1 0 *(Fortsetzung)*

Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	24 807 432	6 000 000	4 000 000	4 000 000	5 000 000	5 807 432
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 000 000	1 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	
Mittel 1996	10 000 000		1 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000
Insgesamt	44 807 432	7 000 000	8 000 000	10 000 000	11 000 000	8 807 432

B7-6 2 1 1 *Vormals Posten B7-5 0 4 6*

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Juli 1995, über die Aktionen zur HIV/AIDS-Bekämpfung in den Entwicklungsländern (ABl. Nr. C 252 vom 28. 9. 1995, S. 4).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten prophylaktischer und anderer Aktionen in den Entwicklungsländern zwecks Begrenzung der weiteren Verbreitung von HIV-Infektionen/AIDS sowie von Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen der Epidemie auf die Bevölkerung.

Sie dienen hauptsächlich zur Finanzierung von:

— Grundgesundheitssystemen hinsichtlich AIDS,

— Sensibilisierungs- und Informationskampagnen,

— Maßnahmen gegen die Übertragung des Virus durch Blut, perinatal und durch Geschlechtsverkehr,

— damit verbundene Forschungen,

— Ausgaben für Beratung und psychosoziale Unterstützung von AIDS-Kranken und ihrer gesellschaftlichen Umgebung,

— Maßnahmen, die es der Europäischen Union erleichtern, ihre technischen Mittel in den Dienst der Entwicklungsländer zu stellen,

— Beihilfen für Organisationen, die im AIDS-Gesundheitssektor arbeiten, sowie für lokale, regionale und nationale Gesundheitsbehörden,

— Ausbildungs- und Informationsbeihilfen zur Verbesserung der Ergebnisse der vorgenannten Maßnahmen.

Nicht mehr als 10 % dieser Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Diese Maßnahmen sind durch eine Sondereinheit unter der Verantwortung des Generalsekretärs der Kommission zu koordinieren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 1 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 1 2	Mütter- und Kindergesundheitsprogramme und perinatale Betreuung Getrennte Mittel	5 000 000	3 500 000	p.m.	p.m.	2 000 000,—	650 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 2 1	*(Fortsetzung)*
B7-6 2 1 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	16 221 570	6 500 000	2 000 000	3 500 000	4 221 570	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	13 500 000	4 500 000	3 500 000	3 000 000	2 500 000	
Mittel 1996	15 000 000		5 500 000	4 500 000	5 000 000	
Insgesamt	44 721 570	11 000 000	11 000 000	11 000 000	11 721 570	

B7-6 2 1 2 *Vormals Posten B7-5 0 4 7*

Diese Mittel finanzieren zu 100 % Projekte, die dazu bestimmt sind, die Mütter- und Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern, vor allem im subsaharischen Afrika, direkt zu verringern. Besondere Beachtung sollte die Verhütung von Infektionen und anderen Ursachen der Kindersterblichkeit finden.

Die Mittel können für die Beschaffung von Ausrüstungen für Entbindungsstationen in Kliniken der Grundgesundheitsbetreuung benutzt werden.

Außerdem können sie für Aus- und Fortbildungszwecke zur Verbesserung der Humanressourcen in diesem Sektor eingesetzt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-6 2 1 insgesamt	30 000 000	22 500 000	23 500 000	18 000 000	23 713 674,—	14 771 844,67
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	95 000 000	65 500 000	86 700 000	58 000 000	91 210 992,99	44 478 381,44
	KAPITEL B7-6 2 INSGESAMT	95 000 000	65 500 000	86 700 000	58 000 000	91 210 992,99	44 478 381,44
	KAPITEL B7-6 3						
B7-6 3 1	***Unterstützung der Bevölkerungspolitiken und -programme in den Entwicklungsländern und Maßnahmen im Anschluß an die Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung***						
	Getrennte Mittel	7 000 000	4 500 000	6 000 000	5 000 000	5 000 000,—	2 608 139,86

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 2 — UMWELT UND GESUNDHEIT (EINSCHLIESSLICH DER BEKÄMPFUNG DES DROGENMISSBRAUCHS) IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 2 1	*(Fortsetzung)*
B7-6 2 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 350 000		1 350 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	5 000 000		2 150 000	2 850 000		
Insgesamt	6 350 000	p.m.	3 500 000	2 850 000		

B7-6 3 1	*Vormals Posten B7-5 0 5 0 und B7-5 0 5 2* Entschließung des Rates vom 11. November 1986. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 4. November 1992 über Demographie, Familienplanung und die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (SEK(92) 2002 endg.). Entschließung des Rates vom 18. November 1992 über die Familienplanung in der Bevölkerungspolitik in den Entwicklungsländern. Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. September 1995, über die Unterstützung der Bevölkerungspolitiken und -programme in den Entwicklungsländern (ABl. Nr. C 310 vom 22. 11. 1995, S. 13).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 3 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 3 2	***Stelle zur Beobachtung der Wanderungsbewegungen und positive Maßnahmen angesichts der Einwanderung*** Getrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 965 384,—	2 059 944,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 3 1 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Maßnahmen, die die Entwicklungsländer in Asien, Lateinamerika, im Mittelmeerraum und in Afrika bei der Planung, Durchführung und Evaluation von Bevölkerungsprogrammen unterstützen sollen, vor allem in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen und internationalen Organisationen. Die Projektfinanzierung in diesem Bereich kann zu 100 % aus Zuschüssen der Kommission bestritten werden. Sie sollten konzentriert werden auf integrierte Gesundheitsleistungen auf lokaler Basis für die gesamte Bevölkerung, einschließlich älterer Menschen, grundlegender Bildungsprogramme, insbesondere für Frauen, und Darlehen für Frauenprojeke und -programme.

Diese Mittel sollen es ferner Frauenorganisationen und Frauenverbänden ermöglichen, ihre Schlußfolgerungen aus der Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung zu ziehen, ihre Ergebnisse zu analysieren und etwaige Folgemaßnahmen zu planen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	7 596 332	3 500 000	1 000 000	1 000 000	2 096 332	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	6 000 000	1 500 000	2 000 000	2 000 000	500 000	
Mittel 1996	7 000 000		1 500 000	2 000 000	2 000 000	1 500 000
Insgesamt	20 596 332	5 000 000	4 500 000	5 000 000	4 596 332	1 500 000

B7-6 3 2 *Vormals Posten B7-5 0 5 5*

Dieser Posten soll zur Finanzierung von Studien, Forschungsvorhaben un Maßnahmen dienen, die ein besseres Verständnis des Phänomens der Wanderungsbewegungen und eine Verringerung des daraus resultierenden Drucks ermöglichen.

Die eingeleiteten Initiativen beziehen sich auch auf die Untersuchungen über Beschäftigungsmöglichkeiten in den Ursprungsländern, den Verbleib qualifizierter Arbeitnehmer in diesen Ländern und Ausbildungsmaßnahmen für Einwanderer, vor allem Frauen, in Europa und in den betreffenden Ländern.

Diese Mittel decken ferner die Untersuchung der Möglichkeiten zur Aufnahme und Betreuung der ohne Begleitung ankommenden Flüchtlingskinder.

Mindestens die Hälfte dieser Mittel sollte nicht für Studien und Kongresse, sondern für operative Ausgaben auf langfristiger Basis, die unmittelbar zu einer besseren Kenntnis der Wanderungsbewegungen führen, oder für operative Ausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Betreuung von Zuwanderern verwendet werden. Auch Pilotprojekte sollten vorgesehen werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 3 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 3 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	6 250 430	2 500 000	1 500 000	1 000 000	1 250 430	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 000 000	500 000	1 000 000	1 000 000	500 000	
Mittel 1996	3 000 000		500 000	1 000 000	1 500 000	
Insgesamt	12 250 430	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 250 430	

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 4 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 3 3	***Bereitstellung von Kleinkrediten und -darlehen für Frauen in Entwicklungsländern*** Getrennte Mittel	4 000 000	4 000 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	14 000 000	11 500 000	9 000 000	8 000 000	8 965 384,—	4 668 083,86
	KAPITEL B7-6 3 INSGESAMT	14 000 000	11 500 000	9 000 000	8 000 000	8 965 384,—	4 668 083,86
	KAPITEL B7-6 4						
B7-6 4 1	***Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen zugunsten von Entwicklungsländern*** Getrennte Mittel	75 000 000	44 000 000	65 000 000	34 000 000	44 654 269,—	4 172 644,14

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 3 — BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 4 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 3 3

Neuer Artikel

Die Mittel dienen der Finanzierung niedriger Darlehen und Kredite, die im Rahmen der formlosen Kreditvergabe bereitgestellt werden (entsprechend den Grundsätzen der Grameen Bank oder vergleichbarer Initiativen), mit denen insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen gefördert werden.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	4 000 000		4 000 000			
Insgesamt	4 000 000		4 000 000			

B7-6 4 1

Vormals Posten B7-5 0 7 6

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. Juni 1995, über Rehabilitations- und Wiederaufbauaktionen in den Entwicklungsländern (ABl. Nr. C 235 vom 9. 9. 1995, S. 11).

Finanziert werden Maßnahmen, die der Bevölkerung in Entwicklungsländern nach einer Krisensituation infolge von Krieg, internen Unruhen oder Naturkatastrophen die Rückkehr in ein normales Leben erleichtern sollen. Oberziel ist eine rasche und entschlossene Hilfe für die Sanierung der Entwicklungsländer, die wegen ihrer schwachen Volkswirtschaften und der prekären Situation ihrer Verwaltungen klassische langfristige Hilfen nur schwer aufnehmen können, obgleich ihr Bedarf den traditionellen Rahmen der humanitären Hilfe übersteigt.

Dabei handelt es sich vor allem um folgendes:

— Erleichterung der Wiederaufnahme der Arbeit des vorhandenen Produktionsapparates durch Lieferung von Input, Geräten und Einzelteilen während eines befristeten Zeitraums,

— Wiederherstellung der zur Deckung des wesentlichen Bedarfs der Bevölkerung notwendigen Basisinfrastrukturen (Gesundheitspflegenetze auf dem Lande, Grundschulunterricht, Wasserbau und Kanalisation),

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 4 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 4 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 4 2	***Diversifizierungs- und Entwicklungsprogramm zugunsten bestimmter Bananenerzeugerländer in Lateinamerika***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 4 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 4 1 *(Fortsetzung)*

— Verbesserung der sozialen und politischen Stabilität (Wiederansiedlung der vertriebenen oder repatriierten Bevölkerungsgruppen und ehemaligen Soldaten),

— Wiederherstellung der in der Sanierungsphase und zur Vorbereitung der Reformen notwendigen Kapazitäten und Organisation der Verwaltung,

— Wiederherstellung der lebensnotwendigen Kommunikationen (Straßen, Wasser, Strom),

— Wiederaufbau eines Minimums an öffentlichen Diensten.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 75 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	40 481 525	8 200 000	4 000 000	10 000 000	10 000 000	8 281 525
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	800 000	800 000				
Mittel 1995	65 000 000	25 000 000	15 000 000	10 000 000	10 000 000	5 000 000
Mittel 1996	75 000 000		25 000 000	20 000 000	15 000 000	15 000 000
Insgesamt	171 281 525	34 000 000	44 000 000	40 000 000	35 000 000	28 281 525

B7-6 4 2 *Vormals Posten B7-5 0 2 5*

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 4. Februar 1993, zur Festlegung des Programms für die Diversifizierung und Entwicklung der Erzeugung in bestimmten Bananenerzeugerländern Lateinamerikas (ABl. Nr. C 50 vom 20. 2. 1993, S. 9).

Dieser Artikel dient zur Finanzierung von Projekten zur Diversifizierung der Erzeugung und zur Erschließung neuer Märkte seitens der traditionellen Bananenerzeugerländer Lateinamerikas.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 4 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 4 2	*(Fortsetzung)*						
B7-6 4 3	***Dezentralisierte Zusammenarbeit in Entwicklungsländern*** Getrennte Mittel	6 000 000	4 000 000	5 000 000	3 500 000	4 863 948,—	1 330 740,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 4 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-6 4 2 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

B7-6 4 3 *Vormals Posten B7-5 0 7 7*

Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Juli 1995, über die dezentralisierte Zusammenarbeit (ABl. Nr. C 250 vom 26. 9. 1995, S. 13).

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung von Entwicklungsinitiativen lokaler Behörden, Bürgerorganisationen, Vereinigungen oder Zusammenschlüssen von Entwicklungsländern, gegebenenfalls in Partnerschaft mit entsprechenden europäischen Stellen.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 689 941	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 689 941	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	2 500 000	1 000 000	1 000 000	500 000	
Mittel 1996	6 000 000		2 000 000	1 500 000	2 500 000	
Insgesamt	15 689 941	3 500 000	4 000 000	3 500 000	4 689 941	

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 4 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 5 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 4 4	***Hilfe für die Bevölkerung der Westsahara*** Getrennte Mittel	2 000 000	2 000 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	83 000 000	50 000 000	70 000 000	37 500 000	49 518 217,—	5 503 384,14
	KAPITEL B7-6 4 INSGESAMT	83 000 000	50 000 000	70 000 000	37 500 000	49 518 217,—	5 503 384,14
	KAPITEL B7-6 5						
B7-6 5 0	***Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrügereien im Bereich der Zusammenarbeit*** Getrennte Mittel	50 000	50 000	100 000	100 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-64 — SPEZIFISCHE HILFEN IM BEREICH DER ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-65 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-644	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind für die Deckung medizinischer und sonstiger Hilfe für die Bevölkerung der Westsahara bestimmt. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	2 000 000		2 000 000			
Insgesamt	2 000 000		2 000 000			

B7-650	*Vormals Artikel B7-530* Schlußfolgerung des Rates vom 11. Juli 1994 über Betrugsbekämpfung (ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 1). Diese Mittel dienen zur Deckung der technischen Unterstützung, die die Dienststelle für die Koordinierung der Betrugsbekämpfung in den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Betrügereien leistet, sowie zur Deckung der Kosten der von der Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung durchgeführten Kontrollen durch alle geeigneten Mittel und insbesondere durch Kontrollen vor Ort, um nicht gerechtfertigte Zahlungen zu vermeiden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 5 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 5 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 5 1	***Koordinierung der Entwicklungspolitik, Beurteilung der Ergebnisse der Gemeinschaftshilfe sowie Maßnahmen zur praktischen Weiterverfolgung*** Getrennte Mittel	5 800 000	4 800 000	6 300 000	5 500 000	4 749 924,01	3 349 733,65

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 5 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 5 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	100 000	100 000				
Mittel 1996	50 000		50 000			
Insgesamt	150 000	100 000	50 000			

B7-6 5 1 *Vormals Posten B7-5 0 9 1*

Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP-EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere Artikel 366 des am 15. Dezember 1989 unterzeichneten und am 1. September 1991 in Kraft getretenen Abkommens.

Entschließung des Parlaments vom 14. Mai 1992 zur neuen globalen Partnerschaft (ABl. Nr. C 150 vom 15. 6. 1992, S. 278).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Arbeiten zur Beurteilung und weiterführender Maßnahmen während des gesamten Zyklus von Vorbereitung, Durchführung und Funktionsweise der Entwicklungsprojekte, einschließlich von Analysen, die im Hinblick auf die Vorbereitung künftiger von der Europäischen Union finanzierter Projekte von Nutzen sein können.

Sie dienen außerdem zur Finanzierung bestimmter Maßnahmen zur Umsetzung des Vertrags über die Europäische Union.

Sie sind ferner zur Finanzierung der Vorarbeiten für die Aushandlung der Erneuerung des vierten AKP-EWG-Abkommens bestimmt.

Sie dienen ebenfalls zur Finanzierung von Austausch und Koordinationssitzungen unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Entwicklungsländer.

Dieser Posten deckt außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 5 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 5 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 5 3	***Aktionen zur Kontrolle der Entwicklungszusammenarbeit*** Getrennte Mittel	250 000	150 000	250 000	150 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 5 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-6 5 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 800 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 363 189	2 000 000	800 000	500 000	63 189	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	6 300 000	3 500 000	1 000 000	1 000 000	800 000	
Mittel 1996	5 800 000		3 000 000	2 100 000	700 000	
Insgesamt	15 473 189	5 500 000	4 800 000	3 600 000	1 563 189	

B7-6 5 3 *Vormals Posten B7-5 0 9 6*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Aktionen der Kommission zur Kontrolle einer ordnungsgemäßen und wirksamen Verwaltung der den Entwicklungsländern gewährten Mittel sowie der Gegenwertfonds.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 5 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 5 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	6 100 000	5 000 000	6 650 000	5 750 000	4 749 924,01	3 349 733,65
	KAPITEL B7-6 5 INSGESAMT	6 100 000	5 000 000	6 650 000	5 750 000	4 749 924,01	3 349 733,65
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	398 083 000	306 233 000	357 833 000	268 633 000	323 485 927,—	198 500 719,25
	Titel B7-6 insgesamt	**398 083 000**	**306 233 000**	**357 833 000**	**268 633 000**	**323 485 927,—**	**198 500 719,25**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-6 5 — MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON BETRÜGEREIEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT SOWIE VERWALTUNG UND BEURTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHILFE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 5 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 250 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	250 000	150 000	100 000			
Mittel 1996	250 000		50 000	100 000	100 000	
Insgesamt	500 000	150 000	150 000	100 000	100 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-7

EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-7 0						
B7-7 0 0	***Unterstützung der Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in den Balkanstaaten***						
B7-7 0 0 0	Programm für die Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas Getrennte Mittel	11 000 000	10 100 000	10 000 000	7 000 000	10 000 000,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-7

EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

Artikel Posten	Erläuterungen
	Vormals Kapitel B7-5 2 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 130 u. Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel J.1. Entschließung des Rates vom 28. November 1991 über Menschenrechte und Demokratie in den Entwicklungsländern. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 1992 zu einer Europäischen Demokratie-Initiative (ABl. Nr. C 150 vom 15. 6. 1992, S. 281). Entschließung des Rates vom 18. November 1992 über die Durchführung der Ratsentschließung vom 28. November 1991 über Menschenrechte und Demokratie in den Entwicklungsländern. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juli 1993 zu Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung (ABl. Nr. C 255 vom 20. 9. 1993, S. 47).
B7-7 0 0	
B7-7 0 0 0	*Vormals Posten B7-5 2 0 0* Das Programm zielt darauf ab, in den Ländern Mittel- und Osteuropas die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Mit diesen Mitteln können unter möglichst großer Beteiligung von regional ausgerichteten Nichtregierungsorganisationen die Aktionen von Frauenverbänden und von Jugend- und Umweltschutzorganisationen unterstützt werden, die sich aktiv für die Wiederherstellung der Demokratie in der Gesellschaft der Staaten Mittel- und Osteuropas einsetzen. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 000 000	6 000 000	4 000 000			
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 000 000	1 000 000	4 000 000	5 000 000		
Mittel 1996	11 000 000		2 100 000	5 500 000	3 400 000	
Insgesamt	31 000 000	7 000 000	10 100 000	10 500 000	3 400 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-7 0 0 1	Gemeinsame Aktion zur Unterstützung der Demokratie und des Friedensprozesses in den aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken Getrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	5 000 000	2 500 000	4 886 616,—	1 329 912,35
B7-7 0 0 2	Beteiligung der Gemeinschaft an von der internationalen Gemeinschaft verhängten Wirtschaftssanktionen und Handelsembargos Getrennte Mittel	8 750 000	6 500 000	6 960 000	6 940 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-7 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-7 0 0 1	*Vormals Posten B7-5 2 0 1* Dieser Posten ist für Aktionen zur Unterstützung des Friedensprozesses, zum Abbau der Spannungen und zur Entwicklung der Demokratie — u.a. durch die Förderung freier und unabhängiger Medien — in den aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken (Slowenien, Kroatien, Serbien, Montenegro, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Bosnien-Herzegowina) bestimmt. Diese Mittel dienen insbesondere der Mitfinanzierung der „örtlichen Demokratiebotschaften", deren Schaffung in der Entschließung 251 (1993) der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas vorgesehen ist, und vorrangig derjenigen, die derzeit in Tuzla errichtet wird. Ein Teil dieser Mittel ist für die Unterstützung des Dialogs zwischen den ethnischen Gruppen, für die Medien, für die Frauen, für die demokratischen Gruppen, für die Pressefreiheit und für die Unterstützung der anfälligsten Gruppen zu verwenden. Mit diesem Posten werden ausschließlich Maßnahmen zur Demokratisierung und zur Achtung der Menschenrechte finanziert. Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	3 556 703	982 116	2 000 000	574 587		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994	17 884	17 884				
Mittel 1995	5 000 000	1 500 000	2 000 000	1 500 000		
Mittel 1996	5 000 000		1 000 000	2 925 413	1 074 587	
Insgesamt	13 574 587	2 500 000	5 000 000	5 000 000	1 074 587	

B7-7 0 0 2	*Vormals Posten B7-5 2 0 2* Verordnung (EWG) Nr. 1431/92 des Rates vom 26. Mai 1992 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für einige landwirtschaftliche Waren (ABl. Nr. L 151 vom 3. 6. 1992, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1432/92 des Rates vom 1. Juni 1992 zur Untersagung des Handels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Republiken Serbien und Montenegro (ABl. Nr. L 151 vom 3. 6. 1992, S. 4). Verordnung (EWG) Nr. 2015/92 des Rates vom 20. Juli 1992 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1432/92 zur Untersagung des Handels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Republiken Serbien und Montenegro (ABl. Nr. L 205 vom 22. 7. 1992, S. 2). Verordnung (EWG) Nr. 2656/92 des Rates vom 8. September 1992 über bestimmte technische Einzelheiten in Verbindung mit der Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1432/92 zur Untersagung des Handels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Republiken Serbien und Montenegro (ABl. Nr. L 266 vom 12. 9. 1992, S. 27). Verordnung (EWG) Nr. 3534/92 des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1432/92 zur Untersagung des Handels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Republiken Serbien und Montenegro (ABl. Nr. L 358 vom 8. 12. 1992, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 40/93 des Rates vom 8. Januar 1993 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2656/92 über bestimmte technische Einzelheiten in Verbindung mit der Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1432/92 zur Untersagung des Handels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Republiken Serbien und Montenegro (ABl. Nr. L 7 vom 13. 1. 1993, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 990/93 des Rates vom 26. April 1993 über den Handel zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) (ABl. Nr. L 102 vom 28. 4. 1993, S. 14).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-7 0 0 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-7 0 0 insgesamt	24 750 000	21 600 000	21 960 000	16 440 000	14 886 616,—	1 329 912,35

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-7 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-7 0 0 2	*(Fortsetzung)*

Beschluß 94/366/GASP des Rates vom 13. Juni 1994 über den vom Rat auf der Grundlage von Artikel J.2 des Vertrags über die Europäische Union festgelegten Standpunkt betreffend die Unzulässigkeit, Anträgen der unter Nummer 9 der Resolution Nr. 757 (1992) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen genannten Art stattzugeben (ABl. Nr. L 165 vom 1. 7. 1994, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1733/94 des Rates vom 11. Juli 1994 zum Verbot der Erfüllung von Ansprüchen im Zusammenhang mit Verträgen und Geschäften, deren Durchführung durch die Resolution 757 (1992) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und mit ihr in Verbindung stehende Resolutionen berührt wurde (ABl. Nr. L 182 vom 16. 7. 1994, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2471/94 des Rates vom 10. Oktober 1994 zur weiteren Einschränkung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den von den bosnisch-serbischen Streitkräften kontrollierten Gebieten der Republik Bosnien-Herzegowina (ABl. Nr. L 266 vom 15. 10. 1994, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2472/94 des Rates vom 10. Oktober 1994 über die Aussetzung einiger Einschränkungen des Handels mit der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) (ABl. Nr. L 266 vom 15. 10. 1994, S. 8), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1673/95 (ABl. Nr. L 160 vom 11. 7. 1995, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Deckung von Ausgaben für technische und administrative Hilfe im Hinblick auf eine optimale Anwendung der Sanktionen, die gegen Serbien und Montenegro und die unter serbischer Kontrolle stehenden Teile Bosnien-Herzegowinas verhängt wurden.

Sie decken unter anderem sämtliche Kosten, die unmittelbar verbunden sind mit der für die TH-Missionen erforderlichen Einrichtung eines Koordinierungs-Zentrums (SAMCOMM), wie Koordinierungssitzungen, Informatik-Unterstützung und dem Aufbau eines Informatiksystems, Kommunikation, Sekretariat, Ausrüstung und Ausbildung, die Bereitstellung von 20 Zollsachverständigen und ihrer Ausrüstung für die CIEY-Mission in Belgrad, und auch technische Hilfe für die Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit Serbien oder Montenegro haben.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 750 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	6 960 000	6 940 000	20 000			
Mittel 1996	8 750 000		6 480 000	2 270 000		
Insgesamt	15 710 000	6 940 000	6 500 000	2 270 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 1	***Unterstützung der Demokratie in den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion*** Getrennte Mittel	11 000 000	10 000 000	10 000 000	7 000 000	10 000 000,—	279 647,20
B7-7 0 2	***Menschenrechte und Demokratie in den Entwicklungsländern*** Getrennte Mittel	19 000 000	20 000 000	19 000 000	19 000 000	13 999 999,63	10 850 056,06

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-7 0 1

Vormals Artikel B7-5 2 1

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Juli 1993 zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den unabhängigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (mit Ausnahme der baltischen Staaten) (ABl. Nr. C 255 vom 20. 9. 1993, S. 187).

Veranschlagt sind Mittel zur Durchführung eines Programms zur Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zur Anwendung der weltweit anerkannten Menschenrechte sowie der Rechte zum Schutz der Minderheiten und eingeborenen Völker sowie zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Die Mittel decken auch den Beitrag zum Wiederaufbau der durch den Krieg in Tschetschenien zerstörten Städte und Gebiete und insbesondere die Unterstützung eines Programms zur Rückführung der tschetschenischen Flüchtlinge in ihre Heimatorte bestimmt.

Ferner soll der Artikel eine Hilfe zum Wiederaufbau der für das öffentliche und demokratische Leben erforderlichen Infrastrukturen unter weitestgehender Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen decken.

Diese Mittel dienen ferner der Finanzierung bedeutender Maßnahmen im Bereich der Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Information der Öffentlichkeit im Sinne einer Bürgergesellschaft einschließlich der Vorbildung der Wähler sowie der Unterstützung der unabhängigen Medien.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	9 720 353	6 000 000	3 700 000	20 353		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	10 000 000	1 000 000	4 500 000	4 500 000		
Mittel 1996	11 000 000		1 800 000	5 500 000	3 700 000	
Insgesamt	30 720 353	7 000 000	10 000 000	10 020 353	3 700 000	

B7-7 0 2

Vormals Artikel B7-5 2 2

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Mai 1995 zu Tibet (ABl. Nr. C 151 vom 19. 6. 1995, S. 278).

Diese Mittel sind zur Unterstützung von Aktionen für Menschenrechte und Demokratie in enger Verbindung mit den Entwicklungspolitiken der Europäischen Union in den Entwicklungsländern zu verwenden.

Sie decken auch die Förderung der (Rundfunk-)Information der im Exil und der in Tibet lebenden Tibeter über alle „gewaltfreien" Initiativen zur Verteidigung der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit in Tibet sowie über einschlägige Initiativen der Europäischen Union.

Der Artikel dient auch der Unterstützung des Europäischen Zentrums für die Förderung der Demokratieentwicklung, der Unterstützung der Rechte von Minderheiten und gefährdeten Gruppen sowie der sachkundigen Beratung in Fragen im Zusammenhang mit Wahlverfahren, ordnungsgemäßer Regierung, Rechtsstaatlichkeit und Achtung von Menschenrechten.

Ein Betrag von 500 000 ECU ist für den Schutz der eingeborenen Bevölkerungen eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 2	*(Fortsetzung)*						
B7-7 0 3	***Demokratisierungsprozeß in Lateinamerika*** Getrennte Mittel	14 000 000	13 000 000	14 000 000	11 000 000	12 999 978,06	9 189 936,66

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-7 0 2 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 19 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	14 093 200	9 000 000	5 000 000	93 200		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	19 000 000	10 000 000	9 000 000			
Mittel 1996	19 000 000		6 000 000	13 000 000		
Insgesamt	52 093 200	19 000 000	20 000 000	13 093 200		

B7-7 0 3 *Vormals Artikel B7-5 2 3*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung besonderer Maßnahmen zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Lateinamerika einschließlich Haiti und Kuba, insbesondere dazu, die Bürgerkriegskämpfer in Zentralamerika wieder in das zivile Leben einzugliedern.

Diese Mittel können auch zur Unterstützung demokratisch gewählter Instanzen verwendet werden, die einem Putschversuch zum Opfer gefallen sind und nach wie vor das Vertrauen und die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft genießen.

Außerdem soll dieser Artikel einen Beitrag zur Finanzierung der Tätigkeiten des lateinamerikanischen Parlaments im Rahmen der Abkommen mit dem Europäischen Parlament leisten.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; sie decken ferner die Ausgaben für die Koordinierung der Verwaltungs- und Bewertungstätigkeiten vor Ort.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-7 0 4	***Andere Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte***						
B7-7 0 4 0	Zuschüsse für bestimmte Tätigkeiten von Organisationen, die sich für die Förderung der Menschenrechte einsetzen Getrennte Mittel	7 000 000	6 800 000	6 000 000	6 000 000	5 500 000,—	4 218 143,98

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-7 0 3 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 14 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	9 707 589	3 000 000	5 000 000	1 707 589		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	14 000 000	8 000 000	5 000 000	1 000 000		
Mittel 1996	14 000 000		3 000 000	11 000 000		
Insgesamt	37 707 589	11 000 000	13 000 000	13 707 589		

B7-7 0 4

B7-7 0 4 0 *Vormals Posten B7-5 2 4 0 und B7-5 2 4 1*

Veranschlagt sind Zuschüsse für Organisationen, die sich für humanitäre Ziele und die Förderung der Menschenrechte einsetzen, wie die Europäische Stiftung für Menschenrechte.

Sie decken auch die Finanzierung der durch die Verwaltung der Haushaltslinie entstehenden Verwaltungskosten und für die Prüfung bezuschußter Vorhaben.

Die aus diesen Mitteln vergebenen Zuschüsse sind für Vorhaben in Nichtgemeinschaftsländern (Entwicklungsländer, mittel- und osteuropäische Staaten und andere Länder) und in der Europäischen Union bestimmt und verfolgen folgende Ziele:

— Förderung internationaler Initiativen sowie von Initiativen der Gemeinschaft zur Abschaffung der Todesstrafe in allen Staaten bis zum Jahr 2000,

— Unterstützung von Rehabilitationszentren für Folteropfer und anderen Organisationen, die den Opfern von Menschenrechtsverletzungen konkrete Hilfe gewähren, wobei diese den gleichen Mittelanteil aus dieser Haushaltslinie erhalten sollten wie in der Vergangenheit,

— Ausbildung von Personen, zu deren Aufgaben es gehört, andere in Menschenrechtsfragen zu unterrichten (Richter, Rechtsanwälte, Verwaltungsbeamte, Personen die für die Ausbildung von Polizisten und Sicherheitskräften verantwortlich sind, Professoren der Erziehungswissenschaften usw.),

— verstärkte Achtung der Rechte des Kindes und Gewährung von Hilfe für Kinder, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind,

— Förderung der Ausbildung bei Organisationen, die sich speziell um die Achtung der Menschenrechte kümmern,

— Förderung der Organisationen, die sich speziell um die Flüchtlinge kümmern,

— Förderung des Schutzes der Menschenrechte in den Ländern, in denen die Hoheitsgewalt bald auf einen anderen Staat übergeht.

Priorität erhalten die Vorhaben, die konkrete und direkte Hilfe gewähren. Forschungsprojekte und akademische Seminare von besonderem Wert werden im Rahmen des Möglichen berücksichtigt.

Mit diesem Posten sollen auch die Tätigkeiten von Organisationen gefördert werden, die die Lage von Gefangenen weltweit beobachten, wie z.B. die Internationale Beobachtungsstelle für Gefängnisse.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 4	*(Fortsetzung)*						
B7-7 0 4 0	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-7 0 4 insgesamt	7 000 000	6 800 000	6 000 000	6 000 000	5 500 000,—	4 218 143,98
B7-7 0 5	***MEDA-Programm für Demokratie***						
	Getrennte Mittel	9 000 000	3 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-7 0 4	*(Fortsetzung)*
B7-7 0 4 0	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind ferner veranschlagt für Zuschüsse zugunsten von Organisationen, die sich für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen, wie der CERE (Consultation européenne sur les réfugiés et les exilés).

Dieser Posten dient auch zur Deckung von Zuschüssen für Organisationen, die für den Schutz der Menschenrechte arbeiten, etwa die Europäische Stiftung für Menschenrechte.

Diese Mittel sind auch für die Hilfe der Gemeinschaft für die Nichtregierungsorganisationen bestimmt, die sich in der Türkei für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte einsetzen.

Sie decken ferner die Unterstützung der Aktionen von Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Tibet einsetzen.

Ein Betrag von 200 000 ECU ist für die Europäische Stiftung für die Freiheit der Meinungsäußerung bestimmt.

Die für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	1 511 544	1 400 000	100 000	11 544		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	6 000 000	4 600 000	1 200 000	200 000		
Mittel 1996	7 000 000		5 500 000	1 500 000		
Insgesamt	14 511 544	6 000 000	6 800 000	1 711 544		

B7-7 0 5 *Neuer Artikel*

Dieses Programm hat die Unterstützung der demokratischen Entwicklung, der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Gesellschaft in den vom MEDA-Programm erfaßten Ländern zum Ziel.

Es dient ferner der Förderung der Errichtung neuer interparlamentarischer Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum.

Es wird auch zur Unterstützung der Aktionen der Frauenverbände verwendet, die sich aktiv für die Wiederherstellung der Demokratie im gesellschaftlichen Leben der Partnerstaaten der MEDA-Initiative einsetzen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-7 0 6	***Unterstützung der freien Meinungsäußerung und insbesondere der Pressefreiheit***						
	Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-7 0 5 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	9 000 000		3 000 000	6 000 000		
Insgesamt	9 000 000		3 000 000	6 000 000		

B7-7 0 6 *Vormals Artikel B7-5 2 6*

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel J.1.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. November 1993 zum Schutz derRechte der Journalisten bei gefährlichen Missionen (ABl. Nr. C 329 vom 6. 12. 1993, S. 347).

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 7	***Unterstützung von Rehabilitationszentren für Folteropfer und von Organisationen, die den Opfern von Menschenrechtsverletzungen konkrete Hilfe gewähren*** Getrennte Mittel	6 000 000	5 800 000	5 000 000	5 000 000	2 000 000,—	1 629 600,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-7 0 7	*Vormals Artikel B7-5 2 7* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 1993 zu den Menschenrechten in der Welt und zur Menschenrechtspolitik der Gemeinschaft in den Jahren 1991-1992 (ABl. Nr. C 115 vom 26. 4. 1993, S. 214). Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	370 400	370 400				
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 000 000	4 629 600	370 400			
Mittel 1996	6 000 000		5 429 600	570 400		
Insgesamt	11 370 400	5 000 000	5 800 000	570 400		

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 8	***Hilfe für die Bevölkerung der Tuareg***						
	Getrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	90 750 000	80 200 000	75 960 000	64 440 000	59 386 593,69	27 497 296,25
	KAPITEL B7-7 0 INSGESAMT	90 750 000	80 200 000	75 960 000	64 440 000	59 386 593,69	27 497 296,25
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	90 750 000	80 200 000	75 960 000	64 440 000	59 386 593,69	27 497 296,25
	Titel B7-7 insgesamt	**90 750 000**	**80 200 000**	**75 960 000**	**64 440 000**	**59 386 593,69**	**27 497 296,25**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-7 0 — EUROPÄISCHE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE UND ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-7 0 8	*Vormals Posten B7-5 0 1 7* Mit diesem Artikel soll der Bevölkerung der Tuareg materielle Unterstützung geleistet werden. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	p.m.	p.m.	—			

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-8

EXTERNE ASPEKTE BESTIMMTER POLITIKEN DER GEMEINSCHAFT

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-8 0						
B7-8 0 0	***Internationale Fischereiabkommen***						
	Getrennte Mittel	245 000 000 (1)	235 000 000 (1)	221 000 000 (2)	221 000 000 (2)	258 293 635,22	140 584 728,27

(1) Mittel in Höhe von 35 000 000 ECU werden in Kapitel B0-40 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 59 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-8

EXTERNE ASPEKTE BESTIMMTER POLITIKEN DER GEMEINSCHAFT

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 0 0	Verordnung (EWG) Nr. 2210/80 des Rates vom 27. Juni 1980 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung von Schweden über bestimmte Maßnahmen zur Förderung der Lachsvermehrung in der Ostsee (ABl. Nr. L 226 vom 29. 8. 1980, S. 7). Verordnung (EWG) Nr. 2212/80 des Rates vom 27. Juni 1980 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Senegal und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Fischerei vor der senegalesischen Küste sowie des Protokolls und der darauf bezüglichen Briefwechsel (ABl. Nr. L 226 vom 29. 8. 1980, S. 16); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 420/91 (ABl. Nr. L 53 vom 27. 2. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2213/80 des Rates vom 27. Juni 1980 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Guinea-Bissau und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Fischerei vor der Küste Guinea-Bissaus sowie zweier darauf bezüglicher Briefwechsel (ABl. Nr. L 226 vom 29. 8. 1980, S. 33); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1235/90 (ABl. Nr. L 125 vom 15. 5. 1990, S. 1). Beschluß 81/1053/EWG des Rates vom 29. Dezember 1981 über den Abschluß des Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung Kanadas (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1981, S. 53). Beschluß des Rates vom 25. Januar 1983 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit bestimmten Drittländern im karibischen Raum, deren Gewässer traditionell von den Fischern der Gemeinschaft befischt werden. Verordnung (EWG) Nr. 971/83 des Rates vom 28. März 1983 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Republik Guinea über die Fischerei vor der Küste Guineas (ABl. Nr. L 111 vom 27. 4. 1983, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3680/92 (ABl. Nr. L 379 vom 23. 12. 1992, S. 1). Beschluß 83/652/EWG des Rates vom 20. Dezember 1983 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung Kanadas über ihre Fischereibeziehungen (ABl. Nr. L 371 vom 31. 12. 1983, S. 34); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3675/93 (ABl. Nr. L 340 vom 31. 12. 1993, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 477/84 des Rates vom 21. Februar 1984 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Demokratischen Republik Sao Tomé und Principe über die Fischerei vor der Küste von Sao Tomé und Principe (ABl. Nr. L 54 vom 25. 2. 1984, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1295/91 (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1966/84 des Rates vom 28. Juni 1984 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Republik Äquatorialguinea über die Fischerei vor der Küste von Äquatorialguinea (ABl. Nr. L 188 vom 16. 7. 1984, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1236/90 (ABl. Nr. L 125 vom 15. 5. 1990, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 223/85 des Rates vom 29. Januar 1985 über den Abschluß des Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und der Regierung Dänemarks und der örtlichen Regierung Grönlands andererseits (ABl. Nr. L 29 vom 1. 2. 1985, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 224/85 des Rates vom 29. Januar 1985 über den Abschluß des Protokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und der Regierung Dänemarks und der örtlichen Regierung Grönlands andererseits über die Bedingungen der Fischerei (ABl. Nr. L 29 vom 1. 2. 1985, S. 13); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch den Beschluß 89/650/EWG (ABl. Nr. L 389 vom 30. 12. 1989, S. 80). Verordnung (EWG) Nr. 780/86 des Rates vom 24. Februar 1986 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über die Fischerei vor der Küste Madagaskars (ABl. Nr. L 73 vom 18. 3. 1986, S. 25); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 983/93 (ABl. Nr. L 106 vom 30. 4. 1993, S. 1). Beschluß des Rates vom 24. Juli 1986 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Kenia, Somalia und Tansania.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 0 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 1580/87 des Rates vom 2. Juni 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Republik Gambia über die Fischerei vor der Küste Gambias und zur Festlegung der Anwendungsvorschriften (ABl. Nr. L 146 vom 6. 6. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 634/94 (ABl. Nr. L 79 vom 23. 3. 1994, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1708/87 des Rates vom 15. Juni 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Seychellen über die Fischerei vor der Küste der Seychellen (ABl. Nr. L 160 vom 20. 6. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2718/93 (ABl. Nr. L 246 vom 2. 10. 1993, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 2143/87 des Rates vom 13. Juli 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Volksrepublik Mosambik über die Fischereibeziehungen (ABl. Nr. L 201 vom 22. 7. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 593/93 (ABl. Nr. L 64 vom 16. 3. 1993, S. 1). Beschluß des Rates vom 24. November 1987 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Dschibuti. Verordnung (EWG) Nr. 3620/87 des Rates vom 30. November 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Volksrepublik Angola über die Fischerei vor der Küste Angolas (ABl. Nr. L 341 vom 3. 12. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 594/93 des Rates (ABl. Nr. L 64 vom 16. 3. 1993, S. 3). Beschluß des Rates vom 30. November 1987 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Gabun, Ghana und Liberia. Verordnung (EWG) Nr. 4143/87 des Rates vom 14. Dezember 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Islamischen Republik Mauretanien über die Fischerei vor der Küste Mauretaniens und zur Festlegung seiner Anwendungsvorschriften (ABl. Nr. L 388 vom 31. 12. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch den Beschluß 93/605/EG (ABl. Nr. L 290 vom 24. 11. 1993, S. 18). Verordnung (EWG) Nr. 1494/88 des Rates vom 3. Mai 1988 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Islamischen Bundesrepublik Komoren über die Fischerei vor der Küste der Komoren (ABl. Nr. L 137 vom 2. 6. 1988, S. 18); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2885/92 des Rates (ABl. Nr. L 288 vom 3. 10. 1992, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2054/88 des Rates vom 23. Juni 1988 über den Abschluß des Abkommens über die Fischereibeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko und zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zu diesem Abkommen (ABl. Nr. L 181 vom 12. 7. 1988, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3954/92 (ABl. Nr. L 407 vom 31. 12. 1992, S. 1). Beschluß des Rates vom 26. September 1988 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Sri Lanka, den Malediven und Nigeria. Beschluß des Rates vom 13. April 1989 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung eines Fischereiabkommens mit Malta. Verordnung (EWG) Nr. 1616/89 des Rates vom 5. Juni 1989 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung von Mauritius über die Fischerei vor der Küste von Mauritius (ABl. Nr. L 159 vom 10. 6. 1989, S. 1). Beschluß des Rates vom 23. April 1990 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung eines Fischereiabkommens mit Namibia. Verordnung (EWG) Nr. 1237/90 des Rates vom 25. April 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Sierra Leone über die Fischerei vor der Küste Sierra Leones (ABl. Nr. L 125 vom 15. 5. 1990, S. 27). Verordnung (EWG) Nr. 2321/90 des Rates vom 24. Juli 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Kap Verde über die Fischerei vor der Küste der Kap-Verde-Inseln (ABl. Nr. L 212 vom 9. 8. 1990, S. 1). Entscheidung des Rates vom 29. Oktober 1990 zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru und Uruguay. Verordnung (EWG) Nr. 3939/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Côte d'Ivoire über die Fischerei vor der Küste von Côte d'Ivoire (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3941/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vereinigten Republik Tansania über die Fischerei vor der Küste Tansanias (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 24). Verordnung (EWG) Nr. 519/93 des Rates vom 2. März 1993 über den Abschluß des Abkommens über die Fischereibeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Estland (ABl. Nr. L 56 vom 9. 3. 1993, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 0 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 520/93 des Rates vom 2. März 1993 über den Abschluß des Abkommens über die Fischereibeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Lettland (ABl. Nr. L 56 vom 9. 3. 1993, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 521/93 des Rates vom 2. März 1993 über den Abschluß des Abkommens über die Fischereibeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Litauen (ABl. Nr. L 56 vom 9. 3. 1993, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 1737/93 des Rates vom 24. Juni 1993 zum Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island über Fischerei und Meeresumwelt (ABl. Nr. L 161 vom 2. 7. 1993, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3447/93 des Rates vom 28. September 1993 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Argentinischen Republik über die Fischereibeziehungen (ABl. Nr. L 318 vom 20. 12. 1993, S. 1). Verordnung (EG) Nr. 3329/93 des Rates vom 29. November 1993 über den Abschluß des Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung des Dominicanischen Bundes (ABl. Nr. L 299 vom 4. 12. 1993, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben infolge der Fischereiabkommen, die die Europäische Union mit einigen Ländern (insbesondere Guinea-Bissau, Senegal, Äquatorialguinea, Guinea, São Tomé und Príncipe, Marokko, Mauretanien, den Kap-Verde-Inseln, den Seychellen, Madagaskar, Angola, Mosambik, Gambia, Dominica, Somalia, Kenia, Tansania, Komoren, Gabun, Sierra Leone, Mauritius, Sri Lanka, den Malediven, Côte d'Ivoire, Liberia, Namibia, Kanada, Grönland, Dschibuti, Ghana, Nigeria, Malta, Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay, Estland, Lettland, Litauen und Island) ausgehandelt hat bzw. auszuhandeln beabsichtigt. Sie decken ebenfalls die Ausgaben infolge: — des jährlichen Beitrags zu dem Programm für die Aufzucht junger Lachse, das von Schweden in der Ostsee durchgeführt wird, — die Beiträge der Europäischen Union zum Haushalt der internationalen Organisationen (einschließlich freiwillige Mittel), des Beitritts der Europäischen Union zur FAO, Bereich Fischerei, der Erstattung der besonderen Ausgaben des Internationalen Rates für Meeresforschung, der Verpflichtungen der Europäischen Union aus ihrer Teilnahme an den Tätigkeiten internationaler Fischereiorganisationen. Aus diesem Artikel können auch die Kosten für die Teilnahme von Vertretern der Drittstaaten an Verhandlungen und Sitzungen in internationalen Gremien und Organen gedeckt werden, wenn die Interessen der Gemeinschaft deren Anwesenheit erfordern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 0 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	245 000 000	235 000 000	221 000 000	221 000 000	258 293 635,22	140 584 728,27
	KAPITEL B7-8 0 INSGESAMT	245 000 000	235 000 000	221 000 000	221 000 000	258 293 635,22	140 584 728,27
	KAPITEL B7-8 1						
B7-8 1 0	***LIFE (Europäisches Umweltfinanzinstrument — Maßnahmen außerhalb des Gemeinschaftsgebietes)*** Getrennte Mittel	6 000 000	6 000 000	5 750 000	6 500 000	4 774 928,75	1 364 799,94

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 0 — INTERNATIONALE FISCHEREIABKOMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 0 0	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 245 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	128 016 721	100 000 000	20 000 000	8 016 721		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	280 000 000 (1)	180 000 000	80 000 000	20 000 000		
Mittel 1996	280 000 000 (2)		170 000 000	110 000 000		
Insgesamt	688 016 721	280 000 000 (1)	270 000 000 (2)	138 016 721		

(1) Davon werden 59 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon werden 35 000 000 ECU in Kapitel B0-40 eingesetzt.

B7-8 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 des Rates vom 21. Mai 1992 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. L 206 vom 22. 7. 1992, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Mai 1995, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. C 184 vom 18. 7. 1995, S.12). Das allgemeine Ziel des Umweltfinanzinstruments besteht darin, zur Durchführung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der Gemeinschaft beizutragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-8 1 1	***Beteiligung an internationalen Umweltmaßnahmen*** Getrennte Mittel	4 400 000	4 000 000	4 200 000	3 800 000	4 197 482,28	3 998 271,72

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-8 1 0 *(Fortsetzung)*

Die Mittel dienen zur Deckung der Zuschüsse zu spezifischen Aktionen im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. .... .

Ferner dienen sie der Finanzierung von flankierenden Maßnahmen gemäß Artikel 2 Absatz 3 dieser Verordnung.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	6 910 128	3 500 000	1 400 000	1 100 000	910 128	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	5 750 000	3 000 000	1 000 000	900 000	850 000	
Mittel 1996	6 000 000		3 600 000	1 100 000	1 300 000	
Insgesamt	18 660 128	6 500 000	6 000 000	3 100 000	3 060 128	

B7-8 1 1 *Internationale Umweltfragen*

Beschluß 81/462/EWG des Rates vom 11. Juni 1981 über den Abschluß des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (ABl. Nr. L 171 vom 27. 6. 1981, S. 11).

Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 des Rates vom 3. Dezember 1982 zur Anwendung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1982, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1970/92 der Kommission (ABl. Nr. L 201 vom 20. 7. 1992, S. 1).

Entscheidung 88/540/EWG des Rates vom 14. Oktober 1988 über den Abschluß des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht und des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 8).

Beschluß des Rates vom 19. September 1989 durch den die Kommission ermächtigt wird, im Namen der Gemeinschaft an den Verhandlungen zur Ergänzung des Anhangs IV des Übereinkommens zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung bezüglich bestimmter Organochlorverbindungen teilzunehmen.

Beschluß 90/160/EWG des Rates vom 22. März 1990 über den Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und der Republik Österreich andererseits über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau (ABl. Nr. L 90 vom 5. 4. 1990, S. 18).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 25. März 1992, betreffend den Abschluß des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen im Namen der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 104 vom 24. 4. 1992, S. 5), geändert am 30. März 1993 (ABl. Nr. C 112 vom 22. 4. 1993, S. 15).

Beschluß 93/98/EWG des Rates vom 1. Februar 1993 zum Abschluß — im Namen der Gemeinschaft — des Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung (Basler Übereinkommen) (ABl. Nr. L 39 vom 16. 2. 1993, S. 1).

Beschluß 93/361/EWG des Rates vom 17. Mai 1993 über den Beitritt der Gemeinschaft zu dem Protokoll zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses (ABl. Nr. L 149 vom 21. 6. 1993, S. 14).

Beschluß 93/550/EWG des Rates vom 20. Oktober 1993 über den Abschluß des Übereinkommens über die Zusammenarbeit beim Schutz der Küsten und Gewässer des Nordostatlantiks gegen Verschmutzung (ABl. Nr. L 267 vom 28. 10. 1993, S. 20).

Beschluß 94/156/EG des Rates vom 21. Februar 1994 über den Beitritt der Gemeinschaft zum Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Übereinkommen 1974) (ABl. Nr. L 73 vom 16. 3. 1994, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 1 1	*(Fortsetzung)* Beschluß 94/157/EG des Rates vom 21. Februar 1994 über den Abschluß des Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets im Namen der Gemeinschaft (Helsinki-Übereinkommen in seiner Fassung von 1992) (ABl. Nr. L 73 vom 16. 3. 1994, S. 19). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. Juli 1994, über den Beitritt der EG zu dem Übereinkommen zur Förderung der Einhaltung internationaler Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen durch Fischereifahrzeuge auf Hoher See (ABl. Nr. C 229 vom 18. 8. 1994, S. 10). Beschluß 94/562/EG des Rates vom 25. Juli 1994 bezüglich des Unterzeichnung des Abkommens über die Anwendung von Teil XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens sowie des Teils XI des genannten Übereinkommens durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. Nr. L 215 vom 20. 8. 1994, S. 9). Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. September 1994, über den Abschluß des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpen-Konvention) (ABl. Nr. C 278 vom 5. 10. 1994, S. 8). Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 39/94, vom Rat festgelegt am 19. September 1994, im Hinblick auf den Erlaß einer Verordnung des Rates zur Durchführung der IMO-Entschließung A.747(18) über die Vermessung der Ballasträume in Öltankschiffen mit Tanks für getrennten Ballast (ABl. Nr. C 301 vom 27. 10. 1994, S. 34). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 9. Januar 1995, über den Abschluß eines Übereinkommens im Namen der Gemeinschaft zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (ABl. Nr. C 172 vom 7. 7. 1995, S. 1). Beschluß 95/308/EG des Rates vom 24. Juli 1995, über den Abschluß des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen im Namen der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 186 vom 5. 8. 1995, S. 42). Mit diesen Mitteln soll die Beteiligung der Europäischen Union an der Finanzierung der nachstehend aufgeführten internationalen Übereinkünfte im Bereich des Umweltschutzes gewährleistet werden: — Übereinkommen von Paris zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus (von der Gemeinschaft am 26. Juni 1975 unterzeichnetes und am 8. August 1978 ratifiziertes Übereinkommen); — Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung (Übereinkommen von Bern) (von der Gemeinschaft am 3. Dezember 1976 unterzeichnetes und am 26. September 1978 ratifiziertes Übereinkommen); — Übereinkommen von Genf über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (EMEP-Programm) (von der Gemeinschaft am 14. November 1979 unterzeichnetes und am 15. Juli 1982 ratifiziertes Übereinkommen; EMEP-Protokoll der Gemeinschaft, am 28. September 1984 unterzeichnet); — Übereinkommen von Bern über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihre natürlichen Lebensräume (von der Gemeinschaft am 3. Dezember 1981 abgeschlossen); — Übereinkommen von Bonn zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (von der Gemeinschaft am 23. Juni 1979 unterzeichnetes und am 1. August 1983 ratifiziertes Übereinkommen); — Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht und Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen; mit dem Beschluß 88/540/EWG vom 14. Oktober 1988 (ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 8) beschloß der Rat den Abschluß dieses Übereinkommens; — Baseler Konvention über die Überwachung der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Beseitigung (von der Gemeinschaft im März 1990 unterzeichnet); — Übereinkommen von Regensburg über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau (am 1. Dezember 1987 unterzeichnet). Die Mittel decken ferner die Finanzierung folgender Aktionen: — Durchführung des Aktionsprogramms für den Mittelmeerraum (blauer Plan, prioritäre Aktionsprogramme, Programm der laufenden Überwachung und Forschung auf dem Gebiet der Verschmutzung des Mittelmeeres (MEDPOL); rechtlich stützt sich dieses Aktionsprogramm auf das Rahmenübereinkommen von Barcelona und die dazugehörigen Protokolle; — Arbeiten der mit der Vorbereitung einer internationalen Studie über die Nordsee beauftragten Interventionsgruppe, deren Einsetzung auf der zweiten Internationalen Konferenz zum Schutz der Nordsee in London vom 24. und 25. November 1987 beschlossen wurde; — Aktionen gemäß Artikel 130 r Absatz 5 des EG-Vertrags in Zusammenarbeit mit internationalen Umweltorganisationen, insbesondere mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; — Vorbereitung neuer internationaler Übereinkommen zum Umweltschutz.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 1 1	*(Fortsetzung)* *Globale Umweltfragen* Entscheidung 88/540/EWG des Rates vom 14. Oktober 1988 über den Abschluß des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht und des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 8). Entschließung des Rates vom 21. Juni 1989 über Treibhauseffekt und Gemeinschaft (ABl. Nr. C 183 vom 20. 7. 1989, S. 4). Die Rolle der Gemeinschaft bei der Erhaltung der Tropenwälder (ABl. Nr. C 264 vom 16. 10. 1989, S. 1). Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 im Anschluß an eine Mitteilung der Kommission: „Tropenwälder: Entwicklungspolitische Aspekte" (Dok. 6723/90 vom 19. 9. 1990). Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Dublin (Juni 1990). Schlußfolgerungen des Rates vom 29. Oktober 1990 zur Klimaschutzpolitik (Dok. 9612/90 vom 9. 11. 1990). Verordnung (EWG) Nr. 594/91 des Rates vom 4. März 1991 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3952/92 (ABl. Nr. L 405 vom 31. 12. 1992, S. 41). Entscheidung 91/690/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 über den Abschluß der im Juni 1990 in London beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1991, S. 28). Mitteilung der Kommission vom 1. Juni 1992 über eine Gemeinschaftsstrategie zur Begrenzung der CO_2-Emissionen und zur Verbesserung der Energieleistung (KOM(92) 246 endg.). Stellungnahme der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, die vom 3. bis zum 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat, zu den Prinzipien der Erhaltung und Bewirtschaftung von Wäldern. Schlußfolgerungen der Europäischen Rates von Lissabon (26. und 27. Juni 1992). Verordnung (EWG) Nr. 3952/92 des Rates vom 30. Dezember 1992 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 594/91 des Rates über die schnellere Beseitigung von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. Nr. L 405 vom 31. 12. 1992, S. 41). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1993 über ein Gemeinschaftsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung (ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1). Entscheidung 93/389/EWG des Rates vom 24. Juni 1993 über ein System zur Beobachtung der Emissionen von CO_2 und anderen Treibhausgasen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 167 vom 9. 7. 1993, S. 31). Beschluß 93/626/EWG des Rates vom 25. Oktober 1993 über den Abschluß des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (ABl. Nr. L 309 vom 13. 12. 1993, S. 1). Entscheidung 94/68/EG des Rates vom 2. Dezember 1993 über den Abschluß der Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. Nr. L 33 vom 7. 2. 1994, S. 1). Beschluß 94/69/EG des Rates vom 15. Dezember 1993 über den Abschluß des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (ABl. Nr. L 33 vom 7. 2. 1994, S. 11). Verordnung (EG) Nr. 3093/94 des Rates vom 15. Dezember 1994 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. Nr. L 333 vom 22. 12. 1994, S. 1). Mit dieser Aktion werden folgende Ziele verfolgt: — Erhaltung der Ozonschicht, — Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Energieverbrauch und Umwelt, insbesondere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Treibhauseffekt, — Schutz der Wälder, insbesondere der Tropenwälder, — Erhaltung der Artenvielfalt, — Maßnahmen im Zusammenhang mit anderen globalen ökologischen Problemen, insbesondere der Wüstenbildung, dem Schutz der Antarktis und der Beziehung zwischen Bevölkerung und Umwelt. Diese Mittel decken insbesondere die finanziellen Beiträge zu spezifischen Aktionen und technischen Studien. Sie decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 1 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 400 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	4 325 973	2 500 000	1 200 000	400 000	225 973	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	4 200 000	1 300 000	1 400 000	1 000 000	500 000	
Mittel 1996	4 400 000		1 400 000	1 500 000	1 500 000	
Insgesamt	12 925 973	3 800 000	4 000 000	2 900 000	2 225 973	

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 1 2	***Beteiligung an der Globalen Umweltfazilität*** Getrennte Mittel	4 000 000	4 000 000	p.m. (1)	p.m. (1)	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	14 400 000	14 000 000	9 950 000	10 300 000	8 972 411,03	5 363 071,66
	KAPITEL B7-8 1 INSGESAMT	14 400 000	14 000 000	9 950 000	10 300 000	8 972 411,03	5 363 071,66

(1) Mittel in Höhe von 3 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 1 — EXTERNE ASPEKTE DER UMWELTPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 1 2	Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 000 000 (1)	3 000 000				
Mittel 1996	4 000 000		4 000 000			
Insgesamt	7 000 000	3 000 000 (1)	4 000 000			

(1) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 2 — FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN AUS ABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

KAPITEL B7-8 3 — EXTERNE ASPEKTE DER GEMEINSAMEN FREMDENVERKEHRSPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-8 2						
B7-8 2 0	***Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO)***						
	Getrennte Mittel	250 000	250 000	250 000	250 000	204 726,73	204 726,73
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	250 000	250 000	250 000	250 000	204 726,73	204 726,73
	KAPITEL B7-8 2 INSGESAMT	250 000	250 000	250 000	250 000	204 726,73	204 726,73
	KAPITEL B7-8 3						
B7-8 3 0	***Förderung des europäischen Fremdenverkehrs in Drittländern***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	500 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 2 — FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN AUS ABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

KAPITEL B7-8 3 — EXTERNE ASPEKTE DER GEMEINSAMEN FREMDENVERKEHRSPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-8 2 0

Beschluß des Rates vom 25. November 1991 über den Beitritt der Gemeinschaft zu der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO).

Beschluß der Konferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft vom 26. November 1991 über die Annahme des Beitrittsgesuchs der Gemeinschaft.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 250 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	250 000	250 000				
Mittel 1996	250 000		250 000			
Insgesamt	500 000	250 000	250 000			

B7-8 3 0

Beschluß 92/421/EWG des Rates vom 13. Juli 1992 über einen gemeinschaftlichen Aktionsplan zur Förderung des Fremdenverkehrs (ABl. Nr. L 231 vom 13. 8. 1992, S. 26).

Dieser Artikel dient für Pilotmaßnahmen zur Förderung der Europäischen Union als Fremdenverkehrsziel für Touristen aus Drittländern, insbesondere den Vereinigten Staaten und Japan.

Die Förderungsmaßnahmen sollten sich auch auf neue, spezifische Einrichtungen für Touristen erstrecken, z.B. Einrichtungen für Behinderte sowie kulturelle und sportliche Einrichtungen und Einrichtungen für den Fremdenverkehr auf dem Land. Größte Aufmerksamkeit ist dem Einsatz des Fernsehens als ein wirksames Werbemittel zu schenken.

Dieser Artikel deckt auch Werbekampagnen in den USA und Japan. Auch der südostasiatische Raum, Australien und Südamerika werden zukünftig stärker beworben werden müssen, um Touristen aus diesen Gegenden anzuziehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 3 — EXTERNE ASPEKTE DER GEMEINSAMEN FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 4 — EXTERNE ASPEKTE DER VERKEHRSPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 3 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	500 000,—
	KAPITEL B7-8 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	500 000,—
	KAPITEL B7-8 4						
B7-8 4 0	***Externe Aspekte der Verkehrspolitik***						
	Getrennte Mittel	1 500 000	1 250 000	1 000 000	500 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 3 — EXTERNE ASPEKTE DER GEMEINSAMEN FREMDENVERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 4 — EXTERNE ASPEKTE DER VERKEHRSPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 3 0	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	499 628			499 628		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	p.m.	p.m.				
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	499 628	p.m.	p.m.	499 628		

B7-8 4 0

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 74 bis 84 sowie 129 b bis 129 d.

Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf die Seeschiffahrt zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern (ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1986, S. 1).

Beschluß des Rates vom 20. Oktober 1987 für ein koordiniertes Vorgehen zum Schutz des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschiffahrt und des freien Dienstleistungsverkehrs in der Seeschiffahrt mit den west- und zentralafrikanischen Ländern (KOM(87) 417 endg.).

Verordnung (EWG) Nr. 684/92 des Rates vom 16. März 1992 zur Einführung gemeinsamer Regeln für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen (ABl. Nr. L 74 vom 20. 3. 1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 881/92 des Rates vom 26. März 1992 über den Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt in der Gemeinschaft für Beförderungen aus oder nach einem Mitgliedstaat oder durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 95 vom 9. 4. 1992, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 2. Dezember 1992 „Die künftige Entwicklung der Gemeinsamen Verkehrspolitik — Globalkonzept einer Gemeinschaftsstrategie für eine auf Dauer tragbare Mobilität" (Weißbuch) (KOM(92) 494 endg.).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 4 — EXTERNE ASPEKTE DER VERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 4 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 4 — EXTERNE ASPEKTE DER VERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 4 0	*(Fortsetzung)* Beschluß des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und bestimmten Drittländern über Regeln für die Fracht- und Passagierbeförderung im Binnenschiffsverkehr zwischen den betreffenden Ländern. Empfehlung der Kommission vom 11. Dezember 1992 für einen Beschluß des Rates über die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und bestimmten Drittländern über den Personen- und Güterverkehr auf der Straße (SEK(92) 2264 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. Mai 1993 zum Weißbuch über die künftige Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik (ABl. Nr. C 176 vom 28. 6. 1993, S. 164). Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. April 1994, über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (ABl. Nr. C 220 vom 8. 8. 1994, S. 1). Entschließung des Rates vom 24. Oktober 1994 über die Lage der europäischen Zivilluftfahrt (ABl. Nr. C 309 vom 5. 11. 1994, S. 2). Entschließung des Rates vom 24. Oktober 1994 zum Straßengüterverkehr im Binnenmarkt (ABl. Nr. C 309 vom 5. 11. 1994, S. 4). Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Essen vom 9. und 10. Dezember 1994, insbesondere Anhänge IV und V. Empfehlung der Kommission vom 1. März 1995 für einen Beschluß des Rates zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Abkommen über den Luftverkehr zwischen der Gemeinschaft und Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei (SEK(95) 328 endg.). Verkehr und Infrastruktur betreffende Bestimmungen der Assoziationsabkommen mit Bulgarien, Zypern, Ungarn, Malta, Polen, der Tschechischen Republik, Rumänien, der Slowakei und der Türkei. Den Verkehr betreffende Bestimmungen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Weißrußland, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Rußland und der Ukraine. Verkehrsabkommen mit Kroatien, Slowenien und der Schweiz. Den Verkehr betreffende Bestimmungen der Kooperationsabkommen mit Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, dem Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien. Diese Mittel dienen zur Finanzierung vorbereitender Maßnahmen zum Ausbau der transeuropäischen Netze, der Verwirklichung einer auf Dauer tragbaren gemeinsamen Verkehrspolitik auf europäischer Ebene, der Vorbereitung und Umsetzung bilateraler und multilateraler Abkommen sowie von Folgeveranstaltungen zur zweiten Pan-Europäischen Verkehrskonferenz auf Kreta im März 1994.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 4 — EXTERNE ASPEKTE DER VERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 4 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 500 000	1 250 000	1 000 000	500 000		
	KAPITEL B7-8 4 INSGESAMT	1 500 000	1 250 000	1 000 000	500 000		
	KAPITEL B7-8 5						
B7-8 5 0	***Außenhandelsbeziehungen und Welthandelsorganisation*** Getrennte Mittel	2 300 000	2 300 000	2 000 000	1 200 000	8 087 061,86	7 092 983,72

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 4 — EXTERNE ASPEKTE DER VERKEHRSPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-8 4 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 500 000 ECU.
Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 000 000	500 000	500 000			
Mittel 1996	1 500 000		750 000	750 000		
Insgesamt	2 500 000	500 000	1 250 000	750 000		

B7-8 5 0 *Vormals Posten B7-5 0 2 1*

Verordnung (EG) Nr. 3286/94 des Rates vom 22. Dezember 1994 zur Festlegung der Verfahren der Gemeinschaft im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Gemeinschaft nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 71).

Dieser Posten deckt die Aktionen der Kommission im Rahmen der multilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die Durchführung der internationalen Handelsabkommen. Er ermöglicht der Kommission darüber hinaus die Teilnahme an der Welthandelsorganisation (WTO) und die Umsetzung der Ergebnisse der „Uruguay-Runde".

Die multilateralen Handelsbeziehungen sollen über eine gemeinsame Politik, die insbesondere wirtschaftliche und handelspolitische Maßnahmen im Bereich des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, des geistigen Eigentums, des öffentlichen Auftragswesens und der Investitionen umfaßt, zu einer harmonischen Entwicklung der Weltwirtschaft und des Welthandels beitragen.

Diese Mittel decken auch Aktionen im Rahmen der bilateralen Beziehungen mit den wichtigsten Handelspartnern der Europäischen Union zur Verbesserung des beiderseitigen Verständnisses der mit dem internationalen Handel verbundenen Probleme.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 5 0	*(Fortsetzung)*						
B7-8 5 1	***Förderung der Exporte der Europäischen Union nach Japan*** Getrennte Mittel	13 000 000	12 500 000	9 140 000	8 540 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-8 5 0 *(Fortsetzung)*

Ferner dienen diese Mittel zur Finanzierung von Aktionen der Kommission bei den neuen Themen des multilateralen Welthandels wie Umwelt, Wettbewerb und soziale Fragen.

Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationen und Veröffentlichungen, die direkt mit der Verwirklichung des Ziels der Aktion zusammenhängen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 300 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	2 000 000	1 200 000	800 000			
Mittel 1996	2 300 000		1 500 000	800 000		
Insgesamt	4 300 000	1 200 000	2 300 000	800 000		

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.

B7-8 5 1 *Vormals Posten B7-5 0 2 2 (teilweise)*

Schlußfolgerungen des Rates vom 10. März 1986 zu den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan.

Schlußfolgerungen des Rates vom 20. Juli 1987 zu den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan.

Schlußfolgerungen des Rates vom 25. April 1988 zu den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan.

Schlußfolgerungen des Rates vom 13. März 1990.

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 21. Mai 1992 — „A consistent and global Approach — a Review of the Community Relations with Japan" (KOM(92) 219 endg.).

Schlußfolgerungen des Rates vom 15. Juni 1992.

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 8. März 1995 „Europa und Japan: Die nächsten Schritte" (KOM(95) 73 endg.).

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 23. Mai 1995, über Maßnahmen der Kommission zur Förderung der Exporte nach Japan (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...).

Dieser Betrag ist zur Deckung der Ausgaben für folgende Aktionen bestimmt:

— ein Ausbildungsprogramm für Führungskräfte europäischer Unternehmen (Executive Training Programme (ETP)), das entweder in Japan oder in der Europäischen Union durchgeführt wird; Ziel dieses Programms ist es, die Betreffenden mit der Sprache und der Kultur Japans sowie der Struktur des japanischen Marktes vertraut zu machen,

— spezifische sektorielle Aktionen und sonstige Maßnahmen, die nach Anhörung der Vertreter der einschlägigen europäischen Geschäftskreise beschlossen werden; diese Maßnahmen dienen der Herstellung direkter Kontakte zwischen europäischen und japanischen Industriellen und sollen die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Japan fördern,

— sonstige Maßnahmen zu Förderungszwecken, die eine Verbesserung der Kenntnis des japanischen Marktes und den Ausbau des Handels der Gemeinschaft mit Japan zum Ziel haben,

— Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Japan, u.a. durch das Veranstalten von Informationsseminaren, die Ausarbeitung von Studien und das Abhalten von Konferenzen, bei denen der Kontakt zwischen europäischen und japanischen Entscheidungsträgern hergestellt wird.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 5 1	*(Fortsetzung)*						
B7-8 5 2	***Zugang zu Drittlandsmärkten*** Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (2)	3 980 000	3 370 000	0,—	0,—

(1) Mittel in Höhe von 6 500 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 6 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-8 5 1 *(Fortsetzung)*

Stellenausschreibungen sollten sich besonders an Frauen richten. Darin sollte darauf hingewiesen werden, daß bei gleicher Qualifikation weibliche Bewerber vorgezogen werden. Eine jährliche Erhöhung der Zahl der im Management tätigen Frauen ist anzustreben.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	9 140 000	8 540 000	600 000			
Mittel 1996	13 000 000		11 900 000	1 100 000		
Insgesamt	22 140 000	8 540 000	12 500 000	1 100 000		

Etwaige Einnahmen aus der finanziellen Beteiligung dritter Parteien an Förderungsmaßnahmen, insbesondere am ETP-Programm, werden gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet.

B7-8 5 2 *Vormals Posten B7-5 0 2 2 (teilweise)*

Dieser Artikel ist bestimmt zur Förderung des Marktzugangs in Drittländern angesichts der Abkommen der „Uruguay-Runde", die der europäischen Industrie neue Möglichkeiten eröffnet hat, und angesichts eines weltweiten Handelssystems.

Die europäischen Maßnahmen zur Verbesserung des Marktzugangs konzentrieren sich auf rasch expandierende, aber schwer zu erschließende Märkte und könnten die kritische Masse nutzen, die ein paneuropäischer Ansatz bietet.

Als vorrangig werden der Ferne Osten, Südostasien sowie der Nahe Osten betrachtet, doch könnten auch andere neue Märkte für spezifische zusätzliche Aktionen in Frage kommen.

Die europäischen Aktivitäten werden in erster Linie auf zukunftsträchtige Wirtschaftssektoren ausgerichtet sein und gleichzeitig einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit leisten und das Image einer technologisch leistungsfähigen europäischen Industrie festigen, vor allem in den Bereichen High-Tech, Telekommunikation, Energie, Umwelt, Gesundheitswesen und Verkehr.

Dieser Artikel deckt ferner Aktionen zur Unterstützung von Unternehmen der Europäischen Union aus dem Textil-, Bekleidungs- Leder- und Schuhsektor bei der Erschließung neuer Märkte. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Märkten, die sich bisher als schwer zugänglich erwiesen haben, sowie auf solchen, die nun infolge der Abkommen über den Marktzugang im Rahmen der „Uruguay-Runde" liberalisiert werden.

Festlegung von Zielmärkten

Ebenfalls eingesetzt in diesen Artikel ist die Finanzierung von:

— gezielten Marktstudien,

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 5 2	*(Fortsetzung)*						
B7-8 5 3	***Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) — Abkommen im Schiffbausektor***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 5 2	*(Fortsetzung)*

— Profilpflege für die Industrie der Europäischen Union, durch Hilfen für die Beteiligung europäischer Unternehmen an Fachmessen speziell für diese Märkte, gemeinsame Teilnahme in einem Pavillon der Gemeinschaft oder durch Organisation von Messen ausschließlich für die europäische Industrie. Auf diese Weise könnten Unternehmen der Gemeinschaft erste wichtige Kontakte anknüpfen, um auf neuen und schwierigen Märkten Fuß zu fassen.

— Unterstützung für Handelsforen, die gemeinsam mit der inländischen Industrie in Drittländern organisiert werden; diese Foren tragen in hohem Maße dazu bei, intensive Kontakte zu den einheimischen Wirtschaftsakteuren aufzunehmen, und werden speziell auf den Bedarf der europäischen Teilnehmer zugeschnitten.

Imagepflege für das europäische Qualitätsprodukt

Durch Förderung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und des Qualitätsimages europäischer Erzeugnisse auf den zukunftsträchtigen Märkten.

Aktionen zur Öffnung der Märkte

Unterstützung wird der europäischen Industrie bei spezifischen Aktionen zur Verbesserung des Marktzugangs vor allem durch Handelszusammenarbeit, Investitionen, Marktprospektion, Einleitung bilateraler oder multilateraler Kampagnen zur Erschließung der Märkte, beispielsweise unter der Schirmherrschaft der „Trade Barrier Regulation" geleistet.

Dieser Artikel deckt außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	3 980 000	3 370 000		610 000		
Mittel 1996	6 500 000 (1)		6 000 000	500 000		
Insgesamt	10 480 000	3 370 000	6 000 000 (1)	1 110 000		

(1) Diese Mittel werden in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-8 5 3 *Neuer Artikel*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 113.

Beschluß 95/.../EG des Rates vom 3. März 1995 (ABl. Nr. L ... vom ... 1995, S. ...).

Aus diesem Artikel wird die Beteiligung der Kommission an den Ausgaben für Einrichtung und Funktionieren der im Rahmen des OECD-Abkommens über den Schiffbau (Artikel 3) eingesetzten Vertragsparteiengruppe gedeckt.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 5 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	15 300 000	14 800 000	15 120 000	13 110 000	8 087 061,86	7 092 983,72
	KAPITEL B7-8 5 INSGESAMT	15 300 000	14 800 000	15 120 000	13 110 000	8 087 061,86	7 092 983,72
	KAPITEL B7-8 6						
B7-8 6 0	***Zusammenarbeit im Zollwesen und internationale Amtshilfe*** Getrennte Mittel	2 000 000	700 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 5 — AUSSENWIRTSCHAFTLICHE BEREICHE DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 5 3	*(Fortsetzung)* Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994 Mittel 1995 Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

B7-8 6 0	*Neuer Artikel* Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 113. Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1). Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1995, zur Annahme eines Aktionsprogramms für das gemeinschaftliche Zollwesen (ZOLL 2000) (ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 4), geändert am 6. Oktober 1995 (ABl. Nr. C 327 vom 7. 12. 1995, S. 32). Rechtsgrundlage für die technische Hilfe sind die verschiedenen Kooperations- und Freihandelsabkommen sowie Abkommen über die Gründung von Zollunionen, die die Gemeinschaft mit zahlreichen im folgenden aufgeführten Drittländern geschlossen hat: *Europa* — EFTA, — Europäischer Wirtschaftsraum (ABl. Nr. L 1 vom 3. 1. 1994),

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 6 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 6 0	*(Fortsetzung)* — Schweiz: Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. Nr. L 300 vom 31. 12. 1972, S. 189); Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr (ABl. Nr. L 116 vom 8. 5. 1990, S. 19), — Norwegen: Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen (ABl. Nr. L 171 vom 27. 6. 1973, S. 2), — Färöer: Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits (ABl. Nr. L 371 vom 13. 12. 1991, S. 2), — Andorra: Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1990, S. 16), — San Marino: Interimsabkommen über den Handel und eine Zollunion zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik San Marino (ABl. Nr. L 359 vom 9. 12. 1992, S. 14). *Mittelmeerländer* — Zypern: Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 133 vom 21. 5. 1973, S. 2), — Malta: Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 61 vom 14. 3. 1971, S. 2), — Türkei: Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. 217 vom 29. 12. 1964, S. 3687/64), — Israel: Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 136 vom 28. 5. 1975, S. 3), — Maghreb-Länder (Algerien, Marokko, Tunesien): Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 2); Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 2); Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 2), — Maschrak-Länder (Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien): Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 2); Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 2); Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 2); Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 2). *Länder Mitteleuropas* — Polen: Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits (ABl. Nr. L 348 vom 31. 12. 1993, S. 2), — Ungarn: Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits (ABl. Nr. L 347 vom 31. 12. 1993, S. 2), — Tschechische Republik: Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 360 vom 31. 12. 1994, S. 2), — Slowakei: Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits (ABl. Nr. L 359 vom 31. 12. 1994, S. 2), — Bulgarien: Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits (ABl. Nr. L 358 vom 31. 12. 1994, S. 2), — Rumänien: Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits (ABl. Nr. L 357 vom 31. 12. 1994, S. 2), — Slowenien: Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. Nr. L 189 vom 29. 7. 1993, S. 2); Europa-Abkommen in Aushandlung, — Kroatien: Kooperationsabkommen; Direktiven in Vorbereitung, — Albanien: Abkommen zwischen den Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Albanien über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 343 vom 25. 11. 1992, S. 2), — Baltische Staaten (Estland, Litauen, Lettland): Abkommen über Freihandel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Estland andrerseits (ABl. Nr. L 373 vom 31. 12. 1994, S. 2); Abkommen über Freihandel und Handelsfragen zwischen und der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 6 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 6 0	*(Fortsetzung)* Kohle und Stahl einerseits und der Republik Lettland andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1994, S. 2); Abkommen über Freihandel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Litauen andererseits (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1994, S. 2); Europa-Abkommen in Aushandlung. *Länder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten* — Rußland: Interimsabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, paraphiert am 29. Dezember 1994, — Ukraine: Interimsabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, paraphiert am 14. Juni 1994, — Kasachstan: Interimsabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, paraphiert am 22. Dezember 1994, — Kirgistan: Interimsabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, paraphiert am 25. Januar 1995, — Moldawien: Interimsabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit in Aushandlung, — Weißrußland: Interimsabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit in Aushandlung, — Georgien: Sondierungsgespräche voraussichtlich am 23. und 24. Juni 1994, — Armenien: Sondierungsgespräche voraussichtlich im März 1995, — Aserbaidschan: Sondierungsgespräche voraussichtlich im März 1995. *Amerika* — Kanada: Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollwesen in Aushandlung, — Vereinigte Staaten: Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollwesen in Aushandlung, — Argentinien: Rahmenabkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Argentinischen Republik (ABl. Nr. L 295 vom 26. 10. 1990, S. 67), — Brasilien: Kooperationsrahmenabkommen, unterzeichnet am 29. Juni 1992 (ABl. Nr. L 262 vom 4. 11. 1995, S. 54), — Chile: Rahmenabkommen über Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Chile (ABl. Nr. L 79 vom 26. 3. 1991, S. 2), — SIECA (Ständiges Sekretariat des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration: Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama): Kooperationsrahmenabkommen, unterzeichnet am 23. April 1993, — Mexiko: Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Mexikanischen Staaten (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 2), — Paraguay: Rahmenabkommen über Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Paraguay (ABl. Nr. L 313 vom 30. 10. 1992, S. 72), — Uruguay: Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Östlich des Uruguay (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 2), — MERCOSUR: interregionales Abkommen in Aushandlung, — Lateinamerika: Verhandlungsdirektiven für ein Abkommen über die Kontrolle von Drogenvorprodukten voraussichtlich 1996. *Asien* — Korea: Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollwesen in Aushandlung, — Hongkong: laufende Sondierungsgespräche, — Indien: Abkommen über Partnerschaft und Entwicklung, am 1. August 1994 in Kraft getreten, — Macau: Handels- und Kooperationsabkommen, unterzeichnet am 15. Juni 1992, — Mongolei: Abkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterzeichnet am 16. Juni 1992, — Vietnam: Handels- und Kooperationsrahmenabkommen in Aushandlung, — Nepal: Verhandlungsdirektiven zur Zeit im Rat erörtert, — Sri Lanka: Abkommen über Partnerschaft und Entwicklung, paraphiert am 8. Dezember 1993, — China: laufende TH-Aktionen auf der Grundlage eines Briefwechsels, — EWOAN: Abkommen über die Kontrolle von Drogenvorprodukten in Aushandlung.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 6 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	2 000 000	700 000				
	KAPITEL B7-8 6 INSGESAMT	2 000 000	700 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 6 — EXTERNE ASPEKTE DER ZOLLPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 6 0	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken die ordnungsgemäße Durchführung und Koordinierung der Zusammenarbeit im Zollwesen und die Amtshilfe für Drittländer im Zoll- und Steuerbereich. Über die Harmonisierung und Vereinfachung der Zollverfahren soll ein Beitrag geleistet werden zur Entwicklung des Handels mit Drittländern, zur wirksameren Bekämpfung betrügerischer Maßnahmen im internationalen Handel und des unlauteren Handels mit Drogenvorprodukten, Kunstwerken, Nuklearmaterial usw., und zur Unterstützung der in Essen beschlossenen globalen Heranführungsstrategie für die assoziierten Länder.

Die operationellen Mittel umfassen im wesentlichen:

— Finanzierung von Monitoringaktionen, Arbeitsgruppen, Pilotmaßnahmen sowie von Seminaren mit Verwaltungsbeamten der Drittländer,

— Finanzierung von Studien, Analysen oder Simulationen,

— Finanzierung von Informationsaktionen und Kommunikationsprogrammen,

— Finanzierung von Hilfs-, Ausbildungs- und TH-Aktionen für die Drittländer,

— finanzielle Beteiligung an Kommunikations- und Informationsaktionen der Drittländer und externer Stellen,

— Finanzierung bilateraler und multilateraler Sitzungen zwischen der Europäischen Union und den Drittländern sowie die Teilnahme an diesen Veranstaltungen.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	2 000 000		700 000	700 000	600 000	
Insgesamt	2 000 000		700 000	700 000	600 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 7 — FÖRDERUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-8 7						
B7-8 7 0	***Abkommen über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern*** Getrennte Mittel	8 500 000	7 500 000	8 250 000	7 000 000	8 087 061,86	7 092 983,72
B7-8 7 1	***Ausgleich für die AKP-Bananenerzeugnisse*** Getrennte Mittel	40 000 000	40 000 000	40 000 000	40 000 000	13 996 781,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 7 — FÖRDERUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-8 7 0

Vormals Posten B7-5 0 2 0

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung verschiedener Aktionen, die im Rahmen der Kooperationsabkommen mit den ASEAN-Ländern, Macau, Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, China, Mexiko, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Chile, dem Andenpakt, dem ehemaligen Jugoslawien, Kanada, Rumänien, der Mongolei, Israel und der Arabischen Republik Jemen, Zentralamerika und den Golfstaaten, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Bulgarien, Polen, den unabhängigen Staaten der ehemaligen UdSSR und gegebenenfalls anderen Ländern, die Kooperationsabkommen im Laufe des Jahres unterzeichnet haben, in den Bereichen Industrie, Wissenschaft und Technik, Energie, Bergbau, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Fischerei durchgeführt werden.

Sie sollen auch die Ausgaben für folgende Aktionen decken:

— dynamische Unterstützung der von der Kommission geführten Wirtschafts- und Handelsverhandlungen in ihrer Gesamtheit (Statistiken, Studien, Simulationen etc.);

— Überwachung der Einhaltung der Abkommen durch die jeweiligen Drittländer. Dabei geht es — mit anderen Worten — um die Überwachung der Umsetzung der eingegangenen multilateralen bzw. bilateralen Verpflichtungen in die Rechtsordnung der betroffenen Drittländer in Form entsprechender Rechtsvorschriften;

— Bewertung der Auswirkungen dieser Abkommen auf die einzelnen Produktionszweige der Gemeinschaftswirtschaft.

Dieser Artikel deckt auch die Ausgaben im Rahmen der technischen Unterstützung und der Seminare über das APS der Europäischen Union und andere Aspekte des Zugangs zum Markt der Europäischen Union.

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	12 032 036	5 000 000	2 500 000	2 500 000	2 032 036	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	8 250 000	2 000 000	3 000 000	2 000 000	1 250 000	
Mittel 1996	8 500 000		2 000 000	3 000 000	2 000 000	1 500 000
Insgesamt	28 782 036	7 000 000	7 500 000	7 500 000	5 282 036	1 500 000

B7-8 7 1

Vormals Posten B7-5 0 2 3

Verordnung (EG) Nr. 2686/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einführung eines besonderen Hilfesystems für traditionelle AKP-Bananenlieferanten (ABl. Nr. L 286 vom 5. 11. 1994, S. 1).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Hilfe und der Einkommensbeihilfen für die AKP-Erzeuger nach der Einführung einer gemeinsamen Marktorganisation für Bananen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 7 — FÖRDERUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 7 1	*(Fortsetzung)*						
B7-8 7 2	***Förderung der Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Lateinamerika, Asien, dem Mittelmeerraum und Südafrika im Rahmen der Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit***						
	Getrennte Mittel	50 000 000	45 000 000	42 000 000	35 000 000	38 977 632,50	26 943 009,23

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 7 — FÖRDERUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-8 7 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 40 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	13 996 781	13 000 000		996 781		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	40 000 000	27 000 000	13 000 000			
Mittel 1996	40 000 000		27 000 000	13 000 000		
Insgesamt	93 996 781	40 000 000	40 000 000	13 996 781		

B7-8 7 2 *Vormals Artikel B7-5 0 0*

Verordnung (EWG) Nr. 319/92 des Rates vom 3. Februar 1992 über das Finanzinstrument „EC Investment Partners" für die Länder Lateinamerikas, Asiens und des Mittelmeerraums (ABl. Nr. L 35 vom 12. 2. 1992, S. 1).

Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 6/95 vom 22. Mai 1995 im Hinblick auf die Annahme der Verordnung (EG) des Rates über die Anwendung des Finanzinstruments „EC Investment Partners" für Länder Lateinamerikas, Asiens, des Mittelmeerraums und Südafrika (ABl. Nr. C 160 vom 26. 6. 1995, S. 8).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von verschiedenen Aktionen zur Förderung von Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Lateinamerika, Asien und dem Mittelmeerraum, die mit der Gemeinschaft Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit geschlossen haben.

Diese Mittel sollen auch ähnliche Maßnahmen in Südafrika finanzieren, die u.a. den Bestimmungen des Interimsabkommens zwischen der Europäischen Union und Südafrika entsprechen.

Die geplanten Maßnahmen umfassen insbesondere die Förderung und Finanzierung von Joint-ventures von Unternehmen der Gemeinschaft und der begünstigten Länder über ein Netz von Banken und Investitionsförderungseinrichtungen. Sie sind vorrangig für kleine und mittlere Unternehmen, einschließlich Unternehmen der Gemeinwirtschaft, bestimmt. Die finanzielle Unterstützung wird entweder in Form von Zuschüssen oder von kurzfristigen Darlehen und Risikokapitalbeiträgen geleistet, die nur bei Erfolg rückzahlbar sind.

Förderwürdig im Rahmen des „EC Investment Partners" sind:

— Maßnahmen der Projekt- und Partnerfindung,

— Durchführbarkeitsstudien und andere Maßnahmen zur Gründung von Gemeinschaftsunternehmen oder zur Förderung von Investitionen,

— Kapitalbedarf,

— Ausbildung, technische Hilfe oder Managementunterstützung.

Dieser Artikel deckt außerdem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Konferenzen und Kongresse, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar zur Erreichung des Ziels der Aktion dienen, deren Bestandteil sie sind; ausgenommen sind Ausgaben, die in den Bereich der Verwaltung dieser Aktionen oder der allgemeinen Verwaltung fallen (siehe Mitteilung der Kommission vom 22. April 1992).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 7 — FÖRDERUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-8 7 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	98 500 000	92 500 000	90 250 000	82 000 000	61 061 475,36	34 035 992,95
	KAPITEL B7-8 6 INSGESAMT	98 500 000	92 500 000	90 250 000	82 000 000	61 061 475,36	34 035 992,95
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	376 950 000	358 500 000	337 570 000	327 160 000	336 619 310,20	187 781 503,33
	Titel B7-8 insgesamt	**376 950 000**	**358 500 000**	**337 570 000**	**327 160 000**	**336 619 310,20**	**187 781 503,33**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

KAPITEL B7-8 7 — FÖRDERUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-8 7 2	*(Fortsetzung)* Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	50 092 014	20 000 000	10 000 000	10 000 000	10 092 014	
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	42 000 000	15 000 000	10 000 000	17 000 000		
Mittel 1996	50 000 000		25 000 000	20 000 000	5 000 000	
Insgesamt	142 092 014	35 000 000	45 000 000	47 000 000	15 092 014	

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-9

RESERVE

KAPITEL B7-9 1 — SOFORTHILFERESERVE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-9 1						
B7-9 1 0	***Soforthilfereserve*** Getrennte Mittel	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	KAPITEL B7-9 1 INSGESAMT	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	Titel B7-9 insgesamt	**326 000 000**	**326 000 000**	**323 000 000**	**323 000 000**	**0,—**	**0,—**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	5 428 583 000	4 466 436 000	5 012 023 000	4 017 951 000	4 349 142 201,99	3 132 217 636,15
	Teileinzelplan B7 insgesamt	**5 428 583 000**	**4 466 436 000**	**5 012 023 000**	**4 017 951 000**	**4 349 142 201,99**	**3 132 217 636,15**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Außenpolitische Maßnahmen)

TITEL B7-9

RESERVE

KAPITEL B7-9 1 — SOFORTHILFERESERVE

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-9 1 0	Interinstitutionelle Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und Verbesserung des Haushaltsverfahrens (ABl. Nr. C 331 vom 7. 12. 1993, S. 1). Gemäß den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburg vom 11. und 12. Dezember 1992 sind die Organe übereingekommen, eine Reserve für Soforthilfen in den Haushaltsplan einzusetzen. Diese Reserve dient gemäß Absatz 15 Buchstabe c) der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 dazu, im Falle von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar sind, einen punktuellen Bedarf an Hilfeleistungen, vorrangig für humanitäre Zwecke, zu decken. Wenn die Kommission es für notwendig hält, auf diese Reserve zurückzugreifen, beruft sie innerhalb kürzester Frist eine Sitzung der drei Organe ein, um von den beiden Teilen der Haushaltsbehörde das Einverständnis dafür zu erhalten, daß diese Reserve in Höhe des erforderlichen Betrags in Anspruch genommen wird. Die Bereitstellung dieser Reserve erfolgt durch Übertragung auf die betreffenden Haushaltslinien.

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B8

GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-0	**GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**						
B8-0 1	GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK	32 000 000	46 250 000	11 500 000	31 500 000	20 000 000,—	24 145 343,51
	Titel B8-0 insgesamt	**32 000 000**	**46 250 000**	**11 500 000**	**31 500 000**	**20 000 000,—**	**24 145 343,51**
	Teileinzelplan B8 insgesamt	**32 000 000**	**46 250 000**	**11 500 000**	**31 500 000**	**20 000 000,—**	**24 145 343,51**

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

TITEL B8-0

GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-0 1						
B8-0 1 0	***Gemeinsame Aktion der Europäischen Union in Mostar***						
	Getrennte Mittel	32 000 000	36 250 000	10 000 000 (1)	30 000 000 (2)	20 000 000,—	24 145 343,51
B8-0 1 1	***Gemeinsame Aktion der Europäischen Union für einen Stabilitätspakt***						
	Getrennte Mittel	—	—	1 000 000	1 000 000		

(1) Mittel in Höhe von 50 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 35 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

TITEL B8-0

GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen

B8-0 1 0 *Vormals Artikel B8-1 0 0*

Beschluß 95/23/GASP des Rates vom 6. Februar 1995 zur Ergänzung des Beschlusses 94/790/GASP über die vom Rat aufgrund von Artikel J.3 des Vertrags über die Europäische Union beschlossene gemeinsame Aktion zur weiteren Unterstützung der Verwaltung der Stadt Mostar durch die Europäische Union (ABl. Nr. L 33 vom 13. 2. 1995, S. 1).

Diese Mittel dienen der Finanzierung der gemeinsamen Akton der Europäischen Union in Mostar.

Die für 1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 32 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen	10 004 657	9 250 000		754 657		
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	60 000 000 (1)	55 750 000	4 250 000			
Mittel 1996	32 000 000		32 000 000			
Insgesamt	102 004 657	65 000 000 (2)	36 250 000	754 657		

(1) Davon sind 50 000 000 ECU bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 35 000 000 ECU bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B8-0 1 1 *Vormals Artikel B8-1 0 1*

Beschluß 94/367/GASP des Rates vom 14. Juni 1994 zur Fortsetzung der vom Rat auf der Grundlage von Artikel J.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommenen gemeinsamen Aktion betreffend die Eröffnungskonferenz für den Stabilitätspakt (ABl. Nr. L 165 vom 1. 7. 1994, S. 2).

Dieser Artikel dient der Finanzierung der gemeinsamen Aktion der Europäischen Union für den Stabilitätspakt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-0 1 1	*(Fortsetzung)*						
B8-0 1 2	***Gemeinsame Aktion der Europäischen Union für die Konferenz von 1995 über den Atomwaffensperrvertrag***						
	Getrennte Mittel	—	—	500 000	500 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B8-0 1 1 *(Fortsetzung)*

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	1 000 000	1 000 000				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	1 000 000	1 000 000	—			

B8-0 1 2 *Vormals Artikel B8-1 0 2*

Beschluß 94/509/GASP des Rates vom 25. Juli 1994 über die vom Rat aufgrund von Artikel J.3 des Vertrags über die Euroäische Union beschlossene gemeinsame Aktion zur Vorbereitung der für 1995 geplanten Konferenz der Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (ABl. Nr. L 205 vom 8. 8. 1994, S. 1).

Dieser Artikel dient der Finanzierung der gemeinsamen Aktion der Europäischen Union für die Konferenz 1995 über den Atomwaffensperrvertrag.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	500 000	500 000				
Mittel 1996	—		—			
Insgesamt	500 000	500 000	—			

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-0 1 3	***Sonstige gemeinsame Aktionen der Europäischen Union im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik***						
	Getrennte Mittel	p.m. (1)	10 000 000 (2)	p.m. (3)	p.m. (4)	0,—	0,—

(1) Mittel in Höhe von 30 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 22 000 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 48 500 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 38 500 000 ECU werden bei Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B8-0 1 3

Vormals Artikel B8-1 0 3

Diese Mittel sind vorgesehen für Aktionen, über die noch verhandelt wird, oder andere unvorgesehene Aktionen, die möglicherweise im Verlauf des Haushaltsjahres beschlossen werden.

Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995	48 500 000 (1)	38 500 000	10 000 000			
Mittel 1996	30 000 000 (1)		22 000 000	8 000 000		
Insgesamt	78 500 000	38 500 000 (1)	32 000 000 (2)	8 000 000		

(1) Diese Mittel sind bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 22 000 000 ECU bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-0 1 4	***Gemeinsame Aktion der Europäischen Union zum Wiederaufbau der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	32 000 000	46 250 000	11 500 000	31 500 000	20 000 000,—	24 145 343,51
	KAPITEL B8-0 1 INSGESAMT	32 000 000	46 250 000	11 500 000	31 500 000	20 000 000,—	24 145 343,51
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	32 000 000	46 250 000	11 500 000	31 500 000	20 000 000,—	24 145 343,51
	Titel B8-0 insgesamt	**32 000 000**	**46 250 000**	**11 500 000**	**31 500 000**	**20 000 000,—**	**24 145 343,51**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	32 000 000	46 250 000	11 500 000	31 500 000	20 000 000,—	24 145 343,51
	Teileinzelplan B8 insgesamt	**32 000 000**	**46 250 000**	**11 500 000**	**31 500 000**	**20 000 000,—**	**24 145 343,51**

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)

KAPITEL B8-0 1 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B8-0 1 4	*Neuer Artikel* Veranschlagt sind Mittel für den Fall, daß der Rat eine gemeinsame Aktion zugunsten des Wiederaufbaus der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken beschließt. Für 1996 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1995	1996	1997	1998	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1995 eingegangene, noch abzuwickelnde Verpflichtungen						
Übertragene und/oder wiederzuverwendende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1994						
Mittel 1995						
Mittel 1996	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B0

GARANTIEN, RESERVEN

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2	**GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN**						
B0-2 0	GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1	GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 2	GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 180 317,—	14 180 317,—
B0-2 3	RESERVE FÜR GARANTIEN	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
B0-2 4	EINZAHLUNGEN IN DEN GARANTIEFONDS	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	293 720 000,—	293 720 000,—
	Titel B0-2 insgesamt	**326 000 000**	**326 000 000**	**323 000 000**	**323 000 000**	**307 900 317,—**	**307 900 317,—**
B0-3	**AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT**						
B0-3 0	AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Titel B0-3 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**	**0,—**
B0-4	**RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN**						
B0-4 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	629 320 000	392 370 000	494 950 000	819 650 000	0,—	0,—
B0-4 1	RESERVE FÜR WIEDERVERWENDUNGEN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-4 2	NEGATIVE RESERVE	– 200 000 000	– 100 000 000				
	Titel B0-4 insgesamt	**429 320 000**	**292 370 000**	**494 950 000**	**819 650 000**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-5	**AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN**						
B0-5 0	AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN	701 000 000	701 000 000	1 547 000 000	1 547 000 000		
	Titel B0-5 insgesamt	**701 000 000**	**701 000 000**	**1 547 000 000**	**1 547 000 000**		
	Teileinzelplan B0 insgesamt	**1 456 320 000**	**1 319 370 000**	**2 364 950 000**	**2 689 650 000**	**307 900 317,—**	**307 900 317,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-2

GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-2 0						
B0-2 0 0	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 0 1	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Euratom-Anleihen***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-2

GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 0 0	Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über Gemeinschaftsanleihen (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 682/81 des Rates vom 16. März 1981 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1981, S. 1). Entscheidung 83/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1983 bezüglich einer Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Französischen Republik (ABl. Nr. L 153 vom 11. 6. 1983, S. 44). Verordnung (EWG) Nr. 1131/85 des Rates vom 30. April 1985 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 118 vom 1. 5. 1985, S. 59). Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23) und insbesondere die Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Anwendung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zugunsten Portugals, enthalten in der Schlußakte. Entscheidung 85/543/EWG des Rates vom 9. Dezember 1985 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 341 vom 19. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 des Rates vom 24. Juni 1988 zur Einführung eines einheitlichen Systems des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 178 vom 8. 7. 1988, S. 1). Entscheidung 91/136/EWG des Rates vom 4. März 1991 über ein Darlehen der Gemeinschaft an die Griechische Republik (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 22). Entscheidung 93/67/EWG des Rates vom 18. Januar 1993 über ein Darlehen der Gemeinschaft an die Italienische Republik (ABl. Nr. L 22 vom 30. 1. 1993, S. 121). Die Bürgschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bezieht sich auf die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die auf diese Weise den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 14 Milliarden ECU begrenzt. Dieser Artikel deckt die Ausfallbürgschaft der Europäischen Union ab. Er erlaubt es der Kommission, den Schuldendienst an Stelle der säumigen Schuldner zu leisten. Erforderlichenfalls wird der Artikel durch Übertragung oder durch Wiederverwendung der Beträge, die in Anwendung von Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zurückgezahlt werden oder aber durch einen Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplan mit Mitteln ausgestattet. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 0 1	Beschluß 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 9). Beschluß 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 11). Beschluß 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 12 vom 17. 1. 1980, S. 28). Beschluß 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 21).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B0-2 0 2	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 0 1	*(Fortsetzung)* Beschluß 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 334 vom 12. 12. 1985, S. 23). Beschluß 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 3. 5. 1990, S. 26). Der Höchstbetrag der genehmigten Anleihen beträgt 4 Milliarden ECU, davon 500 000 000 ECU genehmigt mit Beschluß 77/270/Euratom, 500 000 000 ECU genehmigt mit Beschluß 80/29/Euratom, 1 Milliarde ECU genehmigt mit Beschluß 82/170/Euratom, 1 Milliarde ECU genehmigt mit Beschluß 85/537/Euratom und 1 Milliarde ECU genehmigt mit Beschluß 90/212/Euratom. Dieser Artikel deckt die Ausfallbürgschaft der Europäischen Union ab. Er erlaubt es der Kommission, den Schuldendienst an Stelle der säumigen Schuldner zu leisten. Erforderlichenfalls wird der Artikel durch Übertragung oder durch Wiederverwendung der Beträge, die in Anwendung von Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zurückgezahlt werden, oder aber durch einen Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplan mit Mitteln ausgestattet. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 0 2	Beschluß 78/870/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 298 vom 25. 10. 1978, S. 9). Beschluß 79/486/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 über die Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 125 vom 22. 5. 1979, S. 16). Beschluß 80/739/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 205 vom 17. 8. 1980, S. 19). Beschluß 80/1103/EWG des Rates vom 25. November 1980 über die Verwendung eines Teils der zweiten Anleihetranche in Ergänzung des Beschlusses 80/739/EWG über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 326 vom 2. 12. 1980, S. 19). Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21). Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27). Beschluß 82/169/EWG des Rates vom 15. März 1982 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 19). Beschluß 82/268/EWG des Rates vom 26. April 1982 über die Anwendung des Beschlusses 82/169/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 116 vom 30. 4. 1982, S. 16). Beschluß 83/200/EWG des Rates vom 19. April 1983 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 28. 4. 1983, S. 26). Beschluß 83/308/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen aufzunehmen, um die Investitionen in der Gemeinschaft zu fördern (ABl. Nr. L 164 vom 23. 6. 1983, S. 31). Beschluß 84/383/EWG des Rates vom 23. Juli 1984 über die Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 53).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 0 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-2 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL B0-2 1						
B0-2 1 0	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn***						
B0-2 1 0 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die beiden ersten Tranchen eines Anleiheprogramms der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 0 2	*(Fortsetzung)* Beschluß 87/182/EWG des Rates vom 9. März 1987 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1987, S. 34). Der Höchstbetrag der genehmigten Anleihen beträgt 6 830 000 000 ECU. Davon entfallen 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 78/870/EWG genehmigten Anleihen, 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 82/169/EWG genehmigten Anleihen und 1 080 000 000 ECU auf die durch die Beschlüsse 81/19/EWG und 81/1013/EWG genehmigten Anleihen sowie 3 Milliarden ECU auf die durch Beschluß 83/200/EWG und 750 000 000 ECU durch Beschluß 87/182/EWG genehmigten Anleihen. Der Höchstbetrag ist um die von der Europäischen Investitionsbank aus eigenen Mitteln für den gleichen Zweck gewährten Darlehen zu verringern. Dieser Artikel deckt die Ausfallbürgschaft der Europäischen Union ab. Er erlaubt es der Kommission, den Schuldendienst an Stelle der säumigen Schuldner zu leisten. Erforderlichenfalls wird der Artikel durch Übertragung oder durch Wiederverwendung der Beträge, die in Anwendung von Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), zurückgezahlt werden, oder aber durch einen Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplan mit Mitteln ausgestattet. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Falle findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 0	
B0-2 1 0 0	Beschluß 90/83/EWG des Rates vom 22. Februar 1990 über die Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990, S. 7). Beschluß 90/681/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über einen zweiten Teilbetrag der mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 18). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) der ersten beiden Tranchen in Höhe von 350 000 000 ECU und 260 000 000 ECU eines Anleiheprogramms im Umfang von maximal 870 000 000 ECU übernehmen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 0	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 0 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Artikel B0-2 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 1	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die ehemalige Sowjetunion und ihre Republiken*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 0	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 0 0	*(Fortsetzung)* Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 0 1	Entscheidung 91/310/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 34). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) eines Darlehens mit einem Gesamtumfang von maximal 180 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 1	Beschluß 91/658/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über ein mittelfristiges Darlehen für die Sowjetunion und ihre Republiken (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1991, S. 89). Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 1 250 000 000 ECU von einer Höchstlaufzeit von 3 Jahren übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf die Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 2	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Tschechische Republik und die Slowakische Republik***						
B0-2 1 2 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Tschechische Republik Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 2 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Slowakische Republik Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 2	
B0-2 1 2 0	Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe an die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24). Die Trennung vom 1. Januar 1993 zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik hat sich in einer Änderung des Darlehensvertrags bezüglich der Aufteilung des Darlehensbetrags zwischen den beiden betroffenen Republiken niedergeschlagen. Der Anteil der Tschechischen Republik beläuft sich auf 250 Millionen ECU und der der Slowakischen Republik auf 125 Millionen ECU. Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 250 Millionen ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 2 1	Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe an die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24). Die Trennung vom 1. Januar 1993 zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik hat sich in einer Änderung des Darlehensvertrags zur Aufteilung des Darlehensbetrags zwischen den beiden betroffenen Republiken niedergeschlagen. Der Anteil der Tschechischen Republik beläuft sich auf 250 Millionen ECU und der der Slowakischen Republik auf 125 Millionen ECU. Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 125 Millionen ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 2	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 2 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer ergänzenden Finanzhilfe für die Slowakische Republik Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Artikel B0-2 1 2 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 3	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien***						
B0-2 1 3 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 3 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer weiteren mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 2	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 2 2	Beschluß 94/939/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine ergänzende Finanzhilfe für die Slowakische Republik (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1994, S. 30). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 130 Millionen ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 3	
B0-2 1 3 0	Beschluß 91/311/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 36). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 290 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 3 1	Beschluß 92/511/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 317 vom 31. 10. 1992, S. 94). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. April 1994, zur Änderung des Beschlusses 92/511/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 zur Aufstockung der mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. C 134 vom 17. 5. 1994, S. 26). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 150 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 3	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B0-2 1 3 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 4	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Anleiheprogrammme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien***						
B0-2 1 4 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 4 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer weiteren mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 3	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 3 1	*(Fortsetzung)* Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 4	
B0-2 1 4 0	Beschluß 91/384/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 64). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 375 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 4 1	Beschluß 92/551/EWG des Rates vom 27. November 1992 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 353 vom 3. 12. 1992, S. 30). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 80 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 4	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 4 2	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine dritte Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer weiteren mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Artikel B0-2 1 4 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 5	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für das Anleiheprogramm der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die baltischen Staaten***						
B0-2 1 5 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Estland Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 5 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Lettland Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 4	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 4 2	Beschluß 94/369/EG des Rates vom 20. Juni 1994 über eine weitere Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 29). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 125 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 5	
B0-2 1 5 0	Beschluß 92/542/EWG des Rates vom 23. November 1992 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1992, S. 29). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 40 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtraghaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf die Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 5 1	Beschluß 92/542/EWG des Rates vom 23. November 1992 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1992, S. 29). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 80 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtraghaushaltsplans bereitgestellt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 5	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 5 1	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 5 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Litauen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Artikel B0-2 1 5 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 6	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Euratom-Anleihen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der GUS*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 5	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 5 1	*(Fortsetzung)* Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 5 2	Beschluß 92/542/EWG des Rates vom 23. November 1992 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1992, S. 29). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 100 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf die Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 6	Beschluß 94/179/Euratom des Rates vom 21. März 1994 zur Änderung des Beschlusses 77/270/Euratom zwecks Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Finanzbeitrag zur Verbesserung des Wirkungsgrads und der Sicherheit von Kernkraftanlagen in bestimmten Drittländern Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1994, S. 41). Zur Rechtsgrundlage der Euratom-Darlehen siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 0 1. Der Höchstbetrag der Euratom-Anleihen für die Mitgliedstaaten und Drittländer beläuft sich, wie in Artikel B0-2 0 1 angegeben, auf insgesamt 4 Milliarden ECU. Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf die Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 7	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten Israels*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 8	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für das Anleiheprogramm der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Unterstützung für Algerien***						
B0-2 1 8 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 8 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Zuteilung einer weiteren Finanzhilfe für Algerien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 7	Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33). Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 160 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 8	
B0-2 1 8 0	Beschluß 91/510/EWG des Rates vom 23. September 1991 über die Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien (ABl. Nr. L 272 vom 28. 9. 1991, S. 90). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 400 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 8 1	Beschluß 94/938/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine weitere Finanzhilfe für Algerien (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1994, S. 28). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 200 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 8	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 8 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B0-2 1 8 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 9	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für das Anleiheprogramm der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)***						
B0-2 1 9 0	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer Finanzhilfe für die Republik Moldau Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 9 1	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Zuteilung einer Finanzhilfe für die Ukraine Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 8	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 8 1	*(Fortsetzung)* Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 9	
B0-2 1 9 0	Beschluß 94/346/EG des Rates vom 13. Juni 1994 über eine Finanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. Nr. L 155 vom 22. 6. 1994, S. 27). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 45 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 9 1	Beschluß 94/940/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. Nr. 366 vom 31. 12. 1994, S. 32). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 85 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 9	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 9 2	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Zuteilung einer Finanzhilfe für Weißrußland Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
B0-2 1 9 3	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Zuteilung einer zusätzlichen Finanzhilfe für die Republik Moldau Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
B0-2 1 9 4	Garantie der Europäischen Gemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Zuteilung einer weiteren Finanzhilfe für die Ukraine Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 9	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 9 2	Beschluß 95/132/EG des Rates vom 10. April 1995 über eine Finanzhilfe für Belarus (ABl. Nr. L 89 vom 21. 4. 1995, S. 28). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 75 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 9 3	*Neuer Posten* Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. November 1995, über die Zuteilung einer zusätzlichen Finanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. Nr. C 15 vom 20. 1. 1996, S. 11). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 15 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 9 4	*Neuer Posten* Beschluß 95/442/EG des Rates vom 23. Oktober 1995 über eine weitere Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. Nr. L 258 vom 28. 10. 1995, S. 63). Bei diesem Posten wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Posten bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 200 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 9	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 9 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B0-2 1 9 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-2 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL B0-2 2						
B0-2 2 0	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer des Mittelmeerraumes***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 180 317,—	14 180 317,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 9	*(Fortsetzung)*
B0-2 1 9 4	*(Fortsetzung)* Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 2 0	Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 (Soforthilfe für Portugal). Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1). Beschluß des Rates vom 19. Oktober 1976 (Abkommen mit Jugoslawien). Beschluß des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeerprotokolle). Beschluß des Rates vom 20. Dezember 1977 (außerordentliche Hilfe für Libanon). Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2217/78 des Rates vom 26. September über den Abschluß des Ergänzungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel sowie des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 270 vom 27. 9. 1978, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 2 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 2 0	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 2237/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Ergänzungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Portugal (ABl. L 274 vom 29. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1).
	Beschluß 79/281/EWG des Rates vom 5. März 1979 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. L 67 vom 17. 3. 1979, S. 14).
	Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluß des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. Nr. L 130 vom 27. 5. 1980, S. 98).
	Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1).
	Beschluß des Rates vom 4. Juni 1981 (finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien).
	Beschluß des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau in Libanon).
	Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8).
	Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15).
	Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 22).
	Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29).
	Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36).
	Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43).
	Beschluß des Rates vom 17. Oktober 1983 (Fortsetzung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal).
	Verordnung (EWG) Nr. 3354/83 des Rates vom 22. November 1983 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 335 vom 30. 11. 1983, S. 7).
	Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37).
	Beschluß des Rates vom 18. Juni 1984 (Schreiben des Präsidenten des Rates der Europäischen Investitionsbank, mit dem eine zweite Verlängerung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal empfohlen wird).
	Beschluß des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).
	Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S. 1).
	Beschluß 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. L 389 vom 31. 12. 1987, S. 65).
	Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 2 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 2 0	*(Fortsetzung)*
	Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9).
	Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17).
	Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25).
	Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33).
	Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32).
	Beschluß 88/597/EWG des Rates vom 21. November 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 327 vom 30. 11. 1988, S. 51).
	Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46).
	Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 32).
	Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1991, über den Abschluß des dritten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. C 134 vom 24. 5. 1991, S. 5).
	Beschluß 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 18 vom 25. 1. 1992, S. 34).
	Beschluß 92/206/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 13).
	Beschluß 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 21).
	Beschluß 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 29).
	Beschluß 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 37).
	Beschluß 92/210/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 45).
	Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 5).
	Beschluß 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 13).
	Beschluß 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 21).
	Beschluß 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. Nr. L 189 vom 29. 7. 1993, S. 152).
	Beschluß 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 32 vom 5. 2. 1994, S. 44).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 2 0	*(Fortsetzung)*						
B0-2 2 1	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer Mittel- und Osteuropas***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 2 0	*(Fortsetzung)* Beschluß 95/484/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 14). Beschluß 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 22). In dem vorgenannten Beschluß des Rates vom 8. März 1977 übernimmt die Europäischen Union die Garantie für Darlehen, die im Rahmen der finanziellen Verpflichtungen der Europäischen Union gegenüber den Ländern des Mittelmeerraums von der Europäischen Investitionsbank gewährt werden. Aufgrund dieses Beschlusses wurden zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 30. Oktober 1978 (Brüssel) und am 10. November 1978 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, demzufolge eine globale Garantie in Höhe von 75 % der gesamten Mittel für Darlehen in folgenden Ländern eingerichtet wird: Malta, Tunesien, Algerien, Marokko, Portugal (Finanzprotokoll, Soforthilfe), Türkei, Zypern, Syrien, Israel, Jordanien, Ägypten, ehemaliges Jugoslawien und Libanon. Außerdem wurde aufgrund des Beschlusses des Rates vom 7. Oktober 1975 eine hundertprozentige Garantie für die Soforthilfe an Portugal vereinbart. Für jedes neue Finanzprotokoll wird ein neuer Rechtsakt über die Verlängerung des Bürgschaftsvertrags erstellt. Die Höhe der globalen Garantie wird in Teil D (Tabelle 3) des Anhangs II des Einnahmenplans dieses Einzelplans angegeben. Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) wahrnehmen. Die gegebenenfalls erforderlichen Mittel werden durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission vorläufig den Schuldendienst aus ihren Kassenmitteln sicherstellen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Die vorgenannte Anlage II enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 2 1	Beschluß 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 68). Beschluß 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 44). Beschluß 93/166/EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Gewährung einer Gemeinschaftsgarantie an die Europäische Investitionsbank bei Verlusten aus Darlehen für Investitionsvorhaben in Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 42). Beschluß 93/696/EG des Rates vom 13. Dezember 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien (ABl. Nr. L 321 vom 23. 12. 1993, S. 27). Aufgrund des Beschlusses 90/62/EWG wurde zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 24. April 1990 (Brüssel) und am 14. Mai 1990 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag für die Darlehen an Ungarn und Polen unterzeichnet, sowie am 31. Juli 1991 in Brüssel und Luxemburg eine Ausweitung dieses Vertrags auf die Darlehen an die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien. Im Rahmen dieses Bürgschaftsvertrags wurde am 19. Januar 1993 in Brüssel und am 4. Februar 1993 in Luxemburg eine Urkunde unterzeichnet, die vorsieht, daß die Tschechische Republik und die Slowakische Republik ab dem 1. Januar 1993 an die Stelle der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik treten. Aufgrund des Beschlusses 93/696/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank ein Bürgschaftsvertrag geschlossen, der am 22. Juli 1994 (Brüssel) bzw. am 12. August 1994 (Luxemburg) unterzeichnet wurde. Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für Darlehen der Europäischen Investitionsbank in einer Gesamthöhe von maximal 4 700 000 000 ECU übernehmen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 2 1	*(Fortsetzung)*						
B0-2 2 2	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an andere Drittländer***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 2 3	***Garantie der Gemeinschaft zur Gewährleistung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmittel in die ehemalige Sowjetunion***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 2 1	*(Fortsetzung)* Die gegebenenfalls erforderlichen Mittel werden durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 2 2	Beschluß 93/115/EWG des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. Februar 1993, zur Gewährung einer Bürgschaft der Gemeinschaft an die Europäische Investitionsbank für etwaige Verluste aus Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (ABl. Nr. L 45 vom 23. 2. 1993, S. 27). Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 93/115/EWG übernimmt die Europäischen Union die Garantie für die Darlehen, die von der Europäischen Investitionsbank fallweise in anderen Drittländern vergeben werden. Auf der Grundlage des Beschlusses 93/115/EWG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank ein Bürgschaftsvertrag geschlossen, der am 4. November 1993 (Brüssel) und am 17. November 1993 (Luxemburg) unterzeichnet wurde. Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) im Zusammenhang mit Darlehen der Europäischen Investitionsbank im Gesamtbetrag von maximal 250 000 000 ECU jährlich während eines Zeitraums von 3 Jahren übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 2 3	Verordnung (EWG) Nr. 599/91 des Rates vom 5. März 1991 über eine Kreditbürgschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3281/91 (ABl. Nr. L 310 vom 12. 11. 1991, S. 1). Die Verordnung (EWG) Nr. 599/91 liegt einem zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem von der Deutschen Bank vertretenen Bankenkonsortium am 26. November 1991 unterzeichneten Kreditbürgschaftsvertrag zugrunde, durch den der ehemaligen Sowjetunion Darlehen gewährt werden. In einem Übereinkommen zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen Sowjetunion von 26. November 1991 werden die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten für die Verwendung der Mittel festgelegt. Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners — und bis zu einem Betrag von maximal 500 000 000 ECU — den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von 408 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 3 — RESERVE FÜR GARANTIEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 2 4	***Garantie der Europäischen Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Südafrika***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 180 317,—	14 180 317,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-2 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	14 180 317,—	14 180 317,—
	KAPITEL B0-2 3						
B0-2 3 0	***Reserve für Darlehen und Darlehensgarantien für und in Drittländern***						
	Nichtgetrennte Mittel	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 2 — GARANTIE FÜR DARLEHEN VON DRITTORGANEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 3 — RESERVE FÜR GARANTIEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 2 4	Beschluß 95/207/EG des Rates vom 1. Juni 1995 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Südafrika (ABl. Nr. L 131 vom 15. 6. 1995, S. 1). Aufgrund des Beschlusses 95/207/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 4. Oktober 1995 (Brüssel) und am ... (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet. Bei diesem Artikel wird die von der Europäischen Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Die Kommission kann über diesen Artikel bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für Darlehen der EIB in einer Gesamthöhe von 300 000 000 ECU übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 3 0	Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1). Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5). Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 7). Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 3 — RESERVE FÜR GARANTIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 4 — EINZAHLUNGEN IN DEN GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 3 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-2 3 INSGESAMT	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	0,—	0,—
	KAPITEL B0-2 4						
B0-2 4 0	***Einzahlung in den Garantiefonds für neue Transaktionen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	293 720 000,—	293 720 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	293 720 000,—	293 720 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-2 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	293 720 000,—	293 720 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	326 000 000	326 000 000	323 000 000	323 000 000	307 900 317,—	307 900 317,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B0-2 insgesamt	**326 000 000**	**326 000 000**	**323 000 000**	**323 000 000**	**307 900 317,—**	**307 900 317,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 3 — RESERVE FÜR GARANTIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-2 4 — EINZAHLUNGEN IN DEN GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 3 0	*(Fortsetzung)* Diese Mittel haben rein vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie nach dem in der Haushaltsordnung dafür vorgesehenen Verfahren auf andere Haushaltslinien übertragen worden sind.
B0-2 4 0	Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1). Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5). Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 7). Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14). Bei diesem Artikel werden die in Artikel 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 vorgesehenen Zahlungen eingesetzt. Die erforderlichen Mittel wurden zuvor gemäß Artikel 26 Absatz 11 der Haushaltsordnung, zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94, aus Kapitel B0-2 3 übertragen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-3

AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

KAPITEL B0-3 0 — AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-3 0						
B0-3 0 0	***Aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr übertragenes Defizit***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-3 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B0-3 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-3

AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

KAPITEL B0-3 0 — AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-3 0 0	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 5). Gemäß Artikel 32 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuß oder ein Defizit handelt — auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite des Haushaltsplans des darauffolgenden Haushaltsjahres verbucht. Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens oder gegebenenfalls im Wege eines Berichtigungsschreibens gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung in den Haushaltsplan eingesetzt. Diese Beträge werden gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 ermittelt. Nach Vorlage der Rechnungen jedes Haushaltsjahres wird der Unterschiedsbetrag im Verhältnis zu den Schätzungen durch Inanspruchnahme des Verfahrens des Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans in den Haushaltsplan des darauffolgenden Haushaltsjahres eingesetzt. Überschüsse werden bei Artikel 3 0 0 des Einnahmenansatzes eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-4

RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-4 0						
	Nichtgetrennte Mittel	69 500 000	69 500 000	8 500 000	8 500 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel	559 820 000	322 870 000	486 450 000	811 150 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-4

RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen			
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).			
	Die Mittel dieses Kapitels haben rein vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie nach dem in der Haushaltsordnung dafür vorgesehenen Verfahren auf andere Kapitel übertragen worden sind. (Die Verpflichtungsermächtigungen stehen in Klammern.)			
	Der Gesamtbetrag der Mittel ist wie folgt aufgegliedert:			
	1. Posten	B1-1 5 0 9	Sonstige Interventionen	13 000 000
	2. Posten	B1-2 0 6 2	Maßnahmen zur Marktentwicklung	500 000
	3. Artikel	B1-3 0 0	Erstattungen für in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführtes Getreide	41 000 000
	4. Artikel	B1-3 6 0	Kontroll- und Vorbeugungsmaßnahmen im Bereich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie	15 000 000
	5. Artikel	B2-1 4 8	Reserve für frühere und künftige Maßnahmen	(62 200 000)
	6. Artikel	B2-5 1 1	Kontrollen in der Landwirtschaft	(13 000 000)
	7. Artikel	B3-3 0 6	PRINCE — Programm zur Information den Europäischen Bürgers-Informationsaktionen für spezifische Politiken	35 000 000 (35 000 000)
	8. Posten	B3-4 0 0 5	Europäisches Zentrum für Arbeitsbeziehungen	1 500 000 (1 500 000)
	9. Posten	B3-4 1 0 3	Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung	1 000 000 (2 000 000)
	10. Posten	B3-4 1 0 4	Maßnahmen zugunsten der älteren Menschen und der Familien	1 500 000 (2 000 000)
	11. Artikel	B3-4 2 0	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	1 000 000 (1 000 000)
	12. Posten	B3-4 3 1 1	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	500 000 (500 000)
	13. Posten	B4-1 0 0 0	THERMIE II (Gemeinschaftsprogramm zur finanziellen Unterstützung der Förderung der Energietechnologie in Europa)	2 000 000 (6 000 000)
	14. Posten	B4-3 1 0 1	Zuschüsse an die Europäische Umweltagentur	1 500 000 (1 500 000)
	15. Artikel	B5-1 0 0	Vertretung der Verbraucher, Aktionen und Zugang zum Recht	2 500 000 (2 500 000)

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten			Erläuterungen	
	16. Artikel	B5-1 0 2	Information der Verbraucher	3 000 000 (4 000 000)
	17. Artikel	B5-1 0 5	Qualität, Sicherheit und Kontrollen: Waren und Dienstleistungen	1 000 000 (1 000 000)
	18. Artikel	B5-3 0 2	Zuschuß an das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt	1 620 000 (1 620 000)
	19. Artikel	B5-3 0 6	Zuschuß für die Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln	2 750 000 (2 750 000)
	20. Artikel	B5-4 0 3	Förderung der mehrsprachigen Informationsgesellschaft	350 000 (2 000 000)
	21. Artikel	B5-7 0 0	Finanzielle Unterstützung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben in der Gemeinschaft	45 000 000 (70 000 000)
	22. Artikel	B5-7 1 0	Finanzielle Unterstützung der Energieinfrastruktur	(4 000 000)
	23. Artikel	B5-7 2 0	Transeuropäische Infrastrukturnetze im Telekommunikationsbereich	4 000 000 (4 500 000)
	24. Artikel	B5-7 2 1	IDA (Netze für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen)	7 500 000 (7 500 000)
	25. Artikel	B5-8 0 0	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres	1 900 000 (5 500 000)
	26. Artikel	B5-8 0 1	Europol-EDU (Europol-Drogenstelle)	3 750 000 (3 750 000)
	27. Posten	B7-4 0 3 4	Finanzhilfe für die Türkei	10 000 000 (22 000 000)
	28. Artikel	B7-4 1 1	MEDA (Begleitmaßnahmen zu den Reformen der Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den Mittelmeerdrittländern) — Zusätzliche Mittel	100 000 000 (200 000 000)
	29. Artikel	B7-5 0 1	Europäische Stiftung für die Förderung der Berufsbildung	2 500 000 (2 500 000)
	30. Artikel	B7-5 4 1	Maßnahmen für den Wiederaufbau der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken	20 000 000 (20 000 000)
	31. Posten	B7-6 0 0 2	Externe Kooperationsmaßnahmen	10 000 000 (10 000 000)

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-4 1 — RESERVE FÜR WIEDERVERWENDUNGEN

KAPITEL B0-4 2 — NEGATIVE RESERVE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	69 500 000	69 500 000	8 500 000	8 500 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	559 820 000	322 870 000	486 450 000	811 150 000	0,—	0,—
	KAPITEL B0-4 0 INSGESAMT	629 320 000	392 370 000	494 950 000	819 650 000	0,—	0,—
	KAPITEL B0-4 1						
B0-4 1 0	***Reserve für Wiederverwendungen*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL B0-4 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL B0-4 2						
B0-4 2 0	***Negative Reserve*** Getrennte Mittel	– 200 000 000	– 100 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B0-4 1 — RESERVE FÜR WIEDERVERWENDUNGEN

KAPITEL B0-4 2 — NEGATIVE RESERVE

Artikel Posten	Erläuterungen			
	32. Artikel	B7-8 0 0	Internationale Fischereiabkommen	35 000 000 (35 000 000)
	33. Artikel	B7-8 5 2	Zugang zu Drittlandsmärkten	6 000 000 (6 500 000)
	34. Artikel	B8-0 1 3	Sonstige gemeinsame Aktionen der Europäischen Union im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	22 000 000 (30 000 000)
			Nichtgetrennte Mittel insgesamt	69 500 000
			Getrennte Mittel insgesamt	322 870 000 (559 820 000)
			Insgesamt	392 370 000 (629 320 000)
B0-4 1 0	Diese Reserve dient zur Deckung eventueller Fehlbeträge der wiederzuverwendenden Mittel.			
B0-4 2 0	*Neuer Artikel* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).			

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-4 2 — NEGATIVE RESERVE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-4 2 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	– 200 000 000	– 100 000 000				
	KAPITEL B0-4 2 INSGESAMT	– 200 000 000	– 100 000 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	69 500 000	69 500 000	8 500 000	8 500 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	359 820 000	222 870 000	486 450 000	811 150 000	0,—	0,—
	Titel B0-4 insgesamt	**429 320 000**	**292 370 000**	**494 950 000**	**819 650 000**	**0,—**	**0,—**

KAPITEL B0-4 2 — NEGATIVE RESERVE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-4 2 0	*(Fortsetzung)* Diese negative Reserve stellt im Haushaltsplan den Ausgleich für die Finanzierung von Aktionen dar, die keine Mitteldeckung aufweisen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-5

AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B0-5 0 — AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-5 0						
B0-5 0 0	***Ausgleichszahlungen für die neuen Mitgliedstaaten*** Nichtgetrennte Mittel	701 000 000	701 000 000	1 547 000 000	1 547 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

TITEL B0-5

AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B0-5 0 — AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-5 0 0	Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens. Interinstitutionelle Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (ABl. Nr. C 331 vom 7. 12. 1993, S. 1), insbesondere Punkt 24. Beschluß des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1994 zur Anpassung der Finanziellen Vorausschau im Anhang zur Interinstitutionellen Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (ABl. Nr. C. 395 vom 31. 12. 1994, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für die Ausgleichszahlungen an die neuen Mitgliedstaaten ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Beitrittsakte am 1. Januar 1995 und gemäß den Bestimmungen dieser Akte.

Mitgliedstaaten	Artikel der Beitrittsakte	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
Österreich	81	106 000 000	583 000 000	
Finnland	109	163 000 000	476 000 000	
Schweden	134	432 000 000	488 000 000	
Insgesamt		701 000 000	1 547 000 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-5 0 — AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996		Mittel 1995		Ausgaben 1994	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	701 000 000	701 000 000	1 547 000 000	1 547 000 000		
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-5 0 INSGESAMT	701 000 000	701 000 000	1 547 000 000	1 547 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	701 000 000	701 000 000	1 547 000 000	1 547 000 000		
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B0-5 insgesamt	**701 000 000**	**701 000 000**	**1 547 000 000**	**1 547 000 000**		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 096 500 000	1 096 500 000	1 878 500 000	1 878 500 000	307 900 317,—	307 900 317,—
	Getrennte Mittel insgesamt	359 820 000	222 870 000	486 450 000	811 150 000	0,—	0,—
	Teileinzelplan B0 insgesamt	**1 456 320 000**	**1 319 370 000**	**2 364 950 000**	**2 689 650 000**	**307 900 317,—**	**307 900 317,—**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	42 355 000 000	42 355 000 000	38 574 000 000	38 574 000 000	33 278 321 340,43	33 278 321 340,43
	Getrennte Mittel insgesamt	40 041 838 000	35 404 819 000	37 270 405 000	32 863 193 000	30 247 422 673,78	21 402 734 924,53
	Teil B insgesamt	**82 396 838 000**	**77 759 819 000**	**75 844 405 000**	**71 437 193 000**	**63 525 744 014,21**	**54 681 056 264,96**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 696 735 349	2 696 735 349	2 587 612 356	2 587 612 356	2 402 915 562,43	2 402 915 562,43
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Teil A insgesamt	**2 696 735 349**	**2 696 735 349**	**2 587 612 356**	**2 587 612 356**	**2 402 915 562,43**	**2 402 915 562,43**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	45 051 735 349	45 051 735 349	41 161 612 356	41 161 612 356	35 681 236 902,86	35 681 236 902,86
	Getrennte Mittel insgesamt	40 041 838 000	35 404 819 000	37 270 405 000	32 863 193 000	30 247 422 673,78	21 402 734 924,53
	GESAMTBETRAG	**85 093 573 349**	**80 456 554 349**	**78 432 017 356**	**74 024 805 356**	**65 928 659 576,64**	**57 083 971 827,39**

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-5 0 — AUSGLEICHSZAHLUNGEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION
Teil B

ANLAGE I

FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten

Titel B6-2 bis B6-4: Gemeinsame

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		
		1	2	3
		Personal	Technische und verwaltungstechnische Infrastruktur	Wissenschaftliche und technische Unterstützung
B6-2	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**			
B6-2 1	ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION			
B6-2 1 1	***Informationstechnologien***			
B6-2 1 1 3	Informationstechnologien	2 406 158	435 030	105 643
B6-2 1 2	***Industrietechnologien***			
B6-2 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien	15 569 354	3 289 867	734 249
B6-2 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren	17 982 015	4 855 618	1 383 698
B6-2 1 3	***Umwelt***			
B6-2 1 3 1	Umwelt und Klima	47 226 254	8 685 948	2 632 402
B6-2 1 4	***Biowissenschaften und -technologien***			
B6-2 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)	5 934 007	1 138 619	431 458
B6-2 1 5	***Nichtnukleare Energie***			
B6-2 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und rationelle Energienutzung	2 733 079	525 477	105 051
B6-2 1 7	***Gesellschaftspolitische Schwerpunktforschung***			
B6-2 1 7 1	Gesellschaftspolitische Schwerpunktforschung	5 962 306	1 111 545	4 395
B6-2 9 1	***Teilnahme der GFS an den Aktionen auf Kostenteilungsbasis***	3 248 827	p.m.	p.m.
B6-2 9 2	***Tätigkeiten zur wissenschaftlichen und technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitiken***	p.m.	p.m.	p.m.
	Titel B6-2 insgesamt	**101 062 000**	**20 042 104**	**5 396 896**
B6-3	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EAG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**			
B6-3 1	KERNENERGIE			
B6-3 1 1	***Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung***			
B6-3 1 1 1	Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung	41 822 098	10 465 243	5 105 753
B6-3 1 2	***Kontrollierte thermonukleare Fusion***			
B6-3 1 2 1	Kontrollierte thermonukleare Fusion	8 307 167	1 705 002	431 002

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

Mittel (Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 18. September 1995)

Forschungsstelle (direkte Aktionen)

		Zahlungsermächtigungen				
4		1	2	3	4	
Direkte operationelle Mittel	Insgesamt	Personal	Technische und verwaltungstechnische Infrastruktur	Wissenschaftliche Unterstützung	Direkte operationelle Mittel	Insgesamt
400 000	3 346 831	2 406 158	500 379	154 075	330 000	3 390 612
1 400 000	20 993 470	15 569 354	2 821 636	674 340	1 967 000	21 032 330
2 950 000	27 171 331	17 982 015	5 417 053	1 600 168	3 209 000	28 208 236
17 380 000	75 924 604	47 226 254	9 981 939	3 223 650	16 319 000	76 750 843
4 100 000	11 604 084	5 934 007	1 300 396	421 307	3 839 000	11 494 710
360 000	3 723 607	2 733 079	531 904	140 339	491 000	3 896 322
2 100 000	9 178 246	5 962 306	902 643	4 171	1 506 000	8 375 120
1 451 000	4 699 827	3 248 827	p.m.	p.m.	733 000	3 981 827
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
30 141 000	**156 642 000**	**101 062 000**	**21 455 950**	**6 218 050**	**28 394 000**	**157 130 000**
6 800 000	64 193 094	41 822 098	10 529 560	6 107 787	7 285 000	65 744 445
1 860 000	12 303 171	8 307 167	1 961 122	532 531	1 654 000	12 454 820

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten

Titel B6-2 bis B6-4: Gemeinsame

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		
		1	2	3
		Personal	Technische und verwaltungstechnische Infrastruktur	Wissenschaftliche und technische Unterstützung
B6-3 9 1	***Teilnahme der GFS an den Aktionen auf Kostenteilungsbasis***	1 753 735	p.m.	p.m.
	Titel B6-3 insgesamt	**51 883 000**	**12 170 245**	**5 536 755**
B6-4	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE AKTIONEN — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN UND ERGÄNZENDEN PROGRAMME UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GFS**			
B6-4 1	ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME			
B6-4 1 1	***Abschluß der gemeinsamen Programme 1984-1987 und 1988-1991***	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 1 2	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1992-1994 — Aktionen im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum***	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 1 3	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1992-1994 — Aktionen, die nicht im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum stehen***	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 2	ABSCHLUSS DER FRÜHEREN UNTERSTÜTZENDEN TÄTIGKEITEN			
B6-4 2 1	***Abschluß der früheren unterstützenden Tätigkeiten***	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 3	DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER			
B6-4 3 1	***Arbeiten für Dritte***	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 4	BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS			
B6-4 4 2 0	Hochflußreaktor — Abschluß der Zusatzprogramme	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 4 2 1	Hochflußreaktor — Zusatzprogramm 1996-1999	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 5 1	***Mittel aus der Teilnahme Dritter (Nicht-EWR) an der Forschung und technologischen Entwicklung***	p.m.	p.m.	p.m.
	Titel B6-4 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**
	Titel B6-2 bis B6-4 insgesamt	**152 945 000**	**32 212 349**	**10 933 651**

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

Mittel (Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 18. September 1995)

Forschungsstelle (direkte Aktionen) *(Fortsetzung)*

		Zahlungsermächtigungen				
4		1	2	3	4	
Direkte operationelle Mittel	Insgesamt	Personal	Technische und verwaltungs-technische Infrastruktur	Wissen-schaftliche Unterstützung	Direkte operationelle Mittel	Insgesamt
1 046 000	2 799 735	1 753 735	p.m.	p.m.	623 000	2 376 735
9 706 000	**79 296 000**	**51 883 000**	**12 490 682**	**6 640 318**	**9 562 000**	**80 576 000**
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	78 000	78 000
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	6 903 433	6 903 433
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	996 567	996 567
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	2 800 000	2 800 000
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
p.m.	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**10 778 000**	**10 778 000**
39 847 000	**235 938 000**	**152 945 000**	**33 946 632**	**12 858 368**	**48 734 000**	**248 484 000**

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 und B6-7 bis B6-9: Indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-5	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — ABSCHLUSS FRÜHERER AKTIONEN UND SONSTIGE TÄTIGKEITEN**						
B6-5 1	ABSCHLUSS DES ZWEITEN RAHMENPROGRAMMS (1987-1991)						
B6-5 1 1	***Abschluß des zweiten Rahmenprogramms (1987-1991)***						
B6-5 1 1 2	Abschluß des zweiten Rahmenprogramms (1987-1991)	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 2	ABSCHLUSS DES DRITTEN RAHMENPROGRAMMS (1990-1994)						
B6-5 2 1	***Abschluß des dritten Rahmenprogramms (1990-1994)***						
B6-5 2 1 1	Abschluß des dritten Rahmenprogramms (1990-1994) — EWR-relevante Aktionen	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 2 1 2	Abschluß des dritten Rahmenprogramms (1990-1994) — Nicht EWR-relevante Aktionen	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 3	ABSCHLUSS DER NICHT ZUM RAHMENPROGRAMM GEHÖRENDEN AKTIONEN						
B6-5 3 1	***Abschluß der nicht zum Rahmenprogramm gehörenden Aktionen***						
B6-5 3 1 1	Abschluß der nicht zum Rahmenprogramm gehörenden und nicht EWR-relevanten Aktionen	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 3 1 2	Abschluß der nicht zum Rahmenprogramm gehörenden, aber EWR-relevanten Aktionen	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 18. September 1995)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung“	Insgesamt
p.m.	48 094 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	48 094 000
p.m.	553 100 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	553 100 000
p.m.	40 000 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	40 000 000
p.m.	180 250 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	180 250 000
p.m.	11 326 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	11 326 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 und B6-7 bis B6-9: Indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-5 4	EINNAHMEN AUS DER TEILNAHME DRITTER (NICHT-EWR) AN DER FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG						
B6-5 4 1	***Einnahmen aus der Teilnahme Dritter (Nicht-EWR) an der Forschung und technologischen Entwicklung***	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
	Titel B6-5 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**
B6-7	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**						
B6-7 1	ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION						
B6-7 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologie***						
B6-7 1 1 1	Telematikanwendungen von gemeinsamem Interesse	90 340 700	3 337 400	1 468 456	934 472	934 472	13 166 500
B6-7 1 1 2	Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien und -dienste	84 404 180	2 335 410	1 027 580	653 915	653 915	10 100 000
B6-7 1 1 3	Informationstechnologien	465 394 000	6 300 000	2 900 000	2 000 000	3 800 000	19 000 000
B6-7 1 2	***Industrietechnologien***						
B6-7 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien	413 228 000	2 020 000	3 647 000	2 149 000	1 674 000	10 282 000
B6-7 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren	51 316 000	200 000	200 000	40 000	67 000	3 177 000
B6-7 1 3	***Umwelt***						
B6-7 1 3 1	Umwelt und Klima	109 583 000	1 156 000	1 776 000	700 000	732 000	5 053 000
B6-7 1 3 2	Meereswissenschaften und -technologien	45 955 000	292 000	1 235 000	257 000	372 000	1 889 000
B6-7 1 4	***Biowissenschaften und -technologien***						
B6-7 1 4 1	Biotechnologie	221 705 000	820 000	1 316 000	834 000	722 000	4 603 000
B6-7 1 4 2	Biomedizin und Gesundheitswesen	120 404 000	574 000	1 580 000	559 000	542 000	2 341 000

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 18. September 1995)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
p.m.	**832 770 000**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**832 770 000**
110 182 000	134 083 700	3 337 400	1 468 456	934 472	934 472	13 166 500	153 925 000
99 175 000	101 442 180	2 335 410	1 027 580	653 915	653 915	10 100 000	116 213 000
499 394 000	324 450 000	6 300 000	2 900 000	2 000 000	3 800 000	19 000 000	358 450 000
433 000 000	188 228 000	2 020 000	3 647 000	2 149 000	1 674 000	10 282 000	208 000 000
55 000 000	22 316 000	200 000	200 000	40 000	67 000	3 177 000	26 000 000
119 000 000	87 583 000	1 156 000	1 776 000	700 000	732 000	5 053 000	97 000 000
50 000 000	30 263 000	292 000	1 235 000	257 000	372 000	1 889 000	34 308 000
230 000 000	107 371 000	820 000	1 316 000	834 000	722 000	4 603 000	115 666 000
126 000 000	43 404 000	574 000	1 580 000	559 000	542 000	2 341 000	49 000 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 und B6-7 bis B6-9: Indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-7 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)	170 323 000	2 650 000	1 578 000	677 000	645 000	5 127 000
B6-7 1 5	***Nichtnukleare Energie***						
B6-7 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und effizientere Gewinnung und Nutzung von Energie	160 214 000	2 508 000	1 332 000	984 000	322 000	5 640 000
B6-7 1 6	***Verkehr***						
B6-7 1 6 1	Verkehr	78 788 000	1 250 000	800 000	50 000	50 000	3 062 000
B6-7 1 7	***Sozioökonomische Schwerpunktforschung***						
B6-7 1 7 1	Sozioökonomische Schwerpunktforschung	13 334 000	820 000	507 000	189 000	271 000	2 879 000
B6-7 2	ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN						
B6-7 2 1	***Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen***						
B6-7 2 1 1	Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen	130 558 000	3 762 000	1 996 000	1 151 000	1 138 000	6 395 000
B6-7 3	DRITTER AKTIONSBEREICH: VERBREITUNG UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE AUS FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHER ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION						
B6-7 3 1	***Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse***						
B6-7 3 1 1	Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse	52 882 400	1 439 800	633 512	403 144	403 144	2 863 000
B6-7 4	VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN						
B6-7 4 1	***Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern***						
B6-7 4 1 1	Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern	258 495 000	2 149 000	1 330 000	1 744 000	378 000	4 446 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 18. September 1995)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
181 000 000	59 323 000	2 650 000	1 578 000	677 000	645 000	5 127 000	70 000 000
171 000 000	122 214 000	2 508 000	1 332 000	984 000	322 000	5 640 000	133 000 000
84 000 000	59 483 000	1 250 000	800 000	50 000	50 000	3 062 000	64 695 000
18 000 000	6 334 000	820 000	507 000	189 000	271 000	2 879 000	11 000 000
145 000 000	91 558 000	3 762 000	1 996 000	1 151 000	1 138 000	6 395 000	106 000 000
58 625 000	47 970 400	1 439 800	633 512	403 144	403 144	2 863 000	53 713 000
268 542 000	127 612 000	2 149 000	1 330 000	1 744 000	378 000	4 446 000	137 659 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 und B6-7 bis B6-9: Indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-7 9	WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN						
B6-7 9 2	***Wettbewerbsorientierte Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung von Gemeinschaftspolitiken***	32 244 000					
	Titel B6-7 insgesamt	**2 499 168 280**	**31 613 610**	**23 326 548**	**13 325 531**	**12 704 531**	**100 023 500**
B6-8	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EURATOM-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**						
B6-8 1	KERNENERGIE						
B6-8 1 1	***Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung***						
B6-8 1 1 1	Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung	68 348 000	139 000	507 000	476 000	71 000	3 459 000
B6-8 1 2	***Kontrollierte Kernfusion***						
B6-8 1 2 1	Kontrollierte Kernfusion	172 871 000	377 000	1 975 000	1 172 000	216 000	17 389 000
	Titel B6-8 insgesamt	**241 219 000**	**516 000**	**2 482 000**	**1 648 000**	**287 000**	**20 848 000**
B6-9	**INDIREKTE AKTIONEN (AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) — BETRUGSBEKÄMPFUNG UND GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG**						
B6-9 1	AKTIONEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DER FORSCHUNG AUF KOSTENTEILUNGSBASIS						
B6-9 1 0	***Aktionen zur Betrugsbekämpfung im Bereich der Forschung auf Kostenteilungsbasis***	50 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 18. September 1995)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung“	Insgesamt
32 244 000	29 681 000						29 681 000
2 680 162 000	**1 583 316 280**	**31 613 610**	**23 326 548**	**13 325 531**	**12 704 531**	**100 023 500**	**1 764 310 000**
73 000 000	40 348 000	139 000	507 000	476 000	71 000	3 459 000	45 000 000
194 000 000	184 871 000	377 000	1 975 000	1 172 000	216 000	17 389 000	206 000 000
267 000 000	**225 219 000**	**516 000**	**2 482 000**	**1 648 000**	**287 000**	**20 848 000**	**251 000 000**
50 000	40 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	40 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 und B6-7 bis B6-9: Indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-9 5	GLOBALRESERVE FÜR DIE FORSCHUNG						
B6-9 5 0	*Globalreserve für die Forschung*	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
	Titel B6-9 insgesamt	**50 000**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**
	Titel B6-5 und B6-7 bis B6-9 insgesamt	**2 740 387 280**	**32 129 610**	**25 808 548**	**14 973 531**	**12 991 531**	**120 871 500**
	Titel B6-2 bis B6-4 insgesamt						
	Teileinzelplan B6 insgesamt						

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 18. September 1995)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffent-lichungen	Ständiges Personal „Forschung“	Insgesamt
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
50 000	**40 000**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**40 000**
2 947 162 000	**2 641 305 280**	**32 129 610**	**25 808 548**	**14 973 531**	**12 991 531**	**120 871 500**	**2 848 080 000**
235 938 000							**248 484 000**
3 183 100 000							**3 096 564 000**

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1994-1998

Rechtsgrundlagen

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-7	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**	1994-1998	zusätzlich 773 000 000	Vorschlag vom 26. April 1995 (ABl. Nr. C 142 vom 8. 6. 1995)
B6-7 1	ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION			
B6-7 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologie***			
B6-7 1 1 1	Telematikanwendungen von gemeinsamem Interesse	1994-1998	843 000 000	23. November 1994 (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994)
B6-7 1 1 2	Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien und -dienste	1994-1998	630 000 000	27. Juli 1994 (ABl. Nr. L 222 vom 26. 8. 1994)
B6-7 1 1 3	Informationstechnologien	1994-1998	1 911 000 000	23. November 1994 (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994)
B6-7 1 2	***Industrietechnologien***			
B6-7 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien	1994-1998	1 623 000 000	27. Juli 1994 (ABl. Nr. L 222 vom 26. 8. 1994)
B6-7 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren	1994-1998	167 000 000	23. November 1994 (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994)
B6-7 1 3	***Umwelt***			
B6-7 1 3 1	Umwelt und Klima	1994-1998	532 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)
B6-7 1 3 2	Meereswissenschaften und -technologien	1994-1998	228 000 000	23. November 1994 (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994)
B6-7 1 4	***Biowissenschaften und -technologien***			
B6-7 1 4 1	Biotechnologie	1994-1998	552 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)
B6-7 1 4 2	Biomedizin und Gesundheitswesen	1994-1998	336 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1994-1998

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-7 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)	1994-1998	607 000 000	23. November 1994 (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994)
B6-7 1 5	***Nichtnukleare Energie***			
B6-7 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und effizientere Gewinnung und Nutzung von Energie	1994-1998	967 000 000	23. November 1994 (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994)
B6-7 1 6	***Verkehr***			
B6-7 1 6 1	Verkehr	1994-1998	240 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)
B6-7 1 7	***Sozioökonomische Schwerpunktforschung***			
B6-7 1 7 1	Sozioökonomische Schwerpunktforschung	1994-1998	105 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)
B6-7 2	ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN			
B6-7 2 1	***Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen***			
B6-7 2 1 1	Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen	1994-1998	540 000 000	23. November 1994 (ABl. Nr. L 334 vom 22. 12. 1994)
B6-7 3	DRITTER AKTIONSBEREICH: VERBREITUNG UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE AUS FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHER ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION			
B6-7 3 1	***Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse***			
B6-7 3 1 1	Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse	1994-1998	293 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1994-1998

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-7 4	VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN			
B6-7 4 1	***Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern***			
B6-7 4 1 1	Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern	1994-1998	744 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)
B6-7 9	WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN			
B6-7 9 2	***Wettbewerbsorientierte Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung von Gemeinschaftspolitiken***	1994-1998	128 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)
B6-8	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EURATOM-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**	1994-1998	zusätzlich 88 000 000	Vorschlag vom 26. April 1995 (ABl. Nr. C 142 vom 8. 6. 1995)
B6-8 1	KERNENERGIE			
B6-8 1 1	***Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung***			
B6-8 1 1 1	Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung	1994-1998	160 000 000	15. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1994)
B6-8 1 2	***Kontrollierte Kernfusion***			
B6-8 1 2 1	Kontrollierte Kernfusion	1994-1998	794 000 000	8. Dezember 1994 (ABl. Nr. L 331 vom 21. 12. 1994)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-1	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL**							
B6-1 1	PERSONAL							
B6-1 1 1	***Mit der Institution verbundene Personen***							
	— EG-Rahmenprogramm			102 091 000	101 062 000	104 094 000	107 217 000	p.m.
	— EAG-Rahmenprogramm			51 515 000	51 883 000	53 439 000	55 042 000	p.m.
	KAPITEL B6-1 1 INSGESAMT		156 610 808	153 606 000	152 945 000	157 533 000	162 259 000	p.m.
B6-1 2	DURCHFÜHRUNGSMITTEL							
B6-1 2 1	***Durchführungsmittel***							
	— EG-Rahmenprogramm			23 639 000	25 439 000	26 202 000	26 988 000	p.m.
	— EAG-Rahmenprogramm			16 821 000	17 707 000	18 238 000	18 785 000	p.m.
	KAPITEL B6-1 2 INSGESAMT		60 925 808	40 460 000	43 146 000	44 440 000	45 773 000	p.m.

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme und 1994-1998

oder bewilligte Mittel

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
414 464 000			102 091 000	101 062 000	104 094 000	107 217 000	p.m.	414 464 000
211 879 000			51 515 000	51 883 000	53 439 000	55 042 000	p.m.	211 879 000
626 343 000			153 606 000	152 945 000	157 533 000	162 259 000	p.m.	626 343 000
102 268 000			11 110 000	22 840 000	26 202 000	26 988 000	15 128 000	102 268 000
71 551 000			7 906 000	15 789 000	18 238 000	18 785 000	10 833 000	71 551 000
173 819 000			19 016 000	38 629 000	44 440 000	45 773 000	25 961 000	173 819 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ⩽ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-2	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**							
B6-2 1	ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION							
B6-2 1 1	***Informationstechnologien***							
B6-2 1 1 3	Informationstechnologien			342 000	400 000	380 000	380 000	p.m.
B6-2 1 2	***Industrietechnologien***							
B6-2 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien			2 752 000	1 400 000	1 700 000	2 000 000	p.m.
B6-2 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren			4 028 000	2 950 000	3 000 000	3 100 000	p.m.
B6-2 1 3	***Umwelt***							
B6-2 1 3 1	Umwelt und Klima			18 401 000	17 380 000	17 300 000	17 660 000	p.m.
B6-2 1 4	***Biowissenschaften und -technologien***							
B6-2 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)			4 421 000	4 100 000	4 400 000	4 500 000	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.
(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.
(5) Endgültige Ausführung.
(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme und 1994-1998

oder bewilligte Mittel

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
1 502 000			105 000	330 000	380 000	380 000	307 000	1 502 000
7 852 000			839 000	1 967 000	1 700 000	2 000 000	1 346 000	7 852 000
13 078 000			1 244 000	3 209 000	3 000 000	3 100 000	2 525 000	13 078 000
70 741 000			5 789 000	16 319 000	17 300 000	17 660 000	13 673 000	70 741 000
17 421 000			1 380 000	3 839 000	4 400 000	4 500 000	3 302 000	17 421 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-2 1 5	***Nichtnukleare Energie***							
B6-2 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und rationelle Energienutzung			685 000	360 000	360 000	360 000	p.m.
B6-2 1 7	***Gesellschaftspolitische Schwerpunktforschung***							
B6-2 1 7 1	Gesellschaftspolitische Schwerpunktforschung			1 348 000	2 100 000	2 264 000	2 391 000	p.m.
	KAPITEL B6-2 1 INSGESAMT			31 977 000	28 690 000	29 404 000	30 391 000	p.m.
B6-2 9	SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES RAHMENPROGRAMMS							
B6-2 9 1	***Teilnahme der GFS an den Aktionen auf Kostenteilungsbasis***			355 000	1 451 000	1 500 000	1 500 000	p.m.

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
1 765 000			212 000	491 000	360 000	360 000	342 000	1 765 000
8 103 000			403 000	1 506 000	2 264 000	2 391 000	1 539 000	8 103 000
120 462 000			9 972 000	27 661 000	29 404 000	30 391 000	23 034 000	120 462 000
4 806 000			111 000	733 000	1 500 000	1 500 000	962 000	4 806 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ⩽ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-2 9 2	***Tätigkeiten zur wissenschaftlichen und technischen Unterstützung der Gemeinschaftspolitiken***			p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
	KAPITEL B6-2 9 INSGESAMT			355 000	1 451 000	1 500 000	1 500 000	p.m.
	Titel B6-2 insgesamt			**32 332 000**	**30 141 000**	**30 904 000**	**31 891 000**	**p.m.**
	EG-Rahmenprogramm insgesamt — Direkte Aktionen			**158 062 000**	**156 642 000**	**161 200 000**	**166 096 000**	**p.m.**

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(7) Einschließlich der von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen 42 000 000 ECU.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
p.m.			p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
4 806 000			111 000	733 000	1 500 000	1 500 000	962 000	4 806 000
125 268 000			**10 083 000**	**28 394 000**	**30 904 000**	**31 891 000**	**23 996 000**	**125 268 000**
642 000 000 (7)			**123 284 000**	**152 296 000**	**161 200 000**	**166 096 000**	**39 124 000**	**642 000 000** (7)

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-3	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — EAG-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**							
B6-3 1	KERNENERGIE							
B6-3 1 1	***Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung***							
B6-3 1 1 1	Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung			8 020 000	6 800 000	6 700 000	6 240 000	p.m.
B6-3 1 2	***Kontrollierte thermonukleare Fusion***							
B6-3 1 2 1	Kontrollierte thermonukleare Fusion			1 570 000	1 860 000	1 423 000	1 331 000	p.m.
	KAPITEL B6-3 1 INSGESAMT			9 590 000	8 660 000	8 123 000	7 571 000	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.
(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.
(5) Endgültige Ausführung.
(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme und 1994-1998

oder bewilligte Mittel

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
27 760 000			2 114 000	7 285 000	6 700 000	6 240 000	5 421 000	27 760 000
6 184 000			380 000	1 654 000	1 423 000	1 331 000	1 396 000	6 184 000
33 944 000			2 494 000	8 939 000	8 123 000	7 571 000	6 817 000	33 944 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-3 9	SONSTIGE DER GFS ÜBERTRAGENE FORSCHUNGSTÄTIGKEITEN DES EAG-RAHMENPROGRAMMS							
B6-3 9 1	***Teilnahme der GFS an den Aktionen auf Kostenteilungsbasis***			403 000	1 046 000	1 100 000	1 077 000	p.m.
	KAPITEL B6-3 9 INSGESAMT			403 000	1 046 000	1 100 000	1 077 000	p.m.
	Titel B6-3 insgesamt			**9 993 000**	**9 706 000**	**9 223 000**	**8 648 000**	**p.m.**
	EAG-Rahmenprogramm insgesamt — Direkte Aktionen			**78 329 000**	**79 296 000**	**80 900 000**	**82 475 000**	**p.m.**
	Rahmenprogramm der Gemeinsamen Forschungsstelle insgesamt			**236 391 000**	**235 938 000**	**242 100 000**	**248 571 000**	**p.m.**

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(7) Einschließlich der von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen 21 000 000 ECU.

(8) Einschließlich der von der Kommission aufgrund der Erweiterung beantragten zusätzlichen Mittel von insgesamt 63 000 000 ECU für den Verwaltungshaushalt der Gemeinsamen Forschungsstelle.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
3 626 000			103 000	623 000	1 100 000	1 100 000	700 000	3 626 000
3 626 000			103 000	623 000	1 100 000	1 100 000	700 000	3 626 000
37 570 000			**2 597 000**	**9 562 000**	**9 223 000**	**8 671 000**	**7 517 000**	**37 570 000**
321 000 000 (7)			**62 018 000**	**77 234 000**	**80 900 000**	**82 498 000**	**18 350 000**	**321 000 000** (7)
963 000 000 (8)			**177 396 000**	**213 741 000**	**242 100 000**	**248 594 000**	**57 474 000**	**963 000 000** (8)

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-7	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EGRAHMENPROGRAMM 1994-1998**							
B6-7 1	ERSTER AKTIONSBEREICH: PROGRAMME IM BEREICH DER FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION							
B6-7 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologie***							
B6-7 1 1 1	Telematikanwendungen von gemeinsamem Interesse			294 014 000	110 182 000	241 978 000	255 826 000	p.m.
B6-7 1 1 2	Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien und -dienste			210 693 000	99 175 000	180 676 000	183 456 000	p.m.
B6-7 1 1 3	Informationstechnologien			457 473 000	499 394 000	608 022 000	479 611 000	p.m.
B6-7 1 2	***Industrietechnologien***							
B6-7 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien			285 523 000	433 000 000	497 000 000	513 477 000	p.m.
B6-7 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren			38 211 000	55 000 000	44 000 000	48 289 000	p.m.
B6-7 1 3	***Umwelt***							
B6-7 1 3 1	Umwelt und Klima			166 521 000	119 000 000	134 000 000	149 479 000	p.m.
B6-7 1 3 2	Meereswissenschaften und -technologien			74 300 000	50 000 000	54 000 000	65 700 000	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
902 000 000			112 511 000	153 925 000	174 366 000	227 524 000	233 674 000	902 000 000
674 000 000			81 730 000	116 213 000	131 632 000	170 285 000	174 140 000	674 000 000
2 044 500 000			177 258 000	358 450 000	462 400 000	570 000 000	476 392 000	2 044 500 000
1 729 000 000			66 381 000	208 000 000	361 000 000	534 000 000	559 619 000	1 729 000 000
185 500 000			9 659 000	26 000 000	37 000 000	55 000 000	57 841 000	185 500 000
569 000 000			30 065 000	97 000 000	119 000 000	173 000 000	149 935 000	569 000 000
244 000 000			20 719 000	34 308 000	43 000 000	77 000 000	68 973 000	244 000 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-7 1 4	***Biowissenschaften und -technologien***							
B6-7 1 4 1	Biotechnologie			66 870 000	230 000 000	132 000 000	161 130 000	p.m.
B6-7 1 4 2	Biomedizin und Gesundheitswesen			38 211 000	126 000 000	90 000 000	105 789 000	p.m.
B6-7 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)			122 064 000	181 000 000	162 000 000	184 936 000	p.m.
B6-7 1 5	***Nichtnukleare Energie***							
B6-7 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und effizientere Gewinnung und Nutzung von Energie			320 098 000	171 000 000	260 000 000	283 902 000	p.m.
B6-7 1 6	***Verkehr***							
B6-7 1 6 1	Verkehr			39 273 000	84 000 000	75 000 000	58 727 000	p.m.
B6-7 1 7	***Sozioökonomische Schwerpunktforschung***							
B6-7 1 7 1	Sozioökonomische Schwerpunktforschung			14 799 000	18 000 000	40 000 000	40 201 000	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
590 000 000			26 345 000	115 666 000	129 000 000	148 000 000	170 989 000	590 000 000
360 000 000			11 432 000	49 000 000	60 000 000	111 000 000	128 568 000	360 000 000
650 000 000			21 483 000	70 000 000	111 000 000	222 000 000	225 517 000	650 000 000
1 035 000 000			71 870 000	133 000 000	195 000 000	328 000 000	307 130 000	1 035 000 000
257 000 000			4 989 000	64 695 000	72 000 000	58 000 000	57 316 000	257 000 000
113 000 000			6 355 000	11 000 000	18 000 000	35 000 000	42 645 000	113 000 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-7 2	ZWEITER AKTIONSBEREICH: ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN							
B6-7 2 1	***Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen***							
B6-7 2 1 1	Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen			59 917 000	145 000 000	176 000 000	197 083 000	p.m.
B6-7 3	DRITTER AKTIONSBEREICH: VERBREITUNG UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE AUS FORSCHUNG, TECHNOLOGISCHER ENTWICKLUNG UND DEMONSTRATION							
B6-7 3 1	***Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse***							
B6-7 3 1 1	Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse			73 177 000	58 625 000	90 632 000	90 566 000	p.m.
B6-7 4	VIERTER AKTIONSBEREICH: AUSBILDUNG UND MOBILITÄT VON WISSENSCHAFTLERN							
B6-7 4 1	***Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern***							
B6-7 4 1 1	Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern			121 586 000	268 542 000	182 901 000	222 971 000	p.m.

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
578 000 000			38 636 000	106 000 000	86 000 000	146 000 000	201 364 000	578 000 000
313 000 000			17 912 000	53 713 000	66 822 000	85 065 000	89 488 000	313 000 000
796 000 000			26 005 000	137 659 000	148 000 000	215 000 000	269 336 000	796 000 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ⩽ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-7 9	WETTBEWERBSORIENTIERTE TÄTIGKEITEN ZUR WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN UNTERSTÜTZUNG VON GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN							
B6-7 9 2	***Wettbewerbsorientierte Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung von Gemeinschaftspolitiken***			26 536 000	32 244 000	36 691 000	41 529 000	p.m.
	Titel B6-7 insgesamt			**2 409 266 000**	**2 680 162 000**	**3 004 900 000**	**3 082 672 000**	**p.m.**
	EG-Rahmenprogramm insgesamt — Indirekte Aktionen			**2 409 266 000**	**2 680 162 000**	**3 004 900 000**	**3 082 672 000**	**p.m.**

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(7) Einschließlich der von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen 731 000 000 ECU.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
137 000 000			15 019 000	29 681 000	17 000 000	30 000 000	45 300 000	137 000 000
11 177 000 000			**738 369 000**	**1 764 310 000**	**2 231 220 000**	**3 184 874 000**	**3 258 227 000**	**11 177 000 000**
11 177 000 000 (7)			**738 369 000**	**1 764 310 000**	**2 231 220 000**	**3 184 874 000**	**3 258 227 000**	**11 177 000 000** (7)

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-8	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — EURATOM-RAHMENPROGRAMM 1994-1998**							
B6-8 1	KERNENERGIE							
B6-8 1 1	***Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung***							
B6-8 1 1 1	Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung			72 115 000	73 000 000	11 000 000	14 885 000	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
171 000 000			22 420 000	45 000 000	35 000 000	39 000 000	29 580 000	171 000 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1993 (1)	Ausgaben 1994 (2)	Mittel 1995 (3) (4)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushaltsjahre
B6-8 1 2	***Kontrollierte Kernfusion***							
B6-8 1 2 1	Kontrollierte Kernfusion			271 724 000	194 000 000	192 000 000	192 276 000	p.m.
	Titel B6-8 insgesamt			**343 839 000**	**267 000 000**	**203 000 000**	**207 161 000**	**p.m.**
	EAG-Rahmenprogramm insgesamt — Indirekte Aktionen			**343 839 000**	**267 000 000**	**203 000 000**	**207 161 000**	**p.m.**
	Rahmenprogramme insgesamt indirekte Aktionen			**2 753 105 000**	**2 947 162 000**	**3 207 900 000**	**3 289 833 000**	**p.m.**
	Gesamtbetrag Rahmenprogramm EAG			**422 168 000**	**346 296 000**	**283 900 000**	**289 636 000**	**p.m.**
	Gesamtbetrag Rahmenprogramm EG			**2 567 328 000**	**2 836 804 000**	**3 166 100 000**	**3 248 768 000**	**p.m.**
	Rahmenprogramme insgesamt			**2 989 496 000**	**3 183 100 000**	**3 450 000 000**	**3 538 404 000**	**p.m.**

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1994 und der Restmittel 1993 im Jahr 1994 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(4) Die unter Mittel 1995 genannten Beträge entsprechen denen des Haushaltsplans 1995 — ohne die Übertragungen — und schließen somit die Globalübertragung Nr. 29/1995, die für den Teileinzelplan B6 eine globale Erhöhung von 45 000 000 ECU ausmacht, nicht mit ein. Um die Darstellung der für die spezifischen Programme für notwendig erachteten Beträge zu wahren und den globalen Höchstbetrag einzuhalten, wurde der Betrag von 45 000 000 ECU für das Haushaltsjahr 1998 von den entsprechenden Haushaltslinien technisch abgezogen.

(5) Endgültige Ausführung.

(6) Einschließlich noch vorhandener Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 1994.

(7) Einschließlich der von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen 67 000 000 ECU.

(8) Einschließlich der von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen 798 000 000 ECU.

(9) Einschließlich des von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen allgemeinen Mittelansatzes von 88 000 000 ECU.

(10) Einschließlich des von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen allgemeinen Mittelansatzes von 773 000 000 ECU.

(11) Einschließlich des von der Kommission aufgrund der Erweiterung vorgeschlagenen zusätzlichen globalen Mittelansatzes von 861 000 000 ECU.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1994-1998

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1993 (5)	Ausgaben 1994 (5)	Mittel 1995 (4) (6)	Mittel 1996	1997	1998	1999 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
850 000 000			138 378 000	206 000 000	109 000 000	188 000 000	208 622 000	850 000 000
1 021 000 000			**160 798 000**	**251 000 000**	**144 000 000**	**227 000 000**	**238 202 000**	**1 021 000 000**
1 021 000 000 (7)			**160 798 000**	**251 000 000**	**144 000 000**	**227 000 000**	**238 202 000**	**1 021 000 000** (7)
12 198 000 000 (8)			**899 167 000**	**2 015 310 000**	**2 375 220 000**	**3 411 874 000**	**3 496 429 000**	**12 198 000 000** (8)
1 342 000 000 (9)			**222 816 000**	**328 234 000**	**224 900 000**	**309 498 000**	**256 552 000**	**1 342 000 000** (9)
11 819 000 000 (10)			**861 653 000**	**1 916 606 000**	**2 392 420 000**	**3 350 970 000**	**3 297 351 000**	**11 819 000 000** (10)
13 161 000 000 (11)			**1 084 469 000**	**2 244 840 000**	**2 617 320 000**	**3 660 468 000**	**3 553 903 000**	**13 161 000 000** (11)

KOMMISSION
Teil B

ANLAGE II

(indikative Angaben)

TEIL II DES HAUSHALTSPLANS: ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN

ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM GESAMTHAUSHALTSPLAN

Umrechnung der Währungen in Ecu
zu den Kursen vom 31. Dezember 1994

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

A. EINLEITUNG

Diese Anlage wird gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe c) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), erstellt.

Sie enthält eine Reihe quantitativer Informationen zu den Anleihen und Darlehen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt: Anleihen „Zahlungsbilanzstützung", Euratom-Anleihen, NGI-Anleihen, Darlehen der Europäischen Investitionsbank an die Mittelmeerländer, ab 1991 Anleihen für die Gewährung mittelfristiger Finanzhilfen an Drittländer, Darlehen der Europäischen Investitionsbank an die mittel- und osteuropäischen Länder, Darlehen der Europäischen Investitionsbank für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (Entwicklungsländer in Lateinamerika und Asien), Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Südafrika, Bürgschaften für einen Kredit, den die ehemalige Sowjetunion bei einem Bankenkonsortium aufgenommen hat, um die Einfuhr von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln aus der Europäischen Union finanzieren zu können, und seit März 1994 Euratom-Anleihen, um einen Finanzbeitrag zur Verbesserung des Wirkungsgrads und der Sicherheit von Kernkraftanlagen in bestimmten Drittländern zu leisten.

Die Entwicklung der ausstehenden Beträge der Gemeinschaftsanleihen war 1994 durch einen Rückgang des Transaktionsvolumens innerhalb der Europäischen Union: NGI (611 Millionen ECU), Euratom (223 Millionen ECU) und Stützung der Zahlungsbilanzen (200 Millionen ECU) einerseits und durch die Auszahlung von Darlehen an Drittländer: Algerien (150 Millionen ECU), Bulgarien (70 Millionen ECU) und die Republik Moldau (25 Millionen ECU) andererseits gekennzeichnet.

Am 31. Dezember 1994 beliefen sich die aus dem Gesamthaushalt garantierten ausstehenden Beträge auf 13 769 Millionen ECU; davon entfallen 7 843 Millionen auf die Europäische Union und 5 925 Millionen auf Drittländer.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

B. KURZE DARSTELLUNG DER VERSCHIEDENEN ARTEN VON ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM GESAMTHAUSHALT

I. EINHEITLICHES SYSTEM DES MITTELFRISTIGEN FINANZIELLEN BEISTANDS ZUR STÜTZUNG DER ZAHLUNGSBILANZEN DER MITGLIEDSTAATEN

1. **Rechtsgrundlage**

Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über Gemeinschaftsanleihen (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 682/81 des Rates vom 16. März 1981 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1981, S. 1).

Entscheidung 83/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1983 bezüglich einer Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Französischen Republik (ABl. Nr. L 153 vom 11. 6. 1983, S. 44).

Verordnung (EWG) Nr. 1131/85 des Rates vom 30. April 1985 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 118 vom 1. 5. 1985, S. 59).

Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23) und insbesondere die Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Schlußakte über die Anwendung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zugunsten Portugals.

Entscheidung 85/543/EWG des Rates vom 9. Dezember 1985 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 341 vom 19. 12. 1985, S. 17).

Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 des Rates vom 24. Juni 1988 zur Einführung eines einheitlichen Systems des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 178 vom 8. 7. 1988, S. 1).

Entscheidung 91/136/EWG des Rates vom 4. März 1991 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 22).

Entscheidung 93/67/EWG des Rates vom 18. Januar 1993 über ein Darlehen der Gemeinschaft an die Italienische Republik (ABl. Nr. L 22 vom 30. 1. 1993, S. 121).

2. **Beschreibung**

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 kann die Europäische Union Mitgliedstaaten, die von Zahlungsbilanzschwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht sind, Darlehen gewähren. Der ausstehende Kapitalbetrag dieser Darlehen ist auf 16 Milliarden ECU begrenzt.

Die Kommission ist ermächtigt, im Namen der Europäischen Gemeinschaft Anleihen auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufzunehmen. Die Garantie aus dem Gesamthaushalt betrifft diese Anleihen. Der ausstehende Kapitalbetrag der Darlehen, die den Mitgliedstaaten auf diese Weise gewährt werden können, ist auf 14 Milliarden ECU begrenzt. Der Restbetrag — die Differenz zu den 16 Milliarden ECU — kann durch Inanspruchnahme der Mitgliedstaaten aufgebracht werden.

Zur Ermittlung des verfügbaren Restbetrags, der auf den genehmigten Höchstbetrag anzurechnen ist, werden die Anleihetransaktionen zum Wechselkurs des Tages, an dem sie abgeschlossen werden, und die Rückzahlungstransaktionen zum Wechselkurs des Tages, an dem das entsprechende Darlehen abgeschlossen worden ist, bewertet.

Die laufenden Gemeinschaftsdarlehenstransaktionen, die im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 getätigt wurden, werden in Höhe der noch nicht zurückgezahlten Beträge auf den Plafond der ausstehenden Kapitalbeträge angerechnet.

Über die Gewährung eines Darlehens an einen Mitgliedstaat entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

Jede Darlehenstransaktion ist an die Auflage gebunden, daß der betreffende Mitgliedstaat wirtschaftspolitische Maßnahmen trifft, die geeignet sind, eine tragbare Zahlungsbilanzsituation wiederherzustellen.

Die Anleihen und Darlehen werden vom Europäischen Währungsinstitut verwaltet.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Da die Anleihen und Darlehen zu gleichen Bedingungen aufgenommen bzw. gewährt werden, beschränken sich die haushaltsmäßigen Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

II. EURATOM-ANLEIHEN UND -DARLEHEN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 9).

Beschluß 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 11), mit dem eine erste Tranche in Höhe von bis zu 500 000 000 ECU genehmigt wird.

Beschluß 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 12 vom 17. 1. 1980, S. 28), mit dem der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen, die von der Kommission aufgenommen werden können, von 500 000 000 auf 1 Milliarde ECU erhöht wird.

Beschluß 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 21); hiermit wurde der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen, die die Kommission aufnehmen kann, von 1 Milliarde auf 2 Milliarden ECU erhöht.

Beschluß 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 334 vom 12. 12. 1985, S. 23), mit dem der Gesamtbetrag der genehmigten Euratom-Anleihen von 2 auf 3 Milliarden ECU erhöht wird.

Beschluß 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 3. 5. 1990, S. 26), mit dem der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen, die die Kommission aufnehmen kann, von 3 auf 4 Milliarden ECU erhöht wird.

2. **Beschreibung**

Aufgrund der vorgenannten Rechtsakte ist die Kommission ermächtigt, im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft Anleihen aufzunehmen, deren Aufkommen in Form von Darlehen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben für die industrielle Erzeugung von Elektrizität in Kernkraftwerken und für die industriellen Anlagen des Brennstoffkreislaufs verwendet wird.

Um die Abhängigkeit Europas von eingeführter Energie zu verringern, muß die Verwendung von Kernenergie zur Stromerzeugung unter Berücksichtigung der Sicherheits- und Garantieanforderungen gefördert werden. In den nachgelagerten Bereichen der Erzeugung sind insbesondere die für die Aufbereitung und Lagerung der Abfälle notwendigen Investitionen zu fördern.

Das Anleihe- und Darlehenssystem der Europäischen Atomgemeinschaft soll es den Stromerzeugern, deren Investitions- und Betriebskosten erheblich gestiegen sind, ermöglichen, in höherem Maße Kredite in Anspruch zu nehmen.

Diese Anleihen werden von der Kommission verwaltet. Die Darlehen werden von der Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank verwaltet.

Gemäß Artikel 4 des Beschlusses 77/270/Euratom hat die Kommission am 18. Juli 1994 im Rahmen des Jahresberichts über die Anleihe- und Darlehenstätigkeit der Gemeinschaft im Haushaltsjahr 1993 einen Bericht über die Euratom-Anleihen und -Darlehen vorgelegt, der für den Rat und das Parlament bestimmt ist.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Da die Anleihen und Darlehen zu gleichen Bedingungen aufgenommen bzw. gewährt werden, beschränken sich die haushaltsmäßigen Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

III. ANLEIHEN UND DARLEHEN DES NEUEN GEMEINSCHAFTSINSTRUMENTS ZUR INVESTITIONSFÖRDERUNG IN DER GEMEINSCHAFT (NGI) UND SONDERHILFEN ZUGUNSTEN DES WIEDERAUFBAUS VON ERDBEBENGESCHÄDIGTEN GEBIETEN (NGI — ERDBEBEN)

1. **Rechtsgrundlage**

a) *NGI*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 235.

Beschluß 78/870/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 zur Ermächtigung der Kommission, zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft Anleihen im Höchstbetrag des Gegenwertes von 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) aufzunehmen (NGI I) (ABl. Nr. L 298 vom 25. 10. 1978, S. 9).

Beschluß 79/486/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 über die Durchführung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen für die Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 125 vom 22. 5. 1979, S. 16), mit dem eine erste Anleihetranche bis zum Gegenwert von 500 000 000 ECU (Anleihekapital) genehmigt wird.

Beschluß 80/739/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 205 vom 17. 8. 1980, S. 19), durch den eine zweite Anleihetranche bis zum Gegenwert von 500 000 000 ECU (Anleihekapital) genehmigt wird.

Beschluß 80/1103/EWG des Rates vom 25. November 1980 über die Verwendung eines Teils der zweiten Anleihetranche in Ergänzung des Beschlusses 80/739/EWG über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 326 vom 2. 12. 1980, S. 19); der Beschluß betrifft einen Anleihebetrag im Gegenwert von 100 000 000 ECU.

Beschluß 82/169/EWG des Rates vom 15. März 1982 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft bis zum Gegenwert von 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) (NGI II) aufzunehmen (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 19).

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Beschluß 82/268/EWG des Rates vom 26. April 1982 zur Durchführung des Beschlusses 82/169/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 116 vom 30. 4. 1982, S. 16); mit diesem Beschluß wird eine einzige Tranche von bis zu 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) genehmigt.

Beschluß 83/200/EWG des Rates vom 19. April 1983 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments (NGI III) Anleihen in Höhe von 3 Milliarden ECU zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 28. 4. 1983, S. 26).

Beschluß 83/308/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen aufzunehmen, um die Investitionen in der Gemeinschaft zu fördern (ABl. Nr. L 164 vom 23. 6. 1983, S. 31); hiermit wird eine erste Anleihetranche in Höhe von 1 500 000 000 ECU genehmigt.

Beschluß 84/383/EWG des Rates vom 23. Juli 1984 zur Durchführung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 53); hiermit wird eine dritte Anleihetranche in Höhe von 1 400 000 000 ECU genehmigt.

Beschluß 87/182/EWG des Rates vom 9. März 1987 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1987, S. 34), und zwar für einen Betrag von 750 000 000 ECU (NGI IV).

b) *NGI — Erdbeben*

Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21), mit dem die Kommission ermächtigt wird, Anleihen bis zum Gegenwert von 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) aufzunehmen, abzüglich der Beträge, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln mit derselben Zweckbestimmung vergeben werden.

Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27), der rückwirkend zum 1. Januar 1981 in Kraft trat und mit dem die Kommission ermächtigt wird, Anleihen bis zum Gegenwert von 80 000 000 ECU (Anleihekapital) aufzunehmen, abzüglich der Beträge, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln mit derselben Zweckbestimmung vergeben werden.

2. **Beschreibung**

a) *NGI*

Aufgrund der vorgenannten Rechtsakte ist die Kommission ermächtigt, im Namen der Europäischen Gemeinschaft Anleihen aufzunehmen, deren Aufkommen in Form von Darlehen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zu verwenden ist, die zur Förderung der Konvergenz und Integration der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten beitragen. Diese Vorhaben müssen den vorrangigen Zielen der Europäischen Union in den Sektoren Energie, Industrie und Infrastruktur entsprechen und zur Finanzierung der Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in produktiven Sektoren sowie zur Förderung neuer Technologien und der Innovation beitragen, wobei unter anderem ihren regionalen Auswirkungen sowie der Notwendigkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Rechnung zu tragen ist.

Während über die Höchstbeträge für die Anleihen des Neuen Gemeinschaftsinstruments ebenso wie über die Höchstbeträge für die anderen Finanzinstrumente der Gemeinschaft vom Rat einstimmig entschieden wird, werden die Tranchen des Neuen Gemeinschaftsinstruments die im Falle des NGI I und des NGI II ebenfalls einstimmig vom Rat beschlossen wurden — seit dem Beschluß 83/200/EWG vom Rat mit qualifizierter Mehrheit genehmigt.

Die Kommission nimmt im Rahmen der vom Rat genehmigten Tranchen Anleihen auf den Kapitalmärkten auf; sie beauftragt die Europäische Investitionsbank aufgrund eines mit letzterer geschlossenen Abkommens über Zusammenarbeit, nachdem sie die einzelnen Vorhaben für förderungswürdig erklärt hat, Darlehen zu gewähren und deren Abwicklung zu übernehmen.

Gemäß Artikel 6 des Beschlusses 78/870/EWG, Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1736/79 und dem Artikel 7 der Beschlüsse 81/19/EWG, 82/268/EWG und 83/200/EWG hat die Kommission am 18. Juli 1994 einen Bericht an den Rat und das Parlament über das Haushaltsjahr 1993 zu folgenden Maßnahmen verabschiedet:

— NGI-Anleihen und -Darlehen,

— Sonderhilfe der Europäischen Union zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben im November 1980 in Italien und im Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete.

Außerdem übermittelt die Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament gemäß Artikel 6 des Beschlusses 83/200/EWG Halbjahresberichte über den Stand der Verwendung der NGI-Tranchen.

Am 31. Dezember 1993 standen im Rahmen der Höchstbeträge der verschiedenen NGI (einschließlich NGI — Erdbeben) nur noch rund 257,6 Millionen ECU zur Verfügung.

b) *NGI — Erdbeben*

In Erweiterung der ursprünglichen Bestimmungen des Neuen Gemeinschaftsinstruments wird die Kommission ermächtigt, ausnahmsweise und einmalig Anleihen aufzunehmen, die zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Wiederherstellung von Produktionsmitteln und zum Wiederaufbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur in den von den Erdbeben am 23. November 1980 bzw. der Monate Februar und März 1981 betroffenen Gebiete in Italien und Griechenland bestimmt sind.

Das Anleihevolumen, das die Kommission aufnehmen kann, ist für Italien auf 1 Milliarde ECU und für Griechenland auf 80 000 000 ECU begrenzt, und zwar grundsätzlich abzüglich der Beträge, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln vergeben werden.

Die Garantie aus dem Haushaltsplan deckt die von der Kommission aufgenommenen Anleihen.

Der Gesamtbetrag in Höhe von 80 000 000 ECU für Griechenland ist vom NGI 1982 aufgenommen und gewährt worden. Von den für Italien genehmigten 1 000 000 000 ECU waren am 31. Dezember 1992 965 000 000 ECU ausgezahlt, und zwar 63 % vom NGI und 37 % in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Ein Zinszuschuß von 3 % für höchstens zwölf Jahre kann von der Europäischen Union für Darlehen bewilligt werden, die bis zur Höchstgrenze von 1 Milliarde ECU Kapitalwert zugunsten von Investitionsvorhaben in den vom Erdbeben des Monats November 1980 in Italien betroffenen Gebieten aus Mitteln des Neuen Gemeinschaftsinstruments zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufgrund von Artikel 1 des Beschlusses 78/870/EWG, ergänzt durch Artikel 1 des Beschlusses 81/19/EWG, und/oder aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank gewährt werden.

Ein Zinszuschuß von 3 % für höchstens zwölf Jahre kann von der Europäischen Union für Darlehen bewilligt werden, die bis zur Höchstgrenze von 80 000 000 ECU Kapitalwert zugunsten von Investitionsvorhaben in den von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebieten aus Mitteln des Neuen Gemeinschaftsinstruments zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufgrund von Artikel 1 des Beschlusses 78/870/EWG, ergänzt durch Artikel 1 des Beschlusses 81/1013/EWG, und/oder aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank gewährt werden.

Ein Zinszuschuß von 3 % für höchstens zwölf Jahre kann schließlich von der Europäischen Union für Darlehen bewilligt werden, die aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank bis zur Höchstgrenze von 100 000 000 ECU Kapitalwert zugunsten von Investitionsvorhaben in den vom Erdbeben des Monats September 1986 in Griechenland betroffenen Gebieten aufgrund von Artikel 1 des Beschlusses 88/561/EWG gewährt werden.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Anleihe- und Darlehenstransaktionen bringen normalerweise keine direkte Belastung für den Gesamthaushaltsplan mit sich. Die in Artikel 4 der NGI-Beschlüsse vorgesehene Möglichkeit einer vorübergehenden Anlage aufgenommener Mittel auf Konten der Kommission bei der Europäischen Investitionsbank (Kassenmittel) dürfte den haushaltsneutralen Charakter der Anleihe- und Darlehenstransaktionen im Rahmen dieses Instruments nicht beeinträchtigen.

Die finanziellen Auswirkungen beschränken sich auf:

— die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners,

— die Zinszuschüsse (Transaktionen „Erdbeben").

IV. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EIN ANLEIHEPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE AN UNGARN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 90/83/EWG des Rates vom 22. Februar 1990 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990, S. 7).

Beschluß 90/681/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über einen zweiten Teilbetrag der mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 18).

Beschluß 91/310/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 34).

2. **Beschreibung**

Die Europäische Union gewährt Ungarn eine mittelfristige Darlehensfazilität mit einem Kapitalhöchstbetrag von 870 000 000 ECU und einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren. Dieses Darlehen soll die Anpassung der ungarischen Volkswirtschaft erleichtern helfen, damit dem Land die ungeschmälerten Vorteile einer auf marktwirtschaftliche Prinzipien gegründeten Wirtschaft zugute kommen können. Das Darlehen wird Ungarn in Teilbeträgen zur Verfügung gestellt.

Die erste Tranche im Betrag von 350 000 000 ECU ist am 20. April 1990, die zweite Tranche im Betrag von 260 000 000 ECU am 14. Februar 1991 ausgezahlt worden.

Über die Auszahlung der dritten Tranche und die entsprechenden Verfahrensmodalitäten, einschließlich der Garantie-Frage, wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Da die Gefahr besteht, daß die anfangs ermutigenden Ergebnisse der eingeleiteten Reformen durch die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) und die Golfkrise in Frage gestellt werden, ist im Rahmen eines globalen Hilfsprogramms der Gruppe der vierundzwanzig Industrieländer in Höhe von 360 000 000 ECU eine zusätzliche Anleihe-/Darlehenstransaktion im Betrag von 180 000 000 ECU beschlossen worden.

Das Darlehen wird in zwei Tranchen bereitgestellt. Die erste Tranche von 100 Millionen ECU ist an Ungarn am 14. August 1991 ausgezahlt worden. Die zweite Tranche von 80 Millionen ECU wurde am 15. Januar 1993 ausgezahlt.

Die Kommission erstattet dem Parlament und dem Rat mindestens einmal jährlich Bericht über die Durchführung dieser Beschlüsse.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

V. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN DRITTLÄNDER IM MITTELMEERAUM

1. **Rechtsgrundlage**

a) *Darlehen der Europäischen Investitionsbank*

Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 (Soforthilfe für Portugal).

Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1).

Beschluß des Rates vom 19. Oktober 1976 (Abkommen mit Jugoslawien).

Beschluß des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeer-Protokolle).

Beschluß des Rates vom 20. Dezember 1977 (Sonderhilfe an den Libanon).

Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1).

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2217/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel sowie des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 270 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2237/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 274 vom 29. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1).

Beschluß 79/281/EWG des Rates vom 5. März 1979 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. L 67 vom 17. 3. 1979, S. 14).

Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluß des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. Nr. L 130 vom 27. 5. 1980, S. 98).

Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1).

Beschluß des Rates vom 4. Juni 1981 (finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien).

Beschluß des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau im Libanon).

Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 22).

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29).

Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43).

Beschluß des Rates vom 17. Oktober 1983 (Verlängerung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal).

Verordnung (EWG) Nr. 3354/83 des Rates vom 22. November 1983 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 335 vom 30. 11. 1983, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37).

Beschluß des Rates vom 18. Juni 1984 (Schreiben des Präsidenten des Rates an die Europäische Investitionsbank, in dem eine zweite Verlängerung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal empfohlen wird).

Beschluß des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).

Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S. 1).

Beschluß 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. L 389 vom 31. 12. 1987, S. 65).

Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1).

Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9).

Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17).

Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25).

Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33).

Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32).

Beschluß 88/597/EWG des Rates vom 21. November 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 327 vom 30. 11. 1988, S. 51).

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46).

Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 32).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1991, über den Abschluß des dritten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. C 134 vom 24. 5. 1991, S. 5).

Beschluß 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 18 vom 25. 1. 1992, S. 34).

Beschluß 92/206/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 13).

Beschluß 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 21).

Beschluß 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 29).

Beschluß 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 37).

Beschluß 92/210/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1992, S. 45).

Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 5).

Beschluß 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 13).

Beschluß 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 352 vom 2. 12. 1992, S. 21).

Beschluß 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. Nr. L 189 vom 29. 7. 1993, S. 152).

Beschluß 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 32 vom 5. 2. 1994, S. 44).

Beschluß 95/484/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 14).

Beschluß 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluß des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 278 vom 21. 11. 1995, S. 22).

b) *Garantie aus dem Gesamthaushaltsplan*

Gemäß dem vorstehend erwähnten Beschluß des Rates vom 8. März 1977 übernimmt die Europäische Union die Garantie für Darlehen, die die Europäische Investitionsbank im Rahmen der finanziellen Verpflichtungen der Europäischen Union gegenüber den Mittelmeerländern gewährt.

Dieser Beschluß bildet die Grundlage eines Garantieübernahmevertrags, der am 30. Oktober 1978 (Brüssel) und am 10. November 1978 (Luxemburg) von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank unterzeichnet wurde und demzufolge eine Globalgarantie in Höhe von 75 % aller Kredite übernommen wird, die im Rahmen der Darlehenstransaktionen in folgenden Ländern bereitgestellt werden: Malta, Tunesien, Algerien, Marokko, Portugal (Finanzprotokoll, Soforthilfe), Türkei, Zypern, Ägypten, Jordanien, Syrien, Israel, Griechenland, das ehemalige Jugoslawien und Libanon.

Außerdem sind ausnahmsweise die im Rahmen der Soforthilfe an Portugal gemäß dem Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 gewährten Kredite durch eine 100 % Garantie gedeckt.

Für jedes Finanzprotokoll wird ein neuer Rechtsakt zur Verlängerung des Garantieübernahmevertrags erstellt. Die Höhe der Globalgarantie ist in Teil D (Übersicht 3) angegeben.

2. **Beschreibung**

Im Rahmen der Finanzprotokolle mit den Drittländern des Mittelmeerraums sind Gesamtbeträge für Darlehen festgesetzt worden, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln gewährt werden. Die Europäische Investitionsbank gewährt Darlehen für Vorhaben in Bereichen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Länder beitragen können: Verkehrsinfrastruktur, Häfen, Wasserversorgung, Energieerzeugung und -beförderung, landwirtschaftliche Vorhaben, Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Die Garantie ist erstmals im Februar 1988 in Anspruch genommen worden. Die Europäische Union mußte nacheinander elfmal an Stelle des säumigen Libanon zahlen. Insgesamt gezahlt: 32 009 000 ECU. Der Libanon hat den Gesamtbetrag zurückgezahlt.

Im Fall Syriens wurde die Garantie erstmals im März 1990 und danach fünfmal in Anspruch genommen. Insgesamt gezahlt: 8 100 000 ECU. Syrien hat den Gesamtbetrag zurückgezahlt.

Im Fall einiger Republiken des ehemaligen Jugoslawien wurde die Garantie erstmals im Oktober 1992 in Anspruch genommen; seither mußte die Kommission noch fünfmal zahlen. Insgesamt gezahlt: 28 572 899 ECU. Von diesem Gesamtbetrag haben diese Republiken nichts zurückgezahlt;

— die Gewährung von Zinszuschüssen von 2 % in einigen Fällen, die als nichtrückzahlbare Hilfe bis zur Höhe der ebenfalls in den Finanzprotokollen vorgesehenen Rahmenbeträge gezahlt werden.

VI. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN DRITTLÄNDER IN MITTEL- UND OSTEUROPA

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank vom 29. November 1989 betreffend die Transaktionen der Bank in Ungarn und Polen.

Beschluß 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 68).

Beschluß 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 44).

Beschluß 93/166/EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Gewährung einer Gemeinschaftsgarantie an die Europäische Investitionsbank bei Verlusten aus Darlehen für Investitionsvorhaben in Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 42).

Beschluß 93/696/EG des Rates vom 13. Dezember 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien) (ABl. Nr. L 321 vom 23. 12. 1993, S. 27).

Der Beschluß 90/62/EWG bildet die Grundlage eines zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank geschlossenen Garantieübernahmevertrags im Zusammenhang mit den Darlehen für Ungarn und Polen, der am 24. April 1990 in Brüssel und am 14. Mai 1990 in Luxemburg unterzeichnet wurde, sowie für die Ausdehnung der Bestimmungen dieses Vertrags auf Darlehen für die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien, unterzeichnet am 31. Juli 1991 in Brüssel und Luxemburg.

Dieser Garantieübernahmevertrag war Gegenstand eines am 19. Januar 1993 in Brüssel und am 4. Februar 1993 in Luxemburg unterzeichneten Rechtstextes, mit dem die Tschechische Republik und die Slowakische Republik ab 1. Januar 1993 an die Stelle der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik treten.

Der Beschluß 93/696/EG bildet die Grundlage eines Garantieübernahmevertrags, der am 22. Juli 1994 (Brüssel) bzw. am 12. August 1994 (Luxemburg) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank unterzeichnet wurde.

2. **Beschreibung**

Gemäß einer Aufforderung des Rates vom 9. Oktober 1989 hat der Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank am 29. November 1989 beschlossen, die Bank zu ermächtigen, Darlehen aus Eigenmitteln zu gewähren, um Investitionsvorhaben in Ungarn und Polen in Höhe eines Gesamtbetrags von bis zu 1 Milliarde ECU zu finanzieren. Diese Darlehen werden zur Finanzierung von Investitionsvorhaben gewährt, die den normalerweise von der Bank angewandten Kriterien bei Gewährung von Darlehen aus Eigenmitteln entsprechen.

Am 14. Mai 1991 und am 15. März 1993 hat der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Parlaments beschlossen, diese Garantie auf etwaige Darlehen der Europäischen Investitionsbank in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas (Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien) für einen Zeitraum von zwei Jahren (Höchstbetrag: 700 000 000 ECU) auszudehnen.

Am 13 Dezember 1993 hat der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Parlaments beschlossen, der Europäischen Investitionsbank nochmals eine Garantie der Europäischen Union für die Darlehen zugunsten von Vorhaben in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien in Höhe von 3 Milliarden ECU während eines Zeitraums von drei Jahren zu gewähren.

Die Garantie aus dem Haushalt deckt den gesamten Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen, damit verbundene Kosten) im Zusammenhang mit diesen Darlehen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

VII. KREDITBÜRGSCHAFT DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE AUSFUHR VON AGRARERZEUGNISSEN UND NAHRUNGSMITTELN IN DER EUROPÄISCHEN UNION IN DIE EHEMALIGE SOWJETUNION

1. **Rechtsgrundlage**

Verordnung (EWG) Nr. 599/91 des Rates vom 5. März 1991 über eine Kreditbürgschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3281/91 (ABl. Nr. L 310 vom 12. 11. 1991, S. 1).

Beschluß 91/658/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über ein mittelfristiges Darlehen für die ehemalige Sowjetunion und ihre Republiken (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1991, S. 89).

Die Verordnung (EWG) Nr. 599/91 bildet die Grundlage für einen Garantieübernahmevertrag im Zusammenhang mit Darlehen für die ehemalige Sowjetunion, der zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem durch die Deutsche Bank vertretenen Bankenkonsortium geschlossen und am 26. November 1991 unterzeichnet wurde. In einem zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen Sowjetunion am 26. November 1991 geschlossenen Abkommen sind die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten der Mittelverwendung festgelegt.

2. **Beschreibung**

Die Europäische Union hat beschlossen, die Bürgschaft für einen Kredit zu übernehmen, den ein Bankenkonsortium der ehemaligen Sowjetunion zur Finanzierung der Einfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln mit Ursprung in der Europäischen Union gewährt hat.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Die Bürgschaft der Europäischen Union sichert bei Ausfall die Rückzahlung eines Kredithöchstbetrags von 500 000 000 ECU sowie die Zinsen zu 98 %.

Der Europäischen Union wurde für diese Garantieleistung eine Avalprovision gezahlt.

In einem zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen Sowjetunion zu schließenden Abkommen werden die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten der Mittelverwendung festgelegt.

Die Laufzeit des Darlehens beträgt drei Jahre; die Ziehungsfrist ist auf sechs Monate ab dem Tag der Unterzeichnung des vorgenannten Abkommens beschränkt.

Die Zinsen sind halbjährlich zu zahlen. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt in drei Raten jeweils zwanzig, einunddreißig und zweiundvierzig Monate nach dem Datum der Unterzeichnung des Abkommens.

Die Europäische Union hat außerdem beschlossen, ein Darlehen von 1 250 Millionen ECU an die ehemalige Sowjetunion und ihre Republiken zu vergeben.

Das Darlehen wird zur Finanzierung der Einfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln mit Ursprung in der Europäischen Union und in den mittel- und osteuropäischen Ländern dienen.

Der Darlehensbetrag wurde unter den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion aufgeteilt. Die Laufzeit beträgt drei Jahre.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

VIII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE AN DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK UND DIE SLOWAKISCHE REPUBLIK

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24).

Beschluß 94/61/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über die getrennte Haftung der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik für die der Tschechoslowakei mit dem Beschluß 91/106/EWG gewährte Darlehensfazilität (ABl. Nr. L 28 vom 2. 2. 1994, S. 44).

Beschluß 94/939/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine Finanzhilfe für die Slowakische Republik (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1994, S. 30).

2. **Beschreibung**

Im Rahmen einer Globalbeihilfe über 750 Millionen ECU der G-24 ist die Kommission im Namen der Europäischen Union ermächtigt, Anleihen in Höhe von 375 Millionen ECU in zwei Teilbeträgen mit einer Laufzeit von sieben Jahren aufzulegen. Der Erlös dieser Anleihe wurde zu den gleichen Bedingungen an die Tschechoslowakei vergeben.

Der erste Teilbetrag von 185 Millionen ECU wurde am 14. August 1991 ausgezahlt. Er wird sieben Jahre nach der Auszahlung in einem Betrag zurückgezahlt. Der zweite Teilbetrag wurde im Februar 1992 ausgezahlt.

Die am 1. Januar 1993 vollzogene Trennung zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik erforderte eine dahingehende Änderung des Darlehensvertrags, daß der Darlehensbetrag zwischen den beiden betroffenen Republiken aufgeteilt wurde.

Der Anteil der Tschechischen Republik beträgt 250 Millionen ECU und der der Slowakischen Republik 125 Millionen ECU.

Eine neue Transaktion von 130 000 000 ECU zugunsten der Slowakischen Republik mit einer Höchstlaufzeit von sieben Jahren, die in zwei Tranchen ausgezahlt werden soll, wurde von der Kommission vorgeschlagen und vom Rat am 22. Dezember 1994 beschlossen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

IX. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EIN ANLEIHEPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE FÜR BULGARIEN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/311/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 36).

Beschluß 92/511/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 317 vom 31. 10. 1992, S. 94).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. April 1994, zur Änderung des Beschlusses 92/511/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 zur Aufstockung der mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. C 134 vom 17. 5. 1994, S. 26).

2. **Beschreibung**

Im Rahmen einer Globalbeihilfe der G-24 über 580 Millionen ECU ist die Kommission im Namen der Europäischen Union ermächtigt, eine Anleihe in Höhe von 290 Millionen ECU mit einer Laufzeit von sieben Jahren in zwei Teilbeträgen aufzulegen. Der Erlös dieser Anleihe wird zu den gleichen Bedingungen an Bulgarien ausgezahlt.

Der erste Teilbetrag von 150 Millionen ECU wurde am 14. August 1991 an Bulgarien ausgezahlt. Er wird sieben Jahre nach der Auszahlung in einem Betrag zurückgezahlt. Der zweite Teilbetrag von 140 Millionen ECU wurde im Februar 1992 ausgezahlt.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Eine neue Transaktion von 110 Millionen ECU mit einer Höchstlaufzeit von sieben Jahren, die in zwei Tranchen ausgezahlt werden soll, wurde von der Kommission vorgeschlagen und vom Rat am 19. Oktober 1992 beschlossen.

Der erste Teilbetrag von 70 Millionen ECU wurde am 7. Dezember 1994 an Bulgarien ausgezahlt. Er wird sieben Jahre nach der Auszahlung in einem Betrag zurückgezahlt.

Die Kommission hat einen Vorschlag für einen Beschluß zur Erhöhung dieses Betrags um 40 Millionen ECU vorgelegt.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

X. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER FINANZHILFE FÜR ISRAEL

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33).

2. **Beschreibung**

Im Rahmen der vom Rat beschlossenen Finanzhilfe für Israel und die Bevölkerung der besetzten Gebiete ist die Kommission ermächtigt, im Namen der Europäischen Union eine Anleihe von 160 Millionen ECU in einem einzigen Teilbetrag mit einer Laufzeit von höchstens sieben Jahren aufzulegen. Der Erlös dieser Anleihe wird zu den gleichen Bedingungen an Israel ausgezahlt, das darüber hinaus eine Zinsvergütung von 27 500 000 ECU aus dem Gesamthaushaltsplan erhält.

Die Maßnahme wurde im Februar 1992 durchgeführt.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

XI. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EIN ANLEIHENPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE FÜR RUMÄNIEN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/384/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 64).

Beschluß 92/551/EWG des Rates vom 27. November 1992 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 353 vom 3. 12. 1992, S. 30).

Beschluß 94/369/EG des Rates vom 20. Juni 1994 über eine ergänzende Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 29).

2. **Beschreibung**

Der Rat hat am 22. Juli 1991 beschlossen, eine Garantie der Europäischen Union für ein Anleihe-/Darlehensprogramm für Rumänien zu gewähren.

Es handelt sich um eine Anleihe von 375 Millionen ECU in zwei Teilbeträgen mit einer Laufzeit von bis zu sieben Jahren. Der erste Teilbetrag von 190 Millionen ECU wurde im Januar 1992 ausgezahlt. Der zweite Teilbetrag von 185 Millionen ECU wurde im April 1992 ausgezahlt.

Eine neue Transaktion von 80 Millionen ECU in einer Tranche mit einer Höchstlaufzeit von sieben Jahren wurde von der Kommission vorgeschlagen und vom Rat am 27. November 1992 beschlossen. Das Darlehen ist am 26. Februar 1993 ausgezahlt worden.

Eine dritte Transaktion in Höhe von 125 Millionen ECU in zwei Tranchen und mit einer Höchstlaufzeit von sieben Jahren wurde von der Kommission vorgeschlagen und vom Rat am 20. Juni 1994 beschlossen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINES MITTELFRISTIGEN DARLEHENS AN ALGERIEN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/510/EWG des Rates vom 23. September 1991 über die Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien (ABl. Nr. L 272 vom 28. 9. 1991, S. 90).

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Beschluß 94/938/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine weitere Finanzhilfe für Algerien (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1994, S. 28).

2. **Beschreibung**

Am 23. September 1991 hat der Rat diese Maßnahme genehmigt. Es handelt sich um eine Anleihe/ein Darlehen von 400 Millionen ECU in zwei Teilbeträgen von 250 und 150 Millionen ECU. Der erste Teilbetrag wurde im Januar 1992 ausgezahlt. Der zweite Teilbetrag wurde im August 1994 ausgezahlt.

Eine neue Transaktion von 200 000 000 ECU mit einer Höchstlaufzeit von sieben Jahren, die in zwei Tranchen ausgezahlt werden soll, wurde von der Kommission vorgeschlagen und vom Rat am 22. Dezember 1994 beschlossen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XIII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE FÜR DIE BALTISCHEN STAATEN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 92/542/EWG des Rates vom 23. November 1992 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Estland, Lettland und Litauen (ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1992, S. 29).

2. **Beschreibung**

Der Rat hat am 23. November 1992 beschlossen, eine Garantie der Europäischen Union für ein Anleihe- und Darlehensprogramm für die baltischen Staaten zu gewähren.

Es handelt sich um eine Anleihe von 220 000 000 ECU, die wie folgt aufgeteilt werden:

— 40 000 000 ECU für Estland,

— 80 000 000 ECU für Lettland,

— 100 000 000 ECU für Litauen.

Die vorgesehenen Anleihen haben eine Laufzeit von höchstens sieben Jahren und werden in zwei Tranchen ausgezahlt. Die ersten Tranchen von 20 und 40 Millionen ECU wurden an Estland und Lettland im März 1993 ausgezahlt. Die erste Tranche von 50 Millionen ECU wurde im Juli 1993 an Litauen ausgezahlt.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XIV. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT GEGENÜBER DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK BEI ZAHLUNGSAUSFÄLLEN IM ZUSAMMENHANG MIT DARLEHEN FÜR VORHABEN VON GEMEINSAMEM INTERESSE IN BESTIMMTEN DRITTLÄNDERN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 93/115/EWG des Rates vom 15. Februar 1993 über eine Garantie der Gemeinschaft gegenüber der Europäischen Investitionsbank bei Zahlungsausfällen im Zusammenhang mit Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (ABl. Nr. L 45 vom 23. 2. 1993, S. 27).

Dieser Beschluß bildet die Grundlage eines Garantieübernahmevertrags, der am 4. November 1993 (Brüssel) bzw. am 17. November 1993 (Luxemburg) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB unterzeichnet wurde.

2. **Beschreibung**

Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 93/115/EWG übernimmt die Europäische Union fallweise die Garantie der von der Europäischen Investitionsbank in Drittländern, mit denen die Europäische Union Kooperationsabkommen geschlossen hat, zu vergebenden Darlehen.

Für einen Zeitraum von drei Jahren wird das Gesamtvolumen der Darlehen auf 250 Millionen ECU pro Jahr begrenzt.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XV. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR DIE EURATOM-ANLEIHEN ZUR FINANZIERUNG DER VERBESSERUNG DES WIRKUNGSGRADES UND DER SICHERHEIT VON KERNKRAFTANLAGEN DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN LÄNDER UND DER GUS

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 94/179/Euratom des Rates vom 21. März 1994 zur Änderung des Beschlusses 77/270/Euratom zwecks Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Finanzbeitrag zur Verbesserung der Sicherheit und des Wirkungsgrads von Kernkraftanlagen in bestimmten Drittländern Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1994, S. 41).

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

2. **Beschreibung**

Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 94/179/Euratom dehnt die Europäische Union die Euratom-Anleihen auf die Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit von Kernkraftanlagen der mittel- und osteuropäischen Länder und der GUS aus.

Der Höchstbetrag der Euratom-Anleihen für die Mitgliedstaaten und die Drittländer bleibt auf insgesamt 4 Milliarden ECU begrenzt.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XVI. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER FINANZHILFE FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 94/346/EG des Rates vom 13. Juni 1994 über eine Finanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. Nr. L 155 vom 22. 6. 1994, S. 27).

2. **Beschreibung**

Der Rat hat am 13. Juni 1994 beschlossen, der Republik Moldau die Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zu gewähren.

Es handelt sich um eine langfristige Darlehensfazilität mit einem Kapitalhöchstbetrag von 45 Millionen ECU und einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren.

Der erste Teilbetrag von 25 Millionen ECU mit einer Laufzeit von zehn Jahren wurde am 7. Dezember 1994 an die Republik Moldau ausgezahlt. Er ist ab dem 6. Jahr innerhalb der restlichen fünf Jahre zurückzuzahlen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

XVII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER FINANZHILFE FÜR DIE UKRAINE

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 94/940/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über eine Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1994, S. 32).

2. **Beschreibung**

Der Rat hat am 22. Dezember 1994 beschlossen, eine Garantie der Europäischen Union für ein Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten der Ukraine zu gewähren.

Es handelt sich um ein Darlehen mit einem Kapitalhöchstbetrag von 85 Millionen ECU und einer maximalen Laufzeit von zehn Jahren.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XVIII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER FINANZHILFE FÜR BELARUS

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 95/132/EG des Rates vom 10. April 1995 über eine Finanzhilfe für Belarus (ABl. Nr. L 89 vom 21. 4. 1995, S. 28).

2. **Beschreibung**

Der Rat hat am 10. April 1995 beschlossen, eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten von Belarus zu gewähren.

Es handelt sich um ein Darlehen mit einem Kapitalhöchstbetrag von 75 Millionen ECU und einer maximalen Laufzeit von zehn Jahren.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XIX. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ZWEITE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER ERGÄNZENDEN FINANZHILFE FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU

1. **Rechtsgrundlage**

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. November 1995, über die Zuteilung einer zusätzlichen Finanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. Nr. C 15 vom 20. 1. 1996, S. 11).

2. **Beschreibung**

Die Kommission hat einen Vorschlag für einen Beschluß zur Gewährung einer Garantie der Gemeinschaft für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten der Republik Moldau mit einem Kapitalhöchstbetrag von 15 Millionen ECU vorgelegt.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XX. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR EINE ZWEITE ANLEIHE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR GEWÄHRUNG EINER ERGÄNZENDEN FINANZHILFE FÜR DIE UKRAINE

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 95/442/EG des Rates vom 23. Oktober 1995 über eine weitere Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. Nr. L 258 vom 28. 10. 1995, S. 63).

2. **Beschreibung**

Der Rat hat am 23. Oktober 1995 beschlossen, eine Garantie der Europäischen Union für eine zweite Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten der Ukraine zu gewähren.

Es handelt sich um ein Darlehen mit einem Kapitalhöchstbetrag von 200 Millionen ECU und einer maximalen Laufzeit von 10 Jahren, die in zwei Tranchen ausgezahlt wird.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

XXI. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN SÜDAFRIKA

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 95/207/EG des Rates vom 1. Juni 1995 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Südafrika (ABl. Nr. L 131 vom 15. 6. 1995, S. 31).

Aufgrund dieses Beschlusses wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 4. Oktober 1995 in Brüssel und am ... in Luxemburg ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet.

2. **Beschreibung**

Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 95/207/EG übernimmt die Europäische Union die Garantie für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Südafrika für einen Gesamtbetrag von maximal 300 Millionen ECU.

Diese Garantie aus dem Gemeinschaftshaushalt deckt den gesamten Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen, Nebenkosten) in Verbindung mit diesen Darlehen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 1) übernimmt bei etwaigen Schuldnerausfällen dieser Fonds im Rahmen seiner Disponibilitäten die anstehenden Zahlungen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— die Einzahlung von 14 % des Kapitalbetrags der nach dem 1. Januar 1993 beschlossenen und eingeleiteten Darlehens- und Garantietransaktionen;

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

C. VORAUSSCHÄTZUNGEN 1995-1996: NEUE ANLEIHEN UND DARLEHEN

Die nachstehende Übersicht enthält zahlenmäßig stark gerundete Angaben zur möglichen Entwicklung der neuen Anleihen und der Auszahlung neuer Darlehen (mit Garantie aus dem Gesamthaushalt) in den Jahren 1995-1996.

Neue Anleihen und Darlehen 1995-1996 (Vorausschätzungen)

(in Millionen ECU)

Instrument	1995	1996
EG- und Euratom-Anleihen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt		
1. Stützung der Zahlungsbilanz der Mitgliedstaaten		
Griechenland II		
Italien	2 000	2 000
2. Makrofinanzielle Hilfe für Drittländer:		
Ungarn I	260	
Bulgarien II	80	
Rumänien III	125	
Baltische Staaten	110	
Algerien	200	
Slowakische Republik	130	
Republik Moldau	20	
Ukraine	85	
Belarus	40	35
3. Handelskredite für die aus der ehemaligen UdSSR hervorgegangenen Länder	142	
4. Euratom-Darlehen	200	200
Insgesamt	3 392	2 235
Darlehen der Europäischen Investitionsbank mit Garantie aus dem Gesamthaushalt		
1. Darlehen an Drittländer des Mittelmeerraums	900	1 050
2. Darlehen in Drittländern Mittel- und Osteuropas	850	1 150
3. Darlehen in anderen Drittländern	300	130
4. Darlehen für Südafrika	60	120
Insgesamt	2 110	2 450
Gesamtbetrag	**5 502**	**4 685**

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

1. **Zahlungsbilanzen**

Griechenland

Das bestehende Zahlungsbilanzdarlehen für Griechenland ist ausgelaufen, und es werden keine weiteren Beträge mehr ausgezahlt. Neue Darlehen sind nicht geplant.

Italien

Durch Entscheidung des Rates vom 18. Januar 1993 wurde Italien ein Darlehen zur Zahlungsbilanzstützung in Höhe von 8 Milliarden ECU gewährt. Das Darlehen wird in vier Tranchen von je 2 Milliarden ECU zur Verfügung gestellt und — außer im Fall der ersten Tranche — von der Erreichung der vereinbarten Ziele hinsichtlich der Staatsverschuldung und des Haushaltsdefizits Italiens abhängig gemacht.

Die ersten beiden Tranchen wurden 1993 freigegeben. Gemäß der Ratsentscheidung konnte die dritte Tranche zum 1. Februar 1994 freigegeben werden (aber die italienische Regierung hat noch keinen entsprechenden Antrag gestellt). Die vierte Tranche kann frühestens zum 1. Februar 1995 freigegeben werden.

Entscheidet sich die italienische Regierung dafür, die Freigabe der dritten und vierten Tranche zu beantragen, und gelten die Voraussetzungen als erfüllt, so werden der Italienischen Republik 1995 und 1996 je 2 Milliarden ECU ausgezahlt.

2. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Ungarn**

Ungarn I

Die Auszahlung der dritten Tranche (260 Millionen ECU) der 1990 beschlossenen Finanzhilfe ist für 1995 vorgesehen.

3. **Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer des Mittelmeeraums**

Das Volumen der insbesondere in Anwendung der vierten Finanzprotokolle und im Rahmen der horizontalen Zusammenarbeit unterzeichneten neuen Darlehen läßt sich 1995 auf 900 Millionen ECU und 1996 auf 1 050 Millionen ECU veranschlagen.

4. **Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Drittländern in Mittel- und Osteuropa**

Im Rahmen des Höchstbetrags von insgesamt 3 000 Millionen ECU wurden 1995 850 Millionen ECU gewährt, und 1996 werden es 1 150 Millionen ECU sein.

5. **Darlehen der Europäischen Investitionsbank in anderen Drittländern**

Im Rahmen des Höchstbetrags von insgesamt 750 Millionen ECU pro Jahr für einen Zeitraum von drei Jahren (1993-1996) werden 1995 voraussichtlich Darlehen in Höhe von insgesamt 300 Millionen ECU gewährt und die restlichen 130 Millionen ECU im Jahr 1996 vergeben werden. Angaben über die eventuelle Festsetzung eines neuen Höchstbetrags liegen derzeit nicht vor.

6. **Darlehen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln aus der Europäischen Union in die ehemalige Sowjetunion**

Der Ziehungszeitraum für diesen Kredit lief am 31. Dezember 1992 aus. Zu diesem Zeitpunkt waren Kapitaltransaktionen in Höhe von 375 Millionen ECU zustande gekommen.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

7. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Slowakische Republik**

Die Auszahlung der 1994 beschlossenen Finanzhilfe im Betrag von 130 Millionen ECU in zwei Tranchen ist für 1995 vorgesehen.

8. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Bulgarien**

Bulgarien II

Die erste Tranche (70 Millionen ECU) der 1992 beschlossenen Finanzhilfe in Höhe von 110 Millionen ECU wurde 1994 ausgezahlt, und zwar im Rahmen der Unterstützungsmaßnahmen für das Wirtschaftsreformprogramm Bulgariens, wofür insgesamt 150 Millionen ECU bereitgestellt werden sollen. Die Auszahlung einer zweiten Tranche in Höhe von 80 Millionen ECU (40 Millionen ECU aus der 1992 beschlossenen Finanzhilfe und weitere 40 Millionen ECU im Zuge eine 1994 von der Kommission vorgeschlagenen ergänzenden Hilfe) ist für 1995 vorgesehen.

9. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Rumänien**

Rumänien III

Die Auszahlung der 1994 beschlossenen Finanzhilfe im Gesamtbetrag von 125 Millionen ECU in zwei Tranchen ist für 1995 vorgesehen.

10. **Anleiheprogramm zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien**

Die Auszahlung der 1994 beschlossenen Finanzhilfe im Gesamtbetrag von 200 Millionen ECU in zwei Tranchen ist für 1995 vorgesehen.

11. **Anleiheprogramm zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an die ehemalige Sowjetunion und ihre Republiken**

Für die Finanzhilfen an die Republiken der ehemaligen UdSSR ist ein Höchstbetrag von insgesamt 1 250 Millionen ECU vorgesehen. 1992 ist eine Kreditfazilität in entsprechender Höhe bereitgestellt worden. Daraus sind Ende 1994 bereits Mittel in Höhe von 960 Millionen ECU gezogen worden. Zwei neue Darlehensverträge über insgesamt 127 Millionen ECU sind 1994 unterzeichnet worden. Ein geplantes weiteres Darlehen in Höhe von 30 Millionen ECU wird derzeit geprüft.

12. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an die baltischen Staaten**

Die zweiten Tranchen (zusammen 110 Millionen ECU) des Darlehens zugunsten der baltischen Staaten im Gesamtbetrag von 220 Millionen ECU dürften 1995 ausgezahlt werden.

13. **Euratom**

Der Rat hat am 21. März 1994 beschlossen, die Kommission zu ermächtigen, Euratom-Anleihen aufzunehmen und Euratom-Darlehen zu gewähren, um finanziell zur Verbesserung des Wirkungsgrads und der Sicherheit von Kernkraftanlagen in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der Gemeinschaft unabhängiger Staaten beizutragen. Die dafür notwendigen Darlehen werden auf 200 Millionen ECU für 1995 und 200 Millionen ECU für 1996 geschätzt.

14. **Finanzhilfe für die Republik Moldau**

Die Auszahlung der zweiten Tranche (20 Millionen ECU) der 1994 beschlossenen Finanzhilfe ist für 1995 vorgesehen.

15. **Finanzhilfe für die Ukraine**

Die 1994 beschlossene Finanzhilfe im Betrag von 85 Millionen ECU dürfte 1995 zur Auszahlung kommen.

16. **Finanzhilfe für Belarus**

Für 1995 ist die Gewährung einer Finanzhilfe im Betrag von 75 Millionen ECU geplant. Die Auszahlung der ersten Tranche in Höhe von 40 Millionen ECU dürfte noch 1995 erfolgen; die restlichen 35 Millionen ECU werden voraussichtlich 1996 ausgezahlt.

17. **Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Südafrika**

Im Rahmen des insgesamt bewilligtens Darlehensbetrags von 300 Millionen ECU dürften den Vorausschätzungen zufolge 1995 Darlehen in Höhe von 60 Millionen ECU und 1996 von 120 Millionen ECU vergeben werden.

Bewertung der Risiken

Am 31. Dezember 1994 betrugen die für Anleihen, Darlehen und Garantien aufgewendeten Mittel insgesamt 13 769 Millionen ECU, davon 7 843 Millionen ECU in den Mitgliedstaaten und 5 925 Millionen in Drittländern.

Garantiefonds

Im Einklang mit den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburg vom 11. und 12. Dezember 1992 hat der Rat am 31. Oktober 1994 die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 über die Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen angenommen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

D. LAUFENDE KAPITALTRANSAKTIONEN UND SCHULDENDIENST

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994)

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1. *Zahlungsbilanz*										
1983	3 997,2	2 906,0	—	—	—	—	—	—	—	—
1984	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1985	2 704,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1986	865,0	875,1	—	—	—	—	—	—	—	—
1987	873,9	930,3	—	—	—	—	—	15,3	—	—
1988	752,7	534,5	—	—	—	—	—	—	—	—
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1991	1 000,0	1 000,0	1 000,0	—	500,0	1 000,0	500,0	95,0	95,0	95,0
1992	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1993	3 989,8	4 021,9	4 021,9	—	500,0	4 021,9	3 521,9	254,0	254,0	254,0
1994	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zahlungsbilanz insgesamt	14 182,7	10 267,8	5 021,9	0,0	1 000,0	5 021,9	4 021,9	364,3	349,0	349,0
Refinanzierungen	3 456,8									
Insgesamt ohne Refinanzierungen	10 725,9									
2. *Euratom*										
1977	98,3	9,4	—	—	—	—	—	—	—	—
1978	72,7	49,6	—	—	—	—	—	—	—	—
1979	152,9	46,2	—	—	—	—	—	—	—	—
1980	183,5	74,9	9,0	2,1	1,4	7,0	5,6	1,2	1,0	0,8
1981	362,3	122,1	12,1	6,1	6,1	6,1	—	2,4	1,6	0,8
1982	355,4	101,6	—	—	—	—	—	0,5	—	—
1983	369,1	302,4	11,9	11,9	—	—	—	2,1	1,1	—
1984	205,0	136,8	39,4	7,0	22,2	32,3	10,1	8,2	4,0	3,2

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1985	337,8	183,5	86,2	10,0	21,2	76,2	55,0	9,1	8,1	7,1
1986	594,4	280,7	176,0	—	100,0	176,0	76,0	13,2	13,2	13,2
1987	674,6	870,3	395,9	9,9	2,0	386,1	384,0	43,4	30,1	29,7
1988	88,0	79,1	—	—	—	—	—	—	—	—
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1991	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1992	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1993	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1994	48,5	48,5	48,5	—	—	48,5	48,5	2,6	3	3,4
Euratom insgesamt	3 542,9	2 305,1	779,0	47,0	152,9	732,2	579,2	82,7	62,1	58,2
Refinanzierungen	773,7									
Insgesamt ohne Refinanzierungen	2 768,8									
3. *Neues Gemeinschaftsinstrument (NGI)*										
1979	180,0	228,3	—	—	—	—	—	—	—	—
1980	298,0	159,3	30,3	14,4	3,2	15,9	12,7	4,7	3,3	1,8
1981	333,1	95,8	19,4	6,4	6,4	13,0	6,6	3,2	2,4	1,6
1982	762,5	255,1	24,0	8,0	8,0	16,0	8,0	4,5	2,2	1,4
1983	1 459,8	1 185,5	52,6	32,9	—	19,8	19,8	11,6	8,3	4,9
1984	1 001,4	561,2	76,7	—	52,5	76,7	24,2	16,9	6,4	6,4
1985	776,4	713,9	550,6	116,4	26,9	434,2	407,3	50,3	47,3	38,4
1986	509,2	471,1	228,3	10,0	198,2	218,3	20,1	22,3	18,8	18,1
1987	604,1	501,0	332,0	125,3	—	206,6	206,6	34,7	28,2	17,0
1988	911,7	711,4	108,1	88,1	20,0	20,0	—	29,5	7,4	1,7
1989	535,6	465,8	56,2	56,2	—	—	—	4,1	4,1	—
1990	76,1	29,6	0,8	0,8	—	—	—	2,8	0,1	—
1991	48,7	53,1	—	—	—	—	—	1,7	—	—

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1992	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1993	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1994	70,0	70,0	70,0	—	—	70,0	70,0	—	5,1	5,1
NGI insgesamt (2)	7 566,6	5 501,1	1 549,0	458,5	315,2	1 090,4	775,3	186,3	133,6	96,4
EIB-Mittel „Erdbeben" (3)	353,1									
NGI und Erdbeben insgesamt	7 919,7									
Refinanzierungen	1 328,7									
Insgesamt ohne Refinanzierungen	6 591,0									
4. *Mittelfristige Finanzhilfe für Drittländer*										
1990	350,0	350,0	350,0	350,0	—	—	—	37,2	37,2	—
1991	695,0	695,0	695,0	—	260,0	695,0	435,0	65,6	65,6	65,6
1992	1 671,0	1 671,0	1 522,0	407,0	—	1 115,0	1 115,0	127,2	119,6	96,9
1993	659,0	659,0	658,0	150,0	205,0	508,0	303,0	42,0	28,0	30,1
1994	260,0	260,0	260,0	—	—	260,0	260,0	—	21,3	23,8
Insgesamt	3 635,0	3 635,0	3 485,0	907,0	465,0	2 578,0	2 113,0	272,0	271,7	216,4
Gesamtsumme Anleihen (4)	**28 926,8**	**21 709,0**	**10 834,9**	**1 412,5**	**1 933,1**	**9 422,6**	**7 489,4**	**905,3**	**816,4**	**720,0**

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.
(2) Einschließlich der Anleihemittel aus dem Neuen Gemeinschaftsinstrument (Erdbeben).
(3) Von der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1990 unterzeichnete Darlehen.
(4) Einschließlich Refinanzierungen aber ohne EIB-Mittel „Erdbeben".

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
Aufgliederung der Gesamtsumme nach Devisen										
ECU		9 227,0	6 882,4	991,3	1 599,2	5 891,4	4 292,1	567,2	528,0	464,5
bfrs		427,9	55,8	3,6	3,6	52,2	48,5	19,9	3,9	3,9
Dkr		—	—	—	—	—	—	—	—	—
DM		4 249,8	2 281,3	19,9	54,8	2 261,4	2 206,6	148,2	145	143,4
Dr		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pta		154,3	61,7	61,7	—	—	—	7,6	7,6	—
ffrs		581,7	395,4	—	—	395,4	395,4	39,1	39,1	39,1
Ir £		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lit		103,6	50,1	50,1	—	—	—	5,8	2,9	—
lfrs		95,8	56,1	15,3	40,7	40,7	—	6,6	4,4	3,3
hfl		1 138,3	373,4	113,5	69,5	259,9	190,5	41,3	31,9	22,5
Esc		—	—	—	—	—	—	—	—	—
£ Stg		313,8	16	0,7	0,7	15,3	14,6	9,3	1,9	1,8
US $		3 906	467,1	24,8	162,6	442,3	279,7	45,1	40,7	38
sfrs		765,2	181	119	—	62	62	13,9	10,4	3,4
Yen		745,6	14,6	12,6	2	2	—	1,3	0,6	0,1
CND $		—	—	—	—	—	—	—	—	—

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 2

GEWÄHRTE DARLEHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Darlehen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994)

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1. *Zahlungsbilanz*										
1983	3 997,2	2 906,0	—	—	—	—	—	—	—	—
1984	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1985	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1986	865,0	875,1	—	—	—	—	—		—	—
1987	873,9	930,3	—	—	—	—	—	15,3	—	—
1988	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1991	1 000,0	1 021,2	1 021,2	—	521,2	1 021,2	500,0	78,8	75,5	71,8
1992	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1993	3 989,8	4 021,9	4 021,9	—	500,0	4 021,9	3 521,9	256,7	256,9	258,3
1994	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zahlungsbilanz insgesamt	10 725,9	9 754,5	5 043,1	0,0	1 021,2	5 043,1	4 021,9	350,8	332,4	330,1
2. *Euratom*										
1977	95,3	23,6	—	—	—	—	—	—	—	—
1978	70,8	47,5	—	—	—	—	—		—	—
1979	151,6	44,5	—	—	—	—	—	—	—	—
1980	183,5	74,9	9,0	2,1	1,4	7,0	5,6	1,2	1,0	0,8
1981	360,4	261,3	24,0	15,9	8,1	8,1	—	3,6	2,2	0,9
1982	354,6	276,0	—	—	—	—	—	0,6	—	—
1983	366,9	375,3	11,9	11,9	—	—	—	2,1	1,1	—
1984	183,7	213,4	39,4	7,0	22,2	32,3	10,1	8,3	4,0	3,2
1985	208,3	182,3	85,5	9,8	21,0	75,7	54,7	9,2	8,2	7,2
1986	575,0	451,6	307,6	—	97,7	307,6	209,9	19,9	21,9	22,5
1987	209,6	334,7	308,4	—	—	308,4	308,4	18,5	21,6	22,5
1988	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 2

GEWÄHRTE DARLEHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Darlehen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1991	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1992	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1993	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1994	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Euratom insgesamt	2 759,7	2 285,1	785,8	46,7	150,4	739,1	588,7	63,4	60,0	57,1
3. *Neues Gemeinschaftsinstrument (NGI)*										
a) Ohne Transaktionen „Erdbeben“										
1979	272,7	332,4	18,9	12,3	6,6	6,6	—	3,6	1,4	0,6
1980	197,6	243,0	29,0	13,1	3,2	15,9	12,7	4,0	2,7	1,5
1981	243,5	285,0	19,4	6,4	6,4	13,0	6,6	3,2	2,4	1,6
1982	631,4	618,3	92,3	28,4	30,7	63,9	33,2	10,2	6,7	4,4
1983	961,0	1 013,7	219,4	63,8	51,2	155,6	104,4	22,0	16,8	11,5
1984	1 154,0	1 138,7	159,9	36,0	38,8	123,9	85,1	27,7	16,1	12,5
1985	845,7	866,4	206,6	47,6	60,5	159,0	98,5	27,4	21,0	16,4
1986	390,8	385,9	97,9	20,4	20,4	77,5	57,1	11,5	7,6	6,0
1987	384,9	371,8	96,2	41,4	12,6	54,8	42,2	12,0	7,7	4,8
1988	309,5	294,6	163,3	26,9	50,3	136,4	86,1	18,4	15,1	11,8
1989	78,3	73,5	51,6	7,5	8,2	44,1	35,9	4,3	3,8	3,1
1990	23,6	22,3	4,2	4,2	—	—	—	0,9	0,5	—
1991	25,4	20,7	10,7	2,0	2,3	8,7	6,4	1,9	1,1	0,9
1992	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1993	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1994	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme	5 518,4	5 666,3	1 169,4	310,0	291,2	859,4	568,2	147,1	102,9	75,1

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 2

GEWÄHRTE DARLEHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Darlehen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
b) Transaktionen „Erdbeben“										
Italien	598,7	716,8	44,3	36,2	3,3	8,1	4,8	7,2	2,9	0,5
Griechenland	80,0	89,4	—	—	—	—	—	0,6	—	—
Zwischensumme	678,7	806,2	44,3	36,2	3,3	8,1	4,8	7,8	2,9	0,5
NGI insgesamt	6 197,1	6 472,5	1 213,7	346,2	294,5	867,5	573,0	154,9	105,8	75,6
4. *Mittelfristige Finanzhilfe für Drittländer*										
1990	350,0	350,0	350,0	350,0	—	—	—	22,3	10,4	—
1991	942,0	942,0	695,0	—	260,0	695,0	435,0	44,8	44,0	59,0
1992	1 671,0	1 671,0	1 522,0	407,0	—	1 115,0	1 115,0	129,0	118,6	91,0
1993	659,0	659,0	658,0	150,0	205,0	508,0	303,0	56,6	56,1	35,3
1994	260,0	260,0	260,0	0,0	0,0	260,0	260,0	0,0	19,0	21,3
Insgesamt	3 882,0	3 882,0	3 485,0	907,0	465,0	2 578,0	2 113,0	252,7	248,1	206,6
Darlehen insgesamt	**23 564,7**	**22 394,1**	**10 527,6**	**1 299,9**	**1 931,1**	**9 227,7**	**7 296,6**	**821,8**	**746,3**	**669,4**
Aufgliederung der Gesamtsumme nach ausgezahlten Devisen										
ECU		8 815,6	6 563,5	989,7	1 386,6	5 573,9	4 187,3	502,9	470,4	418,8
bfrs		659,4	80,6	18,3	8,0	62,3	54,2	10,3	6,8	5,1
Dkr		—	—	—	—	—	—	—	—	—
DM		4 388,2	2 572,6	62,2	318,9	2 510,4	2 191,5	169,4	159,6	154,3
Dr		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pta		79,0	12,2	5,3	1,6	6,9	5,3	3,5	1,3	0,7
ffrs		732,3	303,5	22,7	45,5	280,8	235,3	32,3	29,0	26,7

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 2

GEWÄHRTE DARLEHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Darlehen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
Ir £		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lit		128	39,2	18,7	15,1	20,5	5,4	6,1	4,3	2,2
lfrs		86,3	32,3	2,3	17,3	30	12,7	5,3	2,9	2,7
hfl		1 232	271	69,4	62,8	201,5	138,8	31	23,1	17
Esc		—	—	—	—	—	—	—	—	—
£ Stg		413,1	154,5	17,9	12,1	136,6	124,5	19	15,4	13,6
US $		4 224,7	313,8	28,7	22,1	285,1	263	22,4	22,4	21,1
sfrs		711,6	121,9	37,9	28,9	84	55,1	12,9	6,7	4,6
Yen		923,9	62,5	26,8	12,2	35,7	23,5	6,7	4,4	2,6

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas, Lateinamerika und Asien mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994)

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Mittelmeerländer											
Malta											
— Protokoll I	16,0	16,0	18,5	10,4	1,2	1,3	9,2	7,9	0,8	0,8	0,7
— Protokoll II	16,0	16,0	21,4	17,8	1,6	1,7	16,2	14,5	1,3	1,2	1,1
— Protokoll III	23,0	23,0	12,1	11,2	0,7	0,7	10,5	9,8	0,8	0,8	0,7
Tunesien											
— Protokoll I	41,0	41,0	50,5	12,5	2,3	2,1	10,2	8,1	1,3	1,1	0,9
— Protokoll II	78,0	78,0	79,6	53,2	7,7	8,1	45,5	37,4	2,7	2,4	2,0
— Protokoll III	131,0	131,0	113,9	104,5	5,8	7,1	98,7	91,6	5,8	5,8	5,5
— Protokoll IV	168,0	158,0	25,3	25,3	—	0,7	25,3	24,6	1,9	2,0	2,0
Algerien											
— Protokoll I	70,0	70,0	70,9	34,0	7,4	4,6	26,6	22,0	2,9	2,3	1,7
— Protokoll II	107,0	107,0	95,7	81,8	4,6	4,9	77,2	72,3	4,7	4,6	4,4
— Protokoll III	183,0	183,0	52,7	52,7	1,4	1,7	51,3	49,6	2,9	3,8	3,7
— Protokoll IV	280,0	180,0	15,1	15,1	—	—	15,1	15,1	0,2	0,9	0,9
Marokko											
— Protokoll I	56,0	56,0	67,7	24,7	4,6	4,6	20,1	15,5	2,7	2,3	1,8
— Protokoll II	90,0	90,0	86,5	58,9	6,0	6,2	52,9	46,7	5,4	5,0	4,4
— Protokoll III	151,0	151,0	97,3	94,0	4,2	4,6	89,8	85,2	7,4	7,3	6,9
— Protokoll IV	220,0	150,0	17,8	17,8	—	—	17,8	17,8	0,7	1,2	1,2
Ägypten											
— Protokoll I	93,0	93,0	104,2	31,8	6,6	7,0	25,2	18,2	3,0	2,5	1,9
— Protokoll II	150,0	150,0	146,5	75,0	14,9	12,5	60,1	47,6	4,8	4,0	3,1
— Protokoll III	249,0	242,0	156,0	151,2	9,1	11,1	142,1	131,0	8,1	8,6	8,0
— Protokoll IV	310,0	172,0	35,0	35,0	—	—	35,0	35,0	0,2	1,4	1,4

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas, Lateinamerika und Asien mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Jordanien											
— Protokoll I	18,0	18,0	23,5	1,5	1,3	0,2	0,2	—	0,3	0,1	—
— Protokoll II	37,0	37,0	39,4	17,0	3,7	3,1	13,3	10,2	1,4	1,1	0,8
— Protokoll III	63,0	63,0	67,1	62,6	4,7	5,6	57,9	52,3	3,6	3,6	3,3
— Protokoll IV	80,0	46,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Syrien											
— Protokoll I	34,0	34,0	34,7	16,2	3,1	3,4	13,1	9,7	1,5	1,3	1,0
— Protokoll II	64,0	64,0	45,1	27,2	4,0	4,3	23,2	18,9	1,7	1,6	1,3
— Protokoll III	110,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— Protokoll IV	115,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Israel											
— Protokoll I	30,0	30,0	33,6	—	—	—	—	—	—	—	—
— Protokoll II	40,0	40,0	46,5	14,8	5,8	4,5	9,0	4,5	1,4	1,0	0,5
— Protokoll III	63,0	63,0	64,0	56,6	5,6	6,1	51,0	44,9	5,0	4,6	4,1
— Protokoll IV	82,0	34,0	29,6	29,6	—	—	29,6	29,6	1,2	2,1	2,1
Zypern											
— Protokoll I	20,0	20,0	21,3	6,6	2,6	2,9	4,0	1,1	0,9	0,6	0,4
— Protokoll II	28,0	28,0	26,4	19,1	1,7	1,8	17,4	15,6	1,5	1,4	1,3
— Protokoll III	44,0	44,0	14,7	14,7	—	0,9	14,7	13,8	0,9	1,0	1,0
Libanon											
— Sonderhilfe	20,0	20,0	28,5	—	—	—	—	—	—	—	—
— Protokoll I	20,0	20,0	21,9	2,7	1,8	0,6	0,9	0,3	0,4	0,2	0,1
— Protokoll II	34,0	34,0	20,3	20,3	—	—	20,3	20,3	0,4	1,2	1,3
— zusätzliche Sonderhilfe	50,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— Protokoll III	53,0	53,0	9,0	9,0	—	—	9,0	9,0	—	0,4	0,6
— Protokoll IV	45,0	19,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas, Lateinamerika und Asien mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Jugoslawien											
— Artikel 18 (1976)	50,0	50,0	51,2	—	—	—	—	—	—	—	—
— Protokoll I	200,0	146,9	130,5	99,3	7,0	7,8	92,3	84,5	11,1	10,4	9,7
— Artikel 18 (1984)	60,0	60,0	54,1	44,0	2,7	3,0	41,3	38,3	4,7	4,4	4,2
— Protokoll II	450,0	389,6	315,9	306,7	11,7	13,2	295,0	281,8	26,2	25,0	24,2
Türkei											
— Protokoll III	90,0	89,9	106,8	6,0	4,8	1,2	1,2	—	1,7	0,5	0,1
Slowenien											
— Protokoll I	150,0	88,0	5,5	5,5	—	—	5,5	5,5	—	0,3	0,4
Griechenland											
— Protokoll II	225,0	225,0	275,9	47,4	12,7	7,5	34,7	27,2	4,6	3,5	2,6
Portugal											
— Protokoll I	200,0	190,6	228,7	42,5	10,3	9,8	32,2	22,4	4,3	3,4	2,5
— Beihilfe vor dem Beitritt	150,0	150,0	149,7	54,1	8,3	8,6	45,8	37,2	5,7	4,9	4,1
— zusätzliche Beihilfe vor dem Beitritt I	75,0	72,9	66,2	32,9	5,9	3,8	27,0	23,2	3,6	3,1	2,6
— zusätzliche Beihilfe vor dem Beitritt II	150,0	150,0	154,5	111,5	10,0	10,8	101,5	90,7	10,1	9,3	8,5
Spanien											
— finanzielle Zusammenarbeit vor dem Beitritt	200,0	200,0	230,5	40,8	11,6	13,0	29,2	16,2	6,5	4,5	3,1
— zusätzliche finanzielle Zusammenarbeit vor dem Beitritt I	100,0	100,0	101,7	34,8	4,8	5,3	30,0	24,7	4,0	3,5	3,0
— zusätzliche finanzielle Zusammenarbeit vor dem Beitritt II	250,0	235,0	243,1	106,3	17,2	15,9	89,1	73,2	10,8	8,9	7,5
Mittelmeerraum											
— horizontale Zusammenarbeit	1 800,0	527,0	21,8	21,8	—	—	21,8	21,8	0,3	1,4	1,4
Zwischensumme [1]	7 632,0	5 448,9	3 928,4	2 158,4	219,4	212,2	1 939,0	1 726,8	171,4	161,3	144,0

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas, Lateinamerika und Asien mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Portugal [2]											
— Soforthilfe	150,0	141,5	152,4	2,2	0,7	0,7	1,5	0,8	0,2	0,1	0,1
Insgesamt	**7 782,0**	**5 590,4**	**4 080,8**	**2 160,6**	**220,1**	**212,9**	**1 940,5**	**1 727,6**	**171,6**	**161,4**	**144,1**
Garantie der Europäischen Union											
[1] Globalgarantie zu 75 %	5 724,0	4 086,7	2 946,3	2 158,4							
[2] Gesamtgarantie zu 100 %	150,0	141,5	152,4	2,2							
Garantie insgesamt	5 874,0	4 228,2	3 098,7	2 160,6							
Drittländer in Mittel- und Osteuropa											
Beschluß des Rates der Gouverneure vom 29. November 1989 (1 Milliarde ECU)											
Ungarn		397,0	178,4	177,8	4,5	13,1	173,3	160,2	9,7	12,3	11,9
Polen		553,0	218,6	216,7	7,2	11,2	209,5	198,3	11,2	14,9	14,7
Teilbetrag	1 000,0	950,0	397,0	394,5							
Beschluß des Rates der Gouverneure vom 18. April 1991 (700 Millionen ECU)											
Bulgarien		196,0	37,0	37,0	—	—	37,0	37,0	0,6	2,5	2,6
Slowakische Republik		138,0	47,2	47,2	—	—	47,2	47,2	1,0	3,1	3,2
Tschechische Republik		222,0	53,2	53,2	—	—	53,2	53,2	1,9	3,7	3,7
Rumänien		144,0	39,7	39,7	2,5	2,5	37,2	34,7	1,0	2,5	2,6
Teilbetrag	700,0	700,0	177,1	177,1							

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas, Lateinamerika und Asien mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Beschluß des Rates der Gouverneure vom 2. Mai 1994 (3 Milliarden ECU)											
Albanien		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bulgarien		30,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Estland		47,0	2,4	2,4	—	—	2,4	2,4	0,1	0,2	0,2
Ungarn		140,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lettland		5,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Litauen		10,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Polen		333,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Slowakische Republik		35,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tschechische Republik		255,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rumänien		66,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Teilbetrag	3 000,0	921,0	2,4	2,4							
Drittländer Lateinamerikas und Asiens											
Beschluß des Rates der Gouverneure vom 22. Februar 1993 (750 Millionen ECU)											
Lateinamerika und Asien	750,0	319,0	45,5	45,5	—	—	45,5	45,5	—	3,3	3,7
Insgesamt	**5 450,0**	**2 890,0**	**622,0**	**619,5**	**14,2**	**26,8**	**605,3**	**578,5**	**25,5**	**42,5**	**42,6**
Garantie der Europäischen Union											
Insgesamt zu 100 %	5 450,0	2 890,0	622,0	619,5							

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas, Lateinamerika und Asien mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1994) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1995	1996	1995	1996	1994	1995	1996
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Insgesamt											
Garantie der Europäischen Union											
Globalgarantie zu 75 %	5 724,0	4 086,7	2 946,3	2 158,4							
Gesamtgarantie zu 100 %	5 600,0	3 031,5	774,4	621,7							
Garantie insgesamt	**11 324,0**	**7 118,2**	**3 720,7**	**2 780,1**							
Aufgliederung der Gesamtsumme nach Devisen											
ECU			279,3	214,2	11,8	13,7	202,4	188,7	15,0	16,7	15,9
bfrs			119,7	75,0	7,4	7,6	67,6	60,0	6,3	5,9	5,3
Dkr			43,3	32,4	2,4	3,2	30,0	26,8	3,5	3,3	3,0
DM			942,5	528,0	41,1	41,9	486,9	445,0	35,1	38,3	35,2
Dr			12,7	7,4	1,0	1,0	6,4	5,4	0,8	0,7	0,6
Pta			7,3	5,6	0,4	0,4	5,2	4,8	0,6	0,6	0,5
ffrs			421,4	274,9	23,8	23,2	251,1	227,9	21,8	20,8	18,9
Ir £			0,9	0,7	—	—	0,7	0,7	0,1	0,1	0,1
Lit			158,1	103,1	12,1	11,7	91,0	79,3	8,7	8,0	7,0
lfrs			26,3	1,7	0,6	0,5	1,1	0,6	0,2	0,1	0,1
hfl			226,4	107,5	12,7	12,2	94,8	82,6	8,9	7,9	7,0
Esc			—	—	—	—	—	—	—	—	—
£ Stg			220,7	157,4	11,7	13,7	145,7	132,0	12,8	12,2	11,2
US $			886,7	485,7	38,3	37,9	447,4	409,5	31,8	37,6	35,2
sfrs			631,3	332,3	27,0	28,6	305,3	276,7	20,6	20,8	19,0
Yen			722,7	452,0	43,9	43,9	408,1	364,2	30,7	30,7	27,5
ö S			3,5	2,2	0,1	0,2	2,1	1,9	0,2	0,2	0,2

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Technische Anmerkungen zu den Übersichten 1 bis 3

1. *Übersichten 1 und 2*

a) Bei den Operationen zur Stützung der Zahlungsbilanzen sowie den „NGI"- und „Euratom"-Operationen entspricht im allgemeinen der Anleihebetrag genau dem Darlehensbetrag.

Allerdings können die aufgenommenen Beträge im Wege von Swap-Transaktionen in andere Währungen umgetauscht (mit anderen Zinssätzen) werden, welche dann als Darlehen vergeben werden.

Die unterschiedliche Entwicklung der Währungsparitäten bei den aufgenommenen und den vergebenen Beträgen im Verhältnis zum Ecu ist der Grund für die Differenz, die zwischen den Zahlenangaben in den Spalten „Tilgung" und „Ausstehender Betrag" über die Anleihen und Darlehensoperationen zu verzeichnen sind.

Die unterschiedlichen Zahlungen in der Spalte „Zinsen" bei den Anleihen und den Darlehen erklären sich durch die unterschiedlich hohen Zinssätze für die bei den jeweiligen Operationen benutzten Währungen.

b) Umrechnungskurse: die Beträge der Spalte (2) „Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung" werden zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Kursen umgerechnet. Bei Refinanzierung läßt die Übersicht 1 sowohl die ursprüngliche Transaktion (beispielsweise im Jahr 1979) als auch die Ersatztransaktion (beispielsweise im Jahr 1986) erkennen. Die Ersatztransaktion wird zu den Kursen der ursprünglichen Transaktion umgerechnet. Die sich daraus ergebende Doppelrechnung wird beziffert, bleibt aber in der Gesamtsumme unberücksichtigt.

Alle anderen Beträge werden zu den Kursen vom 31. Dezember 1994 umgerechnet.

c) Spalte (3) „Ursprünglicher bis 31. Dezember 1994 vereinnahmter/ausgezahlter Betrag". Beispiel: Die Zahl „1986" weist die Gesamtsumme aller Beträge aus, die:

— bis zum 31. Dezember 1994 aus 1986 unterzeichneten Anleihen (Übersicht 1) einschließlich der Refinanzierungen (daher eine gewisse Doppelrechnung) vereinnahmt worden sind;

— bis zum 31. Dezember 1994 für 1986 unterzeichnete Darlehen (Übersicht 2) ausgezahlt worden sind.

d) Spalte (4) „Ausstehender Betrag (31. Dezember 1994)": Nettozahl ohne Doppelrechnungen infolge der Refinanzierungen, die sich durch Abzug des Gesamtbetrags der bis zum 31. Dezember 1994 vorgenommenen Tilgungen einschließlich der mit den Refinanzierungen verbundenen Tilgungen (in den Übersichten nicht ausgewiesener Betrag) von der Spalte (3) ergibt.

e) Spalte (7) = Spalte (4) − Spalte (5).

f) Spalte (8) = Spalte (7) − Spalte (6).

2. *Übersicht 3*

a) Spalte (2) „Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen": im Kooperationsabkommen oder Finanzprotokoll vorgesehener Rahmenbetrag.

b) Spalte (3) „Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)": unterzeichnete Darlehen.

c) Garantie der Europäischen Union: Die Globalgarantie von 75 % wird als Garantie in Höhe von „75 % aller bereitgestellten Kredite" bezeichnet, das sind Ende 1994 4 087 Millionen ECU. Da sich der ausstehende Betrag am 31. Dezember 1994 auf 2 158 Millionen ECU beläuft, würde der mit der Globalgarantie verbundene theoretische Höchstverlust diesem Betrag entsprechen. Das Gesamtrisiko der Europäischen Union bei den EIB-Darlehen beläuft sich demzufolge im Rahmen der Globalgarantie auf 2 158 Millionen ECU. Dazu müssen noch 622 Millionen ECU aus 100 %-Garantien (Portugal, Drittländer in Ost- und Mitteleuropa und Drittländer in Lateinamerika und Asien) hinzugerechnet werden.

ANLAGE III

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

KOMMISSION

Teil B — Anlage III
(Europäischer Wirtschaftsraum)

Liste der das Abkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums betreffenden Haushaltslinien

Titel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen	Zahlungen (1)	EFTA-Beitrag	
				Verpflichtungen	Zahlungen
A-1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**	1 733 012 000	1 733 012 000	807 000	807 000
A-2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**	355 959 000	355 959 000	524 000	524 000
A-3	**AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**	251 566 349	251 566 349	50 000	50 000
A-5	**DATENVERARBEITUNG**	93 662 000	93 662 000	433 000	433 000
	Teil A insgesamt	**2 434 199 349**	**2 434 199 349**	**1 814 000**	**1 814 000**
B3-1 0 0 0	Allgemeine Aktionen im Bereich Bildung	4 000 000	4 367 000	63 200	68 999
B3-1 0 0 1	SOCRATES	173 000 000	191 506 000	2 733 400	3 025 795
B3-1 0 0 6	Förderung und Erhalt der weniger verbreiteten Sprachen und Kulturen	4 000 000	5 360 763	63 200	84 700
B3-1 0 0 8	Europäisches Jahr für lebensbegleitendes Lernen	5 200 000	4 160 000	82 160	65 726
B3-1 0 1 0	Jugend für Europa	24 000 000	26 767 000	379 200	422 919
B3-1 0 2 0	Allgemeine Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und Berufsberatung	2 500 000	1 807 000	39 500	28 551
B3-1 0 2 1	LEONARDO DA VINCI	152 000 000	155 320 000	2 401 600	2 454 056
B3-2 0 0 0	Gemeinschaftlicher Aktionsplan im Bereich des kulturellen Erbes — RAPHAEL	10 000 000	6 500 000	158 000	102 700
B3-2 0 0 1	Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit europäischer Dimension (KALEIDOSKOP)	7 500 000	6 808 000	118 500	107 566
B3-2 0 0 2	Förderprogramm im Bereich Buch und Lesen (ARIANE)	2 500 000	1 966 000	39 500	31 063
B3-2 0 1 0	MEDIA (Maßnahmen zur Förderung der audiovisuellen Produktionsindustrie)	60 000 000	47 900 000	948 000	756 820
B3-4 0 1 1	EURES (European Employment Services) (2)	10 500 000	6 000 000	165 900	94 800
B3-4 0 1 2	Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen (2)	9 000 000	3 380 000	142 200	53 404
B3-4 1 0 2	HELIOS II (Eingliederung von Behinderten)	12 500 000	3 410 000	197 500	53 878
B3-4 1 0 4	Maßnahmen zugunsten der älteren Menschen	8 500 000	6 100 000	134 300	96 380
B3-4 3 0 0	Öffentliches Gesundheitswesen, Förderung der Volksgesundheit, Information im Gesundheitsbereich, Gesundheitserziehung und Bildung im Gesundheitswesen (2)	12 500 000	5 975 055	197 500	94 406
B3-4 3 0 1	Krebsbekämpfung (2)	12 000 000	3 300 000	189 600	52 140
B3-4 3 0 2	Gesundheitliche Aspekte des Drogenmißbrauchs (2)	6 500 000	3 129 714	102 700	49 449
B3-4 3 0 3	Bekämpfung von Aids und bestimmten anderen übertragbaren Krankheiten (2)	9 400 000	2 600 000	148 520	41 080
B4-1 0 3 0	ALTENER (Erneuerbare Energiequellen) (2)	10 000 000	3 000 000	158 000	47 400

(1) Lediglich die Zahlungsermächtigungen, bezogen auf die Zahlungen der Verpflichtungen 1994, 1995 und 1996.
(2) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beteiligung der EFTA-Länder.

KOMMISSION
Teil B — Anlage III
(Europäischer Wirtschaftsraum)

Liste der das Abkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums betreffenden Haushaltslinien *(Fortsetzung)*

Titel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen	Zahlungen (1)	EFTA-Beitrag	
				Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 3 1	SAVE II (Förderung der Energieeffizienz) (2)	15 000 000	4 000 000	237 000	63 200
B4-3 1 0 1	Zuschüsse an die Europäische Umweltagentur	14 000 000	13 545 000	221 200	214 011
B5-3 2 0	***Anreize für Unternehmen (kleine und mittlere Unternehmen)***	31 400 000	22 763 300	496 120	359 660
B5-3 2 5	***Gemeinschaftliche Fremdenverkehrspolitik***	p.m.	4 245 236	—	67 075
B5-4 0 2 3	TEDIS (Elektronischer Datentransfer für kommerzielle Zwecke)	—	1 700 540	—	26 528
B5-5 0 0	***IMPACT (Entwicklung eines Marktes für Informationsdienste)***	p.m.	5 187 507	—	81 963
B5-6 0 0	***Politik auf dem Gebiet der statistischen Information mit Beteiligung der Drittstaaten***	26 100 000	24 505 360	412 380	387 185
B5-7 2 1	***IDA (Netze für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen)*** (2)	30 000 000	4 000 000	474 000	63 200
B5-7 2 3	***INFO 2000*** (2)	19 000 000	5 000 000	300 200	79 000
B6-1 1 1	***Mit der Institution verbundene Personen***	101 062 000	101 062 000	1 590 700	1 596 780
B6-1 2 1	***Durchführungsmittel***	25 439 000	27 674 000	401 936	437 249
B6-2 1 1 3	Informationstechnologien	400 000	330 000	6 320	5 214
B6-2 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien	1 400 000	1 967 000	22 120	31 079
B6-2 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren	2 950 000	3 209 000	46 610	50 702
B6-2 1 3 1	Umwelt und Klima	17 380 000	16 319 000	274 604	257 840
B6-2 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)	4 100 000	3 839 000	64 780	60 656
B6-2 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und rationelle Energienutzung	360 000	491 000	5 688	7 758
B6-2 1 7 1	Gesellschaftspolitische Schwerpunktforschung	2 100 000	1 506 000	33 180	23 795
B6-2 9 1	***Teilnahme der GFS an den Aktionen auf Kostenteilungsbasis***	1 451 000	733 000	22 926	11 581
B6-4 1 2	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1992-1994 — Aktionen im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum***	p.m.	5 954 980	—	92 898
B6-5 2 1 1	Abschluß des dritten Rahmenprogramms (1990-1994) — EWR-relevante Aktionen	p.m.	278 147 028	—	4 339 094
B6-5 3 1 2	Abschluß der nicht zum Rahmenprogramm gehörenden, aber EWR-relevanten Aktionen	p.m.	6 745 924	—	105 236
B6-7 1 1 1	Telematikanwendungen von gemeinsamem Interesse	110 182 000	153 925 000	1 740 876	2 432 015
B6-7 1 1 2	Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien und -dienste	99 175 000	116 213 000	1 566 965	1 836 165

(1) Lediglich die Zahlungsermächtigungen, bezogen auf die Zahlungen der Verpflichtungen 1994, 1995 und 1996.
(2) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beteiligung der EFTA-Länder.

KOMMISSION

Teil B — Anlage III
(Europäischer Wirtschaftsraum)

Liste der das Abkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums betreffenden Haushaltslinien *(Fortsetzung)*

Titel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen	Zahlungen (1)	EFTA-Beitrag	
				Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 1 3	Informationstechnologien	499 394 000	358 450 000	7 890 425	5 663 510
B6-7 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien	433 000 000	208 000 000	6 841 400	3 286 400
B6-7 1 2 2	Normung, Meß- und Prüfverfahren	55 000 000	26 000 000	869 000	410 800
B6-7 1 3 1	Umwelt und Klima	119 000 000	97 000 000	1 880 200	1 532 600
B6-7 1 3 2	Meereswissenschaften und -technologien	50 000 000	34 306 000	790 000	542 066
B6-7 1 4 1	Biotechnologie	230 000 000	115 666 000	3 634 000	1 827 523
B6-7 1 4 2	Biomedizin und Gesundheitswesen	126 000 000	49 000 000	1 990 800	774 200
B6-7 1 4 3	Landwirtschaft und Fischerei (einschließlich Agro-Industrie, Lebensmitteltechnologien, Forstwirtschaft, Aquakultur und Entwicklung des ländlichen Raums)	181 000 000	70 000 000	2 859 800	1 106 000
B6-7 1 5 1	Technologien für eine umweltfreundlichere und effizientere Gewinnung und Nutzung von Energie	171 000 000	133 000 000	2 701 800	2 101 400
B6-7 1 6 1	Verkehr	84 000 000	64 695 000	1 327 200	1 022 161
B6-7 1 7 1	Sozioökonomische Schwerpunktforschung	18 000 000	11 000 000	281 100	173 800
B6-7 2 1 1	Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen	145 000 000	106 000 000	2 291 000	1 674 800
B6-7 3 1 1	Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse	58 625 000	63 713 000	926 275	848 665
B6-7 4 1 1	Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern	268 542 000	137 659 000	4 242 964	2 175 012
B6-7 9 2	***Wettbewerbsorientierte Tätigkeiten zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung von Gemeinschaftspolitiken***	32 244 000	29 681 000	509 455	468 960
	Teil B insgesamt	**3 507 904 000**	**2 786 591 407**	**55 424 884**	**43 969 635**
	Gesamtbetrag	**5 942 103 349**	**5 220 790 756**	**57 238 884**	**45 783 035**

(1) Lediglich die Zahlungsermächtigungen, bezogen auf die Zahlungen der Verpflichtungen 1994, 1995 und 1996.

EINZELPLAN IV

GERICHTSHOF

EINNAHMEN

Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zur Finanzierung der Ausgaben des Gerichtshofes für das Haushaltsjahr 1996

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	169 692 540
Eigene Einnahmen	– 14 901 400
Zu vereinnahmender Beitrag	**154 791 140**

GERICHTSHOF

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
4	**SONSTIGE, VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, STEUERN UND GEBÜHREN**			
40	ABZÜGE VON DEN GEHÄLTERN			
400	**Ertrag der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten**	8 762 400	8 199 900	6 963 723,22
401	**Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung**	4 330 100	4 077 400	3 595 838,47
403	**Ertrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst**	1 358 900	1 274 300	1 095 479,82
	KAPITEL 40 INSGESAMT	14 451 400	13 551 600	11 655 041,51
	Titel 4 insgesamt	**14 451 400**	**13 551 600**	**11 655 041,51**
5	**ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS**			
50	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
500	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
502	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 50 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
52	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN			
520	**Ertrag aus Anlagemitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen von Konten des Organs**	140 000	140 000	134 674,48
	KAPITEL 52 INSGESAMT	140 000	140 000	134 674,48
54	VERSCHIEDENE, NICHT BENUTZTE EINNAHMEN, DIE WIEDERVERWENDET WERDEN KÖNNEN (ARTIKEL 22 DER HAUSHALTSORDNUNG)			
540	**Verschiedene, nicht benutzte Einnahmen, die wiederverwendet werden können (Artikel 22 der Haushaltsordnung)**	p.m.	p.m.	2 708,23
	KAPITEL 54 INSGESAMT	p.m.	p.m.	2 708,23

GERICHTSHOF

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
5 5	ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL			
5 5 0	**Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal**	300 000	300 000	494 780,72
	KAPITEL 5 5 INSGESAMT	300 000	300 000	494 780,72
	Titel 5 insgesamt	**440 000**	**440 000**	**632 163,43**
9	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
9 0	VERSCHIEDENE EINNAHMEN			
9 0 0	**Verschiedene Einnahmen**	10 000	10 000	182 655,09
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	10 000	10 000	182 655,09
	Titel 9 insgesamt	**10 000**	**10 000**	**182 655,09**
	GESAMTBETRAG	**14 901 400**	**14 001 600**	**12 469 860,03**

GERICHTSHOF

AUSGABEN

Gesamtübersicht über die Mittel (1996 und 1995) und Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
10	MITGLIEDER DES ORGANS	14 338 600	14 178 600	10 946 479,66
11	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	70 675 840	69 203 600	58 294 322,41
12	VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	291 200	455 200	505 707,43
13	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	260 000	260 000	253 793,07
14	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	135 500	103 800	105 000,—
16	SOZIALAUSGABEN	17 000	16 000	7 022,57
17	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE	60 000	60 000	49 989,39
18	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	4 014 200	4 603 200	3 570 219,58
	Titel 1 insgesamt	**89 792 340**	**88 880 400**	**73 732 534,11**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN**			
20	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	9 157 400	15 667 000	23 379 622,52
22	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	3 039 100	4 234 200	2 912 283,89
23	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	735 200	748 000	713 135,39
24	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	1 065 100	1 121 200	999 791,39
25	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	378 300	422 800	357 841,31
26	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	p.m.	p.m.	0,—
27	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	2 607 700	3 156 000	2 662 838,89
29	ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN	62 900	85 000	78 955,95
	Titel 2 insgesamt	**17 045 700**	**25 434 200**	**31 104 469,34**
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABENDURCH DAS ORGAN**			
37	BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE	10 000	25 000	8 321,35
	Titel 3 insgesamt	**10 000**	**25 000**	**8 321,35**

Gesamtübersicht über die Mittel (1996 und 1995) und Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
10	**ANDERE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	62 844 500	30 000	0,—
10 1	RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**62 844 500**	**30 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**169 692 540**	**114 369 600**	**104 845 324,80**

GERICHTSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	7 322 200	7 138 700	5 787 589,58
1 0 0 1	Residenzzulagen Nichtgetrennte Mittel	1 098 400	1 070 900	868 138,64
1 0 0 2	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	652 300	613 300	509 595,39
1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	398 800	406 300	330 859,26
	Artikel 1 0 0 insgesamt	9 471 700	9 229 200	7 496 182,87
1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	427 400	403 500	296 513,43
1 0 2	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	1 412 500	1 061 500	520 146,95
1 0 3	***Versorgungsbezüge***			
1 0 3 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	1 794 600	1 731 200	1 555 203,82

GERICHTSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen
1 0 0	
1 0 0 0	Verordnung Nr. 422/67/EWG, 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2426/91 (ABl. Nr. L 222 vom 10. 8. 1991, S. 1). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 4045/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1988, S. 1). Dieser Mittelansatz soll die Grundgehälter der Mitglieder des Organs decken.
1 0 0 1	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 4. Dieser Mittelansatz soll die Residenzzulagen der Mitglieder des Organs decken.
1 0 0 2	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 3. Dieser Mittelansatz soll die Familienzulagen der Mitglieder des Organs decken, d.h.: — Haushaltszulage, — Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — Erziehungszulage.
1 0 0 3	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 4. Dieser Mittelansatz soll die Aufwandsentschädigungen und die Amtszulagen der Mitglieder des Organs decken.
1 0 1	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 11 und 14. Dieser Mittelansatz soll decken: — den Arbeitgeberbeitrag (0,77 %) zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle, — den Arbeitgeberbeitrag (3,4 %) zur Krankenversicherung, — die Geburtszulage, — die bei Tod eines Mitglieds des Organs vorgesehenen Beihilfen.
1 0 2	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 7. Dieser Mittelansatz soll die Übergangsgelder, die Familienzulagen sowie die Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer der Mitglieder des Organs nach Ausscheiden aus ihrem Amt decken.
1 0 3	
1 0 3 0	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 8, 9 und 18. Dieser Mittelansatz soll die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Organs sowie den Berichtigungskoeffizienten ihres jeweiligen Wohnsitzlandes decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 0 3	*(Fortsetzung)*			
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	596 400	528 200	458 278,20
	Artikel 1 0 3 insgesamt	2 391 000	2 259 400	2 013 482,02
1 0 4	***Dienstreisekosten, Fahrkosten und andere zusätzliche Ausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	134 000	212 900	133 596,81
1 0 5	***Vergütungen und Kosten beim Dienstantritt und beim Ausscheiden aus dem Dienst***			
1 0 5 0	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	6 200	27 000	3 053,57
1 0 5 1	Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	87 900	435 200	314 000,—
1 0 5 2	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	40 000	180 000	75 218,18
	Artikel 1 0 5 insgesamt	134 100	642 200	392 271,75
1 0 6	***Kurse für die Mitglieder des Organs***			
1 0 6 0	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	50 000	65 000	30 986,—
1 0 6 1	Informatikkurse Nichtgetrennte Mittel	17 500	17 000	0,—
	Artikel 1 0 6 insgesamt	67 500	82 000	30 986,—
1 0 9	***Anpassungen der Amtsbezüge***			
1 0 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	124 900	114 000	63 299,83

GERICHTSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
103	*(Fortsetzung)*
1032	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 15 und 18. Dieser Mittelansatz soll die Hinterbliebenenversorgung der Witwen und/oder Waisen der ehemaligen Mitglieder des Organs sowie die Berichtigungskoeffizienten ihres jeweiligen Wohnsitzlandes decken.
104	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 6. Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für Fahrkosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen decken.
105	
1050	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 5. Dieser Mittelansatz soll die Reisekosten der Mitglieder des Organs (einschließlich ihrer Familienangehörigen) bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst decken.
1051	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 5. Dieser Mittelansatz soll die den Mitgliedern des Organs bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst zustehenden Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen decken.
1052	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 5. Dieser Mittelansatz soll die Umzugskosten der Mitglieder des Organs bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst decken.
106	Die Mittel für diesen Artikel decken die Kosten der Teilnahme von Mitgliedern des Gerichtshofes an Sprachkursen oder an anderen Kursen zur beruflichen Fortbildung.
109	
1090	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 4a. Dieser Mittelansatz soll die Zahlung der Berichtigungskoeffizienten decken, die auf: — die Grundgehälter, — die Residenzzulagen,

GERICHTSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
109	*(Fortsetzung)*			
1090	*(Fortsetzung)*			
1091	Vorläufig eingesetzte Mittel für eventuelle Anpassungen der Regelung der Amtsbezüge Nichtgetrennte Mittel	175 500	173 900	0,—
	Artikel 109 insgesamt	300 400	287 900	63 299,83
	KAPITEL 10 INSGESAMT	14 338 600	14 178 600	10 946 479,66
	KAPITEL 11			
110	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1100	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	50 973 400	49 417 800	42 621 334,76
1101	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	4 582 600	4 443 200	3 761 371,71
1102	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	8 032 900	7 788 800	6 679 323,32
1103	Pauschalzulagen Nichtgetrennte Mittel	362 700	358 800	320 725,21
	Artikel 110 insgesamt	63 951 600	62 008 600	53 382 755,—

GERICHTSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
109	*(Fortsetzung)*
1090	*(Fortsetzung)* — die Familienzulagen, — die Überweisungen eines Teils der Bezüge ins Ausland (analoge Anwendung von Artikel 17 des Anhangs VII des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften) der Mitglieder des Organs angewendet werden.
1091	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen von Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge decken, die der Rat möglicherweise während des Haushaltsjahres beschließt. Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind. Beim Mittelansatz für dieses Kapitel wurde eine Pauschalkürzung um 4,5 % vorgenommen.
110	
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 66. Dieser Mittelansatz soll das Grundgehalt der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten decken.
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62, 67 und 68 sowie Anhang VII Abschnitt I. Dieser Mittelansatz soll die Familienzulagen der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten decken, d.h.: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 69 sowie Anhang VII Artikel 4. Dieser Mittelansatz soll die Auslands- und die Expatriierungszulage der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten decken.
1103	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4a. Dieser Mittelansatz soll die Sekretariatszulage der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten der Laufbahngruppe C decken, die den Dienstposten eines Bürosekretärs, Fernschreibers, Bürohauptsekretärs oder Hauptsekretärs bekleiden.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	575 000	626 000	794 540,51
1 1 1 1	Hilfsdolmetscher Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 4	Hilfsübersetzer Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 1 1 insgesamt	575 000	626 000	794 540,51
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung der Ruhegehaltsansprüche***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	1 733 200	1 680 600	1 461 181,97
1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	400 400	338 700	287 915,19
1 1 3 2	Beitrag zur Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	75 200	86 100	61 326,49

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
111	
1110	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Mittelansatz soll die Bezüge sowie den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Hilfskräfte decken.
1111	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten soll die Dienstbezüge und den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Hilfsdolmetscher decken.
1112	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 und Titel IV. Dieser Posten soll die Bezüge sowie den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der örtlichen Bediensteten decken.
1113	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 5, 82 und 83. Dieser Posten soll die Vergütungen und die Kosten von Sonderberatern decken.
1114	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten soll die Dienstbezüge und den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Hilfsübersetzer decken.
113	
1130	*Vormals Posten 1830* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 23. Dieser Mittelansatz soll den Arbeitgeberbeitrag (3,4 % des Grundgehalts) decken; der Beitrag der Bediensteten beträgt 1,7 % des Grundgehalts.
1131	*Vormals Posten 1831* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73 und Anhang VIII Artikel 15. Dieser Mittelansatz soll decken: — den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle (0,77 % des Grundgehalts), — die sich aus der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts ergebenden zusätzlichen Ausgaben.
1132	*Vormals Posten 1832* Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2799/85 des Rates vom 27. September 1985 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 265 vom 8. 10. 1985, S. 1). Dieser Mittelansatz soll die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 3	*(Fortsetzung)*			
1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	45 000	30 000	23 378,46
	Artikel 1 1 3 insgesamt	2 253 800	2 135 400	1 833 802,11
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	16 200	11 400	599,95
1 1 4 1	Kosten der jährlichen Reisen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	862 500	860 700	710 329,27
1 1 4 2	Miet- und Fahrkostenzulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 4 3	Pauschale Amtszulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 4 5	Sondervergütungen für Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	7 000	6 500	3 360,—
1 1 4 7	Vergütungen für Schichtarbeit oder für Bereitschaft am Arbeitsplatz und/oder in der Wohnung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	5 000	5 000	0,—
	Artikel 1 1 4 insgesamt	890 700	883 600	714 289,22

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
113	*(Fortsetzung)*
1133	*Vormals Posten 1833* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Dieser Mittelansatz soll die von dem Organ zugunsten der Bediensteten auf Zeit zu leistenden Zahlungen zur Bildung oder Aufrechterhaltung ihrer Versorgungsansprüche in ihren Herkunftsländern decken.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 70, 74 und 75. Dieser Mittelansatz soll die Geburtenzulage und bei Tod eines Beamten die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats sowie die Kosten für die Überführung des Verstorbenen zum Herkunftsort decken.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Dieser Mittelansatz soll die Reisekosten der (auf Dauer oder auf Zeit beschäftigten) Beamten, ihrer Ehegatten und ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen vom Dienstort zum Herkunftsort aus Anlaß des Jahresurlaubs decken.
1145	Dieser Mittelansatz soll die Sondervergütung zuzüglich Zinsen für die Beamten decken, die Rechnungsführer, unterstellte Rechnungsführer oder Zahlstellenverwalter sind im Sinne von Artikel 75 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).
1149	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 95. Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Dieser Mittelansatz soll decken: — die Ausgleichszulage, die einem Beamten auf Lebenszeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gewährt wird, dessen Nettodienstbezüge sich verringert haben; — die Entschädigung für einen wegen offenkundig unzulänglicher Leistungen entlassenen Beamten auf Probe; — die Entschädigung für einen Bediensteten auf Zeit bei Kündigung seines Vertrages durch das Organ; — die Erstattung der Ausgaben, die mit der Sicherheit der Wohnungen der bei den Delegationen und Büros der Gemeinschaft eingesetzten Beamten zusammenhängen; — die Übertragung der Ansprüche aus der Altersversorgung der ehemaligen Hilfskräfte, die zu Bediensteten auf Zeit oder zu Beamten ernannt worden sind.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 5	***Überstunden***			
	Nichtgetrennte Mittel	370 000	334 000	368 996,28
1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder)			
	Nichtgetrennte Mittel	15 100	105 440	32 088,88
1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	710 900	660 300	395 220,10
1 1 8 3	Umzugskosten			
	Nichtgetrennte Mittel	289 540	502 760	165 254,93
1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder			
	Nichtgetrennte Mittel	273 800	644 000	340 814,89
	Artikel 1 1 8 insgesamt	1 289 340	1 912 500	933 378,80
1 1 9	***Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten			
	Nichtgetrennte Mittel	487 300	432 000	266 560,49
1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	858 100	871 500	0,—

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Dieser Mittelansatz soll die Pauschalvergütungen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten und der Hilfskräfte der Laufbahngruppen/Kategorien C und D sowie der örtlichen Bediensteten decken, die nicht nach den vorgesehenen Regelungen durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.
118	
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 7. Dieser Mittelansatz soll die Reisekosten für die Bediensteten, einschließlich der Angehörigen, bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst decken.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 5 und 6. Dieser Mittelansatz soll hauptsächlich die Einrichtungs- und die Wiedereinrichtungsbeihilfen decken, die den Bediensteten zustehen, die nach ihrem Dienstantritt sowie bei ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln mußten.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 9. Dieser Mittelansatz soll die Umzugskosten der Bediensteten decken, die nach ihrem Dienstantritt sowie bei ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln mußten.
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 10. Dieser Mittelansatz soll die Tagegelder der Bediensteten decken, die nachweisen, daß sie nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz wechseln mußten.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten decken, die anwendbar sind: — auf die Besoldung der Beamten und der Hilfskräfte, — auf Überstunden.
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen von Anpassungen der Dienstbezüge decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 9	*(Fortsetzung)*			
1 1 9 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 1 9 insgesamt	1 345 400	1 303 500	266 560,49
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	70 675 840 (1)	69 203 600	58 294 322,41
	KAPITEL 1 2			
1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und Entlassung***			
1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen gemäß Artikel 41 und 50 des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 2 1 5	Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	263 900	422 000	478 679,67
	Artikel 1 2 1 insgesamt	263 900	422 000	478 679,67
1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	8 800	15 200	14 597,76
1 2 9	***Anpassungen der Ruhegehälter sowie der verschiedenen Vergütungen***			
1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	15 000	12 000	12 430,—

(1) Mittel in Höhe von 2 002 000 ECU werden in Kapitel 10 0 unter Kapitel 1 1 eingesetzt.

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
119	*(Fortsetzung)*
1191	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.
121	
1210	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV. Dieser Posten soll die Vergütungen decken, die den Beamten zu zahlen sind, — die infolge einer Verringerung der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, — die ein Amt der Besoldungsgruppen A 1 oder A 2 bekleiden und die ihrer Stelle aus dienstlichen Gründen enthoben worden sind.
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56). Dieser Mittelansatz soll die Vergütungen für Beamte decken, die von Maßnahmen für Stellenenthebungen aus dienstlichen Gründen betroffen sind, um den Bedürfnissen im Zusammenhang mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu den Europäischen Gemeinschaften Rechnung zu tragen.
123	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Dieser Mittelansatz soll den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung der Bezieher der unter den Posten 1210 und 1215 vorgesehenen Vergütungen decken.
129	
1290	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten decken, die auf die in den Posten 1210 und 1215 vorgesehenen Vergütungen anzuwenden sind.

GERICHTSHOF

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
129	*(Fortsetzung)*			
1291	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	3 500	6 000	0,—
	Artikel 129 insgesamt	18 500	18 000	12 430,—
	KAPITEL 12 INSGESAMT	291 200	455 200	505 707,43
	KAPITEL 13			
130	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	260 000	260 000	253 793,07
	KAPITEL 13 INSGESAMT	260 000	260 000	253 793,07
	KAPITEL 14			
141	***Ärztlicher Dienst***			
1410	Ärztlicher Dienst Nichtgetrennte Mittel	135 500	103 800	105 000,—
1411	Beschaffung medizinischen Geräts Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 141 insgesamt	135 500	103 800	105 000,—
	KAPITEL 14 INSGESAMT	135 500	103 800	105 000,—

GERICHTSHOF

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM ENDGÜLTIGEN AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Erläuterungen
129	*(Fortsetzung)*
1291	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen von Anpassungen der Dienstbezüge und Vergütungen decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.
130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13. Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für Fahrkosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 59 und Anhang II Artikel 8. Die Mittel für diesen Artikel decken die Kosten für die jährliche ärztliche Kontrolluntersuchung aller Beamten einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchung angeforderten Analysen und ärztlichen Untersuchungen sowie die Honorare und Kosten des Vertrauensarztes und die laufenden Kosten des Untersuchungszentrums.

GERICHTSHOF

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 16			
160	***Außerordentliche Beihilfen***			
	Nichtgetrennte Mittel	3 000	3 000	853,59
161	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten***			
	Nichtgetrennte Mittel	3 000	2 000	
164	***Zusätzliche Hilfe für behinderte Personen***			
	Nichtgetrennte Mittel	11 000	11 000	6 168,98
	KAPITEL 16 INSGESAMT	17 000	16 000	7 022,57
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke***			
1700	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke der Mitglieder des Organs			
	Nichtgetrennte Mittel	58 000	58 000	47 989,41
1701	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke der Angehörigen des Personals			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	1 999,98
	Artikel 170 insgesamt	60 000	60 000	49 989,39
	KAPITEL 17 INSGESAMT	60 000	60 000	49 989,39

GERICHTSHOF

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Dieser Mittelansatz soll die Zuwendungen für Bedienstete decken, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
161	Der Mittelansatz ist dazu bestimmt, Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit zu ermutigen und finanziell zu unterstützen (so durch Zuschüsse an Klubs, Sportgruppen und kulturelle Vereinigungen des Personals).
164	Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Damit wird im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, gedeckt.
170	
1700	Dieser Mittelansatz soll die Kosten decken, die sich aus den Verpflichtungen des Gerichtshofes als Gastgeber und aus seinen Repräsentationsverpflichtungen ergeben.

GERICHTSHOF

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 18			
180	***Interinstitutionelle Zusammenarbeit***			
1802	Kleinkindertagesstätten und andere Kinderkrippen und Kindergärten Nichtgetrennte Mittel	714 400	573 000	408 825,—
	Artikel 180 insgesamt	714 400	573 000	408 825,—
182	***Berufliche Fortbildung***			
1820	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals Nichtgetrennte Mittel	200 000 (1)	482 000	292 314,25
	Artikel 182 insgesamt	200 000	482 000	292 314,25
184	***Restaurants und Kantinen***			
1840	Kosten des laufenden Betriebs der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	95 000	114 000	95 000,—
1841	Kosten der laufenden Umgestaltung und Renovierung der Anlagen der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1842	Ausgaben für den außerordentlichen Umbau und die außergewöhnliche Erneuerung der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	29 500	0,—
	Artikel 184 insgesamt	95 000	143 500	95 000,—
186	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten***			
1860	Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten Nichtgetrennte Mittel	14 000	14 000	23 999,99
1861	Interinstitutionelles Sportzentrum Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	
	Artikel 186 insgesamt	16 000	16 000	23 999,99

(1) Mittel in Höhe von 151 000 ECU werden bei Kapitel 10 0 eingesetzt.

GERICHTSHOF

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die unter dieses Kapitel fallenden Tätigkeiten sind Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit, die eine Konsultation zwischen den Organen sowie die Stärkung der gemeinsamen Verwaltungsmechanismen mit Blick auf eine Rationalisierung der Ausgaben beinhaltet.
180	
1802	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Anteils des Gerichtshofs für die Kleinkindertagesstätte und das Studienzentrum in Luxemburg.
182	
1820	*Vormals Posten 1120 bis 1122, 1803 und 1804* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 Absatz 3. Dieser Mittelansatz dient zur Deckung der Organisation von Kursen zur beruflichen Fortbildung und zur Umschulung auf interinstitutioneller Grundlage einschließlich von Sprachkursen. Diese Mittel decken ebenfalls die Ausgaben für didaktisches und technisches Material.
184	
1840	*Vormals Posten 1400* Dieser Mittelansatz soll die Beschaffung und Unterhaltung von Material im Restaurant und in der Cafeteria sowie einen Teil von deren Betriebskosten decken.
1841	*Vormals Posten 1401*
1842	*Vormals Posten 1402*
186	
1860	Der Mittelansatz ist dazu bestimmt, Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit auf interinstitutioneller Ebene zu ermutigen und finanziell zu unterstützen (so durch Zuschüsse an Klubs, Sportgruppen und kulturelle Vereinigungen des Personals).
1861	Dieser Mittelansatz soll die Beiträge des Gerichtshofes zu den Betriebskosten des interinstitutionellen Sportkomplexes in Luxemburg decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 8 7	***Sonstige Sozialaufwendungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	20 000	39 000	20 223,89
1 8 8	***Verschiedene Ausgaben für Einstellungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	205 000 (1)	415 200	327 653,77
1 8 9	***Aushilfsleistungen***			
1 8 9 0	Freiberufliche Dolmetscher des gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienstes			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 8 9 1	Sonstige freiberufliche Dolmetscher			
	Nichtgetrennte Mittel	430 000	430 000	160 000,—
1 8 9 3	Vorübergehend beschäftigte Konferenzoperateure			
	Nichtgetrennte Mittel	3 000	2 500	2 258,23
1 8 9 4	Freiberufliche Korrektoren			
	Nichtgetrennte Mittel	97 500	151 700	151 000,—
1 8 9 5	Sonstige Aushilfsleistungen			
	Nichtgetrennte Mittel	733 300	733 300	892 396,06
1 8 9 6	Aushilfsleistungen für den Übersetzungsdienst			
	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 617 000	1 196 548,39
	Artikel 1 8 9 insgesamt	2 763 800	2 934 500	2 402 202,68
	KAPITEL 1 8 INSGESAMT	4 014 200	4 603 200	3 570 219,58
	Titel 1 insgesamt	**89 792 340**	**88 880 400**	**73 732 534,11**

(1) Mittel in Höhe von 30 800 ECU werden bei Kapitel 10 0 eingesetzt.

GERICHTSHOF

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
187	Diese Mittel dienen zur Deckung der sonstigen Zuwendungen und Zuschüsse zugunsten der Bediensteten und ihrer Familien für Tätigkeiten wie Ferienlager, Familienbeihilfen, Rechtsberatung usw.
188	*Vormals Posten 1180 und 1801* Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Ausschreibung von Auswahlverfahren, für die Miete von Sälen und Maschinen bei der Veranstaltung von Auswahlverfahren auf interinstitutioneller Grundlage. In ausreichend durch betriebliche Anforderungen begründeten Fällen und nach Konsultation mit den übrigen Institutionen können Teilbeträge aus diesen Mitteln auch zur Veranstaltung von Auswahlverfahren durch das Organ selbst verwendet werden.
189	
1890	*Vormals Posten 1170*
1891	*Vormals Posten 1171* Dieser Mittelansatz soll die Bezahlung der Leistungen von Dolmetschern decken, die von Fall zu Fall auf Vertragsbasis tätig sind.
1893	*Vormals Posten 1173* Dieser Mittelansatz soll die Bezahlung der Leistungen von Konferenzoperateuren decken, die von Fall zu Fall auf Vertragsbasis tätig sind.
1894	*Vormals Posten 1174* Dieser Mittelansatz soll die Bezahlung von Aushilfsleistungen im Bereich der Korrektur von Texten decken, insbesondere Honorare, Versicherungs-, Fahrt-, Aufenthalts- und Dienstreisekosten der freiberuflichen Korrektoren sowie die damit verbundenen Verwaltungskosten.
1895	*Vormals Posten 1175* Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für folgende Leistungen decken, die nicht vom Personal des Gerichtshofes erbracht werden können: — EDV-Analyse- und Programmierarbeiten, — sonstige Aushilfsarbeiten.
1896	*Vormals Posten 1176* Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für Leistungen freiberuflicher oder vorübergehend beschäftigter Übersetzer oder für vom Übersetzungsdienst nach außen vergebene Schreib- oder sonstige Arbeiten decken.

GERICHTSHOF

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

KAPITEL 2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 2 0			
2 0 0	***Mieten***			
	Nichtgetrennte Mittel	6 200 000 (1)	12 426 800	20 026 736,99
2 0 1	***Versicherungskosten***			
	Nichtgetrennte Mittel	31 500	35 000	18 992,46
2 0 2	***Wasser, Gas, Strom und Heizung***			
	Nichtgetrennte Mittel	943 800	986 800	1 025 829,98
2 0 3	***Reinigung und Unterhaltung***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 258 500 (2)	1 428 400	1 393 623,47
2 0 4	***Herrichtung der Diensträume***			
	Nichtgetrennte Mittel	152 800	155 000	220 932,05
2 0 5	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude***			
	Nichtgetrennte Mittel	539 300 (3)	600 000	625 014,83
2 0 6	***Erwerb von Immobilien***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 0 8	***Sonstige dem Erwerb von Immobilien oder der Errichtung von Gebäuden vorausgehende Ausgaben***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 0 9	***Sonstige Ausgaben für Gebäude***			
	Nichtgetrennte Mittel	31 500	35 000	68 492,74
	KAPITEL 2 0 INSGESAMT	9 157 400	15 667 000	23 379 622,52

(1) Mittel in Höhe von 60 000 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 500 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 60 700 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

GERICHTSHOF

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
200	Dieser Mittelansatz soll die Mieten für die von dem Organ genutzten Gebäude oder Gebäudeteile decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
201	Dieser Mittelansatz soll die in den Versicherungspolicen für die von dem Organ genutzten Gebäude vorgesehenen Prämien decken.
202	Dieser Mittelansatz soll die Kosten des Verbrauchs von Wasser, Gas, Elektrizität und Heizungsenergie decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
203	Dieser Mittelansatz soll die Instandhaltungs- und Reinigungskosten der laufenden Verträge für die Räumlichkeiten und technischen Einrichtungen sowie die Ausgaben für die Arbeiten und das erforderliche Material für den allgemeinen Unterhalt der von dem Organ genutzten Gebäude (Anstrich, Reparaturen usw.) decken. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen stimmt sich das Organ mit den anderen Organen bezüglich der von ihnen jeweils erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) unter Beachtung von Artikel 60 der Haushaltsordnung ab. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
204	Dieser Mittelansatz soll die Durchführung verschiedener Einrichtungsarbeiten wie Änderungen an den Trennwänden der Büros sowie die damit zusammenhängenden Anpassungen der technischen Einrichtungen decken.
205	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Überwachung der von dem Organ genutzten Gebäude decken. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen stimmt sich das Organ mit den anderen Organen bezüglich der von ihnen jeweils erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
209	Dieser Mittelansatz soll die sonstigen laufenden Ausgaben für Gebäude decken, die in den anderen Artikeln dieses Kapitels nicht besonders vorgesehen sind, insbesondere für Wegegebühren, Kanalisation, Müllabfuhr, Beschilderung usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.

GERICHTSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 22			
220	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
2200	Erstausstattung — Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	89 900 (1)	150 000	72 702,69
2201	Ersatzbeschaffung — Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	27 000	30 000	11 445,93
2202	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	98 900	110 000	97 781,18
2204	Hardware für die Büroautomation Nichtgetrennte Mittel	1 797 800	2 100 000	1 754 586,44
	Artikel 220 insgesamt	2 013 600	2 390 000	1 936 516,24
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	70 100	538 600	84 036,10
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	39 000	43 400	30 769,64
2212	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	2 700	2 000	1 280,64
	Artikel 221 insgesamt	111 800	584 000	116 086,38
223	***Fahrzeuge***			
2230	Erstausstattung — Fahrzeuge Nichtgetrennte Mittel	p.m.	143 400	0,—

(1) Mittel in Höhe von 100 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Sofern die Mittel zur Finanzierung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Mietkaufvertrags für den Erwerb von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich das Organ mit den anderen Organen bezüglich der von ihnen jeweils erzielten Bedingungen ab.
220	
2200	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von technischen Anlagen decken.
2201	Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von technischen Anlagen decken, insbesondere von: — Material für die Audio-Video-Technik, für die Archivierung, für die Bibliothek und für das Dolmetschen, wie Kabinen, Kopfhörer und Hörgeräte für Simultandolmetschanlagen, — verschiedenem Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für Gebäudeinstandhaltung zuständig sind, — fermeldetechnischem Material, — Material für Reprographie/Übertragung und Post. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
2202	Dieser Posten soll insbesondere die Kosten für die Miete der Telefonanlage und der Telefonapparate decken.
2203	Dieser Mittelansatz soll die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten für das Material und die Geräte der Posten 2200 bis 2202 decken.
2204	Dieser Mittelansatz soll den Kauf, die Miete und die Wartung aller Geräte decken, die mit der Informatik und der Bürokommunikation zusammenhängen.
221	
2210	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von zusätzlichem Mobiliar decken.
2211	Dieser Mittelansatz soll die Erneuerung eines Teils des mindestens 15 Jahre alten Mobiliars und des nicht mehr instandsetzbaren Mobiliars decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
2213	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Unterhaltung und der Instandsetzung des Mobiliars decken.
223	
2230	Dieser Posten soll den Kauf von Fahrzeugen decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
223	*(Fortsetzung)*			
2231	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	107 900	80 500	109 574,78
2232	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	151 400	168 500	125 699,98
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	148 300	235 000	164 724,89
	Artikel 223 insgesamt	407 600	627 400	399 999,65
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	386 500	480 000	361 476,—
2251	Spezielles Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	28 800	30 000	7 186,10
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	35 900	54 500	39 947,25
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	19 800	28 200	21 668,23
2254	Kosten für Buchbindearbeiten und zur Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	22 500	25 300	24 787,90
2255	Abonnements bei Bildschirmschnellinformationsdiensten Nichtgetrennte Mittel	12 600	14 800	4 616,14
	Artikel 225 insgesamt	506 100	632 800	459 681,62
	KAPITEL 22 INSGESAMT	3 039 100	4 234 200	2 912 283,89
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	630 000	630 000	566 649,97

GERICHTSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
223	*(Fortsetzung)*
2231	Dieser Mittelansatz soll die Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen decken, die weitaus mehr als 120 000 Kilometer zurückgelegt haben. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 52 000 ECU veranschlagt.
2232	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Miete von Fahrzeugen decken.
2233	Dieser Mittelansatz soll hauptsächlich die Kosten für Wartung, Instandsetzung, Garagen, Abstellplätze, Autobahngebühren und Versicherungen der Dienstfahrzeuge decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 ECU veranschlagt.
225	
2250	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von Büchern, Dokumenten und anderen Veröffentlichungen sowie von Ergänzungslieferungen zu den vorhandenen Werken decken.
2251	Dieser Mittelansatz soll insbesondere decken: — die Datenerfassung und den Kauf von informatisierten Daten im Bereich der juristischen Dokumentation, — die Ausstattung der Bibliothek mit besonderen Materialien.
2252	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Abonnements von Zeitungen, allgemeinen Zeitschriften und verschiedenen Mitteilungsblättern decken.
2253	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Abonnements bei Presseagenturen decken.
2255	Dieser Mittelansatz soll die Kosten für die Abfrage bestimmter externer juristischer Datenbanken decken.
	Sofern die Mittel zur Finanzierung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Mietkaufvertrags für den Erwerb von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich das Organ mit den anderen Organen bezüglich der von ihnen jeweils erzielten Bedingungen ab.
230	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von Schreibwaren und der folgenden Materialien decken: — Offsetpapier, — Xerographiepapier, Photokopien und Gebühren, — Papier und Büromaterial, — Material für die Vervielfältigungswerkstatt,

GERICHTSHOF

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 3 0	*(Fortsetzung)*			
2 3 2	***Finanzkosten***			
2 3 2 0	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	1 300	1 500	750,—
2 3 2 9	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 2 3 2 insgesamt	1 300	1 500	750,—
2 3 3	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	14 400	16 500	15 722,10
2 3 4	***Schadenersatz*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
2 3 5 0	Verschiedene Versicherungen Nichtgetrennte Mittel	12 500	13 400	12 999,02
2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	55 900	55 900	51 600,—
2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	13 500	14 200	26 360,85
2 3 5 3	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	6 300	15 000	37 791,37
2 3 5 4	Kleinausgaben Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

GERICHTSHOF

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
2 3 0	*(Fortsetzung)* — Material für die Verteilungs- und Postdienste, — Tonaufnahmematerial, — Drucksachen und Formulare, — Material für Anlagen der Informatik und der Bürokommunikation, — sonstiges und nicht ins Inventar aufgenommenes Material. Der insbesondere aus dem Verkauf der in der Druckerei des Gerichtshofes hergestellten Veröffentlichungen herrührende wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 100 000 ECU geschätzt.
2 3 2	
2 3 2 0	Dieser Mittelansatz soll Bankkosten (Provisionen, Agios, verschiedene Kosten) decken. Die vom Gerichtshof eingenommenen Bankzinsen sind im Einnahmenplan eingesetzt.
2 3 3	Dieser Mittelansatz soll besonders die Honorare der Rechtsanwälte decken, die den Bediensteten des Gerichtshofes in den Rechtsstreitigkeiten zwischen der Verwaltung des Gerichtshofes und einem seiner Beamten oder Bediensteten unterstützen.
2 3 5	
2 3 5 0	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der verschiedenen Versicherungen (insbesondere Haftpflicht, Diebstahl, von Textverarbeitungsanlagen ausgehendes Risiko, von elektronischen Anlagen ausgehendes Risiko) sowie die Kosten der Versicherung im Sinne von Artikel 75 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), decken.
2 3 5 1	Dieser Mittelansatz soll hauptsächlich den Kauf, die Unterhaltung und die Reinigung der — Roben der Richter und Generalanwälte, — Dienstkleidung für Amtsboten und Fahrer, — Arbeitskleidung für das Personal des Vervielfältigungsdienstes und des Wartungsdienstes decken.
2 3 5 2	Dieser Mittelansatz soll verschiedene Kosten interner Sitzungen decken.
2 3 5 3	Dieser Mittelansatz soll die Kosten von Umzügen und der Instandhaltung des Materials, des Mobiliars und der Büroausstattung decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
235	*(Fortsetzung)*			
2359	Sonstige Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	1 300	1 500	1 262,08
	Artikel 235 insgesamt	89 500	100 000	130 013,32
239	***Dienstleistungen zwischen den Organen***			
2391	Gemeinsamer Dolmetscher- und Konferenzdienst Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2393	Dienststelle Rechtsinformatik Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 239 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 23 INSGESAMT	735 200	748 000	713 135,39
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	506 100	563 000	477 087,94
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben*** Nichtgetrennte Mittel	559 000	558 200	522 703,45
	KAPITEL 24 INSGESAMT	1 065 100	1 121 200	999 791,39
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	117 600	130 800	122 072,51
254	***Stipendien*** Nichtgetrennte Mittel	35 900	50 000	36 841,31

GERICHTSHOF

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
235	*(Fortsetzung)*
2359	Dieser Mittelansatz soll sonstige in den vorhergehenden Linien nicht besonders vorgesehene Sachausgaben decken.
239	
2393	Dieser Posten deckt eine etwaige Forderung auf Kostenbeteiligung, die die Kommission im Zusammenhang mit dem juristischen Dokumentationszentrum an die anderen Organe richten könnte (Dateneingabe und Vertrieb der Interinstitutionellen Datenbank).
240	Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 100 000 ECU geschätzt.
241	Dieser Mittelansatz soll die festen Anschlußgebühren (Telefon, Telegraf, Telex), die Telefonleitungen, die Gebühren für Telefongespräche sowie für telegraphische und Telexverbindungen, die Unterhaltungskosten, die Instandsetzung und die Unterhaltung des Materials, den Kauf von Telefonbüchern usw. decken. Er deckt auch die festen Anschlußgebühren für die Verbindungen zwischen den Gebäuden, die Miete der telefonischen Querverbindungsleitungen für das Terminal Celex, die Telefonleitungen für die Terminals in Verbindung mit Eurolex, Euronet, Jure, CED, Citère und Belindis. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 120 000 ECU geschätzt.
250	Dieser Mittelansatz soll in der Hauptsache die Durchführung von Seminaren und anderen Fortbildungsveranstaltungen für Richter, Staatsanwälte und andere Juristen aus den Mitgliedstaaten am Sitz des Gerichtshofes in Zusammenarbeit mit den Justizministerien decken.
254	Mit diesem Mittelansatz soll die Vergabe von Stipendien an Praktikanten finanziert werden, die an Forschungs- und Dokumentationsarbeiten in den Dienststellen des Gerichtshofes beteiligt sind.

GERICHTSHOF

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	224 800	242 000	198 927,49
	KAPITEL 25 INSGESAMT	378 300	422 800	357 841,31
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 26 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	705 600	751 000	702 999,13
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	1 821 200	2 313 300	1 874 863,93
2719	Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Förderung der Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	53 900	59 700	55 000,—
	Artikel 271 insgesamt	1 875 100	2 373 000	1 929 863,93

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
255	Die Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und der einzelstaatlichen Gerichte auf dem Gebiet des Gemeinschaftsrechts macht Studiensitzungen mit Richtern und Staatsanwälten der höheren einzelstaatlichen Gerichte und mit Fachleuten auf dem Gebiet des Gemeinschaftsrechts erforderlich. Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Veranstaltung einschließlich der Reise- und Aufenthaltskosten der Teilnehmer decken.
270	Dieser Mittelansatz soll die Kosten für die Aufnahme der Mitteilungen des Gerichtshofes in das *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* decken. Der Mittelansatz entspricht dem Betrag, der nach Mitteilung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften den Anteil des Gerichtshofes an den Druckkosten des Amtsblatts und den Nebenkosten ausmacht. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 60 000 ECU geschätzt.
271	
2710	Dieser Mittelansatz soll die Kosten des Drucks der *Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes* einschließlich der Rechtsprechung des Gerichts erster Instanz sowie des *Nachschlagewerks der Rechtsprechung zum Gemeinschaftsrecht* decken. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 380 000 ECU geschätzt.
2719	Dieser Mittelansatz soll insbesondere die Kosten der Herausgabe des *Jahresberichts des Gerichtshofes* und anderer Broschüren über den Gerichtshof decken, die den Besuchern zur Verfügung gestellt werden.

GERICHTSHOF

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
272	***Ausgaben für die Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit sowie die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	27 000	32 000	29 975,83
	KAPITEL 27 INSGESAMT	2 607 700	3 156 000	2 662 838,89
	KAPITEL 29			
299	***Andere Zuschüsse***			
	Nichtgetrennte Mittel	62 900	85 000	78 955,95
	KAPITEL 29 INSGESAMT	62 900	85 000	78 955,95
	Titel 2 insgesamt	**17 045 700**	**25 434 200**	**31 104 469,34**

GERICHTSHOF

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
272	Dieser Mittelansatz soll den Kauf und die Erstellung von leichtverständlichen Veröffentlichungen über das Gemeinschaftsrecht, andere Ausgaben für Information und die Fotografiekosten decken.
299	Dieser Mittelansatz soll eine Beteiligung an den Kosten der Besuche beim Gerichtshof ermöglichen.

GERICHTSHOF

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 3 7 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 3 7			
3 7 1	***Besondere Ausgaben des Gerichtshofes***			
3 7 1 0	Gerichtskosten Nichtgetrennte Mittel	10 000	25 000	8 321,35
3 7 1 1	Schiedsausschuß gemäß Artikel 18 des Euratom-Vertrags Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 3 7 1 insgesamt	10 000	25 000	8 321,35
	KAPITEL 3 7 INSGESAMT	10 000	25 000	8 321,35
	Titel 3 insgesamt	**10 000**	**25 000**	**8 321,35**

GERICHTSHOF

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 37 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Erläuterungen
371	
3710	Dieser Mittelansatz soll den normalen Gang der Rechtspflege in allen Fällen der Bewilligung der Prozeßkostenhilfe ermöglichen und Zeugen- und Sachverständigenauslagen, Kosten für Augenscheinnahmen und Rechtshilfeersuchen sowie Anwaltshonorare und sonstige Kosten decken, die unter Umständen vom Gerichtshof zu tragen sind.

GERICHTSHOF

TITEL 10

ANDERE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 10 0	62 844 500	30 000	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	62 844 500	30 000	0,—
	KAPITEL 10 1	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**62 844 500**	**30 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**169 692 540**	**114 369 600**	**104 845 324,80**

GERICHTSHOF

TITEL 10

ANDERE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen			
	Für die nachstehenden Artikel und Posten ist eine Reserve für etwaigen Bedarf vorzusehen:			
	1. Kapitel	1 1	Personal im aktiven Dienst	2 002 000
	2. Posten	1 8 2 0	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals	151 000
	3. Artikel	1 8 8	Verschiedene Ausgaben für Einstellungen	30 800
	4. Artikel	2 0 0	Mieten	60 000 000
	5. Artikel	2 0 3	Reinigung und Unterhaltung	500 000
	6. Artikel	2 0 5	Sicherheit und Überwachung der Gebäude	60 700
	7. Posten	2 2 0 0	Erstausstattung mit Büromaschinen	100 000
			Insgesamt	62 844 500

EINZELPLAN V

RECHNUNGSHOF

EINNAHMEN

Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zur Finanzierung der Ausgaben des Rechnungshofes im Haushaltsjahr 1996

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	56 177 500
Eigene Einnahmen	– 7 733 000
Zu vereinnahmender Beitrag	**48 444 500**

RECHNUNGSHOF

Eigene Einnahmen

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 4 0			
4 0 0	***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten***	4 406 000	4 438 800	3 289 986,75
4 0 1	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	2 501 000	2 263 200	1 862 788,55
4 0 3	***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst***	728 000	651 400	543 791,87
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	7 635 000	7 353 400	5 696 567,17
	Titel 4 insgesamt	**7 635 000**	**7 353 400**	**5 696 567,17**

RECHNUNGSHOF

Eigene Einnahmen

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen
400	Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 13. Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 3762/92 (ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 4). Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 8), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3736/90 (ABl. Nr. L 360 vom 22. 12. 1990, S. 1). Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 268 vom 20. 10. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 840/95 (ABl. Nr. L 85 vom 19. 4. 1995, S. 10).
401	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.
403	Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 3762/92 (ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 4). Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 268 vom 20. 10. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 840/95 (ABl. Nr. L 85 vom 19. 4. 1995, S. 10). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3831/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften hinsichtlich der Einführung einer befristeten Abgabe (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1991, S. 7).

RECHNUNGSHOF

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 5 5 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 5 0			
5 0 0	***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen***	1 000	1 000	0,—
5 0 2	***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen***	60 000	50 000	57 366,09
	KAPITEL 5 0 INSGESAMT	61 000	51 000	57 366,09
	KAPITEL 5 2			
5 2 0	***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs***	7 000	22 000	5 947,98
	KAPITEL 5 2 INSGESAMT	7 000	22 000	5 947,98
	KAPITEL 5 5			
5 5 0	***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal***	20 000	20 000	105 929,95
	KAPITEL 5 5 INSGESAMT	20 000	20 000	105 929,95
	Titel 5 insgesamt	**88 000**	**93 000**	**169 244,02**

RECHNUNGSHOF

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

Artikel Posten	Erläuterungen
500	Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden kann.
502	Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Druckschriften und Filmen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), wiederverwendet werden kann.
550	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 107 sowie Artikel 4, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 48 des Anhangs VIII.

RECHNUNGSHOF

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
	KAPITEL 9 0			
9 0 0	***Sonstige Einnahmen***	10 000	20 000	3 608,58
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	10 000	20 000	3 608,58
	Titel 9 insgesamt	**10 000**	**20 000**	**3 608,58**
	GESAMTBETRAG	**7 733 000**	**7 466 400**	**5 869 419,77**

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen

RECHNUNGSHOF

AUSGABEN

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
1 0	MITGLIEDER DES ORGANS	6 032 200	4 744 600	3 801 046,15
1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	41 037 600	37 451 600	30 716 522,36
1 2	VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	548 900	684 700	620 029,05
1 3	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	1 800 000	1 750 000	1 261 632,36
1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	32 000	34 300	32 000,—
1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	p.m.	p.m.	0,—
1 6	SOZIALAUSGABEN	3 000	3 000	0,—
1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	122 000	115 000	92 500,—
1 8	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	733 400	875 000	803 559,45
	Titel 1 insgesamt	**50 309 100**	**45 658 200**	**37 327 289,37**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	2 098 000	2 305 700	1 145 565,47
2 1	AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG	894 000	1 250 000	499 919,85
2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	673 700	1 067 100	505 156,90
2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	471 300	430 000	356 156,40
2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	347 400	348 400	240 000,—
2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	55 000	64 000	48 589,47
2 6	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	60 000	65 000	52 574,06
2 7	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	1 085 500	842 500	747 464,94
	Titel 2 insgesamt	**5 684 900**	**6 372 700**	**3 595 427,09**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	183 500	107 700	0,—

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**183 500**	**107 700**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**56 177 500**	**52 138 600**	**40 922 716,46**

RECHNUNGSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	2 643 000	2 429 800	2 013 050,95
1 0 0 1	Residenzzulagen Nichtgetrennte Mittel	396 000	364 700	301 958,34
1 0 0 2	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	180 000	195 200	137 319,14
1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
	Artikel 1 0 0 insgesamt	3 219 000	2 989 700	2 452 328,43
1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialleistungen*** Nichtgetrennte Mittel	179 800	142 200	117 671,62
1 0 2	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	1 015 000	428 400	371 326,96
1 0 3	***Versorgungsbezüge***			
1 0 3 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	723 900	574 200	568 688,98
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RECHNUNGSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen
100	
1000	Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 268 vom 20. 10. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 840/95 (ABl. Nr. L 85 vom 19. 4. 1995, S. 10), insbesondere Artikel 2. Diese Mittel sind zur Deckung der Grundgehälter der Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.
1001	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 4. Diese Mittel sind zur Deckung der Residenzzulagen der Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.
1002	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 3. Diese Mittel decken die Familienzulagen der Mitglieder des Rechnungshofes; dabei handelt es sich um: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
101	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 12. Diese Mittel decken: — den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle in Höhe von 0,77 %; — den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung in Höhe von 3,4 %; — im Falle des Ablebens eines Mitglieds des Rechnungshofes: — die Gesamtbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats, — die Überführungskosten bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.
102	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 8. Diese Mittel sind zur Deckung der Übergangsgelder und der Familienzulagen für die aus dem Amt ausgeschiedenen Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.
103	
1030	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere die Artikel 9 und 10. Diese Mittel sind zur Deckung der Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.
1031	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere die Artikel 9 und 10.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 0 3	*(Fortsetzung)*			
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	122 100	91 200	146 815,31
	Artikel 1 0 3 insgesamt	846 000	665 400	715 504,29
1 0 4	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	120 000	114 300	91 968,62
1 0 5	***Vergütungen und Kosten beim Dienstantritt und beim Ausscheiden aus dem Dienst***			
1 0 5 0	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	12 600	9 600	0,—
1 0 5 1	Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	263 100	167 000	18 337,79
1 0 5 2	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	160 900	119 700	0,—
	Artikel 1 0 5 insgesamt	436 600	296 300	18 337,79
1 0 6	***Berufliche Fortbildung und Sprachkurse für die Mitglieder des Organs*** Nichtgetrennte Mittel	18 000	13 000	13 388,77
1 0 9	***Anpassungen der Amtsbezüge***			
1 0 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	126 800	36 200	20 519,67

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
103	*(Fortsetzung)*
1032	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 16. Diese Mittel sollen die Hinterbliebenenversorgung der Witwen und/oder Waisen der ehemaligen Mitglieder des Rechnungshofes decken.
104	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 7. Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen bestimmt, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags entstehen.
105	
1050	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 6. Diese Mittel sind für die Erstattung der Reisekosten bestimmt, die den Mitgliedern des Rechnungshofes bei Dienstantritt oder Ausscheiden aus dem Dienst entstehen.
1051	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 6. Diese Mittel dienen zur Deckung der bei Dienstantritt und Ausscheiden aus dem Dienst fälligen Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen für die Mitglieder des Rechnungshofes.
1052	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 6. Diese Mittel sind für die Erstattung der Umzugskosten der Mitglieder des Rechnungshofes bei deren Dienstantritt bzw. Ausscheiden aus dem Dienst bestimmt.
106	Diese Mittel sollen die Kosten der Teilnahme von Mitgliedern des Hofes an Sprachkursen oder anderen Weiterbildungsveranstaltungen decken.
109	
1090	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 5. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf: — die Grundgehälter, — die Residenzzulagen, — die Familienzulagen, — die Übergangsgelder, — die Ruhegehälter, — die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit, — die Hinterbliebenenversorgung der Mitglieder des Rechnungshofes.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
109	*(Fortsetzung)*			
1091	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	71 000	59 100	0,—
	Artikel 109 insgesamt	197 800	95 300	20 519,67
	KAPITEL 10 INSGESAMT	6 032 200	4 744 600	3 801 046,15
	KAPITEL 11			
110	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1100	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	29 147 000	26 274 400	21 718 400,70
1101	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	2 859 000	2 648 100	2 129 710,77
1102	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	4 631 000	4 156 700	3 451 976,92
1103	Vorgesehene Pauschalzulagen Nichtgetrennte Mittel	188 500	171 400	145 961,20
	Artikel 110 insgesamt	36 825 500	33 250 600	27 446 049,59
111	***Sonstige Bedienstete***			
1110	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	644 000	640 800	1 016 196,69
1111	Dolmetscherhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
109	*(Fortsetzung)*
1091	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel sollen die Auswirkungen der vom Rat gegebenenfalls im Laufe des Haushaltsjahres beschlossenen Anpassungen der Bezüge decken. Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind. Die Mittelansätze in diesem Kapitel wurden pauschal um 3,5 % gekürzt.
110	
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 66. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Grundgehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62, 67 und 68a sowie Abschnitt 1 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Haushaltszulagen, Zulagen für unterhaltsberechtigte Kinder und Erziehungszulagen der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 69 sowie Artikel 4 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Auslands- und Expatriierungszulagen der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1103	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4a des Anhangs VII. Veranschlagt ist die Sekretariatszulage für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Laufbahngruppe C, die in eine Planstelle als Büroassistent, Bürosekretär, Fernschreiber, Maschinenschreiber, Bürohauptsekretär oder Hauptsekretär eingewiesen wurden.
111	
1110	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Bezüge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Hilfskräfte (Sekretariatspersonal und sonstiges in Zeiten der Spitzenbelastung und bei langfristiger Abwesenheit eingestelltes Personal).
1111	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten soll die Bezüge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Dolmetscherhilfskräfte decken.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 1	*(Fortsetzung)*			
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 4	Übersetzerhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	91 200	143 400	68 649,88
	Artikel 1 1 1 insgesamt	735 200	784 200	1 084 846,57
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung der Ruhegehaltsansprüche***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	991 000	903 400	741 708,83
1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	224 000	177 100	150 149,14
1 1 3 2	Beitrag zur Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	41 200	46 600	29 648,99
1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	9 900	15 200	0,—
	Artikel 1 1 3 insgesamt	1 266 100	1 142 300	921 506,96
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	19 100	18 800	806,47

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
111	*(Fortsetzung)*
1112	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 und Titel IV. Dieser Posten ist zur Deckung der Bezüge (einschließlich Überstunden) sowie der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten bestimmt.
1113	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5, 82 und 83.
1114	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Diese Mittel sollen die Bezüge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Übersetzerhilfskräfte decken.
113	
1130	*Vormals Posten 1830* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 23. Diese Mittel sind zur Deckung der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (3,4 % des Grundgehalts) bestimmt. Der Beitrag der Bediensteten entspricht 1,7 % des Grundgehalts.
1131	*Vormals Posten 1831* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73 und Artikel 15 des Anhangs VIII. Diese Mittel sollen den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten (0,77 % des Grundgehalts) sowie die zusätzlichen Ausgaben decken, die sich aus der Anwendung der einschlägigen Statutsbestimmungen ergeben.
1132	*Vormals Posten 1832* Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2799/85 des Rates vom 27. September 1985 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 265 vom 8. 10. 1985, S. 1). Diese Mittel sind für die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit bestimmt.
1133	*Vormals Posten 1833* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Veranschlagt sind die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muß.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 70, 74 und 75. Diese Mittel decken die Geburtszulagen (8 000 lfrs) sowie die beim Tode eines Beamten zu zahlenden vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats einschließlich der Kosten der Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 1 4	*(Fortsetzung)*			
1 1 4 1	Kosten der jährlichen Reisen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	467 700	397 300	357 663,91
1 1 4 3	Pauschale Amtszulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 4 4	Fahrkostenpauschale Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	2 500	2 500	2 400,—
1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	18 800	10 600	19 058,75
	Artikel 1 1 4 insgesamt	508 100	429 200	379 929,13
1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	237 500	246 500	195 585,02
1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	9 900	16 100	13 663,03

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
114	*(Fortsetzung)*
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Veranschlagt ist die pauschale Erstattung der Fahrkosten für Beamte auf Lebenszeit und Bedienstete auf Zeit, für deren Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort, und zwar: — einmal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mehr als 50 km und weniger als 725 km beträgt, — zweimal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mindestens 725 km beträgt.
1145	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75 Absatz 4. Diese Mittel sind zur Deckung der Sondervergütungen für Beamte bestimmt, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, unterstellten Rechnungsführers oder eines Zahlstellenverwalters haben.
1149	Statut der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 95. Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für sonstige Bedienstete der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Veranschlagt sind: — die Ausgleichszulage für Beamte auf Lebenszeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Nettodienstbezüge sich vermindert haben, — die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Falle offensichtlich unzulänglicher Leistungen, — die Vergütung bei Kündigung des Vertrages eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ, — Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen der Beamten, die in der Delegation oder den Büros der Gemeinschaft tätig sind, — Übertragung der Ansprüche aus der Altersversorgung der Hilfskräfte, die zu Bediensteten auf Zeit oder Beamten ernannt werden.
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Diese Mittel decken die Pauschalzulagen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Hilfskräfte der Laufbahngruppen C und D sowie der örtlichen Bediensteten, sofern diese Überstunden nicht, wie vorgesehen, durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.
118	
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 7 des Anhangs VII. Diese Mittel sind zur Deckung der Reisekosten der Bediensteten (einschließlich ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt bzw. beim Ausscheiden aus dem Dienst bestimmt.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
118	*(Fortsetzung)*			
1182	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	266 000	338 000	194 300,—
1183	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	215 100	341 500	82 264,35
1184	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	261 000	219 500	220 052,75
	Artikel 118 insgesamt	752 000	915 100	510 280,13
119	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1190	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	240 200	215 400	178 324,96
1191	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	473 000	468 300	0,—
	Artikel 119 insgesamt	713 200	683 700	178 324,96
	KAPITEL 11 INSGESAMT	41 037 600	37 451 600	30 716 522,36
	KAPITEL 12			
121	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
1210	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
118	*(Fortsetzung)*
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5 und 6 des Anhangs VII. Diese Mittel dienen zur Deckung der Einrichtungsbeihilfen für die Bediensteten, die nach ihrem Dienstantritt oder ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 9 des Anhangs VII. Diese Mittel sind für die Erstattung der Umzugskosten der Bediensteten bestimmt, die nach ihrem Dienstantritt oder ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen.
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 10 des Anhangs VII. Diese Mittel betreffen die Tagegelder für Bedienstete, die nachweisen, daß sie nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz ändern mußten.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65. Mit diesen Mitteln sollen die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten abgedeckt werden, die auf die Bezüge der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Hilfskräfte sowie auf die Überstunden anzuwenden sind.
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65 und 65a sowie Anhang XI. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel dienen zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge. Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.
121	
1210	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV. Dieser Posten dient der Deckung der Vergütungen für Beamte, die im Anschluß an eine Maßnahme zur Verringerung der Zahl der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden oder die ein Amt der Besoldungsgruppe A 2 bekleiden und aus dienstlichen Gründen ihrer Stelle enthoben werden.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 2 1	*(Fortsetzung)*			
1 2 1 5	Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	524 100	643 200	588 458,68
	Artikel 1 2 1 insgesamt	524 100	643 200	588 458,68
1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	18 000	22 900	18 346,13
1 2 9	***Anpassungen der verschiedenen Vergütungen***			
1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	9 700	13 224,24
1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	6 800	8 900	0,—
	Artikel 1 2 9 insgesamt	6 800	18 600	13 224,24
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	548 900	684 700	620 029,05
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	1 800 000	1 750 000	1 261 632,36
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	1 800 000	1 750 000	1 261 632,36

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 12 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE BEI ENDGÜLTIGEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
121	*(Fortsetzung)*
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56). Diese Mittel dienen zur Deckung der Vergütungen, die den Beamten gezahlt werden, auf die im dienstlichen Interesse und mit Rücksicht auf die Erfordernisse, die sich aus dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu den Europäischen Gemeinschaften ergeben, Maßnahmen zum endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst Anwendung finden.
123	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Veranschlagt sind die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die Ruhegehaltsempfänger und die Empfänger von Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Amtsenthebung und Entlassung.
129	
1290	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Dieser Posten dient zur Deckung der Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten auf die Ruhegehälter und auf die verschiedenen Vergütungen.
1291	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65 und 65a sowie Anhang XI. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). Diese Mittel dienen zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge. Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.
130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 11 bis 13 des Anhangs VII. Diese Mittel dienen zur Deckung der Fahrkosten, Dienstreisetagegelder und der Nebenkosten oder außergewöhnlichen Auslagen, die bei der Durchführung einer Dienstreise entstehen.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 14			
141	***Ärztlicher Dienst***			
	Nichtgetrennte Mittel	32 000	34 300	32 000,—
	KAPITEL 14 INSGESAMT	32 000	34 300	32 000,—
	KAPITEL 15			
150	***Reise- und Aufenthaltskosten für die zu den Dienststellen der Institution abgestellten nationalen Sachverständigen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
152	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
1520	Vorübergehend zum Rechnungshof abgeordnete nationale und internationale Beamte sowie Bedienstete des privaten Sektors			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1521	Vorübergehend zu nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen abgeordnete Beamte des Rechnungshofes			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 152 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 15 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 16			
160	***Außerordentliche Beihilfen***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	0,—
164	***Zusätzliche Hilfe für behinderte Personen***			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	0,—

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 59 und Artikel 8 des Anhangs II. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Honorare und anderen Kosten des Vertrauensarztes sowie der Kosten für die jährliche ärztliche Untersuchung aller Beamten einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchung beantragten zusätzlichen ärztlichen Analysen und Untersuchungen.
152	
1520	Veranschlagt ist ein Posten für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung nationaler Beamter und anderer Sachverständiger zu den Dienststellen des Rechnungshofes, ihrer vorübergehenden Verwendung in diesen Dienststellen sowie die Ausgaben für Konsultationen von kurzer Dauer.
1521	Dieser Posten ist zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Gemeinschaften bei diesem Austausch entstehen, bestimmt.
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Aus diesen Mitteln sollen die Zuwendungen an Bedienstete bestritten werden, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
164	Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
164	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 16 INSGESAMT	3 000	3 000	0,—
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
1700	Ausgaben der Mitglieder des Organs für Empfänge und Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	120 000	112 500	90 000,—
1701	Ausgaben des Personals für Empfänge und Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 500	2 500,—
	Artikel 170 insgesamt	122 000	115 000	92 500,—
	KAPITEL 17 INSGESAMT	122 000	115 000	92 500,—
	KAPITEL 18			
180	***Interinstitutionelle Zusammenarbeit***			
1802	Kindergarten und Kindertagesstätte in Luxemburg Nichtgetrennte Mittel	312 000	219 000	219 000,—
	Artikel 180 insgesamt	312 000	219 000	219 000,—
182	***Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals***			
1820	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals Nichtgetrennte Mittel	110 000 (1)	189 600	149 117,67

(1) Mittel in Höhe von 48 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
164	*(Fortsetzung)*
	Damit werden im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, gedeckt.
170	
1700	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und Repräsentationsverpflichtungen des Rechnungshofes.
	Die unter dieses Kapitel fallenden Tätigkeiten sind Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit, die eine Konsultation zwischen den Organen sowie die Stärkung der gemeinsamen Verwaltungsmechanismen mit Blick auf eine Rationalisierung der Ausgaben beinhaltet.
180	
1802	Diese Mittel decken den Anteil des Rechnungshofes für den Kindergarten und die Kindertagesstätte in Luxemburg.
182	
1820	*Vormals Posten 1120, 1122, 1123, 1803 und 1804* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 Absatz 3. Diese Mittel decken die Ausgaben für die Veranstaltung von beruflichen Fortbildungskursen einschließlich Sprachkursen und Seminaren auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung und Finanzverwaltung auf interinstitutioneller Basis sowie die Einschreibegebühren für ähnliche Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 8 2	*(Fortsetzung)*			
1 8 2 0	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 8 2 insgesamt	110 000	189 600	149 117,67
1 8 4	***Restaurants und Kantinen***			
1 8 4 0	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	14 700	15 000	12 173,—
1 8 4 1	Ausgaben für den Umbau und die Erneuerung der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	9 000	9 000	1 826,83
	Artikel 1 8 4 insgesamt	23 700	24 000	13 999,83
1 8 6	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	10 000	13 200	10 400,—
1 8 7	***Sonstige Sozialaufwendungen*** Nichtgetrennte Mittel	9 700	15 200	12 200,—
1 8 8	***Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung***			
1 8 8 0	Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung Nichtgetrennte Mittel	71 700 (1)	190 300 (2)	73 400,—
	Artikel 1 8 8 insgesamt	71 700	190 300	73 400,—
1 8 9	***Hilfsleistungen***			
1 8 9 1	Freiberufliche Dolmetscher Nichtgetrennte Mittel	42 000	42 000	77 754,67

(1) Mittel in Höhe von 30 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 20 600 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
182	*(Fortsetzung)*
1820	*(Fortsetzung)* Ferner dienen sie zur Anschaffung von Lehrmitteln und technischem Material für die Fortbildungsmaßnahmen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 2 500 ECU veranschlagt.
184	
1840	*Vormals Posten 1400* Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und der Cafeteria.
1841	*Vormals Posten 1401* Diese Mittel dienen zur Deckung des Umbaus und des Austauschs der im Restaurant und in der Cafeteria seit zehn Jahren genutzten Anlagen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 500 ECU veranschlagt.
186	Der Mittelansatz ist dazu bestimmt, Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit zu ermutigen und finanziell zu unterstützen (so durch Zuschüsse an Klubs, Sportgruppen und kulturelle Vereinigungen des Personals).
187	Diese Mittel dienen zur Deckung der sonstigen Zuwendungen und Zuschüsse zugunsten der Bediensteten und ihrer Familien.
188	
1880	*Vormals Posten 1180 und 1801* Veranschlagt sind die Ausgaben für die Veröffentlichung, der Einberufung von Bewerbern, das Anmieten der Säle und Geräte für die Durchführung der allgemeinen Auswahlverfahren auf institutioneller Basis. In ordnungsgemäß begründeten Fällen, die auf funktionelle Erfordernisse zurückgehen, und nach Konsultation der übrigen Organe können diese Mittel teilweise für die Durchführung der Auswahlverfahren durch das Organ selbst verwendet werden.
189	
1891	*Vormals Posten 1171* Veranschlagt sind die Honorare, die Sozialversicherungsbeiträge, die Fahrkosten und Aufenthaltsvergütungen für freiberufliche und sonstige nichtständige Dolmetscher.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
1 8 9	*(Fortsetzung)*			
1 8 9 5	Sonstige Hilfsleistungen Nichtgetrennte Mittel	125 000	125 600	224 456,49
1 8 9 6	Hilfsleistungen zur Unterstützung des Übersetzungsdienstes Nichtgetrennte Mittel	29 300	56 100	23 230,79
	Artikel 1 8 9 insgesamt	196 300	223 700	325 441,95
	KAPITEL 1 8 INSGESAMT	733 400	875 000	803 559,45
	Titel 1 insgesamt	**50 309 100**	**45 658 200**	**37 327 289,37**

KAPITEL 18 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
189	*(Fortsetzung)*
1895	*Vormals Posten 1175* Veranschlagt sind insbesondere: — die Kosten für die Einstellung von Aushilfspersonal, insbesondere Telefonisten, Stenotypisten, Amtsgehilfen und technischem Personal für sämtliche Dienststellen des Rechnungshofs, — die Kosten für Vervielfältigungs- und Schreibarbeiten außerhalb des Hauses, soweit diese nicht durch die Dienststellen des Rechnungshofs ausgeführt werden können, — die Kosten der Umstellung auf den EDV-Betrieb zur Erstellung von erläuternden und begründenden Unterlagen, die für den Eigenbedarf des Rechnungshofs und zur Vorlage bei der Haushaltsbehörde bestimmt sind.
1896	*Vormals Posten 1176* Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Übersetzungsleistungen auf freiberuflicher oder Zeitarbeitsbasis sowie für vom Übersetzungsdienst außer Haus vergebene Schreib- und sonstige Arbeiten bestimmt.

RECHNUNGSHOF

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 20			
200	***Mieten*** Nichtgetrennte Mittel	1 100 000	1 016 900	340 076,46
201	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	26 000	23 400	20 036,27
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	252 000	292 300	208 599,98
203	***Reinigung und Unterhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	400 000 (1)	480 000	345 822,76
204	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	70 000	230 700	31 720,—
205	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	200 000 (2)	220 500	166 200,—
206	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
208	***Sonstige, vor dem Erwerb von Immobilien oder dem Bau von Gebäuden anfallende Ausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	10 000	p.m.	0,—
209	***Sonstige Ausgaben für Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	40 000	41 900	33 110,—
	KAPITEL 20 INSGESAMT	2 098 000	2 305 700	1 145 565,47

(1) Mittel in Höhe von 85 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 20 500 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
200	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Mieten in Luxemburg und in Brüssel bestimmt.
201	Diese Mittel decken die in den Versicherungspolicen vorgesehenen Prämien für die vom Rechnungshof belegten Gebäude einschließlich der beweglichen Sachen und der Kunstgegenstände.
202	Diese Mittel decken die Kosten für Wasser-, Gas- und Stromverbrauch sowie Heizung.
203	Veranschlagt sind die Mittel für die Reinigungskosten und die Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen, der elektrischen Anlagen sowie für Änderungs- und Instandsetzungsarbeiten. Veranschlagt sind ferner die Mittel für Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung sowie das für die Instandhaltung erforderliche Material. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen stimmt sich das Organ mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils durchgesetzten Bedingungen (Preise, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab.
204	Veranschlagt sind Mittel für Herrichtungsarbeiten wie die Errichtung und Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, Anbringung von Vorhängen, Verlegung von Telefon- oder EDV-Leitungen sowie für die entsprechenden technischen Einrichtungen.
205	Veranschlagt sind verschiedene Ausgaben für die Sicherheit der Gebäude, insbesondere für den Gebäudeüberwachungsvertrag, die Anschaffung und Unterhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, die Ausrüstung der freiwilligen Mannschaften des Feuerlöschdienstes usw. Vor der Verlängerung oder dem Abschluß von Verträgen stimmt sich das Organ mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils durchgesetzten Bedingungen (Preise, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab.
208	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten einer Studie über den Büroflächenbedarf bestimmt.
209	Diese Mittel sind für die übrigen, in den sonstigen Artikeln dieses Kapitels nicht gesondert ausgewiesenen laufenden Ausgaben für Gebäude bestimmt, insbesondere für Kanalgebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigungsgebühren, Beschilderungsmaterial usw.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 21			
211	***Datenübertragungsnetze***			
	Nichtgetrennte Mittel	814 000	1 163 600	480 000,—
214	***Systemanalyse- und Programmierungsarbeiten, Systementwicklungen und besondere Vorhaben, die an Dritte vergeben werden***			
	Nichtgetrennte Mittel	80 000	86 400	19 919,85
	KAPITEL 21 INSGESAMT	894 000	1 250 000	499 919,85
	KAPITEL 22			
220	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
2200	Erstausstattung — Material und technische Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	40 400	126 800	20 945,52
2201	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	100 000	2 000	198,81
2202	Miete von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	21 000	18 100	7 495,67
2204	Hardware für die Büroautomation			
	Nichtgetrennte Mittel	150 000	192 800	128 345,—
	Artikel 220 insgesamt	311 400	339 700	156 985,—
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung — Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	30 000	242 800	79 934,37

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Immer, wenn die Mittel zur Deckung der Kosten für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Miet-/Kaufvertrags für die Beschaffung von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich das Organ mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils durchgesetzten Bedingungen ab.
211	Unter diesem Artikel sind folgende Betriebskosten veranschlagt: — Kauf-, Miet- und Wartungskosten für Mini- und Mikrocomputer sowie für die Terminals, die an das Rechenzentrum der Kommission in Luxemburg angeschlossen sind, — Kauf-, Miet- und Wartungskosten für EDV-Anlagen, Software sowie sonstiges Material und Dokumentation, — EDV-Verbindungsleitungen.
214	Veranschlagt sind die Ausgaben für Personal außerhalb des Hauses und für außerhalb des Hauses durchgeführte Arbeiten.
	Immer, wenn die Mittel zur Deckung der Kosten für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Miet-/Kaufvertrags für die Beschaffung von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich das Organ mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils durchgesetzten Bedingungen ab.
220	
2200	Diese Mittel sind für die Beschaffung von Material und technischen Anlagen, insbesondere für die Fernsprechanlage, für Archivierungszwecke und für die Dolmetschanlage usw. bestimmt.
2201	Veranschlagt sind die Mittel für Ersatzbeschaffungen, insbesondere für: — audiovisuelles Material sowie Archivierungs-, Bibliotheks- und Dolmetschmaterial wie Kabinen, Kopfhörer und Hörgeräte für Simultandolmetschanlagen, — verschiedenes Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
2202	Dieser Posten ist zur Deckung der Mietkosten für Material und technische Anlagen bestimmt.
2203	Veranschlagt sind die Mittel für die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten des unter den Posten 2200 bis 2202 ausgewiesenen Materials.
2204	Veranschlagt sind die Mittel für Kauf, Miete und Wartung aller für die Büroautomation benötigten Geräte wie Schreibmaschinen und Textverarbeitungsmaschinen, elektronische Fotokopiergeräte, Mikrokopiergeräte, Reader-Printer, Fernkopierer, Telekommunikationseinrichtungen, große Vervielfältigungseinheiten usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
221	
2210	Diese Mittel sind für den Kauf von zusätzlichem Mobiliar bestimmt.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
2 2 1	*(Fortsetzung)*			
2 2 1 1	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	35 700	50 200	10 959,47
2 2 1 2	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 2 1 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	1 030,—
	Artikel 2 2 1 insgesamt	67 700	295 000	91 923,84
2 2 3	***Fahrzeuge***			
2 2 3 0	Erstausstattung — Fahrzeuge Nichtgetrennte Mittel	p.m.	86 000	0,—
2 2 3 1	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	66 000	66 000	78 100,—
2 2 3 2	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	2 000	11 000	400,—
2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	125 000	159 500	98 448,06
	Artikel 2 2 3 insgesamt	193 000	322 500	176 948,06
2 2 5	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2 2 5 0	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	13 000	13 200	9 000,—
2 2 5 1	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	1 600	1 500	0,—
2 2 5 2	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	50 000	53 700	41 300,—
2 2 5 3	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	35 000	39 500	28 000,—
2 2 5 4	Kosten für Buchbindearbeiten und für die Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	1 000,—
	Artikel 2 2 5 insgesamt	101 600	109 900	79 300,—
	KAPITEL 2 2 INSGESAMT	673 700	1 067 100	505 156,90

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
221	*(Fortsetzung)*
2211	Diese Mittel sind für die Erneuerung von beschädigtem oder mindestens fünfzehn Jahre altem Mobiliar bestimmt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
223	
2231	Veranschlagt sind Mittel für den Ersatz von Fahrzeugen mit dem höchsten, über 120 000 km liegenden Kilometerstand. Veranschlagt ist ein wiederverwendbarer Einnahmebetrag von 12 000 ECU.
2233	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für Instandhaltung, Instandsetzung, Park- und Autobahngebühren sowie Versicherungen für die Dienstfahrzeuge.
225	
2250	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Büchern und nicht periodisch erscheinenden Veröffentlichungen für dienstliche Zwecke und insbesondere für den Sprachendienst. Veranschlagt ist ein wiederverwendbarer Einnahmebetrag von 500 ECU.
2252	Diese Mittel sind zur Deckung von Abonnementskosten für Zeitungen und Zeitschriften einschließlich Fachzeitschriften des Finanzbereichs bestimmt, um eine regelmäßige, für die Kontrollaufgaben unerläßliche Versorgung mit Presseinformationen zu gewährleisten.
2253	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für Abonnements bei Presseagenturen.
2254	Veranschlagt sind die Kosten für Buchbindearbeiten und Kosten für die Erhaltung der Werke der Bibliothek.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	100 000	100 000 (1)	94 940,96
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankspesen Nichtgetrennte Mittel	5 000	500	0,—
2321	Kursdifferenzen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2329	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 232 insgesamt	5 000	500	0,—
233	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	10 000	10 000	6 659,57
234	***Schadenersatz*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
235	***Andere Sachausgaben***			
2350	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	2 500	2 500	1 128,73
2351	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	20 000	24 900	20 939,28
2352	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	29 000	32 600	27 400,—
2353	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	10 500	23 900	8 587,86
2354	Kleinausgaben Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	0,—

(1) Mittel in Höhe von 37 100 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
	Immer, wenn die Mittel zur Deckung der Kosten für den Kauf oder den Abschluß eines Miet- oder Miet-/Kaufvertrags für die Beschaffung von Material oder Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich das Organ mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils durchgesetzten Bedingungen ab.
230	Diese Mittel dienen zur Deckung aller Ausgaben für Papier und Büromaterial.
233	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Gesamtheit der Kosten und Gebühren, die der Rechnungshof tragen muß.
235	
2350	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die obligatorische Versicherung des Rechnungsführers, des unterstellten Rechnungsführers, der Zahlstellenverwalter sowie für die Versicherung des Reisegepäcks der Bediensteten auf Dienstreise.
2351	Veranschlagt sind Mittel für Anschaffung, Pflege und Reinigung der Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer sowie der sonstigen Arbeitskleidung.
2352	Veranschlagt sind Mittel für Erfrischungen und Imbisse bei internen Sitzungen.
2353	Veranschlagt sind die Kosten für Umzüge und Transporte von Material, Mobiliar und Bürobedarf.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
235	*(Fortsetzung)*			
2359	Andere Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	7 000	11 600	6 500,—
	Artikel 235 insgesamt	70 000	96 500	64 555,87
239	***Dienstleistungen zwischen den Organen***			
2391	Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst Nichtgetrennte Mittel	286 300	223 000 (1)	190 000,—
	Artikel 239 insgesamt	286 300	223 000	190 000,—
	KAPITEL 23 INSGESAMT	471 300	430 000	356 156,40
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	37 400	37 400	20 000,—
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	310 000	311 000	220 000,—
	KAPITEL 24 INSGESAMT	347 400	348 400	240 000,—
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	20 000	9 000,—
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	40 000	44 000	39 589,47
	KAPITEL 25 INSGESAMT	55 000	64 000	48 589,47

(1) Mittel in Höhe von 50 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
235	*(Fortsetzung)*
2359	Veranschlagt sind Mittel für sonstige, unter den vorhergehenden Haushaltslinien nicht ausdrücklich vorgesehene Sachausgaben sowie für Pflege- und Reparaturmaterial.
239	
2391	Diese Mittel sind zur Zahlung der von den Dolmetscherdiensten des Parlaments und der Kommission erbrachten Leistungen bestimmt.
241	Diese Mittel sind zur Deckung der Grundgebühren (Telefon, Telegraf, Fernschreiber), der Kosten für die Verlegung von Telefonleitungen, der Benutzungsgebühren (Telefon, Telegraf, Fernschreiber), der Wartungsgebühren, der Reparatur- und Instandsetzungskosten der Anlagen und Geräte, des Kaufs von Fernsprechbüchern usw. bestimmt.
250	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Sitzungen des Rechnungshofes mit den Vertretern der einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane oder anderer nationaler Dienststellen.
255	Diese Mittel dienen zur Deckung der verschiedenen Kosten für die Organisation von und die Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Sitzungen.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	60 000	65 000	52 574,06
	KAPITEL 26 INSGESAMT	60 000	65 000	52 574,06
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	1 053 000	796 000	720 000,—
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	8 000	20 000	16 902,55
2719	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	0,—
	Artikel 271 insgesamt	10 000	22 000	16 902,55
272	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen*** Nichtgetrennte Mittel	4 500	4 500	2 599,99
273	***Bildung der Jugendlichen im europäischen Geist*** Nichtgetrennte Mittel	18 000	20 000	7 962,40
	KAPITEL 27 INSGESAMT	1 085 500	842 500	747 464,94
	Titel 2 insgesamt	**5 684 900**	**6 372 700**	**3 595 427,09**

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
260	Im Rahmen seiner Prüfungen muß der Hof auf Fachuntersuchungen und -analysen zurückgreifen (im Bereich der Chemie, Physik, Statistik), die an externe Experten vergeben werden. Der spezifische Charakter der oft nicht vorausplanbaren Untersuchungen, die an externe Experten vergeben werden, begründet die notwendige Verfügbarkeit dieser Mittel, ohne die der Rechnungshof bei der Durchführung seiner Aufgaben und der Wahrung seiner Unabhängigkeit benachteiligt wäre. In diesem Betrag sind auch 16 000 ECU zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Rechnungsprüfung des Rechnungshofes durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthalten. Der entsprechende Prüfungsbericht wird im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.
270	Diese Mittel sollen die Kosten für den Druck der Veröffentlichungen des Rechnungshofes im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, insbesondere des Jahresberichts, der Stellungnahmen gemäß Artikel 209 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der Sonderberichte und der allgemeinen Auswahlverfahren sowie den Anteil des Rechnungshofes an den gemeinsamen Kosten wie z.B. für die Monats- und Jahresregister decken. Der mit 50 000 ECU veranschlagte Erlös aus dem Verkauf des Amtsblatts ist im Einnahmeteil des Haushaltsplans ausgewiesen.
271	
2710	Diese Mittel decken die Ausgaben im Zusammenhang mit Druck und Vertrieb von Dokumenten über die allgemeinen Prüfungsarbeiten und Tätigkeiten des Rechnungshofes.
2719	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Druck und die Verteilung von Veröffentlichungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Rechnungshofes (Faltblatt, Broschüren des Rechnungshofes, interinstitutionelles Verzeichnis usw.) bestimmt.
272	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Veranstaltung von Studientagen über die Tätigkeit des Rechnungshofes für Hochschullehrer und Redakteure von Fachzeitschriften und sonstige fachkundige Besucher aus den Mitgliedstaaten bestimmt.
273	Veranschlagt sind Mittel zur Durchführung von Praktika in den Dienststellen des Rechnungshofes.

RECHNUNGSHOF

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL 10 0	183 500	107 700	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	183 500	107 700	0,—
	KAPITEL 10 1	—	—	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**183 500**	**107 700**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**56 177 500**	**52 138 600**	**40 922 716,46**

RECHNUNGSHOF

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen			
	Für die nachstehenden Artikel und Posten ist eine Reserve für etwaigen Bedarf vorzusehen:			
	1. Posten	1 8 2 0	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals	48 000
	2. Posten	1 8 8 0	Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung	30 000
	3. Artikel	2 0 3	Reinigung und Unterhaltung	85 000
	4. Artikel	2 0 5	Sicherheit und Überwachung der Gebäude	20 500
			Insgesamt	183 500

EINZELPLAN VI

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Übersicht über die Ausgaben im Rahmen des Einzelplans VI

Teil	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A	Wirtschafts- und Sozialausschuß	27 621 595	26 683 569	60 418 094,84
B	Ausschuß der Regionen	16 070 395	15 696 652	4 183 335,82
C	Gemeinsame Organisationsstruktur	52 631 062	54 884 075	2 856 794,16
	Insgesamt	**96 323 052**	**97 264 296**	**67 458 224,82**

TEIL A

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

EINNAHMEN

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
A-4	**VERSCHIEDENE STEUERN, ABZÜGE UND GEMEINSCHAFTSABGABEN**			
A-4 0	ABZÜGE VON DIENSTBEZÜGEN DES PERSONALS			
A-4 0 0	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**	918 897	741 215	2 959 637,18
A-4 0 1	**Beitrag des Personals zur Altersversorgung**	684 770	574 302	2 205 481,76
A-4 0 3	**Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst**	167 591	134 368	539 349,18
	KAPITEL A-4 0 INSGESAMT	1 771 258	1 449 885	5 704 468,12
	Titel A-4 insgesamt	**1 771 258**	**1 449 885**	**5 704 468,12**
A-5	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
A-5 0	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
A-5 0 0	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
A-5 0 2	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	p.m.	10 000	0,—
	KAPITEL A-5 0 INSGESAMT	p.m.	10 000	0,—
A-5 1	MIETEINNAHMEN			
A-5 1 0	**Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material**	p.m.	p.m.	0,—
A-5 1 1	**Einnahmen aus der Vermietung von unbeweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL A-5 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
A-5 2	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN	p.m.	p.m.	98 098,75
A-5 3	KURSDIFFERENZEN	p.m.	p.m.	0,—
A-5 5	ÜBERTRAGUNGEN ODER RÜCKKÄUFE VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DES PERSONALS	4 000	3 500	44 061,99
	Titel A-5 insgesamt	**4 000**	**13 500**	**142 160,74**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
A-9	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
A-9 0	VERSCHIEDENE EINNAHMEN	p.m.	25 000	95 473,80
	Titel A-9 insgesamt	**p.m.**	**25 000**	**95 473,80**
	GESAMTBETRAG	**1 775 258**	**1 488 385**	**5 942 102,66**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

AUSGABEN

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1	**AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION**			
A-1 0	MITGLIEDER DER INSTITUTION	69 000	65 000	46 999,98
A-1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	10 719 595	10 330 869	35 705 663,97
A-1 2	VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	263 000	319 000	141 222,85
A-1 3	DIENSTREISEN UND -FAHRTEN	230 000	230 000	216 431,48
A-1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	p.m.	p.m.	89 987,01
A-1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	p.m.	p.m.	0,—
A-1 6	SOZIALER DIENST	p.m.	p.m.	290 000,—
A-1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	49 000	39 000	23 999,90
A-1 8	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	98 000	201 000	763 853,—
	Titel A-1 insgesamt	**11 428 595**	**11 184 869**	**37 278 158,19**
A-2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
A-2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	p.m.	p.m.	5 181 158,55
A-2 1	AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG	p.m.	p.m.	439 932,45
A-2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	38 000	38 000	2 199 310,62
A-2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	6 061 000	4 921 000	5 442 255,75
A-2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	p.m.	p.m.	627 561,90
A-2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	8 873 000	8 643 000	7 272 998,17
A-2 6	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	75 000	40 000	1 019 999,99
A-2 7	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	1 119 000	933 000	954 019,22
A-2 9	ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN	12 000	2 700	2 700,—
	Titel A-2 insgesamt	**16 178 000**	**14 577 700**	**23 139 936,65**
A-10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
A-10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	15 000	921 000	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel A-10 insgesamt	**15 000**	**921 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**27 621 595**	**26 683 569**	**60 418 094,84**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL A-1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DER INSTITUTION

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 0			
A-1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
A-1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
A-1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	25 000	22 000	16 999,99
A-1 0 0 5	Kosten für besondere Reisen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
A-1 0 0 6	Vergütungen zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Tätigkeiten der Mitglieder der Institution Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-1 0 0 insgesamt	25 000	22 000	16 999,99
A-1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	27 000	26 000	19 999,99
A-1 0 6	***Sprachkurse für die Mitglieder der Institution*** Nichtgetrennte Mittel	17 000	17 000	10 000,—
	KAPITEL A-1 0 INSGESAMT	69 000	65 000	46 999,98
	KAPITEL A-1 1			
A-1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben***			
A-1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	7 857 031	7 431 423	25 832 833,15
A-1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	763 166	757 748	2 599 343,79

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL A-1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DER INSTITUTION

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 0 0	
A-1 0 0 3	Vergütung für den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses.
A-1 0 0 6	Diese monatliche Pauschalvergütung dient namentlich zur Deckung der Sekretariats-, Telephon- und Portokosten.
A-1 0 1	Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Kranken- und Unfallversicherungsprämie der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses.
A-1 0 6	Diese Mittel sind für eine partielle Erstattung der Einschreibgebühren für Sprachkurse oder sonstige Seminare zur beruflichen Fortbildung der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses bestimmt.
	Eine pauschale Kürzung um 3,5 % wurde bei den Mitteln dieses Kapitels vorgenommen.
A-1 1 0	Die Mittel dieses Artikels wurden unter Zugrundelegung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften berechnet.
A-1 1 0 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 66. Diese Mittel wurden auf der Grundlage des Stellenplans für das Haushaltsjahr berechnet.
A-1 1 0 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 67. Diese Mittel dienen zur Deckung der Familienzulagen, die umfassen: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	1 002 483	967 408	3 411 301,49
A-1 1 0 3	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	97 295	72 887	264 563,84
	Artikel A-1 1 0 insgesamt	9 719 975	9 229 466	32 108 042,27
A-1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
A-1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	268 000	291 000	828 474,07
A-1 1 1 1	Hilfsdolmetscher Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
A-1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
A-1 1 1 4	Hilfsübersetzer Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	700 998,65
	Artikel A-1 1 1 insgesamt	268 000	291 000	1 529 472,72
A-1 1 2	***Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	—	55 557,06
A-1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten, Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen***			
A-1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	262 013	252 582	896 724,41
A-1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	52 997	48 734	176 687,83

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 0	*(Fortsetzung)*
A-1 1 0 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4. Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die den Beamten zusteht, die die Bedingungen vorgenannten Artikels erfüllen.
A-1 1 0 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4a. Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die die Beamten der Laufbahngruppe C erhalten, die Planstellen für Bürosekretäre und Büroassistenten innehaben.
A-1 1 1	
A-1 1 1 0	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Aus diesen Mitteln werden die Bezüge sowie der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für die Hilfskräfte gezahlt. Diese Hilfskräfte werden zu dem Zweck eingestellt, Arbeitsüberlastungen aufzufangen und Beamte zu vertreten, die ihren Dienst nicht normal ausüben können (Krankheitsurlaub, Mutterschaftsurlaub, Urlaub aus persönlichen Gründen, Halbzeitkräfte).
A-1 1 1 2	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten ist zur Deckung der Bezüge (einschließlich Überstunden) sowie des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten bestimmt.
A-1 1 1 3	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 5, 82 und 83.
A-1 1 3	
A-1 1 3 0	*Vormals Posten A-1 8 3 0* Diese Mittel sind zur Deckung des Beitrags der Institution zur Krankenversicherung bestimmt.
A-1 1 3 1	*Vormals Posten A-1 8 3 1* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Versicherung des Personals gegen Berufskrankheiten und Unfälle bestimmt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 3	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	3 000	3 000	11 760,10
A-1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-1 1 3 insgesamt	318 010	304 316	1 085 172,34
A-1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergünstigungen***			
A-1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	2 000	1 500	20 863,47
A-1 1 4 1	Jährliche Fahrkosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	148 524	174 923	528 299,93
A-1 1 4 3	Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
A-1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	5 000	4 500	0,—
A-1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	7 200,—
A-1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-1 1 4 insgesamt	155 524	180 923	556 363,40
A-1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	24 000	44 000	101 271,03

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 3	*(Fortsetzung)*
A-1 1 3 2	*Vormals Posten A-1 8 3 2* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit.
A-1 1 3 3	*Vormals Posten A-1 8 3 3* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Dieser Posten ist zur Deckung der Zahlungen der Institution bestimmt, um die Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit im Herkunftsland zu gewährleisten.
A-1 1 4	
A-1 1 4 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Diese Mittel sind zur Deckung der Zahlung dieser Zulagen gemäß vorgenannten Artikeln vorgesehen.
A-1 1 4 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Die Beamten haben für ihre Person und für ihre Familienangehörigen Anspruch auf Erstattung der Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort.
A-1 1 4 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 15. Diese Mittel sind zur Deckung der pauschalen Abgeltung für Fahrten gemäß vorgenanntem Artikel bestimmt.
A-1 1 4 5	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75. Dieser Posten dient der Zahlung der vorgesehenen Sondervergütung, die den Beamten gewährt wird, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, eines unterstellten Rechnungsführers oder eines Zahlstellenverwalters haben.
A-1 1 4 9	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Dieser Posten dient zur Deckung der Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe durch die Institution, der Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch die Institution sowie der Ausgleichszulage, auf die Beamte bei einem Wechsel der Laufbahngruppe Anspruch haben.
A-1 1 5	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Pauschalzulagen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten, der Bediensteten auf Zeit und der Hilfskräfte der Laufbahngruppen C und D abzudecken, sofern diese Überstunden nicht wie vorgesehen durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
A-1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	4 650	8 302	9 362,70
A-1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	37 908	61 614	88 761,77
A-1 1 8 3	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	32 203	28 568	39 999,98
A-1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	32 208	52 486	128 832,57
	Artikel A-1 1 8 insgesamt	106 969	150 970	266 957,02
A-1 1 9	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
A-1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	2 828,13
A-1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	126 117	129 194	0,—
	Artikel A-1 1 9 insgesamt	127 117	130 194	2 828,13
	KAPITEL A-1 1 INSGESAMT	10 719 595	10 330 869	35 705 663,97
	KAPITEL A-1 2			
A-1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
A-1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	95 000	113 000	128 937,10

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 8	
A-1 1 8 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 7.
A-1 1 8 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 5 und 6.
A-1 1 8 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 9.
A-1 1 8 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 10.
A-1 1 9	
A-1 1 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65.
A-1 1 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Dienstbezüge zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Sie sind vorläufig eingesetzt und können erst nach ihrer Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden.
A-1 2 1	
A-1 2 1 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 und Anhang IV.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 2 1	*(Fortsetzung)*			
A-1 2 1 5	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	140 000	182 000	0,—
	Artikel A-1 2 1 insgesamt	235 000	295 000	128 937,10
A-1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	12 000	11 000	6 091,81
A-1 2 9	***Anpassungen der verschiedenen Vergütungen***			
A-1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	12 000	8 000	6 193,94
A-1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	4 000	5 000	0,—
	Artikel A-1 2 9 insgesamt	16 000	13 000	6 193,94
	KAPITEL A-1 2 INSGESAMT	263 000	319 000	141 222,85
	KAPITEL A-1 3			
A-1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	230 000	230 000	216 431,48
	KAPITEL A-1 3 INSGESAMT	230 000	230 000	216 431,48

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 2 1	*(Fortsetzung)*
A-1 2 1 5	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
A-1 2 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Diese Mittel sind dazu bestimmt, den Arbeitgeberanteil der Krankenversicherung für Beamte im Ruhestand und für die Empfänger von Vergütungen im Falle einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, einer Stellenenthebung oder einer Entlassung zu decken.
A-1 2 9	
A-1 2 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65.
A-1 2 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Vergütungen zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Sie sind vorläufig eingesetzt und können erst nach ihrer Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden.
A-1 3 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13. Diese Mittel sind zur Deckung der Fahrkosten, zur Zahlung der Tagegelder für Dienstreisen sowie der bei Ausführung einer Dienstreise entstehenden zusätzlichen oder außergewöhnlichen Kosten bestimmt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 4			
A-1 4 0	***Restaurants und Kantinen***			
A-1 4 0 0	Laufende Betriebsausgaben für Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	14 999,97
A-1 4 0 1	Ausgaben für Umgestaltung und Erneuerung der Einrichtungen von Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	—	p.m.	0,—
	Artikel A-1 4 0 insgesamt	p.m.	p.m.	14 999,97
A-1 4 1	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	74 987,04
	KAPITEL A-1 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	89 987,01
	KAPITEL A-1 5			
A-1 5 0	***Reise- und Aufenthaltskosten nationaler Sachverständiger, die in Dienststellen der Institution abgeordnet wurden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
A-1 5 2	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
A-1 5 2 0	Nationale und internationale Beamte und Bedienstete des Privatsektors, die vorübergehend beschäftigt werden Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-1 5 2 1	Beamte der Institution, die vorübergehend in nationalen und internationalen Dienststellen beschäftigt werden Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-1 5 2 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL A-1 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 5 2	
A-1 5 2 0	Dieser Posten soll gegebenenfalls eine Beteiligung an den Spesen ermöglichen, die von Beamten der nationalen Verwaltungen und Bediensteten des privaten Sektors, die an einem Austausch teilnehmen, verauslagt werden.
A-1 5 2 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Dieser Posten dient zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Europäischen Gemeinschaften bei diesem Austausch entstehen.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 6 — SOZIALER DIENST

KAPITEL A-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 6			
A-1 6 0	***Außergewöhnliche Unterstützungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-1 6 3	***Kleinkinder-Tagesstätte und sonstige Kinderkrippen und Kindertagesstätten***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	258 000,—
A-1 6 4	***Zusatzbeihilfe für behinderte Personen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	32 000,—
	KAPITEL A-1 6 INSGESAMT	p.m.	p.m.	290 000,—
	KAPITEL A-1 7			
A-1 7 0	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
A-1 7 0 0	Ausgaben der Mitglieder der Institution für Empfänge und für Repräsentationszwecke			
	Nichtgetrennte Mittel	45 000	35 000	19 999,91
A-1 7 0 1	Ausgaben von Mitgliedern des Personals für Empfänge und für Repräsentationszwecke			
	Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 000	3 999,99
	Artikel A-1 7 0 insgesamt	49 000	39 000	23 999,90
	KAPITEL A-1 7 INSGESAMT	49 000	39 000	23 999,90

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-16 — SOZIALER DIENST

KAPITEL A-17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
A-160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Dieser Artikel ist dazu bestimmt, die Zuwendungen für Beamte und Bedienstete zu finanzieren, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
A-164	Dieser Artikel ist im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Er soll es im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten erlauben, nach Ausschöpfung der etwaigen auf nationaler Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland bestehenden Ansprüche für notwendig erachtete Ausgaben für nichtmedizinische Zwecke zu erstatten, die durch die Behinderung bedingt sind und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.
A-170	
A-1700	Vom Präsidium des Wirtschafts- und Sozialausschusses am 26. Februar 1980 verabschiedete Regelung. Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Institution für Empfänge und Repräsentationszwecke bestimmt.
A-1701	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke bestimmter Beamter im Interesse der Institution.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-1 8				
A-1 8 0	***Interinstitutionelle Zusammenarbeit***				
A-1 8 0 4	Sprachkurse	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	24 318,50
		Artikel A-1 8 0 insgesamt	p.m.	p.m.	24 318,50
A-1 8 6	***Soziale Beziehungen zwischen dem Personal***	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	5 850,—
A-1 8 7	***Sonstige soziale Maßnahmen***	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 734,43
A-1 8 8	***Verschiedene Ausgaben für Einstellung***				
A-1 8 8 0	Verschiedene Ausgaben für Einstellung	Nichtgetrennte Mittel	20 000 (1)	36 000	454 819,14
		Artikel A-1 8 8 insgesamt	20 000	36 000	454 819,14
A-1 8 9	***Aushilfsleistungen***				
A-1 8 9 1	Freiberufliche Dolmetscher	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-1 8 9 3	Interims-Konferenzoperateure	Nichtgetrennte Mittel	15 000	15 000	21 147,42

(1) Mittel in Höhe 15 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die unter dieses Kapitel fallenden Tätigkeiten sind Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit, die eine Konsultation zwischen den Institutionen sowie die Stärkung der gemeinsamen Verwaltungsmechanismen mit Blick auf eine Rationalisierung der Ausgaben beinhaltet.
A-1 8 6	Dieser Artikel dient zur Förderung und finanziellen Unterstützung aller Initiativen, die der Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen des Personals dienen.
A-1 8 7	Dieser Artikel dient der Deckung der Maßnahmen zugunsten der Mitglieder des Personals, soweit hierfür nicht Mittel in anderen Artikeln dieses Kapitels vorgesehen sind (Familienhilfen usw.).
A-1 8 8	
A-1 8 8 0	*Vormals Posten A-1 1 8 0* Veranschlagt sind diese Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Veröffentlichung der Einberufung von Bewerbern, die Anmietung von Sälen und Geräten für die Durchführung der allgemeinen Auswahlverfahren auf interinstitutioneller Basis. In ordnungsgemäß begründeten Fällen, die auf funktionelle Erfordernisse zurückgehen, und nach Konsultation mit den übrigen Institutionen können diese Mittel teilweise für die Durchführung der Auswahlverfahren durch die Institution selbst verwendet werden.
A-1 8 9	
A-1 8 9 1	*Vormals Posten A-1 1 7 1* Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben für die Leistungen von vertraglichen und nichtständigen Dolmetschern bestimmt.
A-1 8 9 3	*Vormals Posten A-1 1 7 3* Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Leistungen von Interims-Konferenzoperateuren im Fall einer übermäßigen Arbeitsbelastung bestimmt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-1 8 9	*(Fortsetzung)*			
A-1 8 9 5	Sonstige Hilfsleistungen Nichtgetrennte Mittel	63 000	150 000	253 983,51
	Artikel A-1 8 9 insgesamt	78 000	165 000	275 130,93
	KAPITEL A-1 8 INSGESAMT	98 000	201 000	763 853,—
	Titel A-1 insgesamt	**11 428 595**	**11 184 869**	**37 278 158,19**

KAPITEL A-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 8 9	*(Fortsetzung)*
A-1 8 9 5	*Vormals Posten A-1 1 7 5* Diese Mittel sind dazu bestimmt, alle Leistungen zu decken, die gelegentlich von Personen ausgeführt werden, die der Institution nicht angehören.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL A-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL A-2 1 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-2 0			
A-2 0 0	***Mieten*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 100 823,21
A-2 0 1	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	70 638,60
A-2 0 2	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	209 371,96
A-2 0 3	***Reinigung und Instandhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	877 900,94
A-2 0 4	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	259 424,13
A-2 0 5	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	662 999,71
A-2 0 8	***Sonstige Ausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL A-2 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	5 181 158,55
	KAPITEL A-2 1			
A-2 1 1	***Informatiknetz*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	240 000,—
A-2 1 4	***Analyse- und Programmierungsarbeiten, Voranalysen und besondere Projekte, die an Dritte vergeben werden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	199 932,45
	KAPITEL A-2 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	439 932,45

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A

(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL A-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL A-2 1 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Mittel für die Kapitel A-2 0, A-2 1, A-2 2 (mit Ausnahme der Posten A-2 2 5 2 und A-2 2 5 3), A-2 3 (mit Ausnahme des Artikels A-2 3 3, des Postens A-2 3 5 2 und des Artikels A-2 3 9) und A-2 4 erscheinen im Teil C (Gemeinsame Organisationsstruktur). In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-2 2			
A-2 2 0	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
A-2 2 0 0	Erstausstattung mit Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	29 751,58
A-2 2 0 1	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 936,70
A-2 2 0 2	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	257 850,65
A-2 2 0 3	Instandhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	561 370,61
A-2 2 0 4	Hardware für die Büroautomation Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	988 802,34
	Artikel A-2 2 0 insgesamt	p.m.	p.m.	1 841 711,88
A-2 2 1	***Mobiliar***			
A-2 2 1 0	Erstausstattung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	230 216,07
A-2 2 1 1	Ersatzbeschaffung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	13 670,60
A-2 2 1 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 082,49
	Artikel A-2 2 1 insgesamt	p.m.	p.m.	244 969,16
A-2 2 3	***Fahrzeuge***			
A-2 2 3 2	Miete von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	8 409,98
A-2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	25 526,32
	Artikel A-2 2 3 insgesamt	p.m.	p.m.	33 936,30
A-2 2 5	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
A-2 2 5 0	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	35 499,99

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 2 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 2 5 2	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	21 000,—
A-2 2 5 3	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	13 000	13 000	11 000,—
A-2 2 5 4	Kosten für Buchbindearbeiten und zur Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	7 199,73
A-2 2 5 5	Abonnements für Datenbanken Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 993,56
	Artikel A-2 2 5 insgesamt	38 000	38 000	78 693,28
	KAPITEL A-2 2 INSGESAMT	38 000	38 000	2 199 310,62
	KAPITEL A-2 3			
A-2 3 0	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	452 905,31
A-2 3 2	***Finanzkosten***			
A-2 3 2 0	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 983,59
	Artikel A-2 3 2 insgesamt	p.m.	p.m.	3 983,59
A-2 3 3	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	23 000	23 000	23 500,—
A-2 3 4	***Schadenersatz und Zinsen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
A-2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	2 000,—

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 2 5	*(Fortsetzung)*
A-2 2 5 2	Diese Mittel dienen der Deckung der Ausgaben für die Abonnements des Wirtschafts- und Sozialausschusses auf Tagespresse, Zeitschriften und sonstige Veröffentlichungen.
A-2 2 5 3	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Abonnements des Wirtschafts- und Sozialausschusses bei den Pressebüros.
	In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.
A-2 3 3	Diese Mittel sollen alle Kosten für den juristischen Bereich abdecken.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 3 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	19 371,50
A-2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	22 000	23 000	33 740,40
A-2 3 5 3	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	46 740,49
A-2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	11 214,46
	Artikel A-2 3 5 insgesamt	22 000	23 000	113 066,85
A-2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen und Institutionen — Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst*** Nichtgetrennte Mittel	6 016 000	4 875 000 (1)	4 848 800,—
	KAPITEL A-2 3 INSGESAMT	6 061 000	4 921 000	5 442 255,75
	KAPITEL A-2 4			
A-2 4 0	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	307 561,95
A-2 4 1	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	319 999,95
	KAPITEL A-2 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	627 561,90
	KAPITEL A-2 5			
A-2 5 0	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	8 793 000	8 563 000	7 192 999,99

(1) Mittel in Höhe von 921 000 ECU werden in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 3 5	*(Fortsetzung)*
A-2 3 5 2	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.
A-2 3 9	Mittel für die Leistungen der Dolmetscher der Kommission.
A-2 5 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Reisekosten und Tagegelder der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses anläßlich der Plenartagungen und anderer Sitzungen.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 6 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL A-2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 5 5	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	80 000	80 000	79 998,18
	KAPITEL A-2 5 INSGESAMT	8 873 000	8 643 000	7 272 998,17
	KAPITEL A-2 6			
A-2 6 0	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	75 000	40 000	20 000,—
A-2 6 5	***Ausschuß der Regionen*** Nichtgetrennte Mittel	—	—	999 999,99
	KAPITEL A-2 6 INSGESAMT	75 000	40 000	1 019 999,99
	KAPITEL A-2 7			
A-2 7 0	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	760 000	604 000	707 500,—
A-2 7 1	***Veröffentlichungen***			
A-2 7 1 0	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	210 000	180 000	130 000,—
A-2 7 1 9	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	16 000	16 000	13 000,—
	Artikel A-2 7 1 insgesamt	226 000	196 000	143 000,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 6 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL A-2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 5	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten — einschließlich Repräsentationskosten — für die Veranstaltung von allgemeinen Konferenzen. Sie dienen ferner zur Deckung der Kosten für die jährlichen Begegnungen der Sozialpartner der Europäischen Gemeinschaft insbesondere mit Vertretern der wirtschaftlichen und sozialen Kreise der Europäischen Freihandelszone (Zusammenarbeit im Rahmen des EWR) und der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean sowie für die Beziehungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas und Lateinamerikas, mit der Union des Arabischen Maghreb (UMA) und mit der Türkei.
A-2 6 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Durchführung von Studien, mit denen qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute von außerhalb vertraglich beauftragt werden.
A-2 7 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Druck der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften.* Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag der Einnahmen wird auf 25 000 ECU geschätzt.
A-2 7 1	
A-2 7 1 0	Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 zur Einsetzung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19). Diese Mittel dienen zur Deckung der Druckkosten für die verschiedenen an Dritte vergebenen Veröffentlichungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses in den Sprachen der Gemeinschaften.
A-2 7 1 9	Diese Mittel dienen insbesondere der Deckung der Kosten für Druck und Verbreitung verschiedener Veröffentlichungen.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 9 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
A-2 7 2	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	53 000	53 000	31 999,85
A-2 7 3	***Ausbildung der Jugendlichen im europäischen Geiste***			
A-2 7 3 0	Ausbildung der Jugendlichen im europäischen Geiste			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-2 7 3 3	Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen der Institution			
	Nichtgetrennte Mittel	80 000	80 000	71 519,37
	Artikel A-2 7 3 insgesamt	80 000	80 000	71 519,37
	KAPITEL A-2 7 INSGESAMT	1 119 000	933 000	954 019,22
	KAPITEL A-2 9			
A-2 9 4	***Studienstipendien***			
A-2 9 4 0	Forschungs- und Studienstipendien			
	Nichtgetrennte Mittel	12 000	2 700	2 700,—
	Artikel A-2 9 4 insgesamt	12 000	2 700	2 700,—
	KAPITEL A-2 9 INSGESAMT	12 000	2 700	2 700,—
	Titel A-2 insgesamt	**16 178 000**	**14 577 700**	**23 139 936,65**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL A-2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 9 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 7 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten — einschließlich Repräsentationskosten — für Aktionen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ziele und die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses bestimmt.
A-2 7 3	
A-2 7 3 3	Veranschlagt sind Mittel für die Veranstaltung von Verwaltungspraktika für junge Akademiker.
A-2 9 4	
A-2 9 4 0	Diese Mittel sollen dazu dienen, in begrenztem Umfang zur Verwirklichung von Forschungsvorhaben in den Tätigkeitsbereichen des Wirtschafts- und Sozialausschusses beizutragen, die für die europäische Integration von besonderem Interesse sind.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil A
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL A-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL A-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL A-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL A-10 0	15 000	921 000	0,—
	KAPITEL A-10 0 INSGESAMT	15 000	921 000	0,—
	KAPITEL A-10 1	—	—	0,—
	KAPITEL A-10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel A-10 insgesamt	**15 000**	**921 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**27 621 595**	**26 683 569**	**60 418 094,84**

TITEL A-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL A-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL A-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Mittel werden nur vorläufig in dieses Kapitel eingesetzt und können erst verwendet werden, wenn sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind. Die Mittel werden wie folgt aufgeteilt: Posten A-1 8 8 0 Verschiedene Ausgaben für Einstellung 15 000 Insgesamt 15 000

TEIL B

AUSSCHUSS DER REGIONEN

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

EINNAHMEN

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
B-4	**VERSCHIEDENE STEUERN, ABZÜGE UND GEMEINSCHAFTSABGABEN**			
B-4 0	ABZÜGE VON DIENSTBEZÜGEN DES PERSONALS			
B-4 0 0	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**	482 052	372 721	46 614,98
B-4 0 1	**Beitrag des Personals zur Altersversorgung**	359 219	280 274	5 695,17
B-4 0 3	**Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst**	87 847	67 610	8 714,67
	KAPITEL B-4 0 INSGESAMT	929 118	720 605	61 024,82
	Titel B-4 insgesamt	**929 118**	**720 605**	**61 024,82**
B-5	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
B-5 0	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
B-5 0 0	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
B-5 0 2	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	p.m.	10 000	0,—
	KAPITEL B-5 0 INSGESAMT	p.m.	10 000	0,—
B-5 1	MIETEINNAHMEN			
B-5 1 0	**Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material**	p.m.	p.m.	0,—
B-5 1 1	**Einnahmen aus der Vermietung von unbeweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B-5 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
B-5 2	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN	p.m.	p.m.	0,—
B-5 3	KURSDIFFERENZEN	p.m.	p.m.	0,—
B-5 5	ÜBERTRAGUNGEN ODER RÜCKKÄUFE VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DES PERSONALS	4 000	p.m.	0,—
	Titel B-5 insgesamt	**4 000**	**10 000**	**0,—**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
B-9	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
B-9 0	VERSCHIEDENE EINNAHMEN	p.m.	25 000	7,10
	Titel B-9 insgesamt	**p.m.**	**25 000**	**7,10**
	GESAMTBETRAG	**933 118**	**755 605**	**61 031,92**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

AUSGABEN

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-1	**AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION**			
B-1 0	MITGLIEDER DER INSTITUTION	69 000	73 000	14 999,08
B-1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	6 690 865	6 829 324	784 145,86
B-1 2	VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	p.m.	p.m.	0,—
B-1 3	DIENSTREISEN UND -FAHRTEN	170 000	160 000	35 604,87
B-1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	p.m.	p.m.	0,—
B-1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	76 000	p.m.	0,—
B-1 6	SOZIALER DIENST	p.m.	p.m.	0,—
B-1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	53 000	43 000	17 000,—
B-1 8	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	114 830	192 000	741 739,35
	Titel B-1 insgesamt	**7 173 695**	**7 297 324**	**1 593 489,16**
B-2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
B-2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	38 000	38 000	77 360,36
B-2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	2 665 000	2 016 000	845 827,01
B-2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	p.m.	p.m.	– 50,15
B-2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	5 335 000	5 283 628	1 580 000,—
B-2 6	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	50 000	45 000	0,—
B-2 7	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	789 000	697 000	86 709,44
B-2 9	ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN	2 700	2 700	0,—
	Titel B-2 insgesamt	**8 879 700**	**8 082 328**	**2 589 846,66**
B-10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
B-10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	17 000	317 000	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel B-10 insgesamt	**17 000**	**317 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**16 070 395**	**15 696 652**	**4 183 335,82**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

TITEL B-1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION

KAPITEL B-1 0 — MITGLIEDER DER INSTITUTION

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B-1 0			
B-1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
B-1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	42 000	42 000	8 499,12
B-1 0 0 5	Kosten für besondere Reisen in Ausübung des Mandats Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 0 0 6	Vergütungen zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Tätigkeiten der Mitglieder der Institution Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 0 0 insgesamt	42 000	42 000	8 499,12
B-1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	14 000	6 499,96
B-1 0 6	***Sprachkurse für die Mitglieder der Institution*** Nichtgetrennte Mittel	12 000	17 000	0,—
	KAPITEL B-1 0 INSGESAMT	69 000	73 000	14 999,08
	KAPITEL B-1 1			
B-1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben***			
B-1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	4 155 439	3 896 728	69 032,39
B-1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	419 095	397 207	6 151,75

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

TITEL B-1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION

KAPITEL B-1 0 — MITGLIEDER DER INSTITUTION

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 0 0	
B-1 0 0 3	Vergütung für den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen.
B-1 0 0 6	Diese monatliche Pauschalvergütung dient namentlich zur Deckung der Sekretariats-, Telefon- und Portokosten.
B-1 0 1	Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Kranken- und Unfallversicherungsprämie der Mitglieder des Ausschusses der Regionen.
B-1 0 6	Diese Mittel sind für eine partielle Erstattung der Einschreibgebühren für Sprachkurse oder sonstige Seminare zur beruflichen Fortbildung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen bestimmt.
B-1 1 0	Die Mittel dieses Artikels wurden unter Zugrundelegung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften berechnet.
B-1 1 0 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 66. Diese Mittel wurden auf der Grundlage des Stellenplans berechnet.
B-1 1 0 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 67. Diese Mittel dienen zur Deckung der Familienzulagen, die umfassen: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-1 1 0	*(Fortsetzung)*			
B-1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	549 975	515 182	6 166,11
B-1 1 0 3	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	43 295	42 973	958,70
	Artikel B-1 1 0 insgesamt	5 167 804	4 852 090	82 308,95
B-1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
B-1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	566 000	563 000	647 174,23
B-1 1 1 1	Hilfsdolmetscher Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	53 000	p.m.	0,—
B-1 1 1 4	Hilfsübersetzer Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 1 1 insgesamt	619 000	563 000	647 174,23
B-1 1 2	***Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten, Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen***			
B-1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	145 144	133 066	2 347,01
B-1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	30 712	27 402	462,52

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 1 0	*(Fortsetzung)*
B-1 1 0 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4. Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die den Beamten zusteht, die die Bedingungen vorgenannten Artikels erfüllen.
B-1 1 0 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII, Artikel 4a. Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die die Beamten der Laufbahngruppe C erhalten, die Planstellen für Bürosekretäre und Büroassistenten innehaben.
B-1 1 1	
B-1 1 1 0	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Aus diesen Mitteln werden die Bezüge sowie der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für die Hilfskräfte gezahlt. Diese Hilfskräfte werden zu dem Zweck eingestellt, Arbeitsüberlastungen aufzufangen und Beamte zu vertreten, die ihren Dienst nicht normal ausüben können (Krankheitsurlaub, Mutterschaftsurlaub, Urlaub aus persönlichen Gründen, Halbzeitkräfte).
B-1 1 1 2	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten ist zur Deckung der Bezüge (einschließlich Überstunden) sowie des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten bestimmt.
B-1 1 1 3	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 5, 82 und 83. Diese Mittel dienen zur Deckung der Honorare und Auslagen der Sonderberater.
B-1 1 3	
B-1 1 3 0	*Vormals Posten B-1 8 3 0* Diese Mittel sind zur Deckung des Beitrags der Institution zum gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystem bestimmt.
B-1 1 3 1	*Vormals Posten B-1 8 3 1* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Versicherung des Personals gegen Berufskrankheiten und Unfälle bestimmt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-1 1 3	*(Fortsetzung)*			
B-1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	3 000	p.m.	248,66
B-1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 1 3 insgesamt	178 856	160 468	3 058,19
B-1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergünstigungen***			
B-1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	2 000	p.m.	0,—
B-1 1 4 1	Jährliche Fahrkosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	89 111	98 745	0,—
B-1 1 4 3	Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	2 000	1 000	0,—
B-1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 1 4 insgesamt	93 111	99 745	0,—
B-1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	20 000	38 000	9 774,18

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 1 3	*(Fortsetzung)*
B-1 1 3 2	*Vormals Posten B-1 8 3 2* Diese Mittel dienen zur Deckung der Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit.
B-1 1 3 3	*Vormals Posten B-1 8 3 3* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Dieser Posten ist zur Deckung der Zahlungen der Institution bestimmt, um die Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit im Herkunftsland zu gewährleisten.
B-1 1 4	
B-1 1 4 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Diese Mittel sind zur Deckung der Zahlung dieser Zulagen gemäß vorgenannten Artikeln vorgesehen.
B-1 1 4 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Die Beamten haben für ihre Person und für ihre Familienangehörigen Anspruch auf Erstattung der Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort.
B-1 1 4 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 15. Diese Mittel sind zur Deckung der pauschalen Abgeltung für Fahrten gemäß vorgenanntem Artikel bestimmt.
B-1 1 4 5	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75. Dieser Posten dient zur Zahlung der Sondervergütung, die den Beamten gewährt wird, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, eines unterstellten Rechnungsführers oder eines Zahlstellenverwalters haben.
B-1 1 4 9	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Dieser Posten dient zur Deckung der Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe durch die Institution, der Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch die Institution sowie der Ausgleichszulage, auf die Beamte bei einem Wechsel der Laufbahngruppe Anspruch haben.
B-1 1 5	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Pauschalzulagen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten, der Bediensteten auf Zeit und der Hilfskräfte der Laufbahngruppen C und D abzudecken, sofern diese Überstunden nicht wie vorgesehen durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
B-1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	21 621	36 186	3 658,37
B-1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	186 239	406 170	0,—
B-1 1 8 3	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	165 969	206 820	0,—
B-1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	163 181	382 104	38 171,94
	Artikel B-1 1 8 insgesamt	537 010	1 031 280	41 830,31
B-1 1 9	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
B-1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	75 084	84 741	0,—
	Artikel B-1 1 9 insgesamt	75 084	84 741	0,—
	KAPITEL B-1 1 INSGESAMT	6 690 865	6 829 324	784 145,86
	KAPITEL B-1 2			
B-1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
B-1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 1 8	
B-1 1 8 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 7.
B-1 1 8 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 5 und 6.
B-1 1 8 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 9.
B-1 1 8 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 10.
B-1 1 9	
B-1 1 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65.
B-1 1 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Dienstbezüge zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Sie sind vorläufig eingesetzt und können erst nach ihrer Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden.
B-1 2 1	
B-1 2 1 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 und Anhang IV.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-1 3 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-1 2 1	*(Fortsetzung)*			
B-1 2 1 5	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 2 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
B-1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 2 9	***Anpassungen der verschiedenen Vergütungen***			
B-1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 2 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B-1 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B-1 3			
B-1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	170 000	160 000	35 604,87
	KAPITEL B-1 3 INSGESAMT	170 000	160 000	35 604,87

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-1 3 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 2 1	*(Fortsetzung)*
B-1 2 1 5	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
B-1 2 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Dieser Artikel ist dazu bestimmt, den Arbeitgeberanteil der Krankenversicherung für Beamte im Ruhestand und für die Empfänger von Vergütungen im Falle einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, einer Stellenenthebung oder einer Entlassung zu decken.
B-1 2 9	
B-1 2 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65.
B-1 2 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Dieser Posten ist dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Vergütungen zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Er ist vorläufig eingesetzt und kann erst nach seiner Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden.
B-1 3 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13. Diese Mittel sind zur Deckung der Fahrkosten, zur Zahlung der Tagegelder für Dienstreisen sowie der bei Ausführung einer Dienstreise entstehenden zusätzlichen oder außergewöhnlichen Kosten bestimmt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL B-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

KAPITEL B-1 6 — SOZIALER DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B-1 4			
B-1 4 1	***Ärztlicher Dienst***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B-1 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B-1 5			
B-1 5 0	***Reise- und Aufenthaltskosten nationaler Sachverständiger, die in Dienststellen der Institution abgeordnet wurden***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 5 2	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
B-1 5 2 0	Nationale und internationale Beamte und Bedienstete des Privatsektors, die vorübergehend beschäftigt werden			
	Nichtgetrennte Mittel	76 000	p.m.	0,—
B-1 5 2 1	Beamte der Institution, die vorübergehend in nationalen und internationalen Dienststellen beschäftigt werden			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 5 2 insgesamt	76 000	p.m.	0,—
	KAPITEL B-1 5 INSGESAMT	76 000	p.m.	0,—
	KAPITEL B-1 6			
B-1 6 0	***Außergewöhnliche Unterstützungen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B-1 6 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL B-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

KAPITEL B-1 6 — SOZIALER DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 5 2	
B-1 5 2 0	Diese Mittel sollen gegebenenfalls eine Beteiligung an den Spesen ermöglichen, die von Beamten der nationalen Verwaltungen und Bediensteten des privaten Sektors, die an einem Austausch teilnehmen, verauslagt werden.
B-1 5 2 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Dieser Posten dient zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Europäischen Gemeinschaften bei diesem Austausch entstehen.
B-1 6 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Dieser Artikel ist dazu bestimmt, die Zuwendungen für Beamte und Bedienstete zu finanzieren, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL B-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B-1 7			
B-1 7 0	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
B-1 7 0 0	Ausgaben der Mitglieder der Institution für Empfänge und für Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	50 000	40 000	15 000,—
B-1 7 0 1	Ausgaben von Mitgliedern des Personals für Empfänge und für Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	3 000	3 000	2 000,—
	Artikel B-1 7 0 insgesamt	53 000	43 000	17 000,—
	KAPITEL B-1 7 INSGESAMT	53 000	43 000	17 000,—
	KAPITEL B-1 8			
B-1 8 0	***Interinstitutionelle Zusammenarbeit***			
B-1 8 0 4	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B-1 8 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
B-1 8 6	***Soziale Beziehungen zwischen den Angehörigen des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 8 7	***Sonstige soziale Maßnahmen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 8 8	***Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung***			
B-1 8 8 0	Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung Nichtgetrennte Mittel	59 830 (1)	132 000	725 697,15
	Artikel B-1 8 8 insgesamt	59 830	132 000	725 697,15

(1) Mittel in Höhe von 17 000 ECU werden in Kapitel B-10 0 eingesetzt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL B-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 7 0	
B-1 7 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Institution für Empfänge und Repräsentationszwecke bestimmt.
B-1 7 0 1	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke bestimmter Beamter im Interesse der Institution.
	Die unter dieses Kapitel fallenden Tätigkeiten sind Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit, die eine Konsultation zwischen den Institutionen sowie die Stärkung der gemeinsamen Verwaltungsmechanismen mit Blick auf eine Rationalisierung der Ausgaben beinhaltet.
B-1 8 6	Dieser Artikel dient zur Förderung und finanziellen Unterstützung aller Initiativen, die der Pflege der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen des Personals dienen.
B-1 8 7	Dieser Artikel deckt die Maßnahmen zugunsten der Mitglieder des Personals, soweit hierfür nicht Mittel in anderen Artikeln dieses Kapitels vorgesehen sind (Ferienkolonien, Familienhilfen usw.).
B-1 8 8	
B-1 8 8 0	*Vormals Posten B-1 1 8 0* Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Werbung, für die Einberufung von Bewerbern, für die Miete von Sälen und Maschinen bei der Veranstaltung von Auswahlverfahren auf interinstitutioneller Grundlage. In ausreichend durch betriebliche Anforderungen begründeten Fällen und nach Konsultation mit den übrigen Institutionen können Teilbeträge aus diesen Mitteln auch zur Veranstaltung von Auswahlverfahren durch die Institutionen selbst verwendet werden.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-1 8 9	***Hilfsleistungen***			
B-1 8 9 1	Freiberufliche Dolmetscher Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-1 8 9 3	Interims-Konferenzoperateure Nichtgetrennte Mittel	10 000	p.m.	2 031,63
B-1 8 9 5	Sonstige Hilfsleistungen Nichtgetrennte Mittel	45 000	60 000	14 010,57
	Artikel B-1 8 9 insgesamt	55 000	60 000	16 042,20
	KAPITEL B-1 8 INSGESAMT	114 830	192 000	741 739,35
	Titel B-1 insgesamt	**7 173 695**	**7 297 324**	**1 593 489,16**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B-1 8 9	
B-1 8 9 1	*Vormals Posten B-1 1 7 1* Dieser Posten dient zur Finanzierung vertraglicher und gelegentlicher Dolmetschleistungen.
B-1 8 9 3	*Vormals Posten B-1 1 7 3* Diese Mittel sind dazu bestimmt, bei Arbeitsüberlastung die Leistungen von Interims-Konferenztechnikern zu decken.
B-1 8 9 5	*Vormals Posten B-1 1 7 5* Diese Mittel sind dazu bestimmt, alle Leistungen zu decken, die gelegentlich von Personen ausgeführt werden, die der Institution nicht angehören.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

TITEL B-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL B-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL B-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B-2 2			
B-2 2 3	***Fahrzeuge***			
B-2 2 3 0	Erstausstattung mit Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	27 985,74
B-2 2 3 2	Miete von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	14 966,97
B-2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 032,65
	Artikel B-2 2 3 insgesamt	p.m.	p.m.	45 985,36
B-2 2 5	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
B-2 2 5 2	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	5 375,—
B-2 2 5 3	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	13 000	13 000	26 000,—
	Artikel B-2 2 5 insgesamt	38 000	38 000	31 375,—
	KAPITEL B-2 2 INSGESAMT	38 000	38 000	77 360,36
	KAPITEL B-2 3			
B-2 3 3	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	10 000	p.m.	0,—
B-2 3 4	***Schadenersatz und Zinsen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

TITEL B-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL B-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL B-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Mittel für die Kapitel B-2 2 (mit Ausnahme der Posten B-2 2 5 2 und B-2 2 5 3), B-2 3 (mit Ausnahme des Artikels B-2 3 3, des Postens B-2 3 5 2 und des Artikels B-2 3 9) und B-2 4 erscheinen im Teil C (Gemeinsame Organisationsstruktur).
B-2 2 5	
B-2 2 5 2	Diese Mittel sollen die Ausgaben für die Abonnements des Ausschusses der Regionen auf Tagespresse, Zeitschriften und sonstige Veröffentlichungen abdecken.
B-2 2 5 3	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Abonnements des Ausschusses der Regionen bei den Pressebüros.
B-2 3 3	Diese Mittel sollen alle Kosten für den juristischen Bereich abdecken.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL B-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
B-2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	16 000	16 000	9 886,11
B-2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	—	p.m.	5 940,90
	Artikel B-2 3 5 insgesamt	16 000	16 000	15 827,01
B-2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen und Institutionen — Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst*** Nichtgetrennte Mittel	2 639 000	2 000 000 (1)	830 000,—
	KAPITEL B-2 3 INSGESAMT	2 665 000	2 016 000	845 827,01
	KAPITEL B-2 4			
B-2 4 0	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B-2 4 1	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 50,15
	KAPITEL B-2 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	– 50,15
	KAPITEL B-2 5			
B-2 5 0	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	5 270 000	5 233 628	1 550 000,—
B-2 5 5	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	65 000	50 000	30 000,—
	KAPITEL B-2 5 INSGESAMT	5 335 000	5 283 628	1 580 000,—

(1) Mittel in Höhe von 317 000 ECU werden in Kapitel B-10 0 eingesetzt.

KAPITEL B-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL B-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B-2 3 5	
B-2 3 5 2	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.
B-2 3 9	Mittel für die Leistungen der Dolmetscher der Kommission.
B-2 5 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Reisekosten und Tagegelder der Mitglieder des Ausschusses der Regionen anläßlich der Plenartagungen und anderer Sitzungen.
B-2 5 5	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten — einschließlich Repräsentationskosten — für die Veranstaltung von allgemeinen Konferenzen.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-2 6 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL B-2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B-2 6			
B-2 6 0	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	50 000	45 000	0,—
	KAPITEL B-2 6 INSGESAMT	50 000	45 000	0,—
	KAPITEL B-2 7			
B-2 7 0	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	447 000	410 000	45 000,—
B-2 7 1	***Veröffentlichungen***			
B-2 7 1 0	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	195 000	140 000	19 120,—
B-2 7 1 9	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	46 000	46 000	5 000,—
	Artikel B-2 7 1 insgesamt	241 000	186 000	24 120,—
B-2 7 2	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen*** Nichtgetrennte Mittel	61 000	61 000	17 589,44
B-2 7 3	***Ausbildung der Jugendlichen im europäischen Geiste***			
B-2 7 3 0	Ausbildung der Jugendlichen im europäischen Geiste Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-2 6 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL B-2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B-2 6 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Durchführung von Studien, mit denen qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute von außerhalb vertraglich beauftragt werden.
B-2 7 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Druck der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften.* Der für eine eventuelle Wiederverwendung verfügbare Einnahmebetrag wird auf 15 000 ECU veranschlagt.
B-2 7 1	
B-2 7 1 0	Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 zur Einsetzung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19). Diese Mittel dienen zur Deckung der Druckkosten für die verschiedenen an Dritte vergebenen Veröffentlichungen des Ausschusses der Regionen in den Sprachen der Gemeinschaften.
B-2 7 1 9	Diese Mittel dienen insbesondere zur Deckung der Druckkosten verschiedener Veröffentlichungen.
B-2 7 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten — einschließlich Repräsentationskosten — für Aktionen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ziele und die Tätigkeit des Ausschusses der Regionen bestimmt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-2 9 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
B-2 7 3	*(Fortsetzung)*			
B-2 7 3 3	Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen der Institution			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	0,—
	Artikel B-2 7 3 insgesamt	40 000	40 000	0,—
	KAPITEL B-2 7 INSGESAMT	789 000	697 000	86 709,44
	KAPITEL B-2 9			
B-2 9 4	***Studienstipendien***			
B-2 9 4 0	Forschungs- und Studienstipendien			
	Nichtgetrennte Mittel	2 700	2 700	0,—
	Artikel B-2 9 4 insgesamt	2 700	2 700	0,—
	KAPITEL B-2 9 INSGESAMT	2 700	2 700	0,—
	Titel B-2 insgesamt	**8 879 700**	**8 082 328**	**2 589 846,66**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

KAPITEL B-27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B-29 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B-2 7 3	*(Fortsetzung)*
B-2 7 3 3	Veranschlagt sind Mittel für die Veranstaltung von Verwaltungspraktika für junge Akademiker.
B-2 9 4	
B-2 9 4 0	Diese Mittel sollen dazu dienen, in begrenztem Umfang zur Verwirklichung von Forschungsvorhaben in den Tätigkeitsbereichen des Ausschusses der Regionen beizutragen, die für die europäische Integration von besonderem Interesse sind.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil B
(Ausschuß der Regionen)

TITEL B-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL B-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL B-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL B-10 0	17 000	317 000	0,—
	KAPITEL B-10 0 INSGESAMT	17 000	317 000	0,—
	KAPITEL B-10 1	—	—	0,—
	KAPITEL B-10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel B-10 insgesamt	**17 000**	**317 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**16 070 395**	**15 696 652**	**4 183 335,82**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil B

(Ausschuß der Regionen)

TITEL B-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL B-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL B-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
	Diese Mittel werden nur vorläufig in dieses Kapitel eingesetzt und können erst verwendet werden, wenn sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.	
	Die Mittel werden wie folgt aufgeteilt:	
	Posten B-1 8 8 0 Verschiedene Ausgaben für Einstellung	17 000
	Insgesamt	17 000

TEIL C

GEMEINSAME ORGANISATIONSSTRUKTUR

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

EINNAHMEN

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
C-4	**VERSCHIEDENE STEUERN, ABZÜGE UND GEMEINSCHAFTSABGABEN**			
C-4 0	ABZÜGE VON DIENSTBEZÜGEN DES PERSONALS			
C-4 0 0	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**	2 957 237	2 716 925	19 861,03
C-4 0 1	**Beitrag des Personals zur Altersversorgung**	2 203 674	2 108 369	17 057,83
C-4 0 3	**Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst**	538 982	492 347	3 825,45
	KAPITEL C-4 0 INSGESAMT	5 699 893	5 317 641	40 774,31
	Titel C-4 insgesamt	**5 699 893**	**5 317 641**	**40 744,31**
C-5	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
C-5 0	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
C-5 0 0	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
C-5 0 2	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	10 000	p.m.	0,—
	KAPITEL C-5 0 INSGESAMT	10 000	p.m.	0,—
C-5 1	MIETEINNAHMEN			
C-5 1 0	**Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material**	p.m.	p.m.	0,—
C-5 1 1	**Einnahmen aus der Vermietung von unbeweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL C-5 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
C-5 2	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN	100 000	160 000	0,—
C-5 3	KURSDIFFERENZEN	p.m.	p.m.	0,—
C-5 5	ÜBERTRAGUNGEN ODER RÜCKKÄUFE VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DES PERSONALS	5 000	6 500	0,—
	Titel C-5 insgesamt	**115 000**	**166 500**	**0,—**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1996	Haushaltsjahr 1995	Haushaltsjahr 1994
C-9	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
C-9 0	VERSCHIEDENE EINNAHMEN	25 000	p.m.	0,—
	Titel C-9 insgesamt	**25 000**	**p.m.**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**5 839 893**	**5 484 141**	**40 744,31**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

AUSGABEN

Zusammenfassung der Mittel (1996 und 1995) und der Ausgaben (1994)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1	**AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION**			
C-1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	35 741 487	36 555 775	558 510,60
C-1 2	VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST	p.m.	p.m.	0,—
C-1 3	DIENSTREISEN UND -FAHRTEN	50 000	50 000	0,—
C-1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	100 000	94 000	0,—
C-1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	p.m.	p.m.	0,—
C-1 6	SOZIALER DIENST	34 000	33 000	0,—
C-1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	1 000	1 000	0,—
C-1 8	INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT	1 053 500	969 500	552 000,—
	Titel C-1 insgesamt	**36 979 987**	**37 703 275**	**1 110 510,60**
C-2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
C-2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	8 676 110	8 634 000	677 700,08
C-2 1	AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG	660 000	623 000	0,—
C-2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	3 838 000	3 653 000	870 987,67
C-2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	766 000	721 800	100 884,16
C-2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	1 010 000	1 010 000	96 711,65
C-2 6	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel C-2 insgesamt	**14 950 110**	**14 641 800**	**1 746 283,56**
C-10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
C-10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	700 965	2 539 000	0,—
C-10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel C-10 insgesamt	**700 965**	**2 539 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**52 631 062**	**54 884 075**	**2 856 794,16**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

TITEL C-1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL C-1 1			
C-1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben***			
C-1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	25 860 407	24 955 641	206 761,17
C-1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	2 601 795	2 568 304	5 699,06
C-1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	3 413 700	3 316 605	29 993,32
C-1 1 0 3	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	236 437	241 229	191,09
	Artikel C-1 1 0 insgesamt	32 112 339	31 081 779	242 644,64
C-1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
C-1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	475 000	575 000	276 556,19
C-1 1 1 1	Hilfsdolmetscher Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

TITEL C-1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER INSTITUTION

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
	Eine pauschale Kürzung um 3,5 % wurde bei den Mitteln dieses Kapitels vorgenommen.
C-1 1 0	Die Mittel dieses Artikels wurden unter Zugrundelegung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften berechnet.
C-1 1 0 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 66. Diese Mittel wurden auf der Grundlage des Stellenplans für das Haushaltsjahr berechnet.
C-1 1 0 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 67. Diese Mittel dienen zur Deckung der Familienzulagen, die umfassen: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
C-1 1 0 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4. Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die den Beamten zusteht, die die Bedingungen vorgenannten Artikels erfüllen.
C-1 1 0 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII, Artikel 4a. Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die die Beamten der Laufbahngruppe C erhalten, die Planstellen für Bürosekretäre und Büroassistenten innehaben.
C-1 1 1	
C-1 1 1 0	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Bezüge sowie des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für die Hilfskräfte. Diese Hilfskräfte werden zu dem Zweck eingestellt, Arbeitsüberlastungen aufzufangen und Beamte zu vertreten, die ihren Dienst nicht normal ausüben können (Krankheitsurlaub, Mutterschaftsurlaub, Urlaub aus persönlichen Gründen, Halbzeitkräfte).
C-1 1 1 1	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten ist zur Deckung der Bezüge sowie des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für die Hilfsdolmetscher bestimmt.
C-1 1 1 2	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Posten ist zur Deckung der Bezüge (einschließlich Überstunden) sowie des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten bestimmt.
C-1 1 1 3	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 5, 82 und 83.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1 1 1	*(Fortsetzung)*			
C-1 1 1 4	Hilfsübersetzer Nichtgetrennte Mittel	449 000	644 000	0,—
	Artikel C-1 1 1 insgesamt	924 000	1 219 000	276 556,19
C-1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten, Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen***			
C-1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	889 362	856 107	7 030,46
C-1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	179 443	172 236	1 385,29
C-1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	23 000	13 000	1 654,—
C-1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel C-1 1 3 insgesamt	1 091 805	1 041 343	10 069,75
C-1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergünstigungen***			
C-1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	5 000	4 500	0,—
C-1 1 4 1	Jährliche Fahrkosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	550 354	602 892	0,—
C-1 1 4 3	Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	2 000	1 000	0,—
C-1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	8 600	19 000	0,—
C-1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 1 1	*(Fortsetzung)*
C-1 1 1 4	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Bezüge sowie des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für die Hilfsübersetzer.
C-1 1 3	
C-1 1 3 0	*Vormals Posten C-1 8 3 0* Diese Mittel sind zur Deckung des Beitrags der Institution zum gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystem bestimmt.
C-1 1 3 1	*Vormals Posten C-1 8 3 1* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Versicherung des Personals gegen Berufskrankheiten und Unfälle bestimmt.
C-1 1 3 2	*Vormals Posten C-1 8 3 2* Diese Mittel dienen zur Deckung der Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit.
C-1 1 3 3	*Vormals Posten C-1 8 3 3* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Dieser Posten ist zur Deckung der Zahlungen der Institution bestimmt, um die Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit im Herkunftsland zu gewährleisten.
C-1 1 4	
C-1 1 4 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Diese Mittel sind zur Deckung der Zahlung dieser Zulagen gemäß den vorgenannten Artikeln vorgesehen.
C-1 1 4 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Die Beamten haben für ihre Person und für ihre Familienangehörigen Anspruch auf Erstattung der Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort.
C-1 1 4 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 15. Diese Mittel sind zur Deckung der pauschalen Abgeltung für Fahrten gemäß vorgenanntem Artikel bestimmt.
C-1 1 4 5	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75. Diese Mittel sind für die Zahlung der vorgesehenen Sondervergütung, die den Beamten gewährt wird, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, eines unterstellten Rechnungsführers oder eines Zahlstellenverwalters haben, bestimmt.
C-1 1 4 9	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1 1 4	*(Fortsetzung)*			
C-1 1 4 9	*(Fortsetzung)*			
	Artikel C-1 1 4 insgesamt	565 954	627 392	0,—
C-1 1 5	***Überstunden***			
	Nichtgetrennte Mittel	190 000	195 000	0,—
C-1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
C-1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder)			
	Nichtgetrennte Mittel	17 115	69 604	744,44
C-1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	153 437	746 715	0,—
C-1 1 8 3	Umzugskosten			
	Nichtgetrennte Mittel	134 923	381 858	0,—
C-1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder			
	Nichtgetrennte Mittel	131 114	703 862	28 495,58
	Artikel C-1 1 8 insgesamt	436 589	1 902 039	29 240,02
C-1 1 9	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
C-1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten			
	Nichtgetrennte Mittel	1 500	2 500	0,—
C-1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	419 300	486 722	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 1 4	*(Fortsetzung)*
C-1 1 4 9	*(Fortsetzung)* Dieser Posten dient zur Deckung der Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe durch die Institution, der Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch die Institution sowie der Ausgleichszulage, auf die Beamte bei einem Wechsel der Laufbahngruppe Anspruch haben.
C-1 1 5	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Pauschalzulagen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten, der Bediensteten auf Zeit und der Hilfskräfte der Laufbahngruppen C und D abzudecken, sofern diese Überstunden nicht wie vorgesehen durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.
C-1 1 8	
C-1 1 8 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 7.
C-1 1 8 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 5 und 6.
C-1 1 8 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 9.
C-1 1 8 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 10.
C-1 1 9	
C-1 1 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65.
C-1 1 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Dienstbezüge zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1 1 9	*(Fortsetzung)*			
C-1 1 9 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel C-1 1 9 insgesamt	420 800	489 222	0,—
	KAPITEL C-1 1 INSGESAMT	35 741 487 (1)	36 555 775	558 510,60
	KAPITEL C-1 2			
C-1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
C-1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 2 1 5	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel C-1 2 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
C-1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 2 9	***Anpassungen der verschiedenen Vergütungen***			
C-1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

(1) Mittel in Höhe von 172 100 ECU werden in Kapitel C-10 0 unter Kapitel C-1 1 eingesetzt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 1 9	*(Fortsetzung)*
C-1 1 9 1	*(Fortsetzung)* Sie sind vorläufig eingesetzt und können erst nach ihrer Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden.
C-1 2 1	
C-1 2 1 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 und Anhang IV.
C-1 2 1 5	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
C-1 2 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Dieser Artikel ist dazu bestimmt, den Arbeitgeberanteil der Krankenversicherung für Beamte im Ruhestand und für die Empfänger von Vergütungen im Falle einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, einer Stellenenthebung oder einer Entlassung zu decken.
C-1 2 9	
C-1 2 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65.
C-1 2 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Dieser Posten ist dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Vergütungen zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-1 3 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

KAPITEL C-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL C-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1 2 9	*(Fortsetzung)*			
C-1 2 9 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel C-1 2 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL C-1 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL C-1 3			
C-1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	50 000	50 000	0,—
	KAPITEL C-1 3 INSGESAMT	50 000	50 000	0,—
	KAPITEL C-1 4			
C-1 4 1	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	100 000	94 000	0,—
	KAPITEL C-1 4 INSGESAMT	100 000	94 000	0,—
	KAPITEL C-1 5			
C-1 5 0	***Reise- und Aufenthaltskosten nationaler Sachverständiger, die in Dienststellen der Institution abgeordnet wurden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 2 — VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-1 3 — DIENSTREISEN UND -FAHRTEN

KAPITEL C-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL C-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 2 9	*(Fortsetzung)*
C-1 2 9 1	*(Fortsetzung)* Sie sind vorläufig eingesetzt und können erst nach seiner Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden.
C-1 3 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13. Diese Mittel sind zur Deckung der Fahrkosten, zur Zahlung der Tagegelder für Dienstreisen sowie der bei Ausführung einer Dienstreise entstehenden zusätzlichen oder außergewöhnlichen Kosten bestimmt.
C-1 4 1	Diese Mittel decken die Kosten der ärztlichen Untersuchung bei der Einstellung und der jährlichen ärztlichen Untersuchung aller Bediensteten sowie die Betriebskosten einer Erste-Hilfe-Station.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-1 6 — SOZIALER DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1 5 2	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
C-1 5 2 0	Nationale und internationale Beamte und Bedienstete des Privatsektors, die vorübergehend beschäftigt werden Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 5 2 1	Beamte der Institution, die vorübergehend in nationalen und internationalen Dienststellen beschäftigt werden Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel C-1 5 2 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL C-1 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL C-1 6			
C-1 6 0	***Außergewöhnliche Unterstützungen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-1 6 4	***Zusatzbeihilfe für behinderte Personen*** Nichtgetrennte Mittel	34 000	33 000	0,—
	KAPITEL C-1 6 INSGESAMT	34 000	33 000	0,—

KAPITEL C-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-1 6 — SOZIALER DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 5 2	
C-1 5 2 0	Dieser Posten soll gegebenenfalls eine Beteiligung an den Spesen ermöglichen, die von Beamten der nationalen Verwaltungen und Bediensteten des privaten Sektors, die an einem Austausch teilnehmen, verauslagt werden.
C-1 5 2 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Dieser Posten dient zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Europäischen Gemeinschaften bei diesem Austausch entstehen.
C-1 6 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Dieser Artikel ist dazu bestimmt, die Zuwendungen für Beamte und Bedienstete zu finanzieren, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
C-1 6 4	Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Sie sollen es im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten erlauben, nach Ausschöpfung der etwaigen auf nationaler Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland bestehenden Ansprüche für notwendig erachtete Ausgaben für nichtmedizinische Zwecke zu erstatten, die durch die Behinderung bedingt sind und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL C-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL C-1 7			
C-1 7 0	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
C-1 7 0 1	Ausgaben von Mitgliedern des Personals für Empfänge und für Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	0,—
	Artikel C-1 7 0 insgesamt	1 000	1 000	0,—
	KAPITEL C-1 7 INSGESAMT	1 000	1 000	0,—
	KAPITEL C-1 8			
C-1 8 0	***Interinstitutionelle Zusammenarbeit***			
C-1 8 0 4	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	—	34 000 (1)	0,—
	Artikel C-1 8 0 insgesamt	—	34 000	0,—
C-1 8 2	***Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals***			
C-1 8 2 0	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals Nichtgetrennte Mittel	155 000 (2)	105 000	0,—
	Artikel C-1 8 2 insgesamt	155 000	105 000	0,—
C-1 8 4	***Restaurants und Kantinen***			
C-1 8 4 0	Laufende Betriebsausgaben für Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	23 000	23 000	0,—

(1) Mittel in Höhe von 30 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 55 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.

KAPITEL C-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL C-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 7 0	
C-1 7 0 1	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke bestimmter Beamter im Interesse der Institution.
	Die unter dieses Kapitel fallenden Tätigkeiten sind Gegenstand einer interinstitutionellen Zusammenarbeit, die eine Konsultation zwischen den Institutionen sowie die Stärkung der gemeinsamen Verwaltungsmechanismen mit Blick auf eine Rationalisierung der Ausgaben beinhaltet.
C-1 8 0	
C-1 8 0 4	Dieser Posten ist zur Veranstaltung von Sprachkursen bestimmt.
C-1 8 2	
C-1 8 2 0	*Vormals Artikel C-1 1 2* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Unterabsatz. Diese Mittel sind zur Veranstaltung von Fortbildungs- und Umschulungskursen sowie von Sprachkursen auf interinstitutioneller Basis bestimmt. Sie dienen außerdem zur Anschaffung von Lehrmitteln und technischem Material für die Ausbildung des Personals.
C-1 8 4	
C-1 8 4 0	*Vormals Posten C-1 4 0 0* Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Unterhaltung der Kantine bestimmt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1 8 4	*(Fortsetzung)*			
C-1 8 4 1	Ausgaben für Umgestaltung und Erneuerung der Einrichtungen von Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel C-1 8 4 insgesamt	23 000	23 000	0,—
C-1 8 6	***Soziale Beziehungen zwischen dem Personal***			
C-1 8 6 0	Soziale Beziehungen zwischen dem Personal Nichtgetrennte Mittel	12 000	12 000	0,—
C-1 8 6 3	Kleinkinder-Tagesstätte und sonstige Kinderkrippen und Kindertagesstätten Nichtgetrennte Mittel	598 000	525 000	0,—
	Artikel C-1 8 6 insgesamt	610 000	537 000	0,—
C-1 8 7	***Sonstige soziale Maßnahmen*** Nichtgetrennte Mittel	5 500	5 500	0,—
C-1 8 8	***Verschiedene Ausgaben für Einstellung***			
C-1 8 8 0	Verschiedene Ausgaben für Einstellung Nichtgetrennte Mittel	50 000 (1)	195 000 (2)	552 000,—
	Artikel C-1 8 8 insgesamt	50 000	195 000	552 000,—
C-1 8 9	***Hilfsleistungen***			
C-1 8 9 5	Hilfsleistungen Nichtgetrennte Mittel	200 000	65 000	0,—

(1) Mittel in Höhe von 11 865 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 130 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eigesetzt.

KAPITEL C-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 8 4	*(Fortsetzung)*
C-1 8 4 1	*Vormals Posten C-1 4 0 1* Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Gestaltung und Erneuerung nach zehnjähriger Nutzung der Einrichtungen von Restaurants und Cafeterias bestimmt.
C-1 8 6	
C-1 8 6 0	*Vormals Artikel C-1 8 6* Diese Mittel dienen zur Förderung und finanziellen Unterstützung aller Initiativen, die der Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen des Personals dienen. Sie decken auch den Anteil des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und der Gemeinsamen Organisationsstruktur an den Kosten für die Förderung der sozialen, sportlichen, pädagogischen und kulturellen Tätigkeiten des interinstitutionellen Europazentrums von Overijse.
C-1 8 6 3	*Vormals Artikel C-1 6 3* Diese Mittel dienen zur Deckung des Anteils der gemeinsamen Dienste des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen an den Ausgaben für die Kleinkinder-Tagesstätte und sonstige Kinderkrippen und Kindertagesstätten.
C-1 8 7	Diese Mittel decken die Maßnahmen zugunsten der Mitglieder des Personals, soweit hierfür nicht Mittel in anderen Artikeln dieses Kapitels vorgesehen sind (Ferienkolonien, Familienhilfen usw.).
C-1 8 8	
C-1 8 8 0	*Vormals Posten C-1 1 8 0* Diese Mittel sollen die Kosten für Werbung, die Einberufung von Bewerbern, die Anmietung von Sälen und Geräten für gemeinsame Auswahlverfahren der Institutionen decken. In hinreichend begründeten Bedarfsfällen und nach Absprache mit den anderen, nicht in die gemeinsame Organisationsstruktur eingebundenen Institutionen können diese Mittel teilweise für Auswahlverfahren im Interesse der gemeinsamen Organisationsstruktur selbst verwendet werden.
C-1 8 9	
C-1 8 9 5	*Vormals Posten C- 1 1 7 5* Diese Mittel sind dazu bestimmt, alle Leistungen zu decken, die gelegentlich von Personen ausgeführt werden, die der Institution nicht angehören.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-1 8 9	*(Fortsetzung)*			
C-1 8 9 6	Hilfsleistungen für den Übersetzungsdienst Nichtgetrennte Mittel	10 000	5 000	0,—
	Artikel C-1 8 9 insgesamt	210 000	70 000	0,—
	KAPITEL C-1 8 INSGESAMT	1 053 500	969 500	552 000,—
	Titel C-1 insgesamt	**36 979 987**	**37 703 275**	**1 110 510,60**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-1 8 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
C-1 8 9	*(Fortsetzung)*
C-1 8 9 6	*Vormals Posten C-1 1 7 6* Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Kosten für die Leistungen freiberuflicher Übersetzer oder von Interimsübersetzern sowie für Schreibarbeiten und sonstige Arbeiten zu decken, die vom Übersetzungsdienst außerhalb des Hauses vergeben werden.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

TITEL C-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL C-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL C-2 0				
C-2 0 0	***Mieten***	Nichtgetrennte Mittel	5 628 110	3 960 000 (1)	5 800,54
C-2 0 1	***Versicherungskosten***	Nichtgetrennte Mittel	145 000	143 000	0,—
C-2 0 2	***Wasser, Gas, Strom und Heizung***	Nichtgetrennte Mittel	409 000	391 000	0,—
C-2 0 3	***Reinigung und Instandhaltung***	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000 (2)	1 500 000	0,—

(1) Mittel in Höhe von 2 312 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 342 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

TITEL C-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL C-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen unter Einhaltung von Artikel 60 der Haushaltsordnung über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.	
C-2 0 0	Diese Mittel sind für die Miete der benutzten Gebäude bestimmt. Sie verteilen sich wie folgt:	
	— Rue Ravenstein	2 083 000
	— Palais des Congrès	447 000
	— Galerie Ravenstein	1 588 000
	— Parking Albertine	351 000
	— Ardenne-Gebäude	1 159 110
	Insgesamt	5 628 110
C-2 0 1	Diese Mittel sind für Versicherungsprämien für Feuer, Haftpflicht, Diebstahl und Glasschaden bestimmt.	
C-2 0 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Wasser-, Gas-, Strom- und Heizkosten bestimmt. Sie verteilen sich wie folgt:	
	— Rue Ravenstein	148 682
	— Palais des Congrès	31 906
	— Galerie Ravenstein	113 349
	— Parking Albertine	25 054
	— Ardenne-Gebäude	90 009
	Insgesamt	409 000
C-2 0 3	Diese Mittel sind zur Deckung aller Kosten der laufenden Verträge für die Instandhaltung und Reinigung der Räumlichkeiten und technischen Anlagen sowie der Ausgaben für die Arbeiten und das Material zur allgemeinen Instandhaltung der Gebäude (Malerarbeiten, Reparaturen usw.) bestimmt. Sie verteilen sich wie folgt:	
	— Rue Ravenstein	363 526
	— Palais des Congrès	78 010
	— Galerie Ravenstein	277 138
	— Parking Albertine	61 256
	— Ardenne-Gebäude	220 070
	Insgesamt	1 000 000

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 1 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

KAPITEL C-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-2 0 4	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	397 000	1 826 000 (1)	651 899,57
C-2 0 5	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000 (2)	814 000	19 999,97
C-2 0 6	***Kosten für die Abhaltung von Sitzungen in den Räumlichkeiten anderer Institutionen*** Nichtgetrennte Mittel	97 000		
C-2 0 8	***Sonstige Ausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL C-2 0 INSGESAMT	8 676 110	8 634 000	677 700,08
	KAPITEL C-2 1			
C-2 1 1	***Informatiknetz*** Nichtgetrennte Mittel	290 000	275 000	0,—
C-2 1 4	***Analyse- und Programmierungsarbeiten, Voranalysen und besondere Projekte, die an Dritte vergeben werden*** Nichtgetrennte Mittel	370 000	348 000	0,—
	KAPITEL C-2 1 INSGESAMT	660 000	623 000	0,—
	KAPITEL C-2 2			

(1) Mittel in Höhe von 2 312 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 120 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.

KAPITEL C-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 1 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

KAPITEL C-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
C-2 0 4	Diese Mittel sind für Herrichtungsarbeiten wie die Errichtung von Trennwänden, für Teppiche und für Malerarbeiten bestimmt. Sie verteilen sich wie folgt: — Rue Ravenstein 269 000 — Galerie Ravenstein 128 000 — Ardenne-Gebäude p.m. Insgesamt 397 000
C-2 0 5	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Sicherheit der Gebäude und insbesondere für die Bewachung bestimmt.
C-2 0 6	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind für die Entrichtung eines Pauschalpreises pro Tag und pro Sitzungssaal in den Räumlichkeiten einer anderen Institution bestimmt.
C-2 0 8	Dieser Artikel ist zur Deckung der Kosten für die Studien vor Bezug eines neuen Gebäudes bestimmt.
C-2 1 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Kauf- oder Miet- und Wartungskosten für Software, Zusatzgeräte, Zubehör und Fachliteratur zu den bereits vorhandenen Kleinrechnern gemäß den bestehenden Verträgen bestimmt.
C-2 1 4	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für externes Personal und nach außerhalb vergebene Arbeiten gemäß den bestehenden Verträgen.
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12).

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-2 2 0	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
C-2 2 0 0	Erstausstattung mit Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	60 000	107 000	10 408,56
C-2 2 0 1	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	330 000	100 000	176 351,29
C-2 2 0 2	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	402 000	397 000	2 370,—
C-2 2 0 3	Instandhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	922 000	895 000	153 085,30
C-2 2 0 4	Hardware für die Büroautomation Nichtgetrennte Mittel	1 600 000	1 653 000	224 957,47
	Artikel C-2 2 0 insgesamt	3 314 000	3 152 000	567 172,62
C-2 2 1	***Mobiliar***			
C-2 2 1 0	Erstausstattung mit Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	298 000	326 000	279 815,05
C-2 2 1 1	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	30 000	28 000	0,—
C-2 2 1 2	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-2 2 1 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung Nichtgetrennte Mittel	7 000	6 000	0,—
	Artikel C-2 2 1 insgesamt	335 000	360 000	279 815,05
C-2 2 3	***Fahrzeuge***			
C-2 2 3 0	Erstausstattung mit Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-2 2 3 1	Ersatzbeschaffung von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	24 000,—
C-2 2 3 2	Miete von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	40 000	35 000	0,—

KAPITEL C-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
	In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen unter Einhaltung von Artikel 60 der Haushaltsordnung über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.
C-2 2 0	
C-2 2 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für den Kauf technischer Anlagen bestimmt.
C-2 2 0 1	Diese Mittel sind für die Ausgaben zur Ersatzbeschaffung von technischen Anlagen bestimmt.
C-2 2 0 2	Diese Mittel sind namentlich für die Miete der Telefonzentralanlage bestimmt.
C-2 2 0 3	Diese Mittel decken insbesondere die Wartung und den Betrieb der bürotechnischen Anlagen, der Vervielfältigungsmaschinen, der Simultandolmetschanlagen sowie die Gebühren für die Telefonanlage.
C-2 2 0 4	Diese Mittel sind insbesondere zur Deckung der Kauf-, Miet-, Betriebs- und Wartungskosten des integrierten Bürotechnik- und Telekommunikationssystems mit Netz, zentralen und dezentralen Diensteinheiten, Arbeitsstationen, Druckern und sonstigen Peripheriegeräten sowie den entsprechenden Softwarelizenzen bestimmt.
C-2 2 1	
C-2 2 1 0	Diese Mittel sind für die Anschaffung von Mobiliar und Spezialmobiliar bestimmt.
C-2 2 1 1	Diese Mittel sind zur Ersatzbeschaffung von Mobiliar und für die Erneuerung eines Teils des mindestens 15 Jahre alten und nicht mehr instandsetzbaren Mobiliars bestimmt.
C-2 2 1 3	Diese Mittel sind für Anstrich, Unterhaltung und Reparatur der Möbel bestimmt.
C-2 2 3	
C-2 2 3 1	Dieser Posten dient zur Ersetzung von Dienstwagen.
C-2 2 3 2	Diese Mittel sollen die Kosten für Taxis und Mietwagen decken, insbesondere außerhalb Brüssels und in den Fällen, wo kein Fahrzeug des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen verfügbar ist.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-2 2 3	*(Fortsetzung)*			
C-2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	44 000	44 000	0,—
	Artikel C-2 2 3 insgesamt	84 000	79 000	24 000,—
C-2 2 5	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
C-2 2 5 0	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	73 000	39 000	0,—
C-2 2 5 1	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	14 000	6 000	0,—
C-2 2 5 2	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	p.m.	—	0,—
C-2 2 5 3	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	—	0,—
C-2 2 5 4	Kosten für Buchbindearbeiten und zur Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	8 000	7 000	0,—
C-2 2 5 5	Abonnements für Datenbanken Nichtgetrennte Mittel	10 000	10 000	0,—
	Artikel C-2 2 5 insgesamt	105 000	62 000	0,—
	KAPITEL C-2 2 INSGESAMT	3 838 000	3 653 000	870 987,67
	KAPITEL C-2 3			
C-2 3 0	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	646 000	500 000 (1)	99 229,47

(1) Mittel in Höhe von 67 000 ECU werden in Kapitel C-10 0 eingesetzt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
C-2 2 3	*(Fortsetzung)*
C-2 2 3 3	Diese Mittel sollen die Kosten für Versicherung und Wartung der Dienstwagen des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen decken.
C-2 2 5	
C-2 2 5 0	Diese Mittel dienen zum Erwerb von Büchern und Lexika für die einzelnen Sprachabteilungen und für die Bibliothek der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.
C-2 2 5 1	Diese Mittel dienen zum Erwerb von speziellem Bibliotheksmaterial.
C-2 2 5 2	Dieser Posten dient für Abonnements verschiedener Zeitungen, Zeitschriften und sonstiger Publikationen durch die Gemeinsame Organisationsstruktur des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.
C-2 2 5 4	Diese Mittel dienen dazu, die Kosten für das Einbinden der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* und verschiedener Broschüren zu decken.
C-2 2 5 5	Diese Mittel dienen dazu, die Abonnementskosten für den Anschluß an externe Datenbanken über das Informatiksystem des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen zu decken.
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12). In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluß eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen unter Einhaltung von Artikel 60 der Haushaltsordnung über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.
C-2 3 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten von Papier- und Bürobedarf.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-2 3 2	***Finanzkosten***			
C-2 3 2 0	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	6 500	5 800	0,—
C-2 3 2 9	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel C-2 3 2 insgesamt	6 500	5 800	0,—
C-2 3 4	***Schadenersatz und Zinsen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
C-2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	3 500	3 000	0,—
C-2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	0,—
C-2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
C-2 3 5 3	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	69 000	172 000	1 654,69
C-2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	16 000	16 000	0,—
	Artikel C-2 3 5 insgesamt	113 500	216 000	1 654,69
	KAPITEL C-2 3 INSGESAMT	766 000	721 800	100 884,16
	KAPITEL C-2 4			
C-2 4 0	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	520 000	522 000	2 539,54

KAPITEL C-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Erläuterungen
C-2 3 2	
C-2 3 2 0	Diese Mittel dienen zur Deckung von Agios und sonstigen Spesen.
C-2 3 5	
C-2 3 5 0	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), insbesondere Artikel 75. Diese Mittel dienen zur Deckung der verschiedenen Versicherungen (Haftpflicht, Diebstahl) und der Versicherungskosten gemäß des Artikels 75 der Haushaltsordnung.
C-2 3 5 1	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für: — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer, — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das Personal, das Arbeiten ausführt, die einen Schutz gegen ungewöhnlichen Verschleiß und gegen Verschmutzung erfordern.
C-2 3 5 2	Dieser Posten dient zur Deckung der Ausgaben für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.
C-2 3 5 3	Diese Mittel dienen zur Deckung aller Umzugskosten, auch für die Leistungen von Umzugsfirmen bzw. von befristet beschäftigten Transporteuren.
C-2 3 5 9	Diese Mittel dienen zur Deckung sonstiger Sachausgaben, die unter den vorangegangenen Posten nicht erfaßt sind.
C-2 4 0	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Postgebühren und Zustellungskosten für den normalen Schriftverkehr sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 6 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
C-2 4 1	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	490 000	488 000	94 172,11
	KAPITEL C-2 4 INSGESAMT	1 010 000	1 010 000	96 711,65
	KAPITEL C-2 6			
C-2 6 0	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL C-2 6 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel C-2 insgesamt	**14 950 110**	**14 641 800**	**1 746 283,56**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

KAPITEL C-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL C-2 6 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
C-2 4 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die festen Anschlußgebühren und die Gebühren für Telefongespräche, Fernschreiben und Telefax bestimmt. Der Betrag der Einnahmen, die wiederverwendet werden können, wird auf 100 000 ECU veranschlagt.
C-2 6 0	Dieser Artikel dient zur Deckung der Kosten für die Durchführung von Studien, mit denen qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute von außerhalb vertraglich beauftragt werden.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN
Teil C
(Gemeinsame Organisationsstruktur)

TITEL C-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL C-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL C-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1996	Mittel 1995	Ausgaben 1994
	KAPITEL C-10 0	700 965	2 539 000	0,—
	KAPITEL C-10 0 INSGESAMT	700 965	2 539 000	0,—
	KAPITEL C-10 1	—	—	0,—
	KAPITEL C-10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel C-10 insgesamt	**700 965**	**2 539 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**52 631 062**	**54 884 075**	**2 856 794,16**

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Teil C

(Gemeinsame Organisationsstruktur)

TITEL C-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL C-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL C-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen

Diese Mittel werden nur vorläufig in dieses Kapitel eingesetzt und können erst verwendet werden, wenn sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 (ABl. Nr. L 240 vom 7. 10. 1995, S. 12), auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.

Sie setzen sich folgendermaßen zusammen:

1.	Kapitel	C-1 1	Personal im aktiven Dienst *(5 Planstellen (2 B 5 und 3 C 5))*	172 100
2.	Posten	C-1 8 2 0	Berufliche Fortbildung, Umschulung von Information des Personals	55 000
3.	Posten	C-1 8 8 0	Verschiedene Ausgaben für Einstellung	11 865
4.	Artikel	C-2 0 3	Reinigung und Intandhaltung	342 000
5.	Artikel	C-2 0 5	Sicherheit und Überwachung der Gebäude	120 000
			Insgesamt	700 965